312

# Geſchichte

der

# Franzöſiſchen Gerichts-Verfaſſung

vom Urſprung

der Fränkiſchen Monarchie

bis zu unſeren Zeiten.

Aus den Quellen und beſten Schriftſtellern dargeſtellt

von

**Johann Paul Brewer,**

Profeſſor der Phyſik zu Düſſeldorf.

## Zweiter Theil.

Düſſeldorf,
bei J. H. C. Schreiner.
1837.

GEGRÜNDET VON J.F. BENZENBERG 1846. ZAHLEN ENTSCHEIDEN
STERNWARTE DER STADT DÜSSELDORF.

# Vorrede.

Endlich ſehe ich mich im Stande, dem Publikum den zweiten und letzten Theil dieſer Schrift zu überreichen. Das Erſcheinen deſſelben, welches gleich nach dem des erſten erfolgen ſollte, iſt durch zwei Urſachen um einige Jahre verzögert worden; wovon die erſte (eine bedeutende Krankheit, die der Verfaſſer ſich größtentheils durch übermäßige geiſtige Anſtrengung zugezogen) für ihn eben ſo traurig war, als die andere hoffentlich dem Leſer angenehm und für den Werth der Schrift ſelbſt beförderlich ſeyn wird. Nämlich kurze Zeit nach der Herausgabe des erſten Theils ward die Maſſe meiner Hülfsmittel auf eine ganz unverhoffte Weiſe vermehrt. Da ich mich dadurch in den Stand geſetzt ſah, faſt Alles aus den Quellen ſelbſt zu ſchöpfen, ſo entſchloß ich mich, dieſen zweiten Theil, der ſchon völlig zum Druck bereit lag, einer ganz neuen Bearbeitung zu unterwerfen, mit einziger Beibehaltung der ſchon früher gewählten und angekündigten Eintheilung und Ordnung der Abſchnitte, woran ich Nichts zu ändern nöthig fand. Meine neuen Hülfsmittel hier alle anzugeben würde zu umſtändlich ſeyn. Allein ganz insbeſondere war mir bei Bearbeitung dieſes zweiten Theils ein faſt uneingeſchränkter Gebrauch der „**Ordonnances des Rois de France de la troisième race, recueillies par ordre chronologique etc.**“, die ſchon in der Vorrede zum erſten Theil (S. v*) erwähnt worden, verſtattet. Dieſe wichtige Sammlung, auch unter dem Namen **Ordonnances du Louvre** bekannt, eine der reichſten und vollſtändigſten, deren ſich ein Volk rühmen kann, iſt nun bis zum neunzehnten Band einſchließlich*) vorgeſchritten, und wird noch fortgeſetzt. Ihr Werth wird durch die vortrefflichen hiſtoriſchen Einleitungen nnd Abhandlungen, die den verſchiedenen Bänden vorgeſetzt ſind, noch ſehr erhöht. Sie enthält, wie ſchon der Titel ausweiſt, die Verordnungen in chronologiſcher Folge, wobei indeſſen viele, deren Beſitz man ſich bei Herausgabe der erſten Bände nicht verſchaffen konnte, in den folgenden nachgetragen ſind. Die ſehr vollſtändigen Regiſter weiſen hier den Leſer zurecht. Die Sprache, worin die Verordnungen abgefaßt ſind, iſt entweder die Franzöſiſche oder (jedoch viel ſeltner) die Lateiniſche. Der erſtern bediente man ſich in den für die Provinzen der **Langue d'oil** beſtimmten Verordnungen und der zweiten in denjenigen, welche die Provinzen der **Langue d'oc** betrafen *). Edicte, welche ſich ſowohl auf die einen als andern Provinzen beziehen, ſind auch in beiden Sprachen zugleich ausgefertigt; welches oft für die Erklärung mancher altfranzöſiſchen Ausdrücke, ſo wie auch einiger des mittelalterlichen Lateins wichtig iſt. Endlich ſind einige, jedoch nur äußerſt wenige Verordnungen (z. B. eine Philips d. Schönen v. J. 1306 Ordon. du Louv. tom. I. p. 754) in den ſüdlichen Dialecten verfaßt. Um Mißverſtändniſſen vorzubeugen, bemerke ich noch, daß während des Mittelalters, d. h. während der ganzen Zeit, worauf ſich dieſe Verordnungen beziehn, in Frankreich das Jahr faſt ohne Ausnahme mit Oſtern anfing, und zwar ſo, daß der Anfang des Jahres in Frankreich hinter dem (in Rom) gewöhnlichen, der vom Januar angerechnet ward, zurück war. Man zählte daher vom Januar bis Oſtern **) in Frankreich ein Jahr weniger als in Rom. Allein von Oſtern bis zum folgenden Januar war die Jahreszahl in beiden Ländern wieder gleich. Man muß ſich dieſes merken, und nicht gleich einen Anachronismus vermuthen, wenn man z. B. findet, daß eine Verordnung, die im Decemb. erlaſſen iſt, im Januar deſſelben Jahrs in die Regiſter des Parlaments getragen worden. Zur Bequemlichkeit der Leſer iſt daher in den Ordon. d. Louv. faſt bei jedem Jahr bemerkt, auf welchen Monatstag nach dem damals geltenden Julian. Kalender, das Oſterfeſt fiel, welches ſich auch in dem glossar v. Du-Cange ad voc. annus, ſo wie in der art de vérif. les dates findet.

---

*) Bis zur Regierung Ludwigs des eilften.

---

*) Ordon du Louv. tom. I. p. 754 findet ſich ein Schreiben Philips d. Langen, welches überſchrieben iſt „super facto monetarum fuit scriptum prout sequitur, bonis villis videlicet Gallicanis in Gallico et Occitanis in Latino prout sequitur". Die noch früher und unter dem erſten und zweiten Geſchlecht der Könige erlaſſenen Geſetze (die leges barbarorum und Capitularien) ſind alle in lateiniſcher Sprache abgefaßt. Doch hatte ſich die Franzöſiſche ſchon zu den Zeiten des zweiten Geſchlechts gebildet, wovon noch einige Denkmale übrig ſind.

**) Schon in der Vorrede zum erſten Theil iſt S. V. angeführt worden, daß in Frankreich erſt durch Art. 39 der Verordnung von Rouſſillon (unter Carl d. 9ten) der Jahresanfang für die Folge auf d. 1. Jan. geſetzt worden. Die Verord. iſt datirt v. Jan. 1563. Dieſes Datum iſt noch nach der frühern in Frankreich gebräuchlichen Zeitrechnung zu verſtehn, und müßte nach der Römiſchen oder jetzt allenthalben eingeführten Art zu zählen die Jahreszahl 1563 um Eins vermehrt werden oder 1564' ſeyn. In den verſchiedenen Schriften wird die Verordnung bald von dem einen, bald von dem andern Jahr datirt.

Die Mannigfaltigkeit der in dieſem zweiten Theil enthaltenen Gegenſtände, welche faſt alle Zweige nicht allein der Juſtiz ſondern auch der Verwaltung begreifen, iſt ſo groß, daß es unmöglich war, alle mit gleicher Umſtändlichkeit zu behandeln. Der Verfaſſer war genöthigt, ſich hierbei theils nach der Wichtigkeit des Gegenſtandes, theils nach der Menge der ihm zu Gebote ſtehenden Hülfsmittel, und endlich auch, um die ganze Wahrheit zu ſagen, nach der größern oder geringern Kenntniß, die er von dieſem oder jenem Gegenſtand beſaß, zu richten. Er glaubt indeſſen nicht geirrt zu haben, wenn er vorausſetzte, daß eine nähere Kenntniß von der Organiſation und dem Geſchäftsgang des ehmaligen Parlaments die Wißbegierde aller Rechtsgelehrten und nicht Rechtsgelehrten in vorzüglichem Maße in Anſpruch nähme. Eben darum hat er ſich bemüht über dieſen Gegenſtand ſich ſo ausführlich als es nur immer möglich war, zu verbreiten; wobei er nur bedauert, einige Hauptwerke (**La Roche-Flavin** histoire des **Parlemens**, die **Lettres** sur les **Parlemens**, **Traité** de l'appel comme d'abus par **Fevret**, und die histoire de la chancellerie) nicht haben benutzen zu können.

Auch über die Münzgerichte wird man in dieſer Schrift ziemlich ausführliche Nachrichten finden. Ich habe, um das hier Geſagte für den Geſchichtsfreund deſto anziehender zu machen, damit eine umſtändliche Darſtellung ſowohl des ältern als des neuern Franzöſiſchen Münzweſens verbunden. — Ueber keinen Gegenſtand gibt es eine ſo große Menge Königlicher Verordnungen als über die Münzen *). Die Franzoſen beſitzen überdem in der Schrift von Le Blanc*) ein vorzügliches Werk über ihr Münzweſen von den älteſten Zeiten bis zu Ludwig d. 14ten. Auch das glossar. von Du-Cange iſt vorzüglich reich über dieſen Gegenſtand, ſo daß ich hier eher als ſonſt irgends im Stande war, etwas vollſtändigeres zu liefern.

---

*) Faſt jedem Band der Ordon. d. Louv. iſt eine ſehr vollſtändige Tabelle über den Gehalt und Nennwerth aller damals gebräuchlichen Gold- und Silbermünzen beigefügt.

Mögte es mir nur gelungen ſeyn, mich dem Leſer über dieſen Gegenſtand, wobei, ſo einfach er an und für ſich iſt, doch Mancher unüberwindliche Schwierigkeiten**) zu finden glaubt, gehörig deutlich zu machen. Wenigſtens darf ich verſichern, von meiner Seite Alles mögliche dazu gethan zu haben.

Eine ganz beſondere Aufmerkſamkeit habe ich auch geglaubt den ehemal. geiſtl. Gerichten widmen zu müſſen. Dieſelben ſind zwar jetzt von dem Boden Frankreichs faſt bis auf die letzte Spur verſchwunden. Aber eben darum nehmen ſie wegen ihrer ehmaligen großen Wichtigkeit das Intereſſe des Geſchichtsforſchers um ſo mehr in Anſpruch. Ich habe dieſe Gelegenheit benutzt, um über die Wichtigkeit und den Einfluß der Geiſtlichkeit in den verſchiedenen Zeiten, über ihre Macht und ihren Reichthum, ihre Stellung gegen die Regierung ſo wie gegen den Röm. Hof umſtändlicher zu handeln. Ich bin bei Darſtellung dieſes in unſern Tagen etwas kitzeligen Gegenſtandes vorzüglich Hericourt***) gefolgt, der als der ſicherſte und beſte Führer in dieſem Fach (in Beziehung auf Frankreich) anerkannt iſt, und mit dem ich die Schrift des Pariſer Erzbiſchofs **Petr. d. Marca de Concord. Sacerdot. et Imper., Bossuet défense de la déclaration du clergé de France, Van Espen***) jus ecclesiasticum und die Werke mehrerer anderer Schriftſteller, die man im Text näher angeführt findet, verbunden habe. Gern hätte ich, um bei dieſer wichtigen Materie Nichts weſentliches zu übergehen, auch über die Art, wie die Geiſtlichkeit vor der Revolution zu den Abgaben beitrug, ſo wie insbeſondere über die Befugniſſe und den Geſchäftsgang der geiſtlichen Kammer (chambre ecclésiastique), welche über alle Reclamationen wegen Vertheilung dieſer Abgaben entſchied, Einiges geſagt. Allein die übergroße Bogenzahl, zu welcher dieſer zweite Theil angeſchwollen, zwingt mich, den Leſer, der ſich näher unterrichten will, auf das ſo eben angeführte Werk von Hericourt, ſo wie auf die memoires du Clergé, welche die Haupthülfsmittel in dieſer Materie enthalten, zu verweiſen. — Eine Streitigkeit, welche ſich vor ganz kurzer Zeit in der Bairiſchen Deputirten-Kammer über die Ablösbarkeit der Zehnten erhob, bewog mich die Frage über den Urſprung der Zehnten, die ich ſchon, ſo viel ich es hier für nöthig hielt, vollſtändig abgehandelt hatte, noch Etwas weiter auszuführen. Ich wage es, dieſe Arbeit, die man unter den Beilagen **Lit. E.** findet, der gütigen Berückſichtigung der Kenner zu empfehlen. Viel hiſtoriſch neues wird man zwar darin nicht finden. Allein in unſern Zeiten, wo die Mittelmäßigkeit eine Ehre darin zu ſuchen ſcheint, Alles, auch das am beſten begründete und längſt abgemachte wieder zur Frage zu ſtellen, iſt es nützlich die ſchon oft vorgebrachten Gründe unter einer andern Form wieder vorzubringen.

---

*) Traité historique des Monnoyes de France avec leurs figures, depuis le commencement de la Monarchie jusqu'a présent. Par M. Le Blanc, à Paris 1690. 4to. — Leider habe ich nur die erſte Ausgabe dieſes Meiſterwerks benutzen können.

**) Gewöhnlich iſt es ein gänzlicher Mangel alles mathematiſchen Sinnes, wovon dieſe Schwierigkeiten herrühren. Ich habe mich bemüht, in der zweiten Auflage meiner Anfangsgründe der Arithmetik für Schulen, Düſſeldorf bei Dänzer 1821, alles zur Kenntniß des Münz- und Wechſelweſens unentbehrliche auch für die erſten Anfänger verſtändlich vorzutragen. Ich glaube dieſes kleine Buch, das nur wenige Groſchen koſtet, allen, die hierin einer Nachhülfe bedürfen, aus Erfahrung empfehlen zu dürfen. Diejenigen, welche ſich gründlicher unterrichten wollen, finden über d. Münzweſen vollſtändige Belehrung in folgendem, unſern Rechtsgelehrten und ſelbſt den Verwaltungsbeamten nur zu wenig bekannten Werk: Kenntniſſe und Betrachtungen des neuern Münzweſens für Deutſche, von G. Buſſe, Prof. zu Deſſau. 2 Theile, Leipzig 1795, 1796.

***) Les Loix Ecclésiastiques de France dans leur ordre naturel et une analyse des livres du droit Canonique conférés avec les usages de l'église Gallicane. Par feu Me. Louis de Héricourt, avocat en Parlament. à Neufchatel 1774 fol.

Der letzte (ſechſte) Abſchnitt dieſer Schrift behandelt vorzugsweiſe die Geſchichte des Caſſationshofs und der Caſſation überhaupt; welcher Gegenſtand wegen ſeines großen practiſchen Intereſſes eine ausführlichere Darſtellung erforderte. Auch ſchon vor der Revolution war, was jedoch minder bekannt iſt, die Caſſation in Frankreich als ordentliches Rechtsmittel eingeführt. Die Entſcheidung über dieſelbe, ſo wie über die meiſten Gegenſtände, die nach der Revolution dem Caſſationshof übertragen wurden, gehörte einer beſondern Abtheilung des Königlichen Staatsraths „conseil des parties oder conseil privé“ genannt, an. Dieſes letztere, in Verbindung mit einigen andern Umſtänden, die man in dieſer Schrift ſelbſt näher auseinandergeſetzt finden wird, machte, daß die Caſſation und überhaupt das ganze Verfahren vor dieſer Abtheilung des Staatsraths als eine Art Cabinets-Juſtiz angeſehn und geſcheut ward, welches ſie in gewiſſer Hinſicht und in einzelnen Fällen auch wirklich war. Uebrigens beſtand für das gewöhnliche Verfahren bei der Caſſation und bei dem conseil des parties überhaupt eine ganz vortreffliche Vorſchrift, die Dienſtordnung des Staatsraths (réglement du conseil) genannt, worüber man das Nähere ebenfalls im ſechſten Abſchnitt findet. Es gibt über dieſelbe einen ausführlichen Commentar, der unter den Augen des berühmten Kanzlers d'Agueſſeau, des Urhebers dieſes réglement du conseil und ſo zu ſagen von ihm ſelbſt bearbeitet ward. Durch den Beſitz dieſes wichtigen Commentars ward ich in Stand geſetzt, das ehmalige Verfahren ſowohl bei der Caſſation als bei allen zu der Competenz des conseil des parties gehörigen Sachen umſtändlicher zu erklären, welches, wie ich glaube, auch noch jetzt ſelbſt für die Ausübung nicht ohne allen Werth ſeyn wird. — Ich habe dieſe Gelegenheit benutzt, um über die Entſtehung und die Amtsbefugniſſe des jetzigen Staatsraths und aller Verwaltungsbehörden, ſo wie ſie während der Revolution beſtanden und noch jetzt beſtehn, ſoviel als zur Aufklärung des Leſers nöthig iſt, mitzutheilen. — Alles, ſelbſt das Merkwürdigere, was dieſe Schrift enthält, hier beſonders hervorzuheben, läßt der außerordentliche Reichthum des Gegenſtandes nicht zu, wie der Leſer, welcher dieſelbe nur eines flüchtigen Blickes würdigt, ſich bald überzeugen wird. Das Inhalts-Verzeichniß und beſonders das jedem Theil dieſer Schrift beigefügte vollſtändige Regiſter wird hierin die Mühe des Leſers außerordentlich erleichtern. Ich habe dieſes Regiſter noch zu einem beſondern Zweck benutzt, nämlich um in dieſe Schrift, die, wenn ſie ſich nicht in ein Lehrbuch über das gerichtliche Verfahren umwandeln ſollte, einen ſyſtematiſchen Vortrag nicht zuließ, mehr Einheit und Zuſammenhang zu bringen. So war es z. B. nicht wohl möglich, an einer Stelle des Textes, wo von perſönlicher Verhaftung geredet wird, alle Fälle, wo dieſelbe Statt findet, anzugeben. Das Regiſter weiſt indeſſen bei dem Artikel: Verhaftung auf alle Stellen hin, wo von derſelben die Rede iſt. Ich hoffe, daß die Schrift dadurch auch für Praktiker, deren Belehrung ich mir ſonſt nicht im mindeſten anmaße, einige Brauchbarkeit erhalten hat.

---

*) Dieſer große Canoniſt, welcher zwar in Brabant (zu Löwen) lebte und lehrte, nimmt doch auf das Franz. Kirchenrecht allenthalben eine beſondere Rückſicht.

Allen, welche mir mit ſo zuvorkommender Bereitwilligkeit die Hülfsmittel zur Ausarbeitung dieſer Schrift zukommen ließen, ſtatte ich hiermit meinen aufrichtigſten und verbindlichſten Dank ab. Ihre Namen zu nennen werden ſie mir hoffentlich um ſo lieber erlaſſen, als ich ihnen dadurch nur andere vielleicht überläſtige Geſuche zuziehen könnte. Ganz insbeſondere fühle ich mich den wohlwollenden Beurtheilern des erſten Theils dieſer Schrift zu ſtetem Dank verpflichtet. Ihr Wohlwollen und ihre Nachſicht waren es vorzüglich, welche mich ermunterten, auf dieſer fremden und ſchwierigen Bahn, die ich — es ſey mir erlaubt, noch einmal daran zu erinnern — ohne Führer und Vorbild*) zu betreten wagte, den Muth nicht zu verlieren, und bis zu erreichtem Ziel auszuharren. Uebrigens fühlt Niemand tiefer als ich ſelbſt, wie viele Unvollkommenheiten an dem Werk noch zu verbeſſern, wie viele Lücken noch auszufüllen ſind. Mögte der in der Vorrede zum erſten Theil ausgeſprochene Wunſch ſich verwirklichen, daß einer unſerer Rechtsgelehrten ſich bewogen fühlte, dieſe Schrift noch weiter fortzuführen, und das Vorhandene zu verbeſſern und zu vermehren. Dadurch würden manche Mängel, welche das Werk in den Händen eines Nicht-Rechtsgelehrten nothwendig behalten mußte, von ſelbſt und ohne Mühe verſchwinden. Ich hoffe indeſſen, daß es auch in ſeiner gegenwärtigen Form und Unvollkommenheit für die Freunde der Geſchichte nicht ohne alle Belehrung ſeyn wird. Vorzüglich glaube ich, daß es denjenigen, welche dem Studium der Revolutions-Geſchichte einen ernſten Fleiß widmen wollen, ein nützliches Hülfsmittel ſeyn wird, um ſich über die Verhältniſſe, wie ſie vor der Revolution in Frankreich Statt fanden, ſo wie über die Urſachen, welche dieſe große welthiſtoriſche Begebenheit vorbereitet und herbeigeführt baben, näher aufzuklären. — Gern hätte ich dieſer Schrift ein Verzeichniß der Druckfehler beigefügt. Allein theils habe ich keine eigentlich ſinnentſtellende gefunden, theils ließ es die Kürze der Zeit nicht zu. Einige wenige, welche Namen betreffen, füge ich hier bei. Einen bitte ich im Voraus zu verbeſſern. Nämlich S. 256 * Zeile 4 v. u. iſt der jährliche Ertrag der Domainen zu 15,000,000 (fünfzehn Millionen) Livr. angegeben. Dieſes ſoll nur der zehnte Theil (eine Million fünfmal hunderttauſend Livr.) ſeyn. — Zu dieſer winzigen Summe war kurz vor der Revolution der jährliche Ertrag aller Domainen von Frankreich zuſammengeſchmolzen!

---

*) Nur zwei Schriften, welche denſelben Gegenſtand behandeln, ſind mir bekannt geworden, von welchen indeſſen die eine gar nicht- und die andere erſt kurz vor der Beendigung dieſer Arbeit in meinen Beſitz gekommen iſt. Die letztere „Précis historique du droit Francais par Fleury (dem Verfaſſer der Kirchengeſchichte)" findet ſich meiſtens nur andern Werken als eine Zugabe beigedruckt. Unter andern hat ſie auch Dupin in ſein „manuel des étudians en droit, et des jeunes avocats" vollſtändig aufgenommen und von den Zeiten Ludw. d. 14ten, wo Fleury endete, bis zum Anfang der Revolut. fortgeſetzt. Die Schrift iſt indeſſen ſo kurz und unvollſtändig, daß ſie mir, auch wenn ich ſie früher erhalten hätte, bei der Bearbeitung der meinigen von keinem ſehr großen Nutzen geweſen wäre. Das Nämliche verſicherten mir Kenner von der zweiten nicht zu meinen Händen gekommenen Schrift „Silberrad historia juris Gallici" die einigen Ausgaben von Heineccius histor. jur. Roman. beigedruckt iſt.

Düſſeldorf, im September 1837.

**J. P. Brewer.**

# Inhalt des zweiten Theils.

## Vierter Abſchnitt.

Seite

Umſtändlichere Beſchreibung der innern Einrichtung und des Geſchäftsgangs des Parlaments von Paris . . . . 1—148

Anhang. Von dem Stadtgericht von Paris (châtelet) . . 149—150

## Fünfter Abſchnitt.

Von den Ausnahme-Gerichten . . . . . . 161

I. a) Die Handelsgerichte (jurisdictions consulaires) 162-203

b) Gerichte zur Erhaltung d. Meßprivilegien. Conſervation von Lyon . . . . . . . 203—219

c) Handwerks- und Scheffen-Gerichte (ehmalige) . 219—239

d) Jetzige Handwerks-Gerichte. . . . . . 239—242

II. Die Domainen-Kammern (bureaux des finances) 242—288

III. Die Forſtgerichte (eaux et forêts) . . . 288—341

IV. Die Salzkammern (greniers à sel) . . . 341—351

V. a) Die Steuergerichte (élections) . . . . 351—377

b) Die Oberſteuerhöfe (cours des aîdes) . . 377—388

VI. Die Oberrechenkammern (chambres des comptes) 388

VII. Die Münzgerichte . . . . . . . 424—534

VIII. Die Admiralitäten oder Seegerichte (les amirautés) 534

IX. Die Zollgerichte (jurisdictions des traites, ſpäterhin tribunaux de douanes, cours prevôtales) . 587—681

X. Die Vogtei des Pallaſtes (prevôté de l'hôtel) . 681

XI. Das Gericht, requêtes de l'hôtel genannt . 681—683

XII. Die geiſtlichen Gerichte (les officialités) . . 683—852

XIII. Die Kriegsgerichte (conseils de guerre) . . 852-860

XIV. Das Gericht des Kronfeldherrn (la Connétablie et Maréchaussée de France, justice militaire) 680

XV. Der große Staatsrath (le grand conseil) . . 866

## Sechster Abſchnitt.

Seite

Von den Mitteln gegen die Ausſprüche d. oberſten Gerichtshöfe (cours souveraines) anzugehn. Der ehemalige Staatsrath. Der Caſſationshof. Der jetzige Staatsrath. Streitigkeiten in Verwaltungsſachen (contentieux administratif) . . . 867

## Anhang.

### Beilagen.

Beilage Lit. A. (zu Th. I. S. 136). Auszug aus den assises de Jerusalem . . . . . . III.—V.

— Lit. B. (zu Th. I. S. 85) Philips des Schönen Verordnung über den gerichtlichen Zweikampf v. Jahr 1306 . . . . . . . . V.—XXI.

— Lit. C. (zu Th. II. S. 598). Ueber die Behandlung der Lombarden in Frankreich . . . XXII.—XXVII.

— Lit. D. (zu Th. II. S. 707). Ordonnance de Philippe III. (le hardi) touchant les amortissements . . . . . . . . XXVII.

— Lit. E. (zu Th. II. S. 711). Ueber d. Urſprung der Zehnten . . . . . . . XLII.

— Lit. F. (zu Th. II. S. 721). Etablissement fait entre les Clercs, le Roy (Philippe Auguste) et les Barons (sans date) . . . . . XLIII.

— Lit. G. (zu Th. II. S. 721). Lettres du Roy (Philippe Auguste) touchant le privilége des Clercs en matière criminelle . . . . . XLVI.

— Lit. H. La Pragmatique de St. Louis . . XLVIII.

— Lit. I. (zu beiden Theilen). Ueber die Abſchaffung d. Sklaverei. Lettres de Louis X. (Hutin) du 3. juillet 1315 . . . . . . LXX.

# Vierter Abſchnitt.

## Umſtändlichere Beſchreibung der innern Einrichtung und des Geſchäftsganges des Parlaments von Paris.

Die conſtituirende Verſammlung hob durch ihr Decret vom 6. und 7. September 1790 (Desen. tom. III. p. 247.) die Parlamente in ganz Frankreich auf. Hierdurch ward es ferner unmöglich, die Einrichtung und den Geſchäftsgang dieſer großen Gerichtshöfe durch eigne Erfahrung und Anſchauung kennen zu lernen, ſondern Alles, was ſich auf ſie bezieht, iſt dem Gebiet der Geſchichte anheim gefallen. Da nun ſchon ein Zeitraum von faſt einem halben Jahrhundert uns von jener Epoche trennt, ſo wird es den Freunden der Rechts-Geſchichte nicht unangenehm ſeyn hier eine umſtändlichere Darſtellung Alles desjenigen, was ſich auf die Zuſammenſetzung und die Gerichts-Verwaltung der Parlamente bezieht, zu finden. Zwar wird in dem Folgenden vorzüglich und faſt einzig von dem Parlament von Paris die Rede ſeyn. Allein theils haben, wie wir ſchon früher bemerkt, ſich alle Parlamente von Frankreich nach dem Muſter des Pariſer gebildet; theils aber war das Parlament von Paris,*) ſo wie das älteſte, alſo auch an Rang und Achtung das Erſte des ganzen Königreichs, welches auf die Regierung und Verwaltung deſſelben einen bedeutenden Einfluß gehabt hat.

---

*) Sieht man nicht blos auf die Verwaltung der Gerechtigkeit, ſo hatten andere Parlamente hin und wieder ſogar noch größere Vorrechte als das von Paris. So hatte das Parlament der Provence (zu Aix) wegen der großen Entfernung von dem eigentlichen Sitz der Regierung von jeher das Recht ſich in Abweſenheit des Gouverneurs mit der Finanzverwaltung zu befaſſen, Auflagen zu erlauben u. ſ. f. Es behauptete auch das ausſchließliche Recht zu haben, allen Breven, Bullen und ähnlichen Schreiben, die von

Von dem Urſprunge und der Entſtehung des Parlaments, daß es zuerſt aus den Großen der Nation (proceres Francorum), ſpäter aus Königlichen Staatsräthen oder andern vornehmen Perſonen, die dazu einen beſondern Auftrag erhielten, beſtand, daß es nicht daurend war, ſondern nur von Zeit zu Zeit wegen der Schlichtung wichtiger Angelegenheiten, und zwar an verſchiedenen Orten zuſammentrat, daß es endlich durch die Verordnung Philips des Schönen v. 23ten März 1302 ſeinen feſten Sitz zu Paris angewieſen erhielt, wo es jedes Jahr zweimal zuſammentreten ſollte, davon iſt ſchon (Theil I. S. 176—192) im Allgemeinen das Nöthige angeführt; und ſoll hier das Nähere nachgetragen werden.*)

Es würde indeſſen theils für den Leſer ſehr ermüdend und hin und wieder nicht ausführbar ſeyn, wenn wir alle Veränderungen in der Einrichtung und dem Geſchäftsgang des Parlaments von ſeinem Urſprung an, nach der Ordnung der Zeiten, hier verfolgen wollten. Wir werden daher vorzugsweiſe die Organiſation dieſes großen Gerichtshofs, ſo wie ſie in den letzten Zeiten beſtand, näher erklären**) und bei jedem einzel-

---

Rom oder der Legation von Avignon ausgiengen, durch Eintragung in ſeine Regiſter erſt geſetzliche Gültigkeit zu verſchaffen. Dieſes Recht hieß droit d'annexe.

*) Es gibt von den älteſten Zeiten bis zur Revolution eine außerordentliche Menge Königl. Verordnungen, die ſich auf das Parlament beziehen, ſo daß es unmöglich iſt ſie hier alle anzuführen. Unter den alten ſind die wichtigſten die Philips des Schönen v. J. 1291; die deſſelben Königs v. 23ten März 1302; die beiden von Philip dem Langen (5ten) v. 17ten November 1318 und v. 3. Dezbr. 1320; drei von Philip v. Valois v. 9ten Mai 1330, v. 11ten März 1344 und v. Dezember deſſelben Jahrs; die des Königs Johan v. Dezember 1363; endlich die beiden Verordnungen Carls des ſiebenten v. October 1446 und v. April 1453, welche man alle unter den ordon. du Louvre findet.

**) Der Gerichtsbezirk des Parlaments von Paris, obſchon durch die nach und nach erfolgende Errichtung der andern nen Punkt zugleich ſeine Entſtehung und die Veränderungen, die er in dem Lauf der Zeiten erlitten, bemerken. In den letzten Zeiten vor der Revolution war das Parlament von Paris auf folgende Weiſe zuſammengeſetzt. Als Erſtes Mitglied oder richtiger zu ſagen als Oberhaupt deſſelben konnte man gewiſſer Maßen den König ſelbſt anſehen, indem er ſich, ſo oft es ihm gut dünkte, in daſſelbe verfügte, entweder um ihm auf eine mehr oder minder feierliche Art ſeinen Willen vom Thron herab kund zu thun, oder auch um deſſen Rath über gewiſſe Angelegenheiten zu vernehmen. Mit größerm Recht kann man indeſſen den Kanzler von Frankreich, welcher die Befugniß hatte, ſo oft er wollte in dem Parlament den Vorſitz zu führen, als Zweites Mitglied deſſelben nennen. Außer dem König und dem Kanzler aber, die entweder als uneigentliche oder wenigſtens als außerordentliche Mitglieder anzuſehn ſind, beſtand das Parlament aus einem Erſten Präſident, aus neun Präſidenten mit der Mörſerhaube (prèsidens à mortier), aus den Prinzen vom Geblüt, die alle geborne Pairs waren, aus ſechs geiſtlichen Pairs, worunter drei Herzoge und drei Grafen, aus den weltlichen Pairs, aus den Ehren-Räthen (conseillers d'honneur), *) aus den Requeten-Meiſtern (maitres de requê-

---

Parlamente Etwas geſchmälert, war doch ſelbſt in den letzten Zeiten noch ganz außerordentlich groß. Er begriff die Länderſtriche Isle de France, Beauce, Sologne, Berry, Auvergne, Lyonnois, Forez und Beaujolais, Nivernois, Bourbonnois, Maçonnois, Anjou, Angoumois, Picardie, Champagne, Brie, Maine, Perche, Tourraine, Poitou, Aunis und Rochelois. Ferrier. Dict. d. Dr. art. Parlement.

*) Dieſes waren nicht blos Titular-Räthe, wie man etwa aus dem Namen ſchließen mögte, ſondern wirkliche Räthe mit Sitz und Stimme, denen überdies der Titel Ehren-Rath als ein beſonderer Vorzug beigelegt war. Eigentliche Titular-Räthe, wie ſolche, die Alterswegen u. ſ. f. den Dienſt nicht mehr zu verſehn brauchten, hießen nicht conseillers d'honneur, ſondern conseillers honoraires. Man ſehe Guizot diction. des synonim. d. l. lang. franc. art. conseiller d'honneur. Der Erzbiſchof von Paris und der Abt von Clugny waren geborne Ehren-Räthe. — Was

tes), deren indeſſen nur vier im Parlament ſaßen; aus den eigentlichen, geiſtlichen (clercs) ſowohl als weltlichen Räthen, aus vier Obergerichtſchreibern (greffiers en chef), einem für das Civil-, einem für das Criminalſach, einem für die Annahme der Actenſtücke (greffier des présentations), und einem für die Abnahme der Eide (greffier des affirmations), aus vier Notarien und Geheimſchreibern, (Secretarien) des Hofs, und mehreren andern bei dem Gerichtsſecretariat angeſtellten Perſonen; aus einem Erſten Gerichtsdiener (prémier huissier) und vierundzwanzig andern Gerichtsdienern; ferner aus dem General-Procurator, drei General-Advocaten, fünfzehn Subſtituten des General-Procurators, und mehrern andern weniger bedeutenden Beamten. Ueber die Befugniſſe und Verpflichtungen eines jeden derſelben wird in der Folge näher geredet werden, nachdem wir zuvor die Eintheilung und den Geſchäftsgang des Parlaments im Ganzen erklärt haben. Daſſelbe zerfiel in vier Abtheilungen, welche Kammern hießen, obſchon einige der letztern, um der Menge der Geſchäfte zu genügen, ſelbſt wieder in mehrere einzelne Kammern, jedoch alle von gleichem Namen, abgetheilt waren. Dieſe vier Abtheilungen waren 1) die große Kammer (la grand'chambre), 2) die Unterſuchungskammer (chambre des enquêtes), 3) die Kammer der Bittſchriften oder Geſuche (chambre des requêtes), 4) die Criminal-Kammer, die aus Gründen, welche aus dem Folgenden näher erhellen werden, tournelle criminelle oder auch ohne weitern Zuſatz tournelle hieß. *)

---

überhaupt die hier angegebenen Zahlen der verſchiedenen Beamten betrifft, ſo habe ich ſie aus dem: Almanach Royal année 1787 genommen. Sie weichen von dem, was in der Encyclop. und bei Ferrier. art. Parlement angegeben iſt, nur in wenigen Puncten ab. Nur wird von dieſem letztern der greffier des affirmations nicht unter den greffiers en chef angeführt. Dieſer Beamte war angeordnet, um die eidlichen Erklärungen derjenigen aufzunehmen, welche eines Proceſſes wegen nach Paris hatten reiſen müſſen, damit ſie nämlich, wenn ſie ihren Proceß gewonnen, die Reiſekoſten von der Gegenparthei zurückfordern konnten.

*) Die drei erſten Kammern ſind wahrſcheinlich ſo alt als das Parlament ſelbſt, indem ſie ſchon in der Verordnung

Unter der großen Kammer verſtand man bald eine beſondere Abtheilung des Parlaments, bald das Zimmer oder den Saal, wo dieſelbe ihre gewöhnlichen Sitzungen hielt, welcher auch bei feierlichen Gelegenheiten zur Verſammlung aller Abtheilungen oder Kammern diente. In derſelben hielt der König ſein Throngericht, (lit de justice). Der Kanzler, die Prinzen vom Geblüt, die Pairs, die Ehren-Räthe, eben ſo wie die vier Requeten-Meiſter nahmen, wenn ſie in dem Parlament erſchienen, ihren Sitz in dieſer Kammer. In derſelben geſchahen alle Mittheilungen des Hofes an das Parlament, es mogten Geſetze oder andere Nachrichten, oder auch Begnadigungen ſelbſt in ſolchen Sachen ſeyn, die bei einer andern Kammer anhängig waren. Sie hieß auch die Kammer der öffentlichen Verhandlungen (chambre du plaidoyer, camera placitorum) weil ſie die einzige war, worin die Advocaten der Partheien allezeit öffentlich redeten. Man nannte ſie auch wohl das große Gewölbe (la grande voute). Bei dem Volk insbeſondere hatte ſie den Namen der goldnen (vergoldeten) Kammer

---

Philips des Schönen v. J. 1291 angeführt werden. Doch waren die frühern Amtsbefugniſſe der beiden letztern (der chambre des enquêtes und requêtes) von denjenigen, die ihnen in ſpätern Zeiten zukamen, verſchieden, wie unten näher gezeigt wird. Ueber die tournelle ſehe man ebenfalls die Folge des Textes. Die Verordnung v. J. 1291 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 320.) enthält art. 1 „Per totum Parlamentum pro requestis audiendis quâlibet die sedeant tres persone de consilio nostro, non Baillivi, et ad hoc deputamus ad praesens magistros Joannem Dentis, Guillielmum de Karitate, et Stephanum de Pedagio militem, et ad istud officium deputamus Notarium magistrum Richerium. art. 3. Pro audiendis et decidendis inquestis, sedeant quatuor persone de Consilio, non Baillivi, videlicet qualibet septimanâ diebus Lune et Martis Decanus Senonensis etc. — — Diebus vero Mercurii et Jovis in eisdem inquestis sedeant Decanus Senonensis etc. art. 4. Precipimus quod omnes inspectores inquestarum diligenter inspiciant in domibus suis inquestas sibi traditas a Curiâ, et eas diligenter et fideliter referant, et ad Cameram placitorum non veniant, nisi mandetur pro eis, ut amplius et curiosius vacent in videndis inquestis.“

(chambre dorée) wegen der vergoldeten Verzierungen, die Ludwig der 12te an der Decke derſelben hatte anbringen laſſen. *)

Das Hauptgeſchäft dieſer Kammer war die Entſcheidung über alle ſogenannten mündlichen Appellationen in Civilſachen (Th. I. S. 332), welche in der Regel vor dem Parlament ebenfalls öffentlich und mündlich verhandelt wurden. Indeſſen konnte die Kammer, wenn in dem Lauf eines Proceſſes verwickelte Thatſachen aufzuklären, oder ſchwierige Rechtsfragen zu entſcheiden vorkamen, auch das ſchriftliche Verfahren verordnen, wo alsdann die Sache einem Richter zur nähern Unterſuchung übergeben ward, der ſpäterhin in einer geheimen Sitzung darüber an die Kammer berichtete. Doch durfte (nach der ordon. d. 1667 tit. XI. art. 9, 10.) das ſchriftliche Verfahren ohne weiteres nur in ſchwierigen Rechnungsſachen und ähnlichen, in den übrigen aber nur nach vorläufiger mündlicher und contradictoriſcher Verhandlung durch ein förmliches Urtheil angeordnet werden.

Vor die große Kammer gehörten auch**) noch alle Geſuche um Wiederherſtellung in den vorigen Stand (requêtes civiles), ſelbſt wenn man darin gegen ein Urtheil angieng, das von einer andern Abtheilung oder Kammer erlaſſen war.

Auch die Appellationen von den Ausſprüchen der Kammer der Geſuche (chambre des requêtes), ſo wie desjenigen Gerichtshofes, den man requêtes de l'hôtel nannte, wurden zum Theil vor die große Kammer gebracht, wie ſpäterhin näher erwähnt werden ſoll.***)

In frühern Zeiten gehörte auch in allen eigentlichen Criminalſachen, wo die Unterrichter die Todesſtrafe oder andere Leibesſtrafen erkannt hatten, die Entſcheidung in letzter Inſtanz einzig der großen Kammer an. Die vierte Kammer (tournelle), welche in den letzten Zeiten die eigentliche Criminal-Section des Parlaments bildete, entſchied urſprünglich nur über Vergehen, und nicht über eigentliche Verbrechen, welche eine peinliche Strafe (peine afflictive) nach ſich zogen. Erſt im J. 1515 ward derſelben die Befugniß ertheilt auch über eigentliche Verbrechen zu erkennen. In den letzten Zeiten lag ſogar mit wenigen Ausnahmen, (wovon ſogleich) dieſes Geſchäft ihr allein und mit Ausſchließung der großen Kammer ob. Vor dieſe letztere wurden überdem noch mehrere Sachen ſchon gleich in erſter Inſtanz gebracht. Hierhin gehörten alle Rechtsſtreitigkeiten der Pairs, welche ſich auf ihre Pairien bezogen, ſo wie alle aus dem Gebiet von ganz Frankreich, welche über die Rechte der Krone (Droit de la couronne), ſo wie insbeſondere über das Hoheits-Recht in geiſtlichen Sachen (la regale) entſtanden, (Ordon d. 1667 tit. XV. art. 19.)*) Der Herzog von Orleans, ſo wie einige öffentliche Anſtalten, z. B. das große Krankenhaus von Paris, hôtel dieu genannt, das allgemeine Spital und das große Armen=Bureau derſelben Stadt (ordon. d. 1667 tit. II. art. 12.) hatten das Vorrecht bei allen ihren Rechtsſtreitigkeiten ſchon gleich in erſter Inſtanz nur die große Kammer des Parlaments von Paris zum Richter zu haben. (M. ſ. Th. I. S. 184, 260—262) In Criminal=Sachen nahm man gewöhnlich an, daß das Verbrechen des Hochverraths im höchſten Grad (crime de lese majesté au prémier chef) ſchon in erſter Inſtanz vor die Parlamente gebracht werden müſſe, (die übrigen Grade dieſes Verbrechens wurden nur zu den dem König vorbehaltnen Fällen (cas royaux) gerechnet, worüber die Amtmänner und Seneſchalle in erſter Inſtanz entſchieden.) Die Beamten der Oberrechenkammern von Paris, Rouen und Dijon; die des Oberſteuerhofs der beiden letztern Städte konnten wegen eines Criminalverbrechens nur vor der großen Kammer der Parlamente dieſer Städte belangt werden; alle Mitglieder der Parlamente ſtanden in Criminalſachen nur unter dem Parlament, wohin ſie gehörten; und zwar konnten ſie nach ihrer Behauptung nur von den verſammelten Kammern gerichtet werden; ein Vorrecht, worin ſich wenigſtens die Mitglieder des Parlaments von Paris ſtets behauptet haben. Vor die verſammelten Kammern gehörten auch alle Criminal=Klagen gegen die Pairs des Reichs.

---

*) Es befand ſich an derſelben auch noch ein gemaltes Crucifix von Albert Dürer. Unterhalb ſah man ein Gemälde, welches König Carl den VIten in derſelben Kleidung darſtellte, welche die Präſidenten mit der Mörſerhaube (présidents à mortier) trugen.

**) M. ſ. Th. I. S. 368 und dort **)

***) Ueber die appels comme d'abus, welche zum Theil auch vor die große Kammer gehörten, ſ. weiter unten.

---

*) Ganz insbeſondere noch legte die Erklärung Ludwigs des 14ten v. 10. Febr. 1673 die Entſcheidung darüber der großen Kammer bei. — Das geiſtliche Hoheits-Recht, la regale (nicht zu verwechſeln mit les régales, Regalien, worunter man alle dem König als ſolchem zukommenden Rechte verſtand, (M. ſ. die Vorrede des Grafen Paſtoret zu dem 15ten Band der Ordon. du Louv. p. XXI., XXII.) war das Recht, welches der König hatte: 1) So lange ein biſchöflicher oder erzbiſchöflicher Stuhl erledigt war, zu allen davon abhängigen Pfründen, die mit keiner Seelſorge verbunden waren (bénéfices non cures), zu ernennen; 2) während derſelben Zeit die Einkünfte des Biſchofs oder Erzbiſchofs zu beziehen. Das erſte Recht ward vorzugsweiſe das geiſtliche Hoheits-Recht (régale spirituelle), und das andere das weltliche Hoheits-Recht genannt. Einige Hof-Juriſten leiteten dieſes Recht des Königs gar aus dem alten Teſtament her. Da die Könige von Frankreich eben ſo wie die von Juda geſalbt und geweiht (oints et sacrés) ſeyn, ſo könne man ſie eben ſo wie dieſe als halb geiſtliche und halb weltliche Perſonen anſehn, wie ſie denn auch in mehrern Domkirchen Canonici ſeyn. Die Könige von Juda hätten das Recht gehabt in Abweſenheit des Hohenprieſters die Stellen der Tempelbeamten zu beſetzen. Daſſelbe Recht ſtehe alſo auch den Königen von Frankreich in Beziehung auf die Pfründen

---

zu. Die gemäßigtern Publiciſten behaupteten indeſſen, die Salbung nicht allein, ſondern zugleich der Umſtand, daß der König der Stifter der Pfründen und Beſchützer der Kirchen ſey (sacra unctio concurrens cum fundatione et protectione) geben ihm dieſes Recht. Einige glaubten, der Pabſt Hadrian habe Carl dem Großen dieſes Recht wegen Ausrottung der Arianer verliehen; nach andern hatte es ſchon Chlodwig erhalten. Gewiß iſt es indeſſen, daß die Könige von Frankreich des dritten Geſchlechts das Hoheits=Recht ſchon in den älteſten Zeiten ausgeübt haben. Von dem Urſprung deſſelben wird im folgenden Abſchnitt Nr. XII. näher gehandelt werden. Ueber die Einleitung der Prozeſſe, die über das Hoheits=Recht entſtanden, ſehe man Ferrier. Dict. d. D. art. Régale, Chopin. de Doman. Franc. lib. II. tit. 9. und Marca de concord. Sacerdot. et imper. tit. VIII. Cap. 22, 24.

Alle bei der großen Kammer anhängigen Prozeſſe wurden, nach einer ein für allemal beſtimmten Ordnung, nach der Amtmannſchaft oder Landvogtei, worin die ſtreitige Sache lag, vorgenommen. Nämlich die Prozeſſe, die ſich auf Gegenſtände derſelben Amtmannſchaft bezogen, wurden in eine beſondere Pergament-Rolle eingetragen, welche die Rolle dieſer Amtmannſchaft (ehemals die Zeit der Amtmannſchaften, tems des baillies, dies seneschallorum et baillivorum) hieß. Alle in dieſelbe Rolle eingetragenen Prozeſſe kamen unmittelbar nacheinander vor, ſo daß man erſt zu den Sachen einer andern Rolle überging, wenn die der vorhergehenden alle abgemacht waren. Dieſes war uralt*) und ſtammte noch aus den Zeiten her, wo die Amtmänner ſich ſelbſt ins Parlament verfügen mußten, um die Richtigkeit ihrer Ausſprüche ſo wie auch die Rechte der Domainen zu vertheidigen. Dieſelben wären zu oft von ihren Geſchäften abgerufen worden, wenn nicht die Ordnung, nach welcher die Sachen der verſchiedenen Amtmannſchaften verhandelt wurden, feſt beſtimmt geweſen wäre.**) Die Rollen der

---

*) Ordon. d. 1291 art. 7 „Seneschalli et baillivi recipiant vadia sua per dietas, quibus ipsi erunt in bailliviis suis, eundo et redeundo ad compotos et ad parlamenta, et ibidem remaneant, quamdia *dies baillivie sue* durabunt vel quatenus per magistros curie retinebuntur.“

**) Ordon. de Philip. V. d. 17. 9bre 1313 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 673) art. 6. „Que nulle baillie, ne Senechaucie ne sera commancée à delivrer, devant ce que tuit le arrest de l'autre seront tuit conseillé, et prononcié, si ce n'estoit un cas, où la court pour aucune grande cause voudroit attendre le Roy.“ Ordon. d. decemb. 1320 art. 3. „Que les senechauls, Bailliz, et Procureurs, que ont accoustumé à venir en parlement, venront par trois jours ou plus avant la journée de leurs presentations, et se presenteront tantost comme ils seront venuz au parlement, et lors le parlement baudra un Clerc et un Lay dudit Parlement, lesquels avec un des mestres de nos comptes et nostre tresorier tous ensemble, orront en certain lieu les relacions desdits senechauls, Bailliz et Procureurs, sus les causes et tous les faiz qui nous touchent et peuent toucher, et s'il voient qu'il rapportat chose, qui ne face à oyr, il leur verſchiedenen zu derſelben Provinz gehörigen Amtmannſchaften wurden ebenfalls zu Einer vereinigt, welche die Rolle der Provinz hieß. Es gab (beim Parlament von Paris) neun dieſer Rollen, nämlich die von Vermandois, Amiens, Senlis, Paris, welche letztere die Appellationen von der dritten Kammer (requêtes du palais) und von den Ausſprüchen des Stadtgerichts von Paris enthielt; ferner die Rolle von Champagne und Brie, von Poitou, Chartres und Angoumois. Die Rollen wurden, von der jährlichen Wiedereröffnung des Parlaments an, nach derſelben Ordnung, wie ſie hier genannt ſind, vorgenommen; doch war für jede Provinz ein gewiſſer Zeitpunkt beſtimmt, bis zu welchem die Prozeſſe derſelben verhandelt wurden. Für diejenigen, welche bis zu dieſer Friſt nicht abgemacht waren, fand von ſelbſt, dem Recht nach, das ſchriftliche Verfahren Statt, wenn der erſte Präſident ſie nicht in eine andere Rolle eintragen ließ. *) Alle Sachen der ſo eben genannten Rollen, welche auch die ordentlichen Rollen hießen, wurden Montags und Dienſtags Morgens abgemacht. Es gab indeſſen für verſchiedene Sachen und Umſtände auch noch beſondere Rollen. Eine dieſer Rollen, die Donnerſtags Morgens vorkam, enthielt die requêtes civiles, appels comme d'abus, regales u. d. g. aus allen Provinzen und Amtmannſchaften. Noch eine andre Rolle begriff alle Sachen, die Eile forderten, und in die gewöhnlichen Rollen nicht hatten eingetragen werden können. Die Parthei mußte, um in dieſe Rolle aufgenommen zu werden, ſich mit einer Bittſchrift an den erſten Präſident wenden, dem die Ordnung **), nach welcher die einzelnen Sachen in

---

diront qu'il se seuffrent et les autres ils les publieront et les feront oir et juger en Parlement.

*) Ueber die Bildung dieſer verſchiedenen Rollen ſ. a. die Königl. Erklärung v. 15ten März 1673.

**) Ueberhaupt war die Ordnung, nach welcher die zu derſelben Amtmannſchaft gehörigen Sachen in die Rolle derſelben eingetragen wurden, dem erſten Präſident überlaſſen; nur daß die Beamten des Stadtgerichts von Paris (châtelet) die erſte Sache der Rolle von Paris beſtimmten. Ferrier. Dict. d. D. art. Role). Gewöhnlich indeſſen wurden die Sachen nach der Ordnung, wie ſie auf dieſelbe eingetragen wurden, völlig überlaſſen war. Die Sachen dieſer Rolle wurden in den Nachmittagsſitzungen von Dienſtag und Freitag abgemacht.

Die Sitzungen der großen Kammer wurden in große (grandes audiences) und kleine d. h. mehr oder minder feierliche, ferner in öffentliche- und Sitzungen bei verſchloſſenen Thüren, endlich in Morgens- und Nachmittags-Sitzungen eingetheilt. Die Sitzungen von Montag, Dienſtag und Donnerſtag Morgens hießen die großen Sitzungen. Die Richter ſaßen

---

dem Secretariat angemeldet wurden, auch in die Rolle getragen. In frühern Zeiten war dieſes geſetzlich vorgeſchrieben. Schon die Verordnung Philips des Langen v. 17ten November 1318 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 673) enthält Art. 3.: „Qu'en toutes manieres de parties, selonc ce qu'elles seront presentées, seront delivées par des presentations, sans nul avantage de donner audience à autre personne, mais que selon l'ordre que il seront presentées. Et bien se gardent les parties, que elles soient trouve à l'huis de la chambre presentes et garnies de leur conseil, quand elles seront appellées. Car les parties presentes seront tantost delivrées sans delay etc." Merkwürdig iſt auch noch Art. 2. der Verord. Philip. v. Valois v. December 1344. (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 210.) „Quia in parlamento nostro quoque consuetum fuerat observari, quod si partes praesentatae vocarentur per rotulum, seu cedulam aut alias per illum ad quem, ex ejus officio seu alias hoc fieri incumbebat, actor qui ad cautelam et per suam maliciam, ut tardius vocaretur, in fine praesentationum se forte praesentabat, in praejudicium suae partis praetendebat, ex stilo curiae, aut alias se non debere compelli litigare, cum vocaretur secundum praesentationem suae partis adversae, sed tunc solum, cum secundum ordinem suae praesentationis vocaretur. Ex cujus observantia Curia impediebatur, et causarum expeditio retardabatur, et parti volenti procedere inferebatur praejudicium sive dampnum: Volumus ac etiam ordinamus, ut talis stilus seu ordo presentationum in litigando de cetero non servetur, sed secundum quod vocabuntur partes, per praesentationem cujuslibet earundem, actoris scilicet sive rei litigare tenebuntur."

alsdann auf den hohen Sitzen *) und erſchienen in ihrer Staatskleidung. Sie fingen früh um 6 Uhr **) an, und dauer-

---

*) Die Sitze der Mitglieder des Parlaments glichen, wie noch in dem Sitzungsſaal des Caſſationshofs zu ſehen iſt, den Chorſtühlen (stalles) einer Domkirche, einer Abtei u. ſ. f., wobei man ebenfalls die hintere an die Wand anſtoßende Reihe von Stühlen die obern, und die unmittelbar davor Etwas tiefer befindliche Reihe die untern Sitze nennt.

**) Es war von je her gebräuchlich, und erhielt ſich als Erinnerung an die Tageszeit, zu welcher ehemals die Geſchäfte anfingen, bis zu den letzten Zeiten, daß das Parlament ſeine Sitzungen Morgens früh begann. In der Verordnung Philips d. Langen vom December 1320 (Ordon. tom. I. p. 727.) heißt es . . . . Philippes etc. . . . . par grant deliberation de nostre Conseil, avons fait ordennance sur l'état de nostre Parlement en la manière qui s'ensuit.

1) C'est assavoir qu'en nostre dit Parlement aura huit Clers et douze Lays, Presidens les quex et les Notaires aussi vendrout au matin en la Chambre de Parlement à l'eure que l'eu chante la prémière messe en nostre Chapelle basse de Paris, et demouront illéc continuellement jusques au midi sonnant, en nostre dite Chapelle sans partiir et sans issir, se n'estoit pour necesité corporelle.“

Carl der 5te befahl in ſeiner Verordnung vom März 1356 (Ordon. tom. II. p. 121, 129.) art. 7. „Que dores navant cils qui seront oudit Parlement et en ladite Chambre des enquestes se assembleront en ladite chambre à heure de soleil levant.“

Die Verordnung Carls des 7ten vom 28ten October 1446 über den Geſchäftsgang des Parlaments ſtimmt mit dem Gebrauch der letzten Zeiten gänzlich überein. Sie enthält Art. 8. „A certaines Ordonnances conténans que les seigneurs de Parlement doivent venir bien matin et continuer tant que la Cour seerra: adjoustons et ordonnons que d'oresnavant tous les jours que les Presidens et Conseillers de nostredit Parlement devront venir en nostre Palais [de justice] à Paris, pour besoigner en nostredit Parlement, soit pour plaider ou conseiller, lesdits Presidens et Conseillers viennent et entrent en nostredite Cour incontinent que six heures sont sonnées, ou au moins dedans un quart d'heure après, sur peine ten gewöhnlich bis 10 Uhr; in der Faſtenzeit jedoch bis 11 Uhr, (um die Zeit wieder zu gewinnen, die früherhin während der Faſten auf Anhörung der Predigt verwendet ward.) Von 6 Uhr bis 7 wurden Berichte über die ſchriftlich verhandelten Prozeſſe abgeſtattet. Um ſieben Uhr ward die Sitzung öffentlich. Zuerſt wurden die ſummariſchen Sachen und Inſtructionen verhandelt, und damit fortgefahren bis der Hof ins Erfriſchungszimmer gieng (alloit à la buvette).*) Um halb neun fing dann die eigentliche Sitzung an, welche, wie ſchon geſagt, gewöhnlich bis zehn Uhr dauerte. In der Zeit zwiſchen dieſen beiden Sitzungen fanden gewöhnlich die Mittheilungen des Königs an das Parlament entweder durch die Beamten der Staatsbehörde oder durch den Ceremonienmeiſter Statt; auch wurden alsdann die Pairs und andere Beamten aufgenommen u. ſ. f. Nach zehn Uhr verſammelten ſich die

---

de privation de leur salaire pour le jour au regard aux ceulx qui deffaudroient; et sept heures sonnées, ou le plustost que faire se pourra après, on commencera à plaider en ladite Cour à jour de plaidoierie, et a juger les procès à jour de conseil à ladite heure, et entre ladite heure de six heures et de sept heures, seront expediez les menus appointemens de Registre et les Requestes par la forme ci-après declairée.“ Die große Verordnung deſſelben Königs v. J. 1453 enthält Art. 3, 4. faſt dieſelbe Beſtimmung. — Dieſes erhielt ſich bis zu den letzten Zeiten. Den 31. Auguſt 1786, an welchem Tag der berüchtigte Halsband-Prozeß entſchieden ward, verſammelte das Parlament ſich ſchon Morgens früh drei Viertel Uhr nach fünf.

*) Nach den alten Vorſchriften der Capitularien ſollten die Richter in der Sitzung nüchtern ſeyn. Dieſes hatte ſich auch bis zuletzt in ſo weit erhalten, daß man Criminalſachen immer Morgens vornahm. So beſtimmt es die ordon. crimin. de 1670 tit. XXV. art. IV. „Aucun procès ne pourra estre jugé de *relevée*, si nos procureurs on ceux des seigneurs y ont pris des conclusions à mort, ou s'il echeoit une peine de mort naturelle ou civile, de galere, ou bannissements à temps. N'entendons néanmoins rien innover à cet égard à l'usage observé par nos cours.

Kammern nur, wenn es nöthig war; auch hörte man zuweilen noch Berichte über die ſchriftlich-verhandelten Prozeſſe an; ein Gebrauch, der gar nicht alt, und erſt ſeit der Zeit, daß die Stunde des Mittagseſſens geändert worden, entſtanden war. Die großen Sitzungen des Parlaments ſchloſſen mit der Mitte Auguſts.

Alles was zum Dienſtgeſchäft der großen Kammer gehörte, galt in einem ſo hohen Grade für ehrwürdig, daß die Sitzungen der andern Kammern und Gerichtshöfe, des Steuerhofs (cour des aides), Stadtgerichts u. ſ. f. erſt, wenn die der großen Kammer geendigt waren, oder nach zehn Uhr anfiengen. Nämlich dann erſt begannen darin die mündlichen Verhandlungen, und vorher nahm man nur Expeditionen für die Inſtructionen u. ſ. f. vor. Wenigſtens hätte es geſetzlich ſo ſeyn ſollen, und auch in der Ausübung ward ſo viel davon beobachtet, daß man darin den Grund und Zweck dieſer Gebräuche erkennen konnte.

Mitwochs und Samſtags waren die Sitzungen der großen Kammer geheim. Man beſchäftigte ſich in denſelben mit den Gründen und Einreden gegen die Einregiſtrirung der Königl. Schreiben, mit Einſprüchen gegen die Vollſtreckung der erlaſſenen Urtheile, Appellationen in Polizeiſachen, Einreden in Eheſachen u. ſ. f., welche indeſſen auch mündlich, allein nur von den Procuratoren ohne Beiſtand eines Advocaten vorgetragen wurden. Für dieſe Sachen ward ebenfalls eine beſondere Rolle angefertigt und alle vierzehn Tage erneuert.

Außer den Morgensſitzungen fanden auch noch zweimal die Woche, Dienſtags und Freitags, des Nachmittags Sitzungen Statt. Der erſte Präſident führte nur in der erſten und letzten derſelben den Vorſitz, und überließ ihn in allen übrigen dem zweiten Präſident.

In dem Ceremoniel der großen Kammer war alles mit der pünktlichſten Genauigkeit geordnet.*) Wie in der katholiſchen

---

*) Allerdings gab es auch Lächerlichkeiten dabei. In dem Sitzungsſaale der großen Kammer befand ſich eine Stelle, wo die Richter ſaßen, welche das Parquet hieß. Dieſes war ein mit Holz eingeſchloſſener Raum, welcher alle Bänke begriff, worauf Lilien geſtickt waren. Nur

Kirche war die Kleidung der Richter ſogar nach Verſchiedenheit der Jahreszeit verſchieden. In den großen Sitzungen (Montags, Dienſtags und Donnerſtags) trugen die Präſidenten von dem Ende der Ferien an bis zu Mariä-Verkündigung einen Hermelin-Rock nebſt der Mörſerhaube, und in dem andern Theil des Jahres einen ſcharlachrothen Rock ohne Pelz; auch hatten ſie die Mörſerhaube nicht. Die Nachmittagsſitzungen wurden zwar auf den hohen Sitzen aber in ſchwarzer Kleidung gehalten. In den geheimen Sitzungen endlich (Mitwochs und Samſtags) ſaßen die Richter auf den niedern Sitzen, und die Präſidenten erſchienen in ſchwarzer Kleidung.

II. Die zweite Abtheilung des Parlaments, oder die Unterſuchungskammer (chambre des enquêtes) hatte zum Hauptgeſchäft die Beurtheilung derjenigen Prozeſſe, für welche entweder ſchon in der erſten Inſtanz das ſchriftliche Verfahren Statt gefunden hatte, oder die zwar in die Rolle der großen Kammer eingetragen waren, allein innerhalb der feſtgeſetzten Friſt nicht verhandelt werden konnten. Bei der Beurtheilung dieſer Prozeſſe in der Unterſuchungskammer, ward nun auch in der Regel ſchriftlich verfahren; indeſſen wurden doch einige Gegenſtände in derſelben mündlich verhandelt. Hierhin gehörten alle Prozeſſe, die wegen ihrer Verbindung mit andern bei der Kammer ſchon anhängigen (par connexité) ihr zugeſendet wurden, eben ſo fand auch für alle Incidentpunkte, die ſich bei den ſchriftlichen Prozeſſen ergaben, das mündliche Verfahren

---

die Prinzen vom Geblüt und die Präſidenten hatten das Recht durch dieſen Raum zu gehen um zu ihren Sitzen zu gelangen. Alle übrigen Mitglieder des Parlaments kamen von kleinen Zimmern aus auf ihren Platz. Als nach dem Tode Ludwigs des Vierzehnten die Verordnung deſſelben, wodurch er allen ſeinen legitimirten Kindern den Titel Prinzen vom Geblüt verliehen und ſie für ſucceſſionsfähig erklärt hatte, durch ein Edict des Prinz Regenten wieder aufgehoben ward, ließ man denſelben von allen ihren Rechten nur das ſich durch das Parquet auf ihren Platz begeben zu dürfen; welches wie Voltaire (hist. du parlem. de Par. chap. 59.) richtig bemerkt, unter allen auf dieſer Erde eingeführten Ehrenrechten wohl das allerunbedeutendſte ſeyn mögte.

Statt; daher auch jede Unterſuchungskammer [*]) wöchentlich zwei öffentliche Sitzungen hielt. Auch über Vergehen (procès de petit criminel), die keine peinliche Strafe nach ſich zogen, erkannte die Unterſuchungskammer. Wenn ſich indeſſen in dem Lauf des Prozeſſes ergab, daß wohl eine peinliche Strafe Statt finden könnte, ſo ward die Sache der Criminalkammer (tournelle) zugeſchickt, in welcher in dieſem Fall derjenige Rath, der in der Unterſuchungskammer ſchon über die Sache angetragen hatte, ebenfalls darüber berichtete. Auch in Civilſachen konnte die Unterſuchungskammer gegen Jemand auf körperlichen Haft (prise de corps) erkennen, und den Prozeß bis zum Endurtheil inſtruiren.

Um der Menge der Geſchäfte zu genügen, gab es bei demſelben Parlament mehrere Unterſuchungskammern, welche man durch den Zuſatz: erſte, zweite Unterſuchungskammer u. ſ. f. unterſchied. Die Zahl derſelben war, wie man leicht denken kann, nach Verſchiedenheit der Zeiten und der Menge der Geſchäfte verſchieden. Im J. 1756 gab es derſelben fünf. Allein ihre Zahl ward durch ein Edict v. December des genannten Jahrs auf drei vermindert. [**]) Jede dieſer Kammern beſtand in der letzten Zeit aus zwei Präſidenten, die vom König unter den Räthen gewählt wurden, aus mehrern theils weltlichen, theils geiſtlichen Räthen, [***]) einem Gerichtsſecretair u. ſ. f. Jene hießen nur Präſidenten der erſten, zweiten u. ſ. f. Unterſuchungskammer und nicht Präſidenten des Parlaments, welcher letztere Titel nur den neun Präſidenten mit der Mörſerhaube (présidens à mortier) zukam. Der älteſte unter den Räthen jeder Kammer hieß Dechant (doyen) derſelben. Die Räthe der Unterſuchungskammern wurden der Stufenfolge des Dienſtalters nach zu Mitgliedern der großen Kammer (grand'chambre) befördert. — Der Name Unterſuchungskammer kommt daher, weil in ganz alten Zeiten, wenn das Parlament eine Beweisführung, ſey es durch Urkunden oder Zeugen-Ausſagen u. ſ. f., verordnet hatte, die Acten, ehe über die Sache entſchieden ward, gewiſſen Commiſſarien (m. ſ. d. Note v. S. 4, 5) vorher zum ſchriftlichen Bericht zugeſtellt wurden. Dieſe Commiſſarien gehörten eigentlich nicht zum Parlament. Die Verordnung v. J. 1291 (Ordon d. Louv. tom. I. p. 320) befiehlt (Art. 4.) ihnen ſogar in die große Kammer (in cameram placitorum) anders nicht zu kommen, als wenn ſie gerufen würden. An dieſe letztere ſtatteten ſie ihre Berichte ab, und dieſer allein kam, wie es ſcheint, in den älteſten Zeiten die Entſcheidung zu.*) In Fällen, wo an Ort und Stelle Etwas zu unterſuchen war, wurden auch oft die Amtmänner damit beauftragt, welche darüber Bericht an das Parlament abſtatteten.**) Zuweilen indeſſen wurden dergleichen Unterſuchungen auch von eigentlichen Mitgliedern des Parlaments (der großen Kammer) geleitet.***)

---

[*]) Es gab deren nämlich mehrere, wie wir ſogleich hören werden.

[**]) Dieſelbe Zahl beſtand noch i. J. 1787.

[***]) Die Zahl der Räthe hat ſich ebenfalls nach Verſchiedenheit der Zeiten geändert. Die Encycloped. (art. Parlement) gibt dieſe Zahl in jeder Kammer zu 32 an. Nach dem almanach royal v. J. 1787 war ſie aber weit geringer.

Die Verordnung Philips des Langen vom Decemb. 1320 (Ordon. tom. I. p. 727) enthält eine eigene Abtheilung über die Unterſuchungskammer (pour la chambre des enquestes.)

---

*) Ordon. d. 23. Mars 1302 (tom. I. p. 354.) art. 13. „Et volumus quod inqueste et probationes, post quam fuerint transmisse ad curiam, judicentur infra biennium ad tardius, postquam ut premittetur, fuerint ad curiam reportatae.

**) Ordon. d. Philip. l. long. d. Decemb. 1320 (tom. I. p. 727) art. 11. „. . . . . . Et bien soit pourveû que aucun commissaire ne soit envoyé, ne commission faite de besogne qui puisse estre faite par les sencchaux ou bailliz, més à yceux soient faittes les commissions, se n'est ou caz qui les toucheront, ou qu'il seroient soupesonnables."

***) Ordon. d. Mars 1344 (tom. II. p. 222.) art. 2. „Nous voullons et ordenons que nos gens de Parlement, qui seront envoyez en commission ne puissent penre que pour six chevaux au plus, combien que plus en y menassent. Nos gens de nos enquestes, ou requestes du Palais pour quatre chevaux, és quels nombres seront comptez les chevaux que leurs clers chevaucheront, qui labourront en l'audition."

Nach Art. 1. ſollte es in derſelben zwei Klaſſen von Mitglieder geben, wovon die der erſten Richter (jugeurs), die der zweiten Berichterſtatter (rapporteurs) genannt werden. Die letztern lieferten ihre Berichte an die große Kammer ab, welche ſie dann zur Entſcheidung an die Richter (jugeurs) zurückſchickte.*) Nach der Verordnung Philips v. Valois vom 11. März 1344 (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 219) ſollten die Berichterſtatter, wenn das Urtheil in der Kammer berathen war (après que l'arrest aura été conseillé en la chambre) daſſelbe innerhalb ſechs Tagen völlig abgefaßt in die Kammer zurückbringen, um es dort vorzuleſen und nöthigenfalls zu verbeſſern (corriger). Hierauf ward es mit dem Siegel eines der Präſidenten verſehen, und dann auf das Secretariat (au registre) der großen Kammer gebracht, welche es öffentlich ausſprach. Zu dieſer Zeit ging alſo in allen Sachen, in welchen die Inſtruction des Prozeſſes von der Unterſuchungskammer geleitet worden war, von derſelben auch das definitive Urtheil aus. Die genannte Verordnung hob überdem den Unterſchied zwiſchen den richtenden und berichterſtattenden Mitgliedern gänzlich auf, und übertrug allen abwechſelnd das eine und andere Geſchäft „car tous doivent estre Rapporteurs et jugeurs (art. 9.)“ Obſchon ſeit dieſer Zeit die Unterſuchungskammer eben ſo wie das eigentliche Parlament die richterlichen Befugniſſe in vollem Maß hatte, ſo blieb doch noch längere Zeit nachher ein Unterſchied in der Benennung, die man den Ausſprüchen der einen und andern Kammer gab. Man unterſchied in dieſer Hinſicht arresta, judicia und consilia curiae.**) Arresta nannte man die Urtheile, welche nach öffentlicher Anhörung des Vortrags beider Advokaten von der großen Kammer ausgeſprochen wurden. Die Formel dafür war: „Quibus rationibus utriusque partis hic inde auditis dictum fuit per arrestum curiae.“ Judicia hießen diejenigen Urtheile, die in ſchriftlich verhandelten Prozeſſen auf den ſchriftlichen Vortrag eines Referenten erlaſſen wurden. Die Formel dafür lautete: „Visa inquestâ et diligenter inspectâ pronuntiatum fuit per curiae judicium.

---

*) Art. 5. „Quant une enqueste sera parfaite et baillée en la grant-chambre icelle chambre la baudra tantost au jugeurs close, pour veoir et juger. Et sera arresté par devers le Clerc du greffe à quel jour elle aura esté baillée.

**) Consilia hießen die Urtheile, wodurch den Partheien eine gewiſſe Friſt beſtimmt ward um den Prozeß einzuleiten, die Beweiſe zu liefern u. ſ. f. Die Formel dafür lautete: „Dies consilii assignata est tali super tali lite ad aliud parlamentum proximum.“ Dieſe consilia ſind die Veranlaſſung zu den ſpätern appointemens (à écrire et produire)

Noch zu den Zeiten Boutilliers (i. J. 1402) hießen die Ausſprüche der Unterſuchungskammer nur judicia *) und nicht arresta. Viel länger, (bis zu den Zeiten Ludwigs des 14ten) erhielt ſich die Sitte, daß die von der Unterſuchungskammer erlaſſenen Urtheile an die große Kammer geſchickt, und von dieſer letztern öffentlich ausgeſprochen wurden. Dieſer König verbot indeſſen durch die Verordnung v. J. 1667 (tit. XXXVI. art. 7.) für alle ſchriftlich verhandelten Prozeſſe **) dieſe Formalität ausdrücklich. Seit dieſer Zeit wurden die Urtheile der Unterſuchungskammer, welchen man ohne Widerrede die Benennung arrests gab, auf dem Gerichtsſecretariat ausgelöſt.

II. Die Kammer der Geſuche (chambre des requêtes) zuweilen auch nur „requêtes“ oder „requêtes du Palais“ genannt. — Schon in den erſten Zeiten des Parlaments waren

---

geworden. Noch unterſchied man mandata curiae, welches meiſtens Befehle an die Amtmänner waren. „Injunctum est tali baillivo.“ Dieſer Unterſchied zwiſchen arresta, judicia und consilia iſt uralt, und kommt ſchon in den erſten Regiſtern des Parlaments vor.

*) Auch machte man früher Schwierigkeit, ob die chambre des enquêtes das Recht habe, ſich in ihren Ausſprüchen des Ausdrucks „mettre au néant“ zu bedienen. Papon. Collect. arrest. lib. 19. tit. 1. No. 27. „Ad supremam Parlamenti Curiam, reliquis omnibus exclusis, pertinet appellationem et id a quo appellatum fuit, in irritum deducendi jus. Et reperitur anno 1422 dubitatum fuisse, utrum Camera inquisitionum id facere posset. Et Arresto Parisiensi de 25. Januarii praedicto anno judicatum fuit quod sic. Id igitur judicibus Praesidialibus non permittitur, quorum nonnulli id hodie faciunt.“

**) M. ſ. u. Ferrier. Dict. d. D. art. prononciation.

beſondere Beamten unter dem Titel: Requeten-Meiſter (maîtres des requêtes, magistri libellorum supplicum) beſtellt, um die an das Parlament eingehenden Geſuche zu beantworten. Die Verordnung Philips d. Schönen v. J. 1291; (Ordon. tom. I. p. 320.) enthält darüber Art. 1.: „Per totum Parlamentum pro requestis audiendis sedeant tres personae de consilio nostro, non baillivi, et ad hoc deputamus ad praesens magistros Joannem Dentis, Guillelmum de Karitate et Stephanum de pedagio militem, et ad istud officium deputamus notarium magistrum Richerium." Um die Bittſchriften, die aus den Provinzen des geſchriebenen Rechts eingingen, zu beantworten, waren (Art. 2.)*) beſondere Beamten angeordnet. Philip der Lange beſtimmte durch verſchiedene Verordnungen die Dienſt-Verrichtungen dieſer maîtres des requêtes genauer. Sie theilten die Antwort auf die eingehenden Bittſchriften ihren Gerichtsſecretarien (notaires) mit, welche dieſelben zu Haus ins Reine ſchrieben**) und ſie

---

*) ibid „Pro causis et Requestis Senecalliarum et earum partium quae jure scripto reguntur sedeant etc."

**) Ordon. d. 17. Novbr. 1718 (tom. I. p. 673.) art. 7. „Que bonnes personnes et apertes pour delivrer soient aux requestes de la Langue-d'oc et de la Française. Et qu'en chascun siege des requestes ayt trois ou quatre notaires, . . . . un de c . . . et le remanent des autres, par leurs seremens soient tenus d'estre aux requestes, tant comme les maîstres des requestes y seront, sans faillir et sans aller à la chambre et que par leur serment il ne puissent faire autres letres, tant que ils ayent lettres de requestes à faire, et que les lettres que il feront, il rapporteront ecrites au matin, à leur maîstres des requestes, liquel les corrigeront, se il voyent que elles facent à corriger, et les signeront dou signet que l'un d'eux portera, cognu au chancelier, et les envoyeront au chancelier toutes corrigées, et signées pour sceller. . . . Et n'aura en chascun siege des requestes qu'un signet, tel comme li Roys ordonnera. Et ne pourront connaitre, ne prendre connoissance de causes ne de querelles especiaument *dou principal des causes*, qui doivent estre demenées en Parlement ou devant les baillis ou les senechaus. Mais se partie se oppose contre requeste à la fin que lettre de justice ne soit donnée, il in die Kammer zurückbrachten, wo ſie nachgeſehen, nöthigenfalls verbeſſert, mit einem beſondern Siegel (signet) verſehen und dem Kanzler zur Beiſetzung des großen Siegels zugeſendet wurden. Den Requetenmeiſtern kam über die Hauptſache keine Entſcheidung zu. Sie ſollten nach der Verordnung deſſelben Königs v. December 1320*), wenn die Sachen ihnen ſchwer oder bedenklich vorkämen, mit den Mitgliedern des Parlaments (genz du Parlement) Rückſprache nehmen. Ins Parlament ſollten ſie nur, wenn ſie gerufen würden, oder wegen eines beſondern Geſchäfts, kommen.**) Sie ſcheinen ſich indeſſen doch in vielen Sachen eine wirkliche Gerichtsbarkeit angemaßt zu haben, welche der König auf die deshalb an ihn ergangenen Klagen durch ſeine Verordnung v. 25. Februar 1318 Art. 6, 7***) auf Fälle, wo über ein von dem König verliehenes Amt Streitigkeit entſtand, und auf rein perſönliche Klagen gegen ſeine Hausbeamten beſchränkte. Durch eine andere Verordnung von demſelben Datum über die Beamten, die dem König folgten (touchant les Poursuivans le Roy), befahl derſelbe König, daß allezeit zwei Requetenmeiſter, Ein Geiſtlicher und ein Weltlicher ſich im Gefolge des Hofs †) befinden, und jeden

---

porrout bien connoistre et oir les parties à la fin se il donront lettre de justice ou non."

*) Ordon. du Louv. tom. I. p. 731. **) ibid.

***) (Ordon. tom. I. p. 678, 680) „art. 6. Comme plusieurs de nos subjets se soient doluz de ce qu'ils sont souvent travaillez, par devant des maitres de nos requestes nous ordonnons que les dits maistres des requestes de nostre hostel n'ayent povoir de nul faire adjourner par devant euls, n'en tenir Court, ne connoissance si ce n'est pour cause d'aucun office de nous donné, du quel il soit debat entre parties; ou que l'on feist aucunes demandes pures personnelles contre aucun de nostre hostel." Dieſe Beſtimmung findet ſich Art. 6, 7 der Verordnung Philips v. Valois v. 15. Febr. 1345 (Ordon. tom. II. p. 240) faſt wörtlich wiederholt.

†) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 732. „Deux de ceuls des requestes seront continuellement avec nous suians la Court et non plus, un Clerc et un Lay etc."

Tag zu beſtimmten Stunden an einem bekannten Ort ihre Sitzung halten ſollten, um die ihnen vorgetragenen Geſuche anzuhören. Sie ſollten indeſſen (Art. 3.) durchaus keine Entſcheidung über Bittſchriften (ne deliverront ne ne passeront nulles requestes) erlaſſen, welche ſich auf das Parlament, die Oberrechenkammer oder den Schatz bezögen, ſondern dieſe an die gehörige Stelle verweiſen. Hierdurch waren die Amtsbefugniſſe der chambre des requêtes du palais,*) ſo wie ſie in den letzten Zeiten waren, ſchon völlig vorbereitet. Da die Requetenmeiſter dem König folgten, ſo konnten ſie, nachdem das Parlament ſeinen beſtändigen Sitz zu Paris erhalten hatte, bei dieſem die Geſchäfte nicht wohl wahrnehmen. Es war alſo nöthig dazu beſondere Beamten zu ernennen. In einem Brief Philips v. Valois vom 20. April 1341 werden ſchon die maitres des requêtes de l'hôtel von denjenigen des Juſtitz-Pallaſtes maitres des requêtes du Palais unterſchieden.**) Das Nämliche geſchieht in der großen Verordnung, wodurch derſelbe König den 11. März 1344***) den Geſchäftsgang bei dem Parlament regelte, und die Perſonen ernannte, die bei dem nächſten Parlament in der „chambre du Parlament, des enquestes et de nos requestes du Palais" ſitzen ſollten. Der König beſchränkte die Gerichtsbarkeit der Maistres des requestes de l'hôtel ebenfalls (M. ſ. S. 21 Not 3) auf die Entſcheidung von Streitigkeiten, die über die Verleihung eines Amtes entſtanden, oder ſolcher perſönlichen Klagen, die ein Hausbedienter des Königs gegen einen andern führte. In der Verordnung Carls des fünften vom November 1364 wird bemerkt, daß die requestes du Palais mit Prozeſſen, welche die Beamten des Königs beträfen, überhäuft wären. Er befahl den Mitgliedern dieſer Kammer alle Tage, wo das Parlament ſich verſammelte, ebenfalls Sitzung zu halten, und den Gerichtsgebrauch des Parlaments (le stile du Parlement) zu beobachten. Derſelbe König (als Regent) wies im October d. J. 1359 *) dem Capitel von Vivier in Brie für alle ſeine Rechtsſtreitigkeiten die Mitglieder des Parlaments, oder wenn das Parlament nicht verſammelt wäre, die der chambre des requestes du Palais zu Richtern an. Daſſelbe Recht erhielten noch mehrere Kirchen und Klöſter. Doch ward es ſpäter auf perſönliche und poſſeſſoriſche Klagen beſchränkt. **) Und ſo bildete ſich

---

*) Auch wird wirklich nach der gewöhnlichen Meinung Philip der Lange für den Gründer der requêtes du Palais gehalten (Merlin Répert. art. committimus), ſo wie ich auch (Th. I. S. 312.) angeführt habe. Nach den vielen hier angeführten Stellen, mögte dieſes doch nur mit einiger Einſchränkung mehr ſeyn. Ganz ſicher beſtand indeſſen die Kammer unter dem Namen „requêtes du *Palais*" ſchon unter Philip von Valois.

**) (Ordon. tom. II. p. 162.) In der Aufſchrift heißt es: „Philippe . . . . . à nos amez et feaulx les gens tenans nostre present Parlement et qui le tendront au temps à venir, et à nos amez et feaulx les gens de requestes de nostre hostel, et de nostre Palais, presens et à venir salut et dilection."

***) Ordon. tom. II. p. 220.

---

*) Ordon. tom. III. p. 374, 375. Das Capitel hatte ſchon die garde-gardienne. Doch heißt es: „Ecclesiam, Thesaurarium et Capitulum tam in capite quam in membris, . . . . . . cum eorum familiaribus et servitoribus hominibus de corpore, bonis etiam rebus . . . . . . et juribus universis . . . . . . de gratia speciali et ex certa scientia in salva et speciali gardia regia dudum suscepimus, volentesque ipsos ex *amplori* et *valerioli* communire, ne in suis causis et querelis coram diversis judiciis et diversis auditoribus distrahantur, eisdem tam agendo quam deffendendo judices constituimus dilectas et fideles gentes, quae pro tempore Parlamentum regium tenebunt, aut Presidentes in eodem si ipsum non sedeat Parlamentum, vel dilectas et *fideles gentes Requestarum Palatii regii.*

**) Ludwig der 11te ertheilte es i. Jan. 1467 der Cathedralkirche von Clermont (Ordon. d Louv. tom. XVII. p. 66, 67.) „ . . . . . nous ausdicts prevost et chappitre de ladicte église de Clermont, pour eulx, leurs successeurs et officiers en icelle église presens et ad venir, avons octroyé et octroyons par expres privilege et . . . . . . . , que d'ores en avant ilz ne soient aucunement tenuz ni contrains de plaider, s'il ne leur plaist, pardevant aucun juge seculier ou temporel de nostre royaume, si non par dann nach und nach der letzte Rechtszuſtand derjenigen Kammer des Parlaments, welche man chambre des requêtes du Palais nannte. *) Ihr Geſchäft beſtand in der Beurtheilung aller perſönlichen poſſeſſoriſchen und gemiſchten Klagen, wobei Perſonen, die das Recht committimus hatten, oder diejenigen vom König geſtifteten Klöſter u. ſ. f., die wegen ihren Rechtsſtreitigkeiten an dieſe Kammer verwieſen waren, als Kläger oder Beklagte betheiligt waren. **) Von dem Vorrecht committimus haben wir

---

devant nosdicts conseilliers tenans lesdictes requestes en leurdict auditoire à Paris, soit en demandant ou en deffendant, contre quelzconques personnes que ce soit nostre procureur ou autre, en leurs causes personnelles, touchans ou qui toucheront ou pourroient toucher le corps et fondacion de ladicte eglise . . . . . . voulons nosdicts conseilliers desdictes requestes avoir la cognoissance, et non autres, reservé ceux qui par préminence et previllege ont leurs causes commises en nostre court de Parlement etc." In der Einleitung dieſer Urkunde wird noch angeführt, daß ſchon mehrere Prinzen vom Geblüt und andere Beamten (tant à cause de leurs offices que par previlleges par nous ou nos predecesseurs à eulx octroyés) das nämliche Vorrecht hatten.

*) Nach der l'art de verifier les dates ſoll (wie Th. I. S. 311 angeführt worden) das Vorrecht committimus ſchon von Ludwig dem Dicken (reg. 1108—1137) der Abtei Tiron verliehen worden ſein. Ich hatte dazu bemerkt, daß, wenn hier nicht die garde-gardienne mit den committimus verwechſelt worden wäre, die Abtei in Hinſicht ihrer Rechtsſtreitigkeiten nur etwa an das Königliche Hofgericht (requestes de l'hôtel) oder an das geſammte Parlament verwieſen ſeyn könne. Ich habe ſeit dieſer Zeit Gelegenheit gehabt den vollſtändigen Text der der Abtei verliehenen Urkunde einzuſehn (Ordon. d. Louv. tom. XVII. p. 269.), und meine letztere Vermuthung völlig beſtätigt gefunden. Die Abtei ſoll nämlich „coram magnis presidentialibus nostris Parisius, vel alibi ubi nostra praecellens et suprema regalis curia residebit" ihr Recht holen.

**) Schon durch die Verordnung Carls des achten vom Juli 1493 Art. 76. wurden ihre Befugniſſe darauf beſchränkt: „Nous leur [aux gens les requestes de nostre Palais] defendons bien expressement et sur le devoir de leurs ſchon im erſten Theil (S. 306—312) gehandelt, und bemerken hier nur noch nachträglich, daß daſſelbe keine nothwendige Competenz begründete, indem es in der Willkühr derjenigen, die es hatten, ſtand, davon Gebrauch zu machen oder nicht. — Die Prozeſſe wurden in dieſer Kammer theils mündlich, theils ſchriftlich verhandelt. Die Ausſprüche derſelben waren übrigens nur Urtheile erſter Inſtanz. Man appellirte davon entweder an die große Kammer oder an die Unterſuchungskammer, nachdem der Prozeß mündlich oder ſchriftlich verhandelt worden war.

In dieſer Kammer fand noch in einem beſondern Saal (parquet genannt) eine Sitzung Statt, um Sachen von geringeren Belang insbeſondere ſolche, welche ſich nur auf das Verfahren bezogen, abzumachen. Auch die gerichtlichen Verkäufe geſchahen in derſelben, ſo wie auch alle Streitigkeiten über die öffentlichen Ausrüfe vor ſie gebracht wurden. Dieſe Sitzungen hielt ein Präſident mit einem einzigen Rath.

Da die Geſchäfte im Lauf der Zeiten ſich häuften, ſo ſetzte Heinrich der dritte durch ſein Edict vom Juni 1580 zwei Kammern der Geſuche ein. Dieſelbe Zahl beſtand auch noch zu den Zeiten der Herausgabe der Encycloped. und des Dict. d. Droit. par Ferriere. Allein in den letzten Zeiten vor der Revolution gab es nur Eine ſolche Kammer, welche aus zwei Präſidenten und 14 Räthen beſtand. *)

In einem offnen Briefe Carls des ſechsten vom J. 1378 werden die Mitglieder dieſer Kammern Commiſſarien genannt, ein Titel, der denſelben bis zu den letzten Zeiten geblieben iſt. Gewöhnlich nahm man Mitglieder des Parlaments, der (chambre des enquêtes) dazu. Man ſah den Auftrag (die Commiſſion), die ſie dadurch erhielten als Etwas von ihrer Würde als Rath des Parlaments getrenntes an. Wenn ſie dieſe Commiſſion (ehe ſie dieſelbe fünf Jahre verwaltet hatten) niederlegten, ſo konn-

---

offices qu'ils ne usent desdites evocations et ne commoissent des causes sinon des celles qui leur sont commises par le committimus de nos officiers."

*) Nach Ferriere art. requêtes du Palais hatte jede Kammer drei Präſidenten und 15 Räthe.

ten ſie, ihrem frühern Dienſtalter nach, ihre Stelle in dem Parlament wieder einnehmen, und auch in die große Kammer aufſteigen.*) Dieſe Commiſſarien wurden übrigens (in den letzten Zeiten) allezeit zu dem Parlament gerechnet, deſſen ſämmtliche Ehren und Vorrechte ſie genoſſen.

IV. Die vierte Kammer, tournelle criminelle, oder auch nur tournelle genannt, war in den letzten Zeiten die Criminal-Abtheilung, welche in allen eigentlichen Criminalprozeſſen, wo eine peinliche oder entehrende Strafe (peine afflective ou infamante) Statt finden konnte, entſchied. Urſprünglich erkannte die nämliche Kammer ſowohl in Criminal- als Civilſachen, wie denn das Parlament, wie wir ſchon erinnert haben, eigentlich nur aus Einer Kammer beſtand. Zu den Zeiten der ſogenannten Regiſter olim, die vom Jahr 1254 bis zum J. 1318 gehn, und wovon am Schluß dieſes Abſchnitts näher gehandelt wird, gab es zwar für die Civil- und Criminalprozeſſe einen beſondern Gerichtſchreiber (greffier civil et criminel), (indem erſterer faſt immer ein Geiſtlicher war, der den Grundſätzen ſeines Standes gemäß bei keinem Urtheil, wodurch auf Vergießung von Blut erkannt ward, mitwirken durfte.) Allein die Urtheile wurden in bürgerlichen ſowohl als peinlichen Sachen von dem nämlichen Richtercollegium ausgeſprochen, nur daß, wenn eine peinliche Strafe ausgeſprochen werden konnte, die geiſtlichen Räthe ſich vor der Abſtimmung zurück zogen.**) Seit der Regierung Carls des ſechsten (reg. 1380—1422) entſtand indeſſen (wahrſcheinlich wegen der Menge der Geſchäfte) der Gebrauch, daß gewiſſe Civil- und geringere Criminalſachen, wo es ſich nicht um eine peinliche Strafe handelte, von einigen beſonders dazu beauftragten Parlaments-Räthen abgeurtheilt wurden. Dieſelben hielte ihre Sitzungen in einem beſondern Zimmer, welches die Regiſter der damaligen Zeit als die kleine Kammer hinter der großen bezeichnen. Im J. 1446 beſtand dieſe Kammer ſchon ganz gewiß, denn Carl der 7te befiehlt in ſeiner Verordnung v. 28. October d. J. Art. 10*), daß alle an das Parlament gerichteten Geſuche dem Gerichtsſecretair des Hofs zugeſtellt, und von dieſem diejenigen, die Criminalſachen beträfen, der tournelle criminelle zur Beantwortung und Ausfertigung übergeben werden ſollten. Aus Art. 13. dieſer Verordnung erſieht man, daß derſelben Kammer auch die definitive Entſcheidung dieſer Sachen zukam. Ausgenommen indeſſen waren hiervon alle Sachen, worin eine Capital-Strafe erkannt werden konnte,**) worüber die Entſcheidung nach Art. 25. der Verordnung deſſelben Königs vom J. 1453 der großen Kammer vorbehalten blieb. Die Befugniß über alle eigentlichen Verbrechen, wie groß auch immer die dadurch verwirkte Strafe ſeyn mogte, zu erkennen, ward der chambre tournelle erſt von Franz dem Erſten durch die Verordnung vom J. 1515 beigelegt, wodurch dieſelbe zugleich als eine beſtändige Kammer eingeſetzt ward.***) Späterhin erhielt ſie ſogar allein und mit

---

*) Lange nouv. Pratic. Franc. liv. II. p. 11.

**) Dieſes ward bis zu den letzten Zeiten beobachtet, wenn nämlich irgend ein Criminal-Prozeß von der großen Kammer entſchieden ward.

---

*) Ordon. d. 28. Octob. 1446 art. 13. „Ordonnons que *en jugeant* lesdits procez en chacune desdites chambres, et aussi en la tournelle criminelle les inventoires des parties seront veues et leues tout au long afin que rien ne soit obmis qui face à la décision du procès que l'en jugera.

**) Ordon. d. Avril 1453 art. 25. „Et à la tournelle criminelle soient expediéz les procès criminels le plus brief et diligemment que faire se pourra. Toutesvoyes si eu diffinitives convenoit juger d'aucun crime qui enporte peine capitale, le jugement sera faite en la grand chambre et voulons que tant que le jugement du cas criminel se fera en ladite chambre, que l'un des presidens et les conseillers Clercs aillent en une autre chambre, pour besongner aux autres procès et besongnes du parlement."

***) In der angeführten Verordnung wird als Grund derſelben vorzüglich die Menge der Geſchäfte in der großen Kammer angegeben. „En la Tournelle criminelle . . . . . par ci-devant on n'a accoutumé durant nostredit Parlement juger aucun à mort, combien, qu'il y soient deux Presidens et douze Conseillers Lais, dont les huit de la grand'chambre de nostredit Parlement et les quatre des enquestes de nostredite cour, qui est nombre suffisant

Ausſchließung der großen Kammer die Gerichtsbarkeit in allen eigentlichen Criminalſachen. Hievon waren jedoch, nach der eben angeführten Verordnung, und blieben, bis zu den letzten Zeiten, ausgenommen alle Criminalklagen gegen Adeliche und andere vornehme Perſonen, worüber nur die große Kammer entſcheiden konnte. Der Inhalt dieſer Verordnung ward ſpäter durch eine andere Carl's *) des neunten (gegeb. zu Moulins im J. 1566) Art. 38 näher beſtätigt und erläutert. Nach derſelben ſollen Criminal-Prozeſſe gegen Adeliche, Geiſtliche und höhere Beamten, wenn ſie ſchon in erſter Inſtanz vor das Parlament gebracht worden, in allen Fällen, wo es füglich geſchehen kann, und die Angeklagten es verlangen (si faire se peut et si les accusés le requierent) von der großen Kammer, (und zwar mit Zuziehung auch derjenigen ihrer Mitglieder, welche den Dienſt in der tournelle hatten) entſchieden werden. Sonſt ſoll die tournelle befugt ſeyn, darin zu entſcheiden. Was die andern Fälle betrifft, die bei dem Parlament erſt in zweiter Inſtanz vorkamen, ſo beſtimmt die genannte Verordnung, daß, wenn die Appellation ſich blos auf die Inſtruktion bezieht, die tournelle allezeit, und ungeachtet des entgegengeſetzten Geſuchs der Partheien- in der Hauptſache aber nur dann entſcheiden ſoll, wenn die Verurtheilten nicht ausdrücklich das Gegentheil verlangen. Dieſes war vor der Revolution der letzte Zuſtand der Geſetzgebung in dieſer Materie. Die Criminalkammer beſtand aus den fünf jüngſten Präſidenten mit der Mörſerhaube, überdem aus zehn Mitgliedern der großen Kammer und aus zwei einer jeden der Unterſuchungskammern. **) Die Mitglieder der großen Kam-

---

par les ordonnances de nos Predecesseurs à juger tous procès criminels, et qu'en la dite grand'chambre lesdits criminels puissent estre condamnez à mort par l'un desdits Présidens et neuf conseillers etc.

*) Sohn Heinrich's des zweiten und der Catharina v. Medici, geb. 1550. Er oder vielmehr ſeine Mutter regierte von 1560 bis 1574. Unter ihm fiel (zwiſchen dem 24. und 25. Auguſt 1572) die Bartholomäus-Nacht vor.

**) So war es noch zu den Zeiten Ferrieres (im J. 1769). In den letzten Zeiten beſtand ſie, außer den fünf jüngſten mer wechſelten alle ſechs- die der Unterſuchungskammer alle drei Monate.*)

Die Prozeſſe wurden bei dieſer Criminalkammer mit verſchloſſenen Thüren (à huis clos) und ſchriftlich verhandelt. Viermal im Jahr verfügten ſich die Mitglieder derſelben, (die Präſidenten und Räthe) in das Gefängniß des Aufſehers des Juſtiz-Pallaſtes (prison de conciergerie), und hielten dort ihre Sitzungen. — Was den Namen dieſer Kammer betrifft, ſo kommt derſelbe am wahrſcheinlichſten von dem ſo eben angeführten Wechſel (tour) der Mitglieder **) her. Andere hingegen behaupten beweiſen zu können, daß er von dem Ort herrühre, wo die Kammer früher ihre Sitzungen hielt, und der ein beſonderer Thurm des Juſtiz-Pallaſtes, tournelle genannt, geweſen ſeyn ſoll. Indeſſen ward bei den andern Parlamenten von Frankreich die Criminalkammer ebenfalls tournelle genannt. — Zu den genannten Kammern könnte man auch diejenige als eine beſondere hinzufügen, ***) welche man die Kammer für den Seefiſch-Handel (chambre de la marée) nannte, obſchon ſie gewiſſer Maßen nur als eine Commiſſion anzuſehen ſeyn mögte. Dieſe Kammer beſtand in den letzten Zeiten aus dem Dechant (doyen) der Präſidenten mit der Mörſerhaube (á mortier) und den beiden älteſten Räthen der großen Kammer. Sie hatte auch ihren eigenen General-Procurator, der von dem des Parlaments verſchieden war. Das Geſchäft dieſer Kammer beſtand darin, die obere Polizei über den Fiſch-

---

Präſidenten mit der Mörſerhaube, aus 12 Mitgliedern der großen Kammer und aus drei Mitgliedern von jeder der drei Unterſuchungskammern ſowohl, als der Kammer der Geſuche. Der Wechſel geſchah, wie früherhin.

*) Dieſe Mitglieder mußten alle weltlich ſeyn.

**) Als Grund dieſes Wechſels gibt Ferriere (art. Parlement) an: „Afinque l'habitude de condamner et de faire mourir des hommes n'altère la douceur naturelle des juges, et ne les rende inhumains.“

***) Sie wird auch in dem almanach royal als eine beſondere Kammer aufgeführt.

handel der Stadt Paris auszuüben, und alle ſich darauf beziehenden Streitigkeiten in erſter und letzter Inſtanz zu ſchlichten. *) Die Befugniſſe derſelben haben indeſſen im Lauf der Zeiten mehrmals gewechſelt. Anfangs erkannten die ordentlichen Richter über die angeführten Streitigkeiten zu Paris wie in den Provinzen. Als aber der Fiſchhandel für die Verſorgung der Hauptſtadt wichtiger ward, ſo fing das Parlament an den Fiſchhändlern zu erlauben, wenn ſie etwa in ihrem Gewerb geſtört würden, die Klage ſchon gleich in erſter Inſtanz bei ihm anzuheben. Die Parlamentsregiſter enthalten Urtheile der Art ſchon von dem Jahr 1311 an. Alles, was in Beziehung auf dieſen Gegenſtand bis 1379 von dem Parlament geſchehen, findet ſich in ein beſonderes Regiſter, registre de la marée genannt, eingetragen. Dem Parlament ward auch durch einen offnen Brief des Königs Johan v. 26. Febr. d. J. 1351 das Recht in dieſen Sachen **) zu erkennen, förmlich beigelegt. Allein, da die Sitzungen deſſelben damals noch nicht beſtändig waren, ſo übertrug der König durch einen Brief vom Decbr. 1360 (Ordon. tom. III. p. 445, 446) die ganze Gerichtsbarkeit über den Seefiſchhandel dem Parlament und gewiſſen Commiſſarien, die dazu ernannt werden ſollten.

---

*) Schon Ludwig d. H. erließ im J. 1258 eine umſtändliche Verordnung über den Handel mit Seefiſchen in Paris, die man (Ordon. tom. II. p. 575—582.) findet. Auch die große Verordnung Johanns des zweiten über die Polizei des Königreichs vom Febr. 1350 (Ordon. tom. II. p. 350) enthält Tit. IX. ausführliche Beſtimmungen über den Fiſchhandel. Nach beiden Verordnungen ſtand die Beſtrafung der Uebertretung der darüber beſtehenden Vorſchriften, dem Vogt von Paris zu.

**) d. h. wenn die Fiſchhändler in ihrem Gewerb geſtört wurden. Dieſes geſchah aber, wie aus dem angeführten Schreiben des Königs (Ordon. tom. III. p. 443.) erhellt, durch die Grundherrn, Prälaten, Barone u. ſ. f., durch deren Gebiet dieſe Fiſchhändler um die Waaren nach Paris zu bringen, ziehen mußten. Dieſe ließen die Pferde, Wagen, Netze u. ſ. f. derſelben anhalten, und zwangen ſie die Fiſche zu einem von ihnen feſtgeſetzten Preis zu verkaufen. Gegen dieſe Mißbräuche ſollte das Parlament den Fiſchhändlern Schutz gewähren.

Durch einen Brief des Königs Johan vom April 1361 (Ordon. tom. III. p. 558.) wodurch er nur einen Parlaments-Beſchluß vom 21. Aug. 1361, beſtätigte, ward die Gerichtsbarkeit über den Fiſchhandel in erſter Inſtanz wieder dem Vogt von Paris übertragen, welcher zum conservateur, gardien et commissaire general sur le fait de la marée beſtellt ward. Dieſes ward im Juli 1379 (Ordon. tom. VI. p. 404.) durch ein offenes Schreiben des Königs Carls des fünften näher beſtätigt. Doch blieben noch immer einige Mitglieder des Parlaments als Commiſſarien für den Fiſchhandel beſtellt. Im Jahr 1414 wurden die Fälle, worin die Gerichtsbarktit dem Vogt zuſtehn ſollte, von denjenigen, worin ſie den Commiſſarien des Parlaments gehörte, unterſchieden. Dieſes beſtand bis zum J. 1602, wo der, für den Fiſchhandel beſtellte, General-Procurator einen offnen Brief des Königs erwirkte, nach welchem es ihm freiſtand, alle ſich auf den Fiſchhandel beziehenden Klagen ſchon gleich in erſter Inſtanz vor das Parlament zu bringen. Er bediente ſich indeſſen anfänglich dieſes Vorrechts nicht. Allein ſeit d. J. 1678 wurden alle genannten Klagen, auf Betreiben deſſelben, ſchon gleich in erſter Inſtanz vor die, für den Fiſchhandel beſtimmte, Kammer (chambre de la marée) gebracht, deren letzte Zuſammenſetzung (vor der Revolution) wir oben angegeben haben.

Außer dieſen vier Kammern gab es noch einige andere, welche in den letztern Zeiten entweder nicht mehr beſtanden, oder nur für gewiſſe Zeiten eingeſetzt wurden. Da die ſüdlichen Provinzen des Reichs nicht allein eine eigenthümliche Geſetzgebung, ſondern früherhin auch eine eigne Sprache hatten, ſo war zur Schlichtung der dort vorfallenden Rechtshändel ein eigner Gerichtshof nöthig. Vor dem Jahr 1291 pflegte der König einige Mitglieder des Parlaments von Paris nach Touloſe zu ſchicken, um dort die gerichtlichen Geſchäfte wahrzunehmen. Allein i. J. 1291 ward das Parlament von Touloſe mit dem von Paris vereinigt, und in dem letztern eine beſondere Kammer, welche die Kammer des geſchriebenen Rechts, (chambre de droit ecrit), oder die des Dialects d'oc hieß, eingeſetzt. Da nicht alle Richter den letztern verſtanden, ſo war der Kammer ein Dolmetſcher (interprête de la cour) zugegeben, deſſen Platz bis zu den letzten Zeiten in dem Parquet der großen Kammer (beim Hereintreten rechts) bezeichnet war. Dieſe Kammer gieng indeſſen im Jahr 1302, als in Toulouſe ein beſonderes Parlament eingeſetzt ward, wieder ein. Wichtiger und zugleich bis zu den letzten Zeiten des Parlaments beſtehend war die ſogenannte Ferien-Kammer (chambre des vacations), welche während der Ferien *) die Geſchäfte des ganzen Parlaments wahrnahm. — In den älteſten Zeiten, ehe noch das Parlament ſeinen beſtändigen Sitz zu Paris hatte, wurden in dem Zwiſchenraum von einem Parlament zum andern die Urtheile meiſtens von Commiſſarien, die der König, und zwar zuweilen für eine beſtimmte Sache ernannte, entſchieden. Uebrigens befahl ſchon Philip der Lange durch die Verordnung v. Decemb. 1320, daß die Unterſuchungs-Kammer auch nach dem Schluſſe des Parlaments fortdauren, und daß **) acht Tage vor dem Anfang des Parlaments die Mitglieder deſſelben und der Unterſuchungs-Kammer (les mestres du Parlement et des enquestes) ſich zu Paris verſammeln ſollten, um die Vorträge der Bericht-Erſtatter anzuhören und darüber zu entſcheiden ***). J. Jahr 1358 gab der König Johan (durch eine Verordnung vom 18. October d. J.) den Präſidenten, welche das letzte Parlament gehalten hatten, den allgemeinen Auftrag gemeinſchaftlich mit den Räthen alle Sachen, welche bei dem letzten Parlament anhängig geweſen waren, zu entſcheiden. Ihre richterliche Gewalt beſchränkte ſich indeſſen nur auf die jetzt genannten Sachen, und hörte mit der Berufung eines neuen

---

*) Die Ferien des Parlaments dauerten vom 7. Septbr. bis zum Tag nach dem Martinusfeſt oder bis zum 12. Novbr. einſchließlich. Die Ferienkammer beſtand aber nur vom 9. Septbr. bis zum 27. October einſchließlich, ſo daß von dieſem letzten Tag bis zum 12. November alle Geſchäfte in dem Juſtiz-Pallaſt aufhörten.

**) Ordon. d. L. tom. I. p. 731 art. 6. „. . . . . . . . Et durra laditte chambre des enquestes par tout l'an en Parlement et hors.“

***) ibid. art. 7.

Parlaments auf. Endlich verordnete Carl der 6te (im Auguſt 1405), daß von dem Tag an, wo das Parlament geſchloſſen war, bis zu dem Wiederanfang ſeiner Sitzungen, die Präſidenten oder wenigſtens Einer derſelben nebſt den Räthen, die zu Paris wären, alle bei dem Parlament anhängigen Sachen entſcheiden ſollten. Als einzige Bedingung ſetzte dieſe Verordnung feſt, daß die Richter in gehöriger Zahl ſeyn, und die Urtheile erſt bei Wiedereröffnung des Parlaments und in der Sitzung deſſelben, nach der gewöhnlichen Form ausgeſprochen werden müßten. Dieſes ward noch durch eine Verordnung von Ludwig dem 12ten (v. J. 1499), und von Franz dem Erſten (v. J. 1519) beſtätigt, und es entſtand nach und nach die Ferien-Kammer in der Form, die ſie zuletzt hatte. Dieſelbe ward alle Jahre vor dem Anfang der Ferien durch ein eignes königliches Patent eingeſetzt, und beauftragt während der Ferien die ſummariſchen Civilſachen, ſo wie ſolche, die eine ſchleunige Entſcheidung forderten, und alle Criminalſachen, Mädchenraub einzig ausgenommen, zu entſcheiden. *) Die Eröffnung der Kammer geſchah d. 9ten 7ber durch den erſten Präſident, welcher aber nur in der erſten Sitzung den Vorſitz führte. Derſelbe brachte auch jedes Jahr die Mitglieder dieſer Kammer dem König in Vorſchlag. Sie beſtand aus einem Präſidenten mit der Mörſerhaube, und mehrern, theils geiſtlichen theils weltlichen Räthen, welche zum Theil aus der großen Kammer und zum Theil aus den Unterſuchungskammern (chambres des enquetês) genommen wurden. Die Mitglieder der dritten Kammer (chambre des requêtes) wurden aus einem Grund, der unten näher angeführt wird, dabei übergangen.

---

*) Das wichtigſte Edict über die Attributionen der Ferien-Kammer iſt v. Auguſt 1669. M. ſ. auch Ferrier. Dict. d. D. art. „chambre des vacations“, wo man eine vollſtändige Belehrung findet. In Hinſicht der Criminal-Gerichtsbarkeit dieſer Kammer ſcheint in den allerletzten Zeiten (vor der Revolut.) eine Abänderung eingeführt worden zu ſeyn. Denn nach dem almanach Royal d. 1787 dauerten die Sitzungen der tournelle auch während der Ferienkammer fort, und dieſe letztere entſchied vorzüglich über proviſoriſche Sachen.

Außer der Ferienkammer wurde zuweilen auch wegen zu großer Anhäufung der Geſchäfte noch eine beſondere Kammer eingeſetzt, die man tournelle civile nannte. Dieſelbe wurde durch eine Erklärung vom 18. April 1669 zuerſt, und zwar nur für Ein Jahr eingeſetzt. Man verlängerte ihre Dauer indeſſen bis 1691, wo ſie aufhörte. Von dieſem Zeitpunkt an iſt ſie abwechſelnd wieder hergeſtellt und aufgehoben worden. Sie entſchied nur über Sachen, die einen beſtimmten Werth nicht überſtiegen.

Was den allgemeinen Geſchäftsgang bei dem Parlament betrifft, ſo iſt das Weſentlichſte ſchon im vorigen Theil angeführt. Wir fügen nur noch Folgendes hinzu. Um einen Beſchluß zu faſſen, war (nach Art. 79 der großen Verordn. Carls des 7ten v. J. 1453, der bis zu den letzten Zeiten beobachtet ward) bei dem Parlament von Paris die Gegenwart eines Präſidenten nebſt wenigſtens 10 Räthen erforderlich *). Der Präſident ſammelte die Stimmen, und zwar geſchah dieſes in der öffentlichen Sitzung nach der Ordnung, wie die Richter ſaßen, bei den ſchriftlich verhandelten Prozeſſen, aber ohne alles Rangverhältniß, ſo wie die Richter von dem Bericht-Erſtatter (Referenten) angerechnet ſaßen. In Criminalſachen war zu einem Urtheil eine Mehrheit von wenigſtens zwei Stimmen erforderlich. Bei Gleichheit der Stimmen galt die gelindere Meinung. Auch in Civilſachen ward dieſelbe Mehrheit von zwei Stimmen erfordert, diejenigen Urtheile abgerechnet, die in der öffentlichen Sitzung erlaſſen wurden, wobei die Mehrheit von Einer Stimme entſchied. **) War die erforderliche Mehrheit nicht vorhanden, ſo ſagte man, es ſey Stimmen-Gleichheit, oder der Gerichtshof ſei getheilt (il y a partage.) Um dieſes auszugleichen (pour départager) ward die Beurtheilung der Sache an eine andere Kammer verwieſen *). Der Berichterſtatter und derjenige Richter, welcher zuerſt gegen den Referenten geſtimmt hatte, (den man compartiteur nannte,) begaben ſich zu dem Ende in dieſe andere Kammer, um die Thatſache ſo wie die Gründe für die eine und andere Meinung vorzutragen; worauf dann die Kammer entſchied. In Criminalſachen ging in dieſen Fällen die nähere Entſcheidung von der großen Kammer an die Tournelle, und umgekehrt von der Tournelle an die große Kammer. In Civilſachen ging dieſe nähere Entſcheidung von der großen Kammer an die erſte Unterſuchungskammer, und von einer Unterſuchungskammer an die andere. Kam hier wieder die gehörige Stimmenmehrheit nicht heraus, ſo ging die Sache an die große Kammer, und wenn ſich hier derſelbe Fall wiederholte, an die verſammelten Kammern, wo dann die Mehrheit einer einzigen Stimme entſchied.

---

*) Dieſe Zahl war bei den verſchiedenen Parlamenten verſchieden. Näheres ſehe man bei Merlin art. arrêt.

**) Es fand indeſſen bei den verſchiedenen Parlamenten hierin auch einige Verſchiedenheit Statt. Bei dem Parlament von Dijon pflegte man früher bei wirklicher Stimmen-Gleichheit das Urtheil des Unterrichters zu beſtätigen. Späterhin entſchied allezeit eine Stimme bei demſelben.

Wenn bei dem Parlament ein ſogenanntes appointement à mettre (Th. I. S. 278, 279) erkannt ward, ſo ſtattete der ernannte Bericht-Erſtatter in der großen Kammer ſeinen Bericht nur an den Präſident ab. Waren beide verſchiedener Meinung, ſo machten beide den Bericht an einen andern Präſident. **)

---

*) Ordon. d. Blois d. 1579 art. 126. M. ſ. n. Merlin Répert. art. Partage d'opinions. Wenn bei der Reviſion eines Prozeſſes, wo die verſammelten Kammern urtheilten, Stimmengleichheit eintrat, ſo pflegte vor d. J. 1735 das frühere Urtheil, wogegen angegangen ward, beſtätigt zu werden. In dem genannten Jahr ward indeſſen ein ſolches Urtheil von dem Staatsrath caſſirt „sur le fondement, que la cour étant partagée en opinions, n'avoit rien jugé et consequemment n'avoit pas pu confirmer l'arrêt revisé.“ Den 30. April 1777 erſchien indeſſen eine königl. Erklärung, nach welcher künftig in ſolchen Fällen das angegriffene Urtheil als beſtätigt angeſehen werden ſollte. Merlin Répert. l. c. Die Reviſion ſelbſt war indeſſen in Civilſachen durch Art. 42 Tit. 35 der Verordnung v. J. 1667 abgeſchafft. Sie dauerte dennoch bei einigen Gerichtshöfen, z. B. bei dem Parlament von Douai fort, und dafür galt die oben angeführte Regel. Merlin Répert. art. révision de procès §. I.

**) Ferriere Dict. d. Droit art. appointement à mettre.

In den Unterſuchungskammern geſchah der Vortrag dieſes Berichts aber vor der ganzen Kammer. Um die ſchriftlichen Appellationen an die Unterſuchungskammer zu bringen, fand ebenfalls ein eigenthümliches Verfahren Statt. Nachdem beiderſeitige Anwälte die Actenſtücke, die bei der frühern Inſtanz vorgebracht waren, (nebſt dem Urtheil) auf dem Gerichtsſecretariat des Parlaments (au greffe) niedergelegt hatten, forderte der fleißigſte (le procureur le plus diligent) den andern auf, ſich mit ihm darüber zu vereinigen, daß beide zur rechten Zeit ihre Beſchwerden gegen das Urtheil und die Antworten darauf nebſt den neuen Actenſtücken einreichen wollten (de fournir griefs et reponses à griefs et faire productions nouvelles.) Hatten beide Anwälte dieſes unterſchrieben, ſo erfolgte ohne weiteres ein Urtheil, wodurch die Partheien angewieſen und ermächtigt wurden ſo zu verfahren, wie ſie beſchloſſen hatten. *) Dieſes

---

*) Que le procès par écrit entre tel appellant etc. est conclu et recu pour juger si bien ou mal a été appellé, que l'appellant donnera ses griefs et l'intimé ses reponses, produiront bailleront contredits etc. Bei den Amtmannſchaften war dieſes Verfahren, wenn an ſie appellirt ward, nicht üblich, ſondern auf eine eingereichte Bittſchrift entſchied das Gericht in der öffentlichen Sitzung, und auf den mündlichen Antrag der Partheien, daß dieſelben zugelaſſen ſeyen, ihre Beſchwerden u. ſ. f. vorzubringen. Uebrigens fand auch, außer der Appellation, eine ſolche Vereinigung der Anwälte die Sache zur ſchriftlichen Verhandlung zu bringen, Statt. So muß man z. B. ord. d. 1667 tit. XI. art. 10. verſtehen. Nachdem der vorige Art. 9. beſtimmt hatte, daß um das ſchriftliche Verfahren zu erkennen, ein förmliches nach Stimmenmehrheit in der öffentlichen Sitzung erlaſſenes Urtheil nöthig ſey, ſetzt Art. 10. hinzu: „Pourront nèanmoins être pris des appointemens au greffe es matières de reddition de compte, liquidation des dommages et interests, appellations des taxes de dépens, lorsqu' il y aura plus de deux croix.“ Unter croix ward ein Merkmal verſtanden, welches der Anwalt der Gegenparthei bei denjenigen Artikeln machte, wogegen er appelliren wollte. M. ſ. Ferriere Dict. d. D. art. appointement de conclusion; appointement de debat de compte, appellation en procés par écrit, und Merlin Rèpert. art. arrêt.

hieß appointement de conclusion. Der Dienſt geſchah beſonders in der großen Kammer mit vieler Würde und Feierlichkeit. Die Advocaten brachten ihr Geſuch (ihren Antrag, conclusion) ſogleich im Anfang ihrer Rede vor. Sie entblößten dabei ihr Haupt, während der Rede ſelbſt aber hielten ſie ſich bedeckt. Am Ende derſelben wiederholten ſie ihren Antrag, wobei ſie in das Parquet (den abgeſchloſſenen Raum, wo die Richter ſaßen) hinabſtiegen. In den ältern Zeiten mußten die Anträge, (die Geſuche der Partheien) durch die Anwälte geſchehn, welche die Stelle der Partheien vertraten. Später thaten dieſes die Advocaten. Wollten ſie indeſſen ihre frühern (ſchriftlichen Anträge) abändern, ſo konnten ſie dieſes nur in Gegenwart des Anwalts thun. (M. ſ. die Encyclopäd. art. conclusion.)

Bei den Parlamenten fand noch zuweilen ein beſonderes Verfahren Statt, welches der Commiſſariſche Prozeß, und zwar der große oder kleine *) (procès de grand ou petits commissaires) genannt ward. Weitläufige Rechnungsſachen, Streitfragen über die Vertheilung der aus dem Verkauf von Immobilien eingegangenen Gelder, Entſchädigungsklagen und andere dergleichen, worin wenigſtens ſechs Forderungspunkte vorkamen, und mehrere Urkunden und Beweiſe zu unterſuchen waren, die alſo zu weitläufig waren, als daß in den gewöhnlichen Sitzungsſtunden darüber berichtet und entſchieden werden konnte, wurden nach dem großen Commiſſariſchen Prozeß verhandelt; d. h. ſie wurden 10 Mitgliedern des Parlaments übergeben, welche ſich unter dem Vorſitz eines Präſidenten in der großen Kammer des Parlaments verſammelten, und die Sache, ohne weiter an das Parlament zu berichten, entſchieden. War dieſelbe minder wichtig, jedoch ſo, daß wenigſtens über drei Hauptforderungen zu entſcheiden, oder ſechs Acte zu unterſuchen waren, ſo konnte, indeſſen nur durch eine Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmenden, der kleine Commiſſariſche Prozeß angeordnet werden. Die Sache ward alsdann vier Mitgliedern des Parlaments übergeben, welche ſich nebſt dem Berichterſtatter in der

---

*) Ueber den kleinen Commiſſariſchen Prozeß, ſ. m. das Edict Ludwigs des 14ten v. Junius 1683, welches man Cod. Neron tom. II. p. 184 findet.

Wohnung eines Präſidenten verſammelten und die Sache unterſuchten. Sie entſchieden indeſſen dieſelbe nicht, ſondern mußten darüber an das Parlament berichten. —

Für die Geſchichte iſt insbeſondere noch dasjenige Verfahren merkwürdig, welches man die Appellation wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt (appel comme d'abus) nannte. In der tiefſten Finſterniß des Mittelalters gab es gegen den Ausſpruch der geiſtlichen Gerichte, wenn ſie ihre Befugniß überſchritten, insbeſondere wenn ſie ſich eine Macht in weltlichen Dingen angemaßt hatten, nur ſchwache Hülfsmittel. Die Könige ſelbſt ſtritten lange vergebens gegen dieſe unſichtbare Macht, der man mit den Waffen dieſer Welt nicht beikommen konnte. Es gereicht den Parlamenten zum höchſten Ruhm, daß ſie die Könige allezeit gegen die Unternehmungen des Römiſchen Stuhls und der geiſtlichen Macht überhaupt auf das kräftigſte unterſtützt haben. Ihnen vorzüglich verdankt Frankreich, daß es wenigſtens nie ganz ſo tief als die übrigen Länder Europa's unter das Joch der geiſtlichen Herrſchaft gebeugt ward, daß insbeſondere der Grundſatz, als ob der Geiſtlichkeit irgend eine (mittelbare oder unmittelbare) Macht in weltlichen Dingen von Gott verliehen worden, immer als gottlos und verderblich zurückgeſtoßen worden. Es gelang indeſſen ſelbſt in Frankreich der weltlichen Macht nur allmählig die in ganz Europa ſo feſt gegründete Gerichtsbarkeit der Geiſtlichen, in ihre Grenzen zurückzuweiſen. Ging irgend ein Erkenntniß vom Römiſchen Stuhl ſelbſt aus, ſo war es auch für Fürſten mit der größten Gefahr verbunden, nicht zu gehorchen. Als i. J. 1200 Pabſt Innocenz der dritte ganz Frankreich mit einem Interdict belegte, ſo wußte der damalige König *) Philipp Auguſt kein anderes

---

*) Der König hatte als Wittwer ſich im J. 1193 mit Ingeburg, Tochter des Königs Wlademar I. von Dänemark verheirathet. Allein im Augenblick, wo die Trauung vollvollzogen werden ſollte, empfand er plötzlich eine unüberwindliche Abneigung gegen dieſelbe. Vier Monate darauf ließ er ſeine Heirath durch eine zu Compiegne gehaltene Verſammlung von Biſchöfen und Baronen für nichtig erklären Im Jahr 1196 heirathete er, und zwar während Ingeburg noch lebte, eine andere. Der Pabſt ſchickte deß-

Auskunftmittel zu finden, als von dem Heiligen Stuhl an den H. Apoſtoliſchen Stuhl (de sancta sede ad sanctam sedem apostolicam) zu appelliren. Späterhin appellirte man an ein Concilium oder an den beſſer unterrichteten Pabſt (ad papam melius consultum). Bei den berühmten Streitigkeiten, die Philipp der Schöne mit dem Pabſt Bonifacius dem achten hatte, appellirte erſterer an das nächſtens zu verſammelnde Concilium, und an den künftigen wahren Pabſt, ſo wie an Jenen und Jene woran man rechtmäßig appelliren muß (ad concilium proxime congregandum, et ad verum et legitimum pontificem, et ad illum seu ad illos ad quem vel ad quos de jure fuerit provocandum.) *) In der Folge fügte man dieſen Appellationen den feierlichen Vorbehalt hinzu, die Handlungen,

---

halb den Cardinal Peter von Capua als Legat an den König, um ihn zu ermahnen ſeine verſtoßene Gemahlin wieder zu nehmen. Als dieſer Nichts ausrichtete, ſprach er über ganz Frankreich das Interdict aus. Der König legte nun die eben angeführte Appellation ein, wobei er unter den Worten „a sancta sede“ den im Namen des Pabſtes geſchehnen Ausſpruch des Cardinals verſtanden zu haben ſcheint. Nämlich in der Antwort des Pabſtes an den König, die man in dem jus Canonic. in den Capiteln novit d. appellationibus und novit ille qui nihil ignorat d. offic. legat. (Decretal lib. II. tit. 28. cap. 43, lib. I. tit. 30. cap. 7.) findet, bemerkt derſelbe: „Interdicti sententiam Cardinalis non edidit sed potius publicavit, nec fuit dictator ipsius sed verius executor etc.

*) Die Ordon. d. Louv. enthalten (tom. I. p. 374) zwei Schreiben Philips des Schönen von dem nämlichen Datum (15. Juni 1303), von welchen Eines den Abt von Cluny „qui ad futurum generale proximum consilium, vel ad futurum summum pontificem prout melius fuerit, faciendum una cum nobiscum, et cum aliis Praelatis et Baronibus regni nostri, ex causis legitimus provocasse noscitur et etiam appellasse“ in ſeinen beſondern Schutz nimmt, und allen ſeinen Beamten aufträgt nicht zuzulaſſen, daß ſie in ihren Rechten durante appellatione seu provocatione im mindeſten gekränkt würden. Das andere Schreiben enthält die nämliche Verſicherung für den Abt v. St. Corneille zu Compiegne. M. ſ. noch hierüber Petr. de Marca. d. Concord. Sacerdot. et imper. lib. 4. cap. 16, 17.

worüber man ſich beſchwerte, wegen Uebertretung der Kirchen-Vorſchriften (canones) vor dem Staatsrath oder Parlament des Königs verfolgen zu wollen. Hierdurch war der Weg zu dem Verfahren, welches ſpäterhin appel comme d'abus hieß, gebahnt. Der General-Advokat Peter Cugnieres (Cugnières) ſoll dieſelbe unter Philip von Valois (dem 6ten, reg. v. 1328—1350) zuerſt eingeführt haben. *)

Indeſſen war das Eigenthümliche des Verfahrens, welches man bei der appel comme d'abus befolgte, und ſelbſt der Name nicht außerordentlich alt, und kam erſt ſeit Franz dem 1ten recht in Gang. Vor dem Concordat, welches dieſer König mit dem Pabſt ſchloß, pflegte man, wenn in einem von der Geiſtlichen Behörde ausgegangenen Act gegen die pagmatiſche Sanction angegangen war, auf die Nichtigkeit des Acts anzutragen. Nach dem Concordat aber, wurden die Beſchwerden gegen die Entſcheidungen der geiſtlichen Gerichte nur unter der Form der appel comme d'abus vorgebracht. **)

Es gab eine Menge von Fällen, wo man ſich dieſes Rechtsmittels bedienen konnte. Sie laſſen ſich indeſſen auf vier Gat-

---

*) In den preuves des libertés de l'église gallicane wird eines Urtheils des Parlaments v. 13. März 1376 erwähnt, wobei der Procurator des Königs darauf angetragen hatte, den Biſchof von Beauvais und ſeine Beamten zu einer Geldbuße zu verdammen „pour reparer les attentats et abus faits au préjudice de la juridiction temporelle.“

**) Petr. d. Marca d. concord. Sacerdot. et imper. lib. IV. cap. 19. N° V. „quare distincta et separata erant rescripta illa ob pragmaticam infractam, et appellationis ab abusu. Pragmaticae violatae rei in jus vocabuntur, nullo appellationis mentione injecta; eleganti ratione. Quia quum de actus vel sententiae nullitate quaereretur, necesse non erat ut ex provocatione ageretur, quemadmodum docet titulus Codicis, quando provocare non est necesse (Cod. I. de sent. et re judic.). Quam provocandi necessitatem eo casu expressa etiam Decretalium verba removerunt: immo vero huic remedio nullitatis etiam post varias sententias locum esse voluerunt. In ceteris articulis, qui pragmatica non continebantur . . . appellatione utebantur, sed ea cautione, ut abusus mentio tungen bringen.*) 1) Wenn die Geiſtlichen ſich eine weltliche Gerichtsbarkeit anmaßten; insbeſondre wenn ſie einen Weltlichen wegen einer blos perſönlichen Klage, welche ſich nicht auf geiſtliche Sachen bezog, vor ihr Gericht laden ließen, welches durch die Verordnung von Villers Cotterets v. J. 1539 (Art. 14.) verboten war. 2) wenn durch das Urtheil eines geiſtlichen Gerichts gegen die in Frankreich angenommenen H. Decrete, Canoniſchen Conſtitutionen, und die Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche angegangen war. 3) Wenn ein ſolches Urtheil den Verordnungen der Könige oder 4) den Beſchlüſſen der Parlamente entgegen war. Bei Entſcheidungen, die vom Römiſchen Stuhl ausgegangen waren, ward aus Achtung gegen denſelben die Appellation nur gegen die Vollſtreckung der Bulle eingelegt. Wenn indeſſen der Pabſt den König, die Prinzen vom Geblüt oder ſeine erſten Beamten excommunicirte, oder das ganze Königreich mit einem Interdict belegte, ward gegen die Bulle ſelbſt die appel comme d'abus eingelegt. Dieſelbe ſtand auch den geiſtlichen Gerichten zu, wenn ſie von einer weltlichen Behörde in ihrer Gerichtsbarkeit geſtört wurden.

Alle Appellationen, wegen mißbrauchter geiſtlicher Gewalt, gehörten vor die Parlamente, und zwar vor die große Kammer**), wo ſie in der Regel in der öffentlichen Sitzung münd-

---

injiceretur, nequis existimaret magistratuum consilium illud fuisse, ut ecclesiasticam jurisdictionem saeculari submitterent. Quare non de re ipsa se judicium suscepturos hac formula profitebantur. Simplicem enim et meram appellationem a Curia ecclesiastica ad Curiam regiam nunquam in Gallia admissam fuisse fatentur Petrus de Cugneriis art. 14, Masuerius tit. de appellat. §. 22 et Joannes Galli (quaest. 161.) M. ſ. n. Henrion de Pansey de l'autorit. judic. p. 329, und Merlin Repert. art. appel. comme d'abus

*) Lange nouv. Pratric. Franc. tom. I. liv. IV. chap. 42. Als das beſte praktiſche Werk über dieſen Gegenſtand rühmt man: Fevret traité de l'appel comme d'abus, welches ich nicht Gelegenheit hatte zu benutzen.

**) Wenn es ſich indeſſen von Criminalſachen dabei handelte, ſo entſchied die tournelle criminelle. Ferrier. Dict. d. D. art. appel. comme d'abus.

lich verhandelt werden mußten. Die Parthei, welche eine ſolche Appellation einlegte, mußte das Gutachten von drei Advokaten beifügen. Als Haupt-Parthei bei dieſer Art von Klagen ward indeſſen die Staatsbehörde angeſehen. Dieſem Grundſatz gemäß durften die Partheien, wenn einmal die Berufung eingelegt war, zum Nachtheil derſelben über ihre Privat-Intereſſen nicht anders, als mit Bewilligung der Staatsbehörde unterhandeln. Die Einrede, daß die Friſt zur Appellation verfloſſen ſey, oder die Parthei von derſelben abgeſtanden, (l'exception tirée du laps de tems ou de la désertion d'appel) konnte dieſer Klage nicht entgegengeſtellt werden. Das Parlament konnte indeſſen dieſe beſondere Appellation in eine gewöhnliche verwandeln, d. h. den Kläger an den höhern geiſtlichen Richter verweiſen. Verlor der Appellant, ſo ward er in eine Geldſtrafe von 75 Livr. zum Vortheil des Staats, und nochmals in die Hälfte zum Vortheil der Gegen-Parthei verurtheilt. Die Parlamente durften ſich in ihren Urtheilen bei der appel comme d'abus der Ausdrücke: mettre l'appel au neant etc. Th. I. S. nicht bedienen *), ſondern es hieß: „qu'il a èté mal, et abustivement jugé, oder qu'il n'y a pas d'abus, oder l'appelânt non recevable en son appel“ **). Durch Einlegung der appel comme d'abus ward in der Regel die Vollſtreckung des Urtheils oder die Verordnung der geiſtlichen Behörde aufgehalten, mit Ausnahme jedoch ſolcher Urtheile, welche ſich auf die kirchliche Disciplin bezogen. — Alle Klagen der Art gehörten, wie wir ſchon geſagt haben, vor die Parlamente. Dieſelben handelten indeſſen hier nicht als Gerichte einer höhern Inſtanz, ſondern vielmehr als Corporationen, die hierin zur Handhabung der Königlichen

---

*) Art. 1. des Edicts Heinrichs des Vierten v. Decbr. 1606, unterſagt den Gerichtshöfen ausdrücklich ſich bei der appel. comme d'abus des Ausdrucks: mettre l'appel au néant zu bedienen; um ihnen nämlich die Befugniß zu nehmen die Geldſtrafe zu erlaſſen oder zu mildern.

**) Art. 1. des Edicts v. Melun (v. Febr. 1580) wodurch dieſes eingeführt worden ſeyn ſoll, ſpricht indeſſen nur von der „correction et discipline ecclésiastique“ die von den den Provincial-Concilien angeordnet wurde.

Macht und zum Schutz ſeiner Unterthanen beſonders beſtellt waren. Dieſen Anſichten der ältern franzöſiſchen Publiciſten gemäß, ward unter der Kaiſerlichen Regierung die Entſcheidung über dieſe Art von Klagen den gewöhnlichen Gerichten entzogen, und dem Staatsrath zugewieſen, ein Gegenſtand, worüber in der Folge noch näher die Rede ſeyn wird.

Den Parlamenten ſtand außer der Oberaufſicht über alle Untergerichte, nach der allgemeinen angenommenen Meinung, auch noch das Recht zu, die Strenge der Geſetze nach Umſtänden zu mildern *), über dunkle Stellen derſelben Erklärungen zu geben, ſo wie Vorſchriften für das gerichtliche Verfahren anzuordnen. Insbeſondere hatten ſie die Befugniß ſogenannte regulirende Urtheile oder Beſchlüſſe (arrêts de reglemeut) zu erlaſſen. Man verſtand darunter Vorſchriften der ſo eben angeführten Art, welche, ſo lange ſie nicht durch ein Geſetz widerrufen wurden, (sous le bon plaisir du roi) von allen Untergerichten des Parlaments, wovon ſie ausgegangen, befolgt werden mußten. Dieſelben wurden nur bei Gelegenheit eines eigentlichen Prozeſſes erlaſſen. Das Parlament erklärte alsdann bei Entſcheidung deſſelben, daß in allen ähnlichen Fällen eben ſo entſchieden oder verfahren werden ſollte. Am Schluß des Urtheils ward daher auch ausdrücklich hinzugefügt, daß es zur Regel dienen, und öffentlich vorgeleſen und verkündigt (d. h. den Untergerichten zugeſchickt werden) ſollte, (qu'il servira de règlement et sera lu et publié). Zuweilen erließ das Parlament auch dergleichen Entſcheidungen und Anordnungen, ohne dazu durch einen Prozeß veranlaßt worden zu ſeyn, entweder von Amtswegen, oder auf den Vorſchlag der Staatsbehörde auch wohl der Geſammtheit der Anwälte. Solche Beſchlüſſe hießen arrêtés. Dieſe ſowohl als auch die arrêts de règlement

---

*) Nach der ältern Geſetzgebung war ſchon die Verurtheilung zu einer Geldſtrafe (amende) in Criminalſachen entehrend (Th. I. S. 440). Die Parlamente konnten jedoch jemand zu einer Geldſtrafe verurtheilen, ohne daß er dadurch entehrt ward. Das Urtheil mußte alsdann ausdrücklich enthalten: „Sans que l'Amende puisse porter aucune note d'infamie." M. ſ. Merlin. Répert. art. Amende N° VI.

konnten nur von den verſammelten Kammern erlaſſen werden, indem eine Kammer über die andere gar keine Art von Macht oder Vorrecht hatte. Jedoch gab es einige dieſer arrêts de règlement, welche, obſchon ſie nur von einer Kammer ausgegangen, doch von allen befolgt wurden. *) Nach der jetzigen franzöſiſchen Geſetzgebung hat kein Gerichtshof (ſelbſt der Caſſationshof nicht) eine ſolche Befugniß.

Die Parlamente hatten, wie wir ſchon bemerkt haben, jährlich ihre regelmäßigen Ferien, deren Anfang und Dauer bei dem Parlament von Paris **) ebenfalls ſchon angegeben worden. An dieſen Ferien nahm indeſſen die ſogenannte Kammer der Geſuche (chambre des requêtes) keinen Antheil. Es galt nämlich als Grundſatz, daß alle Behörden, welche die Angelegenheiten des Königs beſorgten, oder in dieſen, ſo wie in denjenigen der Beamten ſeines Gefolges entſchieden, ihre Geſchäfte nie unterbrechen durften. Daher dauerten die Sitzungen der genannten Kammer das ganze Jahr hindurch ***) oder wenigſtens ſo lange, bis das Stadtgericht von Paris ſeine Ferien beendigt hatte. Von dieſem nämlich konnten wenigſtens die dringendſten Sachen abgemacht werden, da die, welche das Privilegium committimus hatten, auf daſſelbe Verzicht leiſten, und ihre Angelegenheiten bei den gewöhnlichen Gerichten erſter Inſtanz vorbringen konnten.

Der Wiederanfang der Sitzungen nach den Ferien geſchah mit großer Feierlichkeit. Die Mitglieder aller Kammern, die Beamten der Staatsbehörde, die Advokaten und Procuratoren des Parlaments u. ſ. f. verſammelten ſich in der großen Kammer, und wohnten der H. Geiſt-Meſſe bei. Alle erſcheinen in ihrer Ceremonien-Kleidung, die Präſidenten in ſcharlachrothen Röcken mit Hermelin gefüttert, und ihre Mörſerhaube in der

---

*) Merlin Répert. art. arrêt N° VIII. und art. arrêté judiciaire.

**) Bei andern Parlamenten war die Ferienzeit anders geordnet. Jetzt dauert dieſelbe v. 1. Septbr. bis zum 1. Novbr.

***) Eben darum wurden, wie wir oben gemeldet haben, die Mitglieder derſelben bei Bildung der Ferienkammer übergangen.

Hand, die Räthe und die Beamten der Staatsbehörde in rothen Röcken mit Mützen, die ebenfalls mit Pelz gefüttert waren (chaperons fourrés.) Die Advokaten und Procuratoren erneuerten ihren Dienſteid, *) welchen der erſte Präſident abnahm.

---

*) Dieſe jährliche Erneuerung des Eides der Advocaten ſchreibt ſich aus uralten Zeiten her, wo man noch unendlich mehr Gewicht auf den Eid legte als ſpäter. Schon Philip der kühne (Sohn Ludwigs d. H.) ſchrieb ſie durch ſeine Verordnung vom 23. October 1274, die nur über dieſen Gegenſtand handelt, für die Advocaten aller Gerichte ohne Ausnahme (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 300, 301) und Philip der Schöne durch die Verordnung v. J. 1291 Art. 11. (tom. I. p. 320, 322) für die Advocaten des Parlaments vor. Der Verordnung, die Philip v. Valois im März 1344 über das Parlament erließ (Ordon. tom. II. p. 220), iſt der Eid, welchen die Advocaten und Procuratoren ſchwören mußten, angehängt. Erſtere ſchworen unter andern, quod causarum injustarum patrocinium scienter non recipient, quod si non ab initio, ex post facto tamen viderint eam esse injustam, statim eam dimittent, quod non paciscentur de quota parle litis, quod in causis quas fovebunt, si viderint tangi regem, ipsi de hoc curiam advisabunt etc. Die Anwälte (Procuratoren) werden noch General-Procuratoren (procuratores generales Th. I. S. 248) genannt. Es heißt dort: „Sequitur juramentum Procuratorum generalium Parlamenti“ daß darunter wirklich die gewöhnlichen Anwälte verſtanden werden, erſieht man theils aus dem Inhalt ihres Eides, theils aus mehmehrern andern Beſtimmungen. Z. B. „Primo ponantur in scriptis [nomina procurat. general] *post nomina advocatorum.*“ Der Eid der Anwälte iſt dem der Advocaten faſt ganz gleich. Sie ſchworen noch überdem, quod per favorem, preces, pecuniam aut alias indebite non quaerent advocatos ad modum (Proxenetae) vel mediatoris. Den Advocaten und Anwälten wird überdem noch aufgegeben, und zwar den erſtern „quod bene mane veniant, et bene venire faciant partes suas, quod stando, et retro primum scamnum patrocinentur, quod ipsi de Curia non recedant, quamdiu magistri in camera erunt. „Et est sciendum (heißt es N° 3.) quod nullus advocatus ad patrocinandum recipietur, nisi sit juratus et in rotulo nominum advocatorum scriptus. Den Procuratoren werden faſt genau dieſelben Verpflichtungen auferlegt, insbeſondere

Um die Geſetze und Verordnungen ins Gedächtniß zurückzurufen, las der Obergerichtſchreiber ehmals alle, ihrem vollſtändigen Inhalt nach, vor. Als indeſſen ſpäter die Menge derſelben zu ſehr angewachſen war, beſchränkte man ſich auf die Vorleſung einiger Artikel, welche ſich auf die Disciplin der Gerichtshöfe bezogen. Bei Wiedereröffnung der großen öffentlichen Sitzungen (grandes audences), welche den 1ſten Montag nach der Woche, worin das Martinusfeſt fiel, Statt fand, hielt der erſte Präſident und einer der General-Advocaten eine Rede an die Advocaten und Anwälte. Dieſer Gebrauch das neue Dienſtjahr mit einer Feierlichkeit zu beginnen, der ſich auch (Th. I. S. 668) bei den jetzigen Franzöſiſchen Gerichten erhalten hat, wird gewiß jedem, der die menſchliche Natur kennt, als höchſt lobenswerth, und der wohl in allen Ländern nachgeahmt zu werden verdiente, erſcheinen. Es iſt ein einfaches und doch wirkſames Mittel, die Einförmigkeit des Geſchäftslebens zu unterbrechen, und die dadurch eingeſchläferten Gemüther zu neuer Kraft und Thätigkeit zu beleben. — Bei der Unabhängigkeit, die man den Gerichtshöfen nothwendig zugeſtehn muß, iſt es überhaupt keine leichte Aufgabe, ſie vor Indolenz und ſelbſt vor noch gröbern Pflichtverletzungen zu bewahren. Die Oeffentlichkeit der Sitzungen und die Beſtellung einer Staatsbehörde ſind gewiß die allerwirkſamſten Mittel, die, gehörig angewendet, ihren Zweck nicht verfehlen können. Zu den kleinern Mitteln dieſen Zweck zu erreichen, gehörte bei den ehmaligen Parlamenten auch das, daß man ſie ihrer eignen Cenſur unterwarf, welche ſie zu feſtgeſetzten Zeiten über ſich ausüben mußten. Man nannte die dazu beſtimmten Sitzungen Mercuriale, (mercuria-

---

noch, quod retro advocatos stent vel sedeant, quod primum scamnum non occupent. Item prohibet curia Procuratoribus in vim juramenti, ne indistincte, prout fieri saepius praesumpserunt, infra parcum Curiae [le parquet] intrare praesumant, ex quo audientia propter eorum inordinatum tumultum et strepitum saepius impeditur, sed juxta advocatos partis suae stare retro scamnum. Den Huiſſiers wird noch aufgegeben [qu'ils] ne souffrent mie que les clercs des avocatz ou d'autres fassent leurs escritures en la Chambre du Parlement.

les). In denſelben waren alle Kammern, jedoch bei verſchloſſenen Thüren, verſammelt. Der General-Procurator und der General-Advocat hielten abwechſelnd eine Rede, in Beziehung auf die Ordnung und die Disciplin des Hofs, ſo wie auf die Mißbräuche, die ſich allenfalls eingeſchlichen haben konnten. Verſchiedene franzöſiſche Schriftſteller beſchreiben das Urtheil, welches die Gerichtshöfe dabei über ſich ſelbſt ausſprachen, als ſehr ſtreng. Die kleinſten Nachläßigkeiten wurden wie grobe Fehler gerügt; Mitglieder, deren Betragen nicht zu der Würde ihres Ranges paßten, wurden ſchonungslos bezeichnet; ja der Gerechte ſelbſt mußte, nach dem Ausdrucke des Kanzlers D'Agueſſeau, Rechenſchaft von ſeiner Gerechtigkeit geben. Schon ehe ſich die Kammern zu dieſem Zweck verſammelten, übergab der Generalprocurator einigen von dem Parlament dazu beauftragten Mitgliedern eine Schrift, welche ſeine Vorſchläge über die Verbeſſerung der Disciplin u. ſ. f. enthielt. Dieſe berathſchlagten unter ſich darüber, und theilten, was Ihnen beachtungswerth ſchien, den verſammelten Kammern mit. Es gehörte zu den Pflichten des General-Procurators darüber zu wachen, daß dieſe Mercuriale *) gehörig gehalten würden. Er mußte jeden Gerichtshof, der dieſelben unterließ, beim König verklagen, und die darin gefaßten Beſchlüſſe dem Kanzler mittheilen. Der Name dieſer beſondern Sitzungen, welche zuerſt von Carl d. 8ten durch die Verordnung v. Jul. 1493 Art. 110 **), ferner von Ludwig d. 12ten durch die Verordnung v. März 1498 Art. 27 angeordnet wurden, kommt von dem Wochentag (Mittwoch), wo ſie (nach der letztgenannten Verordnung) gehalten werden ſollten. Anfänglich fanden ſie alle 14 Tage Statt. Allein, da ſie zuviel Zeit wegnahmen, ſo befahl Franz d. 1ſte in ſeinem Edict v. J. 1539 Art. 130, ſie alle Monate zu halten, und das Reſultat von drei zu drei Monaten dem König mitzutheilen. *) Eine der letzten geſetzlichen Beſtimmungen hierüber, welche auch bis zur Aufhebung des Parlaments beobachtet worden, iſt von Heinrich dem 3ten (reg. 1574—1589). Nach der Verordnung, welche er im Mai 1579 zu Paris auf die Vorſtellungen**) der

---

*) Unter mercuriale verſtand man auch zuweilen die Rede, die der General-Procurator in dieſen Verſammlungen hielt. In den Schriften von D'Agueſſeau finden ſich noch mehrere Mercuriale, die er als Königl. Procurator gehalten hat. Da dieſe Schriften indeſſen eben nicht in Jedermanns Händen ſind, ſo mache ich darauf aufmerkſam, daß Ideler eine dieſer Reden in ſein allgemein verbreitetes Handbuch der franz. Sprache und Literat. Th. I. aufgenommen hat.

**) Die Stelle iſt zu weitläufig um ſie hier mitzutheilen.

---

*) Da indeſſen dieſe Mercuriale Etwas unſern jetzigen Sitten durchaus fremdartiges haben, das an die Strenge der Römiſchen Cenſoren erinnert, ſo wird es dem Leſer vielleicht nicht unangenehm ſeyn in Beziehung auf dieſelben den Text einiger andern Geſetze wörtlich angeführt zu finden. In dem Edict Franz des 1ten vom J. 1539 über die Verwaltung der Gerechtigkeit (sur le fait de la justice) heißt es art. 130: „Nous ordonnons que les mercuriales se tiendront de mois en mois sans y faire faute, et que par icelles soient pleinement et entierement deduictes les fautes des officiers de nosdites cours de quelque ordre ou qualité qu'ils soient. Sur lesquelles sera incontinent mis ordre par nosdites cours, et sans aucune retardation ou delay, dont voulons estre advertis, et lesdites Mercuriales et ordre mis sur icelles nous estre envoyées de trois mois en trois mois, dont nous chargeons nostre procureur general d'en faire la diligence.“

**) Ordon. de Blois. en 1579 art. 144. „ . . . . . Ausquelles Mercuriales voulons les fautes et contraventions faictes à nosdites ordonnances par les officiers de nosdites cours et jurisdictions estre pleinement et entierement deduites: et les articles proposez estre incontenant apres jugez sans intermission ou discontinuation tant es jours d'audience qu'autres, pour lesdictes Mercuriales estre envoyées, scavoir celle des nos cours souveraines à nous et à nostre tres cher et feal chancelier, ou garde des seaux et celles de nos juges inferieurs à nosdites cours souveraines de leur ressort. Faisons tres-expresses inhibitions et defenses tant à nosdites cours et sieges présidiaux, chascun en son regard, vaquer à l'expedition d'autres affaires que lesdites Mercuriales n'ayent été jugées: déclarons les jugemens qui auront esté auparavant donnés nuls et de nul effect et valeur. Enjoignons aussi

Stände von Blois erließ, ſollten die Mercuriale nicht allein bei den Parlamenten und den übrigen höchſten Gerichtshöfen, ſondern auch bei den Präſidialgerichten, alle ſechs Monate und zwar bei den Parlamenten die erſten Mitwoche nach Vorleſung der Verordnungen, die gewöhnlich nach dem Martinus- und Oſterfeſt Statt fand, gehalten werden. Um jedem Verſäumniß zuvorzukommen, befiehlt die Verordnung allen Gerichten die in dieſen Mercurialen beſprochenen Sachen vor allen andern Geſchäften, ſowohl an den gewöhnlichen Sitzungstagen, als auch an andern Tagen abzumachen, und erklärt alle vor Erledigung der genannten Sachen erlaſſenen Urtheile für null und nichtig. —

Aus dieſer Strenge ſelbſt läßt ſich indeſſen ſchon leicht einſehn, daß die Gerichte eben keine große Vorliebe für dieſe Mitwochsſitzungen haben mogten. Wenn man daher bedenkt, wie ſchwierig es iſt, Etwas, das einzig von dem guten Willen der Handelnden abhängt, gegen den Willen derſelben auszuführen, ſo mögte dieſe von den Gerichtshöfen über ſich ſelbſt ausgeübte Cenſur in der Ausübung wohl nicht ſo nützlich geweſen ſeyn, als man der Idee nach vielleicht erwarten könnte. Auch haben, wie es ſcheint, die Urheber der neuen Franzöſiſchen Geſetzgebung eine ſolche ununterbrochene und ohne beſondere Veranlaſſung ausgeübte Cenſur mit den Sitten und der Denkungsart unſeres Zeitalters nicht verträglich gehalten, ſo daß ſie unter die jetzt beſtehenden Disciplinar-Maßregeln nicht aufgenommen iſt. *)

Aus dem Vorhergehenden wird man ſich von dem Gerichtsverfahren, ſo wie es bei dem Parlament von Paris gebräuchlich war, einen hinreichenden Begriff machen können, und werden

---

à nos advocats et procureurs generaux et à leurs substituts, sur peine de privation de leurs charges les promouvoir et en poursuivre le jugement, et de nous advertir promptement de la retardation eu empeschement d'icelles.

*) Eine Spur davon iſt indeſſen noch übrig geblieben, wie aus den oben in der Note angeführten Artikeln des Geſetzes vom 20. April 1810 (Desen. tom. IV. p. 466) erhellt. Man vergleiche noch Art. 11 deſſelben Geſetzes.

wir das noch etwa Mangelnde bei dem, was am Schluß dieſes Abſchnitts über die Dienſtverhältniſſe der einzelnen Parlaments-Glieder vorkommt, gelegentlich nachtragen. Den Parlamenten lag außer der Verwaltung der Gerechtigkeit noch ein anderes wichtiges Geſchäft ob. Sie gaben nämlich den Königlichen Verordnungen durch die Eintragung in ihre Regiſter die gehörige Oeffentlichkeit und dadurch erſt volle Geſetzeskraft. Von den entgegengeſetzten Anſprüchen des Hofs und der Parlamente über dieſen Punct und von den wichtigen dadurch veranlaßten Streitigkeiten iſt ſchon (Th. I. S. 179—182) das Allgemeine vorgekommen, wozu wir noch Einiges hinzufügen wollen. In den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts wurden die Geſetze häufig in dem Parlament ſelbſt berathen und beſchloſſen. So heißt es am Schluß der Verordnung, welche Philip der Kühne i. J. 1274 gegen die Wucherer erließ: (Ordon. d. Louv. tom. I. p. (298—309) „Factum fuit hoc statutum Parisiis in Parlamento assumptionis Beate Marie Virginis. Anno Domini millesimo ducentesimo septuagesimo quarto.“ In der Verordnung Philips des Schönen v. J. 1287 über die Erwerbung des Bürgerrechts (touchant les bourgeosies) *) heißt es im Anfang: „C'est l'ordenance faite par la cour de nostre seigneur le Roy et de son commandement etc.“ am Schluß heißt es ferner: „Cette ordenance fut faite au Parlement de la Pentecoste l'an 1287.“ In einer andern Verordnung deſſelben Königs von demſelben Jahre (Ordon. tom. I. p. 316, 317), wodurch allen Geiſtlichen, welchen eine weltliche Gerichtsbarkeit zuſtand, befohlen ward, zur Ausübung derſelben nur weltliche Beamten (Amtmänner, Vögte u. ſ. f.) anzuſtellen, findet ſich am Ende noch näher übereinſtimmend mit dem ſpätern Gebrauche. „Haec ordinatio registrata est inter judicia, consilia et arresta expedita in Parlamento omnium Sanctorum, Anno Domini 1287. Allein obſchon in jenen Zeiten allerdings mehrere Verordnungen mit Berathung des Parlaments erlaſſen worden, ſo gibt es deren doch eine weit größere Menge, an welchen das Parlament gar keinen Theil hatte. Man braucht nur die drei

---

*) Ordon. tom. I. p. 314.

oder vier erſten Bände der Ordon. d. Louv. einzuſehen, wo man finden wird, daß des Parlaments oder der Eintragung in deſſen Regiſter vor den Zeiten Carls des fünften und ſechſten faſt nie erwähnt wird. Die Meiſten derſelben tragen blos die Unterſchrift des Königs, ohne daß von irgend einer andern Behörde oder Verſammlung, die dabei zu Rathe gezogen wäre, die Rede iſt. In der Verordnung, welche Ludwig d. H. i. J. 1256 zum Nutzen des Königsreichs erließ, (Ordon. tom. I. p. 77) heißt es am Schluß Art. 26. „Et en toutes ces choses que nous avons ordené pour la paix et tranquillité de nos subgiez en notre Royaume nous retenons à nostre Majesté pooir [pouvoir] de declarer, de adjouster, de amender et de admenuissier selon ce que nous aurons conseil etc.“ Sehr viele Verordnungen ſind überdem in dem eigentlichen Staatsrath (conseil) beſchloſſen worden. Die Verordnung Philips d. Schönen über die Erwerbung des Bürgerrechts, welche der großen Verordnung v. 23ten März 1302 beigefügt iſt (Ordon. tom. I. p. 354, 367) fängt ſo an: „Haec est ordinatio ſacta per nos et consilium nostrum de mandato nostro.“ Schon damals hatten die Könige einen großen und kleinen Staatsrath (grand et ètroit conseil) *). Nach Art. 14 dieſer Verordnung v. 23. März 1302 ſollten die Amtmänner u. ſ. f. nur mit Berathung des großen Staatsrath (ex deliberatione nostri magni consilii) gewählt werden. Nach einer andern Verordnung Philips des Langen v. 16. November 1318 Art. 7 **)

---

*) Es ſcheint, daß der engere Staatsrath (conseil eroit) aus einigen beſonders ausgezeichneten Mitgliedern des großen Staatsraths beſtand. In der Verordnung Philips des langen vom 10. Juli 1318 (Ordon. tom. I. p. 657) heißt es: „Prémièrement nous avons ordenné que chascun mois, il aura de nostre grand conseil, avec nous, la ou nous serons. Et jusqu'à ce jour toutes graces que l'en nous requerera, dedens ledit mois, de dons et d'autres choses, seront retardés à ſaire excepté delivrance de justice, qui se ſera de jour en jour.“ M. ſ. u. die folgende Note.

**) (Ordon. du Louv. tom. I. p. 668) Nous ordenons que nostre estroit conseil s'assemble tous les mois en un lieu, ſollte der kleine Staatsrath ſich alle Monate verſammeln, und Alles was in demſelben beſchloſſen worden, in ein Regiſter eingetragen werden. Hieraus ergibt ſich, daß zu dieſen Zeiten die Verordnungen ſich eher in den Archiven des Staatsraths als des Parlaments finden mußten. Wenn man auch annehmen wollte, daß durchaus alle Mitglieder des Parlaments zugleich zu dem Staats-Rath gehört hätten, ſo fand doch das Umgekehrte gewiß nicht Statt, vielmehr übte der Staatsrath eine gewiſſe Aufſicht über die Handlungen des Parlaments aus. So ſagt Philip der Lange in der Verordnung v. 18. Juli 1318 (Ordon. tom. I. p. 656, 661) Art. 40, daß er die von dem Parlament verhängten Geldſtrafen nicht anders, als wenn in dem Staatsrath über das Geſuch Bericht erſtattet wäre, nachlaſſen würde. Auch ſelbſt der Staats-Rath hatte bei Erlaſſung allgemeiner Verordnungen nur eine berathende Stimme. Daß dem Parlament, wenigſtens ſeitdem es ein Juſtizhof geworden*), nicht mehr als eine ſolche zuſtand, folgt ſchon daraus,

---

où il nous semblera, et que tout ce qui lors sera conseillé, sera registré par un de nos Notaires, liquel nous deputerons à ce, liquels Notaires aura cure de demander à nostre chancelier, où à un autre de qui nous li dirons, au cas que le chancelier n'i seroit, quand l'on istra du conseil, se par avanture il n'y avoit esté, s'il y a rien conseillé qu'il doie enregistrer. Et quand li Conseils se partira, il nous baillera copie de ce qu'il aura par devers soi, et baillera aussi copie à ceux à qui il appartiendra d'accomplir les choses qui auront este conseillées etc."

*) So lange das Parlament noch eine Verſammlung der großen Vaſallen war, ſo fand freilich ein anderes Verhältniß Statt. Jeder hatte darin eine entſcheidende Stimme. Man mußte mit dieſen Vaſallen um ſo glimpflicher umgehen, als nur durch ihre Zuſtimmung die Verordnungen auch auf ihrem Gebiet geſetzliche Gültigkeit erhielten. Allein bei Verordnungen, die nur auf dem Königl. Gebiet (pays de roi) vollſtreckt werden ſollten, war die Zuziehung der Vaſallen nicht nöthig. Die Könige ſcheinen ſich dabei nach Gutdünken mit Jedem berathen und nach Gelegenheit außer dem Staatsrath, der aus ihren Beamten beſtand, Mitglieder aus dem Bürgerſtand oder andere verſtändige Männer zugezogen zu haben. Die Verordnung Ludwigs d. H. v. J. 1262 (Ordon.

daß die Mitglieder deſſelben keine beſtändigen Beamten waren, ſondern alle halbe Jahre von dem König neu gewählt wurden *). Wie konnte ſich in einer ſolchen Verſammlung ein Corporations-Geiſt erzeugen, wie die Parlamente ihn in ſpätern Zeiten oft gezeigt haben. Daß dieſelben die Verordnungen, die ihnen zugeſchickt wurden, aufbewahrten und einregiſtrirten, geſchah zu ihrer eignen Notiz und der Ordnung wegen, ohne irgend einen beſondern Königlichen Befehl. Die älteſte der in den ordon. d. Louv. vorkommenden Verordnungen, der ſich ein ſolcher Befehl ſie in die Regiſter des Parlaments einzutragen beigefügt findet, iſt von Philipp v. Valois v. J. 1334 (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 102). Sie bezieht ſich auf das ſogenannte régale, und beſtimmt, daß dem König auch das geiſtliche Hoheitsrecht, oder die Ernennung zu den Pfründen zukomme. Am Schluß derſelben beſiehlt der König: à ses amés et

---

tom. I. p. 93.), worin er verſchiedenes über die Münzen beſtimmt, ſchließt, wie folgt: „Facta fuit haec ordinatio Carnoti Anno domini millesimo ducentesimo sexagesimo secundo, circa mediam quadragesimam, cui faciendae interfuerunt Jurati Clemens de Visiliac, Joannes dictus rigidus, Joannes Hermam, cives Parisienses etc. Hier folgen die Namen von noch mehreren Bürgern mehrerer Städte.

*) Dieſe Art das Parlament zu wählen beſtand ſicher noch im Jahr 1342 (zu Zeiten Philips von Valois). In der Verordnung dieſes Königs vom 8. April des genannten Jahrs (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 175) heißt es Art. 7.: „Que quand nostredit Parlement sera finy, nous manderons nostredit chancelier, les trois maistres Présidents de nostredit Parlement, et dix personnes tant Clercs comme Lais, de nostre Conseil [Hier wird, wie man ſieht, das conseil von dem Parlament unterſchieden] tels comme il nous plaira, lesquels ordenneront selon nostre volenté, de nostredit Parlement, tant de la grand'chambre de nostredit Parlement, et de la chambre des enquêtes comme des requestes *pour le Parlement advenir;* et jurront par leurs serments, qu'ils nous nommeront des plus suffisants, qui soient en nostredit parlement, et nous diront quel nombre de personnes il devra suffire pour la grand'chambre, pour les enquestes et requestes."

féaux qui tiendront le prochain parlement et aux gens des comptes que à perpetuelle memoire les fassent ces présentes enregistrer es chambres de parlement et des comptes, et garder pour original au tresor des chartes. Der Verordnung, v. 14. October 1360, wodurch König Johan der zweite die während ſeiner Gefangenſchaft von ſeinem Sohne (nachherigen König Carl dem 5ten) als Regent gemachten Ernennungen, Geſchenke u. ſ. f. beſtätigte, (Ordon. tom. III. p. 428) iſt am Schluß beigefügt. „Registratae fuerunt presentes literae sine publicatione, *de praecepto curie*, vigesima quinta die Januarii, Anno Domini, millesimo trecentesimo sexagesimo. Et collatione facta diligenti cum literis originalibus heedem litere reddite et tradite fuerunt P. de Anguerranto Clerico et consiliario regis, vigesima sexta die Januarii Anno Domini millesimo trecentesimo sexagesimo,“ welches der ſpätern Form ſchon ſehr nahe kam. Wirklich war auch theils durch die Gefangenſchaft des Königs Johan, der d. 19. September 1356 in der Schlacht von Potiers den Engländern in die Hände fiel, theils durch die jugendliche Unerfahrenheit des Dauphin das Königliche Anſehn damals merklich geſunken, und das der Corporationen geſtiegen. Allein demungeachtet geſchieht in den meiſten von dieſem Dauphin (als Regent) erlaſſenen Verordnungen von dem Parlament oder von einer Eintragung in die Regiſter deſſelben gar keine Erwähnung. Der Dauphin ſtand in einer weit größern Abhängigkeit von den Ständen, die er, um das zum Krieg nöthige Geld zu erhalten, oft zuſammenberief, ſo wie auch von ſeinem Staatsrath *), als vom Parlament. Erſt unter der Regierung Carls des ſechſten, wo die Stellen der Parlaments-Mitglieder beſtändig geworden waren, fieng das Parlament an zu behaupten, daß die Geſetze nur durch die Eintragung in ſeine Regiſter volle Kraft erhielten, und daß dieſelben durch eine freie Berathung beſchloſſen werden müßten. Mably (liv. 5. chap. 22) bemerkt dieſes ausdrücklich. Auch enthalten die Regiſter des Parlaments einen Act v. 31. März 1418, wodurch daſſelbe gegen eine am vorhergehenden Tag ohne vorläufige Berathung geſchehene Eintragung in die Regiſter proteſtirte *). Von dieſer Zeit an wiederholte ſich dieſes ſehr häufig. Die Gewohnheit nahm endlich ſtillſchweigend die Kraft eines Geſetzes an, ſo daß es ſpäter, ſeit dem Ende des 15ten Jahrhunderts und noch mehr in dem 16ten und 17ten Jahrhundert bis zu den letzten Zeiten von den würdigſten Magiſtratsperſonen und den größten Rechtsgelehrten als einer der erſten Grundſätze der franzöſiſchen Verfaſſung **) angeſehn ward, daß die königlichen Verordnungen, nur nach Eintragung in die Regiſter der Parlamente ***), geſetzliche und executoriſche Kraft erhielten. Ja die

---

*) In der Verordnung v. 14. Mai 1358 (Ordon. tom. III. p. 219), die ebenfalls in Folge einer Verſammlung der drei Stände erlaſſen ward, verordnete und verſprach der Dauphin Art. 11 (nous avons ordené et promis, ordenons et promettons) in Regierungsſachen keine Verfügung zu erlaſſen, ohne die Sache in Gegenwart von wenigſtens drei Mitgliedern ſeines großen Staatsraths berathen zu haben. Auch mußte jeder Befehl von wenigſtens drei dieſer Mitgliedern eigenhändig unterſchrieben (oder, wenn ſie nicht ſchreiben konnten!!! von ihnen unterzeichnet) ſeyn; ſonſt ſollte der Kanzler ſie nicht verſiegeln, und, ſelbſt wenn er es thäte, die Verordnung ohne Kraft und Wirkung ſeyn.

---

*) Merlin. Répert. art. Enrégistrement des lois.

**) La Roche Flavin Trait. d. Parlem. d. France liv. III. chap. 19. „La prémière et principale autorité des parlements est de verifier les ordonnances et édits du roi; et telle est la loi du Royaume, que nuls édits, nulles ordonnances n'ont d'effet, et on ne les tient pour tels, s'ils ne sont vérifiés aux cours souveraines et par la libre déliberation d'icelles."

***) Die andern Höfe (die Oberrechenkammer, der Oberſteuerhof u. ſ. f.) hatten hinſichtlich der Geſetze, die ſich auf ihren Geſchäftskreis bezogen, das nämliche Recht, eben ſo wie es den andern Parlamenten, jedem in Beziehung auf ſeinen Gerichtsſprengel zuſtand. Schon die Verordnung v. Johan dem zweiten (gegeb. zu Paris im December 1360) Ordon. tom. III. p. 442, 443), wodurch alle Geſchenke von Domainen, die ſeit Philip dem Schönen gemacht worden waren, widerrufen werden, enthält: „Nous voulons et commandons que ces lettres soient publiées par tout où il appartiendra, et enregistrées en la chambre de nostre Parlement, en la chambre de noz comptes et en nostre tresor à Paris." Ludwig der eilfte bemerkte in einem an

Könige ſelbſt haben hin und wieder in ihren Verordnungen, offenen Briefen u. ſ. f. die Richtigkeit dieſes Grundſatzes anerkannt. Der Erſte, welcher dieſes that, war der, ſonſt durch ſeine tyranniſche Willkühr in der Geſchichte übel berüchtigte Ludwig der eilfte, welcher nach der Angabe ſeines Geſchichtſchreibers Duclos i. J. 1482 erklärte, daß das Edict, welches er über das Getreide erlaſſen hatte, ohne vorläufige Eintragung in die Regiſter des Parlaments von Paris nicht habe in Vollzug geſetzt werden können. Die Könige wandten dieſe Maxime auch ſehr oft als Hülfsmittel an, um früher von ihnen geſchloſſene Verträge, Schenkungen ihrer Vorgänger und dergleichen für nichtig und nicht geſchehen zu erklären. So erklärte z. B. Ferrier, den Carl der 9te i. J. 1561 auf die Klagen der Generalſtaaten von Orleans nach Rom geſandt hatte, um gegen

---

den Oberſteuerhof (à nos amez et feaulx les generaux-conseillers par nous ordonnez sur le fait de la justice de nos aides) gerichteten Schreiben vom 23. Juli 1468 (Ordon. tom. XVII. p. 110, 111), er habe um den vielen Vergehn, die in Beziehung auf den Salzhandel vorfielen, zu begegnen, vor kurzem einen Auszug aus den beſtehenden Verordnungen über dieſen Gegenſtand machen, und mehrere Artikel derſelben von neuem verkündigen laſſen. Man habe aber unterlaſſen dieſen Königl. Befehl ihnen zuzuſenden, pour quoy vous pourriez faire difficulté de les faire publier et enregistrér en votre court, qui pourroit tourner à nostre prejudice et dommage comme remonstré nous à esté. Da nun der Oberſteuerhof der oberſte Richter in dieſen Sachen ſey (pour ce que vous estes .... juges souverains sur ledict fait), ſo ſchicke er ihm beiliegend die früher ausgezogenen Artikel mit dem Befehl zu, ſie verkündigen zu laſſen und in die Regiſter einzutragen. Die andern Gerichtshöfe (cours souveraines) nahmen auch, eben ſo wie das Parlament, das Recht die Eintragung in ihre Regiſter verweigern zu dürfen in Anſpruch, wovon ſie auch bis zu den letzten Zeiten Gebrauch gemacht haben. Im Jahr 1473 weigerte ſich der Oberſteuerhof den Begnadigungsbrief, der v. Ludwig dem eilften einem Peter Cornillot, der bei Gelegenheit einer Salzdefraudation einen andern (Leonhard Belin) ermordet hatte, ertheilt war, in ſeine Regiſter einzutragen, und verurtheilte den Mörder, ungeachtet der Begnadigung in die geeigneten Strafen.

das Concordat zu proteſtiren.“ *) Nec esse existimandum de more recepta et publicata concordata. nam moribus nostris et regum christianorum antiquis constitutionibus, in hunc usque diem religiose observatis, nihil in Gallia publice, quod ad sacras vel humanas res pertineat, pro lege statuitur, quod non sit parlamenti arresto publicandum. Die Könige mogten dieſen Grundſatz auch für ſich ſelbſt um ſo minder gefährlich halten, als ſie behaupteten, daß, wenn ſie den Parlamenten durchaus befählen eine Verordnung in ihre Regiſter einzutragen, dieſe unbedingt gehorchen müßten **). Ueberhaupt wechſelten

---

Den Text des Urtheils findet man vollſtändig (Ordon. tom. XVII. p. 602 Not. *a*.) Es heißt darin: . . . . La cour déclare lesdictes lettres de remission nulles et de nul effect et valleur, et partant le deboute de l'enterinement d'icelles et en ce fesant, declare ledict Pierre cornillot estre banni à toujours de ce Royaume etc.“ Auch im Anfang der Revolution weigerte der Oberſteuerhof ſich eben ſo, wie das Parlament die vom König erlaſſenen Verordnungen in ſeine Regiſter einzutragen. M. ſ. weiter unten.

*) Preuves des libertés de l'église Gallicane (par Pithou) N° 35. p. 22.

**) Als das Parlament unter Ludwig dem 11ten auf den von der Pariſer Univerſität gemachten Einſpruch ſich weigerte die Urkunde über die Stiftung einer Univerſität zu Bourges in ſeine Regiſter einzutragen, erließ derſelbe König, welcher zuerſt die Nothwendigkeit der Eintragung in die Regiſter anerkannte, den 20. März 1469 folgendes Schreiben an das Parlament: (Ordon. tom. XVII. p. 266) „Nos amez et feaulx, nous avons reçu vos lectres par nostre bien amé varlet de chambre Jehan de la Bretonnière, escuyer, seigneur de Humbligny, touchant le faict de la publication de l'université de Bourges, et par icelles veu bien au long les causes et raisons pour lesquelles dictes avoir différés ladicte publication, qui est contre nostre vouloir et nostre entencion, comme nous avons par plusieurs fois escript et faict remonstrer de bouche nostre amé et féal cousin le sieur de Chastillon: et parce que de plus en plus desirons ladicte université demourer et estre entretenu en ladicte ville de Bourges. . . . . . . . . . . nous vous renvoyons nostredict varlet de chambre, auquel avons expressement donné charge de poursuir entour vous la publicacion. Si die Grundſätze und Anſichten hierüber nach Verſchiedenheit der Zeiten. Die Verordnung Carls des neunten, gegeb. zu Moulins (i. J. 1566) befahl (Art. 1) allen Parlamenten, dem großen Staatsrath, der Oberrechenkammer alle ſchon erlaſſenen königlichen Verordnungen genau zu befolgen, ungeachtet aller dagegen gemachten Vorſtellungen, und ungeachtet ſie bei einigen Gerichtshöfen nicht verkündigt wären. Für die Folge ſollten Art. 2 die ſouverainen Gerichtshöfe, wenn ſie gegen eine ihnen zur Verkündigung eingeſendete Verordnung Vorſtellungen zu machen für nöthig erachteten, dieſes auf der Stelle thun, und nachdem ſie die Antwort des Königs darauf erhalten, die Verkündigung ohne Weiteres und ohne allen nähern Aufſchub vornehmen. Art. 1 der Verordnung Ludwigs d. 13ten v. Januar 1629 (die von Marillac verfaßte) verordnet faſt daſſelbe. Die Civil-Verordnung (Ludwigs des 14ten) v. J. 1667 iſt noch ſtrenger gegen die Parlamente. Nach tit. I. Art. 4 ſollen alle Ordonanzen, Edicte u. ſ. f., die entweder in Gegenwart des Königs oder eines von ihm beſonders dazu Beauftragten in dem Parlament bekannt gemacht werden, von dem Tag dieſer Bekanntmachung ſogleich Geſetzeskraft haben. In Beziehung auf die andern Verordnungen ſollten (Art. 5) die oberſten Gerichtshöfe, nach Verſchiedenheit ihrer Entfernung von der Reſidenz des Königs, entweder in acht Tagen oder ſechs Wochen ihre etwaigen Beſchwerden oder Vorſtellungen gegen dieſelben vorbringen, nach welcher Friſt ſie als einregiſtrirt und

---

vous mandons et expressement enjoignons, que une fois pour toutes et sans plus en faire de delab ou difficulté, soubz ombre des oppositons faictes, tant par nostre très-chier et très-amé oncle et cousin le Roi de Secile Duc d'Anjou et etc. . . . . vous ne differiez à faire la publicacion de ladicte université en nostredicte cour de Parlement, aincois à icelle publicacion faictes proceder incontinent et sans delay, toutes excusacions cessans, et tellement qui nostredict varlet de chambre ne autres ne aient plus cause d'en retourner par devers vous. Si gardez qu'en ce n'ait faulte, car tel est nostre plaisir. Donné à Amboise le 20$^{e}$ jour de Mars. sic signatum. Loys. J. Leclerc.

verkündigt angeſehen werden ſollten. Die Erklärung v. 24. Februar 1673 erläuterte dieſes noch näher dahin, daß erſt, nachdem die Eintragung in die Regiſter ohne alle Bedingung und Modification beſchloſſen und der Beſchluß abgefaßt worden, die Höfe ihre Gegenvorſtellungen in der oben bemerkten Zeit vorbringen, und daß ſie endlich auf die Antwort des Königs durchaus keine neuen Gegenvorſtellungen machen dürften. Allein Ludwig der 15te (oder vielmehr der Herzog von Orleans als Regent in ſeinem Namen) gab durch die Erklärung v. 15. September 1715 *) dem Parlament die Befugniß wieder, auch gegen die von dem König unmittelbar (de propre mouvement) ausgegangenen Befehle, noch ehe es ſie in die Regiſter eintragen ließ, die geeigneten Gegenvorſtellungen (remontrances) zu machen **). Auf dieſe Erklärung folgte noch ein offener Brief v. 26. Auguſt 1718, deſſen vollſtändiger Text man bei Ferrier (Dict. d. Droit. art. remontrance) findet, und welcher ſehr umſtändliche Beſtimmungen über dieſen Gegenſtand enthält. Dem Parlament blieb (Art. 1) das ihm durch die vorige Erklärung gegebene Recht geſichert. Es mußte, wie dieſelbe Erklärung vorſchreibt, (Art. 2) ſeine Gegenvorſtellungen innerhalb acht Tagen machen, ſonſt wurden die Ordonnanzen u. ſ. f. als gehörig einregiſtrirt angeſehn. Erhielt es auf ſeine Gegenvorſtellung eine abſchlägige Antwort, ſo mußte es (Art. 5) die Ordonnanz u. ſ. f. ohne weiteres in die Regiſter eintragen laſſen, ſonſt ward ſie als gehörig einregiſtrirt angeſehn. Durch Art. 9, 8, 7 ward ihm verboten, weder über Verordnungen, die ihm nicht zugeſchickt wurden, noch über die Finanzen und Verwaltung des Königreichs irgend eine Berathung vorzunehmen, und überhaupt die andern Parlamente oder Gerichtshöfe zu einer gemeinſchaftlichen Berathung über irgend einen Gegenſtand einzuladen. Das Parlament indeſſen hielt es nicht für angemeſſen, ſich dieſen Befehlen ohne Weiteres zu unterwerfen. Die Meinung, daſſelbe ſey an die Stelle der Volksverſammlungen (champs du Mai) unter den beiden erſten Königs-Geſchlechtern, oder wenigſtens an die Stelle der Pairs und Barone, ſo wie ſie in den erſten Zeiten des dritten Königsgeſchlechts waren, getreten; daß ſie daher die einzige geſetzliche Schutzwehr gegen die despotiſche Willkühr des Hofs ſeyn, hatte in der Meinung aller Stände der Nation ſo tiefe Wurzeln gefaßt, daß die Parlamente meiſtens nur der unmittelbaren Gewalt und zwar nur für den Augenblick wichen, wovon man am Schluß dieſes Abſchnitts noch einige merkwürdige Beiſpiele finden wird. — Wir wollen hier einſtweilen die Formalitäten *), die in den letzten Zeiten bei der Eintragung der königlichen Befehle und Schreiben in die Regiſter des Parlaments Statt fanden, näher beſchrieben. — Schon von ſehr langer Zeit her war es, um das Andenken an Alles, was das Parlament beſchloſſen oder was der Hof ihm mitgetheilt hatte, zu erhalten, gebräuchlich, den Inhalt davon in beſondere Bücher (die Gerichtsbücher) einzutragen. Zuerſt wurden die Königlichen Verordnungen, und die eigentlichen Parlaments-Beſchlüſſe (arresta curiae) durcheinander in dieſelben Bücher eingeſchrieben. Späterhin aber

---

*) Cod. Neron tom. II. p. 499.

**) Damals war der Haß, den früher Ludwig der 14te gegen die Parlamente hegte, gänzlich verſchwunden In der Einleitung zu dieſer Erklärung heißt es: Louis etc. Salut. La fidélité, le zele et la soumission avec lesquels nostre cour de Parlement á toujours servi le Roy notre très-honoré Seigneur et Bisayeul, nous engageant à lui donner des marques de notre confiance et surtout dans un temps où les avis d'une compagnie aussi sage qu'éclairée peuvent nous être d'une si grande utilité nous avons crû ne pouvoir faire rien de plus honorable pour elle et de plus avantageux pour nostre service même que de lui permettre de nous représenter ce qu'elle jugera à propos avant que d'être obligée de procéder à l'enregistrement des edits et déclarations que nous lui adresserons, et nous sommes persuadez qu'elle usera avec tant de sagesse et de circonspection de l'ancienne liberté dans laquelle nous la rétablissons que ses avis ne tendront jamais qu'au bien de nostre estat et mériteront toujours d'être confirmez par notre autorité.“ Die Oberrechenkammer und der Oberſteuerhof von Paris erhielten unter dem nämlichen Datum ähnliche Briefe.

---

*) M. ſ. die Erklär. Ludwigs d. 14ten vom 24. Febr. 1673 und die Encyclop. art. enregistrement.

hatte man für beide Gegenſtände auch beſondere Bücher. Allein auch in Beziehung auf denſelben Gegenſtand gab es zwei Arten dieſer Gerichtsbücher. Die Einen nannte man Urſchriften (minutes), die andern Regiſter (régistres). Die erſten waren auf Papier, die letztern auf Pergament geſchrieben. Jene enthielten 1) die Originale der von dem Parlament erlaſſenen und von dem Gerichtsſecretair ſchriftlich abgefaßten Urtheile, 2) die von dem letztern nach der Urſchrift genommenen Copien aller Königlichen Verordnungen, Edicte, offenen Briefe u. ſ. f., deren Original das Parlament allezeit an den Kanzler oder den Staatsſecretair, der es ihm mitgetheilt hatte, zurückſchicken mußte. Die Gerichtsbücher der zweiten Art, die Regiſter, enthielten die Reinſchriften von allem Dem, was in den erſten ſtand. Dieſe Reinſchriften wurden indeſſen, wegen des Drangs der Geſchäfte oft erſt ſehr lange, (Jahre lang) nachher angefertigt. Einregiſtrirung im eigentlichen Sinne des Worts war nur die Eintragung in die Gerichtsbücher der zweiten Art. Gewöhnlich indeſſen verſtand man darunter den Parlamentsbeſchluß, welcher dieſe Eintragung verordnete. Zu dem Ende ward das von dem Hof dem Parlament zugeſendete Original des Geſetzes u. ſ. f., (welches allezeit auf Pergament geſchrieben und mit dem großen Siegel verſiegelt war) dem General-Procurator zugeſtellt, welcher darüber einen ſchriftlichen Antrag an das Parlament machte. Dieſes ernannte hierauf eines ſeiner Mitglieder, um in der Rathskammer (en chambre de conseil) darüber zu berichten. Es handelte ſich hierbei 1tens von der Unterſuchung der Aechtheit der Urkunde (vérification) und 2tens von der Annahme derſelben als Geſetz. War das Mitgetheilte nur eine Erklärung (déclaration), ſo entſchied meiſtens die große Kammer allein. War es aber eine Verordnung oder ein Edict, ſo hatten alle verſammelten Kammern des Parlaments die Entſcheidung. Privat-Perſonen konnten ſich unter dem Vorwand, ſie ſeyn in ihren Rechten gekränkt, der Einregiſtrirung nicht widerſetzen; wohl aber konnte der General-Procurator, wenn Einzelne oder Corporationen offene Briefe erhalten hatten, wodurch das Intereſſe des Fürſten oder des Staats gefährdet ward, gegen die Einregiſtrirung derſelben antragen. In allen Fällen faßte das Parlament einen Beſchluß darüber. Dieſer war, wenn daſſelbe die Eintragung in die Regiſter bewilligte, in folgenden Ausdrücken abgefaßt: Vu par la cour l'ordonnance (l'édit ou déclaration) de tel jour, signée, scellée etc. portant etc., vu les conclusions du procureur général, et oui le conseiller pour ce commis, la matière mise en délibération, la cour a ordonné et ordonne que l'ordonnance (l'édit etc.) sera enregistrée au greffe dicelle pour être exécutée selon sa forme et teneur. (Nach der von dem Hof genommenen Einſicht der Verordnung von dem Tage, welche unterſchrieben und verſiegelt u. ſ. f. folgenden Inhalts, daß u. ſ. f.; nach Einſicht der Anträge des General-Procurators, und nach Anhörung des dazu beauftragten Rathes, nach Berathung des Gegenſtandes hat der Hof verordnet und verordnet hiermit, die Verordnung auf dem Gerichtsſecretariat einzuregiſtriren, damit ſie ihrer Form und ihrem Inhalt nach in Vollzug geſetzt werde). Nachdem dieſer Beſchluß erfolgt war, welcher, wie ſchon bemerkt iſt, auch oft als gleichbedeutend mit der Einregiſtrirung angeſehen ward, ſetzte der Gerichtsſecretair auf den Umſchlag (sur le repli) des Königlichen offnen Briefes die Worte: registré oui et ce requérant le procureur général du roi pour être exécuté selon sa forme et teneur. Fait en parlement le . . . signé (tel.) *). Der Gerichtſecretair nahm nun über den Vorgang ein Protocoll auf, worin außer dem Inhalt des Beſchluſſes auch noch bemerkt ward, ob er von der großen Kammer allein, oder von den verſammelten Kammern erlaſſen worden. Nach Aufnahme dieſes Protocolls ließ derſelbe Beamte ſogleich eine gleichlautende Abſchrift des Königlichen Briefes

---

*) Häufig nahm das Parlament eine Königliche Verordnung u. ſ. f. unter gewiſſen Modificationen oder mit Ausſchließung gewiſſer Artikel an, welches dann ebenfalls in dem Parlaments-Beſchluß bemerkt, und über die nicht angenommenen Artikel ein beſonderes Protocoll aufgenommen ward. Auf dem Umſchlag des Königlichen Schreibens ward alsdann bemerkt.: „Lecta, publicata et registrata audito et requirente procuratore generali regis sub modificationibus in registro curiae contentis. Parisiis etc.“

auf Stempelpapier machen, und ſchrieb die ſo eben angeführten Worte (registré oui et ce requérant etc.) darunter, wozu er noch das Wort: collationné (mit dem Original verglichen) ſetzte. Dieſe Abſchrift diente dem Parlament für die Zukunft als Original, und ward nebſt dem Beſchluß des Hofes und dem darüber aufgenommenen Protocoll von dem Gerichtſchreiber zu den Urkunden des Parlaments gelegt und unter denſelben aufbewahrt. Früherhin pflegte man die Verordnungen, nachdem der Hof die Eintragung derſelben in die Regiſter beſchloſſen hatte, in der öffentlichen Sitzung zu verkündigen oder dem Volk vorzuleſen. Bei einigen Parlamenten von Frankreich erhielt ſich dieſes bis zu den letzten Zeiten. Bei dem Parlament von Paris geſchah es am Ende in der Regel nicht mehr, wenn der Gerichtshof es in ſeinem Beſchluß nicht ausdrücklich verordnete. In dieſem Fall brauchte man ſtatt der Formel (registré oui et ce et) folgende: lu *publié* et registré etc., welche in frühern Zeiten, als noch alle Ausfertigungen in lateiniſcher Sprache geſchahen, ſo lauteten: lecta, publicata et registrata audito et requirente procuratore generali etc. War die Einregiſtrirung in Gegenwart des Königs in einem Throngericht geſchehn, ſo ward dieſes in der Schlußformel ebenfalls bemerkt. So findet ſich z. B. unter der großen Verordnung v. J. 1667 über die Reform der Juſtiz: Lues, publiées, régistrées: oui et ce requérant le procureur général du roi, pour être exécutées selon leur forme et teneur. A Paris en Parlement, le roy y séant en son lit de justice, le vingt avril mil six cens soixante-sept. signé. Du Tillet. Uebrigens ward nach Erfüllung der bisher beſchriebenen Formalitäten die Einregiſtrirung als vollendet angeſehn. Die eigentliche Eintragung in die Regiſter war nur eine Abſchrift, die aber ganz wörtlich und ohne alle Abkürzungen den Inhalt der Verordnung und des Parlamentsbeſchluſſes enthalten mußte.

Was das dem Parlament zugeſandte Original des Geſetzes betrifft, ſo ſtellte, nachdem die nothwendigen Formalitäten erfüllt waren, der Gerichtſchreiber es dem General-Procurator, und dieſer dem Kanzler oder Staatsſecretair, der es ihm überſendet hatte, wieder zu, worauf es ſpäterhin in der Urkunden-

Sammlung des Staatsraths niedergelegt ward, welche ſich in dem Kloſter der Auguſtiner (nahe bei dem places des victoires) befand. Bei dem Staatsrath fand keine eigentliche Einregiſtrirung der Verordnungen Statt, indem — ſagen die Franzöſiſchen Schriftſteller — derſelbe kein Gerichtshof (cour de justice) war. Die Königlichen Verordnungen erhielten Geſetzeskraft von dem Tag an, wo der Parlamentsbeſchluß ſie einzuregiſtriren ergangen war. Daſſelbe galt für die Gebiets-Antheile, die zu dem Gerichtsſprengel des Parlaments gehörten; doch waren, wie*) ſich von ſelbſt verſteht, Verordnungen, die ſich auf die Dienſtgeſchäfte der Richter bezogen, nur von dem Tag an verbindlich, wo ſie ihnen bekannt ſeyn konnten. Nachdem nun eine Verordnung einregiſtrirt war, ſchickte der General-Procurator eine verglichene Abſchrift derſelben an alle Königlichen Untergerichte**), um ſie daſelbſt zu verkündigen und in die Gerichtsbücher einzutragen. Dieſes letztere ward in dem über die Einregiſtrirung ergehenden Parlamentsbeſchluß ausdrücklich verordnet, und zugleich dem bei dem Untergericht angeſtellten Subſtitut des General-Procurators zur Pflicht gemacht, die Vollſtreckung zu betreiben, und darüber, daß dieſes geſchehn, innerhalb der Friſt eines Monats zu berichten***). Dieſe Eintragung in die Gerichtsbücher der Untergerichte ward ebenfalls Einregiſtrirung (enregistrement) genannt. Dieſelbe geſchah auf den Antrag des

---

*) Ueber den Zeitpunkt, von welchem an die Königlichen Verordnungen, Edicte u. ſ. w. geſetzliche Kraft erhielten, ſehe man näher Th. I. S. 161, 162.

**) Für die Grundherlichen Gerichte pflegte dieſes nicht zu geſchehn mit Ausnahme der in den Gebieten der Pairs beſtehenden Gerichte, die unmittelbar unter dem Parlamente ſtanden.

***) Das Letztere ward auch wohl der oben angegebenen Formel für die Einregiſtrirung zugeſetzt. So findet man z. B. am Schluß der Verordnung Ludwigs d. 15ten v. Juli 1737, ſo wie einer Menge anderer Verordnungen: Registrée, oui et ce requerant le procureur général du roi pour être executée salon sa forme et teneur, et copies collationnées envoyées aux bailliages et sénéchaussées, du ressort, pour y être lûes, publiées et registrées: Enbei jedem Gericht angeſtellten Subſtituts, unterſchied ſich indeſſen von der Einregiſtrirung bei den Parlamenten ſehr weſentlich dadurch, daß die andern Gerichte durchaus keine Befugniß hatten, die Aechtheit oder die Geſetzmäßigkeit der Verordnung zu unterſuchen, ſondern ſie ohne Widerrede in ihre Regiſter eintragen mußten. In der letzten Zeit (etwa ſeit 1740) pflegte man die Certificate über dieſe geſchehene Einregiſtrirung unter den Urkunden des Parlaments aufzubewahren, um nämlich nöthigenfalls wiſſen zu können, wann die Einregiſtrirung bei jedem Untergericht geſchehn war.

Was noch die verſchiedenen Parlamente betrifft, ſo galt ein Geſetz nur in dem Gerichtsbezirk desjenigen Parlaments, wobei es einregiſtrirt war. Ward indeſſen eine Verordnung an mehrere Parlamente oder andere oberſte Gerichtshöfe *) geſchickt, ſo ging es immer zuerſt an das Parlament von Paris. Dieſes gehörte mit unter die Vorrechte des letztern. So ward es wenigſtens mit allen allgemeinen Verordnungen gehalten. Solche hingegen, die nur Ein Parlament oder Einen Gerichtshof insbeſondere betrafen, wurden auch dieſem wohl allein zugeſchickt.

Wir haben im Vorigen einen Fall vorausgeſetzt, wo die Eintragung in die Regiſter von dem Parlament genehmigt und durch einen freien Beſchluß deſſelben feſtgeſetzt ward. Allein ſehr häufig nahm es eine Königliche Verordnung, nur mit gewiſſen Zuſätzen oder Modificationen, an, und nicht ſelten verweigerte es die Eintragung in die Regiſter gänzlich. Dieſes veranlaßte gewöhnlich eine Menge wiederholter Befehle (lettres de jussion) und zuweilen ein ſogenanntes Throngericht (lit de justice).

---

joint aux substituts du procureur-général du roi, d'y tenir la maind et d'en certifier la cour dans un mois suivant l'arrèt de ce jour. A Paris en parlement le onzième jour de Decembre mil sept-cent trente-sept.

*) Die Oberrechenkammer (chambre des comptes), der Steuerhof (cour des aides), der Münzhof (cour des monnoies) galten nämlich auch für oberſte Gerichtshöfe (cours souveraines), obſchon ſie ſich gewöhnlich nicht mit Juſtizſachen beſchäftigten.

Der König erſchien dann in Perſon, und in dem vollen Glanz ſeiner Majeſtät in dem Parlament, und befahl von ſeinem Königlichen Richterſtuhl herab, die Verordnung, das Edict u. ſ. f. in ſeiner Gegenwart in die Regiſter einzutragen *). — Schon in den älteſten Zeiten pflegten die Könige ſich zuweilen in das Parlament zu verfügen, nicht allein, um über allgemeine Geſetze in demſelben zu berathſchlagen, ſondern auch um bei der Entſcheidung wichtiger Rechtsſtreitigkeiten gegenwärtig zu ſeyn. Philip der Lange in der Verordnung v. 17. November 1318 **), eben ſo Philip von Valois in ſeiner Verordnung vom 11. März des Jahrs 1344 ***) ſprechen beſtimmt von dieſem Gegenſtand. Die Vertheidiger der Vorrechte des Parlaments behaupten, daß der König in dieſen feierlichen Sitzungen nur als Präſident ſeines Parlaments erſchien, daß die Stimmen frei geweſen, und die Sachen nach

---

*) Zuweilen pflegte auch der König einen ſeiner Verwandten oder höchſten Beamten zu beauftragen, daß er ſich in ſeinem (des Königs) Namen in das Parlament verfügte, um demſelben zu befehlen, die Königliche Verordnung in ſeine Regiſter zu tragen.

**) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 673, 676 art. 10. „Que li jour que li Roys vendra à Paris pour oir les causes, que il aura reservées pour oyr pardevant li, le Parlement de toutes autres querelles cessera. Et seront publiées lesquelles causes il aura reservées, en plaine court, pour ce que nul ne demeure etc.“ Art. 5 derſelben Verordnung heißt es, daß das Parlament ohne Aufſchub alle Sachen nach der Ordnung abmachen ſoll, abgerechnet. „Cas de droit Domaine, de Pairies ou de Baronies, lesquelles li Roys mettroit devant luy à sa venue. Et que la cause, pour quoy il voudroit que sa venue fust attendue fust ecrite en la lettre par laquelle il manderoit que la cause fust attendue a sa venue, ou autrement l'en la delivveroit sans luy attendre.“

***) Ordon. d. Louv. tom. II. p. 219, 228. Auch in dieſer Verordnung heißt es (p. 228. art. 8), daß der König ins Parlament komme „pour oyr les causes que il aura reservées.“ Beſonders waren dieſes (p. 227) art. 5. „cas de droit domaine, des pairies, ou des Baronnies.“

Mehrheit der Stimmen entſchieden worden ſeyen. [Dieſe Sitzungen hätten alſo nach ihrer Meinung, denſelben Charakter, wie die ſogenannten Königlichen Sitzungen (séances royales) gehabt, und erſt unter den Stürmen der Regierung Carls des ſechſten hätten ſie den mehr gewaltthätigen und willkührlichen Charakter der ſpätern Throngerichte angenommen.*) Wir haben indeſſen ſchon im erſten Theil umſtändlich davon geredet, (M. ſ. n. Merlin. Répert. art. Enregistrement) ſo daß wir den Leſer mit der weitern Ausführung nicht ermüden, ſondern zu der Beſchreibung des Ceremonials, welches in den letzten Zeiten bei einem Throngericht Statt fand, übergehn wollen. Das Wort lit de justice bedeutete den Thron, worauf der König ſaß. Ehmals nämlich nannte man jeden mit Polſtern verſehnen und mit einem Baldachin (dais) bedeckten Sitz ein Bett oder Lager (lit) *). Im Parlamentsſaal (der großen

---

*) Dieſe Meinung iſt ſehr umſtändlich und mit Ausführung aller hiſtoriſchen Gründe entwickelt, in der berühmten Vorſtellung (remontrance), welche das Parlament von Paris kurz vor dem Ausbruch der Revolution (den 11. April 1788) gegen dasjenige, was ſich in der Königl. Sitzung vom 19. November 1787 zugetragen, machte. Man findet den Text derſelben in dem hiſtoriſchen Vorbericht, der dem erſten Band des Moniteur (Ausg. v. J. 4 der Repub.) vorgeſetzt iſt (p. 95). Sie iſt leider zu weitläufig um ſie hier vollſtändig mittheilen zu können. Das Parlament ſagt in derſelben: „Depuis Hugues Capet jusqu'à Philippe de Valois, l'usage commun pour la confection des lois étoit que le roi vint en son parlement, ou la loi se redigeoit en sa présence; quelquefois cependant le parlement redigeoit la loi en l'absence du roi, et le roi la consentoit: quelquefois le roi l'adressoit au parlement, pour y délibérer: missa per regem, rege praesente, rege consentiente. Au temps de Philippe de Valois, l'usage à prévalu que les lois fussent adressées au parlement. Or il suffit de jeter un coup d'oeil sur les anciens registres pour se convaincre que le parlement, avant et durant le regne de Philippe de Valois, délibéroit librement sur les loix comme sur les procès, en la présence du roi comme en son absence . . . . La présence du roi étoit une présidence. Le roi Jean le déclare dans l'ordonnance rendue à Paris le 17 decembre 1352 [Ordon. d. Louv. tom. II. p. 511], pour défendre les guerres privées durant la guerre avec le roi d'Angleterre. Nous les avons déja défendues, dit ce prince, dans nostre parlement, y présidant personnellement, in parlamento nostro personaliter praesidentes, et la nouvelle défense est elle même donnée en parlement . . . . Datum Parisius in parlamento nostro . . . . ; preuve sensible que les mêmes termes indiquent, dans anciennes lois, la présidence du roi, et non pas l'asservissement des suffrages, comme on voudroit aujourd'hui le persuader. Sous Philippe de Valois, le roi se

---

renfermant dans son conseil privé, et les lois n'étant plus données au Parlement, mais adressées au parlement, le moment est venu d'en reconnaître les véritables droits. Si les anciennes délibérations n'étoient pas libres, si le parlement n'a pas eu droit de suffrage avec le roi ..... le souverain sans doute, prendra des précautions, afin que son absence, ne nuise pas à son autorité, il previendra les conséquences naturelles des anciennes formules ..... L'enregistrement ne sera pas une confirmation raisonnée de la loi, mais une opération purement mécanique. Cependant que voit-on à la suite des lois envoyées par Philippe de Valois au parlement? On y lit tantôt les mots suivans: lues par la chambre, publiées par son ordre; tantôt ceux-ci: vues, lues et corrigées en parlement .... C'est ainsi que les délibérations libres du parlement, le roi présent, ont fait place aux vérifications libres du parlement, le roi absent .... Les personnes dépravées qui disposoient de Charles VI, ont, les prémières, imaginé la transformation des séances royales en lits de justice, pour faire enregistrer leurs volontés au lieu de celles du roi ..... Die Vorſtellung geht darauf zu den ſpätern Fürſten über, und enthält unter andern: Le chancelier de l'Hopital, au lit de mort, a temoigné au prémier président son repentir de n'avoir pas assez respecté le droit sacré de l'enregistrement etc. Dieſes bezieht ſich auf den zweiten Artikel der ordon. d. Moulins, welchen das Parlament nicht angenommen hatte.

*) Schon in der Verordnung Philips des Langen vom 17. November 1318 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 673, 676) heißt es: „Art. 16. Quand ly Roys vendra en Parlement, que le parc soit tretous unis, et ainsi soit toute vuide à la place, qui est devant son siége, si que il puisse par-

Kammer, war dieſer Thron aus fünf Kiſſen zuſammengeſetzt. Eines diente dem König zum Sitz, gegen ein anderes lehnte er den Rücken, zwei dienten zu Armſtützen, und Eines lag unter ſeinen Füßen. Der Kanzler von Frankreich ſaß zu den Füßen des Throns auf einem Armſtuhl, der mit dem äußerſten Ende des ſammetnen Tuchs, das dem König zum Fußteppich diente, bedeckt war. Der König begab ſich in ein ſolches Throngericht von einer großen Menge der vornehmſten Perſonen und Beamten ſeines Reichs umgeben. Die Prinzen vom Geblüt, alle großen Kronbeamten, der Oberkammerherr (grand chamdellan) der Oberſtallmeiſter, der Ober-Ceremonienmeiſter, der Gouverneur von Paris, die vier Kapitaine der Leibgarden, der Befehlshaber der hundert Schweizer (des cent-suisses de la garde), der Vogt von Paris (prévôt de Paris) u. ſ. f. hatten alle ihren angewieſenen Platz. Vor dem König auf den Knien lagen zwei Huiſſiers mit Stäben von vergoldetem Silber (huissiers-massiers), ſo wie ſechs Waffenherolde. Auch der Kanzler, wenn er ſich zum König begab, um ſeine Befehle einzuholen, beugte ein Knie zur Erde. Die Präſidenten und Räthe des Parlaments knieten ebenfalls, bis der Kanzler ihnen im Namen des

---

ler secrétement à ceux, que il appellera pour parler à luy.“ Ferner: „art. 17. que nul ne se parte de son siége, ne viegne soier de lez *le lict du Roy*, les chambellains exceptez, ne ne viegne conseiller à luy, se il ne l'appelle.“ Die Verordnung, welche Carl der fünfte im Monat Auguſt 1374 über die Großjährigkeit des Thronerben, (die mit dem vierzehnten Jahr eintreten ſollte) erließ, ward in einem Throngericht verkündigt (Ordon. tom. VI p. 30, 31). „Cette Loy ou Constitution Royale fut publiée au Parlement du Roy, en sa Présence de par luy, tenant sa justice en son dit Parlement en sa magnifience ou Majesté Royale, le vingtième jour de May l'an de grace 1375. A ce furent présens Monsieur le Dauphin de Viennois, fils ainsné, Monsieur le duc d'Anjou etc.“ — Haec lex seu constitutio Regia publicata fuit in Parlamento Domini nostri Regis, ipso praesente et tunc in Regia Majestatis Solio presidente, et justitiam suam tenente XXI. die Maji etc. Ad dictae legis seu Constitutionis publicationem, astiterunt regiae presentiae, magnifici Principes et illustrissimi Domini etc.

Königs erlaubte aufzuſtehen. Die Eröffnung der Sitzung geſchah gewöhnlich durch den König ſelbſt, welcher aber meiſtens nur einige Worte ſprach, und dem Kanzler die Auseinanderſetzung des Gegenſtandes überließ. Dieſer begab ſich, nachdem der König aufgehört zu reden, zu dem Thron deſſelben, um ſeinen Befehl einzuholen. Er kehrte hierauf zu ſeiner Stelle zurück, und hielt ſeinen Vortrag ſitzend und mit bedecktem Haupt. Beim Anfang ſeines Vortrags ſagte er zu den Mitgliedern des Parlaments, der König erlaube ihnen, ſich zu bedecken. Nach dem Kanzler erhielt gewöhnlich der erſte Präſident das Wort. Der Kanzler ſagte ihm zu dem Ende, daß er reden dürfe. Hierauf ließ der Präſident nebſt allen Mitgliedern des Parlaments ſich auf die Knie nieder. Der Kanzler verkündigte ſogleich, der König befehle Allen aufzuſtehn. Hierauf hielt der erſte Präſident ſtehend und mit entblößtem Haupt ſeine Rede. Nach dem erſten Präſident nahm der erſte General-Advocat das Wort. Der Kanzler deutete vorher den Beamten der Staatsbehörde (aux gens du Roi) an, daß ſie reden dürften; dieſelben knieten darauf alle nieder. Der Kanzler verkündigte ihnen ſogleich den Befehl des Königs aufzuſtehn. Hierauf ſprach der General-Advocat ſtehend und mit entblößtem Haupte. Endlich ſammelte (nicht wie gewöhnlich der erſte Präſident, ſondern) der Kanzler die Stimmen ein, die jeder im Geheimen d. h. leiſe abgab. Dieſes geſchah indeſſen nur zum Schein, oder vielmehr die Stimmen galten hier nur als berathende, nicht als entſcheidende. Denn, nachdem der Kanzler dieſelben eingeſammelt, und ſich wieder zum König begeben hatte, ſprach er laut: Der König in ſeinem Throngericht hat verordnet und verordnet hiermit, (le roi en son lit de justice a ordonné et ordonne), daß das Schreiben (lettres), worüber die Berathung Statt gefunden, in die Regiſter eingetragen werde. Alsdann wurden auf der Stelle und in Gegenwart des Königs die bei der Einregiſtrirung üblichen Formalitäten erfüllt. Nachdem dieſes geſchehn war, ward die Sitzung, die bis hierhin eine geheime (à huis clos) geweſen war, öffentlich. Die Thüren der großen Kammer wurden geöffnet, und das neue Geſetz ward dem Volk verkündigt. — Solche Throngerichte haben übrigens nicht allein bei dem Parlament von Paris, ſondern auch bei den übrigen Parlamenten von Zeit zu Zeit Statt gefunden. — Ueber die Throngerichte ſehe man die memoires de Talon tom. III. In dem Code Neron findet man (tom. II. p. 769) eine umſtändliche Beſchreibung des Throngerichts, welches d. 18. Mai 1643 nach dem Abſterben Ludwigs des 13ten in Gegenwart ſeines Nachfolgers Ludwigs des 14ten, der damals noch nicht 5 Jahr alt war, und ſeiner Mutter Anna von Oeſterreich gehalten, und worin letztere zur Regentin erklärt ward. — Dem erſten Band des Moniteur, der i. J. IV. der Republik wieder aufgelegt ward, iſt ein Vorbericht über die der Revolution unmittelbar vorhergegangenen Begebenheiten vorgeſetzt. In dem letztern findet man S. 79 eine ganz ausführliche Beſchreibung des merkwürdigen Throngerichtes v. 6. Auguſt 1787.

Bei allen Parlamenten ward eine Sammlung der bei denſelben einregiſtrirten Actenſtücke und gefaßten Beſchlüſſe aufbewahrt, welche, bei dem Parlament von Paris insbeſondere, ſehr weit hinaufreichte, und deren Kenntniß für die Geſchichte wichtig iſt. Es iſt ſchon bemerkt worden, daß man dieſe Actenſtücke in Urſchriften (minutes) und Regiſter oder Abſchriften eintheilte; daß die erſten auf Papier und die letztern (die Regiſter) auf Pergament geſchrieben waren, ſo wie daß ſpäterhin die Königlichen Verordnungen, Edicte u. ſ. f. abgeſondert von den Beſchlüſſen des Parlaments in beſondere Bücher eingetragen wurden. Noch ein zweiter Unterſchied fand zwiſchen denſelben Statt, nachdem ihr Inhalt ſich auf Civil- oder Criminalſachen bezog *). Die Sammlung der erſten war dem Civil- und die der zweiten dem Criminal-Obergerichtsſecretär (greffier en chef civil ou criminel) anvertraut. Dieſe letztere Eintheilung war uralt, indem in den frühern Zeiten der Civil-Obergerichtsſecretär

---

*) Zuweilen verordnete auch das Parlament gewiſſe Protocolle über Proteſtationen u. dgl. ſowohl in die Civil- als Criminal-Regiſter einzutragen. Ein wichtiges Beiſpiel iſt die berühmte Proteſtation v. 1. Mai 1558 gegen den offenen Brief, wodurch dem Parlament aufgegeben ward, einen gewiſſen Criminal-Proceß gemeinſchaftlich mit der Oberrechenkammer zu entſcheiden.

allezeit ein Geiſtlicher war, welcher bei keinem Criminal-Urtheil mitwirken durfte. — In dem eilften und zwölften Jahrhundert ließen die Könige ſich die Originale der Geſetze u. ſ. f. nachführen. Allein i. J. 1194 verlor Philip Auguſt die ganze Sammlung ſeiner Urkunden zwiſchen Blois und Frettéval an die Engländer. Seit dieſer Zeit fieng man an dieſelben ſorgfältiger und zwar zu Paris aufzubewahren, und ſie unter andern auch dem Parlament mitzutheilen. Sie waren Anfangs nicht, wie zuletzt, in Büchern oder Heften, ſondern in Rollen. Auch nahm man zuerſt keine Abſchriften oder Regiſter davon. Alles was von Civil-Urſchriften von den Zeiten von Philip Auguſt bis zum J. 1618 bei dem Parlament aufbewahrt ward, gieng in letzterm Jahr, bei dem im Juſtiz-Pallaſt ausgebrochenen Brand, verloren. Zum Glück ließ ſich der Verluſt zum Theil durch die übrig geblieben Criminal-Regiſter und noch mehr durch die Civil-Regiſter erſetzen *). Dieſe letztern, welche bei dem Brand verſchont blieben, reichen ſehr weit hinauf. Es ſcheint, daß ein gewiſſer Johan von Montluc (Jean de Montluc), der i. J. 1257 bei dem Parlament Civil-Gerichtſchreiber ward, und den man gewöhnlich für den erſten hält, der dieſe Stelle bekleidete, auch der erſte war, der zu ſeinem Privat-Gebrauch die wichtigern Parlaments-Beſchlüſſe ſammelte. Dieſes war der Urſprung der nachherigen Parlaments-Regiſter. **) Die allerälteſten derſelben, die zum Theil von Montluc ſelbſt verfaßt ſind, heißen die Regiſter olim, weil der dritte Band, welcher viel beſſer als die andern abgefaßt und geordnet iſt, mit den Worten anfängt: olim homines de Bayona etc. In den letzten Zeiten waren von dieſen olim noch vier Bände übrig.

---

*) Deshalb pflegte man ſpäterhin die Regiſter abgeſondert von den Urſchriften aufzubewahren.

**) Voltaire (hist. du Parlem. de Paris chap. 11) vermuthet mit Recht, daß bei der großen Bequemlichkeit, welche dieſe Regiſter gewährten, die alten Geſetze nachſehn zu können, man ſpäter zu dem Gedanken gekommen, daß Nichts Geſetzeskraft habe, was nicht in dieſen Regiſtern ſtehe, worauf die Parlamente dann ſpäterhin alle ihre Anmaßungen gegründet hätten.

Urſprünglich waren derſelben fünf, zwiſchen welchen zuletzt der zweite fehlte. Der Erſte, welcher auf dem Rücken mit einem Kreuz bezeichnet war, heißt in den Verzeichniſſen: liber inquestarum coopertus pelle viridi, signatus in dorso † ab anno 1256 usque ad annum 1270. Er iſt von Montluc ſelbſt verfaßt. Dieſer hat indeſſen einige Beſchlüſſe darin aufgenommen, die, ehe er (i. J. 1257) Gerichtſchreiber ward, erlaſſen waren; daher fängt der erſte Band auch mit d. J. 1254 an. Allein erſt von d. J. 1257 an geht er ordentlich fort. Den Anfang hatte Montluc nach der Sammlung eines Andern, Nicolaus von Carnoto, verfaßt. Dieſer Band beſteht aus zwei Theilen. Der erſte, welcher mit d. J. 1256 anfängt und mit d. J. 1272 endigt, enthält Beſchlüſſe, die überſchrieben ſind: inquestae redditae oder terminatae, oder deliberatae Parisius in parlamento. Die in dem zweiten Theil enthaltenen Beſchlüſſe tragen die Ueberſchrift arrestationes factae Parisius in Parlamento, oder arresta consilia et judicia in Parlamento oder judicia et consilia facta Parisius in Parlamento. Dieſer zweite Theil fängt mit d. J. 1254 an und endigt mit d. J. 1273. — Der zweite Band der olim, (der jetzt nicht mehr vorhanden iſt) trug auf dem Rücken den Buchſtaben A, und heißt in den Verzeichniſſen: liber inquestarum signatus in dorso A, incipiens a parlamento 1289 usque ad annum 1299. Der dritte Band der olim, welcher auch zuweilen, weil der zweite fehlt, der zweite genannt wird, heißt in den Verzeichniſſen: liber vocatus olim incipiens a parlamento 1274 usque ad annum 1298. Dieſer Band iſt es, der mit den Worten: „olim homines de Bayona" anfängt, und wovon alle vier Bände den Namen olim erhalten haben. Die Schreibart deſſelben iſt viel beſſer, als die in den übrigen Bänden. Der Verfaſſer davon iſt Nicolaus Carnoto, welcher, wie es ſcheint, nach Montluc Gerichtſchreiber bei dem Parlament war. Der vierte Band der olim heißt: liber signatus in dorso C, incipiens a parlamento 1298 usque ad parlamentum 1318. Der Buchſtab C fand ſich indeſſen zuletzt nicht mehr auf dieſem Band. Der fünfte und letzte Band der olim wird bezeichnet: liber coopertus de rubeo, signatus in dorso D, et incipiens a parlamento 1299 usque ad annum 1318. Mit dieſem letztern Jahr ſchließen die olim. Die älteſten Civil-Regiſter nach den olim fangen i. J. 1320 an und gehn mit beträchtlichen Lücken, die indeſſen i. J. 1756 durch Wiederauffindung der alten Regiſter größtentheils ausgefüllt wurden, bis z. J. 1464. Von dieſem letztern Jahr bis zu den letzten Zeiten gehn ſie ununterbrochen fort. Die noch übrigen vier Bände der olim enthalten 1) Königliche Verordnungen v. J. 1252—1273; 2) Parlamentsbeſchlüſſe v. J. 1254—1298; 3) Unterſuchungen (enquêtes) der Amtmänner und Seneſchalle v. J. 1299—1318; 4) Beſondere Anordnungen über das Prozeß-Verfahren (procédures et réglemens). Man findet darin kein einziges Todesurtheil. Doch beziehen ſie ſich auf einige Urtheile der letztern Art. Auch findet man darin mehrere Erſcheinungs- und Verhaftungsbefehle (décrets d'ajournement personnel et de prise de corps). Die eigentlichen peinlichen Urtheile fanden ſich in den Urſchriften und Regiſtern der Criminal-Juſtiz. Die Erſtern gehn weiter hinauf als die noch übrigen Civil-Urſchriften, nämlich bis zum Jahr 1582, von welcher Zeit an ſie ununterbrochen bis zu den letzten Zeiten fortgeſetzt ſind. Auch die Criminal-Regiſter fangen ſchon mit dem J. 1312 an. Sie gehn alſo auch weiter hinauf als die Civil-Regiſter *) jedoch mit Ausnahme der Regiſter olim. Von dem Jahr 1312 gehn ſie ununterbrochen fort bis z. J. 1571. Von dem letzten Jahr an fehlen ſie bis zum Jahr 1594, wo ſie wieder anfangen und bis 1599 fortgehn. Der Abgang war indeſſen leicht zu erſetzen, da die Urſchriften von dieſen Jahren noch vorhanden ſind. Die älteſten Criminal-Regiſter ſind beſſer geordnet als die olim. Man findet darin alle Beſchlüſſe des Hofs nach Monaten und Jahren nachgetragen. Sie enthalten auch mehrere wichtige Actenſtücke, die eigentlich in die Civil-Regiſter gehören, ſo daß man die Lücken der letztern zum Theil durch die Criminal-Regiſter ergänzen kann. Aus dieſen ergibt ſich z. B. die Zeit, wo das Parlament ſeinen beſtändigen Sitz zu Paris erhalten hat. Ueberhaupt aber findet man darin alle über die Criminal-Juſtiz erlaſſenen

---

*) Die meiſten alten Criminal-Regiſter führen den Titel: Registrum manuale causarum criminalium.

Verordnungen. Außer den Urſchriften und Regiſtern verwahrte man in dem Criminal-Archiv auch eine Sammlung aller Begnadigungsbriefe u. ſ. f.

Die Sammlung der Parlaments-Regiſter iſt, wie man leicht denken kann, ſehr groß. Sie machte in den letzten Zeiten mehr als achttauſend Bände aus. Einige reiche Bibliotheken beſaßen Auszüge daraus, die wichtigern Stücke vollſtändig, und ein Inhaltsverzeichniß aller übrigen. Eine, die aber nur bis z. J. 1669 geht, iſt von dem Parlaments-Rath Le Nain verfaßt, welcher 20 Jahre daran arbeitete. Die Abſchriften der Beſchlüſſe, Verordnugen u. ſ. f. nahmen über 200 Bände ein; überdem macht das vollſtändige Inhalts-Verzeichniß 83 Bände aus, außer einem 84ten Band, welcher das Regiſter zu den erſtern iſt. Außer dieſer Sammlung gibt es noch eine andere von Colbert veranſtaltete, von einem unbekannten Verfaſſer, die nur aus ſechs Bänden beſteht.

---

Nachdem nun bis hierhin von der Einrichtung und dem Geſchäftsgang des Parlaments im Allgemeinen ziemlich vollſtändig gehandelt worden, wollen wir von den einzelnen Mitgliedern in der Kürze Einiges ſagen, wo ſich zugleich Gelegenheit geben wird, noch Manches nachzutragen oder näher aufzuklären. Die theils dem Parlament im Ganzen, theils den einzelnen Mitgliedern zukommenden Vorrechte waren ſehr zahlreich, und können nicht wohl alle hier aufgeführt werden. Das Parlament von Paris im Ganzen galt von je her dem Rang nach als das erſte Corps des ganzen Reichs, welches vor allen andern Kollegien und Gerichtshöfen, namentlich vor der Oberrechenkammer (chambre des comptes) und dem Ober-Steuerhof (cour des aides) den Vorrang hatte. Nach Abſchluß eines Friedens ward er durch das Parlament verkündigt. Dies geſchah zuerſt in einer öffentlichen Sitzung nach einer Rede des General-Advocaten, und dann in der Stadt durch den Gerichtſchreiber (greffier audiencier) unter Trompetenſchall u. ſ. f. Unter den, den einzelnen Mitgliedern zukommenden Vorrechten gab es zwei einer eigenthümlichen Art, nämlich daß ſie 1tens, über alle Vorfälle, die ſich unter ihren Augen zutrugen, und die den

Dienſt des Königs, das Intereſſe des Staats oder auch des Parlaments ſelbſt betrafen, ein Protocoll aufnehmen durften, und daß ſie 2tens nur das geſammte Parlament zu Richtern hatten, auch nur von dieſen die Inſtruction eines Prozeſſes gegen ſie angeordnet und geleitet werden konnte, ſo daß, wie man ſich auszudrücken pflegte, die Feder aus der Hand fallen mußte, ſobald es ſich ergab, daß ein Parlaments-Mitglied bei einem Criminal-Proceß betheiligt war. Der Richter mußte das weitere Verfahren augenblicklich einſtellen, und wenn es mitten in einer Zeugen-Ausſage, einer öffentlichen Rede oder in was ſonſt immer für einem Act war. *)

Ferner hatten alle Beamten des Parlaments, den erſten Huiſſier miteingeſchloſſen, den Adel, der ſich gleich bei der erſten Generation vererbte. **) In den allererſten Zeiten mußte man

---

*) Die Mitglieder des Parlaments waren von den meiſten Abgaben frei. Sie hatten (doch mit Ausnahme der Herzoge und Pairs und noch einiger andern zum Parlament gehörigen Perſonen) den ſogenannten Indult, d. h. das Recht einmal in ihrem Leben über die Beſetzung einer Pfründe zu verfügen. Dieſes Vorrecht iſt ſehr alt. Deſſelben wird ſchon in einer Randnote von Duluc v. J. 1303 erwähnt. Ueber die verwickelte Jurisprudenz dieſer Indulte ſehe man Héricourt. Loix ecclésiast. d. France Part II. Chap. IX. (F. IX)

**) „noblesse transmissible au prémier degré“. So hieß der gewiſſen Stellen anklebende Adel, der, unmittelbar von dem, der die Stelle bekleidete, auf ſeinen Sohn vererbte. Demſelben ſtand der Adel, welcher „ut patre et avo“ (subintellig. consulibus) genannt ward, gegenüber, der erſt beim Enkel u. ſ. f. erblich ward; wenn nämlich Vater und Sohn nacheinander eine Stelle, welcher dieſer Grad des Adels anklebte, bekleidet hatten. Derſelbe ſoll nach dem Beiſpiel des Geſetzes des Codex (leg. I. Cod. de dignitat.) eingeführt worden ſeyn, woher er wenigſtens den Namen hat „si ut proponitis, et *avum* consulem et *patrem* praetorium habuistis, et non privatae conditionis hominibus sed clarissimis nupseritis, claritatem generis retinebitis“. — Uebrigens hatten nicht die Mitglieder aller Parlamente, ſondern nur die der Parlamente von Paris, von Beſançon, von Grenoble und von Dombes die noblesse adelich ſeyn, um Parlaments-Mitglied zu werden. Als ſpäterhin durch die Anordnungen Ludwigs des Heiligen ausgedehntere Kenntniſſe zu dieſen Stellen erforderlich wurden, nahm man auch gelehrte Bürger dazu auf, machte ſie aber meiſtens zu Adelichen oder zu Rittern des Geſetzes (chevaliers en loi), doch ſcheint es, als ob man im Anfang dieſe bürgerlichen Rechtsgelehrte einzig zur Inſtruction der Prozeſſe und zum Bericht-Erſtatten gebraucht habe. Voltaire (histoir. du parlem. de Par. chap. V.) behauptet, die gelehrten Räthe hätten während der Unruhen unter der Regierung Carls des ſechſten (reg. 1380—1422), die Abweſenheit der Barone, die ſich an die Spitze ihrer Vaſallen ſtellen mußten, zu ihrem Vortheil benutzt, und deren Stellen eingenommen, ſo wie ſie denn insbeſondere ſich erſt ſeit dieſer Zeit die Kleidung der Barone zugelegt hätten. Indeſſen mögte doch ſchon durch die unter Philip von Valois i. J. 1344 erlaſſene Verordnung (Ordon. d. Louv. tom. II.

---

transmissible au prémier degré. — In den älteſten Zeiten z. B. zur Zeit Ludwigs d. H. erwarb man den Adel durch Ankauf oder die Erwerbung eines adelichen Lehns und zwar ſo, daß der Enkel des Erwerbers für adelich galt. Die Etablissem. dieſes Königs enthalten Liv. I. chap. 143 eine Claſſiſche Stelle darüber: „Se aucun hons coustumier conqueroit ou achetoit chose qui feist à mettre (andere Handſchriften haben à autre) homage ou il pourchase [poursuit, sollicite] envers son seignieur comment [que] il le mette en foy ou en homage en tous ses héritaiges ou en partie en tele foy, comme est la chose qui seroit, pourchaciée, si auroit autant li uns comme les autres enfans [alle Kinder ſollten es in gleichen Theilen beerben] fors li aisné, qui feroit la foi si auroit l'avantage selon la grandeur de la chose, et pour faire la foy et pour garir les autres en porage. Et tout ainsi départira toujours més jusques en la toirce foy, et d'ileques en avant si aura l'aisné les deux parties, et se départira toujours més gentiment. d. h. bei der dritten Huldigung, welche bei jedem Wechſel des Beſitzers erneuert ward, ſollte die Theilung ferner wie bei den Adelichen (gentiment) geſchehn. „La raison est, bemerkt zu dieſer Stelle Laurière (Ordon. tom. I. p. 226, 227) qu'à la tierce foy les roturiers propriétaires de fiefs estoient considerez comme nobles.“

p. 219, 224 art. 9), wodurch der Unterſchied zwiſchen den unterſuchenden und richtenden Räthen (conseillers enquêteurs et jugeurs) aufgehoben ward, auch eine völlige Gleichſtellung aller Mitglieder des Parlaments, wenigſtens was den Dienſtrang betrifft, hervorgebracht worden ſeyn. In den letzten Zeiten wenigſtens erhielt man mit der Stelle eines Parlaments-Mitglieds von ſelbſt den Adel. Es gibt hierüber einen Beſchluß ſchon v. J. 1546. Dieſes ward durch ein Edict Ludwigs des 13ten vom November 1640 und ein anderes Ludwigs d. 14ten oder vielmehr der Königin Anna als Regentin v. Juli 1644 beſtätigt. Ludwig der vierzehnte ſelbſt, der wegen deſſen, was während ſeiner Minderjährigkeit vorgegangen, einen unverſöhnlichen Groll gegen das Parlament hegte, verfügte ſich zwar perſönlich in den Sitzungsſaal deſſelben, und widerrief die Verordnung, wodurch ſeine Mutter (Anna von Oeſterreich) den oberſten Gerichtshöfen das Adels-Recht verliehen hatte. Aber demungeachtet hat bis zu den letzten Zeiten der alte Gebrauch ſich mächtiger als ſelbſt der Wille des Souverains bewieſen (Volt. chap. 58). Unter den einzelnen Mitgliedern des Parlaments nahm der Kanzler von Frankreich (chancelier de France) die erſte und bedeutendſte Stelle ein. Obſchon er in den letzten Zeiten nur uneigentlich zum Parlament gerechnet werden konnte, ſo war doch ſeine Einwirkung auf die ganze Juſtizverwaltung ſo bedeutend, daß wir eine kurze Erläuterung der Rechte und Pflichten ſeiner Stelle hier beifügen müſſen.

Die Stelle des Kanzlers iſt uralt in der Fränkiſchen Monarchie. Doch waren ſeine Rechte Anfangs nicht ſo groß, als ſpäterhin. Sein Geſchäft beſtand damals vorzüglich darin, dem Königl. Schreiben das Siegel beizufügen, welches, da die Könige damals meiſtens nicht ſchreiben konnten, für ihre Unterſchrift galt. Unter dem erſten Königs-Geſchlecht ward derjenige, der dieſe Stelle vertrat, referendarius *) auch wohl gerulus annuli regii genannt.

---

*) In dem Formular eines Königl. Urtheils, welches man Marculf. formul. lib. I. cap. 25 (apud Baluz. tom. II. p. 388) findet, heißt es: „. . . . Cum nos in Dei nomine ibi in palatio nostro ad universorum causas recto judicio terminandas una cum Domnis et patribus nostris episco-

Unter dem zweiten Königs-Geſchlecht ward ſtatt deſſen der Name Kanzler (cancellarius) gebräuchlich. Unter dieſem Namen verſtand man jeden Notar *). Der eigentliche Kanzler ward daher meiſtens Erzkanzler, (archicancellarius), oberſter Kanzler (summus cancellarius) **), Großkanzler genannt, obſchon er in den Capitularien nur mit dem einfachen Namen: Kanzler genannt wird. Derſelbe ſtand auch dem Königl. Archiv vor, worin die Urkunden aller Geſetze u. ſ. f. aufbewahrt wurden. ***) Unter dem dritten Königs-Geſchlecht ward Anfangs für dieſen Beamten derſelbe Titel Großkanzler beibehalten. Allein ſeit der Regierung des Königs Robert (reg. v. 996—1031) bis zu den letzten Zeiten ward er nur Kanzler, Kanzler von Frankreich (chancelier de france) †) genannt. Es gibt eine ſehr große

---

pis vel cum pluribus optimatibus nostris illis, Patribus illis, *referendariis illis,* Domesticis illis, senechalcis illis, Cubiculariis et illo comite Palatii . . . . resideremus etc. M. ſ. die Note von Bignon dazu (ibid. p. 912), wo er aus mehreren Stellen der alten Schriftſteller, Gregor. v. Tours, (lib. I. cap. 5.) ſo wie aus Siegebert beweiſt, daß der referendarius den öffentlichen Urkunden das Siegel beigeſetzt habe.

*) Capitul. Lothar. Imperat. lit. II. cap. 12. „Ut cancellarii electi boni et veraces chartas publicas conscribant ante comitem et scabinos et vicarios ejus, et nullis modis hoc facere praesumant de pecunia antequam legitimum pretium detur“ apud. Baluz. tom. II. p. 322. M. ſ. noch die Anmerk. von Baluz zu dieſer Stelle (ibid. p. 1292).

**) M. ſ. Du Cange ad voc. archicancellarius, cancellarius und referendarius.

***) Capitul. Carol. Calv. tit. 33. (apud. Baluz. tom. II. p. 151) „ . . . . Propterea necessarium duximus ut commendationem nostram ex hoc scribere rogaremus, quae ex more in nostro palatio apud Cancellarium retineatur, et inde per missos nostros dirigatur.

†) In der Erklärung gegeb. v. Phil. von Valois d. 17. Mai 1345 (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 228, 229) heißt es am Schluß: Declaratio supra scripta fuit in Camera Parlamenti, septima die Maji, praesentibus infra scriptis. Clericis. Episcopo Bajocensi etc. Louis D. Guiliel. Flotte

Menge von Urkunden, welche außer von den erſten Beamten, dem Seneſchall, Kronfeldherrn, u. ſ. f. auch von dem Kanzler unterſchrieben ſind. *) Obſchon ſein Name immer zuletzt vorkommt, ſo war ſeine Stelle doch eine ſehr angeſehene, da ſie von Perſonen des höchſten Ranges verſehn ward. Gervais, welcher unter Philip dem erſten (reg. 1060—1108) Kanzler war, und in ſeiner Eigenſchaft als Erzbiſchof von Rheims dieſen König krönte, behauptete ſogar, (doch ohne Erfolg), daß die Kanzler-Stelle an die eines Erzbiſchofs von Rheims nothwendig gebunden ſey. Die Stelle des Kanzlers ward übrigens ſehr früh, nachdem die des Seneſchalls untergegangen war, die erſte des Reichs, welches ſie bis zur Revolution blieb, ſo daß der

---

Cancellario Franciae etc. In den Königl. Verordnungen wird er meiſtens „nostre Chancelier“ genannt.

*) Schon die erſte in den ordon. d. Louv. vorkommende Verordnung (Heinrichs des erſten v. J. 1057) ſchließt wie folgt: „Haec autem perdonatio ut firma et stabilis in perpetuum permaneret, hoc testamentum nostrae auctoritatis inde fieri volumus subterque sigillo et annulo nostro firmavimus. Signum Isamberti Aurelianensis episcopi: S. Henrici Regis, S. Gervasii Remensis Archiepiscopi: S. Hugonis Bardulfi: S. Hugonis Buticularii: S. Henrici de Ferrariis: S. Malberti Prepositi: S. Hervei viarii: S. Herberti subviarii: S. Gisleberti pincernae: S. Jordanis Cellarii. Balduinus Cancellarius subscripsit. Datum Aureliae publice VI. nonas Octobris anno ab Incarnatione Domini millesimo quinquagesimo septimo, Henrici vero regis vigesimo septimo. (In der Ueberſchrift und am Rand iſt das J. 1051 jedoch nur in Ziffern angegeben). Das Schreiben Ludwigs des Dicken (ſechſten) erlaſſen i. J. 1137 wodurch in Guyenne zum Vortheil der Geiſtlichen die Huldigung und Inveſtitur aufgehoben ward) (Ordon. tom. I. p. 7, 3) ſchließt ſo: „Astantibus in Palatio nostro quorum nomina subtitulata sunt et signa. Signum Radulphi Viromandorum comitis et dapiferi nostri, S. Willermi Buticularii, S. Hugonis Camerarii, S. Hugonis Constabularii. Data per manum Stephani Cancellarii. In dem Teſtament von Philip Auguſt v. J. 1190 heißt es am Schluß: „Astantibus in palatio nostro etc. S. Tibaldi dapisferi nostri . . . . data vacante cancellaria. P. R. S. P.

Kanzler, Sitz und Stimme unmittelbar nach den Prinzen vom Geblüt hatte. Dieſer Beamte ward von je her nicht nothwendig aus den Adelichen gewählt. Peter de la Foreſt, welcher unter Johan d. zweiten Kanzler war, und als ſolcher ein Landgut Loupelande in Maine erwarb, erhielt zugleich einen Adelsbrief, damit er das Recht, franc-fief genannt, nicht zu bezahlen brauchte. Der Kanzler war, dem Recht nach, Chef des geheimen Raths, des großen Staatsraths, (grand conseil) und aller Juſtiz-Kollegien. Er konnte, ſo oft er wollte, in den letztern den Vorſitz führen. Gewöhnlich gieng er indeſſen nur mit dem König ins Parlament, wo er den Willen deſſelben vortrug, und die Stimmen ſammelte. Alle Klagen über Amtsvergehen der höhern Juſtizbeamten, ſo wie auch alle Geſuche um Anſtellungen im Juſtizfach giengen an ihn. Er verfaßte alle Königl. Verordnungen, Edicte und offne Briefe, welche ſich auf die Juſtiz bezogen. Seine Stelle war weder verkäuflich noch erblich, ſondern der König ernannte dazu nach eignem Ermeſſen. Seine Ceremonienkleidung beſtand aus einem Oberrock (épitoge) von rothem Sammet mit Atlas gefüttert, und der Mörſerhaube, die mit Gold gefüllt (comblé d'or), und mit Perlen eingefaßt war (bordé de perles). Er hatte das Recht in ſeinem Haus Teppiche mit dem Wappen von Frankreich und mit Lilien beſäet zu haben. Der Kanzler hatte ſeine Wohnung in der großen Kanzellei von Frankreich (grande chancellerie, chancellerie de France) genannt. Gewöhnlich war (vor der Revolution) die Stelle deſſelben mit der des Siegelbewahrers (garde des sceaux) verbunden; ſo wie dieſes auch in den erſten Zeiten der Fall war. Nach der Reſtauration erhielt aber der Titel Kanzler eine andere Bedeutung. Man verſteht darunter nicht mehr den Chef der Juſtiz, ſondern den Präſident der Pairskammer (Art. 29 der Chart. v. 1814 und Art. 25 der Chart. v. 1830). Die Verbindung zwiſchen den Stellen des Juſtiz-Miniſters und Siegelbewahrers iſt indeſſen dadurch noch feſter geworden, ſo daß jetzt, wie es ſcheint, Juſtizminiſter und Siegelbewahrer (garde des sceaux) als gleichbedeutend anzuſehn ſind. In den erſten Zeiten, wo die Beifügung des Siegels ſtatt der Königl. Unterſchrift diente, pflegte der Siegelbewahrer das Siegel beſtändig bei ſich zu tragen. Als man aber ſpäterhin anfieng, ſich weit größerer Siegel zu bedienen, ſo trug er nur den Schlüſſel zu der Kiſte, worin die Siegel lagen, beſtändig bei ſich, welches bis zu den letzten Zeiten beobachtet ward. Anfangs gab es auch nur Ein Siegel, das ſowohl zur Verſiegelung der Privatſchreiben des Königs, als auch der öffentlichen Urkunden diente. Späterhin hatte aber der König für ſeinen Privatgebrauch ein beſonderes kleines Siegel (petit signet du roi) und für die Verſiegelung der öffentlichen Urkunden diente ein großes Siegel, das große Siegel von Frankreich (grand sceau de France) genannt. Außerdem gab es zuletzt (vor der Revolution) noch ein beſonderes Siegel für die Dauphiné und früher auch noch Eins für das Königreich Navarra. *) Alle dieſe Siegel, wovon jedes ein Gegenſiegel (contre-scel) hatte, waren der Obhut des Siegelbewahrers anvertraut. Derſelbe pflegte ſie auf Reiſen immer bei ſich zu führen. Derjenige Beamte, der beim Verſiegeln den Wachs warm machte (le chauſſe-cire) **) trug ehmals, bei ſolchen Reiſen des Siegelbewahrers, demſelben das Königliche Siegel auf ſeinem Rücken nach; welches noch i. J. 1499 unter Ludwig d. 12ten geſchah. Späterhin gab der König ein großes mit vergoldetem Silber bedecktes Koffer, um die Siegel darin aufzubewahren. Dieſes war in drei Behälter getheilt, wovon jeder ein kleines verſchließbares Kiſtchen enthielt. In dem erſten, welches mit vergoldetem Silber (vermeil) bedeckt war, befand ſich das große Siegel von Frankreich, nebſt ſeinem Gegenſiegel. Das zweite war mit rothem Sammet überzogen, der mit Lilien und Delphinen von vergoldetem Silber beſäet war, und enthielt das beſondere Siegel der Dauphiné, nebſt dem Gegenſiegel. In dem dritten Kiſtchen ward früher das Siegel und Gegenſiegel des Ordens des Heil. Ludwig (geſtift. i. J. 1693) aufbewahrt. In den letzten Zeiten war es indeſſen leer, da für jenen Orden ein beſonderer Siegelbewahrer beſtellt worden. Der Siegelbewahrer hatte daher in der letzten Zeit einen Koffer von Holz machen laſſen, worin die beiden erſten Kiſtchen aufbewahrt wurden, und den er auf Reiſen immer in ſeinem Wagen bei ſich führte. Die Stelle des Siegelbewahrers war, ſelbſt wenn ſie von der des Kanzlers getrennt war, Eine der erſten des ganzen Königsreichs. Derſelbe war der Chef aller Kanzelleien von Frankreich, und ernannte zu allen Stellen bei denſelben. Er ſetzte ſein Viſa zu allen von dem König ausgehenden Befehlen und ſonſtigen Urkunden, welche die Formel: allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unſern Gruß (à tous présens et à venir salut) enthielten. Er erkannte aus eigner Macht über die Ausfertigung aller von den Kanzelleien ausgehenden Actenſtücke und Briefe, ſo daß auf keines derſelben das Siegel ohne ſeinen Befehl geſetzt werden durfte. Da nun faſt alle Actenſtücke, die von dem Souverain als ſolchem ausgiengen, oder die man als von ihm ausgehend anſah, in den Kanzelleien ausgefertigt wurden, ſo begreift man leicht, welche Menge von Geſchäften dadurch entſtehn mußte. Um denſelben zu genügen, beſtanden außer der Kanzellei von Paris, welcher der Siegelbewahrer unmittelbar vorſtand, und die man die große Kanzellei (la grande chancellerie) oder die Kanzellei von Frankreich (chancellerie de France) nannte, bei allen Parlamenten *), ſo wie auch bei den Präſidial-Gerichten, (wenn an demſelben Ort kein Parlament war) beſondere Kanzelleien. Die von dieſen Kanzelleien ausgehenden Actenſtücke hießen Kanzelleibriefe. Die Kanzellei von Frankreich bediente ſich zur Verſiegelung derſelben des großen, die übrigen eines

---

*) In den früheſten Zeiten gab es derſelben noch viel mehrere. Nämlich faſt alle Provinzen hatten, ehe ſie mit der Krone vereinigt waren, ihre beſondern Siegel. So die Champagne, Bretagne u. ſ. f.

**) Dieſe Stelle war uralt in Frankreich. Schon die Verordnung Philips d. Langen v. 10. Juli 1319 (Ordon. tom. I. p. 656) enthält art. 31: „Les emoluments du chauſſecire du scel des foires de Champagne seront vendus par enchiere, aussi comme les scéaulx et escriptures dessusdit.“

---

*) Auch das Parlament von Paris, obſchon es ſich in den früheſten Zeiten der großen Kanzellei bediente, hatte ſeine beſondere Kanzellei, chancellerie du palais genannt. Man kennt nicht genau den Zeitpunkt, wo ſie als eine beſondere Behörde errichtet und von der großen Kanzellei getrennt worden. Doch war es ſicher i. J. 1490 ſchon der Fall.

kleinern Siegels *). Eben darum heißen diejenigen, die von der erſtern, der Kanzlei von Frankreich ausgiengen, Briefe mit dem großen- und die andern Briefe mit dem kleinen Siegel (lettres du grand ou du petit sceau). Die erſten hatten in dem Gebiet des ganzen Königsreichs, die andern nur in dem Gerichtsbezirk, wozu die Kanzellei, wovon ſie ausgegangen waren, gehörte, geſetzliche Kraft. Letztere war übrigens für alle dieſe Briefe ein Jahr nach dem Datum, wo ſie gegeben waren, erloſchen. **) Die Kanzellei-Briefe mit dem großen und kleinen Siegel

---

*) Außer den Kanzelleien hatten auch noch alle Untergerichte ein Amtsſiegel, um ihre Decrete und Urtheile damit zu verſiegeln. Die Siegel, deren ſich die grundherrlichen Gerichte bedienten, wurden authentiſche genannt, um ſie theils von den Siegeln der Königlichen Gerichte, welche Königliche Siegel hießen, theils von denjenigen der Privaten zu unterſcheiden. Merkwürdig iſt es, daß das Zuſetzen des Siegels einiger Gerichte eine Competenz begründete, ſo daß alle Streitigkeiten, die über Acte, die mit dem Siegel derſelben verſehn waren, im ganzen Königreich entſtanden, nothwendig vor dieſes Gericht gebracht werden mußten. (M. ſ. Th. I. S. 411). Ein Siegel der Art hieß daher auch ein Siegel mit Competenz-Begründung (scel attributif de jurisdiction). Das Stadtgericht von Paris (Chatelet) hatte unter andern ein ſolches Siegel. Dieſem ähnlich war dasjenige, was man ein ſtrenges Siegel (scel rigoureux) nannte. Daſſelbe zog nicht allein alle Streitigkeiten über Acte, die unter demſelben geſchloſſen waren, vor das forum des Gerichts, wovon der Act ausgegangen, ſondern alle dieſe Acte wurden ſehr ſtreng und ſchleunig vollſtreckt, ſo daß der Schuldner nicht allein durch Einziehung ſeiner Güter, ſondern auch durch perſönliche Verhaftung zur Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeit angehalten ward. Zu Nimes und eben ſo zu Montpellier gab es einen beſondern Richter, welcher ein ſolches Siegel hatte. Zu Nimes war dieſer Richter, welcher juge des conventions Royaux hieß, i. J. 1272 durch Philip den dritten eingeſetzt worden. Es gibt eine Verordnung Philips von Valois v. 19. Auguſt 1345 über die Competenz dieſes Gerichts (Ordon. tom. II. p. 231), welche Lauriere mit mehrern lehrreichen Noten begleitet hat.

**) Man mußte, um dem ehemaligen Brief ſeine vorige Kraft wieder zu geben, bei den Kanzelleien einen ſogenannten unterſchieden ſich indeſſen nicht allein durch die Ausdehnung des Gebiets, worin ſie gültig waren, ſondern auch durch den Gegenſtand, worauf ſie ſich bezogen. Alle Königlichen Verordnungen, Edicte und Erklärungen, auch alle Begnadigungsbriefe, z. B. ſolche, wodurch eine Strafe nachgelaſſen oder gemildert, wodurch Einer in ſeinen guten Namen und Ruf wieder eingeſetzt ward (lettres des réhabilitation) u. ſ. f., eben ſo faſt alle Gnadenbriefe, z. B. Erhebungen in den Adel, Verleihungen eines privilegirten Gerichtsſtandes, die ſogenannten Amortiſſements, (wodurch geiſtliche Stiftungen, Gemeinden u. ſ. f. berechtigt wurden, liegende Gründe zu erwerben), eben ſo Naturaliſationen, Legitimationen, kurz alle diejenigen, die von den Secretarien des Königs verfaßt werden mußten, konnten nur von der großen Kanzellei ausgefertigt werden. Alle Briefe hingegen, welche ſich auf minder wichtige Gegenſtände, und vorzüglich ſolche, die ſich auf die täglich laufenden und bei den Gerichten anhängigen Prozeßſachen bezogen *), erhielt man bei den kleinen Kanzelleien. Doch konnte man die pareatis, wie ſchon im vorigen Theil bemerkt worden, ſowohl mit dem gro-

---

Verjährungs- oder Veraltungsbrief (lettres de surannation) nachſuchen. Man pflegte den letztern dem erſtern anzuheften. Nach der ordon. crim. d. 1670 tit. 16 art. 16 ſollte denjenigen, welche einen Begnadigungsbrief erhalten hatten, durchaus kein Verjährungsbrief ertheilt werden, indem große Mißbräuche dabei Statt fanden, ſo daß die Verurtheilte ihre Begnadigungsbriefe bis zu einem Zeitpunkt, der ihnen beſonders günſtig ſchien, zurückhielten. M. ſ. Ferrièr. Dict. d. D. art. lettres de surannation.

*) Man theilte die Kanzelleibriefe in lettres de justice und lettres de grace. Einige der letztern giengen auch von den kleinen Kanzelleien aus. Dahin gehörten: lettres d'emancipation ou de benefice d'âge, lettres de benefice d'inventaire, les terriers, lettres d'attribution de jurisdiction pour criées, lettres de main souveraine, d'assiette etc. Die lettres de justice, die bei den kleinen Kanzelleien ausgefertigt wurden, waren les reliefs d'appel simple ou comme d'abus, les anticipations, les debitis, les compulsoires, les désertions, les rescissions, et les requêtes civiles. M. ſ. Ferrière Dict. d. D. art. chancellerie.

ßen als kleinen Siegel ausgefertigt erhalten. Daſſelbe galt auch von den committimus, nur daß es für dieſe nicht von der Wahl des Inhabers, ſondern von dem Grad ſeines Vorrechts abhieng, ob ſie mit dem einen oder andern Siegel verſehn ſeyn mußten.

Das bei den verſchiedenen Kanzelleien angeſtellte Perſonale war ſehr zahlreich, wie ſich ſchon leicht, theils aus der großen Zahl der auszufertigenden Briefe, theils auch daraus entnehmen läßt, daß über jedes auszufertigende Actenſtück ein Bericht erſtattet ward. Der Chef einer jeden ſolchen beſondern Kanzellei ward ebenfalls Siegelbewahrer genannt. Er entſchied über alle Bedenklichkeiten, die ſich über die Ausfertigung der Kanzellei-Briefe erhoben; doch konnte man von ihm an den Siegelbewahrer von Frankreich appelliren. Wenn ein Requetenmeiſter (maître des requêtes) an einen Ort kam, wo eine ſolche kleinere Kanzellei war, ſo mußte der dabei angeſtellte Siegelbewahrer dem erſtern die Siegel überreichen.

Alle bei den oberſten Gerichtshöfen und bei den Präſidial-Gerichten beſtehenden Kanzelleien wurden durch Art. 20 des Decrets der Conſtituirenden v. 6. und 7. September 1790 (Desen. tom. III. p. 247) aufgehoben. Durch denſelben Artikel ward der Gebrauch aller bei denſelben ausgefertigten Briefe abgeſchafft, und die Partheien wurden (Art. 21) angewieſen, ſich ſogleich in der Hauptſache bei den Competenten Richtern vorzuſehn. Der folgende Artikel 22 nahm indeſſen doch von jener allgemeinen Vernichtung die kleinen Kanzelleien, welche durch das Edict Ludwigs d. 15ten v. Junius 1771 geſchaffen waren, aus. Durch dieſes Edict ward nämlich, um den vielen Weitläufigkeiten und Mißbräuchen, welche die ſogenannten Décrets volontaires veranlaßten, (Th. I. S. 423—425) ein Ende zu machen, ein anderes Verfahren eingeführt, wodurch ſich die Ankäufer von unbeweglichen Gütern gegen Schaden wegen der darauf haftenden Hypotheken ſichern konnten. Sie löſten zu dem Ende nach Erfüllung der durch das Edict vorgeſchriebenen Formalitäten einen Königl. Beſtätigungsbrief (lettres de ratification) ein, zu deren Ausfertigung daſſelbe Edict bei den Untergerichten Amtmannſchaften, Seneſchauſſéen u. ſ. f. eigene Kanzelleien ſchuf. Dieſer Kanzelleien ſollte nach Art. 22, 23 bei jedem Diſtricts⸗Gericht proviſoriſch Eine beſtellt, und das Amt des Siegelbewahrers durch die Mitglieder des Tribunals abwechſelnd und zwar unentgeldlich ausgeübt werden. Allein auch dieſe Kanzelleien giengen durch die veränderte Einrichtung des Hypothekenweſens ſpäterhin ein, und beſtehn jetzt nicht mehr. (M. ſ. Merlin. Répert. art. lettres de ratification, Hypotheque sect. I. §. 13 N° 8 und chancellerie). Auch die Stelle des Kanzlers von Frankreich, welche, im Laufe der Jahrhunderte, durch ſo viele glänzende Talente verherrlicht worden, unter welchen es genug ſeyn wird aus den ältern Zeiten Suger, Kanzler Ludwigs des dicken, und aus den neuern Olivier, de L'Hôpiſal und D'Agueſſeau zu nennen, ward durch Art. 31 des Decrets der Conſtituirenden v. 27. November 1791 (Desen. tom. III. p. 117, daſſelbe, wodurch der Caſſationshof geſchaffen ward) aufgehoben. Die Attributionen, welche der Kanzler in Beziehung auf die Juſtiz hatte, giengen von dieſem Zeitpunct an auf den Juſtiz⸗Miniſter über, welchem ſie auch bis jetzt (1825) verblieben ſind. Mit Entſtehung des Kaiſerreichs lebte indeſſen die Stelle eines Kanzlers von Frankreich, faſt mit erhöhtem Glanz doch mit einigen Veränderungen, wieder auf. Durch das organiſche Senatus⸗Conſult v. 28. Floreal J. 12, wodurch Napoleon den Kaiſerlichen Thron beſtieg, wurden unter dem Titel Staats⸗Erzkanzler und Reichs⸗Erzkanzler (archichancelier d'ètat und archichancelier de l'empire) zwei Großwürdner⸗Stellen geſchaffen, wovon beſonders die letzte mit der des ehemaligen Kanzlers große Aehnlichkeit hatte. Er war (Art. 40) Präſident des hohen Kaiſerl. Gerichtshofs; er verrichtete die Stelle des Kanzlers bei der Promulgation der Senatus⸗Conſulte und Geſetze; er war gegenwärtig bei den Heirathen und der Geburt der Prinzen, bei der Krönung und dem Leichenbegängniß des Kaiſers, wo er das vom Staatsſecretair aufgenommene Protocoll unterzeichnete; eben ſo war er gegenwärtig bei dem Bericht, den der Juſtiz⸗Miniſter dem Kaiſer über die Mißbräuche, welche ſich in die Verwaltung der Civil⸗ und Criminal⸗Juſtiz eingeſchlichen haben könnten, abſtattete u. ſ. f. (Desen. tom. I. p. 149, 153). Durch das Kaiſerliche Familien⸗Statut v. 30. März 1806 (Desen. tom. I. p. 175) wur⸗

den dem Reichs-Erzkanzler nach nähere Attributionen beigelegt. Er verſah in Beziehung auf die Prinzen und Prinzeſſinnen des Kaiſerlichen Hauſes die Verrichtungen der Beamten des Civilſtandes, er empfieng das Teſtament des Kaiſers und das Statut über das Witthum der Kaiſerin. Nach Art. 34 führte er, in Abweſenheit oder bei Verhinderung des Kaiſers (au défaut de l'empereur) den Vorſitz im Kaiſerlichen Familien-Rath (Th. I. S. 569), u. ſ. f. Dieſe Würde des Reichs-Erzkanzlers entwickelte ihren Glanz nur, um bald auf immer zu erlöſchen. Sie gieng mit dem Kaiſerreich, das ſie geſchaffen, unter.

Nach dieſer freilich Etwas weitläufigen aber nothwendigen Digreſſion über die Rechte und die Stellung des Erſten Juſtizbeamten *) des Reichs kehren wir nun wieder zu dem eigentlichen Parlament zurück.

Der gewöhnliche und ordentliche Chef deſſelben war der erſte Präſident: Unter dem erſten Königs-Geſchlecht führte der Pallaſt-Meiſter (maire du palais) in Abweſenheit des Königs in dem Gerichtshof deſſelben den Vorſitz. In der Folge beauftragte der König, wenn er ſeinen Gerichtshof zuſammenberief, beſtimmte Perſonen, um darin den Vorſitz zu führen. Dieſelben wurden Ober-Präſidenten (magni praesidentiales) genannt um ſie von den gewöhnlichen Räthen der großen Kammer zu unterſcheiden, welche auch zuweilen Präſidenten **) genannt wurden. Es ſcheint, daß ſie ſchon zu den Zeiten Ludwigs des Dicken dieſen Namen hatten: denn ſchon in der Urkunde vom 12. April

---

*) Von der Stellung des Juſtiz-Miniſters oder Großrichters (grand juge) unter dem Kaiſerreich und ſpäterhin wird bei Gelegenheit des Caſſationshofs näher geredet worden.

**) In der Verordnung Philips des Langen vom Decbr. 1320 (Ordon. tom. I. p. 727) heißt es Art. 1. „C'est assavoir qu'en nostre dit Parlement aura huit Clers et douze lays Présidens, les quiex et les notaires aussi vendront au matin en la chambre de Parlement à l'heure que l'en chante la prémière messe en nostre chapelle basse de Paris etc.“

1120 (Ordon. d. Louv. tom. XVII. p. 269) *) welche der Abtei Tiron den privilegirten Gerichtsſtand ertheilte, heißt es: „Volentes . . . . quod . . . . ipsum monasterium Tironense ac ejus abbas, conventus et ceteri ministri et religiosi nec non eorum familiares, subditi et homines quicumque praesentes et futuri, de quibusvis forisfactis [forfaits] ressorto, appellatione, defectu justitiae, realitate, personalitate et quacunque civilitate et jurisdictione temporali . . . . post ipsius monasterii Tironensis curiam, coram magnis presidentialibus nostris Parisius, vel alibi ubi nostra praecellens et suprema regalis curia residebit, immediate et solummodo habeant et teneantur respondere, etc.“ In einer Verordnung, welche Duchesne vom J. 1296 datirt, **) wird der erſte der Vorſitzenden Barone „souverain du Parlement“ oder auch einfach „président“ genannt. In den Regiſtern des Parlaments kommt er (den 2. December 1313) unter dem Namen „maître de la grand'chambre de plaids“ vor. ***) In der Verordnung, die Philip der Lange im December 1320 über das Parlament erließ, wird er (Art. 2.) wieder „souverain de ladite Chambre [de Parlement]“ genannt. †) Vom J. 1320 an geſchieht lange keine Erwähnung eines Präſidenten. Allein in der Verordnung Philips von Valois vom 11. März 1344 werden drei Präſidenten mit Namen angeführt (Messire Simon de Bucy, M. Jacques la Vacher, M. Pièrre Demeville). ††) Bucy wird hier zwar zuerſt genannt, ohne daß ihm ein beſondrer Titel, »erſter Präſident« beigelegt würde. Derſelbe wird ihm indeſſen gegeben in dem Brief vom 6. April 1350, der ſich in den Regiſtern des Parlaments befindet (Encyclopéd. art. Parlement p. 8); wodurch der König ihn zum Mitglied ſeines geheimen Raths ernennt, und zwar ſo, daß er ſeine vorige Stelle „videlicet statum primi praesidentis in nostro parlamento“ beibehalten ſollte. Die Stelle eines erſten Präſident ward ſchon damals auf Lebenslang ertheilt.*) Die Beſtallung des Nachfolgers von Simon v. Bucy, der ſich Wilhelm von Seris nannte, enthält ausdrücklich „quamdin praedictus . . . . vixerit humanis (Encyclop. ibid. p. 8)“. Seit dieſer Zeit bis zur Revolution behielt der Chef des Parlaments allezeit den Titel: Erſter Präſident. Derſelbe war, vermöge ſeiner Stelle, Ritter. Sogar der König gab ihm in allen Schreiben, die er an ihn richtete, dieſen Titel, und er ſelbſt nahm ihn in allen von ihm ausgehenden oder unterzeichneten Actenſtücken an. Ehmals hatte er ebenfalls vermöge ſeiner Stelle Sitz im geheimen Rath (conseil privé). Dieſes war aber in den letzten Zeiten nicht mehr der Fall. Doch hatte er ſeit (1691) den freien Eintritt in das

---

*) Die Urkunde ſteht auch in der Gallia Christiana tom. VIII. p. 320.

**) M. ſ. Die Encyclop. art. Parlement. p. 7.

***) ibid. p. 8.

†) Ordon d. Louv. tom. I. p. 728, 728" art. 2. „Que il [les membres du Parlement] ne pourront parler de nulles besoignes qui toucheront euls, ne leurs amis, ne ne se se porront lever pour parler, ne conseiller à aucuns leurs amis ou leur acointé se n'est de spéciale licence du Souverain de ladite chambre. Et se il faisoient le contraire nous les astraignons par leurs sermenz que il ne praignent leurs gaiges pour y ce jour.“

††) Für die chambre des enquestes und requestes, deren Mitglieder eben ſo wie die der großen Kammer in dieſer Verord-

---

nung mit Namen anführt, iſt kein beſonderer Präſident beſtellt. Wahrſcheinlich führte Einer von den drei genannten Präſidenten in jeder dieſer Kammern den Vorſitz. Die chambre des enquestes hatte wenigſtens einen Präſident, denn es heißt in der Vorſchrift für dieſelbe: „Prémièrement qu'il (les seigneurs des enquestes) donnent et facent obedience, révérence et audience, telle comme il apartient à leur président.“

*) Daſſelbe galt wahrſcheinlich für alle Präſidenten. M. ſ. die ſchon S. 53 angeführte Stelle aus der Verordnung Philips von Valois vom 8. April 1342 (Ordon. tom. II. p. 175). Aus derſelben erhellt, daß die Präſidenten auch nach dem Schluß des Parlaments in Function blieben. Sie bezogen auch eine beſondere Beſoldung. Ordon. d. 1341 (tom. II. p. 219, 220) art. 2. „. . . . seront en sondit parlement prénanz gaiges accoustumez, quinze Clercs et quinze Lais, outre les trois présidents, qui ont gaiges séparez, et autres que les dessuzdits, et sans ceulx, à qui li Roys à donné leurs gaiges à vie.“

Kabinet des Königs, ſo wie die erſten Kammerherrn (les entrées des prémiers gentils-hommes de la chambre). Die Stelle des erſten Präſident war ſelbſt in den letzten Zeiten von der allgemeinen Verkäuflichkeit der Aemter ausgenommen. Der König ernannte dazu, nach eigner Wahl, jedoch auf Lebenszeit. Die Amtskleidung des erſten Präſident war dieſelbe, wie die der ehmaligen Ritter und Barone. Er trug einen ſcharlachrothen mit Hermelin gefütterten Rock, und eine Mörſerhaube von ſchwarzem Sammet mit doppeltem goldnen Rand. Im Winter trug er über*) dem Rock einen ſcharlachrothen, ebenfalls mit Hermelin gefütterten Mantel, worauf ſein Wappen angebracht war. Derſelbe war an der linken Seite aufgeſchlagen und auf der Schulter (avec trois letices d'or. Encyclopéd. art. Parlem. p. 8) befeſtigt, um nämlich die Schwertſeite frei zu halten, indem die alten Ritter und Barone allezeit mit dem Schwert an der Seite zu Gericht ſaßen.

Außer dem erſten Präſident hatte das Parlament von Paris noch neun Präſidenten mit der Mörſerhaube (à mortier), welche auch Parlaments-Präſidenten genannt wurden. Man unterſchied ſie durch dieſen Titel von den Präſidenten der Unterſuchungskammern, die nur Präſidenten der erſten, zweiten u. ſ. f. Unterſuchungskammer hießen. Sie machten mit dem erſten Präſident gleichſam nur Eine Perſon aus. In Abweſenheit oder bei Verhinderung deſſelben konnte Jeder von ihnen, ſelbſt in den verſammelten Kammern, den Vorſitz führen. Sie hatten in den letzten Zeiten ebenfalls den Titel Ritter, und ihre Ceremonienkleidung war von der des erſten Präſidenten weiter nicht unterſchieden, als daß ihr Mantel nicht mit drei goldnen letices Heftnadeln auf der Schulter befeſtigt, und ihre Mörſerhaube nur mit einem einfachen goldnen Rand umgeben war. Dieſer Rand vertrat die Stelle eines Kranzes von maſſivem Gold, den die Präſidenten ehmals trugen und der die Krone der Barone darſtellte. In den letzten Zeiten hielten ſie dieſe Mörſerhaube meiſtens in der Hand und ſetzten ſie nur bei den höchſten Feierlichkeiten auf. Die minder feierliche Kleidung derſelben beſtand in einem ſchwarzen Rock und einem viereckigen Hut (chaperon carré).

---

*) Dieſes war auch ehmals die Kleidung der Könige, und aller großen Vaſallen und Barone. Der Mönch von St. Gallen lib. I. cap. 36. beſchreibt die Kleidung der Carolinger wie folgt: Ultimus eorum habitus fuit pallium canum, vel saphirinum quadrangulum duplex, sic formatum ut cum imponeretur humeris, ante et retro pedes tangeret, de lateribus vero vix genua contegeret. Carl der Große iſt in der Suſannen-Kirche zu Rom ſo dargeſtellt. Stephan de la Fontaine, der im J. 1351 Zahlmeiſter (argentier) des Königs war, ſagt in einer Rechnung von dieſem Jahr, die ſich in dem Archiv der Oberrechenkammer befindet: „pour XX. aulnes et demi de fin vellujau vermeil de fors faire, une garnache, un long mantel fendu à un costé, et chaperon de meismes tout fourré d'Ermin pour le Roy à la dernière feste de l'Estoile etc." Man ſehe die fünfte Abhandlung von Du-Cange (Des cours et des Festes solennelles des Roys de France.)

Alle, welche außer den Präſidenten Sitz und Stimme im Parlament hatten, laſſen ſich in zwei Claſſen theilen. Sie waren nämlich entweder Pairs oder gelehrte Räthe (eigentliche Parlaments-Räthe), wozu die Ehrenmitglieder und die Requetenmeiſter, von welchen letztern jedoch nur vier im Parlament ſaßen, kamen. Jede dieſer Claſſen zerfiel wieder in zwei, nämlich in die der geiſtlichen- und die der weltlichen Räthe. Als man zuerſt anfieng den Gelehrten [*] neben den Pairs einen Platz im Parlament einzuräumen, wurden die erſtern nur Parlaments-Meiſter (maîtres du parlement, magistri curi vel curiae) genannt. Späterhin hießen ſie bald Meiſter, bald Räthe. In einem Brief Johans des zweiten vom 18. November 1353 nennt der König ſie ſeine Räthe (consiliari fideles et dilecti nostrum Parlamentum tenentes). [**] Dieſer letztere Titel ſcheint ihnen erſt beſtimmt geblieben zu ſeyn, ſeit dem die Function eines Parlamentsglieds nicht mehr als ein beſondrer

---

[*] Dieſes war unter Ludwig d. H. ſicher ſchon der Fall. Nämlich in mehrern ſeiner Verordnungen (unter andern in der vom April 1228 (Ordon. tom. I. p. 50) heißt es, ſie ſeyn erlaſſen „de magnorum nostrorum et *prudentium* consilio.“

[**] Ordon. d. Louv. tom. II. p. 540.

Auftrag ſondern als eine bleibende Stelle angeſehn ward. Wahrſcheinlich hatten auch im Anfang dieſe gelehrten Räthe keine entſcheidende Stimme, ſondern wurden theils zur Führung der Unterſuchungen, theils zum Abſtatten der Berichte gebraucht. In den allererſten Zeiten, ehe noch das Parlament ſeinen feſten Sitz zu Paris hatte, waren überdem dieſe gelehrten Räthe faſt alle geiſtlich. Allein, ſo wie ſich Kenntniſſe und Wiſſenſchaften mehr unter den Laien verbreiteten, änderte ſich auch dieſes. Heinrich der dritte ſetzte endlich durch ſeine Verordnung von Blois vom Mai 1579 die Zahl dieſer geiſtlichen Räthe, die Präſidenten der Unterſuchungskammern einbegriffen, auf vierzig feſt.

Die Stellen der Parlamentsräthe waren, wie ſchon oft erinnert worden, im Anfang bis zu den Zeiten Karls des ſechſten (reg. 1380—1422) bloſe Commiſſionen, die zwar vom König ausgiengen, aber bei jedem Parlament erneuert wurden. Von Carl dem ſechſten bis zu Franz dem erſten wurden es eigentliche Aemter, die meiſtentheils*) der König auf Lebenszeit verlieh. Unter der Regierung des letztern Königs fieng die allgemeine Verkäuflichkeit aller Juſtizſtellen an, welches Unheil bis zur Revolution beſtand, und wovon ſchon (Th. I. S. 620, 627) umſtändlich geredet worden. Derjenige, der die Stelle eines Mitglieds eines Collegiums kaufte, trat nicht an die Stelle desjenigen, wovon er ſie gekauft hatte, ſondern ward dem Dienſtalter nach als der jüngſte angeſehn. Zum Schein fand auch eine Unterſuchung über die Sitten und den Wandel des neuen Mitglieds, ſo wie eine Prüfung Statt. Bei dem Parlament von Paris verfuhr man hierbei auf folgende Art. Sobald der König den Verkauf der Stelle genehmigt, und in Folge deſſen dem Ankäufer die Ernennung ertheilt hatte, überreichte dieſer dem erſten Präſident eine Bittſchrift, daß es dem Hof gefallen wolle, ihn zu der Stelle, wozu der König ihn ernannt hatte, aufzunehmen. Der erſte Präſident beſtimmte darauf einen Rath, um über das Geſuch des Candidaten zu berichten. Zu dem Ende ward die Bittſchrift dieſem Rath zugeſtellt, welcher ſie weiter an den General-Procurator beförderte, um ſeinen vorläufigen Antrag dahin zu machen, daß an Ort und Stelle eine Unterſuchung über die Sitten und den Lebenswandel des Neuangeſtellten eingeleitet werde. Auf dieſen Antrag erfolgte ein Beſchluß des Hofs, welcher die Einleitung dieſer Unterſuchung, und zugleich verordnete, daß der Beſtallungsbrief des Candidaten auf dem Gerichtsſecretariate einregiſtrirt werde. Dieſer Beſchluß ward auf Betreiben des General-Procurators an den gehörigen Ort befördert. Der Neuangeſtellte mußte vor Allem ein Zeugniß ſeines Pfarrers beibringen, daß er ſich zur Catholiſchen Religion bekenne, und am letzten Oſterfeſt zum Abendmal gegangen ſey. Nachdem das Reſultat der Unterſuchung an das Parlament zurückgekommen, machte der General-Procurator ſeinen definitiven Antrag. Dieſer ward nebſt den Acten dem Referent zugeſtellt, welcher am folgenden Tag ſeinen Bericht darüber an die große Kammer abſtattete, worauf dieſe durch einen Beſchluß den Kandidat an eine der Unterſuchungskammern verwies, um dort, wie gewöhnlich, die Prüfung zu beſtehn. Derſelbe überreichte dieſen Beſchluß dem Präſident der

---

*) Nach der großen Verordnung, die Carl der ſechſte den 7. Januar 1400 über die Zahl und Dienſtverrichtungen der Juſtiz- und Finanzbeamten erließ (Ordon. tom. VIII. p. 409, 416), ſollten (Art. 18) die Parlamentsmitglieder von dem Kanzler und Parlament gewählt werden. „Que doresénavant quant les lieux de Présidens et des autres gens de nostre Parlement vacqueront, ceulx, qui y seront mis, soïent prins et mis par Eleccion, et que lors nostredit Chancellier aille en sa pa personne en nostre Court de nostredit Parlement, en la présence duquel y

---

soit faicte ladicte Eleccion, et y soient prinses bonnes personnes, sages, lettrées, expertes et notables selon les Lieux où ilz seront mis, afin, qu'il y soit pourveu de teles personnes comme il appartient à tel siége, et sans aucune faveur ou accepcion de personnes; et aussi que entre les autres, l'en y mette de nobles personnes qui seront à ce souffisans; et samblablement, que l'en y mette, se faire se puet, de tous les Pays de nostre Royaume, pour ce que les coustumes des Lieux sont diverses, afin que de chascun Pays ait Gens en nostredicte Court, qui cognoissent les Coustumes des Lieux et y soient expers." M. ſ. Th. I. S. 626.

Kammer, woran er verwieſen war, welcher alsdann einen Referent ernannte. Dieſem ſtattete der Kandidat einen Beſuch ab, und erfuhr von ihm den Tag, an welchem er das Geſetz, über welches er geprüft ward, ziehn (durch das Loos beſtimmen) ſollte. An dieſem Tag mußte der Kandidat, ehe noch die Richter verſammelt waren, ſich an der Thür der Kammer einfinden. Zur gehörigen Zeit ließ man ihn in die Kammer eintreten, um ſein Geſetz zu ziehn, worauf man ihm dann einen nähern Tag, beſtimmte, wo die Prüfung vorgenommen werden ſollte. Beim Anfang der Prüfung ſagte der Candidat der Kammer einige Höflichkeiten in lateiniſcher Sprache, und gab alsdann eine Erklärung des Geſetzes mit allen Gründen dafür und dagegen, worauf der Präſident und einige Räthe ihm einige Einwendungen entgegenſetzten. Doch war das Ganze nicht von Bedeutung und mehr Schein als Wirklichkeit. Nachdem der Kandidat fähig befunden worden, begaben ſich der Präſident und Referent in die große Kammer, um derſelben dieſes zu melden. Auf den Bericht der beiden Genannten ließ man ihn nun in die große Kammer eintreten, und nahm ihm den Eid ab. Er mußte ſich hierauf noch an Ort und Stelle förmlich in ſein Amt inſtalliren laſſen.*) Die Pairs von Frankreich, wovon ſchon im Erſten Theil umſtändlich geredet worden, waren alle, vermüge ihrer Würde und dem Recht nach, Mitglieder des Parlaments. Die Prinzen vom Geblüt führten ſeit Heinrich dem dritten den Titel: geborne Pairs, und hatten vor allen übrigen, geiſtlichen ſowohl als weltlichen Pairs den Vorrang. Dieſelben erhielten ſchon im zwanzigſten- die übrigen Pairs erſt im fünf und zwanzigſten Jahr ihres Alters eine entſcheidende Stimme im Parlament. **). Die

---

*) Die genannten Formalitäten fanden nicht allein bei der Aufnahme eines Mitglieds des Parlaments, ſondern bei der aller Juſtizbeamten Statt, die ihren Dienſteid beim Parlament ablegten.

**) Für die Prinzen vom Geblüt war dieſes nach den Feudal-Geſetzen das Alter der Großjährigkeit. In Beziehung auf die andern Pairs war es durch einen Parlaments-Beſchluß vom 30. April 1643 ſo feſtgeſetzt.

Pairs mußten überdem, um Sitz im Parlament zu haben, darin förmlich aufgenommen werden. Dieſes geſchah, der Form gemäß, ebenfalls erſt nach vorheriger Erkundigung über ihr Leben und Betragen. Bei der Aufnahme, welche in der großen Kammer und vor den Mitgliedern der letztern Statt fand, leiſtete der neue Pair einen Eid, ſich wie ein weiſer und hochherziger Herzog und Pair (comme un sage et magnanime duc et pair) zu betragen, dem König treu zu ſeyn, und ihm in ſeinen ſehr hohen und ſehr wichtigen Angelegenheiten zu dienen (dans ses très-hautes et très puissantes affaires). *) Die Pairs ſtanden in allen Sachen, die entweder ihre Perſonen oder ihre Pairie als ſolche betrafen, nur unter der Gerichtsbarkeit des Parlaments von Paris. Ehmals ward dieſes ſogar auf die von den Pairs als Grundherrn beſtellten Gerichte übertragen, ſo daß man früherhin von allen Ausſprüchen der letztern nur an das Parlament von Paris appelliren durfte. Wegen der großen Unbequemlichkeiten indeſſen, die dieſes für die Partheien hatte, hob Franz der erſte dieſes i. J. 1527 auf; ſo daß man zuletzt in allen Sachen, die nicht die Pairie, als ſolche, betrafen, von den Ausſprüchen der genannten Gerichte an dasjenige Parlament appellirte, in deſſen Gerichtsbezirk die Pairie gelegen war. — Die Pairs hatten das Recht, allen Sitzungen, ſowohl der großen Kammer, als auch der verſammelten Kammern beizuwohnen. Wenn aber ein Criminal-Prozeß, der gegen einen Pair ging, abgemacht werden ſollte, ſo mußten die Pairs förmlich eingeladen werden, bei der Sitzung zu erſcheinen. Sogar an den König ergieng eine ſolche Einladung, der aber ſeit dem Criminal-Prozeß gegen den Marſchal Biron unter Heinrich dem

---

*) Ehmals war dieſe Eidesformel anders. Carl von Genlis, Biſchof von Noyon, Einer der geiſtlichen Pairs, ſchwor bei ſeiner Aufnahme ins Parlament d. 16. Januar 1502: „De s'acquitter en sa conscience ès jugemens des procès où il se trouvera en la dite cour sans acceptation de personne, ni révéler les secrets de la dite cour, obeir et porter honneur à icelle.“ Früher leiſteten die Pairs auch oft nur den Eid der übrigen Räthe. Erſt ſeit den Zeiten des Präſidenten Harlai ward die oben im Text angegebene Eidesformel gewöhnlich.

vierten nicht mehr erſchien. Um die Prinzen vom Geblüt einzuladen, begab ſich einer der Gerichtsſecretaire der großen Kammer in ihren Pallaſt, und ſprach mündlich, entweder mit den Prinzen ſelbſt oder mit einem ihrer erſten Hausbeamten. Bei den übrigen Pairs ließ der Gerichtſchreiber, wenn er ſie nicht zu Haus traf, ein Schreiben zurück. Dauerte die Sitzung mehrere Tage, ſo wurden den Pairs die Einladungsſchreiben durch andere Boten zugeſendet.

Was den angeklagten Pair ſelbſt betrifft, ſo konnte er in den erſten Zeiten nur durch zwei andere Pairs vorgeladen werden. So ließ Philip der Schöne i. J. 1292 Eduard den Erſten, König von England, durch die Biſchöfe von Beauvais und Noyon, welche beide Pairs waren, vor die Pairs-Kammer laden. Allein hier mogte man, weil der Verklagte ein König war, ſich ſtrenger an dem alten Ceremonial halten: gewiß iſt, daß man ſchon früher hin und wieder davon abgewichen, und eine Vorladung mehrmals durch einen Pair und zwei Ritter oder auch nur durch zwei Ritter geſchehn war. Dieſes ging im Lauf der Zeiten ſo weit, daß i. J. 1470 unter Ludwig d. 11ten der Herzog von Burgund durch einen bloßen Huiſſier des Parlaments vor die Pairskammer geladen ward, woher das Sprichwort kam: sergeant du roi est pair à comte. In den letzten Zeiten geſchah die Vorladung der Pairs durch offene Briefe, welche durch den öffentlichen Ausruf verkündigt wurden. Erſchien der angeklagte Pair nicht, ſo wurde er auf dieſelbe Weiſe aufgefordert zu einer andern Friſt zu erſcheinen. — Bei ſolchen Criminal-Prozeſſen gegen einen Pair ſetzte man auch in die Ausfertigung des Urtheils die Formel: la cour suffisamment garnie de pairs; wovon wir ſchon im vorigen Abſchnitt (Th. I. S. 192) geredet haben. *) Dieſes geſchah indeſſen nur bei Criminal-Prozeſſen,

---

*) Urſprünglich beſtand das Parlament nur aus Pairs. Später wurden, vorzüglich wenn es ſich nicht von einem richterlichen Ausſpruch über einen Pair, ſondern von der Erlaſſung eines Geſetzes handelte, auch andere Große und Vornehme mitzugezogen. So heißt es in der Verordnung Ludwigs des achten über die Juden v. J. 1223 (Ordon. tom. I. p. 47): „Noveritis, quod nos per voluntatem et

worin ein Pair angeklagt war. Waren die Prinzen und Pairs bei der Entſcheidung einer andern Sache gegenwärtig, ſo hieß es im Urtheil nur: la cour, les princes et les pairs présens etc.

Wenn die Pairs als Mitglieder dem Parlament beiwohnten, ſo gaben ſie in den gewöhnlichen Sitzungen, wo der erſte Präſident die Stimmen ſammelte, erſt nach den Präſidenten mit der Mörſerhaube und nach den geiſtlichen Räthen ihre Stimmen ab, in den Königlichen Throngerichten hingegen, wo die Stimmen vom Kanzler geſammelt wurden, ſtimmten die Pairs zuerſt *). Ehmals legten ſie in den Sitzungen ihren Degen ab; allein ſeit 1551 unterließen ſie dieſes, obſchon das Parlament dagegen Einſpruch that, und ſich auf den alten Gebrauch berief, nach welchem nicht einmal der Dauphin, ſondern nur der König mit dem Degen an der Seite im Parlament erſchien.

Zu dem Parlament gehörten nun auch noch die Beamten des Gerichtsſecretariats. Es gab drei Beamten, welche als die Chefs deſſelben anzuſehn ſind, nämlich der Civil- und Criminal-Obergerichtsſecretair (greffier en chef civil et criminel) und der Gerichtsſecretair für die Annahme der Actenſtücke (greffier des présentations). Die Amtsverrichtungen der beiden erſten erhellen ſchon aus ihrem Namen. Sie waren insbeſon-

---

assensum Archiepiscoporum, episcoporum, Comitum, Baronum et militum Regni Franciae . . . fecimus stabilimentum super Judaeos etc.“ Späterhin als das Parlament ſchon ganz den Character eines Gerichtshofs angenommen hatte, ſorgte man doch dafür, daß ſich einige Barone und Prälaten unter den Mitgliedern deſſelben befanden. So beſtimmt z. B. die große Verordnung Philips d. Schönen v. 23. März 1302 Art. 56: „ . . . Quia vero multe magne cause in nostro Parlamento inter notabiles personas et magnas aguntur, ordinamus et volumus, quod duo Prelati et due alie bone et sufficientes persone de nostro consilio, vel saltem unus prelatus et una persona laica causa audiendi et deliberandi dictas causas, in nostris parlamentis existant.“

*) Letzteres geſchah namentlich in dem oben S. 71 angeführten Throngericht v. 18. Mai 1643.

dere mit der Aufſicht über die Archive, die Urſchriften und Regiſter, jeder in ſeinem Fach beauftragt. Das Geſchäft des dritten (greffier des présentations) beſtand darin, die Actenſtücke, welche die Procuratoren der Partheien einreichten, anzunehmen. Derſelbe fertigte auch die Rollen an, nach welchen die Sachen in der großen Kammer abgeurtheilt wurden. Früher verrichtete der nämliche Beamte dieſen Dienſt, ſowohl für die Civil- als Criminalſachen. Späterhin war aber für die letztere ein beſonderer Gerichtsſecretair beſtellt. Die genannten drei Stellen waren bei dem Parlament uralt. In den allererſten Zeiten wurden dem Staatsrath, wenn er ſich zu einem Gerichtshof bildete, zwei Königl. Secretaire oder Notaire beigefügt, um in den Sitzungen die Feder zu führen *). Aus dieſen entſtanden ſpäterhin die Gerichtsſecretarien (greffiers), ſo daß ſie noch in den letzten Zeiten Königl. Secretaire ſeyn mußten, um die Parlaments-Beſchlüſſe unterſchreiben zu können. Johan von Montluc, welcher als der erſte Civil-Gerichtsſecretair angeſehn wird, erhielt dieſe Stelle i. J. 1257. Die des Criminal-Gerichtſecretairs beſtand ebenfalls ſchon ſehr lange, und gewiß viel länger als die beſondere Criminal-Abtheilung des Parlaments (tournelle). Dieſes war auch um ſo nöthiger, als von den Zeiten von Montluc an bis z. J. 1518 alle Civil-Obergerichtsſecretarien geiſtlich ſeyn mußten ***), welche ſich mit

---

*) In den frühern, das Parlament betreffenden Verordnungen geſchieht nur von Notarien Erwähnung, welche die Feder führten, wie aus einer ſehr großen Menge von Stellen, die zum Theil in dieſem Abſchnitt ſchon angeführt worden, erhellt. In der Verordnung Philips d. Langen v. December 1320 kommt indeſſen (Art. 10) doch ſchon das Wort „greffe“ vor. „Celui, qui tient le greffe du Parlement sera tenuz tous les samedys à bailler èn la chambre des comptes, toutes les condampnations et amandes pecuniaires, qui nous toucheront sans rienz retenir, ne assigner autre part.“ (Ordon. tom. I. p. 727, 729.)

**) Derſelbe, wovon die Einrichtung der Parlaments-Regiſter herrührt.

***) Du Tillet war der erſte weltliche greffier en chef civil.

Criminalſachen nicht befaſſen durften. Johan du Temple (Johannes de templo), welchen man für den erſten Criminal-Gerichtsſecretair hält, beſaß dieſe Stelle ſicher ſchon i. J. 1312. In den Regiſtern des Parlaments finden ſich nämlich Unterſuchungsacten vom Jahr 1312, worauf der Civil-Gerichtſchreiber bemerkt hat: inquaesta reddita est M. J. de templo quia sanguinis est. In der Verordnung, die König Johan den 7. April 1361 über die Beſoldung der Parlaments-Mitglieder erließ, geſchieht auch ſchon von drei Gerichtsſecretairen Erwähnung (Ordon. Louv. tom. III. p. 482, 483). „Ordinamus quod . . . tres registratores seu greferii Parlamenti etc.“ heißt es dort. Dieſe Titel wurden ihnen ſeit dieſer Zeit durcheinander beigelegt, bis endlich der Name greffier der einzig gebräuchliche ward *). In dem Reglement, welches derſelbe König d. 7. December über die Königl. Notarien machte, werden die drei greffiers (nämlich civil crim., et des présentat. mit Titel und Namen und zwar unter den Königl. Notarien aufgeführt. (Ordon. du Louv. tom. III. p. 532, 534). Sie legten ſich auch wirklich bis zu den letzten Zeiten den Titel protonotaire et secrétaire du roi bei. — Wegen der großen Menge der Geſchäfte ward es nöthig, den Gerichtsſecretarien Gehülfen oder Stellvertreter zu geben. Dieſelben hießen (und heißen noch) commis-greffiers oder auch nur greffiers. Einige derſelben, welche das Eintragen in die Regiſter beſorgten, hießen greffiers en peau ou à peau. Die Uebrigen führten die Feder in den Sitzungen, und beſorgten einen Theil der Ausfertigungen; nur die Auslieferung und Unterzeichnung der Urtheile hielten die Obergerichtsſecretarien ſich ſelbſt vor. Den letztern Titel (Obergerichtsſecretär, greffier *en chef*) bekamen ſie erſt ſeit dem Edict vom December 1636. Sie ernannten früherhin ihre Gehülfen ſelbſt, ſpäterhin aber war der Dienſt der letztern zu einem eigentlichen Staatsamt erhoben (érigé en titre d'office).

---

*) Du Tillet drückt es in lateiniſcher Sprache durch: commentariensis aus. — In einem Edict v. J. 1277 werden ſie clercs des arrêts genannt. Bei Fleta heißen ſie clerici placitorum aulae.

Ehmals trug der König alle Koſten der Ausfertigung der Urtheile, ſo daß ſie den Partheien umſonſt ausgeliefert wurden. Als aber unter Carl d. 8ten ein Gerichtſchreiber (commis-greffier) mit den dazu beſtimmten Geldern durchgieng, ſo verordnete der König, der damals mit ſeinen Nachbarn im Krieg und in Geldverlegenheit war, daß die Koſten der Ausfertigung den Partheien zu Laſt fallen ſollten. Dieſe betrugen Anfangs nur drei Stüber (sous) für das Stück, ſtiegen aber mit der Zeit, wie alle Abgaben.

Bei feierlichen Aufzügen, oder wenn das geſammte Parlament ſich irgendwohin begab, gieng der Civil-Obergerichtsſecretair allein vor dem Parlament her, und vor ihm giengen die beiden andern (greff. crimin. et des présentat). In den öffentlichen Sitzungen ſowohl als in der Rathskammer hatte der Civil-Gerichtsſecretair ſeinen Platz in der Ecke des Parquets. Bei einem Königlichen Throngericht ſaß er neben den Staatsſecretairen und hatte ein mit Lilien bedecktes Pult vor ſich. Zu ſeiner Linken ſaß Einer der Unter-Gerichtsſecretaire, die den Dienſt in der großen Kammer verſahn. — Die Ceremonienkleidung der Obergerichtsſecretarien war ebenfalls ein ſcharlachrother Rock, worüber ein mit Pelz gefütterter Mantel von gleicher Farbe geworfen war. Derſelbe war an beiden Seiten aufgeſchürzt, weil beide Hände beim Schreiben frei ſeyn müſſen. Gewiſſer Maßen als Gehülfen der Gerichtsſecretarien konnte man auch die Beamten beim Parlament anſehn, die Notarien und Secretarien des Königs (notaires secrétaires du roi) genannt wurden. Sie unterzeichneten die Urtheile in Abweſenheit des Obergerichtsſecretairs, verglichen die Actenſtücke, und nahmen die Inventarien der Prinzen vom Geblüt auf. Sie gehörten ebenfalls zu dem Korps des Parlaments und genoſſen alle Vorrechte deſſelben. Bei Feierlichkeiten trugen ſie eben ſo wie die übrigen Parlaments-Glieder einen ſcharlachrothen Rock. Außer den bisher angeführten Beamten gab es zum Dienſt des Parlaments und zur Ausführung ſeiner Befehle 22 Gerichtsdiener oder Huiſſiers nebſt einem Erſten Huiſſier. Wir haben ſchon oben angeführt, daß die Stellung derſelben bei den Franzöſiſchen Gerichten überhaupt höher war und noch iſt, als bei uns in Deutſchland. Allein das Anſehn und die Würde des Parlaments warf auf Alles, was ihm auch nur von fern angehörte, einen ſolchen Glanz, daß dadurch beſonders der erſte Huiſſier (princeps apparitor) weit über das, was man ſeinen Dienſtverrichtungen nach erwarten ſollte, erhoben ward. Derſelbe hatte ſogar den Adel, der ſich ſchon auf den erſten Grad vererbte, welches Vorrecht ihm durch eine Königl. Erklärung vom 2. Januar 1691 beigelegt ward. Sein Geſchäft beſtand darin, während der Sitzungen die Befehle des Hofs zu empfangen, entweder um Stillſchweigen zu gebieten, Jemand einen Platz anzuweiſen u. ſ. f. Er theilte dieſe Befehle den übrigen Huiſſiers laut mit, welche dann für die Vollſtreckung ſorgten. Er verkündigte die Rollen an den Schranken des Hofs (à la barre de la cour), und heftete ſie dann bei ſeiner Bank, die in dem großen Saal *) neben dem Parquet der Huiſſiers war, öffentlich an. Auch rief er in der Sitzung die Sachen, wie ſie vorgenommen wurden, von der Rolle ab. Wenn Eine der abgerufenen Partheien nicht erſchien, und die andere verlangte ein Contumaz-Urtheil, ſo verfügte ſich der erſte Huiſſier an die Thüre der großen Kammer, und rief die Parthei, welche nicht erſchienen war, nebſt ihrem Anwalt auf, worauf er vor den Schranken des Hofs über das Geſchehene Bericht abſtattete. Ehmals, wenn ein Pair auf die geſchehne Vorladung nicht erſchienen war, begab ſich der erſte Huiſſier an die Mormortafel **), an dem Fuß der Freitreppe des Juſtizpallaſtes, und

---

*) Der große Saal (la grande salle) war die Vorhalle vor der großen Kammer (grand'chambre), oder die Hausflur (vestibule) des Juſtiz-Pallaſtes. Hier war der Raum (parquet), wo die Huiſſiers ſich vor Eröffnung der Sitzung aufhielten. In der Folge wird von dieſem ganzen Local noch näher geredet werden.

**) „Table de marbre.“ Es gab dieſer Marmortafeln ehmals zwei. Eine ſehr große war in dem großen Saal des Juſtiz-Pallaſtes, welche die ganze Breite dieſes Saals einnahm. An derſelben hielten die Hofmarſchall-Aemter ihr Gericht, wie in der Folge näher bemerkt werden wird. Sie diente auch zu feierlichen Mahlzeiten. Das Gaſtmahl bei der Krönung der Iſabelle von Baiern, Gemahlin Carls rief von da denſelben vor die Schranken des Hofs. So forderte i. J. 1524 der damalige erſte Huiſſier, Meiſter Johan von Surie (maître Jean de Surie) in Gegenwart von zwei Parlaments-Räthen den Kronfeldherrn (connétable) von Bourbon auf, ſich vor Gericht zu ſtellen. Der Platz des erſten Huiſſiers in den Sitzungen der großen und der Criminal-Kammer war neben dem Obergerichtsſecretair. In der Verſammlung aller Kammern trug er einen ſcharlachrothen Rock, und eine Mütze von Goldſtoff (drap d'or) mit Hermelin ausgeſchlagen und auf derſelben einen Büſchel von Perlen. Wenn der ge-

---

des ſechſten (d. 21. Juni 1389) ward (Froissard Liv. 4 chap. 2) in dem Saal des Juſtizpallaſtes an der großen Marmortafel (sur la grande table de marbre, qui continuellement ets au Palais, et point ne se bouge) gegeben. Auch König Heinrich der Zweite gab am Abend ſeines Einzugs in Paris (16. Juni 1549) an dieſer Marmortafel ſein Königl. Nachtmahl. Noch gab es eine Marmortafel in dem Hof neben der Freitreppe des Juſtizpallaſtes, welche indeſſen häufig „Pierre de marbre" genannt wird. Die Chronik v. St. Denys ſagt „que les cadavres des seigneurs qui furent tués en 1357 au Palais, dans la Chambre du Dauphin et en sa présence, furent trainés jusqu'à la cour du Palais, devant la pierre de marbre et qu'on pouvoit les voir de la chambre du Dauphin. Beide Marmortafeln dienten oft zu öffentlichen Verkündigungen, ſo wie zur Vorladung der Partheien. In den Regiſtern des Parlaments bewahrte man ein Actenſtück, worin bemerkt iſt, daß der König den letzten Junius 1523 ein Throngericht gehalten, um das Contumacial-Urtheil gegen den Grafen von Flandern (Kaiſer Karl den Fünften!!!) auszuſprechen, und daß der erſte Huiſſier denſelben vorgeladen habe an der Fenſter nahe bei der Thüre der Schranken des Parlaments (près de la porte de la bare du Parlement), und darauf auf der Marmortafel des großen Saals, und auf dem Mormornen Stein (sur la pierre de marbre), der auf dem Hof des Pallaſtes war. In den letzten Zeiten war keine dieſer beiden Marmortafeln mehr vorhanden. Die große (innerhalb des großen Saals) ward in dem Brand, der i. J. 1618 im Juſtiz-Pallaſt ausbrach, zerſtört. M. ſ. d. Encyloped. Art.: table de marbre und vorzüglich (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 347 note.)

ſammte Hof ſich irgendwo hinbegab, war der erſte Huiſſier an der Spitze deſſelben hinter der Maſſe der übrigen Huiſſiers.

Von dem Zweck und den Amtsverrichtungen der Staatsbehörde, ſo wie von dem wahrſcheinlichen Urſprung und der Zeit der Entſtehung dieſer wichtigen Staats-Einrichtung haben wir ſchon im dritten Abſchnitt (Th. I. S. 192—198, 217—220, 669—670) umſtändlich geſprochen.*) Wir verweiſen den Leſer alſo dahin, und beſchränken uns darauf, noch Einiges, welches früher minder verſtändlich geweſen wäre, hier nachzutragen. Bei dem Parlament von Paris beſtand die Staatsbe-

---

*) Den dort ſchon angeführten Stellen kann man noch folgende beifügen. In der großen Verordnung Philips des Schönen v. 23. März 1302 (Ordon. tom. I. p. 354) heißt es Art. 20: Ceterum volumus quod procuratores nostri, in causis quas nostro nomine ducent contra quascunque personas, jurent de calumnia, sicut predicte persone. Et si contingat ipsos facere substitutos, ipsis substitutis satisfaciant et non partes adverse; nolentes immo prohibentes expresse ne dicti procuratores nostri de causis alienis se intromittere, aut literas impetrare presumant, nisi pro personis conjunctis ipsos contingeret facere predicta." Man ſieht hieraus, daß es ſchon i. J. 1302 nicht allein beſondere Königl. Procuratoren, ſondern auch Subſtitute derſelben gab. In der Verordnung Philips v. Valois v. December 1344 über die Appellationen (Ordon. tom. II. p. 210, 215) wird Art. 7 erwähnt, daß oft Uebelgeſinnte in dem Namen des Königl. Procurators und ohne deſſen Vorwiſſen (sub nomine procuratoris nostri et ipso penitus ignorante) Schreiben erwirken, um gegen ganz unbeſcholtne Perſonen Unterſuchungen anzuſtellen. Der König verbietet ſolchen Briefen Folge zu leiſten „nisi de nostra expressa emanaverint voluntate et conscientia, seu a nostra curia tales litterae emanaverint aut ipso *procuratore nostro generali*, hoc in sua persona petente, vel de ipsius certo mandato." Dieſes iſt die erſte Königl. Verordnung, worin der Name procurator generalis in dem jetzt gewöhnlichen Sinne vorkommt. Merkwürdig iſt es dabei, daß in der großen Verordnung über das Parlament, die in demſelben Jahr erlaſſen ward (Ordon. tom. II. p. 219, 226) die gewöhnlichen Anwälte (procureurs postulans) noch procuratores generales genannt werden.

hörde in den letztern Zeiten aus dem General-Procurator, drei General-Advokaten und achtzehn Subſtituten des General-Procurators. Die General-Advocaten machten mit dem General-Procurator gleichſam ein Collegium aus. Der letztere war zwar in Hinſicht ſeiner amtlichen Wirkſamkeit der erſte deſſelben. Allein in Hinſicht des Rangs gieng ihm der älteſte General-Advocat vor,*) welches indeſſen ſeit der Napoleon'ſchen

---

*) Ferrièr. Dict. d. D. art. Procur. génér.; und Merlin Répert. art. Ministrère publ. §. V. — der Titel: General-Advocat ſoll, um einen beſondern Beamten des Königs zu bezeichnen, Etwas ſpäter, als der General-Procurator in Gebrauch gekommen ſeyn. In der (vorig. Note angeführten) Verordnung Philips v. Valois v. J. 1344, oder vielmehr in dem derſelben angehängten Parlaments-Beſchluß, worin die Anwälte unter dem Namen procuratores generales erwähnt werden, kommen die Advocaten blos unter dieſem letztern Namen (advocati) vor (z. B. p. 225 „primo ponantur in scriptis nomina advocatorum etc. Advocati istius curiae parabunt articulos, qui sequuntur, et est sciendum, quod nullus advocatus ad patrocinandum recipietur, nisi sit juratus et in rotulo omnium advocatorum scriptus etc.) Unmittelbar geſchieht in dieſer Verordnung weder des General-Advocaten noch des General-Procurators als Mitglieder des Parlaments Erwähnung. Doch heißt es in dem beigefügten Parlamentsbeſchluß Art. 7 (ibid. p. 226): „Item dicti advocati novi debent deferre majoribus et antiquis advocatis, tam in sedibus quam in aliis, nec sedere praesumant in primo scamno, in quo *advocati et procuratores regii*, Baillivi, Seneschalli et alii potentiores et nobiles esse debent, et sedere consueverunt.“ Fünfzehn Jahre ſpäter in einem Brief Carls des 5ten vom 28. Mai 1359 (Ordon. tom. III. p. 345, 346), wodurch mehrere früher abgeſetzte Beamten wieder in ihre vorige Würde eingeſetzt werden, heißt es „feu maistre Regnaut Daci lors vivant général advocat en Parlement, et aussi special advocat de Monsieur [du Roi Jean, pere de Charles V., alors Regent] et de nous oudit Parlement.“ In einem andern Schreiben deſſelben Königs v. 20. Febr. 1359 (Ordon tom. III. p. 447) heißt es: „ . . . Dilectis nostris magistris Guiliermo de Dormanis, advocato generali dicti genitoris nostri et nostro, Joanni Fourcy, Reginaldo de Tryaynello in Parlamento Parisiensi

Geſetzgebung anders iſt. Die Subſtitute,*) und zwar nicht allein bei dem Parlament, ſondern alle Procuratoren des Königs in dem ganzen Gerichtsbezirk deſſelben, wurden als Organe des Gene-

---

advocatis.“ — Sehr Viele nehmen an, der Titel: General-Advocat ſey erſt ſeit d. J. 1587 gewöhnlich geworden; um nämlich den Beamten der Staatsbehörde, wovon hier die Rede iſt, zu bezeichnen. Anton Seguier ſoll ihn in dieſem Jahr zuerſt erhalten haben. In den Urtheilen des Parlaments ward er bis zu den letzten Zeiten nur „avocat dudit Seigneur Roi“ genannt.

*) Dieſe Subſtituten hiengen Anfangs von dem General-Procurator ſo unbedingt ab, daß er ſie ſogar bezahlen mußte. (M. ſ. S. 104 Not. „Et si continget etc., welches in der Verordnung v. Johan dem 2ten v. Octob. 1351 (Ordon. tom. II. p. 450, 456 art. 20) nochmals wiederholt ward. J. J. 1458 wurden ſie durch einen Beſchluß des Parlaments von Paris für Beamten des Hofs (officiers de la cour) erklärt Ordon. tom. XV. p. 462). Das im Text angeführte Edict (Heinrichs des dritten) vom Mai 1586 findet ſich in d. Cod. Neron. edit. 1720 tom. I. p. 670. Der König ſagt darin, daß die General-Procuratoren ihre Subſtitute meiſtens aus den gewöhnlichen Advocaten nähmen, welche oft früher für die Partheien geſprochen, geſchrieben, denſelben Rath ertheilt u. ſ. f., daß ſie ſich überdem Sporteln und ſonſtige Vergütungen vorſchießen ließen, welche in der Rechnung nicht aufgeführt würden, ſo daß der obſiegende Theil ſie von dem Gegner nicht wiederfordern könnte. Er habe, um dieſem abzuhelfen, für gut befunden, bei allen oberſten Gerichtshöfen (en chacune de nos cours de Parlement, grand conseil, cour des Aydes et autres cours souveraines, où nous avons Procureurs généraux) Subſtitute der General-Procuratoren anzuſtellen, welche als Königl. Beamten fungiren, und zu den Corporationen, wobei ſie angeſtellt wären, gehören, ſich aber mit der Vertheidigung und Berathung in Angelegenheiten von Privaten nicht befaſſen ſollten. Durch ein anderes bald darauf folgendes Edict auch v. Mai 1586 (Cod. Ner. tom. I. p. 671) ward dieſe Beſtimmung auch auf die untern Gerichte (siéges Présidiaux, Bailliagés, Sénéchaussées, Prevôtez, Chambre de nostre tresor, siéges de nos eslections, Tables de Marbre et lieux proches de nos forets) ausgedehnt, bei welchen allen Subſtitute des General-Procurators angeſtellt werden ſollten.

ral=Procurators angeſehn, ſo wie die Wahl derſelben früher auch von ihm abhieng. Allein durch das Edict vom Mai 1586 wurden ſie zu dem Rang eigentlicher Beamten erhoben, die der König ernannte. Der General=Procurator mußte für die Erhaltung der guten Ordnung und der durch die Geſetze beſtimmten Disciplin ſorgen. Daher kam er in den ältern Zeiten oft Morgens ganz früh in das Parquet der Gerichtsdiener, wo er einen beſtimmten Platz hatte. Im Winter kam er nach der Einfachheit der damaligen Sitten mit der Laterne in der Hand. Allein ſeine Verpflichtung ein wachſames Auge auf die Erhaltung der Disciplin, insbeſondere auf die Handlungen der Huiſſiers zu haben, und die Mißbräuche, die er etwa bemerkt, anzuzeigen, dauerte immer fort, und beſteht noch jetzt. Was die Vertheilung der übrigen Geſchäfte zwiſchen dem General=Procurator und den General=Advocaten betrifft, ſo galt hierin bei den verſchiedenen Parlamenten nicht dieſelbe Regel, ſondern es gab faſt allenthalben beſondere Verordnungen und Gebräuche darüber. Als allgemeinen Grundſatz kann man indeſſen annehmen, daß außer der allgemeinen Aufſicht über das geſammte Gericht auch Alles, was ſchriftlich abgefaßt ward, zu den Amtsbefugniſſen des General=Procurators gehörte, daß dagegen der mündliche Vortrag in den öffentlichen Sitzungen durchaus und ausſchließlich den General=Advocaten zukam. Dieſe waren in Hinſicht ihrer Anträge völlig frei und unabhängig vom General=Procurator. Letzterer hatte zwar bei der Einregiſtrirung der Königl. Verordnungen, Edicte u. ſ. f. das Wort, allein doch nur, wenn in geheimer Sitzung (bei verſchloſſenen Thüren) darüber berathſchlagt ward. *) Der General=Procurator war überdem die eigentlich handelnde Perſon des öffentlichen Miniſteriums. Er verfolgte die Verbrecher, betrieb die Vollſtreckung

---

*) M. ſ. Merlin Répert. art. ministère public §. IV. Man findet dort ein reglement, welches i. J. 1684 über die Vertheilung der Geſchäfte für das Parquet des Parlaments von Rennes gegeben worden iſt, und wobei man ſich ganz nach dem Parlament von Paris gerichtet hatte. Ueber dieſe Vertheilung nach den jetzigen Geſetzen ſehe man Th. I. S. 669).

der Urtheile, wachte über die Erhaltung der Königlichen Rechte und Domainen u. ſ. f. Bei allen Proceſſen, die über Domainen entſtanden, verſah ein Beamter der Staatsbehörde die Stelle des Anwalts, und Vertheidigers des Königs. *) Daher kommt die in den Gerichten gebräuchliche Redensart: „le roi ne plaide que par procureur, et nul autre que lui ne peut plaider de cette manière. **) Man muß indeſſen nicht glauben, daß die Beamten der Staatsbehörde verpflichtet geweſen ſeyen, bei allen auch bei den ungerechteſten Weigerungen und Forderungen der Domainenverwaltung für dieſelbe anzutragen.

---

*) Die Vertheidigung der Gerechtſame des Königs war von je her Eine der erſten Amtspflichten des Königl. Procurators. In der Verordnung Philips des Langen vom Juli 1319, worin er den Bewohnern von Perigord und Quercy verſchiedene Privilegien ertheilt (Ordon. tom. I. p. 694, 700) heißt es Art. 30 „Praeterea nolumus, ymo expresse prohibemus procuratoribus nostris, ne ipsi in causis quibuscunque opponant se aut partem facere praesumant nisi de patrimonio aut alio jure nostro sine fraude agatur, vel jus publicum requirat, vel nisi aliter cognita causa, a nobis vel Seneschallo habeant specialiter in mandatis.“ In den genannten Provinzen (Perigord und Quercy) galt das geſchriebene Recht. Sonſt hatte derſelbe König durch ſeine Verordnung v. 18. Juli 1318 (Ordon. tom. I. p. 656, 660) Art. 29 in allen Provinzen, wo das geſchriebene Recht nicht galt, die Procuratoren abgeſchafft, und den Amtmännern die Vertheidigung der Königl. Rechte aufgetragen „Tous Procureurs seront ostez, excepté ceulx qui sont ès lieux ès quiex on use de droit escript, et soustendront les Baillys, et deffendront nos causes par bon conseil qu'ils prendront.“ Dieſe Beamten ſcheinen indeſſen bald wieder hergeſtellt worden zu ſeyn.

**) In den früheren Zeiten ſcheint man hier unter „procureur“ »Sachwalter« verſtanden, und dadurch angedeutet zu haben, daß die gewöhnlichen Sachwalter zwar für die Parthei aber nicht als Parthei vor Gericht ſprachen. Jetzt aber, wo das Wort procureur in dem Sinne von Sachwalter durch avoué erſetzt iſt, verſteht man unter dem Ausdruck „procureur“ hier meiſtens den Staatsprocurator, ſo daß die oben angeführte Formel ſoviel heißt, als nur der König hat den Staatsprocurator zum Anwalt.

Ihre Pflicht beſchränkte (und beſchränkt ſich auch noch *) bei den jetzigen Franzöſiſchen Gerichten) einzig darauf, die von der Domainenverwaltung aufgeſtellten, oder die ſonſt wirklich für ſie ſtreitenden Gründe und Beweiſe, ſo wie ihr Geſuch dem Gericht vorzutragen. Hat der Beamte der Staatsbehörde dieſes gethan, ſo ſpricht er noch ferner ſeine Meinung im Sinne des Rechts und der Geſetze aus, und überläßt dem Gericht die Entſcheidung.

---

*) Man ſehe Merlin Quest de droit, 2de édit. ton. 1èr. art. avoué. „Le commissaire du gouvernement peut et doit faire dans l'ordre judiciaire actuel ce que faisoit le procureur-général dans l'ancien, comme celui-ci il-réunit effectivement deux qualités dans les affaires ou l'état est partie. Défenseur de l'état il intente son action, ses moyens, il prend ses conclusions. Ensuite organe de la loi . . . . il requiert même contre l'état ce qui lui paroit être dans le voeu de la loi.“ Merlin ſpricht hier von dem Verfahren während der ſogenannten tranſitoriſchen Geſetzgebung, welche vor der Einführung des cod. de procéd. galt. Es iſt hierin indeſſen jetzt Nichts geändert, nur daß der Staatsprocurator an die Stelle des Regierungs-Commiſſairs (commissaire du gouvernement) getreten iſt. — In einigen Fällen wird indeſſen für den Staat gerade wie für jeden Privatmann ein beſondrer Anwalt beſtellt, wenn es ſich entweder von der Verſteigerung liegender Gründe, oder von Beſtimmung der Rangordnung unter den Gläubigern u. dergl. handelt, von welcher Art faſt alle Angelegenheiten ſind, wo der öffentliche Schatz als Parthei erſcheint. Ueberhaupt iſt die Befugniß des Staats ſich durch die Staatsbehörde vertreten zu laſſen, nur facultativ, d. h. er kann davon Gebrauch machen oder nicht. Auch iſt, wenn ſchon der Staat als Parthei auftritt, das gerichtliche Verfahren durchaus daſſelbe wie in allen andern Sachen. Daſſelbe iſt nicht, wie Einige glauben, nothwendig ſchriftlich; ſondern dieſes hängt, wie bei allen andern Prozeſſen von den beſondern Schwierigkeiten ab, die ein Fall darbieten kann, und es muß in der öffentlichen Sitzung darüber erkannt werden. Nur in einigen wenigen Fällen, die eigentlich mehr in das Verwaltungsfach gehören, und wo faſt Alles zur Entſcheidung erforderliche ſchon vorgearbeitet iſt, findet nothwendig das ſchriftliche Verfahren Statt, welches hier aber immer nur ſehr

Alle offenen und verſchloſſenen Schreiben des Königs, die Verordnungen, Edicte u. ſ. f. die dem Parlament mitgetheilt werden ſollten, wurden an die Staatsbehörde und zwar an den General-Procurator adreſſirt. Er konnte jeden Augenblick in die Sitzung treten um ſie dem Hof mitzutheilen; weshalb die Thüre aus dem Parquet in die große Kammer allezeit offen bleiben mußte. Das Parlament war alsdann verpflichtet die Sitzung ſogleich zu unterbrechen, und mit Ausſetzung aller andern Sachen zuerſt über das Königliche Schreiben zu berathſchlagen. Der General-Procurator führte auch die von dem König an das Parlament geſandten Beamten, die Ceremonienmeiſter oder ſonſtige Edelleute, endlich auch die Polizeibeamten, wenn ſie, wie gewöhnlich vor der Faſtenzeit kamen, um ihren Bericht über den Zuſtand der Polizei abzuſtatten, in das Parlament ein. Die General-Advocaten begleiteten hierbei denſelben allezeit und nahmen, wenn es erforderlich war, das Wort für ihn. Durch die Beamten der Staatsbehörde fand auch die unmittelbare Verbindung zwiſchen dem König und dem Parlament Statt, welchem letztern dazu kein anderer Weg offen ſtand. Dieſelben verfügten ſich perſönlich zu dem König, um ihm die ihnen vom Parlament gegebenen Aufträge zu hinterbringen, die Befehle des Königs einzuholen, und ſich zu erkundigen, an welchem Tag und zu welcher Zeit es ihm gefällig ſey die Deputationen des Parlaments anzunehmen. Sie hatten daher allezeit Zutritt zum König, und brauchten ſich deshalb nur an den erſten Kammerherrn (prémier gentil-homme de la chambre) oder in deſſen Abweſenheit an den erſten Kammerdiener zu wenden. Den Kanzler brauchten ſie, wenn er da war, nur davon zu benachrichtigen.

Wir haben ſchon oben angeführt, daß der General-Procurator und die General-Advocaten ein Collegium ausmachten. Bei mehrern wichtigen Sachen berathſchlagten dieſelben nämlich

---

kurz iſt. Man ſehe über dieſen ganz zu dem Practiſchen der Jurisprudenz gehörigen Gegenſtand die intereſſante Schrift des verſtorbenen Präſident Daniels: Ueber die Form des gerichtlichen Verfahrens in Domanialſachen u. ſ. f. Köln 1824. M. ſ. n. den folgenden Abſchnitt N° II.

gemeinſchaftlich. Bei Gleichheit der Stimmen gab die Stimme des General-Procurators den Ausſchlag. Insbeſondere entſchieden ſie in dieſen gemeinſchaftlichen Berathungen über gewiſſe Competenzſtreitigkeiten, *) welche ſich entweder zwiſchen den verſchiedenen Kammern des Parlaments oder auch zwiſchen dem Parlament und dem Ober-Steuerhof (cour des aides) erhoben. (Nach Artik. 12 Tit. II. der Verordnung v. J. 1669 und nach Artik. 23 Tit. II. der Verordnung v. J. 1737) ſollten die General-Procuratoren und General-Advocaten beider Höfe alle Monate, und auf Erſuchen noch öfter an einem beſtimmten Tag im Parquet des Parlaments zuſammenkommen, und die Statt findenden Competenzſtreitigkeiten nach Stimmenmehrheit entſcheiden. Die Thüren des Parquets blieben dabei für das Publikum offen, und die Entſcheidenden gaben ihre Stimmen laut ab. Dieſem ganz gleich war das Verfahren, wenn ein Conflict zwiſchen zwei Kammern des Parlaments entſtand, nur daß in dieſem Fall natürlich nur die Parquets-Beamten des Parlaments zuſammen kamen. Waren die Stimmen getheilt, ſo gieng die Sache an den Staatsrath. In vielen Fällen entſchied indeſſen der ſogenannte große Staatsrath **) (grand conseil) über die Competenzfragen, worüber man die angeführten Verordnungen v. J. 1669 und 1737 näher nachſehen kann.

Bei feierlichen Gelegenheiten gingen die Beamten der Staatsbehörde hinter dem Parlament, und in einiger Entfernung von demſelben, wobei ein eigner Huiſſier ihnen vortrat. Auch an allen Deputationen, die das Parlament an den König ſchickte, nahmen ſie Antheil. Sie zogen ſich erſt nach den übrigen Deputirten zurück, näherten ſich dann alle dem König und verbeugten ſich vor ihm. Ehmals pflegten ſie dabei nur die Worte zu ſagen: Ihre Leute, Euer Majeſtät (Sire, ce sont vos gens). Seit den Zeiten Ludwigs des Vierzehnten aber pflegten ſie, wenn die Deputation gekommen war um dem König Glück zu wünſchen oder ihr Beileid zu bezeugen u. ſ. f. (pour complimenter le roi), ebenfalls einige Worte an den König, die Königin u. ſ. f. zu richten.

---

*) Fand ein Conflict zwiſchen zwei Untergerichten Statt, die unter demſelben Parlament ſtanden, ſo entſchied das letztere. Standen ſie unter verſchiedenen Parlamenten, ſo gehörte die Entſcheidung dem Staatsrath (au conseil). Die Partheien mußten indeſſen dazu entweder bei der großen Kanzellei einen Brief, oder bei dem Staatsrath einen Beſchluß (arrêt) erwirken, daß ſie ihr Geſuch: pour estre reglées de juges beim Staatsrath einreichen durften. Man ſehe tit. II. art. 1 die ordonn. v. 1669 und v. 1737.

**) Von dem amtlichen Wirkungskreis des großen Staatsraths (grand conseil) und wie er ſich von dem eigentlichen Staatsrath oder geheimen Rath (conseil privé) unterſchied, wird in der Folge näher geredet werden.

Der General-Procurator leiſtete ſeinen Eid nur beim Antritt ſeines Amts: die General-Advocaten erneuerten ihn jedesmal bei der feierlichen Sitzung nach den Ferien. Nach Ihnen legten auch die übrigen Advocaten den Eid ab, ſo wie man denn überhaupt annahm, daß die General-Advocaten an der Spitze des Korps der Advocaten (du barreau) ſtänden.

Die General-Advocaten des Parlaments von Paris hatten noch in den letzten Zeiten den Titel und den Gehalt eines Königlichen Staatsraths. Allein ſie hatten nicht mehr wie früherhin Sitz und Stimme im Staatsrath. Sie behaupteten indeſſen vermöge dieſes Titels perſönlich den Vorrang vor allen Parlaments-Räthen und Requeten-Meiſtern zu haben, die Fälle abgerechnet, wo das ganze Parlament verſammelt erſchien. Sie vermieden daher — um doch auch Etwas von ihren kleinlichen Anſprüchen zu ſagen — ſich bei dem feierlichen Eſſen, welches der erſte Präſident nach den Ferien gab, oder bei Prozeſſionen und andern Feierlichkeiten einzufinden, wo ſie mit einem Parlaments-Rath zuſammentreffen konnten.

Der Platz der General-Advocaten in den öffentlichen Sitzungen war ehmals auf der Bank der Amtmänner (baillis), ſpäterhin aber ſaßen ſie auf der Bank der Secretaire des Hofs.*)

---

*) Ehmals hatten die Amtmänner auch Sitz und wenn ſie Königl. Staatsräthe waren, auch Stimme im Parlament. Die Verordnung Philips des Schönen vom Jahr 1291 über das Parlament (Ordon. tom. I. p. 320, 321) enthält Art. 6: „Item Seneschalli et Baillivi, Prepositi, Vicecomites et eorum Clerici in arrestis et judiciis faciendis

Die General-Advocaten pflegten, wenn ſie in der öffentlichen Sitzung ſprachen, ein Knie gegen die Bank zu ſtützen, wo ſie ſaßen. Wenn überhaupt ein Beamter der Staatsbehörde in der Sitzung ſprach, ſo pflegten alle übrigen Beamten dieſer Behörde, die dem Dienſtalter nach jünger waren, die Rede ſtehend anzuhören.

Zum Schluß dieſer ausführlichen Erklärung der Einrichtung und der Geſchäftsordnung des Parlaments wollen wir nun noch über den Ort, wo es ſeine Sitzungen hielt, Einiges ſagen.

---

non remaneant, sed irrequisiti recedant, *nisi sint de consilio.* Quin etiam si de consilio fuerint, et deferatur querela de ipsis, audita responsione de illius de quo defertur querimonia, ipse statim, cum tractabitur de arresto super hoc faciendo, irrequisitus recedat, et quamquam sit de consilio, non intersit in ejusmodi arresto faciendo“. Uebrigens mußten, wie ſchon angeführt worden, die Amtmänner ehmals im Parlament erſcheinen, um die Richtigkeit ihrer Urtheile zu vertheidigen. Daher legt ihnen auch der folgende Artikel (7) auf, ſich in dem Parlament einzufinden (ibidem remaneant quamdiu dies baillivie sue durabunt, vel quatenus per Magistros Curie retinebuntur). Man muß indeſſen die Amtmänner als Richter in dem Parlament nicht gern geſehn haben. Denn Philip der Schöne beſtimmte in der großen Verordnung v. 23. März 1302 pro reformatione Regni (Ordon. tom. I. p. 354, 360) Art. 16: „Nolumus quod Seneschallus aliquis vel Baillivus de nostro sit Consilio, quamdiu sue precrit prefecture etc.“ Derſelbe König hatte ſchon durch ſeine Verordnung vom Jahr 1291 (ibid. p. 320, 321) Art. 3 feſtgeſetzt, daß keine Amtmänner gebraucht werden ſollten, um im Parlament die Unterſuchungen zu führen. Gleichwohl behielten ſie in allen Sachen ihren Sitz im Parlament. Art. 13 der Verordnung, welche Philip der Lange im December 1320 über das Parlament erließ (Ordon. tom. I. p. 727, 730), ſagt: „Nous voulons que les huissiers de Parlement laissent passer les Seneschaulx, Bailliz et nos Procureurs par devers les Mestres, forz tant seullement quant il seront en conseil sur les arrez“. — Auch blieb bis zu letzten Zeiten in dem Sitzungsſaal des Parlaments eine beſondere Bank, welche die Bank der Amtmänner und Seneſchalle hieß, und wo ſie, wenn ſie im Parlament erſchienen, ihren Platz nahmen.

Der Juſtiz-Pallaſt (palais de justice), der dem Parlament zu ſeinen Sitzungen diente, und welcher in der eigentlich ſogenannten Stadt Paris (cité) auf einer von der Seine gebildeten Inſel liegt, ward, wie man glaubt, zu den Zeiten Chlodwigs erbaut. Er war urſprünglich zur Königlichen Wohnung beſtimmt, weshalb er auch den Namen Pallaſt führt. Wir haben indeſſen ſchon im vorigen Abſchnitt bemerkt, daß derſelbe auch ſchon in den früheſten Zeiten (wenigſtens zur Zeit Ludwigs des H.) Theilweiſe gebraucht ward*) um Gericht (die plaids de la porte) darin zu halten. Ludwig der Zehnte, genannt Hutin, ein Sohn Philips des Schönen (reg. 1314—1316) überließ ihn einzig zu dieſem Gebrauch, wozu er noch in dem gegenwärtigen Augenblick dient. Derſelbe hat eine ſehr geräumige Vorhalle, die man auch den großen Saal (la grand'salle) nennt. Dieſer diente ehmals, als die Könige noch hier wohnten, zu allen großen Feierlichkeiten. Hier wurden die fremden Geſandten empfangen, und die Hochzeiten der Königl. Kinder gefeiert. Gegenwärtig pflegen die Advocaten ſich in demſelben zu ergehn, und untereinander oder mit den Partheien zu berathſchlagen. *) Aus dem großen Saal gelangt man in die große Kammer (la grand'chambre), welche letztere von Ludwig dem Heiligen erbaut worden, und von Ludwig dem Zwölften ihre jetzige Geſtalt erhalten hat. Ludwig der Heilige gab hier öffentlich Audienz. Der Saal, wo ſpäterhin die Criminal-Abtheilung des Parlaments (la tournelle) ihre Sitzungen hielt, war das Schlafzimmer Ludwigs des Heiligen, worin er an ſeinem Hochzeitstag ſchlief. Durch eine ſchreckliche Wendung des Schickſals ſollte die große Kammer, wovon die Orakelſprüche der höchſten richterlichen Weisheit über ganz Frankreich aus-

---

*) In der Verordnung, welche Philip v. Valois d. 12. Januar 1330 gegen die Wucherer erließ, (Ordon. tom. II. p. 59, 60) heißt es „Laquelle ordonnance faite, et publiée en nostre Palais à Paris, la ou toutes manières de gens et de toutes les parties du monde, viennent, les uns pour aprendre et demander droit, les autres pour veoir l'estat de gouverner justice, dont pluseurs diverses parties du Royaume ne demourent guaires, sans se traisre devers nostre conseil etc." — Durch ein Schreiben vom Januar 1358 (Ordon. tom. III. p. 310, 311) beſtätigt König Johan der Zweite dem Concierge du Palais, (damals nostre amé et feal escuyer Philippes de Savoysi) alle Privilegien und Freiheiten, die ihm und ſeinen Vorgängern in dieſer Stelle zuſtänden und zugeſtanden hätten. Art. 1 wird ihm die niedere und mittlere Gerichtsbarkeit in dem Umfang des Pallaſtes und den Umgebungen („audit Palais et dedens le pourpriz et appartenances d'iceluy Palais") welche hier umſtändlich beſchrieben werden, beigelegt. Er oder auch ſein Stellvertreter ſollte in dem Pallaſt (Art. 2) über alle innerhalb der angegebenen Grenzen begangenen Verbrechen ohne Unterſchied des Ranges der Urheber richten. Er hatte (id. art.) zugleich die Aufſicht über die Buden, die in dem Pallaſt und den Gallerien deſſelben aufgeſchlagen waren, ſo wie das Erkenntniß über alle Kontracte, Verkäufe u. dgl., die innerhalb des Pallaſtes und ſeiner Umgebungen geſchloſſen wurden. Niemand außer ihm konnte darin Gericht halten oder eine weltliche Gerichtsbarkeit ausüben excepté les gens des Comptes de Monseigneur et les nostres [de Charles V. fils du Roi, Regent et duc de Normandie] de Parlement et des Requestes du Palais, ou aucuns Commissaires deputez de par eux ou aucuns d'eux; et aussi exceptez les maistres de l'hostel de mondit Seigneur et les nos tres, tant que

---

mondit Seigneur es nous seront audit Palais." Es ſcheint alſo, daß der König damals ebenfalls noch zuweilen in dem Juſtizpallaſt wohnte. Das Schreiben ſelbſt iſt indeſſen aus dem Louvre datirt (fait et donné au Louvre les Paris). Es heißt darin nach Art. 10 „Nous considerans le dit Palais Royal estre et avoir esté le principal hostel de nostre très cher Seigneur et Père, et des Roys de France ses Prédécesseurs et les nostres etc." — Die Stelle des Concierge du Palais beſtand bis zur Revolution, doch ward er bailli du Palais genannt. Seine Gerichtsbarkeit erſtreckte ſich auch nur auf den Umfang des Juſtizpallaſtes. M. ſ. noch d. Encyloped. Art. „Concierge du Palais."

*) In der Verordnung, welche Philip v. Valois d. 11. März 1344 über das Parlament erließ (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 219, 222) heißt es Art. 8 „moult deshoneste chose est que, la Court séant, aucuns des Seigneurs [conseillers] voisent tourneant, et esbatiçant par la Salle du Palais etc.

giengen, ſpäterhin auch dem Henker-Tribunal, das Frankreich und Europa mit Blut und Entſetzen erfüllte, zum Sitzungsſaal dienen. Jetzt iſt ſie ihrer urſprünglichen Beſtimmung wiedergegeben, indem ſie zu den Sitzungen des Caſſationshofs *) gebraucht wird. Oberhalb der großen Kammer befinden ſich die Archive, worin die Urſchriften und Regiſter, wovon wir oben geſprochen, aufbewahrt werden. Unter den Gewölben des Juſtiz-Pallaſtes ſind die Gefängniſſe der Conciergerie, worin die Criminal-Angeklagten, deren Prozeß in der Inſtruction iſt, aufbewahrt werden. **) Auch die unglückliche Königinn Marie-Antoinette ward in dieſes Gefängniß geſetzt, aus welchem ſie nicht herauskam, als bis ſie (den 16. October 1793) aufs Blutgerüſt ſtieg. Nach der Zurückkunft der Bourboniſchen Familie ward das Zimmer, worin ſie geſeſſen hatte, in eine Sühn-Kapelle (chapelle expiatoire) umgewandelt.

Das bis hierhin geſagte wird wahrſcheinlich hinreichen um Jedem eine Ueberſicht über den Wirkungskreis und den Geſchäftsgang des Parlaments ſo wie auch eine Idee von dem Geiſt, der es belebte und der ſich in einen Zeitraum von fünf Jahunderten nie ganz verläugnet hat, zu geben. Zur Erhältung der innern und äußern Würde des Richteramts hat daſſelbe mehr als irgend ein Richter-Collegium, man darf wohl behaupten, auf der ganzen Erde beigetragen. Durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens ***) war, was mehr als Alles

---

*) Schon durch das Decret der conſtituirenden Verſammlung vom 13. März 1791 ward die große Kammer des Parlaments dem (den 20. April deſſelben Jahrs inſtallirten) Caſſationshof eingeräumt. (Desenne tom. III. p. 126.) Späterhin hielt, wie geſagt, das Revolutions-Tribunal ſeine Sitzungen darin. Allein das Decret vom 6. Meſſidor d. J. 3 gab ihn dem Caſſations-Hof wieder.

**) In dem eben (S. 114 *) angeführten Schreiben Johans des Zweiten heißt es Art. 2: „Et à et doit [le concierge du Palais) avoir Prisons et Ceps audit Palais, pour y mettre et tenir les malfaicteurs, qui se meffont ès lieux dessusdits etc.“

***) Freilich nur in Civilſachen. Indeſſen wünſchten und hofften doch alle beſſern Talente dieſelbe Oeffentlichkeit auch in dem Anſehen der Richter ſchadet, der Argwohn der Beſtechung gänzlich entfernt. Die Majeſtät ſeiner äußern Formen erinnerte Jeden an die hohe Wichtigkeit der ihm obliegenden Functionen. Die lange Geſchäftserfahrung deſſelben brachte unter ſteter Mitwirkung der Staatsbehörde eine Menge der weiſeſten Einrichtungen und Verbeſſerungen im Juſtizfach hervor, ſo wie die Hoffnung einſtens in dieſes höchſte Richter-Collegium, deſſen Ausſprüchen ſich ſelbſt die Pairs von Frankreich unterwerfen mußten, aufgenommen zu werden, den Eifer aller Beſſern entflammte und nach und nach die großen Lichter, die wir noch bewundern, in daſſelbe einführte. Einen tödtlichen Stoß erhielt die Würde des Parlament durch die Verkäuflichkeit der Stellen, die endlich gar erblich wurden. Das ganze Inſtitut erhielt dadurch den Character einer gemiſchten Geld- und Adels-Ariſtocratie, die weder dem Volk noch dem Fürſten ſondern nur ſich ſelbſt diente. Wegen der Unzahl unfähiger Subjecte, die dadurch dem Parlament aufgedrungen wurden, geriethen die Geſchäfte zum Theil in die Hände ſubalterner Beamten oder Secretaire, denen natürlich das Volk die Schuld aller etwa begangenen Mißgriffe aufbürdete. Die Ehrfurcht vor dem Parlament erhielt ſich nur durch Erinnerungen aus der Vergangenheit, und verwandelte ſich endlich in Neid und Verachtung, ſo daß das Volk, welches ſeit Jahrhunderten her gewohnt war, die Parlamente als die erſte und einzige Stütze ſeiner Freiheiten anzuſehn, die Aufhebung derſelben (im J. 1790) mit Gleichgültigkeit aufnahm. Ueberhaupt mögte die Einwirkung, welche das Parlament auf die innere und äußere Verwaltung des Reichs gehabt, mit dem, was es als Richter-Collegium geleiſtet, nicht zu vergleichen ſeyn. Allerdings ſtellte es im Kleinen ein Bild der Volksvertretung dar, und erhielt die Erinnerung daran immer lebendig. Auch den Eingriffen, welche die mächtigen Vaſallen und beſonders die Geiſtlichkeit und der Römiſche Hof in die Rechte der Krone ſich erlaubten, widerſetzte es ſich Jahrhunderte hindurch mit feſter Standhaftigteit; ſo daß Frankreich

---

Criminalſachen eingeführt zu ſehen. Man ſehe den vortrefflich bearbeiteten Artikel: Publicité des audiences in dem **Répert** v. **Merlin.**

es vorzüglich dem Parlament zu danken hat, wenn daſelbſt die geiſtliche Macht, obſchon nicht ganz auf ihren Wirkungskreis beſchränkt, doch innerhalb weit engerer Grenzen gehalten ward, als in irgend einem andern Lande von Europa. Allein dieſes mögten auch die einzigen Vortheile ſeyn, welche die innere Verwaltung Frankreichs dem Parlament verdankt. Auch fehlte es ihm, um hierin kräftig einwirken zu können, nicht allein an einer geſetzlichen Begründung und an der nöthigen Macht und Unabhängigkeit, ſondern auch zum Theil an Einſichten und Aufklärung. So feſt es ſich z. B. gegen die Eingriffe des Römiſchen Stuhls bewies, ſo willfährig war es meiſtens bei der Anordnung von ſtrengen und ſelbſt grauſamen Maßregeln gegen die Ketzer. Sogar die Gräuel der Bartholomäus-Nacht (vom 23. auf den 24. Auguſt 1572) rechtfertigte und beſtätigte es durch ſeine Beſchlüſſe.*) Unter Ludwig dem eilften widerſetzte es ſich der Einführung der Buchdruckerei in Frankreich (durch drei Deutſche i. J. 1470). Auf das Geſuch der Copiſten, die von dem Abſchreiben der Bücher lebten, und die Buchdrucker der Zauberei beſchuldigten, ließ das Parlament alle gedruckten Bücher in Beſchlag nehmen. Der König nahm ſich indeſſen der unterdrückten Kunſt an, übertrug die Entſcheidung der Sache dem Staatsrath, und bezahlte den Buchdruckern den Werth ihrer Bücher.

---

*) Den dritten Tag nach der Bartholomäus-Nacht und während die Metzeleien noch fortdauerten (den 27. Aug. 1572) begab ſich der König (Carl der Neunte) ins Parlament, um Rache gegen die Huguenotten zu fordern. Das Parlament hatte gerade Ferien, ſo daß man eine außerordentliche Kammer zuſammenrufen mußte. Der König ſetzte voraus, die ermordeten Perſonen haben ſich gegen ihn verſchworen, und man ſey der Ausführung des Complotts nur zuvorgekommen. Die Kammer des Parlaments erkannte, daß der ſchon getödtete und in Stücke geriſſene Admiral Coligny geſchleift und auf dem Greve-Platz aufgehängt werden ſollte. Durch einen andern Beſchluß wurden zwei Edelleute, Briquemont und Cavagnes Freunde des Admirals, die den Meuchelmördern entgangen waren, zum Strang verurtheilt, und noch an demſelben Tag hingerichtet. Das Parlament verordnete überdem, daß jährlich ein feierlicher Umgang (eine Proceſſion) gehalten werden ſollte um Gott für die Rettung des Reichs zu danken. Dieſe Proceſſion fand indeſſen nie Statt.

Eben ſo halsſtarrig zeigte ſich das Parlament, als der große Miniſter Richelieu (im J. 1635) die franzöſiſche Akademie ſtiftete. Das Parlament (wie man glaubt aus Furcht, die Academie mögte ſich einen Einfluß auf den Buchhandel anmaßen), verweigerte achtzehn Monate lang die Einregiſtrirung des Stiftungsbriefs. Man erſieht hieraus, daß das Parlament eben ſo gut, wie die übrigen Menſchen und Corporationen von den falſchen Anſichten und Vorurtheilen jener finſtern Zeiten, und ſogar hin und wieder von Partheilichkeit und kleinlichen Leidenſchaften beherrſcht ward. Bei der Ausſchreibung neuer Auflagen hatte das Parlament es ſich faſt zum Geſetz gemacht die Einregiſtrirung der Königl. Edicte zu verweigern. Allein es that dieſes mehr aus Haß gegen jede Neuerung und einem Haſchen nach Popularität, als aus wahrer Liebe für das Volk, deſſen Beifall ihm übrigens dafür in überreichem Maße zu Theil ward. Die Parlaments-Mitglieder ſelbſt waren ſo wie die Geiſtlichkeit und der Adel von den meiſten Auflagen frei; und dem Staat mußte weit mehr durch eine gleichmäßigere Vertheilung und zweckmäßigere Verwendung als durch Verminderung der Abgaben, welches der Gang der Zeiten nicht zuließ, geholfen werden. Mehrmals, wenn der Hof das Parlament durch ein Throngericht zwang die Königl. Edicte in ſeine Regiſter einzutragen, gieng daſſelbe zu offenbarer Widerſetzlichkeit über. Es proteſtirte nicht allein gegen die geſchehene Eintragung, ſondern es hob die Juſtizverwaltung völlig auf, und enthielt ſich aller richterlichen Geſchäfte. In der letzten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts ereignete ſich dieſer Scandal mehrmals; zuerſt unter Ludwig dem fünfzehnten bei Gelegenheit der Janſeniſtiſchen Streitigkeiten. Die Geiſtlichkeit weigerte ſich den Janſeniſten die Sacramente zu ſpenden. Der Hof nahm Parthei für die Geiſtlichkeit. Das Parlament erklärte ſich gegen ſie. Es hatte ſehr weitläufige Vorſtellungen an den König abgefaßt, wovon dieſer Nichts hören wollte. Hierauf verſammelten ſich (den 5. Mai 1753) alle Kammern und erklärten, daß ſie alle ihre richterlichen Functionen einſtellen und nur darüber wachen würden die öffentliche Ruhe gegen die Eingriffe der Cleriſey zu ſichern. Der König verwies die große Kammer nach Pontoiſe. Hier beſchäftigte ſie ſich einzig mit der Kirchenſpaltung, und ließ alle ſonſtigen Rechtshändel liegen. Indeſſen konnte die Verwaltung der Juſtiz nicht ſtille ſtehn. Der König errichtete daher (den 18. Septbr. 1753) aus ſeiner gewiſſen (unbeſtrittnen) und vollen Macht (de sa certaine et pleine puissance) eine beſondere Kammer, welche die Stelle des Parlaments vertreten ſollte. Dieſelbe war aus ſechs Staatsräthen und ein und zwanzig Requeten-Meiſtern zuſammengeſetzt. Bei ihrer erſten Errichtung hieß ſie Ferienkammer, erhielt aber nachher den Titel: Königliche Kammer. Durch den erſten Namen wollte man wahrſcheinlich dem Volk verbergen, daß es kein Parlament mehr gebe. Auch war wirklich die Ehrfurcht gegen das Parlament bei allen Ständen ſo tief eingewurzelt, daß die Königliche Kammer es nicht wagte ihren Sitz in dem Juſtiz-Pallaſt zu nehmen, ſondern ſich zuerſt in dem großen Auguſtinerkloſter, ſpäterhin im Louvre verſammelte. Die Kammer war der ganzen Hauptſtadt zum Gelächter, ja ſie lachte über ſich ſelbſt. Indeſſen traf ein bedenklicher Umſtand ein. Ein Dieb Namens Sandrin, welcher von dem Stadtgericht zum Strang verurtheilt war, appellirte an die Königliche Kammer. Dieſe beſtätigte das Urtheil. Allein das Stadtgericht weigerte ſich das Urtheil zu vollſtrecken, indem es behauptete, nur das Parlament habe daſſelbe beſtätigen können. Der Berichterſtatter in dieſer Sache mit Namen Milon ward in die Baſtille geſetzt. Hierauf ſtellte das Stadtgericht ebenfalls ſeine Functionen ein. Die Verwaltung der Gerechtigkeit hörte dadurch gänzlich auf. Dennoch blieb alles ruhig, Paris lachte, und die Policei war thätig. Da man keine Richter haben konnte, behalf man ſich mit Schiedsrichtern u. ſ. f.

Endlich rief der König (im Auguſt 1754) das Parlament zurück. Allein die Ruhe ſollte nicht lange dauern. Im Jahr 1756 (bei dem Ausbruch des ſiebenjährigen Kriegs) brauchte der Hof Geld, und das Parlament verweigerte wieder die Einregiſtrirung der neuen Abgaben. Was dem Hof bei dieſer Widerſetzlichkeit am bedenklichſten ſchien, war die Vereinigung aller Parlamente von Frankreich zu dem nämlichen Zwecke unter dem Namen von Claſſen. Das Parlament von Paris war die erſte

Claſſe u. ſ. f. Der Hof griff endlich zu dem äußerſten Mittel nämlich zu einem Throngericht. Es wurden deren mehrere gehalten, worin die Einregiſtrirung erzwungen, und verſchiedene harte Maßregeln gegen das Parlament angeordnet wurden. Als endlich ein Königl. Edict die dritte und vierte Unterſuchungskammer aufhob, reichten faſt alle Parlaments-Mitglieder ihre Entlaſſung ein. Aber der Hof fand ſich bald wieder genöthigt mit dem Parlament zu unterhandeln. Im Jahr 1757 (den 5. Januar Abends 7 Uhr) fand der bekannte Mordverſuch von Damiens gegen das Leben des Königs Statt. Man mußte für dieſes Verbrechen durchaus Richter haben, und war froh genug, daß die Glieder des Parlaments ſich bewegen ließen ihre Functionen wieder anzutreten. Im Jahr 1770 entſtanden wieder neue Streitigkeiten zwiſchen dem Hof und den Parlamenten. Sie hatten ſich, wie wir eben bemerkt, ſchon früher unter dem Namen von Claſſen vereinigt, und dieſe Vereinigung dauerte fort. War ein Königliches Edict denſelben nicht angenehm, ſo reichten ſie alle zuſammen ihre Gegenvorſtellungen ein. Einige Parlamente erließen ſogar Verhaftsbefehle gegen die Beamten, die der König ihnen zuſandte, um die Einregiſtrirung zu erzwingen.*) Der König dieſer Unordnungen müde beſchied das Parlament von Paris den 7. September 1770 zu einem Throngericht nach Verſailles, worin er ihm verbot, ſich mit andern Parlamenten zu verbinden, ſich der Ausdrücke Einheit, Untheilbarkeit (unité, indivisibilite) und Claſſen zu bedienen, ſeine richterlichen Functionen einzuſtellen, oder im Ganzen ſeinen Abſchied zu nehmen, Alles unter Caſſations-Strafe. Das Parlament ſtellte ungeachtet deſſen doch ſeine Functionen ein. Der Hof ließ jeden Parlaments-Rath einzeln nochmals auffordern, indem jedem (den 20. Januar 1771) ein Mousquetier mit einem Billet zugeſchickt ward, welches weiter Nichts enthielt, als er ſollte durch Beifügung von Ja oder Nein erklären, ob er gehorchen wolle oder nicht. Als auch dieſes Hülfsmittel, nach einigen Schwankungen, nicht den gewünſchten Erfolg hatte, wurden die Mitglieder des Parlaments aus der Hauptſtadt verbannt, in welcher Lage der Nachfolger des Königs, Ludwig der ſechszehnte, (im J. 1774) es noch fand. Um dieſe Strenge in den Augen des Volks zu rechtfertigen, beſchloß der Hof eine allgemeine Reform in dem Juſtizfach vorzunehmen. Damit der Gang der Gerechtigkeit nicht unterbrochen würde, ward die Verwaltung derſelben proviſoriſch einer ähnlichen Kammer, wie im Jahr 1753, übertragen. Das Volk beſchwerte ſich von je her vorzüglich über die zu große Ausdehnung, die der Gerichtsbezirk des Parlaments von Paris hatte. Mehrere Partheien mußten 150 Meilen weit herkommen, um ihre Prozeſſe zu führen. Beſonders noch beklagte man ſich über die Verkäuflichkeit der Richterſtellen und die Unmäßigkeit der Sporteln. Deshalb wurden unter dem Namen Obergerichtshöfe (cours supérieures) ſechs neue Parlamente, nämlich zu Arras, Blois, Chalons, Clermont, Lyon und Poitiers eingeſetzt, wozu in der Folge noch einige hinzukamen. Auch zu Paris ward unter demſelben Titel (cour supérieure) ein neues Parlament eingeſetzt. Alle dieſe Gerichtshöfe ſollten für die Verwaltung der Juſtiz von den Partheien Nichts nehmen, und die Mitglieder von dem König ernannt und beſoldet werden. Allein auch dieſe gewannen das Zutrauen des Volks nicht, welches den Despotismus des Hofs über Alles fürchtete. Nach dem Tode Ludwigs des fünfzehnten (im J. 1774) gab ſein Nachfolger dem allgemeinen Wunſch nach und rief das Parlament zurück. Doch ihm ſtanden von den Parlamenten noch weit größere Leiden bevor. Als die Erſchöpfung der Finanzen den König im Jahr 1787 genöthigt hatte, die Notablen zuſammenzuberufen, ließ er die von denſelben vorgeſchlagenen Auflagen (den Stempel und die Grundſteuer (timbre et subvention territoriale), der alten Sitte gemäß, dem Parlament zur Eintragung in die Regiſter vorlegen. Das Parlament weigerte ſich, und verlangte den Stand der Ausgaben zu ſehen. Der König beſchied es hierauf

---

*) In der Hauptſtadt erſchienen aus Ehrfurcht vor dem König die Mitglieder des Parlaments bei den Königlichen Throngerichten. In den Provinzen hingegen fanden die Königl. Beamten, wenn ſie um die Einregiſtrirung zu erzwingen ſich in das Parlament begaben, oft nur den erſten Präſident und den Greffier gegenwärtig. Alle. übrigen Mitglieder waren verſchwunden und nirgends zu finden. Kaum aber war die Einregiſtrirung vollzogen, ſo ſtrömten alle wieder herbei, und proteſtirten gegen das Geſchehne.

auf den 6. Auguſt 1787 nach Verſailles und erzwang in einem Throngericht die Einregiſtrirung. Das Parlament war kaum nach Paris zurückgekehrt, als es proteſtirte, wobei es ſeiner Gegenvorſtellung an den König die merkwürdige Erklärung beifügte: nur die geſammte Nation habe das Recht die Auflagen zu bewilligen. Hierauf verbannte der König es den 15. Auguſt (1787) nach Troyes in der Champagne. Nichts deſto weniger begab ſich den 17. September der älteſte Bruder des Königs (Monſieur, nachheriger Ludwig der 18te) in die Oberrechenkammer und der zweite Bruder (Graf v. Artois nachher. Carl der zehnte) in den Oberſteuerhof, um im Namen und anſtatt des Königs die Eintragung der Edicte in die Regiſter derſelben zu befehlen. Beide Gerichtshöfe machten Gegenvorſtellungen, gehorchten indeſſen, wie gewöhnlich, erklärten aber ſchon am folgenden Tag die Einregiſtrirung für nichtig.*) — Durch die Verweiſung des Parlaments hörte alle Verwaltung der Juſtiz gänzlich auf. Um dieſem großen Uebelſtand ein Ende zu machen fieng man an mit demſelben zu unterhandeln. Der König nahm die Edicte vom Auguſt über die Grundſteuer und den Stempel durch ein ſpäteres (gegeb. zu Verſailles im Septemb.)

---

*) Der Beſchluß des Oberſteuerhofs (vom 18. Auguſt 1787) lautete wie folgt: „La cour . . . . à arrête: qu'elle déclare illégales et nulles, contraires aux vrais interêts du roi, et aux droits de la nation, les transcriptions faites le jour d'hier sur ses registres: et cependant que le seigneur roi sera tres humblement supplié, d'assembler les états généraux, préalablement à l'établissement d'aucun impôt, et de rappeler le parlement dans le lieu ordinaire de ses fonctions; qu'à cet effet il sera fait audit seigneur Roi une députation dans la forme accoutumée, pour lui faire les supplications contenues dans le présent arrêté: sur le surplus continue la délibération au 30 de ce mois.“ Dieſer Beſchluß nebſt den meiſten hier unmittelbar folgenden hiſtoriſchen Angaben über die letzten Handlungen des Parlaments iſt aus dem ſchon S. 67 * erwähnten Vorbericht entnommen, welcher dem erſten Band des Moniteur vorgeſetzt iſt, und die wichtigſten der Revolution unmittelbar vorangegangenen Begebenheiten nebſt den officiellen Actenſtücken enthält. Ich werde dieſen Vorbericht künftig durch A. p. d. Monit. citiren.

wieder zurück, welches letztere das Parlament den 19. Septbr. zu Troyes (A. p. d. Monit. p. 85) in ſeine Regiſter eintrug. Daſſelbe kehrte darauf nach Paris und zu ſeiner gewöhnlichen Geſchäftsordnung zurück. Allein die dadurch hergeſtellte Ruhe ſollte nicht von langer Dauer ſeyn. Um die Staats-Ausgaben zu decken, war durchaus Geld nothwendig, und dieſes konnte, — welche Ausflüchte und Wendungen man auch nehmen mogte — nur durch neue Auflagen oder Anleihen, die mit den erſtern faſt von gleicher Art und Wirkung ſind, herbeigeſchafft werden. Den 19. Novb. (1787) fand auf Königl. Befehl eine allgemeine Verſammlung des Parlaments Statt. Wir wollen dieſe für den Gang der Revolution wichtige Sitzung, um ſo mehr hier Etwas umſtändlicher beſchreiben, als ſie theils zur Erläuterung desjenigen, was wir über den Geſchäftsgang des Parlaments geſagt haben, dient, theils Manches darin vorgefallene denjenigen, die mit dieſem Geſchäftsgang nicht bekannt ſind, dunkel und unverſtändlich ſeyn mögte. Man hatte dieſe Verſammlung als Königl. Sitzung (séance du Roi) und zwar erſt Abends vorher ſpät angekündigt. Dennoch war ſie eine der zahlreichſten. Bei der Eröffnung kündigte der König an, er werde dem Parlament zwei Edicte vorlegen laſſen. Durch das Erſtere ward zur Deckung der außerordentlichen Bedürfniſſe des Staats für fünf nacheinander folgende Jahre, (1788—1792) die Eröffnung von jährlichen und ſtufenweiſe abnehmenden Anleihen (emprunts graduels et successifs) *) angeordnet. Durch das

---

*) Man findet den vollſtändigen Text dieſes merkwürdigen Edicts A. d. Monit. p. 87. Der Betrag der Anleihe ſollte jährlich geringer werden, und von 120 bis zu 60 Millionen Livres abnehmen. Man hoffte, daß theils durch die in dem Staatshaushalt eingeführten Einſchränkungen, theils durch die Abtragung der alten, oft unter ſehr läſtigen Bedingungen gemachten Schulden die Staats-Ausgaben jährlich geringer- und bei dem Steigen des Staats-Credits die folgenden Anleihen zu einem niedrigern Zinsfuß gemacht werden könnten.

*) In Beziehung auf die Natur dieſer Sitzung des Parlaments ſagte der König einige Tage ſpäter (den 21. Nov. 1787), nachdem dieſelbe die gehoffte Wirkung nicht hervorgebracht, zu der Deputation des Parlaments (A. d. Monit.

Zweite ward den proteſtantiſchen Bewohnern Frankreichs eine geſetzmäßige Exiſtenz *) geſichert. Auf die frühere mehrmals wiederholte Bitte des Parlaments um die Zuſammenberufung der Generalſtaaten antwortete der König, er werde nie fürchten ſich in der Mitte ſeiner Unterthanen zu befinden, ſo wie er denn ohne alle Aufforderung die Notablen zuſammenberufen habe. Allein er werde auch nie zugeben, daß man mit Unbeſcheidenheit von ihm fordere, was man von ſeiner Weisheit und der Liebe zu ſeinen Völkern erwarten müſſe. — Der Siegelbewahrer Lamoignon, der, wie gewöhnlich die Rede des Königs umſtändlicher entwickelte, ſprach ziemlich heftig gegen das Parlament. In der Einleitung bezeigte er zwar die Zufriedenheit des Königs über den Gehorſam, den das Parlament jüngſt gegen den Königlichen Willen gezeigt. Er eröffnete ihm die Einwilligung des Königs, daß, obſchon er ſelbſt gegenwärtig

---

p. 91) „Je me suis rapproché de vous par confiance, et dans cette forme antique si souvent reclamée par mon parlement auprès des rois mes prédécesseurs.“

*) „Le legislateur en observant les abus qui invoquent le remède des lois, à vu qu'il falloit nécessairement, ou proscrire de ses Etats la portion nombreuse de ses sujets qui ne professe pas la religion catholique, ou lui assurer une *existence légale.*“ Dieſes ſind die Worte, wodurch der Kanzler die in dieſer Hinſicht ſehr unbeſtimmte Rede des Königs erläuterte. Von einer Gleichheit der politiſchen Rechte zwiſchen Katholiken und Proteſtanten war gar nicht die Rede. Der Siegelbewahrer ſetzte zu dem Geſagten noch hinzu: „Sa majesté ne veut point d'autre culte public dans son royaume, que celui de la religion catholique, apostolique et romaine. . . . . Sa majesté prescrit les formes légales, qui doivent constater la naissance, les mariages et la mort de ses sujets non catholiques; et elle borne sa justice à leur égard à ces facultés primitives, qui sont un droit sacré de la nature plutôt qu'un bienfait arbitraire de la loi. . . . . Les sujets non catholiques du Roi seront protégés par des lois qui assurent leur état, sans les rendre dangereux, et la sage tolérance de leur religion, ainsi restreinte *aux droits les plus incontestables de la nature humaine,* ne sera point confondue avec une coupable indifférence pour tous les cultes.“

ſey, die Abſtimmung laut und öffentlich geſchehe.*) Allein, fuhr er fort, ehe ich ſie mit den von dem König beabſichtigten Erſparniſſen bekannt mache, muß ich beſtimmt auf den von ihnen ausgeſprochenen Wunſch einer Zuſammenberufung der Generalſtaaten antworten.**) Der König iſt mit Recht unzufrieden über die Weigerung, die das Parlament ſeinem Willen aus dem angeblichen Grund entgegengeſetzt, die ihm von Sr. Majeſtät ertheilten Vollmachten ſeyn (zur Bewilligung der Abgaben) nicht hinreichend.***) Der König iſt es der Nation, ſeinen Nachfolgern und ſich ſelbſt ſchuldig nicht zuzugeben, daß das ihm von Gott verliehene Anſehn im mindeſten geſchmälert oder von ſeinen eignen Beamten verkannt werde, die allezeit die erſten Vertheidiger deſſelben geweſen ſind. . . . Die von der ganzen Nation angenommenen Grundſätze bezeugen, daß

dem König allein die höchſte Gewalt in ſeinem Königreich zuſteht;

daß das Band, welches den König und die Nation verbindet, ſeiner Natur nach unauflöslich iſt;

---

*) „En assistant à votre délibération, sa majesté vient s'environner avec confiance de vos lumières et de votre amour. Elle veut écouter vos avis pour le bien de son état; et avant de les avoir entendus, assez rassurée par ses intentions pour ne pas croire avoir besoin d'employer son autorité, elle vous permet d'opiner à haute voix en sa présence.“

**) „La dignité du trône ne permet pas à sa majesté de garder sur cet objet un plus long silence, et le moment est enfin arrivée de confronter les demandes des cours avec les principes de la monarchie.“

***) In dem zu Verſailles den 6. Aug. 1787 gehaltenen Throngericht (A. p. d. Monit. p. 79) ſagte der erſte Präſident in ſeiner Rede an den König: „Votre parlement, affligé d'avoir eu à donner, depuis 12 ans, son suffrage sur des impots accumulés, et dont les projets présentés porteroient la masse jusqu'au plus de deux cent millions d'accroissement depuis l'avenement de V. M. à la couronne, il n'à pas cru avoir des pouvoirs suffisans pour se rendre garant de l'exécution des édits vis à vis de vos peuples etc.“

daß die Nation dabei betheiligt iſt, daß die Rechte ihres Oberhaupts keine Beeinträchtigung erleiden;

Endlich daß die geſetzgebende Gewalt ohne alle Abhängigkeit und Theilung (sans dépendance et sans partage) in der Perſon des Souverains beruht.

Dieſes ſind die Grundſätze der Franzöſiſchen Monarchie. Der König hat ſie nicht aus irgend einer ſeinem Parlament verdächtigen Quelle geſchöpft. Er fand ſie buchſtäblich durch den Beſchluß des Parlaments vom 20. März des J. 1766 geheiligt. . . . Eine Folge dieſer alten, durch jedes Blatt der Geſchichte beſtätigten, Grundſätze der Monarchie iſt, daß dem König allein das Recht zuſteht, die Generalſtaaten zuſammenzuberufen, daß er allein zu entſcheiden hat, ob eine ſolche Zuſammenberufung räthlich oder nothwendig iſt; daß er zur Verwaltung ſeines Reichs durchaus keiner außerordentlichen Macht bedarf, ſo daß er in den Stellvertretern der drei Stände nur einen mehr ausgedehnten Staatsrath ſehen könnte, und daß er allezeit der oberſte Richter über ihre Vorſtellungen und Beſchwerden (l'arbitre suprême de leurs représentations et doléances) *) bleiben würde. Der Siegelbewahrer ging nun zu der nähern Entwickelung und Rechtfertigung der beiden vorliegenden Edicte über. Ferner theilte er noch den Beſchluß des Königs in Beziehung auf das Parlament von Bordeaux mit. Dieſes war, wie damals faſt alle Parlamente des Königreichs, mit dem Hof in Streitigkeiten verwickelt. Es hatte die Einregiſtrirung des Edicts über die Provinzial-Verſammlungen (zwar nur proviſoriſch) verweigert, und ſogar durch einen Beſchluß (arrêt de défense) den Mitgliedern der genannten Verſammlungen verboten, ſich zu vereinigen. Der König hatte es darauf von Vor-

---

*) In dem Throngericht vom 6. Auguſt hatte der erſte Präſident im Namen des Parlaments dem König geſagt: „Le principe constitutionnel de la monarchie francaise est que les impositions soient consenties par ceux qui doivent les supporter.“ Der Präſident hatte, wie aus dem unten bei den Steuergerichten bemerkten erhellen wird, mehr Recht, als das Parlament bei ſeiner Behauptung, daß es in gewöhnlichen Zeiten die Stelle der drei Stände oder der ganzen Nation vertrete.

deaux nach einer andern Stadt ſeines Gerichtsbezirks verlegt, es aber übrigens in der Ausübung aller ſeiner Functionen gelaſſen. Das Parlament von Paris hatte bei dem König Vorſtellungen für die Zurückberufung desjenigen von Bordeaux gemacht; *) allein der König fand nicht für gut, denſelben zu willfahren, welches der Siegelbewahrer dem Parlament anzeigte.

Hierauf ward das erſte Edict (über die Anleihen) verleſen, und nun zum Einſammeln der Stimmen geſchritten, welches der erſte Präſident auf die gewöhnliche Weiſe verrichtete: Alle Mitglieder gaben ihre Meinung ſehr ausführlich und mit Beifügung der Gründe ab, ſo daß die Abſtimmung ſieben Stunden dauerte. Nach Beendigung derſelben erwartete der erſte Präſident, der König werde den Befehl geben die Stimmen zu zählen. Allein ſtatt deſſen begab der Siegelbewahrer, ſich wie in einem Throngericht**) zu dem Thron des Königs, um den Befehl deſſelben einzuholen. Als er zu ſeinem Sitz zurückgekehrt war, ſprach er laut die gewöhnliche Formel: „La cour, toutes les chambres assemblées, le roi, les princes et pairs y séant, oui et ce requèrant le procureur général du roi, à ordonné et ordonne que l'état portant etc. soit enregistré au greffe de la cour etc. suivant l'arrêt de ce jour." Hierauf erhob ſich der Herzog von Orleans und bat den König um die Erlaubniß erklären zu dürfen, daß er dieſe Einregiſtrirung als ungeſetzlich anſehe, und daß man, um die Perſonen, die man als Theilnehmer an der Berathung anſehn könnte, jeder Verantwortlichkeit zu überheben, hinzuſetzen müßte, die Einregiſtrirung ſey auf ausdrücklichen Befehl (par exprès commandement) des Königs geſchehn. »Die Einregiſtrirung iſt geſetzmäßig« erwiederte der König, indem ich die Meinung Aller vernommen. Nun ward das zweite Edict verleſen, und von dem König verordnet daſſelbe am folgenden Tag einzuregiſtriren. — Der König hatte kaum den Saal verlaſſen, als das Parlament einen Proteſt gegen das Geſchehene verfaßte, worin es erklärte, an der verordneten Einregiſtrirung keinen Theil nehmen zu wollen. Tags darauf verwies der König den Herzog von Orleans auf eines ſeiner Landgüter (Rainey) und einige Parlamentsräthe (Sabathier und Freteau) nach den Hieriſchen Inſeln. Den 22. November ward die große Deputation des Parlaments nach Verſailles beſchieden, mit dem Befehl, die Urſchrift der Proteſtation gegen die Sitzung vom 19. mitzubringen. Der König befahl dieſelbe in den Regiſtern des Parlaments auszulöſchen und auf keine Weiſe zu erſetzen. Er fügte hinzu, er habe verſprochen die Stände vor dem J. 1792, alſo ſpäteſtens im J. 1791 zuſammenzurufen und ſein Wort ſey heilig. Der erſte Präſident antwortete, das Parlament füge ſich dem Befehl des Königs. Er ſetzte noch die Bitte um die Befreiung des Herzogs und der beiden Parlaments-Räthe hinzu, welche ihre Freiheit nur verloren hätten, weil ſie ihrem Gewiſſen und ihrer Pflicht gemäß ihre Meinung frei in einer Sitzung geſagt, zu welcher der König, nach ſeinen eignen Worten, gekommen ſey, um freie Stimmen einzuſammeln. Dieſe Bitte blieb indeſſen ohne Erfolg.*) Unter demſelben Datum (den 22. Novbr.) ward allen Pairs verboten**) vor der Hand und bis zu einem Gegenbefehl, an den Sitzungen des Parlaments Theil zu nehmen. Die Pairs reichten gleich den 24ten November eine ſehr umſtändliche Vorſtellung dagegen ein, worauf der König ihnen den 7. December erlaubte ihren Sitz im

---

*) Der Siegelbewahrer bemerkte: „Quand nos rois ont établi les parlemens, Messieurs, ils ont voulu instituer des officiers, chargés de la distribution de la justice et du maintien des ordonnances du royaume, et non pas élever dans leurs Etats une puissance rivale de l'autorité royale."

**) Der Berichterſtatter ſagt: „La séance fut, à cet instant, transformé en lit de justice."

---

*) Le Roi lui à repondu: Lorsque j'éloigne de ma personne un prince de mon sang, mon parlement doit croire que j'ai de fortes raisons.

J'ai puni deux magistrats dont j'ai dû être mécontent.

**) Der König hatte, wie es ſcheint, in ſeinem Schreiben nur den Wunſch ausgedrückt, daß die Pairs an den Sitzungen keinen Theil nähmen. Die Pairs ſagen in ihrer Vorſtellung: „Ce droit [de siéger au parlement] ne peut donc être arrêté, suspendu ou retardé, soit par des ordres formels, soit par la certitude de déplaire à V. M., *qui est plus forte que tous les ordres.*“

Parlament wieder einzunehmen. Den 8. December 1787 machte das Parlament eine neue Vorſtellung an den König, worin es um die Befreiung des Herzogs von Orleans und der beiden Parlaments-Räthe bat, indem alle von dem König unmittelbar verordneten Strafen und Verhaftungen mit den Grundſätzen der Monarchie nicht vereinbarlich wären. *) In der Sitzung vom 10. December ernannte das Parlament vier Commiſſarien, um dieſe Vorſtellung dem König zu überbringen. Derſelbe antwortete ganz kurz, er werde ſeinem Parlament ſeinen Willen bekannt machen. Das Parlament fuhr indeſſen fort Beſchlüſſe gegen die Königl. Verordnungen in Beziehung auf die Steuren zu faſſen, und dem König neue Vorſtellungen einzureichen. Den 11. April 1788 beſchloß es eine ſehr umſtändliche Vorſtellung, worin es nochmals auf die unglückliche Sitzung vom 19. November 1787 zurückkam, und die Ungeſetzlichkeit des darin angeordneten Verfahrens darzuthun ſuchte (A. p. d. Monit. p. 95). Der Hof blieb indeſſen ſtandhaft bei dem einmal ergriffenen Syſtem. **) Man fing daher an zu vermuthen, daß derſelbe irgend Etwas arges gegen das Parlament im Schilde führe.

---

*) „Une de ces regles [de la justice], est de ne condamner personne sans l'entendre; elle est de tous les tems, de tous les lieux; c'est le devoir de tous les hommes, et V. M. nous permettra de lui représenter que ce devoir l'obligeroit autant que ses sujets. Mais V. M. n'à pas même à le remplir, et c'est ici que son parlement aime à lui rappeler son plus beau droit celui de faire grace aux criminels condamnés. Les condamner elle même n'est pas une des fonctions de V. M.; cette pénible et dangereuse fonction, le roi ne peut l'exercer que par ses juges etc."

**) Der König antwortete den 17. April 1788 auf die eben erwähnte Vorſtellung des Parlaments vom 11. d. M., und zwar enthielt ſeine Antwort in Beziehung auf die gerügte Ungeſetzlichkeit des Verfahrens bei der Sitzung vom 19. November d. v. J.: „Il étoit superflu de me parler de la loi de l'enregistrement et de la liberté des suffrages. Lorsque je viens tenir mon parlement, c'est pour entendre la discussion de la loi que j'y apporte, et me determiner sur l'enregistrement avec plus de connoissance de cause; c'est ce que j'ai fait le 19. novembre dernier.

J'ai entendu tous les avis.

Wirklich entſchloß ſich auch der damalige erſte Miniſter Lomenie-Brienne, Erzbiſchof von Toulouſe, welcher zur Beſtreitung der Staatsbedürfniſſe dringend Geld brauchte, und alle ſeine Plane durch das Parlament *) vereitelt ſah, durch einen kühnen Schlag allen fernern Widerſetzlichkeiten ein Ende zu machen. Der Siegelbewahrer (Lamoignon) arbeitete zu dem

---

Il n'est nécessaire de les resumer que lorsque je n'assiste pas à vos délibérations, la pluralité peut seule alors me faire connaître le résultat de vos opinions.

Lorsque je suis présent, j'en juge par moi-même.

Ce seroit en effet une étrange constitution, que celle qui reduiroit la volonté du roi à la valeur de l'opinion d'un de ses officiers, et qui assujettirait le législateur à avoir autant de volontés qu'il y auroit de délibérations différentes dans les diverses cours de justice de son royaume. (Das Parlament antwortete ſpäter auf dieſen wichtigen Einwurf, daß es für die verſchiedenen Provinzen, welche die Gerichtsbezirke der einzelnen Parlamente bildeten, auch verſchiedene Geſetze gebe, welche alle der König bei ſeiner Krönung zu erhalten ſchwöre.)

Tout à été légal dans la seance du 19. novembre.

La délibération à été complette, parce que toutes les opinions ont été entendues.

Les avis n'ont pas été recomptés, par ce que j'étois présent.

La pluralité ne doit pas être formée, lorsqu'elle ne doit pas prévaloir.

Il y à eu arrêt, parce que toutes les fois que je tiens mon parlement pour un objet d'administration ou de législation, il n'y à d'arrêt que celui que j'ordonne de prononcer etc. — Das Parlament hatte in ſeiner Vorſtellung vom 11. April 1788 die Nothwendigkeit die Stimmen wieder aufzunehmen und zu zählen (réduire et compter) für ſo unerläßlicher erklärt, als jedem Stimmenden vor Abfaſſung des definitiven Beſchluſſes frei ſtehe ſeine Meinung zu ändern (A. p. d. Monit. p. 95).

*) Die andern Parlamente von Frankreich handelten eben ſo wie das Pariſer. Beſonders zeichneten ſich das Parlament von Rennes (in der Bretagne) und das von Grenoble (in der Dauphné) eben ſo wie der Adel dieſer Provinzen durch Widerſetzlichkeit aus.

Ende mehrere Edicte aus, durch welche die Parlamente des ganzen Königreichs einzig auf ihre richterlichen Functionen beſchränkt, und ſelbſt hierin ihre Rechte geſchmälert, ſtatt des Parlaments von Paris insbeſondere ſechs Oberamtmannſchaften (grands bailliages) ungefähr nach dem ſchon unter Ludwig dem fünfzehnten entworfnen Plane errichtet, und noch mehrere andere Veränderungen, wovon ſogleich das Nähere, eingeführt werden ſollten. Dieſe Edicte ſollten allen Parlamenten von Frankreich am nämlichen Tage verkündigt, früher aber das tiefſte Geheimniß über die Sache bewahrt werden. Zu dem Ende hatte man zu Verſailles zum Abdrucken derſelben eine eigene Officin errichtet, woraus keiner der Arbeiter ſich entfernen durfte; ſo daß ſie ihre Nahrung ſich von außen bringen laſſen mußten. Indeſſen ward einem Parlaments-Mitglied D' Eprémesnil, das ſich ſchon früher durch ſeine Heftigkeit gegen den Hof ausgezeichnet hatte, die Sache verdächtig. Es gelang ihm, wie man ſagt, ſich durch die Frau eines Arbeiters ein Exemplar der neuen Edicte zu verſchaffen. Außer ſich vor Zorn und Beſtürzung eilt er zum erſten Präſident, und bewegt dieſen die Kammern auf der Stelle (den 3. Mai 1788) zu verſammeln. Da dieſelben nicht berathſchlagen konnten, indem von dem Hof gar kein Vorſchlag an ſie ergangen war, ſo ergriffen ſie das Mittel, in Form eines Beſchluſſes eine Erklärung zu erlaſſen, wodurch ſie die alten Grundſätze der Verfaſſung des Königreichs allen ins Gedächtniß zurückriefen (A. p. d. Monit. p. 97, 98); nämlich daß Frankreich eine in dem Mannsſtamm des regierenden Hauſes und nach dem Recht der Erſtgeburt erbliche Monarchie ſey; daß die Gewohnheiten und Capitulationen der verſchiedenen Provinzen unverbrüchlich erhalten werden müßten; daß die Nation das Recht habe, die Steuern durch das Organ der Generalſtaaten zu bewilligen; daß eben ſo den Parlamenten das Recht zuſtehe, die Echtheit der Königlichen Edicte zu unterſuchen und die Eintragung in die Regiſter zu verweigern, wenn die Befehle mit den Geſetzen des Staats und der einzelnen Provinzen nicht übereinſtimmten; daß kein Bürger ſeinem natürlichen Richter entzogen und unter keinerlei Vorwand verhaftet werden könne, ohne ſogleich dem von dem Geſetz beſtimmten Richter übergeben zu werden. Das Parlament proteſtirte dabei im Voraus gegen jede Verletzung dieſer Grundgeſetze, und erklärte, daß dieſe Grundſätze alle ſeine Mitglieder zugleich verpflichteten, und in ihrem Dienſteid enthalten wären; daß daher keines derſelben in einem andern Collegium als in dem Parlament ſelbſt, und zwar nur, wenn es aus denſelben Perſonen zuſammengeſetzt und mit den nämlichen Rechten verſehen wäre, Platz nehmen dürfe. Dieſer Beſchluß ſollte allen Untergerichten mitgetheilt werden, zugleich ward noch eine heftige Vorſtellung (A. p. d. Monit. p. 98) gegen die Edicte vom 19. November 1787 entworfen. — Noch weit ärger als D'Eprémesnil ſelbſt ließ der Miniſter Brienne ſich vom Zorn hinreißen, als ihm dieſe Beſchlüſſe zu Ohren kamen. Gleich den folgenden Tag ſollten D'Eprémesnil und mit ihm noch ein anderer Parlaments-Rath Goislard de Monſabert in aller Frühe, jeder in ſeinem Haus, aufgehoben werden. Es gelang denſelben indeſſen ſich in den Juſtiz-Pallaſt und in die Verſammlung des Parlaments zu flüchten. Als ſie (den 5. Mai) den verſammelten Kammern das Vorgefallne berichteten, ward ſogleich ein Beſchluß gefaßt, wodurch die beiden genannten Parlaments-Räthe, ſo wie alle Magiſtrate und Bürger unter den Schutz des Königs und Geſetzes geſtellt, und zugleich eine Deputation beſtehend aus dem erſten- und noch zwei andern Präſidenten und vier Räthen an den König nach Verſailles abgeſandt ward, um Seiner Majeſtät das Uebermaß der Uebel, welche die Nation bedrohten, vorzuſtellen und ſie zu bitten in ihrer Weisheit andern Rathſchlägen Gehör zu geben. Das Parlament beſchloß ferner ſich nicht zu trennen, ſondern die Zurückkunft der Deputation abzuwarten. Wirklich blieben die Kammern bis in die Nacht hinein verſammelt, und harrten ängſtlich dieſer Zurückkunft, als gegen eilf Uhr die franzöſiſchen Garden mit aufgepflanztem Bayonet unter dem Befehl des Capitains Vincenz D'Agouſt anfiengen die Zugänge des Juſtiz-Pallaſtes zu beſetzen. Dieſelben ſperrten allen darin Verſammelten den Ausgang. Selbſt die Beamten der Staatsbehörde wurden in dem Parquet eingeſchloſſen und durften ſich mit dem Gerichtshof nicht in Verbindung ſetzen. Es befanden ſich gerade viele Fremde und zwar meiſtens ſehr Vornehme*) in dem Parlament. Als daſſelbe über den außerordentlichen Vorfall berathſchlagen wollte, bemerkte man, daß dieſes in Gegenwart von Fremden durchaus nicht angehe. Allein die Garden wollten Niemand erlauben, das Zimmer zu verlaſſen. Endlich ward man aufmerkſam, daß die in das Erfriſchungs-Zimmer (à la buvette) führende Thür noch nicht beſetzt ſey. Die Fremden zogen ſich hierauf durch dieſe in das Zimmer Ludwigs d. H. zurück, wo ſie die ganze Nacht eingeſchloſſen blieben. Als man ſich anſchickte die Berathſchlagung anzufangen, klopfte der Capitain D'Agouſt an der Thür des Secretariats, und verlangte den Präſident Gourgues (welcher wegen Abweſenheit des erſten) den Vorſitz führte, allein zu ſprechen. Als dieſer ſich an die Thüre der Kammer verfügte, meldete ihm D'Agouſt, er ſey mit Befehlen des Königs beauftragt, und verlange für ſeine Perſon allein in die Kammer gelaſſen zu werden. Man bemerkte ihm, daß er der Sitte gemäß ſich vorher an die Beamten der Staatsbehörde wenden, und von dieſen angekündigt und eingeführt werden müſſe, worauf dann dieſe Formalität durch den General-Procurator erfüllt, und der Herr D'Agouſt (le sieur d'Agoust) eingeführt ward. Dem Parlament war der Inhalt und die Form der Befehle, die derſelbe überbrachte, unbekannt. Auf jeden Fall glaubte man, ſie ſeyn an das Parlament gerichtet, und darum hatte man wie gewöhnlich dem, der ſie überbrachte, einen Platz zwiſchen den beiden jüngſten Räthen (neben der Stelle, wo der Gerichtsſecretair ſaß) angewieſen. Allein D'Agouſt las ſogleich ein an ihn gerichtetes Schreiben des Königs vor, wodurch ihm befohlen ward, die beiden Parlaments-Räthe Duval (D'Eprémesnil) und Goislard in der großen Kammer oder wo ſonſt immer zu verhaften, und ſie den Beamten der Vogtei des Pallaſtes auszuliefern. Nachdem D'Agouſt dieſen Befehl vorgeleſen, forderte er den Präſident auf, ihm die beiden Räthe zu übergeben. Dieſer erwiderte, daß gemäß der Sitte, die der Hof zu allen Zeiten und in allen Fällen beobachtet habe, derſelbe vorher über die Sache berathſchlagen müſſe. Der Capitain antwortete mit Härte, er verſtehe ſich nicht auf ihre Formen. Sein Befehl laute, die beiden Räthe auf der Stelle zu verhaften; man möge ſie ihm daher ausliefern. Es ward ihm darauf bemerkt, daß ſein Befehl den Ausdruck »auf der Stelle«

---

*) Die Verwandten der Pairs, die in der Sitzung waren u. dgl.

(sur le champ) nicht enthalte. D'Agouſt entgegnete, daß der mündlich ihm ertheilte Auftrag des Königs ſo laute. Als nun noch mehreres hin und her geſprochen ward, und das Parlament auf der Weigerung die fraglichen Mitglieder auszuliefern beſtand, ſagte der Herzog von Praslin zu D'Agouſt: Wenn man dergleichen Aufträge annimmt, ſo muß man Sorge tragen, daß ſie ſo deutlich ſind um über die Art der Vollſtreckung nicht in Verlegenheit zu kommen. Sie werden ſich doch nicht eingebildet haben, daß Wir Ihnen zwei Mitglieder des Hofs ausliefern würden. Wenn Sie dieſelben nicht kennen, ſo werden Sie durch Uns ſie gewiß nicht kennen lernen. »Wir alle ſind Duval und Goislard« ertönte es hierauf plötzlich durch den ganzen Saal. Wenn Ihr ſie wegführen wollt, ſo nehmt uns Alle mit.« Als D'Agouſt ſah, daß er auf dieſe Weiſe nicht weiter kam, verlangte er von dem Präſident eine ſchriftliche Beſcheinigung über die Weigerung des Parlaments, ihm die beiden Räthe zu bezeichnen. Man bemerkte ihm, daß der Präſident allein eine ſolche Beſcheinigung nicht unterzeichnen könne, daß aber Alle bereit ſeyn mitzuunterzeichnen. D'Agouſt erklärte hierauf ſich zurückziehn zu wollen, um ſeinem Chef über das Vorgefallne Bericht abzuſtatten. Ueber dieſen Ereigniſſen war es Morgens halb drei geworden. Die lang erſehnte Deputation kam endlich um drei Uhr in dem Juſtiz-Pallaſt wieder an. Sie hatte ihren Zweck ganz verfehlt, und nicht einmal Audienz beim König erhalten. Der Leſer wird ſich aus dem Vorigen erinnern, daß, der hergebrachten Form gemäß, das Parlament nur durch den Kanal der Staatsbehörde mit dem König in Verbindung treten konnte, und ſich vorher durch den General-Procurator ankündigen laſſen mußte. Dieſes war wegen der Eile, mit welcher die Deputation ernannt und abgeſendet worden, nicht geſchehn, und man hatte dieſe Verſäumniß benutzt, um die Deputation nicht vorzulaſſen. Das Parlament wollte nach der Zurückkunft der Deputation dieſer Form genügen. Allein die Beamten der Staatsbehörde wurden, wie ſchon geſagt, in ihrem Parquet eben ſo bewacht und eingeſchloſſen gehalten, wie die übrigen Parlaments-Glieder in der großen Kammer. Der General-Procurator ſchrieb an den Marſchall Biron, daß er von dem Parlament den Befehl erhalten habe ſich nach Verſailles zu begeben, und er alſo durchaus die Erlaubniß haben müſſe auszugehn. Der Marſchall ſchickte den Brief an den Grafen Breteuil. Dieſer antwortete, er werde die Befehle des Königs darüber einholen. Durch dieſe abſichtlich herbeigeführte Verzögerung unterblieb die zweite Deputation. Um eilf Uhr trat D'Agouſt wieder in den Saal. Der erſte Präſident und alle Mitglieder des Parlaments, die Pairs nicht ausgeſchloſſen, waren auf ihren Sitzen. Die tiefſte Stille herrſchte rings umher. Der Capitain beleidigte gleich Anfangs die Verſammlung durch Verletzung einer hergebrachten Form. Er trat vor bis in die Mitte des Parquets, wodurch, während der Sitzung nur die Prinzen vom Geblüt und die Präſidenten gehn durften. Hier las er den ihm ertheilten Befehl die beiden Parlamentsglieder zu verhaften vor, und forderte ſie auf ihm zu folgen. Niemand antwortete, und die allgemeine Stille dauerte fort. Dreimal wiederholte D'Agouſt ſeine Aufforderung: doch vergeblich. Er erklärte endlich, daß er Befehl habe den Herrn Larchier, einen Gefreiten der Polizeiwache, (exempt de Robe-courte) hereintreten zu laſſen, um ihm die beiden Räthe zu bezeichnen. Dieſe Drohung ward auf der Stelle ausgeführt. D'Agouſt verließ auf einen Augenblick den Saal, und kam mit Larchier zurück. Er führte denſelben bis an die Schranken (jusqu'à la barre) und forderte ihn auf ihm die beiden Räthe zu zeigen. Das Geſicht von Larchier war ſichtbar entſtellt, ſein Blick ungewiß und verwirrt. Er ſah rings umher, und erklärte endlich, daß er die beiden Räthe nicht erkenne. D'Agouſt ließ ihn hierauf abtreten, und wiederholte ſeine Aufforderung nochmals an das ganze Parlament. Eine Bewegung des Unwillens theilte ſich hierbei der ganzen Verſammlung mit, welche aber bald der vorigen Stille Platz machte. Da Niemand antwortet, ſagte D'Agouſt, ſo ziehe ich mich zurück, um Bericht von dem Vorgefallnen abzuſtatten. Er hatte kaum den Saal verlaſſen, als alle Parlaments-Mitglieder ſich mit Goislard und D'Eprémesnil dahin vereinigten, daß, beſonders, um Larchier nicht als Opfer ſeiner Großmuth fallen zu laſſen, es Zeit ſey dieſem Auftritt ein Ende zu machen. Man verlangte, daß D'Agouſt wieder einträte. D'Eprémesnil, der älteſte der beiden Räthe,*) welcher auf den hohen Sitzen mit bedecktem Haupt ſaß, redete ihn ſo an: »Ich bin Einer der Magiſtratsperſonen, die Sie ſuchen. Das Geſetz verbietet mir in dieſer Eigenſchaft verſchloſſenen Briefen und Befehlen, die man durch Uebereilung dem König entlockt hat, Folge zu leiſten. Aus Gehorſam gegen dieſes Geſetz habe ich mich bis jetzt noch nicht genannt. Allein ich fühle, daß es Zeit iſt, das Opfer meiner Perſon zu vollenden, welches zu bringen ich an dem Fuß der heiligen Altäre gelobt habe. Ich fordere Sie daher auf zu erklären, ob Sie Befehl haben, mich, in dem Fall ich Ihnen nicht freiwillig folge, mit Gewalt von dem Platz reiſſen zu laſſen, den ich hier einnehme.« »Ja, antwortete D'Agouſt, und ich werde denſelben vollführen.« »Wenn Sie die Mittel dazu verſucht haben, entgegnete D'Eprémesnil, werde ich ſehen, was ich zu thun habe.« D'Agouſt erklärte hierauf, er werde ſeine Leute hereintreten laſſen. Hiermit iſt es genug, erwiederte D'Eprémesnil. Um den Pairshof, den Tempel der Gerechtigkeit, das Heiligthum der Geſetze keiner größern Entweihung auszuſetzen, weiche ich der Gewalt. Er erhob ſich hierauf von ſeinem Sitz, und richtete, mit entblößtem Haupt, noch eine kurze Rede an den erſten Präſident, worin er gegen die ihm geſchehne Gewalt proteſtirte, und heilig betheuerte, daß, was auch immer ſein Schickſal ſeyn möge, er nie von ſeinen Grundſätzen abweichen, und ſich allezeit des Pairshofs würdig zeigen würde. Darauf ſtieg er unter den Thränen ſeiner Collegen die Stufen des höchſten Gerichtshofs hinab. D'Agouſt bemächtigte ſich ſeiner Perſon und führte ihn aus der großen Kammer zwiſchen zwei Reihen von Bayonetten bis zu dem Wagen, der ihn (in dem neuen Hof) erwartete. Das Parlament blieb noch immer gefangen. Aengſtlich erwartete es den Augenblick, wo man auch das zweite Schlachtopfer aus ſeiner Mitte reiſſen würde. Nach einer Todesangſt von anderthalb Stunden (gegen ein Uhr) kam D'Agouſt zurück. Hier erneuerte ſich mit Goislard dieſelbe Scene, die ſo eben mit D'Eprémesnil vorgefallen war. Goislard gab ſich ſelbſt an, und ward, nachdem er vorher an den erſten Präſident eine ähnliche Rede, wie D'Eprémesmil, gerichtet, eben ſo wie dieſer abgeführt. Als D'Agouſt ihn zu der großen Kammer herausbegleitete, kehrte er plötzlich wieder zurück, um dem Hof zu melden, daß er frei ſey, daß aber den

---

*) Er ſoll damals 42 Jahre alt geweſen ſeyn.

Befehlen des Königs gemäß, die Thoren des Juſtiz-Pallaſtes nach der Sitzung geſchloſſen werden, und mit Wachen beſetzt bleiben ſollten.

Der Gerichtshof, obſchon tief erſchüttert durch das Vorgefallene, und ermattet durch die Mühſeligkeit einer dreißigſtündigen Sitzung, faßte, ehe er ſich trennte, doch noch einen Beſchluß, wodurch die ſchon früher ernannte Deputation nochmals beauftragt ward, ſich zum König zu verfügen, und Seine Majeſtät auf das Schreckliche des Vorgefallnen aufmerkſam zu machen, deſſen Anblick ſie ganz gewiß tief gerührt haben würde, und zugleich die Freilaſſung der beiden Magiſtrats-Perſonen, deren Feſtigkeit, Tugenden und Talenten in dem Beſchluß, ein glänzendes Zeugniß gegeben wird, zu erbitten.*) — Nie war wohl ein Staatsſtreich ſchlechter nach den Umſtänden der Zeit berechnet, und nie hat einer ſchlimmere Früchte getragen als dieſer. War ſchon dem König das Recht Jeden nach eignem Ermeſſen verhaften zu laſſen, wenn auch nicht durch ein Geſetz, doch durch lange Gewohnheit geſichert, ſo war doch die Art, wie dieſesmal davon Gebrauch gemacht worden, ganz unerhört. Der Prälat-Miniſter, einmal in den Weg der Gewaltſtreiche hineingezogen, eilte ſein Werk zu vollenden.

Den 7. Mai (Mittwochs) zwiſchen 7 und 9 Uhr meldete der General-Procurator den verſammelten Kammern, daß der Königl. Ceremonienmeiſter ſich im Parquet der Huiſſiers befinde, und einen Befehl des Königs zu überbringen habe. Als derſelbe mit dem gewöhnlichen Ceremonial eingeführt war, ſich niedergelaſſen und bedeckt hatte, las er einen verſiegelten Brief des Königs vor *), wodurch dem Parlament bekannt gemacht ward, daß der König beſchloſſen habe, am folgenden Tage (den 8. Mai) ein Throngericht zu halten, und daß daher alle Mitglieder des Parlaments ſich an dieſem Tage Morgens 9 Uhr zu Verſailles einfinden ſollten **). Nachdem der Ceremonienmeiſter ſich zurückgezogen, beſtimmte das Parlament durch einen Beſchluß den Inhalt der Rede, welche der erſte Präſident vor Seiner Majeſtät in dem angeſagten Throngericht halten ſollte. Bei Eröffnung deſſelben machte der König dem Parlament über das Vorgefallene bittere Vorwürfe. Er kündigte zugleich ſeine Abſicht an, durch die Edicte, die er vorlegen laſſen würde, eine gänzliche Umgeſtaltung des Gerichtsweſens zu bewirken. Der Sitte gemäß nahm nun der Siegelbewahrer das Wort um den Inhalt und die Beweggründe der Edicte umſtändlicher zu entwickeln. In dem Eingang ſeiner Rede bemerkte er, Seine Majeſtät habe ſich in ihrem Staatsrath die anerkannt nützlichſten Verordnungen, die von ihren Vorgängern ausgegangen wären, vorlegen laſſen und ſich durch die Anſicht der Einregiſtrirung

---

*) Mehrere, die bei dieſen Vorfällen gegenwärtig waren, haben dieſelben ſchriftlich aufgezeichnet. Auch ſind mehrere gedruckte Berichte darüber erſchienen. Walkenaer (Mitglied des Inſtituts) hat in ſeiner neuen Ausgabe des abregé chronologique de l'hist. de France par le Président Hénault (tom. V. p. 401 suiv. edit. d. 1822) einen Bericht über dieſe Verhaftung von D'Eprémesnil und Goislard mitgetheilt, der von einem dabei anweſenden Parlaments-Mitglied verfaßt worden. Nach Walkenaers Angabe wäre derſelbe (im Jahr 1822) durch den Druck noch nicht bekannt geweſen. Er ſtimmt indeſſen faſt genau wörtlich mit demjenigen überein, den wir hier mitgetheilt haben. Die annal. franc. enthalten auch einen ſolchen Bericht eines Augenzeugen, der ebenfalls mit den beiden andern ſehr nahe übereinſtimmt.

---

*) Das Königl. Schreiben lautete wörtlich, wie folgt: „Nos amés et feaux, nous avons resolu de tenir, jeudi prochain 8 de ce mois, en notre château de Versailles, notre lit de justice pour y faire entendre notre volonté. Nous vous en donnons avis, que tous et un chacun de vous si rendent à 9 heures du matin en notre château de Versailles, pour s'y assembler en corps de cour et en robes rouges, et nous recevoir lorsque nous entrerons en notre parlement, avec l'honneur qui nous est dû et ainsi qu'il est accoutumé en semblable occasion. Nous remettant du reste sur ce que le grand maître des cérémonies vous fera savoir de notre part, et de l'heure que nous nous rendrons dans notre parlement. Si n'y faites faute: car tel est notre plaisir. Donné à Versailles, le six mai 1788.
Signé Louis. (et plus bas) Le Baron de Breteuil.

**) Der Oberrechenkammer und dem Oberſteuerhof ward ein ähnlicher Befehl mitgetheilt.

derſelben überzeugt, daß die Parlamente von je her nur durch Entwickelung der ſouverainen Gewalt hätten vermocht werden können, gerade die Verordnungen, welche das Glück der Völker begründet hätten (deren er zwanzig vom J. 1375 bis zu den letzten Zeiten namentlich aufführte), in ihre Regiſter einzutragen. — Was den Inhalt der neuen Edicte ſelbſt betrifft, ſo waren wohl ſeit dem Urſprung der Franzöſiſchen Monarchie keine erlaſſen worden, welche nicht allein in dem Gerichtsweſen, ſondern in der Grundverfaſſung des Reichs eine ſo große Veränderung, als die durch ſie beabſichtigte war, hervorgebracht hätten. Der Inhalt derſelben iſt ſo wichtig und merkwürdig, daß wir ihn gern dem Leſer vollſtändig mittheilen möchten; allein der große Umfang derſelben nöthigt uns, hier nur einige der wichtigſten Beſtimmungen herauszuheben, und wegen des Nähern auf den Moniteur a. p. pag. 102 — 112) zu verweiſen.

Alle Ausnahme-Tribunale (die Finanz-Bureaus, die Steuergerichte, Salzkammern, Forſtgerichte, Zollgerichte) wurden aufgehoben. Die Mitglieder derſelben wurden zwar als Verwaltungs-Beamte in ihren bisherigen Befugniſſen erhalten; allein die Entſcheidung aller Streitſachen ward an die ordentlichen Gerichte verwieſen.

In Civilſachen ward die Zahl der Inſtanzen auf zwei beſchränkt. Zu dem Ende wurden (Art. I. II.) die in den größeren Städten beſtehenden Amtmanſchaften zu Oberamtmanſchaften erhoben, und alle übrigen Amtmanſchaften in Präſidial-Gerichte umgewandelt. Die letztern urtheilten in allen Civilſachen, wenn der Werth des ſtreitigen Gegenſtandes nicht über 4000 Livres betrug, in letzter Inſtanz *). Ueberſtieg derſelbe zwar

---

*) Der Werth des ſtreitigen Gegenſtandes ward, wenn er zweifelhaft war, durch die Uebereinkunft der Partheien oder durch die Preiskourante und ſonſtige Documente, oder auch dadurch, daß, wie ehmals, der Kläger ſeine Forderung auf eine gewiſſe Summe beſchränkte, beſtimmt. Ueber viele Gegenſtände, deren Werth ſich nicht beſtimmen läßt, und die Art. XXXV., XXXVI. beſtimmt angegeben ſind, gehörte das Erkenntniß in letzter Inſtanz durchaus den Parlamenten. Uebrigens durfte Niemand gegen ein Urtheil Appel einlegen, wenn in demſelben bemerkt war, daß es in

dieſen Betrag, war aber nicht mehr als 20,000 Livres, ſo gieng die Appel an die Oberamtmanſchaft, welche in letzter Inſtanz entſchied. Für Sachen von noch höherm Werth als 20,000 Livres gieng die Appel von dem Präſidial-Gericht unmittelbar an das Parlament der Provinz. Jede Oberamtmanſchaft war in zwei Kammern getheilt. Die zweite Kammer entſchied in erſter Inſtanz über alle Civilſachen, die vor die ehemalige Amtmanſchaft, an deren Stelle die Oberamtmanſchaft getreten war, gehört hatten. Die Appellation gieng bei Gegenſtänden von nicht mehr als 2000 Livres Werth an die erſte Kammer, und bei allen übrigen an die Parlamente. Die Königl. Vögte behielten zwar in Civilſachen die Befugniß in erſter Inſtanz zu entſcheiden, doch ſtand es (Art. XXIV, XXV) jeder der Partheien frei, die Sache ſogleich bei dem Präſidial-Gericht oder der Oberamtmanſchaft anhängig zu machen. Die Grundherrliche Gerichtsbarkeit ward zwar beibehalten *), doch ſo, daß es in Civilſachen ebenfalls jeder der Partheien frei ſtand, dieſen Grad der Gerichtsbarkeit zu übergehen, und die Sache gleich vor das Königl. Präſidial-Gericht zu bringen.

In Criminalſachen blieb (Art. XVI., XVII., XX.) den grundherrlichen Gerichten und eben ſo den Vögten nur die Inſtruction des Proceſſes. Das Erkenntniß erſter Inſtanz gehörte entweder dem Präſidial-Gerichte oder der zweiten Kammer der Oberamtmanſchaft, wovon die Appellation an die erſte Kammer gieng, welche in letzter Inſtanz entſchied. Dieſelben Gerichte erkannten auch über alle dem König vorbehaltnen Fälle (cas royaux). Nur über diejenigen Perſonen, welche bis hier-

---

letzter Inſtanz erlaſſen ſey. Den Staatsprocuratoren ſtand es, wenn hierbei hierbei Unordnungen vorfielen, (Artik. XLIV.) frei ſich an den Königl. Staatsrath zu wenden, (nous reservant d'annuller et casser lesdits appels, procédures et arrêts, par des arrêts rendus en notre conseil, de notre propre mouvement et sans requête de partie.

*) In der Einleitung zu dem Geſetz heißt es: „Nous n'avons cependant pas oublié que les justices seigneuriales font partie du droit des fiefs; et la protection que nous devons à toutes les propriétés de nos sujets écartera toujours de nos conseils l'intention d'y porter atteinte."

hin das Privilegium hatten, einzig von der erſten Kammer oder von den verſammelten Kammern der Parlamente gerichtet werden zu können, blieb in Criminalſachen das Erkenntniß letzter Inſtanz den Parlamenten.

In Criminalſachen ward der Gebrauch des Verbrecherſtuhls (la sellette) abgeſchafft, und derſelbe durch eine gewöhnliche hölzerne Bank erſetzt. Den Angeklagten ſollten überdem ihre Kleider und ſelbſt die äußern Merkmale ihrer Würden gelaſſen werden. Der Reſt der Folter, unter dem Namen question prèalable bekannt (nämlich zur Entdeckung der Mitſchuldigen, welchen die Erklärung vom 24. Auguſt 1780 Th. I. S. 479 noch hatte beſtehen laſſen) ward einſtweilen, und zwar bis die Erfahrung näher entſchieden hätte, ebenfalls abgeſchafft *). — Ein Todes-Urtheil ſollte in der Regel erſt nach einem Monat, nachdem daſſelbe dem Verbrecher bekannt gemacht worden, vollzogen werden; damit derſelbe nämlich gehörige Zeit hätte, die Gnade des Königs anzuflehen. Nach Tit. XXV. Art. 21 der Criminal-Ordnung vom J. 1670 mußten Criminal-Urtheile an demſelben Tage vollſtreckt werden, wo ſie ausgeſprochen wurden. Nach dem neuen Edict ſollte nur in Fällen, wo beim Aufſchub Gefahr drohte, bei Aufruhr u. dgl. die Vollſtreckung dieſer Urtheile an demſelben Tage, wo ſie dem Verbrecher bekannt gemacht wurden, geſchehen.

Die wichtigſte Veränderung indeſſen, welche durch die neuen Edicte eingeführt ward, war die Errichtung eines allgemeinen Gerichtshofes (cour plenière) für das ganze Reich, welcher der Nation das Andenken an die alten Parlamente **), welche

---

*) In der Einleitung zu dem Geſetz heißt es (A. p. d. Monit. p. 109) „Cette épreuve devient presque toujours équivoque par les aveux absurdes, les contradictions et les rétractations des criminels. Elle est embarrassante pour les juges, qui ne peuvent plus démêler la vérité au milieu des cris de la douleur. Enfin elle est dangereuse pour l'innocence, en ce que la torture pousse les patiens à des déclarations fausses qu'ils n'osent plus rétracter de peur de voir renouveler leurs tourmens."

**) Der König ſagte in der Eröffnungsrede „L'ordre que je veux établir n'est pas nouveau; le parlement étoit unique eine Verſammlung der größten und mächtigſten Perſonen des Volkes waren, ins Gedächtniß zurückrufen ſollte. Ihm allein, und mit Ausſchließung aller übrigen Gerichtshöfe ward (Art. XI. [a. p. d. Monit. p. 111]) die Befugniß beigelegt, in Beziehung auf alle Verordnungen, Edicte, Erklärungen und offene Briefe, welche ſich auf die allgemeine Geſetzgebung und Verwaltung des Reichs bezogen, die Echtheit der Urkunden zu unterſuchen, dieſelben in die Regiſter einzutragen und zu verkündigen; doch ſollte (Art. 12) die Einregiſtrirung von Edicten, wodurch in einem Krieg oder ſonſtigen dringenden Fällen neue Auflagen oder Anleihen gegründet würden, nur eine proviſoriſche Wirkung bis zur Zuſammenberufung der General-Staaten haben. Solche Anleihen, wobei die Bezahlung der Zinſen und endliche Tilgung durch die gewöhnlichen Einkünfte beſtritten werden könnte, ſollten (Art. 13) nur bei der Oberrechenkammer und zwar in Beziehung auf das Rechnungsweſen, einregiſtrirt werden. Erklärungen und offene Briefe, welche ſich nur auf den Gerichtsbezirk eines Parlaments oder einer Oberamtmannſchaft bezögen, konnten (Art. XVII.) dieſen unmittelbar zugeſendet und von ihnen einregiſtrirt werden. Dem allgemeinen Gerichtshofe ſtand es frei, (Art. XV.) innerhalb zwei Monaten die geeigneten Vorſtellungen gegen die Einregiſtrirung der Edicte u. ſ. f. an den König gelangen zu laſſen. In dieſem Falle wurden vier Mitglieder dieſes Gerichtshofes in den Staatsrath

---

lorsque Philippe le Bel le rendit sédentaire à Paris. Il faut à un grand état un seul Roi, une seule loi, un seul enregistrement, . . . . Enfin des états généraux assemblés non une fois, mais toutes les fois que les besoins de l'état l'exigeront." Der Siegelbewahrer fügte in ſeiner Rede (A. p. d. Monit. p. 104) noch hinzu: „C'est dans cette forme que le roi rétablit aujourd hui ce tribunal suprême qui existoit autrefois, et qui selon les expressions mémorables de Philippe de Valois, et de Charles-le-Sage [V.], étoit le consistoire des féaux et des barons, la cour de baronnage et des pairs, le parlement universel, la seule image de la majesté souveraine, la source unique de toute la justice du Royaume et le principal conseil des rois."

des Königs berufen und in Gegenwart des letztern die Erörterungen darüber vorgenommen *).

Dem allgemeinen Gerichtshof ſtand (Art. XIX.) keine Civil- oder Criminal-Gerichtsbarkeit als in denjenigen Fällen zu, welche durch die Erklärung vom November 1774 näher bezeichnet waren, d. h. in ſolchen, wo ganze Parlamente, oder überhaupt Ober- oder Unterrichter ſich den Königl. Befehlen widerſetzten, die Eintragung in die Regiſter verweigerten u. ſ. f. In allen dieſen Fällen entſchied der allgemeine Gerichtshof unmittelbar, und zwar in erſter und letzter Inſtanz.

Der allgemeine Gerichtshof trat (Art. IX.) regelmäßig jedes Jahr einmal (vom 1. December bis zum 1. April) in der großen Kammer des Parlaments von Paris zuſammen. Der König konnte indeſſen ſeine Sitzungen verlängern oder ihn auch außerordentlicher Weiſe zuſammenberufen. Präſident des Gerichtshofes war (Art. V.) der König ſelbſt; in ſeiner Abweſenheit erſetzte ihn der Kanzler, und in Ermanglung des Letztern, der Siegelbewahrer. Die Stellen der Mitglieder dieſes Gerichtshofs waren (Art. IV.) lebenslänglich und unwiderruflich. Der Hof ſollte (Art. II.) beſtehen, aus dem Kanzler oder Siegelbewahrer, allen Mitgliedern der großen Kammer des Parlaments von Paris, wozu zugleich die Prinzen vom Geblüt und die Pairs gehörten, aus den beiden gebornen Ehrenräthen (conseillers d'honneur nés), den ſechs andern Ehrenräthen, jedoch mit gänzlicher Ausſchließung der Titularräthe (conseillers honoraires). Die übrigen Mitglieder, welche größtentheils vom König gewählt wurden, beſtanden aus den Großbeamten der

---

*) In der Einleitung zu dem Edict heißt es (A. p. d. Monit. p. 110) „Lorsque par notre ordonnance du mois de novembre 1774, nous rappelâmes à leurs fonctions les anciens officiers de nos parlemens, l'expérience du passé nous avertit, qu'il pourroit arriver encore, qu'en s'écartant de l'objet de leur institution, ils prissent des délibérations contraires au bien-être de notre service: en conséquence, pour soumettre les cas de forfaiture à un tribunal juridique, nous en attribuâmes d'avance le connoissance exclusive à notre cour plenière, et nous annoncâmes deslors formellement dans une loi enregistrée, l'intention de la rétablir.“

Krone, aus zwei Erzbiſchöfen und zwei Biſchöfen, zwei Marſchällen, aus zwei Gouverneurs, zwei Generallieutenants der Provinzen, zwei Rittern der Königl. Orden, vier andern qualificirten Perſonen des Reichs, ſechs Staatsräthen, vier Requetenmeiſtern, einem Präſidenten oder Rath eines jeden der andern Parlamente, zwei Räthen der Oberrechen-Kammer (chambre ou cour des comptes) und zwei Räthen des Oberſteuerhofs (cour des aides) von Paris. Endlich erhielt ſogar der Kapitain der Königl. Garden, wenn er den König in den Gerichtshof begleitete, Sitz und Stimme in demſelben. —

So wie dieſe Edicte der Ordnung nach verleſen wurden, machte der General-Advocat Seguier über jedes ſeinen Antrag. Dieſer lief faſt bei jedem Edict darauf hinaus, daß es bei einer ſo flüchtigen Mittheilung unmöglich ſey, den allgemeinen Geiſt der neuen Aenderungen zu faſſen, und die geeigneten Anträge zu machen, daß er es daher der Weisheit des Königs überlaſſen müſſe, die Einregiſtrirung der neuen Edicte zu verordnen. Nur hinſichtlich des Edicts über den neuen Pairshof (cour plenière) *) und der Veränderungen in der Criminal-Juſtiz verbreitete ſich der General-Advocat etwas umſtändlicher. Das Parlament hatte beſonders bei der Beſtimmung, daß die Vollſtreckung der Todesſtrafe erſt nach einem Monat, nachdem das Urtheil dem Verbrecher verkündigt worden, Statt finden ſollte, Anſtand gefunden oder vielmehr Anſtand geſucht, indem es vorſchützte, daß die Verbrecher dadurch einen ganzen Monat lang zwiſchen Tod und Leben ſchwebend gehalten würden. Indeſſen waren die Aenderungen in der Criminal-Juſtiz (wie auch der General-Advocat im Allgemeinen eingeſtand) wahre Verbeſſerungen, die man auch zu jeder andern Zeit als ſolche anerkannt und mit Jubel aufgenommen hätte. Allein Alles iſt verloren, wenn einmal das Mißtrauen in den Gemüthern zu tiefe Wurzeln geſchlagen hat. Nicht allein das Parlament, ſondern auch

---

*) „Sire, une nouvelle cour des Pairs spécialement destinée à la vérification et à l'enregistrement des lois, pourra-t-elle remplacer ces parlemens antiques, où la Nation assemblée délibéroit sur la formation des ordonnances, et accordoit à son roi les subsides que la necessité des tems le forçoit de lever sur ses sujets ? etc.“

das Volk ſah die letztern Anordnungen nur als eine Zugabe an, wodurch es über die despotiſchen Zwecke der andern getäuſcht werden ſollte. — Am Schluß hielt auch noch der erſte Präſident eine Rede an den König, worin er die Ungeſetzmäßigkeit der genommenen Maßregeln zu beweiſen ſuchte, und zugleich erklärte, daß weder das Parlament im Ganzen noch ein einzelnes Mitglied deſſelben irgend eine Stelle, die in Folge der neuen Edicte geſchaffen werden könnte, annehmen würde.

Die Edicte wurden demungeachtet, wie immer, in Gegenwart des Königs einregiſtrirt. Derſelbe befahl hierauf den Mitgliedern, die in den neuen Gerichtshof (cour plenière) eintreten ſollten, zu Verſailles zu bleiben, und entließ die Uebrigen. Man hatte gehofft, die Mitglieder der großen Kammer, welche alle in den allgemeinen Gerichtshof aufgenommen waren, würden den neuen Verordnungen eben nicht abgeneigt ſeyn. Allein kaum hatten ſie die Königl. Gemächer verlaſſen, als ſie ſich in einem Gaſthofe zu Verſailles mit den Mitgliedern der andern Kammern verſammelten *), und theils auf Antreiben dieſer Letztern, theils eingedenk ihres am 3ten Mai geleiſteten Eides, einen Brief an den König ſchrieben, worin ſie erklärten, die Functionen, welche ihnen durch die neuen Edicte beigelegt würden, nicht annehmen zu können. Den folgenden Tag wurden die Mitglieder der großen Kammer zu einem neuen Throngericht ins Schloß beſchieden, welches durchaus denſelben Erfolg hatte. Nach Beendigung deſſelben verfaßten die Mitglieder der großen Kammer eine förmliche Proteſtation gegen alles Vorgefallene. Den Parlamenten der Provinzen waren an demſelben Tage oder kurz nachher die Edicte ebenfalls mitgetheilt worden. Allenthalben zeigte ſich die nämliche Widerſetzlichkeit, nicht allein von Seite der Parlamente, ſondern auch von der faſt aller Untergerichte, des geſammten Volkes, und was merkwürdig genug iſt, auch des Adels. Der Adel von Bretagne erklärte diejenigen für ehrlos, die bei der veränderten Juſtizverfaſſung irgend

---

*) Dieſe Verſammlung des Parlaments in einem Gaſthof war ein Vorſpiel zu der berühmten Sitzung der conſtituirenden Verſammlung in dem Ballhaus (jeu de paume) zu Verſailles den 20. Junius 1789.

eine Stelle annehmen würden. Unfähig dieſen Unordnungen zu ſteuern, verlor der Prälat-Miniſter den Muth. Derſelbe erhielt am 24. Auguſt (1788) ſeinen Abſchied. Der Siegelbewahrer (Lamoignon) theilte ſein Schickſal. Der König beſetzte die Stelle des letztern durch den erſten Präſident des Oberſteuerhofs, Barentin. Dieſer eilte das Geſchehene wieder gut zu machen. Den 24ſten September fand unter dem lauteſten Jubel des Volkes eine Sitzung des Parlaments ſtatt. In derſelben verlangten die Beamten der Staatsbehörde eingelaſſen zu werden, um eine Königl. Erklärung mitzutheilen.*) Dieſe letztere ſprach den noch immer unveränderlichen Willen des Monarchen aus, eine Vereinfachung der Prozeßformen, ſo wie eine Verminderung der Gerichtskoſten zu erwirken. Doch wolle er in Betrachtung der ihm gemachten Vorſtellungen den Zeitpunct, wo dieſer Wunſch in Wirklichkeit treten ſollte, bis zur Verſammlung der Generalſtaaten, die im Lauf des Januars des folgenden Jahres 1789 zuſammentreten ſollten, verſchieben. Einſtweilen und bis dahin ſollten alle beſtehenden Tribunale ihre Functionen in der gewöhnlichen Form fortſetzen. Die Erklärung ward mit dem größten Dank aufgenommen, und Alles ſchien in das gewöhnliche Geleiſe zurückzukehren. Den 5ten Mai des folgenden Jahres (1789) wurden wirklich die Generalſtaaten zu Verſailles eröffnet. Welche ungeheuren Veränderungen von dieſen in der Grundverfaſſung des Reichs und in allen Zweigen der Verwaltung hervorgebracht worden, iſt weltbekannt. Von denſelben iſt, in ſo fern ſie die Gerichtsverfaſſung betreffen, ſchon im vorigen Theil das Weſentlichſte vorgekommen, und ſoll das noch etwa fehlende im Folgenden nachgetragen werden. Die National-Verſammlung — dieſen Namen legten ſich die Reichsſtände bei — hob durch ihren Beſchluß vom 6. und 7. September 1790 alle Parlamente des Reichs nebſt den Oberſteuerhöfen (cours des aides) und den Oberrechen-Kammern (chambres ou cours des comptes) auf. Das Volk, welches nun größere Verbeſſerungen, als die Parlamente je beabſichtigt hatten, verlangte, ſah letztere ohne Theilnahme fallen. Sie giengen unter in den Flammen, die ſie ſelbſt angefacht hatten. — Mehreres über die Geſchichte der Parlamente findet man in Voltaire: hist. du parlem. de Paris; Roche-Flavin traité des parlements, lettres historiques sur les parlements und in vielen andern Schriften.

---

*) A. p. d. Monit. „Nous ne changeons point, mais nous remplissons plus sûrement nos intentions, en remettant nos dernières resolutions jusqu' après la tenue des états généraux.“

# Anhang.

## Von dem Stadtgericht von Paris (châtelet).

Das Stadtgericht von Paris, von dem Ort ſeiner Sitzungen châtelet genannt, hatte die gewöhnliche und ordentliche Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit der Hauptſtadt, vorbehaltlich jedoch der Appel an das Parlament. Es war alſo eigentlich ein Untergericht. Indeſſen gab der Glanz der Hauptſtadt auch dem Stadtgericht derſelben einen ſolchen Vorrang vor allen andern Gerichten, und ſein Name wird in der Geſchichte Frankreichs ſo oft genannt, daß es wohl zweckmäßig ſeyn dürfte, einiges Nähere über ſeine Entſtehung und Verfaſſung zu ſagen.

Es iſt ſchon im Vorigen bemerkt worden, daß zu der Zeit, wo es den Lehnsträgern gelang ihre Lehen erblich zu machen, viele, denen die Aufſicht und Vertheidigung eines Schloſſes (castellum) anvertraut war, ſich in den Beſitz der Gerichtsbarkeit ſetzten, und daß ſolche Gerichte Caſtellaneien (châtellenies) genannt wurden. In einigen Städten (Paris, Orleans, Montpellier u. a.) hatten die Stadtgerichte von je her auch ihren Sitz in der Burg. Dieſelben waren indeſſen nicht durch eine ähnliche Anmaßung wie die Caſtellaneien entſtanden, und hatten mit dieſen Nichts gemeinſchaftlich, als daß ſie ihre Sitzungen ebenfalls im Schloß hielten. Deshalb unterſchied man ſie auch wahrſcheinlich durch einen beſondern Namen. Man nannte ſie châtelets, welches wir am füglichſten durch Burg- oder Schloßgerichte ausdrücken möchten. Die Burg, worin das Stadtgericht von Paris ſeine Sitzungen hielt, lag an dem Ende einer Brücke, welche die eigentliche Stadt Paris (cité) mit dem gegenſeitigen Ufer der Seine verbindet. Sie war urſprünglich ein Thurm, den ſchon Julius Cäſar nach der Eroberung Galliens zur Vertheidigung der Stadt erbaut hatte *). Noch in den letzten Zeiten führte ein Zimmer darin den Namen der Cäſars-Kammer (chambre de César). Im Jahr 1636 befand ſich auf einer Marmortafel über der Oeffnung eines Bureaus die Inſchrift: tributum Caesaris, woraus man mit Recht ſchloß, daß hier die Abgaben an den Kaiſer bezahlt wurden. Zu den Zeiten der Römiſchen Kaiſer hielten ſich viele derſelben von Zeit zu Zeit in Paris auf, beſonders Julian. Unter dem Kaiſer Aurelian hieß der erſte Beamte der Stadt praefectus urbis, welchen Namen er noch im J. 588 unter Chilperich, und im J. 665 unter Chlotar d. 3ten führte. Im folgenden Jahre aber nahm er den Titel eines Grafen von Paris an. Dieſe Würde ſtieg zu einem ſolchen Anſehn, daß Hugo Capet (im J. 987) ſich durch dieſelbe auf den Thron erhob. Er belehnte hierauf ſeinen Bruder Odo mit der Grafſchaft von Paris unter dem Vorbehalt, daß ſie bei dem Erlöſchen des Mannsſtammes an die Krone zurückfallen ſollte, welches im J. 1032 geſchah. Dieſe Grafen von Paris hatten, wie alle Grafen, einen Vogt (prévôt) unter ſich, welcher die Gerichtsbarkeit in ihrem Namen ausübte. Einen Theil derſelben hatten ſie andern Herren zu Lehn gegeben, welche Vicegrafen (vicomtes) hießen, und die ebenfalls ihre Vögte hatten. Im dreizehnten Jahrhundert wurden die Stellen dieſer Vögte in Pacht gegeben. Allein Ludwig der Heilige machte dieſen Mißbräuchen ein Ende. Er verwandelte das Geſchäft des Vogts in eine eigentliche Beamtenſtelle, und von dieſem Zeitpunkt an nahm das Stadtgericht bald die Form an, die es noch zuletzt (vor der Revolution) hatte. Der Vogt (prévôt) erhielt nach und nach Stellvertreter, Beiſitzer u. ſ. f., die anfänglich von ihm ſelbſt ernannt, ſpäter aber zu

---

*) Es gab dieſer Schlöſſer zwei: le grand et le petit châtelet. Jedes lag an dem Ende einer der beiden Brücken, welche die Stadt mit dem feſten Lande verbinden. Das Stadtgericht von Paris hatte ſeinen Sitz in dem grand châtelet.

Königlichen Beamten erhoben wurden, gerade ſo wie wir es im vorigen Abſchnitt in Beziehung auf die Amtmannſchaften angeführt haben. Der Vogt von Paris war urſprünglich nicht nur der Chef der Juſtiz-, ſondern auch der politiſchen und Finanzverwaltung der Hauptſtadt, wozu noch überdem der Oberbefehl über die von derſelben geſtellten Truppen kam. In den letzten Zeiten indeſſen gehörten die drei letzten Gegenſtände gar nicht mehr zu ſeinem Wirkungskreiſe. Nur die Anführung des Heerbanns des erſten und letzten Aufgebots (du ban et de l'arrière-ban) blieb ihm immer. Auch ward er bis zuletzt als der Chef des Adels der ganzen Grafſchaft und Vicegrafſchaft angeſehn. Seine Stelle gehörte zu den ganz ausgezeichneten, und ward von Zeit zu Zeit von den erſten Perſonen des Königreichs verwaltet. Er war dem Gouverneur nicht unterworfen, wie die Amtmänner und Seneſchalle es waren. Auch ward er in den Königl. Verordnungen allezeit namentlich vor den übrigen Amtmännern und Seneſchallen genannt. Er hatte das Recht, ein Picket von Stadtſoldaten in ſeinem Hauſe zu haben, die dort die Wache bezogen. Bei Feierlichkeiten begleiteten ihn zwölf Sergeanten in kurzem Waffenrock und mit Hellebarden bewaffnet, welche letztere Auszeichnung ihm ſchon Philip der Schöne im J. 1309 bewilligte. Derſelbe war endlich — und dieſes war der wichtigſte Theil ſeines Amts — nicht allein dem Titel, ſondern auch dem Recht und der Wirklichkeit nach der Chef des Stadtgerichts von Paris, worin er, ſo oft er wollte, den Vorſitz führte und eine entſcheidende Stimme hatte. Er ſelbſt ſprach zwar in den öffentlichen Sitzungen das Urtheil nicht aus, allein wenn er bei der Verkündigung gegenwärtig war, ſo hieß es: der H. Vogt von Paris ſagt, Wir verordnen u. ſ. f. In dem Sitzungsſaale dieſes Gerichts befand ſich ein beſonderer Thronhimmel, unter dem der Vogt ſeinen Sitz nahm, eine Auszeichnung, die ſonſt keinem richterlichen Beamten zukam, und die noch aus den Zeiten ſtammte, wo die Könige (insbeſondere Ludwig der Heilige) ſich in das Stadtgericht begaben um ſelbſt dort Recht zu ſprechen.

Das Stadtgericht von Paris vereinigte in der letzten Zeit mehrere Gerichtsbarkeiten in ſich, die früher beſtanden hatten, aber nach und nach aufgehoben wurden. Im J. 1522 ward eine eigene Amtmannſchaft (bailliage) eingeſetzt, die über die Erhaltung der Königl. Privilegien der Univerſität wachen ſollte, allein ſchon im J. 1526 ward dieſelbe mit der Vogtei vereinigt. Im J. 1551 erhielt das Chatelet die Rechte eines Präſidialgerichts. Im J. 1674 hob der König faſt alle grundherrlichen Gerichte in Paris auf und beſchränkte die Gerichtsbarkeit, welche die Amtmannſchaft des Pallaſtes (bailliage du palais) ausübte, auf den Umfang des letztern. Alle Rechte dieſer Behörden wurden an das Stadtgericht übertragen, und daſſelbe in zwei Abtheilungen, das alte und neue Stadtgericht (l'ancien et le nouveau châtelet), getheilt, die aber im September des J. 1684 wieder vereinigt wurden. Die Dienſtgeſchäfte des Stadtgerichts von Paris waren faſt eben ſo, wie die des Parlaments unter mehrere Kammern *) vertheilt. Die vorzüglichſten waren, 1) die Vogtei-Kammer (chambre de la prevôté), gewöhnlich auch Civil-Park (parc civil) genannt, welche in allen Civilſachen, die öffentlich verhandelt wurden, erkannte. 2) Die Rathskammer (chambre du conseil), welche über alle ſchriftlich verhandelten Civil-Prozeſſe entſchied, und worin zugleich die Angelegenheiten des ganzen Kollegiums berathen wurden. 3) Die Criminalkammer. 4) Das Präſidialgericht. Hierin wurden alle Sachen, die ihrer Natur nach vor die Präſidialgerichte gehörten (man ſehe den vorigen Abſchnitt) entſchieden. 5) Die Polizeikammer (chambre de la police). Durch ein Edict vom März 1667 ward für die Stadt Paris ein eigener General-Polizei-Lieutenant (Lieutenant général de la police) beſtellt. Hierdurch erhielt auch die Polizeikammer (das Polizeigericht, welches ſonſt von der Civil- und Criminalkammer ausgeübt ward) ſeinen Urſprung. Der ſo eben genannte Beamte hielt das Polizei-Gericht ganz allein ohne Beiſitzer. Es gab zwei Arten von Sitzungen deſſelben, nämlich für die Angelegenheiten der niedern und hohen Polizei, welche Sitzungen an ver-

---

*) Wie ſchon früher in Beziehung auf das Parlament bemerkt worden, ſo verſtand man auch bei den übrigen Gerichten unter dem Wort Kammer bald eine beſondere Abtheilung des Gerichts, bald das Local, wo dieſelbe ihre Sitzungen hielt.

ſchiedenen Wochentagen Statt fanden. In der erſten wurden alle Polizeiklagen, Injurien, Schlägereien u. ſ. f. abgemacht; in der andern ſtatteten die Commiſſarien ihren Bericht über den Zuſtand der Polizei im allgemeinen, über die zu Erhaltung derſelben nöthigen Anordnungen u. ſ. f. ab. — Außer dieſen Kammern oder Abtheilungen des Stadtgerichts gab es noch einige minder bedeutende, nämlich 1) die Civil-Kammer (chambre civile), in welcher der Civil-Stellvertreter (nach dem Vogt der erſte Beamte des Stadtgerichts) als einziger Richter ſaß, neben welchem einer der Advocaten des Königs die Geſchäfte der Staatsbehörde wahrnahm. Vor dieſe Kammer brachte man alle ſummariſche Sachen, Klagen und Einreden über Mobilien-Verkäufe, über die Hausmiethe, wenn kein ſchriftlicher Vertrag gemacht worden, Koſtenforderungen der Anwälte, Aerzte, Apotheker und Handwerker u. ſ. f.

2) Die Kammer des Richter-Auditeurs (séance du juge auditeur). Dieſer Beamte erkannte in allen perſönlichen Sachen, welche den Werth von 50 Livres nicht überſtiegen. Ehemals waren beſondere Anwälte bei dieſer Kammer angeſtellt, welche man Anwälte der untern Kammer (procureurs d'en bas) nannte, weil das Sitzungszimmer des Richter-Auditeurs im unteren Stockwerk war. Späterhin indeſſen wurden in dieſem Gericht keine Anwälte und Advocaten zugelaſſen. Die Partheien trugen ſelbſt ihre Sachen vor, oder ließen ſich allenfalls von dem Gehülfen eines Anwalts (clerc *] du procureur) vertheidigen.

---

*) Unter dem Wort clerc (clericus) verſtand man urſprünglich und größtentheils auch noch einen Geiſtlichen. Da früherhin die Geiſtlichen allein im Beſitz der Wiſſenſchaften waren, ſo ward das Wort: clerc auch nach und nach gebraucht um einen Gelehrten zu bezeichnen, welches indeſſen damals wohl nicht viel mehr ſagen wollte, als Jemand, der leſen und ſchreiben konnte. Daher mag es denn wohl gekommen ſeyn, daß man unter clerc ſpäterhin diejenigen verſtand, die entweder als Gehülfen, Schreiber, Secretaire u. ſ. f. oder auch als Lehrlinge bei einem Advocat, Anwalt, oder auch einem andern höhern gerichtlichen Beamten arbeiteten, und die demnach clercs d'avocat, clercs de procureur oder clercs de conseiller ou président genannt werden. In Paris mußten diejenigen clercs, die Anwälte

Die Inſtruction der Prozeſſe war durchaus ſummariſch. Die Zeugen wurden in der Sitzung verhört. Ein ſchriftliches Verfahren durfte gar nicht Statt finden. Die Urtheile wurden in der Sitzung ſelbſt, oder allenfalls nach Einſicht der auf dem Bureau niedergelegten Actenſtücke (sur pièces mises sur le bureau) erlaſſen. Gegen dieſe Vorſchrift ward nicht leicht angegangen, indem der Richter-Auditeur keine Sporteln, ſondern für jedes Endurtheil nur fünf Sous nehmen durfte. — Noch gab es 3) eine eigene Gerichtsſitzung, welche Sitzung der gewöhnlichen oder laufenden Sachen (l'audience de l'ordinaire) genannt ward. Die Anwälte brachten in derſelben minder bedeutende Sachen, die mehr zur Form als zur Hauptſache gehörten, vor; z. B. die Anerkennung von Privat-Unterſchriften, Streitigkeiten über Mittheilung der Actenſtücke u. ſ. f. vor. Auch die den Partheien vom Richter aufgegebenen Eide wurden in dieſer Sitzung abgelegt. Endlich gab es 4) noch ein beſonderes Gericht, oder eine beſondere Gerichtsſitzung, audience des criées genannt, worin die öffentlichen Ausrüfe, ob ſie nämlich nach der gehörigen Form und in der gehörigen Friſt geſchehen ſeyn, unterſucht und beſtätigt wurden. Die beiden zuletztgenannten Gerichtsſitzungen (3 und 4) hielt Ein Richter, und zwar bald einer der Räthe des Civil-Parcs, bald einer der beſonderen Stellvertreter (Lieutenant particulier), ab. Für die öffentlichen Ausrüfe waren indeſſen noch zwei beſondere Beamten unter dem Titel Beglaubiger der Ausrüfe (certificateurs de criées) beſtellt, welche abwechſelnd den Dienſt verrichteten. Denſelben wurden die auf die Ausrüfe ſich beziehenden Acten, Protokolle u. ſ. f. übergeben, worüber ſie in der audience des criées berichteten.

Das Gerichtsverfahren vor dem Chatelet war dem bei den übrigen Gerichten faſt ganz gleich; doch geſchah die eigentliche

---

werden wollten, ſich in die Corporation derſelben (der clercs) einſchreiben laſſen. Dieſe ward basoche genannt. Die basoche des Parlaments von Paris und von einigen andern Städten übte eine Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder aus. In den frühern Zeiten gab es ſogar einen König der basoche (roi de basoche). Allein bis zu den letzten Zeiten hatte ſie ihren Kanzler und Schatzmeiſter.

Inſtruction der Prozeſſe, die Abhörung der Zeugen u. ſ. f. nicht durch die ordentlichen Mitglieder oder Räthe, die eine entſcheidende Stimme in den Kammern hatten, ſondern durch beſondere Beamte, welche Unterſuchungs-Commiſſaire (commissaires examinateurs-enquêteurs) hießen, und deren es in den letzten Zeiten 48 gab *). Die eigentlichen Räthe waren nach den vier Hauptkammern, dem Civil-Park, dem Präſidial-Gericht, der Raths- und Criminal-Kammer in vier Abtheilungen getheilt, welche Säulen oder Colonnen (colonne du parc civil etc.) genannt wurden, wahrſcheinlich weil in den Regiſtern die Namen der Richter einer jeden Kammer in einer Colonne untereinander geſchrieben waren. Der Dienſt in dieſen Kammern wechſelte alle Monate, ſo daß jeder Rath in vier Monaten alle Kammern durchlaufen hatte.

Das Chatelet hatte mehrere beſondere Privilegien, nämlich 1) das Siegelrecht mit Competenz-Begründung. Darüber iſt ſchon oben bei Gelegenheit der Kanzellei-Briefe in einer Note das Nöthige angeführt worden. 2) Das Recht, alle Auswärtigen, welche Schuldner eines Bürgers von Paris waren, ergreifen zu laſſen. 3) Das Verfolgungsrecht (droit de suite). Vermöge deſſelben durfte, wenn ein Commiſſair des Chatelet einen Theil des Eigenthums eines Verſtorbenen unter Siegel gelegt hatte, kein anderer Beamter, wenn er nicht von dem Chatelet beauftragt war, an irgend einem andern Theil des Eigenthums deſſelben, wo es auch immer im Königreich gelegen war, die Siegel anlegen. Dieſes Vorrecht gründete ſich auf kein beſonderes Geſetz, ſondern es ſcheint aus dem Umſtande entſtanden zu ſeyn, daß das Chatelet früherhin das einzige Gericht war, das ein beſonderes Siegel hatte, welches überdem im ganzen Königreich galt. Dieſem übrigens ganz ähnlich war 4) das Recht des Chatelet über die Regelmäßigkeit

---

*) Früherhin wählte der Vogt aus den Räthen zwei, welche nach Beendigung der gewöhnlichen Sitzungen, die im obern Stockwerk Statt fanden (audiences du siége en haut), in den Zimmern des Erdgeſchoſſes (dans les basses auditoires) theils die minder bedeutenden Sachen abmachten, theils die Zeugen vernahmen. Dieſe Richter hießen damals juges auditeurs.

aller öffentlichen Ausrufe (criées) zu entſcheiden, die in Beziehung auf Güter, die in der Vogtei von Paris lagen, geſchahen, zu weſſen Gerichtsbarkeit die in Beſchlag genommenen Güter auch immer gehören mochten. Endlich hatte das Stadtgericht noch 5) das Recht über die Erhaltung der Privilegien der Univerſität zu wachen.

Die Zahl der bei dem Chatelet angeſtellten Beamten war ſehr groß. Der Chef deſſelben war, wie wir ſchon oben erinnert haben, der Vogt von Paris. Von dieſer Stelle nahm man an, daß ſie nie erledigt ſey, indem bei dem Abgang eines Vogts der General-Procurator des Parlaments von Paris ſogleich von Rechtswegen in alle Befugniſſe und Pflichten deſſelben eintrat, und deſſen Amt bis zur Beſtellung eines neuen Vogts verwaltete. Letzterer ward bei ſeinem Amtsantritt von einem Präſident mit der Mörſerhaube und vier Räthen (zwei geiſtlichen und zwei weltlichen) der großen Kammer des Parlaments eingeführt, und zwar geſchah dieſe Einführung in jeder der vier Kammern beſonders, nämlich in dem Civil-Park, in dem Präſidial-Gericht, in der Rathskammer und in der Criminal-Abtheilung. Der Vogt machte dabei dem Präſident, der ihn eingeführt hatte, ein Pferd zum Geſchenk. Die Amtskleidung des Vogts war ein kurzes Kleid mit Mantel, Kragen und Degen, nebſt einem Federhut als Kopfbedeckung. Er trug einen mit Silberſtoff umwundenen Commandoſtab in der Hand. In dieſer Kleidung erſchien er ſowohl in den Throngerichten, wo er auf der unterſten Stufe des Throns unter dem Ober-Kammerherrn (grand-chambellan) ſeinen Platz hatte, als auch im Parlament. Nämlich jedes Jahr nach Beendigung der Ferien bei Eröffnung der Rolle von Paris erſchien der Vogt dieſer Hauptſtadt an der Spitze des Civil-Parks in der großen Kammer *). Nachdem die Sachen abgerufen waren, bedeckte er ſich, welches Recht nur den Prinzen vom Geblüt, den Pairs und denjenigen, die vom König abgeſendet waren, zu kam.

---

*) Wir haben von dieſer Ceremonie ſchon früher einmal geſprochen, und dabei bemerkt, daß ſie wahrſcheinlich ein Ueberreſt von der ehemaligen Gewohnheit ſey, nach welcher bei Appellationen der Unterrichter ebenfalls vor dem

Außer dem Vogt, der nur außerordentlicher Weiſe in dem Stadtgericht erſchien, gab es, um gewöhnlich in den verſchiedenen Kammern den Vorſitz zu führen, mehrere Beamten, nämlich der Civil-, Polizei- und Criminallieutenant und der Richter Auditeur. Den erſten Rang unter denſelben hatte der Civil-Lieutenant, der zugleich in dem Präſidialgericht den Vorſitz führte. Die Amtsbefugniſſe der andern erhellen theils aus ihren Namen, theils aus dem was im vorigen Abſchnitt darüber geſagt worden iſt. Die Zahl der Mitglieder oder Räthe des Stadtgerichts war in den letzten Zeiten ſechsundfünfzig. Die Geſchäfte der Staatsbehörde wurden von vier Königl. Advocaten (avocats du roi), einem Königl. Procurator und acht Subſtituten wahrgenommen. Zu dem Perſonal deſſelben gehörten noch ferner ein Obergerichtsſchreiber, mehrere Gerichtsſchreiber, acht und vierzig Unterſuchungs-Commiſſarien (commissaires enquêteurs-examinateurs), zwei Beglaubiger der Ausrüfe, ein Bewahrer der Decrete, Matrikeln und ita est, (von deſſen Dienſtverrichtungen ſogleich näher geredet werden ſoll), ein Empfänger der hinterlegten Gelder, ein Verſiegler der Urtheile und Decrete, ein Empfänger der Strafgelder, zweihundert ſechs und dreißig Anwälte (procureurs), hundert dreizehn Notarien,*) und andere minder bedeutende Beamte, eine ſehr große Menge Huiſſiers, theils um in den Sitzungen den Dienſt zu verrichten (huissiers audienciers), theils um die Mobilien zu ſchätzen und zu verkaufen (huissiers commissaires-priseurs-vendeurs de biens-meubles), theils um zur Ehrenwache des Vogts

---

höhern Inſtanz-Gericht erſcheinen und ſein Urtheil rechtfertigen mußte.

*) (notaires gardes-notes et gardes-scel). Den erſten Titel (gardes-notes) gab man den Notarien, weil ſie ehmals nicht die vollſtändigen Urkunden der von ihnen ausgefertigten Acte, ſondern nur Noten darüber verwahrten. — gardes-scel hießen ſie, weil jeder ſein eignes Siegel hatte. Die Notarien des Chatelet von Paris durften im ganzen Königreich Acte aufnehmen. Dieſes letztere ſtand allen Notarien zu, die bei einem Gericht immatriculirt waren, das den Titel Chatelet führte wie zu Orleans, Montpellier. In Paris ſelbſt indeſſen durften nur die Notarien des dortigen Stadtgerichts inſtrumentiren.

zu dienen, mehrere Kerkermeiſter (geoliers ou concierges des prisons), ein geſchworner Ausrufer, vier Trompeter u. ſ. f. Das Chatelet hatte überdem zur Erſtattung der Befundſcheine ſeine eignen Aerzte, Wundärzte und Hebammen, ſo wie überhaupt zur Ertheilung von Gutachten ſechszig beſondere Sachverſtändige (experts). Dem ſo eben unter dem Titel (garde des decrets et immatricules et ita est) angeführten Beamten lagen drei Verrichtungen auf. Er mußte 1) die erlaſſenen und unterzeichneten Decrete 24 Stunden aufbewahren, ehe er ſie abgab, um abzuwarten, ob etwa ein Einſpruch dagegen geſchehe. Fand dieſes Statt, ſo nahm er den Einſpruch auf. Fand keiner Statt, ſo beſcheinigte er letzteres, und übergab das Decret dem Verſiegler, um das Siegel beizuſetzen. 2) Führte derſelbe das Regiſter über alle bei dem Chatelet angeſtellten und immatriculirten Notarien und Huiſſiers, die in dieſer Eigenſchaft das Recht hatten durch das ganze Königreich zu inſtrumentiren. 3) Fertigte er die Reinſchrift aller Acte aus, welche der Notar, der die Urkunde aufgenommen hatte, wegen Abſterbens oder wegen des Verkaufs ſeiner Stelle nicht hatte ausfertigen können. Er unterzeichnete ſeinen Namen in der Mitte des Blatts, und ſchrieb darüber: ita est, welches ſoviel als verglichen (collationné) bedeutete. Der Nachfolger des abgegangenen Notars unterſchrieb rechts, und der zweite Notar *) (notaire en second) links. Ehmals gab es bei dem Chatelet auch beſondere Advocaten (avocats au châtelet). In den letzten Zeiten indeſſen traten alle Parlaments-Advocaten auch bei dem Chatelet auf, und umgekehrt.

Das Chatelet wohnte von je her allen Feierlichkeiten bei, eben ſo wie das Parlament. Es hatte ſeinen Rang unmittelbar nach den oberſten Gerichtshöfen (cours souveraines), dem Parlament, der Oberrechenkammer u. ſ. f. Zuweilen verſuchte die Regierung, wenn das Parlament ſich weigerte ein Edict

---

*) Nach mehrern Edicten war zur völligen Gültigkeit eines Acts die Unterſchrift von zwei Notarien erforderlich, wovon aber nur Einer die Urkunde (la minute) behielt. Der andere hieß notaire en second. Man erſetzte indeſſen meiſtentheils die Unterſchrift des zweiten Notars durch die von zwei Zeugen.

einzuregiſtriren, daſſelbe ſtatt deſſen bei dem Chatelet eintragen zu laſſen, meiſtens aber mit geringem Erfolg. So ergieng es im Jahr 1753 bei Errichtung der ſogenannten Königl. Kammer, wovon oben geredet worden. Das Chatelet verweigerte die Einregiſtrirung, und zwar unter dem Vorwand, weil Chlotar der 1ſte und 2te verboten hätten, gegen die alten Verordnungen zu handeln. Der Hof ſah ſich endlich genöthigt, die Einregiſtrirung zu erzwingen, wogegen das Chatelet proteſtirte. Ganz daſſelbe Spiel wiederholte ſich im J. 1789 bei Einſetzung der cour plenière. Obſchon das Chatelet dabei zur Oberamtmannſchaft (grand-bailliage) erhoben wurde, und alſo einen größern Wirkungskreis erhielt, ſo machte es doch die kräftigſten Vorſtellungen dagegen. Die cour plenière erlag zwar der Menge der gegen ſie gerichteten Streiche, aber bald darauf riß die Revolution das Chatelet nebſt allen Ober- und Untergerichten Frankreichs in Einem Umſturz dahin.

* * *

## Fünfter Abſchnitt.

### Von den Ausnahme-Gerichten.

Es gab der ſogenannten Ausnahme-Gerichte (tribunaux d'attribution) vor der Revolution eine ſo große Menge, daß es eben ſo läſtig als nutzlos wäre, ſie alle aufzuzählen. Wir werden uns daher begnügen, nur von den vorzüglichſten zu ſprechen. Man kann füglich drei Claſſen derſelben unterſcheiden, nämlich: 1) ſolche, welche über beſondere Gegenſtände, 2) ſolche, die über beſondere Perſonen und 3) ſolche, die ſowohl über beſondere Perſonen als Gegenſtände urtheilten. Zu der erſten Claſſe gehören: 1) die Conſular-Gerichtsbarkeiten (juridictions consulaires) und andere Handelsgerichte, wie die conservation de Lyon u. ſ. f., 2) die Domainen-Kammern (chambres du domaine, bureaux des finances), die über alle Domainen-Sachen entſchieden, 3) die Forſtgerichte (eaux et forêts), nach ihren verſchiedenen Abſtufungen (grueries, maîtrises des eaux et forêts, tables de marbre), 4) die Salzkammern (greniers à sel), 5) die Steuergerichte (elections), und die Oberſteuerhöfe (cours des aides), 6) die Münzgerichte (juridictions des monnaies) und der Obermünzhof (cours des monnaies), 7) die Admiralitäts-Büreaus (bureaux d'amirauté) und 8) die Zollgerichte (bureaux des traites). Zu der zweiten Claſſe von Gerichten, deren Gerichtsbarkeit ſich über beſondere Perſonen erſtreckte, gehörten 1) die Vogtei des Palaſtes (prevôté de l'hôtel), 2) das Gericht requêtes de l'hôtel genannt, 3) die Oberrechenkammern (chambres des comptes), 4) die geiſtlichen Gerichte, (obſchon die beiden zuletzt (N° 3 und 4) genannten auch zu der folgenden Claſſe gezählt werden könnten), 5) die Militair-Gerichte. Zu der dritten Claſſe, welche ſowohl über beſondere Perſonen als

Sachen urtheilten, gehörten 1) Das Marſchalls-Gericht (connétablie et marechaussée de France), 2) der große Staatsrath (le grand conseil), welcher indeſſen kaum zu den Ausnahmsgerichten zu zählen iſt, und wovon in dem ſechſten Abſchnitt näher gehandelt werden ſoll.

I. a. In Frankreich beſtanden ſchon mehrere Jahrhunderte vor der Revolution zur Schlichtung der Streitigkeiten in Handelsſachen beſondere Tribunale, welche den Titel Conſular-Gerichte (juridictions consulaires) führten, an deren Stelle die Geſetzgebung der Conſtituirenden*) ſo wie auch die Napoleon's die Handels-Gerichte (tribunaux de commerce) geſetzt hat. — Ohne hier von denjenigen Gerichten näher zu reden, die für die Schifffahrt und den Seehandel, ſo wie auch zur Schlichtung der auf den Meſſen (foires) vorfallenden Streitigkeiten beſtellt, und die beide in Frankreich uralt waren,**) ſo gründete ſchon Heinrich der Zweite durch ſein Edict vom Jahr 1549 für die Kaufleute von Touleuſe eine gemeinſchaftliche Börſe und erlaubte ihnen jedes Jahr aus ihrer Mitte einen Vorſteher (prieur) und zwei Conſuln zu wählen, welche über alle Rechtsſtreitigkeiten in Handelsſachen in erſter Inſtanz entſcheiden ſollten.***) Im Jahr 1556 erhielt die Stadt Rouen die nämliche Befugniß. Der Sohn und Nachfolger des oben genannten Königs, Franz der Zweite, erließ im Auguſt des Jahrs 1560 zu Fontainebleau ein Edict, nach welchem bei allen zwiſchen Kaufleuten†) entſtehenden Proceſſen die Partheien verpflichtet waren, drei Schiedsrichter oder wenigſtens eine ungerade Zahl von Schiedsrichtern zu wählen. Dieſe ſollten die Sache in erſter und letzter Inſtanz entſcheiden, und die ordentlichen Richter ſollten die Ausſprüche derſelben vollſtrecken laſſen. Allein dieſe gutgemeinte Verordnung war kaum erlaſſen, als ſie ſchon außer Gebrauch kam. Einige Jahre ſpäter im Jahr 1563 erließ Carl d. Neunte unter der Leitung des berühmten Kanzlers de L'Hopital, ein Edict, wodurch in Paris ein Conſular-Gericht gegründet ward, welches das Muſter aller übrigen geworden iſt. Dieſes Edict*) enthält in 18 Artikeln ganz umſtändliche Vorſchriften, nicht allein über die Art die Mitglieder der Handelsgerichte zu wählen, ſondern auch über ihre Competenz und das Verfahren vor denſelben, ſo daß man von ihm mit Recht den erſten Urſprung der Conſular- oder Handelsgerichte von Frankreich herleitet, deren Zahl nach und nach zu ſieben und ſiebenzig anwuchs.**) Etwa ein Jahrhundert nach Erlaſſung des Edicts, unter der Regierung Ludwigs des 14ten, erhielten bekanntlich alle Zweige der Geſetzgebung die wichtigſten Verbeſſerungen. Nachdem dieſer König durch ſeine Verordnungen vom Jahr 1667 und 1670 das Verfahren in Civil- und Criminalſachen geordnet hatte, erließ er im März 1673 eine ſehr ausführliche Verordnung über den Handel, die auch unter dem Namen code marchand bekannt iſt, und über deren Abfaſſung man Th. I. S. 151 näher nachſehen kann. Dieſelbe enthält nicht blos Vorſchriften für das gerichtliche Verfahren in Handelsſachen, ſondern ſie iſt ein eigentliches Handels-Geſetzbuch, wodurch, mit Ausnahme des Seehandels, worüber einige Jahre ſpäter (im Auguſt 1681) eine beſondere Verordnung erſchien, alle Rechte und Verbindlichkeiten in Handelsſachen beſtimmt werden. Sie blieb, obſchon ſpäter noch eine große Zahl von Edicten, Erklärungen u. ſ. f. über denſelben Gegenſtand erſchienen, in Handelsſachen die allgemeine Richtſchnur des Rechts bis zur Revolution, oder genauer zu reden, bis zur Verkündigung des Handels-Geſetzbuchs von Napoleon (code de commerce).***) Bei den Verhandlungen, welche über die Einführung dieſes letztern im geſetzgebenden Corps Statt fanden, ſprachen die Redner der Regierung mit der größten Achtung von den Talenten derjenigen, welche das Geſetzbuch Ludwigs d. 14ten abgefaßt hatten, ſo wie denn auch die Beſtimmungen dieſes letztern größtentheils in das neue Handelsgeſetzbuch übergegangen ſind. Unſere Kräfte erlauben uns indeſſen eben ſo wenig, als unſer Zweck, hier in eine nähere Vergleichung beider Geſetzgebungen einzugehn. Dem letztern gemäß werden wir nur von dem, was ſie über die Handelsgerichte und das Verfahren vor denſelben enthalten, in der Kürze Einiges ſagen.

---

*) Organisat. judic. d. 16 août 1790 tit. XII. (Desen tom. III. p. 237.)

**) Von den letztern wird ſogleich, und von den erſtern N° VIII. näher gehandelt.

***) M. ſ. d. Encycloped. art. consuls des marchands.

†) Man findet es in Code Neron tom. I. p. 366, 367.

---

*) Es findet ſich ebenfalls in dem Code Neron p. 433, auch dem in der folgenden Note angeführten Commentar von Jouſſe iſt es am Ende beigefügt.

**) So groß wird ihre Zahl in dem im Jahr 1761 erſchienenen Commentar von Jouſſe zu der Verordnung vom Jahr 1673, wo ſie alle namentlich aufgeführt werden, angegeben.

***) Decret in der Sitzung des geſetzgeb. Corps vom 15. September 1807. M. ſ. d. Moniteur vom 17. Septb. d. J., auch Th. I. S. 170.

Durch die Verordnung Ludwigs des 14ten v. März 1673 (Tit. XII. Art. 1) erhielt das Edict Carl d. 9ten vom Novbr. 1563, welches eigentlich nur für das Conſular-Gericht von Paris gegeben war, nebſt allen ſpäter über die Conſular-Gerichte erſchienenen Edicten und Erklärungen, die bei den Parlamenten einregiſtrirt waren, durch ganz Frankreich Geſetzes-Kraft. Nach Art. I. dieſes Edicts (vom Jahr 1563) ſollten, zur erſten Errichtung des Conſular-Gerichts von Paris, der Vogt der Kaufleute (prevôt des marchands) und die Schöffen dieſer Stadt hundert angeſehene Bürger zuſammenrufen, um fünf Mitglieder dieſer neuen Behörde zu wählen. Der Erſte derſelben erhielt den Titel: Richter der Kaufleute, die vier andern hießen Conſuln der Kaufleute. Dieſelben blieben nur ein Jahr im Dienſte. Um ihre Stellen wieder zu beſetzen, ſollten ſie ſelbſt (Art. 2) drei Tage vor dem Ende ihres Dienſtjahrs eine Verſammlung von ſechszig Kaufleuten, die alle Bürger von Paris ſeyn mußten, veranſtalten. Dieſe wählten dann aus ihrer Mitte dreißig, welche in Verbindung mit den abgehenden Beamten auf der Stelle zu der Wahl der neuen für das folgende Jahr ſchritten. So ergänzten ſich die Conſular-Gerichte von Jahr zu Jahr ſowohl zu Paris, als in ganz Frankreich. Doch fanden in den verſchiedenen Städten in dieſer Wahl kleine Verſchiedenheiten in Beziehung auf die Zahl der Wählenden u. dg. Statt, die indeſſen zu unbedeutend ſind, um hier erwähnt zu werden. *) Selbſt in Paris hatte dieſe Wahl hin und wieder Unzufriedenheit veranlaßt. In den Conferenzen, welche über die Verordnung

---

*) Merlin Répert. art. consuls des marchands.

vom Jahr 1667 (Th. I. S. 150) Statt fanden, bemerkte der Präſident Lamoignon, (bei den Verhandlungen über Tit. XVI.*) daß die Ernennung der Conſuln faſt ohne Wahl, nach einer gewiſſen Anciennetät, welche die Kaufleute unter ſich beobachteten, geſchehe, daß deshalb oft viele unfähige oder durch Alter geſchwächte Perſonen zu dieſen Stellen gelangten, ſo daß bei den meiſten Conſular-Gerichten der Gerichtsſecretair die Urtheile mache, indem er der einzige ſey, der Etwas von Geſchäften verſtehe. Auch zwiſchen den verſchiedenen Corporationen der Kaufleute, deren es in Paris acht gab, entſtand von Zeit zu Zeit eine gewiſſe Eiferſucht in dieſer Hinſicht. Um dieſem Uebelſtand, wenigſtens für Paris, abzuhelfen,**) erſchien d. 18. März 1728 eine Königl. Erklärung, nach welcher zu der Wahl der neuen Conſuln aus jeder Corporation eben viele Perſonen (im Ganzen vierzig) verſammelt, und dieſen von den abgehenden Conſuln nach Gutdünken noch zwanzig hinzugefügt werden ſollten, welche dann die neuen Conſuln, ſo wie eben geſagt worden, wählten. Dieſe Art der Wahl beſtand bis zur Revolution. Nach der Juſtiz-Organiſation der Conſtituirenden (Decr. d. 16. Août 1790 tit. XII. Art. I. Desen. tom. III. p. 188, 237) ſollte in allen Städten, wo die Departements-Verwaltung es für nöthig erachtete, ein Handels-Tribunal (tribunal de commerce) errichtet werden. Jedes dieſer Tribunale ſollte (Art. 6), den Präſident mitgerechnet, aus fünf Mitgliedern beſtehn. Dieſelben wurden von der geſammten Maſſe aller Banquiers, Kaufleute Manufacturiſten, Schiffs-Ausrüſter und Schiffskapitaine gewählt, die von den im Dienſt befindlichen Handelsrichtern***) acht Tage vor der Wahl durch Anſchlagzettel und öffentliche Ausrufe aufgefordert wurden, ſich zu verſammeln. Die Wahl geſchah (Art. 10) nach abſoluter Stimmen-Mehrheit; die des Präſidenten ward beſonders angekündigt. Der letztere blieb zwei

---

*) Aus den Protocollen erhellt, daß das Parlament den Conſular-Gerichtsbarkeiten nichts weniger als günſtig war.

**) Merlin. Répert. art. consuls des marchands.

***) In Städten, wo die Handelsgerichte erſt eingeſetzt wurden, ſollte (Art. 8) dieſe Verſammlung von den Municipalbeamten auf dieſelbe Art zuſammengerufen werden.

Jahre im Dienſt. Nach dieſer Zeit fand (Art. 11) für die Beſetzung ſeiner Stelle eine beſondere Wahl Statt. Auch die vier andern Richter blieben eigentlich zwei Jahre im Dienſt. Das erſtemal ſollten indeſſen die beiden, welche die wenigſte Zahl von Stimmen erhalten hatten, ſchon nach einem Jahr ausſcheiden, und dafür zwei neue gewählt werden. Für die Folge ſchieden jedes Jahr die beiden älteſten aus, und wurden durch zwei neugewählte erſetzt, wodurch man eine gewiſſe Regelmäßigkeit und Beſtändigkeit in dies Verfahren und die Entſcheidungen der Handelsgerichte zu bringen bezweckte.

Die ſo eben beſchriebene Anordnung erlitt durch die Napoleon'ſche Geſetzgebung wieder einige Abänderungen. Nach Art. 615 des Handelsgeſetzbuchs beſtimmt die Regierung die Städte, welche ihr zum Sitz eines Handels-Gerichts geeignet ſcheinen. Jedes dieſer Gerichte beſteht aus einem Präſidenten, aus Richtern und Stellvertretern (suppléans). Die Zahl der Richter kann nicht über acht und nicht unter zwei ſeyn (Art. 617). Die Zahl der Stellvertreter wird nach dem Bedürfniß des Dienſtes beſtimmt. Die Wahl der Mitglieder der Handels-Gerichte iſt nicht allen Banquiers, Kaufleuten u. ſ. f. ohne Unterſchied überlaſſen; ſondern der Präfect ſtellt eine Liſte der bedeutendſten Kaufleute u. ſ. f. des Bezirks (de l'arrondissement) auf. Die Zahl der in dieſer Liſte aufzunehmenden iſt nach Verſchiedenheit der Bevölkerung der Städte verſchieden, kann aber nicht unter 25 ſeyn, und iſt durch das Geſetz beſtimmt (Art. 619). Die in dieſe Liſte Eingetragenen wählen, nachdem dieſelbe von dem Miniſter des Innern beſtätigt iſt, die Mitglieder der Handelsgerichte, und zwar wird jedes Mitglied einzeln und nach abſoluter Stimmen-Mehrheit gewählt (Art. 618, 621).*) Wenn man zu der Wahl des Präſidenten ſchreitet, ſo wird dieſes vor der Abſtimmung beſonders angekündigt (Art. 621). Wählbar zum Richter oder Stellvertreter iſt (Art. 620) jeder Kaufmann, der dreißig Jahr alt iſt, und den Handel fünf Jahre hindurch mit Ehre ausgeübt hat.*) Der Präſident, welcher ein Alter von vierzig Jahren haben muß, kann nur aus den ehemaligen Richtern gewählt werden. Der Präſident und die Richter bleiben zwei Jahre in ihrer Stelle, und können nur nach einer Zwiſchenzeit von einem Jahr wieder gewählt werden. Jedes Jahr ſcheidet eine Hälfte der Richter aus. Um dieſes möglich zu machen, wird das erſtemal (d. h. bei Errichtung eines neuen Handelsgerichts) nur die eine Hälfte der Richter und Stellvertreter für zwei Jahre und die andere Hälfte für ein Jahr gewählt (Art. 622). Alle Mitglieder der Handelsgerichte müſſen, um ihre Functionen antreten zu können, vom König eingeſetzt werden. (être institués par le Roi (Pardessus cours d. D. C. N° 1338) Bei den Handels-Gerichten befindet und befand ſich ſeit ihrer Entſtehung im Jahr 1563 kein Beamter der Staatsbehörde. Bei einigen war indeſſen vor der Revolution ein Syndicus angeſtellt, dem man die Sachen, wenn eigentliche Rechtsfragen darin vorkamen, vorher zuſtellte.**) Auch dürfen und durften von je her weder Advocaten noch Anwälte dabei auftreten, ſondern die Partheien mußten entweder in Perſon erſcheinen, oder einen Special-Bevollmächtigten ernennen.***) Doch fanden ſich früher bei demſelben gewiſſe Perſonen ein, die ein Geſchäft daraus machten, die Partheien vor den Handels-Gerichten zu vertheidigen, deren es auch jetzt unter dem Namen „agrées“ gibt. Sie bedürfen indeſſen in jedem Fall einer ſchriftlichen Vollmacht der Parthei. †)

---

*) „Au scrutin individuel et à la majorité absolue des suffrages.“ Das scrutin individuel iſt dem scrutin de liste entgegengeſetzt. Bei dem letztern wird bei einer Abſtimmung die ganze Zahl der zu Wählenden auf einmal gewählt. Zu der majorité absolue iſt wenigſtens Eine Stimme mehr als die Hälfte der Stimmenden erforderlich.

---

*) Ueberdem muß er im Beſitz der politiſchen Rechte eines franzöſiſchen Bürgers ſeyn, und die zu einem Wähler (électeur) nöthigen Eigenſchaften haben. M. ſ. Pardessus Droit commerc. N° 1339, 1340.

**) Ordon. d. 1673 tit. XII. art. 11 „Ne sera étably dans la jurisdiction consulaire aucun Procureur syndic ni autre officier, s'il n'est ordonné par l'édit de création du siège, ou autre édit deuëment registré.“

***) Ed. d. 1563 art. IV. M. ſ. Pardessus N° 1343.

†) Pardessus Cours. d. D. commerc. N° 1343.

Nach dem Edict vom Jahr 1563 Art. 18 ernannten die Mitglieder der Conſular-Gerichte ſelbſt einen erfahrnen Mann zu ihrem Gerichts-Secretair. Allein ſpäterhin ward dieſe Stelle ein förmliches Amt, das der König vergab oder verkaufte. Dieſelbe Einrichtung (die Verkäuflichkeit abgerechnet) beſteht auch noch jetzt. Außer dem Gerichts-Secretair erhalten die übrigen Mitglieder der Handelsgerichte für ihre Dienſte keine Beſoldung oder ſonſtige Vergütung, ſondern die Stellen derſelben ſind und waren von je her (von 1563 an) bloße Ehrenſtellen.

Der Zweck der Einrichtung der Handelsgerichte war ſchleunige Entſcheidung aller zwiſchen Kaufleuten über Handelsſachen entſtehenden Prozeſſe, und zwar mit der möglich geringſten Zahl von Koſten und Förmlichkeiten. Nach dieſen Grundſätzen ſind alle über die Competenz und das Verfahren vor den Handels-Gerichten erſchienenen Geſetze abgefaßt. In Beziehung auf die erſtere ſagt das Edict vom Jahr 1563 Art. I.: „Connoitront lesdits juges et consuls des marchands de tous procès et différends qui seront ci-après mus entre marchands, pour fait de marchandises seulement, leurs veuves marchandes publiques, leurs facteurs, serviteurs et commettans, tous marchands, soit que lesdits différends procédent d'obligations, cédules, récépisses, lettres de change ou crédit, reponses, assurances, transports de dettes et novations d'icelles, calculs ou erreurs en iceux, conpagnies, societés ou associations ja faites, ou qui se feront ci-après.“ Zu dieſen Beſtimmungen ſetzte die Ordon. d. 1673 tit. XII. noch Mehreres hinzu. Ganz insbeſondere ward (Art. IV.) über alle Verkäufe von Kaufleuten und Handwerkern an andere, die nur das Erhaltene entweder ſo wie es war oder nach einer vorhergehenden Bearbeitung wieder zu verkaufen geſchloſſen wurden, das Erkenntniß den Conſular-Gerichten beigelegt. Sie erhielten überdem Art. 2 die Entſcheidung in allen Streitigkeiten über Wechſelbriefe, welche von einem Ort auf einen andern gezogen waren, und zwar ohne alle Rückſicht auf den Stand der Partheien, d. h. ſie mogten Kaufleute ſeyn oder nicht. Dagegen ſteht tit. XII. art. 4. den Handels-Gerichten keine Erkenntniß über Streitigkeiten zu, die, wenn auch zwiſchen Kaufleuten, über den Verkauf von Gegenſtänden, die zu unmittelbarem Gebrauch des Käufers beſtimmt ſind, entſtehen. Gutsbeſitzer, Pächter, Winzer und ſonſtige Eigenthümer, welche die Erzeugniſſe ihres Bodens an andere, welche mit denſelben roh oder bearbeitet Handel treiben, verkaufen, konnten (tit. XII. art. 10) bei darüber entſtehenden Streitigkeiten ihren Gegner nach Gutdünken vor die gewöhnlichen oder Conſular-Gerichte laden laſſen, waren aber ſelbſt bei den gegen ſie deshalb gerichteten Klagen nur den gewöhnlichen Gerichten unterworfen.

Obſchon aus dem Geſagten die Ausdehnung der Competenz der Handelsgerichte im Allgemeinen hinreichend klar iſt, ſo war und iſt auch noch jetzt, nach Erſcheinung des Code de commerce, die Entſcheidung darüber in einzelnen Fällen nicht ohne Schwierigkeit; ſo daß wir den Leſer, der ſich näher unterrichten will, auf die Geſetzbücher und Commentatoren *) verweiſen müſſen. Nur noch einige Bemerkungen wollen wir hinzufügen.

Nach den oben angeführten Worten des Edicts vom Jahr 1563 ſollte man glauben, daß die Competenz der Handelsgerichte ſich nur auf die Fälle erſtrecken, wo beide Partheien Kaufleute **) ſind, und zugleich der Streit ein Handels-Geſchäft

---

*) M. ſ. Merlin. Répert. art. Consuls des marchands und insbeſondre Cours de Droit commerc. par Pardessus. Part. VII. tit. II.

**) In vielen franzöſ. Städten bildeten vor der Revolution die Kaufleute, beſonders diejenigen, die im Kleinen verkauften, eigene Zünfte, ſo daß nur diejenigen, welche dazu gehörten, Handel treiben durften. Um in eine ſolche Zunft aufgenommen zu werden, mußte Einer regelmäßig ſeine Lehrjahre abgemacht, noch eine Zeit lang als Gehülfe gearbeitet, und endlich eine Prüfung beſtanden haben; worüber man (ordon. d. 1673 tit. I.) die gehörigen Vorſchriften findet. Es hatte alſo in allen dieſen Fällen keine Schwierigkeit zu beſtimmen, ob Einer ein Kaufmann ſey oder nicht. Allein die Großhändler (die Banquiers ohne Ausnahme) waren zum Theil von dieſem Zunftzwang befreit. Es blieb alſo für dieſe hin und wieder unſicher, ob man ſie zu den Kaufleuten rechnen ſollte oder nicht; ſo wie es auch noch jetzt, nachdem alle Zünfte ſeit der Revolution aufgehoben worden, der Fall iſt. Nach Art. I. des Handelsgeſetzbuchs ſind diejenigen Kaufleute, welche aus Handelsoperationen ihr gewöhnliches Geſchäft machen. Bei betrifft. Die ordon. de 1673 beſtätigte indirect dieſe Meinung, indem ſie (tit. XII. art. 2) das Erkenntniß über gewiſſe Gegenſtände (Wechſelbriefe z. B.) und zwar ohne Rückſicht auf das Gewerbe und den Stand der Partheien (entre toutes personnes) den Conſular-Gerichten beilegte. Allein ſchon lange vor der ordon. d. 1673 ſtand es durch den Gerichtsgebrauch feſt, und ward auch bis zu den letzten Zeiten beobachtet, daß alle, welche ohne den Handel als eigentliches Gewerbe zu treiben, nur zufällig einmal handelten, wegen der daraus entſtehenden Verbindlichkeiten denſelben Gerichten unterworfen waren, als ob ſie Kaufleute wären. Der einzige Unterſchied, der zwiſchen einem Kaufmann und einem andern hierin Statt fand, beſtand darin, daß für alle Verbindlichkeiten und Unterhandlungen zwiſchen zwei Kaufleuten die geſetzliche Vermuthung ſprach, ſie haben Bezug auf Handelsgeſchäfte, wogegen dieſes bei Privaten aus beſondern Umſtänden erhellen mußte. Das Napoleon'ſche Handelsgeſetzbuch läßt hierüber keinen Zweifel übrig, indem es (Art. 631 N° 2) die Entſcheidung über alle Streitigkeiten wegen Handelsoperationen (actes de commerce) den Handels-Gerichten beilegt. In den beiden folgenden Artikeln (632, 633) werden nun der Ordnung nach diejenigen Geſchäfte aufgezählt, die als Handelsoperationen angeſehen werden ſollen. Außer den Käufen, die in der Abſicht geſchehn, um die eingehandelten Waaren*) entweder roh oder bearbeitet wieder zu verkaufen, gehören dazu alle Wechſel-, Bank- und Makler-Geſchäfte, alle eigentlich ſogenannten Unternehmungen (entreprises) von Bauten, Lieferungen, von Waſſer- und Landtransport, alle zwiſchen Kaufleuten eingegangenen Verbindlichkeiten,

---

dieſer Definition iſt es indeſſen oft ſchwierig, die Kaufleute von den Handwerkern zu unterſcheiden. Es war indeſſen nicht die Abſicht des Geſetzes, beide in eine Claſſe zu ſetzen (cod. civ. art. 1308, 1326). M. ſ. beſonders Pardessus Cours. d. D. commerc. N° 81.

*) Unter Waaren ſind durchaus nur bewegliche Gegenſtände zu verſtehn. Der Ankauf eines Grundeigenthums, ſelbſt wenn er in der Abſicht, es parzellenweiſe wieder zu verkaufen, gemacht wird, iſt keine Handelsoperation (Pardessus N° 8).

alle Verträge, die ſich auf den Seehandel beziehn u. ſ. f. Ueber alle dieſe Gegenſtände ohne Unterſchied legt, wie ſchon erinnert worden, das Geſetz die Entſcheidung den Handelsgerichten bei. Der Gerichtsgebrauch hat aber dabei einen wichtigen Unterſchied eingeführt. Nämlich ein Vertrag u. ſ. f. iſt oft nur von Seiten eines der Contrahenten eine Handelsoperation, und von Seiten des andern nur ein Mittel, um ſich ſeine Bedürfniſſe zu verſchaffen. Wenn z. B. ein Unternehmer von Frachtfuhren von Einem, der kein Kaufmann iſt, Waaren zu verführen erhält, ſo iſt dieſes zwar in Beziehung auf den erſtern eine Handelsoperation, aber gar nicht hinſichtlich desjenigen, der ihm die Waare in Fracht gibt. Durch den Gerichtsgebrauch iſt nun eingeführt, daß in ſolchen Fällen nur derjenige, welcher dabei eine Handelsoperation gemacht, bei den Handelsgerichten belangt werden, ſeinen Gegner aber nur vor die gewöhnlichen Gerichte laden laſſen kann. *)

Unter den cod. d. commerc. art. 631 — 633 angeführten Geſchäften, die das Geſetz als Handelsoperationen anſieht, gibt es indeſſen einige, welcher dieſe Eigenſchaft in einem ſo eigenthümlichen Grade zukommt, daß durchaus beide mitwirkende Partheien ohne Rückſicht auf ihr gewöhnliches Gewerbe, ſo wie auf den Zweck, den ſie bei dem Geſchäft hatten, als Handelstreibende angeſehn werden. Hierhin gehören alle Geſchäfte, die ſich auf Wechſelbriefe beziehn, ſo wie alle Verträge über Seegeſchäfte (contrats maritimes). In Beziehung auf die Wechſelbriefe galt dieſes, wie ſchon erinnert worden, auch vor der

---

*) Pardessus Cours d. Droit commerc. (N° 1345—1347). Derſelbe kann auch ſogar vor dem Civiltribunal verklagt werden, ohne daß er, nachdem er ſich einmal vor demſelben in der Hauptſache eingelaſſen, ſeine Verweiſung an das Handels-Gericht fordern kann. — Das Handelsgeſetzbuch ſelbſt ſpricht übrigens von dieſem Unterſchied zwiſchen den beiden Contrahenten nicht. Es ſcheint denſelben ſogar im Allgemeinen zu mißbilligen, indem es ihn nur für einige beſondere Fälle anerkennt. — Nach der ältern Geſetzgebung mußte, um die Competenz der Conſular-Gerichte zu begründen, das Geſchäft, wovon es ſich handelte, in der Regel in Beziehung auf beide Partheien eine Handlungsoperation ſeyn. M. ſ. die Anmerkungen von Jouſſe zu der ordon. d. 1673 an verſchiedenen Stellen.

Revolution.*) Was die Seeverträge betrifft, ſo legte die

---

*) Ordon. d. 1673 tit. XII. art. 2 „Les juges et consuls connoîtront de tous billets de change faits entre negociants et marchands, ou dont ils devront la valeur, et *entre toutes personnes pour lettres de change ou remises d'argent faites de place en place.*“ Nach der franzöſiſchen Geſetzgebung ſowohl der älteren als der von Napoleon iſt zum Weſen eines Wechſels erforderlich, daß er *von einem Ort auf einen andern* gezogen ſey. Die neuere Geſetzgebung hat dieſes (cod. d. c. art. 110) ausdrücklich feſtgeſetzt. Die ältere drückt ſich nicht ganz beſtimmt darüber aus. Allein es war der Meinung aller Commentatoren gemäß; ſo wie denn auch wirklich die Erſparung der Transportkoſten der Hauptzweck des Wechſelgeſchäfts iſt. Uebrigens iſt es in Frankreich (auch in Holland und England) weder erforderlich noch gebräuchlich, daß in der Urkunde eines Wechſelbriefs das Wort: Wechſel vorkomme, wie dieſes durch die meiſten deutſchen Wechſelordnungen vorgeſchrieben iſt. Nur, wenn es ein prima oder secunda Wechſel iſt, pflegt man ausdrücklich zu bemerken: par cette prémiére de change etc. — Die billets de change waren eine Art von Handelspapieren, die zu den Zeiten Ludwigs d. 14ten ſehr häufig waren. Sie wurden pour lettres de change fournies ou à fournir (Ordon. d. 1673 tit. V. art. 27) ausgeſtellt. Wenn z. B. der Ausſteller eines Wechſels denſelben ohne den Werth weder in Geld noch in Waaren zu erhalten an einen andern verkaufte, ſo ließ er ſich von dieſem einen Schein geben, worin derſelbe bekannte, dieſen Wechſel erhalten zu haben, und zugleich verſprach, in einer beſtimmten Friſt die Zahlung dafür zu leiſten. Auf der andern Seite ſtellte oft Einer, der von einem Andern Geld erhalten hatte, demſelben einen Schein aus, worin er verſprach, ihm als Zahlung in einer beſtimmten Friſt, einen auf einen beſtimmten Ort ausgeſtellten Wechſel zu liefern. Dieſe Scheine hießen Wechſelſcheine (billets du change). Sie waren meiſtens auf Ordre ausgeſtellt, und wurden alsdann wie die Wechſelbriefe verhandelt; ſo wie ſie überhaupt faſt die nämlichen Rechte hatten, wie dieſe. Sie ſcheinen bis zur Revolution und noch etwas länger im Gebrauch geblieben zu ſeyn. Die Schriftſteller vor der Revolution ſprechen von denſelben als einer bekannten und gewöhnlichen Sache. Auch in dem Geſetz vom 15. Germinal J. 6 (4. April 1798) iſt (tit. II. art. 1. N° 4) noch Rede davon. Im Handelsgeſetzbuch werden ſie indeſſen gar nicht erwähnt, weil, wie der Redner des Tribunats (Duveyrier) ausdrücklich be-

ordon. d. 1673 (tit. XII. art. 7) das Erkenntniß darüber den Conſular-Gerichten bei. Allein die ſpäter im J. 1681 erſchienenen ordon. de la marine übertrug es (liv. I. tit. 2. art. 2) an die Seegerichte (juges de l'amirauté). Nach der Revolution änderte die Gerichtsordnung der Conſtituirenden vom 16. Aug. 1790 dieſes wieder ab, und gab (tit. XII. art. 2) den Handelsgerichten ihre ehemalige Befugniß in Beziehung auf Seegeſchäfte zurück. Dieſes ward auch, jedoch mit Ausnahme von Priſenſachen, (worüber N° VIII.) die ganze Revolution hindurch beibehalten und beſteht noch jetzt.

Noch iſt zu bemerken, daß wenn von mehrern ſolidariſch Verpflichteten auch nur einer unter der Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte ſteht, dieſes auf alle*) ausgedehnt wird, welches auch von allen, die ſich in Handelsſachen verbürgt haben, ſo wie auch (Cod. d. Com. art. 426) von den Erben und Wittwen derjenigen gilt, die unter der Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte ſtanden. Dieſe Gerichte erkennen überdem noch über die Streitigkeiten zwiſchen zwei Meiſtern und Geſellen, worüber in der Folge ein Näheres. Ueber die richterlichen Befugniſſe derſelben bei Banquerottſachen wird ebenfalls ſogleich noch Einiges vorkommen. Ausgenommen von der Gerichtsbarkeit der Handels-Tribunale ſind alle Streitigkeiten zwiſchen Handelsgeſellſchaften (associés), in ſo fern ſie ſich auf ihr Geſellſchaftsverhältniß beziehn. Schon oben iſt bemerkt worden, daß nach einem Edict Franz des zweiten vom J. 1560 alle Streitigkeiten zwiſchen Kaufleuten durch Schiedsrichter entſchieden werden ſollten. Die ordonnance d. 1673 ſchrieb dieſelbe Maßregel bei Streitigkeiten zwiſchen Geſellſchaften vor.**) Das Napoleon'ſche

---

merkte, der Gebrauch derſelben faſt gänzlich aufgehört hatte. M. ſ. die Rede deſſelben, ſo wie auch die des Staatsraths Begouen im Monit. vom 13. und 3. September 1807.

*) Pardessus N° 1349. Wenn indeſſen einige ſolidariſch Verpflichtete für ſich nicht unter der Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte ſtehn, ſo können die letztern ſie nur ſo verurtheilen, wie es von den ordentlichen Gerichten geſchehen ſeyn würde. M. v. Cod. d. c. art. 637.

**) tit. IV. art. 9. „Toute société contiendra la clause de se soumettre aux arbitres pour les contestations qui

Handelsgeſetzbuch hat (Art. 51) dieſes beibehalten, und zwar ſo, daß wenn eine oder mehrere Partheien ſich weigern Schiedsrichter zu ernennen, das Handelstribunal (Art. 55) dieſes von Amtswegen thut.*) Die Handelstribunale erkennen endlich auch über Handelsſachen, nur in ſo fern es Handelsſachen ſind. Kommt bei einem Handelsprozeß ſelbſt als Incident-Punct, eine andere Rechtsfrage vor (wird z. B. die Echtheit einer Urkunde angegriffen, der Stand von Jemand oder ſeine Qualität ob er Erbe ſey u. d. g. beſtritten), ſo müſſen die Handelsgerichte dieſe Incident-Puncte an die ordentlichen Gerichte verweiſen, und erſt nach Entſcheidung derſelben kommt die Sache an ſie zurück. Dieſes iſt ſowohl der ältern als neuern Geſetzgebung gemäß.**)

Auch über die Vollſtreckung ihrer Urtheile ſteht den Handelsgerichten kein Erkenntniß zu.***) Schon das Edict vom J. 1563 beſtimmte (Art. 12) daß die Beſchlagnahme der Güter und Früchte, ſo wie die Einſetzung der Commiſſarien Kraft des Urtheils der Conſular-Gerichte geſchehn, aber die fernern

---

surviendront entre les associéz; et encore que la clause fût omise, un des associéz en pourra nommer, ce que les autres seront tenus de faire, sinon en sera nommé par le juge pour ceux qui en feront refus.“

*) Die Geſellſchafter können ſich dieſer beſondern Gerichtbarkeit durch Uebereinkunft nicht entziehn. (Pardessus N° 1001)

**) Cod. d. procéd. art. 426, 427; ordon. d. 1673 tit. XII. art. 9, 16. Ueber die Frage indeſſen, ob Einer als Kaufmann anzuſehn ſey, ſteht (Pardessus N° 1348) allerdings ein Erkenntniß zu.

***) Die Handelsgerichte beſtimmen indeſſen allerdings im Allgemeinen die Art, wie ihre Urtheile vollſtreckt werden können. Z. B. durch den Verkauf der Güter des Schuldners, durch perſönliche Verhaftung u. ſ. f. Dieſes gehört nämlich zum Urtheil ſelbſt. Nur wenn über die Ausführung dieſer Verhaftung u. ſ. f. Conteſtationen entſtehn (ob ſie nach der geſetzlich vorgeſchriebenen Form geſchehen ſeyn oder nicht), ſo ſteht ihnen darüber kein Erkenntniß zu. Das Erkenntniß von Einſprüchen (ſelbſt eines Dritten) gegen ihre Urtheile gehört aber allerdings den Handelsgerichten. M. ſ. Pardessus N° 1351.

Schritte, die öffentlichen Ausrufe, und der wirkliche Verkauf unter Autorität der ordentlichen Richter geſchehn ſollte. Der Gerichtsgebrauch hatte dieſelbe Regel auf Alles, was ſich auf die Vollſtreckung der Urtheile bezieht, ausgedehnt, und das neue Geſetzbuch über das bürgerliche Verfahren verordnet dieſes (Art. 442) ganz beſtimmt und allgemein. *)

Was die Competenz der Handelsgerichte in Hinſicht des Werthes der Gegenſtände, worüber ſie ſprechen, betrifft; ſo urtheilten ſie nach der ältern Geſetzgebung (Ed. d. 1563 art. 8) über alle Gegenſtände, deren Werth nicht über 500 Liv. Tourn. war, in letzter Inſtanz, welche Summe die neuere Geſetzgebung (Cod. d. com. art. 639) auf 1000 Franken erhöht hat. **) Daſſelbe gilt, wie groß auch immer die Summe ſeyn mag (id. art), wenn die Partheien vorher erklärt haben, daß ſie in letzter Inſtanz beurtheilt ſeyn wollen. ***) Dieſen letztern Fall abgerechnet, findet die Appellation auch bei jeder noch ſo geringen Summe Statt, wenn die Competenz des Handelsgerichts beſtritten ward (Cod. d. commerc. art. 639) †) Uebrigens können die Handels-Gerichte, ungeachtet der Einwendung der Incompetenz in der Hauptſache ſprechen; *) allein das Urtheil muß in dieſem Falle (Cod. d. procéd. art. 425, ordon. d. 1667 tit. XVI. art. 10) eine Entſcheidung, wodurch die Einwendung der Incompetenz verworfen wird, enthalten. Hält das Handelsgericht ſich in Hinſicht des Gegenſtands (à raison de la matière) für incompetent, ſo muß es (cod. d. procéd. art. 424) **) die Sache an die gewöhnlichen Gerichte verweiſen, wenn auch dieſe Einrede von den Partheien nicht vorgebracht wird; alle übrigen Incompetenz-Einreden müſſen aber von der Parthei und zwar vor jedem andern Vertheidigungs-Grund vorgebracht werden. Die Appellation von den Ausſprüchen eines Handels-Gerichts ging nach der ältern Geſetzgebung an das Parlament, zu deſſen Gerichtsbezirk das Handelsgericht gehörte. Jetzt ſind die Appelhöfe in dieſer Hinſicht an die Stelle der Parlamente getreten. (Cod. d. commerc. art. 644).

---

*) Nach der Revolution war ein Zweifel entſtanden, ob das Erkenntniß über den Verkauf der in Beſchlag genommenen Schiffe zu der Competenz der Handels-Tribunale oder der ordentlichen Gerichte gehöre. Der Grund des Zweifels war, weil den erſtern durch die Gerichtsverfaſſung vom 16. September 1780 (tit. XII. art. 2) das Erkenntniß über alle Handelsſachen, ſie mogten den Land- oder Seehandel betreffen, beigelegt war, wodurch ſie alſo an die Stelle der ehmaligen Seegerichte (amirautés) geſetzt waren, welchen letztern die Befugniß, die Schiffe zu verkaufen, zukam. Allein ein vom Kaiſer beſtätigtes Gutachten des Staatsraths vom 29. April 1809 (Desen. tom. IV. p. 452) entſchied dieſes dahin, daß dieſe Verkäufe unter Autorität der ordentlichen Gerichte geſchehn ſollten.

**) Dieſes geſchah ſchon durch die Gerichts-Ordnung der Conſtituirenden vom 16. Auguſt 1790 tit. XII. art. 4 (Desen. tom. III. p. 188), nur daß man dort Livres ſtatt Franken findet.

***) Ward ebenfalls ſchon von der Conſtituirenden ſo feſtgeſetzt (tit. XII. art. 14).

†) Dieſes gilt auch für die Urtheile der ordentlichen Gerichte.

Die Gerichtsbarkeit eines jeden Handelsgerichts erſtreckt ſich jetzt (cod. d. commerc. art. 616) eben weit, als die des Civiltribunals, zu deſſen Bezirk (arrondissement) es gehört. Beſtehen im Bezirk deſſelben Kreisgerichts mehrere Handelsgerichte, ſo iſt für jedes (id. art.) die Ausdehnung ſeiner Gerichtsbarkeit beſonders beſtimmt. In den Bezirken, wo es keine Handelsgerichte gibt, vertreten jetzt (cod. d. commerc. art. 640) die Civiltribunale die Stelle derſelben. Sie müſſen aber in Handelsſachen nach denſelben Regeln verfahren und urtheilen wie die Handelsgerichte (ibid. art. 641). Nach der ältern Geſetzgebung erſtreckte ſich die Gerichtsbarkeit eines Conſular-Gerichts durch den ganzen Bezirk der Königlichen Amtmannſchaft

---

*) Nach der ältern Geſetzgebung brauchten die Handelsgerichte auf alle Privilegien, die ſich auf den Gerichtsſtand bezogen, lettres de committimus, de garde-gardienne, privilège des universités u. ſ. f. keine Rückſicht zu nehmen. Ordon. d. 1673 tit. XII. art. 13.

**) Die ältere Geſetzgebung drückt ſich hierüber nicht ganz ſo deutlich aus. Ordon. d. 1673 tit. XII. art. 14 „(Les juges-consuls) seront tenus néanmoins, si la connoissance ne leur appartient pas, de déférer au déclinatoire, à l'appel d'incompétence, à la prise à partie et au renvoy.“

(baillage), worin es ſeinen Sitz hatte. Dieſe Gerichte ließen es ſogar an Verſuchen nicht mangeln, ihre Macht weiter auszudehnen. In wenigen Jahren nach der Verkündigung des Ed. vom J. 1563 waren nach dem Muſter des Pariſer, in vielen, auch minder bedeutenden Städten Conſular-Gerichte niedergeſetzt worden. Allein man bemerkte bald, daß ſo großen Nutzen dieſe Gerichte für die größern Städte haben, ſie eben ſo große Uebelſtände in kleinern mit ſich führen. Selbſt die Stände des Königreichs erhoben deshalb Beſchwerden. Heinrich der dritte fand ſich dadurch bewogen, durch die zu Blois im J. 1579 gegebene Ordonnanz (Art. 240) die Conſulargerichte in den kleinern Städten (ès villes inférieures esquelles il n'y a affluence des marchands) aufzuheben, und alle bei denſelben anhängigen und noch nicht entſchiedenen Handels-Prozeſſe an die ordentlichen Richter zu verweiſen, welche dieſelben ſummariſch, und ohne größere Koſten, als bei den Conſular-Gerichten üblich waren, entſcheiden ſollten. Allein dieſe Verordnung hatte hin und wieder einen ganz ſonderbaren Erfolg. Nämlich die Conſular-Gerichte in den größern Städten behaupteten nun, an die Stelle der aufgehobenen geſetzt zu ſeyn. Noch im J. 1758 ſah Ludwig der 15te ſich genöthigt, eine Erklärung darüber zu erlaſſen, wodurch die Competenz der Conſular-Gerichte auf die Amtmannſchaft, worin ſie ihren Sitz hatten, beſchränkt, und alle in den benachbarten Amtmannſchaften vorfallenden Handelsprozeſſe an die gewöhnlichen Richter verwieſen wurden, welche indeſſen dabei nach den Beſtimmungen der Ordon. d. 1673 ſo wie nach den durch die Ordon. d. 1667 für die ſummariſchen Sachen gegebenen Vorſchriften verfahren ſollten.

Sowohl nach der ältern als neuern Geſetzgebung hat der Kläger die Wahl *), den Verklagten vor das Handels-Gericht des Wohnorts des letztern, oder vor das des Bezirks, wo das Geſchäft abgeſchloſſen und die Waare geliefert worden **), oder

---

*) Cod. d. proced. art. 420; ordon. d. 1673 tit. XII. art. 18. Auch die ſo eben angeführte Erklärung Ludwigs d. 15ten ließ (Art. 3) dieſes beſtehen.

**) „ou la promesse a été faite *et* la marchandise livrée.“ Wird ein Handels-Geſchäft, wie meiſtens, durch Briefwechſel eingeleitet, ſo ward es als an dem Wohnort desauch vor dasjenige des Bezirks, wo die Zahlung geſchehen muß, zu laden. Was das Verfahren vor den Handelsgerichten betrifft, ſo finden ſich die Vorſchriften dafür (mit wenigen Ausnahmen) nicht in dem Handelsgeſetzbuch, ſondern in dem Geſetzbuch über das Verfahren in bürgerlichen Sachen (C. d. p. Part. I. liv. II. tit. XXV. Ordon. d. 1667 tit. 16.), ein Punct, worin die Geſetzgebung Napoleons der von Ludwig d. 14ten gefolgt iſt. Das Verfahren im Ganzen vor den Handelsgerichten iſt dem in bürgerlichen Sachen ſehr ähnlich, nur daß es kürzer, einfacher und ſchneller, ſo wie daß dabei dem Ermeſſen der Richter noch mehr überlaſſen iſt.

In Handelsproceſſen bedarf es jetzt keines vorläufigen Sühneverſuchs. Auch können Fremde (Cod. d. com. art. 423) als Kläger auftreten, ohne vorher für den etwaigen Schaden-Erſatz Sicherheit zu leiſten, wozu ſie (Cod. civ. art. 16; Cod. d. procéd. art. 166) in allen bürgerlichen Sachen verpflichtet ſind, wenn ſie in Frankreich nicht ein hinreichendes unbewegliches Vermögen beſitzen. Die Vorladungen müſſen die Klage mit ihren Gründen enthalten. Sie geſchehen übrigens durch einen Huiſſier in der gewöhnlichen Form *) (Cod. d. procéd. art. 415), nur daß darin kein Anwalt beſtellt wird. Die Friſt der Vorladung kann nicht kürzer als von einem Tage ſeyn (C. d. p. art. 416). Iſt der wirkliche Wohnungsort des Vorgeladenen von dem Sitz des Tribunals entfernt, ſo wird ſie für jede drei Myriameter um einen Tag verlängert **).

In Sachen, die Schnelligkeit erfordern, kann der Präſident (Cod. d. procéd. art. 417) erlauben, von einem Tage auf

---

jenigen abgeſchloſſen angeſehn, welcher den Vorſchlag ſeines Korreſpondenten angenommen hat. M. ſ. noch Pardessus N°. 1354. Für die Bankerotte gibt es noch beſondere Regeln.

*) Nach der alten Geſetzgebung brauchte man, nach einem Beſchluſſe des Staatsraths (vom 13ten Juli 1709), wenn es mehrere ſolidariſch verpflichtete Schuldner eines Handſcheins, Wechſelbriefs u. d. g. gab, nur Einen derſelben vorladen zu laſſen, welches für die übrigen ebenfalls galt. Dieſes iſt jetzt anders.

**) Pardessus N°. 1367.

den andern, und von einer Stunde auf die andere vorzuladen, auch das Mobilar-Eigenthum in Beſchlag zu nehmen. Dabei kann er nach Umſtänden dem Kläger auflegen, Bürgſchaft zu ſtellen oder ſeine Zahlungsfähigkeit nachzuweiſen. Dieſe Verordnungen des Präſidenten ſind executoriſch, wenn auch Appelation oder Einſpruch dagegen eingelegt wird. Die Partheien ſind verpflichtet, perſönlich oder durch einen Special-Bevollmächtigten in der Sitzung zu erſcheinen (C. d. p. art. 421; ord. d. 1673 tit. XVI. art. 1). Halten die Richter es für nöthig, ſo können ſie verordnen, daß die Parthei ſich ſelbſt einfinde, und mündlich antworte, oder wenn dieſelbe geſetzmäßig verhindert iſt, ſo können ſie einen Commiſſair aus ihrer Mitte ernennen und mit der Vernehmung der Parthei beauftragen. Die Vorſchriften, nach welchen bei Gegenſtänden unter einem gewiſſen Werth der Zeugenbeweis nicht zuläſſig iſt (Th. I. S. 295), verbinden die Handelsgerichte nicht. Die Zeugen werden in der Sitzung, ſo wie es für ſummariſche Sachen vorgeſchrieben iſt, vernommen. Ihre Ausſagen wurden ehmals allezeit, jetzt nur in Sachen, wo die Appellation zuläſſig iſt, ſchriftlich aufgezeichnet. Wenn die Zeugen nicht erſcheinen, ſo können die Richter nach Gutdünken den Partheien eine weitere Friſt bewilligen.

Ein Beweismittel, welches dem Verfahren vor den Handelsgerichten faſt eigenthümlich iſt, bieten die Handlungsbücher dar. Die Vorſchriften der ältern und neuern Geſetzgebung in Beziehung auf dieſen Gegenſtand ſind faſt übereinſtimmend. (Cod. d. c. liv. I. tit. II., ordon. d. 1673 tit. 3). Jeder Kaufmann iſt (C. d. c. art. 8) verpflichtet, drei Bücher zu führen. Nämlich erſtens dasjenige, welches auch bei uns unter dem Namen Journal bekannt iſt, worin zugleich Monat für Monat *) die Koſten ſeiner Haushaltung aufgeführt werden müſſen; zweitens ein Brief-Copierbuch, in welches die Copien aller von ihm geſchriebenen Briefe getragen werden; auch alle erhaltenen Briefe muß er in einen Pack (basse) zuſammenbinden und aufbewahren. Endlich muß er drittens jedes Jahr **), unter Privat-Unterſchrift ein Inventarium ſeines ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögens, ſeiner activen und paſſiven Schulden aufſtellen, und dieſes in ein beſonders dazu beſtimmtes Buch eintragen. Dieſe drei Bücher müſſen (Cod. d. c. art. 11) zehn Jahre aufbewahrt werden. Jeder Kaufmann kann außer denſelben ſo viele andere Bücher, als ihm gut dünkt, führen. Allein wenn er die genannten entweder gar nicht, oder nicht regelmäßig geführt hat, ſo kann er ſich der andern als Beweismittel nicht bedienen und hat überhaupt geſetzliche Vermuthung von Nachläſſigkeit und Unordnung gegen ſich. Aber ſelbſt richtig geführte Bücher haben vor Gericht nicht immer vollen Glauben. Nach dem ältern Gerichtsgebrauch *) und nach der ausdrücklichen Beſtimmung der neuen Geſetzgebung (Cod. civ. art. 1329) machen Handlungsbücher gegen einen Dritten, der kein Kaufmann iſt, keinen Beweis, ſelbſt in den Fällen nicht, wo die Streitigkeit ſich auf eine Handelsoperation bezieht **). Nur, wenn bei einer Streitigkeit in Handelsſachen beide Partheien Kaufleute ſind, reichen die Bücher zu einem vollen Beweis hin, wobei die neuere Geſetzgebung (Cod. d. com. art. 12) dem Ermeſſen der Richter noch immer eine nähere Würdigung deſſelben anheimſtellt. Auf jeden Fall aber, ſelbſt bei Streitigkeiten, wo eine Parthei den Handel nicht als Gewerbe treibt, beweiſen die Bücher eines Kaufmanns gegen ihn ſelbſt ***), doch kann derjenige, welcher Vortheil davon ziehen will, dasjenige, was ſie gegen ſeine Behauptung enthalten, nicht davon trennen (Cod. civ. art. 1330). Erbietet eine Parthei ſich, den Büchern der andern Glauben beizumeſſen, und die letztere verweigert die Offenlegung derſelben, ſo kann das Gericht die erſtere zum Eid zulaſſen (Cod. d. com. art. 17). Es kann auch während des Laufs der Verhandlungen von Amtswegen verordnen, daß die ſich auf den Streitpunkt beziehenden Stellen der Bücher vorgezeigt, oder ein Auszug aus dieſen gemacht werde. Die eigentliche Mittheilung (communication) der Bücher (um ſie nach Gutdünken ganz durchzuſehen und zu vergleichen) kann nur bei Sachen, die ſich auf eine Erbſchaft, Gütergemeinſchaft, Geſellſchafts-Theilung, ſo wie auch Bankerottſachen beziehn, gerichtlich angeordnet werden. Uebrigens können Mittel, deren ſich die ordentlichen Gerichte bedienen, um die Wahrheit zu entdecken, auch von den Handelsgerichten angeordnet werden. Sind Rechnungen zu unterſuchen, Bücher durchzuſehen, ſo ernennen ſie (Cod. d. p. art. 430) einen oder drei Commiſſarien *), welche die Partheien vernehmen und wo möglich vergleichen, ſonſt aber ihre Meinung abgeben. Die Entſcheidungen der Handelsgerichte ſollen ſo ſchnell als möglich (wenn die Umſtände es zulaſſen, gleich in der erſten Sitzung **]) erfolgen. Die Richter können indeſſen auch ſpäter, nachdem ſie in der Rathskammer die Acten näher eingeſehn und über die Sache berathſchlagt, das Urtheil erlaſſen und verkündigen. Eben ſo kann bei ſchwierigen Sachen ein Richter zum Berichterſtatter ernannt und die Sache auf den ſchriftlichen Vortrag deſſelben entſchieden werden, wobei das Verfahren dem bei den Civil-Gerichten bei einem rapport sur délibéré ganz gleich iſt. (M. V. Th. I. S. 277) ***). Bei jedem Urtheil müſſen wenigſtens drei Richter mitwirken. Dieſes war ſchon durch Art. 3 des Edicts vom J. 1563, wodurch die Conſulargerichte gegründet wurden, beſtimmt, und ward von der Geſetzgebung der Conſtituirenden (Decr. d. 16. âout. 1790 tit. XII. art. 6) ſo wie auch von dem Napoleoniſchen Handelsgeſetzbuch (art. 626) beibehalten. Das Verfahren bei der Abſtimmung, die Form der Abfaſſung und Ausfertigung der Urtheile iſt jetzt (C. d. p. art. 433) bei den Handelsgerichten wie bei den ordentlichen Gerichten der erſten Inſtanz. Ehemals brauchten dieſelben nicht, wie die der übrigen Gerichte, auf Pergament, ſondern konnten auf gewöhnlichem Papier ausgefertigt werden. Auch waren ſie ohne visa oder pareatis durch ganz Frankreich vollſtreckbar, welches letztere ebenfalls ſchon das Edict vom J. 1563 (Art. 8.) verordnete.

---

*) Die ordon. d. 1673 ſpricht nicht davon, daß dieſes monatlich geſchehn müſſe.

**) Nach der ordon. tit. III. art. 8. nur alle zwei Jahre.

---

*) Ferrier. Dict. d. D. art. Livres des marchands. Nach dem Grundſatz: „Personne ne peut se créer un titre à soi-même.“

**) Pardessus N°. 257. Doch können die Richter alsdann den ſuppletariſchen Eid erkennen.

***) Er mag ſie ſelbſt geführt oder einen andern (Handlungsdiener u. d. g.) damit beauftragt haben.

---

*) Im Geſetz werden ſie Schiedsrichter genannt, welches, wie Pardessus N°. 1373 richtig bemerkt, ein uneigentlicher Ausdruck iſt.

**) Erfolgt die Entſcheidung nicht gleich in der erſten Sitzung, ſo müſſen beide Partheien, wenn ſie gegenwärtig ſind, ihren geſetzlichen Wohnſitz (domicile) an dem Ort, wo das Handelsgericht ſeinen Sitz hat, wählen. C. d. p. art. 422.

***) Pardessus Cours d. D. c. N°. 1378. Nach der ordon. d. 1667 (tit. XVI. art. 3.) entſchieden die Conſular-Gerichte in dieſen Fällen auf den Bericht eines ehemaligen Handels-Richters, den ſie außerhalb ihrer Mitte ernannten.

Wenn Eine Parthei nicht erſcheint, ſo erfolgt auf der Stelle ein Contumacial-Urtheil (Ordon. d. 1667 tit. XVI. art. 5). Erſcheint der Kläger nicht, ſo wird der Verklagte frei geſprochen. Erſcheint der letztere nicht, ſo wird (C. d. p. art. 434) dem Kläger ſeine Forderung, jedoch nur wenn er ſie gehörig begründet hat, zuerkannt. Gegen ein Contumacial-Urtheil kann eben ſo wie bei den Civil-Tribunalen Einſpruch (opposition) eingelegt werden. Die Friſt dazu iſt in der Regel (C. d. p. art. 436) acht Tage *). Nach den Beſtimmungen des Cod. d. proced. (I. Part. Liv. II. tit. XXV.) galt dieſes ſogar ohne alle Ausnahme. Allein das Handelsgeſetzbuch hat (Art. 643) dieſe Friſt weiter (ſo wie bei Civil-Proceſſen, wenn kein Anwalt beſtellt iſt) ausgedehnt. Ueber dieſe Contumacial-Urtheile wäre überhaupt noch vieles zu bemerken; allein da wir die uns geſetzten Gränzen ſchon überſchritten haben, ſo müſſen wir den Leſer auf die Schriften der Rechtsgelehrten (Pardessus, Delvincourt, Locré) verweiſen.

Schon das Edict vom J. 1563 verordnete (Art. 9), daß alle von den Conſulargerichten erlaſſenen Urtheile, wie groß auch immer der Werth der ſtreitigen Sache ſeyn möchte, proviſoriſch vollſtreckbar ſeyn ſollten, und zwar ungeachtet der Appel und jedes Einſpruchs. Die Napoleoniſche Geſetzgebung gibt

---

*) Die Beſtimmungen der ordon. d. 1667 ſind noch ſtrenger. Es heißt darin (tit. XVI. art. 6) „Pourront neanmoins les defauts et congez être rabattus *en l'audience suivante*, pourvu que le defaillant ait sommé par acte celui qui a obtenu le defaut ou congé, de comparoir en l'audience, et qu il ait offert par le même acte de plaider sur le champ.“

den Richtern (C. d. p. art. 439) nur die Befugniß, ihre Urtheile proviſoriſch und ungeachtet der Appellation für vollſtreckbar zu erklären, und zwar, wenn ein nicht angegriffener Titel, oder eine vorhergehende Verurtheilung vorhanden iſt, ſelbſt ohne Bürgſchaft; in den übrigen Fällen aber nur nach geſtellter Bürgſchaft. Die Appelhöfe, an welche, wie ſchon angeführt worden, die Appellation von den Handelsgerichten geht, können (C. d. c. art. 647) in keinem Falle (ſelbſt nicht, wenn die Appellation wegen Incompetenz eingelegt wird) der vorläufigen Vollſtreckung des Urtheils eines Handelsgerichts Einhalt thun. Die Appellationsfriſt beträgt drei Monate (C. d. c. art. 645) welche Zeit bei contradictoriſchen Urtheilen von dem Tage der Inſinuation des Urtheils und bei Contumacial-Urtheilen von dem Tage, wo kein Einſpruch mehr zuläſſig iſt, angerechnet wird. Man kann indeſſen auch ſchon an dem Tage, wo das Urtheil erlaſſen wird, dagegen appelliren (M. V. Th. I. S. 340). Eben darum braucht man nur einen Tag nach der Inſinuation des Urtheils zu warten, um es vollſtrecken zu laſſen. Daſſelbe gilt (C. d. p. art. 435) von den Contumacial-Urtheilen; doch wird die Vollſtreckung derſelben durch Einlegung eines Einſpruchs aufgehalten. Bei den Appelhöfen geſchieht die Inſtruction und Aburtheilung der Proceſſe in Handelsſachen, wie in ſummariſchen Sachen. Uebrigens iſt das Verfahren dem für die Civilſachen vorgeſchriebenen gleich (C. d. c. art. 648).

Noch eine Eigenthümlichkeit des Verfahrens vor den Handelsgerichten iſt es, daß zur Vollſtreckung ihrer Urtheile, wenn es nöthig iſt, faſt ohne Ausnahme perſönliche Verhaftung (contrainte par corps) Statt findet. Schon das Edict Carls des 9ten vom November 1563 verordnet Art. 10, daß in allen Sachen, deren Werth 500 Livres *) nicht überſteigt, die von den Conſular-Gerichten verurtheilten durch körperliche Verhaftung zur Zahlung der im Urtheil feſtgeſetzten Summen angehalten werden ſollen **). Das Handelsgeſetzbuch Ludwigs d. 14ten

---

*) Bis zu dieſer Summe urtheilten nach Art. 8 des angeführten Edicts vom J. 1563 die Conſular-Gerichte in letzter Inſtanz.

**) Art. 10. „Les condamnés à garnir par provision ou dif-

(ordon. d. Mars. 1673) enthält einen eigenen nur aus zwei Artikeln beſtehenden Titel (VII.) über dieſes Zwangsmittel. Nach dem zweiten Artikel ſollen bei allen Seeverträgen (contrats maritimes) diejenigen, welche ſich verpflichtet haben, und zwar ohne Rückſicht auf ihren Stand und ihr Gewerbe, durch körperliche Verhaftung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeit angehalten werden. Der erſte Artikel, welcher von den übrigen Fällen, in welchen körperliche Verhaftung Statt findet, ſpricht, gibt indeſſen den Richtern nur die Befugniß, und legt ihnen nicht gerade zu die Verpflichtung auf, die perſönliche Verhaftung zu erkennen. Allein es ſtand auch in allen, Art. 1 genannten Fällen durch den Gerichtsgebrauch feſt, daß, wenn beide contrahirende Partheien Kaufleute waren, die Gerichte auf Verlangen *) der einen Parthei die Anordnung dieſes Zwangsmittels verordnen mußten. Daſſelbe konnte nach den Beſtimmungen dieſes Artikels (1), gegen diejenigen, welche Wechſelbriefe oder Wechſelſcheine (lettres ou billets de changes) ausgeſtellt, oder ſich für die Zahlung derſelben verbürgt hatten, endlich gegen jeden Kaufmann, der einem andern Kaufmann einen Schein über einen baar oder in Waaren erhaltenen Werth ausgeſtellt, angeordnet werden, welches der Gerichtsgebrauch ebenfalls auf alle, die keine Kaufleute waren, in den Fällen, wo ſie zufällig Handel trieben, ausgedehnt hatte. Auch die Beſtimmung von Art. 8 Tit. XXIV. der ordon. d. 1667, nach welcher Perſonen weiblichen Geſchlechts *) in der Regel von der perſönlichen Verhaftung befreit waren,

---

finitivement, *seront* contraints par corps à payer les sommes liquidées par les dites sentences et jugements qui n'excéderont cinq cens liv. tournois, sans qu'ils soient reçus en nos chancelleries à demander lettres de repi; et néanmoins pourra le créditeur faire exécuter son débiteur condamné en ses biens meubles, et saisir les immeubles.

*) M. ſ. die Anmerk. v. Jouſſe zu dieſ. Artik.

**) Schon die Etablissem. d. St. Louis, welche liv. I. chap. 147 beſtimmen, daß eine Frau nur wenn ſie perſönlich mißhandelt oder beſchimpft worden, ohne Autoriſation ihres Mannes oder Vorgeſetzten vor Gericht auftrete, erlauben dieſes auch (loc. cit) einer Frau, welche Handel treibt, wegen ihres Handels „se ele estoit marchande, ele auroit bien ſiel weg, wenn dieſelben einen öffentlichen Handel trieben (si elles etoient marchandes publiques). Eben ſo hörte die den Greiſen von 70 Jahren (durch Art. 9 deſſelb. Titels) in dieſer Hinſicht verliehene Begünſtigung in Handelsſachen gänzlich auf. Auch Minderjährige wurden in Beziehung auf den Handel, den ſie allenfalls trieben, für großjährig angeſehen. (Ordon. d. 1673 tit. I. art. 6.) Durch eine Königl. Erklärung vom 26ſten Febr. 1692 ward endlich die Beſtimmung des ſo eben angeführten Artik. 1 der Verordnung vom J. 1673 auch auf die Königl. Empfänger, Pächter, Schatzmeiſter u. ſ. f. für alle von ihnen ausgeſtellten Scheine anwendbar gemacht.

In dieſem Zuſtand blieb dieſer Theil der Geſetzgebung bis zur Revolution. Die Geſchichte der Veränderung, die er durch dieſelbe erfahren, iſt ſchon (Theil I. S. 426 **]) kurz erläutert worden *). Das letzte vor Abfaſſung der Napoleon'ſchen Ge-

---

la response [en cour laie] des choses que ele auroit bailliés de sa marchandise et autrement non etc.“

*) Man kann zu den dort angeführten Fällen noch den Cod. d. procéd. art. 744 (wenn nämlich ein gerichtlich verkauftes Gut wegen Mangel an Zahlung von Seiten des Anſteigerers nochmals ausgeſetzt wird, und nicht wieder auf den erſten Preis kommt) hinzufügen. Eben ſo kann man ſich als Ausnahme von der Cod. civ. N°. 2067 feſtgeſetzten Regel (Th. I. S. 426) den Cod. d. procéd. N°. 519 enthaltenen Fall merken. — Nach einem Gutachten des Staatsraths, genehmigt den 7ten Fructidor J. 12, können diejenigen, welche Zollgebühren, Strafgelder und den Preis der confiscirten Waaren verſchulden, durch körperliche Verhaftung zur Zahlung angehalten werden. Auch zur Beitreibung der in correctionellen Sachen von dem Staat vorgeſtreckten Gerichtskoſten findet, nach einem Gutachten des Staatsraths genehmigt den 20ſten September 1809, perſönliche Verhaftung Statt. (Desen. tom. IV. p. 356, 454.) Nach dem Criminal-Geſetzbuch Napoleons findet (Art. 467, 469) zur Beitreibung der von den Policei-Gerichten ausgeſprochenen Strafgelder, Rückerſtattungen, Entſchädigungen und eben ſo der dabei aufgegangenen Koſten ebenfalls körperliche Verhaftung Statt. Haben Privaten an den Verurtheilten dergleichen Forderungen, ſo bleibt er (Art. 469) in Haft, bis zur völligen Tilgung der Schuld. Hat aber der Staat dergleichen zu fordern, ſo kann er, wenn

ſetzbücher darüber erſchienene Geſetz iſt das vom 15ten Germin. J. 6 (4ten April 1798. Desen. tom IV. p. 209); welches in Handelsſachen zu einem großen Theil noch gilt. Der Cod. d. procéd. civ. ſchaffte nämlich (Art. 1041) alle bis dahin in Beziehung auf das Verfahren in bürgerlichen Sachen beſtehenden Geſetze, Gewohnheiten und Gebräuche gänzlich ab; ſo daß in bürgerlichen Prozeſſen die perſönliche Verhaftung nur nach den in dem Cod. civ. und Cod. d. procéd. enthaltenen Beſtimmungen erkannt werden kann. Das Handels-Geſetzbuch ſpricht ſich indeſſen in Beziehung auf die früher über den Handel gegebenen Geſetze lange nicht ſo peremtoriſch aus. Das Geſetz vom 15ten September 1807 ſchaffte Art. 2, von dem Zeitpuncte der Einführung des Cod. d. commerce an, die alten Geſetze nur in Beziehung auf ſolche Gegenſtände, worüber das neue Handels-Geſetzbuch verfügt hatte, ab. Dieſes letztere enthält indeſſen durchaus keinen beſondern Titel über die perſönliche Verhaftung (contrainte par corps) und überhaupt nur wenige einzelne Artikel darüber. Für alle übrigen Fälle, die in dem Handelsgeſetzbuche nicht berührt ſind, gilt daher noch das Geſetz vom 15ten Germin. J. 6 *), wie es auch durch den Gerichtsgebrauch allgemein angenommen iſt. Dieſes iſt indeſſen nur von der Hauptfrage, ob nämlich in irgend einem Falle die contrainte par corps Statt finde oder nicht, zu verſtehn. Was die Art, wie dieſelbe ausgeführt wird, betrifft, ſo iſt zu bemerken, daß (Cod. d. procéd. art. 442) den Handels-Gerichten das Erkenntniß über die Vollſtreckung ihrer Urtheile nicht zukommt. Hierüber erkennen die gewöhnlichen Civil-Tribunale, weshalb denn auch der dritte Titel des Geſetzes vom 15ten Germinal J. 6 als abgeſchafft angeſehen und ſtatt deſſen nach den Vorſchriften des Cod. d. procéd. (Part. I. liv. V. tit. XV.) verfahren wurde.

Die Anordnungen des Geſetzes vom 15ten Germinal J. 6

---

ſeine Zahlungs-Unfähigkeit erwieſen iſt, nicht länger als 14 Tage (quinze jours) in Haft gehalten werden.

*) Alle noch früher erlaſſenen Geſetze waren nämlich bei dem Erſcheinen des Cod. d. commerce ſchon durch Art. 19 tit. III. des ſo eben angeführten Geſetzes vom 15ten Germin. J. 6. (Desen. tom. IV. p. 209) abgeſchafft. M. ſ. noch Merlin Répert. art. emprisonnement.

einzeln hier anzuführen, würde uns weit über die uns geſteckten Grenzen wegführen *). Sie ſtimmen übrigens mit den ſchon in den Verordnungen Ludwigs des 14ten (ordon. d. 1667 et ordon. d. 1673) enthaltenen faſt überein. Eine Verſchiedenheit, die indeſſen ſchon durch den frühern Gerichtsgebrauch verſchwunden war, beſtand darin, daß das Geſetz vom 15ten Germin. J. 6. in den Fällen, wo es die contrainte annimmt, ſie nicht blos erlaubt, ſondern vorſchreibt. Nach tit. II. art. 4 deſſelben findet eben ſo wie früherhin zur Vollſtreckung der Urtheile über alle Seeverträge die perſönliche Verhaftung Statt. Zu den in dem erſten Artikel v. Tit. VII. der Ordonnanz v. J. 1673 angeführten Fällen fügte das Geſetz vom 15ten Germ. J. 6 noch einige hinzu, für welche indeſſen ſchon die Ordonn. v. J. 1667 Tit. XXXIV. Art. 4 größtentheils die perſönliche Verhaftung erlaubt hatte. Mehrere halten ſogar dafür, daß (nach dem Geſetz vom 15ten Germ. J. 6) bei jedem in Handelsſachen erlaſſenem Urtheil der Verurtheilte der perſönlichen Verhaftung unterworfen ſey. Pardeſſus (Cours de droit commerc. N°. 1502, 1507) ſpricht ſich indeſſen gegen dieſe Meinung aus **). Die Geſetzgebung über die contrainte par corps iſt überhaupt, wie Pardeſſus bemerkt, noch lange nicht vollkommen, ſo daß ein neues Geſetz darüber ſehr zu wünſchen wäre.

---

*) M. ſ. den Text des Geſetzes und Cours d. Droit commercial p. J. M. Pardessus. N°. 1501 — 1527.

**) Wenn z. B. einer, der kein Kaufmann iſt, Waaren, um ſie wieder zu verkaufen, ankauft, ſo hält Pardeſſus (N°. 1507) denſelben wegen der Bezahlung des Preiſes der contrainte par corps nicht unterworfen, es ſey denn, daß er dafür einen Schein auf Ordre lautend od. d. g. ausgeſtellt oder unterzeichnet habe. Der genannte Ankauf iſt zwar, auch ohne die Unterzeichnung eines ſolchen Scheins im Sinne des Geſetzes (Cod. d. commerce art. 632) eine Handelsoperation (acte de commerce), und der Ankäufer deshalb der Gerichtsbarkeit der Handelsgerichte unterworfen (art. 631); allein es iſt doch ein anderes dieſer Gerichtsbarkeit und der contrainte par corps unterworfen zu ſeyn. Das Geſetz verordnet (tit. II. art. 1, N°. 2) die Anordnung der perſönlichen Verhaftung bei Waarenverkäufen, nur wenn ſie zwiſchen zwei Kaufleuten (de marchand à marchand) Statt finden. Man darf es alſo nicht weiter ausdehnen.

Das jetzige Verfahren bei Vollſtreckung der perſönlichen Verhaftung, womit das frühere nahe übereinſtimmte, iſt, wie wir ſchon (Th. I. S. 426) bemerkt haben, ſehr mild. Sie kann nur in Folge eines Urtheils *), und zwar nachdem vorher der Betrag der Schuld in Geld feſtgeſetzt iſt, geſchehn (Cod. civ. art. 2067, Cod. d. procéd. art. 552). Unmittelbar ausgeführt wird ſie durch einen Huiſſier, der entweder durch das Urtheil ſelbſt, oder durch den Präſidenten des Kreisgerichts des Orts, wo der Schuldner ſich aufhält, dazu beſtellt iſt: Er muß überdem (Cod. d. procéd. art. 556) dazu von der Parthei beſonders beauftragt und von Zeugen (recors) begleitet ſeyn. Der Verhaftung muß die Inſinuation des Urtheils nebſt einer Aufforderung zur Zahlung wenigſtens um Einen Tag vorhergehn, wovon nur der Fall, wenn der zu Verhaftende im Fallitzuſtande iſt, eine Ausnahme macht. Sie darf weder vor Aufgang noch nach Untergang der Sonne vorgenommen werden. An Feſttagen, eben ſo an den Orten, wo die Gerichten ihre Sitzungen halten, doch nur während dieſer Sitzungen iſt ſie ebenfalls nicht erlaubt u. ſ. w. Ueberhaupt darf ſie in keinem Hauſe **) vorgenommen werden, wenn nicht der Friedensrichter des Orts es verordnet, welcher ſich alsdann noch mit dem Huiſſier in das Haus begeben muß.

Noch iſt zu bemerken, daß für die Stadt Paris zur Vollſtreckung der perſönlichen Verhaftungen eigne Beamten unter dem Titel Handelswächter (gardes du commerce) beſtellt ſind. Zur Verhütung der vielen Unordnungen, die bei Ausführung der perſönlichen Verhaftung vorfielen, ſetzte Ludwig der 15te durch ein Edict vom November 1772 dazu beſondere Beamten unter dem angeführten Namen ein. Ludwig der 16te fand es nöthig über denſelben Gegenſtand noch ein näheres Edict (vom Juli 1778) zu erlaſſen *). Dieſe Beamten wurden in der Revolution aufgehoben. Allein das Kaiſerl. Decret vom 14ten März 1808 (Desen. tom. 8. p. 80) ſtellte ſie wieder her, und ſetzte das von ihnen zu befolgende Verfahren feſt, welches in mehrern Puncten von dem gewöhnlichen abweicht **).

---

*) Doch kann, wenn die Stellung einer Bürgſchaft durch ein Urtheil angeordnet iſt, derjenige, der ſich als Bürgen dargeſtellt hat, in den Fällen, in welchen überhaupt perſönliche Verhaftung Statt findet, auch ohne ein näheres Urtheil in Haft genommen werden. (Cod. d. proced. civ. art. 519, Cod. civ. art. 2060 N°. 5.) — Dieſes iſt alſo eine Ausnahme von der Cod. civ. N°. 2067 enthaltenen Regel, wovon ſchon (Th. I. S. 426) geredet worden.

**) Nach der ältern Geſetzgebung (vor der Revolution) durfte eine Verhaftung wegen Schulden nie in was immer für einem Hauſe vorgenommen werden, wenn die Richter es nicht beſonders verordneten. Ferrier. Dict. d. D. art. capture.

Ein wegen Schulden Verhafteter kann durch mehrere Mittel ſeine Freiheit wieder erhalten, die aber der Reihe nach anzuführen hier zu weitläufig wäre, ſo daß wir genöthigt ſind, den Leſer auf cod. d. procéd. civ. Part. I. liv. V. tit. 15 und die Commentatoren beſonders auf Pardeſſus und Pigeau, und wegen des ältern Verfahrens auf Jouſſe zu verweiſen. — Nach der ältern Geſetzgebung war durchaus keine Zeit beſtimmt, nach deren Verlauf ein wegen Schulden Verhafteter wieder in Freiheit geſetzt werden mußte. Man hielt ihn vielmehr ſo lange feſt, bis er die Schuld, wegen welcher er verhaftet war, abgetragen hatte, oder durch Einwilligung der Parthei, auf deren Antrag er verhaftet worden, oder ſonſt aus einem geſetzlich beſtimmten Grund ſeine Freiheit wieder erhielt. Allein das Geſetz vom 15ten Germ. nahm (Tit. III. Art. 18. N°. 6.) fünf nacheinander folgende Jahre als die längſte Friſt an, nach welcher jeder wegen Schulden Verhaftete, dem vollen Rechte nach, ſeine Freiheit wieder erhalten ſollte. Obſchon dieſer Tit. III. abgeſchafft, und dieſe Beſtimmung deſſelben in den Napoleoniſchen Geſetzbüchern nirgends *) erneuert iſt, ſo hat man ſie doch in der Ausübung für Handelsſchulden beibehalten. Als Gründe dafür möchten ſich ungeachtet deſſen, was Pardeſſus (N°. 1523) darüber ſagt, wohl keine andern als Rückſichten der Menſchlichkeit anführen laſſen.

---

*) Nach Artikel 8 deſſelben ward die bloße Weigerung des Schuldners, dem Handelswächter ins Gefängniß zu folgen, als Empörung (rebellion) gegen die Juſtiz angeſehn, und er konnte deshalb von dem öffentlichen Miniſterium verfolgt werden. Nach Art. 209 des jetzigen Strafgeſetzbuchs wird indeſſen dieſe Weigerung nur, wenn ſie mit Gewaltthätigkeit und Thätlichkeiten verbunden iſt, als Empörung angeſehn.

**) Sie tragen (art. 8) bei Ausübung ihrer Amtsverrichtungen einen Stab (baguette), den ſie dem Verurtheilten bei Ausführung der Verhaftung vorzeigen müſſen. (Man vergl. Th. I. S. 259). Sie können (art. 15) einen Schuldner in ſeinem eignen Hauſe, wenn der Eingang ihnen nicht ſtreitig gemacht wird, auch ohne Erlaubniß und Mitwirkung des Friedensrichters verhaften. Sie bedürfen, um eine Verhaftung vorzunehmen, keiner Special-Vollmacht des Gläubigers u. ſ. f. Dieſe letztere iſt nämlich bei den gewöhnlichen Huiſſiers erforderlich, damit ſie nicht härter, als der Gläubiger ſelbſt will, gegen den Schuldner angehn. Da indeſſen die gardes du commerce keine andern Dienſtverrichtungen als dieſe Verhaftungen ausüben, ſo werden ſie, wenn ihnen das Urtheil von dem Gläubiger mitgetheilt iſt, als hinreichend bevollmächtigt zur Vollſtreckung der Verhaftung angeſehn.

Ein beſonderes Mittel der perſönlichen Verhaftung zu entgehen oder ſeine Freiheit wieder zu erhalten, waren nach der ältern Geſetzgebung die Aufſchubbriefe (lettres de repi) **) und nach der ältern ſowohl als neuern Geſetzgebung gibt die Abtretung des geſammten Vermögens (cession de biens) ein eben ſolches Mittel an die Hand. Man unterſcheidet ſie, nach beiden Geſetzgebungen, in die freiwillige und gerichtliche. Die Bedingungen bei der freiwilligen werden, wenn nicht etwa der Verdacht eines ausgeübten Betrugs Statt findet, ohne alle Einmiſchung der Gerichte durch die Uebereinkunft der Partheien feſtgeſetzt. Allein die zweite wird durch die Gerichte ***), und zwar auf das Geſuch des Schuldners erkannt. Die ältere ſowohl als neuere Geſetzgebung ſieht ſie als eine Wohlthat an, um einen rechtſchaffenen aber durch Unglücksfälle heruntergekommenen Mann, er mag übrigens Kaufmann ſeyn oder nicht †),

---

*) Die Analogie v. Art. 469 d. Cod. Pen. iſt ſogar dagegen.

**) M. ſ. Th. I. S. 428—431.

***) Das Erkenntniß darüber gehört ſowohl nach der ältern als neuern Geſetzgebung nicht den Handelsgerichten, ſondern den ordentlichen Richtern und zwar des Wohnorts des Schuldners Cod. d. procéd. art. 899. Cod. d. commerce art. 569.

†) Man findet daher ſowohl in d. Cod. d. procéd. civ. als in d. Cod. d. commerc. einen beſonderen Titel über die

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

vor der perſönlichen Verhaftung zu ſchützen (Cod. civ. 1268). Daher werden Betrüger und Verbrecher in derſelben nicht zugelaſſen. Auch Rechnungspflichtige, Vormünder, Verwalter, Depoſitarien und Fremde ſind davon ausgeſchloſſen *). Durch die Weigerung der Gläubiger ſelbſt indeſſen kann einem der Anſpruch darauf nur in den von dem Geſetz beſtimmten Fällen benommen werden (Cod. civ. art. 1270), ſo wie auch Niemand im Voraus darauf verzichten kann. Um zu dieſer Rechtswohlthat zugelaſſen zu werden, muß der Schuldner, er mag ein Kaufmann ſeyn oder nicht, ſein Geſuch bei dem Bezirksgericht ſeines Wohnorts vorbringen, und einen Etat ſeines Vermögens auf dem Secretariat deſſelben niederlegen. (Cod. d. procéd. art. 898 — 900; Cod. d. com. art. 569). Bei Handelsſchulden wird (id. art.) überdem ſein Geſuch in die öffentlichen Blätter eingerückt. Wenn das Gericht ihm ſeine Bitte bewilligt, ſo muß er noch in eigener Perſon vor dem Handelsgericht ſeines Wohnorts, oder, wenn dort kein Handelsgericht iſt, auf dem Rathhaus erſcheinen, und in der öffentlichen Sitzung vor ſeinen Gläubigern, die deshalb vorgeladen ſeyn müſſen, die Abtretung ſeines Vermögens erneuern. (Cod. d. commerce art. 571, Cod. d. procéd. art. 901). Tit. X. Art. 1 der Ordon. v. J. 1673 enthält faſt dieſelbe Beſtimmung. In frühern Zeiten aber trieb man die Beſchämung derjenigen, welche ihre Zuflucht zu der Abtretung des Vermögens nehmen mußten, noch viel weiter. Es gab nach Verſchiedenheit der Provinzen hierüber auch verſchiedene, zum Theil höchſt ſonderbare Gebräuche **). In Paris

---

Vermögens-Abtretung. M. ſ. auch den Cod. civ. art. 1265 — 1270.

*) Cod. d. procéd. civ. art. 905; Cod. d. commerce art. 575. Zur Zeit der ältern Geſetzgebung war theils durch die coutumes, theils durch den Gerichtsgebrauch, auch durch einige Geſetze das nämliche eingeführt. Merlin, Repert. art. cession de biens. M. ſ. a. die Anmerkungen von Jouſſe zu tit. X. der ordon. d. 1673.

**) Papon. Collect. arrest. lib. X. tit. X. arrest. 5 Not. „In nonnullis Franciae civitatibus cessio bonorum siebat, percutiendo lapidem quendam podice tribus vicibus in loco publico id quod sit Burdegalae et Lugduni, ut Guido Papa deces. 345. refert.“ Ferrier (art. bonnet verd.)

ward der Schuldner an einem Markttage an den Fuß des Prangers (au bas du pilori) geſtellt, wo der Gerichtsdiener, der ihn führte, laut ablas, daß der Anweſende zu der Wohlthat der Vermögensabtretung zugelaſſen worden ſey, welches zu jedermanns Warnung bekannt gemacht werde. Derſelbe mußte überdem zum Schimpf und um Allen kenntlich zu ſeyn, ſein ganzes Leben lang eine grüne Mütze (bonnet verd, biretum viride) tragen. Ließ er ſich ohne dieſelbe ſehn, ſo konnten ſeine Gläubiger ihn wieder verhaften laſſen. Dieſes fand ſpäter ebenfalls nicht mehr Statt; doch ward bis zu den letzten Zeiten in das Urtheil, welches Jemand zu der Vermögensabtretung zuließ, die Verpflichtung, eine grüne Mütze zu tragen, ausdrücklich eingerückt, obſchon es nicht ausgeführt ward *). Die Gerichte waren überhaupt hierin ſehr ſtrenge, ſo daß alle, welche ihr

---

erläutert dieſes dahin, daß ehemals zu Lyon derjenige, der zur Vermögens-Abtretung zugelaſſen ward, ſich mit bloßem Hintern auf einen vor dem Sitzungsſaale befindlichen Stein ſetzen mußte. Dieſes war indeſſen ſchon lange abgeſchafft. Man befolgte vielmehr, wie bei Papon an der angeführten Stelle hinzugefügt wird, zu Lyon die durch die Verordnung Ludwigs des 12ten vom J. 1510 Art. 70. vorgeſchriebene Form. Pource que plusieurs marchands et autres ne craignent à faire cession de biens, parce quils y sont reçus par Procureur et en lieux secrets; nous ordonnons que d'oresnavant nul ne soit reçu à faire ladite cession de biens par procureur; ains se feront en personne en jugement durant l'audience, destaints (sans ceinture) et la teste nue.“ Der Schuldner mußte den Gürtel auf den Boden werfen, indem man ehmals den Geldbeutel in Form eines Gürtels um den Leib trug.

*) So ward es nach dem Zeugniß von Jouſſe, der ſeine Anmerkungen zu der ordon. d. 1673 im J. 1761 zum zweitenmal herausgab, damals zu Orleans gehalten. In einigen ſüdlichen Provinzen ſcheint der alte Gebrauch noch länger beſtanden zu haben (Merlin Repert. art. cession de biens). Nach Ferrier (art. bonnet verd) waren diejenigen, welche zu der Vermögens-Abtretung zugelaſſen waren, in den letzten Zeiten nur verpflichtet, eine ſolche grüne Mütze allezeit bei ſich zu tragen, damit, wenn etwa ein Gläubiger ihnen begegnete, ſie dieſelbe auf deſſen Verlangen vorzeigen und aufſetzen konnten.

Vermögen gerichtlich abtraten, ohne Rückſicht darauf, ob ſie durch ihre Schuld oder durch Unglücksfälle dahin gebracht worden, zum Tragen dieſer grünen Mütze verurtheilt wurden, wie durch mehrere Parlaments-Urtheile feſtgeſetzt war (Papon. collect. arrest. lib. X. tit. X. append.). Der Gebrauch dieſer grünen Mütze ging gegen das Ende des 16ten Jahrhunderts von Italien, wo er ſchon früher beſtand, nach Frankreich über. Wir bemerken endlich noch, daß, ſowohl nach der neuern *) als ältern Geſetzgebung, durch die Vermögensabtretung das Eigenthum der abgetretenen Güter nicht an die Gläubiger übergeht. Letztere erhalten dadurch nur die Befugniß, die abgetretenen Güter zu verkaufen **) und ſich daraus bezahlt zu machen. Kommt mehr heraus als ſie zu fordern haben, ſo fällt es dem Schuldner wieder zu; dagegen bleiben ihnen auch, wenn ſie nicht gedeckt werden, ihre Forderungen gegen den Schuldner allezeit offen, ſo daß ſie ihn, wenn er neues Vermögen erwirbt, noch weiter verfolgen können. (Cod. civ. art. 1270.)

Zu den wichtigſten Attributionen der Handelsgerichte gehören noch diejenigen, welche ins beſondere die neuere Geſetzgebung ihnen in Beziehung auf die Bankerotte beigelegt hat. Es iſt hier durchaus unmöglich, dieſen höchſt wichtigen Gegenſtand der Handelsgeſetzgebung nach ſeinem ganzen Umfang zu erklären. Wir verweiſen daher den Leſer wieder auf die ſchon oft angeführte Schrift von Pardeſſus (Part. VI.), ſo wie auf das Geſetzbuch ſelbſt, worin ein ganzes Buch (liv. III.) von dieſem Gegenſtand handelt. Einen ſehr lichtvollen und umfaſſenden Ueberblick über die Gründe aller ſeiner Beſtimmungen und Abänderungen, die es in den ältern Geſetzen gemacht, geben die Reden, welche die Staatsräthe Segur und Treilhard in der Sitzung des geſetzgebenden Corps vom 3ten September 1807 bei Einführung dieſes Theils des Handelsgeſetzbuchs gehalten haben *).

---

*) Nach der neuern Geſetzgebung iſt daran gar kein Zweifel. (Cod. civ. art. 1269.) Merlin behauptet das Nämliche von der ältern Geſetzgebung (Répert. art. cession des biens), doch ſcheinen mehrere Schriftſteller anderer Meinung geweſen zu ſeyn.

**) Cod. civ. art. 1269; Cod. d. procéd. art. 904, Cod. d. commerc. art. 574.

Der Zuſtand eines Kaufmanns, welcher ſeine Zahlungen einſtellt (qui cesse ses payemens), was auch immer der Grund oder die Veranlaſſung dazu ſeyn mag, heißt Falliment (faillite). Liegt dabei ein grober Fehler oder gar ein Betrug zum Grunde, ſo wird das Falliment Bankerott genannt (C. d. c. art. 437—439) **). Derſelbe wird in den einfachen und betrügeriſchen eingetheilt. Den erſtern Namen erhält er, wenn zwar kein eigentlicher Betrug, aber doch eine grobe Nachläſſigkeit oder Unvorſichtigkeit des Falliten, kurz die Handlungen und Umſtände vorgefallen ſind, die man C. d. c. art. 586—588 näher aufgezählt findet. Ueber die Beſtrafung der einfachen Bankerotte erkennen (C. d. c. art. 439, 588) die correctionellen Gerichte, und zwar entweder auf Klage der Syndiken, (wovon ſogleich) oder eines Gläubigers, oder auf die amtliche Verfolgung der Staatsbehörde. Betrügeriſche Bankerotte hingegen, deren Charakter (Cod. d. com. art. 593, 594) näher angegeben iſt, werden von der Staatsbehörde, entweder auf die öffentliche Notorietät, oder auf die Anzeige der Syndiken oder eines Gläubigers vor den Aſſiſenhöfen verfolgt (art. 595). Das nämliche wird gegen die Theilnehmer und Mitſchuldigen eines betrügeriſchen Bankerotts angewendet. Die alte Geſetzgebung (vor der Revolution) unterſchied nur den ohne Schuld herbeigeführten, und den betrügeriſchen Bankerott ***). Die Beſtrafung des

---

*) M. ſ. d. Moniteur vom 4ten September 1807. Man findet ſie auch in Merlin Répert. art. faillite et banqueroute Sect. II.

**) Dieſer Unterſchied zwiſchen faillite und banqueroute war zwar nicht in der alten Geſetzes-, wohl aber in der alten Gerichtsſprache bekannt. Ferrier. art. faillite.

***) M. ſ. Merlin Repert. art. faillite et banqueroute Sect. I. §. IV. N°. 7. Auch in der angeführten Rede des Staats-Raths Segur heißt es: »La loi (c. a. d. l'ancienne) ne connoissoit que le malheur ou la friponnerie; elle présumoit le malheur, il falloit prouver la fraude. Le créancier en ètoit chargé à ses frais; il ètoit naturel qu' il s'occupât plus de sa proprieté que de sa vengeance;

letztern gehörte zu der Competenz der ordentlichen Gerichte. Allein bei einem nicht betrügeriſchen Bankerott waren die Gläubiger in Beziehung auf ihr Intereſſe ſich ganz ſelbſt überlaſſen und faſt ohne allen obrigkeitlichen Schutz, wodurch, wie der Saatsrath Segur bemerkte, die ſchreiendſten Mißbräuche entſtanden. Die neuere Geſetzgebung, um allem dieſem zuvorzukommen, hat die Unterſuchung über den Vermögenszuſtand des Falliten, die Verwaltung, den Verkauf ſeines beweglichen Eigenthums u. ſ. f. der Beaufſichtigung der Handelsgerichte untergeordnet, und ihnen ebenfalls das Erkenntniß über die zwiſchen den Gläubigern entſtehenden Streitigkeiten beigelegt.

Damit ein Kaufmann als im Fallitzuſtand befindlich angeſehen werden kann, muß dieſes durch ein Urtheil des Handelsgerichts (ſeines Wohnorts) förmlich erklärt ſeyn *). Dasſelbe kann ein ſolches Urtheil entweder auf die Erklärung des Falliten, oder auf das Geſuch der Gläubiger oder **) auf die

---

aussi malgré la severité de la loi contre les banqueroutes frauduleuses, rien n'a été plus rare que son application.« Man glaube auch nicht, als ob etwa ſchon die durch Nachläſſigkeit oder Verſchwendung herbeigeführten Bankerotte als betrügeriſche angeſehen und beſtraft worden ſeyn. Ordon. d. 1673 tit. XI. art. 10 heißt es ausdrücklich: »Déclarens banqueroutiers frauduleux ceux qui auront diverti leurs effets, supposé des créanciers ou déclaré plus qu'il n'étoit dû au véritables créanciers.«

*) Selbſt die eigene Erklärung des Falliten reicht ohne ein ſolches Urtheil nicht hin. (Pardessus C. d. D. c. N°. 1094. 1097.

**) Wegen der Gefahr, die auf dem Verzug haftet, braucht dem Urtheil, wodurch einer für Fallit erklärt wird, keine contradictoriſche Verhandlung zwiſchen ihm und irgend Jemand voranzugehn. Das Urtheil wird in Beziehung auf den Falliten als ein Contumacial-Urtheil angeſehen, wogegen er Einſpruch einlegen kann (Th. I. S. 350, 351). Wird daſſelbe beſtätigt, ſo bleibt ihm der Weg der Appellation offen. Auch die Gläubiger können gegen dieſes Urtheil entweder auf dem Wege der Appellation oder der tierce opposition angehn (Pardessus N°. 1110—1113). Auf jeden Fall wird aber das Urtheil proviſoriſch vollſtreckt (C. d. c. art. 457).

bloße Notorietät erlaſſen (Cod. d. c. art. 449, Pardessus N°. 1096—1103). In dieſem Urtheil wird auch der Tag der Eröffnung des Falliments feſtgeſetzt *). Dieſe Beſtimmung iſt ſowohl für die Gläubiger als für den Falliten ſelbſt von der größten Wichtigkeit, indem die Acte, welche der Fallit 10 Tage vor der Eröffnung des Falliments eingegangen, theils von Rechtswegen nichtig ſind, theils als des Betrugs verdächtig für nichtig erklärt werden können (C. d. c. art. 443—448). Eben wegen der Wichtigkeit der Folgen ſetzt das Handelsgericht den Tag der Eröffnung eines Falliments in dem erſten Urtheil meiſtens nur proviſoriſch feſt, und behält ſich die definitive Beſtimmung nach näherer Kenntniß der Umſtände vor (Pardessus N°. 1113). Daſſelbe erſte Urtheil verordnet (Cod. d. c. art. 454, 449, 451), daß an alle Magazine, Kaſſen, Comtoirs, Bücher und Handelspapiere (effets), ſo wie an das ganze bewegliche Eigenthum des Falliten die Siegel angelegt werden. Dieſe Anlegung ſelbſt geſchieht durch den Friedensrichter, dem deshalb ſogleich eine Ausfertigung des Urtheils zugeſtellt wird. Letzterer kann auch ſogar (art. 450) ohne ein Urtheil des Handelsgerichts, auf die bloße Notorietät die Verſiegelung vornehmen: muß aber das Protocoll darüber ſogleich dem Handelsgericht überſenden. Auf jeden Fall wird das Falliment nur durch das Urtheil des Handelsgerichts erklärt (Pardessus N°. 1103). Durch dieſe Erklärung iſt (art. 442) dem Falliten von Rechtswegen die Verwaltung ſeines ganzen Vermögens benommen. Er wird zugleich **)

---

*) Die Ordonnanz vom J. 1673 enthält Tit. XI. Art. 1 eine andere Beſtimmung »La faillite ou banqueroute sera reputée ouverte du jour que le débiteur se sera retiré, ou que le scellé aura esté apposé sur ses biens.«

**) Noch iſt zu bemerken, daß nur ein Kaufmann (C. d. c. art. 1) eigentlich ein Falliment machen kann. In dem Handelsgeſetzbuch heißt es nämlich art. 437 »tout *commerçant* qui cesse ses payemens est en état de faillite.« »Ein Privatmann, der den Handel nicht als gewöhnliches Gewerbe treibt, kann daher kein Falliment machen, wenn auch ſeine Zahlungs-Unfähigkeit durch Handelsſchulden herbeigeführt ſeyn ſollte. Dieſes folgt nicht allein aus dem ſo eben angeführten Geſetz, ſondern es iſt auch in der Ausübung ſo angenommen (Pardessus N°. 1093, 1320). Die entweder in das für die zahlungsunfähigen Schuldner beſtimmte Gefängniß gebracht, oder der Bewachung eines Gensdarmen, Polizei- oder Juſtizbeamten (zu Paris eines garde du commerce) übergeben; welches das Handelsgericht nothwendig verordnen muß. Durch daſſelbe Urtheil ernennt es eines ſeiner Mitglieder zum Commiſſair, und mehrere Perſonen, deren Zahl von der Wichtigkeit des Falliments abhängt, zu Agenten des Falliments. Dieſe Agenten, deren Wahl (art. 456) dem Ermeſſen des Gerichts überlaſſen iſt, und die es (art. 460) nach Umſtänden zurücknehmen kann, ſollen gleich bei dem Ausbruch des Falliments, ehe noch die Gläubiger verſammelt und bekannt und ihre Forderungen gehörig feſtgeſetzt ſind, unter Beaufſichtigung des Commiſſairs den Vermögenszuſtand des Falliten unterſuchen; ſeine Bücher, die ihnen deshalb mitgetheilt werden, durchſehn; alle conſervatoriſchen Maßregeln vornehmen, Hypotheken-Einſchreibungen auf die unbeweglichen Güter der Schuldner des Falliten nachſuchen, und eben ſo ſich eine ſolche Einſchreibung im Namen der Maſſe auf die unbeweglichen Güter des Falliten geben zu laſſen (art. 499, 500); die Beitreibung und den Empfang der dem Falliten während ihrer Functionen zu gut kommenden Gelder, ſo wie den Verkauf der dem Verderben unterworfenen Waaren beſorgen, die an den Falliten

---

Zahlungsunfähigkeit eines Privatmannes heißt déconfiture. Streng genommen tritt dieſelbe nur ein, wenn ſein paſſives Vermögen das active überſteigt. Ein Kaufmann hingegen iſt fallit, ſobald er ſeine Zahlungen einſtellt, wenn auch bei dem endlichen Verkauf ſeiner Güter ſich ein noch ſo bedeutender Ueberſchuß des activen Vermögens über das paſſive ergeben ſollte. Die geſetzlichen Folgen, welche den im Falliments-Zuſtand befindlichen Kaufmann treffen, finden auf einen Privatmann, der ſich en état de déconfiture befindet, keine Anwendung. Er verliert nicht die Verwaltung ſeines Vermögens, und eben ſo wenig ſeine Freiheit, wenn nicht wegen eines ganz beſtimmten Umſtandes, einer Wechſelſchuld u. dgl. eine contrainte par corps gegen ihn erkannt wird. Auch wird er wegen Verſchwendung und Nachläſſigkeit nicht geſtraft. Doch iſt noch zu bemerken, daß Wechſel-Agenten und Makler ebenfalls zu den Kaufleuten gezählt und als ſolche behandelt werden. (Pardessus N°. 1322.)

adreſſirten Briefe eröffnen *); endlich vermittelſt der Erkundigungen, die ſie von dem Falliten ſelbſt oder ſeiner Familie erhalten oder mit Hülfe ſeiner Bücher eine Bilanz ſeines activen und paſſiven Vermögens aufſtellen, oder die etwa von ihm ſelbſt aufgeſtellte berichtigen **).

Der Redner der Regierung (Staatsrath Segur) machte auf die Beſtellung dieſer Agenten, die ihre Geſchäfte unter der Aufſicht des Handelsgerichts ausüben, als auf eine ſehr weſentliche Verbeſſerung, welche die neuere Geſetzgebung bei dieſem Gegenſtand eingeführt habe, aufmerkſam.

Nämlich gerade bei dem Ausbruch eines Falliments fielen ehmals die größten Unordnungen und Betrügereien vor. Die zufällig anweſenden, oder zuerſt ankommenden, oft untergeſchobenen Gläubiger drängten ſich voran, ernannten Syndiken, und erzwangen auf Koſten der übrigen von dem Falliten, der die Verwaltung ſeines Vermögens behielt, größere Summen, als ihnen zukamen. Zum Lohn dafür verheimlichken ſie die wahre Lage des Falliten und ſtellten ſie unter einem günſtigern Lichte dar. Die meiſten Handelskammern hatten daher auch, wie in der Rede des Staats-Raths Segur angeführt wird, den bei dem erſten Entwurf des Handelsgeſetzbuchs gemachten Vorſchlag gebilligt, bei den Handelsgerichten für die Bankerotte einen beſondern Staatsprocurator anzuſtellen ***), welcher Vorſchlag indeſſen aus wichtigen Gründen nicht angenommen, und ſtatt deſſen das ganze Geſchäft der obern Leitung des von dem Handelsgericht ernannten Commiſſars untergeordnet ward. — Derſelbe ſtattet (art. 458) über alle in Beziehung auf das Falliment ſich erhebenden Streitfragen ſeinen Bericht an das Handelsgericht ab. Er ſorgt dafür, daß die Gläubiger zuſammenberufen werden, zu welchem Ende das Urtheil, wodurch der Fallitzuſtand erklärt wird, öffentlich*) angeheftet, und zugleich auf die (C. d. p. c. art. 683) vorgeſchriebene Weiſe zur Kunde des Publikums gebracht wird. Gleich nach Anlegung der Siegel berichtet (art. 466) der Commiſſair an das Handelsgericht über den anſcheinenden Zuſtand des Falliments; wobei er vorſchlagen kann, den Falliten entweder ohne weiteres in Freiheit zu ſetzen und ihm proviſoriſch ein freies Geleit zu ertheilen**), oder auch ihm dieſe Wohlthat nur nach Stellung eines Bürgen zukommen zu laſſen. Das Handelsgericht erkennt über dieſen Vorſchlag; wobei zu bemerken iſt, daß wenn das Urtheil deſſelben für die Freiheit lautet, dadurch alle früher gegen den Falliten (wegen Schulden) beſtehenden Verhaftungsbefehle unwirkſam werden, auch während der von dem Tribunal beſtimmten Zeit des freien Geleits keine ſolchen Befehle gegen ihn erlaſſen werden können (art. 455. Pardessus N°. 1149.)

---

*) Wenn er anweſend iſt, in ſeiner Gegenwart (art. 463).

**) Iſt der Fallit anweſend, ſo muß er ſelbſt in Gegenwart der Agenten die Bilanz aufſtellen (art. 472).

***) M. ſ. die angeführte Rede »Le besoin d'une telle surveillance étoit si généralement senti, que lorsque les redacteurs du projet de code proposèrent d'établir pour les faillites un commissaire du gouvernement près des tribunaux du commerce, la majorité des chambres de commerce approuva cet établissement, dont les inconvéniens étoient cependant palpables: l'influence d'un tel magistrat sur des tribunaux de négocians dénaturerait leur institution, et d'ailleurs nous croyons superflu de démontrer combien il pourroit y avoir de danger à donner constamment aux mêmes hommes des fonctions si délicates, dans lesquelles on se trouve sans cesse exposé aux piéges de la séduction et à la méfiance du malheur.«

Die Agenten üben ihre Functionen nur ſo lange aus, bis die Gläubiger zuſammengetreten, oder wenigſtens bekannt ſind. Das Geſetz hat dem gemäß (art. 459) die Dauer der Functionen derſelben auf 14 Tage (höchſtens auf das Doppelte dieſer Zeit) beſchränkt. Wenn ſie die Bilanz dem Commiſſair übergeben haben, ſtellt dieſer (art. 476) innerhalb drei Tagen die Liſte der Gläubiger auf, die er dem Handelsgericht übergibt, und dann noch beſtimmter die Gläubiger durch Briefe, öffentliche Anſchlagzettel, und durch Einrücken in die Zeitungen zuſammenruft, und (art. 502) ſie auffordert innerhalb vierzig Tagen entweder in Perſon oder durch einen Bevollmächtigten zu erſcheinen. Dieſelben verſammeln ſich in Gegenwart des Commiſſairs an einem von dieſem beſtimmten Tag und Ort, und übergeben ihm eine dreifach ausgefüllte Liſte derjenigen, welche ſie als proviſoriſche Syndiken der Maſſe vorſchlagen, woraus das Handelsgericht wählt. Das Geſchäft dieſer proviſoriſchen Syndiken iſt, theils die von den Agenten angefangene Verwaltung des Vermögens weiter fortzuſetzen, theils die Forderungen der einzelnen Gläubiger zu beſtimmen und dem gemäß wo möglich einen Vergleich zwiſchen dem Falliten und ſeinen Gläubigern zu Stande zu bringen.

---

*) Ueberhaupt können (Cod. d. procéd. art. 1036) alle Tribunale nach Umſtänden verordnen, daß ihre Urtheile durch Anſchlagzettel und durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden. Dieſes gilt vorzüglich für ſolche Urtheile, wodurch Schriften unterdrückt oder für verläumderiſch erklärt werden.

**) Dieſes iſt noch eine Anwendung und weitere Ausdehnung deſſen, was (Th. I. S. 508 *]) in Beziehung auf das freie Geleit angeführt worden.

Die Unterſuchung der Richtigkeit der Forderungen (la vérification) geſchieht contradictoriſch zwiſchen den Syndiken und den Gläubigern oder den Bevollmächtigten derſelben in Gegenwart des Commiſſairs, welcher letztere darüber ein Protocoll aufnimmt. Alle Gläubiger, deren Forderungen ſchon feſtgeſetzt ſind, dürfen bei der Unterſuchung über die Forderungen der übrigen gegenwärtig ſeyn, und ihre Einwendungen machen. Streitigkeiten, die darüber entſtehn, entſcheidet das Handelsgericht auf den Vortrag des Commiſſairs. Nachdem endlich die Forderungen aller Gläubiger, welche ſich innerhalb der geſetzlichen Friſten gemeldet haben *), feſtgeſetzt und von jedem Gläu-

---

*) Nach Ablauf dieſer Friſten ſtellen (art. 510) die Syndiken ein Protocoll über die Namen der nicht erſchienenen Gläubiger auf: in Folge dieſes Protocolls, welches von dem Commiſſair geſchloſſen wird, ſind ſie als im Verzug befindlich anzuſehn. Das Handelsgericht ſetzt alsdann (art. 511) auf den Vortrag des Commiſſars eine neue Friſt feſt, bei deren Beſtimmung auf die Entfernung des Wohnorts des Gläubigers Rückſicht genommen, und in Beziehung auf die außerhalb Frankreich wohnenden nach Cod. d. procéd. art. 73 verfahren wird. Das Urtheil, welches die neue Friſt beſtimmt, wird (art. 512) nach der (Cod. d. procéd. art. 683) beſtimmten Form zur öffentlichen Kunde gebracht. Diejenigen, welche ſich erſt nach dieſer letzten Friſt melden, haben (Cod. d. com. art. 513) auf die ſchon vorgenom-

biger als richtig beſchworen ſind (art. 519, 507), wird nun ein Vergleich zwiſchen dem Falliten und ſeinen Gläubigern verſucht. Zur Gültigkeit eines ſolchen Vergleichs iſt (art. 519) erforderlich, daß die Mehrzahl der Gläubiger, und zwar ſolcher, deren Forderungen wenigſtens drei Viertheile der Summe aller feſtgeſetzten Schulden ausmachen, einwilligt. Derſelbe muß überdem auf der Stelle (séance tenante) unterzeichnet werden. Hypothekar-Gläubiger und ſolche, die durch ein Pfand gedeckt ſind, haben dabei keine Stimme. Der Vergleich muß endlich noch, um gültig zu ſeyn, von dem Handelsgericht beſtätigt werden. Ehe dieſes geſchehn iſt, können Gläubiger, welche ſich durch denſelben beeinträchtigt glauben, ihre Einwendungen dagegen bei dem Handelsgericht vorbringen, welches nur mit Berückſichtigung derſelben die Beſtätigung ertheilt. Auch wenn dieſes Gericht den Falliten einer unordentlichen Geſchäftsführung oder gar des Betrugs verdächtig hält, kann es die Beſtätigung des Vergleichs verweigern. Der Fallit wird in dieſem Fall (art. 526) von Rechtswegen als eines Bankerotts angeſchuldigt angeſehn und von Amtswegen als ſolcher verfolgt. Das Handelsgericht muß deshalb dem Staatsprocurator die gehörige Anzeige machen. Dieſelbe Verpflichtung haben auch die Agenten und proviſoriſchen Syndiken. Dieſe müſſen ſogar (art. 488) bei jedem Falliment acht Tage nach dem Antritt ihrer Functionen eine Denkſchrift über die Umſtände und die Urſachen des Falliments dem Staats-Procurator des Bezirks zuſtellen. Dieſer kann ſich auch (art. 489) von Amtswegen in die Wohnung des Falliten begeben, der Aufſtellung der Bilanz, des Inventariums u. ſ. f. beiwohnen, und nach Umſtänden gegen den Falliten verfahren. Wird in Folge deſſen gegen denſelben ein Vorführungs-, Sequeſtrations- oder Verhaftungsbefehl erlaſſen, ſo kann (art. 490) der Commiſſair dem Handelsgericht nicht vorſchlagen, ihm ein freies Geleit zu ertheilen. Wird indeſſen der Vergleich von dem Handelsgericht beſtätigt, ſo erklärt es zugleich, daß der Fallit zu entſchuldigen und deshalb fähig ſey nach Erfüllung

---

menen Vertheilungen (répartitions) durchaus keinen Anſpruch.

der geſetzlichen Bedingungen wieder in ſeinen vorigen Stand eingeſetzt zu werden *).

Kommt aber der Vergleich, aus was immer für einem Grunde, nicht zu Stand, ſo wählen die anweſenden Gläubiger einen oder mehrere definitive Syndiken und einen Caſſirer. Die erſtern betreiben nun, unter immerwährender Beaufſichtigung des Commiſſairs, den Verkauf der ganzen Fallitmaſſe und die Vertheilung der daraus eingehenden Gelder nach den von dem Geſetz vorgeſchriebenen Formen und Regeln. Der Verkauf der Immobilien geſchieht (art. 564) nach den Formen, welche das bürgerliche Geſetzbuch für den Verkauf der Güter von Minderjährigen vorgeſchrieben hat.

Die Strafe eines betrügeriſchen Bankerotts war nach der Ordon. d. 1673 (tit. XI. art. 12) der Tod, ſo wie es auch die frühern Verordnungen (die von Orleans Art. 143, von Blois Art. 205) beſtimmten. Allein in den letzten Zeiten, und ſchon im Anfang des 18ten Jahrhunderts hatte der Gerichtsgebrauch dieſe Strenge gemildert, und an die Stelle der Todesſtrafe die amende honorable, die Ausſtellung am Pranger und die Galeerenſtrafe geſetzt. Nach der jetzigen Geſetzgebung (Cod. pén.

---

*) Ueber dieſe Wiedereinſetzung in den vorigen Stand (réhabilitation) ſehe man (C. d. c. art. 604—614). Jeder Fallit verliert nämlich ſeine politiſchen Rechte. Er kann nicht mehr zum Handels-Richter gewählt werden u. ſ. f., er darf ſogar auf der Börſe nicht mehr erſcheinen (C. d. c. art. 614). Durch die Rehabilitation erhält er dieſe Rechte wieder. Ueber das Geſuch um Rehabilitation entſcheidet der Appelhof. Dieſelbe kann nur erkannt werden, wenn der Fallit ſeine Gläubiger vollſtändig befriedigt hat. Betrügeriſche Bankerottirer, Rechnungspflichtige, Verwalter u. d. g. (art. 612) werden zu derſelben nie zugelaſſen. Der einfache Bankerottirer kann indeſſen, nach überſtandener Strafe, dieſelbe nachſuchen. Nach der alten Geſetzgebung (ordon. d. 1673 tit. IX. art. 5) konnten die Falliten ebenfalls nicht mehr zu Scheffen, Handelsrichtern u. ſ. f. gewählt werden; allein es fand ebenfalls eine Wieder-Einſetzung in den vorigen Stand Statt, die man durch einen Königl. Gnadenbrief erhielt. Dazu mußte man indeſſen ebenfalls vorher alle Gläubiger befriedigt haben.

art. 402) wird der betrügeriſche Bankerott mit Zwangsarbeit auf beſtimmte Zeit beſtraft.

b) Zu den Handelsgerichten gehörten ehemals auch die zur Erhaltung der Meßprivilegien angeordneten Gerichte. — Schon unter den Carolingiſchen Königen war es nur zu gewiſſen Zeiten und an gewiſſen Orten erlaubt Märkte (mercata) zu halten, wo Waaren aller Art zum Verkauf ausgeſtellt wurden *). Im Mittelalter unter den erſten Königen des dritten Geſchlechts waren beſonders die Märkte oder Meſſen der Champagne (foires de Champagne, nundinae Campaniae) weltberühmt **).

---

*) Edict. Pistens. Carol. Calv. Cap. 19 (ap. Baluz. tom. II. p. 174, 182 » . . . . Volumus ut unusquisque Comes de comitatu suo omnia mercata inbreviari faciat, et sciat nobis dicere quae mercata tempore Avi nostri fuerunt, et quae tempore Domini et genitoris nostri esse coeperunt, vel quae illius auctoritate constituta fuerunt, vel quae sine auctoritate illius facta fuerunt, vel quae tempore nostro convenire coeperunt, vel quae in antiquis locis permanent, et si mutata sunt, cujus auctoritate mutata fuerunt. Et ipsum brevem unusquisque comes ad proximum placitum nostrum nobis adportet, ut decernere possimus quatenus necessaria et utilia, et quae per auctoritatem sunt, maneant, quae vero superflua, interdicantur vel locis suis restituantur. Et mercata in die dominico nulla habeantur, sicut in primo libro Capitulorum Capitulo 136 habetur.«

**) Philipp von Valois ſagt in der Einleitung zu ſeiner Verordnung vom Juli 1344 (Ordon. tom. II. p. 202) in Beziehung auf dieſe Meſſen: »Philippes etc. scavoir faisons, à tous present et à venir, que comme notoire chose soit, et de ce soiens souffisamment enformez, que nos Foires de Champaigne et de Brie, furent fondées et faites en l'institution d'icelles, pour le bien commun de tout pays, tant de nostre Royaume, comme dehors; et furent establies, en marches communes, pour tous les pays remplir de marchandises necessaires à iceuls. Et par ce se consenterent en la fondation d'icelles, tuit Prelat, Prince, Baron Chrestien et mescreant, et se soumistrent en la jurisdiction et obeisance d'icelles, pour lesquelles choses furent octroieés franchises et libertez aux frequentans desdictes foires, et sauf-conduit aux venans et de-

Schon unter den alten Grafen von Champagne, noch ehe dieſe Provinz durch die Vermählung der Prinzeſſin Johanna mit Philipp dem Schönen an Frankreich kam, beſtanden zur Schlichtung aller Handelsſtreitigkeiten, die bei Gelegenheit dieſer Meſſen entſtanden, unter dem Namen gardes- oder maistres des foires *) beſondere Richter. Dieſelben nahmen ſpäterhin den Titel: gardes-conservateurs und gegen das Ende des 15ten Jahrhunderts den: juges conservateurs des privilèges des foires an.

Es gibt eine Menge Verordnungen der Könige des dritten Geſchlechts über dieſe Meſſen. Die älteſte (noch übrige) die unmittelbar davon handelt, iſt die von Carl dem Schönen vom Juni 1326, deren Beſtimmungen in einer andern deſſelben Königs vom Mai 1327 faſt ohne Ausnahme wiederholt werden **). Die ausführlichſten Vorſchriften über dieſe Meſſen

---

meurans en ycelles, et aussi aux retournans d'ycelles, jusques en leur pays, et à tous leurs biens et marchandises, par quoy sauvement et seurement li marcheant et marchandises de tout pays y puissent venir et demorer et semblablement retourner. Et pour l'occasion des choses dessusdites, Nous est dûë obéïssance par tout pays deçà mer et delà mer et.«

*) In den älteſten Verordnungen der Könige von Frankreich werden ſie durcheinander bald maestres bald gardes des foires genannt. So heißt es in der großen Verordnung Philipps des Schönen vom 23ſten März 1302 Art. 14. ». . . . Volumus et ordinamus quod nostri seneschalli, Baillivi, judices et *custodes* nundinarum Campaniae, magistri et custodes forestarum et aquarum de ,cetero eligantur et custituantur ex deliberatione magni nostri consilii etc.« (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 354). Dagegen heißt es in der Verordnung Carls des Schönen v. Junius 1326 Art. 11 »Nuls commissaires ne seront envoyez de par nous seur les frequenteans de nos dites foires, mais seront justicé par les *mâitres* des foires tant seulement. Et se par aven; ture,par aucune oubliance, ils alloient, nous ne voullons que les dits mâitres y obéissent« (ibid. p. 794).

**) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 794, 800. H. von Martens in ſeinem vortrefflichen »Verſuch einer hiſtoriſchen Entwickelung des wahren Urſprungs des Wechſel-Rechts. Götfinden ſich aber in den beiden Verordnungen von Philipp von Valois vom Jul. 1344 und vom 6ten Aug. 1349, beſonders in der letzten (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 200, 305). Nach der Beſtimmung aller dieſer Verordnungen ſollten alle Streitigkeiten über Meßgeſchäfte einzig von den genannten gardes oder maitres des foires entſchieden werden. Alle Königlichen Beamten waren zugleich angewieſen, zu der Vollſtreckung dieſer Urtheile hülfreiche Hand zu leiſten *). Um die Kaufleute gegen die Bedrückungen der Königlichen Beamten zu ſchützen, ſollten nach Art. 13 der Ordon. d. 1327 zwei Mitglieder des Parlaments und zwei der Oberrechenkammer ernannt werden, die auf Verlangen der Meßrichter einſchritten **). Jeder konnte ſich in Sachen, wobei keine perſönliche Verhaftung erkannt werden konnte, vor dieſen Meßrichtern auch ohne beſondere Erlaubniß durch einen Anwalt (Procurator) vertheidigen ***). Declinato-

---

tingen 1797« gibt S. 14 Not. a die Verordnung vom J. 1311 als die erſte ſich auf die Meſſen der Champagne beziehende an. Allein dieſelbe handelt unmittelbar nur von der Beſtrafung des Wuchers. (Ordon. du Louv. tom. I. p. 484, 494.)

*) Ordon. d. 1344 art. 16 »Tuit officiers de Champaigne, tant baillif, comme autre, sont et seront subjugiez aux gardes desdites foires, pour accomplir la teneur des mandemens à euls adreciez, et ausdiz officiers. Et leur manderont et commanderout lesdites gardes, sus paine d'amende, à appliquer à nous, et feront contraindre les rebelles et desobëissans lesdites gardes par leurs commissaires.«

**) Se aucuns de nos officiaux fesoit aucun grief, ou empeschement aux marcheans desdites foires, nous voulons et ordenons par la teneur de ses présentes lettres, quatre personnes de nostre Conseil, c'est assavoir deux personnes de nostre Parlement et deux autres personnes des Mestres de nostre Chambre des comptes, ou les trois de eulz appellez, ceux qui seront à appeller, à la requeste des Mestres desdites foires, facent sommercment et de plain accomplissement de justice.«

***) Ordon. d. Philip. d. Valois du Juil. 1344 art. 19. »Nous ordonnons que tuit deffendeurs soient receus à plaidier leurs causes par procureur, sans grace en la cour des riſche und dilatoriſche Einreden ſollten von denſelben gar nicht angenommen und ſelbſt, wenn Einer an das Parlament appellirte, darauf keine Rückſicht genommen werden*). Die eigentliche Appellation ging an die großen Gerichtstage der Champagne**).

---

foires, es cas qui ne desirent détention de corps non obstant coustume contraire, et se aucune chose est doubteuse ou desire interpretation pour le gouvernement desdites foires, les gardes d'icelles qui sont et qui seront, y puissent interpretter et esclaircir par le conseil de la court desdites foires (M. ſ. die folgende Note), selon les anciens usaiges et coustumes.« Daſſelbe enthält die Verordnung deſſelben Königs vom J. 1349 Art. 24. (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 200, 305.)

*) Ord. d. 1344, art, 20. »Que pour abregier les causes et les payemens desdites foires, et pour oster les parties les longues plaidoiries nous ordenons de quelconques accessoires, qui seront proposées en la court desdites foires, soient déclinatoires, dilatoires ou autres, excepté les peremptoires tant seulement que les gardes desdites foires pouront faire délaissier les parties, sans ycelles recevoir en jugement, selon ce que il leur semblera que bon soit, meismement là, ou il semblera aux gardes desdites foires en leurs consciences, et par le conseil de six ou huit des plus souffisantz de la foire, notoires (wahrſcheinlich »notaires«) ou autres saiges, tous accordans à ce qu'il soit bon de le faire et d'aller en avant sus le principal, sans ycelles parties recevoir en droit, ne en interlocatoire. Et se les parties en appellent, ou font pourchas sur ce, par devers nous, à nostre court, nous ne voulons que à ce deferent les gardes d'icelles foires, mais voulons que ce nonobstant ils facent les parties proceder sur le principal, et procedent en outre comme se il n'en estoit point appellé, ne fait aucun pourchas, ou impetration a contraire.«

**) ibid. art. 13. »Tuit marcheanz, et frequentanz esdites foires seront justitiez par les gardes d'icelles et non par autres, se ce n'est par les gens de nos Comptes en cas de souveraineté, et les gens de nos jours de Troyes en cause d'Apiaux tant seulement. Die Verordnung vom J. 1349 (Ordon. tom. II. p. 305) gibt (Art. 25) auch die Gerichtsbarkeit über Meßgeſchäfte einzig den Meßwächtern, ſetzt jedoch hinzu »se ce n'est à nos gens tenans nos cours, octroyées en cas d'appeaux tant seulement.«

Alle Contracte, die ſich auf Meßgeſchäfte bezogen, mußten, um geſetzliche Kraft zu haben, unter dem Meßſiegel geſchloſſen werden. Um dieſes beizuſetzen war ein eigner Verſiegler, Siegelbewahrer oder Kanzler beſtellt. Um die Contracte aufzunehmen, gab es vierzig Notarien, allein nur einen einzigen Tabellion, um die Contracte, welche die Italiäner untereinander machten, auszufertigen, indem wie geſagt, Contracte zwiſchen andern Perſonen nur durch Beifügung des Meßſiegels geſetzliche Kraft erhielten *). Dieſe war ſo groß, daß die Entſcheidung aller

---

*) M. ſ. was Th. I. S. 406—413 über den Unterſchied zwiſchen den Notarien und Tabellionen geſagt worden. — Nach der Verordnung Carls des Schönen vom Jun. 1326 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 794) ſollte es auf den Meſſen gar keine Tabellionen geben, art. 10 »Il n'aura esdites foires tabellions qui fassent chartres. Et se li marcheant voulloient avoir chartres de leurs contraux, ils ne s'en pourroient aidier en faisant action ne contrauct de foire se il n'avoient obligation scellé du sceau des foires.« Die im Mai 1327 erlaſſene Verordnung deſſelben Königs (Ordon. tom. I. p. 800) enthält dagegen art. 11 »Esdites foires aura un tabellion tant seullement qui pourra faire Carte des contraux, faiz de Ytalien à autre Ytalien, et nou entre autres personnes, lesquelles cartes ou instrumens ne seront pas mises à execution par mandemens des foires.« Sie waren alſo als gewöhnliche Contracte anzuſehn. Man traute nämlich dieſen Italiänern eben nicht zu ſehr. Dieſelbe Beſtimmung enthält die Verordnung Phil. v. Valois vom J. 1344 Art. 28 (Ordon. tom. II. p. 200, 206) mit der einzigen Abänderung, daß es, und zwar ebenfalls blos für Contracte zwiſchen Italiänern, zwei Tabellionen geben ſollte. »Et deffendons au Chancelier et Garde du scel desdites foires, qui à present est et qui pour le temps sera, que tels mandemens ne soient scellez, et aux Notaires desdites foires, que nuls ne escrivent dores-en-avant par nulle maniere.« Eine ſpätere Verordnung Philipps v. Valois vom 6ten Auguſt 1349 (Ordon. tom. II. p. 305, 313) ſetzte Art. 29 die Zahl der Notarien auf dieſen Meſſen ebenfalls zu 40 feſt. Der Kanzler und die Meßwächter ſollten in Uebereinſtimmung (conjointement et d'accord, et non autrement) die erledigten Stellen wieder beſetzen. Die vier erſten, die ſie ernennen würden, ſollten »bons Clers et bons Notaires

Streitigkeiten, die ſich auch in der Folge und in einer andern Gegend über die mit dem Meßſiegel verſehenen Contracte erhoben, zu der Competenz der Meßrichter gehörte *). Jeder konnte überdem zur Erfüllung aller unter dem Meßſiegel eingegangenen Verbindlichkeiten durch perſönliche Verhaftung gezwungen werden **). Königliche Gnadenbriefe, um den Schuldnern einen Ausſtand zu geben, fanden für Meßſchulden nicht Statt, oder wurden nicht beachtet ***).

---

suffisans pour escrire et dicter et en François et en Latin« ſeyn.

*) Boutil. Som. Rur. liv. I. tit. 17 »Item peut on décliner de toutes obligations faictes ès foires de Champagne et de Brie. Car nuls autres juges au Royaume n'en ont cognoissance hors les maistres et les juges desdictes foires.

**) Im Jul. 1304 ertheilte Philipp der Schöne den Kaufleuten von Brabant durch einen offnen Brief verſchiedene Privilegien »Fidelitatis constantia (heißt es im Eingang), et dilectionis integritas, quas ad nos et regnum nostrum mercatores Brabantie novimus jugiter hactenus habuisse, merito nos inducunt ut eosdem gratia speciali, et opportunis favoribus prosequamur.« Ferner heißt es art. 7 »Concedimus etiam quod aliquis dictorum mercatorum pro debito aliquo alieno, *debitis contractis in nundinis Campanie duntaxat exceptis*, non possit aliquatenus detineri in regno vel arrestari, nisi ad hoc specialiter se obligaverit, vel fidejussor extiterit debiti alieni vel nisi forte esset de villa alias obligata.« (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 414.

***) Ordon. d. Juin 1326 art. 2 »Toutes graces données et à donner et tuit respit cesseront du tout. Et jureront les maîtres des foires que pour lettres données ne à donner, ils ne feront rien qui soit contre la coustume des foires« (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 800). Die ſpätern Verordnungen enthalten daſſelbe. Eben wegen der größern Sicherheit der Meßſchulden wurden mehrere Contracte verſtellter Weiſe ſo abgefaßt, als wären ſie auf den Meſſen geſchloſſen, welches ſchon Philipp der Schöne in ſeiner Verordnung vom 30ſten Januar 1311 verbot. Art. 6 »Rursus plerique propter privilegia nundinarum Campanie concessa pro debitis exigendis contractis in corpore nundinarum, debita extra nundinas contracta faciunt inscribi vel literas nundinarum ipsarum vel aliter tan-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Auf den Meſſen war es überdem erlaubt, Zinſen (doch nicht mehr als 15 Procent) zu nehmen, welches ſonſt in Frankreich durchaus verboten war *). Alle Waaren, welche in Frankreich

---

quam in nundinis contracta, ut gaudeant privilegiis supradictis, prohibemus hoc igitur in futurum penâ amissionis debiti, fisci viribus applicandi cohercentes eosdem. Notarios sigillantes, et ministros quoslibet talia inscribentes falso scientes, pena falsi punimus.« (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 494). Das nämliche Verbot (sur peine de corps et de biens) wird durch die Ordon. d. 1349 art. 22 wiederholt. Laquelle chose [die verſtellten Contracte] est (qui bien verité regarderoit) au grand dommage de nosdictes foires, grand lesion de ceux qui les [les dettes] doivent et des autres creanciers à qui lesdicts debiteurs sont obligez, au grand prejudice aussi et moleste des autres justiciers, en quelle jurisdiction lesdits contrats sont faits en vérité etc.«

*) Schon Carl der Große verbot durch ein Capitular, gegeben zu Aachen im J. 789 Capit. 5 (apud Baluz. tom. I. p. 215) Zinſen zu nehmen (aliquid ad usuram dare). Unter usura verſtand man nicht blos übertriebene (wucheriſche) Zinſen, ſondern überhaupt jeden Fall, wo man mehr zurück erhielt, als man gegeben hatte. (Capitul. lib. I. cap. 119 »usura est ubi amplius requiritur quam datur: verbi gratiâ, si dederis solidos decem et amplius requisieris; vel si dederis modium vini, frumenti, et iterum super aliud exegeris«). Daſſelbe Verbot wird durch die Verordnung Ludwigs des H., gegeb. zu Melun im December 1233, wiederholt art. 4: »De Christianis vero statuemus, quod nullas usuras de debitis contrahendis eos faciemus habere nos, seu barones nostri; haec autem statuta servabimus et faciemus servari in terra nostra, et barones nostri in terris suis«; art. 5. Et si aliqui Barones noluerint hoc servare, ipsos ad hoc compellemus, ad quod alii Barones nostri cum posse suo, bonâ fide nos juvare tenebuntur, et si aliqui in terris Baronum invenientur rebelles, nos et alii Barones nostri juvabimus ad compellendos rebelles praedicta statuta servare.« — Die Verordnung, welche ſich Ordon. d. Louv. tom. I. p. 53 findet, iſt eine von denjenigen, wovon Th. I. S. 117 geredet worden. Mehrere Barone haben ſie unterſchrieben und ſich verpflichtet, dieſelbe zu beobachten. So hieß es am Schluß: »Ego Philippus Comes Bolonie ea que premissa sunt, volui con-

eingeführt wurden, mußten vorher auf die Meſſen gebracht und dort zum Verkauf ausgeſtellt werden. Dagegen durften die Kaufleute die Waaren, die auf den Meſſen nicht verkauft wurden, nach allen Orten in Frankreich verſenden und verkaufen, und dieſelben auch, eben ſo wie das dafür gelöſte Geld, aus dem Lande ausführen *). Es gab überdem in Frankreich ſelbſt

---

sului et juravi; Ego Theobaldus Comes Campanie eadem volui, consului et juravi etc.« Philipp der Schöne wiederholte ebenfalls das Verbot, Zinſen zu nehmen, durch ſeine Verordnung vom Junius 1311 (Ordon. tom. I. p. 484) „ . . . . Deffendons à toutes personnes et à singulières, soit de nostre Royaume soit dehors que nul ne fasse, use, ne accoustume de faire nulle maniere d'usures deffendues de dieu, par les saincts peres, et par nos antecesseurs.“ Ganz insbeſondere bedrohte er Art. 1 mit Geldſtrafen und körperlicher Züchtigung (paine de corps et de biens) diejenigen, welche zu hohe Zinſen nahmen („qui hors de foires de Champagne . . . . tels griez usures feront, frequenteront par soy ou par autre recevant ou demandant par raison d'usure ou autre gaing, en fraude d'usure outre un denier la livre pour semaine, quatre deniers pour le mois, et quatre sols pour l'année.“ Art. 2 wird die nämliche Strafe allen denjenigen angedroht, welche auf den Meſſen von Champagne von Meſſe zu Meſſe mehr als funfzig Stüber (sols) für hundert Livres nehmen. „Es foires de Champagne ou pour delivrance des foires se font prez de grant quantités et créances de foire en foire, qui sont six fois l'an et en faveurs especiaument des foires, mettons et establissons la paine dessusdite contre tous creanciers qui en telle manniere pour raison d'usure ou sous couleur d'interest . . . . oseront demander, avoir ou recevoir gaing de foire en foire, outre cinquante sols pour cent livres, ou pour mineur quantité, ou mineur ou graigneur temps à l'avenant etc.“ Da die Meſſen ſechs mal im Jahr gehalten wurden, ſo machte dieſes 250 oder 300 Stbr. im Jahr für 100 Livres. Letzteres beträgt gerade 15 Procent. Daß dieſes letztere das Richtige iſt, ergibt ſich aus der Verordnung Philipps von Valois vom 6ten Auguſt 1549, welche Art. 19 ausdrücklich verbietet, auf den Meſſen mehr als 15 Procent im Jahre zu nehmen. Ueber die Zinſen ſehe noch N°. VII.

*) Ordon. d. May 1327 (tom. I. p. 800) art. 8. „Les marcheans qui ameinent et amerront en foire leur marchean-

17 Städte, welche (Ordon. d. 6. Aoust 1349 art. 6, tom. II. p. 305, 309) verpflichtet waren, ihre Tücher, ehe ſie dieſelben anderswo im Großen oder Kleinen verkauften, vorher auf eine der Meſſen von Champagne und Brie zu bringen. Um die Kaufleute vor Verluſten durch Veränderung des Geldkurſes zu ſichern, erlaubte die Ordon. v. J. 1349 (tom. II. p. 305) Art. 13 in alle Contracte über Meßgeſchäfte die Clauſel einzurücken, daß die Zahlung nach dem Werth geſchehen ſollte, welche das Gold und Silber an dem Tage des Contractes hatten (nach dem Münzfuß oder Silberwerth dieſes Tages) (à la valeur d'icelle monnoye, comme il courra d'or, ou d'argent au temps de leursdits contracts) *). Um den Verkehr noch mehr zu er-

---

dises, pourront mener le remanant de leurs marcheandises, qui ne pourront se delivrer aus trois jours ordenez en foires, les diz trois jours passez, par tort là où ils voudront en nostre Royaume de France ou ailleurs, més lors teles marcheandises ne seront pas ou conduit des dites foires et etc." Ferner heißt es in der Verordnung Philipps v. Valois vom 6ten Auguſt 1349 (Ordon. tom. II. p. 305, 309) „art. 4. aucuns marchands des Pays dessusdits, ou autres dehors nostre Royaume. de quelque estat et condition qui ils soient, ne pourront mener par eux ne par autres, aucunes marchandises, ou denrées par les destroits du dit Royaume, si ce n'est pour les mener ausdites foires ou que d'icelles foires soient parties ou alienées, par vendition, eschange ou autre contract, ou que par deffaut de vendre ayent demeuré esdites foires, par les jours ordonnez, selon l'ancienne coustume et observance, de la venduë ou delivrance de chacunes denrées ou marchandises, sur peine les marchandises estre à Nous acquises."

*) In Frankreich war der Gebrauch fremder oder auch verrufener inländiſcher Münzen ſehr ſtreng verboten. Insbeſondere ſollten alle Contracte, ausgenommen die auf den Meſſen abgeſchloſſenen, immer in Sous und Livres, ohne alle Rückſicht auf den Silbergehalt derſelben, abgeſchloſſen werden. Selbſt auf den Meſſen wurden unter dieſem Vorwand große Bedrückungen verübt. Ordon. d. 6 Aoust 1749 (tom. II. p. 305, 310) „art. 14. Pour se que nous avons entendu que plusieurs marchands estrangers, venans et frequentans esdites foires, sont et ont esté par plusieurs fois pris, arrestez et molestez indeument par nos Com-

leichtern, gab es auf den Meſſen eigene Wechsler, die aber von den Meßrichtern ernannt wurden *) und dabei ihr Geſchäft an einem in die Augen fallenden Orte, wo ein Teppich ausgebreitet war, treiben mußten. Von dieſen Meßwechslern iſt höchſt wahrſcheinlich der Gebrauch der Wechſelbriefe eingeführt worden. Die durch keine hiſtoriſchen Thatſachen begründete Meinung, daß die aus Frankreich vertriebenen Juden die Wechſelbriefe eingeführt haben, um ihre zurückgelaſſenen Gelder ſicher einzuziehn, verdient kaum eine ernſtliche Widerlegung. Gewiß hat es ſeit undenklichen Zeiten Fälle gegeben, daß Jemand, der an einem andern Ort Geld hinterlegt hatte, einen Dritten beauftragte, dieſes Geld für ihn in Empfang zu nehmen. Allein davon handelt es ſich eigentlich nicht, wenn man von dem Urſprung der Wechſel ſpricht. Die Hauptfrage iſt vielmehr die, wodurch geſchah es, daß eine ſolche an einen Dritten gerichtete Zahlungsaufforderung ein Handelspapier ward, wofür jeder mit Vertrauen ſein Geld hergab, welche Frage auf das innigſte mit der zuſammenhängt, woher kam es, daß ein Wechſelſchuldner ſtrenger als jeder andere und zwar durch perſönliche Ver-

---

missaires Deputez sur la coppe et prises des monnoies deffendues et par iceux Commissaires renversées leurs malettes [Reiſe- oder Mantelſäcke (malles). M. ſ. Du-Cange, art. maleta] par les Villes ou passages où ils venoient, pour faire leurs adepts et marchandises esdites foires, dont plusieurs marchands, si comme on dit, ont esté robbez et depouillez, et perdu leur chevances par aucuns, qui faussement et contre verité se disoient estre sur ce nos Commissaires: Nous voulons et ordonnons que ausdites foires, ny environ icelles, aucunes Commissions ne soient ordonnées sur le fait de nos Monnoyes deffendues, hors tant seulement es Gardes et Chancelier dessusdits ou à leurs Lieutenans, lesquels ils deputeront a ce faire bonnes personnes et suffisantes etc."

*) Ordon. d. May 1327 (tom. I. p. 806) art. 10 „Toutes les compagnies qui tiengnent changes, et autres Changeurs qui ont esté, sont et seront ordené Changeurs par les mestres des foires en payant les debtes accoustumées, et non autres personnes seront tenus de soair à leurs changes et avoir leur tapiz en la manière qu'ils soloient faire anciennement."

haftung zur Erfüllung ſeiner Verbindlichkeit angehalten ward; kurz was iſt der Urſprung des ſtrengen Wechſel-Rechts? Wie aber ſollte es Menſchen, die man, wie die vertriebenen Juden, alle ohne Ausnahme als Wucherer und Betrüger anſah, möglich geweſen ſeyn, für die ſichere Einziehung ihrer zurückgelaſſenen Gelder beſondere Privilegien zu erhalten? *) Nicht genügender möchte auch die Erklärung derjenigen ſeyn, welche, ohne gerade einen beſtimmten Zeitpunct von dem Urſprunge des ſtrengen Wechſelrechts anzugeben, daſſelbe aus der Natur des Handels herleiten, deſſen Seele der Credit ſey. Daraus läßt ſich nämlich gar nicht einſehn, warum denn gerade bei den Wechſelgeſchäften eine ſo große Strenge angeordnet wird. Weit tiefer aus dem Innern der Sache hergeleitet iſt die Meinung des Prof. Büſch (aus Hamburg). Seine Anſicht iſt ungefähr folgende: Man kann eine Wechſelſchuld durchaus nicht mit einer aus einem gewöhnlichen Darlehn entſpringenden Schuld vergleichen. Wenn z. B. ein Kaufmann von einem andern einen Wechſel von 1000 Thlr. einhandelt, ſo iſt der erſte nicht als Darleiher anzuſehn, dem der Wechſel als Schein, als eine Anerkennung, daß der andere ihm ſchuldig iſt, gegeben wird. Die ganze Handlung gleicht, ſo wie auch das Wort: Wechſel hinlänglich anzeigt, vielmehr derjenigen, wenn Einer zu einem Bankier Silbergeld bringt um Gold dagegen einzuwechſeln. So wie nun dieſer letztere, wenn er das Silber nähme ohne auf der Stelle den gleichen Werth in Gold zurückzugeben, offenbar kein ſaumſeliger Schuldner, ſondern ein grober Betrüger wäre, ſo verhält es ſich auch mit dem Ausſteller eines Wechſels, wenn er nicht Sorge trägt, daß dem Ankäufer (dem Remittenten) das Geld, welches er an einem Ort nur in dem ſichern Vertrauen bezahlt hat, es an einem andern wieder zu erhalten, nicht wirk-

---

*) Wenn es anders wahr iſt, daß vertriebene Juden ihr Geld durch Wechſel geſichert haben, ſo iſt es viel wahrſcheinlicher, daß ſie dafür in Frankreich Wechſel auf das Land, wohin ſie ſich zurückzuziehn dachten, gekauft und ſich den Betrag dort haben auszahlen laſſen. Allein dieſes ſetzt voraus, daß zur Zeit der Judenvertreibung die Wechſel ſchon eingeführt waren, wie auch ohnedem höchſt wahrſcheinlich iſt.

lich auf der Stelle ausbezahlt werde. Dieſe Darſtellung iſt, was die moraliſche Verpflichtung des Ausſtellers des Wechſels betrifft, völlig erſchöpfend. Daß auch der Traſſat, wenn er den Wechſel acceptirt, ſo wie die Indoſſanten, zur Bezahlung des Wechſels eben ſo ſtreng verpflichtet ſind, als der Ausſteller ſelbſt, erklärt und rechtfertigt ſich dadurch, daß ſie ſich freiwillig an die Stelle deſſelben ſetzen. Allein dieſe moraliſche Verpflichtung möchte ohne Mitwirkung von beſondern äußeren Umſtänden doch noch nicht ausgereicht haben, dies ſtrenge Wechſelrecht einzuführen. Die äußern Umſtände, welche dieſes bewirkten, waren aber nun folgende. Die Fremden, welche die Meſſen bezogen, brachten um einzukaufen natürlich nur das Geld ihres Landes mit, wofür ſie in Frankreich nicht einkaufen konnten. Eben ſo war den auswärtigen Verkäufern das für ihre Waaren eingelöſte Franzöſiſche Geld in ihrer Heimath nur von einem geringern Werthe. Um dieſen Unbequemlichkeiten abzuhelfen waren die Wechsler, wovon wir ſchon geſprochen haben, beſtellt. Dieſelben hielten ſich häufig auf den Meſſen auf, oder hatten dort wenigſtens ihre Factoren. Eine ſehr große Menge dieſer Wechsler hatte ſich zu Paris niedergelaſſen, wo ſie nach einer Verordnung Philipps des Schönen vom Februar 1304 *) ihr Geſchäftslocal auf der großen Brücke (pont au change) aufſchlagen mußten. Viele fremde Kaufleute, welche die Meſſen bezogen, ſagt Villaret in ſeiner Geſchichte von Frankreich (tom. 14 p. 210), wandten ſich an dieſe Wechsler von Paris, um von denſelben gegen die von Haus mitgebrachten Münzen ſolche einzuwechſeln, die an den Orten, nach welchen die Kaufleute ſich begeben wollten, Cours hatten. Zuweilen gaben ſie dieſen fremden Kaufleuten nur eine Anweiſung auf den Wechsler einer andern Stadt (oder einen ihrer Factoren) um von dieſem den Werth ihrer Gelder zu erhalten. Dieſe

---

*) Ordon. tom. I. p. 426. art. 1 „[duximus ordinandum] quod Cambium Parisiense erit et tenebitur super nostrum magnum Pontem solummodo [noch jetzt „Pont au change“ genannt], a parte Gravie [place de Grêve], inter ecclesiam beati Leofredi et majorem archam, sive deffectum ipsius pontis, prout hactenus ante corruptionem pontis ejusdem quondam lapedei extitit consuetum.“

Wechsler trieben ihr Geſchäft nur mit Erlaubniß der Obrigkeit; da ſie überdem nur nach geleiſteter Bürgſchaft angeſtellt wurden, ſo hatte man zu allen von ihnen ausgeſtellten Scheinen und Briefen ein großes Zutrauen. Die Juden und Lombarden, auf jede Art von Gewinn aufmerkſam, drängten ſich nun auch bald in dieſes Geſchäft. Sie verbanden ſich untereinander und bildeten in dem ganzen Lande gleichſam nur Eine Familie u. ſ. f. — So weit Villaret. — Aus dem Geſagten ergibt ſich von ſelbſt, warum bei allen ſolchen Wechſelſchulden die ſchleunigſte Vollſtreckung und das Zwangsmittel der perſönlichen Verhaftung Statt fand, indem dieſes bei allen aus Meßgeſchäften entſtandenen Verbindlichkeiten der Fall war. Daſſelbe Verfahren ward nun ſpäter auch auf alle außer der Meßzeit gezogenen Wechſel ausgedehnt, theils wegen der großen Bequemlichkeit, die dadurch für den Handel entſtand, theils auch wegen der Eigenthümlichkeit des Wechſelgeſchäfts, welches, wie man damals weit deutlicher einſehen mußte, nichts mit einem Darlehn gemein hat, ſondern vielmehr als eine Einwechſelung von Geld gegen Geld anzuſehn iſt. Die älteren Verordnungen der Könige ſprechen indeſſen gar nicht beſtimmt von eigentlichen Wechſelbriefen. Die älteſte Verordnung, worin derſelben beſtimmt erwähnt wird, iſt die Ludwigs des 11ten vom März 1462 *), worin er der Stadt Lyon ihre Meſſen von neuem be-

---

*) (Ordon. du Louvr. tom. XV. p. 644). „Pour ce que en foires, les marchands ont accoustumé user de changes, arriere-changes et interestz voulons et octroyons, que durant lesdictes foires, toutes gens de quelque estat, nation ou condition qu'ilz soient, puissent bailler, prendre et remestre leur argent par *lectres de change*, en quelque pays que ce soit, touchant le faict de marchendise excepté la dicte nation d'Angleterre pourveu que l'argent ainsi remis, en quelque pays que ce soit, ne pourra estre remis, ne en comptant estre porté directement ou indirectement à Rome, pour quelque cause ou occasion, que ce soit; car ainsi l'avons nouvellement ordonné par noz statutz et esdictz." Art. 8 „Si par occasion d'aucunes lectres touchant lesdictes eschanges faictes esdictes foires pour payer et rendre argent autre part, ou des lectres qui seront faictes ailleurs pou rendre argent esdictes foires de Lyon, lequel argent ne seroit

ſtätigt; zu welcher Zeit indeſſen der Glanz der Meſſen von Champagne faſt erloſchen war. An die Stelle derſelben treten die Meſſen von Lyon, deren Bedeutſamkeit ſich bis zu den letzten Zeiten erhalten hat. Lyon allein blieb auch bis zur Revolution in dem Beſitz eines eigenen Meßgerichts (conservation de Lyon), deſſen Befugniſſe weit ausgedehnter als die der ehemaligen Meßrichter waren, und welches in den letzten Zeiten ſogar den Titel eines Gerichtshofs (cour de conservation) hatte. Der Stadt Lyon wurden von Carl dem 7ten im Febr. des J. 1443 auf fünfzehn Jahre drei jährliche Meſſen *) bewilligt. Der Sohn dieſes Königs, Ludwig der 11te, bewilligte ferner durch ſein Schreiben vom 8ten März 1462 **) derſelben Stadt

---

payé selon lesdictes lectres (en faisant aucune protestacion, ainsi que ont accoustumé faire marchands frequentans foires, tant à nostre royaume qui ailleurs) audict cas, ceux qui seront tenus payer ledit argent, tant du principal que des dommages et interest, pourront estre et seront contraints à les paier, tant à cause des changes arriere-changes, qui autrement, ainsi que on accoustume de faire ès foires de Pesenas, Bourges, Geneve et autres foires de ce Royaume.“

*) (Ordon. tom. XIII. p. 399.) Dieſe Meſſen waren gegen die der Stadt Genf gerichtet, welche damals allen Handel an ſich zogen, ſo daß die ſonſt ſo berühmten Meſſen von Champagne und Brie faſt verödet waren. Ludwig der 11te verbot daher durch ein Schreiben vom 20ſten October 1462 (Ordon. tom. XV. p. 571) allen inländiſchen Kaufleuten, auf der Meſſe von Genf Waaren zu kaufen und zu verkaufen. Auch den ausländiſchen ſollte es nicht erlaubt ſeyn, ihre Waaren durch Frankreich nach dieſen Meſſen zu führen noch zurückzubringen, und zwar alles unter Verluſt der Waare und einer willkührlichen Geldſtrafe.

**) Ordon. d. Louv. tom. XV. p. 644. Man muß bemerken, daß das Jahr 1462 mit dem achtzehnten April anfing, alſo das hier erwähnte Schreiben (vom 8. März 1462) von einem ſpätern Datum als das v. 20ſten October d. J. iſt. Die Oberrechen-Kammer trug das Schreiben v. 8ten März erſt einige Monate ſpäter, den 27ſten Jul. 1463, und nach mehrmals wiederholten Befehlen des Königs, in ihre Regiſter ein. Bei dem Finanzbureau zu Paris [die Mitglieder nennen ſich „Nous les géneraux conseillers du Roy nostre auf ewige Zeiten vier jährliche Meſſen, jede von 15 Werktagen, mit großen Freiheiten. Unter andern ward (Art. 4) die Schlichtung aller Streitigkeiten, die ſich über Handelsgeſchäfte dieſer Meſſen erheben könnten, dem Amtmann von Maçon, Seneſchall von Lyon, übertragen, der dabei ſummariſch und ohne weitläufige Proceß-Formen verfahren ſollte. Die Befugniſſe dieſes Seneſchalls gingen aber ſpäter — man weiß nicht beſtimmt zu welcher Zeit — an ein beſonderes Gericht über. Daſſelbe beſtand indeſſen gewiß ſchon vor dem J. 1535; indem ein Edict vom Febr. d. J. die Competenz deſſelben regelt. In dieſem Edict wird es: Gerichtshof zur Erhaltung der Meß-Privilegien (cour de conservation) genannt. So wie die Wichtigkeit der Meſſen von Lyon zunahm, wurden auch die Befugniſſe dieſes Gerichts vermehrt. Die Mitglieder deſſelben waren indeſſen bis zum J. 1655 lauter Beamte, die der König ernannte. Allein das Edict Ludwigs des 14ten vom Mai 1655 beſtimmte, daß das Gericht künftig aus dem Vorſteher oder Vogt der Kaufleute (prevôt des marchands), vier Scheffen und noch ſechs andern Richtern, wovon der König nur zwei ernannte, beſtehen ſollte. Das Gericht ward dadurch mit dem Stadtrath vereinigt, und iſt eines der wenigen Beiſpiele, daß in Frankreich ein Stadtrath in den letzten Zeiten eigentliche Gerichtsbarkeit hatte. Die des Gerichts von Lyon war ſehr ausgedehnt. Sie war ſchon durch viele frühere Edicte beſtimmt. Allein die vielen Competenzſtreitigkeiten, welche zwiſchen dieſem Gericht und den ordentlichen Gerichten entſtanden, veranlaßten endlich das Edict Ludwigs des 14ten vom Jul. 1669, wodurch die Befugniſſe deſſelben noch beſtimmter und genauer geregelt wurden. Dem-

---

sire sur le faiet et commandement de toutes sesfinances] geſchah es erſt den 3ten Auguſt 1463. — Nach demſelben hatten (Art. 2) während der Meſſen alle fremden Münzen freien Cours nach ihrem Werth und Gehalt und konnten frei in das Königreich eingeführt und wieder ausgeführt werden. Jeder durfte (Art. 61) ohne Erlaubniß eine offene Wechſelbank halten (tenir train de change public pour exercer fait d'eschange) u. ſ. f. In dieſem Schreiben wird auch (Art. 7) der Wechſelbriefe zuerſt beſtimmt erwähnt. M. ſ. S. 215.

ungeachtet erneuerten ſich die Conflicte mit den andern Behörden von Zeit zu Zeit, und veranlaßten mehrere neuere Königl. Befehle, unter andern den offenen Brief Ludwigs des 15ten vom 15ten September 1763. Das Gericht, conservation de Lyon genannt, entſchied ohne Widerrede 1) über alle Klagen, die über Meßgeſchäfte, über Wechſel und andere Zahlungen, deren Verfalltag auf eine der Meſſen geſetzt war, ſo wie über Verbindlichkeiten, die unter dem Meßſiegel geſchloſſen waren, entſtanden; 2) über alle wegen anderer Handelsgeſchäfte, die auch außer der Meßzeit vorfielen, ſich ergebenden Streitigkeiten, in Fällen, wo entweder beide Theile oder wenigſtens Einer derſelben Kaufleute waren. In den unter N°. 1 bemerkten Fällen erſtreckte ſich die Gerichtsbarkeit der conservation über ganz Frankreich. Sie konnte die perſönliche Verhaftung gegen jeden auch in einem andern Gerichtsbezirk wohnenden erkennen. In den Fällen N°. 2 war indeſſen die Gerichtsbarkeit der conservation auf ihren eignen Gerichtsbezirk beſchränkt. Sie vertrat alsdann die Stelle der Conſular- oder gewöhnlichen Handelsgerichte. Da das Gericht, wovon wir hier reden, an die Stelle der ehemaligen Königl. Richter geſetzt war, ſo kam ihm auch die Vollſtreckung ſeiner Urtheile, und eben ſo das Erkenntniß über Bankerotte ſelbſt ſolcher Kaufleute, die nicht zu Lyon wohnten, ſondern die nur gewöhnlich die Meſſen beſuchten und unter dem Meß-Privilegium handelten, zu.

Die conservation übte in dieſen Fällen nicht allein die Civil- ſondern auch die Criminal-Gerichtsbarkeit aus, gerade wie die gewöhnlichen Gerichte. Eben ſo konnte ſie in den geeigneten Fällen den gerichtlichen Verkauf von unbeweglichen Gütern, wo ſie immer in Frankreich gelegen ſeyn mochten, verordnen; wobei das ganze Verfahren, die öffentlichen Ausrüfe (criées) u. ſ. f. ganz ſo von ihr geleitet und beaufſichtiget wurde, wie von den ordentlichen Gerichten. Ueber alle Gegenſtände, deren Werth nicht über fünfhundert Livres, urtheilte dieſelbe in letzter Inſtanz und ohne Appel. War der Werth der Gegenſtände höher, ſo ging die Appel (nach dem Edict Franz des Erſten vom J. 1535) an das Parlament von Paris. In allen Fällen aber*), und welches auch immer der Werth des Gegenſtandes ſeyn mochte, waren ihre Urtheile vorläufig vollſtreckbar. Das Verfahren vor dieſem Gericht war dem vor den Conſulargerichten faſt gleich, doch etwas umſtändlicher. Unter den Richtern mußten ſich (nach dem Edicte vom J. 1655) immer zwei Rechtsgelehrte befinden. Nach dem Edict vom Auguſt 1692 waren auch dreißig Anwälde (procureurs postulans) dabei angeſtellt, wovon weder das Eine noch Andere bei den übrigen Handels-Gerichten Statt fand. Die Conſervation konnte nach Umſtänden auch das ſchriftliche Verfahren erkennen. Bei jedem Civil-Urtheil mußten (nach dem Edict v. J. 1655) wenigſtens fünf, und bei einem Criminal-Urtheil wenigſtens ſieben Richter ſtimmen. Die Richter erhielten keine Sporteln, doch hatte der Gerichtsſecretair, deſſen Stelle der ſtädtiſche Gerichtſchreiber verſah, ſeine Gebühren, ſo wie bei den andern Handelsgerichten. — Dieſes Gericht ward eben ſo wie alle Ausnahme-Gerichte durch Artik. 13, 14 des Decrets der Conſtituirenden vom 7ten September 1790 *) aufgehoben.

---

*) Selbſt wenn die Competenz der conservation angegriffen

c) Mit den Handelsgerichten nahe verwandt ſind die Handwerksgerichte (conseils de prud'hommes). — Es iſt im erſten Theile (Abſchn. II. S. 73, 77) angeführt worden, daß die Städte, welche im Mittelalter (während des 12ten Jahrhunderts) das Joch der Grundherrn abſchüttelten **), villes de loi, villes en meurie ou echevinage genannt wurden, und daß unter andern Begünſtigungen, welche ſie ihren ehemaligen Herren oder vielmehr Tyrannen abzwangen, auch immer das Recht war, daß ihre Bewohner in allen bürgerlichen und Rechtsſtreitigkeiten nur durch Richter, welche die geſammte Bürgerſchaft ſelbſt gewählt, durch Bürgermeiſter und Scheffen, beurtheilt wurden. In den

---

ward. Daſſelbe galt und gilt übrigens für alle Handelsgerichte.

*) Desen. tom. III. p. 247.

**) In den Ordon. du Louv. findet ſich eine ſehr große Menge Materials für dieſen wichtigen Gegenſtand, dem wir bald einen tüchtigen Bearbeiter wünſchen. Unſer Zweck und unſere Zeit laſſen nicht zu, ihn in dieſer Schrift vollſtändiger auszuführen.

letzten Zeiten vor der Revolution war indeſſen dieſes letztere Recht ſehr geſchmälert. Die von den Städten gewählten Beamten hatten damals (wie ebenfalls ſchon Th. I. S. 78 * bemerkt worden) meiſtens nur die Verwaltung des ſtädtiſchen Vermögens, und hin und wieder einen Theil der Polizei. Was die Civil-Gerichtsbarkeit betrifft, ſo ward dieſe den Scheffen durch Art. 71 *) des Edicts Carls des 9ten, gegeben zu Moulins im J. 1566, völlig genommen. Nur in den niederländiſchen Städten (Valenciennes, Arras, St. Omer, Douay, Dünkirchen u. ſ. f.) behaupteten ſich die Scheffen bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution in dem Beſitz ſowohl der Criminal- als Civilgerichtsbarkeit, ſo daß man ſie dort als die ordentlichen Richter anſah, welche, mit Ausnahme von Lehnſachen, in allen Fällen und Sachen Recht ſprachen (Merlin Répert. art. Echevins). In der Hauptſtadt Paris erkannten die Scheffen unter dem Vorſitze des Vorſtehers (Vogts) der Kaufleute (prevôt des marchands) bis zu den letzten Zeiten über alles, was ſich auf die Hafenpolizei der Hauptſtadt bezog, ſo wie über Handelsſtreitigkeiten, die über Waaren (Getreide, Wein), welche zur Verproviantirung der Hauptſtadt auf der Seine oder auf den in dieſe einmündenden Flüſſen nach Paris geſchafft wurden **), entſtan-

---

*) „Pour donner quelque ordre à la police des villes de nostre Royaume, et pourvoir aux plaintes qui de ce nous ont esté faites, avons ordonné que les Maires, Eschevins, Consuls, Capitouls et administrateurs des corps desdites villes qui ont eu ci-devant, et ont de présent l'exercice des causes civiles, criminelles et de la police, continüeront çiaprès seulement l'exercice du criminel et de la police, a quoi leur enjoignons vaquer incessamment et diligemment, sans pouvoir doresnavant s'entremettre de la connaissance des instances civiles entre les parties, laquelle leur avons interdite et defendue et icelle renvoyons et attribuons à nos juges ordinaires ou des hauts justiciers des villes où y a corps et communautez tels que dessus: Non obstant tous privileges, coutumes, usances et prescriptions que l'on pourroit alleguer au contraire."

**) So lange ſie entweder an dem Orte, wo ſie eingeladen werden ſollten, oder auf dem Waſſer, oder in dem Hafen und auf dem Stapel von Paris waren. Hatte man ſie in die Stadt gebracht, ſo ſtand das Erkenntniß darüber dem den. Auch die Polizei auf den Werften und die der Waſſerleitungen und Unterhaltung der öffentlichen Brunnen kam ihnen zum Theil zu. Sie erkannten auch über Streitigkeiten, die ſich in Beziehung der auf der Stadt Paris ſtehenden Renten zwiſchen den Rentnern und denjenigen, welche ſie auszahlten (entre les payeurs) erhoben.

Bei dem Scheffengericht war auch ein Staatsprocurator (procureur du Roi et de la Ville) angeſtellt. Die Scheffen durften das ſchriftliche Verfahren nicht verfügen, ſondern ſollten alles auf der Stelle auf den mündlichen Vortrag entſcheiden, und höchſtens ein délibéré erkennen. Die Appellation von ihren Ausſprüchen ging an das Parlament. Durch die Königl. Erklärung vom 25ſten Mai 1695 (Cod. Neron. tom. II. p. 270) ward ihnen auch das Erkenntniß erſter Inſtanz über alle Streitigkeiten über die Dienſtgeſchäfte der Makler, Secretaire und Probierer, die für die Brandweine und Liqueurs angeſtellt waren, beigelegt. Die Appellation von ihren Ausſprüchen ging aber in dieſen Fällen an den Oberſteuerhof. (M. ſ. Ferrier. Dict. d. D. art. Hotel de Ville). Sonſt gehörte die gewöhnliche Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit in allen Sachen dem Königl. Stadtgericht (châtelet) an. In den andern Städten *) waren die Befugniſſe der Scheffen nach den verſchiedenen Umſtänden und Gebräuchen auch mehr oder minder ausgedehnt oder beſchränkt. Aus den Ordon. d. Louv. erhält man eine

---

Polizei-Lieutenant zu. Zwiſchen dieſem und den Scheffen entſtanden ſehr häufige Conflicte, zu deren Schlichtung Ludwig der 14te im Jun. 1700 ein beſonderes Edict erließ, welches man in dem Cod. Neron. tom. II. p. 314 findet. Die Competenz der Scheffen ward dadurch genau beſtimmt. Das Erkenntniß über den Auſternhandel ward Art. 10 dem Polizei-Lieutenant beigelegt. M. ſ. u. die Königl. Erklärung v. April 1683 über alle Scheffen des Königreichs.

*) Die Scheffen hießen an einigen Orten Conſuln (consuls), zu Toulouſe nannte man ſie Capitularn (capitouls), von dem dortigen (alt-römiſchen) Rathhaus, welches Capitole heißt. Dieſe Capitouls wurden nach Verlauf des Jahres ihrer Verwaltung in dem Capitole abgemalt (ein Reſt des jus imaginum bei den Römern). Zu Bourdeaux wurden die Scheffen jurats genannt.

deutliche Einſicht in die Mittel, deren man ſich von je her bedient hat, um die Scheffen um ihre Gerichtsbarkeit zu bringen. Wenn ſie nämlich ihre Competenz überſchritten, oder irgend ein ſchreiend ungerechtes oder partheiiſches Urtheil geſprochen hatten, ſo erkannte das Parlament, wenn an daſſelbe appellirt und das Urtheil reformirt ward, zu gleicher Zeit, daß zur Strafe die Scheffen ihrer bisherigen Gerichtsbarkeit verluſtig ſeyn und für die Zukunft die königlichen Richter damit beauftragt werden ſollten. — Im J. 1331 (unter Philipp von Valois) ward ein Capitular (Capitularius) von Toulouſe, Franz von Gaurez, von einem dort ſtudirenden Schüler, Aymerich Berenger, tödlich verwundet *). Die Capitularen verfolgten mit zweihundert Menſchen den Thäter und ſeine Mitſchuldigen, verhafteten ſie, und führten ſie als Gefangene aufs Rathhaus. Sie machten darauf dem Berenger den Prozeß und ſprachen das Urtheil dahin, daß er an den Schweif eines Pferdes gebunden um die Stadt und bis zu dem Haus des Capitulars von Gaure geführt, daß ihm die Hand abgehauen, und er von da auf einer Hörde (sur la claie) nach dem Galgen des Schloſſes geſchleppt, dort enthauptet, ſein Körper ausgeſtellt und ſein Vermögen confiscirt werden ſollte. Berenger, der einer angeſehenen Familie angehörte, appellirte von dieſem Urtheil an den ordentlichen königlichen Richter (viguier). Da dieſem indeſſen kein Erkenntniß über das Urtheil der Capitularen zuſtand, ſo ward auf dieſe Appellation nicht geachtet. Berenger appellirte nun an den Seneſchall. Es war gerade ein Commiſſair des Stellvertreters des Appellations-Richters (commissaire du Lieutenant du juge des Appéaux) gegenwärtig, von welchem das Urtheil auf der Stelle beſtätigt ward. Berenger appellirte weiter an das Parlament von Paris. Allein obſchon ein Stellvertreter des Seneſchalls ſich auf das Rathhaus begab, und in deſſen Namen erklärte, daß er von dem Urtheil appellire und gegen das fernere Fortſchreiten proteſtire, ſo ward das Urtheil dennoch vollſtreckt. Das Parlament erließ nun ſpäter auf Betreiben der Familie von Berenger ein Urtheil, welches die Stadt Toulouſe ihres

---

*) Ordon. tom. II. p. 107 Not. b, wo der Herausgeber (Laurière) dieſe Geſchichte erzählt.

Gemeinde- und Univerſitätsrechts (droit de corps et d'université) verluſtig erklärte, wodurch ihre Gerichtsbarkeit *) von ſelbſt aufhörte. Durch eine Deputation, welche die Stadt an den König ſchickte, ward indeſſen die Sache wieder beigelegt **). Zuweilen ward auch wegen eines Aufſtandes in einer Stadt derſelben die Gerichtsbarkeit genommen. So entſtand bald nach dem Regierungs-Antritt Carls d. 6ten (reg. 1380—1422) wegen der auferlegten Steuern zu Paris ein gewaltiger Aufruhr, wobei der Pöbel ſich alle möglichen Ausſchweifungen erlaubte, die Pachter der Königl. Einkünfte ermordete u. d. g. Um die Stadt zu beſtrafen, hob der König durch ein Schreiben vom 27ſten Januar 1382 die Stelle des Vogts dee Kaufleute und die der Scheffen auf, und übertrug ihre Gerichtsbarkeit an den Königl.

---

*) Durch einen Brief Philipps des Schönen vom October 1283, den man ebenfalls an der angeführten Stelle (Ordon. tom. II. p. 109) findet, war (Art. 4) den Capitularien die Criminal-Gerichtsbarkeit über alle Fälle, jedoch vorbehaltlich des Preventions-Rechts für den königl. Richter (viguier) beigelegt worden. „. . . . Ordinamus quod de caetero praefati consules, de praedictis omnibus et singulis criminibus Tholosae, seu locis praedictis, perpetratis sive commissis et de omnibus quae ad cognitionem et judicium eorum pertinere videbunt, praesente Vicario nostro Tholosae, qui pro tempore fuerit, vel locum ejus tenente, non tamen partem judicis obtinente, cognoscant et judicent etc.“

*) Faſt auf dieſelbe Weiſe erging es der Stadt Douai. Die Scheffen derſelben, welche einen, der angeklagt war, beim Fruchthandel falſches Maß gebraucht zu haben, zum Strang verdammt und wirklich hatten aufhängen laſſen, verloren deshalb durch einen Parlamentsſpruch ihre Civil- und Criminalgerichtsbarkeit, welche ſie indeſſen durch eine Verordnung Carls des 5ten vom 5ten September 1368 (Ordon. tom. V. p. 130) wieder erhielten. Zuweilen ward auch einer Stadt, wenn ſie vom Feind halb zerſtört und von den Einwohnern größtentheils verlaſſen war, und dieſe keine Luſt zeigten in ihre alte Heimath zurückzukehren, ihre Gerichtsbarkeit genommen. So benahm derſelbe Carl der 5te durch ein Schreiben vom Januar 1373 (Ordon. tom. V. p. 662) der Stadt Roye (en Vermandois) aus dieſem Grund ihr Gemeinde-Recht und ihre Gerichtsbarkeit (Commune, jurage, et l'Eschevinage).

Vogt*). Eben ſo löſte er die Innungen der Handwerker größtentheils auf. Er verbot ihnen ſich zu verſammeln, nahm ihnen die Befugniß, ſich ſelbſt Vorſteher (Maistres de mestiers ne communauté quelconquez) zu wählen, beauftragte dagegen den Königl. Vogt, für jedes Handwerk gewiſſe Kunſtverſtändige (preudommes) zu ernennen, welche über die etwa vorfallenden Unterſchleife und Betrüge wachen, und die Güte der eingebrachten Waaren unterſuchen ſollten. Auch die ganze Gerichtsbarkeit über alle dieſe Gegenſtände erhielt der Königl. Vogt. Demſelben ward noch durch ein anderes Schreiben des Königs von demſelben Datum (27ſten Januar 1382, ibid. p. 688) das Rathhaus von Paris (qui souloit estre-pour l'office de ladite Prevosté des Marchands, et estoit appellée la maison de ville, assise en la place que l'èn dit de Grove) zu ſeiner Amtswohnung angewieſen *).

---

*) (Ordon. d. Louv. tom. VI. p. 685, 686, 687.) Nachdem der König in der Einleitung der vorgefallenen Unordnungen in den ſtärkſten Ausdrücken erwähnt, ſagt er (p. 686) „Premierement. Nous avons prins et mis, prenons et mettons en nostre main la Prevosté des marchans, Eschevinage et Clergie de nostre dicte ville de Paris, avecques toute la juidicion, echercion et congnoissance, et tous autres droiz quelconques que avoient et seuloient avoir les Prevost des Marchans, Eschevins et Clergie d'icelle Ville, en quelque maniere que ce soit: et aussi toutes les rendes et revenües appartenans à iceulx Prevost, Eschevins et Clerc, à la cause dessusdicte.“ Dieſe Strafe ward nun zwar durch einen Königl. Machtſpruch auferlegt, allein eine jede Gemeinde (Stadt, Innung von Kaufleuten u. ſ. f.) konnte, bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution, wenn ſie ſich empört, oder Gewaltthätigkeiten und ſonſtige Ausſchweifungen begangen, vor Gericht verklagt und beſtraft werden. Der 21ſte Titel der Criminal-Verordnung Ludwigs d. 14ten vom J. 1670 handelt ganz beſonders von dieſem Gegenſtande. Der Gemeinde ward alsdann, Art. 2, vom Richter aufgegeben, einen Deputirten oder Syndicus zu wählen. Weigerte ſie ſich deſſen, ſo beſtellte das Gericht einen Curator. Dieſer Syndicus oder Curator ward nun (Art. 3) ſtatt der Gemeinde verhört, mit den Zeugen Confrontirt u. ſ. f. (mit der einzigen Ausnahme, daß er nie auf dem Verbrecherſtuhl, sur la sellette, verhört ward). Auch das definitive Urtheil ward gegen die Gemeinde ſelbſt ausgeſprochen. Die Strafen beſtanden nur in Schadens-Erſatz, Verluſt der Privilegien, Niederreißung der Mauern u. ſ. f. Einzelne, welche ſich dabei beſtimmter Verbrechen ſchuldig gemacht, wurden beſonders verfolgt.

Mit der Gerichtsbarkeit der Scheffen hielt diejenige, welche die Handwerks-Innungen über ſich ſelbſt ausübten, faſt gleichen Schritt. In den ſogenannten Geſetzesſtädten (Villes de loi), wo die Scheffen die ordentliche Gerichtsbarkeit über alle Bürger hatten, ſtand den von den Handwerkern gewählten Vorſtehern auch die Civil- und ſelbſt die Criminal-Gerichtsbarkeit in allen Prozeſſen, die ſich über die Ausübung des Handwerks erhoben, zu. Eine ſolche hatten unter andern von uralten Zeiten her die Tuchfabrikanten (drapiers) der Stadt Troyes in der Champagne. Der Königl. Staatsprocurator bei der Amtmannſchaft von Troyes hatte zwar unter der Regierung des Königs Johanns d. 2ten (reg. 1350—1364) die Vorſteher dieſer Innung vor Gericht laden laſſen, damit ihnen die Ausübung dieſer Gerichtsbarkeit für die Zukunft verboten würde. Die Verklagten beriefen ſich indeſſen theils auf ihren unvordenklichen Beſitz, theils darauf, daß ſie in Beziehung auf die Tuchfabrication

---

*) Im J. 1388 ward die Stelle des Vogts von Paris wieder getheilt, und Jean Juvenal des Ursins zum garde de la Prevôté des marchands de la ville de Paris pour le Roi ernannt. (M. ſ. Ordon. tom. VII. p. 511 Not. b.) Die Ernennung des Vorſtehers (Vogts) der Kaufleute verblieb indeſſen von dieſem Zeitpunct an bis zu den letzten Zeiten dem König, nur die 4 Scheffen wurden gewählt. Der Vogt ward nur auf zwei Jahre ernannt, aber meiſtens längere Zeit in ſeinem Amt beſtätigt. Die Wahl der Scheffen (von Paris) geſchah jedes Jahr den 16ten Auguſt. Man wählte deren jedes Jahr zwei, einen (abwechſelnd) aus den Stadträthen und Viertelsmeiſtern (Quarteniers), und einen aus den Advocaten und Notarien, oder aus den ſechs Kaufmanns-Innungen (Corps des marchands). Die Scheffen wurden nämlich auf zwei Jahre gewählt, wobei jedes Jahr die beiden älteſten ausſchieden. Die Stellen des Vogts der Kaufleute ſo wie der Scheffen verliehen von ſelbſt den Adelſtand. M. ſ. Ferrier. Dict. d. D. art. „Hôtel de ville."

eine Geſetzesſtadt (ville de loy) ſeyen *), ſo wie auch, daß ſchon in frühern Zeiten von dem Königl. Procurator eine ähnliche Klage gegen ſie vor dem Amtmann von Troyes erhoben, der Kläger aber nach gehöriger Unterſuchung abgewieſen, und ſie in der Ausübung ihres Rechts erhalten worden ſeyen. Sie wandten ſich endlich an den König mit der Bitte, daß er ſie aus dem Proceß ſetzen möchte. Dieſer (oder vielmehr ſein Sohn Carl der 5te als Regent) beſtätigte aus dieſen Gründen, wozu noch das Anerbieten eines Geſchenks von zweihundert Goldſtücken (deniers d'or à mouton) kam, durch ein Schreiben vom 28ſten October 1359 die Tuchfabricanten in ihren Privilegien. Nach Art. 14 erhielten ſie die Befugniß, ſich jedes Jahr an den drei Meßtagen von Bar-ſur-Aube zu verſammeln, und aus ihrer

---

*) Man findet die Vorſtellung derſelben in dem Briefe Carls des 5ten, worin er ſie in ihren Privilegien beſtätigt. (Ordon. tom III. p. 410). Derſelbe enthält auch in Beziehung auf das Techniſche der Tuchbereitung, ſo wie ſie damals ausgeübt ward, mehrere intereſſante Notizen. Noch wichtiger iſt in letzterer Hinſicht das Statut für die Tuchfabrication, gegeb. von Johann d. 2ten im Auguſt 1361 (Ordon. tom. III. p. 510). — Die Vorſtellungen der Tuchfabricanten, wovon ſo eben geredet worden, lauteten: „. . . . 1) que la ville de Troies, combien qu'il n'y ait Corps ne Commune, est et a esté par tel temps que mémoire n'est au contraire, Ville de loy, quant au fait de ladite draperie."

2) . . . .

3) Item que lesdiz maistres sont en possesion et ont esté par le temps dessusdit, de garder et gouverner ledit Mestier de Drapperie, et faire tous les frais et avoir toute la charge et gouvernement d'icelui Mestier, de cognoistre des forfaitures et malefaçons qui y sont faits, d'en avoir la cognoissance et punicion, et en lever les amendes et forfaitures, touteffois que les cas y sont advenus, de mettre et asseoir sur ledit Mestier par l'avis et conseil des Preudes-hommes dudit Mestier, pour les frais et charges communs d'icelui Mestier faire et soustenir, telles charges et impositions comme il leur plaist, touteffois et quantefois que bon leur semble, et les récevoir, parmi ce que susdiz preudes-hommes il rendent compte au trois jours de chacune foire de Champaigne et de Brie, de ce qu'il ont recu et mis" etc.

Mitte drei Meiſter (deux Laneurs et un Tisserand) und überdem zwei Aufſeher oder Wächter (gardes) zu wählen, welche über die geſetzmäßige Ausübung des Handwerks wachen, und die Zuwiderhandelnden ſtrafen ſollten.

Auch die Bäckerzunft von Arras war, wie aus einem uralten Statut *) derſelben, welches Carl der 5te im Auguſt 1372 beſtätigte, hervorgeht, von den älteſten Zeiten her im Beſitz des Rechts, ſich jährlich Vorſteher unter dem Titel maire und echevins zu wählen, denen (Art. 21) in allen auf das Handwerk bezüglichen Fällen das Erkenntniß zuſtand. Allein dieſes waren nur einzelne Fälle.

In der Regel hatten die von den Handwerks-Innungen gewählten, oder auch von der Obrigkeit beſtellten Aufſeher oder Wächter (maistres et gardes) nur das Recht, die Güte der Waaren und der Arbeit zu unterſuchen, den etwa vorfallenden Unterſchleifen nachzuſpüren und ſie dem ordentlichen Richter anzuzeigen, welcher nach Umſtänden die gehörigen Strafen erkannte, und die Streitigkeiten entſchied. Dieſes ergibt ſich theils aus einer großen Menge von Handwerks-Statuten, die ſich in der Sammlung der Ordon. d. Louv. finden, und vorzüglich aus der großen Verordnung über die Polizei des Königreichs und der Stadt Paris insbeſondere, welche König Johann der 2te im Febr. 1350 erließ **). In derſelben werden die meiſten damals bekannten Handwerke und Gewerbe ***) der Ordnung nach aufgeführt. Faſt bei jedem iſt bemerkt, daß zur Beaufſichtigung deſſelben Wächter (gardes) angeſtellt werden ſollen, daß aber das Recht zu ſtrafen und die etwa entſtehenden Streitigkeiten zu entſcheiden dem Vogt oder den Richtern des Chatelet gehöre*). Dieſe Wächter oder Aufſeher ſelbſt wurden bei vielen Gewerben z. B. bei der Bäckerzunft (Art. 5), denjenigen, die mit Seefiſchen handelten (Art. 128), nicht von den Gewerbetreibenden, ſondern von dem Königl. Vogt oder einem Auditeur des Chatelet unter Zuziehung des Vogts der Kaufleute, des Staatsprocurators, und mehrerer rechtlichen Bürger, jedes Jahr von neuem gewählt **). Dieſe Einrichtung beſtand mit wenigen lo-

---

*) Das Statut iſt in dem Beſtätigungsbriefe des Königs (Ordon. tom. V. p. 508, 509) vollſtändig angeführt. Es iſt in einer alten, was beſonders die Kunſtausdrücke anbetrifft, oft unverſtändlichen Sprache verfaßt. Der Urheber iſt in demſelben nicht bemerkt. Carl der 5te ſagt, er habe es beſtätigt „ad supplicationem dictorum Bolengariorum seu Panisitum [wahrſcheinl. Panificum] Atrabatensium.

**) Man findet den ausführlichen Text derſelben Ordon. tom. II. p. 350—380.

***) Selbſt der Abtrittsfeger wird in derſelben (Art. 234) unter dem Titel „vuidangeurs, appellez Maistres Fifi" erwähnt. Es war damals in Paris Mangel an dieſen Leuten. Eben darum ward dieſes Geſchäft völlig frei gegeben, ſo daß jeder es neben ſeinem gewöhnlichen Gewerbe betreiben durfte.

---

*) Art. 246 beſtimmt ganz allgemein „En tous les mestiers, et toutes les marchandises, qui sont et se vendent à Paris, aura Visiteurs, Regardeurs et Maistres, qui regarderont par lesdits mestiers et marchandises, et les visiteront, regarderont, et rapporteront les deffauts qu ils y trouvent, aux Commissaires et au Prevost de Paris, et aux Auditeurs du Chastelet.“

**) In der eben angeführten Polizei-Ordnung Johanns d. 2ten geſchieht der Goldſchmiede keine Erwähnung. Allein für dieſe beſtand ſchon ein älteres Statut (Ordon. tom. III. p. 10), wovon unten noch näher geredet wird, und deſſen Art. 27 ſie ebenfalls der Gerichtsbarkeit des Vogts unterwarf. — Zu den Gewerben, worüber die Sammlung der Ordonnanzen beſondere Königliche Vorſchriften enthält, gehört auch noch das der Gewürzkrämer. Unter Gewürzen (épices) begriff man in den frühern Zeiten zugleich alle Conditor-Arbeiten, eingemachte Früchte (confitures) u. d. g. Es iſt ſchon Th. I. S. 638 bemerkt worden, daß früherhin die Parthei, welche ihren Prozeß gewann, gewöhnlich dem Referenten einen Beſuch abſtattete, und dabei eine Büchſe voll eingemachter Früchte überreichte, daß dieſe Früchte ſpäter in Gold verwandelt worden, und daß ſo die Sporteln (épices) entſtanden ſind. Hieraus allein iſt es ſchon höchſt wahrſcheinlich, daß dieſe Waaren damals in einem weit höhern Werth ſtanden, als jetzt. Philipp der Schöne und ſein Sohn, Carl der Schöne, erließen, der Erſte im December 1312, der Zweite im Febr. 1321 (Ordon. tom. I. p. 512, 759) zwei beinahe gleichlautende Verordnungen, welche zwar von allen Kaufleuten, die nach dem Gewicht verkaufen, ganz insbeſondere aber von den Gewürzkrämern handeln. Sie enthalten die umſtändlichſten Vorſchriften für calen Abänderungen durch ganz Frankreich bis zu dem Augenblicke, wo die Revolution ausbrach. Damals waren in Frankreich die Handwerker und Kaufleute eben ſo wie faſt in allen andern Ländern von Europa noch in geſchloſſene Zünfte (corps de metiers) vertheilt. Nur diejenigen, welche zur Zunft gehörten, durften das derſelben eigenthümliche Geſchäft auf eigene Rechnung betreiben. Um über die Erhaltung dieſes Vorrechts und der Statute überhaupt zu wachen, ſo wie auch um die Anſprüche und Geſchicklichkeit derjenigen, welche in eine Zunft als Meiſter aufgenommen werden wollten, zu prüfen, waren ſogenannte Geſchwornen-Aemter (jurandes) beſtellt, deren Mitglieder meiſtens von den Zunftgenoſſen ſelbſt und zwar nur auf eine beſchränkte Zeit (von vier Jahren) gewählt wurden. Die-

---

die Beſchaffenheit der Conditor-Arbeiten. So heißt es in der Verordnung Philipps d. Schönen Art. 10 „que nul ne vende ne achate pour revendre Gingembrat ne Pignolat embouchié [embouchier c'est mixionner „faire melange d'une bonne chose avec une mediocre „Videat.“ supplement. Cangii ad voc. imbotare“] et qu'il ne soit autel desous, comme dessus, et sans enchapleures, qui ne saint [soient] de même le cucre et la confiture sans Yringes. Et que nul ne le reface que il melle le viel avecques le nouvel, et et que il ne le die à l'acheteur. Et que nuls ne face a confiture nulle couverture de cucre qu'elle ne soit dautel dessous comme dessus. Et cil qui sera trouvé faisant contre ceste ordennance perdra la confiture et sera en l'amende etc.“ Den 1ſten Febr. 1312 erließ Philipp der Schöne ein Schreiben an die gardes des foires de Champaigne et de Brie wegen der Vollſtreckung der ſo eben angeführten Verordnung (Ordon. tom. I. p. 515). Er bemerkt darin, er habe ihnen dieſelbe durch zwei Notarien des Chatelet zugeſendet, um die darin enthaltenen Vorſchriften verkündigen und handhaben zu laſſen „plus especialement celles qui des confitures font mention, esqueles plus grans fraudes ont esté. Dennoch hätten noch ganz kurz Kaufleute ſich bei dem Parlament beklagt, „et aient monstré en complaignant aucunes confitures qu'ils ont acheptè en ces presentes foires de Laigny en faisant foy et demonstrant visiblement les grandes fraudes et baras, qui ez boetes et botelles, couvertures et tares desdites confitures sont etc.“

ſen Geſchwornen-Aemtern ſtand indeſſen keine eigentliche Gerichtsbarkeit zu. Zwar durften ſie die Werkſtätten, Läden u. ſ. f. unterſuchen, und über das, was ſie mangelhaftes fanden, ein Protocoll aufnehmen, allein nur mit Zuziehung eines Commiſſairs oder Huiſſiers. Entdeckten ſie Unordnungen, ſo konnten ſie dieſelben, wenn die Contravenienten ſich nicht etwa freiwillig ihrer Entſcheidung unterwarfen, nur der Polizei oder den Gerichten anzeigen, die dann das Nähere verfügten. Dieſe Geſchwornen-Aemter wurden mit den Zünften *) durch das Geſetz vom 2ten

---

*) In Paris hob Ludwig der 16te ſchon mehrere Jahre vor der Revolution durch ſein Edict vom Febr. 1776 die Zünfte auf. Der Inhalt dieſes Edicts iſt höchſt merkwürdig. Wir wollen, da es zu weitläufig iſt, um es hier ganz mitzutheilen, einiges aus demſelben ausziehn, was man auch noch jetzt nicht ohne Intereſſe leſen wird. „Louis . . . . nous devons à tous nos sujets de leur assurer la jouissance pleine et entière de leurs droits: nous devons surtout cette protection à cette classe d'hommes qui, n'ayant de propriété que leur travail t leur industrie, ont d'autant plus le besoin et le droit d'employer dans toute leur étendue les seules ressources qu'ils aient pour subsister. Nous avons vu avec peine les atteintes multipliées qu'ont donné à ce droit naturel et commun des institutions anciennes à la vérité, mais que ni le temps ni l'opinion, ni les actes mêmes émanés de l'autorité qui semble les avoir consacrées, n'ont pu légitimer. Dans presque toutes les villes de notre royaume, l'exercice des différens arts et métiers est concentrée dans les mains d'un petit nombre de maitres reunis en société . . . . les abus se sont introduits par degrés: ils sont originairement l'ouvrage de l'interêt des particuliers qui les ont établis contre le public; c'est après un long intervalle de temps que l'autorité, tentôt surprise, tantôt séduite par une apparence d'utilité leur a donné une sorte de sanction. . . . . Cette illusion a été portée chez quelques personnes jusqu'au point d'avancer que le droit de travailler étoit un droit royal que le prince pouvoit vendre, et que les sujets devoient acheter. Nous nous hâtons de rejeter une pareille maxime. Dieu en donnant à l'homme des besoins, en lui rendant nécessaire la ressource du travail, a fait du droit de travailler la propriété de tout homme; et cette propriété est la première, la plus sacrée et la plus impréscriptible de toutes. . . . . Nous voulons en conse-

März 1791 in ganz Frankreich aufgehoben, und die Gewerbe, jedoch unter der Verpflichtung ein Patent zu löſen und ſich den

---

quence abroger ces institutions arbitraires, qui ne permettent pas à l'indigent de vivre de son travail, qui repoussent un sexe à qui sa foiblesse a donné plus de besoins et moins de ressources . . . . Nous ne serons pas arrêtés dans at acte de justice per la crainte, qu'une foule d'artisans n'usent de la liberté accordée à tous pour exercer des métiers qu'ils ignorent, et que le public ne soit inondé d'ouvrages mal fabriqués: la liberté n'a point produit ces fâcheux effets dans les lieux où elle est établie depuis longtemps. Les ouvriers des faubourgs et des autres lieux privilégiés ne travaillent pas moins bien que ceux de l'intérieur de Paris. Tout le monde sait d'ailleurs combien la police des jurandes, quant à ce qui concerne la perfection des ouvrages, est illusoire; et que tous les membres des communautés étant portés par l'esprit du corps à se soutenir les uns les autres, un particulier qui se plaint se voit presque toujours condamné, et se lasse de poursuivre de tribunaux en tribunaux une justice plus dispendieuse que l'objet de sa plainte. Ceux qui connoissent la marche du commerce, savent aussi que toute entreprise importante de trafic ou d'industrie, exige le concours de deux espèces d'hommes: d'entrepreneurs qui font les avances des matières premières . . . ., et de simples ouvriers qui travaillent pour le compte des premiers, moyennant un salaire convenu . . . . Certainement ceux qui emploient dans un commerce leurs capitaux, ont le plus grand interêt à ne confier leurs matières qu'à de bons ouvriers, et l'on ne doit pas craindre qu'is en prennent au hazard de mauvais qui gâteraient la marchandise et rébuteroient les acheteurs; on doit presumer aussi que les entrepreneurs ne mettront pas leur fortune dans un commerce qu'ils ne connoîtroient point assez pour être en état de choisir de bons ouvriers et de surveiller leur travail etc.“ Durch das zuletzt Geſagte ſind alle jene Beſorgniſſe als ob durch Abſchaffung der Zünfte nur arme Handwerker und ſchlechte Waaren entſtänden, gänzlich gehoben. Einer, der ein Kapital beſitzt, und es ſelbſt als Handwerker benutzen will, wird, wenn er freie Wahl hat, es gewiß in dem Handwerk verwenden, wozu er die meiſte Neigung hat und welches ihm den größten Vortheil abzuwerfen ſcheint. Hat ein Handwerker ſelbſt kein Kapital, ſo wird ihm Niemand

Polizeigeſetzen zu unterwerfen, für Alle frei gegeben. (Desen. tom. XII. p. 595.) Obſchon nämlich auf die Dauer das Publicum der beſte Richter über die Güte der von einem Handwerker oder Kaufmann gelieferten Arbeit und Waare iſt, ſo gibt es doch einige Gewerbe, wo theils das Gute vom Schlechten ſchwieriger zu unterſcheiden, theils aber auch ein nur einmal Statt findender Betrug von zu nachtheiligen Folgen iſt, ſo daß die immerwährende Aufſicht und Wachſamkeit einer Behörde erforderlich iſt. Darum hat die neuere Geſetzgebung die Controle, welche ſich nach der ältern auf alle Handwerker ohne Ausnahme erſtreckte, in Beziehung auf einige, insbeſondere auf diejenigen, die in Gold und Silber oder Edelſteinen arbeiten oder auch damit handeln, jedoch in etwas veränderter Form beibehalten *).

---

eines leihen, wenn nicht ſein Fleiß und ſeine Geſchicklichkeit eine Bürgſchaft für die Wiederbezahlung gewähren. Die größten Staatsmänner und Kenner des Handels, der Miniſter Colbert in ſeinem testament politique, der berühmte Johann de Witt in ſeinen memoir. cère. part. chap. 10 haben ſich gegen die Zünfte und Innungen erklärt. Allein gewiſſe Menſchen ſind nun einmal durch Gründe und Autoritäten von ihren Vorurtheilen nicht abzubringen. Iſt es aber zu unſerer Zeit, wo der bei weitem größte Theil der Waaren durch Fabriken auf den Markt geliefert wird, nicht gerade zu lächerlich, die Handwerker in Zünfte einſchließen zu wollen? Ein Fabricant, der täglich einige tauſend Schuhe fabricirte ſollte dieſes ohne alle Aufſicht thun dürfen, und ein armer Handwerker, der um ſeine Familie zu ernähren ein Paar Schuhe macht, Gott weiß welche Proben beſtehn müſſen!

*) L'Assemblée nationale, considérant qu'il est indispensable d'établir pour le commerce d'orfèvrerie et joiallerie, des règles qui en assurent l'exactitude et la fidélité des vendeurs, inspirant aux acheteurs la confiance sur la quelle repose la prospérité de cette branche intéressante de l'industrie nationale; Décrète que ses comités des monnoies, de l'imposition et du commerce, lui proposeront dans le mois un projet de règlement général sur la police et l'administration de l'orfévrerie dans le royaume; et neanmoins jusqu'à ce qu'il ait été statué par elle a cet égard, les lois et règlements existant sur la marque et contrôle des matières d'or et d'argent, continueront

Es gibt über dieſen Gegenſtand viele ältere Statute und Verordnungen der Könige. Das älteſte Statut unter allen iſt das, welches König Johann der 2te im Auguſt 1355 beſtätigte, und das wahrſcheinlich ſchon unter Ludwig d. Heil. verfaßt worden iſt. Man findet den Text deſſelben Ordon. tom. III. p. 10. Es wird in den Archiven der Goldſchmiedezunft zu Paris aufbewahrt und enthält ſchon die weſentlichſten Vorſchriften, die noch in den letzten Zeiten für dieſes Geſchäft beſtanden. Auch unter den zahlreichen Verordnungen über das Münzweſen finden ſich viele Beſtimmungen über die Goldſchmiede, wovon gelegentlich die Rede ſeyn wird. Unter den Verordnungen der neuen Könige handeln ganz insbeſondere über die Goldſchmiede ein Edict Franz des Erſten v. J. 1543, welches ſich in der Sammlung von Rebuſſe findet; ein Edict Heinrichs des 3ten vom J. 1579, mehrere Edicte von Ludwig dem 13ten und 14ten (von dem letztern zwei Erklärungen vom 31ſten März 1672 und vom 17ten Febr. 1674, auch eine Verordnung vom J. 1681) ſo wie auch von Ludwig dem 15ten und 16ten. Dieſe Verordnungen (wenigſtens die ältern) bezweckten indeſſen lange nicht ſo ſehr die Käufer gegen Betrug zu ſichern, als vielmehr der königlichen Münze Gold und Silber zu wohlfeilen Preiſen zuzuführen *) und endlich dem Königl. Schatz die Erhebung der Rechte, die er von dem Verkauf des bearbeiteten Goldes und Silbers nahm, zu ſichern, woher denn auch jedes einzelne Stück von Gold oder Silber, ehe es verkauft werden durfte, einer beſondern Controle unterlag. Die Art, wie man in dieſer Hinſicht in den letzten Zeiten vor der Revolution verfuhr, war folgende. Jeder Gold- oder Silberarbeiter, der irgend ein Stück, wie es immer ſeyn mochte, z. B. einen Becher, verfertigen wollte, ſchmiedete, nachdem er die dazu beſtimmte Platte zubereitet hatte, an einem Ende derſelben ein kleines Stückchen ungefähr von der Dicke und dem Umfang eines 12 Stbr. Stücks aus, und bezeichnete

---

d'être exécutées suivant leur forme et teneur.“ Décret d. 31. Mars 1791 (Desen. tom. XIII. p. 173).

*) Ueber den Gold- und Silberhandel im alten ſowohl als neuen Frankreich wird bei den Münzgerichten noch einiges vorkommen.

die Platte mit ſeinem Stempel, wovon er bei ſeiner Aufnahme in die Zunft einen Abdruck auf dem Secretariat des Münzgerichts, ſo wie auch auf dem Goldſchmiede-Amt (maison commune des orfèvres), hatte niederlegen müſſen. Er brachte nun das ſoweit zugerichtete Stück in das Bureau des Münzpächters, wo es gewogen und mit dem Belaſtungsſtempel (poinçon de charge) bezeichnet ward. Zugleich ward ſeine Erklärung, daß er an dem Tage ein Stück Gold oder Silber von dem und dem Gewicht, beſtimmt zu dem oder dem Zweck, habe ſtempeln laſſen und ſich verpflichtet, die vollendete Arbeit wieder in das Bureau zu bringen, in die Regiſter des Münzpächters eingetragen; der Eigenthümer des Gold- oder Silberſtücks unterſchrieb dieſe Erklärung und erhielt über das Vorgegangene einen Schein. Mit dieſem verſehn brachte er das Gold- oder Silberſtück auf das Amt der Goldſchmiede (au bureau de la maison commune des orfèvres). Hier ſchnitt einer der Aufſeher an der dünn ausgetriebenen Stelle ein kleines Stückchen weg und probirte es auf der Kapelle (à la coupelle). Hatte es den von den Geſetzen vorgeſchriebenen Grad der Feinheit, ſo ward demſelben in Gegenwart eines Beauftragten des Münzpächters der vorgeſchriebene Stempel aufgedrückt *). Der Eigenthümer nahm nun ſein Silber nach Haus, und bearbeitete es vollends. Die fertige Arbeit brachte er wieder auf das Bureau des Münzpächters zurück, wo es von neuem gewogen und mit dem Entlaſtungs-Stempel (poinçon de décharge) bezeichnet ward **).

---

*) In der Verordnung Philipps d. Schönen über die Münzen vom Jun. 1313 (Ordon. tom. I. p. 518) heißt es Art. 10 „. . . . que nul ne puisse ouvrer argent que il ne soit aussi bon comme celi que l'on dit argent le Roy. Et voulons et ordennons, que en chascune ville ou il aura orfevre, ait un seign propre pour seigner les ouvrages qui y seront faits et sera gardé par deux prud'hommes establis et esleus à ce faire, et que un seing ne ressemble l'autre etc.“

**) Auf einem ſo vollendeten Stück ſtanden alſo vier Stempel, 1) der beſondere Stempel des Goldſchmieds, 2) der Belaſtungsſtempel, 3) der Stempel des Goldſchmiede-Amts, 4) der Entlaſtungsſtempel.

Der Goldſchmied bezahlte nun dem Münzpächter die Abgabe, worauf es ihm dann frei ſtand, das fertige Stück in den Handel zu bringen. Ergab ſich indeſſen bei dem Probiren des Stücks, daß es nicht den gehörigen Grad der Feinheit hatte, ſo mußte der Eigenthümer es umſchmelzen, nachdem er vorher den aufgedrückten Stempel des Münzpächters hatte vertilgen laſſen. — Kleinere Stücke, bei welchen dieſes Verfahren nicht anwendbar war, wurden vermittelſt des Probierſteins geprüft und ihnen ein beſonders dafür beſtimmter Stempel aufgedrückt. Das Nachmachen oder Verfälſchen der Stempel war unter ſchweren Strafen verboten. Nach der Verordnung vom J. 1681 Art. 8 mußten von dem Stempel eines jeden Goldſchmieds Abdrücke in eine Kupferplatte eingegraben, auf dem Secretariat der Münzgerichte niedergelegt werden. Ward der Stempel der Goldſchmiedezunft und der des Münzpächters verfälſcht, ſo ward, wenn die Angeſtellten (commis) des Münz-Pächters das Protocoll über die Verfälſchung aufgenommen hatten, die Sache in erſter Inſtanz vor die gewöhnlichen Steuergerichte (élections) und in zweiter vor den Oberſteuerhof (cour des aides) gebracht. War aber nur der Stempel der Goldſchmiedezunft verfälſcht, und die Zunft-Aufſeher oder auch die eigentlichen Münzbeamten hatten ohne Beihülfe der Angeſtellten des Münzpächters die Beſchlagnahme gemacht, ſo gehörte die Sache zur Competenz der Münzgerichte *).

Die Angeſtellten des Münzpächters hatten überhaupt (nach Art. 11 der ordon. v. J. 1681) das Recht, in Begleitung eines Beamten des Steuergerichts in den Häuſern Unterſuchungen, ob ſich etwa nicht geſtempelte Waaren darin fänden, anzuſtellen. Dieſes Recht ward denſelben ſpäterhin durch mehrere Königl. Verordnungen beſtätigt **) und dauerte überhaupt bis zur Revolution fort.

---

*) Sowohl von den Steuer- als Münzgerichten wird noch im Verfolg dieſes Abſchnitts geredet werden.

**) Durch einen im Staatsrath gefaßten Beſchluß v. J. 1749 ward den Angeſtellten des Münzpächters erlaubt, jeden Richter, ſelbſt den eines Grundherrn oder auch einen Notar aufzufordern, um ſie bei ihren Hausunterſuchungen in

Im Anfang der Revolution ward dieſes, wie aus dem ſo eben (in der Note) angeführten Decret der Conſtituirenden vom 31ſten März 1791 erhellt, proviſoriſch beibehalten *). Ueberhaupt ſcheint man darauf bedacht geweſen zu ſeyn, nicht allein die Werke, ſondern auch die Perſonen der Gold- und Silberarbeiter unter einer gewiſſen Aufſicht zu halten. Durch den Beſchluß des Directoriums **) vom 21ſten Brum. J. 5 (11ten November 1796) ward verordnet, daß jeder der in ſeinem Gewerbe Anwendung von Gold und Silber machen wollte, gehalten ſey, ſich einen beſondern Stempel, um ſeine Arbeiten damit zu bezeichnen, anzuſchaffen. Dieſer Stempel ſollte den Einzelnen von der Münzverwaltung, jedoch nur auf Vorzeigung 1) ihres Patents, 2) eines Zeugniſſes derjenigen, wobei ſie gearbeitet, über ihr gutes Betragen und ihre Geſchicklichkeit, 3) eines Zeugniſſes der Municipalität über ihre Moralität überliefert werden. Endlich erſchien den 19ten Brum. J. 6 (9ten November 1797) ein ſehr ausführliches Geſetz, wodurch dieſer Gegenſtand in allen ſeinen Theilen geregelt ward ***), deſſen Beſtimmungen auch noch jetzt gelten. Wir wollen das für unſern Gegenſtand wichtigſte aus demſelben ausheben. Um die Aufſicht über die Gold- und Silber-Arbeiten zu führen, und zugleich die Abgaben davon zu erheben ward in den dazu geeigneten Städten (Tit. IV. Art. 34, 35) eine eigene Behörde unter dem Titel Sicherheits- oder Gewähr-Bureau (bureau de garantie) beſtellt. Jedes dieſer Bureaus ſollte (Art. 36) in der Regel aus drei Mitgliedern, einem Probirer, einem Empfänger und

---

denjenigen Städten, worin kein Steuergericht war, zu begleiten. Dieſes ward durch einen Königl. offnen Brief vom 21ſten Mai 1771 beſtätigt.

*) Es beſtand noch im J. 1796. Denn ein Beſchluß des Directoriums v. 23ſten Vendem. J. 5 (14ten October 1796) verordnet die Abgabe für das Stempeln der Gold- und Silberwaaren (droit de marque et contrôle sur les ouvrages d'or et d'argent) entweder in baarem Geld oder in Mandaten nach dem Cours zu erheben. (Desen. tom. XIII. p. 176.)

**) Desen. ibid. p. 176.

***) Desen. tom. XIII. p. 177—189.

einem Controleur beſtehn; in den volkreichern Städten konnte jedoch der Finanzminiſter erlauben, eine größere Zahl von Beamten anzuſtellen. Jedes dieſer Bureaus ſelbſt ward in Hinſicht des Techniſchen unter die Aufſicht der Münzverwaltung (Art. 37) und in Hinſicht des Finanziellen (ſowohl der Ausgaben als Einnahme) unter die der Enregiſtrements-Verwaltung (Art. 38) geſtellt. Jeder der drei genannten Beamten führte ein beſonderes Buch über alle Fabricate, die in das Sicherheits-Bureau, entweder um ſie zu unterſuchen oder zu ſtempeln, gebracht wurden. Die Stempel wurden in einem beſondern Kaſten mit drei verſchiedenen Schlöſſern verwahrt, zu deren jedem einer der drei genannten Beamten den Schlüſſel hatte (Art. 45). Jeder der in Gold oder Silber arbeitete mußte einen ihm eigenthümlichen, der Behörde (der Departements-Verwaltung und der Municipalität) mitgetheilten Stempel haben, um ſeine Werke damit zu bezeichnen. (Art. 72.) Diejenigen, welche blos mit Gold und Silber handelten, bedurften keines ſolchen Stempels, ſondern ſie mußten nur ihr Gewerbe auf der Municipalität ihres Cantons anzeigen (Art. 73). Beide Gattungen von Gewerbetreibenden waren indeſſen gehalten, ein Regiſter über die täglichen Einkäufe und Verkäufe, ſo wie auch über die Perſonen, von welchen ſie gekauft hatten, zu führen (Art. 74). Dieſe Bücher mußten ſie der Behörde auf Verlangen offen legen (Art. 76). Die beiden letztern Verpflichtungen galten auch für die Juwelirer (Art. 86), ſo wie für diejenigen, die Gold oder Silber fein brannten (Art. 116), oder mit plattirten Waaren handelten (Art. 98). Sie durften nur von bekannten Perſonen, oder ſolchen, die bekannte Leute als Bürgen ſtellten, kaufen (Art. 75). Gold- oder Silber-Barren (lingots affinés) durften nicht in den Handel gebracht werden, wenn ſie nicht von dem Sicherheitsbureau unterſucht und mit deſſen Stempel bezeichnet waren (Art. 77, 122). Der Grad der Feinheit, welche die Gold- und Silberwaaren haben durften, hing dabei nicht von der Willkühr der Arbeiter ab, ſondern es waren für Gold nur drei, für Silber nur zwei Grade*) erlaubt (Art. 1—4).

---

*) Für Gold 0,920, oder 0,840, oder 0,750 des Gewichts der Waare; für Silber 0,950 und 0,800 deſſelben

Alle neu verfertigten Gold- und Silber-Arbeiten mußten, ehe ſie ganz fertig waren, und zwar wenn ſie dieſem Zuſtande ſo nahe gebracht waren, daß die damit etwa vorzunehmende Veränderung ſo gering als möglich war, und zwar mit dem Stempel des Verfertigers bezeichnet (art. 48) auf das Sicherheits-Bureau gebracht und dort probirt werden. Die Feinbrenner mußten, noch ehe ſie die feingebrannten Barren dem Eigenthümer zurückſtellten, ſie auf dem Bureau probiren laſſen (Art. 77, 117). Fand ſich Alles in Richtigkeit, ſo ward die Waare mit dem allgemeinen Stempel des Bureaus, ſo wie auch mit einem beſondern, der den Grad der Feinheit angab, bezeichnet, und dem Eigenthümer nach Bezahlung der Abgabe*) zurückgeſtellt (Art. 55). Für jeden Grad der Feinheit gab es nämlich beſondere Stempel. Eben ſo wurden auch kleinere Stücke, die nicht wohl**) auf der Kapelle probirt werden konnten, alte Waaren, die wieder in den Handel zurückgebracht wurden, und Waaren die aus der Fremde kamen, alle mit ei-

---

Gewichts. Diejenigen indeſſen, die mit plattirten Waaren handelten, durften Gold und Silber in jeder beliebigen Feinheit anwenden, doch mußte der Grad auf jedem Stück bezeichnet ſeyn (Art. 95, 96, 97). Von Gold- oder Silberbarren, die als fein gebrannt abgeliefert werden ſollten, durften die erſtern höchſtens 0,005 und die letztern höchſtens 0,02 Zuſatz enthalten (Art. 118).

*) 20 Frank's für ein Hectogramm Gold und ein Frank für ein Hectogramm Silber (die Probirungskoſten nicht eingerechnet) (Art. 21).

**) Nach Art. 86 des hier angeführten Geſetzes vom 19ten Brum. J. 6 waren die Juwelirer von der Verpflichtung, ihre Goldwaaren, wenn ſie mit Edelſteinen oder Perlen beſetzt waren, auf dem Sicherheits-Bureau prüfen und ſtempeln zu laſſen, ausgenommen. Dieſes muß indeſſen bald zu argen Klagen Veranlaſſung gegeben haben; denn der Beſchluß des Directoriums vom 1ſten Meſſid. J. 6 (Desen. tom. XIII. p. 195) erklärte den Art. 86 oder änderte ihn vielmehr dahin ab, daß nur diejenigen Juwelirer-Waaren, deren Faſſung zu leicht und dünn wäre, um den Eindruck des Stempels aushalten zu können, von jener Verpflichtung ſo wie von der Erlegung der Abgabe frei wären.

nem beſondern Stempel bezeichnet. Vermuthete der Probirer, daß ein ihm übergebenes Stück im Innern ein anderes unedles Metall, Kupfer u. ſ. f. enthalte, ſo durfte er es in Gegenwart des Eigenthümers durchſchneiden. Fand ſeine Vermuthung ſich nicht beſtätigt, ſo ward dem Eigenthümer der Schaden auf der Stelle erſetzt, und unter die Ausgaben-Poſten des Bureaus aufgenommen (Art. 65). War überhaupt (Art. 58, 59) der Eigenthümer mit dem von dem Probirer gefundenen Reſultat nicht zufrieden, ſo ward ein kleines Stückchen von der Waare abgenommen und zum nähern Probiren an die Münzverwaltung geſchickt. Das von dieſer gefundene Reſultat ward als durchaus richtig angenommen. Herumziehende Kaufleute, die mit Gold- oder Silberwaaren handelten, ſo wie diejenigen, welche deren auf die Jahrmärkte brachten, mußten ſich bei ihrer Ankunft auf der Municipalität melden und derſelben die Scheine der Goldſchmiede, wovon ſie ihre Waaren gekauft hatten, vorzeigen (Art. 92). Der Empfänger und Controleur eines Sicherheits-Büreaus erhielten (Tit. VIII) das Recht, in Begleitung eines Municipalbeamten in den Häuſern Nachſuchungen nach falſchen Stempeln oder mit falſchen Stempeln bezeichneten, ſo wie auch nach gar nicht geſtempelten Waaren anzuſtellen, jedoch mit der Verpflichtung, ſich nach Art. 359 *) der Conſtitution (v. 5ten Fructid. J. 3) zu richten. Ueber die Beſchlagnahme der allenfalls gefundenen falſchen Stempel u. d. g. mußte auf der Stelle (à l'instant et sans déplacer) ein Protocoll aufgenommen werden, welches die Ausſagen aller intereſſirten Partheien enthielt und von denſelben unterſchrieben war. Daſſelbe ward in der Friſt von höchſtens einer Decade dem Staatsprocurator **) des correctionellen Tribunals zur weitern Verfolgung der Sache übergeben (Art. 102).

d) Aus Allem, was bis hierhin geſagt worden, iſt offenbar, daß die Sicherheits-Bureaus keine gerichtlichen, ſondern

---

*) D. h. Nachts in kein Haus einzudringen, wenn nicht aus dem Innern des Hauſes ſelbſt dieſem widerſprochen und Hülfe herbeigerufen wird.

**) Damals commissaire du directoire exécutif genannt.

Verwaltungs-Behörden ſind, deren Beamten, eben ſo wie denjenigen vieler andern Verwaltungen (der Douanen z. B.) ein Recht, den Uebertretungen des Geſetzes nachzuſpüren und ſie anzuzeigen zuſteht. Außer denſelben ſind aber nach der Revolution durch das Geſetz vom 18ten März 1806 *), unter dem Namen conseils de prud'hommes beſondere Handwerks- oder Fabrikgerichte mit eigentlichen richterlichen Befugniſſen eingeführt worden. Der Zweck derſelben iſt indeſſen von dem der ehmaligen Zunftämter (jurandes) gänzlich verſchieden. Denſelben ſteht nämlich weder über die Fähigkeit der Arbeiter überhaupt, noch über die Streitigkeiten zwiſchen den Handwerkern und dem Publicum irgend eine Entſcheidung zu. Nach dem Sinne des Geſetzes (Art. 6) ſollen ſie vielmehr nur die kleinen ſich täglich zwiſchen den Fabrikherren und Arbeitern, ſo wie zwiſchen den Fabrikmeiſtern (chefs d'atélier), deren Geſellen und Lehrlingen ſich ergebenden Streitigkeiten zu vergleichen ſuchen, und wenn dieſes nicht gelingt, dieſelben bis zu einem Betrag von ſechszig Franken ohne Prozeßform und in letzter Inſtanz entſcheiden. Durch das angeführte Geſetz (v. 18ten März 1806) ward unmittelbar nur für die Stadt Lyon ein ſolches Gericht eingeſetzt; wobei indeſſen es (Art. 34, 35) der Regierung anheimgeſtellt ward, auch in andern Städten ähnliche Gerichte mit denſelben Befugniſſen niederzuſetzen. Zu Mitgliedern dieſer Gerichte konnten nur Fabrikherren und Fabrikmeiſter genommen werden. (Zu Lyon waren es fünf der erſtern und vier der letztern.) **) Jedes Jahr ſchied der dritte Theil der Mitglieder aus (Art. 4), doch konnten die Ausſcheidenden wieder gewählt werden (Art. 5).

Das Geſetz überließ es (Art. 2) der Regierung, über die Art, wie ſie gewählt werden ſollten, eine Beſtimmung zu treffen. Dieſelbe erfolgte bald durch das Decret vom 3ten Jul. 1806 ***). Demſelben gemäß wählen die Fabrikherren und eben ſo die Fabrikmeiſter der Stadt die Mitglieder aus ihrer Mitte. Das Handwerksgericht iſt in zwei Bureaus (ein beſonderes und ein allgemeines) getheilt. Das beſondere, aus einem Fabrikherrn und einem Fabrikarbeiter beſtehend, iſt das Vergleichs-Bureau. Es hält (Art. 7) täglich (von 11—1 Uhr) Sitzung. Alle Klagen zwiſchen Fabrikherren und Fabrikmeiſtern, ſo wie überhaupt zwiſchen Meiſtern und Geſellen müſſen zuerſt vor dieſes Bureau gebracht werden (Art. 7). Gelingt es demſelben nicht, die Sache zu vergleichen, ſo verweiſt es ſie, wenn die Summe, um welche es ſich handelt, nicht über 60 Franken *) beträgt, an das allgemeine Bureau, ſonſt an das Handels-Gericht oder überhaupt an den competenten Richter (Art. 8, 9). Die Handwerksgerichte ſind auch (Art. 10—13) beauftragt, bei Klagen über Diebſtähle der Handwerker und über alle Vergehen gegen die allgemeinen die Fabrikanten betreffenden Verordnungen die Sache zu unterſuchen, ein Protokoll darüber aufzunehmen und dieſes den Gerichten einzuſenden. Von allen beſondern Zeichen, die ein Fabrikant auf ſeine Waaren ſetzen will, muß er, wenn er ſich das Eigenthumsrecht ſichern will (Art. 15—19), einen Abdruck in dem Archiv des Handwerksgerichts niederlegen **). Im Fall einer Streitigkeit darüber ſtellt das Handwerksgericht dem Kaufmann ein Certificat und überhaupt ein Gutachten darüber aus; allein die Entſcheidung gehört den Handelsgerichten. Ueber die Handwerksgerichte ſind ſpäterhin noch viele Kaiſerliche Decrete erſchienen, wodurch deren in mehreren andern Städten eingeſetzt, aber auch die Attributionen derſelben überhaupt nicht unmerklich abgeändert worden ſind. Das wichtigſte darüber erſchienene Kaiſerl. Decret iſt vom 11ten Jun. 1809 (Desen. tom. VIII. p. 187) und den 20ſten Febr. 1810 in einer etwas veränderten Geſtalt ausgegeben. Es enthält eine ſehr ausführliche Beſtimmung über das Verfahren vor den Handwerksgerichten, welches dem vor den gewöhnlichen Gerichten faſt gleich iſt. Die Summe, worüber die Handwerksgerichte ſprechen, iſt Art. 23 ganz unbeſchränkt gelaſſen. Nur findet bei Sachen, deren Werth 60 Franken überſteigt, die Appellation an das Handelsgericht Statt. Hiermit muß man noch die Kaiſerl. Decrete v. 3ten Aug. und 5ten September 1810 verbinden (Desen. tom. VIII. p. 199, 84). Durch das erſtere (Art. 2) wird die Summe, über welche die Handwerksgerichte ohne Appellation entſcheiden, von 60 auf 100 Franken erhöht. Art. 4 gibt denſelben noch das Recht, wegen Unordnungen, die in den Werkſtätten vorfallen, und wegen grober Beleidigungen der Lehrlinge gegen ihre Meiſter, eine Gefängnißſtrafe von höchſtens drei Tagen zu erkennen. Das Decret vom 5ten September 1810 legt in gewiſſen Fällen den Handwerksgerichten (Art. 8, 9) auch die Gerichtsbarkeit in Klagen wegen nachgemachter Waarenzeichen bei.

---

*) Desen. cod. génér. tom. VIII. p. 166.

**) In andern Städten war dieſes anders geordnet. Man ſehe z. B. Art. 2 des Kaiſerl. Decrets über die Einſetzung eines conseils de prud'hommes zu Rouen vom 20ſten Jun. 1807. (Desen. tom. VIII. p. 171.)

***) Desen. tom. VIII. p. 170.

---

*) Durch das ſo eben angeführte Kaiſerl. Decret vom 3ten Jul. 1810 ward das Geſetz vom 18ten März 1806 in einem weſentlichen Puncte abgeändert. Nach Art. 12 des Decrets ſollten die Ausſprüche des Handwerks-Gerichts zwar innerhalb 24 Stunden provisoriſch vollſtreckbar ſeyn, aber die Appellation an das Handelsgericht Statt finden.

**) Aber auch zugleich beim Handelsgericht. Art. 7 des Kaiſerl. Decrets vom 11ten Jun. 1809 und Art. 18 des Geſetzes vom 22ſten Germin. J. 11. Desen. tom. VIII. p. 187, 66.

II. Die Domainen-Kammern (bureaux des finances). — Unter Domainen verſteht man nach den verſchiedenen Anſichten der Rechtslehrer alles Eigenthum, das entweder dem Staat oder dem Fürſten, als Oberhaupt des Staats, zugehört. Man genügt beiden Anſichten, wenn man daſſelbe Kroneigenthum (domaine de la couronne) nennt. In Frankreich zählte man ehmals dahin nicht allein alle der Krone gehörigen unbeweglichen Güter nebſt den ihnen anklebenden Gerechtſamen, ſondern zugleich alle dem Landesfürſten als ſolchem zukommenden Rechte, deren Ausübung irgend ein Einkommen abwarf, wie z. B. das Beſteuerungsrecht u. ſ. f. Gewöhnlich verſtand man indeſſen unter dem Wort Domainen daſſelbe, was man in Deutſchland unter Domainen und (nutzbaren) Regalien *) verſteht; ſo daß

---

*) Choppin. de Doman. Franciae lib. I. tit. II. N°. 6. „Illud intelligo Dominicum jus jus quod et utile, primitus sceptris addictum fuerit in necessarios regiae mensae aulaeve sumptus, et honorificum, ad summi imperii, et inclytae decus majestatis conservandum. Talia Fridericus I. Caesar pro tribunali in Rochaliis sedens pronunciavit Re-

die aus eigentlichen Abgaben ſich ergebenden Einkünfte nicht zu Domainen gerechnet wurden. Wirklich gab es im Anfange der Monarchie dieſer Abgaben auch keine oder nur wenige, ſo daß die Einkünfte des Königs und Staats vorzüglich in dem Ertrag derjenigen Ländereien, Forſten, Teiche u. ſ. f. beſtanden, die ihm bei der Theilung des eroberten Landes zugefallen waren, und die, als das zweite und dritte Königs-Geſchlecht zur Regierung gelangte, durch das ganze Privat-Vermögen dieſer Familien vermehrt ward, wozu bald eine Menge von Einkünften aus den nutzbaren Regalien kamen. Zur Verwaltung dieſes geſammten Vermögens waren ſeit den älteſten Zeiten der Regierung des dritten Geſchlechts eigene Beamten unter dem Namen Schatzmeiſter *) von Frankreich (trésoriers de France) beſtellt, welche ſchon früh ihren beſtändigen Sitz zu Paris erhielten. Das Amt dieſer Schatzmeiſter war anfangs eine bloße Commiſſion, die bald dieſem, bald jenem gegeben ward. Eben ſo veränderlich war die Zahl derſelben. Unter Philipp dem 3ten (dem Kühnen) ſcheint es nur einen Schatzmeiſter gegeben zu haben. Allein unter Philipp dem Langen machten dieſe Schatzmeiſter ſchon ein Collegium aus, welches einen beſondern Vorſteher oder Präſidenten hatte, der souverain establi pardessus les trésoriers hieß. Die Schatzmeiſter hatten nicht den Empfang der eingehenden Gelder, ſondern dazu waren eigene Caſſirer unter dem Titel: Wechsler des Schatzes (changeurs du trésor, campsores thesauri) beſtellt. Es gibt von dem eben angeführten König (Philipp dem Langen) mehrere wichtige Verordnungen (beſonders die vom 3ten Januar 1316 und vom 10ten Jul. 1318, Ordon. tom. I. p. 628, 656), woraus ſich die damalige

---

galia; i. e. Ducatus regales, Marchias, insignes comitatus, monetas, telonia, fodrum, vectigalia, portus, pedatica (peages) molendina, piscarias, ceteraque ex decursu fluminum manantia commoda, salifodinas; aurifodinas, seu quae aliae metallorum venis, terrâve effosso lapide, justa dominica liceat percipere.“ Dieſe Liſte ließe ſich übrigens noch ſehr vermehren. M. ſ. weiter unten.

*) Selbſt ſchon unter den Merovingern; indem Gregorius von Tours (Histor. Francor. lib. V. cap. 41) von einem thesaurarius Chlodovici ſpricht.

Einrichtung und der Geſchäftsgang der Schatzkammer deutlich erkennen läßt. Alle Einkünfte ohne Ausnahme wurden an den Schatz abgeliefert, und eben ſo alle Ausgaben durch dieſen bezahlt *). Dieſer ſelbſt ſollte, die gewöhnlichen und feſtſtehenden Ausgaben abgerechnet, nichts ausgeben als auf einen ſchriftlichen Befehl des Königs, oder des Präſidenten der Schatzkammer **). Die Schatzmeiſter mußten alle Jahre zweimal Rechnung ablegen ***) und jeden Monat ward dem König Bericht über den Stand des Schatzes abgeſtattet. Einmal im Jahr legte der Rechnungshof ihm den Zuſtand der Finanzen vor (ibid. art. 3, 4)

---

*) Ordon. d. 10. Juil. 1318 art. 7 „Toutes manières de receptes vendront au trésor. Et seront payez audit tresor touttes manières de despens fiez, aumusnes et gages en la maniere ancienne, et nulle assignation ne sera faite hors que sus le trésor dessusdit."

**) Ibid. art. 9 „Nulle dellivrance de deniers ne sera faite au tresor, ne més que des rentes deues d'ancienneté, et du droit ordinaire, se ce n'est par nos lettres, ou du souverain establi pardessus les tresoriers. Et se nous ou le souverain pardessus les tresoriers establi commanderons par bouche aux tresoriers dessus diz, qui seront en nostre presence, ce que on verra qui sera à faire. Touttesfois li Tresoriers auront lettres, ou cedulles de nous, ou du pardessus euls estably, de ce qui leur aura esté commandé, aussi bien comme se il estoient en leur absence, afin de ce que il puissent rendre compte bon et loyal, touttesfois que besoin sera en temps et en lieu."

Ibid. art. 10. „Nul tour de comptes ne se fera par lettres, ne par cedulle, hors par la cedulle des gens de nos Comptes. Et jureront les Clers du tresor, sur saintes Evangilles, à paine de perdre leur service, que riens il n'ecriront au tresor de recette, ne de depenses se elle n'est faite par les Changeurs du Tresor, en la maniere que dessus est dit." — Nach der Verordnung Carls des Schönen vom November 1323 (Ordon. tom. I. p. 776) Art. 11 ſollte es nur einen Wechsler des Schatzes geben welcher jede Woche ein ſchriftliches Verzeichniß, wie viele, Münzen und zu welchem Preis er eingenommen und ausgegeben hatte, einreichen mußte.

***) Ibid. art. 5 „Nos Tresoriers, et les gens de nos hostiex compteront chacun an deux fois."

Den Schatzmeiſtern kam außer der Verwaltung der Domainen noch eine wichtige Befugniß zu: ſie urtheilten nämlich über alle Rechtsſtreitigkeiten, die über Domainenſachen entſtanden. Späterhin indeſſen (gewiß ſchon im J. 1390) *) waren beſondere Beamte (welche man ſpäter Räthe des Schatzes, conseillers du trésor, nannte) mit der Handhabung der Juſtiz in Domainenſachen beauftragt. Allein dieſes wechſelte mannigfaltig, ſo daß im J. 1400 die Stellen dieſer für die Verwaltung der Gerechtigkeit insbeſondere angeſtellten Schatzmeiſter aufgehoben **), den

---

*) Es gibt darüber eine beſtimmte Verordnung Carls des 6ten vom 11ten April dieſes Jahres 1390 „Charles par la grace de dieu etc. . . . . comme de pieça nous ayons ordonnez et instituez nos thresoriers pour le fait et gouvernement de nostre domaine nos amez et féaux Nicolas de Mauregard, Jean Saulnur et Mathieu de Linieres . . . . et aussi pour aider à supporter à nos thresoriers dessus nommez les très-grands faix et charges qu'ils ont eu au temps passé du fait et exercice dudit office, tant au gouvernement, administration et distribution des deniers de nostredit domaine comme de causes, altercations et debats touchands icelui domaine, dont il a en nostre thresor tres-grande multitude et quantité, nous ayons n'agueres faits et constituez nos thresoriers avec les dessusdits nos amez et feaux maistres Guy Chrestien et Pierre de Mets, ainsi que par nos autres lettres sur ce faites peut plus à plein apparoir. Scavoir faisons, que par grand advis et mure déliberation de nostre conseil, nous avons ordonné, voulons et ordonnons par ces presentes, que lesdits Nicolas de Mauregard et Mathieu de Linieres vacquent et entendent principaument et nuls autres au fait de l'administration, gouvernement et distribution des deniers de nostre domaine et lesdits Jean Saulnier, Guy Chrestien et Pierre de Mets au faict et exercice de justice, et à l'expedition des causes, procez et debats dessusdits, pour laquelle chose eux feront et exerceront continuellement leurdit office en nostre dit thresor à Paris etc. Die Urkunde findet ſich vollſtändig in dem Recueil de plusieurs Edicts, lettres patentes . . . . arrests, sentences, jugemens et autres pieces et titres concernants le pouvoir etc. jurisdiction de la chambre du thresor, welche den Werken von Bacquet (edit. 1640 Paris fol.) beigefügt iſt.

**) Die Ordonnanz vom 7ten Januar 1400 (verkündigt im Parlament und in der Oberrechenkammer d. 11ten deſſelben übrigen aber freigeſtellt ward, bei ſchwierigen Rechtsfragen ſich bei den Mitgliedern des Parlaments oder der Oberrechenkammer Raths zu erholen. Nur kurze Zeit darauf (im Januar 1403) ward aber in der Perſon des maistre Mathieu Dubose Conseiller du Roy nostre sire ein beſonderer Schatzmeiſter für die Verwaltung der Gerechtigkeit ernannt, deſſen Beſtallungsbrief Bacquet aus den Regiſtern der Domainenkammer ausgezogen und in dem in der vorletzten Note angeführten Recueil (p. 5) mitgetheilt hat. Den 7ten Januar 1407 erſchien aber ſchon wieder eine neue Verordnung (Bacquet ibid. p. 8), wodurch die Zahl der Schatzmeiſter auf zwei feſtgeſetzt und zugleich beſtimmt ward, daß ferner keine beſondern Schatzmeiſter für die Verwaltung der Gerechtigkeit in Domainenſachen mehr beſtellt werden, ſondern die gewöhnlichen Schatzmeiſter ſich bei ſchwierigen Rechtsfragen an das Parlament und die Oberrechenkammer wenden ſollten. Die Schatzmeiſter, welche meiſtens keine Rechtsgelehrten waren, und wahrſcheinlich nicht täglich das Parlament u. ſ. f. behelligen wollten, ergriffen das Mittel, beſtimmte Rechtsgelehrte zu beauftragen, um in ihrem Namen die Prozeſſe in Domainenſachen zu entſcheiden. Bacquet theilt nämlich in der eben angeführten Schrift S. 8 aus den Regiſtern des Schatz-

---

Monats) (Ordon. d. Louv. tom. VIII. p. 405) enthält Art. 13 „Idem avons ordonné et voulons que pour le gouvernement de toutes nos finances, venans en quelque manière que ce soit de nostre domaine de tout nostre Royaume, tant des partes de Langdoyl, comme de celles de Languedoc, nous aurons seulement deux thresoriers, ainsi comme anciennement souloit estre, et avons ordonné que nos amez et feaux Miles Baillet et Maistre Guy Chrestien, qui paravant estoient audoit office, y demeurent, et auront lesdits deux thresoriers leurs gages ordinaires sans aucuns dons, et auront la cognoissance de toutes choses appartenantes à nostre thresor à Paris et n'y aura plus aucuns thresoriers sur la justice: et s'il survient aucunes doubtes en la chambre de nostredit thresor, nosdits thresoriers pourront avoir recours à nos gens de nos chambres du parlement et des comptes, et appeller de nos conseillers de nosdites chambres, pour les conseiller en ce qu'ils auront à faire.

amts v. J. 1408 folgenden Auszug über die Zahl und die Namen der Beamten derſelben mit.

Illi erant tunc (1408) thesaurarii regis
Dominus Theobaldus Dechantemente miles
Et Ioannes de Campana

*Et pro eorum jurisdictione exercenda ab ipsis erant deputati*

Magister Auberius de Tria
Magister Jacobus de Furno
Magister Ioannes Memart junior } in Parlamenti curia advocati.

Den 17ten Mai deſſelben J. 1408 ernannte der König *) den Parlaments-Advocaten, maistre Jacques du Four, welcher ohne allen Zweifel der nämliche mit dem ſo eben angeführten Jacobus de Furno iſt, zum Rath des Schatzes (Conseiller en nostredit tresor) welcher Titel hier zum erſtenmal vorkommt. Der König ſagt in dem Beſtellungsbrief, daß, da der genannte Jacques du Four ſchon ſeit einigen Jahren aus Auftrag und mit Bewilligung der Schatzmeiſter bei der Einleitung und Entſcheidung der bei dem Schatzamt ſchwebenden Prozeſſe mitgewirkt, und dabei großen Eifer und Kenntniſſe bewieſen, ſo wolle er, daß derſelbe bei dem Schatzamt bleibe „pour conseiller et *aider* à voir, visiter et juger lesdites causes et procez." Den eigentlichen Schatzmeiſtern blieb alſo ihr Recht bei Entſcheidung der Domainen-Prozeſſe mitzuwirken ungeſchmälert. Sie hielten indeſſen beſondere Sitzungen für Verwaltungs- und beſondere für Juſtizſachen **). Bei den letztern wurden zwar die Räthe

---

*) M. ſ. die Urkunde bei Bacquet S. 10.

**) Extrait desdits registres (de la chambre du tresor) du 13. Fevr. 1413. (Bacquet l. c. p. 15.) „Aujourdhui en la chambre de la finance pardevant Messieurs Ro de Dampmartin et Robert de Thuillieres, Thresoriers, M. Jean Dolé a requis pour M. Laurens Bonnery, Maistre Jean de Bourray, Maistre Pierre Levesque, Prestres, Maistre Macé Lucas et Philipin de Heris, tous presens, que messieurs leurs voulsisent faire delivrer leurs biens, qu' ils avoient fait arrester sans commission, si comme disoit ledit Dolé. A quoy Messieurs ont respondu qu'assez tost *ils croient tenir jurisdiction en la chambre de la justice, et la ils les orroient volontiers et leur feroient raison:* et ce fait lesdits dessuz nommez de l'arrest et empeschedes Schatzes zugezogen. Allein die Schatzmeiſter waren gleichſam die Präſidenten des ſo gebildeten Collegiums *). Die Zahl dieſer Räthe der Schatzkammer ward, ſo wie die Geſchäfte zunahmen, ebenfalls vermehrt. Carl der 8te ſetzte ſie durch ſein Edict vom 13ten Auguſt 1496 **) auf fünf feſt, Franz d. 1ſte vermehrte ſie im J. 1543 ***) bis auf acht. Durch ein ſpäteres Edict ſetzte er bei derſelben einen allgemeinen und beſondern Stellvertreter (lieutenant général et particulier) ein, wodurch ihre Organiſation derjenigen der übrigen Gerichte gleich ward. Schon ſehr früh nämlich befand ſich auch ein Staatsprocurator, ſo wie ein Königlicher Advocat bei derſelben. Anfangs verſah der General-Procurator des Parlaments in eigener Perſon dieſelbe Stelle auch bei der Schatzkammer (ſo wie bei dem Rechnungshof). Im Jahre 1388 †) fing er an andere (ſogenannte Subſtitute) mit der Wahrnehmung dieſer Functionen zu beauftragen. Allein Carl der 7te ernannte durch ſein Patent vom 23ſten December 1454 einen beſondern Beamten, um das öffentliche Miniſterium ſowohl in der Schatzkammer als bei dem Rechnungshof wahrzunehmen, welche Stelle im J. 1459 wieder in zwei getheilt ward, ſo daß jedes der beiden Gerichte ſeinen beſondern Staatsprocurator erhielt. Die Stelle des königlichen

---

ment de leursdits bien ont appellé en parlement.“ Der genannte Dolé war offenbar der Anwalt, der für die andern auftrat.

*) So heißt es in dem Edict Franz des erſten, gegeben zu St. Germain im März 1522 (Bacquet l. c. p. 33) „ . . . En laquelle chambre (du tresor) nos amez et feaux les tresoriers de France, qui sont ceux qui ont le principal regard, gouvernement et administration d'iceluy domaine, et des deniers, revenus et es molumens qui en proviennent, ont *le principal siege*, et se trouvent et assemblent avec les conseillers dudit thresor, advocat et procureur etc.“

**) Bacquet p. 27.

***) idid. p. 44. Findet ſich auch auch bei Rebuffe.

†) M. ſ. die Vorrede v. Bacquet zu ſeiner nun ſchon oft angeführten Schrift, worin man überhaupt eine vollſtändige Geſchichte der chambre du tresor bis zu ſeiner Zeit findet.

Advocaten war (nach Banquet) bei der Schatzkammer eben ſo alt als die der Räthe, und beſtand bis zur Aufhebung der Kammer ſelbſt. (Durch die Revolut.) Es gab überdem, wie ſich von ſelbſt verſteht, mehrere Gerichtsſecretaire, Huiſſiers u. ſ. f. bei dieſem Gericht. Die Advocaten und Anwälte des Parlaments verſahen von je her dieſelben Functionen auch bei der Schatzkammer. Von den erſten Zeiten an erſtreckte ſich die Gerichtsbarkeit der Schatzmeiſter von Frankreich und eben ſo die der Schatzkammer über das ganze Reich. Allein dieſelbe erlitt durch das Edict Franz des Erſten (gegeb. zu Cremieu i. J. 1536) eine außerordentliche Beſchränkung. Art. 1 deſſelben gab den Amtmännern und Seneſchallen und den Richtern, von welchen unmittelbar an die Parlamente appellirt ward, (jedem in ſeinem Gerichtsbezirk) das Erkenntniß in allen Streitigkeiten über ſolche Domainenſachen, wobei der Staatsprocurator Hauptparthei war. Doch ſollte die Gerichtsbarkeit der Kammer des Schatzes von Paris dabei ungeſchmälert bleiben (la jurisdiction toutesfois de la chambre du thresor à Paris demeurant en son entier); welches man ſo verſtand, daß die Schatzkammer nur das Concurrenz- und Preventions-Recht mit dem genannten Beamten behielt. Durch ein näheres Edict vom Febr. d. J. 1543 *) ward aber der Kammer des Schatzes die völlige und ausſchließliche Gerichtsbarkeit in Domainenſachen für zehn,

---

*) Dieſes Edict, welches man in der Sammlung von Rebuffe fol. CCCXIII. p. 2 findet, iſt für die Gerichtsbarkeit und zur Kenntniß der innern Verhältniſſe der Schatzkammer ſehr wichtig. In der Einleitung heißt es: Comme il soit ainsi que la chambre de nostre thresor en nostre palais à Paris, ait este par noz predecesseures Roys, de bonne et recommendable memoire, anciennement instituée et establie pour avoir la cognoissance et regard par concurrence et prevention, avec tous les autres juges ordinaires de nostre Royaulme, sur les differents, causes et procez qui se peuvent mouvoir, pour raison des droicts du domaine de nostre couronne. En laquelle chambre noz amez et feaulx, les thresoriers de France, qui ont le gouvernement et administration de nostredict domaine president et adsistent ordinairement en la compagnie de noz conseilliers, advocat et procureur en icelle chambre,

nahe bei Paris gelegenen Amtmannſchaften [au dedans des fins et limites de nostre prevosté et vicomté de Paris, et des bailliages de Senlis, Melun, Brye comté robert, Estampes, Dourdan, Manté et Meullant, Beaumont sur Oyse, et de Crespy en Vallois] *) wiedergegeben, welches Recht ihr auch von Ludwig dem 13ten und 14ten von neuem beſtätigt und auf die ganze Generalität von Paris ausgedehnt worden iſt. Durch das Edict Ludwigs des 14ten vom März 1693 erlitt die Schatzkammer noch eine weſentliche und letzte Veränderung. Durch die Errichtung der Generalitäten und Finanz-Bureaus, (wovon ſogleich ein Näheres) waren die Schatzmeiſter (tresoriers) zu Paris der dortigen Schatzkammer faſt ganz fremd geworden, und hatten ſich einzig auf die Verwaltung der Domainen beſchränkt. Durch das genannte Edict wurden die Stellen des General- und beſondern Stellvertreters aufgehoben, und die Schatzmeiſter von Frankreich mit den Mitgliedern der Schatz-

---

pour faire et administrer justice à toutes personnes la requerant esdictes matieres etc." Dieſem gemäß hätte Art. I. des Edicts von Cremieu faſt nichts Neues verordnet, ſondern nur den alten Gebrauch wieder hergeſtellt. Auch war es nicht wohl möglich, daß die Domainenkammer von Paris der Entſcheidung aller Domainenproceſſe genügte. Sie mußte ſehr zufrieden ſeyn, wenn die Amtmänner ſie zum Theil an ſich zogen. Sehr häufig wurden auch beſondere Commiſſarien ernannt, um gewiſſe Domainenſachen zu entſcheiden. Das Edict v. Febr. 1543, wovon wir hier reden, ſagt ausdrücklich, daß „. . . . par les commissions particulières, qui ont esté cidevant par nous decernées et expediées par importunité de requerans pour les reunions de nostredict domaine etc. und eben ſo par ambition qu'ont eue aucuns de noz juges de croistre et augmenter la leur [jurisdiction] ſey große Verwirrung entſtanden.

*) Als Beweggrund wird in dem angeführten Edict v. J. 1543 angegeben „Pour la suspicion que le on peult avoir d'aucuns noz juges et officiers des autres jurisdictions et bailliages, estant leplussouvent pensionaires ou alliez des entrepreneurs ou usurpateurs sur icelluy nostre domaine, contre lesquelz, pour raison de ce, procez se meuvent et intentent etc."

kammer von Paris zu einem einzigen Kollegium vereinigt, dem ſowohl die Verwaltung der Domainen, als die Entſcheidung der darüber entſtehenden Proceſſe übertragen ward. Es war zwar für dieſe beiden Gegenſtände in zwei Kammern getheilt, wovon die für die Verwaltung das Finanz-Büreau und die für die Juſtiz die Domainenkammer genannt ward. Allein die nämlichen Räthe dienten abwechſelnd, ein halbes Jahr um das andere, in der einen und andern Kammer. Dem ganzen Kollegium war durch das erwähnte Edict ein Präſident vorgeſetzt, und überdem für jede Kammer ein beſonderer Staatsprocurator und königl. Advocat beſtellt. Dieſe waren verpflichtet, in Domainenſachen das königl. Intereſſe wahrzunehmen, und alle zur Erhaltung deſſelben nöthigen Schritte zu thun *).

Das Edict von Cremieu, welches die Entſcheidung der Domainen-Prozeſſe zum Theil an die Amtmänner übertrug, ließ den Gerichtsbezirk der Schatzkammer von Paris im Ganzen ungeſchmälert. Allein ein Edict Ludwigs des 13ten v. April 1627 übertrug die Entſcheidung der Domainenprozeſſe, die in den Provinzen vorfielen, an die Finanz-Bureaus, deren in jeder Generalität Eines beſtellt war **), und von deren Urſprung wir Einiges ſagen wollen.

Unter dem König Johann (reg. v. J. 1350—1364) wurden zur Vertheilung und Beitreibung der beſondern, ihm von den drei Ständen bewilligten Steuern, von jeden Stand drei Abgeordnete gewählt, wovon in der Folge noch näher geredet werden ſoll. Dieſe Commiſſarien, welche den Titel General-Steuer-Directoren (généraux sur le fait des aides) erhielten, wurden nicht lange nachher beſtändige Beamten, die der König ernannte. Sie waren nicht allein mit der Vertheilung und Verwaltung dieſer Einkünfte beauftragt, ſondern übten auch in Steuerſachen die Gerichtsbarkeit, und zwar in letzter Inſtanz, aus. Ungefähr um das Jahr 1371 fanden die Generalſteuerdirectoren es zur beſſern Ueberſicht der Geſchäfte angemeſſen, daß Jedem von Ihnen gewiſſe Provinzen zugewieſen wurden, um die Aufſicht darin auszuüben. Das ganze Reich, wie es damals beſtand, ward zu dem Ende in vier Theile, nämlich in Languedoc, Languedui, in das Land jenſeits der Seine und Yonne, und in die Normandie getheilt. Dieſes war der erſte Urſprung der Generalitäten, worin Frankreich ſpäterhin (und zwar bis zur Revolution) in Beziehung auf die geſammte Domainen- und Finanz-Verwaltung eingetheilt war *). Franz der Erſte (reg. v. J. 1515—1547), welcher durch ſein Edict

---

*) Nach der ordonn. d. 1667 tit. XXXV. art. 36 mußte in Domainen-Sachen, ehe die Acten auf dem Bureau niedergelegt wurden, der Staatsprocurator in die Rathskammer berufen, und befragt werden, ob es keine anderen Acten und Urkunden mehr gäbe. In dem Urtheil mußte ausdrücklich erwähnt werden, daß dieſes geſchehn ſey. Sonſt konnte man gegen das Urtheil, wenn es in letzter Inſtanz erlaſſen war, durch die requête civile angehn.

**) Das Edict fand Anfangs großen Widerſtand von Seiten der Gerichte, ward aber endlich ſeinem weſentlichen Inhalte nach angenommen.

---

*) Es gab dieſer Generalitäten zuletzt (vor der Revolution) 32, . . . 20 in den Landestheilen, die man pays d'élection nannte, und 6 in den pays d'état, wozu noch ſechs in den ſogenannten pays conquis kamen, nämlich in den pays d'élection 1) Paris; 2) Chalons; 3) Soiſſons; 4) Amiens; 5) Bourges; 6) Tours; 7) Orleans; 8) Rouen; 9) Caen; 10) Alençon; 11) Poitiers; 12) Limoges; 13) La Rochelle; 14) Bordeaux; 15) Montauban; 16) Lyon; 17) Riom; 18) Moulins; 19) Grenoble; 20) Pau und Auch; ferner in den pays d'état 21) Rennes; 22) Dijon; 23) Aix; 24) Beſançon; 25) Montpellier; 26) Toulouſe; in den pays conquis 27) Perpignan; 28) Metz (die drei Bisthümer Metz, Toul und Verdün); 29) Valenciennes; 30) Nancy; 31) Strasburg; 32) Lille. Jeder dieſer Generalitäten ſtand ein Intendant vor. Nur Montpellier und Toulouſe ſtanden unter Einem Intendanten. Die Zahl dieſer Generalitäten wird häufig, ſelbſt in beſſern Schriften (z. B. der Encyclopedie, auch Merlin Repert. art. généralité unrichtig zu 26 oder 25 angegeben, weil die Generalitäten der pays conquis nicht mitgerechnet, und hin und wieder die Generalitäten Montpellier und Toulouſe, die denſelben Intendanten hatten, nur für Eine gezählt worden. Das Richtige findet man in dem Diction. geograph. par La Martiniere, und vorzüglich bei Necker de l'administrat. des Finances Paris 1784 Tom. I. chap. 11 p. 228, wo die finanziellen Hülfsmittel jeder Generalität umſtändlich

v. J. 1543 die Oberſteuerdirectoren zu einem Collegium (der Oberſteuerhof (cour des aides) vereinigte, beſtellte in den verſchiedenen Provinzen 16 General-Empfänge (recettes générales) ſowohl für die Steuern als andern Einkünfte. Deſſen Sohn, Heinrich der Zweite, ernannte für jeden General-Empfang auch einen Generalſteuerdirector und einen Schatzmeiſter von Frankreich, wovon der erſtere die Oberaufſicht über die Beitreibung und Vertheilung der Steuern, der andere über die Verwaltung der Domainen hatte. Er vereinigte ſpäter dieſe beiden Stellen zu einer einzigen, und gab dem Beſitzer den Titel: General-Schatzmeiſter von Frankreich (trésoriers généraux de France), oder Schatzmeiſter von Frankreich und General-Directoren der Finanzen (trésoriers de France et généraux des finances). Sein Sohn, Heinrich der Dritte, ſetzte, um die Geſchäfte derſelben wahrzunehmen, i. J. 1577 in jeder Generalität ein eigenes Collegium, unter dem Titel Finanz-Bureau ein, deſſen Mitglieder Schatzmeiſter von Frankreich genannt wurden. Dieſen Finanz-Bureaus oder Schatzmeiſtern von Frankreich ward nun durch das ſchon angeführte Edict Ludwigs des 13ten die Gerichtsbarkeit in Domainenſachen übertragen. Ueberhaupt hatte von dem Tag dieſes Edicts an bis zu den letzten Zeiten jedes dieſer Finanzbureaus in ſeiner Generalität dieſelben gerichtlichen und adminiſtrativen Befugniſſe, wie die Schatzmeiſter und die Domainenkammer von Paris. Sie waren ebenfalls in zwei Kammern, eine für die Verwaltung und eine für die Juſtiz getheilt. Dieſe Trennung war ebenfalls nur ſcheinbar, indem dieſelben Mitglieder abwechſelnd in der einen und andern Kammer ſaßen. Der Wirkungskreis dieſer Finanzbureaus erſtreckte ſich in Verwaltungsſachen faſt auf Alles, was in Frankreich unter dem Wort Domainen begriffen ward, alſo auf alle Einkünfte, die ſich aus den eigentlichen Domainen, ſowie aus den Hoheits-Rechten, dem Abzugs-Recht (aubaine) *),

---

angegeben werden. Ganz kurz vorher war die Generalität Pau und Auch in zwei getheilt worden (p. 235), wodurch noch eine Generalität hinzukam. Man ſehe nach chap. 12.

*) Jus albanagii est jus regis vel domini alicujus loci in peregrinorum decedentium bonis vid. Ducange ad. voc. albanagium, und beſonders Bacquet Traité du droit d'Aubaine.

dem Auffangen von herrnloſem oder vom Meer ausgeworfnem Gut (èpaves) *) aus dem Recht die unehlichen Kinder, welche keine geſetzmäßigen Nachkommen hatten, und eben ſo alle diejenigen überhaupt zu beerben, welche ohne Teſtament und ohne geſetzmäßige Erben zu hinterlaſſen, ſtarben (bâtardise et deshérence); ferner aus dem Lehnhaus (cens) **) und den Lehns-

---

*) Unter èpaves verſtand man eigentlich herumirrende flüchtige Thiere (animalia pavida, pavefacta), von welchen man nicht wußte, wem ſie zugehörten. Carl der Fünfte befahl in ſeiner Verordnung v. J. 1373 (zum Vortheil der Stadt Angouleme; Ordon. d. Louv. tom. V. p. 681): „art. 5 que qui conque trouvera bestes espaves, les doibvent amener au Maire, affin de la rendre à cellui à qui elle sera obées qui en facent foy, et monstrent par gens creables.“ Ja ſogar Menſchen wurden zuweilen zu den espaves gerechnet. Bacquet in ſeiner Abhandlung du droit d'Aubaine theilt Chap. III. einen Auszug aus den Regiſtern der Oberrechenkammer mit, wo unter andern (N° 20) geſagt wird „Espaves sont hommes et femmes naiz dehors le Royaume de si loingtains lieux, que l'on n'en peut au Royaume avoir recognoissance de leurs nativitez. Et quand ils sont demourans au Royaume, peuvent estre dicts espaves.“ — Gewöhnlich ward indeſſen unter dem Namen èpave dasjenige verſtanden, was das Meer auswarf. In der Normandie ward dieſes „Varech“ genannt.

**) Wenn der Beſitzer eines adelichen Lehns Jemand irgend einen Theil Land gegen die Erlegung einer unveränderlichen jährlichen Abgabe abtrat, ſo hieß dieſe Lehnzins (cens, census). Sie ward gewöhnlich in Früchten, zuweilen auch in Geld bezahlt. Im letztern Fall hieß ſie „croix cens“ (Kreuzerzins), weil ehmals die Münzen auf einer Seite mit einem Kreuz bezeichnet waren. Man muß auch ſelbſt in dem letztern Fall den Lehnzins (cens) nicht mit den rentes constituées (redditus) verwechſeln, welche ganz die Natur von Zinſen, die für ein Darlehn bezahlt wurden, hatten, und wovon N°. VII. bei den Münzgerichten noch näher geredet werden ſoll. Der census ſowohl als die redditus beſtanden ſeit uralten Zeiten. Schon in einer Verordnung Philipps des Schönen vom 24. Junius 1303 (Ordon. tom. I. p. 378) wird derſelben (tam reddituum quam censuum et aliorum debitorum) als einer gewöhnlichen Sache erwähnt. Ein mit einem Lehnzins beſchwertes Gut ward als unadelich (roturier) angeſehn. Umgekehrt gefällen überhaupt, die bei jedem Wechſel des Vaſallen entwedurch Vererbung, wenn die letztere anders als in gerader, auf- oder abſteigender Linie oder durch Verkauf oder eine andere, einem Verkauf gleichgeltende Art geſchah, oder endlich, wenn ein Unadelicher ein adeliches Gut erwarb *), entrichtet wurden; die aus dem Mühlzwang (bannalité), den Meſſen

---

konnte nur der Eigenthümer eines adelichen Lehns ein Grundeigenthum einem andern mit der Verpflichtung einen Lehnzins zu geben überlaſſen (donner à cens). Der Lehnzins war nicht nothwendig ablösbar. Die Verpflichtung denſelben zu entrichten, klebte dem damit belaſteten Gut ſo an, daß bei dem gerichtlichen Verkauf des letztern, der directe Eigenthümer zur Sicherung ſeiner Rechte ſich gar nicht zu melden brauchte. Der Betrag des Lehnzinſes war ſpäterhin durch Umſtände, wovon in der Folge noch näher geredet werden ſoll, ſo herabgeſunken, daß man ihn in den letzten Zeiten nicht mehr als ein Einkommen, ſondern nur als ein Anerkenntniß des directen Eigenthums anſah. Man ſehe über die ziemlich verwickelte Jurisprudenz des Lehnzinſes und der beſtimmten Renten bei Ferriere (Dict. d. D.) die vortrefflich bearbeiteten Artikel cens und rentes constituées. — Noch gab es eine andere Abgabe in Frankreich, die unter dem Namen champart oder terrage agrier bekannt war. Derjenige, der einen mit dieſer Abgabe beſchwerten Acker beſaß, mußte einen beſtimmten Theil ($\frac{1}{12}$, $\frac{1}{10}$ u. d. g.) der darauf erzeugten Früchte, ehe er ſie vom Felde in ſeine Scheune brachte, an den directen Herrn abgeben. Dieſe Abgabe hatte alſo die größte Aehnlichkeit mit dem Zehnten. Sie ward gewöhnlich erſt nach Wegnahme des letztern und nur von dem Reſt erhoben. Dieſe Abgabe war in einigen Provinzen ein grundherrliches Recht (droit seigneurial) in andern eine auf dem Boden haftende Laſt (ein Grundlaſt droit foncier).

*) Die Abgabe ward nach Verſchiedenheit der hier angeführten Fälle rachat ou relief; quint et requint; franc-fief genannt. Ueber die nähere Bedeutung dieſer Ausdrücke, deren Erklärung hier zu weitläufig wäre, ſehe man bei Ferrier. Dict. d. D. die einzelnen Artikel. Die Abgabe, die bei dem Verkauf eines Lehnzins-pflichtigen Guts an den directen Herrn bezahlt werden mußte, ward „lots et ventes“ genannt.

und Märkten (foires es marchés), Zöllen, Wegegeldern, Gerichtsgebühren u. ſ. f. ergaben, welche Einkünfte indeſſen faſt alle (an die ſogenannten General-Pachter) verpachtet waren *). Die Mitglieder der Finanzbureaus machten von Zeit zu Zeit eine Rundreiſe (chevauchée), um ſich von dem Zuſtand der königlichen Gebäude, Palläſte, Gefängniſſe u. ſ. f. und auch der Landſtraßen zu überzeugen und für die nöthige Verbeſſerung zu ſorgen. — Auch die Vertheilung der Steuern im Großen gehörte zum Theil zu ihrem amtlichen Wirkungskreis. Jährlich wurden Ihnen die Steuer-Rollen für die ganze Generalität zugeſtellt. Sie vertheilten dieſelben unter die Bezirke der einzelnen

---

*) Die eigentliche Bewaltung (régie) der Domainen hatten dieſe General-Pachter, ſo daß die Geſchäfte der Finanzbureaus ſich in dieſer Hinſicht faſt nur auf die Oberaufſicht erſtreckten. Necker (De l'administrat des finances tom. I. p. 16) ſagt hierüber Folgendes, woraus ſich zugleich näher ergibt, was man in Frankreich zuletzt eigentlich unter Domainen verſtand. „Les recouvremens confiés à l'administration des domaines, proviennent principalement des droits sur le contrôle et l'insinuation des actes, des droits de greffe et d'hypothèque, du droit de centiéme denier sur la vente des immeubles, de la taxe particulière sur l'acquisition des biens nobles par les roturiers (impôt connu sous le nom de franc-fief), des droits dûs sur les immeubles vendus aux corps et communautés qui n'ont pas la faculté de s'en défaire [droit d'amortissement], des droits de péage appartenants au roi etc. Enfin la même régie percoit encore le produit des ventes des bois appartenants au Souverain, le revenu de ses autres domaines fonciers, et les droits casuels dûs à la mutation des biens qui relevent de ses seigneuries. Ces divers recouvrements, y compris les derniers sols pour livre, et independamment de quelques petits droits abonnés, doivent s'élever aujourdhui entre 52 et 53 millions (par an). — Unter den hier angeführten Gegenſtänden gehörten die Forſten weder zu dem adminiſtrativen noch dem gerichtlichen Geſchäftskreis der Finanzbureaus. Die Einkünfte aus den eigentlichen Domainen, die Waldungen abgerechnet, betrugen nur 15,000,000 Livres. M. ſ. w. unten. Necker ſchlägt an der angeführten Stelle (tom. I. p. 17) den Ertrag derſelben nebſt dem der Lehngefälle und der Forſten zu eilf bis zwölf Millionen an.

Steuergerichte (élections), welche letztere die weitere Vertheilung unter die einzelnen Pfarreien beſorgten. Die Finanzbureaus ließen allen Rechnungs-pflichtigen Beamten (comptables) den Etat ihrer Ausgaben und Einnahmen zukommen, und unterſuchten vorläufig die Richtigkeit ihrer Rechnungen, welche ſpäter von der Oberrechenkammer (chambre des comptes) definitiv feſtgeſetzt wurden. Die Rechnungspflichtigen ſtanden überhaupt unter den Finanzbureaus. Dieſe hatten ſogar die Gerichtsbarkeit über die Rechnungsbeamten, ſo lange dieſe ihre Rechnungen vor der Oberrechenkammer nicht abgelegt hatten. Die Finanz-Büreaus empfiengen die Cautionen derſelben, und ließen, wenn ſie ohne Rechnung abgelegt zu haben ſtarben, die Siegel bei Ihnen anlegen. Alle, welche bei dem König zu Lehn giengen, mußten, wenn ſie demſelben den Huldigungs-Eid geleiſtet hatten, dieſes bei dem Finanzbureau anzeigen, und dort eine beglaubigte Abſchrift dieſes Acts mit der Anzeige von Allem, was ſie von dem König beſaßen und ihm zu entrichten ſchuldig waren, niederlegen u. ſ. f. Alle Geſchenke und Gnaden, die der König bewilligte, jede Adels-Verleihung, Legitimation u. ſ. f. ward auf dem Secretariat der Finanzbureaus einregiſtrirt. Die Gerichtsbarkeit derſelben erſtreckte ſich faſt auf die nämlichen Gegenſtände, wie ihre Verwaltung. Insbeſondere hatten ſie auch die Polizei und obere Aufſicht über die großen Heerſtraßen (la grande voirie); worunter man ſowohl die Befugniß Verordnungen über die Anlage, Richtung und Breite der Straßen u. ſ. f. zu erlaſſen, als auch die alle, welche die Straße beſchädigten, ſperrten u. dgl., zu beſtrafen verſtand. Dieſes veranlaßte indeſſen viele Conflicte der Finanzbureaus mit den Obergerichtsherrn und den Magiſtraten verſchiedener Städte, welche innerhalb ihres Grundgebiets oder der Städte, denen ſie vorſtanden, auf daſſelbe Recht Anſpruch machten. Es iſt indeſſen unmöglich hier in dieſe Materie, die allein eine beſondere Abhandlung erforderte, näher einzugehen. Wir verweiſen daher den Leſer auf Merlin. Repert. art. voirie und chemin (grand). Im letzten Abſchnitt wird übrigens noch Etwas von der Art, wie es unter der Republik und der kaiſerl. Regierung in dieſem Punct gehalten ward, vorkommen.

Ausgenommen von der Gerichtsbarkeit der Finanzbureaus waren insbeſondere Klagen und Streitigkeiten in Steuerſachen, worüber eigene Gerichte entſchieden. Daſſelbe gilt auch für Forſtſachen und noch einige andere Gegenſtände, wie aus dem Folgenden näher erhellen wird. Nach dem Edict Ludwigs des 13ten v. April 1627 urtheilten die Finanzbureaus bis zu einer Hauptſumme von 250 Livres und bis zu 10 Livres Renten in letzter Inſtanz. Ueberdem waren ihre Urtheile, die ſich auf die Inſtruction des Prozeſſes bezogen, allezeit proviſoriſch vollſtreckbar. Das Verfahren vor denſelben war, den Umſtand abgerechnet, daß der Staatsprocurator als Advocat und Anwalt des Königs auftrat, auch in den Qualitäten (Th. I. S. 390) als Parthei aufgeführt ward *), dem gewöhnlichen faſt gleich. Die Domainen hatten überdem mehrere Privilegien, wovon ſogleich näher die Rede ſeyn wird. Die Appellation von den eigentlichen Urtheilen **) der Finanzbureaus ging unmittelbar an die Parlamente, welches für die Schatzkammer von Paris ſeit undenklichen Zeiten- und für die andern Finanzbureaus von der Zeit an, wo ihnen die Gerichtsbarkeit beigelegt war, galt. — Die Finanzbureaus wurden, wie alle Ausnahme-Tribunale, durch das Geſetz v. 7. September 1790 gänzlich aufgehoben, und ihre Attributionen andern Behörden beigelegt, wie ſpäterhin näher erklärt werden wird.

---

*) Nach dem Grundſatz „ce n'est que le roi qui plaide par procureur" (Th. I. S. 650 Not.). Die Gerichtsordnung der Conſtituirenden v. 16. Aug. 1790 ſchaffte dieſes zwar ab; allein das Geſetz v. 10. Thermid J. 4 (28. Juli 1796) (Desen. tom. IV. p. 150) führte die alte Ordnung wieder ein, und befahl den Staatsprocuratoren die Vertheidigung der Republik in allen Sachen, wobei dieſelbe intereſſirt war, zu übernehmen. Die Verwaltungsbeamten ſollten ihnen Denkſchriften, worin die Lage der Sache gehörig auseinander geſetzt war, übergeben, welche die Staatsprocuratoren nach Gutdünken entweder vor Gericht ableſen, oder auch ſonſt die gehörigen Gründe vorbringen und die geeigneten Anträge machen konnten. Es hatten ſich Zweifel darüber erhoben, ob nicht das letztere Geſetz ſelbſt durch art. 1041 d. cod. d. procèd. civ. abgeſchafft ſey. Allein nach einem Gutachten des Staatsraths v. 12. Mai 1807 (beſtät. d. 1. Juni d. J. Desen. tom. IV. p. 431), iſt der angeführte Artik. nur von gewöhnlichen Prozeſſen, und nicht von ſolchen, wobei der Staat betheiligt iſt, zu verſtehen.

**) Die Entſcheidungen der Finanzbureaus in Verwaltungsſachen hießen ordonnances. Um dagegen anzugehn, mußte man ſich an die höhern Verwaltungs-Behörden, gewöhnlich an den Staatsrath wenden.

Die Domainen oder das Kron-Eigenthum ward in Frankreich verſchiedentlich eingetheilt. Man unterſchied zuerſt *) das große und kleine Kron-Eigenthum. Allein die Bedeutung dieſer Worte, obſchon ſie in vielen Verordnungen vorkommen, war doch nicht ganz beſtimmt. Zu dem großen Kron-Eigenthum rechnete man durchaus und ohne Widerrede alle diejenigen Beſitzungen, mit welchen die Gerichtsbarkeit irgend eines Grades verknüpft war, mit Allem davon Abhängigem. Unter dem kleinen Kron-Eigenthum verſtand man meiſtens alles einzeln liegende, und nicht zu einem Ganzen verbundene Grund-Eigenthum, welches der Krone zugehörte. In der Verordnung Ludwigs des 14ten v. Auguſt 1708 (Art. 2), ſo wie in mehrern frühern Edicten deſſelben Königs werden Mühlen, Oefen (fours), Hallen, Häuſer, Kaufläden (boutiques), Keltern (pressoirs), Plätze um Waaren auszuſtellen (places à ètaler), Heiden, Moräſte u. ſ. f., und eben ſo die minder einträglichen Rechte, nämlich die aus den Fähren (bacs),

---

*) Das Kron-Eigenthum ward auch noch in veränderliches und unveränderliches, domaine (muable et immuable), ſo wie in beſtändiges und zufälliges (domaine fixe et casuel) getheilt. Das unveränderliche war dasjenige, deſſen Ertrag beſtimmt war, wie Lehnzins (cens) u. ſ. f.; veränderlich hingegen nannte man dasjenige, deſſen Ertrag ſich nach Umſtänden vermehrte oder verminderte, und das deshalb an den Meiſtbietenden verpachtet war, wie die aus den Wieſen, Teichen, ſo wie auch die aus den Gerichtsgebühren, Strafgeldern u. ſ. f. eingehenden Gelder. Beſtändiges Kron-Eigenthum hieß dasjenige, das nicht von beſondern Begebenheiten abhängt, wogegen dasjenige, was von Zufällen abhängt, wie das droit d'aubaine, de bâtardise u. ſ. f. zufälliges Kron-Eigenthum genannt ward. Noch eine andere Eintheilung des Kron-Eigenthums war die in körperliches (materielles) und unkörperliches, welches letztere nicht in dem Beſitz körperlicher Gegenſtände, ſondern in Rechten, Privilegien u. dg. beſtand.

Wegegeldern (péages), den öffentlichen Wagen und ſonſtigen Vermeſſungen (minage, mesurage, aulnage, poids) u. dg. ſich ergebenden Einkünfte kleines Kron-Eigenthum (petits Domaines) genannt. Allein eine frühere Verordnung Carls des 9ten v. J. 1566, welche die wichtigſte über dieſen Gegenſtand iſt, und die deshalb auch die Domainen-Verordnung (ordonnance du domaine) genannt ward *), hatte den Begriff des kleinen Kron-Eigenthums lange nicht ſo weit ausgedehnt, und es vorzüglich auf Heiden und andere unbebaute Ländereien beſchränkt **). Das Geſetz (der Conſtituirenden) vom 22. Nov. 1790, und eben ſo das vom 14. Ventoſe. d. J. 7. riefen die Beſtimmungen der Verordnung v. J. 1566 wieder zurück ***). Der Unterſchied zwiſchen dem großen und kleinen Kron-Eigenthum war von der größten Wichtigkeit, indem das letztere veräußert werden konnte, das erſtere hingegen durchaus unveräußerlich war, ſo daß, wenn es etwa veräußert war, der König das Recht hatte, es wieder einzuziehn, wie man ſogleich näher ſehen wird.

---

*) Sie findet ſich Cod. Neron tom. I. p. 442.

**) Das Wort: kleines Kron-Eigenthum kommt in derſelben zwar nicht vor (vielleicht war dieſer, wie es ſcheint, doctrinelle Ausdruck damals noch nicht eingeführt). Allein ſie bezeichnet die genannten Gegenſtände, nämlich Heiden und ſonſtige unbebaute Ländereien hinreichend als kleines Kron-Eigenthum, indem ſie Art. 11, 12 die Abtretung derſelben an Andere für zuläßig erklärt. Der Kanzler D'Agueſſeau ſagte in einem ſeiner Anträge »unter dem kleinen Kron-Eigenthum verſteht man die (der Krone zugehörigen) Güter, wovon man nur durch Veräußerung derſelben Vortheil ziehn kann, oder, um mit dem Römiſchen Recht zu reden, quorum usus in abusu consistit«, d. h. bei welchen die Verwaltungskoſten, wenigſtens in den Händen des Königs, die Einkünfte verſchlingen. — In der Erklärung v. 8. April 1672 (Cod. Neron tom. II. p. 112) drückt Ludwig der 14te ſich faſt auf dieſelbe Art aus „quoique . . . nous ayons ordonné que les petits domaines y mentionnés, ensemble les fours, pressoirs, étangs et autres portions de Domaines, dont les réparations annuelles consomment la meilleure partie du revenu seroient délaissez à titre de propriété incommutable etc."

***) Desen. tom. XIII. p. 479, und tom. VIV. p. 56. M. ſ. Art. 31 des erſtern und Art. 5 N°. 3, 4, 5 des letztern Geſetzes. Keines derſelben bedient ſich des Ausdrucks „petit domaine."

Die zweite Eintheilung des Kron-Eigenthums war die in das alte und neue (l'ancien et le nouveau domaine). Unter dem alten Kron-Eigenthum verſtand man dasjenige, was ſchon gleich bei der erſten Länder-Vertheilung nach Eroberung des Landes der Krone zugefallen war, oder was ſie ſeit undenklichen Zeiten beſaß, ſo daß man den Urſprung ihres Eigenthums nicht mehr kannte, und endlich Alles, was mit dem alten Kron-Eigenthum vereinigt worden war. Nach der ſchon angeführten Verordnung Carls des 9ten v. J. 1566, geſchah dieſe Vereinigung entweder ausdrücklich oder ſtillſchweigend. Als ſtillſchweigend vereinigt ward angeſehn 1) Alles was die Krone früher beſeſſen, und durch Erbſchaft an dieſelbe zurückfiel (wohin insbeſondere die Apanagen der nachgebornen Prinzen gehörten, die bei Erlöſchung des Mannsſtammes [à défaut d'hoirs mâles] wieder an die Krone fielen), 2) Alles was die Krone erwarb, und 10 Jahre hindurch von den Domainen-Beamten mit den übrigen Domainen verwaltet und verrechnet worden war (qui étoit entré en ligne de compte) *). 3) endlich ward Alles, was der König bei ſeiner Thronbeſteigung beſaß, wenigſtens in den ſpätern Zeiten, ungefähr ſeit Ludwig d. 12ten (reg. 1498—1515) als mit dem Kron-Eigenthum vereinigt angeſehn. **) — Der Unterſchied zwiſchen dem alten und neuen Kron-Eigenthum war eben wichtig, als der zwiſchen dem großen und kleinen. In Frankreich galt es nämlich ſeit langen

---

*) Choppin. d. Doman. Franciae lib. I. tit. II. N°. 1 „Domanium Francicum dicitur, quod nominatim consecratum est, unitum et incorporatum regiae coronae: aut quod a regiis quaestoribus tractatum decennio, in fiscales rationes infertur."

**) Von dieſer letzten Art der Vereinigung ſpricht indeſſen die Verordnung v. J. 1566 nicht. Vor der Revolution gab es überhaupt kein eigentliches Geſetz darüber. Man hielt es indeſſen für eine nothwendige Folge aus den Lehngeſetzen; indem ein lehnpflichtiges Gut, welches mit dem herrſchenden den nämlichen Beſitzer erhielt, ſogleich als jeder Lehnpflichtigkeit entbunden, und als mit dem herrſchenden

Zeiten her, (ſicher ſeit dem Edict v. 1566) bis zu der Revolution als Grundſatz, daß alles alte Kron-Eigenthum nicht veräußert, noch auf irgend eine Art entfremdet werden könne.

Das Wort Kron-Eigenthum (domaine beſonders in der Mehrzahl (les domaines) ward auch oft in einem ausgedehntern Sinne genommen. Man verſtand darunter das ganze Gebiet*); wo der König die oberſte Gewalt ausübte, alſo

---

vereinigt, angeſehn ward. Selbſt, wenn das lehnpflichtige Gut, welches der König vor ſeiner Thronbeſteigung beſaß, nicht unmittelbar der Krone, ſondern einem andern Herrn oder Gut lehnpflichtig, alſo nur ein Afterlehn der Krone war, ward dieſes eben ſo gehalten, indem es als Grundſatz feſtſtand, daß jedes Gut, welches der König erwarb, auf der Stelle von der Lehnspflichtigkeit gegen jeden andern Lehnsherrn befreit war. Auch war es durch die Gewohnheit geheiligt. Ludwig der 12te (reg. 1498—1515), welcher ein großes Patrimonial-Eigenthum beſaß, verordnete durch offene Schreiben v. J. 1500 und 1509, daß die Grafſchaften Soiſſons, Blois, Coucy und Dunois nicht mit dem Kron-Eigenthum zuſammengeſchmolzen, ſondern auf ewige Zeiten dem Haus Orleans verbleiben ſollten. Allein, ſagten die Franzöſ. Publiciſten, eben dieſe Ausnahme beſtätigt die Regel. Auch Heinrich der vierte ward durch die Liebe zu ſeiner Schweſter, der Herzogin von Bar, zu der Erklärung v. 15. April 1590 bewogen, nach welcher ſein väterliches Vermögen nicht mit der Krone vereinigt werden ſollte. Allein das Parlament verweigerte ſtandhaft die Einregiſtrirung derſelben. Die Herzogin von Bar ſtarb 1604 und der König widerrief durch ein Edict v. Jul. 1607 ſeine frühere Erklärung. Die Könige gehn nach dieſem Edict, mit der Krone eine Art heiliger und politiſcher Ehe ein, wodurch ſie derſelben ihr ganzes Privat-Vermögen zubringen. Die Franzöſ. Publiciſten gefielen ſich ſehr in dieſer Idee einer politiſchen Vermählung des Königs mit der Krone, die ſie allenthalben anbringen. Papon. collect. arrestor. lib. V. tit. X. arrest. l. „Domanium regis vera dos est, quam respublica Regi sponso suo in matrimonio quodam civili seu politico dicit seu dat. . . . Praedictum domanium praecipuus flos est coronae qui pati non potest seu nescius cessionis, alienationis aut divisionis etc.“

*) So iſt es insbeſondere in den vielen Ordonnanzen zu verſtehn, wodurch irgend ein Land, eine Stadt u. ſ. f. den

eigentlich das ganze Reich, in ſo fern es unter dem Gehorſam des Königs ſtand. In den erſten Zeiten der Monarchie ſcheint man auch wirklich das Eigenthums-Recht, welches der König an den ihm urſprünglich zugetheilten oder ſpäter erworbenen Ländereien, Forſten, Teichen u. ſ. f. hatte, mit ſeinem Recht auf die Krone und Oberherrſchaft als von gleicher Natur angeſehn zu haben. Dieſen Anſichten gemäß ward unter dem erſten und zum Theil auch unter dem zweiten Geſchlecht, bei dem Abſterben eines Königs nicht allein ſein Vermögen, ſondern auch ſein Reich unter ſeine hinterlaßnen Söhne getheilt. Als Hugo Capet i. J. 987 den Thron beſtiegen hatte, vereinigte er Alles, was er vorher beſeſſen hatte, das Herzogthum Frankreich und die Grafſchaft Paris mit der Krone. Er ſoll überdem ein Geſetz gegeben haben, welches das Reich für untheilbar und das Kron-Eigenthum für unveräußerbar (inalienable) erklärte *)

---

Domainen des Königs einverleibt ward, u. dgl. So heißt es, um nur ein Beiſpiel anzuführen, in der Verordnung Carls des fünften vom Juli 1371 (Ordon. tom. V. p. 415), wodurch die durch Kauf erworbene Grafſchaft Auxerre mit dem Reich vereinigt ward „yceli Conté avecques tous les Fiez, arrerefiez, Seignories et . . . Nous avons approprié unie et annexé et . . . par la teneur de ces presentes, approprions, unions et annexons perpétuelment à Nous, à nos successeurs et au Demaine de la Couronne de France etc."

*) Der Graf Paſtoret ſagt in der Vorrede zum 15ten Bande der Ordon. du Louv. p. V. „La troisième race existoit à peine, que son fondateur rendit sur cet objet une loi mémorable: on remarque sur tout l'abolition des partages entre les fils des Rois, et la défense d'aliener le domaine." Er führt indeſſen den Text dieſes Geſetzes nicht an, und verweiſt auch nicht auf irgend einen andern Schriftſteller, wo derſelbe zu finden wäre. Dieſes iſt Beweiſes genug, daß der Text des Geſetzes nicht mehr übrig iſt. In dem Krönungseid Philips des erſten, Urenkels von Hugo Capet, geſchieht weder der Verwaltung des Reichs, noch der Unveräußerlichkeit der Domainen Erwähnung. Ich ſetze die Formel dieſes Eides, welche man bei Bouquet, Recueil des Historiens des Gaules etc. tom. XI. p. 32 findet, der hiſtoriſchen Merkwürdigkeit wegen, hierhin.

Soviel iſt gewiß, daß unter ſeinen Nachfolgern das Reich durchaus nur in der männlichen Linie, mit beſtändiger Ausſchließung der Weiber, nach dem Recht der Erſtgeburt, kurz gerade ſo, wie noch jetzt, vererbt worden iſt. Indeſſen bildete ſich bald die Sitte aus, daß den nachgebornen Söhnen und auch wohl den Töchtern als Abkommen (apanage, apanagium) ein Theil des Kron-Eigenthums, welches indeſſen ſelbſt oft ganze Landestheile, Grafſchaften u. ſ. f. begriff, abgetreten ward. Anfangs ging dieſes als volles Eigenthum faſt mit allen Souverainitäts-Rechten auf ſie über. Allein ſchon Ludwig der achte (reg. 1223—1226) fing an bei der Verleihung der Apanagen die Bedingung hinzufügen, daß ſie bei Ermangelung von Erben an die Krone zurückfallen ſollten; welchem Beiſpiel ſein Sohn

---

„. . . Erat autem professio haec. Ego Philippus Deo propitiante mox futurus Rex Francorum in dies ordinacionis meae promitto coram Deo et Sanctis ejus, quod unicuique de vobis commissis canonicum privilegium et debitam legem atque justitiam conservabo et defensionem, quantum potuero, adjuvante Domino exhibebo, sicut Rex in suo Regno uinicuique Episcopo et ecclesiae sibi commissae per rectum exhibere debet, populo quoque nobis credito, me dispensationem legum in suo jure consistentem nostra auctoritate concesjurum.“ (Hierauf wählten ihn die Biſchöfe zum König, und zwar zuerſt der Biſchof Gervaſius (Gervais) von Rheims). „. . . Tunc annuente patre ejus Heinrico [dieſer ließ ſeinen Sohn ſchon bei ſeinen Lebzeiten i. J. 1059 krönen] elegit eum in Regem. Post eum legati Romanae sedis, cum id sine Papae nutu licitum esse disertum ibi sit, honoris tamen et amoris gratia tum ejus ibi affuerunt legati. Post hos Archiepiscopi et episcopi, Abbates et Clerici. Post Widdo Dux Aquitaniae, post Hugo filius et legatus Ducis Burgundiae, . . . . Post milites et Populi tam majores quam minores uno ore consentientes, laudaverunt ter proclamantes: Laudamus, volumus, fiat (M. ſ. Th. I. S. 116). Tunc scripsit ipse Philippus praeceptum, sicut antecessores sui fecerant, de Rebus Stae. Mariae et Remensi Comitatu et de Rebus Sti. Remigii et de caeteris Abbatiis: quod firmavit eique subscripsit etiam Archiepiscopus etc.“

Ludwig der Heilige folgte *). Philip der Schöne gieng noch Einen Schritt weiter, und ſetzte als Bedingung des Rückfalls **) an die Krone die Ermangelung männlicher Erben feſt. An die Idee von der Untheilbarkeit des Reichs ſchloß ſich gleichſam von ſelbſt die von der Untheilbarkeit und Unveräußerlichkeit des Kron-Eigenthums an. Die letztere war auch wirklich, da die Könige damals zur Unterhaltung ihrer Truppen und zur Deckung der Verwaltungskoſten faſt gar keine Hilfsmittel hatten, als den Ertrag ihrer Domainen, eine nothwendige Folge der erſtern. Dieſes ſcheint auch von den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts an die Meinung nicht allein aller Rechtsgelehrten, ſondern auch des geſammten Volks geweſen zu ſeyn. Man bediente ſich, um dieſen Grundſatz auszudrücken, damals, wie faſt für alle Gegenſtände, geiſtlicher Bilder. So wie der Leibrock von Chriſtus ohne alle Nath, alſo nicht in einzelne Theile trennbar ſey, ſo könne auch kein Theil des Kron-Eigenthums von dem andern getrennt und in fremde Hände gebracht werden ***). Indeſſen hatten die Könige des dritten Geſchlechts ſchon ſehr früh (ſicher ſchon ſeit Philip d. Schönen (reg. 1285—1134) theils um die nothwendigen Staatsbedürfniſſe zu decken, theils um den Anforderungen ihrer Günſtlinge und Anhänger zu genügen, einen Theil des Kron-Eigenthums durch Kauf, Tauſch und durch Schenkungen in fremde Hände gegeben. Die nachfolgenden Könige hielten ſich indeſſen dadurch nicht gebunden, und ſahen alle früher geſchehenen Abtretnngen des Kron-Eigenthums für nichtig an. Dieſe Sache hat in Frankreich bis zur Revolution und ſelbſt nach derſelben eine zahlloſe Menge von Geſetzen und Verordnungen veranlaßt. Die erſte derüber erſchienene iſt die Philips des Langen vom 29. Julius 1318 *). Er wiederrief durch dieſelbe alle Schenkungen

---

*) In dem Teſtament Ludwigs d. H. v. Febr. 1269, welches Menard in ſeinen der Ausgabe von Du-Cange beigedruckten observat. sur l'hist. de St. Loys p. Joinville mittheilt, heißt es: „Donamus autem et assignamus filiis nostris Joanni Petro et Roberto certas terrarum portiones, secundum quod in litteris nostris patentibus super hiis confectis plenius continetur. Quibus portionibus volumus et praecipimus ipsos fore contentos. Et si forte contingeret ipsorum aliquem vel haeredem ejus, sine haerede de corpore suo decedere, portio terrae sibi assignata ad haeredem seu successorem nostrum, quicunque pro tempore regnum tenuerit, revertetur."

**) Nach ſeinem Codicil v. J. 1314 ſollte die Grafſchaft Poitou, die er i. J. 1311 ſeinem nachgebornen Sohn Philip, der ſpäter König ward, verliehen hatte, in Ermangelung männlicher Erben (défaillans hoirs mâles) an die Krone zurückfallen. M. ſ. die Vorrede zu dem fünfzehnten Bande der Ordon. p. V.

*** Bacquet, ein Schriftſteller, welcher nach d. J. 1565 ſchrieb, und trait. du droit des francs-fiefs chap. 14 N°. 7 dieſes Gleichniß des Rocks ohne Naht gebraucht, hat daſſelbe offenbar von einem ältern Rechtsgelehrten geborgt.

---

*) Ordon. du Louv. tom. I. p. 665 „. . . . Et comme plusieurs de nos prelaz Barons et autres grans de nostre Royaume de France, come nos feaux nous aient avisé en gardant leur feauté envers nous et de ce est renommée et notoire par tout le dit Royaume de France, et ailleurs en divers lieus et estranges pays, et se qu'il ne peut estre teu, ne celé que nos tres chiers seigneurs Pere et frere ou temps qu'ils regnerent rois de France, deceus, si coume nous croions fermement par maintes guises et maintes manieres ayant fait Dons tres granz et outre mesure et plusieurs autres contraus comme d'achas fait sur nostre tresor et ailleurs sus nos revenus des echanges, permutations . . . . Li quel Dons n'ont pas esté faiz, si comme chascun le peut scavoir, à personnes, as quelles tels dons afferissent mais à gens qui à plusieurs autres manieres ont grevé et exploitié leur droiturier seigneur, les devant diz nos chiers Seigneurs en prenant de euls par manieres soutiles et cauteleuses dons de deniers de joyaux et d'autres biens meubles dont le subjet du Royaume de France sont moult grevé et apouri en plusieurs parties . . . . Et encore ne mie leur suffisent mie lesdits Dons ensint faiz à euls de terres, rentes, Chastiaux et autres choses dessusdites, mais pour plus grandement grever et de avoir leurs diz Seigneurs, en venant apertement encontre leurs sermens, leur foy . . . . ils pourchassoient en decevant leurs seigneurs, par qui ces dons leurs estoient assis en tels leus et en tieux fiés, et en tels domaines qui valoient bien et à tousjours depuis valu si comme nous entendons trop plus que donné ne leur estoit, Et ensint appert clairement,

und Entfremdungen des Kron-Eigenthums, die unter ſeinem Bruder und Vater (alſo bis zu den Zeiten Ludwigs des H. hinauf, oder bis zum J. 1270) geſchehn waren. Der König beruft ſich indeſſen dabei nicht auf irgend ein altes Geſetz, wodurch dieſe Abtretungen des Kron-Eigenthums verboten waren, ſondern er ſagt, es ſey offenkundig, daß ſeine Vorfahren ohne Grund ſo wie ohne Maß und Ziel gewiſſen mächtigen Familien, deren Namen in der Verordnung angeführt werden, durch Schenkung und andere Contracte ein Theil des Kron-Eigenthums überlaſſen hätten. Daher ſollten alle Beſitzer von ehemaligem Kron-Eigenthum ihre Titel vorlegen, worüber die Entſcheidung dem Staats-Rath des Königs übertragen ward. Dieſe Entſcheidung erfolgte unter dem folgenden König Carl d. vierten (dem Schönen) d. 5. April 1321. (M. ſ. den Schluß der vorigen Note). Ein großer Theil von Gütern ward hierdurch wieder

---

que li donneur et nous, qui representons leurs personnes en la successions desdiz Royaumes, ils et Nous avons esté et fusmes defraudez et deceuz moult grandement . . . . par le conseil de tous avons ordené et ordenons . . . . que tous tiels dons, combien qu'ils ayent esté transportés à d'autres par ceulx à qui il furent faiz, soit par achaz, par eschanges ou autrement et specialement tout ce que Pierre Seigneur de Chambli Hue de Bouville et les enfans de Jean de Bouville, toute la lignée de Machaus, Guillaume Flote, les hoirs de Guillaume de Nogaret, et de Guillaume de Plaisieu, Hugues d'Angers, les hoirs Oudart de chambli, et les enfans la Dame Neaufle, ou leurs devanciers tiennent ou ont tenu des dons de nos chers seigneurs dessus dits ou par aucunes des causes dessus dites, comme par la commune renommée, et en nostre conscience soions enformé qu'il y a à corriger et amender soient des manitenant pris, et apres levé exploitié en nostre main, jusques en tant que chascun ayt montré son titre en qnoy il soit connu et declairée par devant nous et nostre court . . . . En laquelle connoissance nous voulons que l'en aille sommaivement . . . sans escrit et figure de jugement." Carl der Schöne (Nachfolger und Bruder Philips des Langen) fällte den 5. April 1321, nach Anhörung des zu Viencennes verſammelten großen Staatsraths, ein Urtheil in dieſer Sache, welches man (Ordon. tom. I. p. 762 Not.) findet.

zu dem Kron-Eigenthum gezogen, ſelbſt nachdem es ſchon in die dritte Hand übergegangen war. Einige Beſitzer erhielten das, was ſie an den Schatz des Königs wirklich gezahlt hatten, zurück, andere mußten ſogar die genoſſenen Früchte herausgeben. Allerdings war der Beſitz derſelben zum großen Theil erſchlichen. Der vorzüglichſte Kunſtgriff beſtand darin, daß diejenigen, welche von der Freigebigkeit der Könige entweder eine lebenslängliche oder ewige Rente erhielten, ſich ſpäterhin in den Beſitz irgend eines Kronguts, deſſen Einkünfte bis zu der ihnen verliehenen Summe ſtiegen, zu ſetzen wußten, wobei ſie bei der Preisbeſtimmung außerordentlich gewannen. Um zu ihrem Zweck zu gelangen, benutzten Mehrere die Zweideutigkeit der ihnen über die Renten-Verleihung ertheilten königlichen Schreiben (lettres-patentes) und ſuchten zu beweiſen, daß nach dem Inhalt derſelben, oder der Landes-Sitte gemäß, Ihnen die Renten durch Abtretung eines ſolchen Guts geſichert werden müßten (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 210). Man nannte ſolche Renten rentes par assiette de terres oder de pays. Schon Philip der fünfte erkannte die großen Mißbräuche, die dadurch herbeigeführt wurden, und beſchränkte ſie beträchtlich *). Später ward es durch ein Schreiben Philips v. Valois an die Oberrechenkammer (v. 29. Oct.

---

*) Durch ſeine Verordnung vom 18. Juli 1318 (Ordon. tom. I. p. 656) art. 16 „Les Rentes a heritage, a vie et volenté, et gaiges en deniers assis sur le tresor, en baillies, Prevostez, seneschauciées, et en nostre hostel, ne seront echangié en terres, ne assis en terre.“

art. 17 „Les assiettes des terres que nous ferons desores-en-avant nous seront rapportées et enregistrèes en la chambre des comptes, avant que les personnes, à qui lesdictes terres devront estre bailliées, en seront mis en saisine.“

art. 18 „Nulle assiette de terre ne sera faite par estimation de ce qu'elle nous a valu par compte, par cinq ans ou plus, mais sera faite à value à maniére deiie.“

In der Verordnung deſſelben Fürſten v. 16. Nov. 1318 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 668) heißt es ferner „art. 6 . . . . Deffendons que nul ne nous ose faire supplication, de faire Dons à heritage, se ce n'est en la presence de nostre grant conseil.“

1344 *) durchaus abgeſchafft. Er erklärte darin, daß er Niemand eine Rente durch Abtretung eines Guts (par assiette de terre) zu verleihn geſinnt ſey, daß ſie daher Alle, welche ſich unter dieſem Vorwand in den Beſitz eines Guts geſetzt hätten, zwingen ſollte, daſſelbe herauszugeben. Indeſſen dauerte das Uebel unter den folgenden Königen, Johann dem 2ten u. ſ. f. fort. Sogar diejenigen, welche das von ihren Vorfahren entfremdete Kron-Eigenthum wieder einzogen, fuhren ſelbſt fort es zu entfremden (zu verſchenken, verkaufen u. ſ. f.) **), wozu ſie freilich oft die äußerſte Noth zwang. Was dieſe Wiederrüfe der ehemaligen Schenkungen u. ſ. f. vorzüglich hart machte, war daß früherhin kein eigentliches Geſetz erſchienen war, welches das Kron-Eigenthum für unveräußerlich erklärt hätte. Die Könige beriefen ſich, um die Ungerechtigkeit dieſer Maßregel zu bedecken, theils auf das Beiſpiel ihrer Vorfahren, theils auf die offenkundigen Unterſchleife und Betrügereien, die bei allen dieſen Entfremdungen des Staats-Eigenthums Statt gefunden hätten. Wegen dieſes letzteren Umſtandes ward auch dieſe Einziehung des abgetretenen Kron-Eigenthums von den Beſſern aus dem Volk meiſtens gebilligt. Im März d. J. 1356 erließ Carl der fünfte (als Stellvertreter ſeines damals in England gefangenen Vaters, Johans des zweiten) eine Verordnung, worin er Art. 41 den damals verſammelten drei Ständen des Reichs *) auf ihre Bitte **) verſprach, keinen Theil des Kron-Eigenthums mehr in fremde Hände übergehn zu laſſen, und Alles, was ſeit Philip dem Schönen von demſelben getrennt und entfremdet worden, wieder damit zu vereinigen. Er nahm jedoch alles Dasjenige, »was gegen andere Beſitzungen (heritages) von gleichem Werth eingetauſcht war,« und die an Gott und die H. Kirche gemachten Geſchenke, ſo wie dasjenige, was die Verwandten der königlichen Familie Theilungs halber erhalten hätten, und eben ſo auch diejenigen Schenkungen, welche an würdige Perſonen wegen wichtiger dem Staat geleiſteter Dienſte gemacht worden, davon aus. Der Vater des Dauphin beſtätigte ſpäter durch ſeine Verordnung vom Dec. 1360 (Ordon. tom. II. p. 442) dieſe Verſprechungen. Um das Kron-Eigenthum noch mehr zu ſichern, wurden bei der Krönung deſſelben Carls des fünften (d. 19. Mai 1364) dem Eid, welchen die Könige abzulegen pflegten, die Worte zugeſetzt „Superioritates jura et Nobilitates coronae Francicae custodiam et illa nec transportabo nec alienabo" *). Die Könige ließen ſich indeſſen dadurch von der fernern Entfremdung der Domainen nicht abhalten. Allein, wenn ſie die früher entfremdeten wieder einzogen, ſo verſäumten ſie von dieſer Zeit an, nie ſich auf den Umſtand zu berufen, daß ſie bei ihrer Krönung geſchworen hätten, die Rechte und Beſitzungen der Krone unverſehrt zu erhalten. Sie glaubten oder ſtellten ſich wenigſtens zu glauben, es ſey eine Gewiſſenspflicht für ſie die von ihren Vorfahren und ſogar die von ihnen ſelbſt abgetretenen Domainen wieder zu dem Staats-Eigenthum zu ziehn. So hatte Carl der ſechſte (Sohn und Nachfolger des eben genannten Königs), der ſehr jung zur Regierung gelangte, in den erſten Zeiten, (wie er ſelbſt ſagt „par inadvertance et par importunité de requerans) viele Domainen verſchenkt. In der Verordnung vom letzten Febr. 1401, worin er alle dieſe Schenkungen widerruft, (Ordon. d. Louv. tom. VIII. p. 484), ſagt er, nachdem er das Beiſpiel ſeiner Vorfahren, die ein Gleiches gethan, angeführt, er habe „Considerans aussi que quant nos Predecesseurs ont esté sacrez et enoincts en Roys, et aussi Nous quant Nous le feusmes, ilz ont juré et aussi Nous jurasmes Nous moult solennelement, presens à ce les Pers, pluseurs Prélaz et autres Princes de nostredit Royaume garder lesdiz droits de nostredicte Couronne, et aussi ledit Demaine entier et non le aliener ne departir en aucune maniere, et readmender, readjoindre et reaunir ce qui en seroit aliéné etc." nach gehöriger Berathung mit ſeinen Verwandten und Räthen gefunden, daß alle dieſe Schenkungen mit Recht und ohne Belaſtung ſeines Gewiſſens nicht beſtehen

---

*) Ordon. tom. II. p. 210 „Nous avons entendu que plusieurs personnes ausquieux Nous de grace espécial avons fait Dons de rente à vie, ou à heritage, se sont efforciez, ou veulent efforcier de vouloir avoir lesdites rentes par assiette de terre, selont coustume de pays, disans que par la fourme et teneur des lettres à eulx octroyées sur ledit don, leur doit aussi être fait et desja l'a esté fait à aucuns, si comme l'en dit, laquelle chose nous desplaist s'il est ainsi, Pourquoi nous vous faisons assavoir que ce ne fut oncques nostre entente, ne n'est que à aucunes personnes de quelque estat ou condition qu'il soient, Nous leur feissions Dons de rentes à vie, ou à héritage par assiette de pais, mais tant seulement à Value de terre ou rente annuelle. Si vous mandons que autrement ne le faciez, ou faciez faire et se fait l'avez, ou fait faire à aucuns si le rappellez, et leur faites rendre ce que levé en auront, oultre ladite value de rente annuelle comme dit est etc.“

**) Mit Recht ſagt daher der Graf Paſtoret (préf. d. tom. XV. des ordon. p. XXXV,) von den franzöſiſchen Königen, in Beziehung auf den Grundſatz der Unveräußerlichkeit der Domainen „Les Princes l'établissoient par leurs édits, ils le dètruisoient par leurs actions.“

---

*) Eigentlich waren es nur die drei Stände der Langue d'oyl (Geiſtlichkeit, Adel und dritter Stand).

**) Ordon. d. Louv. tom III. p. 121, 140. art. 41 . . . . Pour ce que les gens des diz trois ètats ont avisé et monstré moult gracieusement, comment plusieurs choses avoient esté estrangées ou temps passé par Dons excessifs et inutilles et faiz à Personnes qui n'estoient mie dignes ne souffisans de prendre tels Dons ne si excessifs, et que bonnement lesdiz dons par raison ne se povoient ne devoient soustenir, en nous requerant que lesdiz Dons nous voulsissions rappeller, et au Demaine de la Couronne de France, dont ils estoient yssus rajoindre et rappliquier . . . . Nous qui tôujours vouldrions accroistre les haultesses et noblesses de ladite Couronne, et icelles tenir et garder en bon point et deu estat avons promis et promettons etc.

---

*) Ordon. d. Louv. tom. IV. p. 213. Not. g. Dieſes ſind faſt genau dieſelben Worte, mit welchen dieſer König als Dauphin und Statthalter ſeines Vaters bei der ſo eben erwähnten Verſammlung der Stände v. J. 1356 verſprach, Nichts von dem Kron-Eigenthum zu entfremden „que Nous tenrons, garderons et deffendrons de tout nostre pouvoir, les Hautesses, Noblesses, Dignitez, Franchises de ladicte Couronne, et tous les Demaines qui y appartiennent et peuvent appartenir, et que iceulz nous ne alienerons ne ne soufferrons estre alienez etc." Ordon. d. Louv. tom. III. p. 140 art. 41.

könnten. Um daſſelbe zu befreien (a la Descharge de nostre dicte ame qui pour la transgression de nostredit serement pourroit encourir, que Dieu ne vuille, grant charge envers nostre Seigneur) widerrief er alle von ihm gemachten Schenkungen von Domainen (diejenigen jedoch abgerechnet, die ſeine Verwandten, die er namentlich aufführt, erhalten hatten), und, was das wichtigſte war, er erklärte alle Schenkungen, die er allenfalls (par inadvertance ou par importunité de requerans) machen würde, ſchon im Voraus für nichtig. Ludwig der eilfte gieng noch einen Schritt weiter. Ebenfalls geſtützt auf den bei ſeiner Krönung geleiſteten Eid, widerrief er durch die Verordnung v. 9. Sept. 1461 (Ordon. tom. XV. p. 16) nicht allein alle Schenkungen, ſondern überhaupt alle Uebertragungen des Kron-Eigenthums, (tous les dons, cessions et transports) die von den älteſten Zeiten her, Statt gefunden hatten. Indeſſen fuhren die folgenden Könige (und ſogar Ludwig der eilfte ſelbſt [Ordon. tom. XV. p. 176 not. b]) fort, das Kron-Eigenthum zu verſchenken und zu entfremden, und das früher entfremdete unter dem Vorwand des Eides, den ſie bei der Krönung geſchworen hatten, wieder einzuziehn. Dieſes aber war gegen diejenigen, welche einen Theil des Kron-Eigenthums unter läſtigem Titel erworben hatten, eine ſchreiende Ungerechtigkeit. Die Verſprechungen der Könige in den frühern Zeiten und eben ſo ſpäterhin der Krönungs-Eid waren mehr eine Verpflichtung für die Könige die Domainen nicht zu entfremden, als ein Verbot für die Unterthanen dieſelben zu erwerben. Die eben angeführte Verordnung des Königs Carls des ſechſten erkärte nur alle fernern Schenkungen für nichtig, und ſprach gar nicht von den ſonſtigen Erwerbungen des Kron-Eigenthums, ſo daß ein ausführlicheres Geſetz über dieſen Gegenſtand ein nothwendiges Bedürfniß war. Wirklich erließen auch Franz der Erſte *), Heinrich der Zweite, Franz der Zweite und Heinrich der Zweite Verordnungen, wodurch die Einziehung der ſchon entfremdeten Domainen befohlen und jede fernere Entfremdung verboten ward. Allein

---

*) Die wichtigſte Verordnung dieſes Königs über dieſen Gegenſtand iſt das Edict v. 30. Juni 1539.

die wichtigſte Verordnung über dieſen Gegenſtand, wodurch derſelbe faſt durchaus geordnet, und die, in Verbindung mit einigen Edicten Ludwigs des 14ten *), bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution, als die Hauptvorſchrift darüber angeſehn ward, iſt das ſchon oben angeführte Edict Carls des 9ten **), gegeben zu Moulins im Febr. 1566, und bei dem Parlament von Paris einregiſtrirt d. 13. Mai deſſelben Jahrs. Dieſer Zeitpunkt (1566) iſt auch für die folgende Geſchichte wichtig, indem bei den Beſtimmungen, welche ſpäterhin die National-Verſammlung über das Kron-Eigenthum traf, darauf geſehn ward, ob diejenigen, welche einen Theil deſſelben in Händen hatten, ſchon vor 1566 im Beſitz waren. Das Edict (v. J. 1566) beginnt mit der Bannal-Formel „Comme à nostre sacre Nous avons entre autres choses promis et juré garder et observer le Domaine et Patrimoine Royal de notre Couronne.“ Nach (Art. 1) deſſelben konnte das Kron-Eigenthum nur aus zwei Urſachen entfremdet (aliené) worden. Erſtens um die nachgebornen Prinzen von Frankreich (les puinez mâles) in Stand zu ſetzen den Glanz ihrer Geburt zu erhalten. Alle Ihnen zu dieſem Zweck abgetretenen Güter ſollten aber nach Erlöſchung des Mannsſtamms an die Krone zurückfallen ***). Zweitens zur Deckung der Kriegskoſten. Dieſes letztere ſollte aber nur gegen baares Geld, in Folge eines offenen Schreibens des Königs, welches gehörig in die Regiſter der Parlamente eingetragen wäre, und dann doch nur mit Vorbehalt des Wieder-Einlöſungs-Rechts geſchehn können. Den Erwerbern ward dieſem gemäß das Recht genommen, auf den ihnen überlaſſenen Gütern den Hochwald zu fällen. Um zugleich allen Unterſchleifen für die Zukunft zuvorzukommen, verbot der König den Parlamenten Befehle von Veräußerungen des Kron-Eigenthums, die aus andern als den beiden erwähnten Urſachen geſchähen, in ihre Regiſter einzutragen. Was die frühern Veräußerungen betrifft, ſo ſollten ſie nur für gültig angeſehn werden, wenn die Befehle dazu ſowohl in die Regiſter des Parlaments als der Oberrechenkammer eingetragen wären. In den andern Fällen ſollten die Beſitzer die Güter ohne allen Erſatz und zwar mit den genoſſenen Früchten zurückgeben, ohne daß ſie ſich mit dem Vorwand des guten Glaubens ſchützen könnten. Es ſollten ferner keine Domainen weder auf immer, noch auf Lebenszeit zu Lehn gegeben, ſondern alle ſollten verpachtet werden. Die Verordnung enthält noch eine Menge ähnlicher ſehr ſtrenger Beſtimmungen. In Folge derſelben ward i. J. 1571 und 1572 eine Commiſſion niedergeſetzt, um alle Anſprüche und Titel der Beſitzer des Kron-Eigenthums zu unterſuchen. Der Geiſtlichkeit gelang es indeſſen ein offenes Schreiben des Königs vom 15. September 1572 zu erhalten, wodurch ſie wegen der kräftigen Unterſtützung, die ſie ihm in dringenden Umſtänden geleiſtet, in dem Beſitz ihrer Güter, wenn ſie ſchon ehemals Kron-Eigenthum geweſen waren, geſchützt ward. Eben ſo glücklich war ſie hierin unter den folgenden Königen, insbeſondere auch unter Ludwig d. 14ten und 16ten bis zur Revolution. Unter Ludwig d. 14ten faßte die Regierung den Plan, alles veräußerte oder abgetretene Kron-Eigenthum, die Apanagen der nachgebornen Prinzen und die Schenkungen an die Geiſtlichkeit abgerechnet, wieder einzuziehn. Dieſer König erließ über dieſen Gegenſtand im April 1667 *) eine ſehr umſtändliche und merkwürdige Verordnung, welche die Beſtimmungen des Edicts von Carl d. neunten und einiger ſpätern von neuem beſtätigte, auch insbeſondere feſtſetzte, daß den Beſitzern von Kron-Eigenthum die Einrede einer auch noch ſo langen Ver-

---

*) Unten wird näher davon geredet werden. Vorzüglich gehört hierher das Edict vom April 1667, die Erklärung v. 8. April 1672, und das Edict v. Auguſt 1708. (Cod. Neron. tom. II. p. 84, 112, 423).

**) Durch Eingebung und Leitung des berühmten Kanzlers de L'Hopital. Die Verordnung von Blois (erlaſſen i. J. 1579 unter Heinrich dem Dritten) enthält (Art. 329—341) faſt dieſelben Beſtimmungen, und beſtätigt Art. 329 die Verordnung v. J. 1566.

***) Es gibt eine Menge königl. Verordnungen, worin einzelnen Städten, Amtmannſchaften und Provinzen verſprochen wird, daß ſie nie aus des Königs Hand, insbeſondere nicht als Apanage gegeben werden ſollten.

---

*) M. findet ſie in dem Cod. Neron tom. II. (édit. de l'an 1720) p. 84.

jährung nicht zu Statten kommen ſollte. Um jeder Unterſchlagung und Verheimlichung zuvorzukommen, ſicherte die Verordnung am Schluß allen Angebern von ehemaligem Kron-Eigenthum, wovon die Behörden keine Kenntniß hatten (dont n'aura été fait aucun état) den zehnten Theil des Gewinns zu. Die Verordnung war alſo noch ſtrenger *), als die vom J. 1566; nur den Begriff des kleinen Kron-Eigenthums dehnte ſie (m. ſ. S. 259, 260) etwas weiter aus, als die letztere. Indeſſen erſchien ſchon d. 8. April 1672 eine Erklärung (Cod. Neron. tom. II. p. 112), wodurch befohlen ward, einen Theil der kleinen Domainen, wozu hier (portions de Domaines melangez avec les biens particuliers, comme aussi *des justices et Seigneuries des Paroisses sans Domaine*") gerechnet werden, bis zum Betrag von viermal hundert tauſend Livres Einkünften auf immer zu verkaufen. Im März 1695 erſchien endlich ein Edict, welches den Verkauf nicht allein der kleinen, ſondern aller in fremden Händen befindlichen Domainen (domaines engagés) verordnete. Der König hielt ſich auch bei dieſer neuen Veräußerung (die kleinen Domainen abgerechnet), das Wieder-Einlöſungsrecht bevor, verſprach indeſſen erſt nach dreißig Jahren davon Gebrauch machen zu wollen. Daſſelbe ward durch das Edict v. Auguſt 1708 (Cod. Neron. tom. II. p. 420) noch näher beſtätigt; wobei jedoch immer das Wieder-Einlöſungsrecht ausbedungen ward. Zuweilen erhielten auch die Erwerber den Genuß des ihnen abgetretenen Guts nur auf Lebenszeit. Unter der Regierung Ludwigs des 15ten befolgte man die nämlichen Maximen. Beſonders ſah man ſich nach dem Fall des berüchtigten Syſtems des Law zu dieſem Hülfsmittel gezwungen. Ludwig der 16te erließ d. 14. Januar 1781 über dieſen Gegenſtand eine in einem ſehr weiſen und gemäßigten Sinne abgefaßte Verordnung. Der König erkennt darin, daß alle frühern Maaßregeln um das in fremde Hände gefallene Kron-Eigenthum wieder einzuziehn, fruchtlos geweſen ſeyn **).

---

*) Sie ward bei dem Parlament von Paris d. 20. April 1667 in einem Throngericht einregiſtrirt.

**) Von wie geringer Wirkung alle königl. Verbote gegen die Veräußerung der Domainen geweſen, erhellt unter andern

Insbeſondere verwirft er die verhaßte Maßregel, durch Belohnungen der Angeber die Entdeckung der verheimlichten Güter zu bewirken. Um das Glück ſo vieler Familien, die ſo lange im Beſitz dieſes Eigenthums wären, nicht zu ſtören, verſpricht der König allen dieſen ihren Beſitz jedoch gegen eine jährliche Abgabe zu ſichern. Alle ſollen daher ihre Titel und Anſprüche innerhalb einer gewiſſen Friſt der Behörde vorlegen, um das Quantum der Abgabe billig beſtimmen zu können *).

Wenige Jahre darauf brach die Revolution aus. Die National-Verſammlung ſchenkte ſehr bald ihre Aufmerkſamkeit dieſem wichtigen Gegenſtand. Das Decret, welches ſie den 22. Nov. 1790 darüber erließ (Desen, cod. géner. tom. XIII p. 497) rief die ſtrengen Grundſätze des Edicts v. J. 1566 wieder zurück. Das Decret unterſchied das Kron-Eigenthum in ſolches, welches nur nützlich und in ſolches, welches zugleich nützlich und ehrenvoll (utile et honorifique) iſt. Letzteres, die ſogenannten Hoheits-Rechte (droits régaliens) *) erklärte es (§. I. art. 9) als der Natur der Sache nach für unveräußerlich, und

---

aus dem Bericht, den Necker im Januar 1781 dem König über den Zuſtand der Finanzen abſtattete, und der auf Befehl Sr. Majeſtät gedruckt ward [derſelbe iſt dem erſten Jahrgang des Moniteur vorangeſetzt] „Les Seigneuries et les divers domainesfonciers, qui composoient autrefois le principal revenu de la couronne, se sont successivement dissipés, ou du moins ont èté mis hors des mains du roi, et par des libèralités ou des concessions à vil prix, et par la formation des apanages, et par des échanges ruineux, et par des usurpations: en sorte qu,il ne reste maintenant à votre majesté, que quinze cents mille livres de rente dans cette nature de biens, indépendamment du produit de ses forêts.“ Ueber die Domainen und deren Veräußerung ſehe man noch den Bericht, den Enjubaut de la Roche dem Domainen-Comité der National-Verſammlung abſtattete (in dem Recueil des rapports, discours et autres pièces de l'assemblée nationale constituante qui ne sont pas entrés dans les livraisons du Proces-verbal, et qui peuvent former le soixantième volume de cet ouvrage. a Paris chez Baudouin tom. II. p. 1.

*) „notamment ceux qui participent de la nature de l'impôt, comme droits d'aides et autres y joints, contrôle,

dem gemäß jede geſchehene Veräußerung derſelben für nichtig und aufgehoben. Sie ſollten auf der Stelle wieder in die Hände des Königs zurückkehren (§. II. art. 10), und jede Verbindlichkeit, die er eingegangen haben könnte, um erſt nach Erfüllung derſelben dieſe Rechte wieder zu erlangen, ward ebenfalls für nichtig erklärt (§. II. art. 11). Was das nützliche Kron-Eigenthum betrifft, ſo ward es ebenfalls für volles Eigenthum der Nation erklärt, (introduct. N°. 2, ſo daß es auf einen von der geſetzgebenden Verſammlung gefaßten, und von dem König genehmigten Beſchluß auf jede Art und Weiſe veräußert werden könnte (§. II. art. 8). Das Kron-Eigenthum ſollte ſogar, da es doch zur Deckung der Staatskoſten (introd. N°. 3) nur ein ſchwaches Hülfsmittel darböte, mit Ausnahme der großen *) Waldungen (art. 12) ſämmtlich verkauft werden. In Beziehung auf die Güter, die ehmals der Krone gehört hatten, unterſchied das Decret, ob ſie ſchon vor oder erſt nach dem Edict v. J. 1566 in fremde Hände übergegangen waren. Für den erſten Fall ward (art. 23) allen Beſitzern dieſer Güter, ſie mogten dieſelben durch Kauf, Schenkung, Belehnung u. ſ. w. erhalten haben (art. 14), ihr Recht auf immer geſichert, wenn nicht in der Abtretungsurkunde der Rückfall an die Krone oder das Wieder-Einlöſungsrecht ausdrücklich **) ausbedungen war (art. 23, 28). Dieſelbe Begünſtigung ſollte allen denjenigen zu Theil werden, welche ihre Güter, zu was immer für einer Zeit, durch einen ordentlichen regelmäßigen Tauſch an ſich gebracht

---

insinuation, centième denier, droits de nomination et de casualitès des offices, amendes, confiscations, greffes, sceaux et tous autres semblables“ art. 9.

*) Die großen Waldungen wurden ſchon durch das Decret v. 6. Auguſt 1790 von dem allgemeinen Verkauf der Domainen ausgenommen. Daſſelbe Decret verfügte auch über die kleinern. Desen. tom 14 p. 155.

**) Selbſt unter dem Kaiſerreich erſchien ein Decret (d. 8. Mai 1812 Desen. tom. XIV. p. 95), wodurch allen Beſitzern von angeblichen Domainengütern, deren Titel nicht von ſpäterer Zeit als v. Febr. 1566 waren, ihre Rechte erhalten wurden.

hätten *) (art. 18—22). Alle ſonſtige Veräußerungen und Entfremdungen des Kron-Eigenthums nach d. J. 1566 wurden für widerrufbar, und für bloße Verpfändungen erklärt, ſelbſt wenn das Wieder-Einlöſungsrecht in der Abtretungs-Urkunde nicht ausbedungen oder auch gar das Gegentheil feſtgeſetzt war (art. 24, 28). Die freilich in viel wildern Zeiten erlaſſenen Geſetze v. 3. und 17. September 1792 (Desen. tom. XIII p. 567, 579) erklärten ſogar alle dieſe widerrufbaren Abtretungen und Veräußerungen für wirklich widerrufen und aufgehoben **). — Auch in Beziehung auf die Unterhaltung des Königs und der königlichen Familie machte die Geſetzgebung der Conſtituirenden eine wichtige Veränderung. Nach dem Decret v. 13. Auguſt 1790 (Desen. tom. XIV. p. 102), deſſen Beſtimmungen durch das Decret v. 22. Nov. 1790 beſtätigt wurden, ſollten die nachgebornen Prinzen (art. 17 des letztern) aus dem Erbrecht durchaus keinen Anſpruch auf die von dem König, der Königin und dem Thronerben hinterlaſſenen beweglichen oder unbeweglichen Güter haben. Ihre Apanagen ſollten nicht in Grund-Eigenthum, ſondern in Renten auf den königl. Schatz beſtehn (art. 16) *). Dem König ſelbſt ward, außer den zu ſeiner Wohnung und Beluſtigung angewieſenen Palläſten, Parken und Gütern, um die Koſten ſeiner Hofhaltung zu beſtreiten, eine beſtimmte Summe (ſeine Civil-Liſte) angewieſen **). Hierdurch ward in Beziehung auf die Güter, die der König während ſeiner Regierung erwarb, eine wichtige Veränderung hervorgebracht. Ehmals ward Alles, was der König beſaß oder auf irgend eine Weiſe, ſelbſt durch Kauf, erwarb, als dem Staat gehörig angeſehn. Alle Schenkungen, die der König machte, waren daher den Geſchenk-Trägern nur während der Lebenszeit deſſelben geſichert, indem ſein Nachfolger das Geſchenkte als entfremdetes Kron-Eigenthum wieder einziehn konnte.

---

*) Die Vertauſchung von Krongütern gegen andere, dem Intereſſe des Staats mehr entſprechende, galt in Frankreich von je her für erlaubt und verbindlich; wenn nämlich der König dadurch nicht zu ſehr übervortheilt war. Folgende Anectode mag dieſes erläutern. Ludwig der 14te hatte dem Herzog von Chartres, ſeinem Eidam, das Palais-Royal geſchenkt, und um den dadurch in dem Kron-Eigenthum entſtehenden Ausfall zu decken, den Pallaſt Luxenburg gekauft. Bedenklich über die Gültigkeit dieſer Acte, ſprach er dem damaligen General-Procurator, nachherigen Präſident Harlay davon. »In weſſen Namen« fragte dieſer den König »haben Euer Majeſtät das Luxenburg gekauft?« »In meinem eigenen,« antwortete dieſer. »Deſto ſchlimmer« ſagte der General-Procurator: denn Alles, was Euer Majeſtät in ihrem Namen kaufen, gehört von Rechts wegen der Krone. Der Ankauf des Luxenburg iſt alſo kein Erſatz für das verſchenkte Palais-Royal. Um ihrem Eidam das letztere auf immer zu ſichern, hätten Euer Majeſtät das Luxenburg in ſeinem (des Herzogs) Namen kaufen, und es alsdann gegen das Palais-Royal vertauſchen ſollen.

**) Das unter dem Directorium d. 14. Vent. J. 7 (4. März 1799) erlaſſene Geſetz (Desen. tom. 14 p. 56) milderte dieſes wieder beträchtlich, und eröffnete den damaligen Beſitzern einen Weg, um gegen Entrichtung einer gewiſſen Summe für wahre Eigenthümer der von ihnen beſeſſenen Güter erklärt zu werden. Nur diejenigen, die ſich durch Betrug den Beſitz und die Nutznießung verſchafft hatten, waren davon ausgeſchloſſen, und dieſer Betrug ward (art. 10), wenn die Beſitzer Adeliche (gentils hommes titrés) oder Hofbeamte waren, vorausgeſetzt.

---

*) Nach dem Decret v. 13. Aug. 1790 fielen (art. 1) ſelbſt alle ſchon verliehenen Apanagen wieder zurück, und zwar ſollte (art. 2) dieſes in Beziehung auf die eigentlichen Regalien (droits ci-devant dits régaliens) und den Ertrag derſelben auf der Stelle in Wirkſamkeit treten, und dieſe mit dem National-Vermögen vereinigt werden.

**) Die Conſtitution v. 1791 enthält tit. III. chap. II. sect. I. art. 10 „La nation pourvoit à la splendeur du trône par une liste civile, dont le corps législatif détermine la somme à chaque changement de regne pour toute la durée du regne.“ Durch das Decret v. 4. Januar 1790 überließ die Conſtituirende die Beſtimmung der Civilliſte gleichſam dem Wunſch des Königs „L'assemblée nationale décrète qu'il sera fait une députation au roi, pour demander à sa majesté quelle somme elle désire que la nation vote pour sa dépense personnelle, celle de son auguste famille et de sa maison, et que le président, chef de la députation, sera chargé de prier sa majesté de consulter moins son esprit d'économie, que la dignité de la nation qui exige que le trône d'un grand monarque

Nach Einführung der Civilliſte aber ward Alles, was der König aus dem Ertrag derſelben bezahlte, ſein volles Eigenthum, worüber er während ſeiner Lebenszeit frei verfügen konnte. That er dieſes nicht, ſo fiel es (gemäß dem Decret der Conſtituirenden v. 19. Mai 1790 art. 3 *) nach ſeinem Tod von ſelbſt und dem Recht nach an den Staat.

Die Conſtitution oder das organiſche Senatus-Conſult v. 28. Flor. J. 12 (18 Mai 1804. Desen. tom. I. p. 250), wodurch Napoleon den Kaiſerlichen Thron beſtieg, ſetzte (art. 15) demſelben zur Erhaltung ſeiner Würde ebenfalls eine Civilliſte feſt, und ordnete den Betrag derſelben genau ſo wie das Decret der Conſtituirenden v. 26. Mai 1791. Nach Art. 16 erhielt er ebenfalls in den verſchiedenen Departements zu ſeiner Wohnung einige Palläſte zugeſichert, die nebſt dem Zubehör durch ein Geſetz näher beſtimmt werden ſollten. Das Senatus-Conſult v. 30. Januar 1810 über die Ausſteuer der

---

soit environné d'un grand éclat (Desen. tom. XIV. p. 100). Nach dem Decret v. 5. Junius 1790 ward eine neue Botſchaft zu dem nämlichen Zweck an den König geſendet. Der Monarch antwortete den 9. Juni 1790 in einem merkwürdigen Schreiben, worin er die zu ſeiner Hofhaltung nöthigen Koſten auseinander ſetzte. Bis dahin waren dazu jährlich außer neunmalhunderttauſend Livres, die der König aus der Stadt Verſailles zog, 31 Millionen Livres nöthig geweſen, ungeachtet aller, ſeit ſeines Regierungs-Antritts, gemachten Einſchränkungen. Doch glaubte er mit fünf und zwanzig Millionen, wenn der Ertrag der ihm bleibenden Parken, Domainen und Luſtſchlöſſer dazu geſchlagen würde, ausreichen zu können. Derſelbe empfahl in dieſem Schreiben noch einige andere hierhin gehörigen Gegenſtände der Aufmerkſamkeit der National-Verſammlung. Dieſe kam allen ſeinen Wünſchen entgegen. Durch das Decret v. 26. Mai 1791 ward die Civilliſte auf 25 Millionen, das Witthum der Königin auf 4 Millionen geſetzt, und alle frühern Schulden des Hofs auf den Staatsſchatz übernommen (Desen. tom. 14 p. 101, 107).

*) Desen. cod. gen. tom. XIV. p. 100. Dieſe, die nachgebornen Prinzen und das vom König erworbene Eigenthum betreffenden Beſtimmungen ſind ausdrücklich in die Conſtitution von 1791 (tit. III. chap. 2 sect. 1 art. 9 und sect. 3 art. 8) aufgenommen worden.

Krone (dotation de la couronne) *) fügte dieſem noch wichtige Zuſätze und Modificationen bei. Demſelben gemäß (Art. 1) beſtand dieſe Ausſteuer der Krone 1ſtens aus allen denjenigen Palläſten, Häuſern, Gütern, Parken, Waldungen, Manufacturen u. ſ. f. die nach dem Decret v. 6. Mai 1791 dem König zu ſeiner eigenen Benutzung überlaſſen waren **). Zum Erſatz desjenigen, was davon als National-Eigenthum verkauft war, ſollten andere Palläſte, Güter u. ſ. f. gegeben werden, worüber der Etat dem Decret beigefügt iſt ***). Die Krone erhielt die Verpflichtung, alle dieſe Palläſte, Güter u. ſ. f. zu erhalten, und mit dem nöthigen Hausgeräthe zu verſehn. Zu der Ausſteuer der Krone gehörten (Art. 8) 2tens die Koſtbarkeiten, Edelſteine, Perlen, Gemälde und ſonſtige Denkmäler der Kunſt, die ſich theils in den Muſeen, theils in den kaiſerl. Palläſten befanden. 3tens (Art. 9) alle Mobilien (meubles meublans), Wagen, Pferde, bis zu einem Betrag von 30 Millionen Franks. Die zur Ausſteuer der Krone gehörigen Güter (Art. 10), konnten weder verjährt, noch auf ſonſtige Art entfremdet, oder mit Laſten beſchwert werden. Der Tauſch eines zum Kron-Eigenthum gehörigen Guts gegen ein anderes konnte (Art.12) ***) nur vermöge eines Senatus-Conſults geſchehn. Auch die Schulden des verſtorbenen Kaiſers hafteten (Art. 17) auf dem Privat-Vermögen deſſelben und nicht auf dem Kron-Eigenthum. Nach dem Decret der Conſtituirenden blieben die dem König zu ſeinem Gebrauch überlaſſenen Güter mit denſelben öffentlichen Laſten wie jedes andere Privat-Eigentham beſchwert. Allein nach der neuern Beſtimmung waren ſie davon ausgenommen.

---

*) Desen. tom. XIV. p. 129.

**) Hierzu gehörten zuerſt die Palläſte des Louvre und der Tuillerien. Ueberdem enthält das zweite Decret v. 6. Mai 1790 art. 3 „Sont reservés au roi les maisons, bâtimens, emplacemens, terres, prés, corps de fermes, bois et forêts composant les grands et petits parcs de Versailles, Marly, Meudon, Saint-Germain-en Laye, et Saint-Cloud, ainsi que les objets de même nature, dependans des domaines de Rambouillet, Compiègne et Fontainebleau, les bâtimens et fonds de terre dépendans de la manufacture de porcelaine de Sèvres. Il jouira aussi des bâtimens et dépendances de la manufacture de la savonnerie et de celle des Gobelins.“

art. 8 „Sera aussi reservé au Roi le chateau de Pau avec son parc, comme hommage rendu par la nation à la memoire de Henri IV.

***) Ueber das Verfahren bei einem ſolchen Tauſch ſehe man das kaiſerl. Decret v. 11. Juli 1812 (Desen. tom. XIV. p. 142).

Von der Civilliſte und den Einkünften des Kron-Eigenthums ſollte (Tit. III.) noch das Privatvermögen (domaine privé) des Kaiſers unterſchieden werden, welches er wie ein Privater als volles Eigenthum beſaß. Dahin gehörte 1tens Alles, was er durch Erbſchaft, Schenkung, Kauf u. ſ. f. Alles nach den Beſtimmungen des cod. civ. erwarb. 2tens, Alles beim Abſterben des Kaiſers in den Kaſſen der Krone und des Privat-Eigenthums niedergelegte baare Gelder. 3tens, die Mobilien der Krone, in ſo fern der Werth derſelben den von 30 Millionen Francs überſtieg. Das Privat-Eigenthum des Kaiſers war allen öffentlichen Laſten unterworfen. Der Kaiſer konnte, wenn er 25 Jahr alt war, darüber ſowohl unter Lebenden als von Todeswegen nach Gutdünken verfügen, ohne durch irgend eine der Beſchränkungen des cod. civ. gebunden zu ſeyn. Vor dem zurückgelegten 25ten Jahre konnte er unter Lebenden gar nicht über ſein Vermögen verfügen. Von Todeswegen konnte er indeſſen darüber ſchon, wenn er das 16te Jahr erreicht, doch nur bis zum Betrag von 12 Millionen verfügen. Starb der Kaiſer ohne Teſtament, ſo ward das Vermögen, doch mit gewiſſen Modificationen und Ausnahmen, unter ſeine Kinder gleichmäßig vertheilt. Auf keinen Fall ſollten (Art. 48) die zum Privatvermögen des Kaiſers gehörigen Immobilien und unkörperlichen Rechte als dem Recht nach mit dem Staats-Eigenthum vereinigt angeſehn werden, ſondern dieſe Vereinigung konnte nur durch einen Senats-Beſchluß geſchehn. Dagegen fielen (Art. 51.) alle Diamanten und koſtbaren Steine, von einem Werth über dreimalhunderttauſend Franken, alle alten Gemälde (tout tableau de peintres morts depuis cent ans), Bildſäulen u. ſ. f. nach dem Tod des Kaiſers von Rechtswegen dem Mobilar-Eigenthum der Krone zu.

Das Senatus-Conſult unterſcheidet ferner noch Tit. II. das außerordentliche Staats-Eigenthum. Darunter ward (Art. 20) alles bewegliche oder unbewegliche Eigenthum begriffen, welches der Kaiſer bei Ausübung des Rechts von Krieg und Frieden durch Eroberungen und Unterhandlungen erwarb. Der Kaiſer verfügte (Art. 21) darüber nach Gutdünken, jedoch zum öffentlichen Nutzen, zur Belohnung außerordentlicher dem Staat im Civil- oder Militairfach geleiſteter Dienſte, Aufmunterung der Künſte, Errichtung von Denkmalen u. ſ. f. — Dieſes Eigenthum war (Art. 22) allen öffentlichen Laſten unterworfen.

Für die Verwaltung des zu jeder, der vier hier genannten Claſſen gehörigen Eigenthums (der Civilliſte, der Kron-Güter, des außerordentlichen Staats-Eigenthums, ſo wie des Privat-Vermögens des Kaiſers) war ein beſonderer General-Intendant beſtellt, gegen welchen auch alle gerichtlichen Klagen gerichtet, und die Urtheile ausgeſprochen wurden, ſo wie auch er ſelbſt in ſeinem Namen alle gerichtlichen Verfolgungen einleitete. Der Intendant des kaiſerl. Privat-Vermögens ward indeſſen in der Perſon des Staatsprocurators des Gerichts, das über den ſtreitigen Gegenſtand zu entſcheiden hatte, vorgeladen (cod. d. procèd. civ. art. 69). Endlich ſollte nach der Beſtimmung des kaiſerl. Decrets v. 12. Juli 1807 (Desen. tom. XIV. p. 128) über alle Forderungen an die Civilliſte des Kaiſers (eben ſo wie über Streitigkeiten in Verwaltungsſachen) durch den Staats-Rath entſchieden werden, worüber im letzten Abſchnitt ein Näheres vorkommen wird. M. ſ. indeſſen das angeführte Decret ſelbſt. Auch über das Witthum der Kaiſerin, ſo wie über die Apanagen der nachgebornen Prinzen enthält das angeführte Senatus-Conſult ſehr umſtändliche Beſtimmungen. Wir bemerken, um nicht zu weitläufig zu werden, hier nur, daß gegen die von der Conſtituirenden eingeführte Ordnung die Apanagen (Art. 56) zum größten Theil in unbeweglichen, in Frankreich gelegenen Gütern beſtehn, und (Art. 60, 63) durch Erbſchaft ganz und ungetheilt auf den älteſten Sohn des apanagirten Prinzen oder auf den nächſten männlichen Verwandten deſſelben und zwar bis zur gänzlichen Erlöſchung des Mannsſtamms übergehn ſollten.

Bald nach der Reſtauration (d. 8. Nov. 1814) erſchien ein neues Geſetz *) über denſelben Gegenſtand (über die Civilliſte u. ſ. f.), welches die meiſten Beſtimmungen des Senatsbeſchluſſes v. 30. Januar 1810 beſtätigte **). Indeſſen erhielt (Art. 21) der König nur bei Lebzeiten das volle Recht über ſein Privat-Vermögen zu verfügen. Starb er, ohne darüber beſtimmt zu haben, ſo war es dem vollem Recht nach mit dem Staats-Eigenthum vereinigt. Eben ſo ward (Art. 20), die alte Regel wieder hergeſtellt, daß bei der Thronbeſteigung eines Königs ſein ganzes Privat-Vermögen ſogleich von Rechtswegen einen Theil des Staats-Eigenthums ausmachte. Von der Beſtimmung, daß die Apanagen zum größten Theil in unbeweglichen Gütern beſtehn ſollten, ſpricht das Geſetz gar nicht. Es beſtimmt im Gegentheil Tit. III. Art. 23, daß für die Prinzen und Prinzeſſinnen der königl. Familie jährlich von dem Staatsſchatz acht Millionen ausbezahlt, und von dem König unter ſie vertheilt werden ſollten, welches Ihnen Statt der Apanage dienen ſollte. — Wir kehren nach dieſer Abſchweifung, welche dem Leſer eine hoffentlich nicht unangenehme Ueberſicht über einen Theil der ehemaligen franzöſ. Verwaltung gegeben haben wird, zu unſerm Hauptgegenſtand zurück. — Wir haben oben ſchon bemerkt, daß dem Kron-Eigenthum bei den Gerichten mehrere geſetzliche Privilegien zukamen. Das Erſte dieſer Privilegien, welches indeſſen auf das gerichtliche Verfahren keinen Einfluß hatte, war, daß das Eigenthum deſſelben nicht in fremde Hände übergehen konnte. Die übrigen näher hierhin gehörigen Privilegien waren 1) Die Domainen waren von je her der Grundherrlichen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen. 2) Der König gieng allen Gläubigern ſeiner Pächter in deren beweglichem ſowohl als unbeweglichem Vermögen vor. Jetzt hat er dieſes Vorzugs-Recht nur in Beziehung auf die Mobilien, die ſich in den gepachteten Domainen als Hausgeräthe befinden. Auf die Immobilien hat er zwar eine geſetzliche Hypothek, die aber nur von dem Tag an ihre Wirkung erhält, wo ſie eingetragen wird. 3) Nach den uralten Geſetzen (Etablissem. d. St. Louis liv. I. chap. 21) ſo wie nach der Beſtimmung der Civil-Verordnung v. J. 1667 (tit. 34. art. 5.) konnte gegen Alle, welche den Domainen ſchuldig waren, die perſönliche Verhaftung erkannt werden. Dieſes gilt auch noch. (Merlin. Répert. art. Domaine public §. IV. N°. IV. 2). 4) Die Domainen konnten, auch wenn ſie als Kläger auftraten, von dem Gegner die Offenlegung ſeiner Titel verlangen. Dieſes findet jetzt nicht mehr Statt *).

---

*) Desen. tom. XIV. p. 146.

**) Zum Austauſch eines zum Kron-Eigenthum gehörigen Guts gegen ein anderes ward (Art. 11), da der Senat nicht mehr beſtand, ein förmliches Geſetz erfordert.

5) Gegen die Domainen galt das Näher-Recht (Retract-Recht, retrait lignager) nicht **). Dieſes iſt jetzt, wo dieſes Recht aufgehoben iſt, ohne Anwendung. 6) Die Domainen-Verwaltung führte ihre Prozeſſe mit geſicherter Hand (main garnie); d. h., wenn das Gut, worüber es ſich handelte, ein unter der Oberherrlichkeit ***) des Königs ſtehendes Lehngut

---

*) Es galt als Maxime: omnia edenda sunt fisco, etiam ad fundandam suam intentionem. M. ſ. Bacquet traité du droit d'aubaine chap. 36, auch Choppin. de Doman. Franciae lib. III. tit. 11 N°. 1 und 2. Man berief ſich auf die Domainen-Ordnung Carls des neunten v. J. 1566 Art. 7 „Aussi ceux qui occulteront ou dénieront de male-foy le titre auquel ils détiennent les terres de nostre Domaine, ou terres sur elles en certain cas à reversion, et qui en seront dûement convaincus, seront déclarez déchûs de leur titre, et privez du droit et possession desdites terres." Nach dem Gerichtsgebrauch war es angenommen, daß jeder, welcher ſich weigerte ſeine Titel offen zu legen, den Beſitz des Gutes, Rechtes u. ſ. f., verlor. „Contumacia enim quodammodo inficiationi feudi aequiparatur" ſagt Choppin l. c.

**) Choppin de doman. Franc. lib. III. tit. 23. Er führt aus dem styl. Parlament. ein Urtheil erlaſſen am Feſt aller Heil. d. J. 1283 an, wodurch dieſes Vorrecht des Königs anerkannt, und er gegen den Grafen von Guines in dem Beſitz der Grafſchaft Guines, die er von einem andern durch Kauf erworben hatte, erhalten ward. Der Anwalt des Königs berief ſich darauf, daß der König durchaus kein Fremder ſey, ſondern allen Agnaten vorgehe. — Dem König ſtand indeſſen dieſes Vorrecht doch nur unter gewiſſen Beſchränkungen zu.

***) Das nämliche Recht ſtand jedem Lehnsherrn, der mit ſeinen war, oder der ſtreitige Gegenſtand notoriſch und der Natur der Sache nach zum Kron-Eigenthum gehörte, (wenn es ſich von der Gerichtsbarkeit, dem Recht einen Wegezoll aufzulegen, Notarien zu ernennen u. ſ. f. handelte), ſo ward die Domainen-Verwaltung proviſoriſch in den Beſitz geſetzt. Auf jeden Fall aber ward ſie darin erhalten. Denn, da ſie im Namen des Königs handelte, ſo fand 7) die Klage, als habe ſie Jemand gewaltſam aus dem Beſitz vertrieben oder darin geſtört (complainte) gegen ſie nicht Statt, indem es unſchicklich geweſen wäre, eine ſolche Klage gegen den König, der als die Quelle alles Rechts galt, vorzubringen. 8) Die Ausgleichung von Schulden und Forderungen (compensation) fand gegen die Domainen-Verwaltuug nicht Statt. 9) Auch die Einrede der Verjährung und der Nicht-Verfolgung der Klage (peremption d'instance) konnte derſelben nicht entgegengeſetzt werden; und eben ſo wenig 10) die Einrede der Abtretung der Güter (cession de biens), und des benefice d'inventaire. 11) konnten die Proceſſe, welche die Domainen betrafen, nicht (vermöge der lettres de committimus und ähnlicher Privilegien) an ein anderes Gericht abberufen werden, welches, wie wir ſchon früher bemerkt, für alle Ausnahme-Gerichte, wozu die Finanz-Bureaus gehörten, galt.

12) Hatten die Domainen das ſonderbarſte und drückendſte aller Rechte, daß ſie oder vielmehr der königl. Procurator in ihrem Namen, ſelbſt wenn eine Sache durch ein rechtskräftiges Urtheil entſchieden war, gegen das Urtheil angehn, und die Klage zu jeder Zeit erneuern konnten *). Dieſes gilt natürlich jetzt nicht mehr. Die Gerichtsordnung der Conſtituirenden v. 16. Aug. 1790 (Desen. tom. III. p. 188) ſchaffte tit. II. art. 16 alle Privilegien in Prozeßſachen ab. Hierdurch waren von ſelbſt alle genannten Privilegien, wenn ſie nicht durch ſpätere Geſetze erneuert wurden, abgeſchafft. Nur eine kleine Beſchränkung erlitt dieſer Grundſatz durch Art. 13 deſſelben Titels, nach welchem die Gerichte auf keine Art die Verwaltungsbehörden in ihren

---

Vaſallen in Prozeß gerieth, zu; auch ward es nur in Lehnsſachen ganz ſtreng ausgeübt. M. ſ. Bacquet trait. d. droit d'aubaine chap. 36 N°. 2.

*) M. ſ. Merlin Répert. art. chose jugée §. XIV.

Handlungen ſtören, noch ſie wegen ihren Functionen vorladen laſſen durften. Dem gemäß haben außer den N°. 1, 5 und 11 angeführten Privilegien, die jetzt ohne Gegenſtand ſind, auch die N°. 4, 6, 9, 10, 12 gänzlich aufgehört *). Was (N°. 7) die Ausgleichung der Schulden betrifft, ſo iſt ſie der Natur der Sache nach nur dann anwendbar, wenn die nämliche Behörde verſchuldet und zu fordern hat. Alsdann iſt ſie aber auch allerdings zuläſſig, und ward ſogar auch nach der alten Geſetzgebung angenommen (M. ſ. Merlin Répert. art. compensation §. III.). Was N°. 7 betrifft, (daß die complainte gegen die Domainen nicht Statt findet), ſo kann hier allerdings wohl ein Conflict zwiſchen den richterlichen und Verwaltungs-Behörden entſtehn. (M. ſ. darüber: Merlin Répert. art. complainte). Das Decret v. 7. Sept. 1790 (Desen. tom. III. p. 247) hob nebſt allen Ausnahme-Gerichten auch insbeſondere (Art. 11) die Finanzbureaus auf. Hierdurch fiel das Erkenntniß in Domainenſachen von ſelbſt den ordentlichen Gerichten zu. Dieſes ward auch, durch das Geſetz v. 23. Oct. 1790 tit. III. N°. 12 **), näher beſtätigt. Daſſelbe gilt bei allen Streitfragen über das Eigenthums-Recht eines Gutes, einer Grundrente u. ſ. f. auch noch jetzt. Handelt es ſich aber von Pacht-Contracten, deren Auslegung, ſo wie über den einem Pächter zukommenden Erſatz u. ſ. f., ſo wird dieſes auf dem Verwaltungsweg entſchieden ***). Daſſelbe gilt, wenn Frage über die Gültigkeit und Erklärung eines Verkaufs entſteht, welchen die Verwaltung in Folge eines Geſetzes veranſtaltet hat †). Jetzt tritt in Domainenprozeſſen der Präfect als Stellvertreter für dieſelben oder als Parthei auf (Cod. proced. civ. art. 69). Nur in Klagen wegen rückſtändigen Pachtzinſes vertritt die Enregiſtrements-Verwaltung die Domainen. Für dieſelben tritt meiſtens kein Anwalt (avoué) auf, indem die Staatsbehörde ſie vertheidigen muß. Dieſelbe wird alsdann aber auch als Parthei angeſehn und als ſolche behandelt. So hat ſie z. B. (nach dem kaiſerl. Decret v. 30. März 1808 Tit. III. N°. 87, Desen. tom. IV. p. 438) bei gewöhnlichen Civil-Prozeſſen, wo ihre Anträge nur die Erhaltung des Geſetzes und der öffentlichen Ordnung bezwecken, allezeit das letzte Wort, und die Advocaten dürfen nur auf der Stelle dem Gericht ſchriftliche Noten in Beziehung auf die Thatſachen, welche in dem Vortrag der Staatsbehörde unrichtig dargeſtellt ſind, übergeben. Allein Domainenſachen ſind von dieſer Regel ausgenommen. (M. ſ. Pigeau Proced. civ. liv. II. part. II. tit. IV. chap. V. N°. I., tom. I. p. 444, 445). —

---

*) Ueber die Privilegien des Fiscus überhaupt ſehe man nach Choppin de Doman. Franc. lib. III. tit. 29.

**) Desen. tom. XIII. p. 455. M. ſ. u. das Geſetz v. 14. Ventoſe J. 7 Art. 27 (Desenne tom. XIV. p. 56.

***) Im letztern Abſchnitt wird noch näher davon geredet werden. M. ſ. Merlin Répert. contentieux des domain. nation.

†) M. ſ. Desen. tom. XIV. p. 41. — Noch bemerken wir, daß nach Art. 27 des Geſetzes v. 14. Ventoſe J. 7. (Desen. tom. XIV. p. 56) bei allen Streitigkeiten, die zwiſchen dem Beſitzer eines angeblich zu dem ehemaligen Kron-Ei-

III. Die Forſtgerichte wurden im allgemeinen durch eaux et forêts bezeichnet. Man verſtand indeſſen unter eaux et forêts *) auch die Forſten und Gewäſſer ſelbſt, nebſt allen Ihnen

---

genthum gehörigen Guts und der Domainen-Verwaltung entſtehn, die Tribunale, ſowohl der erſten als letzten Inſtanz auf einfache Denkſchriften, die ihnen übergeben werden, entſcheiden.

*) forêt ehmals forest, in dem mittelalterlichen Latein foresta, forestus oder forestis, iſt unſerm »Forſt« verwandt. Es bedeutet überhaupt jeden Wald oder Buſch, doch vorzüglich ſolche, welche geſchloſſen waren, und worin man das Wild nicht ſtören, keine Bäume beſchädigen durfte u. dg. Du-Cange (ad voc. foresta) führt aus einem alten Schriftſteller Ockamus an „foresta est tuta ferarum mansio, non quarumlibet sed silvestrium, non quibuslibet in locis, sed certis et idoneis, unde foresta e mutata in o, quasi feresta, hoc est ferarum statio. Man findet bei demſelben ad. voc. forestare aus einer Urkunde des Kaiſers Konrad v. J. 1029 (Chronic. Episcop. Mindens p. 736) „Quandam silvam . . . . forestari concessimus, et banni nostri districtu circumvallavimus, ea videlicet ratione, ut nemo

anklebenden Rechten und daraus hervorgehenden Vortheilen, wohin man die Fiſcherei in Teichen und ſchiffbaren Flüſſen, (nicht auf dem Meer), das Recht Fähren darauf zu halten, Brücken und Mühlen anzulegen, und überhaupt das Waſſer derſelben zu benutzen, ſo wie denn auch vorzugsweiſe die Jagd rechnete. Schon ſehr früh waren beſondere Beamten zur Erhaltung und Beaufſichtigung dieſer Forſten beſtellt, welche den Namen forestarii (forestiers) führten. In dem zweiten Capitular Carls des Großen v. J. 813 (ap. Baluz tom. I. p. 506, 510) heißt es (cap. 18) „De forestis, ut forestarii bene illas defendant, simul et custodiant bestias et pisces. etc“. Man ſieht aus dieſer Stelle, daß ſchon damals die Aufſicht über die Forſten mit der über die Jagd und Fiſcherei verbunden war *). Unter dem dritten Geſchlecht der Könige erhielten die obern Forſtbeamten den Titel maistres [maistres et gardes] des eaux et forêts. Das Amt derſelben ward ebenfalls von je her als ſehr wichtig angeſehn, indem ſchon Philip der Schöne in der großen Verordnung v. 23. März 1302, worin er die größten Gegenſtände regelte, und unter andern dem Parlament ſeinen beſtändigen Sitz zu Paris anwies, Art. 14 **) beſtimmte, daß

---

ulterius in eodem foresto absque praelibati Episcopi suorumque successorum licentia potestatem habeat venandi, sagittandi, retia aut laqueos ponendi, aut ullo ingenio feras decipiendi, quae merito sub jure banni continentur.“ Dieſe Forſten waren ſchon ſehr früh der Nation läſtig; denn ſchon das 5te Capitular Ludwigs des Frommen v. J. 819 (ap. Baluz tom. I. p. 617) enthält capit. 22 „ . . . . ut [missi] comitibus denuntient, ut ne ullam forestem noviter instituant, et ubi noviter institutas sine nostra jussione invenerint, dimittere praecipiant.“

*) So blieb es bis zu den letzten Zeiten. Doch ward durch eine Verordnung Philips von Valois v. 11. Juli 1333 (Ordon. tom. II. p. 93) das Erkenntniß über die Flüſſe und Teiche (Art. 1, 2) den Forſtmeiſtern genommen und den Amtmännern beigelegt. Dieſes ward aber nicht lange beobachtet. M. ſ. die dritte folgende Note S. 290.

**) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 354, 359 „ . . . . Volumus et ordinamus, quod nostri Seneschalli, Baillivi, judices et custodes nundinarum Campaniae, magistri et custodes fodieſe Forſtmeiſter nicht anders als mit Berathung des großen Staatsraths ernannt werden ſollten. Wahrſcheinlich ſtand ſchon ſeit den erſten Zeiten den Forſtmeiſtern nicht allein die eigentliche Verwaltung der Forſten, ſondern auch die Beurtheilung der darin verübten Forſtfrevel u. dgl. zu. Bis zu den Zeiten Philips d. Schönen (einſchließlich) iſt mir zwar keine Stelle bekannt, woraus dieſes ganz unzweifelhaft hervorging. Allein die von dem Sohn deſſelben Philip d. Langen d. 17. Mai 1320 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 707, 710) über die Forſten erlaſſene Verordnung beſtimmt Art. 16, daß die Forſtwärter (sergens de forez) in Beziehung auf Forſtſachen vor keinem andern Richter zu antworten brauchen, als vor den Forſtmeiſtern *). Durch die Verordnung Philips v. Valois v. 29. Mai 1346 **), welche beſonders und ſehr umſtändlich von den Forſten handelt, wird den Forſtmeiſtern die Gerichtsbarkeit in Forſtſachen faſt in demſelben Umfang ertheilt, worin ſie dieſelbe in den letzten Zeiten beſaßen. Da die Könige von je her eine beſondere Aufmerkſamkeit auf die Erhaltung der Forſten, beſonders auf die Jagd verwandten, ſo gibt es eine große Menge Verordnungen über dieſen Gegenſtand. Die beiden älteſten ***)

---

restarum et aquarum de cetero [in Zukunft] eligantur et instituantur ex deliberatione nostri magni consilii etc.“

*) „. . . . devant le mestre des forez, les gruiers ou mestres sergens, car se on les faisoit semondre hors, en tant, comme il demourroient, pourroit l'en domager les forez en bois ou en bestes.“

**) (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 244, 248) art. 31 „Que aucuns bailliz, senechaux, receveurs, prevoz, Vicomtes et autres officiers quelzconques dores-en-avant ne cognoissent ne s'entremettent en aucune maniere, du fait des forez, fleuves, rivieres et garennes, ne de chose qui en dépende, mais se aucune chose en ont commencié, qui il renvoyent la cause ou causes, en l'estat ou elle est, pardevant les mestres des forez, commis au pais dont il seront, pour en jugier et determiner, si comme de raison sera.“

***) Die Encyclopedie (Art. eaux et forêts) führt noch einige ältere von den Königen des dritten Geſchlechts an. Ich habe ſie indeſſen in den Ordon. d. Louv. theils nicht finnoch übrigen, welche beſonders darüber handeln, ſind die Philips des Langen v. J. 1318, vom 2. Juni 1319, und v. 17. Mai 1320, (Ordon. tom. I. p. 683, 684, 707), und die Philips v. Valois v. 29. Mai 1346 (ibid. tom. II. p. 244). Die wichtigſten unter den ſpäter erſchienenen ſind die von Carl dem 5ten v. d. J. 1367, 1376 (Ordon. tom. V. p. 27, tom. VI. p. 222) von Carl dem ſechſten v. d. J. 1384, 1388, 1402 (die beiden letztern, beſonders die v. J. 1402 zur Kenntniß der alten Forſtverwaltung ſehr wichtig) Ordon. tom. VII. p. 770, tom. VIII. p. 521), die v. 1407, 1415, Mehrere von Franz dem Erſten, beſonders die Heinrichs des Vierten v. Mai 1597, ſo wie das Edict deſſelben Königs v. Juni 1601 (letzteres über die Jagdfrevel) *). Alle übertrifft aber an Vollſtändigkeit und innerm Werth die Verordnung Ludwigs des 14ten v. Auguſt 1669 (ordonnance des eaux et forêts genannt (Th. I. S. 148) **),

---

den können, theils aber enthalten ſie nur ganz einzelne Beſtimmungen über die Forſten und Forſtmeiſter. In der Encyclopedie iſt nicht näher angegeben, wo ſie zu finden ſind. Uebrigens enthält ſie an der angeführten Stelle eine ſehr umſtändliche Angabe aller über die Forſten und Gewäſſer erſchienenen Verordnungen.

*) Aus der v. J. 1597, welche ſich unter andern auch in dem Cod. Neron findet, erſieht man, in welchem traurigen Zuſtand damals die Forſten waren, und welche Mißbräuche in der Verwaltung derſelben vorfielen.

**) Es gibt eine Menge Ausgaben derſelben, die zum Theil ſehr fehlerhaft ſind. Um dieſelben zu verbeſſern, beſorgte die Geſellſchaft der vereinigten Buchhändler (la compagnie des libraires associés) zu Paris i. J. 1753 eine neue. Als der Druck i. J. 1752 vollendet war, fanden ſich noch mehrere Fehler darin. Der Kanzler beauftragte deshalb zwei Commiſſarien Rouſſelet und Coqueley de Chauſſepierre dieſelben zu unterſuchen. Dieſe verglichen den Text der Ausgabe mit der, bei dem Parlament zu Rouen am 29. Nov. 1669 einregiſtrirten Urkunde [die zu Paris einregiſtrirte war nicht zu finden] und in dem Vorbericht zu der Ausgabe v. 1753 iſt das Zeugniß derſelben abgedruckt, wodurch ſie erklären, daß nach Verbeſſerung der in dem Erraten-Verzeichniß angegebenen Fehler der gedruckte Text mit der Urſchrift völlig übereinſtimme.

welche bis zur Revolution die Hauptregel in Forſtſachen blieb, und ſelbſt während der Revolution und des Kaiſerreichs ihre geſetzliche Kraft zum Theil behielt. Da ſie eigentlich nur eine allgemeine Sammlung der frühern Verordnungen iſt, ſo werden wir in dem Folgenden ſie vorzügsweiſe berückſichtigen, und nur, wo die frühern Geſetze in merkwürdigen Fällen von ihr abweichen, oder zu ihrer Erläuterung dienen, auch dieſe anführen. Die Verordnung v. J. 1669 enthält in 32 Titeln 1) ſehr ausführliche Vorſchriften über die Verwaltung und Benutzung ſowohl der dem Staat als den Gemeinden und Privaten zugehörigen Forſten und Gewäſſer, und alles desjenigen, was man unter dieſem Namen begreift. Sie ordnet indeſſen auch 2) die Gerichtsbarkeit über alle ſich auf dieſe Gegenſtände beziehende Rechtsſtreitigkeiten, und beſtimmt das dabei zu beobachtende Verfahren. Sie beſtimmt endlich auch 3) die gegen die Uebertreter der Forſt- und Jagdgeſetze zu verhängenden Strafen, ſo daß ſie in dieſer Hinſicht als ein Strafcodex anzuſehn iſt.

Den Forſtgerichten kam, ſo wie faſt allen Ausnahme-Gerichten, außer der Gerichtsbarkeit auch die obere Leitung der Forſtverwaltung zu. Um uns indeſſen nicht zu weit von unſerm Hauptgegenſtand zu entfernen, werden wir im Folgenden nur von der Gerichtsbarkeit und dem gerichtlichen Verfahren handeln, und zwar fürs Erſte vorzüglich die eigentlichen Forſtſachen ins Auge faſſen, und ſpäterhin über die Jagd Einiges nachtragen.

Schon gleich der erſte Titel beſtimmt die Competenz der Forſtgerichte. Dieſem gemäß kommt den Forſtrichtern (juges établis pour le fait de nos eaux et forêts) (art. 3—10) die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit in allen die ſo eben genannten Gegenſtände (die königl. Waldungen, Jagden, Fiſchereien, Mühlen u. ſ. f.) betreffendenden Fällen zu*). So erkannten ſie insbeſondere über die Verrückung der Grenzſteine, (Art. 2) auch (Art. 5) über alle Contracte, die über Holzverkäufe gemacht wurden, vorausgeſetzt, daß ſie geſchloſſen waren, ehe das Holz aus den Waldungen weggeſchafft war; über alle Forſt- und Jagdfrevel, die in den königlichen Waldungen vorfielen, ſo wie überhaupt über alle Verbrechen, die bei Gelegenheit der erſtern verübt wurden. Auch über Forſtvergehn in den Waldungen von Privatleuten, geiſtlichen Corporationen und andern Gemeinden konnten die königlichen Forſtgerichte erkennen, doch nur, wenn ſie darum erſucht wurden (Art. 11). Wenn aber das Vergehn von den Eigenthümern oder Nutznießern ſelbſt begangen war, ſo ſtand den königlichen Forſtgerichten auf jeden Fall das Erkenntniß zu (Art. 13). Auch über die in den Gerichtsbezirken der Grundherrn vorfallenden Forſtvergehn erkannten ſie in gewiſſen Fällen (Art. 11, 12). Ihre Gerichtsbarkeit erſtreckte ſich über Perſonen aller Gattungen, über Adeliche und Unadeliche, Geiſtliche und Weltliche, u. ſ. f. und ungeachtet aller Privilegien, wie das committimus u. ſ. f. (Art. 9). (M. v. Th. I. S. 308). Bei Streitigkeiten über das Eigenthum der Waldungen indeſſen entſchieden ſie nur, wenn dieſelben die königlichen Waldungen betrafen *). Zwiſchen Privaten oder Gemein-

---

*) Die Gegenſtände werden (Tit. I.) ſehr umſtändlich und namentlich angeführt. Der Text iſt indeſſen zu weitläufig, um ihn hierhin zu ſetzen.

---

*) Auch wenn der König nur irgend ein Recht über einen Wald, oder das Miteigenthum daran hatte, waren (tit. XXIII. art. 1, 8, 9) die Forſtgerichte eben ſo competent, als wenn es eine königliche Waldung war. Zu dieſen Rechten gehörte das der gruerie, grairie, und tiers et danger. Das erſtere (gruerie) beſtand in einem gewiſſen Antheil an allem verkauften Holz, ſo wie an den Gebühren, welche die Ausübung der Gerichtsbarkeit einbrachte. Unter Grairie, welche Einige für gleichbedeutend mit gruerie halten, verſtand man zwar auch die nämlichen Vorrechte, allein der König übte dieſelben als Miteigenthümer aus. Unter tiers et danger verſtand man das Recht, welches, beſonders in der Normandie, der König (auch einige Grundherrn) auf den dritten und überdem noch auf den zehnten Theil von allem aus einem Wald verkauften Holz (entweder an dem Preis oder dem Holz ſelbſt) hatte. Daher durfte ohne ſeine Erlaubniß kein Holz daraus verkauft werden. Einige glauben, das Wort danger komme daher, daß man, wenn man dem König den zehnten Theil gab, das Holz ohne Gefahr (sans danger) habe verkaufen können. Wahrſcheinlicher iſt es aber aus denier (denarius) entſtanden. Es iſt ſehr alt und kommt insbeſondere ſchon in der ſogenannten charte Normande, welche Louis Hutin d. 22. Juli 1315 gab (Ordon. tom. I. p. 587) art. 9 unter der

den gehörte (Tit. I. Art. 10) die Entſcheidung über alle Streitigkeiten dieſer Act den Amtmännern und gewöhnlichen Richtern, wenn ſie nicht etwa mit einem Forſtvergehn, oder mit einer allgemeinen Unterſuchung oder Verbeſſerung in Forſtſachen in Verbindung ſtanden.

Die unterſte Stufe der Gerichtsbarkeit in Forſtſachen übten diejenigen Gerichte aus, welche man grueries nannte. Unter dieſem Wort gruerie veſtand man, wie ſo eben bemerkt worden, zuweilen gewiſſe Rechte, welche der König in einigen Waldungen, die Privatleuten oder Gemeinden zugehörten, hatte. Man verſtand indeſſen auch, und wir verſtehn hier unter dem Wort gruerie die Forſtgerichte des unterſten Grades. Jedes derſelben war nur mit Einem Richter, der gruyer, in der Normandie verdier hieß, beſetzt, dem indeſſen (Tit. VI. Art. I.) ein königlicher Procurator und ein Gerichtsſecretair (greffier) zugegeben war. Die Geſchäfte dieſer Richter bezogen ſich noch mehr auf die Verwaltung als auf die Juſtiz. Sie mußten ſo nahe als möglich bei den Waldungen wohnen, und von vierzehn zu vierzehn Tagen *) eine Rundreiſe

---

Benennung „tertium et dangerium“ vor. Man glaubt, dieſes Recht komme daher, weil ehemals kein Privatmann Hochwald habe beſitzen oder erwerben dürfen, alſo um die königliche Erlaubniß dazu zu erhalten, dieſe Abgabe darauf haften geblieben wäre. Wirklich ſollten auch nach Art. 11 dieſer Charte die „nemora plantata ab antiquo“ dieſer Abgabe nicht unterworfen ſeyn.

*) Ein eigner Titel (IX.) der ordon. des eaux et forêts handelt von dieſen Beamten. Er iſt „des gruyers“ überſchrieben. Dieſe Stellen waren in Frankreich uralt. Schon zu den Zeiten des erſten Königs-Geſchlechts werden ſie unter dem Namen: gruarii custodes, saltuarii, viridarii erwähnt. Nach der Verordnung Philips d. Schönen v. J. 1291 (Ordon. tom. I. p. 320) ſollten Art. 9 die „magistri forestarum et aquarum, gruerii et forestarii“ den Eid in die Hände ihrer Obern ablegen. In einer Verordnung Philips des Langen v. J. 1320 (Ordon. tom. I. p. 707) werden ſie Art. 2 „Verdiers ou mestres sergens des forez“ genannt. Art. 1 der Verordnung Philips d. Langen v. J. 1318 (Ordon. tom. I. p. 683) heißt es Art. 1 „que li gruier gouverneront les eaues et les viviers en la maniere qu'il souloient faire.“ — Durch ein

in ihrem Bezirk machen, um ſich von dem Zuſtand der Waldungen, und den darin vorgefallnen Forſtvergehn zu überzeugen, wobei ſie alle Bäume, woran ein ſolches Vergehn begangen worden, ſo wie die Windſchläge (chablis) mit einem eignen Hammer bezeichneten. Ihre Gerichtsbarkeit war indeſſen blos fiscal. Sie hatten das Recht alle Forſtvergehn zu unterſuchen, die Schuldigen oder die Verdächtigen vor ihr Gericht zu fordern, und ſie auf friſcher That zu verhaften. Allein ſie konnten keine andere Strafe als eine Geldſtrafe von höchſtens 12 Livres erkennen *). In Fällen, wo die Strafe höher oder willkührlich war, mußten ſie (Tit. IX. Art. 3) die Angeklagten an die höhern Forſtgerichte verweiſen. Die Appellation von den Ausſprüchen der königlichen gruyers gieng an das Gericht des Forſtmeiſters, das Forſtmeiſter-Amt (maîtrise des eaux et forêts) **), und die von den Ausſprüchen der grundherrlichen

---

Edict v. J. 1544 wurden ihre Stellen zu Aemtern erhoben (érigés en titre d'office).

*) Dieſes galt indeſſen nur von den königlichen Forſtrichtern dieſes Namens. Die gruyers der Grundherrn erkannten in allen Fällen, wie hoch auch die Strafe ſteigen mochte.

**) Die Forſtordnung Carls des ſechſten v. September 1402 (Ordon. d. Louv. tom. VIII. p. 521) enthält hierüber Art. 69 „Aulcuns verdiers, Chastellains ou maistres Sergens des forestz, ne pourront faire d'oresnavant aulcune vente, si ce n'est du commandement desditz maistres qui sont ordennez ès lieux la où ils seront et n'auront cognoissancé des causes fors des prinses qui y seront faictes par eulx et par les Sergens qui seront dessoubz eulx, jusques à la valeur de soixante Solz seullement; et se aulcun se veult doloir desditz Chastellains, Verdiers, ou maistres Sergens, ou aultres simples sergens, du fait desditz forestz, il en pourra appeller devant les maistres desditz lieux, qui en feront raison, et s'il avenoit aulcun cas qui semblast que l'amende montast plus de soixante sols, et que lesditz Chastellains, verdiers ou maistres sergens ne voulsissent avoir mis qu'a soixante Sols, les maistres desditz lieux vendront pour enquerre et visiter se ilz pourront mettre icelles amendes au néant, et retauxer à plus grande somme pour nostre prouffit, selon ce que le cas le requerra."

gruyers gieng unmittelbar an das Gericht der Mormortafel (table de marbre), wovon in der Folge näher geredet wird. Ein ſolches Forſtmeiſter-Amt war eine Behörde, welcher ebenfalls ſowohl die Verwaltung der Forſten, als die Ausübung der Juſtiz in den ſich darauf beziehenden Klagen oblag. In der Regel hatte jede Amtmannſchaft (bailliage) mehrere, oft fünf dieſer Forſtgerichte. Jedes derſelben beſtand 1) aus einem beſondern Forſtmeiſter (maitre particulier des eaux et forêts). — So nannte man dieſe Beamten nämlich, um ſie von den Ober-Forſtmeiſtern (grands-maîtres des eaux et forêts) zu unterſcheiden. — 2) aus einem Stellvertreter deſſelben, welcher ein Rechtsgelehrter (gradué) ſein mußte; 3) aus einem Hammer-Bewahrer (garde-marteau), 4) aus einem Procurator des Königs; 5) aus einem königlichen Advocaten; 6) aus einem Gerichtsſecretair *). Zu demſelben gehörten noch zwei Huiſſiers, zwei Feldmeſſer, ein Empfänger der Strafgelder und die nöthige Zahl von Forſtwärtern (sergens gardes). Der Forſtmeiſter war als Präſident des Gerichts anzuſehn. Er ſammelte in allen Fällen die Stimmen und ſprach das Urtheil aus. War er ein Rechtsgelehrter, ſo hatte er zugleich die Inſtruction des Proceſſes; ſonſt gieng dieſes ſeinen Stellvertreter an, dem allezeit die Erſtattung des ſchriftlichen Berichtes oblag. Der Hammer-Bewahrer hatte ſeinen Namen von dem ihm anvertrauten Hammer, womit er das Holz, welches gefällt werden ſollte, bezeichnete. Er durfte dieſen Hammer, nur wenn er geſetzlich verhindert war, einem andern überlaſſen. Uebrigens hatte er in dem Gericht eine entſcheidende Stimme. Die Verrichtungen der übrigen Beamten waren wie bei den gewöhnlichen Gerichten, und erhellen zum Theil aus ihren Bennungen. Das Forſtmeiſteramt ſollte (nach der ordon. des eaux et forêts) wenigſtens einmal in der Woche eine öffentliche Sitzung halten, und ſich eben ſo oft in der Raths-Kammer verſammeln. —

---

*) Nach dem Almanach Royal année 1787 p. 367 war das Forſtgericht (maîtrise particulière) von Paris aus den hier genannten Beamten zuſammengeſetzt. Doch war die Stelle des königlichen Advocaten mit der des königlichen Procurators vereinigt.

Als Verwaltungs-Beamte mußten die Forſtmeiſter wenigſtens von ſechs zu ſechs Monaten, und ſo oft der Oberforſtmeiſter es Ihnen befahl, und ſie ſelbſt es für dienlich erachteten, eine allgemeine Unterſuchung in den Waldungen ihres Bezirks vornehmen. Sie mußten ſich dabei von dem Hammer-Bewahrer und den Forſtwärtern begleiten laſſen. Auch ihrem Stellvertreter (Lieutenant) und dem königlichen Procurator ſtand es frei, dabei zu ſeyn, und es war den Forſtmeiſtern bei ſtrenger Strafe verboten, letztere daran zu hindern. Ueber das Ergebniß dieſer Unterſuchung mußte der Forſtmeiſter ein Protocoll aufnehmen, welches er, und zwar von allen anweſenden Beamten unterterzeichnet, dem Oberforſtmeiſter einſandte.

Die Stellen dieſer Forſtmeiſter waren früher nur Commiſſionen, welche entweder der König oder der damals für das ganze Reich beſtellte Oberforſtmeiſter (grand-maître) Perſonen erheilte, wozu er Zutrauen hatte. Allein König Heinrich der Zweite erhob ſie durch ſein Edict vom Febr. 1554 zu eigentlichen Beamten. Durch Art. 4 dieſes Edicts ward in jeder Amtei, Landvogtei, und in jedem Biſthum der Bretagne, ein Forſtgericht, beſtehend aus einem Forſtmeiſter, einem Stellvertreter deſſelben, einem königlichen Advocat, einem königlichen Procurator und einem Gerichtsſecretair eingeſetzt. Schon Franz der Erſte hatte durch ſein Edict v. Mai 1523 jedem damals beſtehenden Forſtgericht einen königlichen Procurator beigefügt. Die Stelle eines beſondern Hammerbewahrers entſtand erſt durch das Edict Heinrichs d. 3ten vom Januar 1583. (M. ſ. Merlin Repert. art. bois). In den letzten Zeiten konnten auch Unadeliche die Stelle eines Forſtmeiſters (maître particulier) erhalten. Sie war indeſſen immer ehrenvoll.

Die Forſtmeiſter (maîtres particuliers) werden in der (ordon. des eaux et forêts. tit. III. art. 1) Richter der erſten Inſtanz genannt. Sie erkannten auch wirklich, die minder bedeutenden Fälle abgerechnet, wo von den unterſten Forſtrichtern (den gruyers) an das Forſtmeiſter-Amt appellirt ward *), nur

---

*) Auch war nicht jedem Forſtmeiſter-Amt (maîtrise particulière) eine gruerie untergeordnet. Vorzüglich war nur ſolchen Waldſtücken, die von der ganzen Maſſe der zu den

in erſter Inſtanz. Die Appellation von demſelben gieng an das Gericht der Marmortafel (table de marbe). Nämlich ehmals beſtand in der Vorhalle, dem ſogenannten großen Saal (grande salle) *) des Juſtiz-Pallaſtes zu Paris eine Marmortafel (ein marmorner Tiſch), welche die ganze Breite dieſer Halle einnahm. An dieſer Tafel, welche in dem Brand, der i. J. 1618 im Juſtiz-Pallaſt ausbrach, zerſtört ward, wurde theils bei hohen Feſtlichkeiten, die der König **) gab, geſpeiſt, theils aber hielten ehmals die Groß-Officiere der Krone, denen allen eine gewiſſe Gerichtsbarkeit zukam, an derſelben ihr Gericht. Von dieſen Gerichtsbarkeiten beſtanden in der letzten Zeit noch drei, nämlich die des Kronfeldherrn (la connêtablie), die des Admirals (l'amirauté), und die des Oberforſtmeiſters (eaux et forêts) ***). Man ſagte von denſelben auch, ſie gehören zu dem Sitz der Marmortafel des Juſtiz-Pallaſtes zu Paris (siége de

---

Forſtämtern gehörigen Waldungen zu weit entfernt lagen, ein gruyer vorgeſetzt. Es gab daher im Ganzen viel Weniger grueriès als maitrises.

*) Dieſe Vorhalle oder dieſer Saal, wovon ſchon im vierten Abſchnitt gehandelt worden, diente ehmals zu allen großen Verſammlungen und war mit einer Menge Bildſäulen u. ſ. f. geſchmückt. Man findet eine Beſchreibung deſſelben in dem Roman von Victor Hugo: Notre-Dame de Paris. chap. 1.

**) du Tillet in ſeinem recueil des rangs des grands de France erzählt, daß Heinrich der Zweite, nachdem er d. 16. Juni 1549 ſeinen Einzug in Paris gehalten, Abends in dem großen Saal ein großes Gaſtmahl gegeben, und an der Mitte der Marmortafel ſeinen Sitz genommen habe.

***) M. ſ. Ordon. tom. III. p. 347 Not. und tom. V. p. 28. An der letztern Stelle findet ſich die Verordnung Carls des fünften v. Juli 1367, wodurch der König, insbeſondere die Fiſcher gegen die Bedrückungen der Forſtgerichte, welche ſie oft nach weit entfernten Orten vorladen ließen, ſchützte. Es heißt darin „povres pescheurs, desquels les aucuns sont en procès pardevant lesdiz maîstres ou leurs lieutenans à la table de marbre en nostre Palaiz à Paris etc." Man ſieht hieraus, daß damals das Forſtgericht wirklich an der Marmortafel des Juſtiz-Pallaſtes gehalten ward.

la table de marbre du palais à Paris). Die beiden erſten hatten wirklich bis zu den letzten Zeiten ihren Sitz einzig zu Paris *). Daſſelbe galt in frühern Zeiten (m. ſ. ſogleich unten) auch für die dritte, wo es denn auch für das ganze Reich nur Einen Oberforſtmeiſter (grand-maître des eaux et forêts) gab. So wie indeſſen die Vermehrung der Provinzen und die Ausdehnung der Verwaltung überhaupt es nöthig machte, mehrere Oberforſtmeiſter anzuſtellen, ſo wurden auch bei den verſchiedenen Parlamenten eigne Oberforſtgerichte angeordnet, welche nach dem Beiſpiel des Pariſer auch Marmortafeln (Gerichte der Marmortafel) genannt wurden. Wenn man überhaupt von den Gerichten der Marmortafel ohne weitern Zuſatz ſprach, ſo verſtand man die Ober-Forſtgerichte. Dieſelben wurden zwar durch ein Edict v. J. 1704 aufgehoben, und in den Parlamenten zur Wahrnehmung der Geſchäfte derſelben eine eigene Kammer unter dem Titel: chambre de réformation **) des eaux et forêts eingeſetzt. Allein durch ſpätere Verordnungen wurden mehrere dieſer Oberforſtgerichte (Mormor-Tafeln) wieder hergeſtellt, und für diejenigen Bezirke, wo es keine gab, vertrat die Marmortafel zu Paris deren Stelle.

Der Präſident der Marmortafel war der Oberforſtmeiſter (grand maître des eaux et forêts). Nach der Encyclopedie (art. maître des eaux et forêts) gab es in den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts für ganz Frankreich nur eine ſolche Stelle, die mit der des Oberjägermeiſters (grand-véneur) verbunden war. Es werden auch dort Mehrere namentlich aufgeführt, welche ſchon zu den Zeiten Philips des Schönen mit dieſer Stelle bekleidet waren. In den Ordon. du Louv. habe ich indeſſen vor d. J. 1396 keine Spur eines ſolchen für ganz Frankreich beſtellten Oberforſtmeiſters gefunden. Die Forſtbeamten kommen in den frühern Verordnungen unter dem Namen „magistri aquarum et forestarum, maîtres des eaux et forèts, maistres et enquesteurs des eaux et forêts“ vor, wodurch offenbar diejenigen, welche ſpäter maitres particuliers hießen, angedeutet werden. Dieſes erhellt daraus, daß Philip der Lange durch einen Befehl (mandement) v. 12. April 1317 ihre Zahl auf zwei herabſetzte *). Dieſes muß indeſſen entweder nicht ausgeführt oder bald wieder geändert worden ſeyn, indem Philip v. Valois durch Art. 1 ſeiner Verordnung v. 29. Mai 1346 (Ordon. du Louv. tom. III. p. 244) die Zahl derſelben in ganz Frankreich auf zehn ſetzte **), die alle gleiche Macht und Befugniſſe haben ***), und maîtres enquêteurs des eaux et forêts heißen ſollten. Die Zahl derſelben hat übrigens mannigfaltig gewechſelt. Durch ein, an die Oberrechenkammer gerichtetes Schreiben Carls des fünften v. 22. Auguſt 1375 (Ordon. tom. VI. p. 141), worin der König die höchſte Unzufriedenheit über das Betragen der Forſtbeamten äußert, wird ihre Zahl auf ſechs vermindert, den Jägermeiſter (le maistre de venneur de nostre vennerie, qui de son droit doit estre maistre de nosdictes forez) mit eingerechnet. Durch ein Schreiben Carls des ſechſten v. 13. Juli 1381 (Ordon. tom. IV. p. 604, 605) werden Art. 4 zehn mit Namen angeführte Perſonen zu Oberforſtmeiſtern (généraux maistres desdites eaues et forez de nostredit Royaume, ernannt. Einige Jahre ſpäter i. J. 1396 unter demſelben König gab es aber ganz gewiß einen Einzigen Oberforſtmeiſter für das ganze Reich, dem die andern Forſtbeamten untergeordnet waren. In dem Schreiben v. 5. Auguſt 1396 (Ordon. tom. VIII. p. 100, 101) ſpricht der König nämlich von ſeinem „trescher cousin le vicomte de Meleun, souverain maîstre du nos eaux et forests." Ein anderes Schreiben deſſelben Königs vom 10. Januar 1396 (Ordon. d. Louv. tom. VIII. p. 117) iſt „à nostre amé et féal cousin et conseillier, Guillaume Visconte de Meleun, souverain maistre et général reformateur des eaux et forêts par tout nostredit Royaume, et à tous autres maistres et enquesteurs de noz eaux et forests dessusdictes ou à leurs lieutenans" gerichtet. Späterhin ward der Titel „*grand-maître* des eaux et forêts et souverain reformateur des eaux et forêts" üblich, welchen i. J. 1424 Wilhelm von Gamaches erhielt. Dieſe Stelle eines einzigen Oberforſtmeiſters für ganz Frankreich beſtand bis zum Jahr 1575, wo ſie durch ein Edict Heinrichs des dritten für immer aufgehoben, und ſtatt deſſen für die verſchiedenen Bezirke ſechs Oberforſtmeiſtrr beſtellt wurden, die alle gleiche Macht haben ſollten. Allein dieſe Einrichtung erhielt erſt i. J. 1609 die gehörige Feſtigkeit. J. J. 1667 wurden alle Oberforſtmeiſter-Stellen einſtweilen aufgehoben, bis zum Jahr 1670, wo ſie wieder auf den Fuß vom Jahr 1575 hergeſtellt wurden. Der Bezirk, worüber ſich die amtliche Macht eines einzelnen Oberforſtmeiſters erſtreckte, hieß Departement. Durch das Edict v. Febr. 1598 ward Frankreich in dieſer Hinſicht in 16 Departements eingetheilt. Es gab derſelben, nachdem ihre Zahl einigemal gewechſelt, zuletzt (vor der Revolution) neunzehn *). Die Oberforſtmeiſter waren die erſten Verwaltungs-Beamten ihres Faches, und wurden überhaupt nur aus Perſonen vom vornehmern Stand gewählt. Die königlichen Schreiben und Befehle, welche Forſtſachen betrafen, waren an ſie gerichtet, und der Inhalt ward durch ſie und unter ihrer Leitung vollſtreckt. Sie hatten die obere Aufſicht über alle Forſtbeamten. Sie waren verpflichtet jedes Jahr wenigſtens einmal eine Rundreiſe durch alle Theile ihres Bezirks zu machen, um ſich von dem Zuſtand der Waldungen und Gewäſſer zu überzeugen, die nöhigen Verbeſſerungen anzuordnen und einzuleiten, und den ihnen untergeordneten Beamten die Bezirke, wo Holz gefällt werden ſollte, für das künftige Jahr anzuweiſen *). Als richterlicher Beamter hatte der Oberforſtmeiſter eine doppelte Function, nämlich eine als Präſident der Marmortafel, in Verbindung mit dieſer Kammer, und noch eine andere, die ihm perſönlich oblag. Wenn er nämlich auf ſeiner Rundreiſe begriffen war, ſo konnte er in Forſtſachen alle polizeiliche Vorkehrungen treffen, und als Richter über alle Forſt-Vergehn, ſo wie auch über alle Dienſtvergehn der Beamten in erſter Inſtanz entſcheiden, oder dieſelben auch an das Gericht

---

*) Doch nicht an der Marmortafel, welche i. J. 1618 zerſtört ward. Das Forſtgericht ward indeſſen bis zu den letzten Zeiten in dem Hintergrund des großen Saals, der Kapelle gegenüber, gehalten. Daher man vermuthet, hier habe die große Marmortafel geſtanden. Eben darum verſtand man (wenigſtens in den ſpätern Zeiten), wenn man von der table de marbre ohne weitern Zuſatz ſprach, darunter vorzugsweiſe die höhern Forſtgerichte.

**) Der Ausdruck „réformation“ ward vorzüglich in Forſtſachen gebraucht. Man verſtand darunter jede Maßregel, die angeordnet ward, theils um Mißbräuchen vorzukommen, theils um ſie zu heben.

---

*) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 645 „Philippe par la grace de Dieu Roy de France et de Navarre, à nos amez et feaus les gens de nos Comptes de Paris salut et dilection. Sçavoir vous faisons, que nous avons ordéné par déliberation de nostre conseil, que nous n'aurons doresen-avant, que deus mestres de noz Forez et de nos Eauës, ce est à sçavoir, Robert le veneur Chevalier, et Oudart Ducreus, et tous les autres nous avons osté et ostons dudit office, et non pas pour nul meffait, quar nous les pensons à pourveoir en autre maniere etc.“

**) In der Verordnung werden auch die Provinzen angegeben, welchen dieſe Zehn vorgeſetzt werden ſollen „Et seront tous autres mestres et gruyers ostez.“

***) „sans ce que eulx puissent entrependre les uns sur les autres.“

---

*) 1) Paris mit zwölf Forſtmeiſter-Aemtern (maitrises); 2) Soiſſons mit eilf maîtrises und zwei grueries; 3) Picardie, Amiens, Artois und Flandern mit zehn maîtr.; 4) Hennegau, Canbreſis mit drei maîtr.; 5) Champagne mit acht

---

maît.; 6) die drei Bisthümer Metz, Toul und Verdun mit ſechs maît., zwei gruer.; 7) Burgund, Franche-Comté und Elſaß mit fünfzehn maîtr.; 8) Lyonnais, Dauphiné, Provence und Auvergne mit neun maîtr.; 9) Languedoc und Rouſſillon mit ſechs maîtr. und zwei gruer.; 10) Guyenne mit ſieben maîtr. und fünf gruer.; 11) Poitou, Aunis, Saintonge, Angoumois, Limoſin (das hohe und niedere), Marche, Bourbonnais und Nivernais mit vierzehn maîtr., zwei gruer.; 12 Tourraine, Anjou und Maine mit neun maîtr., Ein gruer; 13) Bretagne mit ſieben maîtr., zwei gruer.; 14) Rouen mit ſieben maîtr.; 15) Caen mit vier maîtr. 16) Alençon mit fünf maîtr., zwei gruer; 17) Berry, Blezois und Vendômois (ober und unter) mit acht maîtr., drei gruer.; 18) Lothringen und Bar mit ſechszehn maîtr.; 19) Orleans, Montargis und Beaugency (Beaugency) mit drei maîtr. Endlich gab es noch für die Inſel Corſica ein Intendant ordonnateur, conservateur et réformateur Général des Bois et forêts. M. ſ. den Almanach royal de 1787.

*) tit. III. der ordon. d. eaux et for. handelt einzig von den Pflichten und Rechten der Oberforſtmeiſter.

der Marmortafel verweiſen. Eben ſo ſtand es ihm frei, dieſe Sachen unter ſeinem Vorſitz bei einem gewöhnlichen Forſtmeiſter-Amt (maîtrise particulière) entſcheiden zu laſſen. In allen dieſen Fällen ging die Appellation unmittelbar an das Parlament, oder auch wohl an den Staats-Rath, wenn der Oberforſtmeiſter nämlich aus einem beſondern Auftrag des Königs handelte. Ueber die geringern Arbeiter, die in den Waldungen beſchäftigt waren, Holzhauer, Hirten u. ſ. f. übte er eine unumſchränktere Gerichtsbarkeit aus. Er konnte denſelben bei dem nächſten Präſidial-Gericht den Prozeß machen, und die Sache unter ſeinem Vorſatz in letzter Inſtanz entſcheiden laſſen. Doch mußte die Zahl der Richter bei einem ſolchen Urtheil wenigſtens ſieben betragen. Dieſe ausgedehnte Vollmacht kam indeſſen den Oberforſtmeiſtern nur, wenn ſie auf ihrer Rundreiſe oder mit der Unterſuchung der Waldungen beſchäftigt waren, zu. Sonſt waren ſie in gerichtlicher Hinſicht nur die Präſidenten der Marmortafeln. Dieſe letztern Gerichte waren, außer dem Oberforſtmeiſter, aus einem allgemeinen und beſondern Stellvertreter (lieutenant général et particulier), mehrere Räthen, einem General-Advocat und einem General-Procurator, einem Gerichtsſecretair und dem nöthigen Unterperſonal zuſammengeſetzt. Das Verfahren vor denſelben war, wie gewöhnlich. Der Oberforſtmeiſter hatte eine entſcheidende Stimme, und das Urtheil ward in ſeinem Namen erlaſſen. Indeſſen wurden die Stimmen von dem Stellvertreter geſammelt, welcher auch das Urtheil ausſprach. Der Oberforſtmeiſter gab ſeine Stimme zuletzt ab. Die Competenz dieſer Gerichte war ziemlich verwickelt. 1) In allen Sachen, welche der Oberforſtmeiſter bei Gelegenheit ſeiner Rundreiſe und Unterſuchung ihnen zuſandte, ſo wie in ſolchen, die das Eigenthum der Waldungen betrafen, ſprachen ſie (Tit. XIII. Art. 1) vorbehaltlich der Appellation an das Parlament. 2) Was die Prozeſſe betrifft, die von den Forſtämtern (maîtrises particuliers) in zweiter Inſtanz an die Marmortafel gelangten, ſo unterſchied man, ob ſie ſich a) auf Civil-Sachen oder b) auf Forſtvergehn bezogen. Die letztern wurden (Tit. XIII. Art. 5) an der Marmortafel und zwar in letzter Inſtanz entſchieden. Das Urtheil gieng indeſſen nicht allein von den Richtern der Marmortafel aus. Vielmehr ward nur aus

Einigen derſelben, worunter allezeit der allgemeine und beſondere Stellvertreter war, und mehrern Räthen der großen Kammer des Parlaments ein gemiſchtes Gericht zuſammengeſetzt. Unter den letztern mußte entweder der erſte Präſident oder ein Präſident mit der Mörſerhaube (président à mortier) ſeyn. Einer von dieſen hatte ſogar den Vorſitz, allein das Gericht ward in dem Sitzungsſaal der Marmortafel gehalten. Der Oberforſtmeiſter hatte, wenn er wollte, darin ebenfalls Sitz und Stimme, er ſaß aber nach den Parlaments-Räthen. Daſſelbe Gericht entſchied auch in letzter Inſtanz über alle ſich auf die Jagd beziehenden Vergehn, doch nur wenn eine körperliche oder entehrende Strafe darauf ſtand *). Die Mitglieder dieſes Gerichts hießen Richter in letzter Inſtanz (juges en dernier ressort) oder nach dem ausführlichern Titel, den ſie in ihren Urtheilen annahmen: juges ordonnés par le roi, pour juger en dernier ressort et sans appel les procès des réformations des eaux et forêts au siège général de la table de marbre du palais (à Paris).

Was die Civilklagen betrifft, ſo konnten ſie, wenn ſie das Eigenthum der dem König zugehörigen Waldungen, oder auch ſolcher betrafen, woran ihm irgend ein dingliches Recht (gruerie, grairie u. ſ. f.) zukam, von den Forſtämtern unmittelbar an das Parlament gebracht werden **). In allen andern Fällen giengen ſie aber vorher an die Marmortafel, von welcher ferner die Appellation an das Parlament Statt fand. — Das Verfahren vor den Forſtgerichten aller Grade war dem vor den gewöhnlichen Gerichten faſt gleich. Die Competenz in Hinſicht des Territoriums beſtimmte ſich (Tit. I. Art. 9) in Forſtſachen nicht nach dem Wohnort des Verklagten, ſondern nach dem Ort, wo das Vergehn begangen worden, oder der Lage des Waldes, wenn es ſich von einer Civilſache handelte. Die Forſtmeiſter durften (Tit. IV. Art. 4) nicht urtheilen, einen Verhafteten oder in Beſchlag genommenes Vieh nicht freilaſſen, ohne vorher den Antrag des Staatsprocurators gehört zu haben. Das ganze Verfahren dabei war überhaupt mehr ſummariſch. Man brauchte zur Einlegung der Appellation keines Kanzleibriefs, ſondern konnte ſie durch eine gewöhnliche Bittſchrift einlegen. Die Appellationsfriſten (Criminal-Urtheile abgerechnet) waren kürzer; alle interlocutoriſchen Urheile der Ober- und beſondern Forſtmeiſter wurden der Appellation ungeachtet vollſtreckt, welches auch von den definitiven bis zu höhern Summen als gewöhnlich galt *). Die Richter durften (Tit. XXXII. Art. 14) die geſetzliche Strafe unter keinem Vorwand mildern, auch ſollte durchaus (Art. 15) keine Begnadigung in Hinſicht der Geldbußen oder des zu leiſtenden Schaden-Erſatzes weder vor- noch nach abgeurtheilter Sache Statt finden, und den Parlamenten und Oberrechenkammern war verboten dergleichen Begnadigungsbriefe in ihre Regiſter einzutragen, und den Oberforſtmeiſtern und Forſtbeamten ſie zu vollſtrecken. Die wichtigſte Verſchiedenheit zwiſchen dem Verfahren vor dieſen Forſtgerichten beſtand aber in der Dazwiſchenkunft der Forſtwächter **). Es gab derſelben von zwei Graden, allgemeine

---

*) Ob die Jagdvergehn auch hierhin gehörten, darüber hatten ſich bei den verſchiedenen Gerichten Zweifel erhoben. Durch eine königl. Erklärung v. 13. Sept. 1711 ward die Sache aber auf die hier angegebene Weiſe entſchieden.

**) Nach art. 4 tit. XIII. der ordon. d. eaux et for. ſcheint es, als ob es dem Appellanten frei ſtand, die Sache entweder vorher an die Marmortafel oder unmittelbar an das Parlament zu bringen „si néanmoins il y avoit appel d'un jugement rendu en l'une de nos maîtrises touchant le fonds de nos bois et forêts, et de ceux tenus en gruerie, grairie, ségrairie, tiers et danger, indivis, appanage, engagement et usufruit, voulons qu'il *puisse* être relevé directement en notre cour de parlement où il ressortit, sans passer par le degré immédiat de notre table de marbre.“

---

*) M. ſ. Tit. XIV der ordon. d. 1669.

**) Die Forſtordnung Karls des ſechſten v. Sept. 1402 (Ord. tom. VIII. p. 521) enthält Art. 35 „Pour ce que ou temps passé les maistres, verdiers ou gruiers, Gardes ou maistres sergens, ont accoustumé quant il estoit plait ou debat devant eulx d'aulcunes forfaictures ou amendes, à user de compositions, et de y prendre prouffit singulier, contre justice et en nostre préjudice et nos subgetz, les maistres d'oresnavant n'en useront plus, et ne seront arbitres de nostre droict; mais seront tenus de oyr parties und beſondere (gardes généraux et gardes particuliers)*). Die letztern hatten in einem beſondern Waldſtrich die Aufſicht, die der erſtern erſtreckte ſich auf den ganzen Bezirk des Forſtmeiſter-Amts. Nach Tit. X der Forſtordnung v. J. 1669 ſollten (Art. 3) berittene Forſtwächter (gardes généraux à cheval) angeſtellt werden, um (Art. 4) die beſondern Forſtwächter (gardes particuliers) theils zu beaufſichtigen, theils zu unterſtützen. Die Forſtwächter (sergens) waren (Art. 8) in zwei Claſſen getheilt, welche abwechſelnd in den Sitzungen der Forſtgerichte erſcheinen mußten. Jeder derſelben hatte (Art. 7) ein paginirtes und mit der Chiffer des Forſtmeiſters und Staatsprocurators verſehenes Regiſter, worin er alle von Ihm entdeckten Beſchädigungen und Forſtfrevel eintrug. Er mußte einen Bericht über die Forſtvergehn auf dem Sekretariat niederlegen, und in der erſten folgenden Sitzung die Richtigkeit deſſelben beſchwören. Auf ei-

---

et justement juger selon vérité et la nature du cas, et à ung chascun faire raison et droicture, et ne prendront pour nous, fors ce qu'il appartient; et aussi n'en ſeront don ou grace mais à nous s'en entendront comme à Nous seul appartiengne faire du nostre à nostre Voulenté etc. M. vgl. Th. I. S. 509, 510. — Mit den Strafmilderungen und beſonders mit den gütlichen Abfindungen muß ſehr arger Mißbrauch, ſelbſt von den ordentlichen Richtern, getrieben worden ſeyn. Die große Verordnung Philips des Schönen v. 23. März 1302 (pro reformatione regni) enthält Art. 23 (Ordon. tom. I. p. 354, 361) „Item. Quod prefati Prepositi nostri (Prevôts), nihil penitus exigant a subjectis, aut si offeratur, non recipiant ab eisdem, nec Ecclesias gravare presumant ratione subventionis, aut auxilii eisdem impendendi, nec ad easdem accedere debeant pro comedendo aut jacendo ibidem, sine magnâ causâ, nec cum personis dictarum Ecclesiarum, aut aliis quibuscumque subjectis suis Conventiones, pacta seu mercata faciant de dandâ certâ summâ pecunie, pro omnibus emendis quas incurrerint seu incurrere possint, in toto tempore quo eorum officium perduraret, quia per hunc modum daretur predictis subditis et aliis personis occasio delinquendi. Contra hoc autem salubre statutum venientes volumus animadversione condignâ puniri.“

*) M. ſ. Merlin Répert. art. garde des bois, und Gardes généraux des bois.

nen ſolchen Bericht konnten die Forſtgerichte (Art. 8) auch ohne ſonſtige Beweiſe Jemand zu einer Geldſtrafe verurtheilen, wenn nicht der Angeklagte gegründete Einwendungen hatte *). Auch die von den Ankäufern des Holzes zur Beaufſichtigung deſſelben, ſo lange es in den Waldungen war, angeſtellten und vereideten Wächter (facteurs, gardes-vente) mußten über alle in einer gewiſſen Entfernung vorfallenden Forſtvergehn (Tit. XV Art. 39) einen Bericht aufnehmen. War das Verbrechen Nachts begangen worden, ſo hatte dieſer Bericht ebenfalls vollen Glauben **). Dieſe Berichte mußten indeſſen ebenfalls eidlich

---

*) Dieſe Regel iſt uralt. Schon die Forſtordnung Philips d. Langen v. 2. Juni 1319 (Ordon. tom. I. p. 684, 687) enthält hierüber Art. 16 „Ordené est que chascun sergent sera creu par son serment, des forez des prises que il fera, où il ne charra que amende pecuniaire, quar il convient que les sergens querent les malfaicteurz, le plus coiement que il pevent, et se il alloient querre tesmoings, les malfaicteurs s'en pourroient aler avant que il revenissent, ne ne peut-on pas touzjours mener tesmoings, pour tesmoigner leur prises, se einsi n'est que il y ait menaces entre les sergens et celui qui sera pris, tele que les Maistres des Foréz voient que les sergent le face pour grever celui.“ Dieſelbe Regel findet ſich auch wörtlich Art. 56 der Forſtordnung Carls des ſechſten vom September 1402 (Ordon. tom. VIII. p. 521).

**) Nach Tit. XV. Art. 51 waren die Anſteigerer des Holzes für alle in der Nähe ihrer Schläge, und zwar ſoweit man den Schlag der Art hören konnte (à l'ouie de la coignée) verübten Frevel, wenn ſie nicht darüber berichteten, verantwortlich. Dieſe Entfernung war für Forſten, die fünfzig Jahre und darüber alt waren, auf fünfzig, und für die jüngern auf fünf und zwanzig Ruthen feſtgeſetzt. Um ſich ganz ſicher zu ſtellen, konnte der Anſteigerer eines Schlags, vor dem Fällen des Holzes, in der Umgebung, ſoweit er für die Forſtfrevel verantwortlich war (dans la reponse de sa vente) in Gegenwart des Forſtmeiſters u. ſ. f. (Tit. XV. Art. 50) durch zwei Sachverſtändige, wovon Einer von ihm und der andere von dem königl. Procurator des Forſtgerichts gewählt ward, alle vorhandenen Stämme zählen (faire procéder au souchetage), und die beſchädigten oder abgehauenen bemerken laſſen, und das Protocoll darüber auf dem Sekretariat niederlegen. Fand bekräftigt, und ſpäteſtens innerhalb drei Tagen, nachdem das Verbrechen begangen, auf dem Secretariat niedergelegt werden. Die Forſtwächter hatten das Recht, das Holz, woran gefrevelt war, ſo wie die Thiere, die dazu gebraucht waren, mit Beſchlag zu belegen. Sie verfolgten überhaupt die Spuren des Verbrechens; in die Wohnung der Verdächtigen durften ſie aber ohne Beiſtand eines Richters (Tit. XXVII. Art. 24) nicht eindringen. Sie beſorgten auch (Tit. X. Art. 15) die Vorladungen und ſonſtige Inſinuationen, und zwar durften ſie die Vorladungen auch mündlich verrichten. Bei den Forſtgerichten gab es daher auch (Art. 1) nur Huiſſiers, um den Dienſt in den Sitzungen wahrzunehmen, und nöthigenfalls die Forſtwächter zu vertreten. Für die Verſteigerung des Holzes in den Waldungen galten auch noch beſondere Regeln, die von den bei ſonſtigen Verkäufen üblichen verſchieden waren. Wir verweiſen indeſſen, um nicht zu weitläufig zu werden, in dieſer Hinſicht auf Tit. XV. der ordon. d. 1669. — In Frankreich ward das Holz in den königlichen Wäldern durchaus nur auf dem Stock *) ver-

---

ſich nun nach dem Fällen und Wegſchaffen des Holzes bei der Schlagbeſichtigung (au recolement) und einer zweiten Stammzählung durch zwei andere Sachverſtändige (Tit. XVI. Art. 3—5) die nämliche Zahl von Stämmen wieder, ſo war der Anſteigerer von aller Verantwortlichkeit frei, worüber er ein förmliches Urtheil erhielt.

*) Die Forſtrichter, beſonders die untern haben ſich von Zeit zu Zeit arge Unterdrückungen und Ueberſchreitungen ihrer Amtsgewalt zu Schulden kommen laſſen, worüber man ſehr häufig Klagen in den Ordonnanzen findet. Ein Schreiben Carls des 6ten v. 5. Auguſt 1396 (Ordon. tom. VIII. p. 100) enthält die Klagen der Einwohner der Stadt Bayeux „que noz sergens-fiefvez et autres de nos forestz de Bur-le-Roy, en la Vicomté de Bayeux, de leur auctorité et autrement, venoient souvent et se boutoient de fait ès hostelz d'iceulx exposans, et illec cherchoient et queroient se il y avoit boiz à édifier, ou autres quelconques pour ardoir, charbon, cendre ou tan, ou arbres nouvellement plantez, et quant ils en trouvoient aucune quantité esdiz hostelz, feust pour la garnison [provision] desdits exposants, et même merrien employé en édifices d'un an ou deux audevant de la venue de nos sergenz

kauft. Nämlich Alles Holz, was auf einer gewiſſen, nach Ausmeſſung des Geometers eine beſtimmte Morgenzahl enthaltenden, übrigens durch ſichere Merkmale, Steine, Markbäume u. dgl. begrenzten Fläche, in einem Schlag (coupe) ſtand, ward öffentlich verſteigert; wo denn der Anſteigerer daſſelbe auf ſeine Koſten fällen, und innerhalb einer Friſt, die (Tit. XV. Art. 40) der Oberforſtmeiſter feſtſetzte, aus dem Walde wegſchaffen mußte *). Späteſtens ſechs Wochen, nachdem dieſes geſchehn, ward (Tit. XVI. Art. 1) von dem Forſtmeiſter (maître particulier) in Gegenwart des königlichen Procurators, des Hammerbewahrers, des Gerichtsſecretairs und des Stellvertreters, wenn er wollte, eine ſogenannte Schlagbeſichtigung (récolement) **) vorgenommen, um zu unterſuchen, ob die Fläche

---

dessus diz, ou autres arbres nouvellement plantez en leurs jardinages, se ledit bois n'estoit apparemment marquié ou scellé, et qu'il en apparust promptement à nos diz sergens, yceulx nos sergens vouloient contraindre iceulx exposans à enseigner et déclarer dequel marchant et en quel forest lesdiz boiz, tan, charbon, cendres ou arbres, avoient esté prins et achetez, et pour ce les adjournoient ès plaiz desdictes forests de Bur-le-Roy, ou autrement les travailloient, se il ne finoient ou composoient à aucune somme de deniers, laquelle chose estoit moult griefve et dommagable ausdiz exposans, car ilz ne pouvoient pas estre memoratifs de quels marchans ils avoient acheté ledit bois, tan, charbon, cendre et arbres et mesin [merrien] etc." Der König half durch ein Schreiben vom 5. Auguſt 1396 ihren Beſchwerden größtentheils ab. Sie ſollten von den Forſtwächtern ferner in ihren Häuſern nicht mehr beunruhigt oder vorgeladen werden, wenn ſie nur auf gehörige Aufforderung ſagten, von welchen Kaufleuten ſie das Holz gekauft hätten, oder eidlich verſicherten, ſich deſſen nicht mehr zu erinnern; wo man Ihnen aufs Wort glauben ſollte. Der König nahm indeſſen einige Orte (la paroisse de Gueron et le Hamel de Brimmille), welche zu nahe an den königlichen Forſten lagen, von dieſer Begünſtigung zum Theil aus.

*) In Deutſchland wird das Holz in den fürſtlichen Waldundungen faſt durchaus, ehe es verkauft wird, unter Aufſicht und Leitung der fürſtlichen Forſtbeamten gefällt, nachher nach ſeiner Art und Stärke in beſondere Haufen oder Maſſen geſondert, und dieſe einzeln ausgeſteigert.

**) In der Forſtordnung Carls des ſechſten v. Sept. 1402, wirklich das angegebene Maß habe, ob bei dem Fällen die als Eckſtänder (pieds-corniers), Grenzbäume u. dgl. bezeichnete, oder ſonſt zu ſchonende Stämme auch wirklich ausgeſpart, und erhalten, und beſonders ob die bezeichnete Grenze nicht überſchritten worden. Der Anſteigerer mußte (Art. 1) hinzugezogen werden, und konnte ſeiner Seits auch einen Feldmeſſer beſtellen. Weigerte er ſich deſſen, oder zögerte er, ſo ward ohne Weiteres fortgefahren und der darüber erſtattete Bericht (Art. 3) als contradictoriſch verfaßt angeſehn. Der königliche Procurator machte nun ſpäter, nachdem ihm die Protocolle mitgetheilt waren, bei dem Gericht einen förmlichen Antrag, worauf ein Urtheil erfolgte, wodurch der Anſteigerer entweder die völlige Entlaſſung (congé de cour) erhielt, oder welches die ihm noch obliegenden Verpflichtungen oder die geſetzlichen Strafen ausſprach. Fand ſich der Flächeninhalt größer oder geringer als der von dem erſten Feldmeſſer angegebene, ſo ward der Anſteigerungspreis verhältnißmäßig erhöht oder vermindert. Waren beim Fällen die beſtimmten Grenzen überſchritten worden, ſo ward die außerhalb dieſer Grenzen befindliche und benutzte Fläche gemeſſen, und der Anſteigerer bezahlte als Strafe das Vierfache desjenigen, was die Benutzung deſſelben nach Verhältniß des ganzen Anſteigerungspreiſes werth war. War das Holz auf derſelben von beſſerer Art oder höherm Alter, ſo mußte er jeden Stamm eben ſo wie ein Forſtfrevler vergüten. Daſſelbe galt, wenn er Bäume, die als zur Grenze dienend bezeichnet waren, oder die ſonſt geſchont werden ſollten, wegnahm. Zweimal im Jahr hielten (Tit. XII) die beſondern Forſtmeiſter an einem öffentlichen Ort eine große Sitzung (assises ou hauts-jours), wobei ſich alle Beamten des Forſtgerichts einfinden mußten. Dieſelbe durfte nicht länger als zwei Tage dauern, während welcher Zeit alle Forſten geſchloſſen waren. Der Staatsprocurator berichtete alsdann über alle begangenen Fehler und eingeſchlichenen Mißbräuche, und zwar ſollte über die erſtern ſo ſchnell als möglich, doch nach gehöriger Vorladung der Partheien entſchieden werden. Ueber-

---

welche ſonſt faſt die ganze, bis zu den letzten Zeiten übliche Forſtverwaltung enthält, iſt von dieſen récolemens noch keine Rede (Ordon. d. Louv. tom. VIII. p. 521).

haupt wurden nicht allein die Mißbräuche bemerkt, ſondern auch die zur Verhütung derſelben, wie die zur Erhaltung der Forſtpolizei nöthigen Vorſchläge gemacht, welche dem Oberforſtmeiſter und dem Staatsprocurator bei der Marmortafel mitgetheilt wurden.

Zu der Competenz der Forſtgerichte gehörten, wie im allgemeinen ſchon bemerkt worden, auch alle Civil- und Criminalklagen, die ſich auf die Jagd bezogen. Handelte es ſich von grobem Wildpret (bêtes fauves ou noires), ſo gehörte die Sache nothwendig vor die königlichen Forſtgerichte. In den übrigen Fällen entſchieden auch die grundherrlichen Forſtgerichte, wenn es nämlich in dem Gerichtsbezirk des Grundherrn, wo das Vergehn begangen worden, ein beſonderes grundherrliches Forſtgericht gab. — Zu den königlichen Richtern in Jagdſachen muß man auch noch die ſogenannten Jagdcapitains zählen. Einem ſolchen Beamten war in einem beſtimmten Bezirk die nähere Aufſicht über die Jagd anvertraut. Indeſſen waren die Befugniſſe derſelben nicht allenthalben gleich. Ehmals hatten dieſe Jagdcapitains in Jagdſachen, die in ihrem Bezirk vorfielen, die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit mit den Forſtgerichten gemeinſchaftlich, und ſo daß ſie ſich einander zuvorkommen konnten (concurremment et par prèvention). Sie mußten indeſſen den Stellvertreter des Forſtgerichts und überhaupt die nöthige Zahl von Rechtsgelehrten zuziehn. Späterhin ließ man den Jagdcapitains nur die erſte Unterſuchung (information); die eigentliche Inſtruction des Prozeſſes aber erhielt der Stellvertreter des Forſtgerichts, welches letztere überhaupt entſchied, doch ſo, daß der Jagdcapitain dem Gericht beiwohnen durfte, und eine entſcheidende Stimme dabei hatte. Demſelben kam alsdann ſogar der Vorſitz vor dem Forſtmeiſter zu. In einigen Bezirken (St. Germain-en-Laye, Fontainebleau, Chambort, Bois de Boulogne u. ſ. f.) hatten indeſſen durch eine beſondere Begünſtigung die Jagdcapitaine die Gerichtsbarkeit (bis zur Revolution) behalten.

Die Jagdgeſetze waren in Frankreich, ſo wie faſt allenthalben in Europa, ſehr hart, und man darf wohl ſagen, grauſam. Nirgends iſt der Uebermuth der Großen und die Verachtung, womit ſie auf das Volk herabſahn, ſo grell hervorgetreten, als in den Geſetzen über die Jagd. Nicht mit

Unrecht könnte man die größere oder geringere Härte der Jagdgeſetze eines Landes als den ſicherſten Maßſtab der größern oder geringern Freiheit und Achtung anſehn, die das Volk genoß. Von den in Frankreich in den verſchiedenen Zeiten geltenden hat Saugrain unter dem Titel: code des chasses eine Zuſammenſtellung in zwei Bänden veranſtaltet. — Unter dem erſten Königsgeſchlecht war die Jagd an und für ſich allgemein erlaubt *). Doch war es Allen verboten in den, dem König zugehörigen Forſten zu jagen. Daſſelbe Verbot findet ſich in den Capitularien der Könige des zweiten, und 'in den Verordnungen derjenigen des dritten Geſchlechts. Endlich kam es dahin, daß die Jagd an und für ſich allen Unadelichen durchaus verboten ward. Carl der ſechſte erließ den 15. Jan. i J. 1396 (Ordon. d. Louv. tom. VIII. p. 117) ein ſolches **) Verbot („de schassier ne tendre à bestes grosses ou menues, ne à oyseaux, en Garenne ne déhors"). Er nahm indeſſen doch diejenigen, welche beſonders dazu privilegirt waren, ſo wie auch ſolche, welche von ihren Renten lebten (Bourgeois vivant de ses possessions et rentes) davon aus. Die Unadelichen durften (nach dieſer Verordnung) in ihren Häuſern durchaus keine Netze und ſonſtige Werkzeuge um das Wild zu fangen, oder auch nur Hunde halten, und im Uebertretungsfall war es den Adelichen oder dem Gericht erlaubt, ſie wegnehmen zu laſſen. Nur in der Zeit, wo die Schweine und andere wilde Thiere in die Felder kommen und die Früchte verzehren, ſollte es den Bauern erlaubt ſeyn, Hunde zu halten, um jene zu verjagen. Wenn ſie aber bei dieſer Gelegenheit das Wild fiengen, mußten ſie es dem Grundherrn oder dem Gericht ausliefern. Die Franzöſiſchen Schriftſteller (m. ſ. die Encycloped. und Merlin. Répert. art. Chasse, auch Saugrain Cod. d. chasses tom. I. p. 9, 10) halten die eben angeführte Verordnung Carls des ſechſten für das erſte allgemeine Verbot der Jagd in Frankreich. Auch mir iſt in den Ordon. d. Louv. kein früheres Geſetz aufgefallen, wodurch die Jagd im Ganzen *) verboten würde. Allein ſchon Philip der Schöne befahl im Jahr 1299 (Ordon. tom. I. p. 335) allen, welche Tücher, um Caninchen oder Haſen zu fangen (paniaus à connis ou à lievres) beſäßen, ſie mogten eigne Gehege haben oder nicht (qui ayent garennes ou non), dieſe Tücher aufs Gericht (Schloß, Chastel) zu bringen, wo ſie verbrannt werden ſollten. Auch Frettchen oder Stricknetze (fruron ne reiseiis) durfte Niemand haben, wenn er nicht adelich war, oder ein Gehege beſaß. Aus einer Verordnung Johans des 2ten v. 28. Dec. 1355 **), worin (Art. 20) er die Vertilgung aller, ſeit ſeiner eigenen und ſeines Vaters (Philips v. Valois) Regierung, angelegten Gehege (garennes) befiehlt, und jedem erlaubt, darin zu jagen (donnons congé et licence que chacun y puisse chacier, et prendre sans amende aucune) könnte man zwar wohl ſchließen, daß zu dieſer Zeit in den nicht eingehegten Stellen die Jagd frei geweſen ſey. Allein König Johan befand ſich damals in einer Lage und Abhängigkeit von ſeinen Ständen, daß er wohl Manches erlauben mußte, was früher verboten geweſen war. Unter den frühern Verordnungen (vor der Carls des ſechſten v. J. 1396), obſchon ſich darunter keine, welche die Jagd direct verbieten, befinden, ſetzen doch einige die Exiſtenz eines ſolchen Verbots voraus. Die Verordnung v. April 1370, wodurch Carl der fünfte (Vater Carls des ſechſten) den Einwohnern der Stadt St. Antonin in Rovergue das Jagdrecht beilegt, ſagt (Art. 16), daß dieſes nur Ausnahmsweiſe und ungeachtet der früher erlaſſenen Verordnungen geſchehe ***). Als überhaupt die Herr-

---

*) Das Saliſche Geſetz enthält gar kein Verbot über die Jagd. Es verbietet nur einen zur Jagd abgerichteten Hirſch, eben ſo ein von einem andern ſchon verfolgtes Wildpret zu fangen oder zu tödten (ap. Baluz tom. I. p. 303).

**) Als Grund dieſer Verordnung wird außer der Vernachläßigung der Arbeit, welche durch die Jagd veranlaßt würde, auch noch Folgendes angegeben „dont il est aveuu moult de foys que quant nous et les nobles de nostredit Royaume avons voulu aler en déduit, l'en a trouvé en plusieurs lieux peu ou neant de bestes ou oyseaux, et par ce le déduit [divertissement] de nous et desdis nobles a esté et est souventefois empeschié."

---

*) D. h. auch an nicht eingehegten Stellen.

**) Ordon. d. Louv. tom. III. p. 19, 31).

***) Ordon. d. Louv. tom. VI. p. 499, 505) „art. 16. Quod ſchaft des Lehnrechts ſich über ganz Frankreich verbreitete, bildete ſich bald der Grundſatz aus, daß die Jagdgerechtigkeit einen Theil des Lehns ausmachte. Bei dem Steigen der königlichen Macht nahm man endlich an, daß dem König allein als Oberlehnsherr des Reichs die Jagd in allen Theilen deſſelben zuſtehe, und daß Keiner ſie anders ausüben dürfe, als auf den ihm zu Lehn gegebenen Gütern, oder wenn er mit der Jagdgerechtigkeit beſonders belehnt, oder ſie ihm ſonſt vom König bewilligt wäre. Dieſe Anſichten erhielten ſich bis zur Revolution, und finden ſich ſowohl in den Geſetzen als den Entſcheidungen der Gerichte wieder (Merlin Répert. art. chasse §. 3).

Nach der eben angeführten Verordnung Carls des ſechſten erſchienen noch ſehr viele über die Jagd; die von demſelben Carl d. ſechſten im September 1402, von Carl dem 8ten i. J. 1485, von Ludwig d. 12ten i. J. 1501, Franz dem erſten i. J. 1515, (welche das Weſentlichſte aller folgenden Verordnungen enthält), die von demſelben von den J. 1533, 1535, Heinrich dem dritten von den J. 1578, 1581 u. ſ. f. *). Die wichtigſten endlich, welche bis zur Revolution als Richtſchnur dienten,

---

cum juxta ordinationes [et] institutiones regias *diutius editas*, nullus cujuscunque conditionis existeret, nisi de licentia regis ausus esset venare, nec capere animalia silvestria, nigra nec rubea cujuscumque naturae creata essent, infra neque extra forestas regias, propter que blada [les bleds] et vinee quamplurimum devastantur, nunc volumus et concedimus de speciali gratia prefatis dicte ville Sancti Antonini habitatoribus et eorum successoribus, ut a cetero in perpetuum, extra tamen nemora et forestas regias, venare et capere possint, et absque pena quacunque, de animalibus supradictis." Rebuffe theilt in ſeiner Sammlung der Ordonnanzen eine Verordnung Carls d. 4ten (reg. 1327—1328) mit, worin es heißt „Personnes nobles peuvent chasser partout hors garennes, a chiens: a lievres et à conins, à leuriers ou chiens courrants, ou à chiens, à oyseaulx et à bastons: mais ils n'y peuvent tendre quelzconques engins que ce soient, de jour et de nuict, n'y à grosses bestes, s'ilz n'en ont tittre."

*) Man findet ſie vollſtändig aufgezählt und ganz oder im Auszug mitgetheilt in dem Cod. d. chasses p. Saugrain Paris 1765.

waren das Edict Heinrichs des vierten v. Junius 1601 nebſt der Erklärung darüber v. Juli 1607 und beſonders die ordon. v. J. 1669, welche Tit. XXX Art. 1 alle frühern Geſetze, ſo wie ganz insbeſondere die beiden vorigen (Heinrichs des Vierten) von neuem beſtätigte (in ſo fern ſie nämlich der Verordnung v. J. 1669 nicht widerſprechen). Nach Tit. XXX Art. XIV der letztern durften die Grundherren, Edelleute und Adelichen (seigneurs, gentilshommes et nobles) in ihren Wäldern, Forſten, Gehegen und Ebenen nach adelicher Weiſe mit Hunden, Vögeln [Falken] (noblement à force de chiens et oiseaux *) jedoch, nur in einer Entfernung von einer Meile und in Beziehung auf Roth- und Schwarzwild in einer Entfernung von drei Meilen von den königlichen Beluſtigungsörtern (de nos plaisirs) jagen. Nach Art. XV war ihnen in einer Entfernung von einer Meile von den königlichen Jagden erlaubt, nicht allein auf ihren Ländereien, ſondern auch auf den königlichen Sümpfen und Teichen, auf alles Wildpret, Hirſche und Hirſch-

---

*) Der Gebrauch des Hühnerhunds (chien couchant) war ſowohl durch die beiden Verordnungen Heinrichs des 4ten, als durch die Ludwigs des 14ten (Tit. XXX. Art. 16) durchaus verboten. Auch im Flug durfte man kein Wild in einer geringern Entfernung als drei Meilen von den königlichen Beluſtigungsörtern ſchießen (id. art). — Heinrich der Vierte verbot durch eine Erklärung v. 14. Auguſt 1603 (Saugrain C. d. Chasse tom. I. p. 249) ſelbſt den Adelichen, welche das Jagdrecht hatten, ſich dabei des Feuergewehrs (und zwar im Wiederbetretungsfall unter Todesſtrafe) zu bedienen. Dieſe Verordnung, welche jetzt unwillkührlich an das dem Lieutenant Heldenſinn gegebene Vorrecht erinnert, welcher zwar einen Degen tragen, denſelben aber nicht herausziehn durfte, muß indeſſen auch damals ſchon große Beſchwerden veranlaßt haben; denn der König fand ſich ſchon im folgenden Jahr 1604 veranlaßt, daſſelbe durch ſeine Erklärung v. 3. März (Saugrain ibid. p. 253) wieder zurückzunehmen. Er hatte ſchon mehrern Einzelnen beſondere Erlaubnißbriefe darüber ausfertigen laſſen, und hielt es jetzt für rathſam es Allen zu erlauben. Doch ſollte es jeder in Perſon, oder, wenn er ſechszig Jahr alt war, durch einen Bedienten in ſeiner Gegenwart ausüben.

kühe abgerechnet, zu ſchießen *). Denjenigen, welche die hohe Gerichtsbarkeit hatten, ſtand (Art. 26) in dem Gebiet derſelben das Jagdrecht zu, ſelbſt wenn das Lehn einem andern zugehörte. Dieſer durfte indeſſen ebenfalls darauf jagen. Sein Recht war ſogar noch ausgedehnter als das des Gerichtsherrn. Dieſer letztere durfte es nämlich nur in Perſon ausüben, und nicht ſeine Freunde und Bedienten an ſeiner Stelle ſchicken. Auch die Jagdberechtigten durften (Art. 17) auf beſäeten Feldern, ſo lange die Früchte auf dem Halm ſtanden, und in den Weinbergen vom erſten Mai bis nach vollendeter Weinleſe ihr Recht nicht ausüben; welche Beſchränkung ſchon durch viele ältere Verordnungen (Ordon. d. Orleans art. 108) vorgeſchrieben war. Allen Unadelichen, von welchem Stande ſie ſeyn mogten, wenn ſie nicht ein Lehn, eine Grundherrlichkeit oder hohe Gerichtsbarkeit hatten (non possédans fiefs Seigneurie et haute justice), war (Art. 28) die Jagd (worunter nicht allein das Erlegen des Wildes durch eigentliche Waffen, ſondern auch der Fang deſſelben durch Stricke, Netze und Fallen, ſo wie das Ausnehmen der Vogelneſter verſtanden ward), durchaus verboten **). Nach einem Beſchluß des Staats-

---

*) Faſt übereinſtimmend mit Art. IV und V des Edicts von 1601.

**) Ganz unbedingt ward den Unadelichen die Jagd durch die Verordnung Heinrichs des dritten v. 10. Dec. 1589 verboten. Art. 3 „Et quant aux Roturiers et non nobles, nous leur faisons defenses, sur peine de la hart (unter Strafe gehängt zu werden) de contrevenir à nosdites ordonnances, ni de s'entremettre du fait des chasses en aucune sorte que ce soit, ni moins porter arquebuses, arbalêtes, tenir furets ni autres engins quelconques servans au fait desdites chasses.“ Ferner Art. 4 „Bien pourront aucuns d'eux, s'ils sont appellés, et non autrement, par les seigneurs gouverneurs et Capitaines des lieux, les accompagner quelquefois à la chasse, qui leur est permise, quand ils iront en personne seulement, pourvû néanmoins qu'ils n'y portent arquebuses.“ Saugrain, in deſſen Cod. d. chasses tom. I. p. 173 man den vollſtändigen Text dieſer Verordnung findet, bemerkt, daß man gar keine Nachricht über die Eintragung derſelben in die Regiſter des Parlaments finde, daß ſie daher wohl nie zur raths (arrêt du conseil) v. 20. Jan. 1761 (Merlin art. chasse §. III) durften ſelbſt die Adelichen nur auf den ihnen zu Lehn verliehenen Gütern oder worauf ſie die hohe Gerichtsbarkeit hatten, jagen. Die Unadelichen, Bauern u. dgl. durften nach der Erklärung v. J. 1607 nicht einmal Hunde mit aufs Feld nehmen, wenn denſelben nicht ein Bein gelähmt war *).

Durch die Revolution ward dieſe Geſetzgebung gänzlich umgeworfen und zernichtet. Die Conſtituirende hatten kaum einige Monate ihre Sitzungen begonnen, als durch ihr Decret v. 4. Aug. 1789 (Art. 3) **) das ausſchließliche Jagdrecht abgeſchafft und jedem Beſitzer das Recht ertheilt ward, das Wild jedoch nur auf ſeinem Eigenthum zu vertilgen und zwar unter der Verpflichtung ſich den Polizeivorſchriften, welche wegen der öffentlichen Sicherheit darüber erlaſſen werden ſollten, zu unterwerfen. Auch alle Capitainerien, ſelbſt die königlichen, und jeder Vorbehalt des Jagdrechts (reserve de chasse) wurden (durch denſelben Artikel) abgeſchafft, und ſollte für die perſönlichen Vergnügungen des Königs durch Mittel, welche mit der dem Eigenthums-Recht ſchuldigen Achtung verträglich wären, geſorgt werden. Der Grundſatz, den dieſes Decret ausſprach, ward durch

---

Ausführung gekommen wäre. — Die Verordnung Heinichs des Vierten v. J. 1601 iſt ſo abgefaßt, daß man daraus auch wohl auf ein allgemeines Jagdverbot für die Unadelichen ſchließen könnte. Der König verbietet darin die Jagd „aux marchands, artisans, laboureurs, peysans et autres telles sortes de gens roturiers.“ Nach Saugrain bezog ſich dieſes indeſſen nur auf den geringern Bürgerſtand, Handwerker u. dgl. —

*) Wer mögte in folgendem Geſetz (Déclarat.d. 1607 art. 6) die ſo gerühme Milde Heinrichs des Vierten erkennen? „Defendons pareillement à tous laboureurs, leurs chartiers et autres, de mener quand ils iront aux champs aucuns mâtins avec eux qu'ils n'ayent le jaret coupé. Et enjoignons aux bergers, à peine du fouet, de tenir perpetuellement leurs chiens en lesse, si non quand il sera necessaire de les lâcher pour la conduite et conservation de leur troupeau.“

**) Daſſelbe Decret, welches Art. 1 alle Feudal-Rechte aufhob. Desen. tom. I. p. 2.

das organiſche Decret über die Jagd v. 22. April 1790 *), welches bis jetzt in Frankreich die Hauptgrundlage über die Jagd-Geſetzgebung bildet, von neuem beſtätigt und in Ausübung gebracht. Um Unordnungen, die unter dem Vorwand der Jagd geſchehn könnten und ſchon geſchehn waren, zu verhüten, ward (Art. 1) jedem verboten, auf dem Eigenthum eines Andern ohne deſſen Erlaubniß zu jagen. Auch auf ſeinen eigenen Feldern, ſelbſt wenn ſie noch brach lagen **), durfte zu der Zeit, wo es der Ernte Nachtheil bringen konnte, Niemand jagen. Dieſe Zeit ſollte durch die Ortsbehörde beſtimmt werden. Auf eingeſchloſſenem Grund indeſſen, eben ſo auf Teichen, war (Art. 13) die Jagd zu jeder Zeit erlaubt. Auch in ſeinen Wäldern und Forſten durfte (Art. 14), ſelbſt wenn die Jagd geſchloſſen war, Jeder, doch ohne Hunde, jagen. Auch ſtand es dem Eigenthümer (Art. 15) und Pächter zu jeder Zeit frei, das Wild auf allen ſeinen Feldern und Aeckern durch Anwendung von Netzen oder ſonſtigen den Früchten unſchädlichen Werkzeugen zu zerſtören.

Um die Unordnungen, welche das unbeſchränkte Jagdrecht veranlaſſen könnte, noch mehr zu verhüten, nahm man ſpäterhin an, die alten Geſetze vor der Revolution, wodurch das Tragen von Waffen (port d'armes) ohne beſondere Erlaubniß verboten war, ſey noch nicht aufgehoben; ſo daß jeder, um Gebrauch von ſeinem Jagdrecht machen zu können, mit einem Erlaubnißſchein Waffen zu tragen verſehn ſeyn müſſe.***) Der Kaiſer erließ den 2. Nivoſe J. 14 (23. Decemb. 1805. Desen. tom. X. p. 337) ein Decret über dieſen Gegenſtand, nach welchem Jeder, der Windbüchſen oder Windpiſtolen bei ſich trüge, nach den Beſtimmungen des Geſetzes (der königl. Erklär.) vom 23. März 1728 geſtraft werden ſollte †). Auch hatten ſchon alle Präfecte ſeit dem

---

*) Desen. tom. XIV p. 153.

**) Art. 18 Tit. XXX der ordon. d. eaux et forêts verbot die Jagd nur auf beſäeten Aeckern (sur terres ensemencées.)

***) Merlin Répert. art. armes §. 2.

†) Ein ähnliches Decret erſchien den 12. März 1806 (Desen. ibid.)

Jahr 9 Beſchlüſſe gefaßt, welchen gemäß keiner Waffen tragen durfte, der nicht die Erlaubniß dazu erhalten hatte. *) Auch der Polizei-Miniſter ließ den 7. Vendem. J. 13 eine ausführliche Inſtruction über dieſen Gegenſtand an alle Präfecte ergehen. Das kaiſerl. Decret vom 4. Mai 1812 (Desen. tom. X. p. 352) beſtimmte endlich, daß jeder, welcher ohne einen Erlaubnißſchein ein Jagdgewehr tragen zu dürfen **) jagend gefunden würde, vor das Zuchtpolizei-Gericht geſtellt, und mit dem (Art. 1, 2 und 3) beſtimmten Strafen belegt werden ſollte. Uebrigens ſollten (Art. 4) die Vorſchriften des Geſetzes (der Conſtituirenden) vom 30. April 1790 (Desen. tom. XIV. p. 153) ausgeführt werden. Mit einem ſolchen Erlaubnißſchein Waffen tragen zu dürfen verſehen kann nun in Frankreich Jeder auf ſeinem Grund und Boden die Jagd ausüben. In Forſten, welche dem Staat zugehören, war das Jagen ſchon indirect durch das Geſetz vom 22. April 1790 ***) verboten. Dieſes Verbot ward durch den Beſchluß des Directoriums vom 28. Vendem. J. 5 (19. 8ber 1796 Desen. tom. XIV. p. 185) wiederholt, und die Wächter (gardes) zugleich (Art. 2) angewieſen über die Jagdvergehen Protocolle in der nämlichen Form, wie über die Forſtvergehen aufzunehmen. Durch den Conſular-Beſchluß vom 19. Vent. J. 10 (10. März 1802 Desen tom. VII. p. 100) wurden (Art. 1, 9) die Wälder, welche Gemeinden, Krankenhäuſern und ſonſtigen öffentlichen Anſtalten zugehörten, der nämlichen Verwaltung und der Beaufſichtigung der nämlichen

---

*) Merlin (art. armes §. II.) glaubt, ihre Befugniß dazu liege in Tit. I. Art. 46 des Geſetzes der Conſtituirenden vom 22. Juli 1791 (Desen. tom. III. p. 301, 310) welches den Municipal-Behörden erlaubt „de publier de nouveau les lois et reglemens de police, ou de rappeler les citoyens à leur observation.“

**) Durch das kaiſerl. Decret vom 11. Juli 1810 (Desen. tom. X. p. 345) war der Preis eines Erlaubnißſcheins Jagdgewehre tragen zu dürfen auf 30 Franks, und die Dauer deſſelben auf ein Jahr feſtgeſetzt.

***) Indem es Art. 1. die Jagd Jedem „sur ses possessions seulement“ erlaubt.

Wächter unterworfen, wie auch die National-Waldungen; ſo daß die Jagd darin allen Privaten verboten iſt. *) Das kaiſerl. Decret vom 25. Prair. J. 13 (14. Juni 1805 Desen. tom. VII. p. 119) ertheilte den Maires die Befugniß die Jagd in den Gemeinde-Waldungen zu verpachten, unter der Verpflichtung jedoch die Verpachtung von dem Präfect und dem Miniſter des Innern beſtätigen zu laſſen.

Das kaiſerl. Decret vom 8. Fructid. J. 12 (26. Auguſt 1804 Desen. tom. XV. p. 209) übertrug die Aufſicht über die Jagd in den kaiſerlichen Forſten, ſo wie die über die Vertilgung der Wölfe (louveterie) dem Oberjägermeiſter (grand véneur, damals Alexand. Berthier). Es erſchien auch ein Reglement über die Art, wie er dieſes Recht ausüben ſollte **). An ihn mußten ſich Alle wenden, welche das Recht in den kaiſerlichen Waldungen jagen zu dürfen, nachſuchten.

Die Forſtverwaltung, ſo wie die ſich darauf beziehende Gerichtsbarkeit ward ebenfalls bald nach Entſtehung der Revolution von Grund aus geändert. Auch hierin gehört wieder der Conſtituirenden die Ehre das wichtigſte Geſetz, deſſen Beſtimmungen faſt durchaus noch gelten, gegeben zu haben. Nach dem ſie ſchon mehrere Decrete (den 11. December 1789, den 19. Decbr. 1790 Desen. tom. XIV. p. 149, 157) über die Beſtrafung der Forſtvergehen erlaſſen hatte, erſchien endlich den 15. 7ber 1791 ein ausführliches Decret über das Geſammte der Forſtverwaltung und Forſtpolizei (Desen. tom. XIV. p. 160). ***)

Da der Zweck dieſer Schrift eine umſtändlichere Erklärung der Forſtverwaltung, ſo wie dieſes Decret ſie ordnete, nicht zuläßt, ſo werden wir uns nur auf einige Bemerkungen beſchränken. Tit. I. unterwarf alle dem Staat, den Gemeinden und den Erziehungs- und Wohlthätigkeitsanſtalten gehörigen Waldungen, ſo wie auch alle, worin der Staat das Recht der gruerie, grairie u. ſ. f. ausübte, oder die er gemeinſchaftlich (par indivis) mit Gemeinden beſaß, derſelben Verwaltung. *) (M. ſ. jed. Tit. XII, VIII. des Decrets ſelbſt). Die Waldungen der Privaten indeſſen, welche nach der alten Geſetzgebung zum Theil der Verwaltung der königl. Forſtbeamten unterworfen waren (Ordon. d. 1669 tit. XXVI.), ſo daß ſie das Abtreiben des Schlagholzes nach wenigſtens zehnjährigen Schlägen regeln mußten u. ſ. w., wurden davon ausgenommen, und die Benutzung und Verwaltung derſelben (Tit. I. Art. 6) dem Gutdünken der Eigenthümer einzig überlaſſen. Dieſes ward durch ſpätere Geſetze, doch nur in einem geringen Maße, beſchränkt. Das Geſetz vom 9. Flor. J. 11 (29. April 1803 Desen. tom. XIV. p. 203), welches von der Benutzung der Forſten, ſowohl der öffentlichen als Privaten, handelt, verbot den Privaten innerhalb 25 Jahren von dem Tag der Promulgation dieſes

---

*) Merlin Répert. art. chasse §. V.

**) Man findet, daſſelbe unter andern, auch in der ſehr ſchätzbaren Schrift des H. Hermes: Handbuch der in den königl. Preuß. Provinzen am linken Rheinufer beſtehenden geſammten Forſt-, Jagd- und Fiſcherei-Geſetzgebung. Aachen 1830 (p. 450, 451 folg.)

***) Auch bei Hermes p. 215.

---

*) Die Central-Forſtverwaltung ward Tit. II. Art. 1. einer Behörde von 5 Mitgliedern unter dem Titel: conservation générale des forèts übertragen. Dieſelben wurden vom König ernannt, und ihre Beſchlüſſe nach Stimmen-Mehrheit gefaßt. Sie wählten unter ſich jährlich einen Präſident. Der vorige konnte erſt nach einem Jahr wieder gewählt werden. Unter den Befehlen der General-Conſervation waren den einzelnen Diſtricten (35) beſondere Beamten unter dem Titel: Conſervatoren (conservateurs) vorgeſetzt. Unter dieſen ſtanden nun wieder zur Beaufſichtigung einzelner Theile der Diſtricte (303) Beamten, die Inſpectoren (inspecteurs) hießen, und unter dieſen letztern die Wächter (gardes), wozu noch die nöthige Zahl von Feldmeſſern kam. (M. ſ. den Schluß des Decrets vom 15. 7ber 1791 Desen. tom. XIV. p. 175). Dieſes Decret ſcheint entweder gar nicht oder ſehr unvollſtändig ausgeführt worden zu ſeyn. Nach einem ſpätern Decret vom 14. Januar 1792 (Desen. ibid. p. 178) ſollte die Ernennung der neuen Forſtbeamten, in ſo fern ſie nicht ſchon geſchehen wäre, einſtweilen aufgeſchoben bleiben. Die Decrete vom 19. März 1791 (Desen. tom. XIII. p. 497); vom 16. und 18. Mai 1791 (ibid. tom. XIV. p. 246, und vom 19. Auguſt deſſelb. J. (ibid. tom. XIII. p. 538) übertrugen die Verwaltung der geſammten Domainen der Regie des Enregiſtrements. Erſt unter der Conſular-Regierung ward in Hinſicht des Perſonals dasjenige ſehr nahe ausgeführt, was die Conſtituirende bei dem

Geſetzes an, die ihnen zugehörigen Wälder *) auszurotten, ohne es ein halbes Jahr vorher dem Forſt-Conſervator des Bezirks, wo der Wald lag, angezeigt zu haben. Die Forſtverwaltung ward ermächtigt (Art. 2) ſich der Ausrottung der Wälder während dieſer Friſt zu widerſetzen, mußte aber ebenfalls innerhalb derſelben an den Finanz-Miniſter berichten, auf deſſen Vortrag die Regierung definitiv entſchied. Das Geſetz beſtimmt auch die Strafen gegen die Zuwiderhandelnden. Daſſelbe Geſetz, erneuerte (Art. 7—9) für die Marine-Verwaltung ein derſelben ſchon durch das Decret des Convents v. 4. Oct. 1793 (Desen. tom. XIV p. 181) gegebenes Vorrecht, dem gemäß ſie ſich auch in den Privat-Waldungen **) die zum Schiff-

---

Decret vom 15. 7ber 1791 beabſichtigt hatte. Das Geſetz vom 16. Nivoſe J. 9 (6. Januar 1801 Desen. tom. XIV. p. 194) trennte die Forſtverwaltung von der Enregiſtrements-Regie, und übertrug die erſtere fünf Adminiſtratoren, die ihren Sitz zu Paris haben ſollten. Unter dieſen ſtanden dreißig Conſervatoren, zweihundert Inſpectoren, dreihundert Unterinſpectoren, fünfhundert allgemeine Wächter (gardes principaux) und achttauſend beſondere Wächter, wozu noch die Feldmeſſer kamen. Die Sitze und Bezirke der einzelnen Conſervatoren wurden durch den Regierungs-Beſchluß vom 6. Pluv. J. 9 (Desen. ibid.) beſtimmt. Die Zahl der Conſervationen iſt darin auf 27 reducirt. Endlich ward durch das kaiſerl. Decret vom 7. Thermid. J. 13 (26. Juli 1805 Desen. tom. XIV. p. 211) ein General-Director der Forſtverwaltung ernannt. Derſelbe arbeitete allein mit dem Miniſter. Er hatte in den Berathungen der fünf Adminiſtratoren den Vorſitz, und ihre Beſchlüſſe mußten von ihm genehmigt werden. Er ernannte alle Forſtbeamten, die Conſervatoren und Inſpectoren ausgenommen.

*) Ausgenommen von dieſer Beſtimmung ſind (Art. 5) Wälder, deren Oberfläche kleiner als 2 Hectaren ſind, wenn ſie nicht etwa an dem Abhang eines Berges gelegen waren, ſo wie alle in Mauren, Hecken oder Gräben eingeſchloſſenen und an die Hauptwohnung ſtoßenden Gärten und Parke.

**) Das Geſetz ſelbſt erlaubte Art. 7 die Stämme in allen Waldungen der Privaten (taillis, futaies, avenues, lisiéres, parcs, et sur les arbres epars) zu nehmen. Der zu Vollſtreckung dieſes Geſetzes erlaſſenen Regierungsbeſchluß v. 28. Flor. J. 11 (18. Mai 1803. Desen. ibid. p. 205) wies Art. 11 die Agenten der Marine an die Stämme in denjenigen Wäldern der Privaten, die ſich im Betrieb befänbau vorzüglich geeigneten Stämme ausſuchen durfte. Die Bezahlung ſollte indeſſen (Art. 8) vor der Wegführung des Holzes aus dem Wald geſchehn. Die Wald-Eigenthümer waren, dringende Fälle abgerechnet, verpflichtet, dem Forſt-Conſervator ihres Bezirks, das Holz, welches ſie zu fällen beabſichtigten, vorher anzuzeigen. Das kaiſerl. Decret v. 15. April 1811 (Desen. tom. XIV. p. 222) regelte das Verfahren bei dieſen Erklärungen, und beſtimmte die Strafen gegen die Zuwiderhandelnden. Das kaiſerl. Decret v. 16. Meſſid. J. 13 gab der Brücken- und Straßenbau-Verwaltung das Recht in dem Fall, daß das in den Domainen befindliche Schlagholz für die zum Waſſerbau am Rhein nöthigen Faſchinen nicht ausreichte, deren in den Holzungen derjenigen zu nehmen, die auf den Inſeln oder an den Ufern in einer Entfernung von nicht mehr als 1500 Kilometer von dem Strom entfernt wohnten. Das Decret v. 6. Nov. 1813 (Desen. tom. IX p. 354) beſtätigte dieſes, und ſchrieb zugleich das dabei zu beobachtende Verfahren und die Strafen gegen die Zuwiderhandelnden vor. — Auch die allgemeine Schießpulver-Verwaltung erhielt durch das Decret v. 25. Fruct. d. J. 11 (12. Sept. 1803 Desen. tom. XIV) das Recht, in einer Entfernung von ſechs Myrameter von den Pulverfabriken, aus allen Privatwaldungen, welche nicht an Wohnungen ſtießen, das zur Verfertigung der Kohle geeignete Faulbaumholz (bourdaine) *) auszuſuchen. — Man hatte ſogar den Privaten ſtreitig machen wollen, ihr Vieh in ihre eigenen

---

den (bois en exploitation) auszuſuchen. Das neue Forſtgeſetzbuch (code forestier) v. J. 1827 erhob dieſes zum Geſetz. Es beſtätigte zwar Art. 124 der Marine-Verwaltung dieſes Recht im allgemeinen auf zehn Jahre, beſchränkte es aber auf Wälder, die in regelmäßige Schläge eingetheilt waren (aménagés en coupes reglées) und nahm Bäume auf eingeſchloſſenen, mit Wohnungen zuſammenhangenden Stellen davon aus.

*) Dieſes Holz gibt eine vorzüglich weiche Kohle, wie ſie zur Pulverfabrication erforderlich iſt. — Durch das Decret v. 16. Flor. J. 13 (6. Mai 1815. Desen. tom· XIV p. 210) ward die Entfernung, bis zu welcher die Schießpulver-Verwaltung dieſes Faulbaumholz aufſuchen durfte, bis auf 15 Myriameter erweitert.

Waldungen zu treiben, ehe dieſelben für hinreichend kräftig gegen die Angriffe des Viehs (défensables) erklärt waren. Man findet (Merlin Répert. art. paturage) ein Caſſations-Urtheil, wodurch dem Eigenthümer eines Waldes das Recht dieſes einem Andern zu erlauben, abgeſprochen ward. Allein durch ein Gutachten des Staatraths v. 18. Brum. J. 14 (genehm. d. 16. Frim. d. J. Desen. tom. XIV p. 213) wurden die Eigenthümer in ihr natürliches Recht *) wieder eingeſetzt.

Die für die Juſtiz-Verfaſſung wichtigſte Veränderung indeſſen, welche das Decret v. 15. Sept. 1791 hervorbrachte, war, daß es (Tit. IX Art. 2) die Beurtheilung aller Klagen über Forſt-Vergehn den gewöhnlichen Gerichten (dem Gericht des Diſtricts, worin der Forſt lag), übertrug **, von deren Ausſprüchen indeſſen die gewöhnliche Appellation Statt fand [Art. 16, 17]. Die Betreibung der Klage geſchah im Namen und durch die Agenten der allgemeinen Forſt-Verwaltung. Mit der Verfolgung der Vergehn, welche bei dem Fällen und Abtreiben des Holzes (coupes et exploitations) vorfielen, waren (Tit. IX Art. 6) die Beamten, welche Conſervatoren hießen, beauftragt. Die Inſpectoren *) betrieben die Verfolgung der Vergehn, welche in den Protocollen der Forſtwächter (gardes) **) verzeichnet waren (tit. I. art. 5). Dieſe letztern waren verpflichtet von Tag zu Tag Protocolle über die zu ihrer Kunde kommenden Vergehn aufzunehmen, und in ihre Regiſter einzutragen. Sie mußten dieſelben unterſchreiben, in Zeit von 24 Stunden vor dem Friedensrichter ihres Wohnorts eidlich bekräftigen, und ſpäteſtens in acht Tagen ihrem Inſpector einſenden (tit. IV art. 3, 4, 7, 9, 10, 11). Die Protocolle der Inſpectoren und der andern höhern Forſtbeamten bedurften der eidlichen Bekräftigung nicht (tit. IV art. 15). Die Protocolle der Forſtbeamten hatten in allen Sachen, wo der Schadens-Erſatz und die Strafe zuſammen den Werth von 100 Livres

---

*) Nach dem Grundſatz „la propriété consiste dans le droit d'user et d'abuser" ſo wie auch in Betrachtung, daß „quelque soit l'interêt de l'état à la conservation des bois; on peut s'en remettre à celui des particuliers de ne pas dégrader les bois qui leur appartiennent."

**) Die den ehemaligen Forſtbeamten zuſtehende Gerichtsbarkeit war ihnen eigentlich ſchon durch das Geſetz v. 7. Sept. 1790, welches alle Ausnahme-Tribunale aufhob, genommen und an die Diſtricts-Gerichte übertragen. Art. 7 deſſelben heißt es „En matière d'eaux et forêts, la conservation et l'administration appartiendront aux corps qui seront indiqués incessamment; il sera statué de plus sur la manière de faire les ventes et adjudications des bois. Les actions pour la punition et reparatiou dès delits, seront portées devant les juges de district, qui auront aussi l'exècution des règlemens concernant les bois de particuliers et la police de la pêche, et qui, dans tous les cas, entendront le commissaire du roi (c. a. d. le ministère public)" Desenne tom. III. p. 249). Die Art der Verwaltung der Forſten blieb, wie aus dem Geſetz v. 15. Sept. 1791 deutlich hervorgeht, faſt ſo, wie die ordon. d. 1669 ſie geordnet hatte. Namentlich wurden die ſogenannten Schlagbeſichtigungen (récolemens S. 309) beibehalten, und ſind auch noch jetzt (i. J. 1836) üblich. Nur erhalten die Anſteigerer ihre Entlaſtung (congé de cour)

---

nicht durch einen Ausſpruch der Gerichte, ſondern durch eine Entſcheidung der Verwaltungs-Behörde (jetzt des Präfecten). M. ſ. Loi d. 15. Sept. 1791 tit. VI. art. 18—20.

*) Nach einem Caſſations-Urtheil v. 7. Auguſt 1807 kann indeſſen die allgemeine Forſtverwaltung die Verfolgung der Forſtvergehn nach eigener Auswahl jedem von ihr Bevollmächtigten auftragen.

**) Das hier angeführte Geſetz v. 29. Sept. 1791, welches einen eigenen Titel (IV) über die Forſtwächter (gardes) enthält, ſpricht nicht von dem Unterſchied zwiſchen den gardes généraux und gardes particuliers (ungefähr unſere Ober- und Revierförſter). Allein das Geſetz v. 16. Nivoſ. J. 9 (Desen. tom. XIV p. 194) führt die erſtern unter den Forſtbeamten und zwar unter dem Titel gardes principaux auf. Später erhielten ſie ihren Namen gardes généraux wieder. M. ſ. Desen. tom IV p. 454. Auch Privatleute können zur Beſchützung ihrer Forſten einen Wächter (garde) beſtellen. Nach Art. 40 d. cod. d. 3. Brum. a. 4 mußten dieſelben indeſſen von der Municipalität genehmigt werden. Uebrigens werden ihnen (Art. 41) dieſelben Verpflichtungen und Befugniſſe wie den vom Staat beſtellten Forſtwächtern beigelegt. Nach dem Geſetz v. 9. Flor. J. 11 (Desen. tom. XIV p. 203) Art. 15 müſſen ſie von dem Forſt-Conſervator genehmigt, und vor dem erſten Inſtanz-Tribuual vereidet ſeyn. Ihre Protocolle haben alsdann denſelben Glauben, wie die der Flurſchützen. M. ſ. Merlin Répert. art. Garde des bois §. IV und garde champêtre.

nicht überſtiegen, vollen Glauben*), wenn man ſie nicht als verfälſcht angriff, oder ſonſt einen erheblichen Grund dagegen vorbrachte. In allen andern Fällen bedurften ſie aber dazu noch einer andern Beſtätigung (tit. IX art. 13, 14). Die Forſtwächter durften die Bäume, woran gefrevelt worden, eben ſo die Werkzeuge, womit ſie gehauen, die Thiere, womit ſie fortgeführt waren u. ſ. f. verfolgen und mit Sequeſter belegen; allein in die Häuſer durften ſie nur, wenn ſie von dem Gericht bevollmächtigt waren, oder unter Begleitung eines Municipal-Beamten eindringen (tit. IV art. 5) **). Die Friedensrichter konnten (Tit. IV. Art. 3) die ſequeſtrirten Gegenſtände proviſoriſch und gegen gute Bürgſchaft frei geben. Den Angeklagten mußten bei ihrer Vorladung die Protocolle der Forſtwächter mitgetheilt werden (tit. IX art. 9). Die Vorladungsfriſt war auf acht Tage feſtgeſetzt, und die Inſtruction des Prozeſſes geſchah (id. tit. art. 9, 10, 11) in der öffentlichen Sitzung. Auch konnten, den Fall abgerechnet, daß ſich Fragen über das Eigenthums-Recht erhoben, die Partheien nur einfache Denkſchriften überreichen (Merlin art. delit forest. §. XVII). Appellation durfte der Forſtbeamte, welcher den Prozeß betrieb, nur wenn er von der General-Forſt-Conſervation ausdrücklich dazu beauftragt war, einlegen. Alle Klagen wegen Forſtvergehn, ſowohl was die Beſtrafung als den Schadens-Erſatz betrifft, waren, wenn die Thäter in dem Protocoll angegeben waren, innerhalb drei Monaten, von dem Tag an gerechnet, wo das Vergehn entdeckt ward, und wenn ſie unbekannt waren, innerhalb Eines Jahrs verjährt (tit. IX art. 8). Wenn bei der Beurtheilung eines Forſtvergehns zufälliger Weiſe ſich eine Rechtsfrage über das Eigenthum erhob, ſo mußte (Art. 12) die Parthei, welche ſich dieſer Einrede bediente, den Procurator-Syndicus des Departements beiladen laſſen, und ihm innerhalb acht Tagen ihre Actenſtücke mittheilen. Sonſt ward vorläufig über das Vergehn geurtheilt, und die Entſcheidung über das Eigenthum vorbehalten *). Das hier beſchriebene Verfahren blieb während der Revolution und auch unter der kaiſerlichen Regierung im Ganzen ungeändert. Nach dem Erſcheinen des Geſetzbuchs v. 3. Brum. J. 4 ward es häufig zweifelhaft, vor welches Gericht die Beurtheilung der Forſtvergehn gehöre. Die Diſtriktsgerichte (die eigentlichen Civilgerichte) waren durch die Conſtitut. v. 5. Fructid. J. 3 (22. Aug. 1795) aufgehoben, oder hatten eben ſo wie die Polizei- und Correctionnellen Gerichte eine andere Einrichtung erhalten. Das genannte Geſetzbuch v. 3. Brum. J. 4. wies (Art. 600) die Beurtheilung aller Polizei-Vergehn an die Polizei- und (Art. 601) die aller correctionnellen Vergehn an die correctionnellen Gerichte. Da es nun (Art. 600, 601) dieſe beiden Arten von Vergehn nur nach der Größe der darauf geſetzten Strafen unterſchied, ſo gehörten die Forſtvergehn bald vor die Polizei-, bald vor die Correctionnellen Gerichte. Allein es ward durch mehrere Caſſations-Urtheile **) entſchieden, daß die Beurtheilung von Forſtvergehn allezeit vor die Correctionnellen Gerichte gehöre; wozu ſie ſich übrigens auch ſchon meiſtens wegen der

---

*) Der neue code forestier (promulgirt d. 31. Juli 1827 [tit. XI], und die ordonnance du ier aout 1827 tit. XII haben hierin Einiges geändert. Wenn das Protocoll von zwei Forſtwärtern oder ſonſtigen Forſtbeamten aufgenommen, unterzeichnet und mit den gehörigen Förmlichkeiten verſehn iſt, ſo hat es (bis zur Klage wegen Verfälſchung) (jusqu'à l'inscription en faux) in allen Fällen vollen Glauben (Art. 176). Dieſes gilt aber, wenn das Protocoll nur von Einem aufgenommen iſt, nur in den Fällen, wo die geſetzliche Strafe nebſt dem Schadens-Erſatz nicht über 100 Franken geht (Art. 177).

**) und auch ſelbſt dann in Privathäuſer nur bei Tag, oder in den beſondern, Th. I. S. 672 angegebenen Fällen. Wirthshäuſer und ſonſtige öffentliche Häuſer ſind nach Art. 129 d. Geſetzes v. 28. Germ. J. 6 (über die Gensd'armerie Desen. tom. XVII. p. 375) davon ausgenommen. M. v. n. Cod. d'instr. crim. (16—21).

---

*) Damals urtheilten die Civil-Tribunale (die Diſtricts-Gerichte) auch über Forſtvergehn. Durch die dritte Conſtit. v. J. 1795 ward dieſes geändert. Wie alſo, wenn damals oder auch jetzt eine ſolche Einrede gemacht würde? Einen merkwürdigen Fall findet man bei Merlin, Répert. art. adjudicataire §. VI.

**) Merlin Répert. art. délit forest. §. XV. — Die Gründe ſcheinen aber nicht ſehr überzeugend.

Größe der Strafe *) eigneten. Das Napoleonſche Geſetzbuch über das Criminal-Verfahren machte dieſen Zweifeln ein Ende. Nach (Art. 179 deſſelben) gehört die Beurtheilung der Forſtvergehn nur dann unbedingt vor die Correctionnellen Gerichte, wenn ſie auf den Antrag der Forſtverwaltung verfolgt werden. Geſchieht dieſe Verfolgung aber auf Betreiben von Privaten, ſo gehören (Art. 139 N°. 4, 137) die Forſtvergehn, wenn die darauf geſetzte Strafe nur eine Polizeiliche iſt, zu der Competenz der Friedensrichter (als Polizeirichter). Uebrigens blieb das Verfahren bei Forſtvergehn faſt ganz ſo, wie das Decret v. 15. Sept. 1791 beſtimmt hatte. Nach dem Decret v. 18. Junius 1809 (Desen. tom. IV p. 454) ſoll den Forſtbeamten, welche die Sache vor Gericht verfolgen (conservateurs, inspecteurs, sous-inspecteurs, et gardes généraux) in der öffentlichen Sitzung ein ausgezeichneter Platz unmittelbar nach den Beamten der Staatsbehörde angewieſen werden (m. ſ. Th. S. 538). Es war früher lange darüber hin und her geſtritten worden, ob die Forſtwärter ſelbſt die Beſchuldigten vorladen, überhaupt die Inſinuationen ihrer Berichte und ſonſtigen Acte machen dürfen, oder ob dieſes durch die Huiſſiers geſchehn müſſe. Allein das von dem Kaiſer beſtätigte Gutachten des Staatsraths v. 16. Mai 1807 (Desen. tom. XIV p. 217) legt ihnen dieſe Befugniß bei, mit Ausnahme jedoch der in Folge eines Urtheils

---

*) Nach dem Geſetz v. 23. Thermid. J. 4 (10. Auguſt 1796. Desen. tom. VIII p. 7) ſollte wegen Forſtvergehn keine geringere Strafe als von dem Werth eines dreitägigen Arbeitslohns oder einer dreitägigen Einſperrung erkannt werden können. Da nun nach der ordon. d. 1669 (Tit. XXX Art. 8) die Entſchädigungsſumme der Geldſtrafe wenigſtens gleich ſeyn mußte, ſo machten beide zuſammen ſicher den Werth eines ſechstägigen Arbeitslohns aus. In einem der Caſſations-Urtheile, welche man (Merlin Répert. art. délit. forest. §. XV) findet, ward nun angenommen, daß dieſe Entſchädigung auch per modum poënae erkannt werde. Hierdurch ward die geringſte Strafe für Forſtvergehn (der Werth eines ſechstägigen Arbeitslohns) höher als die größte (von einem dreitägigen Arbeitslohn), welche nach dem cod. d. 3. brum. a. 4 (art. 600) die Polizeigerichte erkennen konnten.

vorzunehmenden Pfändungen u. dgl., welche nur durch die Huiſſiers geſchehn ſoll; welches auch durch Art. 173 des nach der Reſtauration i. J. 1827 neu verfaßten code forestier beibehalten worden. Eine wichtige Veränderung bei der Verfolgung der Forſtvergehn ward noch durch das Geſetz vom. 22. März 1806 (Desen. tom. XIV p. 215) eingeführt. Daſſelbe gab (Art. 1, 2, 3) den höhern Forſtbeamten (von dem Generaldirector der Forſten an bis zu den Conſervatoren einſchließlich) das Recht bei allen in den Forſten der Krone oder des Staats begangenen Vergehn, wobei Forſtbeamte mit betheiligt waren, oder auch wo ſie die Verbrecher auf friſcher That trafen, einen Vorführungs- und ſelbſt einen Sequeſtrations-Befehl (mandat d'amener ou de dépôt) *) zu erlaſſen, die Beſchuldigten zu verhören, die Zeugen zu vernehmen u. ſ. f., mit der Verpflichtung jedoch die Sache nach gehöriger Inſtruction an den Unterſuchungsrichter (damals directeur du jury) einzuſenden. —

In Beziehung auf die Jagdfrevel ward das gerichtliche Verfahren durch das Decret der Conſtituirenden v. 22. April 1790, wovon wir oben S. 318 ſchon näher geſprochen haben, geordnet. Das Erkenntniß darüber war (Art. 8) den Municipalitäten, welche damals auch als Polizeigerichte fungirten (Th. I. S. 652), beigelegt, von welchen man an die Diſtricts-Gerichte **) (Th. I. S. 647) appelliren konnte. Die Verfolgung des Vergehns geſchah (Art. 8) entweder auf eine Klage des Eigenthümers, oder, wenn Jemand zu verbotner Zeit gejagt hatte, auf das Betreiben der Staatsbehörde (damals des Procurators der Gemeinde). Als Beweiſe dienten vorzüglich die Berichte der Flurſchützen (gardes-messiers, haugards, gardes champêtres), welche (Art. 9) von der Municipalität genehmigt und vereidet waren. Dieſe Berichte mußten entweder mündlich oder

---

*) Doch keinen eigentlichen Verhaftungs-Befehl (mandat d'arrêt). M. ſ. Th. I. S. 516 die beiden Noten (* und **).

**) Nach den Worten von Art. 8 ſollte die Appellation an die durch das Decret v. 23. März 1790 beſtimmten Behörden gehn. Dieſes letztere Decret (Desen. tom. III p. 180) gab als ſolche proviſoriſch und bis zur Juſtiz-Organiſation die Amtmannſchaften und Seneſchauſſeen an. Nach vollendeter Juſtiz-Organiſation trat die gewöhnliche Regel ein.

ſchriftlich auf dem Secretariat der Municipalität abgeſtattet, und in die Regiſter eingetragen werden. Wenn ſie innerhalb 24 Stunden vor einem Municipal-Beamten eidlich wahrgehalten waren, ſo hatten ſie vor Gericht Glauben, doch vorbehaltlich des Gegenbeweiſes, und ohne daß es um ſie zu entkräften nöthig war, ſie als verfälſcht anzugreifen. Die Ausſage von zwei Zeugen erſetzten (Art. 11) dieſe Berichte. Die Strafen beſtanden (Art. 1, 2) in Geldſtrafen, die im Wiederholungsfall (während deſſelben Jahrs) immer erhöht wurden. Wer dieſe Strafe innerhalb acht Tagen nicht erlegte, ward (Art. 4) perſönlich verhaftet. Die Dauer dieſer Verhaftung im Wiederholungsfall war aber nie unter 24 Stunden und nie über ein Vierteljahr. Die Waffen, womit das Vergehn begangen worden, wurden (Art. 5) auf jeden Fall confiscirt. Doch war es den Wächtern (gardes) verboten, die Jäger *) zu entwaffnen. Die Eltern waren (Art. 6) für ihre nicht verheiratheten Kinder unter 20 Jahren, wenn ſie bei ihnen wohnten, verantwortlich; doch ohne daß gegen ſie perſönliche Verhaftung ausgeſprochen werden konnte. Jedes Jagdvergehn war (Art. 12) in einem Monat, nach dem es begangen worden war, verjährt **). Nach den Beſtimmungen des Cod. d. 3 brum. a. 4 art. 601 gehörten alle Vergehn, worauf eine correctionnelle Strafe, (d. h. entweder eine Geldſtrafe, die höher als ein dreitägiger Arbeitslohn war, oder eine Gefängnißſtrafe von mehr als drei Tagen ſtand) nicht vor die Polizei- ſondern vor die Correctionnellen Gerichte. Da nun die geringſte Geldſtrafe für Jagdvergehn nach dem Geſetz v. 22. April 1790 (Art. 1) ſchon 20 Livres beträgt, ſo gehörte das Erkenntniß über Jagdvergehn unter der Herrſchaft d. Cod. d. 3 Brum. a. 4 d. h. ſeit dem 25. Oct. 1795 bis zur Verkündigung des code d'instr. crim. ſicher zu der Competenz der Correctionnellen Tribunale. Die Napoleon'ſche Geſetzgebung hat auch hierin nichts geändert, indem nach (Cod. d'instr. crim. art. 137) die höchſte Geldſtrafe, welche die Polizeigerichte erkennen können, von 15 Franken iſt.. Ganz insbeſondere gehört auch die Beſtrafung derjenigen, die ohne einen Erlaubnißſchein Jagdgewehre tragen zu dürfen, die Jagd ausüben, nach dem ſchon S. 319 angeführten kaiſerl. Decret v. 4. Mai 1812 vor die Correctionnellen Gerichte. Ehmals konnte man ſich, wie wir ſchon bemerkt, bei Jagd- und Forſtvergehn des Privilegiums committimus nicht bedienen. Dieſes gilt gewiſſer Maßen auch noch jetzt. Nach einem vom Kaiſer beſtätigten Gutachten des Staatsraths v. 30. Frim. J. 14 (Desen. tom. IV. p. 368) iſt in Jagdſachen auch das Militair, wofür ſonſt beſondere Gerichte beſtellt ſind, den gewöhnlichen Correctionnellen Tribunalen unterworfen.

---

*) Der Text des Decrets nennt ſie „chasseurs“ nicht wie ſonſt „braconniers“ Wilddiebe.

**) Das Directorium erließ d. 28. Vendem. d. J. 5 (19. Oct. 1796) einen Beſchluß über die Jagdfrevel in den National-Waldungen (Desen. tom. XIV p. 185), wovon unten näher geredet werden ſoll.

Da es um einen richtigen Begriff von dem Geiſt der alten Geſetzgebung zu erhalten, und zur Vergleichung derſelben mit der neuern höchſt wichtig iſt, die Strafen, welche gegen Forſt- und beſonders gegen Jagdfrevel ehmals und jetzt verhängt ſind, zu kennen, ſo wollen wir zum Schluß dieſes Artikels auch hierüber Einiges aus den frühern Verordnungen ausheben, und zwar mit den Forſtvergehen den Anfang machen. Die Strafen gegen die letztern beſtanden nach den Beſtimmungen der ordon. d. eaux et forêts, welche hierin mit den älteſten Verordnungen übereinſtimmt, faſt nur in Geldbußen. Tit. XXXII., welcher von dieſen Strafen handelt, ſetzt noch (Art. 28) im Allgemeinen feſt, daß die in den Forſten der Gemeinden und Privaten verübten Vergehen eben ſo wie die in den königl. Waldungen beſtraft werden ſollen. Derſelbe unterſcheidet (Art. 1) bei den an Bäumen verübten Freveln die Strafen theils nach der Art, theils nach dem Umfang der Bäume. Wer einen Fruchtbaum oder eine Eiche, der Baum mogte noch auf dem Stock oder ſchon abgehauen ſeyn*) (en estant sec ou abattu) frevelte, ward, wenn es bei Tag, ohne Feuer und Säge geſchah, das erſtemal für jeden Fuß Umfang, den der Baum hatte (pour chacun pied de tour) mit einer Strafe von vier Livres belegt. *) Waren die entwendeten Bäume Laßhölzer (baliveaux), Mark-Bäume (pieds-corniers), oder ſolche, die zur Bezeichnung der Gränze dienten, ſo fand (Art. 4) eine beſondere Strafe Statt. Wer einen Baum entzweigte oder ſonſt ſchändete, war (Art. II.) derſelben Strafe unterworfen, als wenn er ihn an der Wurzel abgeſchnitten hätte. Für einen Karren entwendeten Faßdauben-, Säge- oder Zimmerholzes (merrein, bois quarré de sciage ou de charpenterie) war (Art. 3) die Strafe achtzig- für einen Karren Brennholz fünfzehn Livres u. ſ. f. Geſchah der Frevel zwiſchen dem Untergang und Aufgang der Sonne, durch Anwendung von Feuer oder Säge; oder auch durch die Forſtbeamten ſelbſt, durch die Anſteigerer des Holzes, ihre Factoren oder durch ſonſtige Perſonen, die man bei der Benutzung (exploitation) der Wälder gebrauchte, ſo war (Art. V.) die Strafe doppelt. Im Wiederholungsfall verloren die ſo eben (Art. V.) genannten Perſonen, wenn es Beamten waren, ihre Stellen; wenn es Anſteigerer waren, alles Angekaufte, und waren es Nutznießer (usagers), das Recht der Nutznießung; und alle wurden aus den Forſten auf immer verbannt. Außer der Strafe wurden alle Forſtfrevler auch zur Wiedererſtattung und zur Entſchädigung (resitutions, dommages et interêts) verurtheilt, **) deren

---

*) Jetzt wird die Entwendung eines gefällten und zugeſchnittenen Baums, wenn er auch noch in dem Wald liegt, nicht als ein Forſtvergehen, ſondern als eigentlicher Diebſtahl angeſehen. Merlin. Répert. art. délit. forêst. §. 1.

---

*) außer dem Erſatz des Schadens. — Das neue Forſtgeſetzbuch vom J. 1827 hat (Art. 192) dieſe Regel, daß die Strafe nach der Art und dem Umfang des Baums beſtimmt wird, ebenfalls beibehalten. Allein ſie wird bei Bäumen, die über zwei Decimeter Umfang haben, für jeden folgenden Decimeter, nach der Art der Bäume um fünf oder zehn Centimes vermehrt. Nach dem angeführten Tit. der ordon. d. 1669 wird (Art. 1) der Umfang des Baums einen halben Fuß- nach dem Geſetzbuch vom J. 1827 ein Meter vom Boden gemeſſen. Iſt das weggenommene Holz bearbeitet, daß man den Umfang nicht mehr erkennen kann, ſo wird er an dem übrig gebliebenen Stock gemeſſen.

**) Man hat hin und wieder die Frage aufgeworfen, ob die Forſtfrevler, außer dem Schadenserſatz und der Strafe auch noch zu der Rückerſtattung des Holzes, wenn es noch vorhanden iſt, angehalten werden können. Nach den Wor-

Betrag (Art. 8) nicht unter dem der Strafe feſtgeſtellt werden konnte. Das Vieh und Geſchirr *) nebſt allen Werkzeugen, durch deren Hülfe der Frevel begangen worden, ward mit Beſchlag belegt und confiscirt. Alle, die nicht weiter als zwei Meilen von den Forſten abwohnten, waren (Art. 7), für die Forſtfrevel, die von ihren Untergebenen begangen wurden, auf dem Civil-Weg verantwortlich. Ein ganz beſonderes Strafverfahren fand (Tit. XVII. Art. 35—40) gegen diejenigen Statt, welche für nutzloſes Geſindel (inutiles) erklärt waren. Um Jemand dafür zu erklären mußte es notoriſch ſeyn, nicht allein daß er ein Müßiggänger ſey, ſondern auch, daß er ſich ſtets in den Wäldern aufhalte und dort Schaden anrichte. Der Staatsprocurator machte alsdann ſeinen Antrag gegen ihn, worauf ein Urtheil erfolgte, das ihn für inutile erklärte. Sobald dieſes geſchehen war, mußte er (Art. 35) auf Befehl des

---

ten der ordon. d. 1669 iſt dieſes zweifehaft. Der alte Gerichtsgebrauch war aber durchaus dafür, daß die Rückerſtattung nebſt der Entſchädigung erkannt werden müſſe. Dieſe Meinung ward auch durch ein auf einen ſehr ausführlichen Antrag des öffentlichen Miniſteriums erlaſſenes Caſſations-Urtheil, (vom 26. Febr. 1807) beſtätigt. Merlin Répert. art. delit forestier §. III. und XIX.

*) „harnois“ (Geſchirr) heißt es in dem angeführten Art. 8. In der Ausübung wird indeſſen auch das Fuhrwerk mit darunter begriffen. Merlin Répert. art. Delit forest. §. VI. — Schon die Forſtordnung Carls des ſechſten vom 7ber 1402 (ordon. tom. VIII. p. 521) enthält hierüber Art. 12 „Des forfaictures que les sergens prendront, et rapporteront, ilz seront contens des proufitz qui d'ancienneté y furent introduitz; c'est assavoir, que d'un charon auront la charette et le harnois, et de ce qui sera porté à somme, auront la somme et le bastz appellé autrement harnois; et nous aurons les chevaux et autres bestes . . . . Et est à entendre que toutes les forfaictures, chevaulx à bastz, charrettes et autres choses en quoy les preneurs doivent prendre portion, les maistres, verdiers, gruiers ou maistres sergens feront faire le prix en deux parties; c'est assavoir, ce que peut appartenir au préneur, d'une part et ce qui peult appartenir à Nous à une autre part, pour prendre le choix pour nous à qui d'ancien *ususaige* l'eslection est deuë etc.“

Staatsprocurators ſich auf zwei Meilen von den Forſten entfernen, unter Strafe drei nacheinander folgende Markttage an den Pranger geſtellt und einen Monat eingeſperrt zu werden. Liſten von dieſen für Vagabunden erklärten, wurden an die Secretariate aller benachbarten Forſtämter (maitrises) geſchickt, und wenn ſich einer derſelben dort betreten ließ, der um unerkannt zu ſeyn ſeinen Namen geändert hatte, ſo ward er (Art. 38) zu den Galeeren verdammt. (M. ſ. n. Merlin. Répert. art. inutile). Nach Tit. XV. Art. 37 mußte Jeder, der von den Forſtämtern Holz angeſteigert hatte, einen eigenen Hammer (Waldhammer) haben, deſſen Zeichen (empreinte) er auf dem Secretariat niederlegen, und womit er jeden Baum, den er verkaufte, bezeichnen mußte. Wenn mehrere in Geſellſchaft angeſteigert hatten, und ſie bedienten ſich mehrerer Hämmer oder ſie bezeichneten Holz, welches nicht zu dem angeſteigerten gehörte, mit ihrem Hammer, ſo wurden ſie (Art. 37) als Verfälſcher beſtraft. Das Ausreißen von Setzlingen oder Pflänzlingen ſollte (Tit. XXVII. Art. 11) exemplariſch, und überdem mit einer Geldbuße von 500 Livres beſtraft werden. Vieh, welches ſich in den Wäldern entweder frevelnd (en délit) oder auch nur außerhalb der bezeichneten Wege fand, ward (Tit. XXXII. Art. 10) ebenfalls confiſcirt; eine beſonders harte Maßregel, die auch bei Ausübung der Weidgerechtigkeit in den Wäldern (Tit. XIX.) nur zu oft angewendet ward, und wodurch mancher arme Landmann das Beſte, was er beſaß, ſein Vieh verlor.

So hart indeſſen auch die Forſtgeſetze, beſonders in einzelnen Fällen, ſeyn mogten, ſo waren ſie doch von himmliſcher Milde in Vergleichung mit den Geſetzen über die Jagd. Dieſe letztern waren im eigentlichen Sinne mit Blut geſchrieben.*)

---

*) In einer Verordnung Philips des Schönen vom J. 1299 (Ordon. tom. I. p. 335) heißt es in Beziehung auf die Wilddiebe: „Item en chascune chastellerie seront establi deux preudes homes pour enquerre de soupconneux et des consenteurs et des recepteurs de ces devans dit larrons et des larrons des ayves [eaux] aussi. Et obeiront les justices à ces deux preudes hommes de ceus qui leur nommeront, et les baillis des lieux les puniront bien et *aprement*, selon

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nach der Verordnung von Franz dem Erſten (gegeb. zu Lyon im März 1515) ſollten (Art. 3), nachdem unter Trompetenſchall die Jagd in einem königlichen Forſt, als verboten verkündigt

---

leurs meſſaiz etc. Was indeſſen hier unter aprement zu verſtehen ſey, iſt nicht angegeben. Welche ungeheure Grauſamkeiten die Könige von England aus dem Normänniſchen Stamme ſich gegen die Jagdfrevler erlaubten, darüber findet man bei Du-Cange art. „foreste dominicum“ eine Menge Stellen der älteſten Schriftſteller angeführt. Wilhelm der Eroberer (reg. 1066—1087) hatte, wahrſcheinlich um die Nation zu entnerven, den Engländern die Jagd gänzlich verboten. Von dem Sohn deſſelben, Wilhelm dem zweiten oder rothen (reg. 1087—1100) findet man bei Eadmer (vixit an. 1121) lib. II. hist. novor. p. 48 „Exempli causa 50 circiter viri, quibus adhuc illis diebus, ex antiqua Anglorum ingenuitate, divitiarum vestigia quaedam arridere videbantur, capti sunt, et calumniati, quod cervos regis ceperint, mactaverint, manducaverint. Negant illi. Unde statim ad judicium rapti, judicatur injectam calumniam examine igniti ferri a se propulsare debere. Statuto itaque die prafixi poenae judicii pariter subacti sunt, remota pietate et misericordia. Erat ergo misericordia videre etc.“ Von dem Nachfolger deſſelben, Heinrich dem erſten (reg. 1100–1135) ſagt Wilh. Neubrigens. (vix. anno 1200) lib. I. cap. 3 et lib. III. cap. 26 „Feras propter venationis delicias plus justo diligens, in publicis animadversionibus cervicidas ab homicidis parum discernebat. Heinrich der zweite (reg. 1154—1189) war Etwas milder. Richard der erſte (reg. 1189—1199), welcher Anfangs die alten grauſamen Geſetze von neuem in Kraft ſetzte, ſchaffte ſie ſpäter wieder ab. Matth. Paris anno 1232 ſagt von ihm: „Hanc enim legem de venatione sublatam in hoc temperavit, quod cum apud Reges antecessores ejus, si quilibet in fraude venationis deprehensi fuissent, eruebantur oculi eorum, abscindebantur virilia, manus vel pedes truncabantur. Sed tale judicium pio Regi Ricardo visum est nimis inhumanum, ut homines ad imaginem dei creati, pro feris, *quae juxta legem naturalem generaliter omnibus sunt concessae,* de vita vel membris periclitarentur, ut id faciendo feris ac bestiis deterior videretur. Hoc enim solummodo sufficiebat ei, ut quilibet in culpa deprensi vel Angliam abjurarent, vel poenam carceralem subirent.“

worden, diejenigen, welche auf grobes Wildprett Jagd machten (chasseront aux grosses bêtes) oder es fingen, das Erſtemal, mit der Confiscation aller Werkzeuge und einer Geldbuße von

---

Unter den Verordnungen der Franzöſiſchen Könige des dritten Geſchlechts vor Franz dem erſten habe ich freilich keine gefunden, welche körperliche Strafen gegen die Jagdfrevler feſtſetzte. Doch hatte Ludwig der eilfte ſchon als Dauphin verordnet (ordon. tom. XVI. p. 2 not. *a.*), daß diejenigen, die in den Gehegen Anderer ohne deren Erlaubniß jagten, das Erſtemal eine Geldſtrafe von zehn Livres, das Zweitemal das Doppelte erlegen, und das Drittemal körperlich gezüchtigt werden ſollten. Auch ſagt die Geſchichte von dieſem finſtern Tyrannen es ſey unter ſeiner Regierung gefährlicher geweſen einen Hirſch als einen Menſchen zu tödten. Es konnte ihm an einem Vorwand ſeine Grauſamkeit ausüben zu laſſen nicht fehlen; da mehrere Gewohnheits-Rechte körperliche Züchtigung gegen die Jagdfrevler ausſprachen.. Die Coutumes du Bailliage de Meaux, welche im J. 1509 (alſo noch unter Ludwig dem 12ten) abgefaßt wurden, enthalten art. 214 „Qui est trouvé chassant en garenne jurée soit à chiens et à panneaux, furon ou autre harnois, par ladicte coustume le harnois qui est trouvé en la dicte garenne est confisquée, et est tenu d'amende arbitraire celluy qui est trouvé chassant, avec ce tenu de rendre et remettre en ladicte garenne autant de meres qu'il y auroit prins de connins.“ art. 215 „S'il est trouvé qu'il soit coustumier de y chasser, en ce cas selon la discretion de justice et *qualité des personnes* on peult proceder criminellement ou corporellement à l'encontre de telles personnes coustumiers de chasser.“ art. 16 „Autre chose est si on est trouvé chassant en la garenne du Roy: Car en ce cas l'amende est plus grande et tient on que on procede par pugnition corporelle, fustigation, ou autrement contre ceulx qui y seront trouvez chassans.“ Zur Erläuterung diene noch art. 212 „Garenne jurée s'entend deffendue: et là ou on ne peut aller chasser sans dangier de justice.“ „On peult par ladicte coustume avoir garenne tant à grosses bestes qu'à connins, et est censée garenne quant elle est par l'octroy et permission du Roy.“ — Was man übrigens ſchon in den älteſten finſterſten Zeiten über das ausſchließliche Jagdrecht dachte, geht aus den bei Du-Cange art. foreste dominic. angeführten Stellen deutlich hervor.

250 Livr. Tourn. beſtraft, und, wenn ſie Zahlungs unfähig waren, in Geheimem Verwahrſam (sous custode) bis zum Blutfließen mit Ruthen geſtrichen werden. Das Zweitemal [d. h. wenn ſie ſchon einmal verurtheilt waren] wurden ſie (Art. 5) rund um den Forſt herum, wo ſie gefrevelt hatten, mit Ruthen gepeitſcht, auf 15 Meilen weit von den königlichen Forſten verbannt, und zwar, unter Strafe gehängt zu werden, im Fall ſie wieder kämen (sur peine de la hart. M. ſ. Ferrier. Dict. d. Dr. art. Hart, Du-Cange glossar. art. hardes.) Das Drittemal (wenn ſie ſchon zweimal beſtraft waren) ſollte (Art. 6) ihr Vermögen eingezogen, ſie ſelbſt auf die Galeeren geſchickt, oder mit Ruthen gepeitſcht, oder auf immer aus dem Königreich verbannt werden. Waren ſie endlich ganz hartnäckig und unverbeſſerlich, und kehrten, nachdem ſie die angeführten Strafen ſchon erlitten, zu ihren alten Verbrechen zurück, indem ſie ihren Bann brachen, ſo wurden ſie (Art. 6) mit dem Tode (du dernier supplice) beſtraft, welches letztere, wie Saugrain (Cod. d. chass. tom. I. p. 128), in einer Anwandlung von Schamgefühl, zu dieſem Artikel bemerkt, nicht eine Beſtrafung des Jagdfrevels ſondern des Bannbruchs wäre. Die Strafe war (Art. 7, 8) ſchon gleich bei der erſten Verurtheilung noch härter, wenn einer ohne geſtraft worden zu ſeyn, mehrmals den nämlichen Fehler begangen hatte.*) Auf Jagdfrevel, die an kleinem Wildprett (Haſen, Kaninchen, Rebhühnern, Faſanen u. d. g.) begangen wurden, ſtanden (Art. 9, 10) faſt dieſelben Strafen. Selbſt die unbegrenzte Ehrfurcht, womit ſich in jenen Zeiten auch die Könige vor der Geiſtlichkeit beugten, hörte bei den Jagdvergehn auf. Die Geiſtlichen ſollten (Art. 18) wenn ſie frevelten, aus der Nähe der Forſten verbannt und ihrem Richter, dem die Gerichtsbarkeit in den privilegirten **)

---

*) Unter Rückfall oder Wiederholungsfall (récidive) verſteht man, wenn Einer, nachdem er wegen eines Verbrechens ſchon einmal verurtheilt worden, noch Eines begeht. Bei Polizei-Sachen wird nach dem Strafgeſetzbuch Napoleons (Cod. pén. art. 483) dazu erfordert, daß Jemand, der wegen eines Polizei-Vergehns verurtheilt worden, innerhalb deſſelben Jahrs und in dem Bezirk deſſelben Tribunals noch Eines begeht.

**) M. ſ. unten Art. XII. (officialités).

Fällen zuſtand, zur geeigneten Beſtrafung übergeben, und, wenn ſie eine Gewohnheit aus den Jagdfreveln machten, ihrer Einkünfte beraubt, und auf jede vernünftige und zuläſſige Art in Schranken gehalten werden (contraints par prinses du temporel et par toutes autres voies dues et raisonnables).

Denſelben Geiſt der Härte behielt die Geſetzgebung bis zur Revolution. Wer Heinrich den vierten blos aus ſeinen Jagdgeſetzen (v. J. 1600, 1601 und 1606 *) kännte, würde ihn vielleicht den ärgſten Tyrannen beizählen. Die beiden erſten Verordnungen wiederholen faſt wörtlich die eben angeführten Beſtimmungen Franz des Erſten. Bis zur Todesſtrafe, im Fall die Schuldigen unverbeſſerlich waren, iſt Alles beibehalten **). Es wird nur noch eine beſondere Art von Hohn hinzugeſetzt, indem (nach Art. 24 des Edicts v. 1601) peinliche Strafen nur an geringen und verworfnen Perſonen (sur les personnes viles et abjectes) vollzogen werden ſollen. Saugrain überhäuft Ludwig den 14ten mit Lobes-Erhebungen, daß er bei Jagdverbrechen (Ordon. d. 1669 tit. XXX art. 13) die Todesſtrafe abgeſchafft habe. Allein es iſt wirklich auch nur die Todesſtrafe, die er abgeſchafft hat ***). Ruthenhiebe bis aufs Blut, Auspeitſchen und ewige Verbannung u. ſ. f. wurden beibehalten, und bis zur Revolution wirklich vollſtreckt. Dieſe machte indeſſen bald allen dieſen Gräueln ein Ende. Durch die Abſchaffung des ausſchließlichen Jagdrechts hörten alle peinlichen Strafen wegen Jagdvergehn gleichſam von ſelbſt auf. Nach den oben (S. 318) erklärten Beſtimmungen des Geſetzes der Conſtituirenden vom 22. April 1790 wurden Jagdvergehn durch Geldbußen geſtraft, welche nur in dem Fall, daß ſie nicht erlegt wurden, in perſönliche Verhaftung übergiengen. Das Directorium erließ den 28. Vendem. d. J. 5 (19. Oct. 1796) einen Beſchluß *), wodurch es (Art. 1) in Folge der ordon. des eaux et forêts, ſo wie des Geſetzes v. 22. April 1790 die Jagd in den Nationalwaldungen durchaus verbot. Nach Art. 3 ſollten die dawider Handelnden nach den Vorſchriften des Geſetzsbuch v. 3. Brum. J. 4 verfolgt, und in die von den eben angeführten Geſetzen v. J. 1669 und v. 22. April 1790) beſtimmten Geldſtrafen (peines pecuniaires) verurtheilt werden. Nämlich alle andern von der ordon. d. 1669 über Jagdvergehn verhängten Strafen widerſprechen nicht allein gänzlich dem Geiſt der neuern Geſetzgebung, ſondern man ſieht ſie durch den letzten Art. des Peinlichen Geſetzbuchs v. 25. Sept. 1791 als abgeſchafft an **). Daſſelbe gilt auch von allen von der frühern Geſetzgebung auf die Forſtvergehn geſetzten Strafen, in ſo fern ſie peinlich oder entehrend ſind. Das Geſetzbuch der Conſtituirenden über die Felder-Polizei v. 28. Sept. 1791 (Code rural Desen. tom. V. p. 228) enthält Tit. 2 ebenfalls viele Strafbeſtimmungen gegen Forſtvergehn. Bei denſelben geht (Tit. 2 Art. 5) nicht allein die Geldbuße, wenn ſie nicht erlegt wird, in perſönliche Verhaftung über, ſondern gegen Viele derſelben (Art. 36, 37) wird die letztere Strafe unmittelbar, und zwar zugleich mit der Geldbuße ausgeſprochen. Der Betrag dieſer letztern beſtimmt ſich indeſſen nicht nach dem Umfang oder der Art ***) der ge-

---

*) Alle drei finden ſich bei Saugrain Cod. d. chass. tom. I. p. 193, 215, 260. Die beiden letzten ſtehn auch im erſten Band des Cod. Neron.

**) In dem Edict v. Juni 1601 wird doch Art. 14 zu den Worten „seront punis du dernier supplice“ noch hinzugefügt „s'il est ainsi trouvé raisonnable par des juges qui feront leur procès, à la conscience desquels nous avons remis d'en ordonner selon l'exigence des cas.“

***) Der angeführte Art. 13 lautet ſo „Faisons très-expresses inhibitions et défenses à tous . . . de quelque qualité et condition qu'ils soient, de tirer ou chasser à bruit [à cor et à cri] dans nos forêts, buissons, garennes et plaines, s'ils n'en ont titre ou permission, à peine contre *les seigneurs* de dèsobeissance et de 1500 livres d'amende et contre *les roturiers* des amendes et autres condamnations indictes par l'édit de 1601, à la reserve de la peine de mort ci-dessus abolié à cet égard.“

---

*) Desen. tom. XIV. p. 185.

**) Merlin Répert. art. chasse §. VI. Der Schluß des letzten Artikels dieſes Geſetzbuchs (Desen. tom. III. p. 386) ſagt „Les dispositions du présent Code n'auront lieu que pour les crimes qui auront été poursuivis par voie de jurés.“

***) Wenn indeſſen die entwendeten Stämme Laßhölzer (baliveaux) oder andere zur Bezeichnung der Grenzen beſtimmte frevelten Bäume, ſondern nach der Größe des Schadenerſatzes, ſo wie nach den Umſtänden, unter welchen der Frevel begangen worden, d. h. ob das Holz mit Karren, Laſtthieren oder blos auf dem Rücken von Menſchen fortgeſchafft worden. — Das peinliche Geſetzbuch v. 3. Brum. J. 4 (25. Oct. 1795. Desen. tom. IV. p. 7) beſtimmte (Art. 609), daß bis die Ordonnanz v. 1669, ſo wie die Geſetze v. 19. Juli und 28. Sept. 1791, und v. 20. Meſſidor J. 3 über die Municipal- und Correctionelle, und über die Felder- und Forſtpolizei näher nachgeſehn worden wären, die Correctionellen Tribunale fortfahren ſollten, die von denſelben beſtimmten Strafen in Anwendung zu bringen. Das peinliche Geſetzbuch Napoleons, welches auf das Abhauen von Bäumen, die einem Andern zugehören (Art. 445—448), eigene Strafen ſetzt, enthält in ſeinem letzten Artikel (484), daß hinſichtlich aller Gegenſtände, worüber es nichts verordnet habe, und worüber beſondere Verordnungen beſtehn, die Gerichte die letztern auch ferner befolgen ſollen. Hierdurch war alſo die Forſt-Ordnung v. J. 1669 ſo wie das Geſetzbuch über die Felder-Polizei und das Geſetz v. 20. Meſſid. J. 3 in ihrer geſetzlichen Kraft erhalten. Sie wurden daher auch ferner als die vorzüglichſte Norm, nach welcher die Gerichte in Forſtſachen ſprachen, angeſehn *) bis nach der Reſtauration, wo unter Carl dem 10ten d. 31. Juli 1827 ein neues Forſtgeſetzbuch verkündigt ward, zu deſſen Einführung der König, der ſchon zur Zeit des Kaiſerreichs befolgten Sitte gemäß, d. 21. Auguſt deſſelben Jahrs eine eigene Ordonnanz erließ.

Gern mögten wir hier zum Schluß auch noch Einiges über die Geſetze in Beziehung auf die Fiſcherei in ſchiffbaren und nicht ſchiffbaren Strömen beibringen. Allein die ſchon zu große Ausdehnung, welche dieſer Artikel (III.) erhalten hat, nöthigt

---

waren, ſo pflegten die Tribunale die Beſtimmungen der ordon. d. 1669 anzuwenden. Merlin Répert. art. Delit. forestier §. II.

*) Es hatten ſich für einige Fälle Zweifel darüber erhoben, vor welche Tribunale die Beurtheilung der Vergehn gegen die Felderpolizei gehöre, worüber man Merlin Répert. art. Delit rural §. II et III nachſehn kann.

uns den Leſer auf die Geſetze ſelbſt und auf das Repertorium von Merlin (art. Pêche §. I) zu verweiſen. Nach der Reſtauration erſchien ein beſonderes Geſetzbuch über dieſen Gegenſtand (Code de la Pêche fluviale), welches den 15. April 1829 promulgirt ward.

IV. Die Salzkammern (greniers à sel) waren Gerichte, die über alle bei dem Salzhandel, der ein königl. Monopol war, vorfallenden Unterſchleife und Vergehn in erſter, und in leichtern Fällen *) in erſter und letzter Inſtanz urtheilten. Jedes dieſer Gerichte beſtand aus einem Präſidenten, Stellvertreter, Salz-Kammer-Aufſeher (grenetier), Controleur, einem Advocaten und Procurator des Königs, einem Gerichtsſecretair u. ſ. f. Bei der Salzkammer von Paris war jede dieſer Stellen doppelt beſetzt, und die Beamten, die der Staatsbehörde abgerechnet, fungirten nur Ein Jahr um das andere; eine Sonderbarkeit, welche bei mehrern Kollegien in Frankreich Statt fand. Von den Salzkammern appellirte man an die Oberſteuerhöfe (cours des aides), welche in letzter Inſtanz entſchieden; ſo daß es für Klagen wegen Salzfraudationen nur zwei Inſtanzen gab. Das Verfahren vor dieſen Salzkammern war dem vor den übrigen Gerichten faſt gleich. Sie hatten ihre öffentlichen und geheimen Sitzungen. In Civilſachen durften die königl. Procuratoren ihre Anträge nicht machen, ohne daß die Acten dem Pächter der Salzabgabe oder einem ſeiner Bevollmächtigten mitgetheilt waren und dieſer ſeine Anträge gemacht hatte. In Criminalſachen mußte derſelbe ebenfalls, ehe der Staatsprocurator antragen durfte, aufgefordert werden, ſich in drei Tagen zu erklären, ob er als Civil-Parthei auftreten wollte. In dieſem Fall wurden ihm alle Protocolle und die Verhöre des Angeklagten mit-

---

*) Wenn es ſich von der Abgabe von nicht mehr als $\frac{1}{4}$tel minot Salz und von einer Geldſtrafe, die nicht über 10 Livres betrug, handelte; oder wenn derjenige, welcher ſich beklagte, daß er zuviel Salz zu nehmen gezwungen werde, nicht über $\frac{1}{4}$ minot angeſchlagen war (Ordon. d. 1680 tit. 18, art. 2, 3). Das minot war der 48ſte Theil eines muid oder einer Tonne.

getheilt. — Die Auflage auf das Salz hieß gabelle. Urſprünglich verſtand man unter dieſem Wort jede auf verkäufliche Dinge gelegte Abgabe. Es gab alſo eine gabelle des vins, des draps u. ſ. f. *). Späterhin bezeichnete man aber durch gabelle nur die Auflage auf das Salz. Sie war in Frankreich uralt. Schon Ludwig d. H. bewilligte i. J. 1246 der Stadt Aigues-mortes unter andern Privilegien auch dieſes, daß ſie keine Abgabe vom Salz zu bezahlen brauchte: Sed neque gabellae salis, seu alterius mercimonii possint ibi fieri contra homines villae; woraus deutlich hervorgeht, daß man dieſe Abgabe damals ſchon kannte. Die älteſte bekannte Verordnung über dieſe Abgabe **) iſt von Philip d. Langen (v. 25. Febr. 1318). Dieſelbe war damals noch nicht beſtändig, ſondern ſie gehörte zu den Steuern, die in Kriegszeiten u. dgl. von den Ständen bewilligt wurden, und mit dem Krieg wieder aufhörten ***).

---

*) M. ſ. Du-Cange art. gabella.

**) Ludwig der 10te (Hutin) erließ den 25. Sept. 1315 eine Verordnung über den Verkauf des Salzes (Ordon. tom. I. p. 606), worin er befiehlt, das Salz bei allen denjenigen, die es aufſpeichern und verhehlen, um ſeinen Preis zu erhöhen, wegzunehmen. Von einer Auflage auf das Salz iſt darin aber durchaus keine Rede, ſo daß es ſcheint, damals habe eine ſolche nicht beſtanden.

***) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 678, 679. „Comme pour ce qu'à nostre connoissance estoit venu que la gabelle du sel et les impositions de quatre deniers par livre estoient moust deplaisantes à nostre peuple, et que tant par icelles, que par les prevosts fermiers, et les excessifs nombre des sergens et les commissaires envoyez par nostre Royaume ſus plusieurs cas nostredit peuple se tenoit moult aggravé, nous eussions fait appeller devant nous au jour de la feste nostre-Dame de Chandeleur dernier passé, le Prelaz, Barons, Chapîtres et bonnes villes de nostre Royaume, pour pourvoir par leur bon conseil sur les diz griefs, . . . . scavoir faisons . . . prémièrement. Sur ce qu'ils doubtoient que la gabelle du sel, et les impositions fussent incorporées en nostre domaine, et qu'elles durassent à perpetuité, nous leur feismes dire, et declarer que nostre intention n'estoit pas que lesdites gabelles durassent à tousjours et qu'elles fussent mises en notre domaine etc."

Allein dieſe Bewilligung ward oft ſo wiederholt, daß der Ertrag der Salzſteuer endlich zu den Domainen des Königs gerechnet ward. Philip von Valois richtete zuerſt durch das ganze Königreich die ſogenannten Salzkammern oder Salzmagazine ein, wohin alles Salz geliefert werden mußte, und welchen er in den verſchiedenen Städten eigene Commiſſarien vorſetzte. Durch ſeine Verordnung v. 20. März 1342 (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 179) ernannte er mehrere General-Commiſſarien (mestres et souverains), denen nicht allein die Leitung dieſes ganzen Geſchäfts und die Ernennung der einzelnen Commiſſarien, ſondern auch die ſouveraine Entſcheidung aller Civil- und Criminal-Klagen, die über dieſen Gegenſtand ſich erheben könnten, anvertraut ward; ſo daß ſowohl den requestes de l'hôtel, als der Oberrechenkammer und dem Parlament jede Gerichtsbarkeit darüber benommen ward. Die General-Commiſſaire ſelbſt ſollten überdem wegen ihrer Handlungen nur vor dem König verklagt werden können. Indeſſen verſprach auch dieſer König durch ſeine Verordnung v. 15. Febr. 1345, daß es ſeine Abſicht nicht ſey, die Salzabgabe zu einer daurenden zu machen, wobei er ſich faſt derſelben Worte, wie ehmals Philip der Lange bediente (Ordon. tom. II. p. 238). — Dem Nachfolger deſſelben, Johan dem Zweiten, bewilligten die Stände, welche er mehrmals zuſammenberief, unter mehrern andern Beiſteuern (aides) auch eine Abgabe auf das Salz. Die Oberaufſicht über die Beitreibung aller dieſer Steuern, ſo wie auch die letzte Entſcheidung über alle Streitigkeiten, die ſich darauf bezogen, ward neun von den Ständen erwählten Deputirten übertragen, welche den Titel: „généraux des aides" erhielten, und wovon im Folgenden umſtändlicher abgehandelt werden wird. Dieſe Steuerdirectoren beſtellten in den einzelnen Städten Aufſeher und Controleure der Salzkammern (grenetiers et contrôleurs). Die letztern waren eigentlich Verwaltungsbeamte, und übten nur als Commiſſarien der Steuerdirectoren gelegentlich eine Gerichtsbarkeit aus. Allein ſo wie nach und nach die Auflage auf das Salz eine bleibende Abgabe ward, ſo verwandelten ſich die Steuerdirectoren aus ſtändiſchen Deputirten in königliche Beamten, und auch den ehemaligen Commiſſarien derſelben ward eine beſtimmte Gerichtsbarkeit beigelegt. Dieſes geſchah insbeſondere durch die Verordnung Carls des 6ten v. Juli 1388, welche Ludwig d. 12. 24. Junius 1500 noch näher beſtätigte. Dadurch ward ihnen in allen ſich auf den Salzhandel beziehenden Vergehn die volle Gerichtsbarkeit (einſchließlich des Rechts eine peinliche Strafe zu erkennen), jedoch mit Vorbehalt der Appellation an die Oberſteuerhöfe beigelegt. Franz der Erſte erhob ſie endlich zu eigentlichen königlichen Beamten, welchen Character ſie bis zur Revolution behalten haben. — Das Salz-Monopol war zuletzt, wie der Ertrag faſt aller Abgaben in Frankreich, verpachtet. Die Hauptverwaltung des Salzhandels gehörte alſo den General-Pächtern an; doch behielten die Beamten der Salzkammern allezeit einen Theil derſelben, die Beurtheilung der Güte des Salzes, die Vertheilung deſſelben und eine gewiſſe Controle bei. Die wichtigſte Verordnung über dieſen Gegenſtand iſt die von von Ludwig d. 14ten i. J. 1680 erlaſſen, die in zwanzig Titel getheilt iſt. — Die Auflage auf das Salz hat in Frankreich von je her zu ſehr heftigen Klagen Veranlaſſung gegeben, wozu noch weit mehr die Art, wie dieſe Steuer erhoben ward, als die eigenthümliche Natur derſelben beitrug. Nach einer Inſtruction, die unter dem König Johan dem Zweiten erlaſſen ward, ſollte alles Salz, das ſich bei den Kaufleuten fand, zu einem billigen Preis für die königlichen Magazine aufgekauft, und von dieſen an die Privaten zu einem (um $\frac{1}{5}$tel) höhern Preis verkauft werden *). In den Oertern,

---

*) Man findet (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 436, 437) eine Inſtruction, welche der große Staatsrath (grand-conseil) i. Dec. 1360 über die Eintreibung der Beiſteuern (aides) und insbeſondere der Salzabgabe ertheilt hat. Art. 3 „L'en ordenera certains*, on l'en establira Guerniérs de sel en bonnes villes et lieux notables, ou l'en levera l'aide du sel par la manière qui s'ensuit. C'est assavoir que tout le sel que l'en trouvera présentement en chacun desdiz lieux ès mains des marchanz et que dores-en-avant l'en y amenera l'en le prendra en la main du Roy et pour luy, desdis marchanz, pour certain, juste et convenable pris, que le grenetier qui à ce sera commis, en payera aux marchanz, et sera iceluy sel vendu par ledit grenetier pour le Roy, et quint denier plus, c'est assavoir, ce qui sera achaté des marchanz vingt sous, sera vendu

wo es keine königliche Magazine gab, ſollte der Ertrag der Abgabe verpachtet werden. Dort mußte ſie bei jedem neuen Verkauf des Salzes auch von neuem entrichtet werden. — Dieſe Inſtructionen bezogen ſich nur auf diejenigen Länder, die den Namen „pays de Langue d'oil" führten. Lenguedouyl nennt ſie die Verordnung des Königs Johan v. 5. Dec. 1360 (Ordon. tom. III. p. 433). Allein die Stände der Provinzen der langue d'oc (lingua occitana) hatten dem König zur Deckung der Kriegskoſten ebenfalls eine Auflage auf das Salz bewilligt. Dem Beſchluß der letzteren gemäß erließ der König d. 20. April 1363 eine Verordnung (Ordon. tom. III. p. 618), deren Beſtimmungen von den ſo eben angeführten in manchen Puncten abweichen *).

---

vingt cinq sous, et par ainsi y aura pour ladite aide cinq sous etc." Art. 4 „Est ordené que aus choses dessusdites gouverner et executer en chascune cité, pour icelle cité et pour le diocése aura deux personnes notables, bonnes et souffisantes, qui les diz faiz gouverneront et executeront et feront executer etc." Als Anhang iſt noch beigefügt „Ordené est que en toutes villes et lienx ou il n'a establi guernier de sel de tout le sel qui y sera venduz de quelque lieux qu'il viegne ou soit apportez, le Roy y prendra en la vente d'iceluy, la quinte partie toutefoiz et quantefoiz qu'il sera vendu, c'est assavoir ce qui vaudra vingt sous, en vendra vingt cinq sous et y prendra le Roy cinq sous. Et pour ce qu'il ne seroit pas chose proffitable ne convenable de faire tant de Commissaires en tant de villes comme il à ou Royaume ou l'en vent Sel, ordené est que ladite aide dudit sel en touz les lieux et villes ou il n'aura point de Guernier de sel establi, sera vendu et bailliée à ferme par les esleuz ès citez ou par leurs Deputez par membres et par parties, au mieuz et plus proffitablement que l'en pourra etc."

*) Eigentlich war es nur der Beſchluß der Seneſchauſſeen, Beaucaire und Nismes, worauf ſich die königl. Verordnung bezieht. Dieſelbe iſt wie die meiſten, die ſich auf die Länder der langue d'oc bezogen, in lateiniſcher Sprache abgefaßt. Der Betrag der Auflage auf das Salz war durch Art. 19 beſtimmt „. . . . ponendo et indicendo pro quolibet quintali salis ratione gabellae quatuor grossos argenti valentes tertiam partem unius floreni ultra verum pretium salis quod solvetur domino cujus erit."

Nach Art. 21 ſollte das Salz nur einmal beſteuert, und konnte alsdann völlig frei verkauft, verführt und auf jede Art verwendet werden *). Jeder, welcher die Salzſteuer bezahlte, und das Salz anderswohin bringen wollte, erhielt darüber eine Quittung **), die er an dem Ort, wo er das Salz hinbrachte, unter Strafe des Verluſtes deſſelben vorzeigen mußte. Um den Betrügereien derjenigen zuvorzukommen, welche in der Nähe der Salinen wohnten, und die ſich leicht Salz ohne die Abgabe bezahlt zu haben verſchaffen konnten, ſollte in dieſen Gegenden durch vereidete Taxatoren feſtgeſetzt werden, wieviel Salz jeder im Jahr verbrauche, und er gehalten ſeyn, die Quantität, wozu er veranſchlagt worden, zu nehmen und zu verſteuern ***). Das Nämliche ward (Art. 27) in Beziehung auf die in der Nähe der Salinen befindlichen Fiſchereien für das zum Einſalzen der Fiſche nöthige Salz verordnet. Zur genauern Beaufſichtigung ſollten (Art. 30) vereidete Hüter oder Wächter beſtellt werden, welche, wenn ſie Unterſchleife entdeckten, die Hälfte des Salzes als Belohnung erhielten †). Der Ertag der Abgabe ſollte

---

*) art. 21 „Quod dictum sal semel duntaxat debeat et possit gabellari et non ultra: imo ex quo fuerit semel gabellatum, emptor salis possit dictum sal ubique libere portare et vendere, vel aliter modo quolibet explectare."

**) „albaranum." M. ſ. Du-Cange ad. voc.

***) art. 23 „quod homines locorum ipsis salinis vicinorum, et in salinis vel juxta salinas ubi fit et crescit dictum sal, possent ad suum usum de sale non gabellato sibi faciliter provideri, eligentur probi viri jurati existimatores qui extimabunt quantum sal praefati homines sale expendere possunt in anno, et sic praefatis hominibus quantitas illa salis, quae existimata fuerit, gabelletur: quae gabella in *quatuor terminis anni aequaliter hoc solo casu dividendis* exsolvatur etc."

†) art. 30 „Ut omnis fraus evitetur, certi custodes jurati et exploratores eligentur, qui perquirent si fraus vel malitia committetur in dicta gabella. Et si reperierint, habebunt medietatem pro eorum labore dicti salis, et alia medietas cedet emolumento dictae gabellae: si vero fuerit alius, qui dictam fraudem reperierit et denunciaverit, habebit tertiam partem pro ejus labore, et duae partes cedent emolumento dictae gabellae."

(Art. 42, 43) entweder Theilweiſe oder im Ganzen, wie die Räthe, Empfänger und Schatzmeiſter es geeignet fänden, jedoch öffentlich und dem Meiſtbietenden (palam et publice ad inquantum [a l'encan] et extinctum candelae) verpachtet werden.

In dem bis hierhin angeführten liegt ſchon die ganze Maſſe von Fiscalitäten, die ſpäter bei Eintreibung dieſer Abgabe Statt fand. Dieſelbe war, wie wir ſchon bemerkt haben, von den Ständen nur für eine beſtimmte Zeit und zwar zu einer Zeit drohender Noth und Gefahr bewilligt. Hierdurch war eine gewiſſe Strenge bei Eintreibung derſelben theils nothwendig theils minder drückend. Allein dieſelben harten Maßregeln wurden ſpäter, als ſie bei der ſteigenden Macht der Könige in eine bleibende Abgabe umgeſchaffen war, ebenfalls angewendet. Die Habgierde der Pächter ſah jede Möglichkeit ſich der Abgabe zu entziehn, als einen Eingriff in ihr rechtmäßiges Eigenthum an. Sie ſuchten daher von den Königen die Anordnung der härteſten Maßregeln zu erhalten, um ihr Eigenthum und in demſelben das der Krone zu ſchützen *). Indeſſen wehrten ſich, eben weil die Abgabe eigentlich nur durch die Bewilligung der Stände und auf eine beſtimmte Zeit eingeführt war, alle Provinzen gegen die Fortdauer derſelben, worin einige glücklicher waren als die andern. Es fand daher zuletzt in den verſchiedenen Provinzen hierin die größte Verſchiedenheit Statt. In einigen durfte man ſich zwar nur aus den königlichen Magazinen mit Salz verſehn, doch war die Quatität jedem überlaſſen. In andern war jedem vorgeſchrieben, wieviel Salz er nehmen müſſe. Er durfte überdem das Salz, welches er etwa erübrigte, nicht verkaufen. In einigen, welche provinces franches hießen, war der Salzhandel von je her ganz frei, und das Salz ward ihnen aus den königlichen Salinen gegen eine ſehr geringe Abgabe zugeführt. Andere (provinces redimées) hatten ſich ſchon früh (unter Heinrich dem zweiten) von der Auflage auf das Salz abgekauft. Die übrigen Provinzen wurden wieder ver-

---

*) M. ſ. die Verordnung, welche Ludwig der eilfte i. J. 1648 auf die Klage eines ſolchen Pachters erließ (Ordon. tom. XVII. p. 86); auch die ausführliche Verordnung deſſelben Königs über die Salzſteuer v. 26. März 1469 (ibid. p. 283).

ſchiedentlich benannt und behandelt. Man unterſchied provinces de grandes et de petites gabelles, provinces de salines, pays de quart-bouillon u. ſ. f.*). Der Preis des Salzes war in den der Salzabgabe unterworfenen Provinzen, außerdem, daß das Salz darin den Unterthanen meiſtens **) aufgedrungen ward, auch viel höher, als in den andern. Der Centner Salz koſtete in den erſtern (pays de grandes gabelles) im Mittel 62 Livres, wogegen in den freien Provinzen der Preis zwiſchen zwei bis neun Livres wechſelte, und dabei mußte in den erſtern jede Perſon ſich mit $9\frac{1}{6}$ Pfund Salz verſehn ***). Dieſes gab natürlich Veranlaſſung zu einem weit ausgedehnten Schleichhandel, der ſehr viele in harte Strafen und großes Unglück brachte †). Im Anfang der Revolution richtete die

---

*) M. ſ. Necker De l'administrat. des financ. d. l. France tom. II. Chap. I., wo auch die einzelnen Provinzen genannt werden. M. ſ. f. die Einleitung zu der hist. financ. de la France par Bresson Paris 1829 tom. I.

**) Man unterſchied greniers volontaires und greniers d'impot.

***) Einige höhere Beamte erhielten das Salz aus den königl. Magazinen entweder ganz frei oder zu einem niedrigern Preis. Dieſes hieß franc-salé und ward als ein Ehrenrecht angeſehn. Nach Necker (de l'administrat. des financ. d. l. France tom. II. chap. 1) waren dazu jährlich nahe fünfzehn tauſend Centner Salz erforderlich.

†) M. ſ. die Verordnung Ludwigs d. 13ten gegeb. zu St. Germain i. Jan. 1639, eine der wichtigſten über den Schleichhandel mit Salz (Cod. Neron tom. I. p. 884). Die Strafen ſind außerordentlich ſtreng. Nach Art. 3 war es verboten Salz aus den freien Provinzen in die Nähe der königlichen Salzkammern zu bringen „a peine de confiscation dudit sel, chevaux, charettes et harnois, et de trois cent livres amendes pour la première fois, de mille livres pour la seconde et de trois mille livres pour la troisième. Et pour les personnes viles et de basse condition, qui n'auront moyen de payer les susdites amendes, elles seront converties en peine corporelles, scavoir pour la première fois, au bannissement à temps; pour la seconde au fouet, et pour la troisième au fouet, la fletrissure et bannissement perpétuel.“ Nichts deſto weniger gaben ſich, wie aus der Verordnung hervorgeht, die vornehmſten Perſonen, Adeliche u. d. g. mit dem Verkauf von eingeſchwärztem Salz ab.

Conſtituirende ſehr bald ihr Augenmerk auf dieſen Gegenſtand, der faſt mehr als irgend ein anderer das geringe Volk in Gährung erhielt. Schon den 23. Sept. 1789, als ſie ihren Sitz noch zu Verſailles hatte, erließ ſie ein Decret, wodurch die baldige Abſchaffung der Salzabgabe verheißen und eine große Erleichterung in der Beitreibung derſelben verordnet ward (Desen. tom. XI. p. 4. M. v. noch das Reglement, welches der König d. 27. Sept. 1789 erließ. ibid. p. 5). Der Preis des Centners Salz ward zu höchſtens dreißig Livres feſtgeſetzt, wobei in den Provinzen, wo er bis dahin weniger gekoſtet hatte, der vorige Preis bleiben ſollte (Art. 3). Niemand ſollte gezwungen ſeyn, eine beſtimmte Quantität Salz zu nehmen (Art. 5). Auch ſtand ihm frei, das gekaufte Salz, wie er wollte (zu grosses oder menues salaisons) zu gebrauchen (Art. 5, 7). Alle Hausunterſuchungen wegen verhehlten Salzes wurden (Art. 8) verboten. Auch ſollten (Art. 9) gegen die Salz-Defraudanten (faux-sauniers) ferner keine peinliche- ſondern nur Geldſtrafen erkannt werden u. ſ. f. Durch

---

Art. 5 verbot daher denſelben Mehr Salz anzukaufen, als um ihre Haushaltung ſechs Monate damit zu verſehn nöthig wäre. Die Beamten der Salz-Regie hatten daher auch das Recht deshalb Hausunterſuchungen anzuſtellen, welches indeſſen der Nation ſo zuwider war, daß einige Gerichte ſich widerſetzten „art. 8. Et combien que par plusieurs édits et ordonnances faites sur le fait des gabelles, il ait esté défendu de faire sallorges et amas de sel dans l'estendu desdites cinq lieues [des greniers royaux], et que pour les empêcher lesdites visites et recherches ayent esté ordonnées, néanmoins les sujets desdits pais s'y sont rendus refractaires et desobeissans, les empêchans par voye de fait, force et violence; appuyés de l'autorité tant de notre cour de Parlement de Bretagne que des présidiaux et autres juges desdites provinces, au préjudice desdits édits et ordonnances, enjoignans à nos sujets desdits pais de courir sus aux Commis, Capitaines, Gardes, archers et préposez pour faire lesdites recherches et visites, d'empêcher lesdits abus, même décernent contre eux des decrets de prise de corps, et ordonnent par leurs arrests et jugemens, qu'ils seront pris et apprehendez morts ou vifs etc.“

das Geſetz vom 18., 20. und 21. März 1790 ward endlich das Salz-Monopol des Staats gänzlich aufgehoben *), und der dadurch in der Caſſa entſtehende Ausfall zum Theil auf eine andere Weiſe gedeckt. Das Geſetz v. 7. Sept. 1790 hob ferner die Salzkammern als gerichtliche Behörden auf. — Der Salzhandel im Innern blieb ganz frei und ohne alle Abgabe bis zum 16. März 1806, wo durch ein kaiſerliches Decret **) Alles von den innern Fabriken gelieferte Salz, wenn es zu Waſſer oder zu Land für den Verbrauch eingeführt ward, mit einer Abgabe von einem Decime, das Kilogramm, belegt ward. Auf dieſes Decret folgte bald (d. 24. April 1806) ein förmliches und ausführliches Geſetz ***), welches (Art. 48) dieſe Abgabe auf das doppelte erhöhte, und (Art. 49) den öſtlichen Fabriken noch überdem eine beſondere Abgabe von zwei Franken für den metriſchen Centner auflegte. — Die Regierung war nicht ganz ohne Beſorgniß bei Einführung dieſer Abgabe, welche an die verfaßte gabelle erinnerte. Der Redner, welcher den Vorſchlag des Geſetzes, dem Geſetz gebenden Korps vortrug, (Cretet) bemühte ſich daher auf alle Weiſe die wirklich große Verſchiedenheit zwiſchen der gabelle und dieſer neuen Auflage zu zeigen. Um ſie minder gehäſſig zu machen, ward das Wegegeld aufgehoben, und die Unterhaltung der Wege aus der neuen Auflage beſtritten.

---

*) Desen. tom. XI.

**) Desen. tom. XIV. p. 494.

***) ibid. p. 495. M. v. n. das kaiſerl. Decret v. 11. Juni 1806. Desen. tom. XIV. p. 503. — Necker in ſeiner Schrift „De l'administrat. des financ. d. l. Erance tom. II. chap. I. ſagt über die Salzſteuer „Les droits sur une denrée de consommation générale seront toujours ceux qui dans une nation nombreuse offriront les ressources les plus étendues. Le sel est une de ces denrées; et comme le besoin d'une semblable production, quoiqu' universel, n'est ni instantané, ni indispensable à la subsistance journalière des hommes, ces considérations ont affranchi le génie fiscal, et le renchérissement du prix du sel n'a pas causé l'effroi qu'eût inspiré sans doute, l'idée d'un impôt pareil sur le bled, sur ce fruit precieux de l'agriculture dont l'homme craint sans cesse de manquer, et dont le prix ne sauroit être un seul jour disproportionné avec les facultés des peuples, sans qu'on eût à redouter les commotions les plus dangereuses. C'est en raison de ces diverses circonstances, que l'on a elevé, et qu'on a pu élever successivement le prix du sel dans les provinces où la gabelle est introduite; et peut-être seroit-on allé plus loin encore, si l'on n'avoit èté retenu par la crainte d'exciter davantage la contrebande, et de perdre au lieu de gagner.“ Die Salzſteuer warf damals (1784) für den König ein Einkommen von 60 Millionen Livres ab.

V. Die Steuergerichte (élections) hatten die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit erſter Inſtanz in Streitfragen über die Steuern und Auflagen aller Art, diejenigen abgerechnet, wofür (wie z. B. für die Salzſteuer, die Zölle u. ſ. f.), beſondere Gerichte beſtellt waren. Es iſt ſelbſt von Ludwig d. H. noch eine Verordnung über die Art, wie bei Vertheilung der Steuren verfahren werden ſoll, übrig.*) Es ſollten nämlich nach dem Gutachten der Pfarrgeiſtlichen und anderer guter Mitglieder der Gemeinde dreißig oder vierzig gewählt werden, welche auf die Evangelien ſchwören mußten, daß ſie entweder aus ihrer Mitte oder auch aus den andern Gemeinde-Gliedern die zwölf tüchtigſten um die Steuer umzulegen (ad illam talliam**) assidendam) wählen wollten. Dabei wurden ſowohl die beweglichen als unbeweglichen Güter, die unbeweglichen jedoch nur zur Hälfte der beweglichen***) angeſchlagen. Es ſcheint indeſſen nicht, oder es wird wenigſtens in der Verordnung nicht erwähnt, daß den ſo gewählten Steuer-Vertheilern irgends eine Gerichtsbarkeit zuſtand, ſondern ihr Anſchlag wird wahrſcheinlich von dem gewöhnlichen Richter vollſtreckt worden ſeyn. Philip der

---

*) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 291. Die Verordnung iſt ohne Datum in lateiniſcher und franzöſiſcher Sprache zugleich.

**) über die eigenthümliche Natur der Steuer tallia (taille) genannt wird ſogleich näher geredet werden. Sie war zuerſt nicht beſtändig, ſondern ward nur von Zeit zu Zeit in beſondern Fällen ausgeſchrieben.

***) „Et valor immobilium appretiabitur ad medietatem mobilium in assisiâ praedictae talliae.“ Bei Beaumanoir chap. 50 findet man viel Merkwürdiges über das Verfahren bei Vertheilung der Steuren.

Schöne ſah ſich im Jahr 1295 gezwungen von dem geſammten, beweglichen und unbeweglichen Vermögen, welches Unadeliche und Weltliche beſaßen, zwei Prozent (des Capital-Werths) als Steuer zu fordern. Die Eigenthümer ſollten ſelbſt den Werth ihres Beſitzthums eidlich angeben. Die Betreibung ward Männern, die mit den Verhältniſſen der Einzelnen bekannt waren (prud' hommes), anvertraut. Sie erhielten das Recht die ſaumſeligen zu zwingen oder zwingen zu laſſen, und die nöthige Macht um ihren Beſchlüſſen Kraft zu geben. *) Ludwig d. zehnte, welcher im J. 1315 von der Stadt Paris eine Steuer zur Führung des Kriegs gegen Flandern erhob, gab dem Vogt von Paris und den Sachverſtändigen den Auftrag, die Steuer beizutreiben **) und die Widerſpenſtigen durch den Verkauf ihrer Güter zu zwingen. — Eine gänzliche Veränderung gieng hiermit unter dem König Johan vor. Die drei Stände der Languedoil hatten (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 19) demſelben zur Führung des Kriegs unter dem Titel „aide, subside, Beiſteuer« die Erhebung mehrerer Auflagen (auf das Salz, auf den Verkauf aller Waaren und alles beweglichen Eigenthums Art. 1) bewilligt. In Folge der mit denſelben gepflogenen Unterhandlungen erließ der König den 28. December 1355 eine umſtändliche Verordnung über die Vertheilung dieſer Auflagen, und die Schlichtung der darüber entſtandenen Streitigkeiten. Er verſtattete darin den Ständen ***) neun Perſonen, welche die allge-

---

*) Ordon. d. Louv. tom. XII. p. 333, 334.

**) Ordon. tom. I. p. 602.

***) Ueber das Verfahren dieſer Deputirten gibt folgende Inſtruction, welche ſie denjenigen ertheilten, die ſie in den einzelnen Pfarreien mit der Eintreibung der Steuren beauftragten, großes Licht. (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 24 Note *c.*) Sie iſt überſchrieben: Alia Ordinatio per Depputatos dictorum trium statuum Generalium, Clericorum, Nobilium et bonarum Villarum, data XX. Martii 1355. „Les Deputez pour faire lever et cuillir en la Ville et Diocese de Paris, le subside darniérement octroyé à tel, (Hier kam der Name des von ihnen Beauftragten.) Comme par les trois Estatz, c'est assavoir le Clergée, les Nobles, et les Gens des bonnes

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

meine Aufſicht darüber führen ſollten, und überdem noch eine gehörige Zahl zur Führung der Geſchäfte in den einzelnen Landestheilen zu wählen. Aus den erſten, welche man „élus généraux“ oder noch gewöhnlicher „généraux des aides“, ſpäterhin „conseillers généraux sur le fait des aides“ nannte, ſind die

---

Villes ait esté octroyé certain subside pour le fait des guerres soustenir, c'est assavoir que tout homme et personne soit du sanc et Lignaige du Roi nostre Seigneur, et autres Clers ou Lay, Religieux ou Religieuses, exemps et non exemps, Hospitaliers, Chiefs d'Eglise ou autres, aient rentes ou revenus, office ou administration, fames vefves ou celles qui sont chief, Enfans mariez et non mariez, qui ont aucune chose de par euls, soient en garde, tutelle, cure, mainbournie [puissance paternelle ou maternelle] ou administration quelconques, Monnoyeurs et tous autres de quelque estat, auctorité ou privilege qu'il usent, . . . . . . . qui aura vaillant cent livres de revenu, et au dessous, soit à vie ou à heritage, en gages à cause d'office, en pension à vie ou à voulenté, fera aide de quatre livres . . . . . . . .: de quarante livres de revenue, et au dessous, quarante sols: de dix livres de revenue, et au dessous vingt sols: et au dessouz de dix livres, soient enfans en mainbournie au dessous de quinze ans, Laboureurs et Ouvriers, gaignans qui n'ont autre chose que leur laborage, feront aide de dix sols. (Hier folgt eine neue umſtändliche Beſtimmung über die Beiträge der Geiſtlichen, Adelichen u. ſ. f., die merkwürdig genug iſt, aber hier nicht wohl angeführt werden kann. Die Geiſtlichen ſollten für die erſten 100 Livres Einkommen einen Beitrag von vier Livres leiſten, für jedes folgende hundert bis zu fünftauſend Livres aber nur vierzig sous und für das, was ſie über fünftauſend Livres jährlich einnähmen, ſo wie auch von ihren Mobilien keinen Beitrag leiſten) . . . . Pour ce est-il que par vertu du Pouvoir à nous commis, vous mandons et commettons que tantost et sans delay ces lettres veues vous appellez, avec vous le Curé [hier iſt eine Lücke im Original] et par son conseil esliziés trois ou quatre personnes de bon estat de ladite Paroisse, avec lesquiez et ledit Curé se avoir le povez, vous alliez par touz les Hostiex [maisons] et mesnages de ladite Paroisse, et requerez les Seigneurs et Souverains desdiz Hostiex et mesnages, de quelque estat nachherigen Oberſteuerhöfe«, und aus den letztern, die commis oder députés particuliers sur le fait des aides hießen, die nachherigen Steuergerichte (élections), wovon wir hier reden, entſtanden. Nach der angeführten Verordnung (Art. 3) waren alle, von welchem Stand und Rang ſie ſeyn, und welche Pri-

---

ou condition que ils soient, soient Clers . . . Nobles et autres quelconques, que il vous disent de leur estat et leur vaillant, et de toutes les personnes de leurs mesnages et demourent [demeurans] avec euls, soient enfanz, serviteurs ou autres . . .; et enregistrés ou faites enregistrés ce que vous en trouverez, et les requerez, et neantmoins leur commandez que ils paient selont l'Ordenance et Aide dessusdite et que il facent paier à leurs mesniées et enfanz selon l'Ordenance devant dite; et ce que il diront et paieront soit pour euls, pour leurs mesnies ou enfans, faites mettre en escript. Et ou cas que il semblera au dessusdit Curé et à vous qu'aucuns d'euls ne respond pas par raison, ou que en faciez doubte, si li donnez jour [adjournez-le] pardevant Nous: Et se il avenoit que en aucun desdiz Hostels ou mesnages, vous ne trouvessiez les Souverains d'iceulx Hostels et mesnages, et qu'il n'eussent laissiée ou deputée pour eulx en leursdiz Hostels ou mesnages, et declairer pour faire paier ce qu'il devront paier, si les adjournez par devant Nous: et se aucuns des dessusdiz, excepté les Clers estoient refusans de tantost paier, et ils fussent riches et solables [solvables] et ils ne vous appourtoient ce qu'il devroient dedenz quatre jours aprés ce que vous les aurez requis de paier, si meinssies [mettez] un ou plusieurs sergenz sur eulz, lesquiex ne s'en partent jusques à ce que l'en vous ait apporté l'argent, qui selon ladite Ordenance sera deu par euls dudit Hostel. Et ou cas que aucuns Clers seroient refusans de paier comme dit est, et il seroient riches et bien solables si les faites contraindre par leur juge ordinaire par Sentences d'escommuniement, et se la sentence d'escommuniement dessusdite soustenoient par l'espace de huit jours, si les contraigniez par la prise de leur temporel; et à ceuls qui ne seront solables de prestement paier, faites commandement que il paient à la mi-Karesme la moitie de ce qu'il devront paier, et pour l'autre moitié paier, leur assignez tel terme comme bon vous semblera;

vilegien ſie vorſchützen mogten, verpflichtet den Steuerbeamten ſowohl des erſten als zweiten Grades zu gehorchen, und wenn die beſondern Steuerdeputirten etwa nicht im Stande waren, Jemand zu zwingen, ſollten ſie ihn vor die Generalſteuerdirectoren laden laſſen, deren Ausſpruch einem Parlamentsbeſchluß gleich geachtet werden ſollte. Hierdurch war ſchon der Grund zu der Gerichtsbarkeit auch dieſer beſondern Steuerdeputirten gelegt. Carl der ſechſte legte ihnen durch ſeine Verordnung v. Januar 1382 (Ordon. tom. VII. p. 746, 749) das Erkenntniß über die Streitigkeiten in Steuerſachen, doch vorbehaltlich der Appellation an die Generalſteuerräthe bei *), ſo wie

---

Et se aucun d'iceuls veut avoir quittance de ce que il baillera, et il vous la baille escripte, si la li scellez de votre scel sans en prendre Argent, ou faites sceller au Curé, lequel temoigne en ladite quittance, que il ait esté présent à faire ledit payement; Et tout ce que vous recevrez pour ladite cause, portez et bailliez à Pierre Chappela Receveur Général esdites Ville et Dioceze, et aussi li portez et bailliez le papier où vous aurez escript ou fait escrire des choses dissusdites, lequel soit signé ou scellé par ledit Curé, et y soit escripte de sa main la somme que sa Paroisse vaudra. De ce faire vous donnons povoir, mandement et commandement par vertu du dessusdit povoir à Nous donné etc. . . . Donné à Paris, souz noz seauls, le vingtième jour de Mars, l'an mil trois cens cinquante-cinq. Ainsi signé, Per vous Messieurs les Depputez dessusdits. J Clerici.

*) art. 16 „que les esleus qui seront ordonnez sur ledit fait auront la cognoissance sur lesdits fermiers [des aides], et feront droit aux parties sommairement et de plain, sans figure de jugement; et en cas d'appel parties seront renvoyées devant ceux qui aurons la cognoissance dudit fait, lesquels y seront ordonnez de par le Roy nostre Sire.“

art. 21 „Et si aucuns appelle desdits esleus, l'appellation viendra pardevant les Généraux conseillers à Paris sur le fait desdites aides, pareillement qu'autrefois à esté fait; et qui ne reslevera son appel dedans un mois; il sera décheu d'iceluy appel, et l'amendera de vingt livres Parisis, mais ils pourront renoncer sans amende, dedans huit jours; et s'ils poursuivent; et il est dit bien jugé, denn auch in den letzten Zeiten richterliche Functionen ſogar ihr Hauptgeſchäft ausmachten. Urſprünglich waren dieſe Stellen indeſſen nur Commiſſionen. Nach mehrern Verordnungen Carls des 6ten, unter andern der vom 26. Januar 1382 (Ordon. tom. VI. p. 705) hatten die eben erwähnten General-Deputirten das Recht, dazu zu ernennen und die Ernannten wieder zu entlaſſen. Unter Carl dem 7ten wurden ſie aber zu königlichen Beamten erhoben. In ſeiner Verordnung v. Juni 1445 (Ordon. tom. XIII. p. 428) ſagt dieſer König den éteus, daß ordentlicher Weiſe das Erkenntniß erſter Inſtanz in Steuerſachen zukomme.*) Die Steuer-Gerichte waren in den letzten Zeiten meiſtens mit zwei Präſidenten (einem erſten und zweiten), einem Stellvertreter (lieutenant), mehrern Räthen **), einem Procurator des Königs, einem Gerichtsſecretair u. ſ. f. beſetzt. An einigen derſelben war nur ein Präſident; und eben ſo gab es an einigen außer den genannten Beamten noch einen Beiſitzer (assesseur), der den Rang vor den Richtern hatte (m. v. Th. I. S. 226). Ein Ausſpruch eines ſolchen Gerichts ward bald ein Urtheil der Steuerrichter (sentence des élûs), bald ein Urtheil des Steuergerichts (sentence de l'élection) genannt. Die Zahl dieſer Steuergerichte war in den verſchiedenen Generalitäten verſchieden. Die von Paris hatte deren zwei und zwanzig, die von Burgund nur zwei, im Ganzen gab es deren in Frankreich hundert ein und achtzig. Doch fand man nicht in allen Provinzen des Reichs ſolche Gerichte. Die ſogenannten pays d'état hatten deren meiſtens keine. Die Provinzen, worin dieſe Ge-

---

mal appellé, par les généraux conseillers dessusditz, l'amende, en quoy encourra le appellant, sera de soixante livres Parisis."

*) Man unterſchied damals noch élus en chef von élus particuliers, ſo daß man ſogar von den letztern an die erſtern appellirte. Carl der 7te ſchaffte dieſes ab und verordnete (i. J. 1451), daß die Appel auch von den élus particuliers an die Oberſteuerhöfe gehn ſollte. Durch ein Edict v. Januar 1685 wurden die élus particuliers aufgehoben und mit dem élus en chef vereinigt.

**) Das Steuergericht von Paris hatte zwanzig Räthe; bei den Steuergerichten der andern großen Städte fanden ſich zuletzt meiſtens nur vier Räthe.

richte beſtanden, hießen darum auch pays d'élection. — Was die Amtsbefugniſſe der Steuergerichte betrifft, ſo haben wir ſchon bemerkt, daß ſie zuletzt vorzugsweiſe richterlicher Natur waren, und ſich über alle Streitfragen, die über die Vertheilung und Beitreibung der Steuern entſtanden, erſtreckte. In Fällen, wo die Ueberſchätzung (surtaux), worüber man ſich beklagte, eine gewiſſe Summe, (von 20 Livres nach dem Edict v. J. 1679) nicht überſtieg, entſchieden ſie in letzter Inſtanz, ſonſt appellirte man von ihren Urtheilen an die Oberſteuerhöfe *). Bei allen Widerſetzlichkeiten der Bewohner gegen die Steuerbeamten (gegen die Steuerdiener, Einſammler und Pächter) gehörte das Erkenntniß in erſter Inſtanz ebenfalls den Steuergerichten. Hatten aber die Steuerbeamten ſelbſt ſich Gewaltthätigkeiten bei Ausübung ihres Amts zu Schulden kommen laſſen, ohne durch Aufruhr oder Widerſetzlichkeit der Steuerpflichtigen dazu gereitzt worden zu ſeyn, ſo gehörte das Erkenntniß dem ordentlichen Richter an. Das Verfahren bei den Steuergerichten iſt durch ein Edict v. 17. Febr. 1688 geregelt. Es war dem bei den gewöhnlichen Gerichten faſt gleich. Doch ſollte daſſelbe kürzer ſeyn, als dieſes. Man war nicht gehalten, einen Anwalt zu beſtellen, ſondern jeder konnte ſich ſelbſt vertheidigen. Die Vorladungen geſchahn wie gewöhnlich durch die Gerichtsdiener ſchriftlich und mit Beifügung der Klage und Gründe. Beſtellte der Kläger keinen Anwalt, ſo mußte er ſeinen geſetzlichen Wohnort in dem Orte, wo das Gericht niedergeſetzt war, wählen. Wenn beide Partheien in der Sitzung erſchienen, ſo ſollte (Réglem. d. 1688 art. 12) das Urtheil auf der Stelle erfolgen, ohne daß es den Richtern erlaubt war, das ſchriftliche Verfahren zu erkennen. Hiervon waren nur die Fälle ausgenommen, wo Jemand das Adels-Recht beſtritten ward. Nach ſpätern Verordnungen konnten die Richter indeſſen in ſchwierigern Sachen überhaupt das ſchrifliche Verfahren anordnen. Verſäumte eine Parthei an dem in der Ladung beſtimmten Tag in der Sitzung zu erſcheinen,

---

*) Bei Anſchlägen, welche der Intendant der Provinz mit Zuziehung der Steuerrichter von Amtswegen gemacht hatte, ging die Appel (nach dem Edict v. April 1667) an den königlichen Staatsrath (Ferrier. Dict. d. D. art. élection.)

ſo erfolgte ſogleich und ohne weiteres ein Contumacial-Urtheil zum Vortheil der andern. Doch konnte dieſe innerhalb drei Tagen Einſpruch (opposition) dagegen einlegen.

Eine der älteſten Steuren unter dem dritten Königs-Geſchlecht war diejenige, welche taille (tallia) *) hieß. Wir haben ſchon ſo eben eine Verordnung Ludwigs d. H. über die Vertheilung derſelben angeführt. Doch ſchon in einer noch ältern, der von Philip Auguſt v. März 1214 für die Kreuzfahrer (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 32) geſchieht derſelben Erwähnung. Art. 4 „Si vero cruce-signatus habeat possessiones, quae debent talliam, reddet talliam ac si non esset cruce-signatus, et si neget possessiones debere talliam, probetur coram diocesano episcopo, vel ejus officiali.“ Dieſe älteſte unter allen Steuren veranlaßte auch bis zu den letzten Zeiten die meiſten Beſchwerden und Proceſſe, theils wegen der vielen Ausnahmen, theils auch wegen der größern Willkühr, die bei der Vertheilung und Erhebung derſelben herrſchte, da die Regierung den Betrag derſelben auch ohne die Bewilligung der Parlamente erhöhen konnte. Nach der ſo eben (aus der Verordnung von Philip Auguſt) angeführten Stelle könnte man glauben, dieſelbe ſey eine dingliche, auf dem Grundeigenthum haftende Laſt (eine Grundſteuer) geweſen **). Allein zu den Zeiten Ludwigs d. H.

---

*) Den Namen taille leiten Einige von den hölzernen Stäben (Kerbſtöcken) ab, die auch tailles heiſſen, und worauf die Empfänger der Steuren durch einen Einſchnitt die geleiſtete Zahlung bemerkten. Andere glauben, derſelbe komme von tailler zerſchneiden, ausſtückeln her, und deute auf die gleiche Vertheilung der Steuer hin.

**) Auch unter dem zweiten Königs-Geſchlecht unterſchied man die terra tributaria von den andern. Capitul. Ludovi Pii a. 810 N°. II. (apud Baluz. tom. I. p. 611, „Quicunque terram tributariam, unde tributum ad partem nostram exire solebat, vel ad ecclesiam vel cuilibet alteri tradiderit, is qui eam susceperit, tributum quod inde solvebatur, omni modo ad partem nostram persolvat; nisi forte talem firmitatem de parte dominica habeat per quam ipsum tributum sibi perdonatum esse possit ostendere“ es ſcheint, daß hier von einem Grundſtück die Rede iſt, das von einem Romanus tributarius an einen Franken überwar ſie dieſes (nach der S. 351 angeführten Stelle) nicht mehr, und daſſelbe gilt für die Zeiten von Philip dem Schönen; indem derſelbe durch eine Verordnung v. J. 1296 oder 1297 (Ordon. tom. I. p. 329) dem Amtmann von Carcaſſone auftrug, die geiſtlichen zu den perſönlichen Steuren nicht heranzuziehn (mandamus vobis, quatenus Clericos vestrae bailliviae viventes clericaliter, ad contribuendum in *taliis personalibus* universitatum et locorum, in quibus habent sua bona et domicilia, nullatenus compellatis aut permittatis compelli). Ueberhaupt ward die Steuer, wovon es ſich hier handelt, faſt in allen Provinzen Frankreichs bis zu den letzten Zeiten, als eine gemiſchte, und zwar für eine mehr perſönliche als dingliche Laſt angeſehn *). Sie war in den frühern Zeiten nicht beſtändig, ſondern ward bei beſondern Gelegenheiten, vorzüglich in Kriegszeiten u. dgl. ausgeſchrieben **). Die Könige ſuchten allerdings die Dauer derſelben aus mancherlei Gründen zu verlängern, welches oft große Unzufriedenheit verurſachte. So brach insbeſondere bald nach der Thronbeſteigung Carls des ſechſten (reg. v. J. 1380—1422) in der Hauptſtadt wegen der Abgaben ein furchtbarer Aufſtand aus, wo, wie der König ſelbſt in

---

gieng. Es gab indeſſen unter den Königen der beiden erſten Geſchlechter noch eine andere Steuer, die inferenda hieß, und, wie es ſcheint, von jedem Stück Vieh entrichtet ward. M. ſ. Baluz. tom. I. p. 669 N°. 15.

*) Ferriere Dict. d. Droit art. taille „Quoique dans la plus grande partie de ce Royaume les tailles soient mixtes, elles sont néanmoins censées plus personnelles que réelles. Ratio est, quia imponuntur personae non habita tantum ratione personae sed etiam redituum ex laboribus et industria provenientium. M. ſ. nach Papon. Collect. arrestor. lib. 5 tit. 11 append. arresto 1.

**) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 20 Not. *i.* findet man eine Uebereinkunft, die in Gegenwart d. Königs Philip Auguſt i. J. 1185 zwiſchen dem Biſchof von Laon und ſeinen Unterthanen hierüber getroffen worden „In hunc modum composuerunt in nostra praesentia, quod episcopus, pro talliis super homines, quas tribus de causis facere poterat, scilicet pro exercitus nostri servitio, pro Domino Papâ, pro guerrâ Laudunensis ecclesiae manifestâ dabunt etc.“

ſeinem Schreiben v. 27. Januar 1382 (Ordon. d, Louv. tom. VI. p. 685) ſagt, die Abgaben mit Gewalt abgeſchafft wurden (les aides qui en son tems avoient cours en nostredit Royaulme pour la deffence d'icellui et mesmement en nostre ville de Paris eussent esté abbattue de fait et mis au neant par certaine commotion du peuple faicte à Paris). Der Monarch ſah ſich dadurch gezwungen, durch ſeine Verordnung v. 16. Nov. 1380 (tom. VI. p. 527) in Betrachtung der Rechtlichkeit, des Gehorſams und der Liebe zu ihm, die ſein Volk ſtets bewieſen, alle ſeit Philip d. Schönen wegen des Kriegs entſtandnen Auflagen (fouages, impositions, gabelles, 13iemes, 4iemes et autres quelconques) abzuſchaffen. Er wiederholte dieſes in mehrern folgenden Schreiben für die ganze langue d'oil, nahm indeſſen in einem Schreiben v. März 1380 (ibid. p. 565) „nos rentes, yssues, travers et prouffiz des vivres menées hors de nostre Royaume" davon aus. Die Steuren wurden indeſſen doch bald wieder eingeführt. Obſchon wir das Geſetz, wodurch dieſes geſchah, nicht kennen, ſo erhellt es deutlich aus den ſpätern Verordnungen Carls des ſechſten über die Steuren. Unter Carl d. ſiebenten*), Sohn des vorigen Königs, welcher zuerſt ein ſtehendes Heer unterhielt, ward die Steuer (taille) ſogar beſtändig. Es gibt über die Erhebung und Vertheilung derſelben, ſo wie über die Befreiungen davon eine ſehr große Menge königl. Verordnungen. Die wichtigſten, außer den ältern in den Ordon. du Louv. enthaltenen ſind die Carls des neunten gegeb. zu Orleans 1560 (Art. 121—137), die Heinrichs des dritten. v. März 1533, mehrere Heinrichs d. vierten, beſonders die v. März 1600, die

---

*) Gewöhnlich nimmt man in Frankreich an, daß die Steuer (taille) erſt durch die Verordnung Carls des 7ten v. 19ten Juni 1445 (Ordon. d. Louv. tom. XIII. p. 428) beſtändig geworden iſt. Allein der Graf Paſtoret bemerkt in dem trefflichen Vorbericht, den er dem 16ten Band der Ordon. d. Louv. vorangeſchickt hat, (S. XXII) mit Recht „elle [la loi d. Charles VII.] la suppose plus qu'elle ne la prononce [perpétuelle" Der König beſtimmt darin nur in der Einleitnng, daß Adeliche (nobles vivans noblement), ſeine ordentlichen Beamten und Tiſchgenoſſen (commensaux), ſo wie Studenten auf den Univerſitäten abgerechnet, Alle andern ohne Ausnahme zu den Abgaben (aydes, tailles et gabelles ordonnées comme dit est pour la tuition et déffense de nosdits Royaume et subjects) beitragen ſollen, ſo wie daß das Erkenntniß über alle Civil- und Criminal-Prozeſſe, die in Beziehung auf dieſe Steuren (Aydes, gabelles et tailles) zwiſchen was immer für Partheien (tant entre nous et nostre procureur pour nous, nos officiers, fermiers, receveurs et collecteurs desdites aydes, gabelles et tailles au regard de la justice comme autres nos subjects

---

en tous cas civils es criminels, entſtänden, in erſter Inſtanz den Steuerrichtern (esleus)⸗ und in letzter den General⸗Steuerräthen zuſtehn ſollte. Beſtimmter in Hinſicht der beſtändigen Dauer der Steuren ſpricht ſich das Schreiben deſſelben Königs v. 3. April 1459 (Ordon. tom. XIV. p. 484) aus. art. 2 „Et pour ce que par mortalité ou autre accident peut souvent advenir diminution et croissance du peuple et d'habitans en plusieurs lieux, ou lesdites tailles seront imposées, par quoy lesdits éleus on commis ne pourront justement faire assiette dudit impôt, se *par chacun an* il n'avoient connoissance du nombre de feux et de la faculté et puissance desdites paroisses particulièrement; voulons et ordonnons etc. Die Verordnung enthält eine vollſtändige Inſtruction für die esleus u. ſ. f. — Einen wichtigen Beitrag zur Geſchichte der immerwährenden Begründung der Steuren findet man in Le Blanc trait. histor. des monnoyes d. France p. 73, 167, wo er ſagt „J'ai trouvé dans un ancien manuscrit qui est environ de ce temps-là (de Charles VII) que le peuple se ressouvenant de l'incommodité et des dommages infinis qu'il avoit reçus de l'affoiblissement des Monnoyes et du frequent changement du prix du Marc d'or et d'argent, pria le Roy de quitter ce droit, consentant qu'il imposa les Tailles et les Aydes, ce qui leur fut accordé. Le Roy se reserva soulement un droit de Seigneuriage fort petit, qui fut destiné au payement des officiers de la Monnoye, et aux frais de la fabrication. Un ancien Registre des Monnoyes qui paroit avoir esté fait sous le Regne de Charles VII. dit que onques puisque le Roy meit les Tailles des possessions, des Monnoies ne lui chalut plus. — Ich entnehme dieſe Stelle aus der Vorrede zum dritten Band der Ordon. d. Louv. p. CIII. Sie iſt ohne Zweifel aus der zweiten Ausgabe von Le Blanc genommen. In der erſten v. J. 1690 habe ich ſie an dem bezognen Ort nicht gefunden.

Ludwigs d. 13ten v. Jan. 1634 und v. 24. Juli 1641, die Erklärung v. 16. Januar 1650, die Edicte v. April 1650, v. Januar und October 1713 u. ſ. f. *). — Adeliche und Geiſtliche, auch die höhern Beamten, waren, von uralter Zeit her, von der Steuer, taille genannt, ganz frei. Daſſelbe Vorrecht hatten viele Städte, die deshalb villes franches hießen, bei verſchiedenen Gelegenheiten von den Königen erhalten. Heinrich d. 4te beſtimmte (Art. 19 ſeiner Verordnung v. März 1600 (Code Neron tom. I. p. 708), daß diejenigen, die von den Adelichen und Geiſtlichen Güter in Pacht hatten, für den Gewinn, den ſie daraus zogen, ebenfalls in der Steuer angeſchlagen werden ſollten **). Es fielen bei dieſer Sache, wie Art. 19 erwähnt, große Unterſchleife vor. Da nämlich die Adelichen für alle Güter, die von ihnen ſelbſt oder auch auf ihre Rechnung von ihren Rentmeiſtern, Dienern u. dgl. bewirthſchaftet wurden, ſteuerfrei waren, ſo wurden Schein-Contracte gemacht, worin die eigentlichen Pächter als Rentmeiſter der adelichen Eigenthümer dargeſtellt wurden ***). Um dieſes

---

*) M. ſ. n. beſonders das mémorial alphabétique des tailles.

**) Art. 19 „Lesdits asséeurs comprendront entre les contribuables les fermiers des ecclésiastiques, gentilshommes et autres privilégiéz, tant à raison de leur bien que des profits qu'ils peuvent faire esdites fermes etc.“ Uebrigens findet ſich ſchon in den etablissem. d. St. Louis liv. I. chap. 95 eine ähnliche Beſtimmung „Se gentilhoms avoit meson qui soit taillables, en quelque manière que li gentilhons l'ait, soit d'éritaige, ou d'escheoite, ou d'autre chose, elle est taillables. Se il i fet estage pour lui, pourcoi il la tiegne en sa main, elle ne sera pas taillable: més se il l'avoit loiieé ou afermée à hons coustumier, il ne la porroit pas garantir de tailler“ (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 185, 186). — Nach der alten Sitte waren diejenigen Bauren, die von ihren Herrn willkührlich beſteuert werden konnten, (subgez justiciables de haut et de bas, taillables à leur plaine voulenté) auch von den königlichen Steuren frei. Man findet (Ordon. tom. VI. p. 155, 157) eine Entſcheidung Carls des fünften, wo er auf die Vorſtellung mehrerer Adelichen der Langue d'ôc, die ſich deshalb für ihre Unterthanen verwendet hatten, die letztern von den königlichen Steuren befreit.

***) Dieſelben Unterſchleife dauerten unter Ludwig d. 14ten und zu verhüten, ſollten nach Artikel 33 der Verordnung Ludwigs des 13ten v. Jan. 1643) *) die Adelichen, Geiſtlichen u. ſ. f. nur Ein Gut nebſt den dazu gehörigen, ſelbſt ſteuerfrei bewirthſchaften, und für die andern, welche ſie durch Rentmeiſter oder Diener bewirthſchaften ließen, ſollten dieſe eben ſo wie Einer, der ſie in Pacht hätte, angeſchlagen werden. Eine Erklärung v. 16. Jan. 1650 bewilligte zwar den Adelichen wieder die Steuerfreiheit für alle Güter, die ſie ſelbſt bewirthſchafteten, ohne Ausnahme; allein ein ſpäteres Edict v. April 1667 beſchränkte dieſes auf ein einziges Gut von vier Pflügen für die Geiſtlichen und Adelichen, und auf ein Gut von zwei Pflügen für die ſteuerfreien Beamten und die Bürger der freien Städte. Ueberdem ſollte dieſes Privilegium ſich nur auf die in derſelben Pfarrei gelegenen Ländereien erſtrecken. Beſaßen ſie deren in mehrern, ſo mußten ſie dieſelben an einen Steuerpflichtigen verpachten **), oder ſie wurden eben ſo beſteuert, wie dieſe Pächter.

---

wahrſcheinlich bis zur Revolution fort. In dem Edict dieſes Königs v. Januar 1713 (Cod. Neron II. p. 464) heißt es „Les Seigneurs des Paroisses se sont servi de leur autorité pour faire regler et cottiser leurs fermiers à des sommes modiques, et souvent pour faire exploiter leurs terres *par d'anciens fermiers sous le titre de domestiques, qui sous ce prétexte n'on point èté imposez à la taille etc.*

*) Art. 33 „Les nobles, ecclésiastiques, chevaliers de Malte, officiers, privilégiez, et habitans de notre ville de Paris, pourront faire valoir par leurs mains une de leurs terres et maisons, et celles qui sont adjacentes et contigues ou dependans: Et pour les autres terres et metairies, qu'ils feront valoir, par receveurs ou serviteurs, lesquels seront taxez, tout ainsi que pourroient être taxez leurs fermiers desdites terres et métairies. Et pour le regard des habitans demeurans aux villes franches autres que nostredite ville de Paris, s'ils font valoir leurs terres ou métairies par receveurs ou serviteurs, ils seront taxez aux tailles comme pourroient être taxez leurs fermiers ou laboureurs. N'entendons toutes fois comprendre au présent article les maisons consistans en clos et vigne, pour lesquelles il en sera usé comme il à èté cidevant fait etc."

**) Art. 129 der Verordnung Carls d. 9ten (gegeb. zu Orleans i. J. 1560) verordnete daſſelbe, jedoch nur für die bürger-

Hierdurch ward nun allerdings die Steuerfreiheit der Privilegirten in etwa beſchränkt. Allein es iſt gerade zu lächerlich, wenn Einige behaupten, auch vor der Revolution ſey der Adel faſt ebenſo der Steuer, die man taille nannte, unterworfen geweſen wie die Bürgerlichen. Aus dem, was ſo eben angeführt worden, und aus unzählichen Geſetzen und Urtheilen geht hervor, daß dieſelbe nicht, wie Einige ſich das Anſehn geben zu glauben, eine Grundſteuer, ſondern vielmehr eine Vermögens-, oder richtiger zu ſagen, eine Einkommen-Steuer war, wobei die Reichen und Mächtigen allezeit zu gering angeſchlagen werden; und daß überdem in keinem Fall die Adelichen ſelbſt, ſondern nur ihre Pächter ſie bezahlten. Es gab indeſſen doch einige Provinzen in Frankreich, Languedoc, Dauphiné, Provence und noch einige andere, in welchen die taille durchaus eine dingliche, auf dem Gut ſelbſt haftende Laſt war. Man theilte in dieſen Provinzen (Ferrier. Dict. d. D. art. taille) die Güter ſelbſt in adeliche und bürgerliche. Die erſtern waren ohne alle Rückſicht auf den Stand des Beſitzers von der taille frei, und die letztern eben ſo derſelben ohne Ausnahme unterworfen *).

---

lichen, und Geiſtlichen von bürgerlichem Stande, wenn ſie in den freien Städten wohnten, und außerhalb denſelben Güter beſaßen.

*) Ein Schreiben Carls des ſechſten v. 22. Juni 1392 (Ordon. tom. VIII. p. 438) an den Seneſchall v. Beaucaire und Nimes (Bellicadri et Nemausi), welche in dieſen Provinzen lagen, ſagt „Procurator noster dicte Seneschallie, nobis significare curavit, quod nonnulli nobiles, Clerici, Presbiteri, Religiosi, et alii, Monetarii [die Münzarbeiter waren von den älteſten Zeiten her ſteuerfrei] et alie persone privilegiate, quamquam plurima feuda, bona, possessiones, hereditaria, rustica et urbana, retroactis temporibus quisiverunt a nonnullis rusticis et urbanis, titulo successionis, legali emptionis vel alia causa, quae *consueverunt contribuere* cum aliis plebeis in nostris talliis, collectis, muneribus et subsidiis realibus et personalibus, qui se eximere conantur et nituntur, et solvere contradicunt pro dictis bonis . . . . quod cedit in nostrûm Plebeyorum praejudicium ac maximum gravamen etc. Der König trägt daher dem Amtmann auf, die Widerſpenſtigen zum Beitrag anzuhalten, und zwar „per captionem bono-

Die Steuer (taille) ward jedes Jahr von neuem beſtimmt und nach Generalitäten vertheilt, welches in dem Staatsrath des Königs geſchah. Die fernere Vertheilung auf die Bezirke der einzelnen Steuergerichte geſchah durch die Domainenkammern (trésoriers de France) und zwar nach einem beſondern, ihnen darüber ertheilten Auftrag und unter dem *) Vorſitz des Intendanten der Generalität. Die noch weitere Vertheilung auf die einzelnen Pfarreien ward dann ebenfalls von dem Intendant und einem dazu beauftragten Mitglied der Domainenkammer mit Zuziehung von drei Mitgliedern des Steuergerichts, des Staatsprocurators und Secretairs deſſelben, ſo wie auch des Steuerempfängers vorgenommen. Um ſich die dazu nöthige Localkenntniß zu erwerben, waren die Steuerrichter (élus) verpflichtet, jährlich im Monat Auguſt eine Rundreiſe in den Pfarreien ihres Bezirks zu machen, und ſich von dem Ertrag der Ernte, von der Zahl der Nichtſteuerpflichtigen u. ſ. f.

---

rum predictorum, pro quibus alias contribuere cum aliis nostris plebeyis . . . consueverunt . . . exeptis [ce mot paroit corrumpu] appellationibus frivolis et privilegiis non obstantibus quibuscumque, prout in debitis Regiis est fieri consuetum etc. — Man findet bei Papon Collect. arrest. lib. V. tit. II. N°. 39 einen merkwürdigen Prozeß, den die drei Stände der Provence über die Steuerfreiheit vor dem Parlament von Paris, wohin der König ſie verwieſen hatte, geführt haben. In den übrigen Provinzen ward früherhin ein, wenn auch ſchon ſteuerpflichtiges Gut, ſobald ein Adelicher, Geiſtlicher u. ſ. f. es erwarb, ſteuerfrei. ibid. arresto 21 „Ji, qui nobilitatis privilegio censentur (id est qui nobilium numero sunt, vel presbyteriali ordine) ad tributa devocari non possunt, adversus ipsorum privilegium, sub specie ejus quod propriis manibus in propriis ipsorum possessionibus operentur . . . Et ita judicatum fuit arresto Gratianopolitano, quod datum anno 1457. Sed nec adscribi possunt fundorum rusticorum nomine, quae adquisiverant, quia mutatione personae mutatur conditio rei, ut dicit Bartolus etc.“

*) Der Ertrag der Steuer (taille) betrug in den letzten Zeiten vor der Revolution nach Necker (administrat. d. financ. chap. VI. tom. I. p. 159) 91 Millionen Livres. Man findet an dieſer Stelle überhaupt einige wichtige Bemerkungen über die Natur nnd Vertheilung der taille.

zu unterrichten. War die Vertheilung auf die einzelnen Pfarreien feſtgeſetzt, ſo wurden die Vorſteher (Maire's, Scheffen) derſelben von dem Steuergerichte über den Betrag der zu leiſtenden Abgabe amtlich in Kenntniß geſetzt, mit dem Zuſatz, daß ſie auf die einzelnen Einwohner vertheilt, erhoben und in vier Terminen (1. Dec., 1. Febr., letzten April, 1. Oct.) an die Steuerempfänger (receveurs des tailles) entrichtet werden ſollten. Dieſe Vertheilung auf die Einzelnen geſchah durch die Steuerumleger (früher asséeurs- ſpäter collecteurs genannt), welche jährlich von den zu dieſem Zweck (nach Beendigung der Hochmeſſe) verſammelten Bewohnern gewählt wurden *). Die von denſelben angefertigte

---

*) In den frühern Zeiten wurden ſie von den Steuerrichtern (élus) ernannt. Allein Carl der fünfte führte durch ſeine Verordnung v. 21. Nov. 1379 (Ordon. d. Louv. tom. VI. p. 240), welche er über die Erhebung der Steuren (aides) und die Salzſteuer insbeſondere erließ, die Wahl der collecteurs durch die Steuerpflichtigen ſelbſt ein, welches ſich bis zur Revolution erhielt. Art. 5 dieſer Verordnung heißt es „Item encore pour la pitié et cause devant dite, deffendons que les éleus ou autres des diz officiers, ne s'entremettent de metre volluntairement es villes et parroisses de plat pays ordonnez à payer fouages, asséeurs des diz fouages ou collecteurs, mais seront éleuz par les habitans mesmes des villes et paroisses, ou par la plus saine et greigneure partie tels et tant comme bon leur semblera, en leurs perilz; lesquelz feront serement en manière et si comme il est accoustumé; et lesquelz asseeurs entendront diligemment à l'assiette faire sur eulz et les autres; sitost et en tel temps qu'il puissent avoir tout parfait, et l'assiette bailler aux Collecteurs un mois avant le commencement de l'année; et les diz collecteurs pourront commencer à cueillir ladite assiette un mois avant le terme, et exécuter quinze jours avant ce terme, pour ce que le payement soit lors tout prest; lequel un d'iceulz sera tenu de le apporter au receveur quatre jours apres le terme ou plustard; et se plustost estoit prest, plutost sera tenu de le apporter." — Unter fouage (focagium) verſtand man eigentlich die Abgabe, die für jede Feuerſtelle (pro foco, feu) entrichtet werden mußte. In einigen Provinzen z. B. in Languedoc verſtand man indeſſen unter feu nicht ſowohl eine Feuerſtelle, als vielmehr einen gewiſſen Theil des Landes, der eine beſtimmte Menge von

Liſte ward von einem Steuerrichter, zu deſſen Departement die Pfarrei gehörte, beſcheinigt, und für vollſtreckbar erklärt. Um die Liſte den Steuerpflichtigen bekannt zu machen, ward ſie den folgenden Sonntag von den Steuerumlegern *) am Eingang der Pfarrkirche nach Beendigung der Hochmeſſe laut abgeleſen. Jeder, der ſich zu hoch angeſchlagen glaubte, konnte ſich bei dem Steuergericht beſchweren, welches förmlich darüber entſchied. Früher aber, und ohne eine ſolche Beſchwerde, durften die Steuerrichter die Liſte der Steuerumleger nicht ändern, welche auf jeden Fall vorläufig vollſtreckt ward. Der Prozeß darüber ward früherhin dadurch eingeleitet, daß derjenige, der ſich zu hoch angeſchlagen glaubte, irgend einen einzelnen Bewohner der Pfarrei vor das Steuergericht laden ließ, und darauf antrug, daß er nicht höher noch niedriger, als dieſer Vorgeladene angeſchlagen würde. Allein der Oberſteuerhof, an welchen in einem ſolchen Prozeß appellirt worden war, erließ d. 13. Dec. 1568 ein ſogenanntes regulirendes Urtheil (arrêt de réglement), wodurch dieſe Art die Prozeſſe einzuleiten verboten, und denjenigen, die ſich zu hoch angeſchlagen glaubten, aufgegeben ward,

---

Abgaben tragen konnte. Je fruchtbarer und reicher daher eine Gegend war, deſto geringer war die Ausdehnung eines jeden feu. In Languedoc beſtand die Eintheilung in feux zuletzt nicht mehr; wohl aber in der Generalität Montaubon (Ordon. tom. III. p. 337 Not. *b*).

*) Das Wort „collecteur“ bezeichnet der etymologiſchen Bedeutung nach den Einſammler der Steuren. Wirklich war dieſes auch früherhin das einzige Geſchäft dieſer collecteurs. Die Vertheilung der Steuren war dagegen andern Perſonen, die asséeurs (Steuerumleger) hießen, übertragen. Da indeſſen die collecteurs den asséeurs für das richtige Eingehn der Steuren verantwortlich waren, ſo entſtanden häufige Prozeſſe zwiſchen denſelben; daher Heinrich der vierte (Art. 11 der Verordnung v. März 1600) beide Stellen Einem Beamten übertrug, welcher den Titel: collecteur behielt. Derſelbe beförderte die eingeſammelten Gelder, in den oben angegebenen vier Terminen, an den Steuerempfänger des Steuergerichts (receveur d'élection). Von dieſem giengen ſie an den Empfänger der Generalität und von dieſem letztern in den Schatz zu Paris.

den Vorſteher (procureur) der Pfarrei vorladen zu laſſen *). Gegen die Steuerpflichtigen ſowohl, als gegen die Steuerſammler, welche in Rückſtand blieben, konnte der Steuerempfänger einen Zwangsbefehl zur Zahlung (contrainte) **) erlaſſen, welcher aber von einem Steuerrichter (élus) viſirt ſeyn mußte. Ein ganz beſonderes Verfahren die Steuren einzutreiben, wenn ein großer Theil der Gemeinde in Rückſtand blieb, beſtand darin, daß für die ganze Summe ein Zwangsbefehl gegen einzelne

---

*) Man findet dieſes merkwürdige Urtheil, welches dem Geiſt aller über dieſen Gegenſtand erſchienenen königlichen Verordnungen (Ordon. d'Orleans art. 134, Ed. d. Mars 1600 art. 6 etc. ) völlig gemäß iſt, bei Papon. Collect. arrest. lib. V. tit. XI. N°. 40. Es iſt zu weitläufig, um hier vollſtändig angeführt zu werden. Es heißt darin „. . . Decernit praedicta Curia opponentes seu conquerentes de superindictione [surtaux], incolas parochiae citare oportere die festo post missam, compellatis ipsorum procuratoribus [procureurs–Syndics], vel ipsis absentibus, matriculariis, iisque brevem citationem causasque oppositionis tradere, quo scilicet praedicti incolae deliberent et declarent ad diem constitutum, utrum adserere velint et contendere conquerentem bene censitum seu adscriptum fuisse, vel an consentiant, eum ad antiquum censum seu adscriptionem reducendum: ut ita visa incolarum declaratione, partibusque summarie auditis et interrogatis super praedictis causis querelarum, praedicti conquerentes, si fieri possit, summarie judicentur aut saltem decernatur, partes in summates parochiae aut alios usque ad numerum quatuor vel sex, consentire oportere, ut ita his auditis super querela judicetur. Et si forte praedictae partes consentire non possent; decernatur eas summarie allegationes suas consignaturas et super ipsis quatuor vel sex testes producturas juxta constitutionem. Et si incolae declarent se nolle adscriptionem conquerentium recte factam adserere, et censitores [les collecteurs] non dicantur fraudem admisisse seu in adscriptione tributorum male versati, praedictos selectos [les élus] de plano et sine strepitu judiciorum querelam terminare oportere. At si partes allegent censitores male versatos, censitores oportere praedicta mala versatione a praedictis partibus debite probata suo et privato nomine consistere etc.

**) M. ſ. Merlin und Ferriere art. contrainte.

Einwohner erlaſſen ward. Von dieſem Verfahren, welches früherhin oft angewendet worden ſeyn mag, ſollte indeſſen (Art. 34 der Verordnung v. J. 1600 und Art. 55 der Verordnung v. J. 1634) *) nur Anwendung gemacht werden, wenn die Bewohner der Pfarrei ſich im Zuſtand der Widerſetzlichkeit befanden, oder verſäumt hatten, Steuerumleger zu ernennen. — In der Regel ward Jeder in der Steuer, die man taille nannte, nur an einem Ort, oder in einer Pfarrei **) nämlich in derjenigen angeſchlagen, wo er an dem Tag des H. Remigius (d. 1. Oct.) wohnte. Hierdurch entſtanden ebenfalls eine Menge Unterſchleife und Prozeſſe zwiſchen den Pfarreien, worüber ſich

---

*) (Cod. Neron. tom. I. p. 850) art. 55 „Lesdits receveurs des tailles et taillon [Nachſteuer] ne pourront decerner leurs contraintes contre aucuns particuliers de la paroisse pour le payement de la taille; si ce n'est en cas de rebellion des habitans ou qu'ils eussent négligé d'élire des asséeurs et collecteurs, ou que lesdits asséeurs et collecteurs par eux élûs, discution sommaire faite de leurs biens, ayent été trouvez insolvables: ce qui sera jugé au préalable par les élûs: et afin que les sergens des élections n'en puissent abuser, comme ils ont fait par le passé: les principaux de la paroisse, qui doivent être contraints solidairement pour le général, seront denommez par noms, surnoms et qualitez, par les contraintes desdits receveurs et ordonnances desdits élus . . . ausquels sergens nous faisons très-expresses défenses d'exiger aucuns deniers ni traitement desdits habitans et collecteurs, ni de faire aucune exécution sur le pain, le lit, les chevaux et autres bêtes de labour, ustanciles et outils de manoeuvres et artisans: comme aussi de découvrir les maisons, ni arracher les portes et fenêtres, le tout *à peine de la vie.*" M. v. d. Geſ. v. 17. Brum. J. 5 (Desen. tom. XII. p. 189).

**) Daher das Sprichwort „la taille suit le clocher". — Papon. collect. arrest. lib. V. tit. VI. append. N$^{o}$. 1 et 2. Ed. d. Jan. 1634 art. 58 „Les particuliers cottisables ne pourront être taxez qu'au seul lieu de leur domicile, pour tous les biens qu'ils possedent, auront acquis ou acquerront: sans user par les habitans ou élûs de transport de taxes ainsi qu'il est pratiqué abusivement en quelques élections etc.

ſehr viele Beſtimmungen in den königlichen Verordnungen finden *) (m. ſ. unter andern ed. d. 1634 art. 59—62), und wodurch die Regel, daß Jeder nur in einer Pfarrei ſteuerpflichtig war, einige Beſchränkungen erlitt. Am umſtändlichſten verbreitet ſich über dieſen Gegenſtand die Erklärung Ludwigs des 14ten v. 16. Auguſt 1683. Nach derſelben mußten diejenigen, die aus einer Pfarrei wegziehn wollten, es vorher in der Predigt der Pfarrkirche verkündigen, und dem Procurator der Gemeinde, die ſie verließen, vor dem 1. Oct. anzeigen laſſen. Dieſelbe Anzeige mußten ſie auf dem Secretariat des Steuergerichts machen, und überhaupt noch mehrere Formalitäten erfüllen, die man in der angeführten Erklärung näher nachſehn kann **). Bewirthſchafteten ſie dabei Güter in der einen und andern Pfarrei zugleich, ſo wurden ſie auch in beiden zur Steuer (taille) herangezogen.

Mit der taille in naher Verbindung ſtand diejenige Abgabe, welche man in einem etwas uneigentlichen Sinn Kopfſteuer (Capitation) nannte. Sie ward zuerſt i. J. 1695 (wie faſt alle Steuren zur Deckung der Kriegskoſten) eingeführt, und ſollte mit dem Krieg wieder aufhören. Dieſes geſchah auch wirklich i. J. 1698. Aber ein neuer Krieg erneuerte dieſelbe i. J. 1701, doch ſollte ſie ein halbes Jahr nach dem Krieg aufhören. Allein i. J. 1715 ward ſie durch eine königl. Erklärung auf eine unbeſtimmte Zeit verlängert, und ſo beſtand ſie fort bis zur Revolution, wobei der Betrag derſelben oft erhöht ward. Sie ward auf alle Perſonen, die der taille unterworfen waren, nach Verhältniß der letztern ausgeſchlagen, und war alſo in Beziehung auf Alle dieſe nur als eine Erhöhung derſelben Steuer anzuſehn. Allein auch alle übrigen Steuerfreien (die Geiſtlichen ausgenommen) mußten, und zwar nach Verhältniß ihres Einkommens, dazu beitragen. Alle Bewohner von Frankreich waren zu dem Ende in zwei und zwanzig Claſſen getheilt. Die Vertheilung unter die Einzelnen geſchah nach Liſten, welche die Intendanten in Folge eines von dem Staatsrath beſtimmten Tarifs feſtſetzten*). In Paris wurden überdem alle Corporationen, Gemeinden u. ſ. f. im Ganzen angeſchlagen. Der Ertrag dieſer Steuer betrug in den letzten Zeiten nach Necker 41—42 Millionen Livres, wovon 22 auf die Steuerpflichtigen (taillables) fielen.

---

*) Bei einem ſolchen Wohnungswechſel ward nämlich die Steuer des Verziehenden der Pfarrei, die er verließ, abgeſchrieben, und zu der Steuer derjenigen, in welche er zog, hinzugefügt.

**) M. ſ. u. Ferrier. art. Domicile en matière de tailles.

Die Competenz der Steuergerichte (S. 351) begriff die Entſcheidung aller Streitigkeiten, die in Beziehung auf die Vertheilung und Erhebung jeder Art von öffentlichen Abgaben, beſonders derjenigen, die man unter dem allgemeinen Namen Beiſteuern (aides) begriff, entſtanden. Wir können indeſſen ohne eine vollſtändige Darſtellung der geſammten Finanz-Verwaltung Frankreichs, hier ins Einzelne nicht weiter eingehn, welches auch für unſern Zweck um ſo minder nöthig iſt, da das gerichtliche Verfahren in allen Fällen ſehr nahe das nämliche war**). Wir bemer-

---

*) M. ſ. Bresson hist. financ. d. l. Franc. introduct. p. 10, und beſonders Necker d. l'administrat. d. financ. tom. I. chap. 7 p. 185, 186, 187 „La partie de la capitation qui n'est pas répartie au marc la livre de la taille est de tous les impôts le plus difficile à recouvrer, et l'on sollicite sans cesse des modérations . . . . Les plus grands seigneurs se soustraient difficilement aux impôts sur les productions, ou aux droits sur les consommations; ils payent ces derniers sans le savoir et sans pouvoir s'en défendre; et l'on s'attaque à leurs fermiers pour les autres. Mais la capitation ètant exigée dans le lieu du domicile des contribuables, domicile souvent èloigné des biens-fonds dont ils sont possesseurs, ces biens sont inconnus aux exacteurs de l'impôt . . . *et l'on se montre infiniment circonspect envers les personnes d'un rang distingué*"

**) M. ſ. hierüber vorzüglich die ordon. d. Juil. 1681, die ordon. sur les cinq. grosses fermes d. fev. 1687, welche beide in dem vierten Band des Recueil alphabet. des droits de traites uniformes etc. Avignon 1786 abgedruckt und commentirt ſind. M. ſ. n. Ferrier. art.: fermes du Roi, adjudicat. des fermes du Roi, und baux des fermes du Roi, endlich Merlin Répert. art.: Commis, Commis aux aides, Vingtième.

ken daher nur im Allgemeinen noch Folgendes 1) die unter dem Namen (aides, subsides), bekannten Abgaben wurden urſprünglich von den Ständen als eine beſondere Unterſtützung auf eine beſtimmte Zeit bewilligt, giengen aber ſpäterhin in gezwungene und beſtändige Auflagen, deren Betrag der König beſtimmte, über *). 2) in Frankreich war die Einnahme

---

*) In der Vorrede zu dem 17ten Band der Ordon. d. Louv., worin der Herausgeber, Marquis Paſtoret (Pair v. Frankreich) eine Geſchichte der franz. Steuergerichte gegeben, ſagt derſelbe p. II. „Le XIV. siècle eut quelques lois encore sur l'assiette des tailles; il en eut un plus grand nombre sur la levée des aides; et aussi touchant la perception des droits sur les marchandises. Mais ce siècle a sous le rapport des contributions deux époques très-distinctes, dans l'une le roi ordonne seul; dans l'autre l'impôt est octroyé ou consentie.“ Ferner p. IV. „Jusqu'à l'impôt mis pour la captivité de Jean II., les subsides avoient été annuels; celui-ci-devoit durer tant que la rançon [du Roi] ne seroit pas acquittée: Le Roi s'étant reservé six ans pour la payer. Je dis le Roi, car ce n'étoit plus d'après une déliberation des états généraux qu'on l'avoit ordonné. M. ſ. Ordon. tom. III. p. 433, 437. Dieſer Fall ließ ſich indeſſen auch wohl noch nach den ältern Geſetzen rechtfertigen, indem nach den Grundſätzen des Lehnrechts die Vaſallen verpflichtet waren, ihren Lehnsherrn aus der Gefangenſchaft loszukaufen. Uebrigens pflegten früherhin bei der Bewilligung einer Beiſteuer die Stände ſich faſt immer vorzubehalten, und die Könige nachzugeben, daß dieſelbe keine weitere Folge haben, und die Freiheiten der Stände nicht beeinträchtigen ſollte. So heißt es unter andern in der von Carl d. 5ten als Stellvertreter ſeines gefangenen Vaters den 14. Mai 1358 erlaſſenen Verordnung Art. 20 (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 219, 235) „Et avons octroié et octroions ausdiz Prelaz et autres gens d'église, Nobles, bonnes villes et plaz pays et aus habitanz dudit Royaume de ladite Languedoil, que les Octroiz, Aides, dons, subsides et impositions et gabelles autrefoiz faiz à nostredit seigneur, à ses devanciers, à Nous, ne ceste présente aide ne soient traiz ne ramenez à consequence à debte, ne à servitude, et que en aucune manière ce ne face, porte ou engendre à euls ne à aucun d'euls ne à leurs successeurs, servitude, dommage ne prejudice, aucun prouffit

und der Ertrag dieſer Steuren (aides) von je her meiſtens verpachtet. Die Pächter derſelben (fermiers), und eben ſo ihre Unterpächter genoſſen bei Eintreibung der königlichen Einkünfte große Vorrechte, ſo daß ſie faſt als königliche Beamten anzuſehen waren. Die Ernennung und Beſoldung aller Perſonen, weiche unmitelbar mit der Einnahme dieſer Abgaben beſchäftigt waren, hing einzig von den Pächtern ab. Auch dieſe Commiſſionaire ſtanden unter beſonderm Schutz des Geſetzes,

---

ne nouvel droit à nostredit seigneur etc. en saisine ne en proprieté . . . et confessons pour nostredit seigneur, pour nous et pour les successeurs de lui et de Nous, que ce ont-il fait de leur liberalité et courtoisie, *et par manière de pur don.*" M. ſ. n. Du-Cange glossar. art. auxilium. „Tallia differebat ab auxilio, quod tallia ad libitum Domini pro qualibet necessitate exigeretur a subditis qui isti pensitationi obnoxii erant, nempe a servilis conditionis hominibus: auxilium vero exigi non poterat nisi in his casibus, qui a lege aut consuetudine constituti erant. Chart. an. 1310 in Reg. Rer. Andegav. in Camer. Comput. Paris. fol. 6 „Tailles ne sont mie Aydes ne leur semblent: Car tailles sont levées pour cas de necessité, et de volenté de Prince: mais cettes aydes nul ne puet lever, se ce n'est û cas pour quoy elles sont deues. — Duplicis vero generis est auxilium, legitimum scilicet et liberum seu gratiosum. Legitimum vocant quod a lege vel consuetudine inductum est, cujusmodi sunt tria illa auxilia, quae in omnibus pene consuetudinibus municipalibus Domino feudi asserunt, cum primogenitum filium militem facit, cum filiam primogenitam *primum* nuptui collocat, ac tertio si ipse e captivitate redimendus est (tallia de prisone). Alterius generis fuere auxilia, quae libera et gratiosa appellabant, quod dominis pro ingruente aliqua necessitate improvisa a vassallis et subdîtis pensitarentur gratuito et ex mero eorum arbitrio. — In unſerm deutſchen Vaterland war es faſt eben ſo. Schilter Thesaur. antiquitat. Teutonicar. Art. Beed. Beete, precariae exactionis genus, quod olim precarium, postea necessarium factum est . . . scilicet synonima sunt veteribus Stüra et Bete, et illa tributi vel collectae speciem proprie notat, quae non per indictionem regiam, sed cum consensu procerum ac statuum impetratur."

indem (Ordon. d. 1681 art. 35) ſelbſt wegen eines Verbrechens, wenn ſie es in ihrem Geſchäftsbezirk begangen hatten, nur die königlichen Richter (mit Ausſchließung der grundherrlichen) gegen ſie verfahren konnten. Die Protocolle der Commiſſionaire und Aufſeher (des commis et gardes), wenn ſie in der gehörigen Form abgefaßt und vor Gericht beſchworen waren, hatten (ordon. cit. art. 19) vollen Glauben, wenn man ſie nicht als verfälſcht angriff (jusqu'à inscription de faux). Die Pächter ſelbſt konnten gegen die von ihnen angeſtellten Beamten, wenn dieſe mit der Rechnungsablage oder der Auszahlung der empfangenen Gelder in Rückſtand waren, einen Zwangsbefehl erlaſſen, in Folge deſſen perſönliche Verhaftung Statt fand *). Hatten die Pächter Jemand für die dem König gebührenden Rechte Credit gegeben, ſo kam ihnen vor allen Gläubigern das Vorrecht auf die beweglichen Güter **) des Schuldners zu. Die Steuerpflichtigen ſelbſt ſollten übrigens (ordon. cit. art. 42) zur Bezahlung der Abgaben in der Regel nicht durch perſönliche Verhaftung gezwungen werden. Nach der Verordnung v. J. 1687 (sur les cinq grosses fermes) Tit. 12 Art. 14 ſollen indeſſen die Ausſprüche der Gerichte, wodurch Einer zur Bezahlung der Abgaben verurtheilt wird, durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt werden. Ueberhaupt waren alle Urtheile, in ſo fern dadurch auf die Entrichtung der Abgaben und die Erlegung einer Geldſtrafe, wenn dieſe nicht mehr als 50 Livres betrug, erkannt ward, ungeachtet der Appellation proviſoriſch vollſtreckbar *).

---

*) Ordon. d. 1681 art. 12 „Pourra le fermier de nos droits, décerner ses contraintes contre ses procureurs et commis qui seront en demeure de compter ou de payer; en vertu desquelles ils pourront être constitués prisonniers, et ne seront reçus au bénéfice de cession."

**) même Ordon. art. 6 „Voulons que les fermiers qui feront credit d. nos droits, et qui viendront par action, opposition, intervention, plainte ou autrement, même dans les cas où ils pourroient se faire payer sur le champ, soient préférés sur les meubles, à tous autres créanciers, même à ceux qui ont prêté leurs derniers pour les acheter; aux exceptions portées par le réglement de nos droits d'aide."

Von den Steuergerichten (élections), die in der Regel nur in erſter Inſtanz urtheilten, ging die Appellation an die Oberſteuerhöfe (cours des aides, curiae subsidiorum). Dieſe letztern gehörten nebſt den Parlamenten und Oberrechenkammern zu den höchſten Kollegien des Reichs. Der älteſte und erſte dieſer Gerichtshöfe war der von Paris. Er entſtand dadurch, daß die Deputirten, welche zur Zeit Königs Johans d. 2ten (reg. v. J. 1350—1364) von den Ständen zur Regulirung der von denſelben bewilligten Beiſteuern ernannt waren, nach und nach in königliche Beamten umgeſchaffen und zu einem beſondern Kollegium vereinigt wurden. Da es nämlich unter der Regierung dieſes Königs zur Führung des Kriegs gegen die Engländer und ſpäter zur Aufbringung des Löſegelds für den König, der in Engliſche Gefangenſchaft gerieth, ſehr an Geld gebrach, ſo wurden theils von ihm ſelbſt, theils von ſeinem Sohn Carl d. 5ten (während des Königs Gefangenſchaft) die drei Stände ſowohl der Langued'oil, als der Langued'oc mehrmals zuſammenberufen. Sie ließen ſich auch (S. 352, 353) willig finden die verlangten Beiſteu-

---

*) (M. ſ. Th. I. S. 346). Ordon. d. 1681 art. 43 „Les sentences, condamnations, en ce qui concerne nos droits et l'amende, seront exécutées, non obstant l'appel et sans y préjudicier, aux conditions du bail, lorsqu'elles sont au profit du fermier de nos droits, et aux conditions du sous-bail, lorsqu'elles sont obtenues par les sous-fermiers. Défendons à nos cours de donner aucun arrêt de défenses ou surséances à peine de nullité; pourvu néanmoins, au regard de l'amende, qu'elle soit seulement de 50 livres et au-dessous, ou qu'il n'y ait inscription de faux contre les procés-verbaux qui ont donné lieu aux condamnations." Durch eine Sonderbarkeit, die bei allen franzöſiſchen Gerichten, die Präſidial-Gerichte abgerechnet, Statt fand, hielt indeſſen (Art. 44) die Appellation die Vollſtreckung des Urtheils in Beziehung auf die Gerichtskoſten (dépens) auf. (Th. I. S. 348). Auch der Verkauf der in Beſchlag genommenen Güter, ward, die droits de gabelles et barillage abgerechnet, durch die Appellation aufgehalten (Art. 26).

ren zu leiſten, jedoch nur unter beſondern Bedingungen, welche der König genehmigte. So beſtimmte unter andern die Verordnung v. 28. Dec. 1355, die in Folge der mit den Ständen der Langued'oil gepflogenen Unterhandlungen erlaſſen ward, daß zur Vertheilung der Steuer, ſo wie zur Entſcheidung der darüber entſtehenden Streitigkeiten von den Ständen neun Deputirte (von jedem Stand drei) erwählt werden ſollten, deren Ausſprüche in Steuerſachen den Urtheilen *) der Parlamente gleich geachtet werden ſollten. Allein ſchon i. J. 1360 ſcheinen dieſe Deputirten vom König ernannt worden zu ſeyn. Ein Schreiben des Königs Johan v. Febr. d. J. (Ordon. tom. III.

---

*) (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 19). Wir ſetzen einige Artikel dieſer merkwürdigen Verordnung wörtlich hierhin.

„Art. 3 que aus Depputez dessudiz, tant les généraulx comme les particuliers, seront tenus d'obeir toutes manières de gens, de quelque estat ou condition qu'ils soient, de quelque privilege que il usent: Et pourront estre contrains par lesdiz depputés par toutes voies et manières que bon leur semblera, et se il y en avoit aucuns rebelles ce que ja n'aviegne, que lesdiz depputez particuliers ne puissent contraindre, ils les adjourneront par devant les généraulx superintendenz, qui les pourront contraindre et punir, selon ce que bon leur semblera, chascun ceulx de son estat; c'est assavoir les Clercs sur les clercs, et chascun des autres estaz sur ceulx de son estat, présens toutesvoyes et conseillans leurs compaignons des autres estaz et vaudra et tendra ce qui sera fait et ordené par lesdiz généraulx depputez comme arrest de Parlement etc."

„Art. 5 . . . Et ne pourront rien faire les généraulx superintendenz des trois estaz dessudiz ou [au] fait de leur administration, se il ne sont d'accord tous ensemble. Et se il advenoit que il fussent à descort des choses qui regardent leurs offices, nos genz de Parlement les pourroient accorder et ordener du descort." In den Provinzen der Langued'oc ward die Oberaufſicht über die Vertheilung und Erhebung der Steuer zwar auch ſtändiſchen Deputirten anvertraut; doch war die Einrichtung Etwas verſchieden. M. ſ. d. Ordon. v. Febr. 1356, welche in Folge der Verſammlung der drei Stände der Langued'oc, die im September 1355 zu Toulouſe Statt fand, erlaſſen ward. (Ordon. tom. III. p. 99, 104, 105).

p. 458) fängt an: „à nos amez et féaux conseillers les généraulx par nous deputez sur les aydes par nous dairrenement ordonnées en nostre Royaume pour le fait de nostre delivrance, salut et dilection.“ Auch wird wirklich in der hier bezogenen Verordnung v. 5. Dec. 1360 (Ordon. tom. III. p. 433) der Stände gar nicht gedacht, ſondern es heißt darin (ibid. p. 436) „Nous avons ordené et ordenons, que nous prandrons et aurons sur ledit peuple és parties de la Languedouyl . . . . douze deniers pour la livre de toutes marchandises et danrées qui seront vendues és parties de la Languedouyl et le paira le Vendeur, et ayde sur le sel le cinquiesme, et aussy aurons le treziѐsme sur les vins et autres bevragez [breuvages, boissons]: Lesquellez sur le sel et sur les vins et autres brevagez seront levez et cueillez par la forme et manière que *nous avons ordené et* ordenerons au meins de grief de nostre pueple que nous pourrons: lesquelles nous ferons mettre es commissions et instruccions que nous envoirons à ceulx que *nous* depputerons sur ce és parties de Languedouyl. Duquel Ayde pour la grande compassion que nous avons de nostredit pueple nous nous passerons et tenrons pour contens, et sera levé tant-seulement jusques à la perfection et enterinement de la paix“. Dieſe Beiſteuren wurden Anfangs nur für Ein Jahr bewilligt *), und nicht länger dauerte die Amts-Gewalt der Oberſteuerdeputirten. Als aber dieſe Steuren immer wiederholt und beſtändig wurden, ſo ward die Amtsgewalt dieſer Deputirten es ebenfalls. Anfangs kam denſelben ſowohl die Verwaltung als die Gerichtsbarkeit in Steuerſachen zu. Carl der ſechſte beſtätigte dieſes durch ſeine Verordnung v. 11. Auguſt 1382 (Ordon. tom. VI. p. 705). Er ernannte in derſelben fünf Perſonen zu Oberſteuerrähen, denen allen er gleiche Gewalt in Finanz- und Juſtizſachen beilegte; doch ſollten bei allen Entſcheidungen in Finanzſachen wenigſtens drei- in Juſtizſachen wenigſtens zwei Räthe mitwirken. Durch die Verordnung vom letzten Febr. 1388 (Ordon. tom. VII. p. 228) *) trennte er indeſſen wieder die Juſtiz von der Verwaltung, doch ſo, daß die mit der Verwaltung beauftragten Beamten auch in Juſtizſachen mitentſcheiden durften. Carl d. 6te wechſelte hierin mehrmals (M. ſ. Ordon. tom. VII. p. 228, 336, tom. VIII. p. 8, 345, 414, 541). In dieſen Verordnungen, deren Inhalt (die Trennung oder Vorladung der Finanzverwaltung mit der Juſtiz abgerechnet) ſich faſt gleich iſt, werden die Amtsbefugniſſe der Oberſteuerräthe viel genauer und umſtändlicher als in den frühern Verordnungen des Königs Johan beſtimmt, daher wir zur Belehrung des Leſers Eine hier mitge-

---

*) Ordon. d. 28. Decemb. 1355 art. 7 „Item. que ces présentes aides dureront jusques à un an et nous sont accordées par les trois estaz dessusdiz, senz préjudice de leur libertez, Privilleges ou franchises etc.“ Dieſe Beſchränkung ward, (wie ſchon S. 372 Not. erinnert worden) faſt allen Steuren, die unter dem Titel aides und subsides bewilligt wurden, beigefügt, nämlich daß ſie nur ein Jahr oder wenigſtens nur eine beſtimmte Zeit dauren, und den Freiheiten derjenigen, die ſie bewilligten, nicht ſchaden ſollten. Schon bei den Steuren, welche die Stadt Paris im Jahr 1315 zur Führung des Flandriſchen Kriegs bewilligte (Ordon. tom. I. p. 603, 604) wurden dieſe beiden Bedingungen vorbehalten. Daſſelbe gilt von den vielen Steuren, welche die Stände dem König Johan dem zweiten zur Führung des Kriegs gegen England bewilligten, und welche man in der Vorrede zum 15ten Band der Ordon. d. Louv. um=

---

ſtändlich angeführt findet. Nachdem aber König Johan d. 2ten aus der Gefangenſchaft zurückgekehrt war, legte er durch ſeine Verordnung v. 5. Dec. 1360 (Ordon. tom. III. p. 433, 436, 437) aus eigner Macht eine Auflage auf das Salz und alle Getränke, welche überdem bis zur Vollendung des Friedens (eigentlich bis zur Bezahlung ſeines Löſegelds) dauren ſollte.

*) Ordon. d. Charles VI. du dernier Fevr. 1388 (Ordon. d. Louv. tom. VII. p. 228)
Charles par la grace de dieu etc. . . . . Confians à plain des sens, prudences etc. de nos amez et féaulx Conseillers, l'evesque de Meaux [Guillaume Dormans], Fançois Chante-prime, Guillaume Brunel, Maistre Guy Chrestien, Jean Flament, et Pierre Desmer, iceux avons commis, ordonné et establi et par ces présentes lettres ordonnons, commettons et establissons nos Généraux Conseillers pour le fait desdictes aydes gouverner et mantenir; et quant à icelui faict nous . . . . . leur avons donné et donnons par ces mesmes lettres,

theilt haben. In der Verordnung v. 28. Auguſt 1395 (Ordon. tom. VIII. p. 8) wird denſelben noch insbeſondere die Befugnig ertheilt, einzeln oder zuſammen das Königreich zu bereiſen,

---

plain pouvoir, auctorité et mandement espécial de ordonner, mettre et establir toutesffois que mestier sera et le cas requerra, esleus, receveurs, greffiers, controleurs, commissaires sergens et autres officiers exprès et souffisans à ce, de les destituer, oster ou remettre, ou renouveller si besoin est, en toutes les cités, villes, . . . . . et Païs de nostre Royaume. . . . . ; de ordonner et commettre visiteurs généraux ou particuliers là où bon leur semblera; de faire venir ens, cueillir, lever et recevoir les deniers qui en isteront, et les apporter à Paris, pardevers le Receveur général desdites aydes, pour les tourner, convertir et emploier au faict de ladicte recepte générale, ou autrement, par nostre commandement et ordonnance; de taxer gaiges raisonnables ausdits officiers, iceux oster et mettre autres en leurs lieux, toutes fois que bon leur semblera; de faire bailler à ferme lesdites aydes, ou les faire lever en nostre main; donner respis et delais à ceux qui auront prins et prendront lesdites fermes . . . . . . . . . et généralement de gouverner tout le faict desdites aydes . . . ., et qu'ils puissent commander à faire, signer et passer par chacun de nos notaires à ce deputez, lettres soubz nostre grand séel sur les choses dessusdites, et deffendons que nos lettres quelconques touchant ledit faict ne soient accomplies ne exécutées, se elles ne sont paravant séellées ou signes de nosdits généraux conseillers ou par les cinq, quatre, trois ou deux d'iceux: voulous aussi et ordonnons, que eulx et chacun d'eux aient la correction, connoisance et punition des esleus, receveurs, grenetiers, controoleurs, commissaires, officiers et autres, quant au cas touchant iceluy faict, et les circonstances et dependances, sans ce que autre juge quelconque s'en entremette . . . . ; et aussi voulons et ordonnons des maintenant par délibération et advis de nostredict conseil, et de nostre auctorité et certaine science, que tous gaiges et salaires de nosdits notaires, esleus, receveurs généraux etc. . . . . taxés ou à taxer pour les choses touchant iceluy faict . . . . et tous respits, dilations et compositions faictes ou à faire, ordonnées ou à ordonner par eux cinq, quatre, trois ou deux d'iceux, et aussi toutes um den Zuſtand des Steuerweſens zu unterſuchen, auch zu dieſem Zweck andere als Commiſſarien und Viſitatoren in die einzelnen Provinzen zu ſchicken. Durch die Verordnung Carls d. 6ten

---

mises et despens raisonnables qui de leur commandement seront payez pour le faictes desdictes aydes . . . vaillent et tiennent, et ayent leur plain effect, et soient passez en nostre chambre des Comptes, reformateurs et commissaires ou autres nos juges . . . . quelconques sans ce que par les gens de nostre parlement, de nostre dicte chambre des comptes, reformateurs . . . . puisse estre dicte, ordonnée ou faite au contraire, laquelle chose se faicte estoit, des maintenant pour lors mettons au néant, et voulons et ordonnons icelle du tout non valable; et aussi tout ce qui par nosdits conseillers, cinq, quatre, trois ou deux d'iceux, quant au faict de justice sera *durant le cours desdites aydes* ordonné, sententié ou signé, tienne et vaille entièrement ainsi comme ce qui est fait ou jugé par arrest de nostre dit Parlement, sans ce que aucunement en puisse estre reclamé ou apellé devant quelconque juge que ce soit; et supposé que par inadvertance, erreur ou autrement, aucune chose fut mal à poinct faite es choses dessusdites, nous voulons prémièrement estre faicte sur ce foy que ce qui mal à poinct auroit esté faict, soit par eux les cinq, quatre, trois ou deux d'iceux, et non par autres, appellez avec eux aucuns de nostre conseil, jusques au nombre de six, cinq, quatre, trois ou deux au moings, reparé, si comme il leur semblera de raison: *toutesfois nostre entencion n'est mie, que nosdits conseillers, c'est assavoir, l'evesque de Meaux, Chanteprime et Brunel, dessus nommez s'entremettent aucunement de la distribution des finances de nosdites aydes, si ce n'est ès cas touchant le faict de justice, circonstances et dependances d'icelle, tant seulement;* ne qu'ils puissent donner aucuns delais ou respits d'icelles finances; ainçois en avons chargié et chargeons par ces présentes, lesdits maistres Guy Chrestion, Jean le Flament et Pierre Desmer, seuls et pour le tout; ne que lesdits evesque, François Chanteprime et Guillaume Brunel puissent instituer aucun officier en icelles Aydes, sans la présence, accort et consentement d'iceux Guy, Flament et Desmer ou de deux d'eux; et aussi que aucunes cedulles ou descharges, ne soient employées en aucuns comptes, se elles ne sont séellées ou signées par lesdits maistres Guy, vom 7. Jan. 1400 (Ordon. tom. VII. p. 409) wurden (Art. 1) für die Steuerverwaltung des ganzen Königreichs (pour le gouvernement de toutes les finances des aides de tout nostre-dit Royaume, tant de Languedoil que de Languedoc). drei Oberſteuerräthe (trois généraux tant seulement) beſtellt, deren jeder vier Secretaire (Clers) haben ſollte. Außer den Steuerräthen wurden (Art. 1, 4) zwei General-Empfänger einer für das Land der Langued'oil, und ein anderer für das der Languedoc und Guyenne angeſtellt (pour assambler, mettre ensamble et recevoir des receveurs particuliers desdiz Aides de noz diz pays de Languedoc et Duchié de Guyenne les finances d'iceulx Aides etc). Die Steuerräthe hatten früher das Königreich in gewiſſe Theile getheilt, und jeder die Beſorgung aller in einem dieſer Theile vorkommenden Geſchäfte übernommen. Die angeführte Verordnung verbietet (Art. 7) dieſes ſehr ſtreng. Zur Entſcheidung der rechtlichen Streitigkeiten in

---

le Flament et Desmer, ou de deux d'iceux; et en outre pour ce que plusieurs poincts et articles touchans en nos institutions faictes sur le gouvernement desdites aydes, et aucuns esleus, rcceveurs . . . . fermiers et autres pourroient faire doubte pour les avis, entendemens, fraudes et malices que y peuvent cheoir et que l'en y pourroit de jour en jour commettre, Nous avons ordouné et voulons, que nosdits géneraux conseillers, par l'advis et délibération, et en présence de trois ou deux des gens de nostre grand et estroict conseil voient, regardent et visitent diligemment lesdictes instructions, et tous les poincts contenus en icelle, avec toutes les autres choses qui sont à ce necessaires pour le faict desdictes Aydes, et selon ce que leur advis et délibération, trouveront estre à faire, corrigent, augmentent, accroissent, diminuent ou esclaircissent icelle instruction et tous les poincts comme bon leur semblera; et ceux qu'ils y adjouteront interpretent, et leur donnent si bon, si cler et si vray entendement, comme ils verront qu'il sera à faire pour le proufict et advancement des Aydes dessusdictes; et voulons que ce vaille et sera tenu fermement et entierement sans enfraindre, tout ainsi comme si ce fust faict par nous en propre Personne. Si donnons en mandement à nosdites gens de nostre Parlement, et de nostre dite Chambre des comptes etc."

Steuerſachen ward ſowohl in der Langued'oil als Langued'oc (Art. 2, 3) ein beſonderes Kollegium beſtellt. Das letztere beſtand nur aus zwei Räthen. Das erſtere hatte deren drei und überdem noch Ein Mitglied [damals den Erzbiſchof von Beſançon] welches als Präſident (Président sur le fait de ladicte justice des aides) bezeichnet wird. Späterhin wurden, (Ordon. tom. X. p. 85, 198) noch beſondere Räthe*) hinzugefügt, welche ſowohl den mit der Finanz-Verwaltung als den mit der Juſtiz beauftragten Oberſteuerräthen ihre Arbeit erleichtern ſollten. Man ſah ſie zwar auch als Mitglieder des Oberſteuerhofs an, doch ſtanden ſie in Hinſicht des Rangs den übrigen nach. Heinrich der zweite hob dieſes durch ſein Edict v. Auguſt 1550 auf, und legte allen den Titel: allgemeine Räthe (conseillers généraux) bei. Unter der Regierung Ludwigs des 11ten traf das Kollegium der Oberſteuerräthe ein harter Schlag. Dieſer grauſame und mißtrauiſche Tyrann, welcher alles haßte, was von ſeinem Vater (Carl dem 7ten) herkam, und (Th. I. S. 635) einen großen Theil der von ihm angeſtellten Beamten entließ, hob den Vierten Mai 1462 den Oberſteuerhof auf, und übertrug die Geſchäfte deſſelben den maitres de requêtes de l'hôtel. Das königl. Schreiben, wodurch dieſes geſchah, iſt zwar nicht mehr übrig, allein in den jetzt noch vorhandenen Regiſtern des Oberſteuerhofs iſt das Protocoll über dieſe Aufhebung aufbewahrt (Ordon. tom. XV. p. 476 Not. *a.*). Der König fand es indeſſen angemeſſen denſelben einige Jahre nachher wieder herzu-

---

*) In den Regiſtern des Oberſteuerhofs wird unter dem Danem v. 18. Sept. 1461 angeführt „Aujourd hui messires Jean Compains, Robert de Molins, et Jean de Latrye, *généraux* sur le fait de la justice des aides, messires Guillaume Viderne, Guillaume Languejoc, et Charles Rapiout *conseillers* en ladite *chambre* desdites aides, messire Mathurin Baudel, procureur général, messire Aignan Viole, avocat dudit seigneur en icelle, ont présenté les lettres de leursdits offices à M. le président, lui étant au bureau, lequel les à reçus en leursdits offices, et d'iceux les à mis en possession et saisine, après serment par eux et chacun d'eux solemnellement fait en ce cas accoutumé“ (Ordon. d. Louv. tom. XV. p. 467 Not. *a.*).

ſtellen. Die darauf ſich beziehende Verordnung iſt v. 3. Juni 1464 (Ordon. tom. XVI. p. 210) und ward d. 25. Juni deſſelben Jahrs in die Regiſter des Oberſteuerhofs eingetragen (lu, publié et enregistré en la *chambre* desdicts généraux) *). Der König ſagt darin, daß er wegen der vielen Geſchäfte, welche die maistres des requêstes de l'hostel hätten, und weil einige derſelben allezeit um ſeine Perſon wären, ſie von ihrem Dienſt die Rechtsſtreitigkeiten in Steuerſachen in letzter Inſtanz zu entſcheiden, entbinde, und denſelben den in der Verordnung genannten Räthen übertrage. Der königl. Procurator und Advocat, welche dieſe Stellen bei der Aufhebung der Kammer bekleidet hatten, wurden ebenfalls wieder eingeſetzt, und durch ein Schreiben vom neunten Auguſt deſſelben Jahrs Johan Herbert (jusques à ce que par nous en soit autrement ordonné) zum Präſident der Steuerkammer ernannt. In dieſen Verordnungen iſt, von denjenigen Beamten, welche das Finanzielle des Steuerweſens beſorgten, keine Rede. Dieſe ſetzten ihr Geſchäft unter dem Titel „généraux conseillers du Roi sur le faict et gouvernement de ses finances" fort **), bis endlich das Edict Franz des erſten v. J. 1543 ſie wieder, mit den für die Juſtizverwaltung angeſtellten Räthen, zu Einem Gerichtshof (cour), verband, wodurch der eigentliche Oberſteuerhof (cour des aides) als ſolcher geſchaffen ward.

Das Kollegium der Oberſteuerdirectoren hat ſich ſelbſt von jeher den Titel: Gerichtshof (cour) beigelegt, wie unter andern aus einem Beſchluß (arrêt) deſſelben vom J. 1389 erhellt. In den oben angeführten Verordnungen Ludwigs des eilften wird er indeſſen nur „chambre des généraux etc.“ genannt. Franz der erſte gibt in einem Edict vom 5. Febr. 1522 dieſem Kollegium den Titel: cour des généraux de la justice des aides, und ſeit Heinrich dem zweiten hieß er nur der Oberſteuerhof (cour des aides). Die Competenz dieſer Oberſteuerhöfe — denn es gab deren zuletzt mehrere — erſtreckte ſich auf alle Rechtsſtreitigkeiten ohne Ausnahme, die über die Vertheilung und Erhebung der Auflagen aller Art, der eigentlichen Steuer (taille), der Zölle, der Salzſteuer, der Rechte für das Stempeln von Gold, Silber*) und anderer Metalle, und ſelbſt derjenigen Abgaben entſtanden, deren Einnahme den ſtädtiſchen Magiſtraten überlaſſen war u. ſ. f. Dieſe Gegenſtände kamen indeſſen erſt in zweiter Inſtanz (nämlich von den Zoll- und Steuergerichten, den ſtädtiſchen Magiſtraten u. ſ. f.) an die Oberſteuerhöfe, welche, ſo wie alle Kollegien, denen der Titel: Hof (cour) zukam, in letzter Inſtanz**) entſchieden. Ueberdem gehörten alle Streitfragen über das Adelsrecht ausſchließlich vor die Oberſteuerhöfe, und zwar hatten ſie hierin nicht allein das Recht auf das Anſuchen der Partheien zu verfahren, ſondern der General-Procurator des Hofs konnte jeden, der ſich für adelich ausgab, zur Offenlegung ſeiner Titel anhalten. (Merlin Répert. art. cour des aides.) Dieſes hatte ſeinen Grund darin, daß die Adelichen von der Steuer (taille) frei waren. Die Oberſteuerhöfe mußten alſo durchaus wiſſen, ob die Anſprüche der Einzelnen auf Steuerfreiheit gegründet waren oder nicht. Daher wurden alle Adelsbriefe bei dem Oberſteuerhof einregiſtrirt.***) An

---

*) In der Einleitung ſpricht der König von der frühern Aufhebung des Oberſteuerhofs „Comme tantost après nostre joyeux avenement à la couronne pour certaines causes et considerations lors à ce nous mouvans, nous eussions aboli et destitué la chambre des généraux de la justice des aydes et les officiers d'ycele etc.

**) Ordon. tom. XVI. p. 331—333 findet ſich ein Schreiben v. 9. Juli 1465, worin der König den généraux conseillers par nous ordonnés sur le faict et gouvernement de toutes nos finances aufgibt, dem Ludwig Raguier, den er zum président en nostre chambre des généraux de la justice desdictes aides" ernannt hatte, den gewöhnlichen Gehalt auszahlen zu laſſen.

---

*) Streitigkeiten über dieſe Rechte gehörten in erſter Inſtanz vor die Steuergerichte (élections), zuweilen indeſſen vor die Münzgerichte; wo ſie denn auch in letzter Inſtanz nicht vor die Oberſteuerhöfe gebracht wurden.

**) in Steuerſachen gab es daher nur zwei Inſtanzen.

***) Ferrier. Dict. d. D. art. noblesse „Il faut que les lettres d'annoblissement soient vérifiées et enregistrées en la Chambre des Comptes, en la Cour des Aides et au Parlement. En la Chambre des Comptes, parceque toutes les concessions de nos Roys y sont enregistrées et que denſelben wendeten ſich daher auch diejenigen, welche ſich in der Ausübung ihrer Adelsrechte geſtört glaubten. Außer in Paris waren noch in Montpellier, Bordeaux, Clermont und Montauban beſondere Oberſteuerhöfe eingeſetzt. In mehrern Städten Grenoble, Dijon, Rennes, Pau, Rouen, Aix, Nancy und einigen andern waren ſie mit den Parlamenten oder Oberrechenkammern *) vereinigt.

Der älteſte und erſte an Anſehn unter allen war aber der Oberſteuerhof von Paris, dem überdem, ausſchließlich aller übrigen, beſondere Amtsbefugniſſe zukamen. Derſelbe erkannte in erſter und letzter Inſtanz über alle Finanzſachen, wo die Feſtſetzung des Betrags der Oberrechenkammer zuſtand, alſo über alle Streitigkeiten derjenigen, welche die Gelder der Regierung verwalteten, oder ihr Rechnung ablegen mußten, über die Löſchung ihrer Cautionen u. ſ. f. Auch der Verkauf ihrer unbeweglichen Güter konnte nur von dem Oberſteuerhof von Paris und zwar auf den Antrag ſeines General-Procurators und auf Betreiben des General-Controleurs der Rückſtände (contrôleur général des restes), welcher letztere ein Beamter der Oberrechenkammer war, angeordnet werden. Auch über alle Streitigkeiten, welche die General-Pächter, Lieferanten, Unternehmer u. ſ. f. entweder mit der Regierung oder unter ſich und mit ihren Unterpächtern u. ſ. f. wegen ihrer Geſchäfte hatten, kam dem Oberſteuerhof das Erkenntniß in erſter und letzter Inſtanz zu, und zwar ungeachtet aller Privilegien (committimus) u. d. g., die Einer haben konnte.

---

d'ailleurs les impétrans y doivent finances laquelle y est fixée et arrêtée. En la Cour des Aides pour l'exemption des tailles et autres subsides. Au Parlement à l'effet des partages nobles et autres droits de noblesse, dont la discussion est souvent portée au Parlement.“ Näheres ſehe man bei Bacquet du Dr. d. anoblissem chap. XXI.

*) Der Vorrang zwiſchen den Höfen (cours) richtete ſich nach dem Alter der Einſetzung. In Paris hatte das Porlament vor der Oberrechenkammer und dieſe vor dem Oberſteuerhof den Vorrang. In Montauban hingegen ging der (i. J. 1437 eingeſetzte) Oberſteuerhof der (i. J. 1522 errichteten) Oberrechenkammer vor.

Die Etats des Hauſes der Königin, der Kinder und Enkel von Frankreich (des enfans et petits-enfans de France), und der erſten Prinzen vom Geblüt wurden von dem Oberſteuerhof von Paris beglaubigt, und in deſſen Secretariat niedergelegt. Die Beamten, welche auf dieſe Etats eingetragen waren, ſtanden bei allen Rechtsſtreitigkeiten über ihre Privilegien in letzter Inſtanz unter dem Oberſteuerhof von Paris, ſelbſt wenn ſie in dem Bezirk eines andern Oberſteuerhofs wohnten.

Der Oberſteuerhof von Paris hatte ſeinen Sitz in dem Juſtizpallaſt, und war in drei Kammern getheilt. Die Mitglieder ſtiegen dem Dienſtalter nach aus der dritten in die zweite und endlich in die erſte Kammer. Dieſer Hof hatte einen Erſten- und neun andere Präſidenten, mehrere Ehrenmitglieder (conseillers d'honneur), zwei und fünfzig Räthe, drei General-Advocaten, einen General-Procurator mit vier Subſtituten, zwei Oberſecretaire nebſt dem nöthigen Unter-Perſonal, Huiſſiers u. ſ. f. — Die beim Parlament angeſtellten Advocaten und Procuratoren fungirten auch bei dem Oberſteuerhof. Letzterer hatte, wie alle Höfe, die Criminal-Gerichtsbarkeit über alle ſeine Mitglieder. — Vor die erſte Kammer gehörten alle Sachen, welche mündlich und öffentlich verhandelt wurden, ſo wie auch die Einleitung derjenigen, welche in erſter Inſtanz vor den Oberſteuerhof gebracht wurden. Der Ort, wo die erſte Kammer oder Abtheilung ihre Sitzungen hielt, war zugleich der Ceremonienſaal *), worin, bei Feierlichkeiten oder um über allgemeine Angelegenheiten zu berathen, ſich alle drei Abtheilungen des Hofs verſammlten. Dieſes geſchah insbeſondere auch, wenn königliche Schreiben, Befehle u. ſ. f., die ein allgemeines Intereſſe hatten, in die Regiſter eingetragen werden ſollten. Betrafen dieſe Schreiben u. ſ. f. aber nur Privatangelegenheiten (ein Adelsdiplom u. ſ. f.), ſo ward die Einregiſtrirung auf Befehl der erſten Kammer vollzogen. Die Geſchäfte in Civilſachen wurden von dem erſten Präſident unter Zuziehung eines Präſident von jeder der beiden andern Kammern unter alle drei Kammern gleichmäßig vertheilt. Waren bei dem Abſtimmen über einen Prozeß die Meinungen gleich getheilt, ſo ging die Sache, gerade wie bei dem Parlament, von einer Kammer an die andere, und zwar von der erſten Kammer an die zweite, von der zweiten an die dritte, und von dieſer letztern an die erſte. In ſolchen Fällen begab ſich der Referent und derjenige, welcher zuerſt gegen denſelben geſtimmt hatte (le compartiteur), in die andere Kammer, um die Gründe und Gegengründe vorzutragen, gerade wie bei dem Parlament. Ueberhaupt ſcheint der Oberſteuerhof ſich gleich bei ſeiner Entſtehung *) in Hinſicht des Geſchäftsgangs das Parlament zum Muſter genommen zu haben. Daher war derſelbe bei beiden Gerichtshöfen eben feierlich und ſich faſt gleich. (Ferrier. Dict. d. D. art. cour des aides). Der Oberſteuerhof hatte eben ſo, wie das Parlament, ſeine großen Sitzungen (grandes audiences), wo die Richter auf den hohen Sitzen ſaßen. Erſchien eine vorgeladne Parthei nicht, ſo begab ſich der Huiſſier an die Treppe, und rief die Parthei mit lauter Stimme auf, ſich in die große Kammer zu begeben. Er kam alsdann in den Saal zurück, um zu melden, daß die Parthei nicht geantwortet habe.

---

*) Unter den Worten: erſte, zweite Kammer u. ſ. f. verſtand man alſo gerade wie bei den Parlamenten, bald eine beſondere Abtheilung des Oberſteuerhofs, bald den Ort, wo ſie ihre Sitzungen hielt.

Wie die Conflicte zwiſchen dem Oberſteuerhof und den Parlamenten geregelt wurden, iſt ſchon im vorigen Abſchnitt näher gezeigt worden. Fünfmal im Jahr hielt der Hof ſeine Sitzungen in der Conciergerie, um die Sachen der Gefangnen abzumachen. Einige Tage vorher beſuchten zwei Räthe nebſt

---

*) Der Oberſteuerhof hatte ſeine Regiſter, wie das Parlament. Lange hielt man die frühern (die vor d. J. 1450) für verloren. Allein ſpäterhin (wahrſcheinlich in d. J. 1745) fand ein Mitglied dieſes Gerichtshofs (Boulin) die ältern Regiſter v. J. 1383 an, doch nicht vollſtändig, wieder (Ordon. d. Louv. tom. VII. p. VI. der Vorrede). Das älteſte unter den wiedergefundnen, welches mit dem 11. März 1383 anfängt und mit dem 6. Junius 1388 ſchließt, iſt überſchrieben „C'est le régistre d'aucunes causes plaidoyées en jugement en la chambre des généraulx-conseillers sur le fait des Aydes ordonnées pour la guerre etc.“ Aus dieſem Titel allein läßt ſich ſchon auf die Art des Geſchäftsgangs auch in frühern Zeiten ſchließen.

einem Subſtitut des General-Procurators und einem Gerichtsſecretair, alle Gefängniſſe von Paris, worin ſich Gefangne, deren Sachen dem Hof vorlagen, befanden, und ſtatteten ihren Bericht darüber ab. Jährlich fanden zwei feierliche Wiedereröffnungen (rentrées) des Oberſteuerhofs Statt; die erſte am Tag nach dem Martinusfeſt, wo die königlichen Verordnungen vorgeleſen, und von dem erſten Präſident und einem Beamten der Staatsbehörde Reden gehalten wurden u. ſ. f.; die zweite geſchah den Tag nach dem Sonntag quasimodo. Der Steuerhof hatte eben ſo, wie das Parlament, ſeine Ferienkammer, deren Sitzungen v. 7. September bis zum 27. October dauerten, und die nur über ſummariſche, Criminalſachen u. dgl. entſchied. Die Ceremonienkleidung der Präſidenten war ein Rock von ſchwarzem Sammet mit Hermelin gefuttert; die Röcke der Räthe, der Beamten, der Staatsbehörde u. ſ. f. waren roth. Bei den Leichenzügen der Könige und Königinnen erſchien der Oberſteuerhof in ſchwarzer Kleidung und überhaupt in Trauer, wogegen das Parlament ſeine Ceremonienkleidung ungeändert beibehielt. Die Oberſteuerhöfe wurden nebſt den Steuergerichten (élections) und Salzkammern durch Art. 10 des Decrets der Conſtituirenden v. 6. und 7. Sept. 1790 (Desen. tom. III. p. 247) aufgehoben. Die Functionen derſelben, in ſo fern ſie ſich auf die Vertheilung und Eintreibung der Steuren bezogen, giengen nach dieſem Decret, welches hierin durch mehrere ſpätere Geſetze beſtätigt und erläutert ward, an die Verwaltungsbeamten- und die eigentlich richterlichen Functionen an die gewöhnlichen Richter über (Art. 1, 2.).

VI. Die Oberrechenkammern (Chambres [ehmals ſelten*) cours] des comptes, Camerae Computorum, regiarum rationum curiae) hatten alle Vorrechte und Befugniſſe der oberſten Gerichtshöfe (cours souveraines). Die erſte an Alter, Rang und Ausdehnung ihres amtlichen Wirkungskreiſes war die von Paris. Schon Ludwig der H. **) verordnete i. J. 1256, daß

---

*) Jetzt ſpricht man umgekehrt nur von der *cour* des comptes.

**) Selbſt ſchon vor Ludwig d. H. gab es ſolche gens des comptes; allein ſie folgten (ſo wie früherhin das Parladie Maires und Deputirten (mayeurs et prudhommes) vor den Rechnungsbeamten (devant les gens des comptes à Paris) Rechnung ablegen ſollten*). Aus dieſen gens des comptes iſt die Oberrechenkammer von Paris in ihrer ſpätern Form entſtanden. Dieſelbe erhielt, wie man ſich aus den älteſten Verordnungen der Könige (des dritten Geſchlechts) überzeugen kann, ſehr frühe faſt daſſelbe Anſehn, wie das Parlament; ſo daß ſie immer neben demſelben

---

ment) dem Hof. Unter Ludwig dem H. erhielten ſie indeſſen ihren beſtändigen Sitz zu Paris. In dem Regiſter B. fol. 124 der Oberrechenkammer fand ſich ein Actenſtück, das (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 251 Not.) abgedruckt iſt „Que ceux de la chambre des comptes nostre seigneur le Roy n'estoient pas residens à Paris, si comme ils ont èté depuis Monseigneur St. Louis. Aincois tous les maîtres et les Clercs grands et petits suivoient la cour des Rois, recevoient et oyoient dans ladite cour et corrigeoient tous les comptes tant ordinaires qu'extraordinaires etc.“

*) (Ordon. tom. I. p. 82) „art. 1 Nous ordenons, que tuit li Mayeur de France soient fait lendemain de la feste Saint Simon et Saint Jude.“ Art. 2 „Derechief nous ordenons que li noviaus Maires, et li viez, et quatre de prudes homes de la Ville des quiex quatre li uns, ou les deux qui auront receu, ou dispandu cette année les biens de la Ville, viegnent à Paris à nos gens aux octaves de la saint Martin ensuivant, pour rendre compte de leur recepte, et de leurs depens.“ In einem Befehl Philips des Schönen an den Amtmann von Rouen vom 20. April 1309 (Ordon. tom. I. p. 460) wird dieſem aufgegeben, künftig eine von dem König früher erlaſſene Verordnung genau zu befolgen, deren Inhalt beigefügt iſt. In derſelben heißt es „premièrement tuit li bailli vendront et se présenteront pour compter sanz faillir ou jour de l'eschequier accoustumé c'est assavoir, aux octaves des Pasques et de la St. Michel, ou à jour qui leur sera mandé dou Roy, ou de la *Court*. Et c'il qui en faudra, encourra la paine establie par le Roy, c'est assavoir dix livres pour les despens les gens le Roy, par chascun jour, se il n'à essoine loyal.“ — (Ordon. d. Philip. le long. d. dix. Juil. 1319. Ordon. d. Louv. tom. I. p. 657, 658). Art. 4 „Nous avons ordené que nous verrons chacun au nostre éstat deux fois, par les gens de nos comptes.“

an der zweiten Stelle genannt wird *). Viele königl. Verordnungen wurden in dem Local der Oberrechenkammer, viele nur unter Zuziehung der Mitglieder derſelben erlaſſen (Provida et diligenti super hoc deliberatione praehabita per gentes nostras in Camerâ Comptorum quasdam utiles ordinationes fieri fecimus) heißt es in dem ſo eben angeführten Befehl Philips des Schönen v. 20. April 1309 (Ordon. tom. I. p. 461). Die Oberrechenkammer von Paris war lange die einzige des Reichs. In den letzten Zeiten beſtanden indeſſen in mehrern Städten Oberrechenkammern; nämlich eine zu Dijon für das Herzogthum Burgund, eine zu Grenoble für die Dauphiné, eine zu Aix (verbunden mit dem dortigen Oberſteuerhof) für die Provence, eine zu Nantes für die Bretagne, eine zu Montpellier (vereinigt mit dem Oberſteuerhof) für Languedoc, eine zu Blois **), deren Bezirk ſehr beſchränkt war, eine zu Rouen (eingeſetzt i. J. 1580 und mit dem dortigen Oberſteuerhof vereinigt) für die Normandie oder die Generalitäten Rouen, Caën und Alençon, eine zu Pau (vereinigt mit dem dortigen Parlament und Oberſteuerhof) für das Königreich Navarra, eine zu Dole (vereinigt mit dem Oberſteuerhof) für die Franche-Comté, endlich eine zu Metz (vereinigt mit dem Parlament und Oberſteuerhof) für die drei Bisthümer Toul, Metz und Verdun. Es gab alſo im Ganzen eilf dieſer Oberrechenkammern. Das Hauptgeſchäft derſelben beſtand, wie ſchon der Name hinreichend andeutet, darin, diejenigen, welche die königliche Gelder empfingen oder verwalteten *), zur Ablage ihrer Rechnungen anzuhalten, die Richtigkeit der letztern zu unterſuchen und zu beſcheinigen, die ſaumſeligen oder unredlichen zur Bezahlung der Rückſtände anzuhalten, und nach Umſtänden zu beſtrafen. Den Oberrechenkammern kam nämlich eben ſo wie den Parlamenten ſowohl eine Criminal- als Civil-Gerichtsbarkeit zu **). Sie übten beſonders in frühern Zeiten über die ganze Finanz- und Domainenverwaltung des Reichs die Oberaufſicht aus. Zu dem Ende waren die Urkunden über alles dem König zugehörige Eigenthum, über alle von demſelben abhangenden Lehen, alle ihm zukommenden Rechte und Gefälle in den Archiven dieſer Kammern niedergelegt. Insbeſondere waren auf Befehl Ludwigs des 14ten in dem Archiv der Oberrechenkammer von Paris Doubletten aller Inventarien dieſer Urkunden, und aller Etats, die ſich in den Archiven der andern Oberrechenkammern befanden, geſammelt worden ***).

---

*) Die Encyclopedie Art. chambre des comptes nennt dieſelbe „une des compagnies matrices du Royaume.“ In der Verordnung Philips v. Valois v. Dec. 1331 über die Meſſen der Champagne (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 73, 76) heißt es Art. 15 „se aucuns de nos officiaux faisoit aucun grief ou empeschement aus marchands desdites foires, nous voulons et ordenons . . . . que quatre personnes de nostre conseil, c'est assavoir deux personnes de nostre Parlement et deux autres personnes des maistres de nostre Chambre des comptes ou les trois d'euls facent sommairement et de plain accomplissement de justice.“

**) Die ſechs hier zuerſt genannten Oberrechenkammern wurden durch das Edict Carls des neunten v. Auguſt 1569 wieder eingeſetzt, nachdem ſie ſchon früher beſtanden, aber durch die Verordnung von Moulins v. J. 1566 wieder aufgehoben waren. Die Oberrechenkammer von Paris war alſo eine kurze Zeit wieder die einzige des Reichs.

Alle diejenigen, welche königliche Lehen beſaßen, leiſteten den Huldigungseid entweder vor der Oberrechenkammer, oder vor dem Kanzler †). Alle Adelsdiplome mußten (S. 384 Not.) bei der Ober-

---

*) Ordon. d. Philip. l. long. d. Juil. 1319 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 657, 658). Art. 6 „Tous baillis, sénéschaulx et autres manières de receveurs vendront chascun an aux termes anciennement accoustumez, sans faulte. Et ceulx qui seront defaillans de venir compter audit terme, nous avons donné povoir et commandement *aux gens de nos comptes de les punir*, selon ce que il verront que il sera à faire.“

**) Encycloped. art. chambre des comptes p. 795.

***) Sie giengen zum Theil durch den Brand v. 27. October 1737 verloren. Doch exiſtirten von allen Doubletten.

†) Wer nur ein einfaches Lehen ohne beſondere Ehrentitel (Herzogthum, Grafſchaft u. ſ. f) beſaß, konnte die Huldigung auch vor den Domainenkammern (trésoriers de France) leiſten, welche die Urkunden darüber jährlich an die Oberrechenkammern einſenden mußten.

rechenkammer, einregiſtrirt werden. Daſſelbe galt von allen Schenkungen, Veräußerungen und Vermehrungen der Domainen, Privilegien der Städte, Erhebungen gewiſſer Beſitzungen zu Herzogthümern, Stiftungen von Klöſtern, Spitälern u. ſ. f. Bei der Oberrechenkammer von Paris wurden überdem die Heirathscontracte der Könige, die Friedensſchlüſſe, die Ernennungen der Kanzler, Marſchälle und anderer hohen Staatsbeamten, einregiſtrirt. Die Großmeiſter der Artillerie, die General-Controleurs, die Oberforſtmeiſter, Domainen-Räthe (trésoriers de France), ſo wie alle Rechnungspflichtigen wurden überdem von dieſer Kammer in Eid und Pflicht genommen.

Was nun die Dienſt-Einrichtung und den Geſchäfts-Gang bei den Oberrechenkammern nach der letzten Einrichtung (vor der Revolution) betrifft, ſo müſſen wir, um dem Leſer verſtändlich zu bleiben, über die Einrichtung des öffentlichen Rechnungsweſens in Frankreich Einiges vorausſchicken *).

Jeder Miniſter legte jährlich dem König einen ausführlichen und umſtändlichen Etat der Ausgaben vor, die er für ſein Departement nöthig zu haben glaubte. Dieſer Etat, welcher nur ein muthmaßlicher oder proviſoriſcher ſeyn konnte, hieß der königliche oder dem König vorgelegte (l'état au roi), wogegen der Etat, wie er ſich am Ende nach Deckung aller Ausgaben fand, der wirkliche (l'état au vrai) genannt ward. Hatte der König den von dem Miniſter vorgelegten Etat genehmigt, ſo diente er dem letztern als Anweiſung auf den königlichen Schatz, wodurch ihm ein Kredit bis zu dem feſtgeſetzten Betrag eröffnet war. Es kam nun darauf an dieſe Gelder theils auf die einzelnen Dienſtzweige, theils auf die einzelnen Zeitperioden zu vertheilen. Der Miniſter ſtellte zu dem Ende eine Liſte ſeiner Erhebungs- oder Verfalltage (echéances), d. h. derjenigen Tage auf, wo er die ihm bewilligten Fonds erheben wollte. Gewöhnlich geſchah dieſes von Woche zu Woche, oder von Mo-

---

*) Wir mögten unſern Leſern über dieſen Gegenſtand ein zwar kleines aber mit vielem Geiſt und vieler Sachkenntniß geſchriebenes Buch eines Ungenannten empfehlen: De la comptabilité des dépenses publiques. Paris de l'imprimerie L-F Cellot 1822.

nat zu Monat. Allein die geringen Kenntniſſe, welche die meiſten Miniſter in Finanzſachen beſaßen *), hatten dieſes Geſchäft ganz in die Hände der General-Schatzmeiſter (trésoriers généraux) gebracht. Dieſe Beamten, deren bei jedem Miniſterium Einer in Function war, hatten ihre Stellen für beträchtliches Geld gekauft, und ſuchten ſich dieſelbe ſo einträglich als möglich zu machen. Sie empfingen alle Gelder, welche der Miniſter auf den königlichen Schatz anwies, und beförderten ſie weiter in alle Theile des Reichs, wo eigne Zahlmeiſter (payeurs), die von Ihnen beſtellt, und auch nur ihnen verantwortlich waren, ſie in Empfang nahmen, und endlich an diejenigen, welche an dem Staat aus irgend einem Grund zu fordern hatten, auszahlten. Dieſe General-Schatzmeiſter, welche ehmals allein die Kunſt zu rechnen verſtanden, wußten auch allein, wieviel von dem Geld, das der Miniſter empfangen hatte, noch zu verwenden war, und wo jeder Theil der Summe ſteckte. Der Miniſter konnte daher keine einzige Ausgabe anordnen, ohne das Gutachten dieſer Schatzmeiſter zu vernehmen, und im Grund waren ſie es allein, welche die Verwendung des Geldes verordneten. Ihr Vortheil war es aber, das Geld ſo lange als möglich in ihren Händen zu behalten, und damit auf ihre eigene Rechnung Wechſel und Bankgeſchäfte u. dgl. zu machen. Die Regierung kannte dieſe Mißbräuche und Unterſchleife ſehr wohl; allein es war ihr unmöglich denſelben abzuhelfen **). Eines Theils waren dieſe Schatzmeiſter ſehr reiche und angeſehene Leute, die, wenn man Geld brauchte, unentbehrlich und von großem Einfluß waren; andern Theils aber kannten ſie allein den Geſchäftsgang und waren in dem Beſitz aller Finanzgeheimniſſe, ſo daß die Regierung nothwendig durch die Finger ſehn mußte. Hierzu kamen noch ein paar andere Umſtände eigener Art. Jede Stelle eines ſolchen General-Schatzmeiſters war doppelt, d. h. durch zwei Beamten beſetzt, welche abwechſelnd ein Jahr um das andere, der eine, wenn die Jahreszahl gerade, der andere, wenn ſie ungerade war, den Dienſt verrichteten. Der angebliche Grund dieſer ſonderbaren Einrichtung war, daß dem Schatzmeiſter ein Jahr Zeit gelaſſen würde, um die zur Ablegung ſeiner Rechnung nöthigen Belege von ſeinen Unterzahlmeiſtern einzuſammeln und zu ordnen. Das Publicum indeſſen ſah es (und wohl mit Recht*) nur als einen Kunſtgriff an, um die bedeutenden Cautionen, welche dieſe General-Schatzmeiſter ſtellen mußten, doppelt zu erhalten. Wie dem aber auch ſeyn mogte, ſo ſollte die Rechnung der General-Schatzmeiſter jedesmal am Ende des zweiten Jahrs aufgeſtellt und geſchloſſen ſeyn, ſo daß ſie der Oberrechenkammer vorgelegt werden könnte. Man unterſchied daher auch das gewöhnliche Jahr vom Dienſt- oder Rechnungsjahr (année exercice), welches letztere, der Vorſchrift nach, zwei gewöhnliche begriff *). Allein der Mißbrauch hatte dieſes noch viel weiter ausgedehnt. Es iſt offenbar, daß man zu der Zeit, wo die Verwendung einer gewiſſen Summe zur Ausführung einer Unternehmung, zum Bau von Brücken und Straßen u. ſ. f. verordnet wird, nicht beſtimmt vorherſehen kann, wann dieſelbe wirklich ausgegeben ſeyn wird. Dieſes kann durch den langſamen Fortgang des Baues und Hinderniſſe aller Art oft auf mehrere Jahre hinausgeſchoben werden. Hierdurch kam es dahin, daß die Dauer eines Dienſtes oder Dienſtjahres bis zu dem Zeitpunct ausgedehnt ward, wo der im Anfang deſſelben eröffnete Kredit völlig erſchöpft war. In dem Bureau eines General-Schatzmeiſters ward alſo zu derſelben Zeit für mehrere Dienſtjahre laufende Rechnung geführt. Er ſelbſt mußte oft zweifelhaft werden, auf welches Dienſtjahr er einen Poſten eintragen ſollte. Wenigſtens war dadurch dem Betrug und der Unredlichkeit ein weiter Spielraum geöffnet **). Sehr häufig verweigerte man den

---

*) Sehr gut unterrichtete Perſonen behaupteten, daß dem bekannten Miniſter Brienne der Unterſchied zwiſchen den Actien und Zetteln der caisse d'escompte nie recht klar geworden.

**) So große Verbeſſerungen auch in Frankreich die Comptabilität während der Revolution erhalten hat, ſo ſcheint ſie ſich von dem hier gerügten Unweſen doch noch nicht ganz losgemacht zu haben.

---

*) In einem Edict Ludwigs des 14ten vom Nov. 1706, wodurch mehrere Oberforſtmeiſter-Stellen geſchaffen wurden, heißt es unter andern „nous avons écouté d'autant plus volontiers la proposition qui nous à èté faite de créer de nouveaux offices de grands-maîtres dans chacun desdits départements, qu'il nous à paru que ce pouvoit être un moyen d'en arrêter le cours [c. a. d. des abus], et de tirer en même tems une partie des secours dont nous avons besoin pour fournir aux dépenses auxquelles nous nous trouvons indispensablement engagés“ Saugrain cod. d. chasses tom. II. p. 105. — Auch für jede der 24 Generalitäten waren zwei General-Empfänger (für die Einnahme der taille, capitation und der vingtièmes) beſtellt, welche ebenfalls ihren Dienſt abwechſelnd, ein Jahr um's andere, verrichteten. Dieſe Beamten wohnten alle zu Paris, und hatten in dem Hauptort der Generalität ihren Commiſſionnair. Sie lieferten die Gelder an den Schatz in Paris entweder baar oder in ſogenannten Reſcriptionen ab. Dieſes waren Zahlungs-Anweiſungen oder Wechſel, die ſie auf ihren Commiſſionnair an die Ordre des öffentlichen Schatzes ausſtellten. Necker hatte ſtatt dieſer 48 General-Empfänger eine Geſellſchaft von nur 12 eingeſetzt, welche die Geſchäfte derſelben gemeinſchaftlich betreiben, und nur eine Caſſa haben ſollten. Allein nachdem Necker aus dem Miniſterium getreten, ward durch ein königliches Edict v. October 1781 die vorige Einrichtung wieder hergeſtellt. M. ſ. Necker d. l'administrat. d. financ. tom I. chap. IV. p. 95 u. f., wo man ſehr lehrreiche Bemerkungen über die Geſchäftsführung dieſer General-Empfänger findet.

---

*) art. 5 de l'édit du mois d. Juin 1717.

**) In Frankreich beſteht dieſe Art nach Dienſtjahren zu rechnen, wiewohl neben der Rechnung nach gewöhnlichen Jahren, noch jetzt. Der ungenannte Verfaſſer des oben (S. 392 Not.) angeführten Werks über das Rechnungsweſen verſichert, eine Inſtruction geſehn zu haben, die den Commiſſarien, die unter dem Kaiſerreich die fremden Länder nach franzöſiſchem Fuß organiſiren ſollten, ertheilt ward, und worin folgende Stelle vorkam „Il seroit trop long d'expliquer comment il se fait que, dans la comptabilité française, un budget ne soit fermé, tant pour la recette que pour la dépense, que lorsqu'il y a balance entre l'une et l'autre, ce qui signifie en d'autres termes, qu'un budget reste indéfiniment ouvert. C'est cet état des choses que l'on désigne en France par le mot: exercice. Chaque exercice reste ouvert et forme un compte distinct, tant qu'il y à des payemens a faire ou des recouvremens à

Staatsgläubigern die Auszahlung ihres Guthabens unter dem Vorwand von Mangel an Fonds, obſchon die Kaſſen vollauf Geld hatten. Die Schatzmeiſter der Miniſter rechtfertigten dieſes dadurch, daß das vorräthige Geld für einen andern Dienſt (exercice) beſtimmt ſey, als worauf ſich das fragliche Guthaben beziehe. Eine unausbleibliche Folge dieſer Einrichtung war aber die, daß die Rechnungen nur ſehr ſpät, oft erſt nach fünf oder ſechs Jahren aufgeſtellt, und zur Reviſion vorgelegt werden konnten.

Von der Art, wie in den Büreaus der Generalſchatzmeiſter die Rechnungen geführt wurden, weiß man nur wenig. Nur ſoviel iſt gewiß, daß ſie die Richtigkeit derſelben nicht durch Offenlegung ihrer Bücher, ſondern durch Beifügung von Belegen (par pièces justificatives) nachwieſen. Man kann dreierlei Arten ſolcher Belege unterſcheiden, nämlich 1) ſolche, wodurch die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Ausgabe ſelbſt nachgewieſen wird; 2) ſolche, woraus erhellt, daß diejenigen, welchen die Gelder ausbezahlt werden, auch wirklich ein Recht darauf haben, daß alſo z. B. die Unternehmer eines Baues denſelben wirklich den vorgeſchriebenen Bedingungen gemäß ausgeführt haben u. ſ. f., 3) ſolche, woraus erhellt, daß und an wen die Gelder ausbezahlt worden ſind, alſo eigentliche Quittungen.

Was die erſten betrifft, ſo ging die Frage über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit einer Ausgabe den Miniſter allein an, der dem König und nur dieſem, darüber verantwortlich war. Die Belege der zweiten Art mußten dem Miniſter und ſeinem Schatzmeiſter allerdings auch vorgelegt werden. Allein die Oberrechenkammer erhielt vorzüglich nur die Belege der dritten Art; ſo daß die Schatzmeiſter nur nachwieſen, wieviel und welchen Perſonen ſie wirklich ausbezahlt hatten. Am Ende legte der Miniſter zwar dem Königlichen Staatsrath den wirklichen Etat

---

effectuer sur les quotités, qui avoient été prophétiquement arbitrées au commencement de l'année à laquelle cet exercice s'applique. Mais cette forme particulière à la comptabilité française, à d'autant moins besoin d'être commentée, que rien n'invite *à l'imiter ailleurs.* Elle n'est pas aussi évidemment dans les besoins de la France qu'elle est dans ses habitudes.“

(l'état au vrai) zur Durchſicht vor. Allein dieſer wirkliche Etat war meiſtens nur eine Abſchrift desjenigen, den die Schatzmeiſter der Oberrechenkammer einreichten. Derſelbe enthielt vorzüglich nur die Summe der aus dem Schatz erhaltenen Gelder und die der geleiſteten, nicht aber die der noch zu leiſtenden Zahlungen, welche letztere dem Miniſter ſelbſt oft nicht bekannt war. Dem königlichen Staatsrath, wie er damals organiſirt war, mangelten auch faſt alle Mittel die Richtigkeit dieſes Etats zu unterſuchen. Derſelbe ward zwar, nachdem er dieſe Prüfung des Staatsraths beſtanden, auch noch an die Oberrechenkammer geſchickt. Dieſes war aber nur eine leere Form: denn immer war ein königlicher Befehl beigefügt, die Richtigkeit des Etats, ohne weitere Unterſuchung zu beſcheinigen *).

Nach dieſen Erläuterungen über das ehemalige Staats-Rechnungsweſen wird es nun auch leichter ſeyn die Einrichtung und den Geſchäftsgang der Oberrechenkammern zu verſtehen. Wir wollen in den Folgenden vorzüglich die von Paris im Augenmerk haben, nach deren Muſter alle übrigen eingerichtet waren. Der amtliche Wirkungskreis derſelben umfaßte achtzehn Generalitäten, und erſtreckte ſich zum Theil über das ganze Reich. Alle Rechnungen, die ſich auf den königlichen Schatz, auf die Colonien, die Marine, die außerordentlichen Kriegs-Ausgaben, die Befeſtigungs-Arbeiten u. ſ. f. bezogen, gehörten

---

*) Solche Befehle hießen ordonnances de comptant, acquits de comptant (M. ſ. Bresson hist. financ. d. l. France tom. I. p. 65). Mit denſelben vorzüglich ward der größte Mißbrauch getrieben, worüber die Oberrechenkammer mehrmals ihre Klagen laut werden ließ. In der oben angeführten Sitzung vom 17. Auguſt 1788, worin der Bruder Ludwigs des 16ten die Einregiſtrirung der Edicte über den Stempel und die Grundſteuer erzwang (S. 123), ſagte der damalige Präſident der Oberrechenkammer, Nicolai zu dieſem Prinz (A. p. d. Monit. p. 83) „Elle (la chambre des comptes) doit désirer l'état des recettes et depenses de l'année; elle doit demander au roi le suppression des acquits au comptant, ou de les reduire à leur véritable objet, au secret de l'administration. C'est sous leur voile perfide que l'on à caché les profusions les plus condamnables, et que l'intrigue et la faveur ont épuisé les tresors de l'état.“

ausſchließlich vor die Rechenkammer von Paris. Dieſelbe hatte ganz die Form eines Gerichtshofs, und die Geſchäfte bei derſelben wurden faſt nach Art der Prozeſſe betrieben. Sie hatte daher auch, eben ſo wie die Parlamente, ihren General-Procurator nebſt ſeinen Subſtituten, und ihren General-Advocat, welcher letztere im Rang dem General-Procurator vorgieng.*) Die Geſchäfte waren zwiſchen denſelben auf dieſelbe Art wie bei den Parlamenten getheilt. Der General-Advocat nahm immer in der öffentlichen Sitzung das Wort, wenn königliche Verordnungen in die Regiſter eingetragen werden ſollten u. dgl.; der General-Procurator hingegen machte ſeine Anträge ſchriftlich, und beſorgte überhaupt die ſchriftlich verhandelten Geſchäfte. Außer den Beamten der Staatsbehörde beſtand die Oberrechenkammer in den letztern Zeiten (vor der Revolution). aus einem Erſten Präſident, zwölf andern Präſidenten, 78 Rechnungs-Räthen (maitres des comptes auch conseillers-maîtres en la chambre des comptes genannt) 38 Rechnungs-Reviſoren (correcteurs oder conseillers correcteurs), 82 Auditeurs (auditeurs des comptes oder conseillers du roi auditeurs en la chambre des comptes de Paris),**) zwei Obergerichtsſecretairen nebſt den nöthigen Gehülfen, einem Controleur der Rückſtände (contrôleur des restes), und noch einer Menge Beamter von geringerem Range, worunter ein erſter- und dreißig andere Huiſſiers. Bei der Kammer waren keine Advocaten wohl aber 29 Procuratoren (Anwälte) zum Dienſt der Partheien angeſtellt. Bei dem Geſchäftsgang der Oberrechenkammer fand die Sonderbarkeit Statt, wovon wir ſchon oben geredet haben, daß nämlich, den erſten Präſident, die Beamten der Staatsbehörde und die Oberſecretaire abgerechnet, alle Beamten höhern Rangs, die Rechnungs-Räthe, Reviſoren und

---

*) Eben ſo wie bei den Parlamenten.

**) Dieſe auditeurs wurden früherhin „petitz Clers“ genannt. M. ſ. (Ordon du Louv. tom. III. p. 390 die: Ordinatio generalium officialium Camere Parlamenti, inquestarum, Requestarum, Compotorum et aliorum officiorum facta vigesimo-octavo novembris anno millesimo-trecentesimo-quinquagesimo-nono.

Auditeurs abwechſelnd nur Semeſterweiſe oder ein halbes Jahr ums andere, die einen vom 1. Januar bis zum letzten Junius, die andern vom 1. Juli bis zum letzten December im Dienſt waren. Dieſes hieng mit der oben angeführten Eigenthümlichkeit des franzöſiſchen Rechnungsweſens zuſammen, daß nämlich die General-Schatzmeiſter ebenfalls nur ein Jahr um das andere die Rechnung führten. Ehmals wurden alle Rechnungen, die aus Jahren mit einer geraden Zahl herrührten, in dem erſten-, und die andern im zweiten Semeſter beurtheilt. Allein durch die Erklärung vom 15. Julius 1716 ward dieſes zuerſt auf drei Jahre, und ſpäterhin auf unbeſtimmte Zeit aufgehoben. Dennoch dauerte der nach Semeſtern eingetheilte Dienſt der Beamten fort. Nur ſelten und bei wichtigen Gelegenheiten, zum Einregiſtriren von Verordnungen, welche die geſammte Kammer betrafen u. ſ. f. kamen alle Beamten derſelben, oder wie man ſagte, beide Semeſter zuſammen. Für den gewöhnlichen Dienſt war die Kammer in zwei Büreaus, das große und zweite, getheilt. Der Erſte Präſident konnte, wenn er wollte, in beiden den Vorſitz führen, that dieſes aber ſelten in dem zweiten. Von den 6 übrigen (im Dienſt befindlichen) Präſidenten gehörten die drei älteſten zu dem großen, und die andern zu dem zweiten Bureau. Die Räthe wechſelten in dieſer Hinſicht von Monat zu Monat. Ueber alle Rechnungen, die des königlichen Schatzes, der Münzen, und diejenigen, die zum erſtenmal vorkamen, abgerechnet, entſchied das zweite Bureau. Von dieſem ward auch, wenn ein Theil der Domainen wieder eingelöſt werden ſollte, der Werth derſelben berechnet und beſtimmt, ſo wie alle Gutachten in Finanzſachen von dieſem verfaßt wurden. Dem großen Bureau lagen, außer der Unterſuchung der eben angeführten Rechnungen (des königl. Schatzes u. ſ. f.) auch alle übrigen Geſchäfte ob. Das Sitzungszimmer derſelben war zugleich der Ceremonienſaal der Kammer. Zweimal in der Woche (Mittwochs und Samſtags) hielt das große Bureau eine ſogenannte öffentliche Sitzung (audience), wozu indeſſen nicht das Publicum, ſondern nur die Partheien und deren Anwälte Zutritt hatten. Alle königlichen Befehle und Schreiben, alle Einladungen wurden vor das große Bureau gebracht, das entweder allein oder auch mit Zuziehung des zweiten Bureaus die nöthigen Anordnungen traf. Auch die Huldigungen der Lehnspflichtigen geſchahen in dem großen Bureau, und alle gegen dieſelben gemachten Einſprüche wurden zur öffentlichen Sitzung dieſes Bureaus verwieſen.

Die Rechnungs-Verhörer (auditeurs) waren in mehrere Abtheilungen (Kammern genannt) vertheilt, (nämlich in die des Schatzes, die von Frankreich, von Languedoc, von Anjou und die der Münzen). Die Verhörer konnten nur über die auf ihre Kammer Bezug habenden Rechnungen zu Referenten ernannt werden. Doch wurden ſie alle drei Jahre einer andern Kammer zugetheilt. Die Pflichten und Befugniſſe der einzelnen Beamten werden aus der Beſchreibung des bei der Oberrechenkammer üblichen Geſchäftsgangs am beſten erhellen. Derſelbe, ſo wie das Rechnungsweſen überhaupt, waren durch eine Menge königlicher Verordnungen, Edicte u. ſ. f. geregelt. Beſonders gehören hierhin die Verordnungen v. d. J. 1454, 1598, 1669, 1693. Jeder Rechnungspflichtige Beamte mußte in der geſetzlich beſtimmten Zeit der Kammer ſeine Rechnung einreichen. Hierzu gehörte außer der Original-Rechnung ein Auszug (bordereau) aus jedem Kapitel von Empfang und Ausgabe, der proviſoriſch feſtgeſetzte, ſo wie der wirkliche Etat (l'état au roi et au vrai) und die Quittungen. War der Rechnungspflichtige zu Paris, ſo mußte er ſich ſelbſt nebſt ſeinem Procurator vor der Kammer ſtellen, um ſeine Rechnung zu überreichen. War er abweſend, ſo konnte ſein Procurator es in ſeinem Namen thun. Die Form bei der Einreichung dieſer Rechnungen war, daß der General-Procurator die Auszüge (bordereaux) der einzureichenden Rechnungen dem großen Bureau übergab, worauf man den Rechnungspflichtigen nebſt ſeinem Procurator eintreten ließ. Der erſtere verſicherte endlich, daß die vorgelegte Rechnung Einnahme und Ausgabe vollſtändig enthalte, daß er keine Quittungen beigelegt habe, als ſolche, die er in ſeinem Gewiſſen für richtig und gültig (bons et valables) anſehn, endlich daß alle in der Rechnung aufgeführte Poſten völlig bezahlt and berichtigt ſeyen. Der Procurator verſicherte, daß die Rechnung völlig angefertigt und aufgeſtellt ſey. Das Datum der Einreichung ward nun ſogleich auf dem Auszug bemerkt, und von dem Präſident und einem Rechnungsrath unterzeichnet.

Die Rechnung ward nun einem Rechnungsverhörer zur Bericht-Erſtattung zugetheilt. Dieſe Vertheilung der Arbeit unter die Rechnungsverhörer geſchah durch den erſten Präſident und einen dazu im Anfang eines jeden Semeſters beauftragten Rechnungs-Rath. Alles Bisherige geſchah in dem großen Bureau. Die Rechnung ward nun auf dem Parquet niedergelegt, von wo ſie der zum Bericht-Erſtatter ernannte Rechnungs-Verhörer abholte. Dieſer ging nun die Rechnung von Kapitel zu Kapitel durch, und verglich ſie nicht allein mit den oben angeführten Actenſtücken, ſondern auch mit der vorhergehenden Rechnung. War der Rechnungsverhörer damit fertig, ſo beſtimmte der Präſident des Bureaus, wozu die Sache gehörte, ihm den Tag, an welchem er ſeinen Bericht abſtatten ſollte. Derſelbe brachte dazu alle eben bemerkten Actenſtücke mit. Der Präſident behielt die beiden Etats für ſich, und übergab den Auszug einem Rechnungsrath. Ein zweiter übernahm es, die vorhergehende Rechnung zu verfolgen, und ein dritter endlich unterſuchte die Belege. Das Urtheil erfolgte nun auf den Bericht des Rechnungs-Verhörers, welcher dabei eine entſcheidende Stimme hatte *). Zuerſt ward darüber abgeſtimmt, ob gegen den Rechnungspflichtigen eine Geldbuße zu erkennen ſey (weil er entweder keine Caution geſtellt, oder ſeine Rechnung zu ſpät eingereicht u. dgl.). War dieſes nicht, ſo erfolgte das Urtheil: es findet keine Geldſtrafe Statt „n'échet amende." Nun ward über jedes einzelne Kapitel der Rechnung abgeſtimmt. Ueber die Einnahme ſagte das Urtheil, entweder ſie ſey angenommen (admise), oder unbeſtimmt (indécise), zu hoch oder zu gering, ſie werde geſtrichen oder verworfen (rayée). War eine Einnahme nicht eingegangen, ſo ward der Rechnungspflichtige angehalten, ſie einzutreiben, und nach Umſtänden geſtraft. In Beziehung auf die Ausgabe (dépense) entſchied das Urtheil, entweder ſie ſey angenommen (passée), wenn ſich nämlich alles in Ordnung fand, oder mangelhaft (en souffrance), wenn

---

*) Heinrich der Zweite verlieh den Rechnungsverhörern durch ſein Edict vom Febr. 1551 den Raths-Titel und gab ihnen durch ſein ferneres Edict vom Juni 1552 in allen Sachen, worin ſie Bericht-Erſtatter waren, eine entſcheidende Stimme.

nicht alle nöthigen Belege beigebracht waren, oder ſie ſei geſtrichen (rayée), wenn die Belege ungültig und ungenügend (non comptables) waren. Der Rechnungsrath, welchem der Auszug (bordereau) mitgetheilt war, ſchrieb auf dieſen die Beſchlüſſe der Kammer nieder, worauf derſelbe mit der Unterſchrift des Präſidenten und des genannten Rechnungsraths verſehn, zu den Originalien der Kammer gelegt ward. Der Berichterſtatter nahm nun alle Acten, den Auszug abgerechnet, wovon er eine Copie hatte, auf welcher er ebenfalls die Beſchlüſſe der Kammer bemerkte, wieder zu ſich. Er gieng nun die Rechnung nochmals durch, ſetzte vor jedes Kapitel den ſich darauf beziehenden Beſchluß, zog nun die Summen nochmals zuſammen, wobei nur die als richtig angenommenen in Rechnung kamen, und ſtellte endlich den definitiven oder Schluß-Etat (l'état final) der Rechnung auf. In demſelben bemerkte er noch den Betrag der Poſten, welche wegen irgend einer Urſache nicht durchgegangen waren, und die er nach den Gründen, aus welchen ſie verworfen waren, claſſificirte. Der Berichterſtatter ſchickte nun die Acten auf das Parquet des General-Procurators, wo der Schluß-Etat in ein beſonderes Regiſter eingetragen ward. Von dieſem Regiſter nahm der General-Controleur eine Abſchrift, und deſſen Pflicht war es nun den Rechnungspflichtigen zur Erfüllung der ihm durch das Urtheil auferlegten Verbindlichkeiten anzuhalten; welches Geſchäft er unter der Aufſicht einiger von der Kammer dazu gewählten Commiſſarien ausführte. Er ließ dem Rechnungspflichtigen durch einen Huiſſier eine Aufforderung (commandement) zuſtellen, ſich dem Beſchluß der Kammer zu fügen. Gehorchte derſelbe nicht, ſo erfolgte eine wiederholte und endlich eine Aufforderung, wobei der Huiſſier Zeugen zuzog und ſie von denſelben unterſchreiben ließ (commandement recordé). Nun ward das bewegliche Eigenthum des Rechnungspflichtigen eingezogen, und wenn dieſes zur Deckung des Reſtes nicht hinreichte, ſo ward auf den Antrag des General-Procurators die Stelle *) und das unbewegliche Eigenthum des Schuldners in Beſchlag genommen. Der General-

---

*) Man muß ſich aus dem dritten Abſchnitt erinnern, daß ehmals in Frankreich jede Stelle das volle Eigenthum des

Controleur der Rückſtände betrieb nun den Prozeß weiter vor dem Oberſteuerhof, welcher letztere, wie wir bei demſelben bemerkt haben, einzig das Recht hatte, den Verkauf der Stelle und des unbeweglichen Eigenthums zu verordnen.

Die Rechnungspflichtigen ſuchten indeſſen gewöhnlich dieſen Verfolgungen zuvorzukommen. Sie reichten zu dem Ende eine Bittſchrift (requête d'apurement) ein, um die Anerkennung der Richtigkeit ihrer Rechnung zu erhalten. In derſelben war Alles, was ihnen zu Laſt geſetzt war, angeführt, und die zu ihrer Befreiung nöthigen Actenſtücke lagen bei. Dieſe Bittſchrift ward dem General-Controleur der Rückſtände mitgetheilt, und nachdem deſſen Antwort eingegangen war, und zugleich der General-Procurator ſeinen Antrag gemacht, ward die Bittſchrift einem Rechnungs-Verhörer mitgetheilt, der darüber an das große Bureau berichtete. Ward die Rechnung nun für richtig erkannt, ſo theilte der Rechnungspflichtige dieſen Beſchluß der Kammer dem General-Controleur mit, von welchem er dagegen die Beſcheinigung ſeiner Entlaſtung erhielt. Ungeachtet dieſer Beſcheinigung mußte er, um völlig ſicher zu ſeyn, ſeine Rechnung noch zur Reviſion übergeben. Die Rechnungsreviſoren (conseillers-correcteurs), welche Carl d. 6te i. J. 1410 einſetzte, machten eine beſondere Kammer aus. Nur zwei derſelben hatten abwechſelnd und in beſtimmten Fällen entweder bei Feierlichkeiten, oder wenn ſie einen Bericht abſtatteten u. ſ. f., Sitz in dem großen Bureau. Ihr Geſchäft war zu unterſuchen, ob in einer Rechnung keine Einnahme ausgelaſſen, kein doppelter oder unrichtiger Gebrauch eines Belegs gemacht, und endlich ob ſie in Hinſicht des Kalküls richtig ſey. Suchte ein Rechnungspflichtiger die Reviſion ſeiner Rechnung nach, ſo ward ſie Einem dieſer Rechnungs-Reviſoren zugetheilt, welcher mit Zuziehung eines ſeiner Collegen dieſelbe nochmals durchgieng. Sie ſtatteten darauf über ihre Arbeit an die Kammer der Reviſoren Bericht ab, welche über jeden Artikel nach Stimmenmehrheit entſchied. Der Beſchluß dieſer Kammer hieß ein Reviſions-Gutachten (avis de correction). Daſſelbe ward von den beiden Berichterſtattern

---

Inhabers war, die er gekauft hatte, und auch wieder verkaufen konnte.

in dem großen Bureau dem Präſident übergeben, und von dieſem vermittelſt des Secretariats weiter an den General-Procurator befördert. Dieſer ließ den Inhalt deſſelben dem Rechnungspflichtigen mittheilen, und ihn vor die Oberrechenkammer laden, um dort nach dem Inhalt des Gutachtens verfahren zu ſehn. Hatte derſelbe etwas dagegen einzuwenden, ſo konnte er ſeine Vertheidigungsgründe vorbringen. Die ganze Sache ward nun weiter nach Art der ſchriftlichen Prozeſſe geführt, wobei der General-Procurator als Parthei handelte. Nachdem die Acten geſchloſſen waren, reichte der General-Procurator ſeinen Antrag ſchriftlich und verſiegelt ein. Der Prozeß ward nun einem Rechnungsrath zum Bericht übergeben. Endlich entſchied das große Bureau, worin aber die beiden Rechnungs-Reviſoren, auf deren Bericht das Gutachten verfaßt worden, Sitz und Stimme hatten. Fiel nun dieſes Urtheil auch zu Gunſten des Rechnungspflichtigen aus, ſo erhielt er von dem General-Procurator die Beſcheinigung ſeiner definitiven Entlaſtung (le quittus).

Die Oberrechenkammer übte, wie überhaupt die oberſten oder unumſchränkten Gerichtshöfe (cours souveraines), die Polizei- und Criminal-Gerichtsbarkeit über alle ihre Beamten aus. Sie konnte den Rechnungspflichtigen die Hände ſchließen (fermer les mains aux comptables), d. h. ſie einſtweilen von ihren Stellen ſuspendiren, und andere mit der Verwaltung derſelben beauftragen. Sie ließ, wenn ein Rechnungspflichtiger ſtarb, die Siegel bei ihm anlegen, und ſie nach Befinden der Umſtände wieder abnehmen. — Der Erſte Präſident der Kammer war einer der höchſten Beamten des Reichs. Man nannte ihn auch: le prémier président clerc (den geiſtlichen erſten Präſident), indem früherhin meiſtens Geiſtliche, Biſchöfe oder Erzbiſchöfe dieſe Stelle beſaßen. Er hatte den Titel: Rath des Königs in ſeinem Staats- und geheimen Rath (conseiller du roi en tous ses conseils d'état et privé). Ehe der General-Procurator die königl. Edicte, Verordnungen u. ſ. f. der Kammer übergab, und die Eintragung in die Regiſter nachſuchte, theilte er ſie dem erſten Präſident nebſt einem verſiegelten an ihn adreſſirten Brief mit. In ſeine Hände leiſteten die Beamten ihren Dienſteid, und die königl. Vaſallen ihre Huldigung. Die Bewahrung des großen Schatzes der heiligen Kapelle war ihm anvertraut. Seine Ceremonienkleidung, ſo wie die der andern Präſidenten, war von ſchwarzem Sammet, die der Rechnungs-Räthe von ſchwarzem Taffent, eben ſo wie die des General-Advocaten und des General-Procurators. Die Art der Dienſtgeſchäfte des letztern erhellt hinreichend aus dem bisher Geſagten. Er trug auf die Einregiſtrirung der königl. Befehle an, hielt die Rechnungspflichtigen theils ſelbſt, theils dadurch, daß er die nöthigen Beſchlüſſe der Kammer erwirkte, zur Ablegung ihrer Rechnungen und zur Zahlung der Rückſtände an, wachte allenthalben für die Sicherung des königl. Intereſſes; daß die Cautionen richtig geſtellt würden, die Vaſallen ihre Huldigung leiſteten, und einen ausführlichen Etat ihrer Lehen (dénombrement *) einreichten.

---

*) Es gab eine weitläufige und ziemlich verwickelte Jurisprudenz über dieſe dénombrements. Anfangs, als die Lehen noch nicht erblich waren, verkauften einige Vaſallen ihre Lehen unter der Hand und zum Schein, und kauften ſie ſpäter wieder an, worauf ſie dieſelben für ihr Eigenthum geltend machten. Schon Carl der Große befahl daher (Capit. lib. III. tit. 20, 80, 81, 82) ſeinen Sendgrafen ſich fleißig zu erkundigen, was von dem Beſitz eines Jeden dem Kaiſer gehöre. Späterhin war jeder Vaſall verpflichtet, Alles, was er zu Lehen trug, anzugeben. Zuerſt geſchah dieſes nur im Allgemeinen. Allein ſpäterhin (insbeſondere durch eine Verordnung des Königs Johan v. 26. Juli 1353) ward den Amtmännern und Seneſchallen aufgegeben, von den Vaſallen eine umſtändliche Auseinanderſetzung aller einzelnen zu ihrem Lehen gehörigen Theile, ſo wie auch der davon abhängigen After-Lehen und zwar unter Strafe des Verluſtes ihrer Lehen zu fordern „quocirca vobis iterato praecipiendo mandamus, districtius injungentes, qnatenus praedicta visis praesentibus faciatis; dictis praesentibus significando, ut sub poëna amissionis feodorum suorum, dicta advoamenta (avouemens), feoda et retrofeoda, seu tenementa sua et partes singulas cum valore eorumdem, vobis quam cito tradere non omittant, quae postmodum dictis gentibus (camerae computorum) sub sigillo vestro fideliter transmittatis.“ Dem Gebrauch nach mußte man indeſſen die Afterlehen nur im Allgemeinen angeben, ohne die einzelnen Theile aufzuzählen. Was die

Das Vernichtungs-Decret der Conſtituirenden v. 6. Sept. 1790, welches *) alle damals beſtehenden höhern Gerichte aufhob, traf auch die Oberrechenkammer. Art. 12 dieſes Decrets wird in Beziehung auf dieſelbe noch ganz beſonders bemerkt, daß ſie in Folge der Abſchaffung der Feudal-Rechte aufgehoben ſey, und ihre Functionen einſtellen ſolle, ſobald für die neue Regulirung des Rechnungsweſens Vorſorge getragen worden. Dieſes geſchah durch das Decret der Conſtituirenden vom 17. Sept. 1791 **). Demſelben gemäß (Tit. II. Art. 1) ſollte die National-Verſammlung ſelbſt die Unterſuchung und definitive Feſtſtellung der öffentlichen Rechnungen übernehmen. Zur vorläufigen Unterſuchung und Feſtſtellung ward (Tit. I. Art. 2) ein Bureau des Rechnungsweſens (bureau de comptabilité) aus fünfzehn von dem König ernannten Perſonen niedergeſetzt, wovon jede (Tit. II. Art. 5) eine Caution von ſechszigtauſend

---

Behörde betrifft, wo dieſe Angabe geſchehn mußte, ſo geſchah dieſes früher bei den Amtmännern. Carl der ſiebente gab durch ſeine Verodnung v. 12. Auguſt 1345 (Art. 15. Ordon. tom. XIII. p. 444, 447) den Domainenkammern (trésoriers de France) das Recht, die Vaſallen durch alle möglichen Mittel zur Einreichung des Etats ihrer Lehen zu zwingen. Die Amtmänner fuhren indeſſen noch lange mißbräuchlich fort, dieſelben in Empfang zu nehmen. In den letzten Zeiten war dieſer Mißbrauch aber gänzlich verſchwunden. Dagegen hatten ſich mehrere Streitigkeiten zwiſchen den Domainenkammern und der Oberrechenkammer über dieſen Gegenſtand erhoben, worüber verſchiedene Reglemens erſchienen waren. Der Oberrechenkammer mußten auf jeden Fall die Originalien dieſer Acte eingeſchickt worden. In den letzten Zeiten mußte der Vaſall in den meiſten Provinzen vierzig Tage nach geleiſteter Huldigung ſeinen Etat (dénombrement) auf geſtempeltem Pergament, doppelt angefertigt, einreichen. Ein Exemplar behielt er ſelbſt. Das andere ward in dem Archiv der Oberrechenkammer niedergelegt. Nachdem der Etat eingereicht war, mußte er, um allen Formalitäten zu genügen, noch bekannt gemacht werden. Dieſes geſchah, indem er ſowohl in dem Audienzſaal der Domainenkammer als an der Pfarrkirche des Hauptorts der zu Lehen gegebenen Herrſchaft nach Beendigung der Hochmeſſe öffentlich abgeleſen ward.

*) Desen. tom. III. p. 247.

**) Desen. tom. XI. p. 322.

Livres in unbeweglichen Gütern ſtellen mußte. Es ſollte ſich (Tit. II. Art. 2) in fünf Sectionen, jede von drei Mitgliedern, die alle Jahre wechſelten, theilen. Alle Hauptempfänger, nämlich der General-Caſſirer, die Hauptzahlmeiſter des öffentlichen Schatzes, der Zahlmeiſter der außerordentlichen Einkünfte, ebenſo die Verwalter der Domainen, der Zölle, des Einregiſtrements und Stempels mußten (Tit. II. Art. 8) die Rechnungen über den Geſammtbetrag ihrer Einnahme, ſo wie über die Verwendung derſelben dem Rechnungsbureau einreichen, damit ſie, nach einer vorläufigen Unterſuchung deſſelben, endlich von der Nationalverſammlung definitiv feſtgeſetzt werden könnten. Die beſondern Schatz- und Zahlmeiſter, die Diſtricts-Empfänger u. ſ. f. legten (Tit. II. Art 6) ihre Rechnung entweder den Commiſſarien des National-Schatzes oder dem Schatzmeiſter der außerordentlichen Einnahmen, und zwar im letztern Fall unter den Augen des für die Verwaltung der außerordentlichen Einnahmen beſtellten königlichen Commiſſairs ab; (nachdem nämlich die zu verrechenden Gelder zu den ordentlichen oder außerordentlichen Einnahmen gehörten). Die Diſtricts-Empfänger mußten (Art. 12) vorher noch ihre Rechnungen dem Directorium des Diſtricts vorlegen, welches darüber die Bemerkungen, die ihm geeignet ſchienen, machen konnte. Streitigkeiten, die ſich über dieſe letztern Rechnungen (der beſondern Empfänger) erheben könnten, ſollten auf das Geſuch der Commiſſarien des Schatzes oder des Schatzmeiſters der außerordentlichen Einkünfte vor die Tribunale des Diſtricts gebracht werden, wo der Rechnungspflichtige ſeinen Wohnort hatte (Tit. II. Art. 7). Wenn die Nationalverſammlung bei Abnahme der Rechnungen der Haupt-Empfänger fand, daß einige Puncte ſtreitig waren, ſo ſollten dieſelben auf ihren Befehl dem Agenten des Schatzes mitgetheilt und von dieſem vor die Tribunale desjenigen Diſtricts gebracht werden, wo das Hauptbureau der Verwaltung, oder die Caſſa u. ſ. f. ſich befand, von deren Rechnung es ſich handelte (Art. 9). Die nämlichen Beamten (nämlich der Agent des Schatzes *) u. ſ. f.) waren auch beauftragt, die Rückſtände,

---

*) D. h. der Agent des Schatzes für die General-Empfänger und die Commiſſarien des Schatzes u. ſ. f. für die Diſtricts-Empfänger.

die ſich aus den feſtgeſetzten Rechnungen ergaben, von den Rechnungspflichtigen einzutreiben (Tit. II. Art. 10). Als Zeitpunct, bis zu welchem die ſich auf ein Jahr beziehenden Rechnungen ſpäteſtens eingegeben werden mußten, war für die beſondern Empfänger der erſte Junius, und für die Generalempfänger u. ſ. f. der erſte October des folgenden Jahrs (Tit. II. Art. 11, 13) beſtimmt. Rechnungspflichtige, die ihre Rechnungen nicht in der geſetzlichen Friſt einreichten, mußten von dieſem Zeitpunct an für alle ihre Rückſtände fünf Procent Zinſen, und überdem eine gleiche Summe als Geldbuße bezahlen. Säumten ſie drei Monate mit Einreichung ihrer Rechnungen, ſo fand perſönliche Verhaftung Statt (Tit. II. Art. 11 und Tit. III. Art. 6). Aus allem Dieſem erhellt, daß das Rechnungsbureau eine blos berathende und durchaus keine verwaltende Behörde war, indem die etwa nöthige Verfolgung der Rechnungspflichtigen von ihm nicht betrieben ward. Der Geſchäftsgang dieſes Bureaus, der zum Theil ſchon durch das Decret, wovon hier die Rede iſt, angedeutet war, ward durch das vom 8. Febr. 1792 *) noch beſtimmter geregelt. Es ſollte ſich (Tit. I. Art. 2) **) nach Verſchiedenheit der Gegenſtände in fünf Sectionen, jede zu drei Mitgliedern, theilen. Die Vertheilung der einzelnen Mitglieder in dieſe Abtheilungen war den Commiſſarien ſelbſt überlaſſen; doch ſollte ſie jedes Jahr erneuert werden, und zwar ſo, daß weder die Commiſſarien derſelben Abtheilung wieder beiſammen blieben, noch auch Einer vor Ablauf von zwei Jahren in dieſelbe Abtheilung geſetzt würde (Tit. I. Art. 2, 3, 5, 6). Wenigſtens Einmal in der Woche verſammelten ſich alle Commiſſarien zu einem allgemeinen Comité, um über wichtigere Dinge zu berathſchlagen. Den Präſident dieſes Comité's wählten ſie ſelbſt, doch nur auf zwei Monate (Tit. I. Art. 7, 8). Sonſt ſtimmte jede Abtheilung für ſich und berichtete an die Nationalverſammlung über die ihr vorgelegten Rechnungen. Ein ſolcher Bericht mußte von drei Commiſſarien unterſchrieben ſeyn, die für die Wahrheit der darin enthaltenen Thatſachen verantwortlich waren *). Fand eine Abtheilung irgendwo eine Bedenklichkeit, ſo konnte ſie an das General-Comité berichten, und mußte ihren Bericht nach dem Beſchluß deſſelben abfaſſen (Tit. III. Art. 3). Alle Commiſſarien ohne Ausnahme waren für dieſen Beſchluß verantwortlich, ausgenommen diejenigen, die entgegengeſetzter Meinung waren, und eine mit Gründen unterſtützte Anzeige davon dem Beſchluß beigefügt hatten (Art. 4). Wenn die Commiſſarien es nöthig fanden, von einem der Rechnungspflichtigen perſönlich irgend eine Aufklärung zu fordern, ſo konnten ſie ihn oder ſeinen Bevollmächtigten **) vor das Bureau ihrer Abtheilung laden laſſen (Tit. III. Art. 9). Alle Mittheilungen dieſer Art mußten aber in Gegenwart von drei Commiſſarien und in dem gewöhnlichen Verſammlungs-Local der Abtheilung ***) erfolgen (Art. 2). Den untern Beamten des Rechnungsbureaus, deren Ernennung gänzlich von den Commiſſarien abhieng (Tit. I. Art. 10, 11, 12), war es dabei (Tit. III. Art. 2) ſtreng verboten irgend eine Verbindung oder einen Briefwechſel mit den Rechnungspflichtigen in Beziehung auf ihre Rechnungen zu unterhalten. Die Commiſſarien ſelbſt hingegen waren ſogar verpflichtet (Tit. I. Art. 13) ſich mit den Rechnungspflichtigen in Correspondenz zu ſetzen, theils um die nöthigen Aufklärungen zu erhalten, theils um ſie zur Ablegung ihrer Rechnungen anzuhalten (Art. 14, 15). In dem Fall die Rechnungspflichtigen Ihnen in dieſer Hinſicht Schwierigkeiten machten, ſollten (Art. 14) die Commiſſarien es der Nationalverſammlung anzeigen. Zu größerer Regelmäßigkeit des Geſchäftsgangs ward nach (Tit. II.) ein Secretariat unter dem Namen Central-Bureau eingerichtet, wo alle zu prüfenden Rechnungen, Briefe u. ſ. f. abgegeben, und über dieſe ſo wie über die Beſchlüſſe des Rechnungsbureaus Regiſter geführt wurden.

---

*) Desen. cod. génér. franc. tom. XI. p. 370.

**) Dieſes war ſchon durch das Geſetz der Conſtituirenden v. 17. Sept. 1791 ſo verordnet.

---

*) Die Abfaſſung dieſes Berichts war ſchon durch das Decret v. 17. Sept. 1791 Tit. II. Art. 3, 4 verordnet.

**) Die Anwälte bei dem Rechnungshof waren ſchon durch das frühere Decret v. 17. Sept. 1791 abgeſchafft. Nach demjenigen, wovon wir hier reden (Tit. I. Art. 19), mußten die Rechnungspflichtigen ihre Rechnungen entweder ſelbſt oder durch einen beſonders Bevollmächtigten (fondé de procuration spéciale) übergeben.

***) Nach Tit. I. Art. 1 des gegenwärtigen Decrets verſammelten ſich die Commiſſarien einſtweilen in dem Local der ehmaligen Oberrechenkammer.

Unter dem National-Convent behielt das Rechnungsweſen faſt dieſelbe Form. Etwa dreiviertel Jahr vor ſeiner Auflöſung d. 28. Pluv. J. 3 (16. Febr. 1795) erließ derſelbe ein ausführliches Decret über dieſen Gegenſtand *). Das Rechnungs-Büreau ward dadurch (chap. I. p. 1, 5, 11) in ſeinen frühern Attributionen beſtätigt, und unter das Finanz-Comité des Convents geſtellt. Nach (chap. I. art. 1, 2, 3) wurden die fünfzehn Commiſſarien deſſelben in ſieben Sectionen vertheilt. In jede kamen zwei Commiſſarien, und einer, der jährlich wechſelte, ſtand dem Centralbüreau vor. Dieſen Commiſſarien ward indeſſen (chap. I. art. 4) — und dieſes war die wichtigſte Veränderung — noch ein Beamter unter dem Titel: Agent des Rechnungsweſens zugegeben, der gleichſam die Stelle des öffentlichen Miniſteriums verſehn, und (Art. 7) für die Ausführung der Beſchlüſſe des Rechnungsbüreau ſorgen, die Conſervatoriſchen Acte vornehmen, gegen die im Rückſtand bleibenden die Zwangsbefehle zur Zahlung erlaſſen, kurz die Verfolgung derſelben betreiben ſollte. Die Rechnungspflichtigen konnten ihre völlige und definitive Entlaſtung (chap. III. art. 9) nur durch ein Decret des geſetzgebenden Korps erhalten, welches dieſes auf einen Beſchluß (arrêté) des Rechnungsbureaus, wodurch ihre völlige Befreiung gegen den Staatsſchatz beſcheinigt ward, erließ. Dieſe Beſcheinigung durfte nicht eher ausgefertigt werden, als bis der Rechnungspflichtige eine General-Quittung über alle ihm zur Laſt ſtehenden Rückſtände (debets) im Archiv des Rechnungsbureaus niedergelegt hatte. Jede definitive Feſtſetzung einer Rechnung (arrêté definitiv des comptes) ſollte nur in einem allgemeinen Comité beſchloſſen und von wenigſtens acht Commiſſarien unterſchrieben werden. Dieſelbe war alsdann vorläufig vollſtreckbar (chap. II. art. 15). Die Rechnungspflichtigen, welche ſäumten ihre Rechnungen einzureichen, oder die ihnen vom Rechnungsbureau zur Laſt geſtellte

---

*) Desen. tom. XII. p. 86.

Summe zu bezahlen, wurden (chap. III.) durch die Sequeſtration und den endlichen Verkauf ihres Vermögens, ſo wie durch perſönliche Verhaftung dazu gezwungen; welches durch den Agent des Rechnungsbureaus auf einen von den Commiſſarien dieſes Bureaus ausgehenden und von dieſen für executoriſch erklärten Act geſchah. Unter dem Directorium gieng eine gänzliche Veränderung mit der Oberbehörde des Rechnungweſens vor. Man ward, wie es ſcheint, durch die Erfahrung belehrt, daß die Unterſuchung und Feſtſetzung ſo vieler einzelnen Rechnungen ſich mit den Beſchäftigungen eines geſetzgebenden Korps nicht wohl vertrüge. Daher beſtimmte die Conſtitution vom J. 1795 (Art. 320), daß die Rechnungen der Empfänger der directen Steuern in den Departements, eben ſo die der verſchiedenen Verwaltungen (regies) und Zahlmeiſter in dieſen Departements bei den Commiſſarien des Schatzes *) abgelegt und von dieſen feſtgeſetzt werden ſollten. Um die allgemeine Rechnung über Einnahme und Ausgabe zu unterſuchen und feſtzuſetzen, wurden fünf Commiſſarien des National-Rechnungsweſens ernannt**), welche an die Stelle des Bureaus des Rechnungsweſens traten. Denſelben ward (Art. 322) die Haupt-Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des Staats nebſt den nöthigen Belegen und den einzelnen Rechnungen von den Commiſſarien des Schatzes übergeben. Nur, wenn ſie Mißbräuche, Unterſchleife und dgl. bemerkten, machten ſie (Art. 323) eine Anzeige an das Geſetzgebende Korps. Der Etat der von dieſen Commiſſarien fetzgeſetzten Rechnungen ward (Art. 324) durch den Druck bekannt gemacht. ***)

Dieſe Anordnungen wurden durch das Geſetz vom 18. Frim J. 4 (9. Decemb. 1795) †) näher in Ausübung gebracht. Demſelben gemäß hatten die von den Commiſſarien gefaßten Beſchlüſſe, wenn die Ausfertigung von wenigſtens drei derſelben unterſchrieben war, ohne Weiteres executoriſche Kraft (Art. 4). Sie bewirkten, jedoch unter der Verantwortlichkeit der Commiſſarien, die Entlaſtung der Rechnungspflichtigen u. ſ. f. Was die Anmahnungen und nöthigen Verfolgungen der Rechnungspflichtigen in Beziehung auf die ältere Rechnungsablagen betrifft, ſo ſollten dieſelben, wenn ſie mit ihren Rechnungen zurückblieben, durch den Regierungs-Commiſſair bei der Departements-Verwaltung, und wenn ſie mit Einſendung und Abtragung der eingenommenen oder ihnen zu Laſt geſetzten Summen zögerten, durch den öffentlichen Schatz eingeleitet oder betrieben werden. — Dieſe Einrichtung beſtand bis zur Einführung der Conſular-Regierung, den 22. Frimaire J. 8 (13. Decbr. 1799), die indeſſen auch nur wenig daran änderte. Nach Art. 89 dieſer Conſtitut. ſollte eine Commiſſion von ſieben Mitgliedern, welche der Senat aus der Liſte der National-Notablen wählte, die Rechnungen über die Staats-Ausgaben und Einnahmen unterſuchen und feſtſetzen. Ein im folgenden Jahr (d. 29. Frim. J. 9) erlaſſener Regierungs-Beſchluß *) enthält eine umſtändlichere Beſtimmung über den amtlichen Wirkungskreis und den Geſchäftsgang dieſer Commiſſion. Sie ſollte (Art. 2) nach Unterſuchung der Rechnung einen vorläufigen Beſchluß (arrêté) faſſen, und dieſen dem Rechnungspflichtigen mittheilen, um ſich zu erklären, ob er ſich dabei beruhigen wolle, oder ſonſt ſeine Einwendungen und Rechtfertigungsgründe innerhalb zwei Monaten mitzutheilen. Nach dieſer Friſt faßte die Commiſſion einen definitiven Beſchluß, wovon ſie ebenfalls den Rechnungspflichtigen in Kenntniß ſetzte. Ueber alle Saumſeligkeiten der Rechnungspflichtigen ward (Art. 4) von den Commiſſarien ein erklärender Act (acte déclaratif) ausgefertigt, und dem Miniſter des Schatzes mitgetheilt, welcher durch den Agenten des Schatzes alle Verfolgungen gegen die Rechnungspflichtigen einleiten und ausüben ließ. — Die Entſcheidungen dieſer Commiſſarien waren (Art. 7) proviſoriſch vollſtreckbar, ohne daß der Recurs an die Regierung, welcher übrigens den Betheiligten offen ſtand,

---

*) Dieſe Commiſſarien wurden von dem Rath der Alten aus einer dreifach beſetzten Liſte, welche der Rath der fünfhundert vorſchlug, auf fünf Jahre gewählt (Art. 315, 316)

**) Dieſe Commiſſarien wurden eben ſo gewählt, wie die des Schatzes (Art. 321).

***) Nach Art. 5 des Geſetzes v. 18. Frim. J. 4 ward er jedes Vierteljahr dem Geſetz-Bulletin als Anhang beigefügt (Desen. tom. XII. p. 131).

†) Desen. tom. XII. p. 131.

---

*) Desen. tom. XII. p. 419.

dieſe Vollſtreckung aufhielt. Man behandelte überhaupt dieſe Commiſſarien mit großer Auszeichnung. Nach Art. 52 der Conſtitut. v. J. 1804 ſollten ſie bei der Eidesleiſtung des Kaiſers gegenwärtig ſeyn. Man konnte hieraus ſchon vorherſehen, daß man ſie bald zu einem Korps, das einen höhern Titel führte, vereinigen würde. Dieſes geſchah wirklich einige Jahre ſpäter durch das Geſetz v. 16. Sept. 1807 *), welches die ehmalige Oberrechenkammer unter dem Titel: Rechnungshof (cour des comptes), dem man derſelben auch wohl ſchon früher beilegte, ins Leben zurückrief. Unter allen höhern Gerichtshöfen des alten Frankreichs hat alſo allein die Oberrechenkammer ihr Daſeyn und ſelbſt ihren Namen aus den Stürmen der Revolution gerettet. Sie hat ſogar an Anſehen merklich gewonnen, indem ſie jetzt die einzige für das ganze Reich iſt. Die Amtsbefugniſſe der Oberrechenkammer oder des Rechnungshofs, wie wir ſie von nun an nennen werden, ſind durch das angeführte Geſetz v. 16. Sept. 1807, und durch das kaiſerl. Decret v. 28. Sept. deſſelben Jahrs beſtimmt (Desen. cod. génér. franc. tom. XV. p. 337, 339). Sie ſind, mit Ausſchluß der Criminal-Gerichtsbarkeit über die Rechnungspflichtigen, im Allgemeinen dieſelben, wie vor der Revolution. Er ſoll die Richtigkeit aller Rechnungen der höhern Rechnungspflichtigen Beamten **), die Art. 11 einzeln aufgezählt ſind, unterſuchen, und die ſaumſeligen (Art. 12) durch Geld- und andere geſetzlich beſtimmte Strafen zu ihrer Pflicht anhalten. Finden ſich bei der Unterſuchung einer Rechnung Spuren einer Verfälſchung oder Erpreſſung, ſo berichtet der Rechnungs-Hof darüber an den Finanz- und Juſtizminiſter, welcher letztere die Schuldigen vor den gewöhnlichen Tribunalen verfolgen läßt (Art. 16). Was nun ferner die Beweiſe und Belege bei Unterſuchung der Rechnungen betrifft, ſo zeigte die alte Schwierigkeit ſich wieder. Wir haben ſchon oben bemerkt, daß ſich ehmals die der Oberrechenkammer mitgetheilten Belege vorzüglich auf Quittungen und Nachweiſungen über die wirklich geleiſteten Zahlungen beſchränkten. Auch iſt leicht einzuſehn, daß, wenn der Rechnungshof ſein Urtheil nur auf eine vollſtändige Einſicht aller Belege, ſowohl über dieſe Zahlungen, als auch über die Rechte derjenigen, denen ſie geleiſtet worden, gründen wollte, er nicht allein der Richter der Rechnungspflichtigen, ſondern der Miniſter und der ganzen Staatsverwaltung wäre, welches weder in dem Sinn der ehmaligen (königl.) noch auch der kaiſerlichen Regierung lag. Daher unterſagt Art. 18 des angeführten Geſetzes dem Rechnungshof jede Art von Gerichtsbarkeit über den Miniſter, welcher die Zahlungs-Verordnung erlaſſen hatte *). Der Rechnungshof muß jede Zahlung als geſetzlich geſchehn gelten laſſen, wenn die Verordnung dazu mit den gehörigen Formalitäten verſehn iſt **). In Hinſicht der Belege, wovon eine ſolche

---

*) Desen. cod. génér. tom. XV. p. 337.

**) nicht etwa der Lieferanten u. ſ. f. Wie es mit deren Rechnungen und Anſprüchen unter dem Kaiſerreich gehalten ward und noch jetzt gehalten wird, davon werden wir im folgenden Abſchnitt näher reden. Allein auch nicht alle Rechnungspflichtigen Beamten legen unmittelbar ihre Rechnungen bei dem Rechnungshof ab. Seine Competenz iſt in dieſer Hinſicht nahe ſo, wie die des ehmaligen Rechnungsbureaus (bureau de comptabilité). Sie iſt (Art. 11) genauer beſtimmt.

---

*) art. 18 lautet ſo „La cour ne pourra, en aucun cas s'attribuer de juridiction sur les ordonnateurs, ni refuser aux payeurs l'allocation des payemens par eux faits, sur des ordonnances, revêtues des formalités prescrites, et accompagnées des acquits des parties prenantes et des pièces que l'ordonnateur aura préscrit d'y joindre.“ Das kaiſerliche Decret v. 24. Meſſid. J. 12 (13. Juli 1804) Desenne tom. XII. p. 500) hatte doch den Miniſtern gewiſſe Formalitäten beſtimmt vorgeſchrieben. So waren ſie z. B. (Art. 3) verpflichtet, allen Zahlungsverordnungen für vertragsmäßige Lieferungen eine Ausfertigung des Vertrags (expédition du marché), ſo wie ein beglaubigtes Verzeichniß der dem Lieferanten abſchläglich geleiſteten Zahlungen beizufügen. Fehlten dieſe Belege, ſo ſollte das Rechnungsbureau an die Regierung berichten, welche die Beifügung verordnen würde.

**) Der Bericht-Erſtatter über dieſes Geſetz drückte ſich vor dem Geſetzgebenden Korps hierüber ſo aus „Cette précaution (c. a. d. la disposition de l'art. 18) n'est peut-être qu'une précaution superflue; mais elle rappellera sans cesse à la cour des comptes, que le but de son

Zahlungs-Verordnung begleitet ſeyn muß, ſo iſt es genug, wenn diejenigen beiliegen, welche in der Zahlungs-Verordnung ausdrücklich angegeben ſind (Decr. imper. d. 24 Mess. a. 12 art. 1, 2. M. ſ. jedoch die vorige Note Desen. tom. XII. p. 500). Die Miniſter legten unter der kaiſerl. Regierung alle Jahre das Budget der Ausgaben ihres Departements dem Geſetzgebenden Korps vor. Allein dieſes war nur eine leere Form. Der Wirklichkeit nach war es der Kaiſer, der dieſe Büdgets beſtimmte und genehmigte. Dieſer entſchied ſogar über die Vertheilung der Fonds auf die verſchiedenen Zeiträume; indem er in dem Anfang eines jeden Monats den Ausgabe-Etat für denſelben feſtſetzte. Auf dieſe Weiſe übte er ſelbſt die Aufſicht über die Miniſter aus, und wollte ſie unmittelbar keiner weitern Verantwortlichkeit irgend eines Verwaltungs-Tribunals (tribunal administratif) *) unterworfen haben. Um indeſſen den Rechnungshof zur Entdeckung der doch immer möglichen Unterſchleife und zur Verbeſſerung des Dienſtes überhaupt zu benutzen, ſollte nach Art. 20 und 22 des Geſetzes (v. 16. Sept. 1807) jeder Rechnungs-Referendar Alles, was er in dieſer Beziehung bei der Unterſuchung einer Rechnung zu entdecken glaubte, in ein beſonderes Heft (cahier) eintragen. Am Schluß eines jeden Jahres gieng der Präſident mit Zuziehung von vier Commiſſarien **) dieſe Cahiers durch, und faßte Alles, was dieſelben wichtiges und geeignetes enthielten, in einen Bericht zuſammen,

---

institution est de seconder et non d'entraver la marche du gouvernement, de porter la séverité de ses recherches sur les comptables et non sur les ordonnateurs: ceux-ci ne peuvent faire aucune disposition de fonds sans un credit législatif et une décision de S. M.; leurs ordonnances doivent référer l'un et l'autre et lorsque cette double formalité est remplie, la cour des comptes doit s'en contenter; il lui seroit impossible d'approfondir et de juger les causes et les motifs, qui ont fait donner les autorisattons. *Elle ne sauroit juger le gouvernement.*“

*) So drückte ſich der in der vorigen Note angeführte Bericht-Erſtatter aus.

**) Dieſe wurden von dem Kaiſer ſelbſt auf den Vorſchlag des Erzſchatzmeiſters gewählt.

welchen er durch den Erzſchatzmeiſter zum Kaiſer gelangen ließ. Ueber den gewöhnlichen Inhalt dieſer Bemerkungen haben wir zufällig einen authentiſchen Aufſchluß erhalten. Der jetzige Präſident des Rechnungshofs, Barbé-Marbois, (Pair v. Frankreich und ſchon unter dem Kaiſerreich Präſident dieſes Hofs) erklärte nämlich d. 28. März 1822 in der Kammer, daß dieſe Bemerkungen meiſtens auf den allgemeinen Dienſt und nur ſehr ſelten auf die Perſonen Bezug hätten.

Durch Einführung der Charte wurden in dem National-Rechnungsweſen ſehr wichtige Veränderungen nöthig. Dem Geiſt derſelben, und der ausdrücklichen Beſtimmung mehrerer ſpätern Geſetze (beſonders desjenigen v. 25. März 1817) gemäß ſind die Miniſter verpflichtet, über die Verwaltung der ihnen bewilligten Fonds vor den Kammern Rechnung abzulegen *). Hieraus folgt von ſelbſt, daß ſie denſelben alle nöthigen Belege, von welcher Art ſie immer ſeyn mögen, mittheilen müſſen. Auch haben die Kammern bei ihrem großen Uebergewicht alle Mittel in Händen ſich den Beſitz dieſer Belege zu verſchaffen, welches dem Rechnungshof, wenn der Miniſter es weigerte, nicht leicht möglich ſeyn mögte. Der Rechnungshof ward ſo durch die Einführung der Charte gleichſam um eine Stufe niedriger geſtellt, und ſeine Aufſicht noch näher einzig auf diejenigen, welche die öffentlichen Gelder in Händen haben

---

*) Zur Rechnungsablage waren ſie einigermaßen ſchon durch Art 57 der Conſtitut. v. J. 1799, wodurch die Conſular-Regierung eingeführt ward, verpflichtet „Les comptes détaillés de la dépense de chaque ministre, signés et certifiées par lui, sont rendus publics.“ Allein dieſe Rechnungsablage war vor Einführung der Charte faſt nur eine trockene Nebeneinanderſtellung von Zahlen, die Niemand verſtand. Das Geſetz v. 25. März 1817 beſtimmt dieſe Verpflichtung weit genauer, und was noch mehr iſt, die Kammern ſind da, um über die Erfüllung zu wachen. Das Geſetz ſagt „Les ministres présenteront, à chaque session, les comptes de leurs opérations pendant l'année précédente. Le ministre des finances présentera le compte général des budgets, lequel établira (par exercices et par nature des dépenses) le montant des ordonnances des ministres et des payemens effectués.“

(manutenteurs de deniers publics), beſchränkt. Der Hof hat ſich zwar mehrmals darüber beſchwert. Der Präſident deſſelben (Barbé-Marbois) drückte ſich (d. 28. März 1822) in der Pairskammer darüber ſo aus. »Das Geſetz über die Vorhergehenden Rechnungsjahre (exercices antérieurs) führt ihre Aufmerkſamkeit jedes Jahr auf den Rechnungshof zurück; und jedes Jahr fühle ich mich genöthigt, die großen Hoffnungen zu mäßigen, die ich ſelbſt ihnen von dem Einfluß geben mögte, den die Mitwirkung deſſelben auf die Genauigkeit der Rechnungen haben ſollte. Dieſer Hof kann Ihnen keine hinreichende Bürgſchaft für dieſe Genauigkeit gewähren, und der Augenblick iſt noch nicht ſo nah, wie ſie glauben, wo die Arbeiten deſſelben eine Controle und ein Beweis für die Richtigkeit der miniſteriellen Angaben ſeyn werden. Noch mehrere Bedingungen ſind zu erfüllen, um dieſen Zweck zu erreichen, und ich werde darauf beſtehn ſie zu fordern, bis ſie erfüllt ſind. Dieſe Bedingungen ſind Gleichförmigkeit in der Aufſtellung der Rechnungen — — endlich die Mittheilung der Belege (production des pièces justificatives de comptabilité) — — Zu keiner Zeit als der gegenwärtigen glaubte man Finanz-Rechnungen ohne Belege und Beweiſe beurtheilen zu können.« *) Auch meh-

---

*) Ganz anders und durchaus günſtig für die von dem Rechnungshof erhaltenen Reſultate ſprach indeſſen derſelbe erſte Präſident in der feierlichen Sitzung des Rechnungshofs v. 26. März des Jahrs 1834 (M. ſ. d. Monit. v. 27. März 1834) „. . . . Les ministres . . . . dont les travaux sont si nombreux ne peuvent voir tous les détails par eux-mêmes. Ils s'applaudissent des bons resultats de vos travaux assidus. Les moindres fautes de leurs subordonnés ne peuvent échapper a nos vérifications et les comptables eux-mêmes lorsqu'ils s'écartent des loix et réglemens, y sont ramenés par vos arrêts. Quelle différence entre nos temps et ceux ou les seuls remèdes aux malversations étoient après un grand nombre d'années les confiscations, les restitutions arbitrairement ordonnées etc. — Aujourd'hui les comptes sont jugés dans l'année même où ils vous sont rendus etc. Der Rechnungshof erließ darauf ein Urtheil des Inhalts „Le compte général de l'administration des finances pour l'année 1832 est d'accord avec les arrêts rendus sur les comptes individuels présentées par tous les agens comptables des

rere Mitglieder der Kammern ſtimmten dieſer Meinung bei, welcher ſich aber die Miniſter nicht fügen wollten. Letzteres iſt auch nicht allein dem Geiſt aller, von den früheſten bis zu den letzten Zeiten über den Rechnungshof erſchienenen Geſetze und Verordnungen gemäß, ſondern es iſt auch ſicher, daß derſelbe ein eigentliches Urtheil nur über die Verwaltung der Einnehmer und Ausgeber der Gelder fällen kann. Bei denſelben fallen auch die großen Schwierigkeiten, die aus dem Unterſchied zwiſchen den Rechnungen nach Dienſt- und gewöhnlichen Jahren (par année und par exercice) entſtehn, ganz weg, ſo wie auch jetzt wirklich die Caſſenbeamten u. ſ. f. nach gewöhnlichen, und nur die Miniſter nach Dienſtjahren *) Rechnung ablegen. Allein auf der andern Seite ſind die Bemerkungen des Rechnungshofs auch über die Verwaltung der Miniſter immer nicht zu verſchmähen, und es wäre daher wohl nützlich, ihn in den Stand zu ſetzen, deren machen zu können: die Kammern wenigſtens und ihre Commiſſionen, ſo groß auch ihr Talent und ihr guter Wille ſeyn mag, ſcheinen gar nicht geeignet, Rechnungen Stück für Stück gründlich zu unterſuchen **). Uebrigens werden auch noch jetzt (dem Artikel 22 des Geſetzes v. 16. Sept. 1807 ge-

---

finances pour ladite année 1832 et accompagnée de pièces justificatives.“

*) Die erſtern Rechnungen nennt man comptes de gestion und die andern comptes d'exercice.

**) Der Verfaſſer der ſchon mehrmals angeführten Schrift: De la comptabilité etc. ſpricht ſich chap. 9 auch gegen die Mittheilung der Belege an den Rechnungshof aus. Er ſelbſt erkennt, daß gründliche Unterſuchung von Rechnungen kein geeignetes Geſchäft für Kammern iſt; allein er glaubt der Rechnungshof (deſſen Präſident, Barbé-Marbois, damals zugleich Finanz-Miniſter war), könne wegen ſeiner untergeordneten Stellung gegen die Miniſter auch nicht Richter derſelben ſeyn. Eine völlige Sicherſtellung gegen jeden Mißbrauch und Unterſchleif mag es in dieſer Materie nun wohl nicht geben. Die Mitwirkung des Rechnungshofes kann dieſelbe aber nur vermehren und in keinem Fall vermindern. Das Geheimhalten der Operationen der Miniſter, welches man ſo oft als Grund angab, iſt jetzt ja ſo nicht mehr möglich.

mäß) die von den Rechnungs-Referendarien gemachten Bemerkungen am Ende des Jahrs geprüft und geſammelt. Den Bericht darüber ſtellt der erſte Präſident dem Siegelbewahrer zu, welcher ihn dem König vorlegt. Hierzu hat das Geſetz vom 27. Juni 1819 und die königl. Verordnung v. 9. Juli deſſelb. J. noch hinzugefügt, daß jährlich von dem Rechnungshof eine Vergleichung der von den Miniſtern für das vorgehende Jahr bekannt gemachten Rechnungen und der von dem Hof über die Rechnungen der Einzelnen gefällten Urtheile (arrêts) aufgeſtellt, und das Ergebniß den Kammern mitgetheilt werden ſoll.

Der Rechnungshof war unter der kaiſerlichen Regierung (Art. 3 d. Geſetz. v. 16. Sept. 1807) in drei Kammern getheilt. Die Erſte beſchäftigte ſich vorzugsweiſe mit den Rechnungen über die Einnahme, die zweite mit denen über die Ausgabe *), und die dritte endlich unterſuchte die Rechnungen, welche ſich auf Einnahme und Ausgabe einzelner Departements und der Städte, deren Büdget von dem Kaiſer ſelbſt feſtgeſetzt ward, bezogen. Um ein Urtheil zu fällen, waren in jeder Kammer wenigſtens fünf Mitglieder erforderlich (Art. 5). Bei Stimmengleichheit entſchied der Präſident (Art. 4). Das Perſonal des Hofs beſtand aus einem Erſten- und drei Präſidenten für die einzelnen Kammern, aus achtzehn Rechnungs-Räthen (conseillers maitres), aus einer von der Regierung feſtzuſetzenden Zahl von Referendarien (conseillers-référendaires) erſter und zweite Klaſſe, einem General-Procurator und einem Oberſecretair **). Außer dieſen Beamten, die vom Oberhaupt des Staats ernannt wurden, hatte der Hof noch eine Menge untergeordneter Beamten, Huiſſiers u. ſ. f. Man ſieht hieraus, daß die Zuſammenſetzung des Hofs mit der vor der Revolution

---

*) Dieſe Geſchäfts-Eintheilung war durch Art. 3 des kaiſerl. Decrets v. 28. Sept. 1807 feſtgeſetzt. Um dieſelbe nicht ſonderbar zu finden, muß man bedenken, daß, obſchon wohl kein Rechnungspflichtiger ausgibt ohne einzunehmen, oder umgekehrt; doch einige im Großen einnehmen und im Einzelnen ausgeben, wogegen andere im Kleinen einnehmen und im Großen ausgeben.

**) Nach Artikel 6 des Geſetzes v. 16. Sept. 1807 ſollten die Mitglieder des Rechnungshofs vom Kaiſer auf Lebenszeit nahe übereinſtimmte. Nur waren die Rechnungs-Reviſoren (conseillers-correcteurs) weggefallen, und die Rechnungsverhörer hatten den Titel: Referendarien erhalten. Auch der Geſchäftsgang und die Amtsbefugniſſe des Hofs waren ſehr nahe wie vor der Revolution. In Hinſicht der letztern iſt noch zu bemerken, daß einige Rechnungen von geringerm Betrag z. B. die der Empfänger von Gemeinden und wohlthätigen Anſtalten, deren Einkommen nicht 10,000 Franken beträgt, von den Präfectur-Räthen unterſucht und feſtgeſetzt wurden. Man konnte indeſſen von dem Ausſpruch derſelben an den Rechnungshof appelliren, der alſo in dieſen Fällen in zweiter Inſtanz urtheilte. Der erſte Präſident hatte die allgemeine Aufſicht und Polizei des Hofs, ſo wie die Vertheilung der Geſchäfte unter die einzelnen Kammern. Er beſtimmte nämlich für jede einzelne Rechnung den Referendar, der ſie unterſuchen, und zugleich die Kammer, an welche er ſeinen Bericht darüber erſtatten ſollte. Die Rechnungen wurden nicht mehr, wie früherhin, von den Rechnungspflichtigen oder ihren Anwälten in der Sitzung der Kammer übergeben, ſondern an das Secretariat eingeſchickt. Doch konnten die Referendarien, wenn ſie es für nöthig hielten, die Rechnungspflichtigen ſelbſt, oder deren Bevollmächtigte (fondés de pouvoir) vernehmen. War bei Unterſuchung einer Rechnung die Mitwirkung mehrerer Referendarien nöthig, ſo leitete ein Referendar erſter Claſſe die ganze Arbeit, und ſtattete, jedoch in Gegenwart der Referendarien, die bei der Arbeit mitgewirkt hatten, den Bericht an die Kammer ab. Die Stimme der Referendarien war jedoch nur eine berathende. Nach Abſtattung des genannten Berichts beſtimmte der Präſident der Kammer einen Rechnungs-Rath, welcher die Rechnung und die Arbeit des Referendars zugleich unterſuchte und darüber ſchriftlichen Bericht an die Kammer erſtattete. Auf dieſen Bericht ward nun das Urtheil gefällt. — Das Geſchäft des General-Procu-

---

ernannt werden; allein Artikel 2 des Decrets v. 28. Sept. 1807 beſchränkte dieſes darauf, daß den zuerſt (bei der Einſetzung des Hofs) ernannten Rechnungs-Räthen und Referendarien erſt nach fünfjähriger Dienſtzeit ihre Stellen auf immer geſichert bleiben ſollten. (M. vergl. Th. 1. S. 667).

rators war ganz daſſelbe, wie bei der ehmaligen Oberrechenkammer. Er ſollte über das Intereſſe des öffentlichen Schatzes wachen, die Rechnungspflichtigen zur Ablage ihrer Rechnungen anhalten, darauf ſehn, daß die Kammern regelmäßig ihre Sitzungen hielten, die Referendarien gehörig ihren Dienſt verrichteten u. ſ. f. Bei allen Geſuchen um Löſchung der Hypotheken, Siegel-Abnahmen; eben ſo, ehe über die gegen einen Beamten vorgebrachten Beſchuldigungen der Erpreſſung und Verfälſchung erkannt ward, mußten ſeine Anträge vernommen werden. Er konnte in allen Fällen, wo er es für nöthig hielt, die Mittheilung der Rechnungen verlangen. An ihn ſchickten die Präfecte die Rechnungen, über deren Feſtſetzung Klage geführt ward. Er beſorgte die Correspondenz mit den Miniſtern, ſchickte ihnen die Ausfertigungen der Beſchlüſſe zu und gab ihnen alle Aufklärungen, die ſie verlangten.

Alles dieſes iſt auch jetzt (i. J. 1833) faſt noch ſo, wie unter der kaiſerlichen Regierung (i. J. 1807). Einige Abänderungen und Zuſätze, welche die Einführung des Repräſentativen Syſtems veranlaßte, haben wir ſchon angeführt. Der Rechnungshof zählt auch jetzt noch 18 Rechnungs-Räthe und beſteht aus drei Kammern; doch iſt die Geſchäftsvertheilung anders. Sie gründet ſich nicht mehr darauf, ob eine Rechnung ſich auf Einnahme oder Ausgabe bezieht, überhaupt nicht mehr einzig auf die Natur des Geſchäfts, ſondern auch auf die Territorial-Eintheilung. Der Almanach royal vom Jahr 1833 gibt dieſe Vertheilung ſehr umſtändlich an, die aber hier anzuführen, zu weitläufig wäre. — Noch iſt endlich zu bemerken, daß der Staatsrath in Beziehung auf den Rechnungshof die Stelle des Caſſationshofes vertritt. Erſterer kann die Urtheile des letztern wegen Verletzung der Formen und Geſetze caſſiren *), muß aber alsdann die Sache an eine andere Kammer des Rechnungshofs zur neuen Beurtheilung verweiſen. Auch hält der Recurs an den Staats-Rath die Vollſtreckung der Beſchlüſſe des Rechnungshofs nicht auf. — Der Rechnungshof hatte ehmals den Rang unmittelbar nach dem Parlament. Unter dem Kaiſerreich

---

*) Loi d. 16. Septembre 1807. art. 17 (Desenne tom. XV. p. 338).

und nach der Reſtauration erhielt er ihn unmittelbar nach dem Caſſationshof. Dem Rechnungshof ſteht jetzt, wie wir ſchon erinnert haben, keine, weder Correctionelle noch Criminal-Gerichtsbarkeit über die Rechnungspflichtigen zu. Selbſt die gegen dieſelben zur Abtragung ihrer Rückſtände angewendeten Zwangsmittel werden nicht, wie ehmals, auf unmittelbares Betreiben dieſes Hofs in Ausübung gebracht. Der General-Procurator deſſelben theilt die Beſchlüſſe des Hofs dem Juſtiz- oder Finanzminiſter oder dem des öffentlichen Schatzes mit, welcher alsdann das Nähere einleitet. Zu allen Zeiten, (ſowohl vor als nach der Revolution) konnten die Rechnungspflichtigen auch durch perſönliche Verhaftung zur Ablegung ihrer Rechnungen ſowohl als zu Abtragung ihrer Rückſtände gezwungen werden. Es iſt ſogar dazu nicht einmal ein Beſchluß des Rechnungshofs nöthig, ſondern die Beamten, welche mit der vorläufigen Feſtſetzung der Rechnungen beauftragt ſind, können vorſorglich einen Zwangsbefehl zur Zahlung (contrainte) erlaſſen, in Folge deſſen die Güter der Rechnungspflichtigen mit Beſchlag belegt, und ihre Perſonen verhaftet werden. So ſagt z. B. Art. 1 des Geſetzes v. 13. Frim. J. 8 *). »Die Commiſſarien des öffentlichen Schatzes, welche durch die Geſetze beauftragt ſind, die Rechnungen der General-Empfänger, Zahlmeiſter der Departements und der verſchiedenen Verwaltungen (régies) proviſoriſch feſtzuſetzen, ſind berechtigt zur Beitreibung der **) Rückſtände dieſer Rechnungspflichtigen alle nöthigen Beſchlüſſe zu faſſen, welche vorläufig durch dieſelben Mittel vollſtreckbar ſind, wie diejenigen der mit dem intermediairen Rechnungsweſen beauftragten Commiſſarien ***).« Dieſelbe Befugniß gab Art. 4

---

*) Desen. tom. XII. p. 376.

**) Das Geſetz v. 12. Vendom. J. 8 Art. 3 (Desen. tom XII. p. 367) ſpricht dieſes ebenfalls und faſt noch deutlicher als das angeführte aus.

***) Man fand ſich während der Revolution zuweilen genöthigt, beſondere Commiſſionen niederzuſetzen, um die Rechnungen einer gewiſſen Periode oder eines beſondern Verwaltungszweigs zu unterſuchen. Hierhin gehört auch die durch das Geſetz v. 2. Meſſid. J. 6 niedergeſetzte, wovon hier die Rede iſt, und deren Beſchlüſſe durch die angegebenen dieſes Geſetzes dieſen Commiſſarien in Beziehung auf die Lieferanten und Unternehmer, welche von der Regierung einen Vorſchuß erhalten hatten, oder ſonſt im Rückſtand waren. Der Conſular-Beſchluß v. 18. Ventoſe J. 8 (Desen. tom. XII. p. 386) legte dem Finanz-Miniſter die nämliche Befugniß bei. Ja jede Verwaltung kann, ſelbſt ohne den Beſchluß eines Miniſters, daſſelbe Mittel gegen diejenigen, welche ſie mit dem Empfang beauftragt hat (gegen ihre préposés), anwenden. Den Gerichten ſteht in ſolchen Fällen über die Hauptſache, über den Betrag der Schuld, über das Recht die Verhafung anzuordnen gar kein Erkenntniß zu — denn jedes Urtheil über die Handlungen der Verwaltungsbehörden iſt ihnen verboten — nur wenn die Verhaftung nicht nach den von dem Geſetz vorgeſchriebenen Formen geſchehn iſt; wenn Exceſſe dabei geſchehn ſind u. ſ. f. findet ein Recurs an die Gerichte Statt. Der Verkauf der Güter der Rechnungspflichtigen ſollte nach dem Geſetz vom 8. Pluv. J. 3 (Cap. III. Art. 8) **) auf dem Verwaltungsweg, ſo wie derjenige der Nationalgüter geſchehn. Allein nach einem, von dem Kaiſer genehmigten Gutachten des Staats-Raths vom 3. Mai 1806, iſt dieſes, da es weder in dem Geſetz v. 11. Brum. J. 6 ***), noch in dem Code Napoleon wie-

---

Zwangsmittel (Beſchlagnahme, endlichen Verkauf der Güter und perſönliche Verhaftung) vollſtreckt wurden (Desen. tom. XII. p. 275).

*) Man ſehe die Entſcheidung des Finanz-Miniſters v. 28. Brum. J. 14 und das Schreiben des Großrichters an den Finanz-Miniſter v. 22. April 1806, welche (Desen. tom. IV. p. 211 in der Note) mitgetheilt ſind, und das Reſultat ſehr vieler Geſetze enthalten, z. B. des Geſetzes v. 26. Sept. 1791 art. (30—34) (Desen. tom. XI. p. 341), des Geſetzes über die Douanen v. 28. Juli 1791 tit. 13 art. 24 (Desen. tom. XV. p. 61). Man vergleiche jedoch das kaiſerl. Decret v. 12. Jan. 1811 (Desen. tom. XII. p. 552.)

**) Desen. tom. XII. p. 86.

***) welches von der „expropriation forcée“ handelt, und wodurch die früher üblichen criées (Th. I. S. 420) ſtillſchweigend abgeſchafft wurden. Es ſpricht nicht beſtimmt von den Rechnungspflichtigen, ſagt aber Art. 9 ganz allgemein „L'adjudication est faite par le *tribunal civil* de la situation des biens, aux enchères et à l'extinction des feux.“

derholt iſt, als ſtillſchweigend abgeſchafft anzuſehn. Der Agent des öffentlichen Schatzes muß alſo dieſen Verkauf vor den Gerichten verfolgen *).

VII. Die Münzgerichte. — Als die Franken Gallien eroberten, behielten ſie die Münz-Einrichtung der Römer bei, und ahmten ſie nach. Schon unter dem erſten Königs-Geſchlecht waren eigene Beamten für das Münzweſen angeſtellt, die in den Capitularien oft unter dem Titel: monetarii erwähnt werden. Unter den Carolingern waren ſie faſt allezeit im Gefolge des Hofes, ſo wie auch die Münzen meiſtentheils im königl. Pallaſt geſchlagen wurden **). Es gab indeſſen ſchon gegen das Ende des erſten Geſchlechts an verſchiedenen Orten des Reichs Münzſtätten. Karl der Kahle (reg. v. 840–877) gründete deren acht, welchen er beſondere Münzmeiſter ***) vorſetzte. Allein die im Gefolge des Hofs angeſtellten Münzmeiſter übten die Oberaufſicht über die letztern aus. Auch unter dem dritten Königs-Geſchlecht gab es ſchon ſehr früh †) Münzmeiſter, und zwar ſowohl allgemeine als beſondere (maîtres-généraux und particuliers). Schon Philip Auguſt ſchlichtete durch ſein Schreiben v. November 1211 (Ordon. tom. I. p. 30) eine Streitigkeit, die ſich zwiſchen den Münzmeiſtern von Paris und den Münzarbeitern (inter Magistros monetae Parisius et operarios ejusdem operis) erhoben hatte. Den erſtern wird darin die Gerichtsbarkeit über die letztern beigelegt. Durch dieſen Umſtand wird es ſehr wahrſcheinlich, daß hier unter Münzmeiſtern, die ſpätern Münzdirectoren oder General-Münzmeiſter (Maitres généraux des monnoies) zu verſtehn ſind. In verſchiednen Verordnungen Philips des Schönen werden indeſſen die maistres des monnoies nur als ſolche angeführt, welche das Techniſche des Münzweſens, das Schmelzen und Prägen der Münzen beſorgten. So iſt z. B. die etwa im Nov. 1314 *) (nachdem dieſer König die Deputirten aller guten Städte über die Reguliruug des Münzweſens befragt hatte), erlaſſene Inſtruction ſo überſchrieben „C'est la fourme et la manière comment sera faite la monnoie d'or que nostre Sire le Roy veut faire faire par le Maistre qui la fera, et le pois et la loi, et le pris comment il seront pris et mis par le Royaume, et ce signifié ledit Maistre es Maistres de la Court le Roy nostre Sire, se ainsi leur plest." Dieſe maistres de la Court le Roy nostre Sire, worunter ohne Zweifel die Staatsräthe verſtanden werden, ſcheinen alſo mit dem Politiſchen des Münzweſens beauftragt geweſen zu ſeyn, doch ſo, daß die Münzmeiſter auch oft dabei zu Rath gezogen wurden **). In den Ordonnances

---

*) M. ſ. Merlin Répert. art. comptable.

**) Capitul. Carol. M. a. 805 cap. 20 (ap. Baluz. tom. I. p. 433 „De falsis monetis quia in multis locis contra justitiam et contra edictum nostrum fiunt, volumus ut nullo alio loco moneta sit, nisi in palatio nostro; nisi forte a nobis iterum aliter fuerit ordinatum. Denarii vero qui pensant et meri sunt, stabiles esse possunt."

***) Edict. Pistens. a. 864. Cap. 12, 13, 14. „Sequentes consuetudinem praedecessorum nostrorum, sicut in illorum Capitulis invenitur, constituimus, ut in nullo loco alio in omni regno nostro moneta fiat, nisi in palatio nostro, et in Quentovico ac Rotomago, (quae moneta ad Quentovicum ex antiqua consuetudine pertinet), et in Remis, et in Senonis, et in Parisio, et in Aurelianis, et in Cavillono et in Metullo et in Narbona."

†) Auch in den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts ſcheint die Münze dem Hof gefolgt zu ſeyn, wie Le Blanc p. 158 aus mehrern zu Zeiten Ludwigs d. 6ten und 7ten in den königlichen Luſtſchlöſſern geſchlagenen Münzen folgert.

---

*) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 548, 549. Die Deputirten von drei und vierzig dort namentlich angeführten Städten, worunter Paris nicht begriffen iſt, ſollten ſich den erſten November 1314 zu Paris verſammeln, um über das Münzweſen zu berathen. Das Reſultat dieſer Berathung findet ſich an der eben angeführten Stelle mitgetheilt. In Folge deſſelben ward die Inſtruction, wovon hier die Rede iſt, erlaſſen. Das Datum iſt nicht angegeben. Alles dieſes blieb aber wegen des bald darauf erfolgten Tods des Königs (er ſtarb den 29. Nov. 1314 an einem Fall vom Pferde) unausgeführt.

**) So heißt es unter andern in der Einleitung der Verordnung Philips des Schönen v. Juni 1313 (Ordon. tom. I. p. 525) „Philippe etc. Comme nous veuillions faire bonne monnoie, et seur le cours d'icelle bonne monnoye . . .

d. Louv. geſchieht, ſoviel ich gefunden habe, in einer Verordnung Philips v. Valois v. 22. März 1339 die erſte beſtimmte Erwähnung von den maistres-*généraux* des monnoies *). Seit dieſer Zeit bis zur Errichtung des Münzhofs (cour des monnoies), wovon ſogleich, ſind faſt alle allgemeinen Verordnungen über das Münzweſen an dieſe maitres-généraux gerichtet **). Sie werden in den königlichen Verordnungen ſehr häufig den beſondern Münzmeiſtern entgegengeſetzt, welche blos techniſche Beamten waren, die ihre Befehle von den erſtern erhielten ***). Nach der Encyclopedie (Art. Cours des Monnoies, unter dem Artikel Monnoies), welche indeſſen ihre Quellen nicht angibt,

---

aions fait par grant déliberation de nostre Conseil, *des Mestres de noz monnoies*, et de grant planté de bonnes gens et sages ou fait des monnoies, de plusieurs bonnes villes de nostre Royaume, certaines Ordonnances etc.“

*) Ordon. tom. II. p. 138, 139. Dieſelbe enthält eine Uebereinkunft, welche zwiſchen den Obermünzdirectoren (Maitres généraux) und den Münzarbeitern und zwar vor der Oberrechenkammer (devant noz amez et feaux les Gens de nos Comptes à Paris) getroffen worden.

**) Sie hatten ihren beſtändigen Sitz zu Paris, und übten die Aufſicht über alle Münzſtätten des Königreichs aus. So heißt es z. B. in einem Befehl Philips von Valois (vom 18. Dec. 1348, Ordon. tom. II. p. 293) an dieſe Maistres-généraux des Monnoies.“ „. . . Eue déliberation de nostre conseil vous mandons que tantost et sans delay vous faciez ouvrer et monnoyer *par toutes nos monnoyes*, doubles de deux Tournois etc.“ Doch gab es (wenigſtens von Zeit zu Zeit) in einigen Provinzen (der Normandie z. B.) eigne Maitres-généraux des monnoies.

***) Ein Befehl Carls des 5ten vom 29. Nov. 1369 (Ordon. tom. V. p. 235) fängt an, wie folgt „Charles etc. à noz amez et feaulx les généraux-maistres de nos Monnoyes: Salut et dilection. Comme pieça et *de long temps;* vous et les généraux maistres qui ont esté pardevant vous, aïez accoustumé à bailler noz Monnoies d'or à faire aux *Maistres particuliers sur certaines* conditions et ordonnances, entre lesquelles aucun Maistre Particulier ne peust ne doit faire sa boeste de Deniers d'or, escharse au dessous d'un VIII$^{e}$ de Carat de Loy qu'il ne soit et ne demeure en aucune amende etc.“

hätten die Ober-Münzdirectoren (maitres-généraux) in den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts mit den Mitgliedern der Oberrechen- und Domainenkammer nur ein Kollegium ausgemacht, welches nach Umſtänden entweder im Ganzen oder Sectionsweiſe entſchied. Allerdings ſcheint auch die Oberrechenkammer ſeit den erſten Zeiten die Oberaufſicht über *) das Münzweſen ausgeübt zu haben. Ob indeſſen die Münzdirectoren Mitglieder dieſer Kammer waren, mögte aus den Ordonnanzen wenigſtens nicht zu erweiſen ſeyn. Späterhin waren beide Kammern ganz ſicher getrennt. Nach der Encyclopedie hätte dieſe Trennung um das Jahr 1358, wegen der Menge der Geſchäfte Statt gefunden. In den Regiſtern des Münzhofs findet ſich wirklich ein Befehl (Ordon. tom. III. p. 340 Not. *a.*), der ſo überſchrieben iſt „Le 28 jour d'Avril 1359 fut apporté en la chambre des Monnoyes, ung mandement de Monseigneur le Regent, duquel la teneur s'ensuit" **). Es gibt ſogar unter dem Datum vom 29. März 1391 einen directen Befehl der Oberrechenkammer an die Ober-Münzdirectoren, wodurch erſtere den letztern aufträgt gewiſſe Münzen prägen zu laſſen ***). In einem Schreiben Carls des ſechſten vom 7.

---

*) Nach der alten Eidesformel, welche man in den Noten zu der Verordnung v. 22. März 1339 (Ordon. tom. II. p. 139 Not. *d.*) findet, mußten die Münzbeamten (Magistri, Custodes et omnes officiales monetarum) ſchwören, quod ipsi servabunt honorem et commodum, et secreta Domini Regis et monetarum, et Camerae Computorum et Thesaurariorum et specialiter secreta mutationum monetarum, et crementorum pretii argenti in monetis.

**) Ein Befehl Carls des fünften v. 13. Oct. 1373 (Ordon. tom. V. p. 642) iſt unterzeichnet wie folgt „Par le conseil estant en la Chambre des Comptes, ouquel estoient les maistres des monnoies." Eben ſo ein anderer Carls des ſechſten v. 18. Nov. 1387 (Ordon. tom. VII. p. 173, 173) „Par le Conseil estant en la Chambre des Comptes, présens les généraulx maistres des monnoies."

***) (Ordon. tom. VII. p. 461 Not.). „Les gens des comptes du Roy nostre Sire à Paris. Aux généraulx maistres des Monnoyes de nostredit Seigneur: Salut. Oye la requeste de l'Aumosnier de la Royne, contenant comme à

Sept. 1390 (Ordon. tom. VII. p. 369) wird das Kollegium der Ober-Münzdirectoren als eine beſondere Kammer (nostre Chambre des Monnoyes) unterſchieden, wobei ſich ein Procurator des Königs befand *). — Das Kollegium der Ober-Münzdirectoren machte auch von je her eine gerichtliche Behörde aus. Schon das Schreiben v. Philip Auguſt v. Nov. 1211 legt denſelben in allen Fällen, Mord, Raub und Brandſtiftung einzig abgerechnet, die Gerichtsbarkeit über die Münzarbeiter bei **), ein Privilegium, welches den Münzarbeitern von mehrern ſpätern Königen, Ludwig d. 8ten, Philip v. Valois, Carl d. 6ten (Ordon. tom. VIII. p. 102) ***) beſtätigt worden, und bis zur Revolution beſtand. Wenn man auch zweifeln könnte, ob in der Verordnung v. Philip Auguſt die General- oder beſondern Münzmeiſter zu verſtehn ſind, ſo fällt doch für die

---

présent il soit grant necessité et deffault de menue Monnoye noire; c'est assavoir de petiz Deniers Tournois, tant pour faire Aumosnes comme autrement, lesquelz petit Tournois ledit Aumosnier à accoustumé donner et aumosner ou fait de l'Aumosne, et non pas Parisis . . : Nous vous mandons que jusques à la Somme de II$^{c}$ marcs d'argent ou environ vous faictes faire et ouvrer en ladicte monnoye, à une fois ou plusieurs etc."

*) Die (Th. 1. S. 635, 636 Not. ****) angeführte höchſt wichtige Verordnung Ludwigs des 11ten v. 21. Oct. 1467, wodurch allen Beamten ihre Stellen geſichert wurden [Ordon. d, Louv. tom. XVII. p. 25, 27] ward auch in der Münzkammer einregiſtrirt. In den Regiſtern des Münzhofs findet ſich in Beziehung auf dieſe Verordn. bemerkt „Léues et publiées en la Chambre des monnoies, le XXVII jour d'Octobre, l'an mil CCC soixante sept présens Sire Germain Bracque, Jehan Erlan, Michel de la Grange, Guillaume Lemaçon et Nicolai Brisoul généraulx-maistres desdictes monnoyes, et maistre Jehan Fourquault, procureur du Roy en ladicte Chambre."

**) (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 30) art. 1 . . . . ego [Rex scil.] reddidi ipsis operariis . . . ipsorum libertatem, quae talis est, . . . . . quod coram nullo judice possint conveniri, nec in judicium evocari, nisi coram magistro monetae eorumdem, nisi in tribus casibus, videlicèt in homicidio, raptu et combustione ignis."

***) Philip von Valois dehnte das Privilegium auch auf die ſpätern Zeiten dieſer Zweifel ganz weg. Schon Philip v. Valois beſtimmte nämlich durch Art. 3 der Verordnung vom 22. März 1339 (Ordon. eom. II. p. 138, 140), daß man die Münzarbeiter, welche nicht arbeiten wollten, oder ſich ſonſt widerſpenſtig gegen die Vorſchriften dieſer Verordnung zeigen würden, den General-Münzmeiſtern (aux généraux maistres de nos Monnoies à Paris) zur geeigneten Beſtrafung zuſenden ſollte.

Ganz insbeſondere kam denſelben auch die Oberaufſicht und die Gerichtsbarkeit über die Wechsler zu, deren Geſchäft mit dem Münzweſen in ſehr naher Verbindung ſtand.*) Nämlich nach den alten Münzgeſetzen war die Ausfuhr von Gold und Silber, und eben ſo die Einfuhr fremder Münzen durchaus verboten. Die letztern und eben ſo alle verrufenen inländiſchen Münzen, auch alles geringhaltige Gold und Silber (billon) mußte ſogleich entweder an die nächſte Münzſtätte abgeliefert oder an einen Wechsler verkauft werden, der nicht mehr als den von dem König feſtgeſetzten Preis dafür bezahlen, und ſie an die Königl. Münzſtätte abliefern mußte.**) Es war alſo

---

Frauen und Familien der Münzarbeiter aus. Sie brauchten, die drei Fälle abgerechnet, ſich vor keinem Richter zu ſtellen „si ce n'est devant les Maistres de nos monnoyes“ worunter ohne Zweifel die maistres-généraulx verſtanden werden.

*) M. ſ. Ordon. tom. III. p. 354 Not. *a*.

**) Es gibt keinen Gegenſtand, worüber ſo viele königl. Verordnungen erſchienen ſind, als über das Münzweſen. Die ſpätern enthalten indeſſen meiſtens nur eine Wiederholung der frühern, ſo wie ſie auch größtentheils nur wegen der Nichtbeachtung der erſtern erlaſſen wurden. Die meiſten Beſtimmungen, in ſo fern ſie die eigentliche Münzgeſetzgebung betreffen, findet man in einer Bekanntmachung (Publication) vom September 1813 (Ordon. tom. I. p. 528 Not) vereinigt. Hier folgt ein Auszug aus einigen Artikeln derſelben. Item. Quod nullus portet extra regnum vasa aurea vel argentea, nisi essent Praelati, Barones vel aliae honorabiles personae, quae pro statu eorum manutenendo, se non possent abstinere a vasis praedictis etc. Item. Quod nulli portent, aurum, argentum, bilhionem [billon] vel aliquam monetam extra regnum, nisi solum Denarios dictos Agnel, quos Dominus noster Rex natürlich, daß die Regierung auf dieſe Wechler immer ein aufmerkſames Auge hielt. Philip der Schöne befahl, daß ſie ihr Geſchäft allezeit öffentlich, zu Paris auf der großen Brücke (dem jetzigen Pont au change), ausüben ſollten. Auch durfte keiner anders, als mit einer beſondern Erlaubniß der Regierung ſich mit dieſem Geſchäft befaſſen. *) Philip v. Valois gab durch eine Verordnung vom 27. Auguſt 1348 Art. 10 und durch eine andere vom 23. März deſſelben Jahrs Art. 9 den Obermünzdirectoren die Befugniß, die Wechſeler zu wählen. **) Carl der fünfte (als Stellvertreter ſeines Vaters) erließ den

---

facit fieri de praesenti, nisi essent peregrini vel aliae personae quae haberent facere extra regnum, quibus Gentes Regiae permittant portare parvos turonenses, vel parvos parisienses pro eorum expensis sufficienter etc. Item quod nullus campsor, aurifaber, vel alius non possint emere argentum, nisi solum pro pretio quod dabitur in monetis Regis et unum denarium minus pro libra tantum etc. Item. Quod nullus campsor, nec alius non portet argentum vel bilhionem, nisi solum ad monetam Domini Regis, et ad illam quae erit propinquior de locis ubi erunt . . . . . abque hoc quod eas recassent vel trebugent, qui contrarium faciet amittet aurum argentum et Bilhionem, et erit in voluntate et misericordia Domini Regis de corpore et avero.“ Das Letztere wird Etwas deutlicher durch die Verordnung Philips v. Valois vom 25. März 1332 Art. 13 (Ordon. tom. II. p. 83, 87) „que nuls Changeurs, Orfevres ne autres quiex que il soient, ne soient si hardiz sur paine de corps et d'avoir, de affiner ni de rechassier argent billon ne autre monneye blanche ou noire quele que elle soit, ne trebuchier ne recourre nulle monnoye, quelle que elle soit.“

*) M. ſ. d. Brief Philips d. Schönen vom 22. Juli 1305 Art. 4 (Ordon. tom. I. p. 432, 433) „Que nus ne soit osez de changer, ne de tenir change en nostre terre, se il n'en a nostre assentement et nostre congié des ores.“

**) Ordon. tom. II. p. 292, 296, 299 „Que touz changeurs et non autres, qui auront congié et licence des généraulx Maistres de noz monnoies données depuis ceste ordonnance puissent faire tout fait de change selon le contenu d'icelles par touz les lieux ou congié leur en aura esté donné desdiz Generaulx-Maistres: Et que iceulx ne soient contrainz à avoir nulles autres lettres, ou man-

12. Mai 1356 (Ordon. tom. III. p. 146) eine Verordnung, nach welcher (Art. 4) die Wechsler in allen guten Städten, die einen Maire und Scheffen hätten, von dieſen- und in den andern von vier oder ſechs Sachverſtändigen (Preudommes), die zugleich achtbare Bürger (notables Bourgeois) wären, gewählt werden ſollten. Die Namen derſelben wurden an die Oberrechenkammer geſchickt, von welchen die Obermünzdirectoren ſie erhalten und in ihre Regiſter eintragen ſollten (afin de en avoir cognoissance pour aucune cause appartenant à leur office. *) Durch einen Befehl vom 25. November 1384 (Ordon. tom. VII. p. 97) trug Carl der ſechſte den Obermünzdirectoren (généraux- Maistres de noz Monnoies) auf, ſich in allen Städten des Reichs entweder einzeln oder zuſammen in die Wohnungen der Wechſeler zu verfügen, und alles Gold, Silber, ſo wie alle ſchlechte Münzen (billon), welche ſie dort finden würden, in die dortigen Münzen zu ſchicken. Sie ſollten zugleich alle, die ohne gehörige Erlaubniß ſich mit dem Wechſelgeſchäft befaßten, abſetzen und nach Umſtänden beſtrafen. Durch ein anderes Schreiben deſſelben Königs vom 15. Juli 1384 (Ordon. tom. VII. p. 86) erhielten die Obermünzdirectoren den Auftrag, die verſchiedenen Münzſtätte zu unterſuchen, und die minder tauglichen Beamten zu entfernen (oster et débouter) **).

Auch über die Goldſchmiede übten die General-Münzdirectoren von je her in Beziehung auf ihr Geſchäft eine Aufſicht und Gerichtsbarkeit aus. Was die Beſtrafung der Privatperſonen, die gegen die Münz-Ordnungen fehlten, betrifft, ſo kam dieſe zu den Zeiten Ludwigs d. H. den Amtmännern zu, welche

---

demens d'aucun de noz justiciers de nostre Royaume, pour faire ledit fait de change."

*) Auch in dieſer Verordnung heißt es Art. 4 „Et ne soit aucun si hardys sur paine de corps et d'avoir de faire fait de change en apert, en chambre ou en lieux obscurs et celez, mais en lieux publiques et accoûtumez par les changeurs elleus seulement comme dit est etc."

**) Aus demſelben Schreiben erſieht man, daß man es ſchon von frühern Zeiten her für angemeſſen hielt, die Münzbeamten aus einer Münzſtätte des Reichs in eine andere zu verſetzen (remuer d'une Monnoye en autre).

dieſe Befugniß bis zu den letzten Zeiten mit den Münzgerichten theilten. Ludwig der zehnte erließ den 19. Nov. 1315 einen Befehl an den Amtmann von Maçon (Ordon. tom. I. p. 609), wodurch er ihm auftrug, alle fremden und nachgemachten Münzen, die in den Händen von Privaten getroffen würden, zu durchbohren *) und denſelben wiederzugeben. Wechslern und Goldſchmieden hingegen, welche die verbotenen Münzen kennen müßten (qui lesdites monnoies déffendues doivent connoistre), ſollten ſie, wenn ſie Gebrauch davon machten, abgenommen werden und dem König verfallen ſeyn.

Philip v. Valois befahl (d. 23. März 1348 (Ordon. tom. II. p. 296) dem Vogt von Paris auf die Befolgung der königlichen Verordnungen über das Münzweſen beſſer zu wachen,

---

*) Daſſelbe befahl ſchon Ludwig d. H. i. J. 1265 (Ordon. tom. I. p. 94, 95) art. 3 „Et veut et commende [le Roy] que les monnoyes qui sont contrefaites à la senne (sienne) . . . . ne queurrent à nul pris, ains veut et commande que ils soient perciez en quelconque lieu que len les trouvera entre cy et la-mi-Aoust, et après ce terme si l'en en trouvoit nules qui ne fussent percié en quelconque lieu que ce fust, ils seroient prins et perdus à ceux qui il seroient.“ Späterhin durchſchnitt man dieſe verbotnen Münzen. Eigne Commiſſarien waren beſtellt, um darauf zu wachen. Ein zweiter Fortſetzer von Nangis (Dachery Spicileg $2^e$ edit. (tom. III. p. 108 Col. 2; Ordon. tom. III. p. 27 Not. *s*.) ſagt zum J. 1346 „Tunc etiam et deinceps et antea, superscindebantur floreni propter novas monetas quae noviter fiebant, et super quos inveniebantur aliae monetae quam illae quae erant noviter factae, sine misericordia scindebantur et adhuc illi, cujus erant, tradebant salarium non voluntarium scindentibus pro labore et tunc oportebat tales pecunias tradera camsoribus cum damno non modicae quantitatis.“ Das Nähere erhellt aus einem Befehl des Grafen von Armagnac an den Seneſchall von Beaucaire vom März 1346 (Ordon. tom. II. p. 332). — Dieſe „Coupeurs des Monnoyes“ waren bei dem Volk ſehr verhaßt, ſo daß König Johan durch Art. 11 der Verordnung v. 28. Dec. 1355, welche nach der von den Ständen geſchehenen Bewilligung der Steuren (aides) erlaſſen ward (Ordon. tom. III. p. 19, 27), ſie gänzlich abſchaffte.

und die Zuwiderhandelnden zu beſtrafen. Von der Gerichtsbarkeit der généraux maitres des monnoies iſt dort gar keine Rede, welches um ſo auffallender iſt, als dieſer Beamten an mehrern Stellen Erwähnung geſchieht (z. B. Art. 9, daß Niemand ohne ihre Erlaubniß das Wechſelgeſchäft ausüben dürfe). Zuweilen ernannte der König auch einen oder mehrere beſondere Commiſſarien, um alle Münzvergehn zu beſtrafen. So beſtellte Philip der Schöne d. 18. Sept. 1313 drei ſolcher Commiſſarien (Johan von Cerez, Schatzmeiſter von Liſieur, Wilhelm v. Hangeſt und Peter Le Feron) um für alle in der Vogtei von Paris vorfallenden Münzvergehn die durch die königl. Verordnungen feſtgeſetzten Strafen zu erkennen, und dieſelben nach Umſtänden zu mildern *).

Den 17. September 1361 fand der König Johan, wegen der Saumſeligkeit, welche die Münzdirectoren, Amtmänner und ſonſtigen Juſtizbeamten ſich bei Beſtrafung der Münzvergehn zu Schulden hatten kommen laſſen **), es für angemeſſen, zwei General-

---

*) (Ordon. tom. I. p. 527, 528 Not.) „. . . . Nous fions, commettons à vous trois, et à deux de vous, la cure de l'observation, ou garde de ces ordonnances et déffenses en la Prevosté de Paris, et ès ressort d'icelle Prevosté, mesmement de celles ordenances et défenses, que Nous de nouvel avons faites, pooir et autorité d'enquerre de plain la cognoissance, la punicion, par prise de cors et de biens et correction pléniere de tous ceuz que vous trouve*rois* avoir fait, ou feront contre lesdites ordenances et défenses, tant fautes [faites] de nouvel, comme en temps passé po*ir* d'attremper les painnes contenues en icelles ordenances et déffenses etc.“ Welche Mißbräuche indeſſen oft mit dieſen attrempements getrieben wurden, darüber ſehe man oben d. S. 305 ** angeführten Geſetzesſtellen.

**) (Ordon. tom. III. p. 520) . . . . Nous avons entendu et voir est, que en la négligence et coulpe dampnable de nos généraulx-mestres des monnoies, Seneschaux, Baillis et autres officiers, plusieurs mestres particuliers de nosdites Monnoies en icelles ont fait plusieurs fautes . . . . Et aussi plusieurs Changeurs, orfevres, espiciers, Merciers et autres gros marchans en venant folement contre nozdites Ordenances etc.“

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und Special-Reformatoren für das Münzweſen*) zu beſtellen. Dieſelben ſollten ſich in alle Theile des Königreichs und beſonders in die Normandie begeben, und dort die Bulle des Pabſtes (gegen die Münzverfälſcher) verkündigen laſſen. Sie erhielten das Recht, alle Uebertreter der Münzgeſetze auf dem Civil- und Criminalweg zu beſtrafen. Carl der ſechſte gab d. 7. Sept. 1390 (Ordon. tom. VII. p. 369) den General-Münzdirectoren die Vollmacht, in allen Provinzen, wo ſie es für gut hielten, geeignete Perſonen zu ernennen, welche, kraft des ihnen im Namen des Königs gegebenen Auftrags alle, welche fremde Münzen bei ſich führten, wo ſie immer angetroffen würden, heilige Oerter ausgenommen, ergreifen, die Münzen durchſchneiden, und in die nächſte Münze bringen laſſen ſollten. Dieſe Commiſſarien wurden verpflichtet, von vier zu vier Monaten nach Paris in die Münzkammer (à Paris en nostre chambre

---

*) Ibid. p. 521 „. . . . Nous vous [nos amez et feaulx Conseillers, Olivier le Fevre et Adam Chante-prime] commettons et establissons générauls et especiauls Réformateurs, et voulons que vous et chascun de vous aiez et vous donnons plain povoir et auctorité de nos Ordenances faire tenir et garder entre toutes personnes, de punir et corrigier criminelment et civilement touz les transgesseurs d'icelles, chascun selon la qualité de son meffait, de faire ordener instruccions sur le fait des gens de nozdites Monnoies . . . . Et voulons que en toutes ces choses, vous et chascun de vous procedez sommierement et de plainz senz ordre de plait et de procès et senz figure de jugement, non obstant quelzconques doleances ou appellations, lesqueles nous adnullons du tout en ce cas en voulans vos jugemens, Sentences et Ordenances sortir et avoir leur plain effect. Et d'abondant, vous donnons et à chascun de vous povoir et auctorité de ramener cas criminels à civils (m. ſ. Th. I. S. 471), et de faire toutes et teles matières de composicions, comme bon vous semblera etc.“ Was unter sommierement et de plainz u. ſ. f. zu verſtehen iſt, erhellt noch deutlicher aus einem Beſchluß des Parlaments vom 22. Auguſt 1361 (Ordon. tom. III. p. 521 Not. c.) Summarie et de plano, sine longis strepitu et figura judicii, cursum et stilum aliarum*que* causarum nostri Castelletti Parisiensis omittendo.“

des Monnoies) zu kommen, um die in Folge ihrer Commiſſion gemachten Acte (exploits) mitzutheilen. „Et tous ceulx (ſetzt das königl. Schreiben hinzu) qui par information ou autrement deuement, leur aparront estré coulpables des meffaictz et delictz dessus diz, avecques ceuls qui les vouldroient destourber ou empescher, ou seroient desobeissans es choses dessus dictes, adjournent iceulx par main mise ou autrement, si comme le cas le requerra *par devant vous à Paris pour répondre à nostre Procureur etc.*“

Im Jahr 1467 (den 8. Sept.) übertrug oder beſtätigte vielmehr Ludwig der 11te den Münzdirectoren die volle Strafgerichtsbarkeit in Münzſachen, ſo wie ſie Ihnen von je her, ſagt der König, zugeſtanden hätte. — Franz der Erſte, unter dem die Regierung und Verwaltung ſich der Form, welche ſie unter Ludwig dem 14ten noch beſtimmter annahm und bis zur Revolution behielt, ſehr näherte, erließ auch über das Münzweſen und die Gerichtsbarkeit in Münzſachen mehrere wichtige Verordnungen. Die ausführlichſte von allen, gegeb. zu Blois den 19. März 1540 (welche man vollſtändig in der Sammlung von Rebuffe findet), ſetzt den Zahlwerth einer Menge von Münzen feſt, und beſtätigt und erweitert überdem faſt alle von den frühern Königen gegebenen, allgemeinen Vorſchriften. Keiner ſollte, unter einer willkührlichen Geldſtrafe, das Geſchäft eines Wechslers (das ausländiſche und verſchriene Münzen umzuwechſeln) anders als kraft eines königlichen, an die General-Münzdirectoren gerichteten und von dieſen für ächt erklärten Schreibens (sans lettres de nous addresçantes aux généraux de nos mon-

---

*) Nachdem der König von den täglich vorfallenden Vergehn gegen die Münzordnungen geſprochen, ſagt er (Ordon. tom. XVII. p. 14, 15) „avons ordonné pour y donner provision, que noz amez et féaulx les généraulx maistres de nosdictes monnoyes se transporteront diligemment en plusieurs et divers lieux de nostredict Royaume, pour nosdictes ordonnances anciennes et nouvelles faire entretenir et garder, et diligemment eulx informer des delinquans et transgresseurs, et en faire la pugnicion selon l'exigence des cas ainsi qu'il leur loist et *appartient, de leur office, et que accoustumé l'ont été de toute ancienneté etc.*

noyes et par eulx verifiees) treiben dürfen. Die Wechsler mußten ihr Geſchäft an öffentlichen Orten, unter den Augen des Publikum's (à la vue d'un chascun), ausüben, und in ihrem Geſchäftslocal (comptoir) eine Tafel angeheftet haben, worauf der ihnen von den Münzdirectoren für jedes Stück bewilligte Gewinn verzeichnet war. Dort mußte auch eine Scheere hangen, um die eingewechſelten fremden Münzen vor den Augen derjenigen, welche dieſelben abgaben, zu zerſchneiden (daſſelbe beſtimmte die Ordon. d'Orleans d. 1660 art. 148). Ueberdem mußten ſie Buch und Regiſter darüber führen. Zu Paris ſollten die Münzdirectoren von Monat zu Monat oder noch öfter die Bücher und Regiſter der Wechsler in den Häuſern derſelben unterſuchen oder unterſuchen laſſen. In den übrigen Städten ward den Amtmännern, deren Stellvertretern, den Münzaufſehern (gardes des monnoies) dieſelbe Verrichtung, und zwar unter Zuziehung des königl. Procurators, übertragen. Derſelben Unterſuchung waren auch die Goldarbeiter, Juwelirer und Feinbrenner (affineurs) unterworfen. Gold und Silber, deſſen Feinheit unter 10 Deniers *) war, durfte nur mit Erlaubniß der Münzdirectoren noch weiter fein gebrannt werden. Die Operation mußte überdem in der Münze vorgenommen werden, und Niemand durfte die dazu nöthigen Oefen und Geräthſchaften in ſeinem Haus haben **). Die Feinbrenner waren überdem gehalten, über alle ihre Arbeiten, ſo wie über die

---

*) unter $\frac{5}{6}$ des ganzen Gewichts. In dem Text ſteht „défendons . . . . d'affiner aucune matière *quelque qu'elle soit* au dessoubz de dix deniers de loy etc." ohne den Zuſatz „quelque qu'elle soit" könnte man glauben, hier ſey blos vom Silber die Rede, indem nur die Feinheit des Silbers in deniers, die des Goldes aber in Karat ausgedrückt zu werden pflegt. Uebrigens bezweckte man durch dieſes Verbot, daß alles geringhaltige Silber in die Münze gebracht würde, und dieſe dadurch in dem Silber zugleich das Kupfer bekäme.

**) Schon die Verordnung Philips des Schönen vom Januar 1308 (Ordon. tom. I. p. 454, 455) enthält Art. 7 „Et encores eussions nous défendu estroitement, que nus en nostredit Royaume n'affinast ne rachetast Argent ne billon, fors en l'hostel de nos monnoyes."

Namen der Eigenthümer des von Ihnen fein gebrannten Golds und Silbers Buch und Regiſter zu führen. Auch ſollten die Münzdirectoren, den alten Verordnungen gemäß, zwei von Ihnen als Commiſſarien in die Provinzen ſenden, um dieſe Unterſuchung von Stadt zu Stadt vorzunehmen. Sie ſollten ganz beſonders darauf merken, ob von den fremden Münzen, welchen man im Reich den Umlauf verſtattet hatte, vielleicht neue (von geringerm Schrot und Korn) geprägt und eingeführt worden, und wenn ſie derſelben anträfen, einige Stücke an die Münzkammer in Paris ſenden, um ſie dort auf ihren Gehalt prüfen zu laſſen. Das Reſultat ſollte endlich nebſt dem Gutachten der Münzdirectoren dem königl. Staatsrath zugeſtellt werden. Den nämlichen Auftrag erhielten in Burgund, Bretagne, Dauphiné und Languedoc, die für dieſe einzelnen Provinzen beſtellten Münzdirectoren (maîtres généraulx des monnoies). Uebrigens wurden alle Münzen und Münzbeamten des ganzen Königsreichs der Münzkammer von Paris untergeordnet. Doch ſollten die Münzdirectoren der eben genannten Provinzen, Burgund u. ſ. f., wenn ſie ſich zu Paris befänden, Sitz und Stimm in der dortigen Münzkammer haben. Wegen der Schwierigkeit Münzverfälſchungen zu erkennen und zu verfolgen, ſollte in allen Prozeſſen über Münzſachen, worin entweder von einem Ausſpruch der Münzkammer zu Paris, oder des Vogts daſelbſt, oder eines Amtmanns, Seneſchalls u. ſ. f., die unmittelbar unter dem Parlament von Paris ſtanden, an dieſes appellirt ward, der Präſident der Münzkammer oder zwei von derſelben beauftragte Räthe hinzugezogen werden, und dabei die Zahl der Parlamentsglieder, die ſonſt bei einem Urtheil mitwirken mußten, ungeändert bleiben. Daſſelbe Vorrecht genoſſen die Münzdirectoren in den einzelnen Provinzen, wenn von ihren Urtheilen an die dortigen Parlamente appellirt ward. Urtheile der Münzkammer von Paris, welche die Abſetzung oder Suspenſion eines Münzbeamten ausſprachen, waren dabei vorläufig und der Appellation ungeachtet vollſtreckbar. Durch ein Edict vom Januar 1551 (unter Heinrich dem Zweiten) ward endlich die Münzkammer zu einem ſouverainen Gerichtshof erhoben, der in allen zu ſeiner Competenz gehörigen Civil- und Criminalſachen durch einen unabänderlichen Beſchluß und in letzter Inſtanz (par arrêt et en dernier ressort) ſprach. Der große Staatsrath (le grand conseil) trug dieſes Edict ſchon gleich den folgenden 27. Februar in ſeine Regiſter ein: das Parlament von Paris zögerte. Das Edict ward bei demſelben erſt den 12. und 20. April in Folge eines beſondern königlichen Befehls (lettres de jussion) und nochmals d. 17. Juni auf das Geſuch des königl. Procurators des Münzhofs, doch nur mit gewiſſen Beſchränkungen, einregiſtrirt. Das Edict ward durch ein anderes v. J. 1570 und endlich durch Eines v. J. 1653 von neuem beſtätigt. Durch das letztere wurden alle Beſchränkungen, welche das Parlament bei der Einregiſtrirung des Edicts v. J. 1551 gemacht hatte *), gehoben (Ferrier. Dict. d. D. art. Cour des monnoies) **).

Die Gerichtsbarkeit des Münzhofs erſtreckte ſich nicht allein über alle Münzbeamten, Münzmeiſter, Probirer und Münzarbeiter, ſondern auch über Alle, die auf irgend eine Weiſe in Gold und Silber arbeiteten, oder Handel damit trieben, als Goldſchmiede, Juwelirer, Goldſchläger, Goldſammler, Bergleute, Schwertfeger, Meſſerſchmiede, Uhrmacher, Geldwechsler u. ſ. f. Alle dieſe ſtanden in Sachen, die ſich auf ihr Geſchäft und auf den Gold- und Silberhandel bezogen, in letzter Inſtanz unter dem Münzhof. Daſſelbe galt von denjenigen, welche Schmelztiegel und überhaupt irdene Gefäße zum Schmelzen der Metalle verfertigten. Auch diejenigen, welche Laboratorien und Werkſtätte zum Schmelzen der Metalle anlegten, mußten von dem Münzhof die Erlaubniß dazu erhalten, und ſie in deſſen Regiſter eintragen laſſen. Die Münzgeſetzgebung behielt überhaupt bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution ihren urſprünglichen Character von Härte, ſo wie wir ihn ſchon oben dargeſtellt haben, zum großen Theil bei. Aus den neuern Zeiten beziehn ſich beſonders hierauf die Erklär. v. 24. Oct. 1711, das Edict v. Febr. 1718 und v. Febr. 1726. Um dem König den Vortheil, den er aus dem Münz-Regal zog, zu ſichern, blieb das Recht mit Gold und Silber zu handeln, ſehr beſchränkt. Nach den eben angeführten Geſetzen war es den Gold- und Silberarbeitern unter lebenslänglicher Galeerenſtrafe verboten, Münzen zu ihren Arbeiten zu verwenden. Wer Gold und Silber zu einem höhern Preis, als die Münze, einkaufte, verfiel außer der Confiscation der eingekauften Waare in eine Strafe von 3000 Livres. Nach Art. 4 des Edicts v. J. 1726 durfte Niemand im Beſitz verrufener inländiſcher und überhaupt ausländiſcher Münzen ſeyn; ſondern Jeder mußte dieſe in die königl. Münze liefern, welche dieſelbe zu einem beſtimmten Preis (wobei ſie ſicher den Schlagſchatz gewann) bezahlte. Nach Art. 5 deſſelben Edicts, waren die Richter, welche bei Siegel-Anlegungen, bei Beſchlagnahmen, bei der Anfertigung von Inventarien und bei ähnlichen Fällen (ou il échoit transport des juges) ſolche verrufene oder ausländiſche Münzen fanden, bei Interdictions-Strafe verpflichtet, davon auf der Stelle dem königl. Procurator des Münzhofs oder der untern Münzgerichte Anzeige zu machen. Nach Art. 7 ward den General-Procuratoren bei den Münzgerichten, deren Subſtituten, ſowohl zu Paris als in den Provinzen, das Recht beigelegt, bei den Verſiegelungen, der Aufſtellung der Inventarien u. ſ. f. gegenwärtig zu ſeyn. Man mußte ſie ſogar davon benachrichtigen, ohne daß jedoch daß Nichterſcheinen derſelben das Verfahren aufhalten konnte. Nach (Art. 6) ward dem Angeber derjenigen, die das Edict übertraten, es mogten Privaten, Beamten oder gar Gemeinden ſeyn, die Hälfte der confiscirten Güter und der Strafgelder zugeſichert; und zwar ſollte ihm dieſelbe von den Münzdirectoren (par les directeurs de nos monnoies) auf eine bloße Beſcheinigung des Staatsprocurators des Münzhofs, worin der Name des Angebers nicht genannt zu ſeyn- und ohne daß letzterer eine andere Quittung als dieſe Beſcheinigung zu geben brauchte, ausbezahlt werden. Nach Art. 8 endlich ſollten auch Allen, welche verrufene oder fremde Münze in Verwahrung hatten (les dépositaires), unter Confiscationsſtrafe, und ſo, daß den Eigenthümern der Regreß gegen ſie geſichert bliebe, gehalten ſeyn, dieſe Gelder in die königl. Münzen einzuliefern *). Der Münzhof erkannte (nach Art. 6 des Edicts vom J. 1551) mit den Amtmännern und Marſchallsvögten zugleich und nach dem Preventions-Recht (par concurrence et prévention) über das Verbrechen der Münzverfälſchung, ſie geſchehe durch Prägung falſcher Münzen, Beſchneidung (rognure) u. ſ. f. **). In den ältern Zeiten wurden die eigentlichen Falſchmünzer lebendig geſotten ***).

---

*) Die Ordon. d'Orleans d. 1660 art. 41 nahm dem Münzhof ſogar alle Gerichtsbarkeit wieder ab „Avons pareillement supprimé tous offices de nostre Cour et Chambre de nos Monnoies à Paris, jusques à ce qu'ils soient reduits au nombre ancien: et la réduction faite, y sera pourvû de personnes experimentées au fait des Monnoies et metaux qui sont incorporez, comme d'ancienneté au corps de nostre Chambre des Comptes: et n'auront autre connoissance que du jugement des boëtes (m. ſ. d. Folgende), lesquelles leur serout apportées chacune année pour les juger, et dresser les estats des Maistres des Monnoies. Et quant à la punition des fautes et abus qui se commettront au fait des monnoies tant par les officiers d'icelles, que faux Monnoyeurs, appartiendra et démeurera à nos Baillis et Sénéchaux ou leurs Lieutenants" Dieſes ſcheint indeſſen nicht in Ausübung gekommen zu ſeyn.

**) Auch im Juli 1778 (unter Ludwig d. 16ten) erſchien ein Edict über die Einrichtung des Münzhofs.

---

*) Dieſe harten Geſetze exiſtiren jetzt nicht mehr. Schon Ludwig d. 15te milderte ſie bedeutend durch ſeine Erklärung vom 7. Oct. 1755. Der Handel mit Silber und Gold ſo wie mit fremden Münzen ward dadurch (Art. 1) ganz frei gegeben, auch (Art. 3) das Einſchmelzen derſelben jedoch nur vermöge einer beſondern Erlaubniß entweder des Königs oder Münzhofs und noch mit der Beſchränkung erlaubt, daß man ſich in Hinſicht des letztern den darüber beſtehenden polizeilichen Verordnungen unterwerfen müſſe. Wenn verſchriene inländiſche Geldmünzen irgendwo entdeckt würden, ſo ſollten dieſelben (Art. 4) innerhalb vierzehn Tagen in die königl. Münzen geliefert, und von dieſen vergütet werden. Erſt nach Ablauf dieſer Friſt ſollte die Confiscation Statt finden. Das Ausgeben fremder Münzen als ſolcher (à la pièce) blieb indeſſen (Art. 2) verboten und den frühern Strafen unterworfen.

**) In Beziehung auf die Annahme von verrufenen Münzen oder auch von wirklich erlaubten über- oder unter dem geſetzlich beſtimmten Werth derſelben legte ſchon die Verordnung Franz des Erſten v. J. 1540 (Art. 39) den Münzdirectoren und Amtmännern die gleichzeitige Gerichtsbarkeit bei.

***) Lauriere bemerkt (zu Ordon. tom. I. p. 93), daß nach dem grand coutumier liv. I. p. 17 nur diejenigen, welche

Dieſe unerhörte Strafe ward unter andern i. J. 1347 zu Paris an zwei Falſchmünzern vollſtreckt *). Ja noch in der Mitte des 16ten Jahrhunderts i. J. 1550 gibt es ein Beiſpiel von Anwendung dieſer Strafe. Die eben angeführte Münzordnung Franz des Erſten v. J. 1540 enthält keine Strafbeſtimmung für die Falſchmünzer, doch beſtimmte der letzte Artikel, daß diejenigen, welche die Münzen, die in Frankreich Umlauf hätten, beſchnitten oder veränderten (alteroient), eben ſo wie die Falſchmünzer geſtraft werden ſollten **). Das Nämliche ward durch

---

die königlichen Münzen nachmachten, lebendig geſotten würden; doch geſchehe dieſes nicht mit denjenigen, welche die Münzen der Prälaten und Barone nachmachten. M. ſ. indeſſen, was (Th. I. S. 444 *) aus Boutil. angeführt worden.

*) Merlin Répert. art. bouillir. Gewöhnlich geſchah das Sieden in bloßem Waſſer; zuweilen ward noch ſiedendes Oel hinzugeſetzt.

**) Dieſer Artikel beſtätigt nur dasjenige, was derſelbe König ſchon in ſeiner zu Lyon den 13. Juli 1536 erlaſſenen Verordnung über das Münzweſen (die ſich ebenfalls bei Rebuffe findet) feſtgeſetzt hatte „Et quant aux rogneurs d'escuz et autres especes d'or et d'argent ayant cours en nostredict Royaulme, et qui les rendent en fonte du fort au foible (d. h., welche die zu ſchweren Münzen [les monnoies fortes] auswippen und einſchmelzen), considéré que c'est un larrecin public, participant de faulce monnoye, dont la faulseté ne peut consister qu'en poids ou alloy: voulons statuons, ordonnons et nous plaist par cesdictes présentes, que la et au cas qu'aucun ou aucuns seront cy apres reprins, chargez et convaincus desdicts rognemens et déformement d'escuz, testons, douzains et autres especes d'or ou monoye, ayants cours en nostredict Royaulme: ilz soient punis dudict cas, tout ainsi et de mesme punition que les faulx monnoyeurs, sans y faire aucune difference, à ce que la qualité desdictes peines soit tant exemplaire et de telle tremeur aux délinquans, qu'elle face cesser telz cas et delicts tant préjudiciables à nous et à la chose publique de nostre Royaulme etc.“ Der letzte Artikel der Verordnung v. J. 1540 dehnt dieſelbe Strafe noch beſtimmter auf alle „espèces d'or, d'argent; monoye blanche *ou noire*, ayants cours en nostredict Royaulme“ aus.

die Verordnungen einiger der nachfolgenden Könige, unter andern durch die Carls des 9ten v. J. 1560 Art. 149 feſtgeſetzt. Im Jahr 1582 wurden zwei Falſchmünzer von dem großen Gerichtstag (cour des grands jours) von Clermont zum Galgen verdammt. Dieſe Strafe ward durch das Edict v. Febr. 1726 als die gewöhnliche Strafe der Falſchmünzer feſtgeſtellt. Nach Art. 16, 17 deſſelben wurden alle Schloſſer, Schmiede und ſonſtige Eiſenarbeiter, welche Münzmaſchinen, Prägeſtöcke u. ſ. f. ohne Erlaubniß der Münzbeamten verfertigten, eben ſo alle, welche Stempel ſchnitten u. dgl., gleich den Falſchmünzern beſtraft. Selbſt diejenigen, welche dieſe Maſchinen verführten, oder bei ſich aufnahmen, ohne den Münzbeamten, oder in den Provinzen den Intendanten davon Anzeige zu machen, wurden (Art. 18) als Mitſchuldige der Falſchmünzer angeſehn. — Nach dem peinlichen Geſetzbuch der Conſtituirenden vom 22. Decemb. 1791 (Deuxiem. Part. tit I. Sect. VI. art. 1; Desen. tom. III. p. 352, 367) wurden diejenigen, welche Münzen, die in Frankreich geſetzlichen Umlauf hatten, nachprägten oder verfälſchten, oder dazu beitrugen, ſie zu verbreiten (à l'exposition desdites espèces ou monnoies), oder in das Reich einzuführen, mit fünfzehnjähriger Kettenſtrafe beſtraft *). Nach Tit. III. Art. 1 (ibid. p. 384) traf jeden, der dem Urheber eines Verbrechens wiſſentlich und in böſer Abſicht die Mittel, Waffen und Werkzeuge zur Ausführung ſeines Verbrechens verſchaffte, oder ihm entweder bei der Vollendung des Verbrechens ſelbſt, oder bei den Handlungen, welche die Ausführung deſſelben vorbereiteten und erleichterten, Beiſtand leiſtete, die nämliche Strafe, wie den Urheber. Die Beſtimmungen der Napoleon'ſchen Geſetzgebung über die Falſchmünzerei finden ſich Cod. Pén. art. (132—138). Dieſelbe unterſcheidet 1) ob die nachgemachten oder verfälſchten Münzen Gold- und Silber- oder Kupfermünzen ſind, 2) ob die Münzen, wovon es ſich handelt, in Frankreich geſetzlichen Umlauf haben, oder ob es fremde Münzen ſind. Nur derjenige,

---

*) Wer National-Papiere, die als Geld umliefen, nachmachte, oder wiſſentlich dazu beitrug, ſie zu verbreiten oder in Frankreich einzuführen, ward (ibid. art. 2) mit dem Tode beſtraft.

welcher Gold- oder Silbermünzen, die in Frankreich geſetzlichen Cours haben, nachprägt oder verfälſcht, oder ſich daran betheiligt, daß ſie ausgegeben oder verbreitet (à l'emission ou exposition) oder in das Franzöſiſche Gebiet eingeführt werden, wird (Art. 132) mit dem Tod und (nach der eigentlichen Napoleon'ſchen Geſetzgebung m. ſ. Th. I. S. 437, 440) zugleich mit Confiscation des Vermögens beſtraft. Bei dem Nachprägen, Verfälſchen u. ſ. f. 1) von kupfernen und 2) überhaupt von fremden Münzen findet, (nach Art. 133, 134) die Strafe von Zwangsarbeiten, im erſten Fall auf immer, im zweiten auf eine beſtimmte Zeit Statt *).

Es gab in den letztern Zeiten (vor der Revolut.) für das ganze Reich nur Einen Münzhof, nämlich den von Paris. Ludwig d. 14te hatte zwar i. J. 1714 für die Generalitäten und Departements von Lyon, Dauphiné, Provence, Auvergne, Toulouſe, Montpellier, Montauban und Bayonne (wozu durch das Edict vom October 1705 noch die Provinzen und Diſtricte von Breſſe, Bugey, Valromey und Ger kamen), zu Lyon einen beſondern Münzhof eingeſetzt: allein Ludwig der 15te hob denſelben den 9. Auguſt 1771 wieder auf. Der Münzhof von Paris beſtand in den letzten Zeiten aus einem Erſten und ſechs andern Präſidenten, zwei Ehrenräthen (conseillers d'honneur), dreißig Räthen, welche Gelehrte (de robe longue) waren, einem General-Procurator, zwei Subſtituten deſſelben, zwei General-Advocaten, einem Oberſecretair, einem Erſten und mehrern andern Huiſſiers u. ſ. f. Zwei Räthe waren General-Controleurs des Münzbureaus, und mehrere andere, ſowohl Räthe als Präſidenten, waren Commiſſarien, um in den Provinzen die nöthigen Unterſuchungen über das Münzweſen anzuſtellen. Der Münzhof hatte Mittwochs und Samſtags öffentliche Sitzung. Die übrigen Tage waren für die ſchriftlichen Berichte beſtimmt. Das Ceremonial beim Münzhof war eben ſo feierlich, wie be

---

*) Nach Art. 135 werden diejenigen, welche falſche Münzen für ächte empfangen, und ſie nachher wieder in Umlauf ſetzen, nicht als Theilnehmer an der Verfälſchung angeſehen. Doch werden ſie, wenn ſie wußten, daß die Münzen falſch waren, mit einer Geldbuße beſtraft.

dem Parlament. Wenn derſelbe in Appellationsſachen urtheilte, ſo ſaßen die Räthe auf den hohen, ſonſt auf den untern Sitzen u. ſ. f. Die Beamten dieſes Hofs, den erſten Präſident und General-Procurator abgerechnet, dienten nicht das ganze Jahr hindurch. Nach dem Edict vom J. 1570 waren ſie Ein Jahr ums andere im Dienſt. Späterhin aber (nach d. Edict v. J. 1647) dienten die Räthe Semeſter- und die Präſidenten Trimeſterweiſe. Die Advocaten und Procuratoren des Parlaments fungirten auch beim Münzhof. Dem Rang nach kam der Münzhof unmittelbar nach dem Steuerhof (cour des aides). Der Münzhof von Paris hätte unmöglich allen Geſchäften genügen können, wenn nicht in den Provinzen Gerichte eines untern Ranges ſeine Arbeit getheilt hätten. Es beſtanden deren auch wirklich in vielen Städten unter dem Namen Münzgerichte, welchen, jedoch nur in erſter Inſtanz, die Gerichtsbarkeit über dieſelben Gegenſtände zuſtand, wie dem Münzhof, an den man von ihren Ausſprüchen appellirte. Insbeſondere hatten ſie auch das Recht, bei allen, die in Gold und Silber arbeiteten oder Handel damit trieben, Hausunterſuchungen anzuſtellen. Sie erkannten über die Prüfung und Aufnahme dieſer Handwerker, über den Stich ihrer Stempel u. ſ. f. Dieſe Gerichte beſtanden aus einem Präſident, der den Titel Provinzial-Obermünzdirector (général provincial des monnoies) hatte, und von deſſen eigenthümlichen Amtsbefugniſſen ſogleich näher die Rede ſeyn wird, aus zwei Richtern oder Münzaufſehern (juges gardes), einem Controleur (contrôleur contre-garde), einem Siegelbewahrer, einem königl. Procurator und Advocat, einem Gerichtsſecretair u. ſ. f. Die zuerſt nach dem Präſident genannten Beamten konnten in Abweſenheit deſſelben alle Inſtructionen vornehmen. Die Gerichte hatten überdem allein und mit Ausſchluß ihres Präſidenten die innere Polizei über die Münzſtätten (hôtels des monnoies), und die Münz-Fabrication. Die Präſidenten derſelben ſtanden zu den Gerichten in einem ähnlichen Verhältniß, wie die Oberforſtmeiſter zu den Gerichten der Marmortafel. Sie waren nicht allein Präſidenten, ſondern ſie ſollten überhaupt, unter der Oberaufſicht des Münzhofs, über alle Vergehn derjenigen, welche der Gerichtsbarkeit deſſelben unterworfen waren, (Goldſchmiede u. ſ. f) machen, zu dem Ende Rundreiſen machen u. ſ. f. Anfangs wurden deren nur in denjenigen Provinzen angeſtellt, in welchen die Herzoge und Grafen ebenfalls das Münzrecht hatten *). Nämlich, ungeachtet dieſes Rechts der hohen Lehnträger, übte der König doch immer die Oberaufſicht darüber aus. Er beſtimmte den Stempel und den Gehalt ihrer Münzen, ernannte oder beſtätigte die Münzbeamten, und gab ihnen die Beſtallung u. ſ. f. Ueber Alles dieſes ſollten nun dieſe Provinzial-Münzdirectoren die Aufſicht führen. Als aber dieſen großen Vaſallen das Münzrecht nach und nach entzogen ward, ſo fielen die Dienſtverrichtungen dieſer Beamten weg. Heinrich der zweite hob auch, beſonders da ſie bei ihren Rundreiſen oft Unordnungen veranlaßt hatten, i. J. 1540 die Stellen derſelben gänzlich auf. Sie wurden indeſſen ſpäter wieder eingeſetzt, und erhielten endlich die eben angegebene Beſtimmung. Beſonders ſollten ſie die Stelle der Commiſſarien des Münzhofs, die oft durch Geſchäfte verhindert wurden ihre Rundreiſe zu machen, verſehn **). Sie konnten, ſo oft eine Sache ihres Departements vorkam, in dem Münzhof Sitz und Stimme nehmen. Das Edict vom Juni 1696 gab ihnen ſogar das Recht, über das Verbrechen der Falſchmünzerei und Münzverfälſchung mit Zuziehung der gehörigen Richterzahl in letzter Inſtanz zu entſcheiden. Allein der Münzhof, unter deſſen oberer Aufſicht die Provinzial-Münzdirectoren ſtanden, verbot ihnen durch mehrere ſeiner Beſchlüſſe davon Gebrauch zu machen. Ludwig d. 16te fand es dennoch geeignet, Ihnen dieſes Recht durch eine Erklärung v. 5. Juni 1783 förmlich zu nehmen.

Es gab noch andere Hülfsbeamten des Münzhofs, nämlich die der Münzvogtei (prévôté générale des monnoies). Dieſe war ein, aus mehrern Beamten zuſammengeſetztes Gericht, unter welchen der erſte, der Vogt nämlich, in Beziehung auf Münzvergehn faſt dieſelben Pflichten und Befugniſſe hatte, wie die Marſchalls-Vögte (prévôts des maréchaux) in den zu ihrer Gerichtsbarkeit gehörigen Fällen. Der Münzvogt ſollte den Deputirten und Beamten des Münzhofes allenthalben ſtarke Hand leiſten, und deren Befehle ausführen, zu welchem Ende ihm eine große Zahl von Häſchern (archers) beigegeben war, die durch das ganze Reich ihre Dienſtgeſchäfte verrichten durften. Dem Münzvogt, oder vielmehr dem Gericht der Münzvogtei kam nach dem Preventions-Recht und zugleich mit den Provinzial-Münzdirectoren die Unterſuchung und Beurtheilung aller Münzvergehn zu. Bei Falſchmünzerei und Münzverfälſchung indeſſen konnte der Vogt nur die Unterſuchung anſtellen, und den Prozeß inſtruiren, mußte denſelben aber nach geſchloſſener Inſtruction an den Münzhof zur Beurtheilung verweiſen.

---

*) Languedoc, Guienne, Bretagne, Normandie, Burgund, Dauphiné und Provence.

**) Sie hießen daher auch „généraux provinciaux subsidiaires.“

Alle Münzgerichte wurden durch das Decret der Conſtituirenden v. 6. und 7. Sept. v. J. 1790 (Desen. tom. III. p. 247) aufgehoben, und alle zu ihrer Competenz gehörigen Gegenſtände an die ordentlichen Gerichte (die Diſtricts-Gerichte) verwieſen *). Dieſem Decret gemäß ſollten zur Beaufſichtigung und Leitung der Münz-Fabrication von dem König eigene Beamten ernannt werden, welche aber nicht zu den gerichtlichen, ſondern zu den Verwaltungs-Beamten gehörten, wie dieſes auch noch jetzt der Fall iſt.

Dieſe Beſtimmung ward durch die ſpäter erſchienenen Decrete v. 3. April und vom 19., 21. Mai 1791 (Desen. tom. XIII. p. 2, 7) in Ausübung gebracht. Durch das Erſtere (Art. 1, 2) ward zur Beaufſichtigung des Münzweſens in ganz Frankreich eine Commiſſion von 8 Mitgliedern, unter dem Vorſitz des Miniſters des Innern, beſtellt. Derſelben war ein Generalſecretair und ein Magazins-Aufſeher (garde des dépôts)

---

*) art. 9 „La compétence des juridictions et de la cour des monnoies, soit pour la police des communautés qui travaillent les matières d'or et d'argent, soit pour les contestations entre les particuliers et les orfévres, rélatives au commerce de l'orfévrerie, appartiendra aux juges de district; et il sera pourvu par une commission d'officiers nommés par le roi, tant à la surveillance de la fabrication des espèces dans les hôtels des monnoies qu'à la décharge définitive des directeurs des monnoies."

zugegeben. Dieſelbe ließ den einzelnen Münzſtätten die nöthigen Verordnungen und Tariffe zukommen; ſie entſchied die Streitigkeiten, die zwiſchen den Münzbeamten in Beziehung auf die Fabrication der Münzen u. ſ. f. entſtanden; unter ihrer Aufſicht wurden die Münzſtempel geſchnitten und den einzelnen Münzſtätten mitgetheilt (Art. 9). Zweimal des Jahres ließ ſie drei in eben dieſen Münzſtätten neu verfertigten Stücke in Hinſicht ihres Gehalts prüfen (Art. 11). Die zu prüfenden Stücke ſollten (Art. 12) aus der im Umlauf befindlichen Geldmaſſe genommen werden (Art. 12). Zur Ausführung dieſer Arbeiten wurden der Commiſſion durch das ſchon angeführte Decret v. 19. und 21. Mai als techniſche Beamte ein General-Stempelſchneider (graveur général), ein General-Inſpector der Proben (inspecteur général des essais) und ein General-Probirer (essayeur général) zugegeben. Die Fabrication der Münzen geſchah in den einzelnen Münzſtätten, deren es an mehrern Orten gab. Bei jeder ſolcher Münzſtätte waren nach dem Decret v. 19. und 21. Mai 1791 *) Tit. II. Art. 2 fünf Beamten, ein königl. Commiſſair, ein Beigeordneter deſſelben, ein Director, ein Probirer und ein Stempelſchneider angeſtellt. Der Commiſſair des Königs war der erſte unter denſelben. Ihm ſtand die Aufſicht über die andern Beamten, ſo wie die Polizei in der Münzſtätte zu. Er führte die Correspondenz mit der Münzcommiſſion, ſetzte alle Monate die Bücher des Directors feſt, bewahrte die Muſtergewichte und Stempel, unterſuchte jedes Vierteljahr alle Wagen und Gewichte der verſchiedenen Münzbeamten, und ſorgte überhaupt dafür, daß die Fabrication den Geſetzen und Verordnungen gemäß ausgeführt würde. Die Fabrication, das eigentliche Prägen der Münze oder das Aufdrücken des Stempels abgerechnet, lag dem Director ob, der ſie auf ſeine Koſten und durch Arbeiter, die er ſelbſt wählte, jedoch nach den geſetzlichen Vorſchriften ausführen ließ (Tit. III. Cap. 4). Das eigentliche Münzen (Prägen) geſchah nach Tit. III. Cap. 8 durch die Münzer (monnoyeurs), die früher eine privilegirte Zunft **) ausmachten, und (Tit. II. Art. 2) einſtweilen

---

*) Desen. tom. XIII. p. 7.

**) Schon Philip Auguſt beſtimmte in dem ſchon oben angebeibehalten wurden. Wenn die Stücke ausgeſchnitten, weißgeſotten und gerändert (marquées sur tranche) waren, übergab der Director ſie den Münzern, in deren Gegenwart er ſie vorher

---

führten Schreiben v. Nov. 1211 (Ordon. tom. I. p. 30) art. 2 „. . . . Quod nullus in opere eorumdem commorari, nec ad illud opus evocari possit, nisi sit frater, filius vel nepos eorumdem, nec etiam, ubi denarii fabricantur et traduntur instanter, ut etiam ubi opus eorum, sicut alias, construitur, nemo interesse potest nec commorari, nisi de consanguinitate eorumdem operariorum, ut supradictum est et expressum“ — art. 3 „volui et concessi eisdem, quod si aliquis extraneus manus injecit in aliquem eorum operariorum injuste, quod idem injuriator venire teneatur totus nudus ad misericordiam eorumdem habendam, supra delicto perpetrato“ — art. 1 „. . . . volui et concessi et confirmavi eisdem operariis per totum regnum meum, quod ipsi sint liberi et immunes ab omni tallia, et exercitu (Kriegsdienſt), et quod coram nullo judice possint conveniri, nec in judicium evocari, nisi coram Magistro monetae eorumdem, nisi in tribus casibus, videlicet in homicidio, raptu et combustione ignis.“ Im Jahr 1225 erließ Ludwig der 8te ebenfalls eine Verordnung in Beziehung auf die Münzarbeiter (Ordon. tom. II. p. 140 Not. *g.*). Er beſtätigte darin denſelben die von Philip Auguſt bewilligten Privilegien, nur die Beſtimmung von Artikelel 3, daß einer, der ſie beleidigte, totus nudus um Barmherzigkeit bitten müſſe, kommt nicht darin vor. Auch heißt es „si vero operarii aut monetarii voluerint pro magistris monetae justitiam exequi, Magistri poterunt abannundare justitiae domini Regis.“ Sie waren für dieſe Freiheiten verpflichtet, ſich auf ihre Koſten in alle Münzen des Königreichs, wohin ſie gerufen wurden, zu verfügen und dort zu arbeiten. „Pro his siquidem libertatibus dicti operarii aut monetarii tenentur venire et servire in omnibus monetis Domini Regis, propriis sumptibus, nec debent exigere à magistris adventagium, nec debitum, ultra operarium etc.“ Carl der Schöne durch ſeine Verordnung vom 25. Sept. 1327 Art. 31 (Ordon. tom. I. p. 807) und Carl der 6te durch ſeine Verordnung v. Auguſt 1396 (tom. VIII. p. 102) und mehrere andere Könige beſtätigten dieſes. Die Münzarbeiter ſtanden unter dem beſondern Schutz des Königs (en nostre garde espécial) und es ſollte Ihnen ſchnell und ſummariſch Recht geſchafft werden. Was ihre Bein Maſſe wägen ließ. Die Münze brachten ſie hierauf, nachdem ſie den Stempel darauf geſetzt, auf das Ablieferungs-Bureau, wo ſie in Gegenwart des Commiſſairs nochmals in

---

freiung von allen Abgaben betrifft, ſo beſchränkte Ludwig der 11te, der im September 1461 (Ordon. tom. XV. p. 46) ihre alten Privilegien faſt unbedingt beſtätigt hatte, dieſelbe durch ſeine Verordnung v. 14. Oct. 1463 (Ordon, tom. XVI. p. 89) auf die Abgaben, die auf dem eignen Wachsthum der Münzarbeiter und Münzbeamten lagen; indem ſonſt der geſammte Handel durch dieſe Münzarbeiter und unter ihrem Namen geführt werden könnte. Wirklich werden in dieſer Verordnung zwei Metzger angeführt, die in Paris ſieben Fleiſcher-Bänke (sept estaulx) hatten, und unter dem Titel, ſie ſeyn Münzarbeiter, von allen auf den Verkauf des Fleiſches gelegten Abgaben frei ſeyn wollten. Doch ſelbſt durch dieſe Verordnung Ludwigs des 11ten ward dem Unfug noch nicht ganz geſteuert. König Franz der Erſte ſagt in einer Verordnung, die man im Auszug bei Rebuffe p. CXXIV. findet, er habe vernommen, daß die reichſten Kaufleute hin und wieder Gelegenheit fänden, ſich unter die Münzarbeiter aufnehmen zu laſſen, obſchon ſie von dieſem Geſchäft Nichts verſtänden; wodurch ſie indeſſen ihr ganzes Wachsthm abgabenfrei verkaufen könnten. — In den älteſten Zeiten des dritten Geſchlechts unterſchied man die Münzarbeiter nach dem Land, wo ſie vereidet waren, in „ouvriers du serment de France, du serment de l'empire, du serment de Toulouse, de Flandre u. ſ. f. — Folgende merkwürdige Notiz über die Münzarbeiter (Ordon. tom. II. p. 152 Not. *b.* d. Secousse) mag auch hier noch Platz finden. „Les ouvriers et les monoieurs [monoieurs, monetarii waren diejenigen, welche die Münze prägten (derſelben das Gepräge aufdrückten); die übrigen Arbeiter, welche das Metall zu den Münzen ſchmolzen u. ſ. f. wurden ouvriers, operarii genannt] jouissoient non seulement tant qu'ils vivoient. des privilèges des monnoies, mais ces privilèges passoient à leurs descendans tant mâles que femelles, avec cette distinction que la fille d'une fille les perdoit, au lieu que la fille d'un fils les conservoit. Les fils ainez de ces monoieurs et de ces ouvriers, sont monoieurs; c'est à dire, qu'ils sont ceux qui marquent l'ouvrage. L'Ouvrier pendant la première année de sa reception étoit appelé recuiteur, parce qu'anciennement lorsqu'on fabriquoit au marteau, il falloit repasser plusieurs fois l'ouvrage par

Maſſe gewogen wurden. Der Commiſſair nahm nun aufs gerathewohl aus der ganzen Maſſe zwei bis vier Stücke heraus, und übergab ſie dem Probirer, welcher letzterer ſoviel als nöthig von jedem Stück abſchnitt, und es auf der Kapelle probirte. Die Reſte der Stücke wurden in ein verſiegeltes Packet eingepackt, und in das Depot der Münz-Commiſſion geſchickt. Während der Probirer mit der Probe beſchäftigt war, unterſuchte der Commiſſair jedes einzelne Münzſtück der geſammten Maſſe ſowohl in Hinſicht des Gewichts, als auch des gehörigen Abdrucks des Stempels (Tit. IV. Art. 4). Alle, die er fehlerhaft fand, wurden zum Abfall geworfen, zerſchnitten, und dem Director zurückgeſtellt, der ſie umſchmelzen laſſen mußte. Ueberdem waren auch noch Wechsler (changeurs) beſtellt, welche theils die alten, theils die fremden Münzen, theils Gold- und Silberbarren nach einem beſtimmten Tarif gegegen Geld einwechſelten, und in die Münze lieferten.

Durch ſpätere Geſetze ſind in dieſer Einrichtung der Münzverwaltung zwar einige Veränderungen eingetreten, allein

---

la cuiture [Man ſchlug das Gepräge mit einem Hammer auf. Da nun ein einziger Schlag dazu nicht hinreichte, und das Metall durch den Schlag ſpröde (brüchig) ward, ſo mußte man es nach jedem Schlag wieder anlaſſen, glühend machen (recuire), um ihm ſeine Geſchmeidigkeit wiederzugeben]. Durant cette premiere année l'apprentif Monnoieur étoit appelé Ricochon, et ensuite il étoit reçu monnoieur s'il en étoit capable.

On appelloit les ouvriers et les monnoieurs, ouvriers et monnoieurs du Serment de France, pour les distinguer de ceux de l'empire, qui furent admis, dit-on sans preuve en France par Charle-Magne et les autres Rois de France Empereurs. Ce serment de l'empire dura jusqu'à Francois premier qui le supprima, en reunissant les ouvriers et les monoieurs de ce serment . . . . Ceux qui avoient fait serment en France étoient dits du serment de France, ceux qui avoient fait serment en Allemagne etoient dits du serment de l'empire etc. Die Ausdrücke „serment de France" u. ſ. f. kommen in den königl. Verordnungen häufig vor, ſo unter andern in der von Karl d. Schönen v. J. 1327 Art. 24 (Ordon. tom. I. p. 802, 806 u. ſ. f.).

doch ſo, daß man darin noch immer die angeführten Decrete der Conſtituirenden als Grundlage des Ganzen erkennen kann. Der National-Convent erließ d. 26. Pluv. J. 2 (14. Februar 1794) ein ausführliches Decret über dieſen Gegenſtand (Desen. tom. XIII. p. 50), wodurch indeſſen faſt nur die Namen der Beamten verändert, übrigens die alten Beſtimmungen wiederholt wurden *). Zu den frühern Beamten kam noch (Tit. IX. Art. 1) ein Münz-Controleur (contrôleur du monnoyage) und (Tit. XI. Abth. III. Art. 1) ein Caſſirer hinzu. Alle Münzſtätten außer der von Paris wurden aufgehoben. Den. 28. Thermid. J. 4 (14. Oct. 1795) unter dem Directorium erſchien ein neues, ebenfalls ſehr umſtändliches Geſetz über die Münzverwaltung (Desen. tom. XIII. p. 92), wodurch dieſer Gegenſtand faſt ſo geregelt ward, wie er es noch iſt. Die letzte Einrichtung gab ihm der Conſular-Beſchluß v. 10. Prair. J. 11 (30. Mai 1803) (Desen. tom. XIII. p. 92). Zur Beaufſichtigung und Leitung des geſammten Münzweſens ward ein Verwaltungs-Comité von drei Mitgliedern beſtellt **). Demſelben iſt ein Generalſecretair, ein Geneneral-Münz-Inſpector (der alle ihm von der Hauptverwaltung gegebenen Aufträge und Operationen ausführt), ein Inſpector der Proben, ein Controleur der Proben, zwei Probirer und ein Stempelſchneider zugegeben. Die Beamten der einzelnen Münzſtätten, deren wieder mehrere gegründet wurden, ſind ſo, wie wir ſie ſchon angegeben haben. Ehe indeſſen eine in einer dieſer Münzſtätte geprägte Münze in Umlauf geſetzt wird, müſſen vorher (Tit. V. §. I. und II. einige Stücke dem allgemeinen Verwaltungs-Comité der Münzen zugeſchickt, und dort probirt werden. —

---

*) Schon d. 7. Sept. 1792 war ein Decret darüber erſchienen, welches indeſſen Nichts Weſentliches änderte (Desen. tom. XIII. p. 37). Die Zahl der Mitglieder der Münzcommiſſion ward dadurch von acht auf ſechs geſetzt. Die Stelle des Secretairs ward mit der des Magazins-Aufſehers (garde des dépôts) vereinigt.

**) Nach dem Almanach royal v. J. 1833 beſteht dieſe Verwaltung noch aus drei Mitgliedern, wovon Eines Präſident iſt, und die beiden andern den Titel General-Commiſſaire haben.

Wir glauben dasjenige, was wir über die Münzgerichte und die Münzverwaltung geſagt haben, für die Leſer noch lehrreicher und verſtändlicher zu machen, wenn wir eine kurze Geſchichte des Franzöſiſchen Münzweſens hier beifügen; wobei wir indeſſen, da ſehr viele von dieſem übrigens einfachen Gegenſtand nicht die richtigen Begriffe haben, Etwas weiter ausholen müſſen.

Der Werth einer jeden Münze beſtimmt ſich durch das Gewicht von edlem Metall (von Gold und Silber) *), das ſie enthält, ſo wie denn auch früher die meiſten Münzen ihren Namen von dieſem Gewicht erhalten haben (ſo bei den Römern as, ein Pfund Kupfer, bei den Franzoſen livre, ein Pfund Silber). Um alſo Einheit und Ordnung in das Münzweſen zu bringen, muß vor Allem die Größe des Gewichts, mit welchem die Münzen gewogen werden, feſt beſtimmt ſeyn; ein Gegenſtand, worauf man in Frankreich von je her große Sorgfalt verwendet hat. Unter den beiden erſten Königsgeſchlechtern diente das Römiſche Pfund (libra Romana) in Frankreich als Einheit des Gewichts. Dieſes Pfund, (welches nach den vortrefflichen Vergleichungen von Wurm*) zu 6160 pariſ. Gran angenommen werden kann) ward von den Römern in zwölf Unzen, und die Unze in vierundzwanzig Scrupel (scrupula) getheilt. — Unter dem dritten Königsgeſchlecht und zwar unter Philip dem erſten, ungefähr im J. 1080 (Man ſehe Du-Cange ad voc. Marca) fing man an, ſowohl im Handel als in der Münze ſich des ſogenannten Markgewichts zu bedienen. Zwei dieſer Mark wurden ein Pfund genannt. Die Mark ward in acht Unzen, die Unze in acht Drachmen (gros), die Drachme in drei Scrupel (denier), endlich der Scrupel in vier und zwanzig Gran (grain) getheilt; welche Eintheilung bis zur Revolution beſtand und zum Theil noch beſteht. Dieſes neue Pfund (vom J. 1080) unterſchied ſich von dem frühern (Römiſchen) nicht allein dadurch, daß es 16 Unzen ſtatt 12 enthielt, ſondern die Unze des Markgewichts war auch Etwas (im Verhältniß 576:513) ſchwerer als die Römiſche. — Daß unter den beiden erſtern Königsgeſchlechtern in Frankreich das römiſche Pfund im Gebrauch war, iſt durch ſehr viele Beweiſe außer Zweifel geſetzt. Erſtens nämlich ward das Pfund in dieſem Zeitalter gerade wie das Römiſche in zwölf Unzen*) getheilt. Daſſelbe ergibt ſich überdem aus dem Gewicht mehrerer noch übriger Münzen. Nach einem Befehl von Pipin, Vater Carls des Großen, ſollen aus einem Pfund Silber 22 sols (solidi) geſchlagen werden.**) Es ſind von dieſem König vier Dena-

---

*) und zwar ſieht man bei den Goldmünzen nur auf die Quantität des Goldes, und bei den Silbermünzen nur auf die des Silbers; wenn auch erſtere zufällig Etwas Silber und letztere Etwas Gold enthalten.

**) Wie der Verf. indeſſen ſelbſt hinzufügt, mit einer Unſicherheit von 40—50 Gran. Man ſehe deſſen Schrift: De ponderum, nummorum, mensurarum ac de anni ordinandi rationibus apud Romanos et Graecos. Stutgardiae 1820. Die Meinung des Verf. über die Größe des Röm. Pfunds erhielt ſeitdem eine volle Beſtätigung durch die Arbeiten von Cagnazzi, der die zu Pompeji gefundenen Originalgewichte unterſuchte. Nach demſelben enthält das Röm. Pfund 6138 Pariſ. Gran. In dem Verfolg dieſes Abſchnitts werden noch einige nähere Beweiſe für die Richtigkeit dieſer Angabe vorkommen. Le Blanc in ſeiner wichtigen Schrift: Traité historique Des Monnoyes de France. Paris. 1690 nimmt p. 70 das Pariſ. ℔ zu 6144 Pariſ. Gran an.

---

*) Man ſehe Du-Cange art. libra. Vetus agrimensor de Ponder. „Juxta Gallos vigesima pars unciae denarius est, et 12 denarii solidum reddunt: ideoque juxta numerum denariorum tres unciae quinque solidos complent. Sic et quinque solidi in tres uncias redeunt: nam duodecim unciae libram 20 solidos continentem efficiunt." In dem Capitular Carls des Großen vom J. 779 ward jedem wegen der eingetretenen Hungersnoth zur Pflicht gemacht Almoſen zu geben. „Vassatus dominicus de casatis ducentis mediam libram, de casatis centum solidos quinque, de casatis quinquaginta unciam unam et dimidiam (donet)" Man ſieht leicht, daß, ſo wie der Beſitz immer nur die Hälfte wird (casat. ducenti, centum, quinquaginta) auch der Beitrag die Hälfte werden ſoll. Dem gemäß iſt uncia una et dimidia der vierte Theil eines halben Pfundes, oder 12 Unzen machen ein Pfund.

**) „De Moneta constituimus similiter ut amplius non habeat in libra pensante nisi 22 solidos et de ipsis 22 solidis Monetarius habeat solidum unum, et illos alios Domino rien auf uns gekommen.*) Einer derſelben der ſehr gut erhalten iſt, wiegt (nach Le Blanc) vollwichtig 23 Gran. Ein ſolcher denarius iſt (wie aus der ſo eben in der Note angeführten Stelle hervorgeht, und ſogleich näher bewieſen werden wird) der 12te Theil des solid., alſo der 264te Theil eines Pfundes. Nimmt man das Römiſche Pfund zu 6149 Pariſ. Gran, ſo müßte das Gewicht deſſelben (denar.) $23\frac{77}{264}$ Gran oder ſehr nahe $23\frac{1}{4}$ Gran ſeyn; womit alſo die Erfahrung ſo genau, als man hier nur immer erwarten kann, übereinſtimmt.

Unter Philip dem Erſten (reg. vom J. 1060—1108) kam endlich, wie ſchon erinnert worden, das ſpätere Pfund von 2 Mark oder 16 Unzen in Gebrauch. Es iſt zwar keine beſtimmte Verordnung über die Einführung dieſes Gewichts auf uns gekommen. Allein ſeit der genannten Epoche wird in den Urkunden immer von Marken geſprochen, wogegen in denjenigen vor Philip dem erſten immer nur von Pfunden die Rede iſt. Le Blanc**) führt eine Urkunde an, in welcher dieſer König im J. 1093 neun Mark Silber gibt um eine abgebrannte Abtei wieder aufzubauen. Nach einer andern Urkunde vom J. 1117 gab Ludwig der ſechſte, der Sohn des vorigen, 9 Mark Silber um einen Reliquienkaſten zu bedecken. Dagegen findet man in einer Schrift aus der Zeit Heinrichs des Erſten, Vater von Philip dem Erſten: Qui contra hanc cartam ullam calumniam immittere praesumpserit, unam libram purissimi auri ad comitem de Pictavis componat. Episcopo sex uncias ex auro.“ Aus der letzten Stelle folgt nicht allein, daß man damals noch nach Pfunden und nicht nach Marken rechnete, ſondern auch daß das Pfund noch 12 Unzen hatte. Es iſt nämlich wohl offenbar, daß dem Biſchof nur die Hälfte (sex unciae) desjenigen bezahlt werden ſollte, was der Graf erhielt. Le Blanc vermuthet, daß der

---

cujus sunt reddat.“ Capitul. Meten. a 756 sub Pipin. R. Cap. 7. ap. Baluz. tom. I. p. 177. — Unter Carl dem Großen wurden aus der libra zwanzig solid. geprägt.

*) Man findet ſie abgebildet und beſchrieben bei Le Blanc p. 71.

**) Trait. histor. d. Mon. d. France p. 159, wo man mehrere hierhin gehörige Stellen aufgeführt findet.

Uebergang von dem einen Pfund zum andern ſo geſchehn ſey, daß man ſchon vor Philip dem Erſten (zu Zeiten Carls des Großen) die neue Unze angenommen, aber 12 derſelben für ein Pfund genommen habe. *) Sogleich nämlich wird bewieſen werden, daß unter Carl dem Großen auf das Pfund Silber 240 Denarien gingen. Nun haben viele wohl erhaltene Denarien Carls des Großen ein Gewicht von 27 bis 28 Gran. Dabei iſt der 240ſte Theil eines Pariſer Pfundes grade $28\frac{4}{5}$ Gran, wogegen der ebenvielſte Theil eines Römiſchen Pfundes $25\frac{6}{10}$ Gran iſt. Auch iſt in mehrern Urkunden das Pfund Carls als ein beſonderes erwähnt. So in einer des Kaiſers Friedrichs des Zweiten vom J. 1234, die Le Blanc (p. 83) anführt „Centum libras auri in pondere Caroli persolvet.“

Doch, wie dem immer ſey, ſo iſt gewiß, daß die Franzöſ. Könige von je her große Sorge dafür getragen haben, das geſetzliche Gewicht richtig und unverfälſcht zu erhalten. Sie bewahrten es daher in ihrem eigenen Pallaſt auf. Carl der Kahle befahl im J. 864**) den Magiſtraten die Gewichte aller Städte nach dieſem Muſter-Gewichte prüfen und abgleichen zu laſſen.

Auch die Könige des dritten Geſchlechts waren hierin eben ſo ſorgfältig. Nachdem einmal das Markgewicht in ganz Frankreich eingeführt war, ließen die Könige ein ſehr genaues Muſter-Gewicht davon verfertigen, und in ihrem Pallaſt aufbewahren. Dasjenige, was zuletzt für ganz Frankreich als ſolches galt, und noch ſorfältig bewahrt wird, iſt unter dem Namen „pile de Charle-Magne“ bekannt. Es ward indeſſen (nach der Encyclopedie) nicht unter Carl dem Großen ſondern unter dem König Johan im J. 1350 verfertigt. Dieſes Gewicht, welches fünfzig Mark oder fünfundzwanzig Pfund enthält, iſt ein ſogenanntes Einſatz-Gewicht *). Der fünfundzwanzigſte Theil deſſelben galt in ganz Frankreich als das geſetzliche Pfund **). Dieſes Muſter-Gewicht blieb ſeit ſeiner Verfertigung

---

*) Trait. histor. p. 83.

**) (Edict. Pistens. cap. 20) „. . . . mensuram secundum antiquam consuetudinem de palatio nostro accipiant, et non pro hac occasione a mansuariis vel ab his, qui censum debent, major modius, nisi sicut consuetudo fuit, exigatur. Et ipsi homines qui per villas de denariis providentiam jurati habebunt, ipsi etiam de mensura, ne adulteretur, provideant etc.“

---

*) d. h. ein ſolches, wo immer das kleinere Gewicht in das nächſt größere, das noch einmal ſoviel wiegt, wie in eine Büchſe, eingeſetzt wird.

**) Zu den Zeiten Carls des Schönen mußten alle Gewichte nach dem in dem Chatelet befindlichen Eichmaß abgeglichen werden. Die Verordnung dieſes Königs vom Febr. 1321 (Ordon. tom. I. p. 759) ſagt Art. 1 „Chascun lesdits Marchands Bourgeois de Paris, aura et tiendra bon poix et loyal, justifié ou patron d'un poix, que le Prevost de Paris, ou Chastellet de Paris [aura] pour Nous, et aura bonnes balances, et justes perciées entre le bras et la langue, sans estre enarchiées". Nach Art. 6 derſelben Verordnung ward die Erkenntniß in Fällen, wo Einer nach zu leichtem Gewicht verkaufte, dem Vogt von Paris beigelegt. Nach einem Beſchluß des Parlaments v. 6 Mai 1494 (Encyclopéd. art. marc.) ward in demſelben Jahre dieſes Gewicht des Chaſtelet nach der pile de Charle-Magne abgeglichen. Franz der Erſte verbot durch das Münzedict v. 19. März 1530 Art. 27 ſich keiner andern Gewichte als ſolcher, die in irgend einer Münze des Königreichs nach dem bei der Münzkammer von Paris befindlichen Muſtermaß gemacht wären, zu bedienen „affin que toutes personnes, qui ont besoing de poids et balances en leurs negotiations et affaires, délivrances et réceptions de deniers, soient certains les poids, dont ils useront estre justes, avons inhibé et défendu à tous ouvriers et marchants dedits poids, qu'à commencer au quintal prins pour cent livres, vallant deux cents marcs et en descendant et diminuant jusqu'es à un grain de poids selon sa computation accoustumée en poids de marc . . . . ils n'en vendent . . . . qui ne soient adjustez, estallonez et marquez en une des monnoies establiés en nostre dict Royaume . . . . par les gardes d'icelles, ou l'un d'eulx, du poinçon, dont ils devront user, arresté et imprimé par figure ou [au] régistre de la chambre de noz monnoies à Paris, ensemble de la marque de l'ouvrier, qui aura fait lesdicts poids et que de toutes sortes de poids de marcs à peser et trébucher or, argent et billon en toutes les monnoyes de nostre Royaulme, pays et seigneuries de nostre obeissance, soient reduitz, reiglez, estallonnez, adjustez et conformez au bis zum J. 1540 ebenfalls in dem königl. Pallaſt. Allein in dieſem letztern Jahre ward es in Folge einer königl. Verordnung dem Münzhof von Paris übergeben, wo es bis zu den letzten Zeiten unter drei Schlöſſern verwahrt ward. Den Schlüſſel zum Erſten hatte der erſte Präſident, den zu dem zweiten ein Mitglied, und den zu dem dritten der Oberſecretair des Münzhofs (Encyclop. art. marc.). Allein außer dieſem Pfund war in Frankreich während des Mittelalters in den verſchiedenen Provinzen eine große Menge von Pfunden üblich, welches auch bei der Vertheilung des Landes unter ſo viele einzelne Herrſcher nicht wohl anders ſeyn konnte. Selbſt das Pfund, welches zuletzt das geſetzliche für ganz Frankreich ward, war urſprünglich nur das der Stadt Paris oder ihres Grafen. (In der Verordnung Philips v. Valois v. 6. Sept. 1329 (Ordon. tom. II. p. 34) wird die Mark deſſelben „marcha beati Ludovici Regis quondam“ genannt. Beſonders waren die Pfunde der Städte Limoges, La Rochelle, Tours und Troyes ſehr gebräuchlich. Das letztere (das Pfund der im Mittelalter ſehr berühmten Handels- oder Meßſtadt Troyes) *) iſt dasjenige, das die Könige zu ihrem Muſtergewicht (zum Pariſer

---

poids de marc, dont l'on usera et jugera en ladicte chambre, sans que pour faire lesdicts estallonements, lesdictes gardes ny autres en puissent prendre n'exiger aucun salaire.“ In den letzten Zeiten (Encycloped. art. étalon) waren zu Paris nur die Goldſchmiede verpflichtet, ihr Gewicht nach dem Muſter des Münzhofs abzugleichen. Für alle übrigen Geſchäfte geſchah es nach dem Gewicht, welches auf dem Rathhaus von den Apothekern und Gewürzkrämern zugleich aufbewahrt ward.

*) Daſſelbe oder eigentlich die Mark Troyes-Gewicht war ſicher ſchon i. J. 1211 in den Franzöſiſchen Münzſtätten eingeführt. Nämlich in dem oben (S. 425) angeführten Schreiben Philips Auguſt von dieſem Jahr Art. 4 ſollen die Arbeiter für ihren Lohn „de sexdecim marchis et quadraginta stellingis novem solidos et quatuor denarios ad marcham de civitate Trecensem“ haben. Doch ſcheint in einzelnen Handelszweigen aus betrügeriſcher Abſicht das Römiſche, leichtere Pfund noch lange im Gebrauch geblieben zu ſeyn. In der Verordnung, welche Philip der Schöne i. J. 1312 über den Gewürzhandel und überhaupt jeden

Pfund) wählten, und welches in der pile de Charle-Magne aufbewahrt wird. Neben demſelben iſt das Pfund der Stadt Tours beſonders zu bemerken. Daſſelbe war um ein fünftheil des Pariſer Pfundes kleiner als dieſes, ſo daß vier Pariſer Pfund fünf der Stadt Tours ausmachten. Man pflegte daher, um Verwechſelungen zu verhüten, der Zahl der Pfunde (livres) entweder Tournoisses oder Parisis beizufügen. Der Gebrauch dieſer letztern Benennnng dehnte ſich endlich noch viel weiter aus. Es kam nämlich dahin, daß, ſo oft in einem Contract oder einem Befehl der Zahl der als Pacht oder Abgabe zu entrichtenden Maße von Getreide u. ſ. f. der Ausdruck parisis beigefügt ward, das wirklich zu entrichtende um $\frac{1}{4}$tel *) des im Contract ausgedrückten vermehrt werden mußte, ſo daß der Ausdruck: 4 Scheffel Parisis 5 Scheffel bedeutete.

Wenn alle Münzen blos aus reinem Metall (die Goldmünzen aus reinem Gold, die Silbermünzen aus reinem Silber)

---

Handel mit Lebensmitteln (denrées) die nach dem Gewicht verkauft werden, erließ (Ordon. tom. I. p. 512) wird bemerkt, daß ſehr viele, beſonders Gewürzhändler mit dem leichten Pfund (par livre soutive, libra subtilis) verkauften. Der König verbot Art. 1 dieſes durchaus „Nous ostons et abatons du tout la livre soutive.“ Nur an Aerzte und Wundärzte (à Phisiciens et Surgiens) ſollte man, und zwar nur Waaren, die zur Zubereitung ihrer Arzneien dienten (pour leurs médicinées et Sirurgiées éstimées et ajustées par les éscriptures anciennes au pois de cette livre soutive), nach dieſem leichten Pfund verkaufen dürfen. Durch dieſen letzten Zuſatz wird es wahrſcheinlich, daß dieſe livre soutive weiter Nichts als das Römiſche Pfund war.

*) Man ſehe Merlin. Répert. art. crue. Unter crue verſtand man das Aufgeld, welches man in gewiſſen Fällen und Gegenden noch über die angelegte Taxe von Mobilien bezahlen mußte. Da nämlich nach dem Edict Heinrichs des zweiten v. J. 1556 der Taxator (l'huissier priseur) für ſeine Taxe ſtehn mußte, ſo nahm man an, daß ſie in der Regel zu gering ſey. Das Aufgeld betrug in vielen Provinzen ein viertel der angelegten Taxe, und ward in dieſen auch Parisis genannt. In Einigen, wo es nur ein achtel der Taxe betrug, hieß es ein halbes parisis (demi-parisis).

beſtånden, ſo würde der innere Werth einer Münze nur von ihrem Gewicht abhangen. Für die älteſten franzöſiſchen Münzen iſt dieſes wirklich der Fall. Das Metall derſelben iſt, wo auch nicht völlig, doch ſo rein als man es durch die damals bekannten Methoden erhalten konnte. Späterhin aber fieng man an aus Gewinnſucht anderes Metall (meiſtens Kupfer) hinzuzufügen, welches auch noch jetzt, jedoch aus andern Gründen, geſchieht. Man muß daher, um den Werth einer Münze zu beurtheilen, auch noch wiſſen, der wievielſte Theil des Metalls, woraus ſie beſteht, reines Gold oder Silber iſt. Dieſes pflegt für die Silbermünzen Etwas anders angegeben zu werden, als für die Goldmünzen. In Frankreich denkt man ſich für die erſten die ganze Maſſe, woraus die Münze beſteht, in 12 Theile, deniers oder Pfenninge*) genannt, und jeden dieſer nochmals in 24 Theile (grains oder Gran) eingetheilt, ſo daß die ganze Maſſe in 12mal 24 oder 288 Gran eingetheilt wird. Man giebt nun an, wieviele bieſer deniers und grains reines Silber ſind. Dieſes heißt auch das Korn (titre) oder die Feinheit der Münze, wogegen ihr abſolutes Gewicht das Schrot (poids) genannt wird. Hieraus wird man alſo leicht verſtehn, was es heißt, das Korn einer Münze ſey 11 deniers 18 grains, oder ſie ſey 11 deniers 18 grains fein (au titre de 11 deniers 18 grains). — Um die Feinheit der Goldmünzen anzugeben, denkt man ſich die ganze Maſſe in 24 Theile, Karate genannt, und jeden derſelben wieder in 32 Theile**) ge-

---

*) Dieſer denier iſt alſo kein Gewicht von einer beſtimmten Größe, ſondern nur der zwölfte Theil eines jeden Ganzen. Der wirkliche denier (Scrupel) ward in zwei Hälften maille oder obole (mailla, obolus) getheilt. Man wendete dieſes auch auf den andern denier (um die Feinheit des Silbers zu beſtimmen) an, ſo daß ein 11 deniers 1 maille feines Silber ein 11½ denier oder 11 deniers 12 grains feines bedeutet.

**) Die Eintheilung des Goldes in 24 Karate iſt alt; reicht indeſſen doch wohl nicht über die Zeiten des dritten Geſchlechts hinaus, indem der Ausdruck Caratum (Karatum, Kayratum) in den Capitularien nicht vorkommt. In der Verordnung Philips v. Valois v. 6. Sept. 1329 (Ordon. tom. II. p. 34, 35) wird deſſelben aber Art. 7 als einer theilt, und gibt ebenfalls an, wieviele dieſer Theile reines Gold ſind. — Es gibt noch ein anderes Mittel den Gehalt an reinem Metall für jedes Münzſtück anzugeben, wenn nämlich durch die Geſetze des Staates beſtimmt iſt, wieviele ſolcher Münzſtücke entweder aus einer völlig feinen- oder auch aus einer nach einem bekannten Verhältniß gemiſchten Mark Gold oder Silber geſchlagen werden ſollen. Man nennt dieſes den Münzfuß (taille) *). In Frankreich gab es in frühern Zeiten (von der Regierung Philips des Schönen an bis zu der Ludwigs des eilften) noch eine ganz andere, für die Geſchichte des Münzweſens nicht unmerkwürdige Art den Münzfuß anzugeben, deren die Könige ſich in ihren an die Münzbeamten erlaſſenen Verordnungen bedienten, wahrſcheinlich um den wahren Gehalt

---

bekannten Sache erwähnt „. . . . ordinamus ut in omnibus locis in quibus dictae monetae operabuntur, dabitur pro qualibet marcha auri fini, viginti quatuor Cayratorum ad marcham Beati Ludovici Regis quondam, octingenti et triginta Turon. grossi argenti qui nunc cuduntur.“ In den Capitularien heißt es (Edict. Pistens. Cap. 24) „libra auri purissime cocti und gleich darauf „ut ex eo deauratura fieri possit.“ — Der Karate ward auch in den Statuten der Goldſchmiedezunft von Paris, welche wahrſcheinlich ſchon i. J. 1260 verfaßt ſind, erwähnt.

*) In Deutſchland auch wohl den Guldenfuß, weil man nämlich gewöhnlich angibt, wieviele Gulden aus einer feinen Mark Silber geſchlagen werden. Noch iſt zu bemerken, daß bei dieſer Beſtimmung in Deutſchland immer die Rede von feinem Silber iſt. So werden z. B. nach dem 21 Guldenfuß aus einer feinen Mark Silber 21 Stücke, wovon jedes ein Gulden heißt, geſchlagen, oder noch richtiger, in 21 Guldenſtücken iſt eine Mark reinen Silbers (außer dem Zuſatz) enthalten. In Frankreich bezieht ſich indeſſen das Wort taille faſt immer auf das gemiſchte Silber. So heißt es z. B. in dem Geſetz v. 24. Auguſt 1793 Art. 6 „Les pièces d'un décime seront à la taille de cent par grave,“ d. h. aus einem grave (einem beſtimmten Gewicht) Münzmetall ſollen 100 Decimes geſchlagen werden. Zuweilen bezieht ſich taille ſogar auf das einzelne Münzſtück. So heißt es in dem Geſetz v. 28. Thermid. J. 3 Art. 43 „Chaque pièce sera à la taille de 10 grammes.“

der Münzen vor dem Publicum geheim zu halten. Es hieß nämlich in dieſen Verordnungen, daß die zu ſchlagende Münze die erſte, dritte u. ſ. f. (monnoye première, troisième, moneta prima, ternalis) u. ſ. f. ſeyn ſollte. Um dieſes zu verſtehn, muß man wiſſen, daß, wenn die Mark Silber zu fünf Stüber (sols) ausgemünzt ward (d. h. wenn fünf Stüber eine Mark Silber enthielten), dieſes die erſte Münze hieß. Ward dieſelbe zu zehn, fünfzehn, zwanzig u. ſ. f. Stüber ausgemünzt, ſo hieß dieſes die zweite, dritte, vierte Münze u. ſ. f.*). Noch iſt zu bemerken, daß ſich dieſe Zahl meiſtens nicht auf das reine Silber, ſondern auf das ſogenannte Königsſilber (argent le Roy, argentum regis) bezog. Dieſes Silber war nicht ganz rein, ſondern es hatte $\frac{1}{24}$ ſeines ganzen Gewichts Zuſatz, d. h. es war nur 11 den. 12 grains, oder 11 den. 1 maille fein. Die Könige von Frankreich ſollen ihre Münzen aus einem ſo gemiſchten Silber geſchlagen haben, um zu zeigen, daß ſie nicht Lehnspflichtige der deutſchen Kaiſer ſeyen**), die in ihren Münz-

---

*) M. ſ. Du-Cange art. Moneta, und noch beſonders die Vorrede von Secouſſe zum drtiten Band der Ordon. p. CI, CIX, CXX. — Man erhielt alſo die Zahl der aus einer Mark gemünzten sols, wenn man die Ordnungszahl der Münze mit fünf multiplicirte. Bei der 18ten Münze wurden dem Nennwerth nach, fünfmal 18 d. h. 90 Stüber oder 4 Livres 10 Stüber aus der Mark geprägt. Dieſe Art den Gehalt der Münzen zu beſtimmen, welche unter Philip dem Schönen eingeführt worden war, kam unter Ludwig dem eilften außer Gebrauch.

**) Du-Cange hat (Art. argentum Regis) aus den Regiſtern der Oberrechenkammer (Noster. fol. 202) folgendes ausgezogen „Argent le Roy est et doit être à une maille d'argent fin (muß bis auf eine maille, oder $\frac{1}{2}$ den. feines Silber ſeyn). Car argent fin est à 12 den. d'aloy et d'argent le Roy à 11 den. obole (11 und einen halben). Et se l'endit tele monnoye est à 8 den. d'argent le Roy, si prent l'en l'Argent le Roy à 12 den., et le fin à douze den. obole, et vaut chascun denier 24 grains et 12 grains maille (12 Gran machen eine Maille); ainsi ont porte chascun denier d'aloy d'argent fin un grain en argent le Roy, si comme diroit, ceste monnoie est à 4 deniers d'argent fin c'est à dire qu'il est à 4 deniers 4 grains argent le Roy et ainsi des autres. Es comptes

Edicten allezeit von reinem Silber ſprachen. Dieſes Königsſilber ward nun auch wie das reine in 12 Deniers u. ſ. f. getheilt (m. ſ. die angeführte Vorrede v. Secouſſe p. CX, CXI), und bei Beſtimmung der Feinheit des Münzſilbers gewöhnlich nur angegeben, wieviele deniers und grains dieſes Königsſilbers es enthalten müſſe. Kannte man die Feinheit in Beziehung auf dieſes letztere, ſo mußte man für jeden den. einen Grain abziehn, um die Feinheit in reinem Silber zu erhalten *).

---

des monnoies est dit c'est le compte de la monnoie de tel lieu, de tele monnoie à tant d'argent le Roy et ne dit l'en pas, d'argent fin: car anciennement quant l'empereur faisoit monnoie, l'en disant en ses monnoies d'argent fin, et ainsi l'en faisoit es monnoies des Rois, Ducs et qui tenoient de lui: Et afin qu'il ne semblast que le Roi de France fut homme de l'Emperiere, et qu'il tenist de lui, il fut ordené par le conseil des Pers de France, que l'en diroit argent le Roy qui est à une maille près d'Argent fin.

*) Hierdurch erklärt ſich, wie mir ſcheint, ſehr einfach eine Schwierigkeit, die der berühmte Peiresc bei einer Münz-Verordnung Philips des Schönen fand. Ich entlehne die Worte deſſelben aus Du-Cange art. moneta. (glossar. tom. II. Pars II. p. 491) „Monnoie deuxième, treizième etc. de laquelle il est parlé dans l'advis de la cour sur le fait des monnoyes dressé sous Philippe le Bel. Ces termes se prennent ordinairement pour la monnoye d'argent et billon qui estoit une façon de parler usitée entre le Roi et les maistres généraux des monnoies pour par le moyen d'icelle et le prix que le roi faisoit donner au marc d'argent hors oeuvre (für die unbearbeitete, oder ungemünzte Mark Silber), qui estoit toujours contenu es mandement qu'il envoyoit aux ministres généraux, scavoir la traitte (Schlagſchatz) ou l'imposition que le Roi prénoit sur chascun marc d'argent en oeuvre des espèces qu'il faisoit fabriquer. Pour entendre cela il faut prendre pour fondement que monnoie première que d'autres appellent gros, est cinq sols. Monnoie deuxième est dix sols etc. Monnoie XVIII est (90 sols) 4 livres dix sols. Or quand le Roy ordonnoit une fabrication d'espèces, posé que soit, celle qui est mentionnée à l'art. 2 de l'advis de la cour donné au Roi Philippe le Bel, qui est à six den. (de loy), de 14 sous 8 den. (de taille) ayant cours pour 3 den. Tourn. pièce: Il faut considérer

Außer dem Münzfuß, welcher ſich durch die Ordnungszahl der Münze beſtimmte, enthielten die königlichen Befehle, welche eine neue Ausprägung verordneten, meiſtens auch die Löthigkeit des Münzmetalls, ſo wie das Gewicht und den Nenn- oder Zahlwerth eines jeden auszuprägenden Münzſtücks. Sie fügten demſelben auch zuweilen die Livres-Zahl, wozu die Mark Königsſilber ausgemünzt werden ſollte (die übrigens ſchon durch den Münzfuß beſtimmt war), und beſonders den Preis, welchen man den Wechslern für die Mark Königsſilber bezahlen ſollte, bei. Wir wollen, theils zum Beweis der Richtigkeit des ſo eben Geſagten, theils zur nähern Aufklärung des Leſers dieſes durch ein Beiſpiel erläutern, deſſen ſich ſchon Secouſſe (tom. III. d. Ordon. préfac. p. CVIII.) zu dieſem Zweck bedient hat. Es iſt dieſes der Befehl (Ordon. tom. III. p. 87), wodurch Carl d. 5te d. 23. Nov. 1356 den Münzdirectoren (généraulx maistres) auftrug, neue Münzen (Groſchen, gros deniers) ausprägen zu laſſen. „. . . . en ouvrant sur le pié de Monnoie quarante-huitième; c'est assavoir gros deniers blancs, à quatre

---

prmièrement que les dits 14 sous 8 den. qui font 176 pièces (deniers) ayant cours pour 3 Den. Tourn. chascune, vallent 528 den. Tourn., qui est la valeur du marc de l'argent à six den. de loy en oeuvre desdites espèces, qu'il appelle monnoye 18, laquelle pour n'être qu'à six den. de loy (qui est la moitié de l'argent le Roi) il faut doubler la valeur de 44 sous pour scavoir la valeur de susdite monnoie de XVIII, qui seroit à cette raison de 4 livres 8 sous, encore que la dite monnoye XVIII doit valoir 4 liv. 10 sous, qui sont deux sous sur le tout ou sur les deux marcs de six den. de loy; de sorte qu'il y auroit faute à la taille desdites especes laquelle il faudroit augmenter de 4 deniers pour la faire venir à 15 sols de taille, n'est que les dits deux sous fussent retenus par celui qui en donnoit l'avis pour la façon et la fabrication des deux marcs." — Bedenkt man indeſſen, daß der angegebene Feingehalt des Silbers (von 6 den.) ſich auf Königsſilber bezog, ſo ward auf dieſe Weiſe die Mark Königsſilber zu 4 Livres 8 Sous oder zu 88 Sous vermünzt. Setzt man noch $\frac{1}{24}$ hinzu, ſo ergibt ſich, daß die Mark fein Silber zu $91\frac{1}{4}$ Sous vermünzt ward, daß alſo noch $1\frac{1}{4}$ Sous für die Münzkoſten übrig blieben.

deniers de Loy, dit et nommé Argent le Roy, et de six sols huit deniers de poix au marc de Paris, et auront cours pour douze deniers tournoys la pièce . . . .: Et sera donné à tous changeurs et marchans de chascun marc d'Argent allayé à quatre deniers de Loy dudit Argent le Roy et au dessus, sept livres huit sols tournoys, et de tout autre marc allayé au dessoubz d'iceux quatre deniers, sept livres tournois et en tirant de chascun marc d'Argent douze livres tournoys.“ Hier ergiebt ſich nun zuerſt aus dem Münzfuß oder der Ordnungszahl 48, daß in fünfmal 48 sols (Stüber) oder in 240 Stüber, welche, den Livre, wie immer, zu 20 sols gerechnet, 12 Livres ausmachten, eine Mark Königsſilber enthalten ſeyn ſollte. Dieſes wird vollkommen beſtätigt durch das am Schluß geſagte „en tirant de chascun marc d'Argent douze livr. tournois“. Der Feingehalt des Münzmetalls, alſo auch eines jeden auszuprägenden Münzſtücks wird durch „à quatre deniers de Loy, dit et nommé argent le Roy“ beſtimmt. In jedem Münzſtück ſollen nämlich 4 Deniers oder $\frac{4}{12}$tel des ganzen Gewichts aus Königsſilber und die übrigen $\frac{8}{12}$tel aus Zuſatz, Kupfer u. ſ. f. beſtehn. Hier wird nämlich, wie immer bei Beſtimmung des Feingehalts unter „denier“ $\frac{1}{12}$tel des ganzen Gewichts verſtanden. Das abſolute Gewicht eines jeden einzelnen Münzſtücks ergibt ſich aus den Worten „six sols et huit deniers de poix au marc de Paris“. Unter „denier“ wird nämlich, ſo wie häufig, auch hier jedes einzelne Münzſtück verſtanden. Man pflegte dabei 12 (ein Dutzend) Münzſtücke ohne nähere Rückſicht auf den Werth der einzelnen auch einen sol zu nennen. Der Ausdruck „six sols et huit deniers“ bedeutete daher ſechsmal 12 und 8 oder 80 Münzſtücke, welche zuſammen das Gewicht von einer Pariſer Mark haben ſollten; ſo daß jedes Stück $\frac{1}{80}$ Mark ($2\frac{2}{5}$ Scrupel deniers) wog. Der Nenn- oder Zahlwerth eines ſolchen Münzſtücks ward (durch „et auront cours pour douze deniers *) tourn. la pièce“) zu 12

---

*) Das Wort „denier“ (denarius) hat alſo, wie man hieraus ſieht, eine vierfache Bedeutung. Es bezeichnet nämlich 1) ein der Größe nach völlig beſtimmtes Gewicht, einen Scrupel, deren (S. 453) 3 auf die Drachme, alſo achtmal

den. tourn. oder zu 1 sol tourn. beſtimmt, d. h. zwanzig derſelben machten, dem Zahlwerth nach, Einen Livre, folglich 12mal zwanzig oder 240 derſelben, 12 Livres aus. Dieſe (240) wogen, da jedes Stück $\frac{1}{80}$ Mark ſchwer war, zuſammen $\frac{240}{80}$ Mark oder drei Mark. In dieſen drei Mark ſteckte aber (da das Metall nur 4 Deniers fein war) nur eine Mark Königsſilber, welche alſo, dem Nennwerth nach, zu 12 Livres ausgegeben ward, wie es wieder den ausdrücklichen Beſtimmungen dieſes Geſetzes gemäß iſt. — Was nun noch den Gewinn betrifft, den die Münze bei dieſer Ausprägung machte, ſo hing derſelbe offenbar von dem Preis ab, welcher den Wechslern für jede Mark Königsſilber, welche ſie in die königl. Münze lieferten, bezahlt ward. Um hierbei nicht zu irren, bemerke man, daß, wenn irgend eine Münzſtätte einen Preis für die Mark Silber anbietet oder feſtſetzt, dieſer ſich immer auf die Mark fein Silber *) bezieht. Wenn daher Jemand irgend eine Maſſe gemiſchten Metalls in die Münze liefert, ſo wird zuerſt nach den Regeln der Probirkunſt unterſucht, wieviele Mark fein Silber in der Miſchung ſtecken, und für jede ſolche Mark der feſtgeſetzte Preis bezahlt. Hierbei trifft noch der Umſtand ein, daß Silber, wenn es mit einer ſehr großen Maſſe Kupfer u. dgl. vermiſcht iſt, dadurch ſogar einen Theil ſeines eigenen Werths verliert. Die Münzen bezahlen jetzt — und daſſelbe galt, wie ſich ſogleich zeigen wird, ſchon zu den Zeiten, wovon hier näher die Rede iſt (i. J. 1356) — für eine Mark Silber, wenn ſie mit 20 Mark Kupfer vermiſcht iſt (alſo für 21 Mark gemiſchten Metalls), nicht

---

drei oder 24 auf die Unze, und 192 auf die Mark gehn. Unter denier verſteht man 2) bei Beſtimmung des Feingehalts irgend eines Metalls (S. 455 *) den zwölften Theil des ganzen Gewichts deſſelben. Denier bezeichnet ferner 3) einen gewiſſen Zahl- oder Nennwerth, eine Rechnungs-Münze oder einen beſtimmten Theil einer ſolchen. In dieſem Sinn iſt denier der zwölfte Theil eines sol, oder der 240te Theil eines Livre, welcher letztere, die Rechnungs-Münze war, worin geſetzlich alle Contracte, Käufe u. dgl. abgeſchloſſen werden mußten. Endlich verſtand man 4) auch unter „denier“ jedes einzelne Münzſtück (nummus). Du-Cange art. denarius.

*) oder Königsſilber.

ſoviel, als für eine einzige Mark Silber, welches ohne alle Beimiſchung iſt. Eben darum pflegt bei der von den Münzen, Banken u. ſ. f. ausgehenden Preisbeſtimmung des Silbers die Löthigkeit deſſelben hinzugefügt zu werden. Der Preis bezieht ſich indeſſen immer nur auf die Mark fein Silber, die in der Miſchung ſteckt. Wenn man, um ein neueres Beiſpiel anzuführen, in Gerhards Comtoriſt Th. I. S. 161 findet, daß die Hamburger Bank

4 bis 5löthiges Silber zu 27 Mark 4 Schil.
dagegen 12 bis 13löthiges » » 27 Mark 8 Schil.

verkauft, ſo muß man dieſes nicht ſo verſtehn, als ob der Preis einer Mark 4löthigen Silbers 27 Mark 4 Schil., dagegen der einer Mark 12löthigen Silbers nur 27 Mark 8 Schil. ſey; welches da in einer Mark der letztern Art dreimal ſoviel Silber enthalten iſt, als in einer der erſten Art, unmöglich wäre. Der Sinn iſt vielmehr folgender. Die Bank verkauft die Mark fein Silber, wenn ſie in einer 4löthigen Maſſe ſteckt, zu 27 Mark 4 Schil., wenn ſie dagegen in einer 12löthigen Maſſe ſteckt, zu 27 Mark 8 Schil. — Auch Secouſſe ſcheint dieſen Umſtand nicht gehörig gekannt oder wenigſtens bei ſeinen Erklärungen nicht gehörig beachtet zu haben. Er führt Ordon. tom. III. préf. p. CXII) an, daß nach der Verordnung v. 30. Auguſt d. J. 1356 (Ordon. tom. III. p. 83) den Wechslern die Mark eines 3löthigen Silbers mit 7 Livres, dagegen die Mark eines ungefähr zwölflöthigen Silbers nur mit 7 Livres 12 Sols bezahlt werden ſollte. Wie aber, fragt Secouſſe (l. c. p. CVII, CXIII), iſt es möglich, daß eine 12löthige Mark, die alſo faſt Nichts als Silber enthält, 12 Sols mehr koſtet, als eine dreilöthige, wovon nur der vierte Theil reines Silber iſt? Die Erklärung, welche er davon gibt, iſt höchſt dunkel und ungenügend. Durch das ſo eben Geſagte*), welches auch noch in

---

*) Die Richtigkeit deſſelben läßt ſich durch viele Stellen der gleichzeitigen Schriftſteller beweiſen. So heißt es unter andern in einem Schreiben Philips des Schönen an den Herzog v. Bretagne (v. Dienſtag nach Oſtern d. J. 1308 (Ordon. tom. I. p. 448, 450) Art. 6 „Nous . . . . avons ordené que les Mestres de nos monnoyes prendront pour nous le marc b'Argent en *billon*, Argent le Roy,

allen Münzſtätten beobachtet wird, erklärt ſich indeſſen Alles leicht und einfach. In der oben als Beiſpiel gewählten Verordnung v. 23. Nov. 1356 iſt der Preis, den die Wechsler für eine Mark Königsſilber erhielten, durch die Worte „et auront les changeurs etc.“ beſtimmt. Der Preis ſchwankte zwiſchen 7 Livres 8 Sols und 7 Livres, nachdem die eingelieferte Metallmaſſe vier- oder mehrlöthig, oder weniger als vierlöthig war. Halten wir uns, um den Gewinn, den die Münze bei der Ausprägung machte, zu finden, an der letzten Zahl (von 7 Livres).

Der Preis, welchen die Wechsler für das eingelieferte Silber erhielten, ward denſelben gewöhnlich iu derjenigen Münze, die daraus geprägt werden ſollte, bezahlt *). Nun

---

au marc de Paris pour cinquante et sept soulz tourn., et en *Argent*, Argent le Roy, pour cinquante-neuf soulz tournois etc.“

*) Man ſehe über die Art, wie die Wechsler von der Münze bezahlt wurden, nach: Ordon. tom. III. p. 354 not. *a*. (de Secousse). Man ſchmolz das von den verſchiedenen Wechslern eingelieferte Silber oder Metall nicht zuſammen, ſondern hob jedes beſonders auf. (Der Grund war gewiß kein anderer, als damit die Münze, wenn ſie ausmünzen wollte, es in ihrer Gewalt hätte, durch Vermiſchung des geringhaltigen Silbers mit einer gehörigen Quantität des beſſern ein Metall von jeder beliebigen Löthigkeit hervorzubringen). Die Wechsler wurden gewöhnlich nicht auf der Stelle bei Ablieferung des Metalls bezahlt. Da ſie ihre Bezahlung in der neu auszuprägenden Münze erhielten, ſo entſtand, bis dieſe Prägung geſchehn war, ſchon ein Aufſchub. Dem Recht und den alten Gebräuchen gemäß ſollten die verſchiednen Wechsler der Ordnung nach, d. h. nach dem Tag, wo ſie abgeliefert hatten, worüber Buch geführt ward (à tour de rôle oder wie man ſich damals ausdrückte „à droit tour de papier“ bezahlt werden. Allein einflußreiche Kaufleute wußten oft ſich auch hierin vor andern den Vorzug zu verſchaffen. In der Verordnung Carls des 5ten über die Wechsler v. 12. März 1356 (Ordon. tom. III. p. 146, 151) heißt es Art. 13 „ . . . . Nous avons entendu que plusieurs Changeurs et bons Marchans frequentans les Monnoyes du Royaume, soubz umbre d'aucunes gens qui marchandoient en fait de change, combien que à leur estat n'aparteinst, ont esté moult grandement adomagiés, tant

enthält nach dem, was wir ſo eben über den Werth der auszuprägenden (gros deniers) bemerkt haben, eine Menge von Münzſtücken, die dem Nennwerth nach 12 Livres ausmachten, nur eine Mark Königsſilber, alſo in 7 Livres nur $\frac{7}{12}$tel Mark von dieſem Silber. Die Wechsler erhielten alſo für eine Mark Königsſilber in dem ihnen ausbezahlten Preis (von 7 Livres) nur $\frac{7}{12}$tel Mark Königsſilber zurück. Die Münze gewann alſo an jeder Mark dieſes Silbers, die man ihr einlieferte, $\frac{5}{12}$tel Mark, oder da ſie aus der Mark 12, alſo aus $\frac{5}{12}$tel Mark 5 Livres ſchlug, an jeder Mark 5 Livres, wofür ſie nur die Münzkoſten zu beſtreiten hatte. Dieſes iſt ein Gewinn, der heute jedem Münzverſtändigen lächerlich vorkommen muß, und auch damals unmöglich geweſen wäre, wenn nicht der Silberhandel durch die ſtrengſten Geſetze an die Münze gebunden, und der Handel überhaupt durch die Barbarei der Zeiten niedergedrückt geweſen wäre.

Die Art den Münzfuß durch Ordnungszahlen (monnoie cinquième u. ſ. f.) auszudrücken, kam unter Ludwig dem 11ten etwa i. J. 1467, wo beſonders durch den Wechſelhandel ſich die Kenntniſſe des Münzweſens mehr verbreitet und jede Geheimnißkrämerei dabei lächerlich und nutzlos gemacht hatten, außer Gebrauch. Der Ausdruck Königsſilber „argent le Roi“ erhielt ſich bis zur Revolution. Schon in den älteſten Statuten für die Goldſchmiede war es denſelben vorgeſchrieben, kein geringhaltigeres als Königsſilber zu verarbeiten *). Dieſes ward

---

pour ce que quant ils avoient leur billon es Monnoyes, il ne povoient, estre payés *à droit tour de papier*, ainsi qu'il estoit accoûtumé: mais convert [wahrſcheinlich irrig] que lesdits Marchandans par leur poissance eussent les premières delivrance des deniers quant ils estoient faits etc.“ Eben weil einige minder vermögende Wechsler auf ihre Bezahlung nicht ſo lange warten konnten, erlaubte König Johan durch ſeine Verordnung vom letzten April 1360 Art. 3 (Ordon. tom. III. p. 405) den Wechslern ihr Gold, Silber u. ſ. f. auch an einen andern Wechsler zu verkaufen.

*) Von dieſen Statuten, die wahrſcheinlich zu den Zeiten Ludwigs d. H. von dem Vogt Boileau (Th. I. S. 620 **) verfaßt wurden, iſt ſchon oben näher geredet worden.

durch ſehr viele königl. Verordnungen, die theils im Mittelalter, theils in ſpätern Zeiten erlaſſen wurden, wiederholt. Ueberhaupt mußte bis zu den letzten Zeiten (vor der Revolut.) alles in Frankreich verarbeitete Silber den Feingehalt des Königsſilbers (von 11 Deniers 12 Gran) haben *). Es ward indeſſen nicht mehr Königsſilber genannt. Unter der letztern Benennung verſtand man vielmehr Silber von einem Feingehalt von 11 Denier 18 Gran (m. ſ. d. Encyclopéd. art. Argént-le-Roi und orfevre). Auch in den königl. Münzedicten bezog ſich in den letzten Zeiten die Beſtimmung des Feingehalts allezeit auf reines Silber (nicht mehr auf Königsſilber).

Durch den Münzfuß und den Feingehalt (durch Schrot und Korn) einer Münze würde der innere Werth, oder richtiger zu reden, der innere Gehalt einer jeden Münze völlig beſtimmt ſeyn, wenn jedes Stück genau nach der geſetzlichen Vorſchrift ausgeprägt wäre. Allein beſonders der ältern, noch unvollkommnen Münzkunſt war es nicht möglich dieſes für jedes einzelne Münzſtück zu erreichen. Man hat alſo den Münzmeiſtern einen gewiſſen Spielraum verſtatten und eine Fehlergränze feſtſetzen müſſen, über und unter welcher der Gehalt eines jeden Münzſtücks ſich von dem geſetzlich beſtimmten nicht entfernen darf. Dieſe Fehlergränze wird in Deutſchland Remedium, und in Frankreich jetzt meiſtens tolérance **) genannt. Es gibt ein Remedium ſowohl für das Schrot als für das Korn, und zwar iſt es nicht für beide nothwendig gleich ***). Das

---

Sie enthalten Art. 12 „Nul orfevre ne puet ouvrer l'argent qui ne se revienne aussi bon comme Argent-le-Roy sans les soudures, lequel est dit Argent de gros.“ Noch heißt es Art. 3 „Nul orfevre ne peut ouvrer d'or à Paris qu'il ne soit à la touche de Paris, ou meilleur: laquelle passe tous les ors dont l'en euvre en mille terres; lequel est à dix-neuf Carats et un quint.“

*) Mit einem Remedium von 2 Gran auf den Feingehalt. M. ſ. das Folgende.

**) ehmals remède.

***) Das Remedium auf das Schrot der einzelnen Stücke (remède sur le poids parvillains forts et villains foibles) iſt erſt gegen das Jahr 1348 eingeführt worden; wenigſtens wird deſſel-

Remedium ward für das Schrot wie für das Korn ſowohl über als unter dem geſetzlich beſtimmten Werth (en dedans et en dehors) gerechnet. Bei der jetzigen großen Vollkommenheit der

---

ben in den Regiſtern des Münzhofs nicht früher erwähnt. Doch iſt ſchon in einem Diplom des Grafen Alphons von Touloufe v. J. 1272 davon die Rede. Auch die Verordnung über die Münzen, welche Carl der Schöne d. 25. Sept. 1325 erließ (Ordonnanc. tom. I. p. 802, 805) ſpricht davon Art. 22 „se il estoit trouvé que il [les monnoyeurs] tresissent [transirent] le foiblage de leur breve, il seroient mis hors de mestier, et puniz à la volenté des mestres. Et ne doivent faire deffaut en la breve de dis [dix] livres que huit deniers.“ Unter „breve“ verſtand man die Menge der Münzen, die man den Arbeitern gab. Da „huit deniers“ nur den 300ten Theil von zehn Livres betragen, ſo wäre das Remedinm nur $\frac{1}{3}$ Proceat geweſen. Allein dieſes bezieht ſich nicht auf jedes einzelne Münzſtück, ſondern auf eine Summe von zehn Livres, und iſt alſo von dem jetzt ſogenannten Remedium verſchieden, wie es denn hier auch unter dem Namen „foiblage“ vorkommt. Doch ſcheint ſchon in einer, freilich dunkeln Stelle einer Verordnung von Ludwig d. 8ten (Ordon. tom. II. p. 141, 140 Not. *g*.) unſer jetziges Remedium (auf jedes einzelne Münzſtück) gemeint zu ſeyn „Et tam fortes quam debiles debent esse transeuntes a tredecim et obolo inferius et superius.“ — Das Remedium auf das Korn kommt gar erſt in einer Verordnung des Königs Johan v. 14. April 1361 (Ordon. tom. III. p. 487) vor „Voulons que se les maistres particuliers, qui tiendront nosdites monnoyes, font leurs boestes [boîtes d'essais] escharses de troy jusques à quatre grains 3 de remède [eschars iſt ſoviel als économe, mesquin, avare [latein escharcellus], ilz ne soient pour cause de ce tenus de nous en payer aucune amende.“ — Wieviel an dem Gewicht eines Münzſtücks fehlen durfte, damit es noch als vollgültig (im Cours) angenommen ward, darüber ſagt eine Verordnung Philips v. Valois v. 6. Sept. 1329 (Ordon. tom. II. p. 34, 36) art. 13 „Item quod omnes monetae aureae supra designatae, quibus damus cursum, quae sunt minoris ponderis unius grani ad plus, ponderis cujus esse debent, non habeant cursum nisi ad bilhonum.

Art. 14 „Item quod qaelibet moneta argentea, quae sit minoris ponderis unius grani ad plus (höchſtens) ejus legalis ponderis, non habeat cursum nisi ad bilhonum.“

Münzkunſt iſt das Remedium nur ſehr gering, und hebt ſich bei einer größern Zahl von Münzſtücken von ſelbſt auf. Allein ehmals pflegte man bei der Beſtimmung des innern Weerths gewiſſer Münzſtücke (der Kronenthaler z. B.) vorauszuſetzen, daß alle um das geſetzliche Remedium zu leicht ſeyn. — Nach dieſer kurzen Einleitung wollen wir nun zu dem geſchichtlichen des franzöſ. Münzweſens übergehn.

Die Franken fanden bei ihrem Einfall in Gallien die Münzen der Römer dort ſchon verbreitet. Beſonders galt dieſes von den Goldmünzen, solidi genannt, die gegen die Zeit von Conſtantin dem Großen aufkamen, und deren 72 auf ein Römiſches Pfund (von 12 Unzen) giengen *). Die Fränkiſchen Könige des erſten Geſchlechts ließen ebenfalls ſolcher Goldmünzen, genau nach demſelben Schrot und Korn, jedoch mit ihrem Bildniß **) ſchlagen. Es iſt eine Menge von solidi ſowohl der Römiſchen Kaiſer als der Fränkiſchen Könige des Erſten Geſchlechts auf uns gekommen, und man hat nach einer ſorgfältigen Unterſuchung gefunden, daß ein Münzſtück der einen oder andern Art im Mittel $85\frac{1}{3}$ Pariſer Gran wiegt ***). Dieſe solidi (der Könige des Erſten Geſchlechts) tragen auf der einen Seite das Bruſtbild des Königs nebſt deſſen Namen und auf der andern ein Kreuz nebſt dem Namen der Stadt, wo ſie geſchlagen ſind, doch ohne Jahreszahl (millésime) †). Das Gold, woraus ſie beſtehn, hat man durch Probiren auf der Kapelle von ſehr verſchiedenem Gehalt gefunden. Doch muthmaßt Le Blanc (p. 4, 5), daß ſie den Geſetzen gemäß von ganz feinem Gold hätten ſeyn ſollen, und daß der Zuſatz in Einigen nur durch Betrug der Münzmeiſter hereingekommen iſt. Ein ſolcher goldner solidus galt ſoviel als 40 Denarien, wie ſich aus unzählig vielen Stellen des Saliſchen Geſetzes beweiſen läßt*). Faſt bei jeder Strafbeſtimmung, die in dieſem Geſetz vorkommt, iſt der Betrag der Geldſtrafe ſowohl in solid. als denar. angegeben. Z. B. Tit. XXV. 4 „si vero Francus Romanum ligaverit sine causa DC Denar. qui faciunt solid. XV culpabilis judicetur.“ Dieſe Denarien waren ohne allen Zweifel von Silber, denn eine Goldmünze von demſelben Werth hätte nur Etwas Mehr als 2 Gran gewogen, und wäre folglich durchaus unbrauchbar geweſen. Es ſind noch mehrere Silbermünzen der Könige des erſten Geſchlechts übrig, von welchen Le Blanc (p. 6) urtheilt, daß ſie Nichts anders als die Denarien, wovon das Saliſche Geſetz ſpricht, ſeyn können. Man hat mehrere auf der Kapelle probiren laſſen, und ihr Silber 11 den. 12 grains fein gefunden. Diejenigen, welche gut erhalten ſind, wiegen 21 Gran**). Vierzig derſelben, deren Werth dem eines goldenen solidus gleich kam, wogen alſo 840 Gran. Da nun ein solidus $85\frac{1}{3}$ Gran ſchwer war, ſo war das Verhältniß von dem Werth des Goldes zu dem einer gleichen Maſſe Silber ſehr nahe wie 10 : 1***).

---

*) L. 5 Cod. d. susceptor. Quotiescunque certa summa solidorum pro tituli qualitate debetur, aut auri massa transmittitur, in septuaginta duos solidos auri libra feratur accepta (dat. anno 367).

**) Aus dieſen solidi ſind ſpäterhin die sols, sous entſtanden.

***) Le Blanc (p. I. der Einleitung, und p. 4). Demgemäß enthielt das Römiſche Pfund, da 72 dieſer solidi ein Pfund ausmachten, 6144 Gran, welches von der Annahme von Wurm (6160 Gran) nur wenig abweicht.

†) Erſt Heinrich der Zweite verordnete i. J. 1549 die Beifügung der Jahreszahl. — Man findet eine Menge Geldmünzen der Könige des erſten Geſchlechts bei Le Blanc abgebildet.

---

*) Der Werth eines ſolchen solidus (das Gold deſſelben als völlig rein angeſehn) beträgt ſoviel, als 0,78059 eines Napoleond'or oder (dieſen zu 20 Franken gerechnet) 15,6111 Franken, d. h. nahe $15\frac{1}{2}$ Frank.

**) Es iſt ſchon erinnert worden, daß das Römiſche Pfund in 12 Unzen, und die Unze in 24 Scrupel (scrupula) getheilt ward. Für dieſes letztere Wort brauchten die Franken denarius, ſo wie denn 24 den. eine Franzöſ. Unze ausmachen. Nimmt man das Römiſche Pfund nach Wurm zu 6160 Pariſer Gran, ſo muß ein Scrupel $\frac{6160}{288}$ Gran oder $21\frac{4}{9}$ Gran wiegen, welches alſo auch mit der Beobachtung ſehr nahe übereinſtimmt.

***) Das geſetzliche Verhältniß war höchſt wahrſcheinlich genau wie 10 : 1. Unter dieſer Vorausſetzung müßte nämlich 40 Denarien genau $853\frac{1}{3}$ Gran oder jeder ſehr nahe $21\frac{1}{3}$

Außer dieſen goldnen solidi gab es nun aber, wenigſtens unter den Königen des zweiten Geſchlechts, auch noch ſilberne, deren Werth (wie bis zu den letzten Zeiten) 12 Denarien (deniers) betrug. In einem Capitular von Carloman (Sohn von Carl Martel) v. J. 743 wird verordnet, daß jeder, der ein ehmals einer Kirche zugehöriges Haus beſäße, jedes Jahr eine Abgabe bezahlen ſollte. „De unaquaque Casata solidus id est 12 denarii.“ Ludwig der Fromme verordnete Capitul. lib. IV. cap. 75 „Omnis solutio atque compositio, quae in lege Salica continetur, inter Francos per duodecim denariorum solidos componatur, excepto ubi contentio inter Saxones et Frisones exorta fuerit, ubi volumus, ut 40 denariorum quantitatem habeant.“ Daß hier unter dem solidus duodecim denariorum ein ſilberner verſtanden wird, iſt ſchon an und für ſich wahrſcheinlich, und wird ganz gewiß durch die Beſtimmung Carls des Großen in dem Capitular v. J. 797 Cap. 11 „In argento XII denarii solidum faciant.“ Ober aber dieſer ſilberne solidus damals wirklich ausgeprägt, oder eine bloße Rechnungs-Münze war, iſt ungewiß *). Man ſollte indeſſen das erſtere glauben, da in den Verordnungen der Könige davon ſo oft als von einer wirklichen Münze die Rede iſt. So verordnete z. B. Pipin (Vater Carls des Großen) in ſeinem Capitular v. J. 756 **) „De moneta constituimus ut amplius non habeat in libra pensante nisi viginti duos solidos, et de ipsis viginti duobus solidis monetarius accipiat solidum unum et illos alios domino, cujus sunt, reddat.“ Offenbar iſt hier von einem Pfund Silber (libra argenti) die Rede. Wir ſehn aus dieſer Stelle auch, daß unter Pipins Regierung 22 Sols auf ein Pfund (livre) giengen.

Unter der Regierung Carls des Großen kam nun die Rechnung nach livres zu 20 Sols, wie ſie bis zur Revolution

---

Gran wiegen. Der Unterſchied von $\frac{1}{3}$ Gran kann zuverläßig auf die Unvollkommenheit der damaligen Münzkunſt geſchoben werden.

*) Wirklicher Münzen, deren Werth ein ſilberner solid. iſt, ſind aus der Zeit der beiden erſten Geſchlechter keine übrig. Le Blanc. p. 70.

**) Cap. 7. ap. Baluz. tom. I. p. 177.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

blieb, ganz in Gebrauch, nur daß unter livre ein wirkliches Pfund (dem Gewicht nach) verſtanden ward. In dem oben (S. 453 *) ſchon angeführten Capitular Carls des Großen v. J. 779, wodurch wegen eingetretener Hungersnoth Jeder verpflichtet ward, Almoſen zu geben, heißt es „Uniusquisque episcopus, aut Abbas, vel Abatissa, qui hoc facere potest, libram donet de argento, aut valentem in elemosinam, mediocres vero mediam libram; minores solidos quinque.“ Offenbar ſoll hier der folgende Beitrag immer halb ſo groß ſeyn, als der vorige; daß alſo quinque solidi (sols) der vierte Theil eines Pfundes ſind. Noch beſtimmter drückt ſich derſelbe Kaiſer in der Verordnung v. J. 805 hierüber aus „Qui vero non habuerit amplius in supra scripto pretio valente nisi libras tres, solidi triginta ab eo exigantur, id est libra et dimidia.“ Es wäre leicht zu dieſen Stellen noch eine Menge *) anderer hinzuzufügen. Doch aus denſelben geht hinreichend hervor, daß unter Carl dem Großen der Silber-Livre zu 20 sols und jeder dieſer sols zu 12 den. gerechnet ward. Wir können jetzt auch dasjenige Etwas näher ausführen, was wir oben nur angedeutet haben, daß man nämlich zu Carls des Großen Zeit angefangen habe, die Römiſche Unze mit der ſpäter gebräuchlichen (der Stadt Troyes) zu vertauſchen, doch ſo, daß man 12 der letztern Unzen für ein Pfund rechnete. Es ſind noch vier unter Pipin geſchlagene Denarien übrig, worunter Einer, der gut erhalten iſt, ein Gewicht von völlig 23 Gran hat **). Nimmt man (nach der Verordnung Pipins) das Pfund (livre) zu 22 sols und den sol zu 12 den., ſo gehn 264 den. auf das Pfund. Nimmt man noch das Römiſche Pfund nach Wurm zu 6160 Pariſer Gran, ſo muß jeder den. $\frac{6160}{264}$ oder 23$\frac{1}{3}$ Gran wiegen, welches mit der Erfahrung (23 Gran) ſo nahe übereinſtimmt, daß der Unterſchied ebenfalls ſicher der Unvollkommenheit der damaligen

---

*) Die Annal. Fuldens. enthalten eine ſehr entſcheidende Stelle, wo ſie von den Geſchenken, die man i. J. 882 den Normannen, um ſie von fernern Verwüſtungen abzuhalten, machte, reden „in auro et argento bis mille librae et octoginta vel paulo plus, quam libram per 20 solidos computamus expletam.“

**) Le Blanc. p. 70.

Münzkunſt zugeſchrieben werden kann. Hierdurch ſind zwei Puncte außer Zweifel geſetzt, nämlich 1) daß unter Pipin wirklich 264 den. auf ein Pfund giengen, und 2) daß das damalige Pfund noch das Römiſche war. Es iſt noch ein ſilberner den. von Carloman, der im Anfang mit Carl dem Großen zugleich regierte, übrig. Derſelbe iſt Etwas abgenutzt, und wiegt völlig 24*) Pariſer Gran. Unter der Vorausſetzung, daß damals ſchon 20 sols auf das Pfund giengen, und das Römiſche Pfund noch immer galt, mußte der den. $25\frac{2}{3}$ Gran wiegen, welches, da der den. Etwas abgenützt iſt, noch gut genug mit der Erfahrung übereinſtimmt. Allein viele der unter Carl dem Großen geſchlagenen den., die von feinem Silber und gut erhalten**) ſind, wegen 27 bis 28 Gran. Nun beträgt aber der 20te Theil der ſpätern Franzöſ. Unze (Troyes-Gewicht) gerade $28\frac{4}{5}$ Gran, woraus man alſo wohl ſchließen könnte, daß bei den ſpäter unter Carl dem Großen geſchlagenen Münzen das nachher gebräuchliche Gewicht der Stadt Troyes, jedoch nur 12 Unzen auf das Pfund, gerechnet, angewendet worden ſey. Es iſt indeſſen zu bemerken, daß die denar. der ſpätern Könige des zweiten Geſchlechts noch mehr wiegen. Die von Ludwig dem Frommen, und eben ſo die von Karl dem Kahlen haben ein Gewicht von 32 Gran***). Le Blanc glaubt zwar, das Silber der erſtern ſey nicht fein, ſondern habe $\frac{1}{10}$tel Zuſatz, wodurch dann das wahre Gewicht an Silber auf $28\frac{4}{5}$tel Gran herabgebracht würde. Allein die von Carl dem Kahlen ſollten, wenigſtens nach dem von dieſem erlaſſenen edict. Pistens., völlig reines Silber enthalten. Da dieſelben aber ohne Jahreszahl ſind, ſo weiß man nicht, ob ſie vor oder nach Erlaſſung dieſes Edicts geprägt ſind†). Aus der völligen Uebereinſtimmung ihres Gewichts mit dem der unter Ludwig dem Frommen geprägten kann man mit Recht auch wohl auf die Uebereinſtimmung des Feingehalts ſchließen. Doch dieſes erfordet eine genauere Probe auf der Kapelle, worüber bei Le Blanc Nichts bemerkt iſt.

---

*) Le Blanc. p. 81.

**) Le Blanc. p. 83.

***) Le Blanc. p. 99, 126.

†) In dem edict. Pistens. werden die Orte beſtimmt angegeben, wo eine Münzſtätte ſeyn durfte „Constituimus ut in nullo loco alio, in omni regno nostro moneta fiat, nisi in Palatio nostro, et in Quentovico ac Rotomago (Rouen) (quae moneta ad Quentovicum ex antiqua consuetudine

Der Gebrauch der goldnen solidi (sols) dauerte übrigens unter dem zweiten Königs-Geſchlecht fort, wie ſich aus einer Menge von Stellen der gleichzeitigen Schriftſteller ergibt. Allein es iſt ſonderbar, daß wir von dieſen goldnen solidi des zweiten Geſchlechts nur drei übrig haben (Le Blanc. p. 72); da doch von dem erſten Königs-Geſchlecht deren eine große Menge auf uns gekommen iſt. Bei Le Blanc (p. 99, 100) findet man zwei derſelben beſchrieben und abgebildet. Er glaubt, ſie ſeyn von Ludwig dem Frommen. Beide Münzen ſind von feinem Gold und tragen auf der Hauptſeite ein Bruſtbild mit dem Namen Ludovicus Imperat. Eine iſt ein Meiſterſtück der damaligen Münzkunſt, ſo daß Le Blanc ſie für das ſchönſte noch übrige Monument der Art aus der Zeit des zweiten Geſchlechts erklärt. Dagegen iſt die andere durchaus ſchlecht gearbeitet. Das Gewicht beider Münzen iſt ſehr verſchieden, die Erſtere wiegt 132, die zweite 75 Gran, ſo daß ſich auf das Gewicht eines damaligen sol d'or Nichts daraus ſchließen läßt. Allein in Ermangelung der Gold-Münzen ſind mehrere höchſt wichtige Verordnungen über das Münzweſen von dieſem zweiten Geſchlecht auf uns gekommen. Unter denſelben ſteht das ſchon oft angeführte Edict Carls des Kahlen v. J. 864 (Edict. Pistens.), welches, einem großen Theil ſeines Inhalts nach, ein Münz-Edict iſt, oben an. Wir wollen, da daſſelbe zu weitläufig

---

pertinet) et in Rhemis (Rheims) et in Senonis (Sens), et in Parisio (Paris) et in Aurelianis (Orleans) et in Cavillonno (Châlons) et in Metullo (Mesle) et in Narbona (Narbonne)." Es ſind viele Denarien Carls des Kahlen auf uns gekommen. Bei den meiſten iſt der Ort, wo ſie geprägt ſind, nicht angegeben, und diejenigen, wobei er bemerkt iſt, ſind an andern Orten als den in dem edict. Pistens. genannten geprägt (Le Blanc. p. 122). Sie müſſen alſo entweder vor dem Erſcheinen dieſes Edicts geprägt, oder die Beſtimmungen des letztern nicht ſtreng beobachtet worden ſeyn.

iſt, um es hier vollſtändig mitzutheilen, nur Einiges aus demſelben ausheben.

1) Das Verhältniß des Goldwerths zum Silberwerth iſt darin wie 12 : 1 *) beſtimmt. Dieſes Verhältniß war, wie wir ſchon geſehn haben, unter dem erſten Königs-Geſchlecht, wie 10 : 1. Späterhin ſtieg der Goldwerth. Unter Pipin, wo 22 Livres aus einem Pfund Silber geſchlagen wurden, und der den. 24 Gran wog, ergibt ſich durch eine leichte Rechnung das genannte Verhältniß wie 11 : 1.

2) Das Edict verbietet Gold oder Silber zu legiren, und anderes als gereinigtes zum Verkauf auszubieten **).

3) In Hinſicht des Gepräges beſtimmt das Edict, daß jede Münze auf der einen Seite das Monogramm des Kaiſers, nebſt deſſen Namen in die Runde geſchrieben, und auf der andern Seite ein Kreuz nebſt dem Namen der Stadt, wo ſie geprägt worden, tragen ſoll ***).

4) Oben iſt ſchon eine Verordnung Pipins angeführt, nach welcher ein Münz-Meiſter aus einem ihm zugebrachten Pfund Silber 22 solidi prägen, und dem Eigenthümer 21 wiedergeben ſoll. Dieſes iſt das erſte Beiſpiel eines Schlagſchatzes; denn

---

*) Edict. Pistens. Cap. 24 „Ut in omni regno nostro non amplius vendatur libra auri purissime cocti, nisi duodecim libris argenti de novis et meris denariis. Illud vero aurum quod coctum quidem fuerit, sed non tantum ut ex eo deauratura fieri possit (daß es nicht zum Vergolden gebraucht werden kann, wozu bekanntlich das reinſte Gold nöthig iſt), libra una vendatur decem libris argenti de novis et meris denariis.“

**) Cap. 23 „Ut nullus deinceps in regno nostro mixturam auri vel argenti ad vendendum facere vel consentire praesumat: et nullus a Missa Scti. Remigii id est à proximis Kalendis Octobris aurum vel argentum ad vendendum vel emendum nisi purificatum proferat.“

***) Edict. Pistens. Cap. XII. „Ut in denariis novae nostrae monetae ex una parte nomen nostrum habeatur in gyro et in medio nostri nominis monogramma, ex altera vero parte nomen civitatis, et in medio crux habeatur.“ Bei Le Blanc p. 122 findet man mehrere Silber-Münzen Carls des Kahlen abgebildet, welche dieſes Gepräge haben.

es iſt nicht wohl möglich, daß dieſer solid. dem Münzmeiſter als Gewinn zugefallen ſey. Das Edict. Pistens. ſpricht nicht unmittelbar von einem Schlagſchatz, ſondern es ſagt nur, jeder Graf, in deſſen Grafſchaft eine Münzſtätte wäre, ſollte ſeinen Vicegraf nebſt zwei angeſeſſenen Männern und ſeinen Münzmeiſter nach Senlis ſchicken, um dort von der königl. Kammer fünf Pfund reinen Silbers zu empfangen, damit man anfangen könne zu münzen.

5) Durch das Edict. Pistens. werden alle früher gemünzten Denarien von der Meſſe des H. Martinus an für verrufen erklärt, ſo daß nur die *) neu geprägten im Umlauf bleiben ſollten. Dieſes Kunſtſtück, um der königl. Münze als Schlagſchatz einen beträchtlichen Gewinn zuzuführen **), iſt unter den folgenden Königen ſehr oft in Anwendung gebracht worden.

Unter den erſten Königen des dritten Geſchlechts waren noch immer sols ſowohl von Gold als Silber in Gebrauch. Le Blanc führt eine große Zahl von Stellen aus den Schriftſtellern der damaligen Zeit an, welche hieran keinen Zweifel übrig laſſen. So findet man bei dem Geſchichtſchreiber Odorannus, wo er von den Geſchenken ſpricht, welche der König Robert und die Königin Conſtantin dem H. Savinian von Sens machten „Dederunt Senonis . . . . per manum Waldrici

---

Ueber die Monogramme ſehe man Du Cange ad. voc. Monogramma, wo man viele Antiquariſche Bemerkungen nebſt Abbildungen einer Menge von Monogramme findet. Er gibt folgende Erklärung „Monogramma est nomen compendio descriptum, ac certis literarum implexionibus concinnatum, quod scilicet magis intelligi, quam legi promptum est.“

*) „Ut ab ipsa Missa Sti. Martini per omne regnum nostrum non nisi istius nostrae novae monetae meri et bene pensantes denarii accipiantur. Et quicumque ab illa die alium denarium negotiandi causa protulerit, a Comite et a ministris ejus auferatur ab eo; sicut in libro Capitulorum secundo, decimo octavo Capitulo continetur.“

**) Die verrufenen Denarien mußten nämlich in die königl. Münzen geliefert werden, wo man den Eigenthümern in gemünztem Geld nicht ſoviel Silber wiedergab, als die eingelieferten Denarien enthielten.

Praepositi argenti meri libros quatuor. Deinde per manum Willelmi Cubicularii argenti meri solidos 55. Miserunt etiam a Parisiis per manum Odoranni monachi auri solidos 17 et denarios 8 et gemmas pretiosas.“ Allein es iſt kein einziger weder goldener noch ſilberner solid. der erſten Könige des dritten Geſchlechts auf uns gekommen. Silberne Denarien ſind aus dieſer Zeit einige übrig. Sie beſtehn meiſtens aus reinem Silber und die gut erhaltenen wiegen 23 bis 24 Pariſ. Gran *). Das wichtigſte, was wir von dem Münzweſen unter den erſten Königen des dritten Geſchlechts wiſſen, iſt Folgendes;

1) Unter Philip dem erſten (reg. v. J. 1060—1108) war neben den goldnen solid. eine Goldmünze im Umlauf, die Gold-Frank (Franc-d'or) hieß. Man nannte ſie auch wohl Gold-Gulden (florin-d'or) **). Ueber den Gehalt und das Gewicht derſelben iſt indeſſen Nichts ſicheres bekannt ***).

2) Schon unter Philip dem Erſten fand ein Unterſchied zwiſchen der Pariſer Währung und derjenigen der Stadt Tours Statt. Wir haben ſchon oben bemerkt, daß das Pfund der Stadt Tours ſich zu dem von Paris wie 4 : 5 verhielt. Ganz daſſelbe Verhältniß hatten auch die gleichnamigen Münzen beider Städte, ſo daß 20 sol. Parisis eben viel galten, als 25 sol. Tourn. Es mußte daher, um Verwechſelungen zu verhüten, jeder Summe beigefügt werden, ob ſie ſich auf die Pariſer

---

*) Le Blanc. p. 153.

**) Le Blanc (p. 154) führt aus der hist. véritable de l'antiquit. du Vicariat. d. Pontoise folgende Stelle aus einer Urkunde v. J. 1068 an „Dicta Joanna relicta dicti deffuncti Petri le Coq, Burgensis Pontisarae recognovit et confessa fuit se vendidisse, quitasse et in Emphiteosim se dimisisse Praepositis dictae confrariae Clericorum, septem solidos Parisienses supra dictam domum, pro pretio quatuor Francorum auri, suis quittanciis, quibus Florenis se tenuit pro contenta, quos septem solidos parisienses annui redditus promisit guarentisare.“

***) Die älteſte Goldmünze des dritten Geſchlechts, die Le Blanc ſah (p. 164), iſt von Ludwig dem 6ten oder 7ten. Sie iſt von ſehr ſchönem Gepräge und feinem Gold. Ihr Gewicht beträgt 76 Pariſ. Gran. Er hält ſie für den Franc d'or Philips des erſten.

Währung oder die der Stadt Tours bezog. Dieſes dauerte durch das ganze Mittelalter fort, wo es Verwirrung genug anrichtete. Erſt durch die große Verordnung Ludwigs des 14ten v. J. 1667 *) über das Civil-Verfahren ward dieſes geſetzlich aufgehoben und feſtgeſetzt, daß jede Summe ſich auf die Währung der Stadt Tours beziehn ſollte. Viele glauben, die Verſchiedenheit dieſer beiden Währungen ſey erſt unter Philip Auguſt (reg. 1180—1223) entſtanden. Allein ſchon in einer Urkunde der Abtei St. Denis v. J. 1060 findet ſich **) „quam in vadimonio tenebat pretio 60 librarum Pariensium.“ Eben ſo hat eine Urkunde v. St. Cyprian zu Poitiers v. J. 1105 „habui octo libras Turonenses.“ In dem Teſtament von Philip Auguſt ***) beziehn ſich alle angegebenen Summen auf die Währung der Stadt Paris, dagegen in dem von Philip dem Kühnen (reg. 1270—1285) auf die der Stadt Tours.

Erſt mit Ludwig dem Heiligen (reg. v. J. 1226—1270) fängt das eigentlich hiſtoriſche Zeitalter für das Münzweſen unter dem dritten Königs-Geſchlecht an. Dieſer merkwürdige Fürſt brachte nicht allein in die Geſetzgebung, ſondern auch in das Münzweſen eine neue und beſſere Ordnung, ſo daß, wenn daſſelbe ſpäterhin, wie es oft geſchah, in Verwirrung gerieth, die Völker immer den Wunſch ausſprachen, es auf denſelben Fuß zurückgeführt zu ſehn, auf welchem es unter Ludwig d H. geweſen war.*) Indeſſen iſt keine Verordnung dieſes Fürſten über den Gehalt ſeiner Münzen auf uns gekommen. Allein die ſpätern Könige beziehn ſich in ihren Verordnungen ſehr häufig auf die Ludwigs des H., wodurch wir theils dieſe Verordnungen ſelbſt, theils auch den Gehalt der von Ihm geſchlagenen Münzen näher kennen gelernt haben**). Unter den Goldmünzen, die er ſchlagen ließ, ſind die berühmteſten die ſogenannten Agnels (agnels, deniers d'or à l'agnel, moutons à la grande laine, moutons à la petite laine; mutones vel multones auri). Dieſelben blieben von den Zeiten Ludwigs des Heiligen bis zu Carl dem ſiebenten, alſo mehr als zwei Jahrhunderte hindurch eine der gangbarſten und beliebteſten Goldmünzen nicht allein in Frankreich, ſondern faſt in ganz Europa;

---

*) Tit. XXVII. art. 18 „Voulons que les sommes pour condamnations, taxes, salaires, redevances et autres droits soient exprimées à l'avenir dans les Jugemens, conventions et autres actes, par deniers, sols et livres et non par Parisis ou Tournois: et encore que les actes portent le Parisis, la somme n'en sera pas augmentée, sans néanmoins rien innover pour le passé.“

**) Le Blanc. p. 155.

***) Dieſes Teſtament iſt vom Sept. 1222 „Imprimis volumus . . . . quod executores testamenti nostri . . . . de rebus nostris habeant quinquaginta millia librarum Pariensium ad restituendum . . . . vel viginti quinque millia marcharum argenti XL solidorum Pariensium pro marcha.“ Man ſieht hieraus zugleich, daß damals die Mark Silber 40 Pariſ. Stüber (sols) galt. — Die hier angeführte Stelle befindet ſich bei Le Blanc p. 175. Er ſagt, das Teſtament finde ſich in dem tres. d. Chart. layette: testamenta Regum et Reginar. Cotte 1 . . . . In den Ordon. d. Louv. kommt es indeſſen, der Chronologiſchen Ordnung nach, nicht vor. Die dort (tom. II. p. 18) unter dem Titel: Teſtament von Philip Auguſt angeführte Urkunde iſt die Verordnung, welche dieſer König i. J. 1190 vor ſeiner Abreiſe nach dem heil. Land über die Verwaltung des Königreichs erlaſſen hat.

---

*) So heißt es unter andern in einer Verordnung Ludwigs des zehnten (Hutin) vom 15. Jan. 1315 (Ordon. tom. I. p. 613) „Comme nous qui . . . . ayons grant volenté et grant desir pour le bon gouvernement et seur estat d'iceluy Royaume, de ensuir les bons faits de nos prédécesseurs, et de ceus plus espèciellement qui . . . . . saintement et sagement se sont portéz ou gouvernement dudit Royaume. Et pour ce oyes les complaintes de nos subgiets . . . . sur les griez et damages que il sans nombre et sans estimation ont plus longtemps soustenu par la mutation et affleboiment des monoies . . . . . . aions fait querir et serchier par nos éscripts et régistres anciens, les Ordenances, Estatuts, et Commendemens sur le fait des monaies de Mr. St. Louis nostre prédécesseur, Roy de France, qui par très-grande excellence tint en grant pais et tranquilité son Royaume . . . . ., aions fait ordené et establi sur le fait des Monnoies, ordenons et esablissons en ensuivant et gardant les Ordenences — de Mr. St. Louis en la manière, qui s'ensuit etc."

**) Le Blanc. p. 185.

indem der Gehalt derſelben unter den meiſten der folgenden Könige nahe ungeändert blieb. Sie waren von feinem Gold, und wogen völlig 3 den. 5 grains *). Ihr Werth war dem gemäß = 0,70436 eines Napoleond'or, oder (dieſen zu 20 Franken) genommen = 14,0872 Franken d. h. nahe 14 Franken 9 Centimes. Der Name agnel kommt von dem auf den Münzen abgebildeten Lamm Gottes mit der Legende: agnus dei, qui tollis peccata mundi, miserere nobis. Hinter dem Lamm befindet ſich ein Kreuz, woran eine Fahne hängt, und unter dem Lamm (als exergue) der Name des Königs: Lud. Rex.

Unter den Silbermünzen, die Ludwig d. H. ſchlagen ließ, iſt der Groſchen der Stadt Tours, Gros Tournois (grossus Turonensis, Argenteus Turonensis, Denarius grossus) die berühmteſte. Früher glaubte man, Ludwig der H. ſey der erſte, welcher dieſe Münzen habe ſchlagen laſſen. Aber mehrere von Le Blanc **) angeführte Gründe laſſen keinen Zweifel übrig, daß deren ſchon vor dem Jahr 1191 in Umlauf waren. Dieſelben waren, wie aus mehrern königl. Verordnungen ſowohl, als auch aus den noch übrigen Münzen ***) hervorgeht, 11 den.

---

*) Den Gehalt, das Gewicht und den Cours dieſer unter Ludwig d. H. geſchlagenen Agnels kennen wir aus den Verordnungen ſeiner Nachfolger (von Philip dem Schönen und Ludwig dem zehnten), die man bei Le Blanc p. 186, 187 angeführt findet. So heißt es in einer Verordnung des letztern v. 15. Januar 1315 (Ordon. tom. I. p. 613, 615) Art. 4 „Pour ce que c'est nostre entente, et nostre volenté de garder en toute manière les Ordenances de M$^{e}$ Saint Louis, nous avons fait regarder en nos régistres seur le fait de la Monnoie de l'or et avons trouve que il fist faire le denier d'Or que l'en appel à l'aignel, et le fist faire et ajuster, le plus leallement que il pot, et que il eust cours pour dix sols parisis tant seulément, et plus ne vaut-il et eü regart à la valüe que l'argent vault.“ In der Verordnung Philips d. Schönen v. 27. Januar 1310 [bei Le Blanc irrthümlich 1320] (Ordon. tom. I. p. 477) heißt es „nostre monnoye d'or qui est et sera appellée à l'aignel, laquele est du temps de St. Loys nostre tres chier aieul etc.“

**) p. 174.

***) Philip der Schöne ſagt in einer Verordnung v. 22. Jan.

12 grains fein, d. h. ſie beſtanden aus dem oben angeführten Königsſilber (argent le Roy) und hatten ein Gewicht von 3 den. 7 grains $\frac{26}{58}$. Sie galten gerade einen sol. Tournois, oder 12 den. Tourn. *), wobei indeſſen zu bemerken iſt, daß der sol, und den. Tourn. beide Rechnungsmünzen waren, ſo daß immer 12 den. Tourn. auf den sol. Tourn., und 20 sols Tourn. auf den Geld-Livre Tourn. giengen, wogegen der gros. Tourn. in den verſchiedenen Zeiten einer verſchiedenen Menge von sol. Tourn. gleich galt. Dieſe Münze hatte den Namen gros (grossus) von ihrer beträchtlichen Dicke (ſie war die dickſte unter allen damaligen Silbermünzen), und endlich den Namen Tournois von der Stadt Tours, wo ſie geprägt war, wie aus der

---

1310 (Le Blanc. p. 189), daß die mailles tierces von der nämlichen Feinheit ſeyn, als die gros Tournois Ludwigs des H., und daß dieſer mailles 174 auf eine Mark gehn, und gerade ein Drittheil eines gros. Tourn. Ludwigs des H. gelten ſollten. Dem gemäß mußten $\frac{174}{3}=58$ gros Tourn. auf eine Mark gehn, oder jeder mußte 3 den. 7 grains $\frac{26}{58}$ wiegen, wie ſich auch aus einem noch übrigen Bruchſtück einer Verordnung Ludwigs des H. ergibt „Et quant la garde (der Münzmeiſter) voudra délivrer cette monnoye, il la meslera (mêlera, untereinandermiſchen) toute ensemble, et de ces deniers meslés (denier bedeutet hier jedes einzelne Münzſtück) il pesera 3 marcs, l'un après l'autre, et se il les trouve si foibles, que en nul de ces trois marcs en entre 58½, qu'ils ne soient délivrez, tant (biß daß) il en ait osté (ôté wegnehmen) tant de foible, par quoy li ramenant (die übrigbleibenden) soit du poids qu'ils devoient éstre. Et quant l'en ne puet faire toutes oeuvres que ly 58 deniers poisent un marc sans plus ni sans meins (moins) etc." Was den Feingehalt betrifft, ſo heißt es in einer Urkunde von Jacob König von Arragonien und Jacob König von Majorca v. Juni 1309, wo von dieſen Tournois d'Argent die Rede iſt „Sancti Ludovici bonae memoriae Regis Franciae de lege undecim denariorum et oboli, quorum Turonensium etc." Das nämliche Gewicht und der nämliche Feingehalt ergibt ſich aus der Unterſuchung der noch übrigen gros. Tourn. von Ludwig d. H., deren es eine Menge gibt.

*) Ein ſolcher gros. Tourn. enthält eben viel Silber, und gilt alſo auch eben viel als 0,8988 Franken. Er hat alſo ſehr nahe den Werth von 90 Centimes.

Legende derſelben: Turonus civis (für civitas) herorgeht. Dieſe Groſchen der Stadt Tours (in Deutſchland auch Tournoſen genannt), blieben ſehr lange, bis zum Jahr 1513, wo Ludwig der 12te ſtatt derſelben die Testons ſchlagen ließ, im Gebrauch. Ihre Feinheit und ihr Gewicht blieben unter den erſten Nachfolgern Ludwigs des H. faſt unverändert, bis zu Philip dem 6ten (von Valois, reg. 1328—1350). Auch unter dieſem letztern König und eben ſo unter ſeinen Nachfolgern ward der Feingehalt beibehalten, ja er ward ſogar zuweilen erhöht: allein das Schrot (das Gewicht) nahm in dem Lauf der Zeiten je länger deſto mehr ab, wogegen der Nennwerth in sol und den. Tourn. immer vermehrt ward. Unter Ludwig dem eilften war der Feingehalt derſelben 11 den. 15 grains, das Gewicht nur 2 den. 18½ grains, und ſie galten 2 sols 10 den. Tourn. Noch eine andere Münze, die Ludwig der H. ſchlagen ließ, waren die Pfennige (deniers) ſowohl Tourn. als Parisis. Beide Münzen beſtanden aus einem ſehr geringhaltigen *) Silber, ſo wie man dann ſchon unter Philip dem Erſten angefangen hat, den deniers (denarii), die früher aus reinem Silber beſtanden, Kupfer zuzuſetzen. — Die agnels, gros Tourn., den. Tourn. und den. Parisis ſind nach Le Blanc (p.. 191) die einzigen Münzen Ludwig des H. Aus dem angegebenen Gewicht, Feingehalt und Werth des agnels und gros. Tourn. ergibt ſich das Verhältniß **) von dem Werth des (gemünzten) reinen Silbers

---

*) Die den. Paris. waren 4 den. 12 grains, und die den. Tourn. nur 3 den. 18 gr. fein. Von den erſten giengen 221, von dem zweiten 220 auf eine Mark (Le Blanc. p. 190). Unter Philip dem Schönen wurden die den. Paris. auch Bourgeois) genannt.

**) Unter Philip dem 6ten (von Valois) ſollte nach einer königl. Verordnung v. 1. Jan. 1336 (ex Reg. B. Camer. Computor. fol. 105) das Verhältniß des Werths des Königsſilbers zu dem des Goldes wie 1 : 12 ſeyn „Ordenons que l'en face (qu'on fasse) nos monnoies d'or, blanches et noires dix huitaines; c'est assavoir nos monnoies blanches et noires sur le piè de LX gros Tourn. d'argent le roy au marc de Paris, et nostre monnoie d'or fin sur le piè de douze marcs d'argent zu dem des (gemünzten) Goldes wie 1 : 12, 36 oder nahe wie 1 : 12½. Auf die Agnels folgten unter Carl dem ſechſten (reg. 1380—1422) als gebräuchlichſte Goldmünzen, die Kronenthaler (escus à la couronne, auch escus d'or, Couronnes de France, latein Coronati genannt). Sie waren Anfangs von feinem Gold, es giengen 60 auf eine Mark, und ihr Zahlwerth war 22 sols. Allein ſowohl die Feinheit als das Gewicht und der Zahlwerth haben mannigfaltig gewechſelt. Meiſtens waren ſie jedoch etwa 23 Karat fein, und es giengen 71 bis 72 auf eine Mark. Sie erhielten ſich bis zum Ende der Regierung Karls des achten (reg. 1483—1498). Ludwig der 11te, deſſen Vater, hatte angefangen, neben den Kronenthalern eine andere Gold-Münze unter dem Namen Sonnenthaler (escus d'or au soleil) ſchlagen zu laſſen, die an Feingehalt und Gewicht von den eigentlichen Kronenthalern nur wenig abwichen, ſich aber durch ihr Gepräge (durch eine Sonne über der Krone) davon unterſchieden. Man fuhr fort dieſer Sonnenthaler zu ſchlagen bis zum J. 1655. — Im J. 1640 unter Ludwig dem 13ten fieng man an die Louisd'ors zu ſchlagen, welche bis zur Revolution die gangbarſten und bekannteſten Goldmünzen von Frankreich geblieben ſind. Nach der Erklärung (déclaration) v. 31. März 1640 waren dieſe Louis-

---

le roy audit marc de Paris, c'est assavoir que un marc d'or ſin vaudra et courra pour douze marcs d'argent, et ainsi parmi ce seront toutes nos dites monnoies blanches, et noires evaluées dishuitaines, en courant le marc d'argent le roy au dessus du marc pour quatre livres dix sols Tourn., et un marc d'or ſin pour cinquante quatre livr. Tourn. argent le Roy des monnoies dessus dites. Nimmt man wirklich die Mark Königsſilber zu 4 Liv. 10 Sous (90 Sous) und die Mark fein Gold zu 54 Livres, ſo ergiebt ſich das Verhältniß des Werths des Königsſilbers zu dem des Goldes genau, wie 1 : 12.

*) In dem königl. Edict, wodurch die Prägung der Louisd'or verordnet ward, werden die Münzen, welche das Publicum Louisd'ors nannte, doppelte Louisd'ors genannt.

d'ors 22 Karat fein (mit $\frac{1}{4}$ Karat Remedium) und es giengen deren 36$\frac{1}{4}$ auf eine Mark. Das Gewicht eines einzelnen war daher 5 den. 6 grains. Der Zahlwerth war 10 Livres. Der Feingehalt dieſer Münzen iſt bis zur Revolution ungeändert (22 Karat) geblieben; allein in dem Schrot haben verſchiedene Veränderungen Statt gefunden. Bis zum Jahr 1709 blieb auch dieſes ungeändert; allein ſeit dieſem Jahr giengen 30 Louisd'or auf die Mark. Dieſes wechſelte mannigfaltig; bis im Jahr 1726 verordnet ward, daß aus einer 22 Karat feinen Mark 30 Louisd'ors geprägt werden ſollten. Dieſes erhielt ſich bis zum Jahr 1785, wo nach einer königl. Erklärung vom 30. Oct. feſtgeſetzt ward, daß 32 Louisd'or aus einer 22 Karat feinen Mark geprägt werden ſollten. Dieſes geſchah vorzüglich, um in den königl. Münzſtätten das Verhältniß des Silber- und Goldwerths demjenigen, welches im Handel Statt fand, näher zu bringen *).

Unter den Goldmünzen des Mittelalters kann man ſich noch den gros royal, und petit royal von Philip dem Schönen, den Parisis d'or von Philip von Valois (reg. v. J. 1328—1350), den Gold-Franken (Franc d'or) des Königs Johan (reg. v. J. 1350—1364) und den Henrid'or Heinrichs des Zweiten (reg. v. J. 1547—1559) merken. Der petit royal iſt die älteſte Goldmünze, wovon in den Regiſtern des Münzhofs die Rede iſt. Dieſe Regiſter fangen vom Jahr. 1293 (vom achten Jahr der Regierung Philips des Schönen) an; ſo daß ſeit dieſer Epoche in der Geſchichte des Münzweſens Alles viel beſtimmter und feſter begründet iſt. Der petit royal war von feinem Gold, es giengen 70 Stück auf die Mark **), und der Zahlwerth war 11 sols Parisis. Der gros royal war das doppelte des petit royal. Der Parisis d'or von Philip von Valois war von feinem Gold, und es giengen $33\frac{2}{3}$ auf die Mark, ſo daß ſein Gewicht 1 gros $64\frac{88}{101}$ grains war. Dieſe Münze iſt merkwürdig, weil ſie gerade 1 livre parisis, oder 20 sols parisis galt (Ordon. d. 6 sept. 1329 art. I. tom. II. p. 34, 35). Die Goldfranken (Francs d'or, Franci, denarii aurei vocati Franci, wurden zuerſt von König Johan i. J. 1360 nach ſeiner Rückkehr aus England geprägt. Auf dem Gepräge dieſer Münze ſieht man den König zu Pferd, als geharniſchten Retter abgebildet. Deshalb ward dieſelbe auch Franc à cheval genannt. Sie beſtand aus feinem Gold, und wog unter dem König Johan 1 gros 1 grain. Sie galt (Ordon. du 5 decemb. 1360. tom. III. p. 436, 440) gerade einen Livre Tourn. (20 sols Tourn.). Deshalb, und weil die neue Franzöſ. Silbermünze von ihr den Namen erhalten, iſt ſie merkwürdig. Sie gehörte zu den gangbarſten Goldmünzen der damaligen Zeit. Sie erhielt ſich unter Carl dem 5ten, 6ten und 7ten, verlor aber unter letzterm beträchtlich an Gewicht, indem 80 auf eine Mark giengen. Carl der 5te ließ von d. J. 1365 an unter dem Namen: Fleur de Lis d'or oder Florin d'or aux Fleurs de Lis eine Goldmünze ſchlagen, die dem Goldfranken an Feingehalt und Werth völlig gleich war. Das Publicum gab ihr den Namen Franc à pied, weil der König ſtehend *) (von Kopf bis zu Fuß) darauf abgebildet war.

---

*) Es ward dadurch 1 : 15$\frac{1}{2}$, ſo wie es noch jetzt (i. J. 1834) iſt.

**) Le Blanc p. 203. Das Schrot und Korn dieſes petit royal iſt indeſſen in den Regiſtern des Münzhofs nicht bemerkt, ſondern es ergibt ſich aus einem königl. Schreiben v. J. 1405 (Ordon. tom. I. p. 433). Auch Carl der Schöne (Sohn Philips des Schönen) ließ petits royaux und doubles royaux ſchlagen. Es giengen der erſtern aber 116, und der letztern 58 auf die Mark.

Heinrich der Zweite ließ ſeit dem J. 1559 eine neue Goldmünze unter dem Namen Henrid'or ſchlagen. Dieſes war in Frankreich die erſte Münze, die gleich den Münzen einiger alten Völker ihren Namen von dem König erhielt **). Ihr Fein-

---

*) Auf den Münzen der Könige des dritten Geſchlechts, die vor Ludwig dem 12ten (vor den testons) geſchlagen ſind, findet man, wenn ſie das Bildniß des Königs oder ſonſt einer Perſon enthalten, dieſelben faſt immer vollſtändig, (von Kopf bis zu Fuß) zuweilen ſitzend und en face dargeſtellt.

**) Doch gab es ſchon unter Carl dem achten (reg. 1483—1498) eine Art ſchlechter Münze, die 10 den. Tourn. galt, und Karolus genannt ward. Noch zu den Zeiten gehalt war 23 Karat (¼ Karat Remed.), und ihr Gewicht 2 den. 20 grains (d. h. es giengen 67 auf die rauhe Mark). Unter Heinrich dem Zweiten erhielt die Münzkunſt eine ſehr wichtige Verbeſſerung durch Erfindung des Prägewerks (balancier), wogegen früher alle Münzen mit dem Hammer geſchlagen wurden. Unter dieſem König ward es auch zuerſt eingeführt, nebſt dem Namen des Königs auch die Ordnungszahl (der zweite, dritte u. ſ. f.), ſo wie auch die Jahreszahl (millésime) auf den Münzen zu bemerken *).

Was die Silbermünzen betrifft, die nach den Zeiten Ludwigs des Heiligen und während des Mittelalters geſchlagen wurden, ſo muß man ſich noch den sol. Parisis merken. Dieſe Münze ward, ſoviel man weiß, von Philip von Valois zuerſt geſchlagen, welches ſonderbar genug iſt, da man ſehr häufig nach sol. Paris. rechnete, und der Den. Paris. häufig, unter andern auch unter Ludwig dem Heiligen, geprägt ward. Ja dieſer sol. Paris. erhielt ſich als ausgeprägte Münze nur unter Philip von Valois, obſchon wirkliche Münzen vom doppelten Werth (doubles Parisis) und eben ſo den. Paris. auch unter den folgenden Königen häufig geprägt wurden **). Dieſer sol. Paris., von Philip von Valois, den man auch gros Paris. nennen kann, war 11 den. 12 grains fein (wie der gros. Tourn.) und es giengen davon 48 auf eine Mark, ſo daß ein Stück genau 4 den. wog. Der Zahlwerth war 12 den. Paris., oder 15 den. Tourn.

Auf die Groſchen der Stadt Tours folgten, wie ſchon oben bemerkt worden, in Frankreich als gangbarſte Silbermünze unter Ludwig dem 12ten i. J. 1543 die Teſtonen (alſo genannt, weil das Bruſtbild des Königs, im Profil, darauf abgebildet war). Um dieſe Zeit hatten die reichen Silbergruben Amerika's

---

Ludwigs des 14ten bediente das Volk ſich dieſes Karolus als Rechnungsmünze. Dieſelbe galt 10 den.

*) Nach Le Blanc (p. 318) iſt die älteſte franzöſ. Münze, worauf die Jahreszahl bemerkt iſt, v. J. 1498. Sie iſt aber keine eigentliche königl. Münze, ſondern von der Königin Anna als Herzogin von Bretagne, worüber ſie überhaupt die Souverainetät beibehielt, geprägt.

**) Le Blanc. p. 245.

ſchon einige Wirkung auf den Europäiſchen Markt ausgeübt. Das Silber verlor mit ſeiner Seltenheit auch ſeinen frühern Werth, und es war nöthig den Münzen ein größeres Gewicht zu geben. Die Teſtons waren 11 den. $6\frac{1}{4}$ Gran fein, und wogen 7 den. $42\frac{1}{3}$ gr. Der Zahlwerth war 10 sols Tourn. Es gab auch halbe Teſtons, die 5 sols Tourn. galten. Die Teſtonen erhielten ſich bis zum Jahr 1575. Während dieſer Zeit hatten ſie allezeit daſſelbe Schrot und auch nahe daſſelbe Korn; ihr Zahlwerth war aber geſtiegen und betrug im Jahr 1575 14 sols 6 den. Allein in dieſem letztern Jahr verbot Heinrich der dritte das fernere Prägen dieſer Münze, und führte ſtatt derſelben die Silberfranken (Francs d'argent) ein [*]. Dieſe waren nur 10 den. $10\frac{1}{2}\frac{0}{3}$ grains fein, und wogen (das Stück) 11 den. 1 grain. Der Zahlwerth derſelben war gerade 20 sols Tourn., ſo daß alſo die alte Rechnungsmünze, der Livre, nun wirklich eine in Silber ausgeprägte Münze ward. Dieſe Münze, wovon es auch halbe und viertel (zu 10, 5 Sols) gab, erhielt ſich unter Heinrich dem 4ten und zum Theil unter Ludwig dem 13ten. Allein der Zahlwerth ſtieg ſehr bald über einen Livre, ſo daß der Hauptzweck, den man bei dem Ausprägen derſelben erreichen wollte, verfehlt ward. Den 22. Dec. 1641 verordnete Ludwig der 13te die Ausprägung einer neuen Münze unter dem Namen Louis d'argent. Aus dieſer Münze, welche das Publicum auch Escu blanc (Silberthaler) nannte, ſind endlich die bis zur Revolution im Gebrauch gebliebenen ſogenannten Laubthaler [**]) geworden. Sie hatten i. J. 1641 einen Feingehalt von 11 den., und ein Gewicht von 21 den. 8 grains, ſo daß ſie die ſchwerſte Silbermünze waren, die bis dahin in Frankreich je in Umlauf geweſen war. Der Zahlwerth derſelben war 60 sols. Nach einer königl. Verordnung

---

*) Unter demſelben König wurden viertel und achtel escus in Silber geſchlagen. Sie waren 11 den. fein. Ein quart d'escu wog 7 den. $12\frac{1}{2}$ gr. und galt 15 sols. Ihren Namen hatten ſie daher, weil ſie, dem Werth nach, damals gerade den vierten Theil eines escu d'or ausmachten.

**) Vor 1641 verſtand man in Frankreich unter escu allezeit eine Goldmünze, den escu d'or oder au soleil.

v. J. 1726, von welcher man bis zur Revolution nicht abgewichen iſt, ſollten, mit Beibehaltung des vorigen Korns von 11 den., aus der rauhen Mark $8\frac{3}{10}$ dieſer Münzſtücke geprägt werden, ſo daß das Gewicht eines jeden Münzſtücks 23 den. 3 gr. war. Im Jan. 1726 ward der Zahlwerth zu 5 Livres und ſchon d. 26. Mai deſſelben Jahrs zu 6 Liv. feſtgeſetzt, auf welchem Preis ſie ſich bis zur Revolut. erhalten haben, ſo daß man ſie auch 6 Livres-Thaler nannte.

Alles, was wir bis hierhin von den Franzöſ. Münzen geſagt haben, bezieht ſich auf den Gehalt an Schrot und Korn, den ſie nach den älteſten geſetzlichen Beſtimmungen, wodurch ſie zuerſt eingeführt wurden, haben ſollten, und unter den beſſern Regierungen und günſtigen Umſtänden auch wirklich hatten. Allein in Kriegszeiten und im Drang der Noth erlaubte man ſich in frühern Zeiten ſehr häufig davon abzuweichen. Von den Königen des erſten und zweiten Geſchlechts iſt hierüber Wenig bekannt. Allein unter dem dritten Geſchlecht kam ſchon früh (ſicher ſeit Philip dem Schönen) der Grundſatz auf, daß dem König, und zwar ihm allein, das Recht zuſtehe, den Werth der Münzen, ohne Rückſicht auf den Gehalt an edlem Metall, nach ſeinem Gutdünken zu beſtimmen. Gewöhnlich beſchränkte man dieſes jedoch dahin, daß er nur im Fall der Noth davon Gebrauch machen dürfe. Es iſt noch eine Rede von dem General-Procurator Philips des Schönen übrig, worin er gegen den Grafen von Nevers, der ebenfalls ſeine Münze verringert hatte, dieſes Recht für den König allein in Anſpruch nahm *).

Noch viel ſtärker und allgemeiner iſt die Sprache Philips v. Valois in einem Schreiben an den Seneſchall von Beaucaire v. 16 Jan. 1346 (Ordon. tom. II. p. 254). »Wir können nicht glauben,« heißt es in der Einleitung, »daß Jemand zweifeln kann oder darf (puisse ne doit faire doute), daß es

---

*) Er drückte ſich ſo aus „Item abaissier et amenuiser la Monnoye est privilège especial au Roy de son droit Royal si que à lui appartient et non à autre, et encore en un seul cas, c'est à scavoir en necessité et lors ne vient pas le gâge ne convertit en son profit especial, mais au profit et en la défense d'ou commun.

uns allein und unſerer Königl. Majeſtät zuſteht, das Münzweſen in dem ganzen Königreich zu ordnen, Münzen ſchlagen zu laſſen, und den Werth und Cours derſelben feſtzuſetzen, wie es uns gefällt, zu unſerm ſowohl als unſeres Reichs und unſerer Unterthanen Nutzen und Beſten, und indem wir unſer Recht gebrauchen.« Faſt auf dieſelbe Art drückt ſich Johan der 2te in einem Schreiben an die Oberrechenkammer v. 20. März 1361 aus *). Die Könige erkannten zwar den großen Nachtheil, den die Veränderung der Münzen für ihre Unterthanen hatte, und ſprachen ſogar in ihren Verordnungen öffentlich davon. Allein ihr Recht hielten ſie ſich dennoch ausdrücklich bevor. Die drei Stände der Langued'oil hatten (S. 352) Johan dem zweiten zur Führung des Kriegs die Erhebung mehrerer Abgaben bewilligt. In der in Folge dieſer Bewilligung erlaſſenen Verordnung v. 28. Dec. 1355 (Ordon. tom. III. p. 19) verſpricht der König Art. 8 (p. 26) für ſich und ſeine Nachfolger immer gute und unveränderliche Münze ſchlagen zu laſſen. Er ſetzt indeſſen Art. 27 (p. 34) hinzu, daß, wenn der Krieg in dem gegenwärtigen Jahr — auf ſo lange waren die Abgaben einzig bewilligt — nicht zu Ende gieng, und die Stände ſich nicht einigen könnten, ihm die dazu erforderlichen Summen ferner zu bewilligen, er zu ſeinem Münz-Regal **) zurückkehren würde. Das Volk hatte ſich auch ſo ſehr an die Idee gewohnt, daß das Recht die Münze zu verändern, dem König vermöge des Rechts ſeiner Krone zuſtehe, daß einige Provinzen, worunter die Normandie, dem König zu beſtimmten Friſten, von drei zu drei Jahren, eine beſondere Abgabe bezahlten, damit er die Münze nicht änderte *). Einige Könige ſelbſt ſahn auch die Verringerung der Münze als eine Abgabe und zwar als die am mindeſten drückende **), und die am ſchnellſten und ſicherſten beizutreiben wäre, an. Letzteres war bei dem traurigen Zuſtand des damaligen Steuer- und Finanzweſens auch wirklich der Fall, ſo daß die Könige, beſonders beim plötzlichen Ausbruch eines Kriegs, faſt genöthigt waren, zu dieſem verderblichen Hilfsmittel ihre Zuflucht zu nehmen. Carl der ſechſte (reg. 1380—1422) bekennt dieſes in ſeiner Verordnung vom 7. März 1418, wodurch er den Preis des Goldthalers (escu d'or) von 30 auf 50 sols erhöhte, ganz offen (Le Blanc p, 291) „C'est pour resister à nostre adversaire d'Angleterre et obvier à sa damnable entreprise ..... attendu que de présent nous n'avons aucun autre revenu de nostre Domaine, ne autrement de quoy nous nous puissions aider.“

---

*) Ordon. tom. III. p. 555 „Gens de nos Comptes. Nous avons entendu que ja soit ce que à Nous seul et pour le tout, de nostre droit Royal, par tout nostre Royaume appartiegne de faire telles Monnoyes comme il nous plaist, et de leur donner pris etc.“

**) „En ce cas Nous retourneriens à nostre Domaine des Monnoyes, et à noz autres Droits, excepté le fait des Prinses, lesquelles en ce cas Nous ne pourriens faire, se ce n'estoit en payant l'Argent et par juste pris.“ Unter prinse [prise] werden] hier Natural-Lieferungen (Requiſitionen) verſtanden, welche der König, die Prinzen ſeines Hauſes, auch andere vornehme Beamten, der Kronfeldherr, die Requetenmeiſter u. ſ. f. auf ihren Reiſen dem Volk abpreßten, und die eine der älteſten und drückendſten Plagen des Landes waren. M. ſ. darüber die Vorrede des Grafen Paſtoret zu tom. XVI. d. ordon. p. CII., auch Th. I. S. 169.

---

*) Dieſe Abgabe ward relevatio monetae, monetagium, monnéage, auch wohl fouage, focagium genannt. Die zweite Charte, welche Ludwig der 10te d. 22. Juli d. J. 1315 der Normandie bewilligte (Ordon. tom. I. p. 587, 588), enthält Art. 2 „Item quod redditus nobis debitos pro dictâ pecuniâ non mutandâ, qui in dicto ducatu [Normanniae] monetagium, aliter focagium nuncupatur, levari non faciemus, aut etiam aliqualiter premittemus levari, nisi quatenus in registro consuetudinis Normannie continetur, usu quocunque contrario in permissis non obstante.“ Die ancien. contum. de la Normand. enthalten „Le monnéage est une aide de deniers qui doit être payée au Duc de Normandie de trois en trois ans, et doit l'en recevoir de cele ayde tele monnoie comme elle est mise communement en la terre, ne ne le doit l'en pas faire changier.“ Ludwig der zehnte verſprach in der eben angeführten Charte Art. 1 „quod nos aut nostri successores in dicto Ducatu Normanniae, de cetero aliam monetam, quam turonens. et parisienses, grossos turonenses, ac obolos albos de pondere et valore quibus erant tempore supradicti proavi nostri [Beat. Ludovic.], fieri non faciemus, nec aliam monetam cursum habere quoquomodo, maxime cum ob hoc certos redditus in dicto ducatu, de triennio in triennium percipiamus ab antiquo.“ M. ſ. noch Du-Cange art foagium.

**) In einem Befehl, den Carl der 5te als Regent des Reichs d. 7. Mai 1358 erließ (Ordon. tom. III. p. 218) heißt es „. . . . pour cause de tres grans et innumerables mises qu'il nous convient supporter . . . . . lesquelles sans le trop grant grief dudit peuple, Nous n'avons pu ni ne pourrions souffrir, si ce n'etoit par le fait et gouvernement desdites Monnoyes et de la revenue et prouffilt d'icelles.“

Die Könige verfuhren bei dieſer Verringerung der Münzen, oder Benutzung ihres Münz-Regals, wie ſie es nannten, auf eine doppelte Weiſe. Sie ließen entweder 1) die ſchon im Umlauf befindliche Münze fortbeſtehn, und erhöhten nur den Zahl- oder Nennwerth derſelben *). (Doch ſcheinen ſie von dieſem Mittel, wovon wir ſo eben ein Beiſpiel unter Carl dem 6ten angeführt haben, in den frühern Zeiten einen minder ſeltnen Gebrauch gemacht zu haben); oder ſie verordneten 2) die Ausprägung von neuen Münzen, wobei ſie alle wirklich im Umlauf befindlichen verrieſen, und unter den härteſten Strafen geboten, dieſelben als altes Silber (billon) in die Münze zu liefern. Da nun ſowohl die Beſtimmung des Münzfußes, als auch des Preiſes, den die königl. Münze für die Mark Silber, welche die alten Münzen enthielten, bezahlte, ganz von dem Gutdünken der Regierung abhieng, ſo konnte ſie ihren Gewinn faſt ſo hoch treiben, als ſie wollte. Es gab endlich noch Fälle einer dritten Art, nämlich daß die Regierung, ohne das Publicum von der Veränderung der Münze in Kenntniß zu ſetzen, Münzen den im Umlauf befindlichen äußerlich vollkommen gleich, aber von geringerm Korn ſchlagen ließ. Gewöhnlich ward

---

*) M. ſ. die verſchiedenen über die Münzen erſchienenen Ordonnanzen, und beſonders die Vorrede des Advocaten Secouſſe zum dritten Band der Ordon. d. Louv. p. CX. N°. 5, CIV., auch die Vorrede des Grafen Paſtoret, zum 15ten Band derſelben Sammlung.

auf dieſe ſchlechtern Münzen doch irgend ein geheimes Merkmal geſetzt, damit wenigſtens die Münzmeiſter ſelbſt ſie von den beſſern unterſcheiden könnten *).

Es ward dabei den General-Münzdirectoren aufgegeben, dafür zu ſorgen, daß dieſes Merkmal ſo wenig als möglich in die Augen falle. So ſagt derſelbe Carl der fünfte (als Regent) in ſeinem Befehl v. 15. Oct. 1360 (Ordon. tom. III. p. 430) „en donnant à iceulx deniers blancz, telle différence comme bon vous semblera à faire et la moins apparcevant que l'en pourra.“ Derſelbe Fürſt hatte in ſeiner Verordnung vom 2. Mai 1360 (Ordon. tom. III. p. 407) befohlen, der neuen Münze gar kein Merkmal zu geben, wodurch ſie ſich von der ältern unterſcheiden ließ. Die Münzdirectoren ſollten nämlich ſchlagen laſſen „gros Deniers blancs tels et semblables en poix [Gewicht, Schrot], taille et façon et en cours comme ceulx que nous faisons faire à présent . . . . .; lesquelz vous ferez allayer à deux deniers douze grains de loy

---

*) Carl der 5te trug ſeines, i. J. 1355 gegebenen Verſprechens ungeachtet, ſchon d. 30. Oct. 1558 (Ordon. tom. III. p. 265) den General-Münzmeiſtern auf, die Münze zu verringern, und zwar ſo außerordentlich, daß die Mark Silber, aus welcher bis zu dieſem Tag 8 Livres geſchlagen wurden, ferner zu 11 Livres 5 Stüber (sols) vermünzt werden ſollte. Die neue Münze ſollte werden „Doubles tournois . . . . . semblables en coing, taille et façon comme ceulx que nous faisons faire à présent, en mectant en iceulx aucune différence.“ Das Wort „aucune“ heißt hier, wie in dem ältern Franzöſiſchen, immer: irgend einen (Unterſchied). Ganz deutlich erhellt dieſes aus einer Verordnung deſſelben Fürſten über denſelben Gegenſtand vom 2. Mai 1360 (Ordon. tom. III. p. 407) „En toutes les autres Monnoyes de la Languedoc et d'oil . . . . . faictes et mandez faire *aucune* petite différence telles comme vous [les généraux-maistres] verrez que bon soit, affinque l'en puisse cognoistre etc.“ Die Jahreszahl (le millésime) konnte nicht als Merkmal dienen, indem man ſie damals (i. J. 1360) noch nicht auf die Münzen ſetzte. — Unter différence verſtand man übrigens auch das beſondere Merkmal, das jeder beſondere Münzmeiſter auf jedes Münzſtück ſetzte, um ſeine Arbeit von der der übrigen zu unterſcheiden.

Argent-le-Roy tant seulement, sans y mettre ne faire aucune différence de ceux que l'en à faictz à trois deniers de loy: car ainsi l'avons Nous ordonné, affin de tenir la chose plus secrete.“

Philip von Valois befahl bei einer ähnlichen Verringerung der Münze i. J. 1350 den Münzdirectoren *), daß ſie denjenigen, der die Münzen ausſtückelte (tailleur), und die übrigen Münzbeamten auf die Evangelien ſchwören laſſen ſollten, die Sache nicht zu entdecken, ſondern geheim zu halten. Sein Sohn (Johan der zweite), der am 23. Auguſt deſſelben Jahrs (1350) ſeinem Vater folgte, trat auch in dieſer Hinſicht in ſeine Fußſtapfen ein, und erließ im December 1351 einen ähnlichen Befehl an die Münzdirectoren **). Wie man nun auch immer über das Recht des Souverains den Werth der Münzen zu beſtimmen denken mag, ſo iſt doch nicht zu läugnen, daß die Ausübung deſſelben auf die hier zuletzt angeführte Art nicht anders als ein ſchändlicher und unwürdiger Betrug genannt werden kann. Gewiß ſind dunkle Erinnerungen und Ueberlieferungen aus dieſen unglücklichen Zeiten die einzige Urſache, daß noch jetzt, wo dergleichen elende Kunſtſtücke ſich ſogleich ſelbſt ſtrafen würden, der Gedanke, als ob der Fürſt den Werth der Münzen nach Willkühr beſtimmen, und ſeinen Unterthanen Kupfer ſtatt Silber aufdringen könne und wirklich aufdringe, aus der Meinung der Menge nicht zu verdrängen iſt.

---

*) Le Blanc. p. 251.

**) (Le Blanc p. 259) „Si vous avez des royaux pour un jour si les faites ouvrer et monnoyer es coins des fers précedens, afin que les marchands ne puissent apercevoir l'abaissement, toutesfois dites leur bien qu'ils auront 62 desdits escus pour marc. Gardez si cher comme vous avez vos honneurs!! qu'ils ne scachent la loy par vous, à peine d'estre déclarez pour traîtres, et les flancs (flans, die ſchon ausgeſchnittenen, aber noch nicht mit der Präge verſehnen Münzſtücke) que vous aurez avec une journée de Royaux, faites ouvrer et monnoyer en fers que vous avez à présent, et tous les autres Royaux faites réfondre en feignant et disant aux fondeurs, afin qu'ils ne se puissent de ces choses

Der erſte König, welcher von ſeinem Münzrecht einen ſo unglücklichen Gebrauch gemacht hat, war Philip der Schöne; ſo daß ſeine Feinde ihm den Namen »Falſchmünzer« gaben. Im Anfang ſeiner Regierung waren die Münzen, die er prägen ließ, ganz ſo gut wie die älteren. Allein i. J. 1295 fing er an, ſchlechtes Geld prägen zu laſſen. Da es ihm an edlem Metall gebrach, ſo verordnete er i. J. 1294, daß Alle, welche keine 6000 Livres Renten beſäßen, den dritten Theil ihres Silbergeſchirrs in die Münze liefern ſollten. Hieraus ließ er nun eine Menge ſchlechter Münze ſchlagen, und bezahlte die Eigenthümer in dieſer letztern. Um die vielen Klagen zu ſtillen, verſprach er Alle, die dadurch Schaden leiden würden, mit der Zeit zu entſchädigen, und ſtellte deßhalb alle Einkünfte ſeiner Domainen (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 325) zum Unterpfand *).

---

apercevoir, que le Maitre avoit failly à allayer et pour cette cause les faites réfondre."

*) „Philippus etc. Notum facimus universis, quod nos pro ingruentibus nostris et regni nostri negotiis, temporibus his monetam cudi, seu fabricari disponentes in qua forsam *aliquantulum* deerit de pondere, alleio (aloi) seu lege quam Praedecessores nostri reges Francorum transactis temporibus consueverunt, in monetarum fabricâ observare. Ne propter hoc monetam recipientes eandem in posterum damnificari contingat aut ledi, Presentium tenore promittimus, quod omnibus qui monetam hujus modi in solutum, vel alias recipient in futurum, id quod de ipsius valore ratione minoris ponderis, aleii, sive legis deerit, in integrum de nostro supplebimus, ipsosque indemnes servabimus, in hac parte, nos et terram nostram, heredes ac successores nostros, ac nostra et eorum bona, et specialiter omnes redditus nostros, et proventus quoscunque totius Normanniae de voluntate, et assensu charissime consortis nostre Joanne regine Francorum, ad hoc in integrum obligantes. Volentes etiam ex nunc, ac decernentes tenore praesentium, et mandantes, quod dicta moneta pro pretio quod in ea appositum fuerit, a die qua currere incipiet, quo usque ad fiscum nostrum tota finaliter sit recepta, pro nostris redditibus capiatur, licet

Indeſſen ward die Münze bis zum Jahr 1306 immer ſchlechter und ſchlechter; ſo daß am Ende 3 den. der neuen ſchlechtern nicht mehr Silber als 1 den. der alten enthielten. Welchen verderblichen Einfluß dieſes auf alle Gewerbe haben mußte, iſt leicht einzuſehen. Beſonders ſchädlich war es für den Handel mit dem Ausland. Anfangs ſuchte man der großen Unſicherheit des Preiſes aller vom Ausland bezogenen Waaren dadurch auszuweichen, daß man denſelben in Gold feſtſetzte — der König hatte nämlich nur die Silbermünzen verändert und den Goldmünzen ihren Gehalt gelaſſen. — Allein als er ſah, daß auf dieſe Weiſe ſeine ſchlechte Silbermünze nicht abgieng, ſo verbot er, Käufe in Goldmünze abzuſchließen, und verordnete, daß alle Verträge in Livres und Sols *) gemacht werden ſollten. Hierdurch verloren die fremden Kaufleute allen Muth nach Frankreich zu handeln, und die Meſſen der Champagne, damals die berühmteſten in Europa, blieben verlaſſen. Der König ſah ſich auf die Vorſtellungen der Kaufleute genöthigt zu erlauben, daß während der Meßzeit alle Verträge über Kauf und Verkauf in Goldmünze abgeſchloſſen würden *). Indeſſen

---

ipsam forsan antea duximus reprobandam sive de primo pretio minuendam; quod ut ratum et stabile perſeveret presentibus literis nostrum fecimus apponi sigillum. Nos autem Joanna etc. omnia rata habentes et grata, ea laudamus et volumus, ipsisque nostrum impertimur assensum, et ad majorem cautelam sigillum nostrum literis his apponi fecimus una cum sigillo praefati Dni. nri. Regis. Actum Parisius Mense Majo, ano. Dni. 1295. — Um dieſes Verſprechen einigermaßen zu erfüllen, erließ der König, nach vielen Klagen und Vorſtellungen, d. 1. Dec. 1303 eine Bekanntmachung, daß Alle, welche im Beſitz ſchlechter Münzen wären, ſie in die Münzſtätte bringen könnten, wo man ſie gegen gute auswechſeln und der König den Schaden tragen würde.

*) Die Bekanntmachung (Publication) v. Sept. 1313, wovon ſchon oben (S. 429 **) geſprochen worden, enthält „Item, quod nullus mercetur, vel mercari faciat, vel contractus ad aliquam monetam auream, nec ad aliam monetam, nisi ad illam quae curret, scilicet ad solidos et libram. Et si aliquis reperiatur contrarium faciens, venditor mercaturam, et emptor pretium mercaturae

wurden die allgemeinen Klagen des Volks und ſelbſt der höhern Stände immer lauter. Um das Jahr 1303 erboten ſich (Le Blanc p. 213) die Prälaten des Reichs dem König $\frac{1}{10}$ ihrer jährlichen Einkünfte zu überlaſſen, wenn er ſich für ſich und ſeine Nachfolger verbindlich machen wollte, in Zukunft nur in der dringendſten Noth, und auf das Gutachten ſeines Staatsraths und der vornehmſten weltlichen und geiſtlichen Herrn ſeines Reichs die Münze zu verringern. So mußte der König endlich an die Verbeſſerung der Münzen ernſtlich denken. Dieſe trat nach vielen Ausflüchten und halben Maßregeln im Jahr 1305 ein *). Der König, indem er die Ausprägung von beſſerer Münze (nach dem Fuß von den Zeiten Ludwigs d. H.) verordnete, ließ die damals im Umlauf befindliche ſchlechte Münze neben der beſſern **), wogegen ſie natürlich

---

amittet (Ordon. tom. I. p. 529). Dieſer Befehl ward von mehrern der folgenden Königen erneuert. Carl der 5te (als Regent) wiederholte denſelben durch ſeine Verordnung v. 12. März 1356 Art. 3 ebenfalls, nahm jedoch Darlehen (wofür man damals keine Zinſen nehmen durfte) und hinterlegtes Geld aus (Ordon. tom. III. p. 146, 148). „excepte vrais prais faits, et dépostz par amistié et cherité l'un à l'autre sans conventure d'autre chose.“

*) Im Mai 1304 (Le Blanc. p. 214, 215) ſchrieb der König an den Erzbiſchof von Paris, der ihm wegen Verbeſſerung der Münze Vorſtellungen gemacht hatte „Philippus etc. notum facimus quod nos oblatam nobis liberalitatem a dilecto et fideli nostro Episcopo Parisiensi pro subsidio nostrae guerrae Flandriae instantis gratam plurimum acceptam habentes, eidem gratiosius respondendo tenore praesentium duximus concedendum, quod monetas nostras in statum, in quo erant tempore beati Ludovici proavi nostri infra annum ab instanti Pentecoste incohandum reduci faciemus, non mutandae amplius nisi urgente necessitate, et cum concilio Praelatorum et Baronum nostrorum, qua necessitate cessante iterum ad statum debitum reducemus. Datum. Paris. die prima Maji an. 1304.“

**) In dem Befehl an den Vogt von Paris v. 3. Mai 1305 (Ordon. tom. I. p. 426, 429) heißt es „ . . . . fai crier que chascun prenne et mette les bons gros tournois ſehr verlor, fortbeſtehn. Durch ein Schreiben an den Seneſchall von Beaucaire v. 8. Juni 1306 (Ordon. tom. I. p. 441, 442) befahl der König aber, daß von dem Marienfeſt des Septembers angerechnet alle Contracte in keiner andern als der guten Münze abgeſchloſſen werden dürften. Durch dieſe Veränderungen entſtand im J. 1306 zu Paris ein fürchterlicher Aufruhr, indem die Reichen von dem Volk die Zahlung der Miethen u. ſ. f. in der beſſern Münze verlangten, die es ſich nur mit großem Verluſt verſchaffen konnte *). Daſſelbe zerſtörte in ſeiner Wuth die Gärten und das Haus des Münzdirectors Steph. Barbette, und belagerte ſogar den Tempel, wo der König ſich aufhielt.

So erzeugte, wie faſt immer, das plötzliche Aufhören eines

---

d'argent' que nous faisons faire nouvellement, si bons comme ils furent faitz ou temps du Saint Roy Loys nostre ayeul, chascun pour dix deniers et maille de bons petits parisis etc. . . . . Et dix deniers et maille desdis bons petiz parisis soient pris pour un desdiz gros tournois . . . Et fais crier avec ce, que ne n'est pas nostre entention par ce Cri abatre quant à ores le cours de nostre autre monoye, jusques à tant, que nous aions autre chose ordené sur ce.“ In der unmittelbar darauf folgenden Verordnung vom 12. Januar 1305 (Ordon. tom. I. p. 432) wird der Preis eines bon gros tournois faiz ou temps dudit St. Louis à trente et un et maille Parisis de nostre monoye qui à courru et court encores geſetzt.

*) Sponde ſagt über dieſen Aufruhr (Le Blanc p. 218) „Quod Rex monetam debilem quae in regno ejus per undecim annos cursum habuerat hoc anno in fortiorem commutasset qualis tempore Sti. Ludovici currebat, ingenti inde concitata populi seditione ex eo quod deinceps rerum omnium solutiones forti ejusdem monetae praetio fieri deberent, magno populi damno, Parisinos in regem insurrexisse.“ Duumoulin ſetzt hinzu „Et in Stephanum Barbetum cujus delitiosos hortos et domum furens populus diripuit, quod is praedives caeteris divitibus scelerato invento et suo exemplo autor fuisset ut a pauperibus, quibus domos officinas, ergasteria locaverant, pensionem exigerent, in veteri fortiori moneta vel ad ejus aestimationem intrinsecam.“

großen und allgemeinen Uebels für den erſten Augenblick ein anderes Unheil. Nachdem der Aufruhr gedämpft und die Schuldigen beſtraft waren, erließ der König d. 8. Sept. 1306, mit Berathung der Stände, eine Verordnung über das Münzweſen, wodurch die neue beſſere Münze als Grundlage aller Preiſe angenommen, und die im Umlauf befindliche ſchlechte zwar nicht verrufen, ſondern ihr Werth in der beſſern Münze beſtimmt ward *). Der König ließ ſich indeſſen bald wieder verleiten, durch Verringerung der Münze ſeine Einkünfte zu vermehren, welches immer neue Unzufriedenheit hervorbrachte, und ſeinem, ſonſt nicht übel begründeten Ruhm Abbruch that. Gegen das Ende ſeiner Regierung ſah er indeſſen die Ungerechtigtigkeit und Unzulänglichkeit **) dieſes Hülfsmittels ein: denn bei ſeinem Tod (d. 24. Nov. 1314) empfahl er in ſeinem Teſtament ſeinem Sohn und Nachfolger Ludwig dem 10ten (Hutin) ausdrücklich nur gute Münze ſchlagen zu laſſen. Allein das böſe Beiſpiel war einmal gegeben, und wiederholte ſich unter den nachfolgenden Königen nur zu oft. Ludwig der 10te fand bei ſeiner Thronbeſteigung (im J. 1314) den Schatz ſo leer, daß er ungeachtet der Ermahnungen ſeines Vaters gleich damit anfieng, die Münze zu verringern. Dieſes verurſachte eine faſt allgemeine Empörung. Die Stände von Burgund insbeſondere forderten (Le Blanc p. 227) in ihren ſchriftlich eingereichten Beſchwerden (Art. 9, 10), daß der König die Münzen auf den Fuß zurückführe und auf demſelben erhalte, wo ſie zur Zeit Ludwigs des H. ſtanden (wo die Mark Silber 54 sols tourn. galt). Der König verſprach dieſes auch in einer umſtändlichen Verordnung vom 17. Mai 1315 (Ordon. tom. I. p. 567) *), welche auf die Vorſtellungen der genannten Stände erlaſſen ward. Dieſer wohlwollende Fürſt hielt auch während ſeiner kurzen Regierungszeit — er ſtarb ſchon i. J. 1316 den 5. Juni — ſein Verſprechen redlich. Daſſelbe gilt von ſeinem Bruder und Nachfolger Philip d. Langen (reg. v. J. 1316—1322). Dieſer weiſe und gerechte Fürſt, in deſſen Verordnungen ſich die größte Sorgfalt für das Wohl ſeiner Unterthanen ausſpricht, nahm ſich auch insbeſondere des Münzweſens an, worüber ſogleich noch Einiges erwähnt werden ſoll. Der folgende König (Carl der Schöne), Bruder des vorigen, ließ ſich bei Gelegenheit des Kriegs von Guyenne wieder verleiten, die Münze zu verringern. Wie es unter der nächſtfolgenden Regierung (Philips von Valois) mit dem Münzweſen ſtand, davon ſind ſchon ſo eben hinreichende Beweiſe angeführt worden. Allein zu keiner Zeit erreichte die Münzverwirrung einen ſo hohen Grad, als unter dem Sohn von Philip v. Valois, Johan dem zweiten; welches freilich vorzüglich durch die unglücklichen Kriege mit den Engländern, wobei der König endlich gar in Gefangenſchaft gerieth, und ſich durch ein ſchweres Löſegeld loskaufen mußte, veranlaßt ward. Durch einen Befehl vom 30. Auguſt 1360 ward eine neue Ausmünzung angeordnet, nach welcher die Mark Silber zu 8 Livres 5 Sols ausgegeben, dagegen dieſelbe Mark in den umlaufenden, aber durch die Verordnung verrufenen Münzen nur mit 7 Livres (in der neuen Münze) bezahlt werden ſollte. Dabei wiederholte ſich dieſes Spiel innerhalb deſſelben Jahrs wenigſtens eilfmal **), und dieſes iſt noch nicht das ärgſte Beiſpiel. Die Verwirrung ward ſo groß, daß der König in einem Schreiben vom 17. Sept. 1361 *), zu welcher Zeit er die Münze wieder zu einer beſſern Ordnung zurückgebracht hatte, ſagt, es ſeyn nur wenige Menſchen geweſen, die von einem Tag auf den andern den Werth der Münzen gekannt hätten. Indeſſen führte, wie ſchon oft, das Uebermaß des Uebels endlich das Heilmittel dagegen herbei. Man fieng an zu fühlen, daß die Unſicherheit und Unbeſtändigkeit der Münzen die drückendſte aller Auflagen ſey. Derſelbe König Johan, deſſen Sohn (als Regent) von den Ständen die Auflagen nur auf ein Jahr bewilligt worden waren, wagte, nach ſeiner Zurückkunft aus der Gefangenſchaft, durch ſeine Verordnung vom 5. Dec. 1360 (Ordon. tom. III. p- 433) die Erhebung derſelben aus eigener Macht bis zum Abſchluß des Friedens (d. h. bis zur Abtragung des Löſegelds für den König) **) auszudehnen; welches das Volk viel weniger drücken würde, als die Veränderung der Münze (qui ne grévéra pas tant nostre pueple de trop comme feroit la mutacion de nostre monnoie. ibid. p. 436). Er verſprach dagegen auch gute, wichtige Münze zu ſchlagen, und an dieſer nur einen geringen Schlagſchatz zu nehmen. Sein Sohn,

---

*) Lauriere bemerkt zu einem Schreiben Philips des Schönen v. 8. Juni 1306 (Ordon. tom. I. p. 441 Nota), daß er dieſe von Le Blanc bezogene Verordnung v. 8. Septemb. 1306 nirgends habe finden können.

**) Nicht allein wurden die Einkünfte des Königs ſelbſt dadurch ſchwächer, indem man ihm alle ſeine Renten in der ſchlechten Münze bezahlte, ſondern der große Gewinn, der an der Münze zu machen war, reitzte auch die Falſchmünzer. Auf Erſuchen von Philip dem Schönen erließ der Pabſt Clemens der Fünfte eine Excommunications-Bulle gegen dieſelben.

---

*) art. 3 „monetas vero de lege et pondere Beati Ludovici proavi nostri ex nunc cudi, et fieri faciemus, et continuare proponimus, et ut ipsa continuatio perseverare et durare valeat, cum pluribus Baronibus et aliis personis bonarum villarum regni nostri in talibus sapientibus, et expertibus, nec non et super aliarum monetarum, extra regnum ipsum cusarum quarumcumque cursu, cum maturi deliberatione consilii, ad utilitatem reipublice regni nostri intendimus ordinare.“

**) M. ſ. die Vorrede zum dritten Band der Ordon. p. CIII., CIV.

---

*) Ordon. tom. III. p. 520 „. . . . tant pour cause de fait des guerres . . . ., et aussi pour la foiblece et soudaine mutacion de nozdites Monnoies, estoient touz noz bons et loiaux subgez, tant Prelaz et autres Gens d'eglise, Dux, Contes, Barons et autres Nobles‘ et les Populaires de nostre Royaume, si grevez et opprimez que à grant poine estoit homme qui en juste paiement de nosdites Monnoies, de jour à autre se peust cognaistre etc."

**) Es war, wie aus der Verordnung ſelbſt (p. 434) erhellt, durch wechſelſeitige Uebereinkunft zu zwei Millionen und achtmalhunderttauſend Goldthalern (escuz d'or, dont les deux valent un Noble d'Angleterre) feſtgeſetzt. Viermalhunderttauſend waren, als die Verordnung erlaſſen ward, ſchon bezahlt, und der Reſt ſollte innerhalb ſechs Jahren, und zwar in vierteljährigen Terminen, jedesmal zu hunderttauſend Goldthalern, abgetragen werden.

***) ibid. p. 435 „. . . . Nous ferons faire bonne et fort

Carl der fünfte (reg. v. J. 1364 — 1380), dem die Nation den Namen des Weiſen gegeben, hielt als König das Münzweſen ſtets in Ordnung.

Unter der folgenden Regierung (Carls des ſechſten, reg. v. J. 1380 — 1422.) brachten die Krankheit und Schwachſinnigkeit des Königs, ſo wie die Streitigkeiten der Großen das Reich an den Rand des Verderbens. Der König gab ſeinem erbitterſten Feind, Heinrich dem fünften König von England, ſeine Tochter (Catharina) zur Gemahlin, und ernannte ihn ſogar zu ſeinem Nachfolger, mit Ausſchließung ſeines eignen Sohns, und rechtmäßigen Thronerben Carls des 7ten. Wirklich beſtieg auch im J. 1422 ein Engliſcher Prinz *) den Franzöſiſchen Thron, auf dem er ſich mehrere Jahre behauptete. Während dieſer Zeit war das Reich unter zwei Regierungen getheilt, wovon jede ihr Parlament u. ſ. f. hatte, und eben ſo beſondere Münzen ſchlagen ließ. Der Dauphin (Carl d. 7te), der ſich in der größten Noth befand, hatte das alte Hülfsmittel, die Verringerung der Münzen, in Anwendung gebracht. Er kehrte indeſſen bald nach dem Tode ſeines Vaters zu der beſſern Münze zurück, wobei er auch, nachdem er endlich die Engländer gänzlich aus dem Reich vertrieben, und die Ordnung wieder hergeſtellt hatte, verblieb. Mit ſeiner Regierung hörten die Verwirrungen in dem Franzöſiſchen Münzweſen, wovon wir bis hierhin geſprochen, gänzlich auf. Das Steigen des äußern Handels, und beſonders der Gebrauch der Wechſelbriefe, machten die Verringerung der Münze zu einem höchſt unwirkſamen, und ſich ſelbſt zerſtörenden Hilfsmittel. Dabei wurden unter eben dieſem König (Carl dem ſiebenten), der zuerſt ein ſtehendes Heer unterhielt, die Steuren, die ſonſt nur im Fall der Noth

---

Monoie d'Or et d'Argent et noire Monoie, par laquelle l'an pourra faire plus aisieément des aulmones à la poure gent etc. . . . . . mesmément que à nostredite forte Monoie, aurons nul ou moult petit aquest et gain lequel Nous peust estre très-grant, si comme chascun puet savoir etc."

*) Heinrich der ſechſte, ein Kind von nur 10 Monaten, welchen Heinrich der fünfte in ſeiner Ehe mit der Tochter Carls des ſechſten erzeugt. Heinrich der fünfte, ſein Vater, ſtarb d. 31. Auguſt 1422, und d. 22. Oct. deſſelben Jahrs ſtarb Carl der ſechſte.

erhoben, oder von den Ständen auf eine gewiſſe Zeit bewilligt wurden, beſtändig. Der Sohn und Nachfolger Carls d. 7ten, Ludwig der eilfte, den man faſt verſucht wird, einen nützlichen Tyrannen zu nennen, verachtetete es, von einem ſo erbärmlichen Hülfsmittel, wie die Verringerung der Münzen iſt, Gebrauch zu machen; indem, wie er ſelbſt ſagte, er eine Wieſe habe, die er abmähen könnte, wenn er wollte (ayant un pré qu'il tond quand bon lui semble *)).

Die großen Unordnungen, welche in Frankreich von je her durch die ſtete Veränderung der königl. Münzen entſtanden, wurden noch vermehrt durch den Umlauf der fremden Münzen. Eigentlich war es von den älteſten Zeiten her durch die Geſetze ſtreng verboten davon Gebrauch zu machen. Schon Ludwig d. H. befahl durch ſeine Verordnung v. J. 1262 Art. 2, daß keine andere Münze als die des Königs umlaufen, und alle Käufe und Verkäufe nur in dieſer geſchloſſen werden ſollten **)). J. J. 1265 erließ er zwar eine andere Verordnung, worin er wegen Mangel an königlichen Münzen den Umlauf einiger, von den Baronen geſchlagenen Münzen, ſo wie auch insbeſondere den der Sterlinge, estellins (letzterer zu vier Tourn.) einſtweilen (tant comme il l'y plaira) ***) zugab. Allein um das Feſt Aller Heiligen deſſelben Jahrs (1265) ward in dem Parlament eine neue Verordnung verfaßt, wodurch die Sterlinge nur noch bis zu der Mitte †) Auguſts im Umlauf bleiben, und ſpäter nur für den Werth des Silbers, das ſie enthielten, gelten ſollten. Dieſes Verbot gegen den Umlauf aller fremden Münzen ward von den folgenden Königen ſehr häufig wiederholt *). Allein eben dieſes iſt ein Beweis, daß es ſchlecht befolgt ward. Die Unterthanen, welche eigentlich verpflichtet waren, alles fremde Geld in die königl. Münzſtätte zu liefern, hielten daſſelbe in der Hoffnung zurück, daß bei der beſtändigen Veränderung des Münzweſens die königl. Münze das rohe Silber in der Zukunft zu einem höhern Preis annehmen würde. Zuweilen indeſſen zwang auch der Mangel an königlichen Münzen die Unterthanen ſich ausländiſcher zu bedienen. Das Verbot Gold und Silber auszuführen, ward unter den verſchiedenen Königen faſt noch häufiger wiederholt, als das des Gebrauchs der fremden Münzen. Allein dieſe edlen Metalle fanden bei dem ungeheuern Schlagſchatz **), den die Münze in Frankreich

---

*) Man ſehe weiter unten den in der Note angeführten Bericht des Münzhofs an Heinrich den dritten.

**) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 93 „Et que nulle monnoie ne soit prinse ou [au] Royaume, de la St. Jean en avvant là ou il n'a point de propre monoie, fors que la Monoie le Roy, et que nul ne vende, ne achate, ne fasse marchie, fors à celle monoie.“

***) ibid. p. 94. Dieſer estellins, welche ohne Zweifel von den Engländern herrührten, geſchieht ſchon in dem Schreiben von Philip Auguſt v. J. 1211 (Ordon. tom. I. p. 30, 31) Erwähnung.

†) ibid. p. 95 „art. 2. Et veut le Roy et commande, que estellins ne querrent à nul pris en son Royaume des la mi-Aoust en avant, fors à pois et à la valüe de l'ar-

---

gent. Et qui les prendroit ou mettroit de la-mi-Aoust en avant á nul pris, fors ainsi comme il est dit par dessus, il perdroit tout ce qu'il auroit pris ou mis.“ Die Verordnung iſt, wie am Schluß ausdrücklich bemerkt wird, in dem Parlament von aller Heil. verfaßt worden (facta fuit haec ordinatio in Parlamento omnium Sanctorum anno Dni. 1265). Das Verbot der Sterlinge kann ſich alſo nur auf den Auguſt des künftigen Jahrs (1266) beziehn.

*) Es wäre zu weitläufig hier alle von den verſchiednen Königen darüber erſchienenen Verordnungen auszuführen. In der bereits (S. 429 **) erwähnten Bekanntmachung Philips des Schönen v. Sept. 1313 heißt es (Ordon. tom. I. p. 530) „Item quod nulla moneta capiatur, nec ponatur in villis, nec locis ubi non est propria moneta, nisi solum moneta Domini nostri Regis.“ Schon d. 3. Mai 1305 hatte derſelbe König dem Vogt von Paris befohlen, dieſes öffentlich ausrufen zu laſſen (Ordon. tom. I. p. 429) „art. 4. Fai crier que nulle monoye blanche ou noire faite hors de nostre Royaume ne soit prise ne mise en nostre Royaume fors que à billon et que tous ceux qui les auront en nostre terre les portent à nos monoyes perciées à celle dont il seront plus près, sur peine de perdre les et d'être punis grément.“

**) Man muß ſich aus dem (S. 493) geſagten erinnern, daß die königl. Münze bei einer neu angeordneten Prägung nahm, doch ſchon ihren Weg ins Ausland. Hier wurden ſie zum Theil verwendet, um die königl. Münze nachzuprägen, und kehrten dann wieder zu ihrer Heimath zurück. Allein ein großer Theil blieb doch im Ausland, ſo daß die königl. Münzen oft nicht genug Silber und Gold hatten, um münzen zu können, wodurch nothwendig ein Mangel an inländiſchen Münzen entſtehn mußte. Carl der fünfte fand es i. J. 1370 aus dieſen Gründen *) angemeſſen zu erlauben, daß die Groſchen des Grafen von Flandern einſtweilen (pour ceste fois par manière de provision pour nostredit peuple) im Umlauf blieben. Ludwig der eilfte erlaubte durch ſeine Verordnung v. Nov. 1470 (Ordon. tom. XVII. p. 344, 345) während der Meßzeiten den Gebrauch aller ausländiſchen Münzen. Franz der Erſte erlaubte endlich durch mehrere ſeiner Verordnungen einige beſtimmt angeführte fremde Münzen, doch nur zu einem ebenfalls beſtimmten Werth anzunehmen. Indeſſen blieb es im Allgemeinen bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution verboten, fremde Münzen als ſolche (à la pièce) auszugeben und anzunehmen.

Zu den eigentlich fremden, d. h. außerhalb Frankreich geſchlagenen Münzen, kamen nun noch die einiger Franzöſiſcher

---

einen doppelten Gewinn machte, nämlich erſtens dadurch, daß ſie die Münzen zu leicht prägte, d. h. aus der nämlichen Quantität Silber eine größere Zahl von Livres ſchlug, als früherhin, und zweitens, daß ſie den Preis des ungemünzten Silbers gegen das gemünzte zu gering oder den Schlagſchatz zu hoch ſetzte.

*) Durch einen Befehl an den Amtmann v. Senlis vom 12. Juli 1370 (Ordon. d, Louv. tom. V. p. 320). Nachdem der König dem Amtmann wegen der Nichtbeachtung ſeiner frühern Verordnungen über die Münzen Vorwürfe gemacht, ſagt er „Et pour ce qu'il Nons à esté rapporté que vous avez dit, en vous deschageant (dechargeant), que lesdites Ordonnances vous ne povez tenir, ne faire tenir pour ce que nostre peuple n'à pas souffisante habondance de nostre blanche Monnoye, pourquoy il est mestier qu'ilz preignent et mectent les Monnoyes estranges, que nostre très-cher et féal Cousin, le Comte de Flandres fist pieça et à fait dernièrement etc.“

Prälaten und Barone. Zu den Zeiten Ludwigs d. H. gab es mehr als achtzig Franzöſiſche Grundherrn *), welche das Münzrecht hatten und ausübten, und deren Münzen einen eben ſo geſetzmäßigen, jedoch mehr beſchränkten Umlauf hatten, als die königlichen. Der König allein durfte Gold- und Silbermünzen ſchlagen; wogegen die der Barone aus einem mit Kupfer ſehr vrrſetzten Silber beſtehn, ſogenannte ſchwarze Münze (monnoie noire) ſeyn mußten **), wenn ſie nicht vom König ein beſonderes Privilegium hatten, auch ſilberne Münzen zu ſchlagen ***). Ludwig der zehnte ließ i. J. 1315 die Münzen der Barone unterſuchen, und beſtimmte das Schrot und Korn, ſo wie das Gepräge derſelben †). Dieſer Beſtimmung gemäß hatte die Münze des Grafen von Mans das feinſte Korn, und dieſe war nur ſechs Deniers fein. Allein die mächtigern Barone ſcheinen ſich wenigſtens nicht alle dieſem Geſetz unterworfen zu haben. Der Herzog von Bretagne, deſſen Münzen nach der eben angeführten Verordnung nur drei Den. ſechszehn Gran fein ſeyn ſollten, ließ demungeachtet eigentliche Silber- und ſogar Goldmünzen ſchlagen. Carl der 6te ſchickte i. J. 1391 ††)

---

*) So bemerkt Lauriere, der Herausgeber des erſten Bands der Ordon. du Louv. zu der Verordnung Ludwigs d. H., v. J. 1262 (Ordon. tom. I. p. 93 Not. *b.*)

**) Du Cange ad voc. Moneta Regia führt aus einer alten Schrift über die Münzen, die etwa um d. J. 1300 verfaßt ward, Folgendes an „Nuls des Barons de France ne puet, ne ne doit faire Monnoye d'or et d'argent se ce n'est li Rois, ou par son commandement, ni monnoye qui vaille plus d'un denier.“

***) Vor Ludwig d. H., der überhaupt zuerſt Ordnung in das franzöſ. Münzweſen brachte, ſcheint es eines ſolchen Privilegiums nicht bedurft zu haben. M. ſ. Du-Cange ad voc. „moneta regia.“

†) Ordon. tom. I. p. 624. Es werden dort zuſammen nur 31 (Prälaten und Barone) angeführt.

††) (Le Blanc p. 311) „Quod ipse nec Praedecessores Ducis Britaniae non poterant nec facere debebant nisi monetam nigram certi ponderis et valoris, et nihilominus fecerat et fieri faciebat albam, quod erat in praejudicium Domini Regis.“

den Herzog von Berry nebſt mehrern Mitgliedern ſeines Staatsraths zu dem Herzog von Bretagne, um deshalb Klage zu führen. Ludwig der eilfte ließ dem damaligen Herzog durch ſeinen Kanzler unter andern bedeuten, daß, wenn derſelbe fortführe Goldmünze zu ſchlagen, er ihm den Krieg erklären würde. Hierdurch entſtand der Krieg, welchen man den für das öffentliche Wohl nannte. Dieſer Krieg endigte durch den Tractat v. Vincennes v. 1. Oct. 1465. Eine der Bedingungen deſſelben war, daß der Herzog das Recht erhielt, Goldmünzen zu ſchlagen, worüber der König ihm noch in demſelben Monat einen Brief ausfertigen ließ, der ſowohl im Parlament, als bei der Münzkammer einregiſtrirt ward *). Ludwig der eilfte bewilligte daſſelbe Recht noch einigen andern, worunter insbeſondere der Fürſt von Oranien (Orange) war.

Die königlichen Münzen hatten vor denjenigen der Barone auch noch das Vorrecht, daß die erſteren in dem Gebiete von ganz Frankreich d. h. ſowohl des Königs als der Barone, die letztern hingegen nur in dem Lande desjenigen, der ſie hatte ſchlagen laſſen, geſetzmäßigen Curs hatten. Dieſe Regel, welche ſchon Ludwig d. H. i. J. 1262 feſtſetzte, **) ward durch ſehr viele Verordnungen der nachfolgenden Könige beſtätigt ***). Derſelben

---

*) Man findet dieſes Schreiben vollſtändig Ordon. d. Louv. tom. XVI. p. 405, 408. Es heißt darin, daß die Herzoge von Bretagne von alten Zeiten her das Recht gehabt hätten, Gold zu münzen, und daß dieſes ſeit einiger Zeit nicht ausgeübt worden ſey. In demſelben Schreiben wird auch dieſer Goldmünze der Umlauf in ganz Frankreich verſtattet, welches ebenfalls gegen die allgemeine Regel war.

**) Ordon. tom. I. p. 93 „art. 2“ . . . . Et puet et doit courre la Monnoye le Roy [par tout Royaume, sans contredit qui ait propre monnoie ou point]. Das Eingeklammerte kommt nur in dem Text, wie Le Blanc ihn gibt, vor.

***) Es iſt hier unmöglich ſie alle anzuführen, ſo daß wir auf die Sammlung der Ordonnanzen und auf Le Blanc verweiſen müſſen. Im J. 1275 erließ Philip der Kühne, Sohn Ludwigs d. H. eine Verordnung über die Münzen (Ordon. tom. I. pag. 813), worin es heißt: „Nulle monete debent accipi in Regno, ubi non est propria moneta gemäß durften in den Ländern derjenigen Barone, welche das Münzrecht nicht hatten, nur die königlichen Münzen gebraucht werden *). Selbſt diejenigen, welchen dieſes Recht zuſtand, mußten ihren Münzen ein ſolches Gepräge geben, daß ſie den königlichen gar nicht ähnlich ſahen, ſondern auf den erſten Blick davon unterſchieden werden konnten **). Philip der Kühne befahl den Baronen i. J. 1275 (Ordon. tom. I. p. 813), wenn ſie ihre Münzen veringerten, dieſes durch einen auffallenden Unterſchied auf der Haupt- oder Kehrſeite der Münze bemerklich zu machen (per apertam differentiam versus crucem vel versus pilam, quae possit cognosci ab omnibus gentibus). Die dawider Handelnden ſollten das Münzrecht ver-

---

nisi nostre, et in locis ubi est propria moneta, potest et debet currere nostra moneta secundum suum valorem etc.“

*) ibid. „Et in terra illorum qui non habent monetam, non debet currere aliqua moneta nisi nostra propria, vel ille monete que per magnam antiquitatem vel de eorum jure consueverant ibi currere“. . . . Vor Ludwig d. H. ſcheint dieſes nicht als Geſetz gegolten zu haben, oder wenigſtens nicht beobachtet worden zu ſeyn. Es ſind vielmehr noch mehrere Verträge zwiſchen den Baronen über den wechſelſeitigen Gebrauch ihrer Münzen übrig. M. ſ. Du-Cange ad voc. „moneta regia“.

**) Auch dieſes beſtimmte ſchon Ludwig d. H. durch ſeine Verordnung v. J. 1262 (Ordon. tom. I. pag. 93) „art. 1. Il est esgardé que nuls ne puisse faire monoies semblant à la monoie le Roy, que il n'y ait dessemblance apperte et devers croix et devers pille, et que elles cessent des ores en avant“ — croix et pille iſt ſo viel als die Haupt- und Kehrſeite (avers et revers) der Münze. In der ſo eben angeführten Verordnung Philips des Kühnen v. J. 1275 (Ordon. tom. I. p. 814) heißt es: „Nec aliquis de toto regno nostro audeat contrafacere monetam nostram, nec aliquis Baro monetam alterius Baronis illorum scilicet Baronum qui habent monetas etc.“ Du-Cange ad voc. moneta regia, theilt eine Urkunde des Herzogs Eudes von Burgund v. J. 1337 mit, worin er verſpricht, ſeine Münzen ganz verſchieden von den königlichen ſchlagen zu laſſen.

lieren *). Philip der Schöne ging noch einen Schritt weiter. In der ſchon oft angeführten Bekanntmachung (praeconisatio) von Mariä Verkündigung d. J. 1313 (Ordon. tom. I. p. 528 Not.) verbot er den Baronen unter derſelben Strafe (des Verluſtes des Münzrechtes), ihre Münzen weder in Hinſicht des Schrots noch Korns zu verändern. Auch diejenigen, welche das Münzrecht hatten, ſollten nach derſelben Verordnung nicht anfangen zu münzen, ehe ſie ein königliches Schreiben erwirkt hätten, worin ihnen vorgeſchrieben war, wann und wie ſie arbeiten laſſen ſollten. Ganz insbeſondere durfte Keiner, er mochte das Münzrecht haben oder nicht, bei Leib und Lebensſtrafe (sub poena corporis et averi) weder königliche Münzen noch die der Barone einſchmelzen. Um über die Beobachtung dieſer Vorſchriften zu wachen ſollte bei jeder Münzſtätte der Prälaten und Barone ein königlicher Aufſeher (Wächter, garde, custos) angeſtellt werden, in deſſen Gegenwart der Ankauf und das Schmelzen des Metalls u. ſ. f. geſchehen mußte *). Allein ungeachtet aller dieſer Vorſichts-Maßregeln fanden in den

---

*) ibid. p. 814. „Et quicunque deinceps fecerit contra, amittet monetam“ dieſes kann dem Sinne nach nicht wohl anders als auf das Recht zu münzen bezogen werden, was noch deutlicher aus der folgenden Stelle erhellt.

**) ibid. „Item. Quod nullus Praelatus vel Baro non possit alleviare nec deteriorare suas monetas de pondere, nec de lege, de puncto in statu antiquo. Et si contrarium faciant, ipse ab inde in antea . . . . diebus forifacient suas monetas“.

***) ibid. Item. Quod in qualibet moneta Praelatorum et Baronum erit unus proprius Custos ex parte Domini Regis, et ad suas expensas proprias; qui Custos ad hoc quod fraus contra ordinationes Regias non fiat, deliberabit denarios de tali pondere sicut ordinabitur, et erit ad omnes emptiones argenti et bilhionis, nec aliquis poterit fundere, vel ponere in furnello, nisi dictus Custos esset praesens ad hoc, quod non possint fumdi alique monetae, contra dictas ordinationes Regias“. — Noch genauer und ausführlicher beſtimmt dieſes die in franzöſiſcher Sprache abgefaßte Verordnung vom Junius 1313 Art. 21. (Ordon. tom. I. pag. 518, 523.

Münzen dieſer Grundherrrn die gröbſten Mißbräuche ſtatt. Um dieſelben zu unterſuchen und zu hemmen, ließ Philip der Lange i. J. 1317 alle Münzen der Barone und Prälaten mit Beſchlag belegen, und die Probe-Büchſen derſelben nach Paris bringen, wohin er durch ſein Schreiben vom 5ten December deſſelben Jahres zugleich die Deputirten aller guten Städte beſchied, um ihren Rath über die Verbeſſerung der Münzen zu vernehmen *). Dieſer weiſe Fürſt beabſichtigte in ganz Frankreich nur Ein Maß und Gewicht, und eben ſo nur Eine Münze einzuführen. Er hatte ſeinen Willen darüber ſchon am Sonntag vor Michaelis 1321 in einem ſchriftlichen Auftrag ausgeſprochen (Le Blanc p. 236), als ihn im künftigen Januar der Tod überraſchte. Die Grundlage zu dieſem großen Werke hatte er jedoch ſchon früher gelegt, indem er Ludwig Clairmont die Münze von Clarmont und Bourbonnois für vierzehn tauſend

---

*) Ordon. tom. I. p. 754, 755). In dieſem Schreiben heißt es: „Ut de causis ex quibus tam gravis et enormis, laesio popularis evenit, evidentior notitia possit haberi, et debitum ad utilitatem publicam remedium adhiberi, quascumque monetas Praelatorum ac Baronum et aliorum quorumcumque regni nostri, qui monetas ipsas faciebant, poni mandavimus ad regiam manum nostram, capique fecimus, et ad certam diem praecepimus nobis afferi pissides [id est Pyxides] assaiarum [boîtes d'essaies] monetarum ipsarum, ut per hoc deffectus cuilibet possit plene cognosci. Nos super praemissis ut utilior, universalior provisio fructuosa valeat commodius circa hoc adhiberi, vestram ac aliorum regniolarum nostrorum notitiam in dictis monetis habentium, pleniorem deliberationem habere volentes. Mandamus vobis quatenus tres vel quatuor bonas personas dictae villae, qui dictis monetis melius se cognoscant vestram et publicam utilitatem affectent, et avisamenti vestri super hoc prehabiti nobis certitudinem afferant, Parisius ad nos ad Dominicam post brandones destinare curetis, cum plenaria potestate, a vobis et villa vestra predicta, faciendi, consulendi et concordandi quicquid ad vos dictamque villam super hoc possit pertingere omnibus de premissis“. Dieſes iſt das Schreiben, welches (M. ſ. die Vorrede,) überſchrieben iſt, super facto monetarum fuit scriptum, prout sequitur etc.

Livres (Livres de bons petits Tourn.), und ſeinem Onkel Carl v. Valois die Münzen von Chartres und Anjou (den 14ten Mai 1319) für fünfzig tauſend Livres (de bons petits Tourn.) abkaufte (Le Blanc p. 235.). Die ſpäteren Könige folgten ſeinem Beiſpiele. Auf dieſe Weiſe ward nach und nach das Münzrecht, theils durch Käufe und ſonſtige Verträge, theils durch Erbſchaft mit der Krone vereinigt, ſo daß es zur Zeit von Franz dem erſten keinen Prälat oder Baron mehr gab, dem das Münz-Recht zugeſtanden hätte.

Den Grundherren, welche die hohe und niedere Gerichtsbarkeit hatten, ſtand in den erſten Zeiten auch das Erkenntniß über alle auf ihrem Gebiet von Privaten begangenen Münzvergehen zu. Philip der Schöne bewilligte ihnen dieſes Recht ausdrücklich durch ſeine ſchon oft angeführte Münzordnung vom Feſt der Verkündigung Mariä i. J. 1313; doch ſo, daß der König ſich das Recht der Oberaufſicht vorbehielt *). Der Sohn dieſes Königs, Ludwig der zehnte, beſtätigte dieſes zwar durch ſeine Verordnung, die er den 17ten Mai 1315 **) auf die Vorſtellungen der Geiſtlichkeit und des Adels von Burgund, Forez u. ſ. f. erließ, nahm indeſſen das Verbrechen der eigentlichen Falſchmünzerei, d. h. die Nachprägung königlicher Münzen aus, deſſen Beſtrafung er ſich ſelbſt vorbehielt. Der Nachfolger dieſes Königs, Philip der Lange, legte in einer im Mai 1316 zum Vortheil des Biſchofs und der Diöceſe von Paris gegebenen Urkunde, worin er den Prälaten ihre Gerichtsbarkeit über Münzvergehen im allgemeinen beſtätigte, doch die Entſcheidung aller Fragen über das Recht zu münzen, ſo wie über die Art wie es ausgeübt werden ſollte, dem Könige bei *)

---

*) (Ordon. tom. I. pag. 528, 529.) Item. Quod de gratia speciali tantum et quantum placebit Domino nostro Regi, idem Dominus noster Rex concedit Praelatis et Baronibus dicti Regni, omnes forefacturas monetarum, quae advenient in eorum terris, in quibus habebunt totam justitiam altam et bassam in casibus tantummodo in quibus dictae monetae reperirentur, quae caperentur vel ponerentur sub hac forma, quod dicti Praelati et Barones teneantur facere portari per totas monetas forefactas in eorum terris ad monetas Regias propinquiores de locis ubi essent forefactae, Et si reperirentur in negligentia vel deffectu, Dominus noster Rex in eorum deffectu hoc in eorum terris fieri faceret per gentes suas" Den Prälaten von Languedoc hatte der König ſchon durch eine beſondere Verordnung v. 3ten Mai 1302 die Gerichtsbarkeit über die Münzvergehen bewilligt. (Ordon. tom. I. pag. 340, 343, art. 21.)

**) (Ordon. d. Louv. tom. I. pag. 367, 369,) art. 5. „Correctio vero et punitio nostre false monete vel aliene in terris eorum, et quilibet abusus earundem, excepta fabricatione nostre monete regie, ad eos pertinebit.

Ueberhaupt aber ſtrebte die ſteigende Macht der Könige immer dieſen Privilegien der Grundherrn entgegen. Etwa ein halbes Jahrhundert nach Ludwig dem 10ten (den 17ten Sept. 1361) drückte ſich Johann der Zweite in einem Schreiben an die von ihm ernannten reformateurs généraux sur le fait des monnoies ſo aus (Ordon. tom. III. p. 320, 321.): „Nous à qui seul et pour le tout, toute la cognoissance, juridiction, correccion et punicion des ordonnances de noz

---

Cognitio vero et punitio nostre monete fabricate vel cuse in terris eorum ad nos solummodo pertinebit". — Chopin d. Doman. Franc. lib. II. tit. 6. (N°. 13—19), wo man viel Lehrreiches über das Hiſtoriſche des Münzrechtes findet, ſcheint daher zu irren, wenn er N°. 18. ſagt: „Quod si aliquando Princeps jus animadvertendi in falsae monetae reos tribuerit Magnati, intelligendum utique est non de moneta regia, sed quae regio permissu antiquitus percutiebatur privatorum auctoritate etc."

*) (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 138, 640. art. 9.) „Volumus insuper quod Praelati ipsi, quibus jus cudendi monetam competit, non impediantur per aliquos officialium nostrorum quin eam cudere facere possint, cum voluerunt et sibi viderent expedire, dum tamen eam cudi faciant de forma et pondere et lege debitis, et antiquitus consuetis, pro ut in Registris antiquis Beati Ludovici reperitur in Camera Compotorum nostrorum, nisi sint aliqui quibus amplius competat de privilegio vel consuetudine speciali. Et si forte super dicto jure cudendi quaestio vel dubium oriatur, cognitionem et decisionem hujus modi penes nos reservamus".

monnoies, et des transgresseurs d'icelles, quieux et de queles auctorité et estat qu'il soient, appartient, . . . . vous mandons etc. Es ſcheint zwar, daß hier nur von Vergehen, welche gegen die königlichen Münzen begangen würden, die Rede ſey *). Was indeſſen die Vergehen der Münzbeamten, ſelbſt die der Grundherrlichen, betrifft, ſo ſtand das Erkenntniß darüber von jeher dem Könige zu **). Als ſpäterhin (ſchon zu den Zeiten Franz des Erſten) Keiner der Grundherren mehr das Recht zu münzen hatte, ſo verloren ſie der Natur der Sache nach von ſelbſt auch jede Gerichtsbarkeit in Münzſachen. Wir haben ſchon oben die Beſtimmungen von Franz dem Erſten über dieſen Gegenſtand angeführt ***). Endlich ward durch die Criminal-Ordnung Ludwig des Vierzehnten v. J. 1670 (Tit. I. art. 11, 12, 15.) das Erkenntniß über das Prägen und Ausgeben falſcher Münzen, ſo wie über die Verfälſchung der Münze überhaupt (la fabrication, l'alteration et l'exposition de fausse monnoie) den Amtmännern und Marſchalls-Vögten beigelegt.

---

*) Bouteiller, der noch Etwas ſpäter — ſein Teſtament iſt v. J. 1402 — ſchrieb, ſagt (p. 899. De Droit au Baron ou Auber) „. . . . Item a le Baron en sa terre toute la cogneissance . . . . . de tous cas qui à justice et Seigneurie de Baronnie appartiennent et peuvent appartenir: si comme ardoir pour cas qui le desire: de trainer et pendre, pour meurtre et pour rapt et selon aucuns de bouillir pour fausse monnoye autre que du Roy: car pour celle du Roy, au Roy en appartient la cognoissance et non à autre etc." M. ſ. auch Chopin. de Doman. Franciae lib. II. tit. 7. N° (13 — 19). Es heißt dort N° 18: „Singuli vero justae plenaeque jurisdictionis Domini nullo non tempore, praediti fuerunt juridica potestate in utentes adulterina moneta, eamque vulgaribus rerum commerciis exponentes".

**) Bacquet Des Droits d. justice Chap, 7 theilt einen Auszug mit, welcher i. J. 1456 auf Befehl Carls des ſiebenten aus den Parlaments-Regiſtern in Beziehung auf die cas royaux gemacht worden. In demſelben heißt es N° 7 „Item aura [le Roy] la cognoissance de tous monnoyers, et autres gens necessaires pour ladite monnoye".

***) Chopin. d. Doman. Franc. lib. II, tit. 7. N° 17 „Quoniam igitur unus hodie (A° 1512) princeps ea utitur cudendae monetae praerogativa, nihil mirum, crimen falsae monetae a regio tantum juridico esse puniendum. Nam et antiquissimo senatus [Parlamenti] judicio decretum legitur adversus Nivernensem comitem [Comte de Nevers] in adulterinae monetae percussores animadverti a Regiis qure judicibus oportere A° 1298.

Außer dem Nachtheil, welchen die Verſchiedenheit und noch mehr die Unbeſtändigkeit der Münzen für Handel und Gewerbe hatte, litten durch die Verringerung der Münze zunächſt auch die Einkünfte des Königs ſelbſt, in ſo fern ſie in Livres und Sols bezahlt wurden. Es ſcheint indeſſen, als ob alle Contracte mit den Pächtern der Abgaben, wenigſtens von Zeit zu Zeit, in Mark Silber oder in beſtimmten Münzſorten geſchloſſen worden ſeyen. Denn Johann der Zweite in der Verordnung vom 5ten December 1360, worin er verſprach künftig gute Münze ſchlagen zu laſſen, ſagt art. 2: »Der beſte Beweis, daß der König den feſten Willen habe, die Münze immer in gutem Zuſtand zu halten, ſey, daß er befohlen habe, die Steuern nach Livres und Sols und nicht nach Florins zu erheben.*)

Man pflegte daher auch in allen Acten und Verträgen zu bemerken, ob zu der Zeit, wo ſie gemacht oder abgeſchloſſen wurden, gute oder ſchlechte Münze in Umlauf war. Das Erſte drückte man durch „couroit forte**) monnoye“ und das Zweite durch „couroit foible monnoye“ aus, wo man unter guter Münze eine von dem Gehalt und Werth verſtand, wie

---

*) Ordon. tom. III. p. 433, 438. „Et avons ordoné et ordenons que *ledit* Ayde sera levé à soulz et à livres, et non pas à taxacions de florins: par quoy Nous voulons qu'il appere clerement au pueple, que nous avons entencion et propos ferme de tenir et garder et faire tenir et garder la forte Monoie par la maniere qui sensuit etc.“

**) moneta debilis, moneta fortis vel fortium. In einer Urkunde v. J. 1323 (tom. 2 hist. Dalph. p. 110.) findet ſich: „Lego . . . . Esmengardae filiae meae 500 libras Reforciatorum, sive Turonensium bonorum“.

es unter Ludwig d. H. geweſen war. Viele Contracte wurden, um jedem Zweifel zuvorzukommen, in Mark Gold oder Silber geſchloſſen, oder man gab an, wie viele der im Contracte genannten Münzſtücke auf eine ſolche Mark*) gehen mußten, wovon ſich ſchon aus ſehr frühen Zeiten (unter Philip Auguſt) Beiſpiele finden. Vorzüglich mußte die ſo häufige Veränderung des Münzfußes, wo man bald ſchlechte Münze ſchlug, bald zu der guten zurückkehrte (qu'on revenoit à la forte monnoie) bei Abtragung alter Schulden große Schwierigkeiten verurſachen. Sehr viele Könige (Philip der Schöne, Philip von Valois, Johann der Zweite, Carl der Sechſte u. ſ. f.) erließen hierüber Verordnungen.

Dieſelben unterſcheiden zwiſchen Haupt- oder Capital-Schulden, wohin ſie den Preis verkaufter Waaren, dargeliehene Capitalien, verſprochene Heirathsgabe u. ſ. f. rechnen, von den von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Nutznießungen, den Renten, der Hausmiethe u. dgl. Bei Bezahlung der letztern wurden die Münzen durchaus nach dem Nennwerth**) des Tags,

---

*) Le Blanc (p. XII.) führt aus einem Kaufvertrag v. J. 1302 folgende Stelle an: „Pretio triginta millium solidorum Barchinonensium eorum, de qua moneta 65 solidi valent unam Marcham argenti fini recti pensi“. In einer Urkunde vom Jahre 1309 verſpricht der König von Arragonien dem von Majorca 60000 Tournoſen zu bezahlen.« Sti. Ludovici Regis Franciae de lege XI denariorum et oboli, quorum Turonensium 75, minus tertia parte unius ponderant unam Marcham ad pensum Monspexelii (Montpelliers)“.

**) Die Geſetze — deren wir ſogleich einige anführen werden — drücken ſich zuweilen hierüber etwas dunkel aus. So ſagen ſie z. B. „pour le *prix* que la monnoye couroit aux dits termes.“ Sie verſtehen aber, wie aus dem Zuſammenhange erhellt, unter prix durchaus den Nennwerth, ſo, daß Jemand, der ein Haus zu 600 Livres jährlich gemiethet hatte, jedes Jahr ſolche und ſo viele Münzſtücke erlegen mußte, daß ſie dem Namen nach 600 Livres ausmachten, ohne alle Rückſicht auf den inneren Gehalt an Silber. Um nur Einen Beweis anzuführen, heben wir aus einer Vorſtellung, welche der Münzhof bei Gelegenheit der Ständeverſammlung von Blois dem König Heinrich wo die Schuld bezahlt werden mußte gerechnet. Allein bei Abtragung von Hauptſchulden mußte dem Gläubiger, wenn auch nicht dieſelbe Münze, doch wenigſtens dieſelbe Quantität, oder noch richtiger geſagt, derſelbe Werth *) an gemünztem Gold

---

dem dritten machte (Le Blanc p. 339.) folgende Stelle aus: „Et si l'on veut rechercher le surhaussement des monnoyes de plus longtemps, se trouvera que les seigneurs qui ont baillé y a deux cent cinquante ans leurs heritages à titre de cens et rentes, ne recoivent, aujourdhui la sixième partie de l'argent qui couroit lors de leurs contracts; car il se vérifie par les registres de nostre cour des monnoies, que en l'an 1310 du regne de Philippe le Bel, le marc d'argent ne valoit que 49 sols, qui vaut à présent 19 livres, tellement que un sol de nôtre Monnoye ne vaut pas un double (denier) de ce temps-là“

*) Ich ſage denſelben Werth. Hiermit verhält es ſich ſo. Nach der Verordnung Carls des Sechſten (vom 15ten December 1421 Le Blanc p. XLVI.), der ausführlichſten über dieſen Gegenſtand, ſoll bei Abtragung der Capital-Schulden auf den Schlagſchatz keine Rückſicht genommen werden. Der letzte Artikel dieſer Verordnung ſagt: „Item et pour ce que cydessus est fait mention en plussieurs lieux de payer à la value du marc d'argent, nous déclarons qu'on aura égard á la value du marc d'argent que l'on donne en nos monnoyes ou donnoit au temps de la dette, contract ou terme, et non pas à la value de la traite.“ Dieſe Ausdrücke haben, wie man aus Le Blanc ſieht, ſchon frühzeitig Schwierigkeiten veranlaßt. Ich glaube indeſſen, daß man dieſes nicht anders verſtehen kann, als daß man für die wiedergegebene Zahl von Münzſtücken an dem Tage, wo die Rückzahlung geſchah, nach dem von den königlichen Münzſtätten für das rohe Silber feſtgeſetzten Geldpreiſe eben ſo viele Mark (rohen) Silbers ſollte kaufen können, als man am Tage, wo das Darleihen geſchehen war, nach dem an dieſem Tag für das rohe Silber von der Münzſtätte feſtgeſetzten Preis für die dargeliehene Summe hätte kaufen können. Wenn z. B. die Münzſtätte an dem Tage, wo die Summe dargeliehen ward, für die Mark Silber 28 Livres, und am Tage, wo die Schuld abgetragen ward doppelt ſo viel oder 56 Livres bezahlte, ſo mußte der Schuldner der Zahl nach gerade noch einmal ſo viele Livres bezahlen, als er erhalten hatte. Der

und Silber entrichtet werden, als er auch in der Münze, die an dem Tage des Vertrags galt, erhalten haben würde.

Merkwürdig iſt es, daß ungeachtet dieſes ſchon angeführten und mehrerer anderen Geſetze, wovon wir ſogleich reden werden, Merlin (Repert. art, Monnoie. §. IV.) behauptet, daß auch nach der ältern Geſetzgebung bei Rückzahlung einer alten Schuld nur auf den Nennwerth (die Zahl der Livres) hätte Rückſicht genommen werden müſſen. Er beruft ſich dabei theils auf die Meinung mehrerer Rechtslehrer, theils auf verſchiedene Urtheile der Parlamente, theils aber auch auf die Geſetze ſelbſt.

In der Verordnung*) Philips des Schönen vom Juli 1302, die man zum Theil bei Merlin ſelbſt (1 c.) in einer lateiniſchen Ueberſetzung findet, heißt es: „Nous deffendons, voulons et établissons que nul ne soit tenu de payer, ne le creancier n'ose ne ne presume demander ou recouvrer sa dette en la monnoye qui fut baillée, ou autre maniere de monnoye en graigneur value que en value de la monnoye baillée;

---

Gläubiger hätte nämlich am Tage des Darleihens für die hergeliehene Zahl von Livres Eine Mark Silber kaufen können, und gerade eben ſo viel Silber kann er am Tage der Rückzahlung für die zurückerhaltenen Livres kaufen. Allein darum ſteckt in dieſer letztern Zahl von Livres nicht gerade eben ſo viel Silber als in den dargeliehenen. Obſchon nämlich allerdings die Zahl der Livres, welche die Münzſtätte für die Mark Silber bezahlt, ſich vorzüglich und faſt ausſchließlich nach dem innern Gehalt der Livres, worin ſie bezahlt, richtet, ſo iſt dieſes doch nicht ſo genau zu nehmen, daß, wenn ſie zu einer Zeit für die Mark Silber noch einmal ſo viel gibt, als zu einer andern, der Livre in der erſten gerade halb ſo viel Silber enthält, als in der andern. Denn der Schlagſchatz (traite, seigneuriage), oder was die Münzſtätte ſich für das Ausprägen des Silbers bezahlen läßt, bleibt weder dem Zahlwerth noch dem Silbergehalt noch ſich immer gleich.

**) Diejenigen, welche nicht Gelegenheit haben, die Münz-Verordnungen in den größern Werken von Laurière u. ſ. f. nachzuſehen, finden die meiſten hierher gehörigen bei Le Blanc.

Cest á scavior comme elle valloit communement selon nos ordonnances au temps du contrat et de la debte faite auquel la monnoye de la debte fut baillée.“

Dieſe Stelle gehört nun allerdings zu den dunkeln, und worauf man die Meinung von Merlin wohl gründen könnte. Da nämlich von jeher in Frankreich der Livre, obſchon nur eine Rechnungsmünze, doch diejenige war, in welcher alle Contracte, Käufe u. dgl. abgeſchloſſen wurden, ſo glaubte man hin und wieder von dem wahren (innern) Werth (value) einer wirklich ausgeprägten Münze einen Begriff zu haben, wenn man, auch ohne den Silber- oder Goldgehalt derſelben zu kennen, nur wußte, zu wie vielen Livres dieſelbe ausgegeben werden konnte. Die vorige Verordnung ſcheint wirklich weiter Nichts zu ſagen, als daß jedes Münzſtück bei der Rückzahlung zu eben ſo vielen Livres als bei der Darleihung gerechnet werden müſſe. Dieſes iſt auch der natürlichen Billigkeit völlig gemäß, wenn die Münzſtücke, worin die Rückzahlung geſchieht von dem nämlichen Schrot und Korn ſind, wie diejenigen worin das Darleihen geſchah. Eigentlich ſpricht die Verordnung nur von dieſem Fall. Wie es in den andern Fällen hiermit gehalten ward, darüber laſſen andere Geſetze keinen Zweifel übrig. In einer Verordnung Philips von Valois v. J. 1343 heißt es: „Item, les emprunts et debtes acrues du temps passé a payer á certains termes ou sans termes seront payez de la monnoye qui couroit ou temps du contrat ou de l'emprunt fait, toutes usures et conventions usuraires cessans, et se debat y a (wenn Streitigkeit darüber entſteht), elle sera évaluée au prix et a la value que marc d'argent valoit*) ou (au) temps que le contrat fut fait quand la debte fat acrue, c'est á scavoir a entendre de deniers prestées, de denrées vendues, excepté fermes et ventes de bois dont mention est faite dessus.“ Hiermit ſtimmt die große Verordnung Carls des Sechſten v. 15ten December 1421

---

*) Unter der value (valeur) marc d'argent verſtand man, wie aus dem Vorhergehenden deutlich erhellt, die Zahl Livres, welche in den Münzſtätten dafür (pour le marc d'argent) bezahlt ward.

völlig überein. „Prémiérement, sur toutes dettes düęs (dues) pour cause de rentes et heritages à vie*) ou a volonté, de loyers de maisons, de cens**), du crois et de toutes semblables choses, des termes echus depuis le IX Jour de May l'an mil quatre cens vingt, que la dite foible monnoye a eu cours jusqu'à la publication de cette présente forte monnoye, faite le troisième jour de novembre dernier passé se payeront à la ditte foible monnoye, tant comme elle a eu aucun ***) cours, et pour le prix qu'elle couroit ausdits termes, ou en autre monnoye courante à l'equivalant . . . . Item que ce qui en est deu pour les termes précédens ledit neuvième jour de May, que ladite foible monnoye commenca à courir, se payera à la monnoye qui couroit au temps du payement au feur (a fure) du marc d'argent de l'un temps à l'autre.

Item que ce qui est ou sera deu pour les termes escheus ou à eschoir depuis ladite publication, se payera à la monnoye courante aux termes et pour le prix qu'elle courra.

Item que tous vrais emprunts faits en deniers sans fraude, se payeront en telle monnoye comme l'on aura emprunté, si elle a plein cours au temps du payemeut; et si non, ils payeront en monnoye coursable lors (alsdann) selon la value et le prix du marc d'argent, cest à scavoir selon la

---

*) Von eigentlichen Zinſen iſt keine Rede, denn dieſe waren damals, außer dem Handel, nicht erlaubt. Wie man verfuhr um ſie dennoch verſteckter Weiſe zu erhalten, ſehe man bei Merlin art. rente

**) Cens war die Grundrente, die dem Lehensherrn bezahlt ward.

***) Um die älteren Franzöſiſchen Verordnungen gehörig zu verſtehen muß man bemerken, daß die jetzt gewöhnlich als Negationen gebräuchlichen Worte, wie: aucun, personne, jamais, pas, point u. ſ. f. eigentlich eine poſitive Bedeutung: irgend einer, jemand, jemals, etwas u. ſ. f. haben, und nur durch Hinzufügung von: ne negativ werden. Alſo bedeutet hier: tant comme elle a eu aucum cours, ſo lange als ſie einigen Cours hatte, noch im Cours war.

value du marc d'or qui aura receu Or ou du marc d'Argent, qui aura receu Argent, nonobstant quelques manières de promesses ou obligations faites sur etc.“

Dieſe Beſtimmungen verhinderten wenigſtens, daß durch die Verringerung der Münze das Hauptvermögen nicht geſchmälert ward. Dieſelbe erhielt dadurch mehr den Character einer Einkommenſteuer, die nur während des Kriegs aufgelegt war. — In ſpätern Zeiten (etwa ſeit Franz d. 1ten) ſcheint indeſſen auch bei Rückzahlung alter Darleihen u. ſ. f. die von Merlin behauptete Meinung, jedoch mit vielen Widerſprüchen und Abweichungen, bei den Gerichten wirklich die Oberhand erhalten zu haben. Der berühmte Rechtsgelehrte Carl Dumoulin verfaßte eine eigene Abhandlung über dieſen Gegenſtand (de mutatione monetae), welche man unter andern auch in dem Werke von Budelius [de Monetis et re Nummaria lib. duo Colon. Agrippin. 1591. 4°.] beigedruckt findet. Er geht darin eine ſehr große Menge von Fällen (Rückzahlung von Darleihen, Abtragung von Kaufſchillingen, Abkauf von Renten u. ſ. f.) durch, und entſcheidet faſt durchaus, daß nur auf den Nennwerth (die Zahl der Livres oder Stüber) Rückſicht genommen werden müſſe. Derſelbe ſcheint dabei in den nämlichen Irrthum verfallen zu ſeyn, wovon wir ſo eben geredet haben, daß er nämlich, weil die meiſten Contracte in Livres geſchloſſen wurden, den wahren Werth einer Münze nur von der Zahl der Livres, wozu ſie ausgegeben werden konnte, abhängig glaubte *), welcher Irrthum ſehr vielen auch der beſſern franzöſiſchen Schriftſteller

---

*) Wir wollen zwei der von ihm behandelten Fälle anführen, woraus man ſeine Meinung überhaupt deutlich einſehen kann. „Quaest. 90. Anno sesquimillesimo quinto (1505), cum aureus solaris (der Sonnenthaler) exponeretur pro triginta sex solidis Turonensibus tantum, quidam pro bis mille quingentis Francicis, sibi numeratis in mille trecentis octoginta et octo solaribus et triginta duobus solid. Turonens., vendidit et constituit ducentos Francicos Turonens. reditus annui redimibilis pro eadem summa 2500 Francicorum *in eisdem speciebus* solvendi. tandem post triginta annos, videlicet anno 1535, cum solaris aureus quadraginta quinque solidis Turonensibus in-

gemein war. So ſagt z. B. Ferriere (Dict. d. Dr. art. monnoye) „Il y a deux sortes de monnoye: l'une réelle, comme sont toutes les especes qui ont cours, l'autre imaginaire et de compte, inventée pour la facilité du commerce

---

dicaretur, debitor redimere volens offert nongentos quinquaginta quatuor (954) solares cum viginti solidis Turonensibus pro sorte. Creditor recusat, nisi trecenti septuaginta octo solares aurei cum sexdecim solid. Turonens. addantur, quoniam ex lege contractus sors in eisdem et sic totidem speciebus reddi debet. Replicat debitor, de *eisdem quidem speciebus non autem de totidem corporibus* convenisse . . . . Unde licet eadem quantitas in eisdem speciebus ex pacto reddi debeat, ita tamen accipiendum et deducendum, ne ea quantitas excedatur, alioquin non eadem sed major sors reddi diceretur: quod cum absurdum, tum impossibile est in obligationem deduci etc.“ . . . . Nachdem er die Gründe noch etwas weiter ausgeführt, ſchließt Dumoulin: „Cum super ea lite consultus fuissem, respondi pro debitore, licet non ignorarem non diu contrarium à quibusdam ἀκριβοδικαιοισ pro creditore judicatum fuisse in pari causa, contra quam consulueram, sed tam firmis et solidis legalis aequitatis (quae mihi peculiaris est) rationibus sententiam meam niti sentiebam, ut non cederem: tandem re in supremo hoc senatu [dem Parlement] maturius discussa vicit aequitas et veritas, et pro debitore pronunciatum est.“ Dumoulin, nachdem er in einer Menge ähnlicher Fälle, in welchen zum Theil das Unrecht noch ſchreiender iſt, ſich für die nämliche Meinung ausgeſprochen, beſchränkt dieſelbe doch in einigen wenigen, videlicet (N° 131. p. 572.) si pactum sit solutionem fieri ad rationem certae bonitatis intrinsecae pecuniae mutuatae vel alias debitae vel debendae . . . . . . Ita judicatum in pulchro casu, in quo scripsi et obtinui. Placet paucis explicare speciem facti. A° 1453 inter cohaeredes convenit, quod alter cederet portionem suam multorum immobilium alteri, mediante reditu annuo perpetuo, nec redimibili, triginta librarum, decem solidorum Turonensium, ad *valorem monetae tunc currentis*, quae erat Gallice „de cinq deniers d'alloy, et six sols huit deniers de taille“ id est habebat quinque denarios, seu quincuncem puritatis argenti regii, et octoginta nummos vulgo duodenos [deniers] ex marca (seu libra?) argenti quae tunc ou de la supputation . . . . comme en France les livres ou Francs, en Angleterre lés sterlings, en Allemangne les florins. *Cette monnoye de comte ne change pas de valeur;* et depuis le temps de Charle-Magne que l'on s'en sert en France elle a toujours valu vingt sols et les sols douze deniers."

Die neuere (Napoleon'ſche) Geſetzgebung, obſchon die Urheber derſelben dieſe Anſicht nicht theilten, und bei ihren beſſeren Einſichten nicht theilen konnten, hat doch die Frage, in welcher Münze ein Darleihen abzutragen ſey, (wahrſcheinlich aus politiſchen Gründen) dieſen irrigen Gründen gemäß entſchieden. Nach Art. 1895 des cod. civ. *) kann der Schuldner ſich befreien, wenn ohne Rückſicht auf den verſchiedenen Silbergehalt des Franks zur Zeit des Darleihens und der

---

septem libris et decem libris Turonensibus [$10\frac{1}{2}$ Livr. Tour.] tantum venibat. Actum etiam erat de solvendo certo die et loco, sub poena decem solidorum Turonens. ad rationem praedicti valoris, pro qualibet hebdomada, qua differretur solutio, sine diminutione reditus, bonis omnibus totius haereditatis nominatim et generaliter hypothecatis: et de his transactiones factae in hoc senatu [Parlamenti] simpliciter homologatae ad instantiam partium. Postea creditor vel ejus legatarius agit contra haeredem debitoris et possessorem bonorum hypothecatorum personali et hypothecaria ad reliqua, et continuationem reditus cum poenis, et obtinuit coram praefectis libellorum supplicum palatii [maîtres des requêtes de l'hôtel]; reus appellavit: Et licet nec causas gravaminum dedisset, nec aliquid produxisset, tamen arresto supremi hujus senatus die 14. Martii A° 1533 sententia fuit annullata. et per idem judicium idem omnino ut prius judicatum exceptis poenis, de quibus nihil dictum. Et valde notandum et memorabile illud arrestum contra hujusmodi poenas etc."

*) L'obligation qui resulte d'un prét en argent, n'est toujours que de la somme numérique énoncée au contrat — Se il y a eu augmentation ou diminution d'espèces avant l'époque du payement, le debiteur doit rendre *la somme numérique pròtée* et ne doit rendre que cette somme dans les espèces ayant cours au moment du paiement.

Rückzahlung, die Münzſtücke, die er wiedergiebt, nach dem Cours des Tages der Rückzahlung, nur dieſelbe Zahl von Franken enthalten, als in dem Contract bemerkt iſt; unter der Vorausſetzung jedoch, daß das Darleihen in gemünztem Geld hingegeben worden. Für Darleihen in Barren gilt dieſe Regel nicht, ſondern der Schuldner muß (Art. 1896), der Quantität und Qualität nach, dieſelbe Silber- oder Goldmaſſe erſtatten. Die ſcheinbare Ungerechtigkeit, welche in der erſten Beſtimmung liegt, wird gänzlich gehoben durch die große Feſtigktei, welche das jetzige Franzöſ. Münzſyſtem hat. Daſſelbe iſt jetzt, in Verbindung mit dem Syſtem aller Maße und Gewichte, durch ein förmliches Geſetz unter Mitwirkung und Genehmigung der Repräſentanten des Volkes (m. ſ. weiter unten) eingeführt worden, und kann auch nur auf dieſelbe Art wieder geändert werden; und hätte ſelbſt unter der Regierung des allgewaltigen Kaiſers auf keine andere Weiſe geändert werden können. Es iſt aber faſt ungedenkbar, daß die Volksvertreter ſich je bereden laſſen ſollten, von dem einfachen, durch die Natur der Sache gebotenen Grundſatz, welcher zugleich allen Streitigkeiten ein Ende macht; (daß nämlich der Darleiher in der zurückbezahlten Summe die nämliche Quantität edlen Metalls wieder erhalten müſſe, die er hergegeben, abzuweichen, und in eine Veränderung des Silbergehalts der Franks zu willigen; wenn es nicht allen einleuchtete, daß der wahre Werth der edlen Metalle (welcher durch die Menge von Lebensbedürfniſſen, die man ſich für eine beſtimmte Quantität dieſer Metalle verſchaffen kann) ſich geändert hat. Eine ſolche Veränderung kann aber nur im Laufe mehrerer Jahrhunderte durch ſonderbare und nicht vorherzuſehende politiſche oder vielmehr welthiſtoriſche Ereigniſſe herbeigeführt werden.*) Sollten aber dergleichen Ereigniſſe wirklich eintreten, ſo würde die Veränderung des Silbergehalts der Münzen mehr eine Nothwendigkeit als eine Ungerechtigkeit ſeyn.

---

*) Wenn z. B. die Silberminen von Amerika ſich erſchöpften, oder Europa durch politiſche Ereigniſſe von dem Amerikaniſchen Silbermarkt ganz ausgeſchloſſen würde, und die Bevölkerung Europa's dabei doch immer zunähme.

Wir wollen nun noch auf eine beſondere Folge der Veränderung des Münzfußes aufmerkſam machen, die ſelbſt von Kennern des Münzweſens (z. B. von Le Blanc) nicht ganz richtig beurtheilt worden iſt. Es iſt nämlich vielen auffallend geweſen, daß der Werth der eigentlichen ausgeprägten Münzen gegen den der Rechnungsmünze (des Livre) im Laufe der Zeiten immer geſtiegen iſt. Daß in Fällen, wo der Fürſt den Gehalt der Münzen verminderte, wenn er z. B. einem Münzſtück, das nur 50 Gran Silber enthielt, den nämlichen Stempel aufdrückte und den nämlichen Namen gab, den früher ein Stück von 100 Gran hatte; daß in ſolchen Fällen die alten Münzſtücke, wenn deren übrig blieben, zu noch einmal ſo viel Livres gerechnet wurden, als die neuen, war ſehr erklärbar. Allein, ſelbſt wenn man zu dem alten Münzfuß zurückkehrte, und den Nennwerth der ſchlechtern Münze herabſetzte, behielt die alte Münze im Verkehr einen höheren Nennwerth als man ihr urſprünglich gegeben hatte. Z. B. Philip der Schöne ließ Münzen, die nur den dritten Theil an Silber wie die unter Ludwig d. H. geſchlagenen den., enthielten, unter dem Namen denier ſchlagen und in Umlauf ſetzen. Eine natürliche Folge davon war, daß alle ältern noch übrigen den. im Verkehr für 3 der neueren galten, ſo wie daß alle älteren Münzen in dieſem Verhältniſſe ſtiegen. Als aber Philip der Schöne endlich wieder zu der beſſern Münze zurückkehrte, und dieſer auch denſelben Zahlwerth wie unter Ludwig d. H. beilegen wollte, ließ das Volk ſich dieſes nicht gefallen. Der König ward endlich gezwungen nachzugeben, und den guten gros Tourn. auf 2 sols. 7½ den. parisis zu erhöhen. Erſt ſpäter kam derſelbe wieder nahe auf den vorigen Zahlwerth (von 12 den.) zurück. Viele, auch wohl unterrichtete ſchrieben dieſe Erhöhung des Zahlwerths einzig dem Eigenſinn des Volkes zu, welches ſich eine despotiſche Gewalt über die Werthbeſtimmung der Münzen angemaßt habe.*) Hierin liegt zwar Einiges wahre. Allein der vorzüglichſte und erſte Grund dieſes Steigens des äußern- oder Zahlwerths der Münzen lag doch darin, daß die Fürſten dieſelbe Quantität Silber zu einer größern Zahl von Livres ausmünzten. Hatte das Volk freilich einmal dieſe ſchlechte Münze eine Zeitlang angenommen, ſo wollte es die Zahl der Livres, die es in der Taſche hatte, nicht gern durch einen Gewaltſtreich vermindert ſehen. Bei den unrichtigen Begriffen, die damals über den Werth der Münzen herrſchten, würde es ſich in einem Augenblicke um ſo viel ärmer geglaubt haben, als es an Zahl der Livres verloren hätte. — Was das Steigen des Zahlwerthes der Münzen betrifft, das auch bei unverändertem Münzfuß ſtatt findet, ſo wird dieſes ſehr häufig durch eine verhältnißmäßig zu große Maſſe Scheidemünze, und vorzüglich auch durch das veränderte Verhältniß des Gold- und Silberwerthes, hervorgebracht. Amerika hat verhältnißmäßig weit mehr Silber als Gold auf den europäiſchen Markt geliefert. Daher iſt der Werth des Goldes gegen den des Silbers immer geſtiegen, ſo daß jetzt eine Mark Gold 15½ mal ſo viel gilt als eine Mark Silber, wogegen nach dem edict. Pistens. ſchon 12 Mark Silber einer Mark Gold gleich galten. Die Staaten

---

*) Unter Heinrich dem Dritten (reg. v. J. 1574—1589), bei Gelegenheit der Stände-Verſammlung von Blois (i. J. 1576) machte der Münzhof einen ſehr umſtändlichen Bericht an den König, worin er dieſelbe Meinung äußerte.

---

„La source du-dit surhaussement procede de la malice d'aucuns (Einiger) qui billonent les meilleures de vos monnoyes pour remplir votre Royaume d'autres de moindre bonté, s'enrichissant par ce moyen du sang et du misere du peuple et de l'ignorance et temerité des autres, lesquels contre vos ordonnances reçoivent les monnoyes décriées, et exposent à plus haut prix celles qui ont cours, ou ils se gouvernent comme est le propre d'un peuple d'estre peu sage et advisé en toutes ses actions sans raison ni justice quelconque, donnant tôujonrs l'avantage aux espéces étrangères sur celles qui sont forgées à vos coins et armes qn'ils doivent seulement connoistre, ce qui nous a engendré le déréglement ou nous sommes; votre Majesté ayant été contrainte et forcée hausser le prix desdites monnoyes, pour aucnnement s'accommoder au prix que votre peuple de son autorité leur avoit donné, et eviter la grande perte qu'il eut faite, les reduisant au prix de vos ordonnances.“ Le Blanc Trait. histor. p. 343.

können in ihren Münzordnungen dieſen Aenderungen des Gold- und Silberpreiſes, ſo wie ſie auf dem Markt ſtatt finden, nicht immer folgen, oder ſie ſind denſelben wenigſtens nicht gefolgt. Auch wird man bei Vergleichung des Zahlwerthes der Franzöſ. Münzen, ſo wie er in den verſchiedenen Zeiten ſtatt fand, ſich leicht überzeugen, daß die Goldmünzen verhältnißmäßig mehr geſtiegen ſind, als die Silbermünzen. In dem Mittelalter ſah man dieſes Steigen des äußern Werths oder Zahlwerths der Münzen als ein großes Uebel an, wodurch alle Waaren vertheuert würden, dem man alſo nicht zu ſehr entgegen arbeiten könnte. Der Münzhof gab in dem eben (in der Note) angeführten Bericht an Heinrich den Dritten als Grundurſache des Uebels die Rechnung nach Livres und Sous an, welche nur Namen ſeyen und keinen wahren Werth ausdrückten. Er gab daher dem König den Rath zu verordnen, daß künftig alle Kaufverträge in Goldthalern, deren Gehalt ſich in ſehr langer Zeit nur wenig geändert habe *), geſchloſſen werden ſollten. Er bat noch ferner den König, den Goldthaler einſtweilen auf

---

*) „Le second point qu'il semble être nécessaire pour empêcher que le peuple ne surhausse plus les dites Monnoyes est, que d'autant que le compte à sols et a livres usité en vostre Royaume est fait sur Monnoye muable qui se diminue de bonté à mesure que les espéces d'or et d'argent surhaussent; ce qui fait que les debteurs pour s'aquitter à meilleur marché les mettent à plus haut prix qu'ils peuvent afin d'en bailler moins. Resemblé être nécessaire ôter et interdire du tout en tous contracts, obligations, promesses et actes de justice le compte à sols et à livres, et ordonner que l'on ne pourra plus doresnavant contracter autrement qu'à escu qui est une monnoye immuable, qui depuis cent ans que l'on commenca d'en faire, a toujours démeuré à peu pres en une même bonté, dont adviendra que les debteurs ne gagnant rien au surhaussement des espèces, garderont vos ordonnances . . . . . Et pour plus aisément parvenir au-dit compte d'escus, faut ordonner que tous contracts et promesses ey-devant faites à livres seront reduits à escus, que les sergens et autres Ministres de vostre justice ne puissent faire commandement de payer si non en escus."

60 sols zu ſetzen und ihn ſpäter, wenn Ruhe und Friede ſich mehr befeſtigt hätten, auf den ehemaligen Werth von 50 sols zurückzuführen. — Die Stände entſprachen nur zum Theil dieſem Wunſch des Münzhofes, indem ſie den Werth des Thalers, der im Verkehr für 68 sols galt, einſtweilen auf 65 ſetzten. Allein der Münzhof wiederholte ſeine Vorſtellungen. Insbeſondere hatte man den wichtigſten Punct in dem Vorſchlägen des Münzhofes, nämlich den Goldthaler als Einheit der Münzen einzuführen, die Verordnungen der frühern Könige, namentlich die Philips des Schönen, wovon wir ſchon geredet haben, entgegengeſetzt, wodurch es verboten war, Verträge in Goldmünze abzuſchließen. Allein der Münzhof behauptete, daß die Gründe, aus welchen dieſe Verordnungen gegeben worden, gar nicht mehr ſtatt fänden. Philip d. Schöne ſey zu einer Zeit, wo der König keine andern Steuern von ſeinen Unterthanen nehmen konnte, als ſolche, die dieſe ſelbſt bewilligten, genöthiget geweſen zu dem Hülfsmittel*) der Verringerung des Geldes ſeine Zuflucht zu nehmen, habe indeſſen, um zu großen Schaden zu

---

*) „Pour repondre aux ordonnances, qui à la vérité ont défendu de contracter à escus ou autres certains deniers d'or, faut entendre pour quoy elles ont esté faites, et nous verrons que les raisons et motifs d'icelles ne doivent plus avoir de lieu en ce Royaume. Philippe le Bel se voyant en nécessité d'argent, en un temps que les Rois ne levoient tailles ny subsides quelconques qui ne leur fussent accordés par les estats, affoiblit tellement sa monnoye blanche (Silbermünze), que d'un denier il en fit trois, laissant les monnoyes d'or en leur pureté, parce que le dommage y eust été plus grand, et la fausseté plus visible (Cest un moyen qui de longtemps a ésté pratiqué par les Rois et par les Républiques). Lors le peuple de France plus avisé qu'il n'est maintenant au fait des Monnoyes et considérant de plus près la bonté interieure d'icelles, ne voulut recevoir ainsi ces Monnoyes empirées. Et y eut une sédition pour cette mutation de Monnoye, où la personne du Roy fut tenüe assiégé quelque temps, et lors chacun commença à contracter en Monnoye d'or . . . . . ce que fut cause que le Roy voyant que contractant en Monnoye d'or on empêchoit le cours des monnoyes blanches, qu'il

verhüten, den Goldmünzen ihren Gehalt gelaſſen, und habe eben deshalb, um ſeine ſchlechtere Silbermünze in Umlauf zu bringen, verbieten müſſen, Kaufverträge in Gold abzuſchließen; die folgenden Könige hätten dieſes Verbot, ohne den Grund näher zu kennen, wiederholt. Der König, durch dieſe Vorſtellungen bewogen, erließ im September 1577 eine ſehr ausführliche Verordnung über das Münzweſen, wodurch Art. 1, dem Vorſchlag des Münzhofes gemäß, befohlen ward, künftig alle Verträge, Darleihen, Renten, Pächte u. ſ. f., wenn der Werth über 60 sols Tourn. betrüge, in Goldthalern abzuſchließen; doch ſollte man ſtatt eines Goldthalers auch andere namentlich angeführte und zu einem beſtimmten Werth angeſchlagene Goldmünzen, eben ſo mehrere beſtimmte Silbermünzen, insbeſondere drei Silberfranken für einen Goldthaler nehmen können. Beim Kleinhandel ſollte man ſich (Art. 4) jeder beliebigen, im Land gangbaren Münze bedienen können, doch ſollte ſie durchaus als ein Theil des Goldthalers und nicht des Livre angeſehn werden. Der Werth des Goldthalers ward zu 60 sols Tourn. beſtimmt. Aus der feinen Mark Gold ſollten (Art. 2) 74 Gold-

---

avoit ainsi alterées, fit défenses de contracter en espèces d'or, ains à sols et à livre; lesquelles défenses ont esté répétées par plusieurs subséquentes ordonnances des monnoyes sans bien entendre la raison et cause d'icelles.

Ledit Philippe le Bel, sur une plainte que les marchands de France luy firent, que les foires de son Royaume, mesme celles de Champagne et de Brie, estoient anéanties par le moyen de cette empirence des Monnoyes, et que les franchises et immunites des-dites foires estant enfraintes, en confirmant tous ces priviléges donnez anciennement aux-dites foires, il permit nommément pendant icelles, contracter en telle monnoye d'or ou d'argent que l'on voudroit. Ce qui nous montre assez qu'ils ne jugeoient pas les-dites déffenses fondées sur grandes raisons et justice.

Quoy que ce soit, nous ne sommes plus en ces termes; car les Rois depuis Louis XI. ne sont plus aidez de leurs monnoyes en leur nécessitez, ayant un pré, comme disoit ce mesme Roy, qu'ils tondent quand bon leur semble."

thaler, und aus der Mark Königsſilber (argent le roy) $6\frac{1}{3}$ Thlr. *) gemünzt werden. — Dieſe Verordnung erreichte indeſſen doch ihren Zweck nicht. Es war ein ſchlimmer Umſtand, daß man das Gold als Einheit des Werths angenommen hatte. Da dem natürlichen Gang des Handels gemäß (weil nämlich Amerika viel mehr Silber als Gold lieferte) das Gold über das Silber immer mehr gewinnen mußte, ſo ſtieg der escu d'or, in sols angeſchlagen, im Verkehr immer höher. Ein anderer Umſtand, daß nämlich die Münz-Einheit einen hohen Werth hatte, trug, wie überhaupt jeder ſchwere Münzfuß, wenn auch nicht viel, doch Einiges zur Erhöhung der Preiſe aller Waaren bei. Unter Heinrich dem vierten erhoben ſich laute Klagen darüber. Man unterſchied nicht mehr die nothwendige Vertheurung, die durch die größere, im Umlauf befindliche Silbermaſſe hervorgebracht ward, von derjenigen, die von den Fehlern des Münzfußes oder vielmehr der Münz-Einheit abhieng. Heinrich der vierte ließ ſich dadurch bewegen, durch ein den 16. Sept. 1602 verkündigtes Edict die Rechnung nach Goldthalern zu verbieten, und die alte nach Livres und Sols **) wiederherzuſtellen. Frankreich verlor dadurch den großen Vortheil als Einheit des Werths, nach welcher es rechnete, eine wirklich ausgeprägte Münze zu beſitzen. Nicht allein die Waaren-Preiſe, ſondern auch der Nennwerth des Goldes ſtieg noch höher und ſchneller, wie früher, ſo wie jeder, der mit dem Münzweſen einiger Maßen bekannt iſt, leicht hätte vorherſehn können.

---

*) Dieſes machte, da das Königsſilber $\frac{1}{24}$ Zuſatz hatte, $6\frac{19}{72}$ Thl. aus der Mark fein Silber, woraus das Verhältniß des Silbers zum Gold ſich wie 1 : 12,08 ergibt, faſt ſo, wie ſchon unter Karl dem Kahlen.

**) „Voulons aussi et nous plaist, que le compte à Escu porté par l'ordonnance de 77, jugé utile audit temps, pour arrêter le cours excessif de toutes sortes d'espèces, ayant depuis par l'expérience été reconnu grandement préjudiciable, voire se peut dire l'une des causes de la dépense et superfluité qui se rémarque à présent en tous états, et de l'encherissement de toutes choses, n'aura plus lieu doresnavant, à commencer du jour de la publication de la présente ordonnance etc."

Wir wollen, um in dieſer wichtigen Materie Nichts weſentliches zu übergehn, nun noch von der jetzigen Einrichtung des Franzöſiſchen Münzweſens Einiges ſagen. Seit der Revolution iſt bekanntlich in Frankreich ein ganz neues Münzſyſtem*) eingeführt worden, welches mit dem neuen Maßſyſtem auf das genaueſte zuſammenhängt. Es war ſchon ein früher oft ausgeſprochener Wunſch ein Maß zu finden, deſſen Größe durch die Natur ſelbſt beſtimmt, und unabhängig von allen Wechſelfällen, die den Mutter-Maßen begegneten, für ſich wiedergefunden werden könnte. Die Entfernung des Erdpols vom Aequator iſt offenbar ein ſolches Maß, deſſen Größe, ohne daß unſerer Erde die größten Kataſtrophen begegnen, ſich nicht ändern kann. Man beſchloß daher in Frankreich den zehnmillionſten Theil dieſer Entfernung, ſo wie ſie ſich auf der Oberfläche der Erde oder vielmehr des Meeres gemeſſen, ergeben würde, als Einheit des Längenmaßes anzunehmen. Daſſelbe erhielt den Namen Meter (mètre), und ſeine Länge beträgt 3 Fuß 11,296 Linien nach dem alten Pariſer Maß. Von dem Längenmaß ward nun auch das Gewicht abgeleitet. Das Gewicht des Waſſers, welches ein hohler Würfel, deſſen Seite 0,01 Meter iſt, faßt, ward als Einheit des Gewichts angenommen und Gramme genannt **). Ueberdem ward bei der Unterabtheilung

---

*) Im Anfang der Revolution waren die älteſten in Frankreich umlaufenden Münzen (ſowohl goldne als ſilberne) v. J. 1726; indem in dieſem Jahr alle älteren Münzen verrufen und umgeſchmolzen wurden. Von dieſem Zeitpunkt bis zum Jahr 1780 war, wie ſich aus den Regiſtern der verſchiednen Münzſtätten ergab, in Gold für 957 Millionen und zweimalhunderttauſend- in Silber für 1489 Millionen und fünfmalhunderttauſend Livres gemünzt worden. Necker (de l'administrat. d. Financ. tom. III. chap. 8, p. 58, 66) glaubt hieraus mit Berückſichtigung der Münzen, die eingeſchmolzen oder ins Ausland gebracht worden ſeyn könnten, die geſammte in Frankreich i. J. 1784 umlaufende Geldmaſſe zu zweitauſend zweihundert Millionen Livres anſchlagen zu dürfen.

**) Das Waſſer im Zuſtand der höchſten Dichtigkeit genommen, und im luftleeren Raum gewogen. Das Waſſer wird durch die Wärme ausgedehnt, und zieht ſich in der Kälte ſowohl als Vervielfachung aller Maße das Decimalſyſtem eingeführt, und zwar ſo, daß man bei der Unterabtheilung dem Grundmaß den lateiniſchen Namen der Theilung- und bei der Vervielfachung den griechiſchen des Vielfachen vorſetzte. So bedeutet alſo ein Decimeter, Centimeter, Millimeter, eben ſo ein Decigramme, Centigramme, Milligramme den zehnten, hundertſten, tauſendſten Theil eines Meters oder Grammes, wogegen man unter Decameter, Hectometer, Kilometer, Decagramme, Hectogramme, Kilogramme zehn, hundert, tauſend Meter und Gramme verſteht. Das Kilogramm, auch wohl das metriſche Pfund genannt, wiegt 2 Pfund 5 Drachmen 35,15 Gran des alten Pariſer Gewichts. Dieſes ward nun auch auf die Münzen ausgedehnt. Nach verſchiedenen, ſchon früher ſeit dem Anfang der Revolution darüber erſchienenen Geſetzen, wodurch insbeſondere das Decimalſyſtem auch auf die Münzen angewendet ward (Desen. tom. XIII. p. 48), verordnete der National-Convent d. 28. Thermid. J. 3 (15. Aug. 1795, Desen. cod. gén. tom. XIII. p. 67), daß die Münzeinheit in der Zukunft Frank *) genannt werden (welchen Namen ſchon mehrere, unter den frühern Königen geſchlagene Münzen hatten), und daß endlich das Gewicht deſſelben fünf Gramme betragen ſollte. Die Feinheit der Gold- ſowohl als Silbermünzen ward zu neun Zehnttheil feſtgeſetzt, ſo daß bei jedem neufranzöſ. Münzſtück der zehnte Theil ſeines Gewichts Zuſatz (Kupfer u. dgl.) iſt. Dieſe Beſtimmungen wurden durch viele andere, von den

---

zuſammen. Daher wiegt ein Kubicfuß Waſſer in der Wärme weniger als in der Kälte. Man mußte alſo, um jede Unſicherheit zu vermeiden, den Grad der Wärme feſtſetzen, wobei das Waſſer gewogen werden ſollte. Man nahm dafür den Zuſtand, wo es am dichteſten iſt (etwa bei 4° Reaumur). Ueberhaupt ſind, um dieſes Maßſyſtem genau zu verſtehn, einige phyſicaliſche Kenntniſſe nöthig. Wir müſſen daher unſere Leſer auf die Schriften über dieſe Wiſſenſchaft verweiſen. Man ſehe allenfalls mein Lehrbuch der Mechanik. Th. I. Abſchn. VII. S. 210.

*) Dieſer Name war derſelben ſchon durch Art. 5 des Decrets v. 7. Germin. J. 3 (7. April 1795) über die Maße und Gewichte beigelegt (Desen. cod. génér. tom. VIII. p. 265).

folgenden Regierungen ausgegangene, beſtätigt und erläutert, beſonders durch das Geſetz vom 7. Germin. J. 11 (29. März 1803), wodurch überhaupt das franzöſ. Münzweſen ſeine gegenwärtige Form erhalten hat *). Nach demſelben iſt 1) (den frühern Beſtimmungen der Geſetze v. 16. Vendem. J. 2, v. 28. Thermid. J. 3 gemäß) **) die Feinheit aller Münzen 0,9 ihres Gewichts. 2) Das Remedium auf das Korn beträgt bei Goldmünzen zwei- bei Silbermünzen drei Tauſendtheilchen (0,002 und 0,003) des Ganzen oder der Einheit und zwar ſowohl in plus als minus (en dehors et en dedans) ***). 3) Das Remedium auf das Schrot beträgt *a*) bei Goldmünzen zwei Tauſendtheile (0,002) wie bei der Feinheit, und zwar ſowohl in plus als minus; *b*) Bei den Silbermünzen von einem und zwei Frank fünf- und bei denjenigen von fünf Frank drei Tauſendtheilen (0,003) des ganzen Gewichts, und zwar Beides ſowohl in plus als minus. 4) Das geſetzliche Gewicht eines Frankſtücks (in Silber) beträgt fünf Gramme (alſo eines Fünffrankenſtücks 25 Gramme). 5) Das geſetzliche Gewicht eines Goldſtücks von 20 Franken (eines Napoleond'or) beträgt 6,45161 Gramme †). Aus einem Kilogramm 0,9 feinen Goldes werden hundert fünf und fünfzig Napoleond'or (zu 20 Franken), und aus einem Kilogramm 0,9 feinen Silbers 200 Franken (in Silber) geſchlagen. Hierdurch ergibt ſich das Verhältniß von dem Werth des gemünzten Silbers zu dem des gemünzten Goldes wie 1 : 15½. Der Werth des ungemünzten Goldes gegen den des ungemünzten Silbers iſt noch Etwas höher, da die Prägekoſten bei Gold geringer ſind als bei Silber *).

---

*) Man findet dieſes Geſetz nebſt der Rede des Staatsraths Berenger, der es vor dem geſetzgebenden Korps erläuterte, in Merlin Répert. art. monnoie. Auch Desen. tom. XIII. p. 88).

**) (Desen. tom. XIII. p. 48, p. 67.)

***) Der Staatsrath Berenger drückte ſich d. 18. Ventoſ. J. 11 darüber ſo aus „Les tolérances (de poids et de titre) sont divisées moitié en dehors, moitié en dedans. Cette disposition à pour objet de compenser l'emploi des tolérances, et de donner à la fabrication toute l'exactitude désirable. Cet heureux effet de la division des remèdes est garanti par les résultats des vérifications opérées jusqu'à ce jour sur les pièces de cinq francs. L'emploi réel des remèdes en plus et en moins se balance avec une précision étonnante.“

†) Mit Rückſicht auf das Remedium kann alſo ein 5 Frankenſtück höchſtens 25,075 und muß wenigſtens 24,925 Gramme wiegen. Das Gewicht eines Napoleond'or darf höchſtens 6,464516 und muß wenigſtens 6,4387 Gramme betragen.

VIII. Die Admiralitäten (les amirautés) oder Seegerichte. — Schon ſehr früh und als es für den Landhandel nur einige zerſtreute und unvollſtändige Geſetze gab, waren die für den Seehandel bei den neuern Nationen zu einem Ganzen vereinigt, welches wenigſtens durch Gewohnheit und ſtillſchweigende Uebereinkunft aller Nationen Europa's die Kraft eines Geſetzbuches behauptete. Wirklich wurden auch durch die mannigfaltigen Verbindungen und Verwickelungen, welche die Kreuzzüge unter allen ſeefahrenden Nationen hervorbrachten, beſtimmte Regeln um die Pflichten und Rechte eines Jeden zu beurtheilen und die etwa entſtehenden Streitigkeiten zu ſchlich-

---

*) Nach Art. 11 des Geſetzes vom 7. Germ. J. 11 (Desen. tom. XIII. p. 88) hält die Münze beim Einkauf von Gold und Silber nur die Koſten der Fabrication ab, welche durch das kaiſerl. Decret v. 20. Januar 1811 beim Gold auf 9 Frank und beim Silber auf 3 Frank p. Kilogramm beſtimmt ſind. Dieſer Abzug beträgt alſo auf 0,9 Kilogramm fein Gold, oder auf 1 Kilogramm eines 0,9 feinen Goldes 8,1 Frank und auf ein Kilogramm eines 0,9 feinen Silbers 2,7 Frank. Aus einem ſolchen Kilogramm Gold werden 3100 Franken, und aus einem ſolchen Kilogramm Silber 200 Franken gemünzt. Die Münze bezahlt alſo für ein Kilogramm eines 0,9 feinen Golds, mit Rückſicht auf den Abzug wegen der Fabricationskoſten 3091,9- und für ein eben ſo feines Kilogramm Silber 197,3 Franken. Hierdurch ergibt ſich der Werth des ungemünzten Silbers zu dem des Goldes wie 1 : 15,671. — Seit der Zeit, wo dieſes feſtgeſetzt ward, ſind in der Fabrication der Münzen ſehr große Verbeſſerungen eingeführt worden, ſo daß durch eine königl. Verordnung v. 27. Febr. 1835 die Fabricationskoſten beim Gold auf 6 Franks, beim Silber auf 2 Franks reducirt wurden.

ten, durchaus nöthig. In dieſen Zeiten entſtand auch, um von den frühern Römiſchen oder vielmehr Rhodiſchen, in dieſer Hinſicht ſehr unvollkommenen Geſetzen nicht zu reden, das berühmte Buch, welches unter dem Namen „il consolato del mare (le consulat de la mer) bei allen Nationen bekannt geworden. Die Sprache, worin es geſchrieben iſt, beſteht aus einem Gemiſche von Spaniſchem, Cataloniſchem und Italieniſchem; woher denn auch alle drei Völker auf die Ehre, es verfaßt zu haben, Anſpruch machen. *) Zu Venedig ſind zwei Ausgaben deſſelben (eine i. J. 1576, die andere i. J. 1599) im Drucke erſchienen, welche Casaregis, einer der erſten Schriftſteller über die Handelsgeſetzgebung, wörtlich in den dritten Band ſeiner Werke aufgenommen hat. **) Aus dem consolato ſelbſt erhellt, daß es i. J. 1075 zu Rom beſtätigt ward. Dieſes geſchah ſpäterhin noch mehrmals, insbeſondere durch einen Vertrag, der den 1ten September 1102 oder 1111, zwiſchen Ludwig d. 7ten und dem Grafen Toulouſe in der Stadt Acre geſchloſſen ward, und wodurch ſie ſich verpflichteten, die Beſtimmungen des consolato del mare zu beobachten und beobachten zu laſſen. ***) Dieſes merkwürdige Buch erhielt den vereinigten Beifall aller Nationen, ſo ſehr ſie auch ſonſt in ihrer Politik und in ihren Intereſſen getheilt ſeyn mochten. Es ward faſt in alle Sprachen überſetzt, und dient ſelbſt noch jetzt in den Fällen, wo die poſitiven Geſetze nicht ausreichen, zur Richtſchnur der Entſcheidung.

---

*) Pardeſſus in ſeiner Rede (vom 18ten November 1820) über den Urſprung und die Fortſchritte der Handels-Geſetzgebung (Cours d. droit commerc. tom. III. p. 119, 127) nimmt die Ehre der Verfaſſung des consulat de la mer für Frankreich in Anſpruch, und behauptet, daſſelbe enthalte vorzüglich die Handels-Geſetze und Gewohnheiten der uralten Seeſtadt Marſeille.

**) Casaregis Discursus legales de commercio. Venetiis, 1740. 4 Volum. fol. — Florentiae 1719 — 1729. 3 Volum. fol.

***) M. ſ. die Vorrede von Becane zu ſeiner neuen Ausgabe der ordonnance de la marine du mois d'Aout 1681 (Paris. 1829. 4°.) Derſelbe bemerkt, das eine ſowohl als das andere Datum müſſe unrichtig ſeyn, indem Ludwig der 7te erſt am Ende d. J. 1147 in Syrien angekommen ſey. — Das consosalo del mare ward auch noch i. J 1250 zu Paris von Johann Beaumont in Gegenwart der Johanniter- und Tempelritter, ſo wie der des Admirals des Oſtens beſtätigt.

Faſt ein gleiches Anſehen mit ihm erhielten die ſogenannten jugemens oder Rooles d'Oleron. Sie ſtammen höchſt wahrſcheinlich von der Königin Eleonore her, welche Ludwig der Siebente (König von Frankreich) i. J. 1152 verſtieß.*) Sie benannte ſie nach ihrer geliebten Inſel Oleron. Dieſe jugemens d'Oleron dienten vorzüglich in den Häfen des atlantiſchen Meeres zur Richtſchnur, wogegen man an den Küſten des mittelländiſchen Meeres mehr dem consolato del mare folgte.

Nach dem Vorbilde des consolato del mare und der jugemens d'Oleron wurden nun auch noch in andern Ländern und Städten allgemeine Geſetzbücher über den Seehandel verfaßt. Holland, die Hanſeſtädte, die Stadt Wisby (in Schweden) gaben ſich ein eigenes Seerecht. In Frankreich war indeſſen nach Carl dem Großen und Ludwig dem Heiligen, ſo wie der Seehandel ſelbſt, eben ſo die Seegeſetzgebung hinter den übrigen Ländern zurückgeblieben. Die älteſte Verordnung der Könige des dritten Geſchlechts über das Seeweſen iſt die von Carl dem Sechſten, gegeben zu Paris den 7ten December 1400 (Ordon. du Louv. tom. VIII. p. 640). Sie beſteht nur aus 22 Artikeln, und bezweckt vorzüglich die Unterdrückung der Seeräuberei, welche damals, beſonders zur Zeit eines Seekrieges, ſehr viele unter dem Vorwand ausübten, die feindlichen Schiffe angreifen und kapern zu wollen.**) Sie legt dem Admiral

---

*) Nach ihrer Trennung von Ludwig d. 7ten vermählte ſie ſich mit Heinreich Grafen von Anjou, der unter dem Namen: Heinrich der 2te den Engliſchen Thron beſtieg.

**) In der Einleitung heißt es: „Charles etc. Pour ce qu'avons esté advertis par la griefve et piteuse complainte de plusieurs notables marchans tant de nostre Royaume comme de noz alliez, qne irréparables maux, meurdres et pilleries et cruels malefices se font et sont faicts chacun jour sur la mer, tant et principalement par aucuns qui soubs ombre de nostre grace, ont mis et mettent sus navires de guerre, et les amplient et fournissent de gens de petite valeur, qui pour eux enrichir, sont la plus part d'iceux abandonnez à tout und ſeinen Stellvertretern die Gerichtsbarkeit in allen dieſen Fällen bei. Auch finden ſich darin noch einige andere allgemein wichtige Beſtimmungen, worauf wir in der Folge gelegentlich aufmerkſam machen werden, und unter andern (Art. 18, 19.) auch mehrere Beſchränkungen der allzugroßen Rechte des Admirals. Nach der eben genanten Verordnung erſchien keine, die von dem Seeweſen insbeſondere handelte, bis zu den Zeiten Franz des Erſten, der i. J. 1517, alſo zu einer Zeit, wo durch die kurz zuvor gemachte Entdeckung von Amerika die allgemeine Aufmerkſamkeit näher auf das Seeweſen geleitet worden war, eine neue Verordnung*) über daſſelbe erließ. In der Einleitung enthält ſie die nämlichen Klagen, wie die v. J. 1400, über die ſchrecklichen Uebel, welche von Einigen unter dem Vorwand gegen die Feinde anzugehen (soubz umbre de nos guerres), an den Unterthanen und Verbündeten des Königs verübt würden. Außer den dagegen angeordneten Vorkehrungen enthält ſie noch andere wichtige Beſtimmungen, beſonders über die Gerichtsbarkeit des Admirals und die Polizei der Schiffahrt überhaupt, welche ebenfalls in der Folge gelegentlich erwähnt werden ſollen. Dennoch iſt ſie viel zu unvollſtändig, als daß ſie**) den Namen eines Geſetzbuches über den Seehandel verdiente. Nach derſelben erſchienen noch hin und wieder Edicte und Erklärungen über einzelne

---

mal, et de leger enclins de commettre lesdicts meurdres et larecins sur nosdits subjects; et en ce faisant sont soustenus et portez, ou au moins favorisez et receus par ceux qui ainsi les ont mis sus, pour le profit qu'ils y attendent, mesmement par aucuns legers lieutenans particuliers de nostre Admiral de France, par faveurs et dons à eux faits par lesdits preneurs et pour faire bon le dixiesme de nostredit Admiral; scavoir faisons etc. — Man erſieht aus derſelben, daß es damals (i. J. 1400) ſchon gebräuchlich war, zum Angriff des Feindes Kanonen auf den Schiffen zu führen. Art. 17 ſagt nämlich: „Item. Au regard des victuailles, Poudres, Canons, Pavois et autre artillerie qui seroient gaignez sur nos ennemis etc.“

*) Sie findet ſich unter andern auch in der Sammlung der Verordnungen von Rebuſſe fol. 159 p. 2.)

**) Sie enthält nur 31 Artikel.

Puncte, welche die Marine, beſonders die Gerichtsbarkeit, betreffen. Heinrich der Dritte erließ ein ſolches Edict i. J. 1583. Auch der unter Ludwig dem dreizehnten erſchienene „Code Marillac (Th. I. S. 151, 152) enthält mehreres wichtige über die Marine. Bis zu der Regierung des genannten Königs oder richtiger zu ſagen, bis zu der Verwaltung des Cardinals Richelieu blieb die franzöſiſche Marine überhaupt, und vorzüglich die Kriegs-Marine in der Kindheit.*) Dieſer große

---

*) Der Code Marillac ſelbſt enthält mehrere Artikel über die Marine, woraus man ihre Unbedeutenheit zu der damaligen Zeit deutlich erkennt. Art. 428. „Et d'autant que nous avons reconnu un asservissement insupportable, auquel nos voisins par leur vigilance et notre nonchalance ont réduit nos sujets, apportant en notre Royaume et emportant d'icelui, toutes les marchandises qu'il leur plait, sans nous en payer aucuns droits, et exigeant sur nosdits sujets, tant sur les marchandises qu'ils portent vendre en leurs pays, que sur celles qu'ils y achètent, de grandes impositions contre la raison. Pour y remédier et établir quelqu' égalité des conditions du commerce entre nos voisins avec lesquels le commerce est permis et nous, Nous avons ordonné et ordonuons, que les mêmes impositions qui se levent es entrées et ports de nos voisins, sur les marchandises que nos sujets y vendent et acheptent, seront levées et reçûes en nos ports sur les marchandises que les Marchands étrangers et sujets de nosdits voisins y vendront et acheteront d'orénavant."

Art. 430. „Et pour apporter ciaprès un bon ôrdre et reglement au fait desdits voyages, commerce et navigation, après avoir fait rapporter et voir en notre Conseil, les reglemens anciens faits pour le même sujet, ouis les plus experimentez Matelots, Officiers de la marine et Marchands trafiquans sur mer: De l'avis de notre d. Conseil et de notre tres-cher et bien aimé Cousin le Cardinal de Richelieu, Grand Maitre et Surintendant général de la navigation et commerce de France: Nous avons statué et ordonné, statuons et ordonnons que d'orénavant et à toujours il sera par Nous et nos successeurs Rois, en tretenu cinquante vaisseaux du port de quatre et cinq cent tonneaux, armez et équipez en guerre, comme il appartient, outre

Miniſter, der ſogleich die unendliche Wichtigkeit dieſes vernachläßigten Zweigs der Verwaltung erkannte, nahm ſich derſelben mit Kraft an, und zog ſie bald aus ihrem Zuſtand der Ohnmacht hervor. Was er begonnen, ward unter der folgenden Regierung (Ludwig des 14ten) durch Colbert vollendet.

Unter dieſer Regierung, welcher die Geſetzgebung Frankreichs ſo viele Fortſchritte verdankt, erſchien auch im Auguſt 1681 die unter dem Namen: ordonnance de la marine [*]) bekannte Verordnung, die von allen Kennern als die vorzüglichſte aller unter Ludwig dem 14ten erſchienenen bewundert wird. Sie iſt nicht nur ein vollſtändiges Geſetzbuch über das Civil-Seerecht [**]), ſondern ſie ordnet auch die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Verfahren in allen ſich darauf beziehenden Streitigkeiten. Nach dem Muſter der ordonnance de la marine, deren Beſtimmungen zum großen Theil noch jetzt gelten, erſchienen nun, den Bedürfniſſen und Fortſchritten der Zeit gemäß, theils von Ludwig dem 14ten ſelbſt, theils von den folgenden Königen noch viele Verordnungen über dieſen Gegenſtand. Vorzüglich nahm ſich der unglückliche Ludwig der 16te, ein großer Freund, Beſchützer und Beförderer der Marine, derſelben an. Durch die Edicte von 1776 und die Verordnung von 1781 über die Conſulate, und durch die von 1784 und 1786 über die Polizei der Schiffahrt waren zu der Verordnung

---

les pataches et autres vaisseaux de moindre port que nous ferons entretenir selon les occurrences et les occasions qui s'offriront tant pour la suretè de nos Ports et Havres, que pour servir d'escortes aux Marchands, et leur tenir la mer libre."

[*]) J. J. 1714 gab Valin dieſelbe zu Paris mit Noten in 4° heraus. Die neueſte Ausgabe derſelben, worin zugleich die ſpätern Geſetze berückſichtigt ſind, iſt: „Commentaire sur l'Ordonnance de la Marine du mois d'Aout 1681 par René-Josué Valin avec des notes coordonnant l'Ordonnance, le Commentaire et le Code de Commerce par V. Becane Avocat, officier de l'universitè de France, professeur du commerce à la faculté de Droit de Poitiers. Paris, Brissot-Thivart libraire. 1829. 4°.

[**]) Ueber die Kriegs-Marine erließ derſelbe König eine beſondere Verordnung v. 15ten April 1689.

von 1681 wichtige Zuſätze gekommen. Im Jahre 1787 ward eine Commiſſion niedergeſetzt um die ganze Handels-Geſetzgebung näher durchzuſehen und zu verbeſſern. Allein durch die Revolution ward die Ausführung aller Vorſchläge derſelben auf längere Zeit verſchoben. Die conſtituirende Verſammlung, mit einer Menge von Arbeiten überhäuft, konnte die Abfaſſung eines neuen Geſetzbuches für das Seeweſen unmöglich auf ſich nehmen. Sie beſchränkte ſich daher auf Verbeſſerung des gerichtlichen Verfahrens in den darauf bezüglichen Streitigkeiten. Durch Art. 8, 11 des berühmten Decrets vom 6ten und 7ten September 1790 (Desen. tom. III. p. 247) ward die Gerichtsbarkeit der Admiralitäten, welche bis dahin über alle Rechtsſtreitigkeiten, die ſich auf den Seehandel bezogen, entſchieden, an die Handelsgerichte übertragen und den erſtern einſtweilen nur die Handhabung der Schiffarths- und Hafen-Polizei gelaſſen. Das ſpätere Decret vom 9ten Auguſt 1791 (Desen. tom. XVIII. p. 49), von deſſen Beſtimmungen unten noch näher die Rede ſeyn wird, hob endlich (Tit. V. Art. 1.) die Admiralitäten gänzlich auf. Dieſen Punct abgerechnet, wurden übrigens während des Laufes der Revolution die Geſetze über den Seehandel, ſo wie ſie in der ordonance de la marine und den ſpäteren königl. Verordnungen enthalten ſind, faſt ungeändert beibehalten. Erſt als die Stürme derſelben ſich gelegt, unter dem Kaiſerreich, fing man an, ſich mit der Abfaſſung eines neuen Geſetzbuches über den Seehandel zu beſchäftigen. Da derſelbe nur ein beſonderer Zweig des Handels überhaupt iſt, ſo fand man es für geeignet, die Geſetze darüber als einen beſonderen Theil dem Handelsgeſetzbuch einzuverleiben, deſſen zweites Buch einzig dieſem Gegenſtande gewidmet iſt.*)

---

*) Dieſes zweite Buch ward dem geſetzgebenden Corps in der Sitzung vom 8ten September 1807 (Monit. vom 9ten und 10ten September d. J.) vorgelegt. Der Staatsrath Begouen als Berichterſtatter ſagte: „Ce livre comprend toutes les transactions maritimes, et il remplace sous ce rapport l'ordonnance de 1681. Vous annoncer, Messieurs, que nous avons détaché de cette belle ordonnance tout ce qui appartient à l'administration, à la police, au droit public, et qui n'a pas été jugé

Die Gerichtsbarkeit in allen Civil- und Criminalſachen, die ſich auf den Seehandel oder das Seeweſen bezogen, ward in Frankreich von jeher von dem Admiral oder, in ſeinem Namen, von Beamten, die er ernannte, ausgeübt.*) Die Stelle des Admirals, eine der erſten des Reichs, entſtand zu den Zeiten der Kreuzzüge, wie ſchon der Name Admiral, der von dem

---

devoir faire partie du code de commerce maritime; que nous avons du reste conservé tous les principes qu'elle à consacrés en quelque sorte, en ce qui touche les contrats maritimes; que nous ne nous sommes permis qu'un petit nombre de cbangemens qui nous paroissent justifiés par ceux-mêmes qu'ont éprouvés le commerce et la navigation dans le laps d'un siecle, ou par la justice la plus évidente; c'est vous dire, ce nous semble, que l'amour de l'ordre, le respect dû à la sagesse de nos ancêtres, et une juste cinconspection ont dirigé nos travaux etc.“ Dieſen Anſichten gemäß blieben die geſetzlichen Beſtimmungen über die Priſen, ſo wie über die amtlichen Befugniſſe der Conſuln von dem Handels-Geſetzbuch ausgeſchloſſen. Ueber das zweite Buch ſprachen noch in der Sitzung des geſetzgebenden Corps v. 15ten September 1807 (Monit. v. 17ten September d. J.) die beiden Berichterſtatter des Tribunats Perrée und Challan. In derſelben Sitzung nahm das geſetzgebende Corps das zweite Buch des Handels-Geſetzbuchs an.

*) In einer Verordnung des Königs Johan v. 5ten April 1350 (Ordon. tom. II. p, 400, 408) heißt es Art. 22: „Semblablement que des jugemens, et sentences, et autres faits judiciaires de l'Admiral dudit Seigneur, et de ses Lieutenans, ou Deputez en Normandie, l'en pourra appeller à l'Eschiquier [de Rouen, welches damals die Stelle des nachherigen Parlaments von Rouen vertrat]. Die Verordnung Carls des Sechſten vom 7ten December 1400 (S. 536.) ſagt in dieſer Hinſicht Art. 20: „Et au regard des armées et entreprinses qui se feront par ladicte mer, nostredit Admiral demeurera en icelles armées chef, . . . . et comme nostre lieutenant général ès choses touchantes et dependantes du fait de ladite guerre par la mer. aura toute cognoissance et jurisdiction luy et ses lieutenants, et en ce sera obey par tous les lieux places et villes de nostre Royaume, et en icelles pourra tenir et faire tenir toute sa jurisdiction picadre prisons et faire justice, si besoin est,

Arabiſchen Emir oder Amir (Führer oder Vorſteher) und Alma (Waſſer) abgeleitet iſt, hinreichend beweist.*) Mehrere Schriftſteller haben eine Liſte aller Admirale von den Zeiten Ludwigs d. H. bis auf die neueſten Zeiten aufgeſtellt. Du Cange (Art. Admiratus) gibt Florentius de Varenues als den erſten an, der i. J. 1270 die königlichen Flotten befehligte. Es gab indeſſen für einzelne Flotten, und beſonders für einzelne Küſten (die Normandie z. B.) auch wohl beſondere Admirale.**) Die

---

pour ce que nul autre n'en cognoist, ne doit cognoistre." Der Artikel ſpricht ausdrücklich nur von der Gerichtsbarkeit des Admirals in Kriegszeiten. Allein er übte dieſelbe ohne Zweifel über alle Rechtsſtreitigkeiten in Seeſachen aus. Die Verordnung von Franz dem Erſten v. Jul. 1517 (S. 537.) ſagt ganz allgemein: „Art. 15 . . . . . Nous avons ordonné et ordonnons que nostredict admiral pour le droict de son office aura la cognissance, jurisdiction et deffinition de tous delicts et differents qui adviennent, et chascun jour peuvent advenir, tant pour raison des contracts faicts et passez pour le faicts de ladicte guerre, et pour le faicte de la dite marchandise ou pescherie, qu'autres choses quelzconques, qu'elles soient civiles ou criminelles, qui concerneront, toucheront et dependront du faict de ladicte mer, et autre que luy n'en peult, ne doibt cognoistre."

*) M. ſ. n. Du-Cange Glossar. ad voc. Admiralius" . . . . . Primi autem ita summos classium suarum praefectos appellasse videntur Siculi. Romaldus in Chronic. MS. anno 1149 „Georgium virum utique maturum, sapientem, providum et discretum, ab Antiochia adductum, magnum constituit Ammiratum."

**) Du-Cange ad voc. Admiratus „ . . . . . apud Rymer tom. 5. p. 720." „Henrico Duci Lancastriae Admirallo flotae navium versus partes occidentales. Vobis mandamus, qnod treugas praedictas in singulis portubus et locis infra admiratum vestrum praedictum, ubi expedire videritis, publice proclamari et teneri faciatis." Noch in der Verordnung Ludwigs des 13ten vom Januar 1629 (dem Code Marillac M. ſ. Th. I. S. 151.) heißt es Art. 450: „Defendons à tous Seigneurs et Gentilshommes qui ont des terres situées le long des costes de la mer, et aux gouverneurs des dites villes mari-

Würde, Rechte und der Einfluß des Admirals von Frankreich waren ſo beträchtlich, daß ſie, eben ſo wie die des Kronfeldherrn (connétable), den Fürſten anfingen verdächtig zu werden. Daher hob Ludwig der 13te durch ein Edict vom Januar 1627 (beim Parlament einregiſtrirt den folgenden 13ten März) beide Stellen auf, nachdem der Admiral Heinrich von Montmorency ſchon im Jahre 1626 ſeine Stelle in die Hände des Königs niedergelegt hatte. Doch noch im October deſſelben Jahres (1626) ſchuf der König ſtatt der Stelle des Admirals die eines Großmeiſters, Chefs und Oberaufſehers der Schiffarth und des Handels (grand-maître, chef et surintendant de la navigation et du commerce), und übertrug ſie dem Cardinal Richelieu. Ludwig der vierzehnte ſtellte durch ein Edict vom November d. J. 1669 die Stelle des Admirals zu Gunſten des Grafen von Vermandois, jedoch mit beträchtlicher Beſchränkung ſeiner Rechte, wieder her. Von dieſer Zeit an beſtand die Stelle des Admirals bis zur Revolution. *)

---

times et autres de quelque qualité qu'ils soient de se dire et intituler Amiraux et Vice-Amiraux en leurs Seigneuries, terres et Gouvernemens." Ja in der ordon. d. l. marine d. 1681 wird tit. I. art. 15 das nämliche Verbot wiederholt. In der Bretagne war bis zu den letzten Zeiten der Gouverneur zugleich Admiral. Merlin Rèpert. art. amiral.

*) Der letzte Admiral war Louis-Jean-Marie de Bourbon, duc de Penthievre, der dieſe Würde ſehr jung i. J. 1737 erhielt. Im Jahre 1791 ward die Admirals-Würde aufgehoben. Nach Art. 39 des Geſetzes vom 29ten April d. J. (Desen. tom. XVIII. p. 28) wurden die Oberoffiziere der Flotte in Admirale, Viceadmirale und Contreadmirale getheilt, die der König ernannte, die aber mit der Handels-Marine Nichts zu thun hatten. Durch das Senatus-Conſult v. 28. Floreal J. 12 ward die Stelle des Groß-Admirals wieder hergeſtellt, und durch ein ſpäteres kaiſerl. Decret dem Schwager des Kaiſers, Joachim (Mürat) erblich übertragen. Nach der Reſtauration ernannte Ludwig der 18te durch eine Verordnung vom 18. Mai 1814 den Herzog von Angouleme, ſeinen Neffen, zum Groß-Admiral. Allein dieſe Würde iſt faſt nur eine Ehrenſtelle und ganz verſchieden von dem, was ſie vor der Revolution war.

Die Macht deſſelben und beſonders ſeine Einkünfte *) blieben dennoch ſehr beträchtlich. Nach Tit. I. der ordon. d. 1681, welche einzig von dem Admiral handelt, ſtand ihm (Art. 5) außer dem Befehl über die Flotte (Art. 6, 7, 8) das Recht zu, alle Küſten und Häfen zu unterſuchen oder durch Perſonen, die er nach Gutdünken wählte, unterſuchen zu laſſen. Er ertheilte allen, ſowohl Kaper- als Kauffartheiſchiffen (vaisseaux equipès en guerre et marchandises) die Seebriefe (congès), Päſſe u. ſ. f., ohne welche ſie nicht in See gehn durften. Ihm gebührte (Art. 9) der zehnte Theil von allen unter Franzöſiſcher Flagge gemachten Priſen und eben ſo von allen Löſegeldern (rançons). Ueberdem genoß er noch (Art. 11) das Anker-, Tonnen- und Bakengeld (droits d'ancrage, tonnes et balises) **). Alles, was von dem Grund des Meeres hervorgezogen, oder von den Wellen aufs Land (à terre) geworfen ward, gehörte (Art. 11) in den vom Geſetz vorgeſchrieben Fällen zum dritten Theil dem Admiral ***). Einen großen Theil

---

*) Schon die ältere Seeordnung Carls des ſechſten vom J. 1400 (S. 536) ſuchte dieſelbe einzuſchränken art. 19 „Que quant aux autres droits et profits que nostredit admiral réqueroit avoir et luy estre délivrez (outre son dixiesme et proffits communs de la guerre art. 15] dont il n'est pas apparu comme ils furent créez, et qu'il n'y à point apparence que oncques fussent ainsi accordez, mais est vraysemblable à croire, qu'il ayent esté faits et escrits à poste par quelque personne, pour l'avantage audit admiral, Nous avons déclaré qu'il n'en jouira pas d'oresnavant, s'il n'en appert deüement.“

**) tonnes et balises (Tonnen, Faſchinen u. dgl.) ſind Merkmale, um die Schiffer vor ſeichten Stellen, Felſen u. dgl. zu warnen (Pardessus N°. 712). Man muß alſo dieſes droit de tonnes nicht mit dem in England ſchon lange üblichen Tonnengeld (tonnage), welches nach Verhältniß der Laſten oder Tonnen eines Schiffs entrichtet wird, verwechſeln.

***) Von den geſtrandeten oder auf dem eigentlichen Strand (sur le rivage) gefundenen Schiffen und Gütern gebührte ihm ordon. d. 1681 liv. IV. tit. IX. art. 26, wenn die Eigenthümer ſich binnen Jahr und Tag (l'an et jour) nicht meldeten, ſogar die Hälfte. Was man unter Strand verſteht, beſtimmt liv. IV. tit. VII. art. 1 „Sera réputé bord et ſeiner Einkünfte machten die Strafgelder aus, die (Art. 10), wenn ſie von den untern Seegerichten (siéges particuliers) erkannt wurden, ihm ganz- und wenn die höhern Seegerichte (tables de marbre) ſie ausſprachen, zur Hälfte gehörten. Ganz insbeſondere kam ihm auch, wie ſchon erwähnt worden, von je her die Ernennung der Mitglieder der Seegerichte zu, welche in ſeinem Namen Recht ſprachen, und die nur als ſeine Beamten oder Commiſſarien anzuſehn waren. Heinrich d. 2te erhob ſie durch ſein Edict v. April 1554 zwar zu königl. Beamten, allein die Ernennung derſelben blieb dem Admiral vorbehalten. Daſſelbe Recht, ſo wie auch, daß die Gerichtsbarkeit zur See in ſeinem Namen ausgeübt werde, ſicherte ihm auch die Ordon. d. 1681 liv. I. tit. I. art. 1, 2, 4) *) zu; doch durften die von ihm ernannten ihr Amt nicht ausüben, ohne vorher von dem König ihre Beſtallung erhalten zu haben.

Es gab dieſer Seegerichte von zwei Graden, nämlich allgemeine und beſondere; oder Ober- und Untergerichte (sièges généraux et particuliers). Die letztern Gerichte, deren es faſt in jedem Hafen von Frankreich Eines gab, erkannten in erſter Inſtanz. Die Appellation von ihren Urtheilen ging an die allgemeinen Seegerichte, deren für ganz Frankreich nur drei, Eines zu Rennes, Eines zu Rouen und Eines an der Marmortafel von Paris beſtellt war **). Dieſe allgemeinen Seegerichte urtheilten auch noch

---

rivage de la mer, tout ce qu'elle couvre et découvre pendant les nouvelles et pleines lunes (während der Springfluthen), et jusq'où le grand flot de mars (des Monat März) se peut étendre sur les grèves.“

*) art. 2 „La nomination aux offices de lieutenans, conseillers, de nos avocats et procureurs, et greffiers, huissiers et sergens, aux sièges généraux et particuliers de l'amirauté, appartiendra à l'amiral, sans toutefois qu'ils puissent exercer qu'après ils auront obtenu nos lettres de provision.“ — art. 14 hält der König ſich doch die Ernennung aller Beamten der Kriegs-Marine bevor.

**) So gibt die Encycloped. Art. „amirauté“ an. Allein nach Ferrier. Diction. d. D. art. amirauté hätte es dieſer allgemeinen Seegerichte, die dort auch meiſtens namentlich aufgeführt werden, weit mehrere gegeben.

(ordon. d. 1681 liv. I. tit. 2 art. 13) in erſter Inſtanz über alle Rechtsſtreitigkeiten, die an Orten vorfielen, die zu ihrem Bezirk gehörten, und wo ſich kein beſonderes Seegericht befand. Die Appellation von den Ausſprüchen der allgemeinen Seegerichte ging an dasjenige Parlament, zu deſſen Gerichtsbezirk das Seegericht gehörte. Die Seegerichte waren faſt eben ſo, wie die Amtmannſchaften zuſammengeſetzt. Das an der Marmortafel zu Paris *) beſtand i. J. 1787 aus zwei General-Stellvertretern, Einem für Civil- und Einem für Criminalſachen, einem beſondern Stellvertreter, vier Räthen, Einem Staatsprocurator und Einem Subſtitut, einem Gerichtsſecretair, den nöthigen Huiſſiers, einem Dollmetſcher (interprète), mehrern Beſehern (visiteurs) u. ſ. f. Die Befugniſſe der Seegerichte waren theils richterlicher, theils polizeilicher Natur. In erſterer Hinſicht ſtand ihnen (ordon. d. 1681 liv. I. tit. 2 art. 1) die Entſcheidung aller Civil- und Criminal-Proceſſe, die ſich auf Geſchäfte des Seeweſens und der Seehandlung bezogen **), und zwar ohne alle Berückſichtigung des Ranges und der Privilegien der dabei betheiligten Perſonen zu. Dieſelben alle oder auch nur die vorzüglichſten im Einzelnen aufzuzählen, wäre hier zu weitläufig, und verweiſen wir deshalb auf B. I, Tit. 2 der ordon. d. 1681. Ganz insbeſondere indeſſen gehörte zu ihrer Competenz die Entſcheidung aller Streitigkeiten über Priſen *), über die Vertheilung und den Erſatz des Schadens bei Schiffbrüchen, bei dem über Bord werfen von Waaren, über die durch das Anſtoßen der Schiffe gegeneinander und gegen die Werfte und Ufer verurſachten Beſchädigungen, über die dem Admiral zukommenden Gebühren, eben ſo über Seeräuberei, Deſertion der Schiffsmannſchaft (auf Kauffartheiſchiffen) und alle auf dem Meer, auf den Küſten und in den Häfen begangenen Verbrechen. Ueber die letztern urtheilten die beſondern Seegerichte in erſter Inſtanz. Ging das Erkenntniß derſelben auf eine peinliche Strafe (peine afflictive), ſo ſollten (ordon. d. 1681 liv. I. tit. II. art. 13) in Beziehung auf die Appellation die Vorſchriften der ordon. d. 1670 befolgt werden, d. h. dieſe Appellation ward mit Uebergehung der allgemeinen Seegerichte (omisso medio) ſogleich vor die Parlamente gebracht. Die Staatsprocuratoren bei den Admiralitäten waren (liv. I. tit. III. art. 5) verpflichtet, die zu deren Competenz gehörigen Verbrechen zuverfolgen und dem General-Procurator (des Parlaments) Anzeige davon zu machen. —

---

*) Dieſes Seegericht an der Marmortafel zu Paris iſt uralt. Schon in der Verordnung Carls des ſechſten wird daſſelbe als eine bekannte Behörde erwähnt. „art. 14 s'il advenoit matière de grand prix en aucuns lieux où les lieutenants particuliers de nostredit admiral veissent qu'ils ne puissent pas bien estre obeys ou recouvrer du conseil pour faire leur jugement, pourront renvoyer icelles matières, s'ils voyent que bon soit, avec les parties adjournées devant nostredit admiral où son lieutenant, à son Siège à la table de marbre de nostre Palais Royal à Paris.“

**) Die ordon. d. 1673 (le code marchand) hatte tit. 22 art. 7 die Entſcheidung über alle Contracte, die ſich auf den Seehandel bezogen, den Handelsgerichten (jurisdictions consulaires) übertragen. Dieſes ward durch die ordon. d. 1681 abgeändert.

Das gerichtliche Verfahren vor den Seegerichten iſt liv. I. tit. XI—XIV. geordnet. Es war dem vor den gewöhnlichen Gerichten faſt ganz gleich, doch war es, ſo wie das bei den Conſular-Gerichten, ſchneller und mehr ſummariſch. Von den letztern unterſchied es ſich vorzüglich dadurch, daß bei den Seegerichten in den geeigneten Sachen der Staatsprocurator gehört werden mußte **), auch Advocaten und Anwälte dabei auftreten durften (Ordon. tit. XI. art. 3) ***); wovon das erſtere nur bei äußerſt wenigen Conſular-Gerichten Statt fand. Nach (liv. I. tit. XI. art. 1) konnte man den Capitain und die Seeleute während der Reiſe *) am Bord des Schiffes vorladen laſſen, und eine ſolche Vorladung galt eben ſo, als ob ſie in der Wohnung des Vorgeladenen geſchehn wäre **). In allen proviſoriſchen Sachen, namentlich in ſolchen, welche entweder Auswärtige, oder das Takelwerk (agrès), den Mundvorrath, die Mannſchaft und Ausbeſſerung (radoubs) eines Schiffes, das bereit war unter Segel zu gehn, betrafen, konnte (ibid. art. 2) die Vorladung ohne Auftrag des Richters von Tag zu Tag, und von einer Stunde zur andern geſchehn, und im Nicht-Erſcheinungsfall des Vorgeladenen die Sache auf der Stelle entſchieden werden (et pourra être le défaut jugé sur le champ) ***). Alle Urtheile über den Ankauf und Verkauf- ſo wie die Miethe von Schiffen, Anwerbungen und Löhnung von Matroſen, Verſicherungen (assurances), Bodmerei †) und ſonſtige auf den Seehandel oder die Fiſcherei zur See bezügliche Verträge wurden (tit. XIII. art. 5) durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt. Ueberdem konnten (art. 6) bei allen Seeverträgen (contrats maritimes) die Partheien ſich unter perſönlicher Verhaftung verbindlich machen. Die Notarien durften dieſe Clauſel in die Verträge ſetzen *), und die Huiſſiers die Verhaftung auch ohne ein vorhergehendes Urtheil vollſtrecken. Gegen den Kapitain und die Matroſen, wenn ſie ſich an Bord befanden, um unter Segel zu gehn, fand indeſſen (Ordon. d. 1681 liv. II. tit. I. art. 14) perſönliche Verhaftung nur wegen ſolcher Schulden Statt, die ſie zum Zweck der Reiſe gemacht hatten. Das Handelsgeſetzbuch verordnet (Art. 231) daſſelbe, und dehnt es noch auf den Fall aus, wenn der Kapitain und die Matroſen ſich in den Schaluppen befinden, um ſich an Bord zu begeben. Auch muß man ſie (id. art.) gegen Sicherheit auf jeden Fall frei laſſen. Alle Civil-Urtheile der Seegerichte. welche ſich auf die Erlaubniß-Scheine in See zu gehn, oder die Gebühren des Admirals bezogen, oder wogegen die Appellation innerhalb 6 Wochen nicht angetreten (relevée) war, waren vorläufig und der Appellation ungeachtet (nach geleiſteter Sicherheit) vollſtreckbar (liv. I. tit. XIII. art. 2, 4). Auch die bei einem Schiffbruch oder ſonſt geraubten Sachen wurden auf ein Erkenntniß des Seegerichts, jedoch ebenfalls unter Leiſtung von Sicherheit (Art. 3), vorläufig wiedergegeben. Ueberhaupt waren die Urtheile der Seegerichte, da ſie ſich meiſtens auf ſummariſche- oder Polizeiſachen bezogen, ſchon nach der ordon. d. 1667, worauf die ordon. d. l. m. liv. I. tit. XIV. art. 7 ausdrücklich verweiſt, faſt alle proviſoriſch vollſtreckbar. In allen Sachen, welche nicht über fünfzig Livres betrugen, urtheilten die beſondern- und in ſolchen, deren Werth nicht über hundert fünfzig Livres ſtieg, urtheilten die allgemeinen Seegerichte (Liv. I. tit. XIII. art. 1) in letzter Inſtanz. — Letztere konnten (Ordon. d. 1681 liv. I. tit. IV. art. 11), wenn von einem Zwiſchenſpruch an ſie appellirt war, die ganze Sache, wenn der Werth des Gegenſtands mehr als 3000 Livres betrug, an ſich ziehn (évoquer). Alle Forderungen, die ſich auf Seeverträge grün-

---

*) Das Erkenntniß über die Priſen erhielten ſpäterhin andere Richter. M. ſ. weiter unten.

**) Ordon. d. 1681 liv. I. tit. III. art. 6 „[Nos Procureurs] prendront conclusions en toutes affaires où nous, l'amiral, le public, les mineurs ou absens auront intérêt; et seront, en cas de besoin, appelés comme gradués au jugement des autres affaires; préférablement aux advocats et praticiens des lieux.“

***) In Paris fungirten die Advocaten und Procuratoren des Parlaments auch bei dem Seegericht (Amirauté de France).

---

*) „pendant le voyage“. Der Commentator (Becane p. 196) bemerkt, daß dieſes nicht buchſtäblich zu nehmen ſey, ſondern daß Jemand auch vor der Abreiſe des Schiffs auf dieſe Weiſe vorgeladen werden könne, doch nur, wenn der Gegenſtand der Klage ſich auf die Reiſe bezieht, und in proviſoriſchen Sachen. Es ſey nämlich durchaus kein Grund gedenkbar, warum Jemand wegen anderer Gegenſtände vor einen andern Richter als den ſeines Wohnorts geladen werden könnte.

**) Cod. d. proced. civ. art. 419 iſt dieſes auf Alle [doch natürlich nur ſolche, die ſich auf dem Schiffe befinden oder bereit ſind, zur See zu gehn] ausgedehnt.

***) Cod. d. procéd. civ. art. 418.

†) „grosses aventures“ (auch contracts à la grosse [aventure), foenus nauticum, pecunia trajectitia). — Dieſes iſt ein Vertrag, wodurch Jemand auf ein Schiff oder auch auf die Ladung deſſelben Geld unter der Bedingung leiht, daß er nur, wenn das Schiff glücklich ankommt, ſein Kapital nebſt einem beſtimmten Gewinne erhält, daß er aber, wenn Schiff und Ladung entweder gar nicht, oder beſchädigt ankommen, entweder gar Nichts bekommt, oder ſich wegen Kapital und Zinſen nur an denſelben erholen kann. (Pardessus N⁰ 887; C. d. c. art. 325, 327, 326, 331).

---

*) Dieſes war durch Tit. XXXIV. Art. 6 der Ordon. v. J. 1667 in gewöhnlichen Civil-Contracten verboten (m. vergl. cod. civ. art. 2063; Th. I. S. 425, 426.). —

deten, Anſprüche auf Löhnung, Schaden-Erſatz u. dgl.*) verjährten in kurzer Zeit, doch fand dieſe Verjährung nicht Statt, wenn ein Schuldſchein, Rechnungs-Abſchluß u. dgl. vorhanden, oder eine gerichtliche Aufforderung geſchehn war (liv. I. tit. XII. art. 10). Den Seegerichten kam das Recht der Vollſtreckung ihrer Urtheile zu. Ganz insbeſondere geſchah die Beſchlagnahme und der gerichtliche Verkauf der Schiffe nicht allein auf ihren Befehl, ſondern unter ihrer unmittelbaren Mitwirkung und Leitung, und ſie erkannten über die Gültigkeit des Verkaufs; wodurch ſie ſich von den frühern und jetzigen Handelsgerichten, welche letztere übrigens jetzt in gerichtlicher Hinſicht an die Stelle der Seegerichte getreten ſind, weſentlich unterſcheiden**). — Das Schiff, deſſen Beſtimmung iſt, von Pol zu Pol die größten auf der Erde möglichen Räume zu durchlaufen; zu deſſen erſten Vorzügen Schnelligkeit und Leichtigkeit der Bewegung gehören; welches aber einer großen Menge von Menſchen

---

*) Die Entſchädigungsklage wegen Schadens, den ein Schiff durch das Anſtoßen eines andern (abordage) erlitten, war nicht mehr zuläſſig, wenn der Schiffer den Erſatz nicht in den erſten vier und zwanzig Stunden, nachdem der Schaden geſchehn, oder nachdem er im Hafen angekommen war, gerichtlich gefordert hatte (ibid. art. 8). M. ſ. noch den Commentar von Becane und vergl. cod. d. commerc. liv. II. tit. 13, 14. Dagegen konnte der Capitain eines Schiffs das Eigenthum deſſelben durch keine, wenn auch noch ſo lange Verjährung erwerben.

**) Es waren wirklich in dieſer Hinſicht zur Zeit der kaiſerl. Regierung Zweifel entſtanden, indem die Handelsgerichte behaupteten, daß ihnen eben ſo wie den ehmaligen Seegerichten das Erkenntniß über den Verkauf der in Beſchlag genommenen Schiffe zukomme. Der Kaiſer forderte darüber ein Gutachten des Staatsraths (genehm. d. 17. Mai 1809. Desen. tom. IV. p. 452), welches gegen die Handelsgerichte entſchied. Es heißt darin „Considérant qu'aux termes de l'artic. 442 du cod. d. procéd. civ. les tribunaux de commerce ne peuvent connoître de l'exécution de leurs jugemens, que la vente des navires saisis ne peut être fait sans le ministère d'avoués, puisque l'art. 204 du cod. d. commerc. porte expressément que le nom de l'avoué du poursuivant doit être désigné dans les criées, publications et affiches;

eine bequeme, Mehrern ſogar eine prunkvolle Wohnung gewährt; welches Angriffen widerſtehn muß, denen die Feſtigkeit der ſtärkſten Gebäude oft unterliegt, ward nach den Gewohnheiten einiger Provinzen von Frankreich zu dem unbeweglichen Eigenthum gezählt. Ludwig der 14te hob dieſe, insbeſondre in der Provence beſtehende Gewohnheit, durch ſein Edict v. October d. J. 1666 auf, und legte allen Schiffen ohne Ausnahme gänzlich den Character der beweglichen Güter bei *). Allein der große Werth, den die Schiffe meiſtens haben, bewog ihn ſpä-

---

que le ministère des avoués est interdit dans les tribunaux de commerce par l'art. 414 du cod. d. proc. et par l'art. 627 du c. d. c.; qu'enfin il ne peut être établi aucune assimilation entre les tribunaux de commerce actuels et les amirautés; qu'il existoit auprès des amirautés un officier du ministère public; que le ministère des procureurs, loin d'y être interdit, y étoit necessaire, et qu'elles connoissoient de l'exécution de leurs jugemens; que si, dans cet etat, les amirautés ont dû connoître des ventes des navires saisis, la raison contraire en exclut les tribunaux de commerce, [le conseil d'état] est d'avis que la connoissance des venves des navires saisis appartient aux tribunaux ordinaires etc."

**) Das Edict findet ſich im Cod. Neron. (édit. 1720) tom. II. p. 80. Es heißt darin „. . . . d'autant qu'il importe pour la liberté de la navigation, que les vaisseaux puissent être negociez, achetez et vendus promptement en toutes suretez et sans être les acquereurs assujettis aux longueurs et formalitez de justice, et que l'un des plus grands obstacles qui se rencontre à la facilité de ce commerce, procède d'un usage qui s'est abusivement glissé, particulièrement dans le sports et Havres de Provence, de considerer par fictions dans les contrats les navires et toutes sortes de vaisseaux au dessus d'un certain prix comme immeubles, et en cette qualité *susceptibles d'hypothèques* nous avons estimé qu'il étoit nécessaire de pourvoir au rétranchement de cet abus . . . . A ces causes . . . . Nous avons déclaré . . . voulons et nous plâit qu'à l'avenir tous les navires, frégates, batteaux et autres vaisseaux de quelque grandeur, nature et qualité qu'ils puissent être, ter dieſe Beſtimmung bedeutend zu beſchränken. Die Marine-Ordnung v. J. 1681 erklärt zwar (liv. II. tit. X. art. 1) alle Schiffe (tous navires et autres batimens de mer) für bewegliches Eigenthum und deshalb geſichert gegen den Retract (retrait lignager) und frei von allen grundherrlichen Rechten. Doch ſetzt Art. 2 hinzu „Seront néanmoins tous vaisseaux affectés aux dettes du vendeur, jusqu à ce qu'ils aient fait un voyage en mer sous le nom et aux risques du nouvel acquereur, si ce n'est qu'ils aient été vendus par decret.“ (Die Schulden des Verkäufers haften auf dem Schiff, bis daß u. ſ. f.). Die Commentar (M. ſ. Becane p. 314, 315.) bemerkt, man habe abſichtlich den Ausdruck „affectés“ und nicht „hypothéqués“ gewählt, um beſtimmt anzudeuten, daß auf Schiffe keine Hypothek genommen werden könne. Dieſe Beſtimmung iſt auch in das neue Handelsgeſetzbuch (art. 190, 193, 197.) eingegangen. Die Marine-Ordnung v. J. 1681, welche, eben ſo wie das neue Handelsgeſetzbuch, alle Anſprüche der Gläubiger des Verkäufers auf das Schiff als erloſchen erloſchen erklärt *), ſobald es unter dem Namen und auf die Gefahr des Ankäufers eine Reiſe gemacht hat, enthält keine Beſtimmung darüber, was hier unter einer Reiſe zu verſtehn ſey. Das Handels-Geſetzbuch hat (C. d. c. art. 194) dieſes ergänzt. Bei den Formalitäten, die jeder Schiffer, ehe er

---

soient censéz et réputèz meubles, sans qu'ils puissent être pris ni considérez comme immeubles, dans les ventes, achats, traitez et compositions qui en pourront être faits à quelque prix et somme qu'ils puissent monter, ni être chargez ni rendus susceptibles d'aucunes hypothèques, saisis, vendus ou ajugez, ni les deniers qui en proviendront distribuez d'autre façon ni manière que ceux qui proviennent de la vente des autres meubles etc.“

*) Dieſes gilt indeſſen nur von den eigentlichen Gläubigern des Verkäufers. Hätte das Schiff, wie häufig der Fall iſt, mehrere Eigenthümer, und einer derſelben hätte ohne Einwilligung der andern das ganze Schiff verkauft, ſo wären durch eine ſolche Reiſe die Rechte der Mit-Eigenthümer nicht erloſchen (Becane p. 316).

einen Hafen verläßt (wovon ſogleich), erfüllen muß, kann eine Reiſe (ſo wie Art. 194 ſie verſteht), den Gläubigern nicht leicht unbekannt bleiben; ſo daß ſie ihre Rechte wahrnehmen konnten. Ehe das Schiff eine ſolche Reiſe gemacht hat, können die Gläubiger, wenn es nicht gerichtlich verkauft worden, ſich an dem Preis halten, oder auch die Zurückgabe des Schiffes fordern. Obſchon nun aber alle Schulden des Verkäufers, von welcher Art ſie ſeyn mögen, auf dem Schiff haften, ſo iſt dieſes doch nicht für alle in gleichem Grade der Fall. Das Geſetz ſieht nämlich einige Gläubiger oder vielmehr Forderungen als bevorrechtete (privilegirte) an, und hat ſelbſt unter dieſen mehrere Rangordnungen feſtgeſtellt; ſo daß die eines höhern Ranges alle befriedigt ſeyn müſſen, ehe zur Deckung der nachfolgenden geſchritten wird. In Hinſicht der einzelnen Beſtimmungen darüber kommen beide Geſetzgebungen (die Marine-Ordnung v. J. 1681 und das Handelsgeſetzbuch) nahe überein *), obſchon auf den erſten Anblick eine große Verſchiedenheit zwiſchen beiden Statt zu finden ſcheint. Die in dem letztern (Art. 191) unter N° 1—5 angegebenen werden in der Verordnung v. 1681 unter den privile-

---

*) Cod. d. comm. art. 181, 192; Ordon. d. 1681 liv. I. tit. XIV. art. 16, 17. — Wir ſetzen die Beſtimmung der letztern, die wohl nur in wenigen Händen iſt, hierhin.

art. 16 „Les loyers des matelots employés au dernier voyage seront payés par préférence à tous autres créanciers; aprés eux les opposans pour deniers prêtés pour les nécessités du navire pendant le voyage; ensuite ceux qui auront prêté pour radoub, victuailles et équipement avant le départ; en quatrième lieu les marchands chargeurs, le tout par concurrence entre les créanciers étant en même degré de privilége. Et quant aux créanciers chirographaires et autres non privilégiés, ils seront payés suivant les lois et contumes des lieux ou l'adjudication aura été faite.“

art. 17 „Si le navire vendu n'a point encore fait de voyage, le vendeur, les charpentiers, calfateurs et autres ouvriers employés à la construction, ensemble les créanciers pour les bois et cordages, et autres choses fournies pour le bâtiment, seront payés par préférence à tous créanciers, et par concurrencee entre eux“.

girten Forderungen gar nicht aufgeführt. Es ſind außer den Gerichtskoſten und denjenigen, welche durch den Verkauf des Schiffs und die Vertheilung des Preiſes veranlaßt werden, welche allen vorgehn, die Ausgaben, welche, um das Schiff nach Vollendung ſeiner Reiſe in den Hafen zu bringen *) oder zu ſeiner Aufbewahrung und Erhaltung oder auch einzelner Theile deſſelben, der Taue, Segel u. dgl. nach derſelben Zeit erforderlich geweſen ſind. Allein, daß dieſe Forderungen allen übrigen vorgehn, iſt der natürlichen Billigkeit ſo gemäß, daß man auch nach dem ältern Gerichtsgebrauch (Becane p. 241) ihnen ohne Anſtand den erſten Rang anwies. Von dieſen Koſten nun abgeſehn, ſetzen beide Geſetzgebungen den Sold des Kapitains und des Schiffsvolks in die erſte Stelle. Nun folgen die Summen, welche dem Schiffer während der letzten Reiſe für die Bedürfniſſe des Schiffs vorgeſtreckt **) worden ſind, und, nach dem cod. d. c. art. 191, zugleich die Rückerſtattung des Preiſes desjenigen Theils der Ladung, der zu dem nämlichen Zweck verkauft worden ***). In Hinſicht dieſer Schulden

---

*) c. d. c. art. 191 „les droits de pilotage, *tonnage*, cale, amarrage et bassin ou avant — bassin.“ Alle Ausgaben des cod. d. com., die ich habe vergleichen können, haben „tonnage“. Das Nämliche findet ſich auch in dem Text, den der Moniteur (supplem. au Monit. d. 5. Oct. 1807) gibt. Tonnage (Tonnengeld) bedeutet eigentlich nicht das droit de tonnes, wovon oben S. 544 ** geſprochen worden, ſondern eine Abgabe, welche nach der Belaſtungsfähigkeit (der Tonnenzahl) des Schiffs bezahlt wird. (M. ſ. d. Geſetz. v. 27. Vendem. J. 2, und v. 7. Flor. J. 10). Aus der Stelle [nämlich zwiſchen pilotage und cale], wo (art. 191) das Wort tonnage ſteht, kam ich auf die Vermuthung, ob es vielleicht „touage“, welches letztere das Fortſchleppen des Schiffs durch Taue bedeutet, heißen ſollte. Wirklich findet ſich in: l'esprit d. cod. d. com. par Locré tom. III. p. 6. (der Ausgabe von 1811) „touage“ ſtatt „tonnage.“

**) Ordon. d. 1681 liv. I. tit. XIV. art. 16.

***) Im Nothfall iſt der Capitain zu dieſer Geld-Aufnahme und zu dieſem Verkauf berechtigt (Ordon. d. 1681. liv. II. tit. I. art. 19., cod. d. com. art. 234.). Schon die jugemens d'Oleron erlaubten ihm art. I. „mettre aucun iſt es merkwürdig, daß, wenn es mehrere derſelben Art von verſchiedenen Daten gibt; die von dem jüngſten Datum allezeit denjenigen von einem frühern vorgezogen wird (cod. d. com. art. 323). Man ſetzt nämlich voraus, daß ohne die zuletzt geliehene Summe das Schiff ſeine Reiſe nicht hätte fortſetzen können, wodurch die frühern Gläubiger doch ihre Sicherheit größtentheils verloren hätten (Pardessus Cours d. Dr. com. N° 954 und 919).

Dieſen Anſichten gemäß iſt die angeführte Regel (von dem Vorzugsrecht der genannten Schulden) in die Seerechte ſehr vieler Nationen eingegangen*) Die Marine-Ordnung v. J. 1681 ſpricht indeſſen gar nicht davon. Sie verordnet vielmehr gerade das Gegentheil, indem ſie (Liv. I. tit. XIV. art. 16.) in Beziehung auf die privilegirten Gläubiger ſagt: ‚Le tout par concurrence entre les créanciérs etant en même degré de privilége.“ Nach dieſem Beiſpiel ohne Zweifel richtete ſich das Handelsgeſetzbuch Napoleons, indem es am Schluſſe von Art. 191. ganz allgemein ſagt, daß bei Unzulänglichkeit des Verkaufspreiſes des Schiffes alle Gläubiger von dem nämlichen geſetzlichen Rang nach verhältnißmäßig gleichen Theilen (au marc le franc, d. h. nach Verhältniß ihrer Forderungen) befridigt werden ſollen. Allein Art. 323 hat dieſe Regel wieder beſchränkt und, hinſichtlich aller während der Reiſe auf Bodmerei (à la grosse) geliehenen Summen, den Forderungen von dem jüngſten Datum den Vorzug gegehen. An der angeführten Stelle (art. 323.) iſt zwar ausdrücklich nur von dem Darleihen auf Bodmerei und gar nicht von dem Preiſe des zur Fortſetzung der Reiſe verkauften Theils der Ladung die Rede. Doch

---

des apparaux en gage s'il a metier d'argent pour les depens de la nef.“ — Die beiden angeführten Artikel (der ord. d. 1681 und des c. d. c.) ſchreiben auch die zur Beurkundung des Nothſtandes des Schiffs erforderlichen Formalitäten vor. Unter Nothſtand verſteht man denjenigen, in welchem das Schiff aus was immer für einer Urſache ſeine Reiſe nicht fortſetzen kann; denn der Capitain iſt verpflichtet, die Reiſe zu vollenden (C. d. c. art. 238).

*) M. ſ. das Kaufmanns-Lexikon von Ludovcii Art. Bodmerei.

hat der Gerichtsgebrauch daſſelbe auch auf die letztere ausgedehnt (Pardessus N° 954.); ſo wie denn auch art. 191. N° 7. ſie in eine Klaſſe ſetzt und überhaupt für Beide der nämliche Grund ſpricht. Uebrigens hat bei der heutigen Verbreitung des Handels, wo ſich faſt in jedem Hafen Handelsfreunde der Schiffseigenthümer finden, der Capitain nur ſelten nöthig auf Bodmerei zu borgen, welche mit großen Koſten und Verluſten verbunden iſt. Sehr oft zieht er, wenn er Geld bedarf, einen Wechſel auf die Schiffseigenthümer und ſtellt ihn an die Ordre des Darleihers. Gewöhnlich nimmt man an, daß die Schiffseigenthümer dieſen Wechſel, wenn in demſelben bemerkt iſt, daß er um das Schiff zur Fortſetzung der Reiſe fähig zu machen, gezogen worden, zu acceptiren und zu bezahlen verpflichtet ſind, ſelbſt wenn das Schiff verloren geht (Becane p. 269.)*)

Die Geſetze haben die Rechte der Gläubiger auf das Schiff noch auf mancherlei Art geſichert. Der Verkauf eines Schiffes, während es auf der Reiſe iſt, thut (ord. d. l. m. liv. II. tit. X. art. 3, C. d. c. art. 195) den Rechten derſelben keinen Eintrag. Der freiwillige Verkauf eines Schiffes kann nur ſchrift-

---

*) Indeſſen waren ſchon zur Zeit der alten Geſetzgebung über dieſe Verpflichtung der Schiffseigenthümer ſo wie auch über die Berechtigung des Capitains ſolche Wechſel zu ziehen, die Rechtsgelehrten (und beſonders zwei der erſten im Fache der Seegeſetzgebung, Valin und Emerigon) getheilter Meinung. Der letztere behauptete, der Capitain könne keine weitere Verpflichtung übernehmen, die nicht auf dem Schiffe hafte (qui ne soit inhérente au navire). Wirklich ſpricht die Marine-Ordnung nirgends von jenen Wechſeln, ſondern ſie gibt (liv. II. tit. 1. art. 19.) dem Capitain nur das Recht für die Bedürfniſſe des Schiffes einen Theil der Ladung zu verkaufen und auf den Rumpf oder Boden und Kiel des Schiffes (sur le corps et la quille) das nöthige Geld aufzunehmen. Der Ausdruck „a la grosse" iſt zwar nicht hinzugefügt; allein es läßt ſich doch hier wohl nichts anders als ein ſolcher Bodmerei-Vertrag verſtehen. Auf die Auslaſſung dieſes Wortes (à la grosse) ſtützte ſich indeſſen Valin und behauptete, hier ſeyen auch andere Arten von Darleihen gemeint, an deren Stelle ebenfalls ein Wechſel gezogen werden könne. Für die Eigenthümer des Schiffes machte das Eine oder Andere

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lich, jedoch ſowohl unter Privat-Unterſchrift *) als durch einen notariellen Act geſchehen (C. d. c. art. 195.). — Nur der Eigenthümer kann es gültig verkaufen. Der Ankäufer muß ſich daher von dem Eigenthums-Recht des Verkäufers überzeugen; welches auch, da ſowohl der Bau als der Verkauf und jeder Wechſel des Eigenthums eines Schiffs eine Eintragung in die amtlichen Regiſter erfordert, leicht iſt (Pardessus N° 605. §. 1; N° 607, 617, 618.) **) Der Capitain eines Schiffes

---

einen großen Unterſchied, indem ſie bei einem Bodemrei-Vertrag, wenn das Schiff verloren ging, nichts zurück erſtatteten, wogegen ſie, nach der Meinung von Valin, die Wechſel acceptiren und ſie nach der Acceptation auf jeden Fall bezahlen mußten. Becane tadelt mit Recht, daß das Handelsgeſetzbuch dieſe Frage nicht beſtimmt entſchieden habe. Es ſpricht von dieſen Wechſeln gar nicht, und hat überhaupt (art. 234.) ganz dieſelben Worte „emprunter sur le corps et quille du vaisseau.“ Dennoch halten die Meiſten (M. ſ. jedoch Pardessus N° 910.) dafür, der cod. d. com. habe die Meinung von Valin beſtätigt. Derſelbe erlaubt nämlich (art. 234.) dem Capitain im Nothfall auch einen Theil der Ladung zu verkaufen. Nach (art. 298.) muß aber der daraus gelöſte Preis, ſelbſt wenn das Schiff zu Grunde geht, von dem Capitain in Rechnung gebracht werden. Da es alſo jetzt für die Eigenthümer ganz gleichgültig iſt, ob der Capitain ſich das nöthige Geld durch Verkauf der Ladung oder durch Ziehen von Wechſeln verſchafft, ſo ſieht man letzteres für erlaubt und für die Eigenthümer des Schiffes verbindlich an. Die alte Geſetzgebung enthält keine Entſcheidung, ob das aus dem Verkaufe der Ladung gelöſte Geld im Fall des Untergangs des Schiffes in Rechnung gebracht werden müſſe oder nicht; in welchem Falle Valin und Emerigon wieder verſchiedner Meinung waren.

*) Ob nach der alten Geſetzgebung ein ſolcher Act unter Privat-Unterſchrift zum Verkauf des Schiffes hinreichend war, iſt zweifelhaft. M. ſ. Ordon. Liv. II. tit. 10. art. 3.

**) Auch ein Fremder kann ein franzöſiſches Schiff ganz oder zum Theil beſitzen oder kaufen. Damit indeſſen das Schiff alle Rechte der Nationalität genieße, müſſen nach den alten und neuen Geſetzen alle Eigenthümer deſſelben National-Franzoſen, und das Schiff muß in Frankreich gebaut ſeyn. Selbſt ein im Ausland wohnender Franzoſe hat, kann daſſelbe ohne eine beſondere Vollmacht des Eigenthümers nach der ord. d. 1681 (liv. II. tit. 1. art. 19.) gar nicht- und nach dem Handelsgeſetzbuch (art. 237.) nur im Fall die Untauglichkeit deſſelben zur fernern Fahrt geſetzlich beurkundet iſt, verkaufen. Ganz beſondere Rechte gelten noch, wenn das Schiff mehrere Eigenthümer hat. Dieſer Fall iſt häufig. Das Eigenthum eines Schiffes iſt gewöhnlich in 24 Theile getheilt, welche „quirats oder portions“ und deren Eigenthümer „quirataires oder portionaires“ heißen (Pardessus N°. 606.). Ueber alle gemeinſchaftlichen Angelegenheiten (ob das Schiff dieſe oder jene Reiſe machen ſoll u. dgl.) wird nach Stimmen-Mehrheit (C. d. c. art. 200., Ordon. liv. II. tit. VIII. art. 5.) entſchieden. Die Stimmen werden indeſſen nach der Zahl der Theile oder quirats gezählt; ſo daß der Beſitzer von dreizehen quirats völlig über das Schiff verfügen kann, die Uebertragung des Eigenthums jedoch abgerechnet. Zum Verkauf des Schiffs an eine beſtimmte Perſon und für einen beſtimmten Preis wird die Uebereinſtimmung aller Miteigenthümer erfordert. Selbſt der öffentliche Verkauf kann (C. d. c. art. 220.) nur auf das Verlangen von wenigſtens der Hälfte der Stimmberechtigten von dem Gericht erlaubt werden *). Dieſe Uebereinſtimmung der Miteigenthümer iſt indeſſen nur bei einem freiwilligen Verkauf erforderlich. Ein Schiff kann nämlich vermöge eines executoriſchen Titels entweder ganz

---

wenn er Eigenthümer eines Schiffes iſt, in dieſer Hinſicht ſchon Schwierigkeiten (Pardessus N° 600.). Noch bemerke man, daß ein dem Feinde abgenommenes und für gute Priſe erkanntes Schiff auch als in Frankreich erbaut angeſehen wird. (Decr. d. 21. 7bre 1793. art. 2.)

*) Pardessus Cours. d. Dr. com. N°. 623. Wer alſo weniger als 12 quirats hat, muß wider Willen in der Gemeinſchaft bleiben, wider die Cod. civ. art. 1681 aufgeſtellte Regel. Doch kann er ſeinen Antheil verkaufen.— Die Ordon. d. 1681. beſtimmt Liv. II. tit. VIII. art. 6: „Aucun ne pourra contraindre son associé de procéder à la licitation d'un navire commun, si ce n'est que les avis soient ègalement partagès sur l'entreprise de quelque voyage.“

oder für den dem Schuldner zugehörigen Theil mit Beſchlag belegt, und alsdann gerichtlich verkauft werden. Zum Nutzen der Schiffarth verordnete indeſſen die Marine-Ordnung (liv. I. tit. XIV. art. 18.), daß, wenn ein Theil eines ſegelfertigen Schiffes mit Beſchlag belegt würde, die daran Betheiligten (les intéressés au navire) es abgehn laſſen dürften, wenn ſie bis zum Betrag des in Beſchlag genommenen Theils Sicherheit ſtellten. Das Handelsgeſetzbuch hat dieſes noch etwas weiter ausgedehnt. Nach Art. 215 kann ein ſegelfertiges Schiff nur wegen Schulden, die zum Zweck der Reiſe gemacht ſind, mit Beſchlag belegt werden, und ſelbſt dann nicht, wenn Sicherheit geſtellt wird. Derſelbe Art. erklärt noch ein Schiff für ſegelfertig (prêt à faire voile), wenn der Capitain mit den zur Reiſe nöthigen Papieren verſehn iſt. — Bei der Beſchlagnahme und dem gerichtlichen Verkauf der Schiffe ſind nach beiden Geſetzgebungen (Ordon. d. 1681 liv. I. tit. XIV., Cod. d. com. liv. II. tit II.) faſt dieſelben Formalitäten erforderlich, wie bei dem Verkauf der unbeweglichen Güter; doch ſind die Friſten kürzer. Beide Geſetzgebungen machen auch noch einen Unterſchied nach der Größe oder Belaſtungsfähigkeit der Schiffe. Für ſolche, die nur 10 Tonnen*) oder weniger halten, ſind die Formalitäten oder vielmehr die Friſten merklich abgekürzt.**)

---

*) Unter Tonne verſteht man faſt in allen Ländern ein Gewicht von 2000 Pfund. Dieſer Gebrauch ſoll von der berühmten Handelsſtadt Bourdeaux ausgegangen ſeyn, deren vorzüglichſter Handels-Artikel Wein war. Man rechnete dort vier Fäſſer (barriques) für eine Tonne (tonneau), und man hatte das Gewicht einer barrique Wein durch Verſuche gleich 500 Pfund gefunden. Nach der Ordon. d. 1681 (liv. II. tit. X. art. 5.) wird unter Tonne nicht ſowohl ein Gewicht als ein Kubikraum von 42 Kubikfuß verſtanden. Dieſes ſcheint von la Rochelle ausgegangen zu ſeyn, wo man durch Verſuche fand, daß 42 Kubikfuß Getreide ebenfalls 2000 Pfund wogen. Die letztere Beſtimmung der Tonne (nach Kubikfuß) beſteht noch jetzt in Frankreich (Pardessus tom. I. pag. 310.).

**) Die Marine-Ordnung v. J. 1681 enthält hierüber Liv. I. tit. XIV. art. 9: „L'adjudication des barques, chaloupes et autres bâtemens du port de dix tonneaax et au-

Wir wollen hier vorzüglich nur die Beſtimmungen der ordon, d. 1681 anführen und verweiſen wegen der neuern, die denſelben ſehr ähnlich ſind, auf das Handelsgeſetzbuch liv. II tit. II. Nach der Ordon. d. 1681 (liv. I. tit. XIV.) mußte der Beſchlagnahme ein Zahlungsbefehl (commandement) vorhergehen (C, d. c. art. 198.). Wenigſtens einen Tag ſpäter begab ſich der mit der Beſchlagnahme beauftragte Huiſſier (i. d. art.) auf das Schiff, machte ein Inventarium von allem darauf befindlichen (Takelwerk, Geräthe und Vorrath). Er nahm zugleich ein Protokoll über die Beſchlagnahme auf, welches den Namen des Kapitains, den des Schiffs, ſo wie die Belaſtungsfähigkeit des letztern und den Ort, wo es vor Anker lag, enthielt, und beſtellte einen zahlungsfähigen Wächter*) (Vergl. C.

---

dessous, sera faite à l'audience après trois publications seulement sur le quai à trois divers jours ouvrables consécutifs, pourvu qu'il y ait huit jours francs entre la saisie et la vente.“ Man vergleiche hiermit C. d. com. art. 207.

*) Dieſer Wächter erſetzte gewiſſer Maßen die Stelle des Commiſſairs, welcher (Th. I. S. 420.) bei der Beſchlagnahme eines unbeweglichen Eigenthums zur vorläufigen Verwaltung und Verpachtung deſſelben beſtimmt war. — Ich benutze dieſe Gelegenheit, um einen kleinen dort eingeſchlichenen Irrthum zu berichtigen. Nämlich der Commiſſär ward nicht, wie (S. 420) geſagt wird, von dem Gericht angeordnet, ſondern es waren dafür, wenigſtens in den letzten Zeiten, allenthalben eigene Beamte unter dem Titel „Comissaires aux saisiès réelles“ beſtellt. Der Huiſſier mußte in ſeinem Protokoll über die Beſchlagnahme ausdrücklich erwähnen, daß er dieſem Commiſſair die Verwaltung des in Beſchlag genommenen Gutes übergebe. Er brachte nun die Beſchlagnahme zu dieſem Commiſſair, welcher ſie in ſeine Regiſter eintrug. Auch auf dem Secretariat mußte ſie einregiſtrirt werden. Hierdurch erkannte man nämlich die Priorität derſelben vor einer andern. In frühern Zeiten, wo es noch keine Beamte unter dem Titel commissaires aux saisies réelles gab, beſtimmte der Huiſſier in dem Protokoll über die Beſchlagnahme irgend einen der vornehmſten Einwohner zum Commiſſair. M. ſ. Ferrier. art. Commissaire aux saisies réelles und saisie reelle.

d. c. art. 200.). Der Commentator (Becane p. 222.) bemerkt indeſſen, daß es mit dieſer Zahlungsfähigkeit ſo genau nicht genommen würde, und daß meiſtens irgend ein alter, vertrauter Matroſe, der ſich auf dem Schiff fände, als Wächter beſtellt würde. Das Handelsgeſetzbuch hat auch von dieſer Eigenſchaft des Wächters gänzlich Umgang genommen. Das Protocoll über die Beſchlagnahme ward nun (art. 3.) demjenigen, wogegen der Beſchlag angelegt worden, inſinuirt, und derſelbe zugleich innerhalb einer beſtimmten Friſt vor das Seegericht geladen, um bei dem Verkauf gegenwärtig zu ſeyn. Wohnte er an einem Ort, der zu dem Bezirk des Seegerichts gehörte, ſo mußte dieſe Mittheilung an ſeiner Wohnung geſchehen. Sonſt ward der Capitain an ſeiner Stelle vorgeladen. War endlich der Eigenthümer des Schiffs ein Fremder, ſo ward das Protocoll und die Vorladung dem Procurator des Seegerichts inſinuirt, welcher weiter den General-Procurator (des Parlaments) benachrichtigte. Nach dieſer Vorladung ward (art. 4.) zu den Ausrüfen *) und öffentlichen Verkündigungen geſchritten. Dieſe Ausrüfe geſchahen an drei nacheinander folgenden Sonntagen nach der Hochmeſſe derjenigen Pfarrei, wo das Schiff lag. Den Tag darauf wurden die Anſchlagzettel an dem großen Maſt des Schiffes, an dem Werft, an der Hauptthüre der Kirche, dem Sitzungsſaal des Seegerichts und, wo es ſonſt gebräuchlich war, angeſchlagen. In denſelben waren (art. 5.) ebenfalls der Name des Schiffs u. ſ. f. der Ort, wo es angebunden war oder vor Anker lag (où il étoit gisant ou flottant) ſo wie auch die Gerichts-Tage, wo die Aufgebote angenommen wurden, angegeben. Nach drei Ausrüfen ward (art. 7.) dem

---

*) Das Handelsgeſetzbuch hat bei dem Verkauf der Schiffe die Ausrüfe (criées) beibehalten (M. ſ. art- 202, 203 u. ſ. f.). Die Anſchlagezettel werden (art. 203.) erſt zwei Tage nach jedem Ausruf angeheftet. Dieſe Friſt ward ohne Zweifel bewilligt, weil dieſelben auch an dem großen Maſt des Schiffes angeheftet werden müſſen, und das Schiff weit vom Ufer liegen könnte. Die Ankündigungen und Ausrüfe müſſen (art. 204) unter andern auch den Namen des Anwalts enthalten, den derjenige, der die Beſchlagnahme betreibt, beſtellt hat. Man vergleiche die Note ** S. 550.

Meiſtbietenden das Schiff ohne weitere Formalitäten *) von dem Richter zugeſchlagen; doch konnte dieſer (art. 8.) noch zwei oder drei Aufſchübe (rémises) bewilligen. Durch einen ſolchen gerichtlichen Verkauf waren alle nicht zur rechten Zeit angemeldeten Anſprüche auf das Schiff erloſchen. Diejenigen, welche ein Miteigenthum an dem Schiff zu haben behaupteten, mußten (art. 13.) dieſen Einſpruch (opposition à fin de distraire), ehe das Schiff zugeſchlagen war, vorbringen, ſonſt verwandelte ſich ihr Anſpruch auf das Eigenthum des Schiffs in einen auf den Preis. Auch alle Anſprüche der letztern Art durften (art. 14.) nicht ſpäter als drei Tage nach dem Zuſchlag des Schiffs vorgebracht werden. Alle, welche Einſpruch einlegten, mußten (art. 15.) ihre Beweiſe innerhalb drei Tagen, nachdem ſie dazu aufgefordert waren, vorbringen, welche in einer gleichen Zeit beantwortet werden ſollten; welches indeſſen in der Ausübung meiſtens ein weitläufigeres Verfahren veranlaßte, das man (Becane p. 239.)

---

*) Zu den Formalitäten gehörte bei dem Verkauf von Immobilien außer dem, daß die Ausrüfe als geſetzmäßig geſchehen erkannt werden mußten, (Th. 1. S. 422.) auch noch, daß die Gebote nur durch die Anwälte geſchehen konnten. Schon das Edict Heinrich des Zweiten über die Ausrüfe (v. J. 1551) enthält in dieſer Hinſicht: „art. 10. „Et parce que souvent il y à plusieurs personnes suscitées par les proprietaires, qui pour empêcher l'adjudication par decret font faire enchere par gens supposez et inconnus par vertu de procurations passées à procureurs non connoissans les parties; nous avons ordonné et ordonnons, qu'aucun ne sera recû à enchere en personne, qu'il n'ait procureur au siege, qui ait de lui connoissance, et que ledit procureur ne soit present à ſaire icelle enchere.“ Man kann dieſes zu dem Th. 1. S. 423. angeführten noch hinzu fügen. Auch die neuere Geſetzgebung hat (Cod. d. proc. civ. art. 707, Cod. d. c. art. 204.) dieſes für den gerichtlichen Verkauf der Immobilien beibehalten (M. vergl. jedoch C. d. p. art. 710.). Der Zuſchlag bei der Verſteigerung von Immobilien ſowohl als Schiffe geſchieht (Cod. d. proced. civ. art. 707, 708; cod. d. com. art. 206) nach dem Erlöſchen von drei, nach einander angezündeten Lichtern, wovon jedes ungefähr eine Minute brennt. Das Nähere ſehe man im Geſetz ſelbſt.

umſtändlicher erklärt findet. Uebrigens wurden alle Einſprüche gegen die Beſchlagnahme und den Verkauf des Schiffs ſo ſchnell als möglich entſchieden, und wenn ſie verworfen wurden, das Verfahren ungeachtet der Appellation fortgeſetzt.*)

Derjenige, dem das Schiff zugeſchlagen worden war, mußte (art. 10.) den Preis innerhalb 24 Stunden bezahlen, oder ihn hinterlegen. Sonſt ward er (id. art.) durch perſönliche Verhaftung dazu gezwungen und das Schiff auf ſeine Koſten von neuem verkauft.

Den Seegerichten ſtand auch, wie ſchon erinnert worden (Liv. I. tit. II. art. 10.) die Criminal-Gerichtsbarkeit über Seeräubereien, Ausreiſſen der Schiffsmannſchaft, ſo wie über alle auf dem Meere, in den Häfen, auf den Rheden und am Strand begangenen Verbrechen zu. Sie beſichtigten (art 8.) alle im Meer oder auf dem Strand gefundenen Leichen und fertigten die Protocolle über den Befund derſelben aus. Wenn die Mannſchaft eines Schiffes auf dem Meer Verbrechen begieng, ſo ſollten (Liv. II. tit. I. art. 23.) der Capitain und die andern Vorgeſetzten eine vorläufige Unterſuchung gegen ſie anſtellen, und die Verdächtigen dem Seegericht des Hafens, wo das Schiff ein- oder auslud **), ausliefern. Die Seegerichte erkannten überdem

---

*) Man unterſchied die Einſprüche gegen die Beſchlagnahme und den gerichtlichen Verkauf in oppositions à fin d'annuller, oppositions à fin de distraire, opposit. à fin de charger, et opposit. à fin de conserver. Bei den erſten verlangte man, daß die Beſchlagnahme (wegen eines Mangels der Form oder Materie) für nichtig erklärt würde. Die Zweite ward von demjenigen angeſtellt, welcher ein Eigenthums-Recht an einem Theil des in Beſchlag genommenen zu haben glaubte, damit dieſer von dem Ganzen getrennt würde. Den dritten brachten diejenigen vor, welche irgend ein dingliches Recht, eine Dienſtbarkeit u. ſ. f. auf dem Gut hatten, damit es auch ferner damit belaſtet bliebe. Durch den Vierten endlich verlangten die Gläubiger des Eigenthümers des verkauften Gutes, daß ſie, ihren Forderungen gemäß, gehörig claſſificirt und aus den Kaufſchillingen befriedigt würden. Bei dem Verkauf der Schiffe konnte der dritte nicht eintreten.

**) Auf dem Hinweg dem letztern, auf dem Rückweg dem erſtern. Nie durfte der Capitain, wenn er während der Reiſe in einen Hafen auch einer befreundeten Macht einnoch über alle bei Schiffbrüchen begangenen Diebſtähle und ſonſtige Verbrechen. Der Ocean war, von den älteſten Zeiten her, der Schauplatz der entſetzlichſten Greuel. Zu den Zeiten Homers ſcheint Seeräuberei faſt nicht als ein Verbrechen angeſehn worden zu ſeyn. Der barbariſche Gebrauch, ſich der Perſonen und Güter der Schiffbrüchigen zu bemächtigen, die von der Gewalt der Elemente verſchont in die noch furchtbarere der Menſchen fallen, iſt ebenfalls uralt und unter dem Namen Strandrecht (jus naufragii) ſogar geſetzlich geworden. Unter den Römiſchen Kaiſern verboten ihn Hadrian und Antonin **). Allein dieſe Verordnungen ſcheinen nur geringe Wirkung hervorgebracht zu haben, und kamen, nach dem Sturz des weſtrömiſchen Reichs, in völlige Vergeſſenheit.

In dem Mittelalter, wo die Herrſchaft der Länder unter eine unendliche Menge kleiner Herrn getheilt war, übten dieſe das Strandrecht ohne alle Rückſicht auf die Verbote der höhern Lehensherrn aus, und ſahen es als eine bedeutende Quelle ihrer Einkünfte an. Die jugemens d'Oleron machten zwar jedem zur Pflicht, den Schiffbrüchigen alle Unterſtützung zukommen zu laſſen, und ihnen die geretteten Güter ohne allen Abzug, die zur Rettung derſelben erforderlichen Koſten abgerechnet, zurückzuerſtatten. Sie bedrohten alle dieſem zuwider Handelnden mit der Strafe der Excommunication und mit der, als Räuber behandelt zu werden. ***) Dieſe Beſtimmungen hatten indeſſen nur

---

lief, die Verdächtigen den dortigen Behörden überliefern. Nur an einen Franzöſ. Conſul, wenn ſich einer dort befand, durfte dieſes geſchehn, welcher ſelbſt aber, zwar die Sache unterſuchen, aber den ganzen Prozeß nebſt den Schuldigen mit dem erſten Schiff an das Seegericht des Hafens, wo es auslud, überſenden mußte. Die Conſuln hatten nämlich (Liv. I. tit. IX. art. 13, 14.) keine eigentliche Criminal-Gerichtsbarkeit.

*) L. I. Cod. de naufragiis. Imper. Antoninus A. Maximo. Siquando naufragio navis expulsa fuerit ad litus, vel siquando aliquam terram attigerit, ad dominos pertineat, fiscus meus sese non interponat. Quod enim jus habet fiscus in aliena calamitate, ut de re tam luctuosa compendium sectetur?

**) Unter den deutſchen Kaiſern verbot ſchon Friedrich der Zweite in wenigen Provinzen (Guyenne, Poitou und der Normandie) geſetzliche Kraft, und wurden, wie alle, ſchlecht befolgt. Unter Ludwig d. H. übte der Herzog von Bretagne ganz offenbar das Strandrecht aus, und dieſer König ſchloß, anſtatt ihn zu beſtrafen, i. J. 1231 einen Vertrag mit ihm, nach welchem er dieſem Recht unter der Bedingung entſagte, daß die Schiffer von dem Herzog gewiſſe Scheine (brefs oder brieux de sauver, oder de conduite, oder de victuailles genannt) einlöſten.*) Franz der Erſte endlich erklärte in ſeiner Verordnung v. Febr. 1543 (der erſten in Frankreich über dieſen Gegenſtand erſchienenenen, Merlin Répert. art. naufrage), daß

---

(authent. navig. Cod. de furtis) die Wegnahme der den Schiffbrüchigen zugehörigen Güter und bedrohte die Zuwiderhandelnden mit ſchweren Strafen. Die peinliche Halsgerichtsordnung Carls d. 5ten verordnete daſſelbe. Allein demungeachtet beſtand dieſe barbariſche Sitte in unſerm deutſchen Vaterland bis zu den letzten Zeiten, und beſteht in Dänemark vielleicht noch jetzt. Man trieb die Unverſchämtheit ſo weit, daß man in den Kirchen Gott um einen geſegneten Strand anrief.

*) Im Juli 1362 beſtätigte König Johan der Zweite den Kaufleuten von Porto, die zu Harfleur landeten, die ihnen ſchon von Philip von Valois gegebenen Privilegien, nach welchen (Art. 20.) ihre Güter, wenn ſie verunglückten, auf Befehl der Franzöſ. Gerichtsbehörden aufbewahrt und den Eigenthümern zurückerſtattet werden ſollten (Ordon. d. Louv. tom. III. p. 571, 579). Hieraus könnte man wohl ſchließen, daß gewöhnlich ein anderes Verfahren Statt gefunden habe. Ganz beſtimmt erhellt dieſes aus einer mehr als hundert Jahre ſpätern Urkunde (v. April 1464 Ordon. d. Louv. tom. XVI. p. 197.), worin Ludwig der 11te den deutſchen Hanſeſtädten (marchands et gens de la Hance Theutonique d'Almaigne) die ihnen von uralten Zeiten (de toute ancienneté par le temps de noz prédecesseurs Roys de France) bewilligten Privilegien beſtätigt. Unter andern heißt es faſt am Schluß p. 200: „Et d'abondant, s'il avenoit que aucunes de leurs navires, denrees et marchandises ou autres biens estant en iceulx, perissent és extremitez de nostredict Royaume, parquoy on peut dire qu'il y eust eu naufraige qui nous deust ou peust appartenir, qu'ilz puissent prendre et cueillir ou faire prendre ou cueillir leursdicts biens et marchandises, sans pour ce payer aucun droict de naufraige à nous appartenant.“ Die

die Güter der Schiffbrüchigen gerettet, aufbewahrt und den Eigenthümern, wenn ſie ſich vor Jahr und Tag nach dem Unglücksfalle meldeten, wiedergegeben werden ſollten. Nach dieſer Zeit ſollten ſie unter diejenigen, welche ſie gefunden, den Admiral und den König oder Grundherrn, der das Recht dazu hätte, zu gleichen Theilen getheilt werden. Dieſe wohlthätige Verordnung ward indeſſen nur mit der Beſchränkung, daß die Eigenthümer ſich innerhalb zwei Monaten melden müßten, in die Regiſter des Parlaments eingetragen, welches letztere durch die Ordon. v. J. 1584 beſtätigt ward. Allein ſchon die Ord. Ludwigs des Dreizehnten v. J. 1629*) dehnte Art. 447. dieſe Friſt wieder auf ein Jahr aus. Die Marine-Ordnung v. J. 1681 huldigte ganz denſelben Grundſätzen. Sie hat einen eignen Titel (liv. IV. tit. IX.) welcher des naufrages, bris et échouemens überſchrieben iſt, deſſen erſter Artikel ſagt: „Déclarons que nous avons mis et mettons sous notre protection et sauvegarde les vaisseaux, leurs équipages et chargemens, qui auront été jetés par la tempête sur les côtes de notre Royaume, ou qui autrement y auront échoué, et généralement tout ce qui sera echappé du naufrage. Der zweite Artikel beſtimmt die Todesſtrafe gegen alle diejenigen, welche ſich an den Perſonen oder Gütern der Schiffbrüchigen vergreifen, und zwar begibt ſich der König in Beziehung auf ſie des Begnadigungsrechts, und verbietet allen Richtern auf eine etwa

---

Urkunde iſt auch in mancher andern Hinſicht merkwürdig. Die Kaufleute der deutſchen Hanſeſtädte erhalten die Erlaubniß, ihre Waaren nach Frankreich zu bringen, wenn ſie auch in England gelandet, oder ſogar die Waaren aus England geholt hätten. Sie durften ſie ſowohl durch ihre eigenen als durch fremde Schiffe, nur nicht durch Engliſche einführen (soit en leurs navires ou autres quelxconques, réservé sur les navires appartenant à noz anciens ennemis les Anglais).

*) Der ſogenannte Code Marillac, der indeſſen (Th. I. S. 151, 152.) faſt ſchon in der Geburt ſtarb und wenig in Anwendung kam. Nach dem angeführten Artikel ſollten die geretteten Güter, wenn ſich nach zwei Monaten Niemand meldete, zwar verkauft, aber der Preis bis nach Verlauf eines Jahrs hinterlegt, und den Eigenthümern, wenn ſie ſich in dieſer Zeit meldeten, zurückerſtattet werden.

gegebene Begnadigung Rückſicht zu nehmen.*) Alle Grundherrn und ſonſtige Eingeſeſſenen, die in der Nähe der Küſte wohnten, waren (Art. 3.) im Fall eines Schiffbruchs gehalten, die Beamten des nächſten Seegerichts auf der Stelle zu benachrichten, und einſtweilen alle Hülfe zur Rettung der geſtrandeten Waare zu leiſten. Die Privaten ſollten dieſelben indeſſen (Art.5.) nicht in ihre Wohnungen, ſondern nach den dazu beſtimmten Orten und Gebäuden bringen. Die Mitglieder des Seegerichts waren verpflichtet, ſich auf die Nachricht von einem Schiffbruch ſogleich an Ort und Stelle zu begeben, für die Rettung und Aufbewahrung der Waaren zu ſorgen, über das Geſchehene ein Protocoll aufzunehmen und die auf dem geſtrandeten Schiff befindlichen Perſonen zu vernehmen u. ſ. f. Die Marine-Ordnung ſchreibt in dieſem Titel noch mehrere einzelne Vorſichtsmaßregeln vor, welcher in der Erklärung Ludwig des Fünfzehnten vom 10ten Januar 1770**) noch viel ausführlicher angegeben werden, die indeſſen hier anzuführen der Raum verbietet. Die Marine-Ordnung verbot (ibid. art. 30.) allen Grundherren, Richtern und Militair-Beamten ſich über Schiffbrüche u. dgl. irgend ein Erkenntniß anzumaßen, und befahl dieſes einzig***) dem Seegerichte zu überlaſſen. Dieſes letztere

---

*) Wie nöthig die Strenge war, und welcher ſchrecklichen Mittel man ſich hin und wieder gegen die Schifffahrer bediente, erhellt aus folgenden Artikeln der Marine-Ordnung (Liv. IV. tit. IX.): „art. 44. Seront punis de mort les seigneurs des fiefs voisins de la mer, et tous autres, qui auront forcé les pilotes ou locmans de faire échouer les navires aux côtes qui joignent leurs terres, pour en profiter, sous prétexte du droit de Varech ou autre tel qu'il puisse être.

Art. 45. Ceux qui allumeront la nuit des feux trompeurs sur les gréves de la mer et dans les lieux perilleux, pour y attirer et faire perdre les navires, seront aussi punis de mort et leurs corps attachés à un mât planté où ils auront fait les feux.

**) Den Text deſſelben findet man vollſtändig Merlin Repert. art. naufrage. N° III.

**) Das Decret der Conſtituirenden vom 9ten Auguſt 1791 (Desen. tom. XVIII. p. 49.) übertrug Tit. I. Art. 3, 4, 5, 6 die Aufſicht und Anordnung der Rettungsanſtalten erkannte auch über die endliche Rückerſtattung der geſtrandeten Sachen. Dieſe erfolgte, wenn die Eigenthümer ſich binnen Jahr und Tag meldeten, ohne allen andern Abzug als dem der zur Rettung und Aufbewahrung verwendeten Koſten.*) Meldete ſich in dieſer Zeit Niemand, ſo wurden die geretteten Güter zwiſchen dem König oder den Grundherren**), die dazu berechtigt waren, und dem Admiral zu gleichen Theilen getheilt.

---

bei Schiffbrüchen den Friedensrichtern, welche ſich ſogleich nebſt ihrem Gerichtsſecretair an Ort und Stelle verfügen, die nöthigen Protocolle aufnehmen u. ſ. f. ſollten. Der Regierungsbeſchluß vom 17ten Flor. J. 9. (7ten Mai 1801. Desen. tom. XVIII. p. 308.) Sect. I. art. 1. änderte dieſes und übertrug die durch das eben angeführte Decret dem Friedensrichter in Beziehung auf die Schiffbrüche zugetheilten Functionen dem erſten Beamten der Marine-Verwaltung.

*) Nach der eben angeführten Erklärung Ludwig des Fünfzehnten Art. 13 wird ſchon nach drei Monaten ein Theil der Waaren zur Bezahlung der Arbeiter, die bei der Rettung mitgewirkt hatten, verkauft. Wenn ein Schiff auf offenem Meere oder ganz nahe im Bereich der Küſte (à la portée des côtes) Schiffbruch litt, ſo daß auf der Oberfläche des Waſſers keine bleibende Spur mehr davon zu ſehn war, ſo war nach einer königl. Erklärung v. 15. Juni 1735 (deren Text ſich ebenfalls bei Merlin art. naufrage N° V. findet) die Friſt, in welcher die Eigenthümer ſich melden mußten, nur ein halbes Jahr.

**) Art. 37. von Tit. IX. B. IV. der Marine-Ordnung ſagt: N'entendons par la présente ordonnance, faire préjudice au droit de *varech* attribuè par la coutume de Normandie aux seigneurs des fiefs voisins de la mer, ou satisfaisant par eux aux charges y portées.“ Dieſes war ein in der Normandie uralter Ausdruck, worunter man (Coutum. art. 596.) das Recht verſtand, ſich das vom Meer ausgeworfene zuzueignen (de s'approprier toutes les choses que l'eau jette à terre par tourmente et fortune de mer, ou qui arrive si près de terre, qu'un homme à cheval y puisse toucher avec sa lance). Durch das Geſetz vom 13ten April 1791 Tit. I. Art. 7. wurde dieſes Recht den Grundherren genommen. Unter varech verſtand man indeſſen auch gewiſſe am Meer wachſende Salzgräſer, die zur Düngung dienten, und aus deren Aſche man die Soda bereitet. Die Marine-Ordnung v. J. 1681 hat

Gern würden wir noch über viele andere Gegenſtände, worüber den Admiralitäten die Gerichtsbarkeit zuſtand, über die Aſſecuranzen, die Vertheilung von Schaden und Verluſt bei dem über Bord werfen u. ſ. f. einiges ſagen: allein wir haben die dieſer Schrift geſetzten Grenzen, welche nur von der Gerichts-Verfaſſung handeln ſoll, ſchon merklich überſchritten, und müſſen daher dem Leſer, der ſich näher zu unterrichten wünſcht, auf die Geſetzbücher und die Commentatoren verweiſen. —

Die Admiralitäten waren, ſo wie faſt alle Attributions-Tribunale des alten Frankreichs, auch mit einem Theil der Verwaltung beauftragt. Sie übten, wie zum Theil ſchon aus dem Vorigen erhellt, die polizeiliche Aufſicht über die Häfen und die Schifffarth überhaupt aus.

Faſt in allen Ländern ſind den National-Schiffen große Vortheile vor denjenigen der fremden Völker eingeräumt. Um jedem Unterſchleif zuvorzukommen, ward und wird noch jetzt jedes Schiff als zu einem beſtimmten Hafen des Reichs gehörig angeſehn, und die Urkunde über ſeine Nationalität bei den Beamten dieſes Hafens (ehemals auf dem Secretariat der Admiralität, jetzt auf dem Douanen-Bureau) niedergelegt und aufbewahrt. Schon das Reglement vom 24ten Oct. 1681 beſtimmte Art. 1, daß kein Schiff als ein Franzöſiſches angeſehen werden ſollte, wenn nicht alle Eigenthümer deſſelben Franzoſen wären. Dieſes ward durch das Reglement vom 1ten Mai 1716 Art. 11, ſo wie durch die Erklärung vom 24ten December 1726*) noch näher beſtätigt. Das bald nach

---

einen eignen Titel über das Einſammeln dieſer Gräſer. (Liv. IV. tit. X. De la coupe du Varech, Sarq ou Gouémon).

*) Man findet beide bei Merlin art. congé (marine). Art. 11 des erſtern ſagt: „Veut S. M. que les marchands ou autres particuliers qui auront fait bâtir ou acheter des vaiseaux bâtis dans les ports du royaume, fassent leurs déclarations pardevant les officiers d'amirauté du lieu de leur demeure portant que le vaisseau leur appartient entièrement, sans qu'aucun étranger y puisse avoir part, mais seulement des Francais domiciliés dans le royaume; et sera cette declaration enregistrée au greffe de l'amiraute avec les contrats d'acquisition

dem Ausbruch der Revolution (den 15ten Mai 1791) erlaſſene Geſetz fügte dieſem noch die Bedingung hinzu, daß das Schiff in Frankreich gebaut ſeyn müſſe. Das Decret der National-Verſammlung vom 21ten Sept. 1793 (Desen. tom. XV. p. 111.) ging noch weiter. Nach demſelben wird (Art. 2.) ein Schiff nur als ein Franzöſiſches angeſehn, wenn es 1) in Frankreich gebaut iſt, 2) nur Franzoſen zugehört und 3) die Officiere nebſt drei Viertheilen der Schiffsmannſchaft aus Franzoſen beſtehn. Von N° 2. findet einzig eine Ausnahme Statt, wenn das Schiff dem Feinde abgenommen und als gute Priſe erklärt- oder von dem Staat confiscirt und öffentlich verkauft worden iſt. Um über dieſes Alles keinen Zweifel übrig zu zu laſſen, muß nach dem Decret vom 27ten Vendemiaire J. 2. *) jeder, welcher ein neues Schiff gebaut hat, bei der Behörde die Anzeige davon machen, und eine genaue Beſchreibung desſelben, ſeine Größe, Geſtalt, Tonnenzahl, eine Beſcheinigung, daß es unterſucht und zur Schifffahrt tauglich befunden worden, mittheilen. Nach Art. 13 dieſes Decrets muß der Eigenthümer überdem eidlich erklären, daß das fragliche Schiff an dem angegebenen Ort und in dem angegebenen Jahr gebaut ſey, und ihm allein zugehöre, oder welche die ſonſtigen Miteigenthümer ſind und daß unter denſelben ſich kein einziger Fremder befindet. Nach dieſer Erklärung muß (Art. 14.) der Vorſteher des Bureaus ſich an Bord des Schiffes begeben, und die Richtigkeit der Angabe in Beziehung auf die Beſchreibung und den Tonnengehalt deſſelben unterſuchen. Dann erſt wird dem Eigenthümer von dem Douanen-Bureau eine Urkunde ausgeliefert, welche ebenfalls eine genaue Beſchreibung des Schiffs, den Namen, Stand und Wohnort des Eigenthümers u. ſ. f. die Beſcheinigung, daß es geeicht und zur Schiffahrt tauglich be-

---

pour y avoir recours en cas de besoin etc." Art. 12. „Lorsqu'un Francais aura acheté quelque vaisseau dans les pays étrangers, S. M. veut qu'il fasse enregistrer son contrat au greffe de l'amirauté la plus prochaine de la demeure et qu'il fasse les mêmes déclarations et sous les mêmes peines." M. ſ. Pardessus N° 600.

*) Desen. tom. XV. p 113. M. ſ. a. Pardessus N° 604.

funden worden, u. ſ. f. enthält. Dieſe Urkunde, welche auf dem Douanen-Bureau einregiſtrirt wird, heißt acte de Francisation und dient zum Beweis, daß das Schiff ein nationalfranzöſiſches iſt. Der Name, welcher dem Schiff in dieſem Act beigelegt iſt, darf ohne eine neue Erklärung nicht geändert werden (Pardessus N⁰ 604.). Die ältern Geſetze vor der Revolution enthalten hierüber ganz ähnliche Vorſchriften. Nach der Marine-Ordnung v. J. 1681. (Liv. I. tit. IV. art. 10.) mußte der Gerichtsſecretair der Admiralität ein beſonderes Regiſter führen, worin alle zu dem Gerichtsbezirk gehörigen Capitaine, Matroſen, Seeleute und Schiffe, letztere mit Bemerkung ihres Tonnengehalts und ihrer Bauart eingetragen waren. (M. ſ. u. Liv. II. tit. X. art. 6.). Nach Tit. VII. Art. 7.) der Verordnung v. 31ten Oct. 1784 ſollten die Marine-Commiſſaire ein genaues Regiſter über alle zu ihrem Bezirke gehörigen Schiffe, deren Namen, Tonnengehalt u. ſ. f. führen und dieſelben von ihrer Erbauung an, bis zu ihrer Zerſtörung oder Wegnahme durch den Feind, oder bis ſie aufhörten zu ihrem Hafen zu gehören, verfolgen. — Kein Capitain durfte in See gehen, ohne von dem Admiral einen Seeſchein, einen Urlaub (congé) erhalten zu haben. Dieſe Vorſchrift wird von allen Kennern des Seeweſens für ſo wichtig und zweckmäßig um Unterſchleife und Verbrechen zu verhüten und zu entdecken angeſehn, daß man hin und wieder darüber geſtritten hat, von welchem Volk oder Fürſten ſie zuerſt ausgegangen ſey. Sie ſcheint ſchon bei den Römern unter den ſpätern Kaiſern gegolten zu haben. *) Allein nach dem Untergang des Römiſchen Reichs unter den Barbaren kam ſie ganz in Vergeſſenheit. In Frankreich nehmen

---

*) Leg. un. Cod. de litorum et itinerum custodia, „Imperat. Honorius et Theodosius A. A. Eustathio Pf. P. — Saluberima sanctione censemus, ne merces illicitae ad nationes barbaras deferantur; et quaecunque naves ex quolibet portu seu litore dimittuntur, nullam concussionem vel damna sustineant ita tamen, ut earum naucleri deponant, in quam provinciam ituri sunt, ut hoc manifestato nulla contra eos postea indignatio seu concussio quoquo modo procedat.“

Einige, unter andern Argentré die Ehre der Einführung dieſer Vorſchrift für die alten Herzoge von Bretagne in Anſpruch, welche nämlich den Schifffahrern Erlaubniß-Scheine in See zu gehn unter dem Titel brefs oder brieux ausgefertigt hätten. Allein dieſe brefs, welche der Herzog von Bretagne in dem i. J. 1231 mit Ludwig d. H. geſchloſſenen Vertrag den Schifffahrern zu geben ſich verpflichtete, waren nur Sicherheitsſcheine, welche ſie gegen die Anwendung des Strandrechts und ſonſtige Räubereien ſchützten. Die Marine-Ordnung Carls des Sechſten v. 7ten December 1400, die älteſte noch übrige, welche von einem König von Frankreich ausging (S. 536.) befiehlt aber (Art. 3)*) allen Seefahrern ausdrücklich, nicht ohne einen Erlaubnißſchein des Admirals in See zu gehn. Dieſes bezog ſich indeſſen nur auf den Krieg oder auf Kaperſchiffe. Viele wagten nämlich ſolche Unternehmungen ohne gehörig dazu ausgerüſtet zu ſeyn, und wurden ſo nebſt ihren Schiffen eine Beute des Feindes, welches der Ehre der Nation Nachtheil brachte. Noch Mehrere griffen nicht den Feind, ſondern die Kauffahrer ihrer eigenen Nation und deren Verbündete an, und verübten gegen ſie die ärgſten Greuel. Dieſem zuvorzukommen war der eigentliche

---

*) Se aucun de quelque estat qu'il soit, mettoit sus aucun navire à ses propres déspens, pour porter guerre à nos ennemis, ce sera par le congé et consentement de nostredit admiral ou son Lieutenant, lequel à ou aura au droict des sondit office, la cognoissance, jurisdiction, correction et punition de tous les faits de ladite mer et des dépendances, criminellement et civilement, et regardera que ce soit navire suffisant et propre, et qu'il soit convenablement pourveu de gens de guerre, harnois et artillerie, et tont ce qui est necessaire pour la guerre, et ce qui y défaudra, luy mettra ou fera mettre à prix raisonnable, à fin qu'incontinent n'advienne ainsi que l'on dit que n'agueres est advenu de plusieurs navires qui honteusement ont este prins, par ce qu'ils estoient emplis de gens de néant, sans habillement, et que sans chef et sans ordre s'estoyent mis esdits navires en intention de piller sur marchands et non pas pour destruire le fait de la guerre de nos ennemis etc."

Zweck von dem Befehl Carls des Sechſten. Franz der Erſte dehnte denſelben durch ſeine Verordnung v. Jul. 1517 (S. 537.) noch weiter aus, indem er Art. 22 befahl, daß kein Schiff, weder in Kriegs- noch Friedenszeiten ohne Erlaubnißſchein des Admirals eine weite Seereiſe (aller á voyage lointain) unternehmen dürfe. *) Dieſes ward durch Art. 31 der Verordnung Heinrich des Dritten v. J. 1584 auf alle auch kürzere Seereiſen, von einem Hafen des Reichs zum andern (de port à port), und zwar mit dem Zuſatz ausgedehnt, daß der Erlaubnißſchein auf dem Gerichtsſecretariat des Orts der Abfahrt einregiſtrirt und jeder dawider Handelnde mit der Confiscation des Schiffs und der Waare beſtraft werden ſollte. Daſſelbe beſtimmte auch die Marine-Ordnung v. J. 1681 Liv. I. tit. X. art. 1.). Nach Art. 3 mußte ein ſolcher Urlaubſchein den Namen des Capitains und Schiffs, ſeinen Tonnengehalt und ſeine Ladung, den Ort ſeiner Abfahrt und den ſeiner Beſtimmung enthalten. Um die Rückreiſe anzutreten, bedurfte es eines neuen Urlaubſcheins; **) nur wenn das

---

*) Art. 22. „Et pour obvier à plusieurs larrecins et maulx qui se commettent chascun jour par aucuns vagabonds et gens de maulvaise sorte sur mer, qui y pillent, robent et destroussent tout ce qu'ilz trouvent a leur advantage: avons voulu et ordonné, voulons et ordonnons, que doresnavant les navires de noz subjects ne pourront aller à voyage lointain, *tant en temps de paix que de guerre, sans le conge et consentement de nostredict admiral, ou de ses lieutenants* et sans leur bailler caution juratoire de ne meffaire à noz subjects, ne de nos amys et alliez.“

**) Was die Dauer der Gültigkeit eines ſolchen Urlaubſcheins betrifft, ſo unterſchied und unterſcheidet man auch noch jetzt die große und kleine Küſtenfahrt (le grand ou petit cabotage), und beide von den großen Seereiſen (voyages de long cours). Es iſt durch die Geſetze beſtimmt, welche Reiſen zu jeder dieſer drei Gattungen gerechnet werden. Nach der Weite der Reiſen beſtimmt ſich auch die Dauer des Urlaubſcheins. In der Regel hört dieſer mit der Vollendung der Reiſe auf. Kleinere Fahrzeuge indeſſen und ſolche, die täglich aus- und einlaufen, Fiſcherfahrzeuge u. dgl. brauchen ihren Urlaubſchein nur alle Jahre zu erneuern. M. ſ. über Alles dieſes Pardessus N° 600.

Schiff von dem Hafen ſeiner Beſtimmung zu dem ſeiner Abfahrt zurückkehrte, und der letztere mit dem erſtern in dem Gerichts-Bezirk der nämlichen Admiralität lag, oder wenn es gezwungen ward in einen Zwiſchenhafen einzulaufen, war (Art. 6.) kein neuer Urlaubſchein nöthig. Ueberhaupt ſind über dieſe Scheine ſpäterhin noch viele Verordnungen (M. ſ. Merlin Répert. art. congé [marine]) erſchienen, die hier anzuführen zu weitläufig wäre. — Auch während der Revolution beſchäftigte man ſich ſehr frühzeitig mit dieſem Gegenſtand. Nach dem Decret der Conſtituirenden v. 9ten Aug. 1791. Tit. II. Art. 2. 3. (Desen. tom. XVIII. p. 49.) ſollten dieſe Urlaubſcheine nach einer vorgeſchriebenen Form*) und nur nach Vorzeigung des Eigenthums-Actes, des Eichſcheins, des Protocolls über die Unterſuchung des Schiffs, der Erklärung ſeiner Ladung und der Quittung über die abgetragene Zollgebühr ausgefertigt werden.

Nach der See-Ordnung v. J. 1681 (Liv. I. tit. X. art. 4, 9) war jeder Kapitain innerhalb der erſten vierundzwanzig Stunden nach ſeiner Ankunft im Hafen und ehe er irgend einen Theil ſeiner Waaren auslud, verpflichtet dem Stellvertreter des Seegerichts (lieutenant de l'amirauté) über ſeine Reiſe, d. h. über Zeit und Ort der Abfahrt, die Ladung, über alle erlittenen Gefahren, vorgefallnen Unordnungen, ſo wie über Alles Merkwürdige, was ihm begegnet war, Bericht abzuſtatten. Dieſe Berichte wurden ebenfalls (liv. I. tit. IV. art. 8) in ein beſonderes Regiſter des Secretariats eingetragen. Der Kapitain konnte, wenn er wollte, ſeinen Bericht durch Vernehmung der Ausſagen der Schiffs-Mannſchaft oder auch durch andere Beweiſe beſtätigen (vérifier) laſſen. Nur ein auf dieſe Weiſe beſtätigter Bericht hatte vor Gericht Glauben; doch ſo, daß, ohne ihn gerade der Fälſchung anzuklagen, der Gegenbeweis unbenommen blieb. Das Handels-Geſetzbuch enthält (Art. 247)

---

*) Dem Decret vom 29ten December 1791 (Desen. tom. XVIII. p. 73) iſt ein Formular eines ſolchen Urlaubſcheins beigefügt. Sie tragen nicht mehr den Namen des Admirals, ſondern den des Königs. Uebrigens bedurften und bedürfen die fremden Schiffe ſowohl als die einheimiſchen eines Urlaubſcheins, doch iſt die Form verſchieden.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

faſt ganz dieſelbe Verordnung. Nur wird (Art 243) der Bericht dem Präſident des Handels-Gerichts auf dem Secretariat des letztern- und an Orten, wo kein Handelsgericht iſt, dem Friedens-Richter abgeſtattet, welcher denſelben unverzüglich dem Präſident des nächſten Handelsgerichts einſenden muß. Ueberhaupt ſind jetzt in Beziehung auf die bürgerliche Gerichtsbarkeit die Handels-Gerichte faſt ganz an die Stelle der ehmaligen Admiralitäten getreten *). Das ſchon oft angeführte Decret der Conſtituirenden vom 7. Sept. 1790 (Desen. tom. III. p. 247) erklärt (Art. 7), daß die Civil-Gerichtsbarkeit, welche bis dahin die Admiralitäten ausgeübt hatten, an die Handels-Gerichte übertragen ſey **). Die Erſtern ſollten indeſſen (Art. 11 und 8) noch ſo lange beibehalten werden, bis für die Hafen- und Schifffahrts-Polizei auf andere Weiſe geſorgt ſey. Dieſem gemäß erließ die Conſtituirende d. 9. Auguſt 1791 ein umſtändliches Decret ***) über dieſen Gegenſtand (Desen. tom. XVIII. p. 49). Daſſelbe hob (Tit. V. Art. 1) die Admiralitäten gänzlich auf. Es übertrug (Tit. I. Art. 1) die Civil-Gerichtsbarkeit in allen Sachen, die ſich auf den See- oder Landhandel bezogen, den Handelsgerichten, jedoch mit einigen wenigen Beſchränkungen. Es nahm nämlich (Tit. I. Art. 1) das Erkenntniß über Priſen-Sachen einſtweilen von der Competenz der Handels-Gerichte aus, und übertrug überdem (Tit. I.) in einigen leichtern oder dringenden Sachen das Erkenntniß oder die Inſtruction den Friedens-Richtern, welche ſie indeſſen jetzt nicht mehr haben (m. ſ. oben S 576 **), das Arreté v. 17. Flor. J. 9 (Desen tom. XVIII. p. 308) auch Merlin. Répert. art. Naufrage und Juge de Paix). Für die Hafen-Polizei wurden durch das Decret eigene Beamten eingeſetzt, und die Abliefe-

---

*) M. vgl. jedoch oben S. 550 Not **.

**) Schon durch das Decret über die Juſtiz-Organiſation vom 16. Auguſt 1790 (Desen. tom. III. p. 188) war (Tit. XII. Art. 2) den Handelsgerichten dieſe Competenz beigelegt, welche ihnen bis jetzt verblieben iſt.

***) Daſſelbe gehört nebſt denen des Convents vom 21. Sept. 1793, 27 Vendem. J. 3 (18. Oct. 1793) zu den wichtigſten über dieſen Gegenſtand erſchienenen (Desen. tom. XV. p. 111, 113).

rung der Urlaubſcheine, ſo wie die Abnahme der Berichte ward (Tit. II. Art. 1) dem Claſſenchef *) in jedem Hafen übertragen. Allein das Decret des Convents v. 21. Sept. 1793 **) übertrug die Ausfertigung der Urlaubſcheine den Douanen, welchen ſie auch bis jetzt verblieben iſt. Die Abnahme der Berichte der ankommenden Kapitains geſchieht jetzt, wie wir ſchon bemerkt haben, von dem Präſident des Handels-Gerichts.

Was endlich noch die Priſen betrifft (welche das Decret vom 9. Auguſt 1791 einſtweilen von der Gerichtsbarkeit der Handelstribunale ausſchloß), ſo verſteht man unter Priſe bekanntlich die Wegnahme ***) der einem feindlichen Staat oder den Unterthanen deſſelben gehörigen Schiffe oder der darauf befindlichen Waaren. Die Schiffe der Seeräuber, eben ſo diejenigen, welche von Kapitains, die ohne alle Erlaubniß eines ſouverainen Staats oder ohne die gehörigen Papiere, Scheine u. ſ. f. das Meer befahren, werden in dieſer Hinſicht den Feinden gleich geachtet. Dieſe Angriffe auf das Eigenthum des Feindes geſchehn nicht allein durch die Schiffe des Staats, ſondern auch Privaten iſt es erlaubt, eigene Schiffe (ſogenannte Kaperſchiffe) zu dieſem Zweck auszurüſten. Ueber die Rechtlichkeit dieſer Sitte, ſo wie über die der Beſchränkung der Meeresfreiheit überhaupt haben ſich freilich nicht allein unter den Lehrern des Völkerrechts, ſondern ſogar unter den Mächten ſehr heftige Streitigkeiten erhoben. Welchem Rechtsgelehrten wäre Grotius de mari libero und Selden de mari clauso unbekannt? Wer hätte nicht von den berühmten Streitfragen „si le pavillon couvre ou confisque la cargaison“ (frei Schiff, frei Gut, verfallnes Schiff macht verfallnes Gut), von der bewaffneten Neutralität u. dgl. gehört*)? Ohne uns indeſſen in dieſe ſchwierigen Unterſuchungen und überhaupt in die Entſcheidung der einzelnen Fragen, die ſich auf die Priſen **) beziehn, einzulaſſen, bemerken wir hier nur, daß, wenn auch der Grundſatz, daß, gemäß dem Naturrecht, das Weltmeer, eine für alle Nationen freie Straße bildet, theoretiſch richtig iſt, ſich doch der Ausführung deſſelben, wenigſtens für jetzt, unendliche Schwierigkeiten entgegenſetzen; daß insbeſondere dadurch die Unterhaltung einer Kriegs-Marine für einen einzelnen Staat faſt ohne Nutzen ſeyn; und daß doch ohne eine ſolche die Meeresherrſchaft ſehr leicht in die Hände der Seeräuber fallen könnte. Durch die Uebereinkunft und die Gewohnheiten aller geſitteten Nationen haben ſich indeſſen nach und nach gewiſſe Regeln feſtgeſetzt, wodurch die auf dem Meer ausgeübten Zwangs-Maßregeln und Gewaltthätigkeiten wenigſtens von den gröbſten Mißbräuchen gereinigt worden. In Beziehung auf die Priſen gehört hierhin insbeſondere, daß kein Privatmann ein Schiff auf Beute ausrüſten (armer en course) darf, ohne von ſeiner Regierung dazu eine beſondere Erlaubniß, einen ſogenannten Kaperbrief (lettre de marque) *) erhalten zu haben. Wird

---

*) Schon Ludwig der 14te hatte die Seeprovinzen in gewiſſe Departements getheilt, und in jedem einen Commiſſair beſtellt, um ein genaues Regiſter aller in demſelben wohnenden Seelente, Steuermänner u. ſ. z. zu führen. Dieſelben waren in Claſſen getheilt, welche abwechſelnd, wenn ſie dazu aufgefordert wurden, auch auf den Schiffen des Staats dienen mußten. Das achte Buch der Verordnung v. 22. April 1689 (über die Kriegs-Marine) enthält faſt alle Vorſchriften über dieſe Claſſen. Auch während der Revolution erſchienen mehrere Geſetze über dieſen Gegenſtand. Eines v. 31. Dec. 1790, ein anderes v. 19. Juli 1792 und das wichtigſte (loi concernant l'inscription maritime) v. 3. Brumaire J. 4. Desen. tom. XVIII. p. 20, 111, 177. M. vgl. noch das arrêté v. 7. Vendem. J. 9 (ibid. p. 289).

**) Es gibt unter dieſem Datum zwei Decrete des Convents, die ſich beide bei Desenne auf der nämlichen Seite (tom. XV. p. 111) befinden.

***) Mit demſelben Namen (prise) wird auch ein erbeutetes Schiff ſelbſt bezeichnet.

---

*) M. ſ. allenfalls Précis du Droit des gens par Martens liv. VIII. chap. 7.

**) M. ſ. den Cod. des Prises, auch Merlin. art. Prise maritime, wo dieſer Gegenſtand ſehr umſtändlich erläutert iſt. Als Merkwürdigkeit führe ich hier nur die Entſcheidung des consulat de la mer über die Frage: si le navire confisque la cargaison, an. Daſſelbe enthält Chap. 276 „Si par aventure, le navire est ennemi, et que son chargement appartienne à des amis, les marchands qui seront dans ce navire, et à qui appartiendront les marchandises en tout ou en partie doivent s'entendre avec l'Amiral, par rapport à leur navire qui est pris de bonne guerre, pour un prix convenable, suivant qu'ils le pourront; et l'amiral doit leur faire toutes conventions qui seront convenables, et dont raisonnablement il ne puisse souffrir.“ Es hat ſich eine wichtige Streitfrage darüber erhoben, was hier unter „amis“ verſtanden werde, ob die Unterthanen und eigentlichen Verbündeten, oder die neutralen. M. ſ. Merlin. Pris. marit. §. III. art. I.

---

*) Du-Cange Glossar. ad. voc. marcha. „Marcha (est) facultas a principe subdito data, qui injuria affectum se aut spoliatum ab alterius principis subdito queritur de qua jus vel rectum ei denegatur, in ejusdem principis Marchas seu limites transeundi, sibique jus faciendi. — In dieſem Sinn als Wiedervergeltungs- oder Entſchädigungs-Recht (Repressaliae vel gagariae) wird es in mehrern dort angeführten Urkunden gebraucht; unter andern in der Verordnung Philips d. Schönen v. 26. April 1313 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 516), wodurch er gebietet, daß ſeine Unterthanen, und die des Königs Jacob von Arragonien dieſes Wiedervergeltungs-Recht wechſelſeitig gegeneinander nicht ausüben ſollen. „Attendentes quod Marche, seu pignorationes, siquas in futurum fieri contingeret inter praefati Regis [carissimi consanguinei nostri Jacobi Dei gratiâ Arragonum Regis illustris] et nostros subditos, materiam dissensionis et discordie inter utriusque Regnicolas de facili inducerent etc.“ Dieſe Art ſich gegen die Unterthanen eines fremden Staats Recht zu verſchaffen, war im Mittelalter ſehr gebräuchlich. Jetzt indeſſen ſucht jeder Staat für ſeine gekränkten Unterthanen auf diplomatiſchem Weg Recht zu erhalten, oder, wenn dieſes nicht gelingt, ſo übt der Staat ſelbſt das Wiedervergeltungs-Recht (die Repreſſalien) aus, indem er die Perſonen oder Güter der fremden Unterthanen feſthält u. dgl. In ſeltnen Fällen indeſſen erlaubt der Fürſt auch jetzt ſeinen Unterthanen ſich ſelbſt Recht zu verſchaffen, doch wohl nur, wenn ihnen zur See Beleidigungen oder Schaden zugefügt worden. Die Erlaubnißſcheine dazu heißen lettres de Represailles. Die Marine-Ordnung v. J. 1681 enthält einen eignen Titel (liv. III. tit. X.), welcher „des lettres de marque et de Représailles“ überſchrieben iſt. Es heißt darin art. 2 „Sur l'information faite, et le procès-ver-

ein auf Beute und auf den Angriff ausgerüſtetes Schiff vom Feind genommen, ſo wird, wenn es mit einem ſolchen Kaperbrief verſehen iſt, nach dem Gebrauch aller geſitteten Nationen, das Schiff als ein in einem rechtmäßigen Krieg erbeutetes und die Mannſchaft als Kriegsgefangen angeſehn und behandelt. Ohne einen ſolchen Kaperbrief aber erfährt die Mannſchaft das Schickſal der Seeräuber. — Wir haben oben bemerkt, daß ſchon die Verordnung vom J. 1400 allen Seeleuten, die auf Beute ausgehn wollten, gebot, dazu von dem Admiral eine beſondere Erlaubniß zu erwirken, und daß daraus die nachherigen Urlaubſcheine (congès), womit ſich jeder Capitain ohne Ausnahme verſehen mußte, entſtanden ſind. Später indeſſen waren die Kaperbriefe von den gewöhnlichen Urlaubſcheinen ganz verſchieden. Nach der Marine-Ordnung v. J. 1681 (Liv. III. IX. art. 1.) mußte jeder, der ein Kaperſchif ausrüſten wollte, einen beſondern Auftrag (commission) vom Admiral erwirken, und (Art. 2.) denſelben auf dem Secretariat der Admiralität einregiſtriren laſſen. Er mußte überdem eine Bürgſchaft von 15000 Livres ſtellen. Dieſes ward bis zur Revolution unverändert beibehalten. Schon das Decret des Convents v. 31. Jan. 1793 (Desen. tom. XV. p. 549.) legte (Art. 2.) die Befugniß die Kaperbriefe auszufertigen, dem Seeminiſter bei. Derſelbe ſollte ſie (Art. 3.) in blanco ausgefertigt an die Directionen der Seediſtricte überſenden, welche ſie, auf ihre Verantwortlichkeit, an die Einzelnen abliefern konnten und zwar unter der Verpflichtung, den Miniſter davon genau in Kennt-

---

bal justificatif de la valeur des effets pris et retenus, pourront nos sujets se retirer par devers nous pour obtenir nos lettres de représailles, qui ne leur seront néanmoins accordées qu'après avoir fait faire par nos ambassadeurs les instances en la forme et dans le temps porté par les traités faits avec les états et princes dont les sujets auront fait les déprédations.

art. 5 „Les prises faites en mer en vertu de nos lettres de représailles, seront amenées, instruites et jugées en la même forme et manière que celles qui auront été faites sur l'ennemi.“ In Frankreich gab es noch i. J. 1778 ein Beiſpiel eines ſolchen lettres de Représailles. M. ſ. Cod. des prises tom. II. p. 657.

niß zu ſetzen. Faſt daſſelbe beſtimmte der Regierungs-Beſchluß v. 2ten Prair. J. 11 (22. Mai 1803)*); die wichtigſte und ausführlichſte Verordnung, welche ſeit der Revolution über das Priſen-Recht erſchienen iſt. Derſelben gemäß ertheilt (Art. 15, 18.) in Europa ebenfalls nur der Seeminiſter die Kaperbriefe und zwar auf den Vorſchlag der Marine-Verwaltung, an welche letztere ſich die Einzelnen deßhalb wenden müſſen. Dieſe darf indeſſen den Kaperbrief nicht ausliefern, bis der Zuſtand des Schiffs unterſucht, die Fähigkeit des Capitains bezeugt und die zu ſtellende Bürgſchaft berichtigt iſt.

Nach der Ordon. v. J. 1681 (Liv. III. tit. IX. art. 16, 17, 20.) ſollte der Capitain eines Kapers, ſobald er eine Priſe gemacht, ſich ſogleich aller Papiere, die ſich auf die Beſtimmung derſelben, die Ladung u. ſ. f. beziehen, bemächtigen, und dieſelben ſogleich in den Hafen, wo er ſein Schiff ausgerüſtet hatte, bringen oder bringen laſſen. Ehe dort die Priſe für gültig erklärt worden war, durfte er durchaus Nichts von den Waaren derſelben verkaufen, die Ballen und Koffer nicht öffnen u. ſ. f.*) Sobald die Priſe in den Hafen gebracht war, mußte der Capitain ſeinen Bericht an die Beamten der Admiralität abſtatten. Dieſe verfügten ſich auf das Schiff, nahmen ein Protocoll über ſeinen Zuſtand, ſo wie über die darauf befindlichen Waaren auf und ſorgten überhaupt für die Erhaltung deſſelben, bis über die Gültigkeit der Priſe erkannt war. Dieſes Erkenntniß nahm von jeher der Admiral als ein ihm vorzugsweiſe zukommendes Recht in Anſpruch. Zwar übten es in der Wirklichkeit die Admiralitäten aus. Allein die Mitglieder derſelben waren von dem Admiral ernannte Beamten oder vielmehr Commiſſarien, die nur in ſeinem Namen und Auftrag verfuhren. Als Ludwig der dreizehnte i. J. 1627 die Stelle des Admirals aufhob, und ſtatt der letztern die eines Großmeiſters, Chefs und Oberaufſehers (grand-maitre, chef et surintendant) der Schiffahrt und des Handels von Frankreich ſchuf, fuhr der Cardinal Richelieu, dem die letztere verliehen ward, fort, eben ſo wie früher der Admiral in Priſenſachen zu urtheilen. Dieſes Recht des Großmeiſters ward i. J. 1650, wo die Königin-Mutter dieſe Stelle beſaß, durch eine königl. Erklärung vom 1ten Febr. beſtätigt. Da man beſonders ſpäterhin, nach dem Tod der Königin-Mutter, gegen dieſe Urtheile häufig Appellation einlegte, welches gleichſam gegen die Würde des Admirals angieng, ſo ward i. J. 1659 eine Commiſſion aus Staats-Räthen und Requeten-Meiſtern zuſammengeſetzt um in Priſenſachen in erſter Inſtanz und vorbehaltlich der Berufung an den Staatsrath zu entſcheiden. Dieſe Epoche kann man als den Anfang des Priſengerichts anſehn. Die Einrichtung deſſelben wechſelte mehrmals. Die Ordon. v. J. 1681 gab ſogar (Liv. I. tit. II. art. 3.) das Erkenntniß über die Priſen den Admiralitäts-Gerichten wieder. Allein die Verordnung v. 9ten März 1695 ertheilte dem Priſengericht ſeine definitive Organiſation, die ſich bis zur Revolution mit nur wenigen und geringen Modificationen erhielt. Die Competenz dieſes Gerichts erſtreckte ſich nicht allein auf die Entſcheidung über die Gültigkeit der Priſe, ſondern auch auf die Vertheilung der Beute unter die einzelnen Intereſſenten (art. 5). In Hinſicht des Bezirks ward dieſelbe ſogar auf alle unter den Wende-Kreiſen und jenſeits gemachten Priſen, die in den franzöſ. Inſeln von Amerika eingebracht würden, ausgedehnt, und den dortigen Behörden nur die Inſtruktion und das Recht ein Gutachten zu geben überlaſſen, das ſie proviſoriſch vollſtrecken laſſen durften (art. 13.). Das Priſengericht verſammelte ſich zu Paris in dem Hotel des Admirals, *) in deſſen Namen alle Urtheile (unter dem Titel: ordonnances) erlaſſen wurden, nnd deſſen Stimme bei gleicher Stimmenzahl entſchied.

---

*) Desen. tom. XV. p. 589. Man ſehe außer demſelben noch das Geſetz v. 3ten Brum. J. 4 (25ten Oct. 1795) (Desen. ibid. p. 564.). Der erſtere enthält faſt genau dieſelben Beſtimmungen, wie Liv. III. tit. IX. der ordon. d. 1681. Er verbreitet ſich überdem umſtändlich über das Loskaufen (rançon) der gekaperten Schiffe. Der Capitain eines Kapers darf (art. 39.) kein genommenes Schiff gegen ein Löſegeld freilaſſen, wenn er nicht dazu von dem Eigenthümer des Kapers vor ſeinem Auslaufen bevollmächtigt iſt. Dieſer ſelbſt muß (art. 40.) der Marine-Verwaltung ſchriftlich anzeigen, wie viele der zu machenden Priſen er gegen Löſegeld frei zu geben geſinnt iſt. Von derſelben erhält er dann (art. 40, 41.) eben ſo viele nach einer beſtimmten Form ausgefertigte Scheine von Verträgen über die Auslöſung (traitès de rançon), worin Namen und Zahlen ſpäterhin auf der See, wenn die Priſen gemacht ſind, ausgefüllt werden. Dem Capitain des genommenen Schiffes muß (art.. 43) ein Duplicat dieſes Vertrags zugeſtellt werden. Der Capitain des Kapers muß von dem losgekauften Schiff mehrere Geißel, worunter wenigſtens Einer der erſten Offiziere der Priſe iſt, mitnehmen, damit der Verwalter des Hafens dieſelben über alle Umſtände der Wegnahme und des Loskaufs befragen könne. Nachdem der Kaper ſeine Kreuzfahrt vollendet, muß er die Loskaufſcheine, wovon er keinen Gebrauch gemacht, der Marine-Verwaltung wieder zuſtellen. Man findet (Desen. tom. XV. pag. 599, 507.) ein Model eines ſolchen Loskaufſcheins, ſo wie auch eines Kaperbriefs.

---

*) Tit. II. chap. I. art. 59, 61, 65. des ſo eben angeführten Regierungs-Beſchluſſes v. 2ten Prair. J. 11 verordnet daſſelbe. Ueberhaupt iſt dieſes Cap. faſt nur eine Wiederholung von liv. III. tit. IX. (des prises) der ordon. d. 1681. Letztere enthält noch in dieſem Tit. art. 18. „Faisons defenses à peine de la vie à tous chefs, soldats et matelots, de couler à fond les vaisseaux pris, et de descendre les prisoniers en des iles ou côtes eloignées, pour céler la prise.“ Daſſelbe verordnet art. 64 des arrêt. v. 2. Prair. J. 11. Ein Kaper wird zuweilen durch die Umſtände gezwungen mit ſeiner Priſe in einen neutralen Hafen einzulaufen, wo dann die Frage entſteht, welchen Gerichten die Entſcheidung über die Gültigkeit der Priſe zuſteht. Die Lehrer des Völkerrechts ſtimmen hierin eben ſo wenig, als die Geſetze der verſchiedenen Nationen überein. In Frankreich durften nach art. 5 des Edicts v. Febr. 1650, welches durch die Marine-Ordnung v. J. 1681 (liv. III. tit. IX. art. 14, 15.) beſtätigt ward, ein ſolcher Kaper, wenn nicht der Sturm ihn zwang, nicht länger als 24 Stunden in einem Franzöſ. Hafen verweilen und unter keinem Vorwand Etwas von der Priſe verkaufen. Uebrigens konnte er ſeine Priſe bringen wohin er wollte, ohne daß die Franzöſiſchen Gerichte über die Gültigkeit derſelben entſchieden. Nur wenn auf dem genommenen Schiff ſich Franzöſiſches Eigenthum befand, mußte dieſes dem Eigenthümer wiedergegeben werden. M. ſ. Merlin art. Prise maritime §. VII. art. I.

---

*) M. ſ. S. 543.

(art. 2, 3, 7.). Bei dem Gericht war kein königl. Procurator (art. 1.) beſtellt, welches der einzige Fall bei den franzöſiſchen Gerichten ſeyn möchte.

Die Inſtruction der Sache, die Priſe mochte von königl. Kriegsſchiffen oder von einem Kaper genommen ſeyn, geſchah (art. 10.) durch die Admiralität desjenigen Hafens, wo das erbeutete Schiff eingebracht ward. Den Admiralitäten war übrigens jedes Erkenntniß (art. 10.) in Priſenſachen unterſagt: nur wenn die fragliche Priſe offenbar feindliches Eigenthum war, konnten ſie, um dem Verderben der Güter zuvorzukommen, den gerichtlichen Verkauf der letztern anordnen. Die Apellation von den Ausſprüchen des Priſen-Gerichts ging (art. 15.) an die Finanz-Abtheilung des Staats-Raths (conseil royal des finances), deſſen Sitzungen der Admiral bei Aburtheilung der Sache beiwohnte. Während der Revolution hat die Geſetzgebung in Beziehung auf dieſe Priſen-Gerichte ebenfalls häufig gewechſelt.*) Das Geſetz vom 14ten Febr. 1793 gab proviſoriſch die Entſcheidung in erſter Inſtanz den Handels-Gerichten, in zweiter Inſtanz den Diſtricts-Gerichten und die Inſtruction den Friedens-Richtern. Im Lauf des Kriegs fing man an zu fürchten, die Tribunale möchten von ihrer Befugniß einen zu milden Gebrauch machen. Daher gab das Geſetz vom 18ten Brumaire J. 2 das Erkenntniß über die Gültigkeit der Priſen dem proviſoriſch ernannten ausübenden Rath (conseil exécutif provisoire).**) Dieſer muß, wie ſich von dem wilden Geiſt der damaligen Zeit erwarten läßt, die Sache arg gemacht haben. Die Geſetze vom 3ten Brumaire und 8ten Floreal J. 4 gaben nicht allein den Handels- und Departements-Gerichten, welche letztere an die Stelle der Diſtricts-Gerichte getreten waren, ihre frühere Competenz wieder; ſondern d. 26ten Vendem.

---

*) Man findet die Geſetze über dieſen Gegenſtand zuſammengeſtellt bei Desenne tom. XV. (p. 549—617.).

**) Dies war die Verſammlung der ſechs Miniſter (des Miniſter-Raths), welchem durch das Geſetz vom 15ten Auguſt 1792 (nach dem Sturz des Throns am 10ten Auguſt d. J.) die ausübende Gewalt bis zu dem Zeitpunct übertragen ward, wo der National-Convent verſammelt ſeyn würde. Desen. tom. I. p. 45 und tom. II. p. 39.

J. 6 (17ten Oct. 1797) ging das Geſetz durch, nach welchem Parteien, die ſich über die Entſcheidung des ausübenden Raths zu beklagen hatten, erlaubt ward, dagegen Caſſation nazchuſuchen, und zwar ſollte die Friſt, um dieſelbe einzulegen, von dem Tag, wo dieſes Geſetz erſchien, nachdem alſo der ausübende Rath lange zu Grabe gegangen war, angezählt werden. Man kam indeſſen bald wieder zu der Anſicht zurück, daß die Entſcheidung über dieſen Gegenſtand ſeiner Natur nach mehr den Verwaltungs- als gerichtlichen Behörden angehöre (Merlin. art. Prise maritime. §. VII. art. II.). Demgemäß nahm das Geſetz vom 26ten Ventoſe J. 8 die Befugniß über die Priſen zu entſcheiden den Gerichten wieder ab, und beauftragte die Regierung, ein anderes Verfahren, wie darüber erkannt werden ſollte, anzuordnen. Hierauf erſchien den 6ten Germinal d. J. 7 ein Beſchluß (arrêté) der Conſuln, welcher nebſt dem Beſchluß derſelben v. 2ten Prairial J. 11. (22ten Mai 1803) über die Regulirung des Kaperweſens (armement en course) noch jetzt die Hauptgrundlage der Geſetzgebung über dieſen Gegenſtand ausmacht (Desen. tom. XV. p. 580, 589.). Durch den erſtern ward (art. 1.) zu Paris ein Priſengericht mit der Befugniß (art. 2.) niedergeſetzt, über alle Streitigkeiten, die über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Priſen, oder über die Eigenſchaft (qualité) der geſtrandeten Schiffe entſtehen könnten, zu entſcheiden. Es beſtand (art. 2.) aus einem Staatsrath als Präſident, und aus 8 Mitgliedern, ferner aus einem Regierungs-Commiſſair (Staatsprocurator), einem Secretair und zwei Huiſſiers. Durch einen ſpätern Regierungs-Beſchluß vom 7ten Ventoſe J. 12 (27ten Februar 1804) *) ward (art. 1, 2.) den bei dem Caſſationshof angeſtellten Advocaten das ausſchließliche Recht beigelegt, bei dem Priſen-Gericht als Anwälte zu fungiren. Bei einer Entſcheidung des Priſengerichts ſollten (art. 5.) wenigſtens fünf Mitglieder mitwirken. Man konnte dagegen Recurs an den Staatsrath nehmen; *) doch ward da-

---

*) Desen. tom. XV. p. 610.

**) Der Staatsrath erhielt dieſe Befugniß erſt durch art. 14. N° 3. des kaiſerl. Decrets v. 11ten Juni 1806 (über die durch die proviſoriſche Vollſtreckung der Entſcheidung des Priſen-Gerichts nicht aufgehalten. Das Verfahren vor dieſem Gericht war ſchriftlich; auch der Staatsprocurator gab ſeine Anträge ſchriftlich ab (art. 13.). Die Inſtruction des Prozeſſes, das Anlegen der Siegel auf dem eingebrachten Schiff, die Anfertigung des Inventariums, die Vernehmung der Zeugen u. ſ. f. geſchah durch den Verwaltungs-Beamten des Hafens, wo die Priſe eingebracht war (art. 8.). Er mußte indeſſen den erſten Vorſteher der Douanen, und einen Bevollmächtigten desjenigen, der die Priſe gemacht hatte, zuziehn. *) Dieſer Verwaltungs-Beamte des Hafens erkannte ſogar (art. 9.), wenn ſich aus der Inſtruction ergab, daß die Priſe offenbar feindliches Eigenthum, oder unter feindlicher Flagge genommen war, und keine Einrede gemacht ward, vorläufig, jedoch unter Zuziehung von noch zwei andern Beamten, **) denen ebenfalls eine Stimme zukam, über die Gültigkeit der Wegnahme. Ward dieſe anerkannt, und es geſchah innerhalb zehn Tagen noch kein Einſpruch, ſo ward (art. 11.) die Priſe verkauft. In jedem andern Fall aber wurden (art. 12.) alle Acten an das Secretariat des Priſen-Gerichts eingeſchickt, welches dann näher entſchied. Der Verkauf des gekaperten Schiffs nebſt der Ladung deſſelben geſchah (art. 14.) auf Betreiben der Partheien- allein unter Mitwirkung und in Gegenwart des Verwaltungs-Beamten der Marine, des Vorſtehers der Douanen und eines Bevollmächtigten der Mannſchaft des Kapers, der die Priſe gemacht hatte. Die aus dieſem Verkauf eingehenden Gelder ſollten einſtweilen

---

Organiſation des Staatsraths) (Desen. tom. II. p. 7.). Nach dem Arreté vom 6ten Germinal hatte ein ſolcher Recurs nicht Statt, wie, außer dem gänzlichen Stillſchweigen des genannten Decrets, ganz ungezweifelt aus dem am 11ten Januar 1808 bekannt gemachten Gutachten des Staatsraths deutlich erhellt (Desen, tom. XV. p 612.).

*) Dieſes Alles iſt näher beſtätigt und erläutert durch tit. II. chap. 2. des Arreté v. 2ten Prair. J. 11 (22ten Mai 1803.). Desen tom. XV. p. 589.

**) le contrôleur de la marine et le commissaire de l'inscription maritime.

(art. 15.) in der Caſſa der Invaliden der Marine niedergelegt werden. Die Auseinanderſetzung der Liquidationen bei Priſen, welche von den Schiffen des Staats oder auch von dieſen in Verbindung mit einem Kaper aufgebracht waren, geſchah durch den Verwaltungs-Beamten des Hafens; die Entſcheidung der darüber entſtehenden Streitigkeiten gehörte dem Seeminiſter (art. 16, 18.). In dem Fall ein Kaper ohne die Mitwirkung der Schiffe des Staats die Priſe gemacht hatte, geſchah die Liquidation und die Entſcheidung der desfallſigen Streitigkeiten auf dem gewöhnlichen Weg (art. 17.). An dem Ertrag des Verkaufs einer Priſe hat die Schiffsmannſchaft des Kapers, welche dieſelbe aufgebracht hat, ebenfalls einen beſtimmten Antheil. Der Conſular-Beſchluß vom 2ten Prairial J. 11 (22ten Mai 1803) *) ſchreibt (tit. II. chap. V.) für die Vertheilung deſſelben unter die Einzelnen ein beſtimmtes Verfahren vor. Nämlich in dem Sitzungsſaal des Handels-Gerichts und in Gegenwart der Mitglieder deſſelben, ſo wie des Commiſſairs für die Werbung zum Seedienſt (commissaire à l'inscription maritime) wird (art. 99.) eine Verſammlung von ſieben Offizieren der Schiffsmannſchaft des Kapers **), den Capitain eingeſchloſſen, veranſtaltet, um über den einem Jeden nach ſeinem Verdienſt und ſeiner Arbeit zukommenden Antheil zu beſtimmen. Sie müſſen ſich indeſſen hierbei an gewiſſe feſte Sätze (art. 101.) halten, über welche ſie den Antheil der Einzelnen nicht erhöhen dürfen. Die Entſcheidung dieſer Verſammlung wird (art. 103.) auf dem Secretariat des Handels-Gerichts niedergelegt, und (art. 104.) ohne weiters in Vollſtreckung geſetzt. Kein Tribunal darf eine Klage gegen daſſelbe annehmen.

Das durch den Conſular-Beſchluß v. 6ten Germinal J. 12 geſchaffene Priſen-Gericht ward durch das kaiſerl. Decret vom 8ten Mai 1806 ***) wieder aufgehoben, und die Befugniſſe deſſelben wurden dem Juſtiz-Miniſter beigelegt. Auch dieſem wurden ſie, nach der Reſtauration, durch die königl. Verordnung vom 8ten Juni 1814 wieder abgenommen und dem Seeminiſter übertragen.

---

*) Desen. tom. XV. p. 589.

**) Die Vertheilung unter die Mannſchaft der Kriegsſchiffe geſchieht nach andern Regeln.

***) Dieſes Decret enthält die wenigen Worte: „Le conseil des prises est placé dans les attributions du grand-juge ministre de la justice.“ Dessen. tom. XV. p. 641.

IX. Die Zollgerichte (jurisdictions des traites, ſpäterhin tribunaux de douanes, cours prévôtales). — Die Könige des erſten Geſchlechts ließen, wie es ſcheint, die meiſten von den Römern eingeführten Abgaben beſtehn, und erhoben dieſelben zu ihrem eignen Vortheil. Dieſes gilt auch von dem Zoll oder derjenigen Abgabe, die man teloneum nannte. Schon Chlotar der zweite befahl durch ſein Edict *) vom J. 615 Art. 9, daß dieſe Abgabe, wo ſie früher gebräuchlich geweſen, fortbeſtehn ſollte. Dieſelbe Beſtimmung findet ſich an mehrern Stellen der Capitularien (z. B. Capitular. Carol. M. a. 779 cap. 18, ap. Baluz tom. I. p. 194, 198; Capitular. Carol. M. a. 805 cap. 13 ibid. p. 426) wieder. Unter dem Ausdruck teloneum ſcheint man zuweilen eine Auflage auf den Verkauf oder das öffentliche Ausſtellen der Waaren **) verſtanden zu haben. In den meiſten Fällen verſtand man aber darunter die Abgabe, welche Kaufleute, die ihre Waaren verführten, für den

---

*) ap. Baluz tom. I. p. 22, 23 art. 9. De teloneo, ut per ea loca debeat exigi, vel de speciebus ipsis de quibus praecedentium principum tempore, id est usque ad transitum bonae memoriae domnorum parentum nostrorum, Gunthramni, Chilperici, Sigeberti regum est exactum."

**) Capitular Ludovic. Pü. a. 820 Capitul. I. (ap. Baluz. tom. I. p. 621) „Volumus . . . ., ut nullus teloneum exigat, nisi in mercatibus ubi communia commercia emuntur ac venundantur; neque in pontibus nisi ubi antiquitus telonea exigebantur, neque in ripis aquarum ubi tantum naves solent aliquibus noctibus manere . . . . nec alicubi, nisi tantum ubi aliquid emitur aut venditur quâlibet causâ res ad communem usum pertinens etc." In dieſem Sinne genommen entſpricht teloneum dem Franzöſ. tonnelieu oder tonlieu. M. ſ. den Vorbericht des Grafen Paſtoret zu tom. XVI. d. ordon. p. 45.

Gebrauch eines Wegs, einer Brücke u. ſ. f. bezahlen mußten. Carl der Große verbot daher dieſe Abgabe anders als da zu nehmen, wo den Reiſenden wirklich eine Hilfe oder Dienſt geleiſtet ward *). Die Einnehmer derſelben, welche telonarii oder telonearii hießen, erlaubten ſich dabei allerlei Bedrückungen. Sie nöthigten die Reiſenden nur an den Stellen, wo ein Zoll bezahlt ward, über die Flüſſe zu ſetzen, wenn andere ihnen auch viel gelegener waren **). Eben ſo forderten ſie einen beſondern Zoll (rodaticum) von einem mit Rädern verſehnen Fuhrwerk, unter dem Vorwand, daß die Räder in die Wege einſchnitten. Selbſt ein Fußgänger mußte, weil er Staub erregte, eine beſondere Abgabe (pulveraticum) erlegen. Alles dieſes verbot Carl der Große ***). Allein ſein Befehl hierüber ward (wenig-

---

*) Capitular. Carol. M. a. 805 capit. 13 (ap. Baluz tom I. p. 426). De teloneis placet nobis ut antiqua et justa telonea a negotiatoribus exigantur tam de pontibus, quamque et de navigiis seu mercatis. Nova vero sive injusta, ubi vel funes tenduntur, vel cum navibus sub pontibus transitur, seu his similia, in quibus nullum adjutorium iterantibus praestatur, ut non exigantur. Similiter et iam nec de his qui sine negotiandi causa substantiam suam de una domo sua ad aliam, aut ad palatium seu ad exercitum ducunt etc.“ Schon das Capitular des Königs Pipin v. J. 755 beſtimmte dieſes cap. 26 „De teloneis vero sic ordinamus, ut nullus de victualio et carris, que absque negotio sunt, teloneum prehendat. De Sauma similiter ubicunque vadunt. Et de peregrinis similiter constituimus, ut quando propter Deum ad Romam vel alicubi vadunt, sic ordinamus ut ipsos per nullam occasionem ad pontes vel exclusas aut *navigatio* detineatis, nec propter scirpa sua ipsis peregrinis calumnias faciatis, nec ullum teloneum iis tollatis etc.“ (ap. Baluz. tom. I. p. 167, 175).

**) Capitular. a. 809 cap. 19 (ap. Baluz. tom. I. p. 466, 467) „De pontibus et viis, ut nullus ibi teloneum accipiat. Et ut nullus cogatur ad pontem ire ad flumen transeundum propter telonei causam¹, quando ille in alio loco compendiosius illud flumen transire potest.“

***) Capitular. 5tum. a. 803 cap. 22 (ap. Baluz. tom. I. p. 400, 402) „Ut nullus homo praesumat teloneum in ſtens nach ſeinem Tod) nur ſehr ſchlecht befolgt; indem ſich unter den Königen des dritten Geſchlechts dieſelben Abgaben wieder finden, und zwar noch mit der Ausdehnung, daß nicht allein der König, ſondern auch die Grundherrn dieſelben zu ihrem Vortheil erhoben. Philip v. Valois beſtätigte durch ſeine Verordnung v. Juni 1338 Art. 26 alle Adeliche, welche von alten Zeiten her ein Wegegeld (einen Land- oder Waſſerzoll

---

ullo loco accipere nisi ubi antiquitus pontes constructi sunt, et ubi navigia praecurrunt, et antiqua videtur esse consuetudo. Similiter nec rodaticum neque pulveraticum ullus accipere praesumat; quia qui hoc facere tentaverit, bannum dominicum omni modo componere debet.“ Ueber die Bedeutung des Worts pulveraticum finden noch einige Zweifel Statt. M. ſ. Du-Cange ad. voc. Es ſcheint hin und wieder in einer allgemeinern Bedeutung vorzukommen. Daß es in der Regel aber diejenige, die wir angegeben haben, hatte, erhellt daraus, daß es in mehrern Urkunden mit pedagium als gleichdeutend gebraucht wird. So findet man häufig pedagium (pedagicum) seu pulveraticum (pulveragium). In der Dauphiné verſtand man unter pulveraticum die Abgabe, welche die Schafheerden wegen des erregten Staubes dem Grundherrn des Bodens, worüber ſie getrieben wurden, bezahlten. In der Provence erhob man unter demſelben Namen eine Abgabe von den Schafen, welche beim Anfang des Sommers auf die Berge zum weiden getrieben wurden, und im Winter wieder zurückkamen. M. ſ. die Vorrede des Grafen Paſtoret zu Band 16 der Ordon. p. 72. Ueberhaupt war die Zahl der Abgaben, die man wegen der Fortſchaffung der Waaren und Perſonen erlegen mußte, unter den Fränkiſchen Königen eine Legion. Man findet ſie aufgezählt, in der Verordnung von Dagobert über den Markt zu St. Denis (apud Baluz. tom. II. p. 739) „Teloneos, vel navigios, portaticos, pontaticos, rivaticos, rotaticos, vultaticos, themonaticos, cespetaticos, pulveraticos, fraticos, mestaticos, laudaticos, saumaticos, salutaticos omnes, et ex omnibus quidquid ad partem nostram, vel fisco publico de ipso mercato ex ipsa mercimonia exactari potuerat.“ Dieſes ward von dem König Pipin beſtätigt (ibid. p. 965). Ueber die Bedeutung einiger dieſer Worte iſt man noch nicht völlig einig. M. ſ. die einzelnen bei Du-Cange und beſonders die angeführte Vorrede von Paſtoret p. 71 folg.

(péage) erhoben hätten, auch für die Folge in dieſem Recht, welches ſich bis zur Revolution erhielt (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 120, 127 art. 26 „Item concedimus quod nobiles habentes ab antiquo pedagia in terris et fluminibus suis, non impediantur per aliquem seu aliquos de officialibus nostris, quin illa levare possint a mercatoribus per eorum leudarium, seu districtum traeseuntibus, prout hactenus consueverant, licet iidem mercatores a Nobis seu gentibus nostris nomine nostro eis vendentibus emerint res praedictas, non obstantibus literis in contrarium impetratis, nec impedimento a pauco tempore citra, eis apposito in hac parte.“). (M. ſ. n. Choppin d. Doman. Franc. lib. I. tit. 9). Auf den königl. Domainen ward dieſer Zoll ebenfalls erhoben. Nach dem Geſetzbuch Ludwig d. H. (établissem. liv. I. chap. 60, Ordon. tom. I. p. 151) bezahlte kein Edelmann (nus gentilshons) Zoll (oder Wegegeld) coustumes ou paages) für Alles, was er kaufte oder verkaufte, wenn er es nicht um wieder zu verkaufen und dabei zu gewinnen that. Wenn aber ein Bauer über einen Weg, wo man dieſer Abgabe unterworfen war, gieng, ohne ſie zu bezahlen, ſo mußte er (établissem. liv. I. chap. 144) eine Geldſtrafe *) von 60 Stbr. erlegen. Mit den Kaufleuten verfuhr man hierin Etwas glimpflicher. Damals war es noch nicht gebräuchlich, an den Stellen, wo Wegegeld bezahlt werden mußte, Pfähle oder ſonſtige Merkmale zu errichten, ſo daß Jemand wohl nicht wiſſen konnte, ob er Wegegeld zu bezahlen hatte. Wenn nun ein Kaufmann an einer ſolchen Stelle, ohne zu bezahlen, vorübergieng, ſo mußte er ſchwören, daß er dieſes aus Unwiſſenheit gethan hätte, ſonſt verfiel er in die nämliche Strafe wie der Bauer **). Dieſe Abgabe gehörte nicht zu den

---

*) Hons coustumier qui trispasse chemin qui doit paage il en paie soixante sols d'amende à celuy à qui est le chemin.“

**) Etablissem. liv. I. chap. 145 (Ordon. tom. I. p. 227) „Se un marchant trèspasse paage sans paier son paage, et li paagieres le prend et li dit, vous vous en alés sans paier vostre paage, nous volons que vous nous en facez droit et que vous nous en gagiés l'amende. Et cil die en tele manière, Sire je ne savoie mie que bewilligten Steuren (aides), ſondern das Recht ſie zu erheben, ward als Domanial angeſehn (Ferriere Dict. d. D. art. péage). Die meiſten Rechtsgelehrten hielten es für ein dem König als Landesherrn eigenthümlich zukommendes Recht, welches die Grundherrn nicht anders als vermöge eines beſondern Privilegiums des Königs ausüben durften **). Dieſer Grundſatz war auch in den ſpätern Zeiten wenigſtens in ſo fern in die Ausübung übergegangen, daß Grundherrn, welche dieſes Wegegeld

---

je deusse ici endroit point de paage, et en feré ce que je devré. Et ainsi len li püet esgarder que se il ose jurer seur sains (auf die Heil. Evangelien) que il ne savoit que il i eust point de paage, il en fera le gage de sa loy, et si rendra le paage, et à itant sera quites. Et se il ne l'ose jurer, il en paiera soixante S. au paageur. Més marcheant qui va par yaue (eau), et menera chalant, se il s'emble du paage par aucun passage, et l'en le prouvoit, il en perd son chalant, et ce qui est dedens. — Chalant war eine Art von Schiffen, worin man unter andern auch Brod nach Paris brachte. Dieſes letztere ward daher auch pain chaland, die Käufer deſſelben chalands genannt. Dieſen Namen gaben die Kaufleute ſpäter allen ihren Kunden, woher man denn auch noch jetzt „une boutique bien achalandée" ſagt.

*) Choppin. de Doman. Franc. lib. 1 tit. 9 art. 4 „Vectigal origine ipsa jus est Caesarum seu Regum patrimoniale . . . . inde tamen excipe triplicem casum, si nempe inferior Dynasta privilegiario fultus sit principis diplomate aut legis municipalis permissu vectigal exigat, vel possessione nitatur memoriam mortalium superante. (Hier kann man unter vectigal jede Art von Auflage verſtehn. Allein art. 4 heißt es weiter „Praetera gallici sparsim Magnates (les seigneurs territoriaux) vectigalia percipiunt, *pro vectura* mercium seu patria lege suffulti, seu perantiqua exigendi possessione. Cujusmodi nobilium virorum consuetudinem probat Regia constitutio lata a$^{o}$. 1338 [die oben angeführte von Philip von Valois] et 1408. Ferrriere (Dict. d. droit art. péage) behauptet indeſſen, daß das Recht, den Wegezoll zu erheben, ſich blos durch einen unvordenklichen Beſitz nicht erwerben laſſe, ſondern daß dazu nothwendig ein königl. Privilegium erfordert werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erhoben, durch die königl. Verordnungen verpflichtet wurden, die Straßen, Brücken u. ſ. f. in brauchbarem Stand zu erhalten, und ſogar für die Sicherheit derſelben zu ſorgen *). Eben ſo waren ſie gehalten (Ordon. d'Orleans art. 138) allenthalben, wo Wegegeld bezahlt ward, an einem freien und erhabenen Ort eine Tafel aufſchlagen zu laſſen, worauf der Betrag deſſelben im Einzelnen angegeben war.

Auch der Gebruch der Ströme zur Waſſerfracht war, wie man zum Theil ſchon aus den angeführten Stellen der Ordon. erſehn haben wird, gewiſſen Abgaben an den König, an die Grundherrn oder auch wohl an einzelne Städte unterworfen. Der Betrag derſelben beſtimmte ſich nicht allein nach der Art der verführten Waaren, ſondern er ſtieg auch bei gleicher Art derſelben genau im Verhältniß ihres Gewichts. Ludwig der 10te, Sohn v. Philip. d. Schönen, beſtätigte durch ſein Schreiben v. Juli 1315 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 589) eine Uebereinkunft, welche die Beamten des Königs und der Vogt nebſt den Scheffen von Paris und den Deputirten verſchiedener anderer Städte getroffen hatten, nach welcher von allen Waaren, welche von der Brücke von Mante, unter der Brücke von Rouen her, bis ans Meer oder umgekehrt von dieſem bis an die Brücke von Mante die Seine hinauf- oder hinab (tant en montant comme en avalant l'iaue de Saine) verführt wurden, dem König eine gewiſſe Summe als Zoll (par manière de paage) bezahlt ward. Die Abgabe ward von Allen, Fremden und Einheimiſchen genommen; nur Geiſtliche und Adeliche waren (Art. 2), wenn ſie keinen Handel trieben, für die ihnen zugehörigen Waaren frei. Das königl. Schreiben enthält ein ſehr ausführliches

---

**) M. ſ. Ordon. d'Orleans (d. 1560) Art. 107, Ordon. d. Blois (d. 1597) art. 283. Erſterer lautet „Ceux à qui les droicts de péage appartiennent seront tenus entretenir en bonne et deüe réparation les ponts, chemins, et passages, autrement à faute de ce faire: Nous enjoignons à nos procureurs faire saisir, et mettre en nostre main le revenu desdits droicts et iceluy faire employer aux réparations necessaires. Et où il ne suffiroit, répeter les deniers de ceux qui les auront receus jusques à la concurrence desdites réparations,“

Verzeichniß über den Betrag der Abgabe, die für ein beſtimmtes Gewicht jeder einzelnen Waare entrichtet ward, und iſt daher als ein vollſtändiger Zolltarif (vielleicht der älteſte) aus der damaligen Zeit anzuſehn *). Dieſe Abgabe ſollte übrigens (Art. 5) gänzlich aufhören, ſobald ſie, außer der Deckung der Koſten, ſechszigtauſend Livr. Parisis eingebracht hätte. Ueberhaupt bezweckte man durch dieſelbe, ſo wie durch Erhebung des Wegezolls u. ſ. f. weiter Nichts, als die Kaſſe des Königs oder Grundherrn, der ſie erhob, zu bereichern, und es lagen ganz und gar keine Rückſichten auf Handels-Politik, um die Ein- oder Ausfuhr gewiſſer Waaren zu befördern oder zu beſchränken, dabei zum Grunde. Indeſſen hatte ſich die Aufmerkſamkeit der Könige auch ſchon früh auf dieſen letztern wichtigen Gegenſtand gerichtet. Das Ausführen der Waaren aus einem Land in ein anderes ward ſchon in den früheſten Zeiten durch traire (extrahere) **) bezeichnet, woraus ſich nachher das Hauptwort traite, traite foraine gebildet; worunter man die

---

*) Schade, daß er viel zu weitläufig iſt, um ihn hier mittheilen zu können. Er erhält unter andern „Bled, avoine et tout autre grain, Vin de la Somme c'est le muid, quatre sols tournois. Vin françois, le tonnel quarante deniers . . . . harenc blanc, le millier treize deniers, harenc fort le millier dix deniers . . . . Morue et Congres salés le Cent deux sols six deniers . . . . Charbon de terre la poise quatorze deniers etc.“

**) In dieſem Sinn kommt es ſchon in der Verordnung Ludwigs des H. vom Dec. 1254 (pour la réformation des moeurs dans le Languedoc et de Langdouil) vor. Ordon. tom. I. p. 65, 74 art. 24. [Item ils [les baillis] ne fissent nuls déffenses de bled, de vin, ou d'autres marchandises traire hors de la terre, sans cause contreignant, et lors o bon conseil moeur (cum bono et maturo consilio et non suspecto), et non soupeconneux soit fait. Et ce que par ce conseil sera fait, ne soit relevé, ne celui durant il ne facent à aucun grace especial. Die Verordnung iſt, weil ſie ebenfalls für die Provinzen der Languedoc gegeben war, in franzöſiſcher und lateiniſcher Sprache zugleich abgefaßt, in welcher letztern man alle für dieſe Provinzen erſcheinenden königl. Befehle abzufaſſen pflegte.

Verführung der Waaren aus einem Land in ein anderes oder aus einer Provinz in eine andere, auch zuweilen die dabei zu entrichtenden Abgaben (droits d'entrée et de sortie) verſtand. Ludwig der H., welcher ſchon den großen Vortheil des reinen Verkehrs einſah, ließ die Einfuhr und Ausfuhr aller Waaren in der Regel unbeſchränkt *). Die unmittelbaren Nachfolger Ludwigs des H. theilten indeſſen hierin ſeine Anſichten gar nicht. Die Maximen, welche ſie hierbei befolgten, waren aber denjenigen der neuern Zeit eben ſo ſehr entgegen. So wie jetzt die Zölle vorzüglich auf der Einfuhr fremder Waaren liegen, ſo wurden ſie in Frankreich, nach den Zeiten Ludwigs des H. und noch ſehr lange nachher, einzig oder doch vorzugsweiſe auf die Ausfuhr gelegt. Man ſah nämlich mehr auf die Erhaltung des Ueberfluſſes und der Wohlfeilheit der Waaren als auf die Ermunterung des Gewerbfleißes und des äußern Handels. Philip der Schöne erließ den 1. Febr. 1304 eine umſtändliche Verordnung **), wodurch die Ausfuhr faſt aller Waaren aus dem

---

*) M. ſ. d. vorige Note. Derſelbige Känig beſtätigte dieſes nochmals durch art. 24 der allgemeinen Verordnung (pour l'utilité du Royaume) gegeben zu Paris i. J. 1256. (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 77, 81.). Aus dieſer letzten Stelle erhellt noch deutlicher, daß die Ausfuhr nicht allein aus einer Provinz in die andere, ſondern auch aus dem Königreich erlaubt war, denn es heißt darin art. 24: „porter . . . . marchandises par nostre Royaume ne hors de nostre Royaume.“

**) (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 422.) Vielleicht iſt es dem Leſer nicht unangenehm, wenn wir aus dieſer Verordnung Einiges, wodurch man die damaligen Anſichten über dieſen Gegenſtand kennen lernt, hier mittheilen. In der Einleitung heißt es: „Liquet cunctis, quod nobis ad regni regimen a deo positis, ex officii necessitate incumbit, quod videntes praesentia attendere debemus media, et ad instar praevisorum sagacium pensemus, quae circa haec, secundum cursum futurorum temporum, de bonis necessariis ad subditorum necessariam sustentationem fuerint ordinanda, ut per subtilem, et deo placentem speculam ac meditationem sedulam nostri Regnicolae temporalibus non destituantur auxiliis, sed ad serviendum deo prompti bonis ipsis competenter

Königreich verboten ward. Der erſte Artikel, welcher deren eine außerordentliche Menge Getreide (bladum), Haber, Gerſte, Weine, Honig, Pfeffer, Ingwer (Gingibrum), Zimmet (Cinamomum), Zucker (Zucara) . . . . . Mandeln, Eiſen, Stahl, Waffen, Pfeile, Tücher, inländiſche und ausländiſche Münzen u. ſ. f.*) als verboten aufführt, ſchließt mit der Beſtimmung, daß alle in dieſem weitläufigen Verzeichniß auch nicht aufgeführten Waaren, gerade ſo als ob ſie darin aufgeführt wären, ohne einen offnen Brief des Königs oder ſeiner Commiſſaire nicht aus dem Land ausgeführt werden dürften. Die Verordnung, welche in Form eines Befehls an alle Zollbeamten des ganzen Reichs (Johanni de Wartignys armigero, etc. Caeterisque Passagiorum et finium regni nostri custodibus in Ambianensi, Caletensi etc. deputatis) gerichtet iſt, legt (art. 2.) denſelben auf, wenn Jemand Waaren auszuführen verſuchte, dieſe

---

valeant sustentari. Et quanquam nostris proximis, nobis et regno nostro benivolis, quos affectu sincero prosequimur bonum gerentes amorem, eos confavere fideliter proponamus: tamen quia ordinata charitas rite in quosquam a se ipsis incipit, crudelitatique proximum existat, agro in qua fons nascitur sitiente, exhinc ad aliorum agrorum usum aquam duci, damnosumque foret ut nostri aemuli et inimici nobis et regno confortentur et consolentur ex ipsis, per hoc deo et justitiae repugnantes ex iis indebite confortari. Ideo circa hoc consulte et de nostrorum fidelium consilio ordinamus secundum deum, rationemque naturalem et justam quae circa haec visa sunt fideliter expedire etc.“ Der Graf Paſtoret führt in der Vorrede zu tom. 16. d. Ordon. art. traite p. 91 noch eine frühere Verordnung Philips des Schönen v. J, 1302 (Ordon. tom. I. p. 351, 352.) an, wodurch nur die Ausfuhr von Lebensmitteln verboten war, worunter indeſſen Tücher nicht begriffen werden ſollten. Allein dieſe an den baillivum Vitriaci gerichtete Verordnung iſt, wie man ſich aus dem Text leicht überzeugen wird, kein allgemeines Geſetz, ſondern eine Maßregel, die wegen des Kriegs und der damaligen Theurung angeordnet ward.

*) Das Verzeichniß iſt leider ebenfalls zu weitläufig, um es hier mittheilen zu können.

eben ſo wie Pferde, Wagen und Geſchirr (equos, quadrigas et hernesia) in Beſchlag zu nehmen, und als dem König verfallen einzuziehn. Nur denjenigen, welche Tücher, Gold, Silber oder andere nicht verbotene Waaren in das Reich eingeführt hatten, war es (art. 3.) erlaubt, dagegen auch bis zu gleichem Werth inländiſches Geld (pecunias nostras modernas aureas, argenteas, vel nigras) oder andere Waaren, deren Ausfuhr nicht verboten war, auszuführen. Die Menge der letztern war eben nicht groß, und begriff bloß (Art. 4.) die Art. 1. nicht ausdrücklich angeführten eßbaren Gewürze (species aromaticae edibiles superius non expressae) worunter Gingibretum pignoletum, ciminum beſonders genannt werden. Nur wenige Tage nach dem Erſcheinen der ſo eben genannten Verordnung (d. 6ten Febr. 1304) erließ der König eine andere (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 424.), worin er mit Beziehung auf die vorige Einen ſeiner Vertrauten (familiarem nostrum) Namens Godfried Coquatrix bevollmächtigt,*) an allen Grenzorten des Königreichs (circa regni passagia) Beamten zur Handhabung der vorigen Verordnung anzuſtellen, gegen die dawider Handelnden die geeigneten Strafen zu erkennen, und eben ſo nach Umſtänden die Erlaubniß zu ertheilen, Waaren nach den befreundeten Ländern auszuführen, ſo wie darüber zu wachen, daß den Feinden durchaus keine Waaren zugeführt, und eben ſo keine denſelben gehörige (namentlich keine Tücher) eingeführt würden.

Hierdurch war alſo ſchon ein General-Zoll-Director, der zugleich die Gerichtsbarkeit in Zollſachen hatte, beſtellt. Durch ein Schreiben Philips des Langen vom 19ten Mai 1321 (Ordon. tom. I. p. 750.), welches an die Zollbeamten (Universis Portuum et Passagiornm nostrorum custodibus) gerichtet iſt, ward das Verbot der Waaren-Ausfuhr erneuert, vorzüglich in Bezug auf ſolche Waaren, die zur Tuchfabrication (ad artem pannificii) gehören (panni crudi, tinturae). Das Recht, die Ausfuhr gewiſſer Waaren in einzelnen Fällen zu geſtatten, wird nur der Oberrechenkammer beigelegt. Carl der 4te, (der

---

*) „Considerantes . . . . parum esse prohibitionem fecisse predictam, nisi esset qui eam faceret observari.“

Schöne), welcher ebenfalls die Ausfuhr verboten hatte, erließ auf die Vorſtellung mehrerer auswärtigen Geiſtlichen und Adelichen d. 13ten December 1324 eine Verordnung*), wodurch dieſelbe gegen eine Abgabe, deren Betrag ſich nach der Art und dem Gewicht der Waare, richtete, erlaubt ward. Unter Philip v. Valois erſchien d. 16ten Oct. 1340 ebenfalls eine Verordnung (Ordon. tom. II. p. 147.), welche die verſchiedenen Abgaben bei der Ausfuhr feſtſetzte. Durch eine ſpätere Verordnung deſſelben Königs v. 6ten Auguſt 1349 (Ordon. tom. II. p. 305, 309.) ward (Art. 5.) die Ausfuhr der Wolle gänzlich verboten, indem dieſe Ausfuhr die Haupturſache von dem Verfall der Meſſen der Champagne wäre. Insbeſondere blieb die Ausfuhr von Gold, Silber und Geld verboten. Philip v. Valois beſtimmte durch ſeine Verordnung v. 20ten März 1332 (Ordon. tom. II. p. 83) art. 14, daß auch diejenigen, welche Waaren in das Reich einführten, den Werth derſelben nicht in Geld, ſondern nur in andern Waaren ausführen ſollten; nur diejenigen, welche Tücher (draps), Pferde und Pelzwerk ins Reich brachten, durften den Geldwerth derſelben, doch nur in franzöſiſcher Goldmünze (en noz monoies d'or aux quelles nous donnons cours, et non en autres) mit heraus nehmen. Auch die folgenden Könige befolgten noch ſehr lange dieſelbe Handels-Politik. Sie belaſteten die Ausfuhr und ermunterten die Einfuhr. Die Hauptbeſchwerniß, welcher diejenigen, die Waaren einführten, unterworfen waren, beſtand darin, daß ſie dieſelben vorher auf die Meſſen bringen und dort eine gewiſſe Zeit ausſtellen mußten, ehe ſie dieſelben weiter verkaufen durften; wovon es indeſſen auch mancherlei Befreiungen gab.*) Ueberdem durften fremde Kaufleute, welche Waaren nach Paris brachten, ſie nicht in den Häuſern verkaufen, ſondern ſie waren gehalten, ſie auf den öffentlichen Markt zu bringen.**) Uebrigens bezahlten diejenigen, welche Waauen einführten, keine andern Abgaben von dem Verkauf derſelben, als die Einheimiſchen ſelbſt.***) So erhielten die Brabänter durch die

---

*) Die Verordnung ſelbſt ſteht Ordon. tom. II. p. 148. Auch findet ſich Ordon. tom. I. p. 783.) die aus den Regiſtern der Oberrechenkammer (Regist. noster fol. 40.) gezogene Inſtruction, die in Folge derſelben erlaſſen ward. Sie iſt überſchrieben: „Cest l'avis des choses sur quoy imposition se pourroit faire, et de combien et comment, qui seront transportez hors du Royaume, Literae regiae factae sunt super hoc et date decim. 3tio decembr. A$^0$ millesim. trecentes. viges. quarto, et misse in plures partes regni, pro dicta impositione levandâ, eodem mense tunc.

Premier. De chascun tonneau de vin, qui sera trayé hors du Royaume, cil qui l'en traira hors, payera huit sols. Et est à entendre deux queux pour un tonneau, et es lieux ou l'en met pas le vin en tonneau, il sera avalué selon le tonneau. Et est assavoir que és lieux où l'en met Parisis, l'en levera Parisis, et où l'en met tournois, l'en levera tournois . . . . . (Es werden noch mehrere Waaren angeführt) . . . . . . . Item. Tout avoir de pois, pour chascun vingt sols, quatre deniers, et en seront creux les marchands, ou les conduiseurs de dire par leur serment ce qui sera ez balles sans defardeler. Et s'acquiteront ou lieu, d'où il se partiront, et de tel acquit porteront lettres aux gardes qui sont establis sur les fins du Royaume. Et est assavoir que l'en ne payera rien des marchandises qui se face au desouz de vingt sols. Et à ce mesme prix poiera l'en des chevaux etc.“

---

*) Die brabäntiſchen Kaufleute erhielten eine ſolche Befreiung durch einen Brief Philips d. Schönen v. 20ten Jul. 1304 (Ordon. tom. I. p. 414.). Daſſelbe erhielten die Kaufleute von Venedig auf das Geſuch ihres Dogen v. Johan d. Zweiten i. J. 1351. (Ordon. tom. IV, p. 110.)

**) M. ſ. unter andern die Polizei-Ordnung für die Stadt Paris v. Johan d. Zweiten (gegeben im Februar 1350) art. 163 (Ordon. tom. II. p. 350, 366.)

***) Sie wurden ſogar oft auch von dieſen Laſten befreit. So erhielten die Caſtilianiſchen Kaufleute von Carl d. Fünften im April 1363 (Ordon. tom. III. p. 435.) die Erlaubniß, ihre ſämmtlichen Waaren in alle Provinzen und Häfen von Frankreich einzuführen, ohne dafür die wegen des Löſegelds des König Johan angeordneten Auflagen zu bezahlen. Eben ſo waren die Kaufleute von Liſſabon und Portugal ſchon i. J. 1310 von Philip v. Valois für ihre Waaren von allen Abgaben, die auf der Ein- oder Aus-

Verordnung vom 25. Juli 1304. die Erlaubniß, ihre Waaren frei ein- und auszuführen gegen Erlegung der gewöhnlichen Gebühren (pedagia et alia deveria consueta solvendo). Auch durften in der Regel diejenigen, welche Waaren einführten, und dieſelben nicht alle verkauften, den Reſt frei ausführen. Für Waaren, die auf die Meſſen gebracht wurden, galt dieſes von je her. In einer etwas ſpätern Zeit, i. J. 1376, wo ſchon die vielen von den Ständen bewilligten Steuern auf dem Verkauf der Waaren lagen, beſtätigte Carl der 5te dieſes durch ſeine Inſtruction über die Zölle vom 13ten Juli d. g. J., wovon wir ſogleich reden werden (Ordon. d. Louv. tom. VI. p. 206, 209.). Durch die Einführung dieſer Hülfsſteuern war die Zollgeſetzgebung und die Erhebung des Zolls außerordentlich erſchwert und verwickelt worden. Dieſelben wurden, wie wir ſchon oft angeführt haben, unter dem König Johan und während der Regentſchaft ſeines Sohns (Carls d. Fünften) zur Führung des Kriegs und Loskaufung des Königs (Johan) von den Ständen bewilligt. Allein, was den Betrag und die Art der Erhebung und Vertheilung derſelben betrifft, ſo hatten nicht alle Provinzen das nämliche bewilligt und gewählt. Die Provinzen der langue d'oc insbeſondere, welche für ſich allein geſtimmt hatten, unterſchieden ſich hierin weſentlich von denjenigen der Langue d'oil. In vielen Provinzen gelang es insbeſondere nicht, die Dauer derſelben nach Beendigung des Kriegs fortzuſetzen, ein Vorzug, in dem ſie ſich bis zur Revolution erhielten. Um ſie dafür zu ſtrafen, wurden ſie in Beziehung auf den Zoll als Ausland angeſehen, was ebenfalls bis zur Revolution fortdauerte.*) Dieſem gemäß mußten alle Waaren, welche in die Provinzen, die dieſe Steuern nicht angenommen

---

fuhr lagen, befreit worden (Ordon. tom. II. p. 157, 160 art. 1.). In den Ordonnanzen finden ſich noch mehrere Beiſpiele ſolcher Befreiungen der Ausländer. — Nur gegen zwei Völker verfuhr man in Frankreich von je her ſehr hart, nämlich gegen die Juden und Lombarden. Ueber das Verfahren gegen die letztern findet man Beilage Lit. C. einiges Nähere.

*) M. ſ. Bresson. hist. financ. d. l. France tom. I. p. 17—22.

hatten, verführt wurden, den Ausfuhr-Zoll — und man kannte damals faſt keinen andern — eben ſo bezahlen, als ob ſie ins Ausland gebracht würden. Die eben angeführte Verordnung Carls des Fünften v. J. 1376 (wo der König Johan lange losgekauft und ſchon todt war) ſpricht daher von der „imposition foraine des denrées ou marchandises prinses par maniere d'achapt ou chargées ou Royaume es païs ou Parties ou lesdites aides ordonnées pour la guerre ont cours, pour porter hors du Royaume, *ou en aucuns lieux ou parties d'icellui Royaume ou lesdites aides n'ont aucun cours ne ne sont point levées etc.*“ Nur diejenigen, welche fremde Waaren, um ſie in Frankreich zu verkaufen, eingeführt hatten, durften (art. 5. der angeführten Verordnung) die eingeführten und nicht verkauften Waaren wieder in ihr Land zurück- und auch in die Provinzen von Frankreich, wo dieſe Steuern nicht eingeführt waren, frei, d. h. ohne den Zoll zu bezahlen, einführen, jedoch gegen einen Schein des Zollpächters an demjenigen Ort von Frankreich, wohin ſie die Waaren gebracht hatten (ou il les auront apportèes); d. h. wo ſie dieſelben zum Verkauf ausgeſtellt hatten. Dagegen mußten (art. 6.) diejenigen, welche Waaren in Frankreich einführten, um ſie wieder auszuführen, ſechs Heller für jeden Livre des Werths (six deniers pour livre*) entrichten. Um jedem Unterſchleif zuvorzukommen mußten (art. 6.) diejenigen, welche bei der Einführung von Waaren angaben, daß ſie dieſelben innerhalb des Reichs zu verkaufen beabſichtigten, darüber bei dem Zollempfänger oder Pächter zu Paris einen Schein löſen und zugleich Sicherheit ſtellen. Die Inſtruction v. J. 1376 **) enthält

---

*) Daß hier unter Livre ein Geld-Werth und nicht ein Pfund zu verſtehen iſt, geht aus ſehr vielen Stellen der Ordon. deutlich hervor. So heißt es z. B. in der Ordon. Johans d. Zweiten v. April 1355. art. 1: „C'est assavoir de chascun tonnel ou muy de vin vendu en gros ou en detail, et de toutes les autres marchandises . . . . . six deniers pour livre à paier etc.“ (Ordon. tom III. p. 678, 679.)

**) Der Sinn dieſer Ordon. iſt hin und wider dunkel. Der Herausgeber des ſechſten Bandes d. Ordon. de Louvüberhaupt mehrere Beſtimmungen, welche zur Kenntniß der damaligen Zoll-Einrichtung wichtig ſind. Die Erhebung der Zölle war ſchon damals in den meiſten Provinzen verpachtet; in einigen hingegen geſchah ſie von königl. Beamten auf Rechnung des Königs oder Staats. Ehemals ſcheint der Zoll an den verſchiednen Orten oder Bureaus, durch welche die Waaren nach und nach geführt wurden, entrichtet worden zu ſeyn. Hierdurch entſtanden allerlei Betrügereien, indem einige Pächter die Sätze hin und wieder etwas ermäßigten, um dadurch die Kaufleute anzulocken, ihren Weg vorzugsweiſe durch die Provinzen, wo ſie die Abgaben erhoben, zu nehmen. Nach der angeführten Inſtruction (art. 2.) ſollten aber dieſe Abgaben in der Diöceſe oder an dem Ort, wo die Waaren aufgeladen wurden, erhoben werden; wenn ſie nämlich entweder ins Ausland oder nach einer Provinz verſendet wurden, wo die Steuern (aides) nicht eingeführt waren. Waren ſie aber für eine Provinz beſtimmt, in welcher dieſe Steuern beſtanden, ſo ſtellte der Kaufmann an dem Aufladungsort Bürgſchaft, daß er die Waaren wirklich nach der angegebenen Provinz bringen würde. Hiermit erhielt er von den Zoll-Beamten einen Begleitſchein (acquit à caution).*) Wenn er dieſen mit der Beſcheinigung der Zollbeamten, daß er wirklich die Waaren an den Beſtimmungs-Ort geliefert habe, zurückbrachte, wurde die früher geſtellte Bürgſchaft frei gegeben.**) — Was die Ausführung der Waare aus dem Königreich betrifft, ſo waren von jeher dafür gewiſſe

---

(Advocat Secouſſe) hat ſie durch einige Bemerkungen zu erklären verſucht, welchen wir hier folgen.

*) Schon die Verordnung des Königs Johan v. 30ten März 1350 (Ordon. tom. II. p. 391, 394.) enthält über dieſe acquits à caution (art. 4) „Sera mandé et deffendu à ceux qui tiennent, ou tiendront les fermes de l'imposition, que des denrées traites, ou menées hors du Royaume, ils ne pregnent ni peussent pendre d'une lettre de caution, que quatre deniers, et d'une lettre de delivrance de ladite caution que qnatre deniers etc.“ M. ſ. u. a. Ordon. tom. V. p. 405, 406, wo von dem Salz-Transport gehandelt wird.

**) Die Stadt Paris genoß hierbei noch beſondere Vorzüge.

Grenzörter beſtimmt, ſo daß dieſelbe an keiner andern Stelle ſtatt finden durfte. Dieſe uralte Regel, welche einige Zeit ſchlecht befolgt werden mochte, ward durch die Verordnung Carls des Sechſten v. 26ten Februar 1398 (Ordon. tom. VIII. p. 123.) wieder hergeſtellt, und zwar ſo, daß die Fuhrleute an dem Ort, wo ſie aufluden, Bürgſchaft ſtellen mußten, die Waaren an den richtigen Grenzort zu bringen, und dort die Abgabe zu bezahlen.

Zur Beaufſichtigung der Aus- und Einfuhr waren, wie wir bereits bemerkt haben, ſchon unter Philip dem Schönen und höchſt wahrſcheinlich noch früher beſondere Beamten beſtellt, welche in dem Befehl dieſes Königs vom 1ten Februar 1304 (Ordon. tom I. p. 422) „Passagiorum et finium Regni nostri custodes“ genannt werden. In dieſem Befehl wird denſelben noch keine eigentliche Gerichtsbarkeit beigelegt, doch wird allen Seneſchallen, Amtmännern u. ſ. f. aufgegeben, den Zollbeamten in allen den Zoll betreffenden Sachen zu gehorchen und Gehorſam zu verſchaffen. Der wenige Tage ſpäter ernannte General-Zolldirector (Gaufriedus Coquatrix) erhielt aber (ibid. p. 424.) das Recht, die geſetzlichen Strafen aufzulegen. Durch eine Verordnung v. J. 1353 welche überſchrieben iſt: „C'est l'instruction et l'usage de l'office des Pors et Passages du Royaume de France“ wird dem Zoll-Director das Erkenntniß in Zolldefraudations-Sachen ausdrücklich beigelegt.*) — Noch im Jahr 1357 gab es nur Einen Zolldirector für ganz Frankreich, welcher in der Verordnung Carls des Fünften v. 4ten September d. J. „maistre de tous les pors et passages“ genannt wird. *) In einem Schreiben des Königs Johan v. 16ten September 1358, welches an den „Maistre-Visiteur général des pors et passages de nostre Royaume“ gerichtet iſt (Ordon. tom. III. p. 254.) bemerkt der König (art. 8.), daß, wie er vernommen, die Zollpächter ſich große Betrügereien erlaubten, mit den Kaufleuten wegen der Ausfuhr der Waaren unterhandelten u. ſ. f., und daß die untern Zollbeamten (subvisiteurs, gardes et autres officiers desdits Ports et Passages) ſich großer Dienſtverbrechen ſchuldig gemacht hätten. Er trägt deshalb dem General-Zolldirector auf, ſie nach gehöriger Unterſuchung bürgerlich (civilement) zu beſtrafen. Und damit die Ausübung der Gerechtigkeit nicht verzögert würde, ſollte der General-Zolldirector ungeachtet aller Einreden, Appellationen u. dgl. bis zum definitiven Urtheil einſchließlich **) fortfahren, und wenn Jemand von dieſem letztern appellirte, ſollte der Zolldirector, ſeine Stellvertreter oder Deputirten ***) die Partheien an das Parlament, wenn dieſes gerade Sitzung hielt= und wenn dieſes nicht wäre, an die Oberrechenkammer verweiſen, die, nach Einſicht des Prozeſſes, der Unterſuchung und des Urtheils ſo wie nach Anhörung der Partheien, gute und ſchnelle Gerechtigkeit zu üben hätte. —

---

*) Ordon. (tom. IV. p. 203.) „art. 9. Les forfaitures de Billon et la punicion de ceux qui le trayent hors du Royaume appartient au maistre des Pors et non à autre. Du Billon pris les gardes ont le quint pour leur droit, et le Roy les quatre parts.“ „Art. 10. Les forfaitures de la Reve (Zoll) ou imposition de quatre deniers pour livre appartient audit maistre et la punicion, combien que les baillis et les seneschaux la occupent. Et les gardes qui les prennent, en ont le quart, et des quatre parts le Roy a la moitié.“

---

*) (Ordon. tom. III. p. 180.) Der König trägt in dieſer Verordnung der Oberrechenkammer auf, zwei oder mehrere „maistres, visiteurs et gardes anzuſtellen. „Comme ou Royaume de France n'ait q'un seul maistre de tous les pors et passages d'iceli Royaume, et pour ce que ledit maistre pour les grans distances des lieux, pays et contrées, ne puet vacquer et se transporter en tous lesdiz pors et passages, et iceulx suffissoument visiter personnelment, combien que il prengne et ait grans gages à cause dudit office etc.“

**) „Jusques à diffinitive sentence.“ — jusq'à iſt nach dem Geiſt der franzöſiſchen Sprache immer einſchließlich zu verſtehn, wie hier insbeſondere aus dem Zuſammenhang deutlich hervorgeht.

***) Der Maistre-Visiteur général wird in dieſer Verordnung mit »Du« angeredet. (ibid. p. 257.) „Nous voulons que tu, tes lieutenans ou deputés“ etc.

Die Amtmänner ſcheinen ſich, ungeachtet der eben angeführten Verordnung v. J. 1353, dennoch häufig die Unterſuchung und Entſcheidung in Zollſachen angemaßt zu haben. Dieſes ward ihnen durch ein königl. Schreiben v. 12ten Juli 1358 (Ordon. tom. III. p. 240.) unter Strafe der königl. Ungnade (sous peine d'encourre en l'indignation de nostredit Seigneur et de nous) verboten, und dem Zolldirector (nostre amé et feál chevalier Guillaume Charles Soumartin, maistre et garde des Ports et Passages dudit Royaume) allein vorbehalten, darüber zu erkennen. Den 22ten April 1383 erließ Carl der Sechſte eine umſtändliche Inſtruction über das Verfahren in Zollſachen. Die Pflichten der Zoll-Beamten (visiteurs généraux und particulieurs), die Fälle in welchen- und die Art, wie die Waaren in Beſchlag genommen werden ſollen, eben ſo wie bei der Vorladung derjenigen, welche gegen die Zollgeſetze gehandelt hatten, zu verfahren ſey u. ſ. f. findet man dort umſtändlich angegeben.*) Eine ſpätere Verordnung deſſelben Königs v.

---

*) Ordon. tom. XII. p. 131. Sie iſt überſchrieben: Instruction et maniere de proceder ou fait de l'office de la Court des Ports et Passaiges du Royaume de France, und an den maistre des Ports et Passaiges du Bailliage de Mascon adreſſirt. Derſelben iſt p. 133 eine beſondere Vorſchrift für die gardes des ports et passaiges du Royaume de France und p. 134, 135, 136 ein Zolltarif beigefügt, der ſich indeſſen nur auf die Amtmannſchaft Maçon zu erſtrecken ſcheint. Alle Waaren bezahlten als Ausfuhrzoll (hier Réve genannt) vier Heller auf einen Livre des Werths. War derjenige, der ſie ausführte ein Lombarde, ſo mußte er die nämliche Summe noch einmal in die Lombarden-Büchſe (à la boëste aux Lombards) bezahlen. Einige namentlich aufgeführte Waaren bezahlten über dem noch eine beſondere Abgabe; Vieh insbeſondere bezahlte den zehnten Theil des Werths (art. 9. De toute beste mangaeble qui est traitte hors du Royaume paye la disime partie; c'est à entendre *des bestes bonnes à manger pour hommes.*). Noch andere Waaren, große Pferde, Renner (corsiérs), Waffen (armeures), rohe Tücher, weiß oder gefärbt (traps crus, blancs ou tains) u. ſ. f. durften ohne beſondere Erlaubniß des Königs oder des Zoll-Directors (maistre des pors) gar nicht ausgeführt

26ten April 1384 (Ordon. tom. XII. p. 142.) legt den General-Zollaufſehern (aux maistres et visiteurs généraux des ports et passages ou à leurs lieutenants) auf, allen Kaufleuten und Zollbeamten, welche gegen die Zollgeſetze handelten, oder die dawider Handelnden begünſtigten, den Proceß zu machen und ſie bürgerlich zu beſtrafen (poursuivre et punir civilement, selon ce que le cas le requerrera, par telle maniere que ce soit exemple aux autres), und zwar (ſo wie ſchon König Johan in ſeinem Schreiben vom 16ten September 1358 [S. 603.] verordnet hatte) den Prozeß bis zum definitiven Urtheil fortzuſetzen, ohne auf die dagegen vorgebrachten Einwendungen, Appellationen u. dgl. zu achten. Erſt nachdem das Urtheil geſprochen, ſollten die Parteien, wenn ſie appelliren wollten, an das Parlament, wenn daſſelbe gerade verſammelt wäre (se il siet), oder ſonſt an die Oberrechenkammer verwieſen werden. Auch dieſer Verordnung ungeachtet fuhren doch viele Amtmänner und Seneſchalle fort, die Entſcheidung der Zoll-Prozeſſe an ſich zu ziehen. Der König ſah ſich daher genöthigt, durch einen neuen Befehl v. 20ten November 1397*) den Amtmännern aufzugeben, daß ſie ſich eines jeden Erkenntniſſes über alle ſowohl Civil- als Criminal-Prozeſſe,**)

---

werden. Die Ausfuhr der Wolle war überdem nur an gewiſſen Orten erlaubt. Der Zoll lag, wie früherhin, nur auf den ausgeführten Waaren, jedoch mit einer einzigen Ausnahme in Beziehung auf die Juden, welche ins Königreich herein wollten. „Art. 6. (p. 134.) Les Juifz et Juives doivent prendre cedules des deputés dudit Royaume, et doivent paier chascun deux Florins pour entrée.“

*) Ordon. d. Louv. tom. XII. p. 191. Sie iſt an alle Juſtizbeamten, und insbeſondere an die Seneſchalle von Toulouſe, Carcaſſone und Beaucaire gerichtet, weßwegen ſie auch in lateiniſcher Sprache verfaßt iſt. Es heißt darin „[asseritis] vos seneschalli tanquam presidentes Provinciarum seu Senescalliarnm predictarum, hoc facere posse potissime, quia aliquotiens asseritis ipsos Magistros nostros abuti Officiis suis etc.“

**) Die frühere Verordnung v. 26ten April 1384 ſpricht nur von bürgerlichen Strafen (punir civilement).

die bei Gelegenheit der Uebertretung der Zollgeſetze entſtänden, enthalten, und dieſe den Zolldirektoren (Magistris Portuum et Passagiorum) überlaſſen ſollten.*)

Auch von den unmittelbar folgenden Königen gibt es mehrere Verordnungen über das Zollweſen. Allein es blieb doch ſehr nahe in demſelben Zuſtand bis zu Franz dem Erſten, unter deſſen Regierung überhaupt die ganze Form der Juſtiz und Verwaltung ſich der neueſten (vor der Revolut.), die unter Ludwig d. 14ten ihre vollendete Ausbildung erhielt, ſehr zu nähern anfieng. Dieſer König erließ mehrere Verordnungen über das Zollweſen, wovon die gegeb. zu Tonnere d. 20ten April 1542 die ausführlichſte und wichtigſte iſt.**) Bis dahin ward ein beſtimmter Theil des Werths der Waare (12 Heller für den Livre oder fünf Procent)***) als Zoll entrichtet. Die Schätzung des

---

*) Mit der Geſchäftsführung der Zollgerichte ſcheint der König übrigens auch nicht ſehr zufrieden geweſen zu ſeyn. In einem Schreiben v. 13ten Mai 1396, welches an den Seneſchall v. Beaucaire und Nimes gerichtet iſt (Ordon. tom. VIII. p. 69.), ſagt derſelbe, daß, obſchon nach den Verordnungen alle Zollſachen ſchnell und ſummariſch entſchieden werden ſollten, doch bei dem dortigen Zollgericht (en ladite maistrise des pors et passages), die Sachen lange unentſchieden liegen blieben. Ganz insbeſondere wird darin dem Zollrichter (maistre des pors et passages) anbefohlen, keine angehaltenen Waaren frei zu geben, ohne den Controleur hinzu zu ziehn, damit dieſer es in die Regiſter eintrüge.

**) Man findet ſie nebſt mehrern andern Verordnungen deſſelben Königs, ſo wie noch einiger früheren Könige über dieſen Gegenſtand, u. a. in der Samlung von Rebuffe.

***) Dieſes war der alte Satz. Die ſo eben (S. 604 *) angeführte Verordnung Carls des Sechſten, nach welcher nur 4 Heller (deniers) vom Livre des Werths genommen werden ſollten, ſcheint nur für eine beſtimmte Zeit oder noch wahrſcheinlicher nur für eine beſtimmte Provinz oder einen beſtimmten Ausfuhr-Ort gegolten zu haben. Man findet nämlich bei Rebuffe fol. CXI. eine Verordnung, welche die General-Steuerdirectoren (les généraulx conseilliers sur le faict des aydes ordonnées pour la guerre) i. J. 1398, wo Carl der Sechſte noch regierte, für die Stadt

Werths geſchah dabei durch die Zollbeamten; ſo daß die Kaufleute der Willkühr derſelben gänzlich Preis gegeben waren. Franz der Erſte, welcher ſchon in einer frühern Verordnung (gegeben zu Fontainebleau d. 29ten Nov. 1540.) art. 5 verſprochen hatte, daß alle Waaren, die man gewöhnlich aus dem Königreiche auszuführen pflege, angeſchlagen werden ſollten, damit die Kaufleute wüßten, was ſie für eine beſtimmte Quantität derſelben (pour muy [muid,] pour cent, pour balle, ou pour charge) bezahlen müßten, hatte, dieſem Verſprechen gemäß, eine Zuſammenkunft von mehrern Beamten und Kaufleuten von Paris veranſtaltet, welche gemeinſchaftlich den Preis aller im Handel gewöhnlich vorkommenden Waaren feſtſetzten, und darüber einen Zolltarif *) anfertigten, der in die angeführte Verordnung v. J. 1542 aufgenommen worden. Der König ſagt in der Einleitung zu dieſer letztern, daß die Schätzung zum großen Nachtheil ſeiner Kaſſe und nur zur Hälfte des wahren Werths gemacht worden; daß er, in der Hoffnung, die Kaufleute werden den großen Nutzen, der für ſie durch die neue Einrichtung entſtände, erkennend, die Abgaben

---

Rouen gemacht haben, nach welcher (art. 8.) der Zoll (l'imposition foraine) zu 12 Heller für jeden Livre des Werths der Waare feſtgeſetzt wird „ainsi wird noch hinzugefügt, comme es autres lieux hors de Paris." — Auch nach der Zoll-Ordnung Carls d. Achten (gegeb. zu Poiſſy d. 18ten December 1488 bei Rebuffe fol. CXII.) ſollen (art. 1.) für jeden Livre des Werths 12 Heller an Zoll bezahlt werden, mit einziger Ausnahme der Stadt Paris, wo nur 6 Heller für den Livre entrichtet wurden. Daſſelbe, und zwar ohne daß Paris ausgenommen würde, iſt wiederholt in der Verordnung Franz des Erſten v. 29ten Nov. 1540 (bei Rebuffe fol. CXIII.). Art. 1. „que la dicte imposition [foraine] se levera par tout nostre Royaulme, pays et seigneuries soubz nostre main, sur les denrées et marchandises, qui seront menées et conduictes hors d'iceulx *ou es lieux esquels vos aydes n'ont aucun cours*, à la raison de douze deniers pour livre."

*) In dieſem Tarif iſt nicht der Zoll (der Betrag der zu entrichtenden Abgabe), ſondern der Werth der Waare angegeben.

künftighin gewiſſenhaft bezahlen, und ſich aller Unterſchleife und Betrügereien enthalten, einwillige, daß der Ausfuhrzoll einſtweilen (le tout par maniere de provision) nach den im Tarif angegebenen Sätzen und auf die in der Verordnung näher beſtimmte Weiſe erhoben werde. — Früherhin ward nicht nur die Beſtimmung des Werths, ſondern auch der Quantität der Waaren unter großen Quälereien der Kaufleute ausgeübt. Dieſes ging ſo weit, daß man die Tücher mit der Elle ausmaß.*) Allein die Sätze des neuen Tarifs beziehn ſich auf Quantitäten, die ſehr leicht ausgemittelt werden können, entweder auf das Stück, wie bei Vieh, oder auf das Dutzend oder Tauſend, wie bei Häuten, Federn**) oder auf das Faß, den Scheffel (muid, mesure de Paris)***), wie bei Wein, Frucht u. ſ. f. oder auf die Laſt (p. charette)†), oder endlich auf das Gewicht, den Zentner, das Pfund, wie namentlich für Tücher, zur großen Erleichterung der Kaufleute vorgeſchrieben iſt.

Dieſer Tarif, der ſelbſt für die Kenntniß des damaligen Zuſtandes des Handels und Gewerbfleißes nicht unwichtig iſt, begreift eine ziemlich große Menge von Artikeln. Da man aber ſchon damals die Unmöglichkeit einſah, ſie ohne Ausnahme alle aufzuführen, ſo ſollte (nach der Verordnung) der Werth der nicht ausdrücklich angeführten Waaren von den Zollbeamten,

---

*) In der Verordnung heißt es an der Stelle, wo von den Plackereien, welche die Zollbeamten ſich gegen die Kaufleute erlaubten, die Rede iſt: „en ce faisant les [les marchands] contraindre à desbaler et *aulner* les draps, toilles et autres marchandises qui ont accoustumées d'estre aulnées, peser celles qui sont subjectes à poids . . . . . taster et essayer des vins et autres breuvages etc.“ — Der neue Tarif enthält: „Vin de quelque pays, creu ou endroict qu'il soit, quatre livres tournois le muy.“

**) „Plumes d'Autriche [vielleicht d'autruche] en quaisses (caisses) non apprestées, estimées soixante quinze livres tournois, chascun millier.“

***) Der muid (Ohm) hatte 288 Pariſer Pinten oder halbe Maße (pots). Die Pinte faßte 46, 95 Pariſ. Kubikzoll.

†) „Voyrre (verre) en table à faire vitres de toutes couleurs, estimé dix liv. tourn. chascune charrette.“

mit Zuziehung von Sachkundigen, und, wenn es nöthig wäre, des Staatsprocurators, beſtimmt, und der Zoll nach dem Verhältniß von 12 Heller für den Livre entrichtet werden. — Der Handel war ſchon durch eine frühere Verordnung deſſelben Königs (v. 10ten Juni 1541.) von einer großen Laſt befreit worden. Ehmals mußten die Kaufleute, wenn ſie Waaren ins Ausland, oder in die Provinzen, welche den Hülfsſteuern nicht unterworfen waren, verführten, den Zoll an den Orten bezahlen, wo ſie aufluden; und eben ſo mußten ſie, bei der Verführung von Waaren in die Provinzen, wo dieſe Steuern eingeführt waren, an dem Ort der Aufladung Sicherheit ſtellen, daß die Waaren wirklich dahin kämen, und darüber, daß dieſes geſchehn, innerhalb einer gewiſſen Zeit dem Zollamt des Orts, wo ſie aufgeladen hatten, eine Beſcheinigung einreichen.*) Die Kaufleute waren daher, wenn ſie ihre Ballen u. dgl. zurecht machten, genöthigt die Zollbeamten hinzuzurufen, damit dieſe ſich von dem Inhalt überzeugen und demgemäß den Betrag des

---

*) Carl der Sechſte hatte in einem Schreiben v. 24ten Febr. 1391 (Ordon. d. Louv. tom. XII. p. 177.) es den Zollbeamten von Maçon und Carcaſſone verwieſen, daß ſie die Kaufleute zwängen, den Zoll an dem Orte, wo ſie aufluden, zu entrichten, wobei ſie [die Zollbeamten] ſich auf eine alte, nie befolgte Verordnung beriefen „en allegant aucune instruction qui n'à pas esté gardée ne tenue d'ancienneté en ce cas.“ Der König beſtimmt zur nähern Aufkläruug des Sinns dieſer Verordnung (pour oster l'ambiguyté et esclaircir en ceste partie le vray texte desdites ordenance et instruction), daß künftig der Zoll nur an dem Ausfuhrort (sur les pors et passaiges par lesquels lesdites denrées et marchandises seront portées, traites et menées hors de nostredit Royaume) entrichtet werden, daß eben die Kaufleute an den Orten, wo ſie aufluden, für die richtige Bezahlung des Zolls Caution ſtellen, und über die wirkliche Entrichtung deſſelben eine Beſcheininigung beibringen ſollten, worauf ihre Caution wieder frei zu geben wäre. Dieſe Beſtimmung, die denjenigen der früher und ſpäter erſchienenen Verordnungen widerſpricht, und für den Handel ſehr läſtig ſeyn mußte, ſcheint indeſſen nicht lange oder nur in einzelnen Provinzen ausgeübt worden zu ſeyn.

Zolls beſtimmen könnten. Auf die dringenden Vorſtellungen der Kaufleute gab der König indeſſen in der angeführten Verordnung (v. J. 1541) einſtweilen (par maniére de provision) nach, daß es künftig einer ſolchen Caution nicht mehr bedürfe, ſo wie, daß der Zoll überhaupt an den äußerſten Gränzen des Reichs oder derjenigen Provinzen, wo die Steuern eingeführt waren, entrichtet werden ſollte. *) Die neuere Verordnung (v. J. 1542.) beſtätigte dieſes mit dem Zuſatz, daß an den Gränzen des Reichs, und zwar in beſtimmten Städten, zum Wägen und Meſſen der Waaren, zum Empfang des Zolls, ſo wie auch zur Entſcheidung aller darüber entſtehenden Streitigkeiten und Prozeſſe eigene Beamten beſtellt, und daß die Ausfuhr nur durch dieſe beſtimmten Städte erlaubt ſeyn ſollte.

Außer dem eigentlichen Zoll (imposition foraine) ſpricht die Verordnung auch noch von einigen andern Abgaben, (réve, haut passage), die auf der Ausführung der Waaren lagen. Wir haben ſchon oben bemerkt, daß in der Verordnung Carls des Sechſten v. April 1382 (Ordon. tom. XII. p. 151.) unter dem Wort réve der gewöhnliche Zoll verſtanden wird. Allein nach der Verordnung Franz des Erſten war dieſes eben ſo wie haut passage, eine beſondere Abgabe, die theils an gewiſſen Orten, theils auf gewiſſen Waaren außer dem eigentlichen Zoll (l'imposition foraine) bei der Verführung derſelben haftete. Der König beſtimmte, daß auch dieſe Abgaben künftig zugleich mit dem Zoll an den Gränzen entrichtet werden ſollten.**)

---

*) „aux extrémitez de nostredit Royaulme, pays, terres et seigneuries, et aussi des lieux, esquelz *nos aydes ont cours.*“ Die Zollbureaus lagen nicht am Eingang der freien (den Steuern nicht unterworfenen) Provinzen, ſondern an dem Ausgang der andern und den Gränzen des Reichs überhaupt, welches ſich bis zur Revolution erhielt. M. ſ. weiter unten.

**) Im Eingang derſelben heißt es: „Comme de tout temps et d'ancienneté noz prédecesseurs Roys aient accoustumé lever douze deniers pour livre, sur toutes denrées et marchandises sortans hors noz Royaulmes, pais .... ou transportes en noz pays et lieux, ou nos aydes n'ont aucun cours: lequel droict est vulgirement appellé

In Beziehung auf die Provinzen, wo die Hülfsſteuern nicht eingeführt waren, beſtimmt die Verordnung, daß die Bewohner derſelben ſich innerhalb ſechs Monaten vor dem engern Staatsrath (par devant nostré etroict conseil) zu ſtellen und zu erklären hätten, ob ſie ſich den Hülfsſteuern unterwerfen wollten, und daß im Weigerungsfalle alle Waaren beim Eingang in dieſe Provinzen den gewöhnlichen Zoll [d. h. als ob ſie ins Ausland verführt würden] entrichten ſollten.

Die Verordnung legt überdem noch die ordentliche Gerichtsbarkeit erſter Inſtanz in allen Sachen, die ſich auf den Zoll (l'imposition foraine, droict de resve, domaine forain et haut passage) bezögen, den Zollrichtern (maistres des ports) und ihren Stellvertretern (lieutenants) bei, welche indeſſen, um die Zahl der Beamten nicht zu ſehr zu vergrößern, in einigen Provinzen durch die gewöhnlichen Steuerrichter (esleus) erſetzt werden ſollten. Die Appellation von den Ausſprüchen derſelben ging an den Oberſteuerhof (aux gents de noz cours des aydes), der in letzter Inſtanz entſchied.

---

imposition foraine: et en oultre quatre deniers pour livre, et cinq solz Parisis, es lieux de Parisis, et cinq solz Tournois es pays de Tournois pour cueve [cuve], de vin, que l'on appelle droict de resve en aucuns lieux, et es autres domaine forain: aussi sept deniers pour livre, sur aucunes especes de marchandises declairéez en noz anciennes ordonnances, que l'on nomme aussi droict de hault passage etc." — Unter „domaine forain" ſcheint man die Abgaben verſtanden zu haben, die ſchon ſeit uralter Zeit auf dem Transport der Waaren lagen, wogegen „imposition foraine" die erſt ſpäter nach Bewilligung der Hülfsſteuern darauf gelegte Abgabe, die von den Königen mannigfach geändert ward, bezeichnete. Als Heinrich der Zweite i. J. 1549 Zollrichter einſetzte, denen er die Gerichtsbarkeit ſowohl über das „domaine forain" als über die „imposition foraine" beilegte, ward dieſes Edict (Encyclopéd. art. juges des traites tom. IX. p. 16.) nur unter folgender beſchränkender Formel bei dem Parlament einregiſtrirt. „Lecta, publicata et registrata, in quantum tetigit *domanium domini nostri regis* audito procuratore generali." Savary (Dict. d. commerc. art. traite foraine) ſagt über dieſe verſchiedenen Abgaben:

Uebrigens laſtete nach den Beſtimmungen dieſer Verordnung (v. J. 1542.), eben ſo wie in den früheſten Zeiten, der Zoll nicht auf der Einfuhr, ſondern einzig auf der Ausfuhr, wobei indeſſen die Einfuhr gewiſſer Waaren gänzlich verboten blieb. Die Grundeigenthümer und Gutsbeſitzer in Frankreich ſcheinen auch dieſe Beſchränkung des Handels gar nicht gefühlt oder erkannt zu haben: denn die Erlaubniß der freien Ausfuhr gewiſſer Waaren, welche die Könige zuweilen geſtatteten, ward meiſtens nicht auf die Bitten der Einheimiſchen, ſondern von Auswärtigen, welche die franzöſiſchen Weine, Früchte und ſonſtige Erzeugniſſe nöthig hatten, ertheilt. J. J. 1450, unter Carl dem Siebenten, erhoben indeſſen die Stände von Languedoc bittere Klagen über die zu großen Laſten, welche auf der Ausfuhr, beſonders des Viehs, wofür der zehnte Theil des Werths als Abgabe bezahlt ward, hafteten (Ordon. tom. XIV. p. 391 art. 7.). Sie ſtellten vor, daß der Handel dadurch gelähmt würde (ibid. p. 396. art. 17.), und baten um Abhilfe, welche der König auch verſprach (ibid. p. 404.). Allein es dauerte noch ſehr lange, ehe ſich in Frankreich die Grundſätze einer richtigen Handels-Politik feſtſetzten. J. J. 1545 (ebenfalls

---

„La traite foraine sur le pied qu'elle est présentement, contient quatre droits différens, qui ont été réunis en divers temps. Le plus ancien de ces droits est le droit de Resve, en Latin jus regni. Le droit de Passage et le droit d'imposition ou traitte foraine sont aussi des autres droits d'une assez grande antiquité: mais pour la traitte domaniale qui est le quatrième des droits qui se perçoivent à présent *sous le seul nom de traitte foraine*, elle n'est que de Regne de Henri II. qui l'établit en 1577. Cette dernière ne se leve que pour la sortie de quatre sortes de marchandises hors du Royaume, qui sont le blé, le vin, la toile et le pastel. Savary lebte bekanntlich unter Ludwig d. 14ten. Welche Unzahl von Laſten indeſſen ungeachtet der Vereinigung der Rechte (droit de Resve, traitte foraine u. ſ. f.) bis zur Revolution auf dem Transport der Waaren laſtete, erſieht man am Beſten aus art. 2 und 4. des Decrets der Conſtituirenden v. 30ten und 31ten Oct. 1790, welches ſie abſchaffte. (Desen. tom. XV. p. 2.)

unter Franz dem Erſten, ward zwar die Einführung von Material- und Gewürzwaaren (drogueries et épiceries) mit einer Abgabe beſchwert, und eben ſo wurden i. d. J. 1540, 1564, 1566 auf die nach Lyon beſtimmten Waaren gewiſſe Abgaben gelegt. Man beabſichtigte indeſſen dabei nur die Staatscaſſe zu bereichern, und dachte gar nicht daran, den Handel dadurch zu befördern. In dem allgemeinen Reglement, welches der Staatsrath d. 31ten Mai 1607 (unter Heinrich dem Vierten*) über die Zölle erließ, wird ſehr darüber geklagt, daß durch die Nachläſſigkeit ſowohl der Beamten als der Zollpächter der Ertrag der Zölle (les plus anciens et les plus lègitimes revenus de l'état et qui sont le moins à charge à leurs sujets) faſt auf Nichts herabgebracht ſey. Allein davon, daß dadurch der innere Gewerbfleiß gelitten habe, wird gar nicht geredet. Erſt unter Ludwig dem Dreizehnten (unter der Verwaltung des Cardinals Richelieu), wo auch dem Seeweſen zuerſt eine größere Aufmunterung und Unterſtützung von Seiten der Regierung zu Theil ward (M. ſ. S. 538*), fing man an auch über den Landhandel und den Einfluß der Zölle auf denſelben, richtigere Begriffe zu erhalten.**) Das unter der Re-

---

*) Man findet es unter andern in dem Recual alphabet des droits de traites uniformes etc. Avignon 1786. tom. 4iéme. p. 1.

**) Der unter Ludwig d. 13ten i. J. 1620 erſchienene Code Marillac (M. ſ. Th. I. S. 151, 152.) den man vollſtändig in d. Cod. Neron. tom. I. p. 782 findet, enthält ein paar Artikel, die über die geringe Aufmerkſamkeit, welche die Regierung bis dahin dem Handel geſchenkt hatte, einen ſo großen Aufſchluß geben, daß wir glauben, ſie hier mittheilen zu müſſen. Art. 427. „Nous avons suivant nostre édit du mois de juin dernier, interdit et défendu la vente et usage des draps, estames, serges, carisez et autres de manufacture étrangere, afin de donner moyen à nos sujets, de s'appliquer davantage à ce trafic, et enrichir notre Royaume d'autant de deniers qui demeureront en icelui, au lieu qu'ils portoient à l'étranger jusques à des sommes immenses, et sans aucune raison ni commodité, par la seule nonchalance de reconnoitre la facilité qu'il y à de leur procurer gierung dieſes Königs begonnene ward unter der ſeines Nachfolgers, Ludwig d. 14ten fortgeſetzt und faſt vollendet. Dieſer letztere König, von deſſen großen Verdienſten um die geſammte Geſetzgebung und Verwaltung ſo viele unſterbliche Denkmale zeugen, führte auch bei dem Zollweſen wichtige Verbeſſerungen ein, obſchon es ihm nicht gelang, den Grundfehler deſſelben, nämlich die Binnenzölle und die Abſonderung der verſchiedenen Provinzen in zwei ſich gleichſam fremde und feindſelige Länder zu heben. Die wichtigſten Verordnungen dieſes Königs über das Zollweſen, welche, obſchon durch viele ſpätere Edicte, Erklärungen und Beſchlüſſe des Staatsraths u. ſ. f. modificirt, doch bis zur Revolution die Hauptgrundlage der Zollgeſetzgebung bildeten, ſind die v. Juli 1681 (sur toutes les fermes), und vorzüglich die v. Febr. 1687 „sur le fait des cinq grosses fermes;" welche letztere die eigentliche Zollordnung iſt.*) Durch dieſe iſt insbeſondere auch die Competenz der Zollgerichte und das Verfahren vor denſelben näher geregelt. — Ludwig der Vierzehnte, oder vielmehr ſein Miniſter Colbert, von dem alle ſich auf den Handel beziehenden Verordnungen ausgingen, beabſichtigte, einem ſchon lange gehegten Wunſche gemäß, alle innern Zölle aufzuheben, und an die Grenzen des Reichs zu verlegen. Er ſtellte i. J. 1664 einen Zoll-Tarif auf, nach welchem die Ein- und Ausgangs-Rechte für alle Provinzen

---

ce bien en tant qu'il se fait en notre Royaume de toutes sortes de draps et étoffes de laines, meilleures et de meilleur usage qu'en aucun autre." (Man vergleiche hiermit den gleich folgenden Artikel 428, deſſen Text ſchon oben S. 538* vollſtändig angeführt worden.)

*) Unter dem angeführten Titel möchte man ſich freilich nicht leicht eine Zollordnung denken. Allein der Grund dieſer Benennung wird aus dem ſogleich Folgenden deutlich erhellen. Dieſe Verordnung enthält 14 Titel, wovon, in Beziehung auf das gerichtliche Verfahren in Zollſachen der eilfte (Des saisies), zwölfte (De la jurisdiction des juges des droits de sortie et d'entrée), der dreizehnte (Des amendes et confiscations), und vierzehnte (De la police générale de la ferme des droits de sortie et d'entrée) die wichtigſten ſind.

des Reichs gleich, dagegen aber auch alle denſelben Hülfsſteuern (aides) unterworfen ſeyn ſollten. Allein mit Ausnahme einer einzigen *) weigerten ſich ſämmtliche Provinzen, worin die Steuern nicht eingeführt waren, den Tarif von 1664 anzunehmen, ſo daß Colbert endlich gezwungen ward, nachzugeben.

In den Provinzen, welche die Hülfsſteuern bezahlten, war die Einnahme derſelben zuletzt nach Verſchiedenheit der Gegenſtände in fünf großen Abtheilungen (cinq grosses fermes) verpachtet. **) Dieſelben wurden daher auch die Provinzen der fünf großen Pachtungen (proviuces des cinq grosses fermes) genannt, wogegen man die andern mit dem Namen »als fremd angeſehene Provinzen (provinces réputées étrangeres)« be-

---

*) Von Beaujolois, welches überdem den Tarif erſt i. J. 1717 annahm. — Necker (de l'administrat. des financ. tom. II. chap. 4. p, 167.) ſagt in Beziehung auf dieſen mißlungenen Verſuch Colberts „Il auroit trouvé moins d'obstacles, s'il avoit fait choix d'un tarif plus simple et *plus modéré*, et s'il n'eut pas voulu conserver, en même tems, plusieurs droits locaux, dont le revenu n'étoit pas proportionné à l'acroissement de charge et d'incommodité, qui en résultoit pour le commerce.“

**) Die Einnahme der Steuern (aides) war, wie ſchon früher bemerkt worden, in Frankreich ſeit der Regierung des dritten Geſchlechts bis zur Revolution faſt allezeit verpachtet (jedoch mit Ausnahme der taille, der capitation und vingtiemé). Ehemals waren alle dieſe Steuern einzeln und nur auf ein Jahr verpachtet. Die erſte Pacht (ferme génerale) aller Steuren ward (unter Heinrich d. Vierten) d. 4ten März 1604 mit Drouart-du-Bouchet und zwar auf mehrere Jahre geſchloſſen, welchem ſchon den folgenden 15ten Mai Johan Moiſſet ſubſtituirt ward. (Merlin répert. art. aides). In dem allgemeinen Reglement über die Zölle v. 31ten Mai 1607 ward Carl Duham als General-Pächter (fermier général des cinq grosses fermes de France, la douane de Lyon y comprise) aufgeführt, wo alſo die fünf großen Pachtungen dem Namen und der Sache nach ſicher noch beſtanden. Die Contracte, die man mit dieſen General-Pächtern ſchloß, ſind für die Kenntniß der franzöſiſchen Steuerordnung ſehr wichtig. Die vor dem Jahre 1663 geſchloſſenen Contracte enthielten nur eine einfache Aufzählung der Abgaben, ohne in die Art der zeichnete, eine Benennung, unter welcher beide ſchon in dem oben angeführten allgemeinen Zoll-Reglement vom letzten Mai 1607 (M. ſ. d. Eingang und Art. 13 deſſelben) vorkommen. Zu den erſten Provinzen, welche man auch zuweilen, ohne weitern Zuſatz, die fünf großen Pachtungen (les cinq grosses fermes) nannte, gehörten vorzüglich die nördlichen und die ſchon lange der Krone zugehörigen Provinzen*) (die der langue d'oil).

---

Erhebung und Beitreibung näher einzugehn. Der im Jahre 1663 den 25ten September mit dem General-Pächter Rouvelin geſchloſſene Contract war der erſte, wo die Abgaben nach ihrer verſchiedenen Natur claſſificirt und die Vorſchriften für die Einnahme und Beitreibung, ſo wie für die ganze Verwaltung beſtimmt angegeben ſind. Die Pacht-Contracte galten, wenn ſie bei den Gerichtshöfen einregiſtrirt waren, als allgemeine geſetzliche Norm in Beziehung auf die Erhebung der darin angeführten Steuren (aides). Zwei Verordnungen v. J. 1680, eine für den Steuerhof von Paris, die andere für den von Rouen, endlich die Verordnung (v. Juli 1681) für alle Pachtungen von Steuern (pour toutes les fermes) ſtellten alle in den frühern Pacht-Contracten enthaltenen und auch ſonſt über dieſen Gegenſtand erſchienenen geſetzlichen Beſtimmungen zuſammen. — Gewöhnlich war es eine ganze Geſellſchaft, welche die Einnahme der Steuern anpachtete, — denn das Vermögen eines Einzelnen würde zur Beſtreitung der großen Ausgaben und Vorſchüſſe nicht hingereicht haben; — allein es ſtellte ſich doch einer, meiſtens ein Strohmann (homme de paille) als einzigen Pächter dar. Einige Mitglieder bekümmerten ſich gar nicht um die Verwaltung, ſondern ſchoſſen nur andern Mitgliedern das nöthige Geld vor und erhielten ſo einen verhältnißmäßigen Antheil am Gewinn. Dieſe nannte man „croupiers“ und ihren Antheil, der ihnen von den einzelnen Mitgliedern ausbezahlt wurde, „croupe.“ Sogar Penſionen waren auf den Gewinn einzelner, beſtimmter Mitglieder angewieſen (Bresson hist. financ. d. l. France tom. I. p. 50—58.

*) Nach Tit. I. art. 3 der ordon. d. 1687 gehörten folgende Provinzen zu den fünf großen Pachtungen: die Normandie, Picardie, Champagne, Burgund, Breſſe, Bourbonnois, Berri, Poitou, das Land Aunis (pais d'Aunis), Anjou und Maine mit allen von denſelben eingeſchloſſenen Provinzen, zu welchen letztern man Isle de France, Beauce,

Die letztern (als fremd angeſehnen) waren vorzüglich die ſüdlichen (die der langue d'oc) und einige ſpäter mit dem Reich vereinigten, wie die Bretagne, Franche-Comté, Artois u. ſ. f.*) Endlich kamen noch die drei Bisthümer (Metz, Toul und Verdun), eben ſo Elſaß und Lothringen, in der Fiscal-Sprache unter dem Namen »wirkliches Ausland (étranger effectiv)« vor. Dieſe letztern ſtanden gemäß der Einrichtung, die man bei ihrer Vereinigung mit Frankreich vorfand, mit dem Ausland in ganz freier Verbindung, ſo daß in denſelben die Zoll-Bureaus an den innern Gränzen, wo ſie nämlich an Frankreich ſtießen, angelegt waren.**) Zu dieſen drei Abtheilungen kam noch eine vierte, nämlich die Seeſtädte Marſeille, Dünkirchen, Bayonne und Orient, welche vier als Freihäfen ganz und gar keinen Zoll bezahlten (M. ſ. Necker a. l. c. p. 169 Not. 11 und Merlin Répert. art. port franc.; Pardessus cours. d. Dr. Commerc. tom. I. p. 62, 63.). Ueberdem genoſſen noch ſehr viele Städte und Oerter einzelne Privilegien (daß ſie z. B. für die zu ihrem Verbrauch beſtimmten Waaren keinen Eingangszoll zu entrichten brauchten u. dgl.), die alle aufzuzählen unmöglich iſt (M. ſ. darüber das ſchon oft angeführte Recueil alphabet. d. droits de traites in den einzelnen Artikeln).***)

---

Orleannois, Touraine, Perche, Bugey u. ſ. f. rechnete. Auch Beaujolois und Dombe (letzteres nach einer königlichen Erklärung v. 15ten November 1768) gehörten unter dieſelbe Kathegorie der fünf großen Pachtungen.

*) Die als fremd angeſehenen Provinzen waren: Lyonnois und Forez, die Dauphiné, Provence (mit Ausnahme von Marſeille und ſeinem Gebiet), Languedoc, die Grafſchaft Foix, Rouſſillon, Guyenne, Gascogne, Saintonge, die Inſeln Rhé und Oleron, Flandern, Hennegau, Artois, Cambreſis, die Bretagne und Franche-Comté. Necker de l'administrat. d. financ. tom II. chap. 4. p. 168. M. vgl. Reglem. d. 1607 art. 13.

**) Necker ibid. p. 169.

***) Ordon. d. 1681 tit. commun. art. 2, welche in Beziehung auf die Steuern alle in der angeführten Verordnung und in denjenigen vom Mai und Junius 1680 nicht

Der Handel zwiſchen den Provinzen der fünf großen Pachtungen ſowohl zu Waſſer als zu Land war durchaus keiner Zollabgabe unterworfen, ſelbſt wenn die Waaren, um aus einer dieſer Provinzen in die andere zu kommen, durch das Gebiet der als fremd angeſehenen Provinzen gebracht werden mußten (Ordon. d. 1687 tit. I. art. 4). Diejenigen Waaren hingegen, welche man entweder aus dem Ausland oder aus einer als fremd angeſehenen Provinz in eine der Provinzen der fünf großen Pachtungen einführte, waren dem Zoll unterworfen. Blieben ſie in derjenigen Provinz der fünf großen Pachtungen, in welche ſie zuerſt eingeführt wurden, ſo bezahlten ſie nur den Eingangszoll (droit d'entrée); wurden ſie aber wieder ausgeführt, ſo bezahlten ſie überdem den Ausgangszoll und zwar ohne allen Abzug der Local-Abgaben, welche bei dem Durchgang der Waaren durch die als fremd angeſehenen Provinzen ſchon darauf bezahlt waren (id. art.). Wurden ſie nacheinander in mehrere Provinzen der fünf großen Pachtungen ein- und ausgeführt, ſo bezahlten ſie den Ein- und Ausfuhrzoll ſo oft, als ſie aus- und eingiengen.

Die Zollbureaus ſowohl für die Ein- als Ausgangszölle lagen nicht in den als fremd angeſehenen Provinzen, ſondern in den zu den fünf großen Pachtungen gehörigen und zwar an den äußerſten Gränzen derſelben. Gewöhnlich lagen längs dem Weg, den die aus- und eingehenden Waaren nehmen mußten, dieſer Bureaus mehrere hinter einander, ſo daß die Provinzen der fünf großen Pachtungen von mehreren Linien ſolcher Bureaus eingeſchloſſen waren, die ſich einander controlirten. Das Bureau, welches zunächſt an der Gränze lag, hieß das

---

ausdrücklich aufgeführten Privilegien aufhebt, beſtätigt doch die den verſchiedenen Städten, Burgen und Pfarreien von den vorigen Königen (en vertu des lettres de concession des Rois nos prédecesseurs) ertheilten Freiheiten, in deren Beſitz ſie ſich bis dahin erhalten hätten, jedoch mit Ausnahme der Abgaben und Steuern, die erſt nach der Ertheilung oder Beſtätigung dieſer Freibriefe eingeführt worden worden wären. Einige dieſer Briefe ſprechen zwar von „droits mis et à mettre." Man ſcheint es aber nur in dem eben angeführten beſchränkten Sinne genommen zu haben.

erſte Eingangs- oder auch das letzte Ausgangs-Bureau (prémier bureau d'entrée ou dernier bureau de sortie des prov. d. cinq g. f.). Dagegen nannte man das Bureau, welches am weiteſten in die Provinzen der fünf großen Pachtungen hinein- alſo am weiteſten von den übrigen Provinzen entfernt lag, erſtes Ausgangs- oder letztes Eingangs-Bureau; ſo daß dieſe Benennungen (Ein- oder Ausgang) ſich durchaus auf die Provinzen der fünf großen Pachtungen bezogen. Noch gab es einige Stellen, wo der Handel minder lebhaft war und wo ſich für den Ein- und Ausfuhrzoll nur ein einziges Bureau ein ſogenanntes Neben- oder Hülfs-Bureau (bureau de conserve) befand. Dieſe Neben-Bureaus dienten nur für den Handel, der in der Nähe der Gränzen der fünf großen Provinzen zwiſchen den Nachbarn mit ihren eigenen Erzeugniſſen getrieben ward.*) Die Fuhr- oder Kaufleute**) waren (tit. II. art. 1, 2, 3, 4.) unter Verluſt der Waaren und des Fuhrwerks und einer Geldſtrafe von dreihundert Livres verpflichtet, die Waaren, ſie mochten dem Zoll unterworfen ſeyn oder nicht,

---

*) Ordon. d. 1687 tit. II. 22. „Nos droits seront payés dans les bureaux de conserve pour les marchandises du *crû des environs* qui en sortiront ou qui y entreront pour l'usage et la consommation des habitants, à l'égard desquelles seulement ils seront reputès bureaux de recette, et les voituriers qui conduiront des marchandises destinées pour passer plus avant dans les provinces de l'étendue de la ferme, seront tenus d'y faire leurs soumissions de payer nos droits au prémier bureau de recette qui sera trouvé sur la route, sur les peines portées par l'art. 1er.

**) Dem Zollpächter und ſeinen Angeſtellten ſtand es frei, ſich wegen der Confiſcation der Waaren u. ſ. f. entweder an den Eigenthümer derſelben oder denjenigen, der ſie verführte, den Fuhrmann, Schiffer u. ſ. f. zu halten. Tit. comm. de l'ordon. d. 1681 art. 29 „La confiscation des marchandises pourra être poursuivie avec les voituriers et autres préposés à la conduite, auteurs de la fraude, sans que la fermier de nos droits soit tenu de mettre en cause les propriètaires, quoiqu'ils soient indiqués; comme aussi la confiscation des voitures, charrettes, bateaux, chevaux et équipages, pourra ètre (tit. VI. art. 4.) bei dem Ein- oder Ausgang aus den Provinzen der fünf großen Pachtungen geradezu an das erſte Ein- oder Ausgangs-Bureau zu führen und dort ein von dem Eigenthümer der Waaren oder ſeinem Factor ſchriftlich aufgeſetztes Verzeichniß derſelben zurück zu laſſen, oder auch eine mündliche Erklärung über dieſelben nach ihrer Qualität, über die Nummern und Zeichen der Ballen, den Aufladungs- und Beſtimmungs-Ort, ſo wie den Namen des Verkäufers und Käufers abzugeben (tit. II. art. 3, 4.).*) Nach abgegebener Erklärung ſchritten (tit. II. art. 8.) die Zollbeamten zur Unterſuchung der Waaren, zur Beſtimmung des Gewichts, Maßes u. ſ. f. derſelben. Fand ſich das Reſultat übereinſtimmend mit der abgegebenen Erklärung, ſo bezahlte derjenige, der die Waaren einführte, den Zoll**) und erhielt einen Schein, eine Quittung (acquit) darüber. — Dieſer Schein enthielt die Qualität und Quantität der verzollten Waaren u. ſ. f., das letzte Eingangs-

---

ordonnée, conjointement avec celle des marchandises, contre les auteurs de la fraude sans que le fermier, de nos droits soit tenu de mettre en cause les voituriers ou autres propriétaires des équipages.“

*) Ueber die Formalitäten dieſer Erklärungen, ſowie auch der Unterſuchung der Waaren und der darüber ausgeſtellten Scheine (acquits) gibt es ſowohl nach der alten als neuen Geſetzgebung eine Menge Vorſchriften und Beſtimmungen, die hier umſtändlicher anzuführen der Zweck dieſer Schrift nicht erlaubt. M. ſ. darüber die Geſetze ſelbſt, die Commentatoren und vorzüglich Merlin Répert. art. acquit, visite. — In den Erklärungen insbeſondere durfte (tit. II. art. 7.), wenn ſie einmal abgegeben waren, Nichts geändert werden, welches indeſſen nach der neuern Geſetzgebung ein wenig anders iſt. M. ſ. unten. — Auch wurde, wenn die angegebene Quantität größer als die wirkliche war, deshalb an den Abgaben Nichts erlaſſen, wenn man nicht nachweiſen konnte, daß die Waaren durch Zufälle, Auslaufen (coulage) u. dgl. verloren hatte.

**) Der Betrag des Zolls war für die meiſten Artikel durch den Tarif von 1661, noch durch einen andern von 1667 und durch viele andere Conſeils-Beſchlüſſe feſtgeſetzt (ordon-

oder Ausfuhr-Bureau, bei welchem ſie vorbeigeführt werden- und ebenſo die Zeit, innerhalb welcher dies geſchehen mußte, und zwar das letztere unter Strafe der Nichtigkeit des Scheins, wenn nicht die Urſache der Verſpätung durch Protocolle in der gehörigen Form nachgewieſen ward (tit. II. art. 16.).

---

d. 1687 tit. I. art. 1.). Was die darin nicht aufgeführten Gegenſtände betrifft, ſo ſollte der Werth derſelben (mêm. tit. art. 6.) durch wechſelſeitige Uebereinkunft (de gré à gré) zwiſchen dem Zollpächter [oder deſſen Angeſtellten] und dem Kaufmann feſtgeſetzt, und fünf Procent von dem Werth derſelben als Zoll bezahlt werden. Bei Waaren von Seide, Gold und Silber, von Haaren, Leinen oder Wolle, welche aus fremden Manufacturen kamen, betrug (mêm. art.) die Abgabe das Doppelte oder zehn Procent. Wenn die Partheien über die Beſtimmung des Werths ſich nicht einigen konnten, ſo ſollte einer der Zollrichter (l'un des juges sur nos droits d'entrée et de sortie), nach der Schätzung von Sachverſtändigen, welche von den Partheien gemeinſchaftlich gewählt oder ſonſt von Amtswegen dafür beſtimmt wurden, auf der Stelle entſcheiden. — Da nach der Verordnung v. J. 1687 auf der zu geringen Angabe des Werths gar keine Strafe ſtand, ſo benutzten die Kaufleute dieſes und gaben meiſtens nur die Hälfte des Werths an; wobei ſie weiter nichts wagten, als daß ſie den Zoll nach dem näher berichtigten Werth bezahlen mußten. Um dieſem Mißbrauch zu ſteuern, wurden durch ein offenes königliches Schreiben vom 2ten Auguſt 1740 die an den Gränzen des Königreichs angeſtellten Zollbeamten berechtigt, die aus der Fremde kommenden und dem Zoll unterworfenen Waaren an ſich zu halten, unter der Bedingung, daß ſie den Kaufleuten den ſechſten Theil über den von denſelben angegebenen Werth bezahlten. Dieſes ward durch verſchiedene ſpätere Beſtimmungen auf alle verzollbaren Waaren, von woher ſie kommen, oder wohin ſie geführt werden mochten, ausgedehnt. Durch einen Beſchluß des Staatsraths vom 16ten September 1785 ward es indeſſen dahin gemäßigt, daß über das Anerbieten der Zollbeamten ein Act aufgenommen und demjenigen, der die Waaren verführte, oder dem Eigenthümer mitgetheilt und mit dem Verkauf der Waaren einen Monat gezögert werden ſollte, innerhalb welcher Friſt die Kaufleute ſich mit den Zollbeamten gütlich verſtehen könnten.

Fand ſich die Angabe in Hinſicht der Qualität der Waaren falſch, ſo wurden (tit. II. art. 13.) alle unter derſelben Factura verſendeten Waaren, die demjenigen, welcher die falſche Erklärung gemacht, und ebenſo das Fuhrwerk, wenn es ihm zugehörte, confiscirt; mit welcher Strafe auch noch immer eine Geldbuße (wenigſtens von 300 Livres), welche die Richter nicht ermäßigen durften, verbunden war (ordon. d. 1681 tit. comm. art. 25.). War die Angabe in Hinſicht der Quantität falſch, ſo ward nach dem angeführten art. 13 nur der zu wenig angegebene Theil confiscirt, welches ſpäter (durch einen offenen Brief v. 30ten September 1723) dahin gemäßigt ward, daß nur im Fall die wirkliche Quantität die angegebene um mehr als ein Zehntheil überſtieg, Alles zu wenig angegebene confiscirt ward. War die Angabe aber nur um ein Zehntheil oder um noch weniger unrichtig, ſo brauchte von dem zu wenig angegebenen nur die gewöhnliche Abgabe entrichtet zu werden ohne weitere Strafe.*) — Waren endlich die Waaren für eine Provinz der großen Pachtungen beſtimmt, wo ſie den Hülfsſteuern unterworfen waren ſo brauchte der Einführende (tit. VI. art. 2.) nur den Betrag der Zoll-Abgabe zu hinterlegen, oder auch Caution zu ſtellen, daß er den vierfachen Betrag derſelben entrichten würde, wenn er nicht innerhalb einer gewiſſen Zeit durch ein Certificat in guter Form nachwieſe, die Waare an den Ort ihrer Beſtimmung gebracht zu haben. Er erhielt über alles dieſes von den Zollbeamten einen beſondern Schein, Begleitſchein (acquit à caution). In demſelben ward, außer der Qualität und Quantität der Waaren u. ſ. f., auch (tit. VI. art. 3, 5.) die Zeit, innerhalb welcher der Verführende die Waaren an den Ort ihrer Beſtimmung bringen und das angegebene Certificat einreichen mußte, beſtimmt angegeben. Sobald dieſelben an dieſem Ort ankamen, mußten ſie (id. tit. art. 6.) geradezu auf das Zollbureau, wenn es an dem Ort eines gab,*) gebracht werden. Hier wurden ſie von Neuem unterſucht, gewogen und gemeſſen, und, wenn ſich alles mit dem in dem Begleitſchein angegebenen übereinſtimmend fand, dabei die Waaren innerhalb der beſtimmten Zeit angekommen waren, ward dem Führer der Waaren ein Certificat ausgeſtellt, gegen welches, wenn er es ebenfalls in der beſtimmten Friſt an das erſte Zoll-Bureau, wovon er den Begleitſchein erhalten hatte, zurückgelangen ließ, die hinterlegte Abgabe zurück- oder die geſtellte Bürgſchaft (für das Vierfache der Abgabe) freigegeben ward. Die Fuhrleute waren (tit. II. art. 17.) in jedem Fall (und zwar unter der Strafe der Confiscation der Waaren und einer Brüchte von 100 Livres) verbunden, die Waaren an alle in ihrem Schein (acquit) bezeichneten Zollbureaus zu führen und ihren Schein dort viſiren zu laſſen. An dem letzten Bureau, wo ſie vorbei kamen, ließen ſie den Schein zurück, wofür ſie einen Gegenſchein (brevet de contrôle) erhielten. In der Regel war es den Zollbeamten (tit. II. art. 19—21.) auch nur an dieſem letzten Zollbureau erlaubt, eine nochmalige Unterſuchung der Waaren vorzunehmen.

---

*) Dieſes galt in der Regel ſowohl für Waaren, die nach dem Stück, als für ſolche, die nach dem Gewicht verzollt wurden; doch mußte bei Weinen, Brandweinen und andern Flüſſigkeiten die Zahl der Tonnen und ſonſtiger Gefäße durchaus richtig ſeyn, oder das nicht Angegebene ward confiscirt.

Für die Ein- und Ausfuhr der Waaren zu Waſſer enthält tit. II. ähnliche Vorſchriften, in Hinſicht welcher wir indeſſen, um nicht zu weitläuftig zu werden, den Leſer auf den Text des Geſetzes verweiſen.

Der Handel innerhalb der von den Zollbureaus eingeſchloſſenen Gränzen, und zwar bis zu einer Entfernung von vier Meilen von dieſen Gränzen war in der Regel ganz frei. Allein diejenigen, welche in den Provinzen der fünf großen Pachtungen Waaren aufluden und ſich damit der Gränze derſelben bis auf vier Meilen näherten, waren (tit. VI. art. 15.) verpflichtet, an dem Zollbureau des Orts, wo ſie aufluden, wenn ſich dort ein ſolches befand,*) oder ſonſt an dem nächſten, das auf ihrem Wege lag (au prémier bureau de leur route), ſich zu melden, die gehörige Erklärung zu machen und einen Begleitſchein (acquit à caution) zu löſen. Die nämliche Verpflichtung hatten (tit. VI. art. 16.) diejenigen, welche in einer Entfernung von weniger als 4 Meilen von der Gränze Waaren aufluden, um ſie an irgend einen Ort in den Provinzen der fünf großen Pachtungen zu führen. Nach tit. IX. art. 7. war in einer Entfernung von weniger als 4 Meilen von der Gränze der fünf großen Pachtungen und von acht Meilen von der Stadt Paris, die Anlage von Lagern und Magazinen (magasins ou entrepôts),**) ſowohl in den genannten Provinzen ſelbſt, als in den als fremd angeſehnen, unter Strafe der Confiscation der Waaren und einer Geldbuße von dreihundert Livres, verboten, welches faſt nur eine Wiederholung von art. 10 des ſchon im Jahr 1607 erlaſſenen allgemeinen Zoll-Reglements iſt.

---

*) An den Orten, wo kein Zollbureau war, konnten (tit. VI. art. 7.) die Richter, Scheffen, Syndike ein Certificat über die Abladung (descente) geben. In der Ausübung ließ man ſogar die Certificate der Pfarrer zu, obſchon die ordon. nicht davon ſpricht.

---

*) Nach tit. II. art. 10 waren diejenigen, welche an einem Ort, wo ſich ein Zollbureau befand, Waaren aufluden, verpflichtet, die Waaren vor der Aufladung auf das Zoll-Bureau zu bringen, ſie dort nach geſchehener Erklärung der Unterſuchung zu unterwerfen und ſie alsdann in Gegenwart der Zollbeamten zu verpacken und aufzuladen. Dieſe Regel ward indeſſen ſtreng nur an Orten, die um weniger als 4 Meilen von der Gränze lagen, beobachtet.

**) Ueber die Bedeutung des Worts „entrepôt," welche die ordon. d. 1687 tit. IX. art. 7 nicht näher beſtimmt, waren Zweifel und Prozeſſe genug entſtanden (M. ſ. den Commentar zu dieſem Artikel und das recueil alphabet de traites tom. IV. p. 159). Ein ſogenannter regulirender (als Norm dienender) Beſchluß (arrêt de réglement) des Oberſteuerhofes v. 13ten Auguſt 1772 beſtimmte art. 3, daß als Magazin oder Entrepot alles in Ballen oder Päcken befindliche und ſelbſt alles Ausgepackte (déballé) angeſehn werden ſollte, wenn es mehr betrug, als zum Bedarf und Verbrauch des Orts (approvisionnement et consommation du lieu) nöthig wäre. Die Zollgeſetzgebung der Conſtituirenden hat dieſes in Etwa geändert. Man ſehe weiter unten und beſonders Merlin' Répert. art. Entrepôt.

In einigen Städten, insbeſondere in Paris, gab es zur Bequemlichkeit der dortigen Kaufleute noch beſondere Bureaus.*) Diejenigen, welche Waaren nach Paris brachten, waren verpflichtet, dieſelben auf das dortige Douanen-Bureau**) zu führen und das Gewöhnliche zu erfüllen. Denjenigen aber, welche Waaren von Paris ausführten, ſtand es nur frei, ſie an dieſem Bureau anzumelden. Hier wurden die Kiſten und Ballen, nach gehöriger Unterſuchung, verbleit (plombés) und konnten alsdann in der Regel nur auf dem letzten Gränz-Bureau von Neuem unterſucht werden. — Die Stadt Lyon genoß bei den Zollabgaben noch ganz beſondere Vorzüge. Für die nach dieſer Stadt beſtimmten Waaren ward, mit Ausnahme von Material- und Gewürz-Waaren, nur ein Theil (in einigen Fällen ein Viertel, in andern die Hälfte) des gewöhnlichen Zolls entrichtet, mit der Verpflichtung jedoch für denjenigen, der ſie verführte, einen Begleitſchein zu nehmen, wodurch er angewieſen ward, den Zoll auf der Douane zu Lyon zu entrichten, welcher die Stelle des übrigen Theils des gewöhnlichen Zolls vertrat (Rec. Alphabet. tom. IV. p. 56, 57.) — Den alten Meßfreiheiten zufolge durften während der Zeit einer jeden Meſſe alle nach fremden Landen beſtimmte Waaren, wenn ſie mit den gehörigen Certificaten der Behörden von Lyon verſehen waren, ohne alle Zollabgabe ausgehn; ſie mußten jedoch vor dem erſten Tag der folgenden Meſſe aus dem Königreich gebracht werden.

---

*) Von dem Bureau von Paris handelt ein eigner Titel (X) der Verordn. v. J. 1687.

**) „au bureau de la douane“ wie es art. 1 dieſes tit. genannt wird. Das Wort douane, im Latein des Mittelalters doana oder duana (M. ſ. Du-Cange ad voc.) ſcheint ein von den Saracenen entlehntes Wort zu ſeyn und bedeutet ſoviel als das Haus des Sultans (domus seu palatium soldani). Im ehemaligen Frankreich führten nicht alle Zollbureaus, ſondern nur das von Paris, von Lyon und von Valence den Namen „douane.“ M. ſ. die Encyclopädie art. „juge des traites“ tom. IX. p. 17; auch Savary Dict. d. comm. art. Douane.

So wie nun aber einige Orte und Gegenden beſondere Begünſtigungen in Hinſicht der Zölle genoſſen, ſo waren andere beſonderen Beſchränkungen unterworfen. Weine und Branntweine, welche aus den Provinzen Anjou, Maine und Thouars (die zu den Provinzen der fünf großen Pachtungen gehörten) durch die Bretagne, ſelbſt in eine andere Provinz der fünf großen Pachtungen eingeführt wurden, mußten (tit. I. art. 5.) den Ausgangszoll bezahlen; eine Anordnung, welche wegen der Leichtigkeit der Schmuggelei*) getroffen ward. In denſelben Provinzen (Maine, Anjou und dem niedern Poitou) nahmen (tit. 7.) die Beamten des Zollpächters an allen um weniger als vier Meilen von der Gränze entfernten Orten jedes Jahr einen Monat vor der Weinleſe ein Inventarium des daſelbſt vorfindlichen Weins auf, und bezeichneten alle Fäſſer mit einem Vorreiſſer (rouanne) oder einem glühenden Eiſen, zu welchem Ende die Eigenthümer verpflichtet waren, den Zollbeamten auf Verlangen ihre Keller, Vorrathskammern u. ſ. f. zu öffnen.**) Von dieſen Weinen durfte durchaus Nichts, ohne einen Erlaubnißſchein der Zollbeamten, aus den Kellern weggebracht werden. Um die nöthige Controle zu halten, nahmen dieſelben in der Regel zweimal im Jahr (vom 1ten März bis zum 15ten April und vom 1ten Auguſt bis zum 15ten September) in den Kellern eine Durchſuchung vor (tit. VII. art. 9.).

---

*) Nach dem Commentar zu dieſem Artikel der Verordnung v. J. 1687 (Recueil alphabet. tom. IV. p. 60) ward dieſe ſo getrieben, daß man die Weine als für Poitou beſtimmt angab, ſie aber in der Bretagne ließ und dafür Weine, die in der Bretagne gewachſen waren, in Poitou einführte.

**) In Beziehung auf die Branntweine fand eine noch ſtärkere Beaufſichtigung ſtatt. Nach art. IV. von tit. VII. mußten diejenigen, welche Branntwein brennen wollten, den Tag, an welchem ſie anfangen und aufhören wollten zu brennen und die Quantität Wein, welche ſie zu verarbeiten beabſichtigten, unter hundert Livres Strafe den Zollbeamten anzeigen, welche bei dem Brennen gegenwärtig ſeyn durften.

Auch diejenigen Gegenſtände, deren Einführung erlaubt war, durften doch nicht an jedem Ort der Gränze, wenn auch ein Zollbureau da war, eingeführt werden; ſondern für gewiſſe Artikel waren beſtimmte Gränzorte feſtgeſetzt, wo einzig die Einfuhr derſelben zugelaſſen war; worüber ein beſonderer Titel (III.) der ordon. d. 1687 handelt. Nach art. 1 ſollten Material- und Gewürzwaaren aus dem Ausland in die Provinzen der fünf großen Pachtungen nur durch die Häfen von Rochelle, Rouen und Calais eingeführt werden. Aus den als fremd angeſehenen Provinzen war die Einfuhr dieſer Waaren nur erlaubt, wenn ſie über Bordeaux, Lyon oder Marſeille kamen. Dieſe Erlaubniß iſt indeſſen ſpäter auf viele andere Häfen ausgedehnt worden. Man beabſichtigte bei dieſer Beſchränkung theils eine genaue Beaufſichtigung und Verhinderung des Einſchwärzens, theils aber ſollten auch Gegenſtände, wofür die Zollabgabe in dem Tarif nicht beſtimmt angegeben war, ſondern deren Werth von den Zollbeamten feſtgeſetzt und dem gemäß der Zoll erhoben ward, ſoviel als möglich gleichförmig abgeſchätzt werden. *)

Die Zollbeamten waren berechtigt, alle Waaren, welche mit Uebertretung der Zollgeſetze verführt wurden, mit Beſchlag zu belegen. Geſchah die Beſchlagnahme an einem Zollbureau, ſo wurden (tit. XI. art. 1) die Waaren dort niedergelegt und der Empfänger oder Controleur des Bureaus zum Aufſeher oder Hüter (gardien) derſelben beſtellt. Fand die Beſchlagnahme nicht an einem Zollbureau, ſondern in einem andern Haus oder Magazin **) ſtatt, ſo konnten (tit. XI. art. 4) die

---

*) So ſetzte die Verordnung v. 1687 (tit. III. art. 3) gewiſſe Zollbureaus feſt, an welchen einzig Pferde in die fünf großen Pachtungen eingeführt werden durften. Nämlich nach dem Tarif v. 1664 ward von Pferden, Füllen, Maulthieren und Mauleſeln, nach Verſchiedenheit ihres Werths, auch eine verſchiedene Abgabe genommen. Als aber durch verſchiedene ſpätere Verordnungen auf alle der nämliche Zoll gelegt ward, ſo fiel auch die frühere Beſchränkung in Hinſicht der Einführungsorte gänzlich weg.

**) „dans une maison ou dans un magasin“ heißt es in dem angeführten Artikel. In der Ausübung verſtand man aber

Waaren, wenn der Kaufmann einen zahlbaren Aufſeher (gardien) ſtellte, in dem Haus, wo man ſie getroffen hatte, verbleiben. Waaren, die man auf freiem Felde in Beſchlag nahm, wurden (mêm. tit. art. 5) nach dem nächſten Bureau, oder, wenn dieſes zu entfernt war, nach der nächſten Stadt gebracht. Die Zollbeamten *) hatten (tit. XIV. art. 10), jeder in dem

---

darunter nicht jedes Haus, wohin man die Waaren, etwa um ſie den Verfolgungen der Zollbeamten zu entziehen, gebracht hatte, ſondern nur ein eigentliches Magazin oder Lager, worin die Waaren gewöhnlich aufbewahrt wurden (Recueil alphabet. d. trait. tom. IV. p. 17.).

*) Um Mißverſtändniſſe zu verhüten, erinnern wir hier noch einmal, daß diejenigen, die hier Zollbeamte genannt werden, keine eigentlichen (vom Staat angeſtellten) Beamten, ſondern nur Angeſtellte des Zollpächters waren, der bei ihrer Wahl faſt unbedingte Freiheit hatte. Nach tit. XIV. art. 8 mußten diejenigen, die der Zollpächter anſtellen wollte, von dem Zollrichter des Orts, wo ſie angeſtellt werden ſollten, vereidet werden und zwar auf bloßes Anfordern des Pächters, ohne Unterſuchung ihrer Sitten und ihres Lebenswandels (sans information de vie et de moeurs) und ohne einen Antrag des Staatsprocurators. Die einzige Bedingung, welcher der angeführte Artikel ſie unterwarf, war, daß ſie wenigſtens zwanzig Jahre alt wären und leſen und ſchreiben könnten. Die letzte Bedingung war indeſſen lange Zeit in der Ausübung unerfüllt geblieben, wegen der großen Schwierigkeit, zu den untern Stellen (den ſogenannten gardes) Subjecte zu finden, welche im Leſen und Schreiben unterrichtet waren. Da aber dadurch ſehr große Mißbräuche veranlaßt wurden (daß nämlich Zollbeamte, die eben ihren Namen unterſchreiben konnten, Protocolle unterſchrieben, die ſie nicht geleſen hatten und nicht leſen konnten), ſo legte der Ober-Steuerhof von Paris durch einen Beſchluß vom 25ten April 1766 dem General-Pächter von Neuem die Verpflichtung auf, ſich nur Leſens- und Schreibens erfahrner Angeſtellter zu bedienen. Dieſes machte indeſſen bei der Zoll-Verwaltung große Schwierigkeiten. Um denſelben zuvorzukommen, erließ der König den 17ten September 1778 ein offenes Schreiben, wodurch in dem Fall, daß die Zollbeamten nicht ſchreiben könnten, die Erfüllung gewiſſer anderer Formalitäten, die Zuziehung des Zollrichters,

Bezirk wo er angeſtellt war, das Recht, in den Läden, Magazinen, Wirthshäuſern, ſo wie in den Wohnungen der Kauf-

---

Staatsprocurators oder anderer im Leſen und Schreiben erfahrener Zollbeamten vorgeſchrieben ward. Den vollſtändigen Text dieſes Schreibens findet man Merl. Répert. art. commis. §. XXIV. [Jetzt müſſen alle Zollbeamten leſen und ſchreiben können, indem nur die von ihnen verfaßten und unterzeichneten Protocolle vor Gericht Glauben haben. M. ſ. d. Geſetz v. 28ten Juli 1791 tit. X. art. 25 (Desen. tom. XV p. 31.)]. In Beziehung auf die Vereidung der Zollbeamten hatten ſpätere (nach der Verordnung v. J. 1687 erlaſſene) Beſtimmungen einige unbedeutende Veränderungen eingeführt, die aber ohne alles allgemeinere Intereſſe ſind (M. ſ. bei Merlin den angeführten Artikel). Alle von dem General-Pächter angeſtellten Beamten wurden zuweilen unter dem allgemeinen Namen „commis“ begriffen, worunter man überhaupt jeden verſteht, der ein Geſchäft im Namen und im Auftrag eines andern, beſonders eines Kaufmanns u. dgl. führt. Vorzugsweiſe verſtand man unter „commis“ diejenigen Angeſtellten, welche die Bureau-Arbeiten verrichteten, den Empfang, die Bücher, Regiſter führten u. dgl. Die untern Beamten, welche die Schleichhändler auf ihren Wegen beobachten und anhalten mußten, wurden „gardes“ Wächter oder Aufſeher genannt. (So heißt es z. B. Ordon. d. 1687 tit. XIV. art. 9 „Les commis à la recette ou contrôle, les visiteurs, gardes et autres employés.“) — Dieſe Wächter waren faſt militäriſch organiſirt, in ſogenannte Brigaden vertheilt und hatten ihre Capitains, Lieutenants u. ſ. f. (So heißt es z. B. tit. XIV. art. 8 „Le fermier ne pourra se servir de *commis, commandants et gardes* etc. Eben ſo ordon. d. 1681 tit. comm. art. 11 „Permettons aux fermiers et sousfermiers de nos droits, aux commis ayant la direction générale de leurs fermes ou départements, commis à la recette ou au contrôle, capitaines et lieutenants de brigade à pied et à cheval, capitaines et lieutenants de pataches (Wachtſchiffe), ensemble aux commis aux exercices (ſo nannte man diejenigen bei der Steuerverwaltung Angeſtellten, welche in den Häuſern, Kellern u. ſ. f. die Unterſuchung vornahmen) et autres ayant serment en justice, de porter épées et autres armes etc.“ (M. ſ. a. Ferrier. Dict. d. Dr. art. commis. des fermes du Roi).

leute Hausunterſuchungen anzuſtellen. Doch mußten dazu derſelben wenigſtens zwei zuſammen ſeyn. Weigerten ſich die Kaufleute, die Zollbeamten einzulaſſen, ſo durften die letztern (mêm. art.) nach gehöriger vergeblicher Aufforderung und auf eine Verordnung des Zollrichters, oder in deſſen Abweſenheit

---

In Beziehung auf die allgemeine Steuerverwaltung gab es ehemals in dem Bezirk eines jeden Steuergerichts ſechs Arten von Angeſtellten, nämlich einen Director, einen General-Empfänger, mehrere beſondere Empfänger und Bureauliſten, ſitzende und wandernde Controleurs (contrôl. sedentaires et ambulans) ſowohl zu Pferd als zu Fuß und Viſitatoren (commis aux exercices) ebenfalls zu Pferd und zu Fuß. Die Verrichtungen dieſer Beamten erhellen theils ſchon aus ihren Namen, theils aus dem früher geſagten. Die beſondern Empfänger hatten den Empfang an den bedeutendern Orten, außer dem Hauptort, wo der General-Empfänger, an welchen auch die andern Empfänger ihre Gelder einſchickten, ihn führte. Die Empfänger an minder bedeutenderen Orten hießen Bureauliſten (buralistes). M. ſ. Merlin Répert. art. Commis aux aides. (Man kann das hier Geſagte noch zu dem S. 371—374 angeführten hinzufügen.) Der General-Pächter war für die amtlichen Handlungen ſeiner Unterpächter und jeder von dieſen für die ſeiner Angeſtellten im Civilweg, jedoch mit Vorbehalt des Recurſes gegen dieſelben, verantwortlich (Ordon. d. 1681 tit. comm. art. 10; Ordon. d. 1687 tit. XIV. art. 17); daher konnte jeder auch die von ihm angeſtellten wieder entlaſſen (Merlin art. commis). Die Zahl der zur Eintreibung der Steuern aller Art Angeſtellten war ſehr groß. Necker de l'administrat. d. financ. tom. I. chap. 7. p. 194, 195) gibt ſie für das Jahr 1784 nach einer ungefähren Schätzung an, wie folgt:

| | |
|---|---|
| Zahl der Perſonen zur Einnahe der Grundſteuer, Kopfſteuer und der Zwanzigſtel (d. l. taille, d. l. capitation et des vingtièmes), welche indeſſen keine Angeſtellten des General-Pächters waren . . . . . | 200,000 |
| Zahl der Perſonen zur Einnahme der Hülfsſteuern der Einkünfte der Domainen, der ſtädtiſchen Octrois u. ſ. f. . . . . . . . | 27,000 |
| Zahl der Perſonen zu Verhinderung des Schleichhandels . . . . . . . | 23,000 |
| Im Ganzen | 250,000 |

des gewöhnlichen Richters des Orts, die Thüren mit Gewalt durch den erſten dazu aufgeforderten Schloſſer, in Gegenwart zweier Nachbarn, öffnen zu laſſen. Dieſe letztern mußten das darüber abgehaltene Protocoll unterſchreiben, oder aufgefordert werden, es zu unterſchreiben, wovon in dem Protocoll Erwähnung geſchehen mußte. Auch in den Häuſern aller andern Perſonen, wenn dieſelben auch keinen Handel trieben, durften ſie auf einen erhaltenen Wink von vorgefallenen Unterſchleifen (fraude) Unterſuchungen anſtellen und im Weigerungsfalle die Thüre erbrechen laſſen, doch (mêm. tit.. art. 11) nur in Gegenwart des Zollrichters oder in deſſen Ermangelung des ordentlichen Richters, ſtatt deſſen ſie im Nothfall (nach einem offenen Brief v. 30ten Junius 1720) auch jeden Offizier der Gendarmerie nehmen durften (Rec. alphabet. tom. IV. p. 242). Dieſen Artikel, welcher die Wohnungen der Privaten zu ſchützen ſchien, umgiengen indeſſen die Zollbeamten ſehr leicht, indem ſie, wenn ſie angaben nach verborgenem Salz, Tabak oder eigentlicher Contrebande zu ſuchen, auch ohne Zuziehung eines Richters in die Häuſer der Privaten, mit Ausnahme jedoch der bedeutenderen Bürger (des notables), dringen durften. Die vornehmeren Zollbeamten, die General-Capitaine der Brigaden und um ſo mehr die Inſpectoren durften nach ſpätern Verordnungen ſogar in den Hänſern der erſten Bürger ohne weiteres und ohne Zuziehung eines Richters Hausunterſuchung anſtellen (Rec. alphabet. ibid.). Die Zollbeamten hatten (tit. XIV. art. 12) auch das Recht, Waaren, welche aus den Provinzen der fünf großen Pachtungen in die als fremd angeſehenen gebracht waren und ſich noch auf dem Weg befanden (les marchandises roulantes dans nos provinces réputées etrangeres) anzuhalten und an das nächſte Zollbureau, wenn es geſchehen konnte, oder ſonſt in die nächſte Stadt zu führen.

Die Zollbeamten waren (tit. XII. und tit. XIV. art. 15) verpflichtet, über alle ihre ſo eben angeführten Handlungen (die Beſchlagnahme u. ſ. f.) auf der Stelle ein Protokoll aufzunehmen. Fand die Beſchlagnahme an einem Zollbureau oder in einem Magazin Statt, ſo mußte (tit. XI. art. 1, 4, 5) das Protocoll eine genaue Beſchreibung der Waaren, des Gewichts, der Nummern der Ballen u. ſ. f. enthalten. Ward die Waare aber auf dem Feld (à la campagne) in Beſchlag genommen, ſo beſchrieb man (tit. XI. art. 5) dieſelben, ohne ſie auszupacken (sans les déballer) nur im Allgemeinen (en gros) und führte ſie an das nächſte Bureau oder in die nächſte Stadt, wo dann Alles im Einzelnen aufgezeichnet ward. Die Aufnahme des Protocolls mußte (art. 1) in Gegenwart des Eigenthümers oder Fuhrmanns oder in deſſen Abweſenheit in Gegenwart des Staatsprocurators geſchehen. Dieſe letzte Vorſichtsmaßregel war indeſſen nicht nöthig, wenn der Fuhrmann aufgefordert worden war bei der Beſchreibung der Waaren gegenwärtig zu ſeyn. Von dieſer Aufforderung mußte aber in dem Protocoll Erwähnung geſchehn und zwar (nach tit. II. art. 12) unter Strafe der Nichtigkeit des Protocolls. Daſſelbe mußte auch von dem Eigenthümer oder Fuhrmann unterſchrieben werden. Im Weigerungsfall mußte (art. 6) davon, ſowie von der an ihn ergangenen Aufforderung (zu unterzeichnen) Erwähnung geſchehn. Auch ward demſelben, wenn er anweſend war, eine Abſchrift des Protocolls gelaſſen. War er abweſend, ſo mußte dieſe Abweſenheit in dem Protocoll bemerkt ſeyn; und zwar wieder Alles unter Strafe der Nichtigkeit des Protocolls. Durch dieſes Protocoll ward (art. 7) der Fuhrmann oder Eigenthümer (S. 619 **) zugleich vor das Zollgericht geladen und zwar in Friſt von Einem Tag,*) wenn

---

*) „dans le jour“ ſagt der Text der Verordnung. Doch verſtand man es ſo, daß, wenn die Beſchlagnahme am 1ten geſchah, der Verklagte vorgeladen werden mußte, am 2ten vor Gericht zu erſcheinen. — Einige Verordnungen ſchrieben vor, daß in gewiſſen Fällen die Protocolle am nämlichen Tage inſinuirt werden müßten, wenn ſie als gültig angeſehen werden ſollten. Nach einer Erklärung vom 6ten September 1717 iſt das ſo zu verſtehn, daß ein heute Morgens geſchloſſenes Protocoll noch denſelben Nachmittag und ein heute am Nachmittag geſchloſſenes Protocoll Morgen vor Mittag inſinuirt werden müſſe. Zu der Gültigkeit der von den Zollbeamten über die Beſchlagnahme aufgenommenen Protocolle war dieſes aber durchaus nicht nothwendig. Die allgemeine Regel, daß in der Vorladungsfriſt der Tag der Inſinuation und der Verfalltag nicht mitbegriffen iſt (Th. I. S. 267 **), galt nicht bei den Zoll-

die Beſchlagnahme an einem Orte geſchehen war, wo es einen Zollrichter gab. Geſchah ſie auf dem freien Feld, ſo ward der Verklagte auf den folgenden Tag vorgeladen, welche Friſt, wenn das Zollgericht weiter als 10 Meilen entfernt lag, für jede 10 Meilen um einen Tag verlängert ward. Die Zollbeamten konnten (tit. XIV. art. 13), jedoch nur in dem Augenblick, wo ſie das Protocoll ausgefertigt hatten, den Angeklagten, indem ſie ihm dieſes Protocoll bekannt machten, vor Gericht laden, oder auch es ihm durch jeden beliebigen Gerichtsdiener inſinuiren laſſen. Hatte der Fuhrmann die Waaren bei der Beſchlagnahme im Stich gelaſſen, ſo fand ein beſonderes Verfahren Statt, wovon ſogleich unten das Nähere vorkommen wird. Hatte der Fuhrmann ſich während der Anfertigung des Protocolls davon gemacht, ſo daß er den Zollbeamten zwar bekannt war, aber zur Unterzeichnung nicht aufgefordert werden konnte, ſo wurde er innerhalbder für die gewöhnlichen Civil-Prozeſſe vorgeſchriebenen Friſt vorgeladen *) — Im Fall einer Widerſetzlichkeit gegen die Zollbeamten von Seiten derjenigen, welche die Waaren verführten, waren die erſtern (tit. XI. art. 9) ebenfalls verpflichtet, auf der Stelle ein Protocoll darüber aufzunehmen. Dieſe Vorſchrift ward durch eine königliche Erklärung v. 2ten Auguſt 1729 (art. 4) in Beziehung auf die Contrebandiers mit dem Zuſatz erneuert, daß, im Fall dieſelben ſich widerſetzten, ſogleich darüber ein Protocoll aufgenommen, und der geeignete Richter innerhalb 24 Stunden davon in

---

gerichten. Insbeſondere mußte derjenige, welcher gegen ein Protocoll der Zollbeamten die Verfälſchungsklage anheben wollte, ſeine Erklärung darüber ſpäteſtens an dem Tag, wo er vor Gericht geladen war, abgeben. M. ſ. hierüber Recueil alphabet. d. Dr. d. traites tom. IV. p. 173, 174, 175 — 181, 195, wo man auch einige merkwürdige Prozeſſe und Urtheile in Beziehung auf dieſe Vorladungsfriſten findet.

*) Die ordon. d. 1687 ſpricht nicht geradezu von dieſem Fall. Doch ward es in der Ausübung ſo gehalten, wie hier angegeben worden iſt. M. ſ. in dem Rec. alphabet. tom. IV. den Commentar zu art. 6 u. 7 des tit. XI. der ordon. d. 1687.

Kenntniß geſetzt werden ſollte. (Die letztere Bedingung hielt man indeſſen ſchon durch Niederlegung des Protocolls auf dem Gerichtsſecretariat für erfüllt.) Waren die Exceſſe nicht von grober Art, ſo pflegten die Zollbeamten auch wohl die Schuldigen, ſtatt ſie auf dem Criminal-Weg zu verfolgen, durch Mittheilung des Protocolls vor die Gerichte zu laden, um ſie dort zu dem Schadenerſatz und zu der feſtgeſetzten Geldbuße von 500 Livres verurtheilen zu laſſen (Rec. alphabet. tom. IV. p. 190, 191). Den mächtigſten Schutz gegen die Beleidigungen und Mißhandlungen der Einſchwärzer gewährte den Zollbeamten ein offener Brief vom 4ten Mai 1723, welcher durch art. 6 der königlichen Erklärung v. 2ten September 1776 von neuem beſtätigt ward. Sie wurden dadurch ermächtigt, alle, die Widerſetzlichkeiten oder Thätlichkeiten gegen ſie begiengen, im Augenblick des Vergehens zu verhaften, und zwar durften die Gerichte die Verhafteten nicht eher als nach dem definitiven Urtheil und wenn der General-Pächter dagegen appellirte, erſt nach abgeurtheilter Appellation in Freiheit ſetzen. Die Protocolle der Zollbeamten, wenn ſie in gehöriger Form waren, hatten in Beziehung auf die Beſchlagnahme (tit. XI. art. 11.), überhaupt auf das Civil-Intereſſe vor Gericht vollen Glauben, und es gab um ſie zu entkräften nur ein Mittel, nämlich die Fälſchungsklage dagegen anzuheben.*) Zu den nothwendigen Formalitäten dieſer Protocolle (wenn ſie nämlich vollen Glauben haben ſollten) gehörten in Zollſachen außer den ſchon erwähnten (nach tit. XI. art. 11) auch noch 1) daß

---

*) Ordon. d. 1681 tit. comm. art. 19 „Les procès-verbaux des commis et gardes, bien et dûment faits et affirmés en justice, seront crus jusqu'à inscription de faux." Die Anhebung dieſer Klage iſt mit ſehr vielen Schwierigkeiten und ſelbſt mit Gefahr für denjenigen, der ſie anſtellt, verbunden. Man unterſcheidet die Fälle, wo dieſelbe Hauptklage iſt, von denjenigen, wo ſie blos einen Incidentpunct ausmacht (faux principal et incident). Die erſte Klage wird gegen den Urheber der Verfälſchung angeſtellt. Sie iſt ihrer Natur nach criminel und wird auch auf dem Criminal-Weg und vor den Criminal-Gerichten verfolgt. Die zweite Klage (faux incident) wird in einem ſchon ſchwebenden Civil-Proceß von einer Partei zu dem Zweck angeſtellt, daß eine Urkunde, deren ſich die andere als Beweismittel bedient oder bedienen könnte, für falſch erklärt und von den Proceß-Akten ausgeſchloſſen werde. In frü-

---

heren Zeiten (vor Franz dem Erſten) ſcheint man von dieſem Rechtsmittel einen gar zu leichtſinnigen Gebrauch gemacht zu haben. Daher befahl dieſer König in ſeiner erſten Verordnung über die Einrichtung der Juſtiz (gegeb. zu Yz-sur-Tille im Oktober 1635) Cap. 19. art. 10, daß diejenigen, welche eine Urkunde als falſch angreifen wollten, dieſes in den Acten des Gerichtshofs und auf dem Gerichtsſecretariat förmlich erklären und ſich deshalb einſchreiben laſſen müßten (daher der Ausdruck (s'incire en faux). Derſelbe Artikel enthält auch ſchon im Ganzen die Regeln über das dabei zu beobachtende Verfahren und ganz insbeſondere, daß vor dem definitiven Urtheil vorläufig feſtgeſetzt werden müſſe, ob die zum Beweis vorgeſchlagenen Mittel zuläſſig (admissibles) ſeyen. Die Verordnung Ludwig des vierzehnten v. J. 1667 über das Civil-Verfahren ſpricht gar nicht von der Fälſchungsklage. Dieſe Lücke wird indeſſen durch tit. IX. der Criminal-Ordnung v. J. 1670 zum Theil ausgefüllt, welcher über die Fälſchungsklage (ſowohl das faux principal als incident) jedoch nur unvollſtändig handelt. Die umfaſſendſte Verordnung über dieſen Gegenſtand, die bis zu der Revolution als Richtſchnur galt und die auch bei Abfaſſung der neuen Geſetzbücher als Muſter benutzt worden, iſt die von Ludwig dem 15ten v. Juli 1737. — Ueber die Anſtellung der Fälſchungsklage gegen die Protocolle der Steuer- und Zollbeamten hatte ſchon Ludwig der vierzehnte durch zwei Erklärungen v. 6ten Januar und 14ten April 1699, ſowie durch eine nähere Erklärung vom 18ten December 1714 beſondere Vorſchriften gegeben, welche durch zwei Erklärungen Ludwigs des 15ten v. 25ten März 1732 u. 8ten September 1736 näher beſtimmt worden. Die Anordnungen der neuern Geſetzgebung über die Fälſchungsklage als Incidentpunct finden ſich Cod. d. proced. civ. (§. 214—251) und über dieſelbe als Hauptklage cod. d. instruct. crim. (§. 448—464). In Beziehung auf die Fälſchungsklage gegen die Protocolle der Zollbeamten enthält das Geſetz v. 9ten Flor. J. 7 tit. 4, art. 12 (Desen, tom. XV. p. 165) „Celui que voudra s'incire en faux contre un rapport, sera tenu d'en faire la declaration par écrit, en personne ou par un fondé de pouvoir spécial passé ſie von zwei Zollbeamten (de deux commis, ou de deux gardes, ou d'un commis et un garde) unterſchrieben und 2) daß die Wahrheit derſelben vor Gericht eidlich erhärtet ward. Hatte ein Einziger Zollbeamter (un commis ou garde) die Beſchlagnahme vorgenommen, ſo ward (tit. XI. art. 12) der Fuhrmann über den Inhalt des Protocolls vernommen und wenn dieſer die Richtigkeit deſſelben beſtritt, ſo legte der Richter den Parteien auf, ihre Beweiſe und Gegenbeweiſe vorzubringen. Die eidliche Erhärtung des Protocolls mußte von denjenigen, die es unterzeichnet hatten (tit. XI. art. 8), ſpäteſtens vor Ablauf der Vorladungsfriſt und zwar unter Strafe der Nichtigkeit geſchehn. Nach dem ſo eben angeführten Artikel war nur der Zollrichter (le juge de nos droits) ermächtigt, den Act über dieſe Erhärtung aufzunehmen, welcher dem Protocoll am Ende beigefügt ward. Nach ſpätern geſetzlichen Beſtimmungen konnte aber dieſe Erhärtung vor jedem

---

par-devant notaire, au plus tard à l'audience indiquée par la sommation de comparaître devant le tribunal qui doit connoître de la contravention; il devra dans les trois jours suivans, faire au greffe dudit tribunal le dépôt des moyens de faux et des noms et qualités des temoins qu'il voudra faire entendre, le tout à peine de déchéance de l'Inscription de faux." — Es iſt uns unmöglich, in dieſen Gegenſtand, wovon in dem folgenden Abſchnitt noch einmal geredet werden ſoll, hier näher einzugehn. Wir bemerken nur noch, daß 1tens, wenn in einem Proceß ein Actenſtück als falſch angegriffen wird, die Entſcheidung über dieſe Verfälſchung allezeit der definitiven über die Hauptſache vorangehen muß, wenn nicht die Richter erklären, daß das angegriffene Actenſtück in Beziehung auf die Aburtheilung der Hauptſache unnöthig und unerheblich ſey und daß, 2tens, wenn in einem Civil-Proceß ein Actenſtück als falſch angegriffen wird, die Entſcheidung darüber zwar dem Civil-Gericht, bei welchem der Hauptproceß anhängig iſt, gehört; daß aber, wenn man bei dieſer Unterſuchung den Urheber dieſer Verfälſchung entdeckt, derſelbe von Amtswegen und zwar auf dem Criminal-Weg verfolgt wird. Wegen des Nähern verweiſen wir auf die angeführten Geſetze ſelbſt und auf Merlin Répert. art. faux und Inscription de faux.

königlichen ſowohl als grundherrlichen Richter des Orts geſchehn (M. ſ. den Commentar zu dem angeführten Artikel i. d. Recueil alphabet. tom. IV. p. 181). Auf ein ſolches Protocoll ward nun, wie wir ſchon angeführt haben, über die Gültigkeit der Beſchlagnahme geurtheilt, und demgemäß nach Lage der Sache die Confiscation ausgeſprochen, ſo wie die Geldbuße feſtgeſetzt, welches, wenn man bedenkt, daß alle Zollbeamten in Dienſten des Generalpächters ſtanden und gänzlich von ihm abhiengen, hart genug war. *) In Criminalfällen indeſſen ward auf das Protocoll der Zollbeamten kein ſo unbedingter Werth gelegt, ſo daß man es mehr als eine Anzeige, wie als Beweis anſah; weshalb denn auch die eidliche Erhärtung deſſelben vor einem Richter nicht ſo genau beobachtet ward (recueil alphabet. tom. IV. p. 181). Der Zollpächter konnte, wenn er Jemand in Hinſicht der Zollabgabe Kredit gegeben hatte, (tit. II. art. 14) auf einen Auszug aus ſeinen Büchern gegen den Schuldner einen Zwangsbefehl zur Zahlung (contrainte) erlaſſen, welchen er zwar von dem Zollrichter viſiren zu laſſen pflegte, ohne daß ihn jedoch irgend eine geſetzliche Beſtimmung dazu verpflichtet hätte. Ein ſolcher Zwangsbefehl ward durch Beſchlagnahme des beweglichen Vermögens des Schuldners und durch Verhaftung ſeiner Perſon vollſtreckt. **) Dieſe Be-

---

*) Welche Mißbräuche hin und wieder dabei vorfielen, wird man aus den geſetzlich dagegen getroffenen Vorkehrungen am beſten erkennen. Ordon. d. 1687 tit. XIII. art. 4: „Défendons au fermier de nos droits, d'abandonner à ses commis les amendes et confiscations qui pourront être jugées à son profit pendant le cours de son bail, soit en tout ou en partie: déclarons tous traités faits pour raison de ce nuls; même les procés-verbaux faits par les commis auxquels le fermier aura donné part dans les amendes et confiscations, et néanmoins le tiers des confiscations sera donné aux dénonciateurs." Doch erhielten die Beamten des Zollpächters nach mehrern ſpätern geſetzlichen Beſtimmungen in vielen Fällen einen geſetzlich beſtimmten Antheil an den Geldbußen u. dgl. M. ſ. den Commentar zu tit. XIII. art. 4 in dem rec. alphabet.

**) M. ſ. Merlin Répert. art. contrainte. Auch die Gelder, welche die Schuldner der Abgaben von andern zu fordern rechtigung des Zollpächters, ſein Guthaben durch einen Zwangsbefehl einzutreiben, beſchränkte ſich indeſſen auf die einfache Zollabgabe. Alles übrige, die Confiscation, die Ausſprechung der Geldbuße u. ſ. f. mußte er bei den Gerichten nachſuchen. So konnte er ganz insbeſondere, wenn er bei Waaren, die angeblich in eine Provinz der fünf großen Pachtungen verführt werden ſollten, gegen die Stellung einer Bürgſchaft von dem vierfachen Betrag der Zoll-Abgabe (S. 622), einen Begleitſchein gegeben hatte und ihm das erforderliche Certificat über die Abladung der Waaren nicht eingeſchickt ward (tit. VI. art. 12) zwar die einfache Zollabgabe durch einen Zwangsbefehl gegen den Bürgen eintreiben, mußte aber das Uebrige vor den Gerichten verfolgen. — Zur Schlichtung der Streitigkeiten in Zollſachen, ſo wie zur Beſtrafung der Uebertretungen der Zollgeſetze waren, wie ſchon im Vorigen angeführt worden, ſeit den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts unter dem Titel „maistres de pors et passages (magistri portuum *) et pas-

---

hatten, konnten in Folge eines Zwangsbefehls mit Arreſt belegt werden. Die Beſchlagnahme des unbeweglichen Vermögens mußte aber bei den Gerichten nachgeſucht werden. Die General-Pächter der Abgaben hatten (ordon. d. 1681 tit. comm. art. 6), wenn ſie Jemand wegen Bezahlung derſelben Ausſtand oder Credit gegeben hatten, mit Ausnahme weniger Fälle in Beziehung auf das bewegliche Vermögen des Schuldners den Vorzug vor allen Gläubigern; welches Vorrecht ſich aber (mêm. tit. art. 8) auch nur auf die einfache Abgabe (nicht auf die Geldbuße, Confiscation u. ſ. f.) erſtreckte. Dieſe Zwangsbefehle mußten mit allen Förmlichkeiten ausgefertigt (libellées) werden, den Namen des Schuldners, den Betrag und Grund der Schuld, erſtern in Buchſtaben ausgedrückt, enthalten. Denſelben mußte, ebenſo wie dem Protocoll über die Vollſtreckung des Zwangsbefehls ein Auszug aus den Büchern des Zollpächters vorgeſetzt ſeyn.

*) Das Wort port (portus) bedeutet hier nicht: Hafen, ſondern die Verführung (den Transport) der Waaren wie in „franc de port.“ So findet man auch bei Du-Cange (Glossar. ad voc. portus) aus dem Statut. Avenion. [Avignon] lib. I. rubr. 25 art. 2 „Quodque molendinarius pro *portu et reportu* cujuslibet salmatae grani

sagiorum)“ eigene Beamten angeſtellt, welches ſich auch unter den folgenden Königen bis zur Revolution erhielt.*) Durch die Zollordnung v. J. 1687 tit. XII. ward dieſes von neuem beſtätigt und die Competenz dieſer Richter, ſo wie das Verfahren bei denſelben genauer beſtimmt. Nach art. 1 des angeführten tit. (XII.) gehörte das Erkenntniß über alle Streitigkeiten, ſie ſeyen Civil oder Criminal, die ſich auf Zollſachen bezogen, in erſter Inſtanz ausſchließlich den Zollrichtern (hier maitres des ports, auch juges des traites genannt), deren Stellvertretern (lieutenants) und ſolchen, welchen der König durch eine beſondere Commiſſion das Erkenntniß in Zollſachen beigelegt hatte, jedoch vorbehaltlich der Appellation an den

---

vel farinae tam infra civitatem quam extra mercedem unius solidi Touron. tantum consequatur.“

*) Von den Verordnungen Franz des Erſten und der frühern Könige, von Philip dem Schönen an, iſt ſchon oben geredet worden. Die Encyclopädie führt unter dem Artikel „juges des traites ou des traites foraines“ (tom. IX. p. 16), ohne der Verordnungen der früheren Könige zu erwähnen, nur zwei Edicte Heinrichs des zweiten (Sohns und Nachfolgers von Franz dem Erſten), eines vom September 1549 und ein anderes vom Jahr 1551 an, wodurch die Zollrichter (maitres des ports) eingeſetzt und denſelben die ausſchließliche Gerichtsbarkeit in Zollſachen, jedoch nur in erſter Inſtanz, beigelegt worden. Das erſte Edict legte denſelben die Gerichtsbarkeit ſowohl über das „domaine foraine“ als die „imposition foraine“ bei, mit dem Auftrag, jedes Vierteljahr den Etat über den Ertrag der erſten Abgabe an die Schatzmeiſter von Frankreich (tresoriers de France, die Domainenkammern) und den Etat über den Ertrag der zweiten an den Oberſteuerhof (aux généraux des finances) einzuſenden. Um dieſe beiden Abgaben mehr zu ſondern, ſetzte derſelbe König durch ſein Edict vom Jahr 1551 neue Zollrichter ein und verordnete zugleich in den verſchiedenen Provinzen die Errichtung von Zollbureaus, die in den letzten Zeiten meiſtens noch ſo waren, wie ſie in dieſem Edict beſtimmt wurden. (Ich habe mir den Text dieſer Verordnungen nicht zur Einſicht verſchaffen können. In dem Code Neron finden ſie ſich nicht. Ohne Zweifel ſtehn ſie indeſſen in der Sammlung von Iſambert und Jourdan (Th. I. S. 147*).

Oberſteuerhof. Nicht allein den ordentlichen Gerichten, ſondern auch den eigentlichen Steuergerichten (elections)*) ward jedes Erkenntniß in Zollſachen durchaus verboten, mit Ausnahme

---

*) Die Verordnungen Franz des erſten und Heinrichs des zweiten über die Ernennung beſonderer Zollrichter mögen wohl nicht allenthalben gehörig ausgeführt oder auch die erledigten Stellen nicht wieder beſetzt worden ſeyn. Dennoch hatte die Regierung von jeher ein großes Mißtrauen gegen die ordentlichen Richter bei der Entſcheidung von Zollſachen. Das i. J. 1607 (unter Heinrich dem vierten, von dem wir ſchon einige Verordnungen über die Jagd angeführt haben, die nicht ganz zu der ſo ſehr gerühmten Milde ſeines Characters paſſen) erlaſſene allgemeine Zoll-Reglement (S. 613) ging ſo weit, bei Streitigkeiten in Zollſachen dem Zollpächter die Wahl der Richter zu überlaſſen. Im Eingang von art. 11 heißt es: „Et comme sadite majesté à une ample connoissance, ainsi qu'elle à fait voir par les baux précédens des susdites fermes, que les officiers en titre sont non seulement inutiles, mais de plus nuisibles au bien desdites fermes etc." Hierzu ſetzt der folgende art. (12) ſogleich hinzu: „Et afin que prompte justice puisse être faite de ceux qui seront surpris en fraude des susdits droits . . . . . sadite majesté veut et entend, qu'aussitôt icelles fraudes et contraventions decouvertes que les commis et gardes desdits fermiers en dressent sur le champ les procès verbaux de saisie véritables, auxquels ils feront signer ou interpelleront de signer les parties saisies, et auxquels procès verbaux ainsi faits, sa majesté ordonne foy y être ajoutée; ce fait et aussi tôt les porteront pardevant les prémiers et plus proches juges des lieux, ou pardevant tels autres qu'ils voudront nommer et choisir, soit juges royaux, gradués ou autres, *à leur choix et option;* lesquels à cause que lesdites fraudes aux susdits droits, et contraventions auxdites ordonnances, seront reputées autant de crimes et de délits, procéderont sommairement et *extraordinairement,* et dans le plus bref temps, que faire se pourra, au jugement d'icelles saisies; et que les sentences et jugemens qui seront rendus par eux, portant condamnations desdits droits, amendes et confiscations seront exécutés par provision, non obstant oppositions ou appellations quelconques aux cautions [unter Bürgſchaft] fournies par lesdits fermiers, pour

jedoch des Steuergerichts von Paris, welches (mém. art.) in ſeinem Bezirke als Zollgericht fungirte; eine Befugniß, welche, um die Zahl der Richter zu vermindern, ſpäter auch an mehrern andern Orten den Steuergerichten (oder auch wohl den Salzkammern) beigelegt ward, wie es ſchon durch die Verordnung Franz des Erſten v. J. 1542 (S. 611) geſchehn war. Die Zollgerichte durften ſich (art. 4) in die eigentliche Zollverwaltung gar nicht miſchen, z. B. ſich mit der Ausfertigung der Begleitſcheine, Paſſirzettel, der Quittungen über die Zahlungen u. ſ. f. gar nicht befaſſen. Dieſelben waren an den Orten, wo man ſie nicht mit den Steuergerichten vereinigt hatte, meiſtens nur mit Einem Richter, welcher auch der Präſident hieß und Einem Stellvertreter, der in Abweſenheit des Erſtern die Functionen deſſelben verrichtete, beſetzt. Hierzu kam natürlich noch ein Staatsprocurator und Gerichtsſecretair. Jener durfte (nach einem offenen Schreiben vom 9ten März 1721), wenn der Präſident nebſt ſeinem Stellvertreter abweſend oder recuſirt, oder ihre Stelle erledigt war, auch die Functionen derſelben verſehn, wo dann der älteſte Advocat das öffentliche Miniſterium vertrat. *) Die Civilurtheile in Zollſachen gingen alſo in erſter Inſtanz meiſtens nur von Einem Richter aus. Bei Criminal-Urtheilen (d. h. bei ſolchen, wo auf eine peinliche Strafe erkannt werden konnte) waren aber die Zollrichter (tit. XII. art. 6) verpflichtet, wenigſtens drei andere Beamte oder Rechtsgelehrte **) zuzuziehen. Ein außerordentliches (Cri-

---

l'exécution de leurs baux. Et pour le regard des sentences criminelles, portant condamnation de peines afflictives, seulement sera différé à l'appel si aucun est interjeté. Les appellations de toutes lesquelles sentences et jugemens ressortiront directement audit conseil (den Staatsrath), avec defenses à toutes les cours souveraines et autres juges de ce royaume, d'en prendre ni prétendre aucune connoissance, sur les peines qui y appartiennent."

*) Recueil alphabet. tom. IV. p. 207.

**) „gradués, c'est à dire des personnes qui aient pris des grades de bacheliers, et de licenciés en droit civil."

minal-) Verfahren wegen Zollvergehn fand nur Statt, wenn Widerſetzlichkeit (rebellion) dabei vorgefallen war (tit. XII. art. 8., tit. XI. art. 9). Alle Civil-Streitigkeiten über Zollſachen ſollten (art. 9) ſummariſch, nach mündlicher Vernehmung der Partheien, wenn ſie nämlich gegenwärtig waren, und ohne daß (und zwar unter Nichtigkeit der erfolgenden Urtheile) das ſchriftliche Verfahren erkannt werden durfte, entſchieden werden.

Die Urtheile der Zollgerichte, welche die Erlegung der königlichen Rechte ausſprachen,*) waren (art. 12, 13), der Appellation ungeachtet, proviſoriſch vollſtreckbar, und die höhern Gerichtshöfe durften, unter Strafe der Nichtigkeit, dieſe vorläufige Vollſtreckbarkeit nicht aufhalten. Dieſe Urtheile (welche die Bezahlung der königlichen Rechte verordneten) wurden durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt. Es war den Zollrichtern (tit. XI. art. 13) verboten, die in Beſchlag genommenen Waaren proviſoriſch (auch gegen Caution) frei zu geben, ſondern ſie mußten vorher definitiv darüber entſcheiden, und zwar unter Strafe der Nichtigkeit des Urtheils und des Schadenerſatzes an den Zollpächter. Die höhern Gerichtshöfe durften (tit. XI. art. 14) auch keine Appellationen gegen eine Beſchlagnahme, überhaupt keine andern, als gegen die definitiven Urtheile der (untern) Zollgerichte annehmen. Die Appellation gegen ein interlocutoriſches Urtheil der Zollgerichte hielt (tit. XII. art. 10) die Fortſetzung der Inſtruction und das definitive Urtheil, wodurch die Waare entweder frei gegeben, oder als dem öffentlichen Schatz verfallen (confiscirt*) erklärt ward, nicht auf.**)

---

*) Dieſe vorläufige Vollſtreckbarkeit fand indeſſen nicht Statt in Hinſicht der Gerichtskoſten (ordon. d. 1681 tit. comm. art. 44.)

**) Confiscation, confiscatio quasi cum fisco confusio sive conjunctio.

***) Wenn das Protocoll über die Beſchlagnahme der Fälſchung bezüchtigt ward, und die Richter der erſten Inſtanz die Beweiſe als zuläſſig und genügend erkannt hatten, ſo durften ſie, wenn von dieſem Punct appellirt ward (nach art. 7 der königlichen Erklärung v. J. 1732) die Inſtruction des Proceſſes vor abgeurtheilter Appel nicht fortſetzen.

Selbſt wenn das definitive Urtheil der erſten Inſtanz gegen den Zollpächter ausfiel und die Waare für frei erklärt ward, durften, bei eingelegter Appel (tit. XI. art. 15) die Richter der erſten Inſtanz die Zurückgabe der Waare nicht anders, als gegen Stellung hinreichender Sicherheit erlauben. Ward aber die Confiscation der Waare ausgeſprochen, ſo durften (tit. XII. art. 11) ſowohl die Richter der erſten als zweiten Inſtanz die Rückerſtattung derſelben nur unter der Bedingung verordnen, daß vorhin der volle, durch Gutachten von Sachverſtändigen beſtimmte Werth derſelben in die Hände des Zollpächters niedergelegt werde. Zu dem wirklichen Verkauf der Waare konnte indeſſen, wenn Appellation eingelegt ward, nur nachdem das Urtheil in der Appellations-Inſtanz erfolgt war, geſchritten werden.*) Nur bei Waaren, welche ſich, ohne zu verderben, nicht aufbewahren ließen, durfte man (tit. XIII. art. 2, tit. XI. art. 10) auch ohne den Ausgang der Appellation abzuwarten, die Verſteigerung vornehmen; wobei die Kaufſchillinge in die Hände des Zollpächters hinterlegt wurden. Es mußte aber dazu doch entweder ein förmliches Urtheil des Zollgerichts, oder wenigſtens eine auf eine Bittſchrift erlaſſene Verordnung des Zollrichters (ordonnance sur requête) vorangegangen ſeyn. Dem Gerichtsgebrauch nach pflegte man dieſe Urtheile oder dieſe Verordnung dem Eigenthümer der Waaren inſinuiren und ihn auffordern zu laſſen, bei dem Verkauf der Waaren gegenwärtig zu ſeyn (Rec. d. D. d. Traites tom. IV. p. 192). — Auch Waaren, welche derjenige, der ſie verführte, im Stich gelaſſen (wenn er ſich bei der Annäherung der Zollbeamten davon gemacht u. ſ. f.) durften (tit. XI. art. 17), wenn innerhalb acht Tagen Niemand Anſpruch darauf machte, auf ein Urtheil des Zollgerichts und acht Tage nach Erlaſſung dieſes Urtheils in Gegenwart des Staatsprocurators öffentlich verkauft werden,**) nachdem vor-

---

*) Ordon. d. 1681 tit. comm. art. 26 „Defendons de passer outre à la vente des effets confisqués au préjudice de l'appel, sinon pour ce qui concerne nos droits de gabelle et de barillage.“

**) Wenn die Waaren dem Verderben nicht unterworfen waren, ſo pflegte der Zollpächter das Urtheil, welches die Confisher an drei verſchiedenen Tagen ſowohl an der Thüre des Gerichtsſaals, als des Zollbureaus die Ausrüfe geſchehn. Selbſt in dieſem Falle konnte das Zollgericht ſpäterhin die Rückgabe der Waaren verordnen: allein der Zollpächter konnte in keinem Falle zu einem größern Schadenserſatz als zur Herausgabe der im Verſteigerungs-Protocol aufgeführten Kaufſchillinge angehalten werden.

Die Zollrichter erkannten auch über jede Beſchlagnahme, die in einer der fremden oder als fremd angeſehnen Provinzen geſchahn und zwar gehörte (tit. XI. art. 16, tit. XII. art. 2) in den Fällen, wo die in Beſchlag genommene Waare in eine der Provinzen der fünf großen Pachtungen zurückgeführt ward, das Erkenntniß dem Zollrichter des Bezirks, wo ſie zur Aufbewahrung niedergelegt ward. Ward ſie aber nicht in eine ſolche Provinz zurückgeführt, ſo entſchied der Richter des Bezirks, wozu der Zollbeamte gehörte, der die Waare in Beſchlag genommen hatte. Bei einem Schiffbruch *) durften die Zollbeamten (tit. V. art. 4) ſich zwar mit der Rettung der Waaren nicht befaſſen, ſondern dieſes gehörte ausſchließlich zu den Pflichten und Befugniſſen der Admiralitäts-Gerichte: allein die Angeſtellten des Zollpächters erhielten ebenfalls einen Schlüſſel zu dem Magazin, wo die geretteten Sachen aufbewahrt wurden. Sie durften auch (art. 5) bei Anfertigung des Inventars über dieſe Waaren gegenwärtig ſeyn, oder eine Copie deſſelben verlangen. Derjenige, der mit der Aufſicht über die Waaren beauftragt war, mußte (art. 6) höchſtens in acht Tagen, nachdem ſie ihm überliefert waren, dem Zollpächter die Anzeige davon machen und zwar unter dem Nachtheil, daß er (der Aufſeher) für die Bezahlung des Zolls ſelbſt verantwortlich

---

cation verordnete, drei Monate lang an der Thüre des Gerichtsſaals anheften zu laſſen. Geſchah während dieſer Zeit kein Einſpruch, ſo war das Urtheil rechtskräftig und der Zollpächter konnte über die Waaren nach Gutdünken verfügen (Rec. tom. IV. p. 204, 205).

*) Ein eigner tit. (V.) der Ordon. v. J. 1687 handelt von den Zollabgaben, welche von Waaren, die aus einem Schiffbruch gerettet waren, entrichtet werden mußten.

blieb. Die Entſcheidung, ob die geborgenen Waaren entweder ganz oder zum Theil verkauft werden ſollten, gieng nach der Marine-Ordnung v. J. 1681 (liv. IV tit. IX. (art. 13—15) zwar von den Seegerichten aus: doch mußte derjenige, welcher die Aufſicht über die Waaren hatte (ordon. d. 1687 tit. V. art. 7), dem Zollpächter eine Anzeige darüber in ſeinem Bureau inſinuiren und ihn innerhalb einer gehörigen Friſt vorladen laſſen um bei dem Verkauf gegenwärtig zu ſeyn.*) Auch die Entſcheidung aller Streitfragen, die über die Erlegung der Zollabgaben von den aus dem Schiffbruch geretteten Waaren entſtanden, gehörte zu der Competenz der Zollgerichte. Dieſen letztern gehörte auch (ordon. d. 1687 tit. XII. art. 3; ordon. d. 1681 tit. comm. art. 36**) das Erkenntniß über alle Exceſſe, Vergehen und Verbrechen, welche die Zollbeamten bei Ausübung und Gelegenheit ihrer Functionen begiengen. Bei Conflicten, die hierüber zwiſchen den ordentlichen- und den Zollgerichten***) entſtänden, ſollte die angefangene Unterſuchung ſogleich an das Secretariat des Staatsraths geſchickt und dort über die Competenz entſchieden- und gegen den unterliegenden Theil die Interdiction und eine Geldbuße von 1000 Franken verhängt werden. — Von den Zollgerichten fand, wie wir ſchon oft erinnert haben, die Appellation an die competenten Oberſteuerhöfe Statt. Selbſt gegen die Ausſprüche der letztern konnte die Caſſation bei dem königl. Staatsrath nachgeſucht werden, wovon, da das geſammte Zollweſen, der Natur der Sache nach, mehr der Verwaltung angehört, ſogar häufiger als gegen die ſonſtigen Urtheile Gebrauch gemacht ward. Ueberdem waren, ſo wie man in Frankreich überhaupt einen großen Hang hatte, die Entſcheidung ſchwieriger und wichtiger Sachen beſondern Commiſſionen zu übertragen, an gewiſſen Orten beſondere Commiſſionen des Staatsraths beſtellt, um über Zollſachen, beſonders wenn es ſich von Waaren, deren Einführung in das Reich durchaus verboten war (eigentlicher Contrebande) *) oder von Wider-

---

*) In der Ausübung pflegte dieſes doch meiſtens nur durch einen Brief zu geſchehn. M. ſ. in dem Rec. d. Dr. d. trait. den Commentar zu dem angeführten Artikel. (tom. IV. p. 125.)

**) Die grundherrlichen Richter durften (art. 35) gegen die Zoll- oder ſonſtigen mit Eintreibung der königl. Gefälle beauftragten Beamten wegen irgend eines Verbrechens, das ſie in dem Bezirk, wo ſie angeſtellt waren, begingen, kein Decret erlaſſen.

***) Ordon. d. 1681 tit. comm. art. 37. Daſſelbe Verfahren ſollte (id. art.) bei den Conflicten der ordentlichen Richter mit den Steuergerichten und Salzkammern angewendet werden.

---

*) Ein eigner tit. (VIII.) der ordon. d. 1687 handelt von den für Contrebande erklärten Waaren. Aus den dortigen Beſtimmungen ergibt ſich, daß unter Contrebande ſolche Waaren verſtanden wurden, deren Einfuhr oder Ausfuhr durchaus verboten, d. h. auch gegen Bezahlung von Abgaben nicht erlaubt war. Dieſe Waaren wurden nebſt dem Fuhrwerk confiſcirt und diejenigen, welche ſie verführten, zu 500 Livres Geldſtrafe verurtheilt. Es gab gewiſſe Waaren, die bei der Einfuhr-, andere, die bei der Ausfuhr als Contrebande angeſehen wurden. Waaren der erſten Art durften durchaus im Königreich nicht zum Verkauf ausgeſtellt werden. Diejenigen, worüber die Confiſcation ausgeſprochen ward, wurden entweder nach Paris an das Bureau der verbotenen Waaren (bureau de prohibé) und von da nach L'Orient oder nach einem andern Freihafen gebracht, um dort, unter der Verpflichtung, ſie ſogleich außer Landes zu führen, verkauft zu werden. Der Ertrag dieſes Verkaufs ward nach Verſchiedenheit der Waaren auch auf eine verſchiedene Art vertheilt, welches durch mehrere Verordnungen geregelt war. Eigentlicher Zoll ward von Waaren, deren Einfuhr durchaus verboten war, nicht entrichtet. Der Zollpächter war daher, wenn dergleichen Waaren in Beſchlag genommen wurden, nicht befugt, ſich mit dem Eigenthümer oder Fuhrmann gütlich abzufinden, wie ihm dieſes, wo die Zollabgabe und die Brüchte ihm zufielen, erlaubt war. — Was noch die Bedeutung des Worts „contrebande" betrifft, ſo nahmen die ältern Juriſten (vor der Revolution) es gewöhnlich in dem oben angegebenen Sinn. So Ferrière Dict. d. Dr. art. contrebande. Nach der neuern Geſetzgebung werden indeſſen Waaren, deren Einfuhr nicht durchaus verboten iſt, wenn ſie, ohne die darauf gelegten Rechte zu bezahlen, eingeführt worden, „contrebande" genannt. Das Geſetz v. 13ten Flor. J. 11 ſagt art. 2 „Sont marchandises de

ſetzlichkeit gegen die Zollbeamten handelte, zu entſcheiden. Eben ſo war das Erkenntniß über Streitigkeiten, die in Beziehung auf den Handel mit England entſtanden, durch einen Staatsraths-Beſchluß v. 30ten April 1722, den Intendanten der Provinzen, vorbehaltlich der Appellation an den Staatsrath, beigelegt u. ſ. f. (M. ſ. den Commentar zu tit. XII. art. 1 in dem Rec. d. Dr. d. trait. tom. IV. p. 207). Die verſchiedenen Geſetze und Gewohnheiten der Provinzen brachten ebenfalls eine Menge Prozeſſe in Zollſachen und Verwirrung in den Entſcheidungen derſelben hervor. Nach tit. IX. art. 7 z. B. war es verboten, näher als vier Meilen von der Gränze der fünf großen Pachtungen Magazine anzulegen. Nun hatte i. J. 1698 ein gewiſſer Bugue in der kleinen Stadt Craon in Anjou ein Magazin von Sirup angelegt. Der Zollrichter von Laval hatte dieſen Sirup für confiscirt erklärt, und den Eigenthümer überdem zu einer Geldſtrafe von 30 Livres verurtheilt. Derſelbe appellirte an den Oberſteuerhof und zwar indem er behauptete, die Stadt Craon ſey weiter als um die geſetzliche Entfernung von der Gränze entlegen. Bei einer vorgenommenen Vermeſſung fand man dieſelbe wirklich 56040 Fuß groß, alſo größer als von vier Meilen, jede der letztern zu 12500 Fuß gerechnet, wozu ſie nach Bugues Behauptung höchſtens gerechnet werden konnte.*)

---

contrebande celles dont l'importation ou l'exportation est prohibée, ou celles qui, étant assujetties aux droits et ne pouvant circuler dans l'etendue du territoire soumis à la police des douanes, sans quittances, acquits à caution ou passavans, y sont transportées et saisies sans ces expéditions.“

*) Unter Meile verſteht man faſt bei allen Nationen Europa's (beſonders bei den ſeefahrenden) einen beſtimmten (aliquoten) Theil eines Grades des Aequators. In Deutſchland wird der 15te, in Frankreich der 25te Theil eines ſolchen Grades eine Meile genannt. Das Zollgeſetz der Conſtituirenden v. 28ten Juli 1791 (Desen. tom. XV. p. 61) ſetzte (tit. III. art. 42), dem gemäß, die Meile zu 2283 Toiſen oder 13698 Pariſer Fuß feſt. Vor der Revolution hatte die Zerſtückelung des Reichs in einzelne Provinzen, ſo wie Unachtſamkeit auf dieſen Gegenſtand und auch wohl die Unwiſſenheit, worin man ſich über die wahre Größe eines

Der Zollpächter behauptete indeſſen, nach dem Gewohnheitsrecht von Anjou ſei die Meile 15000 Fuß lang, ſo daß die Entfernung von 56040 Fuß noch nicht vier Meilen betrüge. Derſelbe ward zwar von dem Oberſteuerhof abgewieſen: allein er legte Caſſation beim Staatsrath ein, welcher zu ſeinen Gunſten entſchied, und zugleich als Regel feſtſetzte, daß in allen ähnlichen Fällen die Länge der Meilen ſo zu nehmen ſey, wie die Gewohnheitsrechte der Provinz ſie beſtimmten.*) — Gegen viele Verbrechen, die bei Uebertretung der Zollgeſetze begangen wurden, hatten die Geſetze die Confiscation des ganzen Vermögens ausgeſprochen. Nun aber ließen die Gewohnheitsrechte vieler Provinzen dieſe Confiscation nicht zu. Um dieſes, ſo viel als möglich, auszugleichen, beſtimmte Ordon. d. 1681 (tit. comm. art. 45), daß die Richter in ſolchen Fällen auf eine Geldſtrafe erkennen ſollten, welche wenigſtens dem vierten Theil der in dieſen Provinzen gelegenen Güter der Verbrecher an Werth gleich käme. Solche Uebelſtände indeſſen, die in der unglücklichen Sonderung des Reichs in verſchiedene Provinzen und Geſetzgebungen ihren Grund hatten, abgerechnet, hatte die franzöſiſche Zollgeſetzgebung auch ſchon vor der Revolution einen hohen Grad von Ausbildung und Beſtimmtheit; ſo daß die conſtituirende Verſammlung zwar einige weſentliche, aber doch nicht ſehr viele Verbeſſerungen darin vorzunehmen vorfand. Dieſelbe machte den Anfang mit den Zollgerichten ſelbſt. Dieſe, eben ſo wie alle Ausnahme-Gerichte, wurden durch das Decret vom 6ten und 7ten September 1790 (art. 10) aufgehoben (Desen. tom. III. p. 247) und die Entſcheidung aller Rechtsſtreitigkeiten in Zollſachen den gewöhnlichen Gerichten übertragen. Auch die Grundurſache alles Uebels bei der franzöſiſchen Zollverwaltung, das Unweſen der innern Zölle, an welchem das Genie Colberts

---

Grades des Aequators befand, in den verſchiedenen Provinzen eine große Verſchiedenheit der Meilen hervorgebracht. Die Pariſer Meile inſonderheit ward zu 2000 Toiſen oder 12000 Fuß gerechnet, wobei man gewiß auf eine runde Zahl geſehn hat. Ueber die Meilen in den andern Provinzen ſehe man die Encyclopädie art. „lieue.“

*) Rec. d. dr. d. trait. tom. IV. p. 160.)

ſich fruchtlos verſucht, fiel bei der Revolution faſt ohne Widerſtand, wie durch magiſche Gewalt. Den 30ten und 31ten October 1790 erließ die Conſtituirende das auf immer merkwürdige Decret (Desen. tom. XV. p. 2), welches (art. 1), vom 1ten December 1790 angerechnet, alle innern Zölle aufhob, und (art. 3) für ganz Frankreich die Anfertigung eines einzigen und gleichförmigen Tarifs verordnete, nach welchem künftig die Zölle und zwar nur an den Gränzen des Reichs erhoben werden ſollten.*) [Ein näheres Decret vom 25ten März 1791

---

*) Dieſer Tarif ward ſeinem vollſtändigen Inhalt nach von der Conſtituirenden den 31ten Januar, 1ten Februar, 1ten und 2ten März 1791 decretirt. Er findet ſich Desen. tom. XV. p. 7 folg. — Man befürchtete Anfangs, durch Aufhebung der innern Zölle werde in der königl. Caſſe ein bedeutender Ausfall entſtehn. Allein die Erfahrung hat in dieſem Punct, wie faſt in allen, gelehrt, daß durch Ausdehnung und Freiheit des Verkehrs nicht allein die Unterthanen, ſondern auch die Staatscaſſe weit mehr gewinnt, als alle Beſchränkungen und kleine Plackereien einbringen können. Necker (De l'administrat. d. financ. tom. II. chap. 4 p. 174) gibt die jährliche Brutto-Einnahme aller Zölle, die Localrechte mitgerechnet (dans lesquels [revenus] je comprends tous les droits locaux, sans excepter ceux de Lorraine et d'Alsace . . . . . avec les derniers sols pour livre) zu ungefähr 22 Millionen Livres an. Hierzu kamen noch die Einkünfte aus dem ſogenannten domaine d'occident (Necker d. l'administrat. d. fin. tom. I. p. 9, tom. II. p. 125, 185). Man verſtand darunter die Abgaben, welche von den in Frankreich aus Amerika eingeführten Colonial-Waaren (Zucker, Kaffe, Indigo u. ſ. f.), wenn ſie wieder ausgeführt wurden, entrichtet werden mußten. Sie betrugen nach Breſſon (Hist. financ. d. l. Franc. tom. I. p. 22) jährlich vier Millionen. Dagegen ſtiegen i. J. 1827 die Einkünfte der Zölle bis auf 92 Millionen. Necker ſelbſt hätte nicht gewagt, ſo Etwas zu hoffen. Er glaubte (tom. II. p. 211), daß durch Unterdrückung der innern Zölle und einige andere Verbeſſerungen der Zoll künftig nur 10 bis 11 Millionen abwerfen würde. „Mais, qu'importeroit, si par évenement, le changement apporté aux droits de traitte diminuoit les revenus du Roi d'un ou deux millions. Est ce une circonstance à mettre en balance, avec les

(Desen. tom. XV. p. 33, 34) beſtimmte, daß man ſchon vom 15ten April deſſelben Jahres anfangen ſollte, die Zölle nach dieſem Tarif zu erheben.] Nachdem die Conſtituirende über die Zölle und den Handel in einzelnen Städten und Provinzen mehrere beſondere Verfügungen erlaſſen, theils um die allgemeine Einführung der neuen Zollgeſetze vorzubereiten, theils um einzelne nothwendige Ausnahmen*) zu geſtatten; und durch das Decret vom 23ten April und durch das vom 8ten und 9ten Mai 1791**) die Niederſetzung einer eigenen Verwaltung (eines Verwaltungsrathes, régie) verordnet hatte, welche unter und nach den Befehlen der ausübenden Gewalt (des Königs und ſeiner Miniſter) die Erhebung der Zölle und das Ganze des Zollweſens beaufſichtigen und leiten ſollte; erſchien endlich den 28ten Juli 1791***) ein umfaſſendes Geſetz (in 13 Titeln) über die Zollverwaltung. Daſſelbe macht, obſchon durch einige ſpätere Geſetze in mehrern Puncten geändert, doch noch jetzt die Hauptgrundlage der franzöſiſchen Zollgeſetzgebung und Verwaltung aus. Es iſt indeſſen zu weitläufig und der Gegenſtand demjenigen, worauf dieſe Schrift ſich näher bezieht, zu fremd, ſo daß wir uns genöthigt fühlen, unſere Leſer auf den Text des Geſetzes zu verweiſen.†) Sie werden bei näherer

---

avantages qui resulteroient pour l'ètat et pour le commerce, d'une legislasion infinement semple et de la suppression de toutes les gènes, qui emburraseit la circulation etc.“

*) M. ſ. ganz beſonders das Decret v. 26ten und 28ten Juli 1791 über den Handel der Stadt Marſeille ſowohl mit dem Innern des Königreichs als mit den Colonien und dem Ausland (Desen. tom. XV. p. 55 folg.).

**) Desen. tom. XIV. p. 245, tom. XV. p. 34.

***) Desen. tom. XV. p. 61. Da dieſes Decret erſt den 22ten Auguſt d. J. die königl. Beſtätigung erhielt, ſo wird es von Vielen (unter andern von Merlin) unter dem Titel des Geſetzes v. 22ten Aug. 1791 angeführt (Th. I. Vorrede S. V, VI.).

†) Die Zollgeſetzgebung iſt durch die beſondern Umſtände, die gleich nach der Revolution eintrafen, vorzüglich durch die Kriege mit England und das Continentalſyſtem überaus weitläufig und verwickelt geworden. Um ſich genauer zu

Vergleichung, ſich bald überzeugen, welche große Uebereinſtimmung, einige wenige, übrigens weſentliche Puncte abgerechnet, zwiſchen der neuern und ältern Zollgeſetzgebung Statt findet. Wir begnügen uns daher, nur einige Beſtimmungen des Geſetzes v. 28ten Juli, beſonders ſolche, die ſich näher auf die Gerichtsverfaſſung beziehn, hier auszuheben. — Das Geſetz unterſcheidet Waaren, deren Ein- oder Ausfuhr gänzlich verboten- und ſolche, wofür ſie nur einer gewiſſen Abgabe unterworfen iſt. Alle ein- oder ausgehenden Waaren ſollen, (tit II. art. 1, 3) wie früherhin, bei der Einfuhr geradezu an das erſte Einfuhr- und bei der Ausfuhr an das erſte Ausfuhr-Bureau gebracht werden. Wer dieſe Bureaus überſchreitet, oder auch die Waaren, ehe er ſie dahin geführt hat, in ein Haus, einen Gaſthof u. dgl. bringt, wird (tit. II. art. 1—3) mit der Confiscation der Waaren und einer Geldbuße von hundert Livres beſtraft.*) Unter derſelben Strafe ſind (art. 8, 9.) die Fuhrleute oder diejenigen, welche die Waaren verführen, gehalten, auf dem Zollbureau eine Erklärung über ihre Ladung d. h. über die Art der Waaren, das Maaß, Gewicht, oder den Werth **) derſelben, über die Zahl und Nummern der Kiſten, Ballen u. ſ. f., über den Ort, wo ſie aufgeladen worden und wohin ſie beſtimmt ſind u. ſ. f. abzugeben. Selbſt verbotene Waaren, wenn man ſie ausdrücklich angibt, werden (tit. V.

---

unterrichten, ſehe man, außer dem Text der ſogleich unten anzuführenden Geſetze, in dem Repertorium von Merlin die Artikel: Douanes, Déclaration, acquit u. ſ. f., ſo wie die Schriften, welche über die Zollgeſetzgebung insbeſondere handeln; vorzüglich „Législation des Douanes de l'Empire Français par Dujardin - Sailly. 2de édit. à Paris. 1813. 4°.

*) Wenn die angeführten Formalitäten bei der Ein- oder Ausfuhr von Waaren, die gar keiner Abgabe unterworfen ſind, oder wo dieſe Abgabe nicht mehr als drei Livres beträgt, nicht erfüllt wird, ſo werden (tit. III. art. 30) die Uebertreter nur mit einer Geldbuße von 50 Livres geſtraft, ohne die Confiscation der Waare.

**) Letzteres bei ſolchen Waaren, wofür die Abgaben nach dem Werth entrichtet werden.

art. 4) nicht confiſcirt, ſondern nur zurückgewieſen. Werden ſie indeſſen ohne eine ſolche Erklärung, ſey es zu Lande oder Waſſer in das Reich eingeführt, ſo ſind ſie, nebſt Wagen und Pferd und nebſt dem Schiff, wenn es unter 50 Tonnen hält, dem Fiſcus verfallen und die Eigenthümer der Waaren und des Schiffs, ſo wie die Fuhrleute werden (tit. V. art. 1) ſolidariſch zu einer Geldbuße von 500 Livres verurtheilt. Zu dieſer Kathegorie werden (tit. V. art. 2) alle verbotenen Waaren gerechnet, die ſich (zu Lande) zwiſchen zwei Zollbureaus, oder auf einem unrichtigen Weg, und zur See nur zwei Meilen von der Küſte auf Schiffen unter 50 Tonnen befinden, oder welche die Zollbeamten einladen oder ausladen geſehen haben. Die Zollbeamten haben (tit. II. art. 14—16) das Recht, ſich von der Richtigkeit der angegebenen Erklärungen (an welchen in der Regel gar nichts und auf keinem Fall nach dem Tag, wo ſie abgegeben worden, etwas geändert werden darf) durch Meſſen, Wägen u. ſ. f. zu überzeugen. Dieſes muß jedoch in Gegenwart der Fuhrleute, Eigenthümer oder deren Geſchäftsleute *) geſchehn. Iſt die Erklärung in Beziehung auf die Art der Waaren **) falſch, ſo wird, wenn die Abgaben, welchen der Uebertreter des Geſetzes ſich dadurch entziehn wollte, 12 Livres oder mehr betragen, (tit. II. art. 21) derſelbe mit der Confiſcation der Waaren und einer Geldbuße von 100 Livres beſtraft. Die nämliche Strafe tritt (art. 20) ein, wenn die Zahl der vorfindlichen Stücke (Ballen, Kiſten, Tonnen) die angegebenen übertrifft. Iſt die Angabe nur in Beziehung auf das Gewicht zu gering, ſo muß (tit. II. art. 18) für das nicht angegebene, wenn es nämlich einen gewiſſen, von dem Geſetz näher beſtimmten Theil des Ganzen ausmacht, die doppelte Abgabe entrichtet werden. Beträgt die Unrichtigkeit noch weniger, ſo iſt das Ganze, und zwar, nach der durch die Unterſuchung näher ermittelten Quantität, nur der einfachen Abgabe unterworfen. Das Letztere gilt auch (art. 17), wenn ſich bei der Unterſuchung weniger, als angegeben worden, finden ſollte.*) Für Waaren, welche im Zolltarif übergangen ſind, wird bei der Einfuhr**) der Zoll (tit. I. art. 5) nach Verhältniß des erklärten Werths***) entrichtet. Um übertrieben geringe Angaben des Werths zu verhüten, haben die Zollbeamten (tit. II. art. 23) die Befugniß, die Waaren an ſich zu halten, wenn ſie ein Zehntheil über den angegebenen Preis dafür bezahlen. In dieſem Falle brauchen ſie keine andere Formalität zu erfüllen, als das Protocoll über das Anerbieten oder die wirkliche Bezahlung dieſer Summe inſinuiren zu laſſen.†) Die Eigenthümer haben indeſſen für ſolche zurückbehaltenen Waaren keinen Zoll zu entrichten. — Der Zoll muß (tit. XIII. art. 30) auf der Stelle bezahlt werden. Hat der Empfänger der Abgaben dem Fuhrmann oder Eigenthümer den Betrag des Zolls geborgt, ſo kann er (art. 31, 32) im Falle der Weigerung oder Verſpätung der Bezahlung einen Zwangsbefehl (contrainte) gegen denſelben erlaſſen.*) Dieſer wird, wenn er von einem Richter des Bezirks viſirt iſt — und die Richter dürfen unter perſönlicher Verantwortlichkeit dieſes Viſa nicht verweigern — auf alle Arten, ſelbſt durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt. Ueber die Entrichtung des Zolls wird demjenigen, der die Waare verführt, eine Quittung, ein

---

*) Weigern ſich dieſe, bei der Unterſuchung gegenwärtig zu ſeyn, ſo bleiben die Waaren (id. art.) im Zollbureau, und es wird mit denſelben nach tit. IX. verfahren. Das Geſetz v. 4ten Germ. J. 2 tit. II. art 9 enthält eine noch härtere Beſtimmung.

**) Bei Dujardin-Sailly findet ſich N° 326 folgender Fall: „Question. Un negociant à déclaré à l'entrée de la crême de tartre imposée à 18—36 du quintal. À la verification on ne trouve que de la craie qui ne doit que 1,02. Doit-on saisir comme s'agissant d'une fausso déclaration, ou percevoir le droit sur l'objet declaré ou sur celui reconnu? — Réponse. — Il n'y à évidemment aucune intention de fraude; on doit se borner à faire acquitter les droits de la marchandise réconnue.“

---

*) Finden ſich weniger einzelne Stücke, als erklärt worden, ſo wird (tit. II. art. 22) der Fuhrmann (Schiffer) und derjenige, welcher die Erklärung abgegeben, für jedes fehlende Stück ſolidariſch in eine Geldbuße von 300 Livres verurtheilt, wenn ſie nicht etwa Schiffbruch gelitten oder beſtohlen worden u. dgl. Das Nähere ſehe man in dem angeführten Artikel ſelbſt.

**) Bei der Ausfuhr bezahlen dieſe Waaren gar keinen Zoll. Das Geſetz v. 24ten Nivoſ. J. 3 (Desen. tom. XV. p. 142) unterwarf ſie einem geringen Wägegeld (droit de balance).

***) „pour celles qui auront recu quelque main d'oeurre que ce soit, à raison de dix pour cent de cette valeur, pour les drogueries, de cinq pour cent, et pour tous autres objets, de trois pour cent."

†) Ueber die Ausübung dieſes den Zollbeamten gegebenen Vorkaufsrechts (droit de préemption) ſind ſpäterhin noch

---

mehrere geſetzliche Beſtimmungen erſchienen. Es war, wie wir ſchon oben S. 621 bemerkt haben, auch in der alten Geſetzgebung bekannt. Da die Zolleinnahme damals verpachtet war, ſo verſtand es ſich von ſelbſt, daß dieſes Vorkaufsrecht, ſo wie zum Vortheil, alſo auch auf Gefahr des Zollpächters ausgeübt ward. Das Geſetz vom 28ten Juli 1791 ſpricht ſich über dieſen Punct nicht ganz beſtimmt aus. Allein es ſetzt gleichſam ſtillſchweigend voraus, daß der Verkauf auf Rechnung und Gefahr der Zollbeamten geſchehe. Nach dem Zollgeſetz des National-Convents vom 4ten Germin. J. 2 (24ten März 1794 Desen. tom. XV. p. 118) ſollte (tit. V. art. 1) dieſes Vorkaufsrecht auf Rechnung des Staats ausgeübt werden. Die Zollbeamten waren (art. 4) dem Staat für das, was ſie geboten hatten, und den Betrag der Abgaben verantwortlich, erhielten aber, wenn bei dem Verkauf der Waaren mehr herauskam, (art. 2, 3) einen beſtimmten Antheil. Der Preis für die zurück behaltene Waare brauchte erſt nach einem Monat erlegt zu werden (art. 5). Allein das unter dem Directorium erlaſſene Geſetz v. 4ten Flor. J. 4 (23ten April 1796 Desen. tom. XV. p. 131) ſchaffte (art. 3) dieſes wieder ab, ſo daß ferner das Vorkaufsrecht wieder auf perſönliche Rechnung der Zollbeamten ausgeübt werden ſollte. Wie der daraus ſich ergebende Gewinn unter die einzelnen Zollbeamten vertheilt wird, darüber ſiehe man Dujardin-Sailly N° 167 und 168.

*) Doch mußte dieſem Zwangsbefehl ein Auszug aus den Büchern des Zollamts, welcher die Erklärung des Kaufmanns, wodurch er ſich zur Zahlung verbindlich machte, enthielt, vorgeſetzt ſeyn (art. 31).

Schein (acquit de paiement) ertheilt. In demſelben ſind (tit. II. art. 25) die Zollämter (Controle-Bureaus), bei denen die Waaren ferner vorbeigeführt werden müſſen, ausdrücklich bemerkt. Die Fuhrleute ſind verpflichtet, ihre Quittungen an dieſen Bureaus abzugeben, wogegen ſie Controle-Scheine erhalten. Die Zollbeamten dürfen (tit. II. art. 27) Waaren, wenn ſie bei dem erſten Eingangs- oder Ausgangs-Bureau unterſucht worden, nirgends anders einer ferneren Unterſuchung unterwerfen, als an dem in der Quittung bemerkten Controle-Bureau.*) Die zur Ausfuhr, ſowohl zu Waſſer als zu Lande beſtimmten Waaren ſollen (tit. II. art. 26) nach Bezahlung des Zolls die erſtern unmittelbar auf das Schiff, welches ſie verführen ſoll, gebracht- die zweiten über die Gränze geſchafft werden, und dürfen durchaus nirgends niedergelegt, oder in die Magazine der Kaufleute zurückgebracht werden, unter Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von hundert Livres. — Die Beaufſichtigung der Zollbeamten über die verführten Waaren erſtreckt ſich indeſſen nicht durch das ganze Land, ſondern iſt auf ein ſchmales Gebiet beſchränkt, welches ſich von der äußerſten Gränze des Reichs an, zwei Meilen weit in das Innere ausdehnt, von dem man daher auch ſagt, es allein ſey der Douanen-Polizei unterworfen. Um jeder Chicane und jedem Zweifel zuvorzukommen, ſollen (tit. XIII. art. 42, 43) die Gränzen dieſer Entfernung (von zwei Meilen) allenthalben durch die Departements-Directorien beſtimmt feſtgeſetzt und dabei die Meile zu 2283 Toiſen (13698 Fuß) gerechnet werden.**) Dieſelbe wird (art. 43) ohne auf die Krümmungen und Unebenheiten der Wege Rückſicht zu nehmen (sans égard aux sinuosités des routes) nach gerader Linie, (nach dem Vogelflug, à vol d'oiseau) gemeſſen. Die innere Gränze dieſes Zwiſchenraums ſoll durch Bezeichnung und öffentliche Bekanntmachung der Orte, durch welche ſie durchgeht, angedeutet und ſollen auf derſelben von zweihundert zu zweihundert Toiſen Pfähle errichtet werden mit der Aufſchrift: Gebiet der zwei Meilen vom Ausland (territoire des deux lieues de l'étranger). Waaren, die ſich außerhalb dieſes Gebiets, weiter nach dem Innern zu befinden, ſind keiner Unterſuchung oder Beſchlagnahme der Zollbeamten unterworfen. Nur in dem Fall (tit. XIII. art. 35.), daß dieſe ſelbſt ſehen, wie man Waaren über die Gränze des genannten Gebiets hinüberbringt, dürfen ſie und zwar nur dann, wenn ſie die Waaren ohne Unterlaß verfolgt haben, dieſelben auch außerhalb dieſes Gebiets mit Beſchlag belegen. Auch wenn die Zollbeamten ſehn, daß man Waaren in Häuſer, die innerhalb des Gebiets der zwei Meilen liegen, bringt, und ſie in dem Augenblick, wo dieſes eben geſchehn iſt, ankommen, dürfen ſie eine Unterſuchung in den Häuſern vornehmen und Beſchlag auf die Waaren legen. Verweigert man ihnen alsdann den Eingang, ſo ſteht es ihnen frei, die Thüren öffnen zu laſſen, jedoch nur in Gegenwart eines Richters oder Municipalbeamten, der auf jeden Fall herbei gerufen werden muß um bei Abfaſſung des Protocolls gegenwärtig zu ſeyn.*)

---

*) Das ſpäter d. 4ten Germin. J. 2 (24ten März 1794 Desen. tom. XV. p. 118) erſchienene Zollgeſetz des National-Convents enthält dagegen (tit. III. art. 3) „Les marchandises pourront être visitées dans chaque bureau d'entrée ou de sortie sur la route.“

**) Dieſes der Polizei der Douanen unterworfene Gebiet iſt durch ſpätere Geſetze noch mannigfach ausgedehnt und verändert worden. Man ſehe das Folgende und beſonders Dujardin-Sailly N° 235—253.

Innerhalb des genannten Zwiſchenraums (von zwei Meilen) (tit. XIII. art. 37, 38) dürfen Magazine oder Lager

---

*) Die Confiscation wird indeſſen doch nicht nichtig, wenn auch ſchon bei der Hausunterſuchung kein gerichtlicher oder Polizeibeamter zugezogen worden (Rejet. 22 Juill. 1808 Desen. tom. XV. p. 223*). Es blieb indeſſen immer geſetzliche Vorſchrift, daß die Zollbeamten allein, ohne Zuziehung eines andern Beamten keine Hausſuchung vornehmen durften, obſchon ſpätere Geſetze (das vom 10ten Brum. J. 5, der Conſular Beſchluß v. 4ten Ergänzungstag J. 11 Desen. tom. XV. p. 138, 222) in Beziehung auf die Hausunterſuchung Einiges geändert haben. Insbeſondere durfte dieſelbe auch in dem Innern des Reichs, doch nur bei Tag, vorgenommen werden. Dieſes waren indeſſen Maßregeln aus Haß gegen England angeordnet.

(entrepôts) von Manufactur- oder ſolchen Waaren, die bei der Einfuhr mehr als 12 Livres für den Centner bezahlen, oder deren Ausfuhr verboten oder mit irgend einer Abgabe belegt iſt, nirgendwo anders, als in Städten über 2000 Seelen angelegt werden. Um die Schwierigkeiten, welche der Ausdruck »Niederlage, Lager (entrepôt)« ſchon bei der alten Geſetzgebung hin und wieder veranlaßt hatte, zu heben, erklärt tit. XIII. art. 38: Als im Lager befindlich ſind, mit Ausnahme der zum Wachsthum der Gegend (cru du pays) gehörigen Waaren, alle oben genannten anzuſehn, welche ſich noch in Ballen oder Packen (en balles ou ballots) befinden, und wofür man keine an demſelben Tage abgelieferte Ausfertigung (Expedition) eines Zollamts für den Transport derſelben aufweiſen kann.*) Alle dieſe ſind (tit. XIII. art. 39) dem Staat verfallen und die, welche ſie aufgenommen haben, trifft eine Geldbuße von 100 Livres. Den Zollbeamten iſt es (tit. XIII. art. 30.) zur Entdeckung ſolcher Niederlagen erlaubt Hausunterſuchungen anzuſtellen, doch nur bei Tag und mit Zuziehung eines Municipal-Beamten des Orts. Findet ſich bei der Haus-Durchſuchung kein ſolches Waarenlager vor, ſo erhält derjenige, deſſen Wohnung durchſucht worden (tit. III. art. 40) 24 Franken als Vergütung, vorbehaltlich aller übrigen noch bedeutenderen Entſchädigungen, wozu die Umſtände dieſer Hausdurchſuchung Veranlaſſung geben könnten. — Waaren, die von einem Hafen des Reichs nach einem andern, oder von einem Ort deſſelben nach einem andern gebracht werden, ſind (tit. III. art. 1) keinem Ein- oder Ausfuhrzoll unterworfen. Im erſten Fall aber, und ebenſo wenn ſie, um an ihren Beſtimmungsort zu gelangen, ihren Weg zum Theil durch das Ausland nehmen müſſen, darf (tit. III.

---

*) Wenn auch die in einem Hauſe niedergelegten Waaren dem Eigenthümer deſſelben zugehören, ſo werden ſie doch als im Lager (entrepôt) befindlich angeſehn und die gewöhnlichen geſetzlichen Beſtimmungen auf ſie angewendet. (Merlin Répert. art. entrepôt.) Das Wort: Lager (entrepôt) wird übrigens noch in mehrfachem Sinn genommen, wovon unten näher gehandelt wird. M. ſ. auch Merlin l. c.

art. 1, 2) die Verführung derſelben, in dem Fall die Ausfuhr einer Abgabe unterworfen iſt, nur vermöge eines von dem Zollamt ausgefertigten Begleitſcheins (acquit à caution) geſchehn. Ein ſolcher Schein muß (art. 2), eben ſo wie bei der alten Geſetzgebung, nach gewiſſen Formalitäten ausgefertigt werden. In demſelben muß die Verpflichtung desjenigen, der ihn erhält, daß er innerhalb einer feſtgeſetzten Friſt*) ein Certificat über die Ankunft der Waaren an ihrem Beſtimmungsort beibringen, oder die doppelten Ausgangs-Rechte bezahlen will, ausdrücklich enthalten ſeyn. Derſelbe muß überdem einen zahlbaren Bürgen ſtellen, der ſich ſolidariſch mit ihm für die richtige Beibringung dieſes Certificats verpflichtet. Man kann indeſſen auch, ſtatt einen Bürgen zu ſtellen, die Ausgangsrechte baar hinterlegen, welches in dem Begleitſchein ausdrücklich bemerkt wird. Noch ſtrengere Formalitäten ſind (tit. III. art. 3, 4, 5) erforderlich, wenn Waaren, deren Ausfuhr verboten iſt, auf dieſe Weiſe verführt werden. Für Waaren hingegen, auf deren Ausfuhr keine Abgabe liegt, brauchen in dieſem Falle (art. 3) bloße Paſſirzettel (passavans) ausgefertigt zu werden, welche weit geringeren Formalitäten als die Begleitſcheine unterworfen ſind. Diejenigen, welche Waaren aus dem Innern in das Gebiet der zwei Meilen vom Ausland**) einführen, ſind (tit. III. art. 15)

---

*) In einem Begleitſchein ſind zwei Friſten feſtgeſetzt: eine, innerhalb welcher die Waare an ihren Beſtimmungsort gebracht ſeyn muß, und eine andere, innerhalb welcher das Certificat über die richtige Ankunft der Waaren bei dem Zollbureau, das den Begleitſchein ausgeſtellt hat, wieder eingeliefert werden muß. Die erſte Friſt iſt beim Transport zu Lande Ein Tag für drei Myriameter (ſechs Meilen, lieues) im Sommer, und für fünf und zwanzig Kilometer (fünf Meilen) im Winter. Bei kleinen Entfernungen ſetzt man eine Friſt von zwei Stunden für fünf Kilometer (Eine Meile). Die zweite Friſt (für die Beibringung des Certificats) iſt gewöhnlich viel kürzer, da man daſſelbe durch die Poſt und andere Gelegenheiten leicht überſenden kann. (Dujardin - Sailly N° 818.

**) Der Beſchluß des Directoriums v. 25ten Meſſid. J. 6 (13ten Juli 1798. Desen. tom. XV. p. 159) dehnte, wegen der Schwierigkeit, die man gefunden hatte, die zweite verpflichtet, ſich an dem erſten Bureau zu melden, und dort die nämliche Erklärung, wie für die Bezahlung des Zolls abzugeben. Dieſelbe Verpflichtung findet Statt, für Waaren, die innerhalb dem Gebiet dieſer zwei Meilen aufgeladen werden, um entweder daſelbſt zu circuliren, oder ins Innere verführt zu werden und zwar muß dieſe Erklärung vor der Aufladung gemacht werden, unter Strafe der Confiscation der Waare und einer Geldbuße von hundert Livres.*) Auf dieſe Erklärung wird denjenigen, welche ſie abgeben, ein Paſſirzettel ausgefertigt, worin die Beſchaffenheit und Menge der verſendeten Waaren, der Ort der Beſtimmung, die Zeit, innerhalb welcher ſie ankommen müſſen u. ſ. f. enthalten iſt. Dieſe Paſſirzettel müſſen an allen Bureaus, die auf dem Wege der verſendeten Waaren liegen und, auf Anfordern, allen Zollbeamten vorgezeigt werden. Nur Getreide und Saamen (grains et graines), in Zeiten, wo die Ausfuhr deſſelben erlaubt iſt und in allen Fällen, wenn ſie nicht nach der Gränze geführt werden; Vieh, Gemüſe, Obſt, Butter, Eier und andere Eßwaaren, auch die Fabricate einiger Gegenden ſind (tit. III. art. 17) dieſer Formalität nicht unterworfen und können ohne Paſſirzettel

---

Douanenlinie allenthalben in einer Entfernung von nur zwei Meilen anzulegen, das Gebiet, worin in Beziehung auf die innere Circulation der Waaren beſondere Maßregeln gelten ſollten, von der Gränze bis zur zweiten Douanenlinie aus. Das Geſetz vom 8ten Flor. J. 11 (28ten April 1803 Desen. tom. XV. p. 204) ſetzte (art. 84) dieſe Entfernung auf zwei Myriameter (vier alte Meilen) feſt.

*) Das Geſetz v. 19ten Vendem. J. 6 (10ten October 1797 Desen. tom. XV. p. 153) ſetzte (art. 2, 3) zu den hier für dieſe Erklärung vorgeſchriebenen Formalitäten noch einige hinzu. Insbeſondere dürfen (art. 3) die Waaren in keinem Falle Nachts weder verführt, noch aus dem Ort, wo ſie aufbewahrt liegen, weggebracht werden. Die Geſetze vom 29ten September 1793 und vom 12ten Pluv. J. 3 hatten die Verführung der Waaren innerhalb des Gebiets der zwei Meilen ſogar nur vermittelſt eines Begleitſcheins erlaubt.

verführt werden. *) — Was die eben (S. 658) angeführten Begleitſcheine betrifft, ſo ſollen ſie an jedem Bureau, bei welchem die Waaren vorbeigehen, vorgezeigt werden. Die an dieſen Bureaus angeſtellten Zollbeamten ſollen (tit. III. art. 6, 7, 8) nur, nachdem ſie ſich überzeugt, daß die Art der Waaren, die Zahl der Ballen u. ſ. f. mit der im Begleitſchein angegebenen übereinſtimmt, ein Entlaſtungs-Certificat ausſtellen. Auch wenn die Waaren nicht in der angegebenen Friſt ankommen, ſollen ſie (art. 7) dieſes Certificat verweigern. Es ſteht indeſſen (art. 8) den Schiffern, Fuhrleuten u. ſ. f. frei, durch gehörig angefertigte Protocolle, deren Formalitäten art. 8 näher beſtimmt, zu beweiſen, daß ſie durch unvorhergeſehene und nicht zu vermeidende Zufälle aufgehalten worden ſeyen. Finden ſich bei der Unterſuchung andere Waaren, oder iſt die Quantität derſelben größer oder geringer, als der Begleitſchein angibt, ſo finden nach Verſchiedenheit der Fälle verſchiedene Strafen Statt, die der angeführte art. 9 näher beſtimmt; wobei gegen die Verſender noch überdem alle die Strafen, denen ſie ſich durch den Begleitſchein unterworfen haben, beſtehn bleiben. Selbſt auf die verſpätete Ankunft der Waaren ſind (art. 7) beſtimmte Strafen geſetzt. Wird aber dem Zollamt, welches den Begleitſchein ausgeſtellt, das Certificat über die richtige Ankunft der Waaren in der beſtimmten Friſt und der vorgeſchriebenen Form zugeſtellt, ſo ſind (tit. III. art. 11) alle Rechte der Zollverwaltung gegen denjenigen, welche den Begleitſchein erhalten, erloſchen, mit Ausnahme jedoch des Falls (art. 10), daß die Certificate über die richtige Ankunft der Waaren u. ſ. f. verfälſcht wären. **) Wenn der Verſender der-

---

*) Das ſo eben (*) angeführte Geſetz vom 19ten Vendem. J. 6 enthält (art. 4) faſt genau dieſelbe Erlaubniß. Unter dem Wort: Vieh (bestiaux) ſind indeſſen Pferde nicht begriffen. Cassat. 17. Juin. 1806 (Desen. tom XV. p. 154 *)

**) Die Verſender waren deshalb (tit. III. art. 10) verpflichtet, den Namen, Wohnort und Stand desjenigen, der ihnen das Certificat über die richtige Ankunft der Waaren zugeſchickt hatte, anzugeben, damit man, wenn eine Ver-

Waaren die von ihm eingegangenen Verbindlichkeiten nicht erfüllt, ſo können (tit. III. art. 12, 13) die Zollbeamten gegen denſelben wegen der Summen und Geldſtrafen, die er verſchuldet, einen Zwangsbefehl (contrainte) erlaſſen. Wenn indeſſen der Verſender nur das Certificat über die richtige Ankunft der Waaren zu ſpät (doch nicht ſpäter als ein halbes Jahr nach Ablauf der in dem Begleitſchein feſtgeſetzten Friſt) einreicht, ſo ſollen ihm, wenn er wirklich ein Certificat, daß die Ankunft der Waaren in der richtigen Zeit erfolgt iſt, beibringt, die erlegten Summen und Strafgelder, mit einziger Ausnahme der von Zollverwaltung getragnen Koſten, zurückgegeben werden.

Es iſt nicht erlaubt, alle Waaren bei jedem Zoll-Bureau ein- oder auszuführen, ſondern für einige ſollten dazu beſtimmte Häfen und Oerter angegeben werden, die tit. IV. näher bezeichnet ſind. Waaren, die man an andern, als den beſtimmten Orten ein- oder ausführt, werden (tit. IV. art. 8) confiscirt, wozu noch eine Geldſtrafe von 100 Livres kommt. Werden indeſſen ſolche Waaren bei der Ein- oder Ausfuhr dem Zollamt ausdrücklich angegeben, ſo werden ſie nicht confiscirt, ſondern nur zurückgewieſen.

Wir haben im Vorigen vorzüglich von der Verführung der Waaren zu Land geſprochen. Das Geſetz v. 28ten Juli enthält aber über die Verführung zu Waſſer eben ſo umſtändliche Beſtimmungen, wegen denen wir indeſſen, um nicht zu weitläufig zu werden, auf das Geſetz ſelbſt verweiſen müſſen.

Das Zollgeſetz v. 28ten Juli 1791 gibt den Zollbeamten das Recht, Waaren, die mit Uebertretung der Zollgeſetze verführt werden, innerhalb der feſtgeſetzten Gränzen mit Beſchlag zu belegen. Für dieſe Beſchlagnahme ſchreibt es faſt genau dieſelben Formalitäten vor, wie die ältere Geſetzgebung. Wir

---

fälſchung vorgefallen wäre, gegen dieſelben verfahren könnte. Die Zollverwaltung mußte die Klage darüber innerhalb vier Monaten anſtellen, ſonſt war ſie erloſchen. Der Verſender und ſeine Bürgen waren indeſſen auf keinen Fall anders als auf dem Civil-Weg, gemäß ihren eingegangenen Verpflichtungen (soumissions), verantwortlich.

können daher den Leſer wegen des Nähern um ſo mehr auf tit. X. des Geſetzes ſelbſt, der insbeſondere davon handelt, verweiſen. Ueber die Beſchlagnahme muß ein Protocoll aufgenommen werden, worin (tit. X. art. 11) die Stunde, wo es geſchloſſen worden, angegeben ſeyn muß. Es enthält (art. 10) eine Vorladung an die Parthei, um vor dem Gericht des Diſtrikts worin die Beſchlagnahme geſchehn iſt, zu erſcheinen. Iſt die Parthei bei dem Schluß des Protocolls gegenwärtig, ſo wird ihr (art. 10) auf der Stelle eine Abſchrift deſſelben mitgetheilt. Iſt ſie bei dieſer Abfaſſung nicht gegenwärtig, wohnt aber doch an dem Ort, wo es abgefaßt worden, ſo wird ihr (art. 12) innerhalb vierundzwanzig Stunden nach dem Schluß des Protocolls eine Abſchrift davon nebſt der Vorladung durch die Zollbeamten oder einen Huiſſier zugeſtellt. Hat (art. 13) die Parthei der Abfaſſung des Protocolls nicht beigewohnt, und ſie hat auch da, wo es abgefaßt worden, weder ihren wirklichen, noch erwählten Wohnort, ſo geſchieht die Inſinuation und die Vorladung innerhalb derſelben Friſt und in derſelben Form in der Wohnung des königlichen Commiſſärs (Staatsprocurators), oder auch des Procurators der Gemeinde, wenn es nämlich an dem Ort kein Bezirksgericht gibt. Auf dieſelbe Art wird (art. 14) verfahren, wenn der Angeſchuldigte, ehe man ihn kennen konnte, die Waaren im Stich gelaſſen hat. Befindet ſich an dem Ort ſelbſt ein Bezirksgericht, ſo geſchieht (art. 17) die Vorladung auf den unmittelbar folgenden- und wenn es zwar nicht an dem Ort ſelbſt, aber weniger als fünf Meilen davon entfernt iſt, auf den zweiten folgenden Tag (le surlendemain); und ſo wird ferner für jede fünf Meilen Entfernung die Vorladungsfriſt um einen Tag verlängert. Die Protocolle müſſen (tit. X. art. 18) innerhalb 24 Stunden nach ihrem Abſchluß vor dem Präſident des Bezirksgerichts oder in deſſen Abweſenheit, vor einem Richter deſſelben Tribunals eidlich bekräftigt werden. Dieſes letztere kann indeſſen auch vor den Friedensrichtern, oder in deren Ermangelung vor dem Maire oder einem Municipalbeamten geſchehn. Dieſe Protocolle der Zollbeamten müſſen (art. 22) einregiſtrirt werden. Die Acte über die eidliche Bekräftigung derſelben ſind indeſſen dieſer Formalität nicht unterworfen. Ein ſolches Protocoll (art. 25), wenn es von zwei Zollbeamten*) verfaßt und unterzeichnet und dabei vor dem geeigneten Beamten eidlich bekräftigt iſt, hat vor Gericht vollen Glauben, vorbehaltlich jedoch der Fälſchungsklage, die man dagegen anheben kann. Die Entſcheidung aller Klagen wegen Uebertretung der Zollgeſetze, in ſo fern ſie blos bürgerliche Strafen nach ſich ziehn iſt (tit. XI.) in erſter und letzter Inſtanz den Bezirks-Gerichten übertragen. Dieſelben ſollen (tit. XI. art. 3)**) ohne alle weitläufige Proceßformen, bloß auf einfache Denkſchriften das Urtheil fällen. Die Richter können (tit. XII. art. 1) die feſtgeſetzten Strafen gegen diejenigen, welche die Waaren verführen (die Schiffer, Fuhrleute u. ſ. f.) ausſprechen, ohne daß die Zollverwaltung verpflichtet iſt, die Eigenthümer derſelben zu verfolgen, ſelbſt wenn ſie ihr angezeigt worden. Die Richter können (tit. XII. art. 3) die einmal in Beſchlag genommenen Waaren nicht anders als durch ein definitives Urtheil frei geben. Nur bei Waaren, die dem Verderben unterworfen ſind, darf dieſes (tit. XII. art. 2, tit. X. art. 16) gegen hinreichende Bürgſchaft oder Hinterlegung des durch Abſchätzung ermittelten Werths geſchehn. Daſſelbe gilt in Beziehung auf das Fuhrwerk (Wagen und Pferde, Schiffe) worauf die Waaren verladen ſind.*) Die Richter können (tit. XII. art. 4) unter Strafe eigener Verantwortlichkeit die geſetzlichen Strafen nicht mildern; auch die Zollverwaltung darf (nach dem Geſetz v. 28ten Juli 1791), wenn die Strafe durch ein in letzter Inſtanz erlaſſenes oder rechtskräftig gewordenes Urtheil ausgeſprochen iſt, ſich mit der Parthei nicht mehr gütlich vergleichen.

---

*) Auch die Nationalgarde, die Linientruppen und die Gendarmen können, ohne Zuziehung der Zollbeamten, in den geeigneten Fällen, Waaren in Beſchlag nehmen (art. 20). Die Waaren müſſen alsdann auf das nächſte Zollbureau gebracht, und dort muß von den Zollbeamten eine Beſchreibung derſelben angefertigt werden. Diejenigen, welche die Waaren in Beſchlag genommen, müſſen ſich unmittelbar darauf nebſt der Parthei oder nach gehöriger Aufforderung derſelben, zu einem der Richter des Bezirks-Tribunals u. ſ. f. begeben, dort ihren Bericht über die Beſchlagnahme abſtatten und darüber von dem Richter oder Gerichtsſecretair einen ſchriftlichen Act abfaſſen laſſen. Dieſer, wenn er von zwei Nationalgardiſten u. ſ. f. unterzeichnet, und eidlich bekräftigt iſt, hat auch vor Gericht vollen Glauben und kann nur wegen Verfälſchung angefochten werden.

**) Man verbinde mit den hier bezogenen Geſetzen noch das vom 6ten und 7ten September 1790 art. 2 (Desen. tom. III. p. 247.)

Später indeſſen ſind dergleichen gütliche Vereinigungen ſowohl vor als nach dem Urtheil in der Regel wieder erlaubt worden; nur müſſen ſie nach Bedeutenheit der Summe entweder von dem Local- oder General-Zolldirector, oder von dem Staatsoberhaupt ſelbſt beſtätigt werden. Nur mit Unternehmern und Verſicherern von Contrebande, ebenſo mit ſolchen, welche die Contrebande mit gewaffneter Hand ausüben, findet kein gütlicher Vergleich Statt (Dujardin-Sailly N° 1169—1171).

Alle Verurtheilungen mehrerer Perſonen wegen der nämlichen Thatſache ſind (tit. XII. art. 3) ſolidariſch ſowohl in Beziehung auf die Confiscation als auf die Geldſtrafe und Koſten. Die Urtheile, welche zur Bezahlung der Abgaben, des Werths der einſtweilen zurückgegebenen und nachher für verfallen erklärten Waaren, oder einer Geldſtrafe, wenn keine Confiscation ausgeſprochen wird, verdammen, werden (tit. XII.

---

*) Nach dem Geſetz vom 28ten Juli 1791 iſt das Fuhrwerk nur, wenn die darauf verführten Waaren gänzlich verboten ſind, der Strafe der Confiscation unterworfen und dabei Schiffe doch nur, wenn ſie unter fünfzig Tonnen halten (tit. V. art. 1, tit. XIII. art. 7). Allein die Zollverwaltung kann, wenn der Werth der Waaren nicht hinreicht, ſich wegen der Abgaben, der Geldſtrafe u. ſ. f. an dem Fuhrwerk erholen und daſſelbe zur Sicherheit zurückbehalten. Es wird indeſſen, damit der Fuhrmann ſein Geſchäft fortſetzen könne, gegen Bürgſchaft frei gegeben. Daſſelbe geſchah auch nach der ältern Geſetzgebung, nach welcher jedoch die Confiscation des Fuhrwerks weit häufiger Statt fand. Nach der neuern Geſetzgebung (tit. II. art. 29) dürfen die öffentlichen Poſtwagen auf keinen Fall, ſelbſt wenn ſie verbotene Waaren führen, zurückbehalten werden. Daſſelbe gilt auch (tit. II. art. 7) für alle Schiffe, die dem Staat (der Nation) gehören.

art. 6) gegen die Parthei durch körperliche Verhaftung vollſtreckt; eben ſo gegen die Bürgen, doch nur wegen des Werths der confiscirten Waaren. Sind Waaren wegen Uebertretung der Zollgeſetze in Beſchlag genommen, ſo können ſie (tit. XII. art. 5) von den Eigenthümern nicht vindicirt werden und eben ſo wenig können ſelbſt privilegirte Gläubiger den Werth derſelben, er ſey hinterlegt oder nicht, in Anſpruch nehmen. Die Zollverwaltung hat (tit. XIII. art. 22) wegen nicht bezahlter Zollabgaben vor allen Gläubigern ein Vorzugsrecht auf das Mobilar-Vermögen derjenigen, die ihr ſchuldig ſind; mit der Beſchränkung jedoch, daß noch verpackte Waaren (qui seront encore sous balle et sous corde) von den Eigenthümern vindicirt werden können.*) Die Zollverwaltung hat auch (tit. XIII. art. 23) wegen aller ihr gebührenden Rückſtände eine geſetzliche Hypothek auf das unbewegliche Eigenthum ihrer Schuldner, jedoch nur von dem Tag an, wo letztere durch ſich ſelbſt oder ihre Geſchäftsführer in den Büchern des Zollamts ſich verpflichtet haben, und unter der Bedingung, daß der über dieſe Verpflichtung aus den Büchern gemachte Auszug gehörig **) einregiſtrirt iſt. Jede Beſchlagnahme, welche auf Zollabgaben, ſie befinden ſich in den Händen der Zoll-Empfänger oder derjenigen, welche die Abgaben ſchuldig ſind, gelegt wird, iſt (tit. XII. art. 9) nichtig, und es iſt den Huiſſiers bei ſchwerer Strafe verboten, dergleichen Acte zu machen. Jede Klage, welche die Zollverwaltung auf die Bezahlung von Abgaben anſtellen könnte, iſt (tit. XIII. art. 25) Ein Jahr nach dem Tag, wo die Entrichtung der Abgabe geſchehn muß, erloſchen, es ſey denn, daß vor Erlöſchung dieſer Friſt ein Zwangsbefehl erlaſſen und inſinuirt, eine gerichtliche Klage angeſtellt, oder eine Verurtheilung ausgeſprochen, oder eine beſondere Verpflichtung eingegangen worden. Zu dem öffentlichen Verkauf der mit Beſchlag belegten Waaren darf in der Regel nur, nachdem die Gerichte die Confiscation derſelben ausgeſprochen haben, geſchritten werden. Dieſelbe geſchieht alsdann unter der einzigen Leitung und Aufſicht der Zollbeamten*) und ohne daß es nöthig wäre den ehmaligen Eigenthümer davon in Kenntniß zu ſetzen.

---

*) D. h. in ſo fern ſie nur zu dem Mobilar-Vermögen derjenigen, welche der Zollverwaltung ſchuldig ſind, nicht aber zu den Waaren, welche wegen Zollfraudation mit Beſchlag belegt ſind, gehören. Auch auf die Gerichts- und andere privilegirte Koſten, und Hausmiethe des letzten halben Jahres (wenn ſie rückſtändig iſt) erſtreckt ſich das Vorzugsrecht der Zollverwaltung nicht.

**) Innerhalb derſelben Friſt, welche für die notariellen Acte vorgeſchrieben iſt.

Außer dieſen allgemeinen Geſetzen über die Erhebung der Zölle, wodurch die Verhältniſſe zwiſchen der Regierung und den Zollpflichtigen beſtimmt werden, verdankt Frankreich der Conſtituirenden auch die Einrichtung der Zollverwaltung ſelbſt, d. h. die Beſtimmung der Zahl, der Rechte und Dienſtpflichten, ſo wie des wechſelſeitigen Ineinandergreifens und der Unterordnung der verſchiedenen Beamten, welchen die Leitung des Zollweſens anvertraut iſt. Nach dem Decret vom 23ten April 1791**) (art. 1) ward die oberſte Leitung und Oberaufſicht über die Zölle und deren Erhebung einer eignen Verwaltung, einem Verwaltungsrath (régie) anvertraut, welcher ſeine Dienſtverrichtungen unter- und nach den Befehlen der ausübenden Gewalt (des Königs und ſeiner Miniſter) ausübte. Er ſollte (art. 2) einſtweilen aus 8 Mitgliedern, die der König ernannte,***) beſtehn. Sie berathſchlagten (art. 15) gemeinſchaftlich. Alle übrigen Zollbeamten waren derſelben (art. 3) untergeordnet. Sämmtliche Küſten und Gränzen von Frankreich waren (art. 7) in Beziehung auf die Zollverwaltung in zwanzig Directionen getheilt, deren jede einen Beamten unter dem Titel: Director zum Vorſteher hatte,*) welcher in unmittelbarer Verbindung mit dem Verwaltungsrath ſtand, und die Aufſicht über alle Beamten ſeines Bezirks ausübte. Zu dieſen zwanzig Directionen gehörten (art. 4) 714 Zollämter (bureaux), nämlich 94 Haupt- und 620 untere oder beſondere Zollämter. Die dabei angeſtellten Beamten zerfielen in zwei Klaſſen, nämlich in Beamte für den innern- und für den äußern Dienſt. Die Beamten der erſten Klaſſe waren mit dem Empfang der eingehenden Gelder, der geſammten Buchführung und dem Rechnungsweſen beauftragt. Auch die Unterſuchung und Beſichtigung der zollpflichtigen Waaren, die Ermittelung der Quantität derſelben gehörte zu den Dienſtverrichtungen einiger Beamten dieſer Klaſſe.**) — Die Beſchäftigung der zum äußern Dienſt gehörigen Zollbeamten beſtand (art. 5) darin, die Erhebung des Zolls zu ſichern

---

*) Nach dem kaiſerl. Decret vom 8ten October 1810 art. 28 ſollen jedes halbe Jahr alle während dieſer Friſt confiscirte Waaren öffentlich verſteigert und dieſe Verſteigerung nebſt einer umſtändlichen Angabe der Art der Waaren durch die Journale der Departements angezeigt werden. Dujardin-Sailly N° 406, 407.

**) Desen. tom. XV. p. 34.

***) Das Decret vom 23ten April 1791 ſpricht zwar nicht von dieſer Ernennung durch den König, allein nach einem andern Decret vom 8ten und 9ten Mai 1791 (Desen. tom XIV. p. 245) über die Verwaltung des Enregiſtrement, des Stempels und der Douanen, ſollen (art. 3) die Mitglieder des Verwaltungsraths von dem König aus den Beamten des unmittelbar geringern Grades, die wenigſtens fünf Dienſtjahre haben, gewählt und ernannt werden.

---

Auch kann (art. 4) nur der König, nachdem er vorher die Meinung der übrigen Mitglieder des Verwaltungsraths vernommen, ſie abſetzen. Die untern Beamten werden (art. 3, 4) von dem Verwaltungsrath angeſtellt und können von demſelben auch wieder entlaſſen werden.

*) Dieſe Einrichtung ward durch das Geſetz v. 26ten Frim. J. 2 abgeſchafft: allein ſie ward bald, wenigſtens ſtillſchweigend, wieder hergeſtellt. M. ſ. Dujardin-Sailly N° 27.

**) Als Beamten dieſer Klaſſe werden art. 8 erwähnt: „Les receveurs particuliers ou principaux [suivant l'importance du bureau], les contrôleurs de la recette et de la visite, les liquidateurs, les visiteurs, les receveurs aux déclarations, les gardes-magazins, les contrôleurs aux entrepôts, les commis aux expéditions, les emballeurs, peseurs, portefaix, plombeurs et concierges. Es wäre zu weitläufig, hier die Dienſtgeſchäfte aller dieſer Beamten, welche meiſtens ſchon aus den Namen derſelben erhellen, näher anzugeben. Genauere Belehrung findet man bei Dujardin-Sailly N° 11 — 94.

und ſich der Ein- und Ausfuhr der Waaren, wenn ſie gegen die Zollgeſetze geſchah, zu widerſetzen. Die Beamten dieſer Klaſſe waren faſt militäriſch organiſirt. Sie waren bewaffnet und in 1775 Brigaden vertheilt. Die dazu gehörigen Perſonen (an Zahl 13284) hießen, nach Verſchiedenheit ihres Rangs, General-Capitains, beſondere Capitains (capitaines particuliers), Ober-Lieutenants, Ordonnanz-Lieutenants (lieutenants d'ordre), Brigade-Commandanten zu Fuß und zu Pferd, Wachtſchiff-Commandanten (commandants de pataches), Brigadiers und Unterbrigadiers. Selbſt den unterſten Beamten dieſer Klaſſe (den eigentlichen Zollſoldaten) gab man, um ſie in der Meinung des Volks Etwas zu heben, den Namen: Vorſteher (preposées) oder Aufſeher; wozu noch Steuerleute, Matroſen und Schiffsjungen (mousses) kamen.*)

Die Zollverwaltung (la régie) iſt nach dem Zollgeſetz vom 28ten Juli 1791 (tit. XIII. art. 19) für alle Handlungen ihrer Beamten, die ſich auf den Dienſt beziehen, vorbehaltlich ihres Regreſſes gegen dieſe Beamten ſelbſt oder gegen ihre Bürgen, verantwortlich. Sie hat (art. 22) in Beziehung auf das, was ihre Rechnungspflichtigen ihr verſchulden, vor allen Gläubigern das Vorzugsrecht auf das bewegliche Vermögen derſelben, mit Ausnahme der Juſtizkoſten und anderer privilegirten. Ueberdem hat ſie auf das unbewegliche Vermögen dieſer Rechnungspflichtigen (art. 23) eine geſetzliche Hypothek von dem Tag angerechnet, wo dieſelben ihren Dienſteid geleiſtet haben. Bei der Siegelanlegung an das bewegliche Eigenthum und die Papiere der Rechnungspflichtigen, bleiben die Empfangs- und andere auf das laufende Jahr ſich beziehenden Papiere (tit. XIII. art. 21) von dieſer Maßregel ausgenommen. Dieſelben werden von dem Richter feſtgeſetzt (arrêtés) und, mit deſſen Namenszug verſehn, dem einſtweilen angeordneten Empfänger zugeſtellt, welcher dafür als gerichtlicher Depoſitar verantwortlich bleibt. —

---

*) Die, nach dem hier angeführten Decret der Conſtituirenden, ſogenannten General-Capitains erhielten ſpäterhin den Titel Brigade-Controleurs. Die Dienſtverrichtungen derſelben, ſowie aller zu den Brigaden gehörigen Perſonen ſehe man bei Dujardin-Sailly a. a. O.

Unter der alten Geſetzgebung hatte der Zollpächter ein Vorrecht einer eigenthümlichen Art.*) Er konnte nämlich, wenn er, um ein Zollamt zu errichten, ein Haus nöthig hatte, ein jedes ihm beliebige, welches nicht von dem Eigenthümer ſelbſt eingenommen war, nehmen. Jeder Miether mußte es dem Zollpächter abtreten, vorausgeſetzt, daß letzterer in die durch den Pachtcontract feſtgeſetzten Bedingungen eintrat, wobei, zur Vermeidung jedes Betrugs, der Eigenthümer eidlich bekräftigen mußte, daß der angegebene Pachtcontract wirklich ſo geſchloſſen worden und nicht unterſtellt ſey. Der Zollpächter konnte das Haus unter den nämlichen Bedingungen ſo lange an ſich halten, als er für gut hielt. Auch war er den Miethern zu keiner Schadloshaltung (wegen der Koſten des Verziehens u. dgl.) verpflichtet. Beſtand kein Contract, ſo ward die Miethe nach der Schätzung von Sachverſtändigen beſtimmt. Auffallend iſt es, daß das Zollgeſetz der Conſtituirenden vom 28ten Juli 1791 dieſes ſonderbare Vorrecht fortbeſtehen ließ, und es (tit. XIII. art. 4) von den ehemaligen Zollpächtern (deren es ſeit der Revolution keine mehr gibt) an die Zollverwaltung (régie) übertrug; jedoch mit der Verpflichtung für die letztere, den Miethern**) die herkömmlichen Entſchädigungen zu leiſten.

---

*) Dieſes Recht war in den letzten Zeiten den General-Pächtern der Zölle durch ihre Pachtcontracte ausdrücklich zugeſichert. M. ſ. Merlin Répert. art. bureaux des traites.

**) Das Directorium erließ den 29ten Frim. J. 6 (19ten Dec. 1797) ebenfalls einen Beſchluß über dieſen Gegenſtand (Desen. tom. XV. p. 154). Nach art. 1, wodurch die Ausführung der früheren Geſetze (vom 9ten November 1790 und 22ten Auguſt (28ten Juli m. ſ. S. 650) 1791 verordnet wird, ſind die Municipal- und in Ermangelung die Departemental-Verwaltungen verpflichtet, die Häuſer zu bezeichnen, welche ſich zur Errichtung der Zollämter, ſowie zur Wohnung der Zollbeamten am beſten eignen. Im abſoluten Nothfall, wenn es nämlich gar keine leerſtehende oder vermiethete Häuſer gibt, dürfen (art. 2) auch Häuſer, welche die Eigenthümer ſelbſt bewohnen, genommen werden.

Daſſelbe Geſetz (Desen. tom. XV p. 61) beſtimmte noch tit. XIII. art. 1, daß ohne ein beſonderes Decret des geſetzgebenden Korps kein beſtehendes Zollamt aufgehoben und kein neues beſtellt werden ſollte. Dieſes war indeſſen (nach der Abſicht der Conſtituirenden) höchſtwahrſcheinlich nur eine proviſoriſche Maßregel, um zu verhüten, daß man nicht unter irgend einem ſcheinbaren Vorwand zu dem alten Unheil der innern Zölle zurückkehrte. Merlin (Répert. art. Douanes §. I.) ſagt, man habe dieſe Verordnung nie anders verſtanden, als daß eine Douanen-Linie aus einem Departement, welches aufhöre, die Gränze zu bilden, in ein anderes nicht ohne ein beſonderes Geſetz verlegt werden dürfe. Als im Lauf der Revolution die Erinnerung an die Zölle, welche ehemals die Provinzen Frankreichs trennten, je länger deſto mehr verſchwand, war dieſe Maßregel überhaupt ohne Zweck. Wirklich ward auch nach der Vereinigung Liguriens mit Frankreich ohne ein beſonderes Geſetz und durch ein bloßes kaiſerliches Decret vom 15ten Meſſid. J. 13 (art. 2) die Douanenlinie, welche die ehemalige Republik Genua von Frankreich und dem Herzogthum Parma trennte, aufgehoben und längs dem Po bis nach Verceil und abwärts zur See bis jenſeits Sarzane verlegt. Merlin (a. a. O.) führt, um dieſes zu rechtfertigen, das Geſetz vom 29ten Flor. J. 10 an, welches der Regierung dieſes Recht beigelegt habe. Allein es dürfte ſchwer ſeyn, ohne den Worten des Geſetzes (Desen. tom. XV. p. 176) Gewalt anzuthun, eine ſolche Folgerung daraus herzuleiten. — Die Zollverwaltung behielt bis zu den letzten Zeiten nahe dieſelbe Einrichtung, welche die Conſtituirende derſelben gegeben hatte. Durch art. 1 des Decrets vom 14ten October 1792 (Desen. tom. XV. p. 99) ward die Zahl der Zollverwalter auf drei beſchränkt. Der Conſular-Beſchluß vom 29ten Fructid. J. 9 (16ten September 1801, Desen. tom. XV. p. 173) übertrug (art. 1) die ganze Leitung des Zollweſens einem General-Director und vier Verwaltern (administrateurs). Der General-Director vertheilte (art. 2) die Küſten und Gränzen unter dieſe vier Verwalter und leitete (art. 5) alle Geſchäfte. Er allein arbeitete mit dem Finanzminiſter. Eines ſeiner Hauptgeſchäfte beſtand darin, einen Etat über die Einkünfte, welche der Zoll abwarf, aufſtellen zu laſſen und ihn dem Miniſter vorzulegen. Er legte (art. 6) die Liſte der Candidaten zu den Stellen der Directoren, Inſpectoren, Controleurs und Empfänger dem Miniſter vor, welcher ſie dem Staatsoberhaupt (damals dem erſten Conſul) vorſchlug. Die vier Verwalter bildeten (art. 3) eine Rathsverſammlung (conseil), worin der General-Director den Vorſitz führte. Ueber alle ſtreitigen Gegenſtände ward (art. 4) in dieſer Rathsverſammlung Bericht erſtattet. Die vier Verwalter berathſchlagten allein, aber bei Stimmengleichheit entſchied der General-Director. Derſelbe konnte, wenn er es für nöthig hielt (art. 4), die Ausführung eines Beſchluſſes aufhalten, und darüber an den Finanzminiſter berichten. — Dieſe Einrichtung der Zollverwaltung ward auch unter dem Kaiſerreich beibehalten.*) Allein die eigentliche Zollgeſetzgebung erlitt durch die ſpäteren Geſetze mehrere Veränderungen. Die wichtigeren wurden indeſſen vorzüglich durch den immerwährenden Krieg, beſonders gegen England, veranlaßt, wovon ſogleich noch Einiges geſagt werden ſoll. Die übrigen kleinen Abänderungen, die oft nur unbedeutende Formalitäten betreffen, ſind zum Theil ſchon oben beiläufig (meiſtens in den Noten) angeführt worden. Sie alle vollſtändig aufzuzählen, iſt nach dem Zweck dieſer Schrift unnöthig. — Jede der vielen Regierungen, welchen ſeit dem Anfang der Revolution die Herrſchaft über Frankreich in die Hände fiel, hat auch eine beſondere Zollgeſetzgebung hinterlaſſen. Der National-Convent erließ den 4ten Germinal J. 2 (21ten März 1794) ein ausführliches Geſetz **) über dieſen Gegenſtand (in 7 Titeln), wovon beſonders der ſechſte in Beziehung auf das gerichtliche Verfahren mehrere wichtige Abänderungen einführte. Daſſelbe übertrug (tit. VI. art. 12) die Entſcheidung über die Gültigkeit der Beſchlagnahme den Friedensrichtern; verſtattete indeſſen (art. 16) von deren Ausſprüchen an das Bezirksgericht zu appelliren, welches in letzter Inſtanz entſchied. Als Grundlage der Klage ſollte (art. 8) ein ſchriftlicher Bericht dienen, der von mehreren, oder auch von einem einzigen Zollbeamten innerhalb 24 Stunden nach der Beſchlagnahme abgefaßt, und den folgenden Tag (nach der Beſchlagnahme) in die Bücher des nächſten Zollamts eingetragen ward. Dieſer Bericht ward (art. 12) an der Thüre des Zollamts angeheftet und mußte zugleich die Vorladung an die Parthei, wogegen die Beſchlagnahme geſchehn war, dieſelbe mochte bekannt ſeyn oder nicht, enthalten, nach drei Tagen vor dem Friedensrichter des nächſten Orts zu erſcheinen. Die Inſtruction (ſowohl in der erſten- als Appellations-Inſtanz) war (art. 17) mündlich, und die Entſcheidung erfolgte auf einfache Denkſchriften. Bei jeder Klage, die von der Zollverwaltung wegen Uebertretung der Zollgeſetze eingeleitet ward, lag (art. 7) der Gegenparthei der Beweis, daß keine Uebertretung vorgefallen war, ob. Erklärten aber die Appellationsrichter, daß keine Wahrſcheinlichkeit einer Uebertretung vorhanden ſey, ſo wurden (art. 19) die Zollbeamten zur Entſchädigung der Parthei verurtheilt. Jeder gütliche Vergleich, jeder Erlaß, ſowohl vor als nach dem Urtheil, war (art. 21) verboten. Wenn die Beſchlagnahme für gültig erkannt und in drei Tagen nach dem friedensrichterlichen Urtheil keine Berufung eingelegt war, ſo ließ der Vorſteher des Zollamts (art. 14) den vierten Tag durch Anſchlagzettel an der Thüre des Zollamts und des Sitzungszimmers des Friedensgerichts anzeigen, daß die confiſcirten Waaren verkauft werden ſollten, welches fünf Tage ſpäter ausgeführt ward. — Dieſes Geſetz, worin ganz der wilde Charakter der damaligen Zeit athmet, ward von dem National-Convent ſelbſt durch ein anderes*) v. 14ten Fructid. J. 3 (31ten Auguſt 1795) gemäßigt und gemildert, ſo daß dadurch Alles wieder nahe auf den

---

*) Doch wurden, wie ſich nach dem Geiſt der damaligen Regierung wohl erwarten läßt, die Befugniſſe des General-Directors weiter ausgedehnt. Der Miniſter des Handels erließ den 23ten Februar 1812 einen Beſchluß, deſſen erſter Artikel ſagt: „Le directeur général traite seul les affaires relatives aux licences, aux blocus, aux produits extraordinaires, aux prises, aux grains, et en général tout ce qui a des rapports immédiats au système commercial actuel. Il donne seul les instructions générales.“

**) Desen. tom. XV. p. 118.

---

*) Desen. tom. XV. p. 129.

Standpunct, wo die Conſtituirende die Sache gelaſſen hatte, zurückkam. Den Friedensrichtern ward zwar ihre Befugniß, über die Gültigkeit einer jeden Beſchlagnahme in Zollſachen in erſter Inſtanz zu urtheilen, erhalten, ja dieſelbe ward (art. 10) auf alle Civil-Klagen in Zollſachen *) (wegen nicht bezahlter Rechte, nicht eingelieferter Begleitſcheine u. ſ. f.) ausgedehnt. Auch das Recht der Appellation von den Friedensrichtern an die Diſtrictsgerichte ward beibehalten. Allein die Berichte über die Beſchlagnahme mußten (art. 1) wieder wenigſtens von zwei Perſonen (Zollbeamten oder andern franzöſiſchen Bürgern) abgefaßt werden. Die Urtheile mußten förmlich inſinuirt werden, und die Vorladungsfriſt, die auf acht Tage ausgedehnt ward, lief (art. 6) von dem Tag dieſer Inſinuation an. **) Ward die Beſchlagnahme für ungültig erklärt, ſo konnte die Parthei (art. 9) für jeden Monat von dem Tag an, wo die Beſchlagnahme Statt gefunden, bis zu dem, wo die Waare zurückgegeben- oder das Anerbieten, ſie zurückzugeben, gemacht worden, eine Entſchädigung von Einem Procent des Werths der Waaren fordern. ***) — Auch unter dem Directorium erſchien, nach mehrern einzelnen Beſtimmungen, d. 9ten Flor. J. 7 (28ten April 1799, Desen. tom. XV. p. 165) ein umſtändliches Geſetz über die Zölle, wovon indeſſen nur der vierte Titel über die Zollgeſetzgebung handelt. Durch daſſelbe wurden mehrere Anordnungen der beiden vorigen Geſetze theils genauer beſtimmt, theils gemildert. Die Befugniß der Friedensrichter, †) über Zollſachen in erſter Inſtanz zu urtheilen und eben ſo die Berufung von den Urtheilen derſelben an die Civil-Tribunale ward beibehalten. Die Friſten wurden hin und wieder etwas weiter ausgedehnt. Die der Parthei, deren Waaren mit Beſchlag belegt wurden, durch das vorige Geſetz bewilligte Entſchädigung (wenn nämlich die Gerichte die Beſchlagnahme für ungültig erklärten) ward (tit. IV. art. 16) beibehalten. Derſelbe Artikel enthält noch die wichtige Beſtimmung, daß es den Richtern verboten ſey, die Uebertreter der Zollgeſetze wegen ihrer Abſicht (sur l'intention, aus Mangel an böſer Abſicht) (M. ſ. Th. I. S. 605*) zu entſchuldigen.

---

*) Das Geſetz vom 4ten Germin. J. 2 hatte den Friedensrichtern nur das Erkenntniß über die Gültigkeit der Beſchlagnahme beigelegt.

**) Die Vorladungsfriſt betrug in erſter Inſtanz einen- und in der Appellationsfriſt drei Tage. In der Appellationsfriſt waren dieſes drei freie Tage (M. ſ. Th. I. S. 267 **).

***) Das Geſetz erklärt ſich nicht darüber, von wem, ob vom Staat oder von den Zollbeamten dieſe Entſchädigung geleiſtet werden müſſe.

†) Bei einer Beſchlagnahme gehört die Entſcheidung nicht dem Friedensrichter des Orts, wo die Beſchlagnahme geſchieht, ſondern demjenigen, in deſſen Bezirk das Zollamt liegt,

Unter der Conſular-Regierung erſchienen ebenfalls zwei ausführliche Geſetze über die Douanen, das erſte vom 8ten Flor. J. 11 (28ten April 1803 Desen. tom. XV. p. 204); das zweite vom 22ten Ventoſe J. 12 (13ten März 1804, ibid. p. 226). Beide (beſonders das erſte) handelt von den, mehrern Städten bewilligten Entrepots und von dem Durchgangszoll; das zweite enthält noch ſehr ſcharfe Maßregeln gegen die engliſchen Waaren. Für das gerichtliche Verfahren in Zollſachen findet ſich aber in dem einen und andern kaum etwas merkwürdiges. — Die kaiſerliche Zeit iſt vorzüglich reich, ſowohl an Geſetzen*) als

---

wo das Protocoll über die Beſchlagnahme abgefaßt wird (Merlin Répert. art. Douanes §. V. N° III.)

*) Dujardin-Sailly hat ſeinem oft angeführten Werk am Schluß eine hiſtoriſche Tabelle aller ſeit der Revolution über die Zölle erſchienenen Geſetze und Decrete beigefügt. Wir ſetzen die wichtigſten, welche ſich in dem Werk von Deſenne vorfinden, ebenfalls hierhin. Das Geſetz v. 30ten und 31ten October 1790 (Desen. tom. XV. p. 2); das vom 25ten November 1790 (ibid. p. 5); das vom 31ten Januar 1791 (den Zolltarif enthaltend) (tom. XV. p. 7); das vom 23ten April 1791 (ibid. p. 34); das vom 8ten und 9ten Mai 1791 (Desen. tom. XIV. p. 245); d. v. 18ten März 1791 (Desen. tom. XV. p. 32); das vom 20ten Juni 1791 (ibid. p. 39); d. v. 21ten Juli 1791 (ibid. p. 50); d. v. 26ten Juli 1791 über den Handel von Marſeille (ibid. p. 55); das vom 28ten Juli 1791 (das Hauptgeſetz über die Zölle) (ibid. p. 61); d. v. 5ten September 1792 (ibid. p. 95); das vom 14ten October 1792 (ibid. p. 99);

Decreten über die Zölle. Das erſte Geſetz, der Zeitfolge nach, iſt das vom 1ten Pluv. J. 13 (21ten Januar 1805, tom. XV. p. 236). Es handelt indeſſen ebenſo wie die ſpäteren meiſtens nur von ganz ſpeciellen Gegenſtänden, von dem Betrag der Abgaben für die verſchiedenen Handelsartikel, von neuen Maßregeln gegen das Einſchwärzen der engliſchen Waaren, ſo wie auch von dem, verſchiedenen Städten bewilligten Recht der freien Niederlage (entrepôt). Um den Handel durch die Zollgeſetze ſo wenig als möglich zu beſchränken, iſt in einigen Städten (beſonders in Häfen) ein gewiſſer Raum oder Bezirk beſtimmt, welcher der Douanen-Polizei entweder gänzlich entzogen iſt, oder wo ſie wenigſtens nur unter großen Beſchränkungen ausgeübt wird. Dieſer Bezirk wird gleichſam als Ausland angeſehn, und darum iſt jeder Zuſammenhang deſſelben mit den übrigen Theilen der Stadt geſperrt, oder wird von den Zollbeamten bewacht. In dieſem Bezirk kann man alle Waaren niederlegen, ohne Zoll davon zu entrichten. Waaren, die für das Ausland beſtimmt ſind, können, unter der gehörigen Beaufſichtigung der Zollbeamten, dahin verführt werden, ohne irgend eine Abgabe, ein geringes Lagergeld u. dgl. abgerechnet, zu bezahlen. Waaren, die in das Inland eingeführt und dort verzehrt werden, bezahlen die Zollabgabe nur zu der Zeit, wo-

---

d. v. 15ten Auguſt 1793 (ibid. p. 108); d. v. 4ten Germ. J. 2 (ibid. p. 118); d. v. 23ten Brum. J. 3 (ibid. p. 124); d. v. 14ten Fructid. J. 3 (ibid. p. 129); d. v. 10ten Brum. J. 5 (ibid. p. 138); d. v. 19ten Vendem. J. 6 (ibid. p. 153); d. v. 8ten Nivoſ. J. 6 (ibid. p. 154); d. v. 9ten Flor. J. 7 (ibid. p. 165); d. v. 29ten Flor. J. 10 (ibid. p. 176); d. v. 5ten Frim. J. 11 (ibid. p. 190); d. v. 16ten Frim. J. 11 (ibid. p. 191); d. v. 8ten Flor. J. 11 (erſtes Douanengeſetz der Conſular-Regierung (ibid. p. 204); d. v. 4ten Ergänzungstag J. 11 (ibid. p. 222.); d. v. 22ten Ventoſ. J. 12 (ibid. p. 226); d. v. 1ten Pluv. J. 13 (ibid p. 236); d. v. 30ten April 1806 (ibid. p. 263); d. v. 7ten September 1807 (ibid. p. 282); d. v. 8ten März 1811 (ibid. p. 301); d. v. 18ten September 1811 (ibid. p. 305); d. v. 1ten Januar 1813 (ibid. p. 308); d. v. 31ten Januar 1813 (ibid. p. 309).

und nach Maßgabe als ſie aus dem freien Bezirk in das Inland gebracht waren. Selbſt verbotene Waaren dürfen in einigen ſolcher Lager frei niedergelegt und ins Ausland verführt werden. Dieſe Lager ſind in der Regel für alle in der Stadt wohnenden oder auch dahin handelnden Kaufleute gemeinſchaftlich, ſowie denn auch die Polizei innerhalb derſelben immer gemeinſchaftlich von den Zollbeamten und von dem Handlungsvorſtand der Stadt ausgeübt wird. In einigen Städten haben indeſſen die Kaufleute das Recht, ihre Waaren in einem Privatlager niederzulegen, welches mit zwei Schlüſſeln verſehen wird, wovon einen der Kaufmann ſelbſt und den andern die Zollverwaltung erhält. Die dort angehäuften Waaren bezahlen den Zoll ebenfalls nur nach Maßgabe, als ſie aus dieſem Magazin herausgebracht werden. — In Frankreich nennt man ein öffentliches Lager der Art ein wirkliches- und ein Privatlager ein unterſtelltes Lager (entrepôt réel et fictif). In den angeführten Geſetzen und kaiſerlichen Decreten findet man über die Polizei dieſer Niederlagen in den verſchiedenen Städten ſehr umſtändliche Beſtimmungen. Für das gerichtliche Verfahren ſind aber weder dieſe Geſetze noch Decrete von großer Wichtigkeit, mit Ausnahme jedoch derjenigen, wodurch die Douanengerichte eingeſetzt wurden, wovon ſogleich näher gehandelt wird.

Alles was wir bis dahin von der Zollgeſetzgebung Frankreichs angeführt haben, ſtellt größtentheils nur die ordentliche und regelmäßige Form derſelben, welche ſie in Zeiten der Ruhe und des Friedens haben ſollte, dar. In dem Geſetz der Conſtituirenden (v. 28ten Juli 1791) zeigt ſich, wie in allen Anordnungen dieſer berühmten Verſammlung, die größte Milde, die höchſte Achtung und Schonung für die Rechte der Privaten, die ſich nur immer mit dem Schutz des Handels im Allgemeinen und den Intereſſen des Staats verbinden läßt. Sie hatte auf die Uebertretungen der Zollgeſetze, wenn ſie nicht mit andern Vergehen oder Verbrechen verbunden waren, keine entehrenden oder körperlichen Strafen, nicht einmal Verhaftung, ſondern nur Geldſtrafen geſetzt, die nach Umſtänden in dem Verluſt der Waaren, Erlegung der doppelten Gefälle oder auch einer beſonderen Brüchte beſtanden. Allein nach dem Ausbruch des

Revolutionskriegs fing man an das Einſchwärzen, beſonders von engliſchen Waaren, als ein eigentliches Verbrechen anzuſehn, wofür bei der großen Erbitterung, mit welcher der Krieg geführt ward, faſt keine Strafe zu hart ſchien. Den 18ten Vendem. J. 2 (9ten October 1793) erſchien das berüchtigte Decret des National-Convents,*) welches (art. 1) alle engliſchen Fabricate (marchandises fabriquées ou manufacturées) von dem Boden der Republik verbannte und (art. 2, 3) gegen diejenigen, welche ſie einführen, beſtellen, kaufen oder verkaufen würden, zwanzigjährige Kettenſtrafe ausſprach. Selbſt diejenigen, die ſie trügen, oder ſich derſelben bedienten, ſollten (art. 4) als Verdächtige angeſehn und behandelt werden.**) Das unter dem Directorium den 10ten Brum. J. 5 erlaſſene Geſetz***) dehnte (art. 1) das Verbot noch weiter, nämlich auch auf die aus dem engliſchen Handel herkommenden Manufactur-Waaren (marchandises fabriquées provenant soit de fabriques, soit du commerce anglois) aus. Es beſtimmte dabei (art. 5) eine große Menge von Waaren, die, ohne Rückſicht auf ihren Urſprung, als engliſche angeſehn werden ſollten; allein es milderte die Strafe. Jeder Uebertreter des Geſetzes ſollte (art. 15) verhaftet und vor das correctionelle Tribunal geſtellt werden. Ward er für ſchuldig erkannt, ſo erfolgte von ſelbſt die Confiscation der Waaren nebſt Schiff, Fuhrwerk, Pferden u. ſ. f. Der Schuldige mußte überdem den dreifachen Werth der in Beſchlag genommenen Waaren als Strafe erlegen und konnte zu einer Gefängniß-Strafe von fünf Tagen bis zu drei Monaten verurtheilt werden. — Dieſer Strenge ungeachtet dauerte das Einſchwärzen der engliſchen Waaren fort Es ward hin und wieder ſogar mit offenbarer Gewalt durch bewaffnete Zuſammenrottungen oder Banden verſucht. Dieſes veranlaßte den Beſchluß des Directoriums vom 8ten Nivoſe

---

*) Desen. tom. XV. p. 112.

**) Ueber das berüchtigte Geſetz der Verdächtigen iſt ſchon im dritten Abſchnitt (Th. I. S. 542) näher geredet worden.

***) Desen. tom. XV. p. 138.

J. 6, nach welchem mit Bezugnahme auf mehrere frühern Geſetze, beſonders auf tit. IV. des Geſetzes v. 10ten Vendem. J. 4, die Gemeinden, wo dieſe Verbrechen vorfielen, (art. 1) für die Verbrechen und den Schaden verantwortlich gemacht, und die bei ſolchen Vorfällen mit den Waffen in der Hand ergriffenen vor die Kriegsgerichte geſtellt werden ſollten. Das Geſetz vom 13ten Flor. J. 11 *) (unter der Conſular-Regierung) verwies diejenigen, welche verbotene Waaren, ſie mochten engliſchen Urſprungs ſeyn oder nicht, unter Zuſammenrottung von Mehrern (wenigſtens von drei) und wovon auch nur einer bewaffnet war, einführten, vor die Special-Gerichte. Sie ſollten (art. 4) ebenſo wie ihre Mitſchuldigen mit dem Tode beſtraft werden. Zu den letztern wurden (art. 4) in der Regel alle diejenigen, welche denſelben behülflich waren, ganz insbeſondere auch die Aſſecurateurs der Contrebande gerechnet. Alle dieſe Beſtimmungen wurden durch mehrere ſpätere Geſetze und kaiſerl. Decrete wiederholt und beſtätigt, bis endlich durch das Decret gegeben zu Foutaineblau den 18ten October 1810 beſondere Zollgerichte**) geſchaffen wurden, denen bis zum Abſchluß des allgemeinen Friedens das Erkenntniß in Zollſachen ausſchließlich beigelegt wird. Es wurden (art. 1, 7) dieſer Gerichte von zwei Graden angeordnet. Die des untern Grades erhielten den Namen: ordentliche Douanen-Gerichte (tribunaux ordinaires des douanes); die des höhern Grades wurden Prévotal-Höfe für die Douanen (cours prévotales des douanes) genannt. Die erſtern, welche (art. 11) unter der Aufſicht der Prévotal-Höfe ſtanden, urtheilten (art. 7) in erſter Inſtanz über alle Uebertretungen, welche nur die Confiscation, eine Geld- oder correctionelle Strafe nach ſich ziehn konnten. Dieſe Gerichte beſtanden (art. 8) aus einem Präſidenten, vier Beiſitzern, einem kaiſerl. Procurator, einen Gerichtsſecretair u. ſ. f. Ein Urtheil konnte von nicht weniger als drei Richtern und nur nach Anhörung des Antrags des kaiſerl. Procurators erlaſſen werden (art. 8). Das Verfahren (art. 9) war dem für die correctionellen Sachen vorgeſchriebenen gleich. Von den Ausſprüchen dieſer Gerichte appellirte man (art. 10) an die Prévotalhöfe, bei welchen indeſſen nach den Vorſchriften des Criminal-Codex inſtruirt und geurtheilt ward.

---

*) Desenne tom. IV. 343. Uebrigens hatte ſchon der Conſular-Beſchluß vom 16ten Frim. J. 11 (Desen. tom. XV. p. 191) (art. 14) erklärt, daß alle Contrebandiers, die mit den Waffen in der Hand ergriffen würden, als zu einer bewaffneten Bande gehörig angeſehn und vor die Special-Gerichte geſtellt werden ſollten.

**) Desen. tom. IV. p. 502.

Die Prévotalhöfe urtheilten in erſter und letzter Inſtanz (art. 5) über alle mittelbaren und unmittelbaren Uebertretungen der Zollgeſetze, alſo über alle Einſchwärzer ſelbſt, die Unternehmer, Aſſecurateurs und Betheiligte der Einſchwärzung, ſowie über die von den Zollbeamten in ihren Functionen begangenen Verbrechen, wenn nämlich die Fälle nicht nach den eben angeführten Regeln (art. 7) in erſter Inſtanz vor die Zollgerichte des untern Grades gehörten, wo dann die Prévotalhöfe nur in zweiter Inſtanz ſprachen. Dieſelben beſtanden (art. 2) aus einem Präſident, Groß-Vogt der Zölle (président grand-prévôt des douanes), aus wenigſtens acht Beiſitzern, einem General-Procurator, einem Gerichtsſecretair u. ſ. f. Zu einem Urtheil war die Mitwirkung von wenigſtens ſechs oder acht Mitgliedern erforderlich (art. 3). Der Großvogt ſaß mit dem Degen an der Seite zu Gericht (art. 2). Dieſer, der General-Procurator und unter deſſen Aufſicht der kaiſerliche Procurator bei dem ordentlichen Douanen-Gericht, nebſt allen Beamten der gerichtlichen Polizei mußten die genannten Verbrechen von Amtswegen verfolgen, ſelbſt dann, wenn kein Protocoll der Zollbeamten gegen die Angeſchuldigten aufgenommen war (art. 6, 12). Die Inſtruction geſchah durch ein zum Inſtructions-Richter beſtelltes Mitglied des Prévotalhofs oder Douanen-Gerichts, gemäß den Vorſchriften des Criminal-Geſetzbuchs. Die Acten dieſer Inſtruction, wenn letztere von einem Mitglied des gewöhnlichen Douanengerichts geführt ward, wurden nebſt dem Gutachten dieſes Gerichts und dem Anklageact, dem Prévotalhof eingeſchickt, der nun innerhalb fünf Tagen über ſeine Competenz entſchied (art. 13). Dieſer Beſchluß ward (art. 13) dem Caſſationshof zur Beſtätigung eingeſchickt. Die Inſtruction ward jedoch, auch ehe dieſe Beſtätigung erfolgt war (art. 13), bis zum definitiven Urtheil ausſchließlich fortgeſetzt. Der Prévotalhof verfuhr und urtheilte nach den im code d'instruction criminelle für die Special-Gerichte enthaltenen Vorſchriften. Gegen den Ausſpruch deſſelben fand (art. 5) keine Caſſation Statt. Dieſe konnte nur gegen diejenigen Urtheile eingelegt werden, welche die Prévotalhöfe in Appellationsſachen erließen (art. 5, 10). — Die Strafen, welche nach tit. III. dieſes Decrets, gegen die Uebertreter der Zollgeſetze verhängt wurden, waren ſehr ſtreng. Es wüthete nicht allein gegen die Einſchwärzer der Waaren, ſondern gegen die Waaren ſelbſt. Es machte jedoch einen Unterſchied zwiſchen Fällen, wo die eingeſchwärzten Waaren bloß einer Abgabe unterworfen und denjenigen, wo die Einfuhr derſelben gänzlich verboten war. Die verbotenen Waaren wurden (art. 25, 26) nicht mehr verkauft, ſondern die Großvögte und Generalprocuratoren ſollten dieſelben inventariſiren und nach den im Ausland gebräuchlichen Preiſen ſchätzen laſſen. Nachdem dieſe Schätzung vom Finanzminiſter genehmigt worden, ſollten ſie die Waaren öffentlich verbrennen laſſen. — Die Einſetzung der Zollgerichte brachte eine ſehr ſchlimme Wirkung auf die öffentliche Meinung hervor. Nicht allein war durch ein Decret feſtgeſetzt, wozu offenbar ein Geſetz erforderlich geweſen wäre — das Volk war an dieſe Art von Eingriffen ſchon gewöhnt — ſondern der Name Prévotalhöfe rief das verhaßte Andenken an die Gerichtsbarkeit der ehmaligen prévôts des maréchaux wieder zurück. Die Reſtauration hatte daher auch kaum feſten Fuß gefaßt, als der Bruder Ludwigs des 18ten (ſpäter Carl der zehnte) noch vor Einſetzung der neuen Gewalten, in ſeiner Eigenſchaft als General-Lieutenant des Königreichs, die Zollgerichte durch ein Decret vom 26ten April 1814 aufhob.*) Er glaube — ſo ſagt er ſelbſt in ſeinem Decret — daß dieſes ohne Dazwiſchenkunft der geſetzgebenden Gewalt geſchehn könne, indem dieſe Gerichte nur durch ein einfaches Decret eingeſetzt worden ſeyen. Sonderbar iſt es, daß dennoch in die Charte von 1814 ein Artikel (63) aufgenommen ward, nach welchem die Prévotal-Gerichtsbarkeiten (jurisdictions prévôtales), wenn es ſich als

---

*) **Desen. tom. IV. p. 595.**

nöthig zeigen ſollte, wieder hergeſtellt werden könnten. Es möchte zweifelhaft ſcheinen, was man ſich unter dem Ausdruck: jurisdictions prévôtales, ob die Zollgerichte oder die Gerichtsbarkeit der ehmaligen prévôts des maréchaux zu denken habe. Allein es ſcheint nur zu gewiß, daß es die letztere ſeyn ſollte. Dieſer in die Gemüther geworfene Zweifel hat ſpäter des Unheils nur zuviel hervorgebracht. Die Art, wie art. 54 der Charte von 1814 abgefaßt iſt, muß indeſſen jeden, auch den Bedenklichſten, beruhigen.

X. Die Vogtei des Pallaſtes (prévôté de l'hôtel) war ein Gericht, welches die Rechtsſtreitigkeiten aller Perſonen, die im Gefolge des Hofs waren, entſchied. Seine Gerichtsbarkeit war ſowohl civil- als criminell und correctionell. In Criminal- und Polizeiſachen entſchied daſſelbe in letzter Inſtanz. Von den Urtheilen, die es in den zu ſeiner Competenz gehörigen Civilſachen erließ, konnte man aber an den großen Staatsrath (au grand conseil) appelliren. Der Chef dieſes Gerichts war der Vogt des Pallaſtes (prévôt de l'hôtel), welche Stelle zuletzt mit der des Großvogts von Frankreich (grand-prévot de France) verbunden war. Sie gehörte zu den anſehnlicheren Hofſtellen und konnte nur von Adelichen beſeſſen werden. Die andern bei dieſem Gericht angeſtellten Beamten waren theils adeliche, theils unadeliche General-Stellvertreter (für das Civil- Criminal- und Polizeifach), ein königl. Procurator und deſſen Subſtitut u. ſ. f. Denſelben Beamten ſtand auch die Polizei in der königl. Wohnung und zum Theil in den Städten und Oertern, wo der Hof ſich aufhielt, zu.

XI. Außer der Vogtei des Pallaſtes gab es noch ein anderes Gericht: requêtes de l'hôtel genannt, deſſen Gerichtsbarkeit ſich früherhin auch vorzüglich auf das Gefolge des Hofs erſtreckte, ſpäterhin aber auf viele andere Privilegirte und ebenſo auf mehrere Gegenſtände ausgedehnt worden iſt. Daſſelbe ſcheint die Stelle desjenigen eingenommen zu haben, welches man früher (zur Zeit Ludwig des Heiligen) „les plaids de la porte" nannte. Im Jahr 1289 verordnete Philipp der Schöne, daß von den Mitgliedern ſeines Staatsraths, die in ſeinem Gefolge wären, zwei und nicht Mehrere zu einer feſtgeſetzten Stunde und an einem öffentlichen Ort die vorgebrachten Klagen anhören ſollten. Denſelben ward zur Pflicht gemacht, alle Sachen, die zu der Competenz des Parlaments oder eines andern Gerichts gehörten, an die von dem Geſetz beſtimmten Richter zu verweiſen. Indeſſen ſcheinen die requêtes de l'hôtel die Befehle Philip des Schönen in Beziehung auf dieſen letzten Punct eben nicht zu genau befolgt zu haben. Philip der fünfte verordnete daher i. J. 1318, daß nur perſönliche Klagen gegen die in ſeinem Pallaſt angeſtellten, oder ſolche, die ſich auf ein vom König verliehenes Amt bezögen, vor das Gericht der requêtes de l'hôtel gebracht werden ſollten.*) In den letzten Zeiten hatten die requêtes de l'hotel eine doppelte Gerichtsbarkeit, nämlich eine ordentliche und eine außerordentliche oder höchſte (juridiction souveraine). Letztere erſtreckte ſich vornehmlich auf Sachen, die von dem Staatsrath an die requêtes de l'hôtel verwieſen waren, ſowie auf Streitigkeiten, die über die Vollſtreckung der Beſchlüſſe des Staatsraths entſtanden, auf Fragen über Verfälſchungen der Kanzelleibriefe und noch einige andere Gegenſtände. Ueber alle dieſe Sachen entſchied das Gericht der requêtes de l'hôtel in letzter Inſtanz. Doch mußten ſieben Richter bei dem Urtheil mitwirken. Auch konnte man in den Fällen, wo dieſes Gericht in letzter Inſtanz entſchied, nur vermöge eines Beſchluſſes des Staatsraths oder eines mit dem großen Siegel verſehenen Auftrags Jemand vor daſſelbe laden laſſen. Die ordentliche Gerichtsbarkeit der requêtes de l'hôtel bezog ſich vorzüglich auf perſönliche, poſſeſſoriſche und gemiſchte Klagen derjenigen, welche das Vorrecht committimus hatten, und wovon ſchon im dritten Abſchnitt des erſten Theils (§. 3) umſtändlich gehandelt worden. Von den Urtheilen in den letztern Fällen ging die Appellation an das Parlament. Die Richter bei dieſem Tribunal waren von jeher die Requetenmeiſter (maîtres des requêtes). Von dieſen Beamten, deren Dienſt hierin jedes Vierteljahr wechſelte, wird in der Folge noch näher geredet werden. Außer denſelben befand ſich bei dem Gericht ein General-Procurator nebſt ſeinem Subſtitut, ein General-Advocat, ein Oberſecretair u. ſ. f. Die requêtes de l'hôtel hatten ihren Sitz im Juſtizpallaſt, welcher, wie wir ſchon erwähnt, früherhin auch die Wohnung der Könige war. — Das Umſtändlichere über dieſes Gericht ſehe man in: style des requêtes de l'hotel par Ducrot.

---

*) Auf der andern Seite ſuchten die höhern Pallaſtbeamten in die Befugniſſe der requêtes de l'hôtel einzugreifen und ſich eine perſönliche Gerichtsbarkeit über die untern Bedienten anzumaſſen. Unter Carl den ſechſten hatten die Stallmeiſter (écuyers du roi) erwirkt, daß der König ihnen die Gerichtsbarkeit über die Stallknechte verlieh. Allein i. J. 1406 den 19ten September nahm Carl der ſechſte dieſes wieder zurück. In dem königl. Schreiben heißt es »das Gericht der requêtes de l'hôtel ſey ein ſeit ſehr langer Zeit beſtehendes Gericht und nach dem Parlament eines der erſten Gerichte des Reichs. Demſelben allein und keinem andern Beamten des Pallaſtes, von welchem Range er ſeyn möge, komme in dem Pallaſt eine ordentliche Gerichtsbarkeit zu. Es allein ſey, nach den königl. Verordnungen befugt, gegen die Beamten des Pallaſtes eine Strafe zu erkennen u. ſ. f.«

XII. Die geiſtlichen Gerichte (les officialités). — Es gibt der Mittel viele und von mannigfacher Art, wodurch die geiſtliche Macht von einem unanſehnlichen Urſprung, nach und nach zu einer Höhe ſtieg, daß ohne Ausnahme Alle, Hohe und Niedrige ſich vor derſelben beugen mußten. Allein, ſowie es bei allen großen Unternehmungen gewiſſe Hauptvortheile gibt, welche einmal auserwonnen, die Werkzeuge werden, welche alle fernern Hinderniſſe von ſelbſt fallen machen, und mit Leichtigkeit und faſt ohne Kampf zum Ziel führen: ſo ward für die Geiſtlichkeit, bei der Verfolgung ihrer ehrgeitzigen Plane, der Beſitz einer ordentlichen, von ihr ausgehenden Gerichtsbarkeit ein ſolches Werkzeug. Als ſie dieſe einmal erlangt, ſo hatte ſie gleichſam den feſten Punct gewonnen, den Archimedes einzig forderte, um die Welt aus ihren Angeln zu reißen. Es wird daher dem Zweck dieſer Schrift wohl angemeſſen ſeyn, wenn wir in der Kürze andeuten, wie es der Geiſtlichkeit gelang, den Beſitz einer ſolchen Gerichtsbarkeit, die ihrem eigentlichen Beruf ſo fremd zu ſeyn ſcheint, zu erwerben und ſich darin zu behaupten.

Bei der Entſtehung des Chriſtenthums hatten die erſten Anhänger deſſelben eine unwiderſtehliche Abneigung, ſich den Ausſprüchen der heidniſchen Gerichte zu unterwerfen. *) Sie zogen daher vor, bei ihren Streitigkeiten ihre eignen Geiſtlichen, vorzüglich die Biſchöfe, zu Schiedsrichtern zu wählen. Zwar hatten dieſe urſprünglich gar keine Macht, die Parthei, wo-

---

*) Schon der Apoſtel Paulus ſagt in ſeinem erſten Brief an die Corinther, Cap. 6. v. 1: „Audetne aliquis vestrûm, negotium habens contra alterum, judicari ab injustis, et non a sanctis?“ Ibid. v. 4: „Judicia quidem igitur, quae victum spectant, si habeatis, qui in ecclesiâ vilipenduntur, eos [ad judicium] sedere facitis.“ — v. 5: Ad pudorem vestrum dico. Adeòne non est inter vos sapiens, ne unus quidem qui possit dijudicare inter fratrem suum?“ — v. 6: „Sed frater contra fratrem suum judicatur hocque, ab infidelibus. — Fleury septième discours sur l'histoir. ecclesiast. (hist. ecclès. tom. XIX. p. I.) ſagt über die Form, welche bei dieſen Gerichten befolgt ward: „L'on voit la forme de ces jugemens charitables dans le livre des Constitutions Apostoliques écrit avant la fin des persécutions. L'Evêque étoit assis au milieu des prëtres, comme un magistrat assisté des conseillers: Les Diacres ètoient debout comme servant d'appariteurs ou ministres de justice: les parties se présentoient en personne et s'expliquoient par leur bouche. L'affaire étoit examinée simplement et de bonne foi, sans formalitès rigoureuses, et décidée suivant la loi de Dieu, c'est à dire, les saintes Ecritures. Le juge . . . . . non content de juger l'affaire au fond, en déclarant ce qui étoit juste s'efforçoit d'en persuader les parties, de les faire acquiescer à son jugement, de les reconcilier parfaitement, et de les guérir de toute aigreur et de toute animosité. C'es pourquoi l'audience de l'Evêque se tenoit le Lundi, afin que les parties eussent le reste de la semaine pour calmer leurs passions et que le Dimanche suivant ils pussent dans leurs prieres lever à Dieu des mains pures, comme dit l'Apotre.“ — Ueber die Conſtitutionen der Apoſtel (Constitut. Apostol.) worauf Fleury ſich hier bezieht, und welche von Vielen als ein Werk der Apoſtel angeſehn werden, die aber gewiß ſehr alt ſind, ſehe man weiter unten.

gegen ſie entſchieden, zur Erfüllung der ihr auferlegten Verbindlichkeit zu zwingen. Allein dieſer Mangel an äußerer Gewalt ward vollkommen erſetzt durch das unbedingte Zutrauen der Gläubigen, welche ſich im Gewiſſen für verpflichtet hielten, dem Ausſpruch der Biſchöfe zu gehorchen, und daher auch nicht dagegen zu appelliren wagten, ſo daß ſie meiſtens ſchon im Voraus auf das Recht zu appelliren verzichteten. Dieſe Macht der Biſchöfe hob ſich ganz außerordentlich, als die römiſchen oder vielmehr griechiſchen Kaiſer ſelbſt zum Chriſtenthum übergegangen waren. Allerdings übten die Biſchöfe auch nun die Gerichtsbarkeit (und zwar einzig in Civilſachen) anfangs nur in Folge der Uebereinkunft der Partheien aus.*) Die Kaiſer Honorius und Theodoſius verordneten überdem, daß, wenn wirklich beide Partheien übereingekommen wären, die Biſchöfe zu Richtern zu wählen, ihre Ausſprüche von den weltlichen Richtern vollſtreckt werden und keine Appellation dagegen Statt finden ſollte.**) Allein ſie ſetzten immer die freie Wahl der Partheien voraus. Nur in Religionsſachen ſtand den Biſchöfen eine geſetzliche und nothwendige Gerichtsbarkeit zu.***) Kaiſer

---

*) L. 7 Cod. d. episcopal. audieut. „Siqui *ex consensu* apud sacrae legis antistitem litigare voluerint, non vetabuntur, sed experientur, illius, in civili duntaxat negotio, more arbitri sponte residentis judicium. Quod his obesse non poterit nec debebit, quos ad praedicti, cegnitoris examen conventos potius adfuisse, quam sponte venisse constiterit.“ (dat. A° 398.)

**) L. 8. Cod. d. episcop. audient. „Impp. Honor. et Theodos. AA. Theodor. Pf. P. „Episcopale judicium ratum sit omnibus, qui se audiri a sacerdotibus *elegerint,* eamque illorum judicationi adhibendam reverentiam esse jubemus, qnam vestris deferri necesse est potestatibus, a quibus non licet provocare. Per judicum quoque officia, ne sit cassa episcopalis cognitio, definitioni executio tribuatur.“ (dat. A° 408.)

***) Cod. Theodos. lib. XVI. tit. XI. l. 1. „Imp. Arcad. et Honor. AA. Apollodor. Proc. Afric. Quotiens de religione agitur, Episcopos convenit judicare: caeteras vero causas, quae ad ordinarios cognitores vel ad usum publici juris pertinent, legibus oportet audiri

Juſtinian räumte überdem der Geiſtlichkeit einen bedeutenden Einfluß bei Ernennung von Curatoren, Unterſuchung der Gefängniſſe u. dgl. ein, welches dieſelbe, ſowie überhaupt jeden auch noch ſo kleinen Umſtand, mit großer Geſchicklichkeit benutzte, um ihre Macht zu erweitern. — Noch glücklicher war die Cleriſei bei ihren Bemühungen, ſich bei allen gegen ſie gerichteten Criminal- oder correctionellen Klagen der Gerichtsbarkeit der weltlichen Richter zu entziehn. Zuerſt ſcheint der Kaiſer Conſtantius (i. J. 355) den Biſchöfen das Vorrecht verliehn zu haben, daß ſie nur vor andern Biſchöfen angeklagt werden könnten.*) Allein dieſes war, wie aus den Worten des Geſetzes erhellt, nur als eine beſondere Gnade anzuſehn, ſowie denn auch wirklich ſpäter nicht allein Biſchöfe, ſondern ſogar Päpſte vor dem Gericht des Kaiſers erſchienen ſind.**)

---

(dat. A° 399). Noch beſtimmter drückte ſich i. J. 452 der Kaiſer Valentinian in der 12ten ſeiner Novellen, die dem Cod. Theodos. angehängt ſind, aus. „De episcopali judicio diversorum saepe causatio est. Ne ulterius querela procedat, necesse est praesente lege sanciri. Itaque cum inter Clericos jurgium vertitur et ipsis litigatoribus convenit, habeat Episcopus licentiam judicandi: praeeunte tamen vinculo compromissi. Quod et laicis, si consentiant, auctoritas nostra permittit. Aliter eos judices esse non patimur, nisi voluntas jurgantium interposita, sicut dictum est condicione procedat. Quoniam constat episcopos et presbyteros forum legibus non habere nec de aliis causis, secundum Arcadii et Honorii divina constituta, quae Theodosianum corpus ostendit, praeter religionem, posse cognoscere.“ etc.

*) Cod. Theodos. lib. XIV. tit. II. L. 12: „Mansuetudinis nostrae lege prohibemns, in judiciis Episcopos accusari, ne dum adfuturo ipsorum beneficio, impunitas aestimatur, libera sit, ad arguendos eos animis furialibus copia. Siquid est igitur querelarum, quod quispiam defert, apud alios potissimum episcopos convenit explorari, ut oportuna atque commoda, cunctorum quaestionibus audientia commodetur. (Dat. A° 355.)

**) M. ſ. hierüber die vortreffliche Denkſchrift über die königl. Gerichtsbarkeit (Memoire sur la jurisdiction Royale), Die Kaiſer Valens, Gratian und Valentinian beſchränkten durch ein Geſetz v. J. 376 dieſes der Geiſtlichkeit gegebene Privilegium auf leichtere Verbrechen, Vergehen gegen die Sitten u. dgl.*) Im Jahr 412 beſtimmten zwar die Kaiſer Honorius und Theodoſius ganz allgemein, daß die Biſchöfe und überhaupt alle Geiſtliche nur bei den Biſchöfen verklagt werden könnten,**) welches auch durch ein Geſetz des Kaiſers Theodoſius v. J. 425 von neuem beſtätiget ward.***) Dennoch glauben Einige, auch hier ſey nur von leichteren Vergehen gegen den Anſtand oder gegen die Sitten die Rede. Indeſſen wie auch immer dieſe Geſetze verſtanden und gehandhabt worden ſind, ſo brachte der Kaiſer Juſtinian hierin alles wieder auf die Grundſätze des natürlichen Rechts zurück. Derſelbe unterſcheidet in ſeiner 83ten Novelle, gerade ſo wie es auch in Frankreich nach dem letzten Zuſtand der Geſetzgebung (vor der Revolution) geſchah, die Vergehen der Geiſtlichen in rein-geiſtliche, d. h. in ſolche, die nur eine Disciplinarſtrafe ver-

---

die D'Agueſſeau bei Gelegenheit eines Cardinals, der des Hochverraths angeklagt war, verfaßt hat, und die ſich im fünften Band ſeiner Werke (Paris. 1767 4°) findet.

*) Cod. Theodos. lib. XVI. tit. II. (de Episcop. Eccles. et Cler.) L. XXIII. „Qui mos est [mores sunt] causarum civilium, idem in negotiis ecclesiasticis obtinendi sunt: ut siqua sunt, ex quibusdam dissensionibus levibusque delictis, ad religionis observantiam pertinentia, locis suis et a suae Dioeceseos synodis audiantur: Exceptis quae actio criminalis, ab ordinariis extraordinariisque judicibns aut inlustribus potestatibus audientia constituit (Dat. A° 376).

**) Cod. Theodos. lib. XVI. tit. II. L. 41: „Clericos non nisi apud episcopos accusari convenit etc.“

***) ibid. L. 47 „Privilegia ecclesiarum omnium, quae saeculo nostro Tyrannus inviderat, prona devotione revocamus . . . . . Clericos etiam quos indiscretim ad saeculares judices debere deduci infaustus Praesumptor edixerat, Episcopali audientiae reservamus: Fas enim non est, ut divini muneris ministri temporalium potestatum subdantur arbitrio (dat. A° 425.)

dienen,*) und in eigentliche Verbrechen, die auch nach den bürgerlichen Rechten ſtrafbar ſind. Ueber die erſten ſollte der Biſchof (deo amabilis episcopus) entſcheiden, ohne daß die Richter der Provinz den mindeſten Antheil daran nähmen, welche dergleichen Dinge nicht einmal wiſſen ſollten.**) Allein bei gewöhnlichen Verbrechen, wenn ſie auch von Geiſtlichen begangen wurden, gehörte das Erkenntniß den ordentlichen Richtern.***) Letztere ſollten indeſſen dieſe Prozeſſe innerhalb zwei Monaten beendigen, und wenn ſie den Angeklagten für ſchuldig erkannten, ihn vor Vollſtreckung des Urtheils von dem Biſchof ſeiner Prieſterwürde entſetzen laſſen, und ihn dann unter die Hand des Geſetzes geben. Nach dem Sturze des weſtrömiſchen Reichs wußte die Geiſtlichkeit ſich bei den fränkiſchen Königen bald dieſelben und noch größere Vortheile zu erwerben als früherhin. Die Merowingiſchen Könige ließen in dieſer Hinſicht faſt Alles in demſelben Stand, wie ſie es vorfanden. Zwar verzichteten ſie nicht ganz auf das Recht, auch über die Biſchöfe (beſonders bei dem Verbrechen des Hochverraths) richten zu können. Allein häufig überließen ſie doch, wie ſie ſagten, aus beſonderer Frömmigkeit, das Urtheil den Biſchöfen. Chilperich der erſte, welcher glaubte, Prätertatus, Erzbiſchof von Rouen, habe ſich gegen ihn verſchworen, verwies ihn doch zur Beurtheilung an die deshalb zu Paris verſammelten Biſchöfe. Nach dem Geſchichtſchreiber Gymonius hist. lib. 3. cap. 26, ſprach der König zn dieſer Verſammlug: „Quamvis, venerandi Pontifices, Regia potestas reum Majestatis legibus condemnare possit: ego tamen hunc qui falsum sibi Pastoris nomen usurpat, conjurationis contra me factae authorem, sacris non contradicens Canonibus vestrae audientiae repraesento."

---

*) „ecclesiasticum delictum, egens castigatione ecclesiastica et multa.“

**) „nihil communicantibus clarissimis provinciae judicibus, neque enim volumus talia negotia omnino scire civiles judices: cum oporteat talia ecclesiastice examinari, et emendari animas delinquentium per ecclesiasticam multam secundum sacras et divinas regulas, quas etiam nostrae sequi non dedignantur leges.“

***) Novel. 123. cap. 8 ward dieſes jedoch wieder dahin beſchränkt, daß die Biſchöfe nur auf einen beſondern kaiſerl. Befehl (imperialis jussio), ſowohl in bürgerlichen als in Criminalſachen, vor einen bürgerlichen oder Militär-Richter geladen werden könnten. Nach Capit. 7 derſelben Novelle konnte auch kein Biſchof gezwungen werden perſönlich vor Gericht zu erſcheinen, um ein Zeugniß abzulegen; ſondern die Richter ſollten einige ihrer Unterbeamten (quosdam ex personis ministrantium sibi) an denſelben abſchicken, um ſein Zeugniß einzuholen.

Der Stifter des zweiten Geſchlechts, Pipin, war vorzüglich mit Beihülfe der Biſchöfe auf den Thron geſtiegen. Sein Sohn, Karl der Große, bedurfte der Geiſtlichkeit, die damals die noch übrigen Funken der Gelehrſamkeit und Bildung bewahrte, zum Unterricht ſeines Volks. Es iſt alſo nicht zu bewundern, daß ſie die Geiſtlichkeit auf alle mögliche Art ſchonten und begünſtigten. Das im Jahr 794 zu Frankfurt in voller Synode verfaßte Capitular legte (cap. 37) die Criminal-Gerichtsbarkeit über die Geiſtlichen den Biſchöfen bei.*) Schon das Capitular von Aachen (v. J. 789) hatte art. 29**) verordnet, daß, wenn ein Laie einen Biſchof oder Geiſtlichen anklagen wollte, vorher eine Unterſuchung über den Ruf des erſtern (des Laien) angeſtellt werden ſollte.

Nach Capitular. lib. 7. cap. 321, welches hierin dem Chalcedoniſchen Concilium folgte, ſollten Klagen, die ein Geiſtlicher oder Laie gegen ſeinen eigenen oder einen andern Biſchof hatte, bei der Synode der Provinz angebracht werden. Hatte ein Biſchof oder ſonſtiger Geiſtlicher eine Beſchwerde gegen den Metropolitan derſelben Provinz, ſo ſollte der Primas der Dioceſe oder der apoſtoliſche Stuhl entſcheiden. Durch den Ausſpruch des letzteren ſollte die Sache durchaus abgemacht ſeyn. *) Nach Cap. 156 des ſechſten Buchs der Capitularien wurden ſogar die Richter, welche ſich unterſtehn würden, einen Geiſtlichen ohne Erlaubniß des Biſchofs zu verurtheilen, von der Communion ausgeſchloſſen, bis ſie ihren Fehltritt wieder gut gemacht hatten. Die größte Ausdehnung, beſonders in bürgerlichen Sachen, erhielt die Gerichtsbarkeit der Biſchöfe unter Carl dem Großen durch Cap. 366 des ſechſten Buchs der Capitularien. Nach demſelben ſollte jeder Proceß, wie weit derſelbe auch vorgerückt ſeyn mogte, wenn eine Parthei, entweder der Kläger oder Verklagte, den Biſchof zum Richter wählte, ſogleich bei dem biſchöflichen Gericht angebracht werden und dort, und zwar mit Ausſchließung jeder Appellation, entſchieden werden.***) Auch ſollten die Richter

---

*) apud Baluz. tom. I. p. 261, 268. Cap. 37: „Si Presbyter in criminali opere fuerit deprehensus, ad episcopum suum ducatur, et secundum canonicam institutionem constringatur. Et si forte negare voluerit, et accusator comprobationem dare non potuerit et coram Episcopo definitum esse nequiverit, tunc ad universali concilio illorum ratio deferatur. Eben ſo beſtimmt Capitular lib. I. cap. 37: „Item . . . . . ut Clerici ecclesiastici ordinis, si culpam incurrerint, apud ecclesiasticos judicentur non apud saeculares.

**) apud Baluz. tom. I. p. 209, 224: „Ut laici Episcopos aut Clericos non accusent, nisi prius eorum discutiatur existimationis opinio" (auch Capitular. lib. I. cap. 30).

---

*) ap. Baluz. tom. I. p. 1094. Cap. 315: „Placuit ut si Episcopus accusatus appellaverit Romanum Pontificem, id statuendum quod ipse censuerit.“ M. vergl. Capit. lib. VI. cap. 64: „Si litem habuerit Episcopus cum alio Episco, non alterius sed suae Provinciae judices quaerat. Et ut judicato in aliquâ causâ Episcopo liceat iterare judicium; et si necesse fuerit libere Episcopum adire Romanum“ (M. vgl. Concil. sardic. cap. 3).

**) apud Baluz. tom. I. p. 948: „Ut nullus judicum neque Presbyteros neque Diaconos, neque reliquos Clericos vel juniores Ecclesiae, sine licentia proprii Episcopi distringat aut condemnare praesumat. Quod si fecerit tamdiu communione privetur donec reatum suum agnoscat, et per satisfactionem emendet ecclesiae quod commisit.“ M. vgl. Decretal. lib. II. tit. II. cap. 2, wo faſt wörtlich daſſelbe verordnet wird. Nur ſteht „sine permissu Pontificis“ ſtatt „sine licentia proprii Episcopi.“

***) ap. Baluz. tom. I. p. 985: „ . . . . . Quicumque litem habens, sive possessor sive petitor fuerit, vel in initio litis, vel decursis temporum curriculis, sive cum negodem Zeugniß eines Biſchofs vollen Glauben beimeſſen, und weiter kein anderes Zeugniß dagegen hören.*) In dem Capitular iſt an der angeführten Stelle bemerkt, daß dieſes Geſetz aus dem Theodoſianiſchen Codex und zwar lib. XVI. cap. 11 entnommen ſey. Es findet ſich auch wirklich an der angeführten Stelle dieſes Geſetzbuches. Allein mehrere Kritiker halten daſſelbe aus wichtigen Gründen für unächt und untergeſchoben.**) Es iſt mit dem Namen Conſtantins überſchrieben. Allein die Verordnungen aller ſpäteren Kaiſer, die wir zum Theil angeführt haben, verordnen das Gegentheil (daß nämlich die Biſchöfe nur mit Bewilligung beider Partheien in bürgerlichen Sachen entſcheiden ſollten). Doch wie dem immer ſeyn mag, ſo bleibt es gewiß, daß nach dem angeführten Capitular dieſes Geſetz alle Unterthanen des weiten Reichs Carls des Großen***) verpflichtete. —

---

tium peroratur, sive cum jam coeperit promi sententia, si judicium elegerit sacrosanctae legis antistitis, illico sine aliqua dubitationae, etiamsi alia pars refragatur, ad Episcoporum judicium cum sermone litigantium dirigatur; multa enim quae in judicio captiosae praesumptionis vincula promi non patiuntur, investigat et promit sacrosanctae religionis auctoritas. Omnes itaque causae quae vel praetorio jure vel civili tractantur, Episcoporum sententiis terminatae, perpetuo stabilitatis jure firmentur; nec liceat ulterius retractari judicium quod Episcoporum sententiis [sententia] deciderit."

*) ibid. „Testimonium etiam ab uno licet Episcopo perhibitum omnes judices indubitanter excipiant, nec alius audiatur cum testimonium Episcopi a qualibet parte fuerit repromissum etc."

**) M. ſ. in der von Ritter beſorgten Ausgabe des codex Theodos. (tom. 6. p. 308) die Noten zu dieſem Geſetze. Daſſelbe wird auch von dem Papſt Innocenz dem dritten (Decretal. lib. II. tit. I. cap. 13) ſeinem weſentlichen Inhalt nach angeführt.

***) Es heißt in dem angeführten Capitel (ap. Baluz. tom. I. p. 985): „Omnes ditioni nostrae, Deo auxiliante, subjecti, tam Romani quam Franci, Alamanni, Bajuvarii, Was die Könige des erſten und zweiten Geſchlechts der Geiſtlichkeit aus Rückſichten der Religion und Schicklichkeit geſtatteten, das thaten die des dritten Geſchlechts aus Nothwendigkeit. Als Hugo Capet (i. J. 987) den Thron beſtieg, war die Herrſchaft der Barone und eben ſo die Macht und die Rechte der Geiſtlichkeit ſo feſt begründet, als das Recht des Königs auf den Thron es nur ſeyn mochte. Hugo Capet ſelbſt war nur einer der Großen des Reichs, und durfte daher gewiß nicht wagen, den erſten Stand des Staats, wofür ohne Widerrede die Geiſtlichkeit *) galt, anzugreifen, oder ſeine Rechte zu

---

Saxones, Turingii, Fresones, Galli, Burgundiones, Britones, Longobardi, Vuascones, Beneventani, Gothi et Hispani, caeterique nobis subjecti omnes, licet quocunque videantur legis vinculo constricti, vel consuetudinario more connexi etc.“

*) Wenn, wie beſonders in den ältern königl. Verordnungen öfters der Fall iſt, der Großen des Reichs Erwähnung geſchieht, ſo werden ſie allezeit unter dem Titel „Prelati atque Barones nostri“ aufgeführt, wo die „prelati“ allezeit zuerſt genannt ſind. In dem Edict Ludwig des 14ten über die geiſtliche Gerichtsbarkeit (gegeb. zu Verſailles im April 1695), welches bis zur Revolution das wichtigſte über dieſen Gegenſtand blieb, heißt es in der Einleitung: „Nous avons bien voulu réunir, dans un seul édit, les principales dispositions de tous ceux qui ont été faits jusqu'a présent touchant ladite jurisdiction Ecclésiastique, et les honneurs qui doivent être rendus à cet ordre, *qui est le prémier de notre Rayaume etc.*“ Die Revolution traf die Geiſtlichkeit noch in dem Beſitz dieſes Vorrangs. Die Eröffnung der Generalſtaaten (der nachherigen National-Verſammlung), womit die Revolution eigentlich ihren Anfang nahm, fand bekanntlich den 5ten Mai 1789 zu Verſailles Statt. Die Deputirten waren damals noch in drei Claſſen (ordres), die der Geiſtlichkeit, des Adels und des dritten Standes (der Gemeinen) geſondert. Einige Tage vorher, den 2ten Mai, wurden die Deputirten, und zwar die eines jeden Standes beſonders, dem Könige vorgeſtellt. Die beiden erſten Stände wurden in dem Cabinet des Königs, die des dritten Standes in dem Saale Ludwigs des 14ten empfangen. Die Geiſtlichkeit trat, ihrem alten Rang gemäß, zuerſt ein. Bei ihrem

ſchmälern. Die unmittelbaren Nachfolger von Hugo Capet befanden ſich mit ihm faſt in denſelben Umſtänden; wozu noch die täglich immer höher ſteigende Macht des römiſchen Hofs kam, deſſen Intereſſe mit dem der Geiſtlichkeit in allen Ländern (wenigſtens damals) auf das engſte verbunden war. Auch war es in den erſten Zeiten dieſes dritten Geſchlechts, daß die Macht der Geiſtlichkeit zu einer Höhe ſtieg, und unter Mißbräuchen ausgeübt ward, die man ſich jetzt kaum möglich denken kann. Es waren vorzüglich noch zwei Hülfsmittel, deren ſich die Geiſtlichkeit bediente, um ihre Macht auszudehnen und zu befeſtigen. Das erſte beſtand in der Anwendung der Excommunication*)

---

Eintritt in das königl. Cabinet öffnete man beide Thürflügel (les deux battans), aber nur einen beim Eintritt des Adels. M. ſ. Oeuvres de Mirabeau tom. I. p. 158, 159; und beſonders Merlin Répert. art. Clergé §. I.

*) Nach den Decretalen unterſcheidet man zwei Grade der Excommunication (excommunicatio major et minor). Durch die des erſten Grades wird derjenige, den ſie trifft, völlig von der Kirche ausgeſchloſſen, und hat an allen geiſtlichen Wohlthaten derſelben keinen Antheil. In die des zweiten Grades verfällt man durch den Umgang mit einem Excommunicirten. Durch die letztere wird einer nur von dem Genuß der Sacramente ausgeſchloſſen, auch kann er keine Präbende erhalten. In der Regel ward indeſſen unter Excommunication die des höhern Grades verſtanden. M. ſ. Hericourt Loix Ecclesiast. Part. I. (E) chap. XXII. art. 4, 5. Noch unterſcheidet man die excommunicatio latae und ferendae sententiae. Wenn das Geſetz ſelbſt beſtimmt, daß Jeder, der eine gewiſſe That begeht, ſich eines gewiſſen Vergehens ſchuldig macht, von ſelbſt excommunicirt ſey, ſo heißt dieſes excommunicatio latae sententiae, seu ipso facto vel jure. Excommunicatio ferendae sententiae iſt eine ſolche, in die man nur dann verfällt, wenn ſie von dem geeigneten geiſtlichen Richter ausgeſprochen wird. Die erſtere war in Frankreich nicht angenommen. Hericourt Loix ecclesiast. d. France (édit. 1774) E. XXII. 13. Not. 2. — Das Recht, die Excommunication auszuſprechen, wird, ſeitdem man das forum poenitentiale von dem forum judiciale unterſcheidet, nicht durch die Prieſterweihe, ſondern durch den Beſitz der geiſtlichen Gerichtsbarkeit in Streitſachen (jurisdictio con-

und der Interdicte. Das zweite gaben ihr die großen Reichthümer und beſonders der ausgedehnte Grundbeſitz, den ſie erwarb. Unter den beiden erſten Geſchlechtern wagte man zwar von dem erſten Mittel (der Excommunication) gegen die

---

tentiosa) erhalten. In den erſten Zeiten der Chriſtenheit machte man nur einen ſehr ſparſamen Gebrauch von der Excommunication, nämlich nur bei großen und offenkundigen Verbrechen. Um das neunte Jahrhundert herum fing man an ſich derſelben zu bedienen, um die Gewaltthätigkeit der kleinen Grundherren (des petits seigneurs) in Schranken zu halten. Späterhin ward dieſelbe gegen alle, welche die Kirchen, oder auch nur die Geiſtlichen in ihren weltlichen Beſitzungen ſtörten oder beeinträchtigten, angewendet. Die Excommunicationen ipso facto (ohne daß ein Urtheilsſpruch vorhergeht) ſollen erſt ſeit der Compilation von Gration (i. J. 1151) aufgekommen ſeyn. Die Formeln, wodurch die Excommunication ausgeſprochen ward, waren nicht immer gleich. Man findet deren eine Menge in den Schriftſtellern des Mittelalters. Das canoniſche Recht (c. debent. 106. causa 11. quaest. 3) beſtimmt, daß bei dem Ausſprechen der Excommunication oder des Bannfluchs (anathema) zwölf Prieſter mit brennenden Lichtern (lucernas ardentes in manibus tenentes) um den Biſchof herumſtehn, und ſie am Schluß auf den Boden werfen und mit Füßen treten ſollen, worauf dann die Namen der Excommunicirten allen Pfarrern durch ein Schreiben mitzutheilen ſeyen. Unter den Formeln, welche Baluze ſeiner Ausgabe der Capitularien beigefügt hat, findet ſich (tom. II. p. 671, 672) folgende Excommunication des Grafen Ragenard und ſeiner Genoſſen (commilitones), welche ſich der Güter einer Kirche bemächtigt hatten. „. . . . . Ragenardum . . . . et Rodmundum ejus filium, eorumque commilitones ecclesiasticarum rerum pervasores . . . . . nisi citissime se emendaverint . . . . . eos cum omnibus sanctis in coelo meritis viventibus et in terra miraculis fulgentibus obligamus, et a nobis secundum potestatem nostrae pravitati [parvitati] concessam ligandi atque solvendi excommunicamus atque anathematis gladio transfigimus. Deinde excommunicamus Gauzfridum, Geilonem . . . . . Hos et omnes qui postquam Archiepiscopalem suscepi Benedictionem, sanctum sennensis ecclesiae locum ingredi non permiserunt more antecessorum meorum, desistentes a veritate, adhaerentes

Könige ſelbſt keinen Gebrauch zu machen. Die königliche Macht ſtand damals noch feſter, als die der Prieſter. Die Könige forderten ſogar, daß über Jemand, den ſie für würdig genug hielten, um ihn zu ihrem Umgang zuzulaſſen und an ihre Tafel zu ziehn, die Strafe der Excommunication nicht verhängt

---

mendatio, insuper anathematizamus per Patrem et Filium et per Spiritum sanctum et per auctoritatem nobis a Deo concessam, ut nullam Christianorum habeant portionem Ecclesiamqne Dei non ingrediantur, neque Missa eis ab aliquo celebretur, nisi eidem poenae voluerit subjacere. Nulla pro eis vel pro illorum offensis, nisi satisfecerint, fiat oblatio vel commemoratio. Non thuris neque incensi, sed neque sacri luminis, carne viventes vel morientes portionem accipiant, sed cum pravis contraque Deum tumentibus sanctosque lacerantibus fiat pars eorum ignis indeficiens et cruciatus perpetuus. Maledicti sint in civitate, maledicti in agro. Amen. Maledicti sint in domibus, maledicti sint in villis. Amen. Maledicti sint in saltibus, maledicti in aquis. Amen. Maledicti sint in vicis, maledicti in plateis et in omnibus locis. Amen. Nisi correcti existant, multiplici maledictione induantur. Amen. A nemine sacerdotum in articulo mortis visitentur, neque in Cimeteriis Christianorum sepeliantur, sed velut cadavera foetida projiciantur. Amen. Maledicta sint horrea eorum, et maledictae sint reliqiuae illorum. Amen. Maledicti sint ingredientes et egredientes. Amen. Percutiet eus Dominus egestate, febri, frigore et aestu, et persequatur donec pereant. Amen. Sicut haec lucerna extinguitur in oculis hominum, sic extinguantur lucernae eorum in perpetuum. Amen. — Die hier angeführte Formel iſt die des eigentlichen Bannfluchs (anathema), der als eine Excommunication eines noch höhern Grades als die excommunicatio major angeſehn wird, von welcher ſich derſelbe indeſſen nur durch die äußere Form, durch die härtern, mehr erſchreckenden Ausdrücke unterſcheidet. Dieſer Form bediente man ſich vorzugsweiſe gegen diejenigen, welche ſich der Kirchengüter bemächtigt hatten. Auch noch jetzt wird gegen dieſe letztern, wie man ſich aus dem noch gebräuchlichen Pontificale Romanum überzeugen kann, der Bannfluch faſt in denſelben Worten ausgeſprochen. Die Formel für die gewöhnliche Excommunication iſt dagegen viel milder.

werden könne.*) Allein ſchon gleich der zweite König des dritten Geſchlechts, Robert (Sohn von Hugo Capet, regierte 996—1031) ward von dem Papſt Gregor dem fünften (i. J. 998) mit dem Kirchenbann belegt, weil er ſich von ſeiner Gemahlin Bertha, die er, obſchon ſeine nahe Verwandte, ohne Dispens geheirathet hatte, nicht trennen wollte. Der Papſt ſprach überdem noch das Interdict **) über das ganze Land aus, wodurch — es war das erſtemal, daß man in Frankreich dieſen Scandal ſah — Alles in die äußerſte Beſtürzung gerieth. Die Biſchöfe, welche Antheil an der Heirath gehabt, eilten nach Rom, um dem Papſt Genugthuung zu leiſten. Nach den Grundſätzen des canoniſchen Rechts war jeder, der mit einem Excommunicirten umging, ſelbſt excommunicirt.***) Der König

---

*) In dem Fragment. Capitular. ex Cod. Remens. heißt es Cap. 17 (apud Baluz tom. II. p. 368): „Si quos culpatorum regia potestas aut in gratiam benignitatis receperit aut mensae suae participes effecerit, hos etiam sacerdotum et populorum conventus suscipere in ecclesiastica communione debebit; ut quod principalis pietas recipit, nec a sacerdotibus dei extraneum habeatur.“ M. ſ. noch die Anmerkung von Baluze zu dieſer Stelle (tom. II. p. 1295) und Petr. d. Marca d. Concord. Sacerdot. et Imper. lib. IV. cap, 14.

**) Durch ein Interdict wird der äußere Gottesdienſt und eben ſo die Ausſpendung der Sacramente entweder in dem Bereich einer gewiſſen Stadt, Provinz oder eines Landes aufgehoben, oder es wird eine Corporation, die Bewohner einer Stadt, Gegend u. ſ. f. von der Theilnahme daran ausgeſchloſſen. Erſteres heißt ein Local- letzteres ein Perſonal-Interdict. Das letztere begreift entweder alle Mitglieder der Corporation ohne Ausnahme, oder nur eine gewiſſe Anzahl beſtimmt genannter. Die Interdicte waren auch bald von mehr- bald von minder ſtrenger Art. Beſonders ward durch den Papſt Bonifacius den 8ten (Cap. alma mater. tit. d. sentent. Excommunicat. in sexto) die Strenge der Interdicte ſehr gemildert.

***) Die Capitularien verordnen an vielen Stellen daſſelbe. So u. a. Capitular Aquisgran. A° 789 cap. 35 (apud Baluz tom. I. p. 209, 226): „ . . . . . qui excommunicatio praesumptuose communicaverit, excommunicetur

Robert ſelbſt empfand die Wirkungen dieſes Grundſatzes im höchſten Grade. Alles mied ſeinen Umgang; ſeine Freunde, ſeine Höflinge und Hausgenoſſen zogen ſich von ihm zurück; ſo daß nur einige wenige Bedienten bei ihm blieben. Alles, was er berührt hatte, ward durch Feuer gereinigt, und die von der königlichen Tafel abgetragenen Speiſen wurden weggeworfen und verſchüttet. Nicht allein der Papſt, ſondern jeder Biſchof und deſſen Official konnten über alle Privaten und eben ſo über die großen Lehensträger den Bannfluch ausſprechen und das Gebiet der letztern mit dem Interdict belegen. Die Könige ſchätzten ſich glücklich, als ein ganz beſonderes Vorrecht von den Päpſten erwirkt zu haben, daß von keinem Biſchof, ſondern nur von dem römiſchen Stuhl ſelbſt, über einen Landesantheil, der unmittelbar unter ihrer Herrſchaft ſtand, die Excommunication oder das Interdict ausgeſprochen werden konnte.*)

---

et ipse.“ Papſt Gregor der 7te nahm indeſſen die nähern Angehörigen und Untergebenen des Excommunicirten, ſeine Frau, Kinder, Knechte u. dgl. von dieſem ſtrengen Verbot aus (Cap. quoniam multos 103. Caus. XI. Quaest. III). Die Könige von Frankreich hatten von dem Papſt Johan den 22ten (reg. v. J. 1316—1364) für ihre Perſon das beſondere Privilegium erhalten, welches im Jahre 1317 unter Philipp dem Langen erneuert ward, daß ſie durch den Umgang mit einem Excommunicirten nicht in die Strafe der Excommunication verfielen (Petr. d. Marca de Concord. S. et J. lib. IV. cap. 14). Dieſes Privilegiums wird in den alten Regiſtern des Rechnungshofes mit den Worten erwähnt: „Item quod Domiuus Rex pro participatione cum excommunicatis non incurrat sententiam.“

*) In einem Schreiben Philips von Valois an den Seneſchall von Beaucaire vom 16ten September 1335 (Ordon. du Louv. tom. II. p. 103) ſagt der König: „Quod licet a sede Apostolica Nobis et nostris praedecessoribus sit indultum, et nullus in terra Regia excommunicationis vel interdicti sententias proferat absque mandato sedis Apostolicae,“ ſo hätten doch mehrere Biſchöfe Magalonensis, Nemausensis et Vivariensis . . . . . seu officiales eorum in mehrern Städten, Schlöſſern u. ſ. f., die zum königl. Gebiet gehörten (quae de nostro existunt

Was die Privaten betrifft, ſo war die Excommunication das gewöhnliche Mittel, deſſen ſich die geiſtlichen Gerichte bedienten, um die unterliegende Parthei zur Erfüllung der ihr auferlegten Verbindlichkeit zu zwingen. Die geiſtlichen Richter hatten zwar keine vollſtreckende Gewalt. Allein nach den Geſetzen Ludwigs des Heiligen waren die weltlichen Richter verpflichtet, einen Excommunicirten, der ſich innerhalb Jahr und Tag von dem Bann nicht hatte losſprechen laſſen, auf Erſuchen der geiſtlichen Behörde durch Einziehung ſeiner Güter, oder durch perſönliche Verhaftung dazu zu zwingen.*) Dieſe Anwendung der Excommunication, um die Urtheile der geiſtlichen Gerichte zu vollſtrecken, und insbeſondere auch um die Schuldner zur Zahlung anzuhalten, blieb das ganze Mittelalter hindurch üblich, wovon man auch in der Ordon. d. Louv. viele Beiſpiele findet. Um das Jahr 1371 klagte der Erzdiacon von Langres dem König Carl dem fünften, daß eine Menge Perſonen, zehn und zwanzig Jahre hindurch in dieſem Zuſtand verblieben, obſchon ſie reich genug wären, um ihre Gläubiger, auf deren Geſuch dieſe

---

Domanio), Excommunicationen und Interdicte ausgeſprochen. Der König trägt dem Seneſchall und den übrigen Richtern auf, die Biſchöfe aufzufordern, dieſe Urtheile zurückzunehmen, oder ſie im Weigerungsfall durch Einziehung ihrer Güter oder auf jede andere ſchickliche Weiſe dazu zu zwingen. Carl der fünfte ließ (i. J. 1367) den Text einiger Bullen, wodurch den Königen von Frankreich dieſes Privilegium verliehn worden, wieder öffentlich verkündigen. Man findet denſelben Ordon. tom. V. p. 100.

*) Etablissem. Liv. I. chap. 123 (Ordon. tom. I. p. 211): „Se aucuns est escommuniés un an et un jour, et li officiaux mandast à la justice laie, que il le contraintes par la prise de ses biens, ou par le cors, car le jugement de l'Evesque doit estre menés à execution et à fin par l'office du Prevost, selon droit escrit, en Code el titre De l'audience de l'Evesque, ensemble les concordances, se mestiers est, et si ne le doit pas prendre pour que ce soit de detes, més la justice doit tenir toutes ses choses en sa main, sauf son vivre jusques à tant que il se soit fet assoudre. Et quand

Ausſprüche gegen ſie erlaſſen worden, zu befriedigen.*) Der genannte König befahl darauf durch ſein Schreiben vom 3ten Julius 1371 dem Amtmann und Vogt, alle, welche nach dem Zeugniß der Acten des dortigen geiſtlichen Gerichts (per acta curie ecclesiastice, ordinarie dictae Archidiaconatus) über Jahr und Tag excommunicirt ſeyen, auf Erſuchen der geiſtlichen Behörde durch Einziehung ihrer Güter zu zwingen, ihre Losſprechung nachzuſuchen. Auch aus Boutillier**) erhellt, daß zu

---

il sera assous, il paiera neuf l. [livres] d'amende, dont les soixante s. [sols] seront à la justice laie, et les six l. seront à l'autre justice, et les doit avoir par la main de la justice laie etc."

*) Ordon. d. Louv. tom. V. p. 414. „. . . . . quamvis persone memorate sunt adeo locupletes et in bonis abundantes, quod bene possent si vellent, se acquitare erga suos creditores, ad quorum instantiam, dictis sentenciis sunt ligate, de offensisque per ipsas commissis satisfacere, ac absolutionum suarum beneficia procurare etc."

**) Som. Rur. liv. II. tit. 12: „Les Clercs appellent bras seculier, quand aucun se laisse excommunier par an et plus et pour ce est appellé bras seculier, que l'Evesque qui n'a point exécution seculiere, requiert sur ce par ses lettres requisitoires au juge lay, c'est au bras seculier par le moyen d'un de ses Prestres, ou appariteurs qui en ayde droit requiert de ramener tel à la foy catholique, qui par an et plus, est comme chiens endormi en excommunication qu'il soit contraint par detention de corps à satisfaire et soy remettre en obeissance de Ste Eglise, dont il est privé par sa coulpe. Et le juge lay à la requeste du Prelat le doit faire par maniement qui s'ensuit. Le juge spirituel doit envoyer un libelle qu'on appelle en Court, comparimini, qui doit contenir comment l'excommunié luy iucité et condamné, en ce s'est laissé excommunier et endormir comme chien sans crainte de dieu, en sentence d'excommuniement par an et plus . . . . . qu'il plaise au juge lay dessous qui ledit excommunié est demeurant, qu'il soit prins et deteuu prisonnier et envoyé au juge spirituel, qu'il soit devenu à l'obeissance de Ste Eglise et à partie de qui il est tenu.

ſeiner Zeit, am Schluß des 14ten und am Anfang des 15ten Jahrhunderts, noch derſelbe Gebrauch beſtand.

Die geiſtlichen Gerichte wagten es ſogar zuweilen, wenn die weltlichen Richter ihrem Geſuch nicht willfahren wollten, und ſich weigerten oder fahrläſſig waren, die von ihnen ausgeſprochenen Urtheile zu vollſtrecken, dieſe ſelbſt zu excommuniciren; welches indeſſen ungeſetzlich war und meiſtens mit der Einziehung der zeitlichen Güter des Biſchofs oder ſeines Officials beſtraft ward. *) — Noch iſt zu bemerken, daß zuweilen bei Abſchließung eines Vertrags oder bei Leiſtung eines Verſprechens beide contrahirenden Theile oder einer ſich der Strafe der Excommunication unterwarfen, ſo, daß ſie den Biſchof baten, denjenigen, der ſein Wort nicht halten würde, zu excommuniciren. **) — Außer dieſer mächtigen Waffe trug

---

Et si l'excommunié se rend fugitif, si peut le juge tant contraindre, de ses biens si trouver les peut, que pour satisfaire à partie du deu. Et si l'excommunié se voulait à ce opposer, le juge lay qui de ce est requis doit l'excommunié tout prisonnier envoyer au juge spirituel, dont le requisitoire vient, pour dire les causes de son opposition, refus ou contredit, et n'y doit estre renvoyé que sur celuy cas, que l'Evesque ne le doit traiter de ce. Et si le dit excommunié s'opposoit et requist avoïr jour sur ce, si doit-il estre prisonnier mené à la cour spirituelle, tant qu'il soit sceû s'il à cause d'opposition ou non. Et s'il à cause, la partie demanderésse le doit demander. Si scachez s'il ne plaist au juge lay, il n'executeroit mie cette requisitoire etc."

*) Es war durchaus unerlaubt, die Excommunication über die königl. Richter wegen Ausübung ihres Amts auszuſprechen. Dieſes folgte ſchon aus dem Privilegium der Könige, daß in ihrem Gebiet keine Excommunication anders, als auf Befehl des Papſtes ausgeſprochen werden dürfe, auch war es dem Gerichtsgebrauch von uralten Zeiten her alſo gemäß. M. ſ. Hericourt Loix ecclesiast. d. Franc. Part. I. (E) chap. XXII. art. 27.

**) Ordon. tom. V. p. 713 findet ſich ein Brief des Grafen Guido von Nevers vom Jahr 1229 worin er den Einaber auch der täglich wachſende Reichthum der Geiſtlichkeit ſehr vieles dazu bei, ihre Macht zu vermehren. Da ſie, aus Pflicht und Gewohnheit einen bedeutenden Theil deſſelben zur Unterhaltung der Armen (leider nur zu oft der Müßiggänger) verwendete, dabei aber auch oft die Fürſten, die damals faſt immer in Geldnoth waren, bei allen großen Unternehmungen durch Beiträge kräftig unterſtützte, ſo waren die höchſten und geringſten Klaſſen der Geſellſchaft faſt in gleichem Maße von ihr abhängig. — In den erſten Zeiten des Chriſtenthums lebten die Geiſtlichen entweder von ihrem eigenen Vermögen und Erwerb, oder von den Wohlthaten, welche die Gläubigen ihnen freiwillig ſpendeten. Als aber die Bekehrung Conſtantins die chriſtliche Religion zur herrſchenden gemacht hatte, da gründeten die Kaiſer ſelbſt und auch andere vornehme und reiche Perſonen große Stiftungen, theils um den chriſtlichen Gottesdienſt mit der nämlichen äußern Pracht, wie es ehemals in den heidniſchen Tempeln geſchehn, feiern zu können, theils um die Prieſter ſelbſt über jedes irdiſche Bedürfniß zu erheben, und ſie auch mit einem äußern, ihrer Würde entſprechenden Glanz zu umgeben.*) Nach dem Sturze des weſtrömiſchen Reichs erhielten ſich in Gallien dieſelben Anſichten und Geſinnungen, und gingen auf die Perſon der Könige, ſo wie auf die ganze Nation der**) Sieger über. Man hielt die Gründung von

---

wohnern von Mailli-le-Chateau (eine Stadt von Burgund in der Diöceſe Auxerre) verſchiedene Privilegien bewilligt. Es heißt darin art. 23: „Rogavimus etiam Dominum Autisiodorensem Episcopum (d'Auxerre) ut si ab hiis conventionibus resiliemus, nos excommunicaret, et terram nostram supponeret interdicto, donec esset plenius emendatum."

*) Schon Kaiſer Conſtantin erlaubte Jedem, den Kirchen ſeine Güter durch Vermächtniſſe zu hinterlaſſen. Cod. lib. I. tit. II. (d. sacrosanctis eccles.) l. 1: „Habeat unus quisque licentiam sanctissimo catholico venerabilique concilio decedens bonorum quod optaverit relinquere et non sint cassa judicia ejus."

**) Umſtändlichere Belehrung findet man in der hiſtoriſchen Abhandlung über die Kirchengüter, welche Hericourt dem vierten Theil ſeiner Loix eccles. d. Franc. vorgeſetzt hat.

Klöſtern und überhaupt die Schenkungen an Geiſtliche und geiſtliche Stiftungen für eines der verdienſtlichſten Werke, denen in der andern Welt der gebührende Lohn nicht entgehn könne. Dem zweiten Band der Capitularien (nach der Ausgabe von Baluze) iſt am Schluß (S. 1391 — 1566) eine Menge Urkunden von Schenkungen oder Beſtätigungen von Schenkungen an Klöſter beigefügt, welche faſt alle im Eingang die feſte Ueberzeugung ausſprechen, daß dieſe Freigebigkeit in der andern Welt ihren Lohn finden werde.*) Nach der Art, wie dieſes ausgeſprochen iſt, ſcheint es, als ob die Schenkgeber gefürchtet hätten, gegen den chriſtlichen Glauben zu fehlen, wenn ſie an der Gewißheit dieſer Wiedervergeltung im Mindeſten zweifelten. Doch, was damals alle ängſtlichen Gemüther um ſo mehr antrieb, durch Verſchenkung ihrer irdiſchen Güter ihre Seele in der Ewigkeit loszukaufen, war die ſchon zu den Zeiten der Merowingiſchen Könige verbreitete Meinung, welche ſich bis tief in das Mittelalter erhielt, daß nämlich der Untergang der Welt nahe bevorſtehe. Gregorius von Tours ſagt in ſeinen Werken von dieſem Weltuntergang, daß ſein Herannahen von den unzweideutigſten Zeichen verkündet werde. Der Mönch Marculf, der im ſiebenten Jahrhundert lebte, hat mehrere Formulare für ſolche Schenkungen an die Geiſtlichen mitgetheilt, worin der nahe bevorſtehende Untergang der Welt als beſonderer Grund,*) der den Schenkgeber zu ſeiner Freigebigkeit bewogen habe, angeführt wird. Die Menſchen waren auch um ſo leichter zu dergleichen Schenkungen zu bewegen, als ſie meiſtens nur von Todes wegen gemacht wurden. Vermächtniſſe insbeſondere waren eine Hauptfundgrube für die Geiſtlichkeit. Sie erklärte es durchaus für ſündhaft, wenn Jemand aus der Welt ſchied, ohne der Kirche einen Antheil ſeines Vermögens zu hinterlaſſen. Wenn Jemand verſäumt hatte, dieſes bei geſunden Tagen durch ſein Teſtament zu verordnen, ſo mußte, nach den Vorſchriften einiger Synoden (u. a. Synod. Sodorens. can. 1) der Prieſter auf ſeinem Sterbelager bei der letzten Beicht ihn dazu ermahnen. Dieſes ging ſo weit, daß endlich ohne ein Teſtament und ohne Beicht ſterben (intestatus

---

*) In dem Eingang der Urkunde, wodurch Pipin im J. 754 das Kloſter Sorricinum ſtiftete (apud Baluz. l. c. p. 1391) und welche hierin mit allen dort angeführten übereinſtimmt, heißt es: „In nomine Domini Dei et Salvatoris nostri Jesu Christi. Pippinus gratia Dei Rex. Si erga loca divinis cultibus mancipata propter amorem Dei ejusque in eisdem locis famulantium propter eorum sustentationem quiddam conferimus, praemium nobis apud Dominum aeternae remunerationis rependi non diffidimus. Proinde noverit omnium fidelium tam praesentium quam et futurorum solertia quia placuit nobis propter amorem Dei et animae nostrae remedium construere Monasterium in pago Tolosano etc.“ In einigen dieſer Urkunden wird nicht allein des ewigen, ſondern auch zeitlichen Lebens gedacht. So in der von Boſo König von Provence v. J. 879 (ap. Baluz. tom. II. p. 1506): „In nomine sanctae et individuae Trinitatis, Boso, miseri-

---

cordia Dei, Rex. Quantum in divinis cultibus Deoque famulantium necessitatibus auxilium libentius porrigimus, tanto in nobis ad mortalem vitam temporaliter deducendam et ad futuram feliciter obtinendam commodum provenire confidimus."

*) Formul. Marculph. lib. II. N⁰ III. (ap. Baluz. tom. II. p. 403): „Mundi terminum ruinis crebrescentibus adpropinquantem judicia certa manifestant et experimenta liquida declarare noscuntur, et ad discutiendas torpentes infidelium mentes illa dudum in evangeliis a domino dicta oracula incumbere noscuntur. Ergo operae pretium arbitror futurum vicissitudine praeoccupans anticipare, et incertum humanae conditionis eventum sagaci mentis intuitu providere, quatenus ex hoc inflictis facinorum vulneribus, indulta pietate, remedia merear adipisci. Ergo ego in Dei nomine ille et conjux mea illa considerantes quâ gravamur sarcina peccatorum, et reminiscentes bonitatem Dei dicentis: Date eleemosynam, et omnia munda fiunt vobis, de tanta igitur miseratione confisi, idcirco per hanc epistolam donationis donamus, donatumque in perpetuum esse volumus, atque de jure nostro in potestate et dominatione monasterii illius in honore Sancti illius in pago illo constructi, ubi praeest venerabilis ille Abba, vel turma plurima Monachorum adunata, transmittimus atque transfundimus villas nuncupantes illas, sitas in pago illo, cum terris, domibus, aedificiis etc."

vel inconfessus mori) für gleichbedeutend galt.*) Dabei war die Nothwendigkeit der Beicht für jeden, der acht (nach einigen Coutum.) vier Tage krank lag, ſelbſt durch die weltlichen Geſetze vorgeſchrieben und zwar unter der Strafe, daß alle beweglichen Güter Eines, der ohne Beicht ſtarb, dem König oder Grundherrn zufielen.*) Selbſt diejenigen Güter, worüber durch ein Teſtament verfügt war, wurden durch die Geiſtlichen vertheilt, wie der Geſchichtſchreiber Matth. Paris zum J. 1190 bemerkt. Die Synode von Exeter (Synod. Exoniens.) v. J. 1287 befiehlt (cap. 50): „Siqui vero laicorum decesserint intestati, de bonis eorum per locorum ordinarios taliter praecipimus ordinari, ut pro anima defuncti in pios usus totaliter erogentur.“ Im 12ten, 13ten und 14ten Jahrhundert verweigerte man denjenigen, welche der Kirche nichts hinterlaſſen wollten, nicht allein die Abſolution und das Abendmahl, ſondern

---

*) M. ſ. Ordon. d. Louv. tom. I. p. 178, die Anmerkungen von Lauriere und beſonders Du-Cange Glossar. art. intestatio. Ein Brief Ludwigs des 7ten für die Einwohner von La Rochelle enthält: „Dedi et concessi in perpetuum omnibus hominibus, qui manent Rochellae . . . . quod quicunque ex illo sive testatus sive investatus, id est, *sive confessus sive non morietur*, omnes res ejus et possessiones integre et inrecte remaneant heredibus suis et generi suo etc.“

*) Etablissem. d. St. Louis. l. I. chap. 89 (Ordon. tom. I. p. 178): „Se aucuns hons ou aucune fame avoit, geu malade huit jours, et il ne se voulust confesser, et il mourust désconfés, tuit li muebles seroient au Baron, més se il moroit désconfés de mort subite, la justice ne la Seignorie n'i auroit riens.“ Philip Auguſt ließ nach der Eroberung der Normandie eine Unterſuchung über die dem König gegen die Kirche obliegenden Verpflichtungen anſtellen. Das Reſultat (Ordon. tom. I. p. 178 Not.) enthält: „Nous deismes de celuy qui muert intestat, se il gist en son lict par trois jours ou par quatre, tous ses biens meubles doivent estre nostre Sire le Roy ou à cheli, en quelle terre ou en quelle jurisdiction il est, et tout il est de chaux qui ochient euxmesmes de leur propre volenté.“

ſogar das Begräbniß.*) Um dieſem Scandal zuvorzukommen, fanden ſich oft die Erben oder Verwandten des Verſtorbenen auf eine ganz beſondere Weiſe mit der Geiſtlichkeit ab. Sie machten nämlich in ſeinem Namen ein Teſtament, welches „testamentum loco defuncti“ hieß, und wodurch ſie der Kirche ſoviel, als ſie ſchicklich und nöthig glaubten, vermachten.**) Dieſe außerordentlichen Bedrückungen, wozu ſich noch zuweilen ſchmutziger Eigennutz geſellte, erregten indeſſen auch damals oft die lauteſten Klagen. Das Parlament erließ den 19ten März 1409 ein Urtheil,***) wodurch es die Verweigerung des Begräb-

---

*) Du-Cange (art. intestatio) führt aus einer Urkunde vom Jahr 1470, die ſich in dem biſchöflichen Archiv von Amiens befand, folgende Stelle an: „Sur ce que lesdits Evesques s'estoit complains desdits doien et chapitres . . . . de ce qu'ils avoient fait enterrer le corps de . . . . . qui estoient mors intestats, sans le congié ou licence dudit Evesque, et sans qu'il eut eu les biens desdits defunts pour iceux distribuer pour les ames d'iceux mors etc.“

**) Du-Cange glossar. art. intestatio theilt aus dem Archiv des Priorats St. Vinzenz zu Lyon ein ſolches Teſtament v. J. 1261 mit. „Universis praesentes literas inspecturis Alanus de Novilla miles, et Galtherus Canonicus Remensis salutem. Noverint universi quod nos fecimus testamentum pro Petro quondam fratre nostro, sub hac forma, quod nos legavimus pro salute animae suae Monachis de Novilla, Capellanis nostris tres modios vini pro anniversario ejus annuatim faciendo etc.“ Dat. A° Domini 1261. Dieſes Teſtament findet ſich noch ausführlicher bei La Thaumassiere Coutum. d. Berri Part. V. Chap. 12, aus welchem letztern Henrion de Pansey de l'autorit. judic. en France chap. XXI. p. 297. Not. einiges mittheilt.

***) Der weſentliche Inhalt dieſes Urtheils findet ſich (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 118 Not.) „Il fut dit par Arrest de la Cour . . . . . que les habitans qui mourroient, pourroient estre enterrez sans le congé de l'Evesque et de ses Officiers, s'il n'y avoit empeschement Canonique. Et outre que les heretiers et exécuteurs du testament d'aucun trepassé ne pourroient estre con trains, d'obeir à accomplir les Ordonances faites par les Officiers dudit. Evesque, ne par luy, au regard niſſes, wenn kein canoniſches Hinderniß entgegenſtände, durchaus verbot, und wodurch es den Verwandten und Freunden frei geſtellt ward, den teſtamentariſchen Verfügungen, welche die Biſchöfe und ihre Beamten ſtatt der Verſtorbenen machten, zu gehorchen oder nicht.

Durch alle dieſe Mittel mußten die Reichthümer der Geiſtlichkeit ſehr bald ins Ungeheure wachſen. Zuweilen ſtachen ſie den weltlichen Fürſten ſo ſehr in die Augen, daß ſie zur Deckung der Kriegskoſten oder zur Belohnung ihrer Feldherren und Soldaten einen Theil der Geiſtlichkeit wieder abnahmen. Beſonders machte Carl Martel während ſeiner Regierung oder Verwaltung von dieſem Mittel Gebrauch. Es ſcheint faſt, man ſey ſchon damals der Anſicht geweſen, daß es den Königen nicht erlaubt ſey, das Kroneigenthum zu verſchenken, daß daher alle von den Fürſten der Geiſtlichkeit gemachten Schenkungen eigentlich nur auf unbeſtimmte Zeit zu ihrem Unterhalt hergegeben ſeyn, die, wenn es die Noth erforderte, zu ihrer Quelle zurückkehren müßten. Allein ungeachtet dieſer Beraubung der Kirchen durch Karl Martel, waren ſie eben nicht lange nachher unter Karl dem Großen und Ludwig dem Frommen wieder außerordentlich reich. Unter dem dritten Königsgeſchlecht fing man indeſſen an, auf Mittel zu ſinnen, der Vermehrung des Reichthums der Geiſtlichkeit und beſonders der Erwerbung von neuem Grundbeſitz durch dieſelbe Einhalt zu thun. Man benutzte dazu die Grundſätze des Lehnrechts. Demſelben gemäß durfte kein Vaſall, ohne Erlaubniß des Lehensherrn ſein Lehen ſchmälern oder für den Letztern minder einträglich machen. Zu den Vortheilen, welche derſelbe davon zog, gehörte auch dasjenige, was ihm bei dem Wechſel des Vaſallen durch Kauf, Tauſch, Sterbfälle u. ſ. f. entrichtet werden mußte. Wenn aber irgend eine geiſtliche Corporation ein ſolches Eigenthum erwarb, ſo

---

des testamens fait par [pour] lesdits intestaux. Mais les pourroint l'edit Evesque admonester charitablement qu'ils fissent bien pour l'ame dudit intestat, et que les heritier et executeurs dudit testament d'aucun trepassé, pourroient dedans l'an dudit trepassement submettre l'exécution d'iceluy à la justice Laye, ou d'Eglise etc.“

fand in der Regel kein Wechſel des Vaſallen (dominus utilis) mehr Statt. Eben darum ſagte man alsdann, das Gut ſey in die todte Hand (ad manus mortuas) gefallen. Der Lehensherr war nun berechtigt, für den Verluſt, den er dadurch, ſo wie durch den Umſtand *) erlitt, daß die Geiſtlichkeit keine Kriegsdienſte thun wollte oder konnte, eine angemeſſene Entſchädigung zu fordern. Fanden ſich nun die Geiſtlichen mit dem Lehensherrn ab, ſo daß dieſer in die Uebertragung des Lehens an dieſelben einwilligte, ſo ſagte man, er habe das Gut amortiſirt (amorti). Das Recht, eine ſolche Entſchädigung zu fordern, oder auch die letztere ſelbſt hieß das Amortiſationsrecht (droit d'amortissement). **) Bacquet, ein Schriftſteller des 16ten Jahrhunderts (er lebte unter Heinrich dem dritten), welcher eine mit Recht geſchätzte Abhandlung über das Amortiſations-Recht geſchrieben, ***) iſt der Meinung, die Geiſtlichkeit habe von

---

*) Bei Allodien fiel zwar dieſer Grund weg. Allein auch dieſe durfte die Geiſtlichkeit, ohne den Grundherrn zu entſchädigen, nicht erwerben. Bacquet Trait. du Domain. tom. II. chap. XXV. (de noveaux acquests) ſagt: „Et quant aux heritages alaudiaux appartenant à gens de main morte, les Seigneurs hauts-justiciers sont du tout privez des droicts et profits de confiscation et de desherence qui leur pourroient advenir et appartenir en iceux heritages s'ils estoient és mains de gens laiz, privez et particuliers, lesquels peuvent deceder sans aucuns hoirs etc."

**) Da dieſe Begriffe über die Amortiſation von dem, was man in Deutſchland darunter verſteht, merklich abweichen, ſo habe ich die älteſte noch übrige Verordnung über dieſelbe nebſt vielen andern Geſetzen und den zur Belehrung des Leſers nöthigen Erläuterungen am Schluß dieſer Schrift (Beilage Lit. D) mitgetheilt.

***) Bacquet trait. du Domain. d. l. Couron. d. Franc tom. II. chap. XXV: „Il convient noter ainsi, qu'en toutes disciplines, arts et sciences, et à [il y à] certaines regles et maximes, lesquelles il faut tenir pour fermes et stables, sans qu'il soit licite les revoquer en doute, ni mettre en dispute. Aussi pour maxime et vray fondement du droict de noveaux acquests, appartenent au Roy, il est besoin de tenir pour cerjeher kein Grundeigenthum und eben ſo keine unbeweglichen Rechte beſitzen dürfen, wenn der König ſie nicht zu ihrem Vortheil amortiſirt hatte. Selbſt diejenigen Güter, welche zur urſprünglichen Stiftung einer Kirche, eines Kloſters u. ſ. f. geſchenkt worden, ſeyen, ohne eine ausdrückliche Amortiſation des Königs, welche indeſſen meiſtens ſchon der Stiftungsurkunde beigefügt ſey, *) den Amortiſations-Rechten unterworfen. Allein dieſes gilt nur für die Zeiten des dritten Königsgeſchlechts. Unter dem erſten und auch unter dem zweiten (die letzten Zeiten vielleicht abgerechnet) durfte jeder ſein Eigenthum und ſogar ſeine Perſon der Kirche frei ſchenken. **) Unter den

---

tain, ferme et stable, que par les anciennes ordonnances, loix et statuts du Royaume de France, de tout temps inviolablement gardez en iceluy il est defendu à gens d'Eglise, communautez et autres gens de main morte d'acquerir, tenir et posséder aucuns heritages féodaux, alaudiaux ou roturiers, ni aucunes rentes ou droits immobiliers dedans le Royaume sans permission, congé ou licence des Roys de France. Et s'aucuns ils possedent leur est enjoinct par les mêmes ordonnances en vuider leurs mains dedans an et jour, à peine de saisie et union d'iceux au Domaine du Roy. Ainsi quil appert par les ordonnances des Roys St. Louys, Philippe son fils, Philippe le Bel etc.“

*) Oeuv. d. Bacquet (édit. Paris. 1644) tom. II. trait. du dr. d. Domain. chap. III. N° 4, 5. p. 13, 14. Eben darum wurden auch alle nicht amortiſirten Güter, ſelbſt diejenigen, welche zur urſprünglichen Stiftung einer Kirche u. ſ. f. hergegeben waren „nouveaux acquests“ genannt. Ibid. N° 4.

**) Lex Alamannor. (Dagobert.) d. A° 630. Cap. I. 1. (ap. Baluz. tom. I. p. 57): „Siquis liber res suas vel semetipsum ad ecclesiam tradere voluerit, nullus habeat licentiam contradicere ei, non dux, nec comes, nec ulla persona, sed spontaneâ voluntate liceat Christiano homini deo servire, et de propriis rebus suis semetipsum redimere. Et qui hoc voluerit facere, per chartam de rebus suis ad ecclesiam ubi dare voluerit, firmitatem faciat, et testes sex vel septem adhibeat, et nomina eorum ipsa charta contineat, et coram sacerdote qui ad eandem ecclesiam deservit, super altare ponat: et proprietas de ipsis rebus ad ipsam ecclesiam in perpetuum remaneat.

vielen Urkunden von Schenkungen an Kirchen, welche Baluze ſeiner Ausgabe der Capitularien (tom. II. p. 1391 suiv.) angehängt hat, findet ſich keine einzige, worin der Amortiſation auch nur mit Einem Worte Erwähnung geſchieht. Sie enthalten dagegen meiſtens eine Befreiung der geſchenkten Güter von der weltlichen Gerichtsbarkeit (immunitas).*) Durch Einführung der Amortiſation unter dem dritten Geſchlecht ward indeſſen die Zunahme des Grundbeſitzes der Geiſtlichkeit nur ſehr wenig beſchränkt, da die Könige ſich meiſtens nur zu willig finden ließen, die neu erworbenen Güter zum Vortheil derſelben zu amortiſiren.**) —

Zu den Einkünften der Geiſtlichkeit gehörten nun auch, von den älteſten Zeiten her, die Zehnten, welche zuletzt (vor der Revolution) ein bei weitem bedeutenderes Einkommen einbrachten, als Alles, was die Geiſtlichkeit ſonſt beſaß, zuſammengenommen.***) Das Chriſtenthum beſtand kaum einige Jahrhunderte, als die Geiſtlichkeit verſuchte, die Vorſchrift der Moſaiſchen Religion, nach welcher den Leviten der Zehnte gebührte, für ein allgemeines, die Chriſten ſowohl als die Juden verbindendes Geſetz geltend zu machen. Der Verfaſſer der apoſtoliſchen Conſtitutionen, der etwa im dritten Jahrhundert lebte, ſagt, die Chriſten müſſen deu Armen und der Kirche die Erſtlinge und den Zehnten von allen ihren Gütern geben.*) Origenes und Irenäus, Väter aus dem zweiten und dritten Jahrhundert, ſagen, Chriſtus fordere von ſeinen Jüngern, daß ihre Gerechtigkeit größer ſey, als die der Phariſäer, die den Zehnten mit großer Genauigkeit bezahlten.**) Obſchon ihr, ſagt der h. Auguſtin, nicht,***) wie die Juden, durch ein beſtimmtes Geſetz verbunden ſeyd, den Zehnten zu bezahlen, ſo müßt ihr Abraham nachahmen, welcher denſelben ſchon vor dieſem Geſetz aus Frömmigkeit entrichtete. Dieſe Frömmigkeit und mit ihr die freiwilligen Gaben nahmen aber bei den Chriſten beſtändig ab, ſo daß das Concilium von Maçon, welches gegen das Ende des ſechſten Jahrhunderts (i. J. 585) gehalten ward, Allen, unter Excommunicationsſtrafe, befahl, den Geiſtlichen den Zehnten zu geben.†) Die Laien ſcheinen aber, ungeachtet dieſes Befehls, ſehr ſaumſelig darin geblieben zu ſeyn. Erſt unter Karl dem Großen ward die Entrichtung des Zehnten durch die weltlichen Geſetze, und zwar unter Androhung von

---

*) So heißt es in einer dieſer Urkunden von Ludwig dem Frommen vom Jahr 814 (ap. Baluz. tom. II. p. 1404 N° XXIV.) „.... Praecipientes ergo jubemus ut nullus judex publicus, neque quilibet ex judiciaria potestate, nec aliquis ex Fidelibus nostris, in Ecclesias aut loca vel agros seu reliquas possessiones memoratae Ecclesiae Sancti Mauritii, qnas moderno tempore juste et rationabiliter possidere videtur .... quaeque etiam deinceps in jure ipsius sancti loci voluerit divina pietas augeri, ad causas audiendas vel freda exigenda, aut mansiones vel paratas faciendas, aut fidejussores tollendos, aut homines ejusdem Ecclesiae tam ingenuos quam et servos, qui super terram ipsius residere videntur, injuste destringendos, nec ullas redhibitiones aut illicitas occasiones requirendas, ullo unquam tempore ingredi audeat, vel exactare praesumat. Et quicquid de rebus praefatae Ecclesiae fiscus separare poterat, totum nos pro aeterna remuneratione praedictae Ecclesiae concedimus etc.“

**) Erſt unter Ludwig dem 15ten ward durch das merkwürdige Edict, gegeb. zu Verſailles im Auguſt 1749 der Geiſtlichkeit jede fernere Erwerbung unbeweglicher Güter, ohne beſondere k. Erlaubniß durchaus verboten. M. ſ. weiter unten.

***) In dem „Discours sur l'état et les ressources des finances prononcé à l'assemblé nation. l. 24. 9bre. 1789

---

par Dupont deputé du Baillage de Nevres" ſagt dieſer Redner „C'est une opinion générale accredité par le Clergé lui-memê, que les dîmes font à peu près les dieux tiers des revenus ecclésiastiques, et les biens-fonos un peu plus du tiers." Er ſchlägt den jährlichen Ertrag des geiſtlichen Zehnten [wohl offenbar zu gering] etwa auf 100 Million. Livres an.

*) Hericourt Loix eccles. Part. IV. (H. und H. I.)

**) ibid. ***) ibid.

†) „Statuimus ac decernimus ut mos antiquus a fidelibus reparetur, et decimas ecclesiasticis famulantibus caeremoniis populus omnis inferat ..... Siquis autem contumax nostris statutis saluberrimis fuerit, a membris ecclesiae omni tempore separetur.

Zwangsmitteln im Fall der Unterlaſſung, geboten.*) Seit dieſer Zeit (bis zur Revolution) ward der Zehnte in dem Gebiet von ganz Frankreich ſehr regelmäßig und ohne Widerrede bezahlt. Man muß indeſſen unter Zehnten nur einen beſtimmten (nicht gerade den zehnten) Theil der jedes Jahr wachſenden Früchte u. ſ. f. verſtehn. In der letzten Hinſicht (nämlich der wievielſte Theil entrichtet werden mußte) fand nicht allein in den verſchiedenen Provinzen, ſondern oft in einzelnen, nebeneinander gelegenen Pfarreien eine große Verſchiedenheit Statt. Daſſelbe galt in Beziehung auf die Gattung der Früchte, von welchen der Zehente gegeben werden mußte, welches Alles durch das Herkommen beſtimmt war.***) Von eigentlichen Körnerfrüchten, ſo wie von dem Wein mußte er faſt allenthalben entrichtet werden; nicht allenthalben von Heu, Holz, Gemüſe und von den Lämmern. In frühern Zeiten ward ſogar von allem Erwerb der Zehnte bezahlt; welches indeſſen ſpäterhin nicht mehr der Fall war. Die Zehntpflichtigkeit lag auf allen Gütern, ſie mochten adelich oder bürgerlich, geiſtlich oder weltlich ſeyn, wenn die Beſitzer nicht, wie beſonders einige geiſtliche Corporationen, einen beſondern Befreiungs-Titel aufweiſen konnten. Ueberdem fand keine noch ſo lange Verjährung gegen die Zehnpflichtigkeit Statt.*) Der Zehnte ward als die erſte aller Grundlaſten, welche allen andern vorging, angeſehn. In der Art der Erhebung fand einiger Unterſchied Statt. Von eigentlichen Feldfrüchten ward er meiſtens, während ſie noch auf dem Feld in Garben aufgeſtellt waren, genommen. Für Weingärten nahm man ihn nicht von den Trauben, ſondern von dem Wein. — Als zuerſt die Zehntpflichtigkeit zum allgemeinen Geſetz erhoben ward, bezog allenthalben der Biſchof den Zehnten. Dieſer war indeſſen eigentlich nur der Empfänger und Verwalter deſſelben, der den ihm zukommenden Antheil zurückbehielt, allein den größten Theil unter die Pfarrer und unter diejenigen, die mit der Seelſorge beaufragt waren, vertheilte. Dieſe Verwaltung der Biſchöfe zum Vortheil Aller beſtand indeſſen nicht lange, ſondern Jedem ward der ihm zukommende Antheil beſtimmt angewieſen. In Frankreich insbeſondere war es in der letzten Zeit gemeinen Rechtens, daß der Zehnte dem Pfarrer gebühre, ſo daß man ſagte, er bedürfe zu der Erhebung deſſelben keines andern Titels, als ſeines Kirchthurms (clocher). In der Ausübung fanden jedoch ſehr viele Ausnahmen davon Statt. Die Biſchöfe hatten ſehr häufig einen großen Theil theils ſich ſelbſt, theils den Mitgliedern der Cathedralkirche (den Canonici) vorbehalten. Ein großer Theil war auch gewiſſen Klöſtern, doch meiſtens unter der Verbindlichkeit für die Bedienung der Pfarreien und die Unterhaltung der Pfarrgeiſtlichen zu ſorgen, gegeben. Ein anderer Theil der Zehnten, welchen man zu Lehen gegebene Zehnten (dixmes inféodées) nannte, befand ſich endlich auch in weltlichen Händen.*) Dieſelben hatten auf die Unterhaltung der Geiſtlichen nicht die mindeſte Beziehung. Sie wurden in jeder Hinſicht als weltliche Güter angeſehn und behandelt, ſo daß über alle wegen denſelben entſtehenden Rechtsſtreitigkeiten die weltlichen Gerichte entſchieden. Geiſtliche konnten dieſelben zwar ebenfalls erwerben, allein ſelbſt dann veränderten ſie ihre Natur nicht.**)

---

*) Daß der Zehnte durch die weltlichen Fürſten, und zwar als allgemeine Auflage zur Unterhaltung der Geiſtlichkeit eingeführt worden ſey, iſt eine durch ſo viele hiſtoriſche Gründe erwieſene Thatſache, daß man verſtändiger Weiſe nicht daran zweifeln kann; ſo wie denn auch noch vor ein Paar Decennien ſich jeder Unterrichtete ſchämte, daran zu zweifeln. Dennoch haben in der neueſten Zeit einige theils aus Widerſpruchsgeiſt, theils aus Liebe zum Uralten und Veralteten Zweifel dagegen zu erheben angefangen. Ich habe, um hier den Zuſammenhang nicht zu unterbrechen, in der Beilage Lit. E das Nöthige darüber mitgetheilt.

**) Hericourt Loix ecclesiast. Part. IV. (H. I. N° 1) „La dixme est une portion des fruits de la terre ou des troupeaux, que les fideles doivent payer à l'eglise pour l'entretien des ministres ecclesiastiques. Cette portion n'est point toujours la dixième partie des fruits: dans quelques endroits, c'est la douxième gerbe de bled, en d'autres la quinzième, en d'autres la vingtième ou la trentieme suivant l'usage de chaque paroisse.“ — Der neue Herausgeber des Werks von Hericourt (v. J. 1774) bemerkt zu dieſer Stelle: „Rien ne prouve mieux que cette difference d'usages, soit pour la quotité, soit pour les fruits decimables ou non que la dixme n'est pas de droit divin.

***) Schon in einer Verordnung von Philip Auguſt (Ordon. tom. I. p. 39, 41) heißt es art. 3: „De decimis ita statutum est quod decime reddantur sicut hactenus reddite fuerunt, et sic debent reddi.“

---

*) In den erſten Zeiten der Könige des dritten Geſchlechts ſcheint dieſes anders geweſen zu ſeyn. In einer Verordnung Philip des dritten v. J. 1274, die mehrere Beſtimmungen über die geiſtliche Gerichtsbarkeit enthält (Ordon. tom. I. p. 302) heißt es art. 2: „Nec displicet nobis quod decimae praestentur quae lege divinâ praestantur seu debentur, vel per loci consuetudinem approbatam, cum usus longissimus, per quem non praestantibus jus acquiri potest, in talibus observetur.“

Der große Einfluß, welchen dieſe ungeheuren Reichthümer der Geiſtlichkeit gaben, ward noch ſehr dadurch vermehrt, daß ſie auf ſehr vielen ihrer Beſitzungen die ordentliche (hohe und niedere) Gerichtsbarkeit hatte, und dieſelbe gleich den höchſten Perſonen des Reichs (den Prinzen vom Geblüt, den Pairs u. ſ. f.) ausübte. Dieſe ſtand indeſſen mit der ihr zukommenden geiſtlichen Gerichtsbarkeit in gar keiner Verbindung, ſondern ſie übte ſie nach denſelben Regeln und Vorſchriften, wie die andern weltlichen Grundherren (seigneurs territoriaux) und zwar ebenfalls durch Beamte, Amtmänner, Vögte u. ſ. f. aus, welche ſchon nach den älteſten Verordnungen der Könige des dritten Geſchlechts, alle weltlich ſeyn mußten.***) — Ehe wir indeſſen von der eigentlichen, geiſtlichen Gerichtsbarkeit, ſo wie von den Befugniſſen und dem Verfahren der geiſtlichen Gerichte reden, wollen wir von den Quellen des geiſtlichen Rechts in Frankreich, den dafür angenommenen Geſetzbüchern und beſtehenden Verordnungen Einiges voranſchicken.

---

*) Ueber die Entſtehung derſelben ſehe man Beilage Lit. E.

**) Ueber die Ausnahmen ſehe man Lit. E.

***) Philip der Schöne befahl durch ſeine Verordnung v. J. 1287 (Ordon. tom. I. p. 316) allen Geiſtlichen und Weltlichen, denen eine weltliche Gerichtsbarkeit zuſtand, zur Ausübung derſelben nur weltliche Beamte (Amtmänner, Vögte u. ſ. f.) zu beſtellen und zwar aus dem Grunde „ut, si ibi delinquant, *superiores sui possint animadvertere in eosdem.* Et si aliqui Clerici sint in praedictis officiis, amoveantur.“

In den drei erſten Jahrhunderten des Chriſtenthums gab es außer dem, was die Bibel ſelbſt enthält, für das Kirchen-Regiment nur ſehr wenige ſchriftlich aufgezeichnete Regeln. Diejenigen, welche die Gründer des Chriſtenthums mündlich gegeben hatten, erhielten ſich vorzüglich durch Tradition. Gegen das Ende des dritten Jahrhunderts wurden zwei Sammlungen derſelben, eine unter dem Titel: Regeln oder Vorſchriften (canones) der Apoſtel, die andere unter dem der apoſtoliſchen Conſtitutionen (constitutiones apostolicae) verbreitet, und beide fälſchlich dem Papſte Clemens, der i. J. Chriſti 95 geſtorben war, beigelegt.*) Nachdem Conſtantin zur chriſtlichen Religion übergetreten war, und die Biſchöfe ſich frei und ohne Furcht verſammeln und über Gegenſtände der Religion berathſchlagen

---

*) Beide Sammlungen ſind noch vorhanden. Die Zahl der Canon. Apostol. iſt 85, die Conſtitutionen beſtehn aus acht Büchern. Sowohl die einen als andern waren urſprünglich in griechiſcher Sprache verfaßt. In dem Concilium von Rom, gehalten i. J. 496 (unter dem Vorſitz des Papſtes Gelaſius), welches indeſſen nicht zu den allgemeinen (Oecumeniſchen) gerechnet wird, wurden beide für unächt erklärt. Dennoch behaupteten in den letztern Jahrhunderten noch mehrere katholiſche Schriftſteller (Baronius, Bellarmin, Turrianus u. ſ. f.) die Aechtheit aller oder wenigſtens eines großen Theils der Canon. Apostol. Wirklich nahm auch die römiſche Kirche im Laufe des ſechſten Jahrhunderts die fünfzig erſten Canon. wenn auch nicht als ächt, doch als Vorſchriften, die man befolgen müſſe, an; (wie es aus dem Umſtand, daß Dyoniſius der Kleine dieſe fünfzig erſten Canon. in ſeine von der Kirche wenigſtens ſtillſchweigend gebilligte Sammlung [wovon unten das Nähere] aufnahm, und auch aus dem Decret des Gratian, Cap. Clementis librum Distinct. 16. hinreichend erhellt). In der orientaliſchen Kirche waren alle 85, als von den Apoſteln ſelbſt verfaßt, angenommen. Der zweite Canon des zu Konſtantinopel wahrſcheinlich i. J. 691 gehaltenen Conciliums (von dem Pallaſt, worin es gehalten ward, auch Concil. in Trullo genannt) ſagt: „Hoc quoque huic sanctae Synodo pulcherime et honestissime placuit, ut deinceps ad

---

animarum medelam, et perturbationum curationem, firmi stabilesque maneant qui ab iis, qui nos praecesserunt, sanctis et gloriosis Apostolis traditi sunt *octoginta quinque* Canones. Natalis Alexander, welcher in einer vortrefflichen Abhandlung (M. ſ. deſſen Histor. Ecclesiast. edit. Venet. fol. 1776. tom. III. p. 179. Dissertat. XVIII. de Canon. Apostolic.) die Unächtheit dieſer Canon. der Apoſtel faſt bis zur Evidenz beweist, bemüht ſich auch noch zu zeigen, daß dieſelben den Kirchenvätern der drei oder vier erſten Jahrhunderte gänzlich unbekannt geweſen. Daſſelbe beweist eben dieſer Schriftſteller (ibid. Dissertat. XIX. p. 189) auch von den Constitut. Apost. — Die Frage über die Aechtheit der letztern hängt übrigens mit der über die Aechtheit der Canon. Apostol. genau zuſammen. Denn der letzte unter den Canon. Apostol. befiehlt auch die Constitut. Apostol. als Norm anzunehmen. „Sunto omnibus vobis, Clericis simul et laicis venerandi ac sacri libri, veteris quidem testamenti Moisis quinque . . . . Clementis Epistolae duae, et praeceptiones, quae vobis Episcopis per me Clementem in libris octo nuncupatae sunt: quas omnibus publicare non oportet eb quaedam arcana, que in se continent: et actiones nostras Apostolorum.“ Die Väter des ſo eben angeführten Concil. in Trullo, welche die Canon. Apostol. angenommen hatten, trugen doch Bedenken, das nämliche in Hinſicht der Constitut. zu thun, nicht als ob ſie gezweifelt hätten, ſie ſeyen nicht urſprünglich von den Apoſteln ſelbſt verfaßt worden, ſondern weil die Irrlehrer ſie verfälſcht hätten. Canon. 2. Concil. Trullan. ſagt: „Quoniam autem in his nobis Canonibus praeceptum est ut eorundem Sanctorum Apostolorum per Clementem Constitutiones susciperemus, quibus jam olim ab iis qui a fide alieni sentiunt, ad labem Ecclesiae aspergendam, adulterina quaedam et a pietate aliena introducta sunt . . . . has constitutiones ad Christianissimi Gregis aedificationem ac securitatem conducibiliter rejecimus etc.“ Dem Concil. in Trullo hatten zwar die Legaten des Papſtes (Sergius III.) beigewohnt, und den Beſchlüſſen deſſelben ihre Beiſtimmung gegeben. Allein der Papſt weigerte ſich, das, was ſeine Legaten gethan, zu beſtätigen.

durften, wurden in dieſen Verſammlungen (Concilien) ſehr viele Vorſchriften für das Kirchenregiment feſtgeſetzt. Einige derſelben bezogen ſich nur auf die Angelegenheiten Einer Provinz, und verpflichteten auch nur die Einwohner derſelben. Andere aber, wohin vorzüglich die Beſtimmungen des Conciliums von Nicäa (i. J. 325) gehörten, waren ganz allgemein und für die geſammte Chriſtenheit verbindlich. Nachdem ſo noch mehrere, theils allgemeine, theils beſondere Concilien gehalten waren, vereinigte man für die orientaliſchen Chriſten alle Vorſchriften derſelben zu einem geiſtlichen Geſetzbuch, welches durch das Concilium von Chalcedon genehmigt ward, und dem man in der Folge noch die Vorſchriften einiger anderen Concilien und die Regeln (canones) der Apoſtel beifügte. Dieſe Sammlung, welche in griechiſcher Sprache verfaßt war, fand bei der lateiniſchen Kirche unmittelbar keinen Eingang. Unter dem Papſt Innozenz dem Erſten (reg. v. J. 402 — 417) erkannte man zu Rom nur die Vorſchriften des Conciliums von Nicäa als ſolche an, die in der ganzen katholiſchen Kirche befolgt werden müßten. Indeſſen ward auch in dieſer Zeit für die römiſche Kirche in lateiniſcher Sprache eine ähnliche Sammlung (oder vielmehr Ueberſetzung) veranſtaltet,*) worin außer den Vorſchriften des Conciliums von Nicäa auch die mehrerer andern, theils im Orient, theils in Africa gehaltenen Concilien nebſt den Decreten einiger Päpſte aufgenommen wurden. Zu den Zeiten des Kaiſers Juſtinian ward ein Mönch aus Scythien, Dionyſius der Kleine *) genannt, zu einer neuen Abfaſſung dieſes Geſetzbuchs aufgefordert.**) Derſelbe machte eine neue Ueberſetzung der Regeln (canones) der Apoſtel, ſo wie derjenigen aller Concilien, welche ſchon in das griechiſche Geſetzbuch aufgenommen waren. Er fügte die von den Concilien von Chalcedon, von Sardika (in Thracien), von Africa gegebenen Verordnungen, nebſt den Decretalen der Päbſte, von Siricius an (geſtorb. i. J. 398) bis zu Anaſtaſius den Zweiten (geſtorben i. J. 498), hinzu.***) Die Kirche von Rom nahm dieſe Sammlung ſogleich als eine allgemeine Regel der Kirchenzucht an,†) welches indeſſen im Anfang nicht für alle Kirchen des

---

*) Ueber die älteren Sammlungen der canoniſchen Geſetze ſehe man in dem vierten Band von Petr. d Marca d. concord. sacerdot. et imper. (nach der Bamberger Ausgabe), die Dissertat. de veter. Collectionib. Canon., und beſonders folgendes Werk: Appendix ad Sti. Leonis Magni opera Curantib. fratrib. Balleriniis. tom. III. Venet. 1757, worin man über alle geſchriebenen und gedruckten Sammlungen der Canon umſtändliche Nachricht findet. Das Werk enthält unter andern 1) eine nach mehrern Handſchriften verglichene Ausgabe der ältern Ueberſetzung der griechiſchen Canon., welche Heinrich Juſtelli (der Sohn von Chriſtoph Juſtelli) i. J. 1661 in der von ihm herausgegebenen „Bibliotheca juris canonici veteris (tom. I. p. 277) bekannt machte; 2) eine verbeſſerte Ausgabe des früher von Quesnel bekannt gemachten „Codex Canonum Ecclesiasticorum et Constitutorum sanctae sedis Apostolicae.“ Quesnel hielt ihn für die Sammlung, welcher ſich die römiſche Kirche zu den Zeiten der Päpſte Inno-

---

cenz I. und Leo I. (i. J. 402, 440) bedient hätte, wogegen indeſſen andere Kritiker ſehr wichtige Gründe vorgebracht haben. — Die Sammlung der Canon. der griechiſchen Kirche ward i. J. 1610 von Chriſtoph Juſtelli unter dem Titel: „Codex Canonum Ecclesiae universae“ zu Paris herausgegeben. Er gab ihm dieſen Titel, weil er von dem allgemeinen Concilium zu Chalcedon gebilligt worden. Aber auch dieſe Ausgabe hat den Beifall der Kritiker nicht ganz erhalten.

*) geſtorben i. J. 540.

**) Dyonisius in praefatione „Quamvis carissimus frater noster Laurentius assidua et familiari cohortatione parvitatem nostram regulas ecclesiasticas de Graeco transferre pepulerit, confusione credo priscae translationis offensus.“

***) Der Inhalt der Sammlung des Dyoniſius findet man in dem oben angeführten Werk der Ballerini (Part. 3tia. Cap. I. p. 174) genau angegeben. Es wird dort bemerkt, daß es nur wenige Cod. gibt, welche den reinen Text des Dyoniſius enthalten.

†) Wie Caſſiodorus, ein Schriftſteller deſſelben Jahrhunderts (Cap. 23 divin. lect.), bezeugt, wo er von Dyoniſius ſagt: „Ex Graecis exemplaribus canones Ecclesiasticos moribus suis ut erat planus atque disertus, magna

Occidents der Fall war. Die Gallicaniſche Kirche insbeſondere hatte in den früheſten Zeiten (vor Karl dem Großen) ihre eigenen canoniſchen Geſetzbücher oder Sammlungen der canoniſchen Regeln. Allein es gab derſelben mehrere, die nicht miteinander übereinſtimmten und überhaupt von Privaten, ohne öffentliche Autorität, verfaßt waren.*) Sie galten daher auch nur in einzelnen Diöceſen, und zwar gründete ſich ihr geſetzliches Anſehn nur auf das der Concilien, Päbſte u. ſ. f., deren

---

elequentiae luce composuit, quod hodie usu celeberrimo Romana ecclesia complectitur.“

*) Der gelehrte Sirmond bemerkt in der Vorrede zu ſeiner Ausgabe der Concilien von Gallien: „Synodorum illos (scil. Gallos) suarum canonumque nullum certum corpus, nullam statam collectionem habuisse, docet varietas ipsa exemplariam. Quot enim codices antiqui, totidem fere sunt diversae collectiones. Aliae in aliis plerumque Synodi, vel plures numero, vel pauciores: rarae eaedem, aut paucae in omnibus cernuntur.“ — Den Inhalt von zwei dieſer Cod., wovon einer der Kirche von Beauvais gehörte, findet man bei den Ballerin. (Part. II. cap. 10. p. CXXXII). Sehr berühmt iſt auch der Codex von Arles (Codex Arelatensis), worin die Urkunden über die Freiheiten und Privilegien der Kirche von Arles enthalten ſind, und deſſen Inhalt die Ballerin. (l. c. Part. II. Cap. 13) angeben. — Eher könnte man als ein in ganz Frankreich gültiges canoniſches Geſetzbuch dasjenige anſehn, welches nach dem Zeugniß des Gregor von Tours (histor. Francor. lib. V. cap. 19) der König Chilperich bei Gelegenheit der gegen den Erzbiſchof von Rouen Prätextatus eingeleiteten Anklage an die verſammelten Biſchöfe ſchickte. „Ipse vero (Chilpericus) ad Metatum discessit, transmittens librum canonum; in quo erat quaternio novus adnexus habens Canones quasi Apostolicos, continentes haec: Episcopus in homicidio, adulterio et perjurio deprehensus a sacerdotio divellatur.“ Das zuletzt angeführte ſtimmt mit dem 25. Canon. Apostol. beinahe überein. Man ſieht beiläufig hieraus, daß damals die Canon. Apostol. in den Gallicaniſchen Kodex noch nicht aufgenommen waren. — Uebrigens ſcheint auch dieſer von dem König Chilperich überſchickte Kodex keine allgemeine Geſetzeskraft erhalten zu haben.

Verordnungen ſie enthielten. J. J. 774 übergab indeſſen der Papſt Hadrian dem Kaiſer Karl dem Großen ein canoniſches Geſetzbuch (Codex canonum), welches mit der Sammlung des Dyoniſius ſehr nahe übereinſtimmt und ſogar von vielen Gelehrten damit verwechſelt wird.*) Dieſer Kaiſer ließ ſich auch die Einführung und Verbreitung deſſelben ſehr angelegen ſeyn. Dieſer Codex bildete, nach der Meinung der franzöſiſchen Rechtsgelehrten, die Grundlage des gemeinen geiſtlichen Rechts in Frankreich.*) Indeſſen waren in den letzten Zeiten viele darin enthaltene Verordnungen veraltet, ſo daß ſie der Mehrzahl der Rechtsgelehrten ganz unbekannt waren.**) Dagegen hatte das große Anſehn der Päpſte dem neuern canoniſchen Recht den Weg in die Gerichtshöfe Frankreichs gebahnt. Daſſelbe war eigentlich durch kein Geſetz (in Frankreich) eingeführt. Es enthält ſogar viele Beſtimmungen, welche geradezu den Rechten der Fürſten in weltlichen Dingen und den Grundſätzen, worauf die ſogenannten Freiheiten der Gallikaniſchen Kirche beruhen, entgegen ſind. Allein alle Vorſchriften dieſer Art wurden in Frankreich gar nicht beachtet. Die übrigen galten zwar nicht als Geſetze, ſondern ungefähr wie das römiſche Geſetzbuch in den Provinzen der Gewohnheitsrechte galt, nämlich als „ratio scripta.“***)

---

*) Peter Pithou ſagt in der Synopis historica eorum qui Canones et decreta Ecclesiastica collegerunt, die er der von ihm und ſeinem Bruder beſorgten Ausgabe der Corp. jur. Canon. Paris 1587 vorangeſchickt hat: „Missum exemplar ab Hadriano Papa ad Carolum Magnum Regem Francorum testatur Acrostichis versuum quorundam politicorum, qui in veteribus Codicibus praefixi sunt hoc tenore.“ Domin. excell. filio Carolo Magno Regi Hadrianus Papa.“ Ceterum posteriorem esse illam collectionem Dyonisianâ illud argumento est, quod canones qui Apostolici dicuntur, L ex ejusdem Dyonisii interpretatione habet, reliquorum alia translatio est.“ Dieſer Cod. Hadrian., welcher indeſſen doch von dieſem Papſt wahrſcheinlich nicht herrührt, weicht, wie ſchon erinnert worden, von der Sammlung des Dyoniſius in Etwa ab. Beſonders enthält er mehrere Zuſätze, worüber man ebenfalls das ſo eben angeführte Werk der beiden Ballerini (tom. III. Pars II. Cap. II.) nachſehn kann. Derſelbe ward zuerſt i. J. 1325 zu Mainz von Joh. Wendelſtein nach drei uralten Codic. herausgegeben. Von dieſer Ausgabe heißt es in der Vorrede zu der auf Befehl Gregors des 13ten veranſtalteten Ausgabe des Decrets des Gratian „In ecclesia Romana, omnium ecclesiarum magistra solitos esse asservari Conciliorum Canones et Pontificum Decreta omnibus compertum est. Atque in usu praecipue videtur fuisse collectio illa, quam Nicolaus Papa in c. si Romanor. distinct. 9 codicem Canonum nominat: in quo continebantur Canones et regulae illae quae recensentur a Leone IV. cap. d. libellis. distinct. 20. Hujus codicis tria Manuscripta exemplaria Romae habentur in Vaticana bibliotheca. Extat etiam impressus Moguetiae A⁰ salut. 1525.“ J. J. 1609 gab ihn Pithou zu Paris unter dem Titel: „Codex Canonum vetus Ecclesiae Romanae fol.“ heraus. Derſelbe beſorgte noch eine verbeſſerte Ausgabe unter dem Titel „Codex canonum vetus Ecclesiae Romanae a Francisco Pithoeo ad veteris MSS. codices restitut,“

---

die aber erſt nach ſeinem Tod i. J. 1687 herauskam. Ich habe ein Exemplar dieſer Ausgabe vor mir.

*) M. ſ. die Einleitung von Hericourt zu dem erſten Theil ſeiner Loix ecclesiast. (E) p. 88 auch Petr. d. Marca d. concord. sacerdot. et imper. lib. III.

**) Héricourt l. c. p. 92 „Le code de Denys le petit ayant étè accepté par Charle-Magne et par l'eglise Gallicane, devroit être plus connu et plus cité qu'il ne l'est parmi nous; puisque c'est une loi recue dans le royaume, et qu'il contient cet ancien droit qui est le fondement de nos libertés.“

***) Héricourt ibid. „ . . . . . Il faut distinguer entre ces decretales, celles qui sont contraires aux droits des souverains par rapport au temporel et aux principes sur lesquels les libertés de l'eglise de France sont établies, de celles qui ne sont contraires ni au droit du roi ni à nos libertés, ni aux usages qui sont constamment observés parmi nous. Les premières doivent être absolument rejetées; les autres sont recues en France comme des motifs qui peuvent nous determiner.“ Hericourt fügt eine Menge Gründe für ſeine Meinung bei. — Noch ein geringeres Anſehen als die Decre-

Außer der ſo eben angeführten Sammlung der alten canoniſchen Regeln hatten nun aber auch die in den Provinzial- und Nationalconcilien Frankreichs decretirten, in ſo fern ſie nicht durch den Gebrauch abgeſchafft waren, ohne alle Widerrede in Frankreich geſetzliche Kraft. Daſſelbe gilt faſt noch in einem höhern Grade von den vielen Verordnungen, welche die Könige im Lauf der Zeiten über die geiſtliche Gerichtsbarkeit erlaſſen haben. Die in den Zeiten der beiden erſten Geſchlechter erlaſſenen ſind größtentheils in den Capitularien enthalten. Von den Königen des dritten Geſchlechts gibt es ebenfalls eine ſehr große Menge Verordnungen darüber. Die von den erſten Königen dieſes Geſchlechts (bis zu Ludwig d. 11ten) findet man in ſo fern ſie übrig ſind, in den Ordon. d. Louvre. Unter den älteſten dieſer Verordnungen ſind zwei von Philip Auguſt*) und eine von Ludwig d. H. beſonders merkwürdig. Die erſte von Philip Auguſt, die ſich ohne Datum (Ordon. tom. I. p. 39) findet, enthält eine Beſtimmung über die Gränzen der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, welche nach Anhörung ſowohl der Gründe der Geiſtlichkeit als der Barone getroffen worden. Die zweite von demſelben König (ebenfalls ohne Datum, Ordon. tom, I. p. 43) handelt von den Privilegien der Geiſtlichen in Criminalſachen. Die dritte von Ludwig dem Heiligen (gegeb. im März 1268 Ordon. tom. I. p. 97) iſt auch unter dem Namen der pragmatiſchen Sanction Ludwig des Heiligen bekannt. Man glaubt, daß ſie bei Gelegenheit der berüchtigten Bulle von Clemens dem 4ten (v. J. 1266), worin er als unbezweifelt feſtſetzt, daß dem römiſchen Pabſt das Recht zuſtehe, alle ſchon erledigten und noch zu erledigenden Pfründen der ganzen Erde zu verleihen, (M. ſ. S. 729) erlaſſen worden ſey. Die pragmatiſche Sanction ſichert dagegen (art. 2) den Cathedral-Kirchen und Abteien die freie Wahl (des Biſchofs und Abts); ſie verbietet (art. 5) die Erhebung aller Auflagen und Laſten, welche der römiſche Hof dem Königreich ſchon aufgebürdet

---

talien hatte das Decret des Gratian, wie ebenfalls Héricourt a. d. a. St. bemerkt.

*) M. ſ. die Beilagen, Lit. F, G und H.

hätte und noch aufbürden würde, wenn nicht die äußerſte Noth dazu dränge, und ſelbſt dann nur, wenn der König und die Kirche von Frankreich einwilligte. Endlich billigte und beſtätigte ſie (art. 6) alle Freiheiten und Privilegien, welche die Gallicaniſche Kirche beſaß. Was die neuern von Franz dem Erſten bis zu Ludwig dem 13ten erlaſſenen Verordnungen betrifft, ſo handeln die größern (beſonders die auf die Vorſtellungen der Stände ergangen ſind) bekanntlich von Gegenſtänden ſehr mannigfaltiger Art. Unter dieſen (M. ſ. die Verordnung v. Villers-Cotterets, von Orleans, von Blois und den code Marillac) befindet ſich faſt immer auch die geiſtliche Gerichtsbarkeit, welcher meiſtens die erſten Artikel geweiht ſind. Ueber ihren Inhalt in dieſer Hinſicht umſtändlicher zu handeln, wäre hier zu weitläuftig und müſſen wir den Leſer auf den Text der Geſetze ſelbſt verweiſen. Auch werden wir auf die einzelnen Beſtimmungen, wenn der Zuſammenhang uns darauf führt, näher aufmerkſam machen. Die letzte Ausbildung in Beziehung auf das geiſtliche Recht erhielt die Geſetzgebung durch das Edict Ludwig des 14ten*) gegeben zu Verſailles im April 1695 (beim Parlament einreg. d. 14ten Mai deſſelben J.); welches durch eine ſpätere Erklärung v. 29ten März 1696 näher erläutert ward. Hierauf folgten ſpäterhin bis zum Anfang der Revolution noch viele königliche Edicte, Beſchlüſſe des Staatsraths u. ſ. f., die alle hier anzuführen zu weitläufig wäre. Außer dieſen von den Königen unmittelbar ausgegangenen Geſetzen (Verordnungen, Edicten u. ſ. f.) gibt es noch zwei für die geiſtliche Gerichtsbarkeit in Frankreich ſehr merkwürdige Acte, nämlich die pragmatiſche Sanction Carls des 7ten, gegeben zu Bourges i. J. 1438, und das Concordat (geſchloſſen i. J. 1516 zwiſchen Franz dem Erſten und Leo dem Zehnten). Beide Acte entſtanden durch Mitwirkung der Geiſtlichkeit oder durch Vertrag mit derſelben, wurden indeſſen, da die Könige die Handhabung und Vollſtreckung derſelben geboten, eigentliche Geſetze. Sie enthalten Beſtimmungen ſehr mannigfaltiger Art, worüber unten im Einzelnen näher geredet werden ſoll. Allein der vorzüglichſte Gegenſtand, worüber ſie handeln, und worüber die Beſtimmungen Beider gänzlich von einander abweichen, iſt die Verleihung der Pfründen und ganz insbeſondere die Ernennung der Biſchöfe und Aebte. Wir wollen, um dem Leſer den Sinn und Zweck dieſer wichtigen Geſetze deſto verſtändlicher zu machen, einiges Hiſtoriſche voranſchicken.

---

*) „Edit concernant la jurisdiction Ecclésiastique“ in 25 Artikeln. Es handelt indeſſen doch mehr von der Handhabung der Polizei theils unter den Geiſtlichen (beſonders den Mönchen, theils bei Ausübung des Gottesdienſtes, als von der eigentlichen geiſtlichen Gerichtsbarkeit. Es findet ſich Cod. Neron. tom. II. p. 265. Ebendaſelbſt (p. 280) findet man auch die angeführte Erklärung vom 29ten März 1596.

In den erſten Jahrhunderten nach Verbreitung des Chriſtenthums in Gallien wurden die Biſchöfe von dem Volk und der Geiſtlichkeit zugleich gewählt.*) Die Wahl ward alsdann von dem Erzbiſchof unter Zuziehung aller Biſchöfe ſeiner Dioceſe geprüft und der Gewählte von dem Erzbiſchof geweiht.*) Auch die Genehmigung des Königs ward dazu eingeholt. Das Concilium von Orleans (gehalten i. J. 549) ſagt canon. 10 „Quum voluntate Regis, juxta electionem Cleri ac populi, sicut in antiquis canonibus tenetur scriptum, a Metropolitano, vel quem in vice sua praemiserit, cum comprovincialibus Pontifex consecretur.“ Wenn ein biſchöflicher Sitz erledigt war, ſo benachrichtigte die Geiſtlichkeit den König davon, damit er erlaubte die Wahl vorzunehmen. Auch ward ein Schreiben an den Erzbiſchof abgefertigt, damit er einen Biſchof um die Wahl zu leiten, ernenne (welcher letztere visitator oder intercessor) hieß). Uebrigens war unter den beiden erſten Geſchlechtern die Macht der Könige bei der Wahl der Biſchöfe ſehr groß, und oft entſcheidend. So ſagt Gregor von Tours Lib. VIII. Cap. XXIII. von einem gewiſſen Valdo, der das Bisthum von Bourdeaux nachſuchte: „Cum muneribus et consensu civium ad Regem properat; sed nihil obtinuit. Tunc Rex data praeceptione jussit Gundesilum Santonicum comitem, cognomento Dodonem, Episcopum ordinari; gestumque est ita.“ Auch Carl Martel, Pipin, Carl der Große übten bei der Wahl der Biſchöfe eine faſt unbeſchränkte Macht aus (Marca lib. VIII. cap. IX.). Ludwig der Fromme gab endlich das Wahlrecht der Geiſtlichkeit und dem Volke wieder.*) Auch die Erzbiſchöfe wurden, und zwar von den Biſchöfen der Provinz mit Zuſtimmung der Geiſtlichkeit und des Volks gewählt.**) Die Weihung der Erzbiſchöfe geſchah entweder von den Biſchöfen der Provinz oder von einem andern Erzbiſchof. Allein ſchon ziemlich früh (zu den Zeiten des h. Gregorius) ward es Sitte, daß der Papſt die vorzüglichſten Erzbiſchöfe, die er geweiht hatte, mit dem ſogenannten Pallium ſchmückte.***) Es ward nach und nach den Erzbiſchöfen zur Pflicht gemacht, bei dem Papſt die Ertheilung des Pallium nachzuſuchen; ſo daß ſie ohne daſſelbe erhalten zu haben, die erzbiſchöflichen Functionen nicht ausüben durften. In Gallien ward dieſe Verpflichtung zuerſt i. J. 742 durch eine Synode eingeführt, welche der Glaubens-Apoſtel Bonifazius veranſtaltet hatte.*)

---

*) Petr. d. Marca de Concord. Sacerdot. et Imper. l. VI. cap. 2 et 3.

**) Alcuin. de divin. offic. cap. 36. „Quum episcopus civitatis fuerit defunctus, eligitur alius a Clero seu populo; fitque decretum ab illis; et veniunt ad Apostolicum [Metropolitanum] cum suo electo, deferente secum suggestionem hoc est, rogatorias litteras, ut ejus consecret Episcopum. M. ſ. a. Hincmar in form. 11.

---

*) Capitular. Aquisgranens. A° 816. Cap. II. (ap. Baluz. tom. I. p. 561, 564, auch Capitular. lib. I. cap. 78.) „Sacrorum canonum non ignari, ut in dei nomine sancta Ecclesia suo liberius potiretur honore, adsensum ordini ecclesiastico praebuimus; ut scilicet Episcopi per electionem cleri et populi secundum statuta canonum de propria dioecesi, remota personarum et munerum acceptione, ob vitae meritum et sapientiae donum eligantur, ut verbo et exemplo sibi subjectis usquequaque prodesse valeant.“

**) P. d. Marca de concord. lib. VI. cap. IV. — Das Concilium von Orleans (geh. i. J. 538) beſtimmte „Metropolitanus a comprovincialibus Episcopis, sicut decreta sedis apostolicae continent, cum consensu cleri vel civium eligatur: quia aequum est, sicut ipsa sedes apostolica dixit, ut qui praeponendus est omnibus, ab omnibus eligatur.“

***) Marca d. concord. lib. VI. cap. VI. et VII.

Der Antheil, welchen das Volk in den Zeiten wovon ſo eben geredet worden, an der Wahl der Biſchöfe und Erzbiſchöfe hatte, ward demſelben ſpäterhin gänzlich genommen. Dieſes geſchah im Orient früher als im Occident, wo (insbeſondere in Gallien) die geſammte Geiſtlichkeit und das Volk zu den Zeiten Gregors des 7ten**) (im eilften Jahrhundert) noch das Recht, die Biſchöfe zu wählen, ausübte. Allein gegen das Ende des zwölften Jahrhunderts ging dieſes Recht einzig an die Canonici der Domſtifte über, welches ihnen auch durch viele in das canoniſche Recht aufgenommene Conſtitutionen der Päpſte beſtätigt worden. Daſſelbe Recht gaben ihnen auch ſchon ſehr früh die Verordnungen der Könige des dritten Geſchlechts. Philip Auguſt verordnet in ſeinem ſogenannten Teſtament***) v. J. 1190 art. 9, 10: „Si forte contigerit sedem Episcopalem, vel aliquam abbatiam regalem vacare, volumus ut *Canonici* ecclesiae vel monachi monasterii vacantis veniant ad Reginam et Archiepiscopum†) sicut ante nos venirent, et liberam electionem ab eis petant. et nos volumus quod sine contradictione eis concedant.“ „Nos vero tam Canonicos quam monachos monemus, ut talem pastorem eligant, qui Deo placeat et utilis sit regno.“ — Zu der damaligen Zeit übten auch ſchon die Könige das Hoheitsrecht in geiſtlichen Sachen (la Régale) aus; wovon wir, da es ebenfalls von jeher und bis zu den letzten Zeiten viele Streitigkeiten zwiſchen dem römiſchen Hof und den Königen von Frankreich veranlaßt hat, hier gelegentlich reden wollen. Von demſelben iſt ſchon oben (Abſchn. IV. S. 7 *) einiges vorgekommen, welches wir den Leſer zur leichteren Ueberſicht nachzuſehen bitten. Es beſtand in zwei Puncten, nämlich 1tens in dem Recht des Königs, nach Erledigung eines biſchöflichen Stuhls alle Einkünfte deſſelben ſo lange zu beziehn, bis der neue Biſchof ihm den Eid der Treue geleiſtet hatte; 2tens in dem Recht, während derſelben Zeit zu allen mit keiner Seelſorge verbundenen Pfründen, die ſonſt der Biſchof zu verleihen hatte, zu ernennen.

---

*) Bonifac. epist. 105 „decrevimus in nostru synodali conventu et confessi sumus fidem catholicam et unitatem et subjectionem Romanae Ecclesiae fine tenus servare, Sancto Petro et Vicario ejus velle subjici, Metropolitanos Pallia ab illa sede quaerere, et per omnia, praecepta Sancti Petri canonice sequi.“

**) Marca. de concord. lib. VI. cap. II. N° 9.

***) Ordon. d. Louv. tom. I. p. 20.

†) Dieſe waren, während der Abweſenheit des Königs im heil. Land, zu Reichsverweſern beſtellt.

Dieſes ſonderbare Vorrecht war unter den Königen der beiden erſten Geſchlechter nicht bekannt. Das Concilium von Chalcedon, welches in Frankreich angenommen war, befiehlt (canon. 25), daß der Oeconom, welcher ein Geiſtlicher, den der Biſchof ernannte, war, nach dem Tod deſſelben die Einkünfte der Kirche verwalten, und dem Nachfolger Rechnung ablegen ſollte.*) — Auch zu den allererſten Zeiten des dritten Geſchlechts findet ſich keine Spur von Ausübung des Hoheitsrechts. Der Erzbiſchof Gerbert von Rheims, welcher Lehrer des Königs Robert (reg. v. J. 996—1031) war, ſagt in ſeinem 118ten Brief an die Geiſtlichkeit und das Volk, daß alles bewegliche und unbewegliche Eigenthum des verſtorbenen Biſchofs für den Nachfolger erhalten werden müſſe.**) Das Hoheitsrecht, von dem wir hier handeln, ſcheint ſich nach den

---

*) Hincmar, Erzbiſchof von Rheims macht in ſeinem Schreiben an Carl den Kahlen dieſen auf den angeführten Canon des Conciliums von Chalcedon aufmerkſam: „adeo ut res et facultates ecclesiae potestati episcopi, spiritu sancto decernente, committantur, ut a magno Synodo Chalcedonensi etiam post mortem episcopi reditus ecclesiae viduatae futuro Episcopo per Oeconomum ejusdem Ecclesiae integre conservari jubeantur.“

**) „Sit interim vestra pervigil cura, num secundum divinas et humanas leges res defuncti Episcopi tam mobiles quam immobiles futuro reserventur Episcopo; ne si quod absit, male cautum fuerit, in negligentes cum Regalis censura, tum etiam gravior adhibeatur divina sententia.

Gebräuchen der Lehen ausgebildet zu haben. Nämlich bei jedem Wechſel des Vaſalls mußte der neue Beſitzer dem Lehensherrn eine gewiſſe Vergütung leiſten. Dieſe beſtand hin und wieder darin, daß der Lehensherr die Einkünfte des Lehns bezog, bis der neue Vaſall ihm die Huldigung geleiſtet hatte.*) Dieſes ward nun auch auf die Güter der Kirche, welche größtentheils von den Königen herkamen, ausgedehnt, wodurch das Hoheitsrecht entſtand. Zu den Zeiten von Philip Auguſt (reg. v. J. 1180—1223) war daſſelbe und zwar ſowohl das geiſtliche als weltliche ſchon gebräuchlich. Von dem eigentlich geiſtlichen erhellt dieſes ganz klar aus dem eben angeführten Teſtament von Philip Auguſt, welches art. 12 ſagt: „Praeterea praecipimus quod si praebenda vel beneficium aliquod ecclesiasticum vacaverit, quando regalia in manu nostra venient, secundum quod melius vel honestius poterunt Regina et Archiepiscopus, viris honestis et literatis Concilio fratris Bernardi conferant, salvis tamen donationibus nostris, quas per litteras nostras patentes quibusdam fecimus.“ Ganz dieſelben Beſtimmungen findet man in den Verordnungen der folgenden Könige, z. B. in der Verordnung Ludwigs des Heiligen v. J. 1248 art. 3 (Ordon. tom. I. p. 60) ſo wie in der großen Verordnung Philip des Schönen, vom 23ten März 1302). Dieſe Letztere drückt ſich über das weltliche Hoheitsrecht art. 10. ſehr deutlich aus (Ordon. tom. I. p. 554) „Quantum ad Regalias, quas nos et praedecessores nostri consuevimus percipere in *aliquibus* ecclesiis regni nostri, quando eas vacare contingit . . . . . volumus et precipimus et etiam ordinamus, quod res, bona, maneria et jura dictarum regaliarum manu teneantur ac si propria nostra essent; inhibentes ne de cetero nemora dictarum regaliarum ante tempus debite sibi resecationis amputentur etc.“ Wegen des eigentlich geiſtlichen Hoheitsrechts ſcheinen übrigens ſchon ziemlich früh (zu den Zeiten Philips von Valois) Bedenklichkeiten entſtanden zu ſeyn. Allein dieſer König entſchied durch ſeine Verordnung vom October 1334 (Ordon. tom. II. p. 102), daß er, eben ſo wie ſeine Vorgänger (pour cause de Regale et de Noblesse de la Couronne de France) gethan hätten, fortfahren würde, die Präbenden zu verleihn (de donner les Prouvendes, dignitez et benefices, quand ils ont este trouvez ou temps de Regales vacans de Droit ou de fait tant seulement, ou *trouvez non occupez, vuides ou vacans de fait tant seulemeut*). In dieſem Recht haben ſich die Könige des dritten Geſchlechts bis zu den letzten Zeiten (vor der Revolution) behauptet. Aus den angeführten Stellen geht übrigens deutlich hervor, daß im Anfang das Hoheitsrecht ſich ſowohl auf Abteien als auf Bisthümer, jedoch nur auf Einige von beiden erſtreckte. Bei Abteien fand daſſelbe in den letzten Zeiten nicht mehr, dagegen bei den Bisthümern und Erzbisthümern faſt ohne Ausnahme Statt. Es waren über dieſen Gegenſtand eine ſehr große Menge Proceſſe zwiſchen den königlichen Beamten und der Geiſtlichkeit entſtanden. Die Parlamente, ſtets geneigt die königliche Macht zu erweitern, ſprachen faſt allezeit zu Gunſten der Krone, obſchon wirklich mehrere Bisthümer von den Königen förmliche Urkunden, daß gegen ſie von dem Hoheitsrecht kein Gebrauch gemacht werden ſollte, erhalten hatten. Endlich ward es durch die königliche Erklärung vom 10ten Februar 1673 feſtgeſetzt, daß nur gegen diejenigen Bisthümer, welche die Befreiung unter läſtigem Titel erworben, das Hoheitsrecht nicht ausgeübt werden ſollte (Hericourt Loix Ecclesiast. F. VI. N° 3. p. 243, 244).

---

*) Quae quidem regalia dicitur vigere et habere locum in dicto episcopatu, donec et quousque futurus successor, legitime intrans, suum debitum fidelitatis juramentum dicto domino nostro regi (prout tenetur) fecerit; quodque literae regiae attestantes dictum juramentum sic fuisse factum, praesentatae, registratae et expeditae fuerint in camera computorum: et quod receptor seu commissus ad receptum ipsius regaliae, receperit mandatum a dicta camera emanatum, per quod mandetur ut levet manum regis, et permittat dictum episcopum uti et gaudere, ponendo ipsam temporalitatem ad plenam deliberantiam. Nec ante receptionem hujusmodi mandati a dicto receptore seu commisso, reputatur dicta regalia clausa, sed usque in diem ipsius receptionis . . . . . confert rex beneficia tanquam in regalia vacantia, et hoc de jure et consuetudine regni et suae coronae Franciae etc.“ Extract. ex reg. camer. comput. ordin. dum episcopus.

Nicht mit demſelben Erfolg, wie die Könige bei Ausübung des Hoheitsrechts in geiſtlichen Sachen, hatten ſich die Stifter und Abteien in ihrem Recht, die Biſchöfe und Aebte zu wählen, erhalten. Durch Einführung des canoniſchen Rechts, durch die Mandate,*) Reſervationen, Präventionen und Anwartſchaften, ſo wie durch die ſogenannten Kanzellei-Regeln (per regulas cancellariae) war das Recht, die Biſchöfe zu ernennen, und überhaupt die Pfründen zu vergeben, faſt ganz in die Hände der Päpſte gefallen.**) Schon im Jahr 1190 hatte der Papſt Clemens (Cap. Licet Ecclesiarum, tit. de praebendis in sexto) die Verleihung aller auf der ganzen Erde erledigten oder auch erſt künftig zu erledigenden Pfründen als ein dem Papſt vorbehaltenes Recht erklärt. Ganz insbeſondere beſtimmte Bonifazius der Achte (Cap. quamquam; de elect. in sexto), daß den Wählern, wenn ſie entweder nicht innerhalb der vorgeſchriebenen Zeit, oder nicht nach der geſetzlichen Form, oder einen Unwürdigen wählten, für dieſesmal ihr Wahlrecht genommen werden und daſſelbe dem Papſt anheim fallen ſollte. Nach der Verordnung deſſelben Papſtes (Cap. praesenti, de Praebend. et dignitat. in sexto) ſollte, wenn, wie man ſagte, eine Pfründe an dem römiſchen Hof erledigt war (si vacabat in curia), d. h. wenn der Beſitzer an dem römiſchen Hof ſelbſt, oder nur in einer Entfernung von zwei

---

*) Die Mandate waren urſprünglich apoſtoliſche Schreiben, worin der Papſt denjenigen, welchem das Recht die Pfründen zu verleihen zuſtand, bat, die erſte erfallende Pfründe einer in dem Schreiben genannten Perſon zu verleihen. Adrian der Vierte, der im Jahr 1154 den päpſtlichen Thron beſtieg, ſoll der erſte geweſen ſeyn, der ein ſolches Schreiben (an den Biſchof von Paris zu Gunſten des damaligen Kanzlers von Frankreich) erließ. Dieſe Mandate waren urſprünglich Bitten, wurden aber ſpäterhin Befehle, zu deren Vollſtreckung die Päpſte ſogar Executoren ernannten. (M. vgl. Hericourt. Loix Eccles. F. XI.)

**) Petr. d. Marca de Concord. Sacerdot. et Imper. lib. IV. Cap. IX.

Tagereiſen davon ſtarb, das Recht ſie zu beſetzen, dem Papſt zuſtehn. Die folgenden Päpſte wurden noch kühner und behielten ſich durch die Kanzellei-Regeln*) die Ernennung zu faſt allen Pfründen, welche durch Wahl beſetzt zu werden pflegten, vor. In Frankreich, ſo wie faſt in allen Ländern, waren darüber, ſo wie über die dabei Statt findenden Gelderpreſſungen, insbeſondere auch über die Erhebung der ſogenannten Annaten**) große Klagen, hin und wieder ſogar ernſtliche Irrungen zwiſchen den weltlichen Regenten und dem römiſchen Hof entſtanden. Zu keiner Zeit war in der Ausübung der Scandal weiter getrieben worden, als zu den Zeiten des unglücklichen Schisma, wo beide Päpſte, um ihre Parthei zu verſtärken, in die Wette Pfründen vergaben und Gnaden aller

---

*) Sind gewiſſe Vorſchriften, welche jeder Papſt bei ſeiner Thronbeſteigung über die Verleihung der von ihm abhängenden Pfründen und ſonſtigen Kanzellei-Ausfertigungen gibt, und wobei er von denjenigen ſeines Vorgängers, ſo viel als ihm gut dünkt, beibehält. In Frankreich hatten wenigſtens zuletzt (libert. d. l'eglis. Gallic. art. 43) nur diejenigen geſetzliche Kraft, die man angenommen hatte, deren es drei gab: „de publicandis resignationibus in partibus; de vero simili notitia obitus; de infirmis resignantibus.“

**) Unter Annaten verſtand man die Einkünfte, welche eine ſogenannte Conſiſtorial-Pfründe innerhalb eines Jahres abwarf, oder vielmehr der Betrag, wozu dieſe Einkünfte geſchätzt waren. Diejenigen, welchen eine ſolche Pfründe verliehen ward, mußten beim Antritt ihres Amts, wenn ſie die päpſtliche Bulle in Empfang nahmen, dieſen Betrag an die apoſtoliſche Kammer entrichten. Die Annaten, welche durch die pragmatiſche Sanction abgeſchafft, aber durch das Concordat zwiſchen Franz dem 1ten und Leo dem Zehnten wieder eingeführt wurden, hörten beim Anfang der Revolution, durch die Geſetze vom 4ten Auguſt 1789, ſo wie durch das Geſetz vom 12ten Juli (24ten Auguſt) 1790 über die bürgerliche Conſtitution der Cleriſei (Desen. tom. X. p. 363) gänzlich auf. — Unter Conſiſtorial-Pfründen (benefices consistoriaux) verſteht man diejenigen, wozu der Papſt in einem geheimen Conſiſtorium der Cardinäle entweder ernennt, oder die Beſtätigung ertheilt.

Art ausſpendeten; wo dann ſehr oft, wenn eine Parthei den Kürzern gezogen hatte, die Anhänger der andern die von der erſten ſchon genoſſenen Früchte, oder wenn die Stelle nicht wirklich beſetzt war, die Rückſtände forderten.

Im Jahr 1398 glaubte Frankreich, welches früher den im Jahr 1394 zum Papſt gewählten Cardinal Peter de Luna, der den Namen Benedict des 13ten annahm, anerkannt hatte, gegründete Urſachen zu haben ſich dem Gehorſam deſſelben wieder zu entziehn. Dieſelben ſind ſehr umſtändlich entwickelt in dem Schreiben Carls des ſechſten vom 27ten Julius 1398 (Ordon. de Louv. tom. VIII. p. 258).*) Der König verordnete in demſelben, daß alle geiſtlichen Würden und Pfründen, welche erledigt würden, durch diejenigen, welchen das Recht zu wählen oder zu ernennen zuſtände, vergeben werden ſollten. Ueber die Pfründen der Anhänger, Gönner und Mitſchuldigen der beiden Päpſte ſollte durch die Biſchöfe (per ordinarios) gehörig verfügt oder dieſelben allenfalls bis zu ihrer canoniſchen Beſetzung geeigneten Perſonen in Verwaltung gegeben werden (concedantur in commendam ydoneis personis, alienacione bonorum immobilium et preciosorum mobilium eis singulis interdicta, regenda scilicet et administranda, donec alias canonice sit provisum l. c. p. 268). Im Jahre 1403 kehrte indeſſen Carl der ſechſte mit dem ganzen Königreich wieder unter den Gehorſam von Benedict den 13ten zurück, worüber er ebenfalls den 28ten Mai ein ausführliches Schreiben (Ordon. tom. VIII. p. 593) erließ.*) Dieſes Ereigniß ward auch dem Volk in der Notre-Dame-Kirche während der Predigt (en plein sermon) öffentlich, und zwar, wie in einem ſpätern königlichen Schreiben vom 29ten Dec. deſſelben Jahres (1403) (Ordon. tom. VIII. p. 622, 623) geſagt wird, mit dem Zuſatz bekannt gemacht, daß alles in der Zwiſchenzeit geſchehene ſeinen Beſtand behalten ſollte. Allein der neu anerkannte Papſt, ſeine Anhänger und Beamten verſuchten ſogleich diejenigen, welche, den königlichen Beſtimmungen gemäß, Würden oder Pfründen erhalten hatten, daraus zu verdrängen, und die Gelder, welche der Papſt während dieſer Zeit hätte einnehmen können, als Rückſtände mit der größten Strenge durch Excommunicationen u. ſ. f. einzutreiben. Der König verbot indeß durch das zuletzt angeführte Schreiben allen dergleichen Anforderungen Folge zu leiſten. Durch das Concilium von Conſtanz (v. J. 1414—1418) und die Wahl Martin des 5ten ward endlich dem unſeligen Schisma ein Ende gemacht, und die Abſchaffung einer großen Menge von Mißbräuchen, nebſt der Wiederherſtellung einer beſſern Kirchenzucht decretirt. Das Concilium von Baſel (v. J. 1431 — 1443) war ebenfalls ernſtlich darauf bedacht, eine Reformation der Kirche (in Haupt und Gliedern, in capite et membris) herbeizuführen. Allein auch auf demſelben ward das Gute durch Ehrgeiz, Habſucht und allerlei Ränke hintertrieben. Nachdem der Pabſt Eugen der Vierte ſich von dem Concilium getrennt, ſchickte daſſelbe Abgeſandten an den König Carl den

---

*) Frankreich war auf dieſe Weiſe ganz von dem Gehorſam des Papſtes losgeſagt, indem es den andern Papſt nie anerkannt hatte, und auch damals nicht anerkennen wollte. In dem angeführten königl. Schreiben heißt es (l. c. p. 268) „. . . . . ab obedientia totali ipsius Benedicti de cujus adversario hic mentionem non facimus, cum nusquam sibi obediverimus sicut nec obedire volumus, nec debemus, Nos, Ecclesia, Clerus ac populus regni nostri ac Delphinatus, de predictorum vocatorum consilio et assensu recedimus etc.“ Als Hauptgrund wird angegeben, daß Benedict der 13te als Cardinal eidlich verſprochen hätte, Alles zur Beendigung des Schisma anwenden, und ſelbſt deshalb die päpſtliche Würde, im Falle er gewählt werden ſollte, niederlegen zu wollen, worin er ſpäter nicht Wort hielt. Es war nämlich die Abſicht Carls des 6ten, daß beide Päpſte reſigniren, und dann die Cardinäle eine neue Wahl vornehmen ſollten.

---

*) Der Gallicaniſchen Kirche muß es ohne Papſt nicht wohl zu Muthe geweſen ſeyn. Es heißt in dem angeführten Schreiben (l. c. p. 594) „ . . . . . Consensus omnis vox naturae dicendus est: id ipsum volunt, ymo consulunt celebriores, moderatioresque viri Universitatis nostrae Parisius, consulunt caeterae quoque Universitates Regni nostri, Tholosana, Aurelianensis, Montispessulani, Audegavensis: consulunt litteratissimi probissimique viri religiosi ordinum Cluniacensis, Cisterciensis caeterorumque omnium etc.“

Siebenten (Sohn und Nachfolger Carls des Sechſten) um dieſem einen Theil ſeiner Decrete zu überbringen. Der König veranſtaltete, um dieſelben zu unterſuchen, i. J. 1438 in der H. Kapelle zu Bourges eine Verſammlung der vornehmſten geiſtlichen und weltlichen Perſonen des Reichs, welche die ihnen vorgelegten Decrete, jedoch mit einigen Modificationen, annahmen. Der König ließ darauf über alles, was in der Verſammlung beſchloſſen war, den 7ten Julius 1438 ein Schreiben ausfertigen, welches den 13ten Julius 1439 beim Parlament von Paris einregiſtrirt, und unter dem Namen der pragmatiſchen Sanction (pragmatica sanctio*) Carls des 7ten verkündigt ward. Den 7ten Auguſt 1441 erſchien von demſelben König eine Erklärung, welche ebenfalls beim Parlament einregiſtrirt ward, nach welcher die in der pragmatiſchen Sanction enthaltenen Decrete des Concilium von Baſel, von dem Datum dieſer pragmatiſchen Sanction und nicht von dem Tag an, wo

---

*) Der vollſtändige Text derſelben findet ſich (Ordon. de Louv. tom. XIII. p. 267—291). Es heißt in demſelben (p. 270) in der Einleitung „. . . . . memorate ipsius sacre Basiliensis synodi decreta, Ordinationes et statuta, aliqua *simpliciter ut jacent*, alia vero cum *certis modificationibus et formis, non hesistatione potestatis et auctoritatis condentis et promulgantis*, ipsius scilicet sacre Basiliensis Synodi, sed quatenus commoditatibus, temporibus et moribus regionum et personarum sepefatorum nostrorum Regni et Delphinatus congruere convenireque conspexerunt, prout inferius plenius annotatur et inseritur, illico et indilate recipienda consenserunt etc.“ — Am Schluß (ibid. p. 290) ſetzten ſie jedoch hinzu: „sub spe scilicet, quod ipse modificationes per sacrum concilium admittentur.“ — „Pragmaticae sanctiones“ wurden (Leg. 7. §. 1. Cod. d. divers. rescript.) zur Zeit der römiſchen Kaiſer diejenigen Reſcripte genannt, welche der Kaiſer auf die Vorſtellung eines Collegiums, einer Stadt, des Magiſtrats einer Provinz u. ſ. f. in öffentlichen Angelegenheiten erließ. Dieſem Gebrauch gemäß baten die zu Bourges in der H. Capelle Verſammelten den König, dem Parlament und allen Beamten die Handhabung und Aufrechthaltung der angeführten Decrete „ex nunc“ zur Pflicht zu machen, „et super hoc conficere pragmaticam sanctionem“ (l. c. p. 290).

das Concilium ſie decretirt, vollſtreckbar ſeyn ſollten (Ordon. d. Louv. tom. XIII. p. 332). — Der Inhalt der pragmatiſchen Sanction bezieht ſich auf viele Gegenſtände von der höchſten Wichtigkeit;

1tens auf die Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, und ganz insbeſondere die Regulirung des Inſtanzenzugs und der Appellation an den Papſt. Von den Beſtimmungen darüber, (wovon die wichtigſten §. „acceptat Decretum de causis“ Ordon. tom. XIII. p. 280) enthalten ſind, wird weiter unten umſtändlich die Rede ſeyn.

2tens auf die Ernennung der Biſchöfe und Aebte (§. acceptat Decreta de electionibus ibidem p. 271, ferner „quartum Decretum incipiens“ p. 274 und „acceptat Decretum de reservationibus p. 274). Durch dieſelben werden alle allgemeinen und beſondern Vorbehalte (reservationes) von Pfründen, die in den canoniſchen Rechten ausdrücklich angeführten*) abgerechnet, aufgehoben, und feſtgeſetzt, daß für jede Kirche, jedes Collegium und Kloſter der Vorgeſetzte (praelatus) durch Wahl der Mitglieder ernannt, und der Gewählte von demjenigen, dem das Recht zuſteht, beſtätigt werde.**) Ehe zur

---

*) Dahin gehört unter andern „si beneficium vacat in curia (Romana),“ eben ſo wenn die Wähler einen Unwürdigen gewählt, Pet. d. Marca lib. 6. cap. 9. N° 7.

**) „per electiones et confirmationes canonicas, secundum juris communis dispositionem, predictis Metropolitanis, Cathedralibus, Monasteriis, Collegiatis Ecclesiis et dignitatibus electivis vacantibus debite provideatur.“ — Die Beſtätigung (confirmatio) des Gewählten gehörte nach den canoniſchen Rechten dem unmittelbaren Vorgeſetzten, konnte aber auf dem Appellationsweg bis an den Papſt gelangen. Dieſelben Rechte ſchreiben auch über das Verfahren bei der Wahl beſtimmte Regeln vor (M. ſ. Decretal. lib. I. tit. 6), die auch in Frankreich befolgt wurden. Insbeſondere ward zu einer gültigen Wahl die abſolute Stimmenmehrheit, d. h. mehr als die Hälfte derſelben erfordert (Cap. si cui, de election. in sexto). Außer dieſer Art von Wahl, die man electio per scrutinium nannte, gab es noch 2tens eine per compromissnm, wenn die Wählenden einſtimmig gewiſſen Männern die Wahl

Wahl geſchritten ward, mußte jeder Wählende ſchwören, daß er demjenigen ſeine Stimme geben wollte, den er fü den Tauglichſten hielt, und jeden ausſchließen würde, von dem er mit Wahrſcheinlichkeit wüßte, daß er durch Geſchenke, Verſprechen oder Bitten die Wählenden für ſich habe gewinnen wollen.*) Der Papſt ſollte gegen dieſes Decret nicht anders, als aus einer wichtigen Urſache, die in dem apoſtoliſchen Schreiben ausdrücklich angegeben ſeyn mußte, angehn. Wenn indeſſen durch eine auch übrigens richtig geſchehene Wahl eine Unruhe oder Störung in Kirche und Staat zu befürchten wäre, ſo ſollte der Papſt, wenn die Beſtätigung zu ihm gelangte, nach gehöriger Unterſuchung der Sache die Wahl verwerfen, und den Wählern auftragen, eine neue vorzunehmen. Der Papſt ſollte ferner jeden Gewählten zu ſeinem unmittelbaren Vorgeſetzten zurückſchicken, um von dieſem die Weihung zu erhalten, wenn dre Gewählte nicht vorzöge, ſich an dem römiſchen Hof (in curia) die Weihung geben zu laſſen.

*3tens* Es ſollte für die Ernennung, Beſtätigung, Ertheilung der Weihung oder des Palliums (p. 273 und §. circa decretum de annatis p. 283) durchaus nichts gefordert oder als freiwilliges Geſchenk angenommen werden. Die Annaten wurden abgeſchafft: nur ward wegen der dringenden Nothwendigkeit dem damaligen Papſt für ſeine Lebenszeit ein Theil ($\frac{1}{5}$) derſelben zugeſtanden.

---

überließen, und 3tens eine per inspirationem, wenn alle Wählenden ſich gleichzeitig für Einen vereinigten und ihn zu ihrem Biſchof, Abt u. ſ. f. ausriefen. Das Nähere ſehe man in den Lehrbüchern des canoniſchen Rechts und bei Hericourt F. III.

*) Das Concilium von Baſel hatte alle Könige, Fürſten und Mächtigen (per viscera misericordiae Jesu Christi) beſchworen, auf die Wahl auf keine Weiſe, weder durch Bitten noch Drohungen einwirken zu wollen. Allein die Verſammlung von Bourges erklärte es für tadellos, wenn die Fürſten zuweilen für würdige und verdiente Perſonen bei der Wahl eine gefällige Bitte einlegten (si utantur precibus benignis et benevolis). Dieſes gab ſpäter Veranlaſſung zu großen Mißbräuchen.

4tens die Aufhebung aller Reſervationen und Anwartſchaften ward (§. „acceptat Decretum de reservationibus") auf alle auch gewöhnlichen Pfründen ausgedehnt, dabei (§. decretum de collatione beneficiorum) das Recht des Papſtes dieſelben zu vergeben (p. 267) auf ſehr wenige Fälle beſchränkt; ihm jedoch das Préventionsrecht*) gelaſſen.

5tens führte die pragmatiſche Sanction in Beziehung auf die Kirchenzucht und die feierliche Haltung des Gottesdienſtes**)

---

*) iſt das Recht des Papſtes jede Pfründe zu verleihen, vorausgeſetzt, daß die von ihm ausgehende Verleihung von einem ältern Datum iſt, als die desjenigen, dem die Befugniß nach dem gemeinen Recht zuſteht. Die erſte ſchriftliche Spur davon findet ſich in einem Decret von Bonifazius dem 8ten (Cap. si a sede tit. de praebend. in sexto) „si a Sede apostolica, vel legato ipsius uni - et ab Ordinario alteri,eodem die idem beneficium conferatur, nec appareat quae collatio fuerit primo facta: erit potior conditio possidentis. Si vero neuter possideat: is cui sedes ipsa contulit vel Legatus, propter conferentis ampliorem praerogativam, erit alteri praeferendus." Das Préventionsrecht, welches unendlich viele Umtriebe und Ränke veranlaßte, beſtand in Frankreich bis zu der Revolution. Gegen Weltliche, welchen das Recht zu einer Pfründe vorzuſchlagen (présenter) zuſtand, konnte es nicht angewendet werden. M. ſ. Hericourt (F. XII.).

**) Was für unerhörte Mißbräuche damals Statt fanden, wird der Leſer aus folgenden wenigen, welche durch die pragmatiſche Sanction abgeſchafft wurden, erkennen. Um ihre Gläubiger ſicher zu ſtellen, verpfändeten die Canonici oft den Gottesdienſt ihrer Kirchen (pignorabant cultum divinum); d. h. ſie verpflichteten ſich, daß, wenn ſie zur feſtgeſetzten Zeit nicht bezahlten, der Gottesdienſt in ihren Kirchen eingeſtellt werden ſollte. Die pragmatiſche Sanction (§. „Accept. Decret. de pignorantibus" p. 287) verbot dieſes, und erklärte alle dergleichen ſelbſt eidlich eingegangenen Verpflichtungen für nichtig. Eben ſo verbot ſie (§. accept. decret. d. spectaculis) in den Kirchen jene Schauſpiele aufzuführen, worin man zu gewiſſen Zeiten den Gottesdienſt nachzuahmen und zu verſpotten pflegte. „[prohibet] turpem etiam illum abusum in quibusdam frequentatum ecclesiis, quo in certis anni celebritatibus, nonnulli cum miträ, baculo ac vestibus ſehr große Verbeſſerungen ein, und, was das Wichtigſte iſt, ſie nahm in Glaubensſachen (ſ. „aliud. decret. cujus tenor sequitur) den Decreten der Concilien von Conſtanz und Baſel gemäß, den Grundſatz an, daß das Anſehn der Concilien über dem des Papſtes ſtehe.*) Die Päpſte (Eugen der Vierte, Felix der Fünfte, Pius der Zweite) widerſetzten ſich aus allen Kräften der Einführung und Handhabung der pragmatiſchen Sanction; allein ſo lange Carl der 7te lebte (geſt. i. J. 1461) ohne Erfolg. Der Sohn deſſelben (Ludwig der Eilfte, der Alles haßte, was von ſeinem Vater herkam), ſchaffte dieſelbe ab. Er überſchickte die Urkunde**) darüber dem Papſt Pius dem Zweiten, welcher vor Freude weinte und die pragmatiſche Sanction***) durch die Straßen ſchleppen ließ. Allein das

---

pontificalibus, more Episcoporum benedicunt; alii ut Reges ac Duces induti, quod festum fatuorum vel Innocentium seu puerorum in quibusdam regionibus nuncupatur; alii larvales ac theatrales jocos, alii choreas ac tripudia marium ac mulierum facientes, ut homines ad spectaculum et cachinnationes moveant; alii commessationes et convivia ibidem preparant etc.“

*) In Beziehung auf ein allgemeines Concilium heißt es in derſelben: „Ecclesiam militantem representans, potestatem a Christo habet immediate; cui quilibet, cujuscunque status, conditionis vel dignitatis, etiamsi Papalis existat, obedire tenetur in his quae pertinent ad fidem, et exstirpationem dicti schismatis et generalem reformationem ecclesie Dei in capite et membris“ ibid. p. 271.

**) Sie findet ſich Ordon. tom. XV. p. 193. Sie iſt in Form eines Schreibens an den Papſt abgefaßt. Der König nennt darin „ipsam pragmaticam sanctionem tibi tuaeque sedi . . . . infestam, utpote quae in seditione et schismatis tempore, atque per seditionem, sectionisque a tua sede figuram nata sit etc.“

***) Es war vorzüglich der Grundſatz, daß das Anſehen der Concilien über dem des Papſtes ſtehe, was den Zorn des römiſchen Hofs reizte. Pius der Zweite ſoll vorzüglich deshalb die Bulle execrabilis v. 18ten Januar 1459 (Bullar. Roman. tom. I. p. 369) erlaſſen haben, welche als Vorbild der faſt berüchtigten Bulle: in coena Domini (wovon weiter unten) anzuſehn iſt. „Execrabilis (heißt es im

Parlament weigerte ſich, den darüber ausgefertigten Befehl in ſeine Regiſter *) einzutragen, und machte dem König dringende Vorſtellungen für die Erhaltung der pragmatiſchen Sanction. Dieſes nöthigte den Papſt Paul den Zweiten, Nachfolger von Pius dem Zweiten, neue Verſuche bei Ludwig dem 11ten zu machen. Der König erließ auch wirklich ein neues Schreiben, wodurch die pragmatiſche Sanction abgeſchafft ward, allein das Parlament beharrte bei ſeiner Weigerung. Auch die Univerſität von Paris appellirte gegen Alles, was der Papſt oder ſein Legat zum Nachtheil der pragmatiſchen Sanction thun könnte, an das künftige Concilium. Doch ließ der König ſich bewegen, nochmals die Abſchaffung derſelben zu verſprechen. Wirklich ward ſie auch unter ſeiner Regierung in mehrern Puncten nicht ausgeführt. Sein Sohn und Nachfolger Carl der Achte hielt aber wieder ſtreng an derſelben, und das Nämliche gilt von dem folgenden König Ludwig dem 12ten

---

Anfang derſelben) et pristinis temporibus inauditus tempestate nostra inolevit abusus, ut a Romano pontifice Jesu Christi in terris Vicario cui dictum est (in persona beati Petri) pasce oves meas et quodcumque ligaveris super terram, erit ligatum et in coelis, nonnulli spiritu rebellionis imbuti, non sanioris cupiditate judicii, sed commissi evasione peccati, ad futurum concilium provocare praesumant, quod, quantum sacris canonibus adversetur, quantumque Reipublice Christianae noxium sit, quisquis non ignarus jurium intelligere potest. Namque ut alia praetereamus, quae huic corruptelae manifestissime refragantur, quis non illud ridiculum judicaverit, quod ad illud appellatur quod nusquam est, neque scitur quando futurum sit etc." — daß übrigens die appellatio ad futurum concilium nichts unerhörtes und zu den Zeiten Pius des Zweiten erſt erfundenes war, davon wird man ſogleich unten die unwiderſprechlichſten Beweiſe finden.

*) Einige Jahre ſpäter theilte es auf ausdrückliche Aufforderung des Königs ſeine Vorſtellungen gegen die Abſchaffung der pragmatiſchen Sanction mit. Man findet ſie ebenfalls Ordon. tom. XV. p. 195. Sie ſind ſehr ausführlich und enthalten eine Schilderung aller Anmaſſungen des römiſchen Stuhls vom Anfang der Monarchie bis zu den Zeiten Ludwig des Eilften.

(reg. 1499—1515). Die Päpſte fuhren indeſſen fort, derſelben entgegen zu arbeiten. Unter der Regierung des eben genannten Königs (Ludwig des 12ten) verſammelte der Papſt Julius der Zweite im Latran ein Concilium, worin diejenigen, welche ſich der Abſchaffung der pragmatiſchen Sanction widerſetzten, aufgefordert wurden, ihre Gründe vorzubringen. Ueber dieſen Begebenheiten ſtarben indeſſen ſowohl der Papſt als der König. Der Nachfolger des erſtern (Leo der Zehnte) ſetzte das Concilium vom Latran fort. Der Papſt, welcher den Vorgeladenen ſchon mehrmals eine längere Friſt geſetzt hatte, war entſchloſſen, eine letzte Vorladung ſowohl an den König von Frankreich als an die Gallicaniſche Kirche zu erlaſſen. Da der König (Franz der Erſte) ſich damals gerade in Italien befand, ſo ward eine Zuſammenkunft zwiſchen ihm und dem Papſt verabredet, welche auch wirklich zu Bologna (den 11ten December 1515) Statt fand, und wo ſie übereinkamen, einen Vertrag zu ſchließen. Der Papſt ernannte dazu als Unterhändler die Cardinäle von Ancona und Santiquatro, und der König ſeinen Kanzler, Anton Duprat, welche den 15ten Auguſt 1516 den neuen Vertrag unter dem Namen Concordat*) abſchloſſen. Daſſelbe ward den Acten des Conciliums vom Latran,**) als die Regel, welche die Franzoſen künftig in geiſtlichen Sachen zu befolgen hätten, einverleibt. Die pragmatiſche Sanction ward dadurch abgeſchafft: doch ſind mehrere Beſtimmungen derſelben beibehalten worden, wovon unten näher geredet wird. Als der König das Concordat erhielt, verfügte er ſich ſelbſt in das Parlament, um es einregiſtriren und verkündigen zu laſſen. Allein die geiſtlichen Räthe, die im Parlament waren, bemerkten, daß daſſelbe nur in einer Verſammlung der Gallicaniſchen Kirche angenommen werden könnte. Der Präſident Baillet erklärte, er werde darüber an das Parlament berichten. Der König ließ dennoch einen Befehl zur Einregiſtrirung des Concordats ausfertigen wogegen das Parlament einen Beſchluß faßte, worin es der eben angeführten Meinung ſeiner geiſtlichen Mitglieder beiſtimmte. Doch fand es endlich für gut, nachzugeben. Es trug das Concordat (den 22ten März 1517) in ſeine Regiſter ein, bemerkte aber dazu, daß es nur auf den ausdrücklichen, oft wiederholten Befehl des Königs geſchehn ſey. Noch ehe es dieſes durch einen Beſchluß verordnete, betheuerte es vor dem Biſchof von Langres, Herzog und Pair von Frankreich, daß, wenn der neue Vertrag in die Regiſter eingetragen würde, dieſes gegen den Willen des Parlaments geſchähe, ſo wie, daß, es in allen ſeinen Urtheilen den Beſtimmungen der pragmatiſchen Sanction folgen würde. Es verlangte von dem genannten Prälat eine Beſcheinigung darüber, daß es an den beſſer zu unterrichtenden Papſt und an ein geſetzmäßig verſammeltes Concilium appellire. Die Univerſität legte ebenfalls eine ſolche Appellation an ein allgemeines Concilium ein. Der König,*) welcher dem Parlamente in ſeinen Urtheilen keinen Zwang anthun konnte und wollte, ſah ſich endlich genöthigt durch eine Erklärung vom 6ten September 1527 die Entſcheidung aller Streitigkeiten, welche über die Verleihung von Erzbisthümern, Bisthümern, Abteien (von ſogenannten Conſiſtorial-Pfründen, die ehmals durch Wahl vergeben wurden) entſtänden, dem Parlament zu nehmen, und an den großen Staatsrath (au grand conseil) zu verweiſen. Die weſentlichſte Verſchiedenheit zwiſchen der pragmatiſchen Sanction und dem Concordat beſtand nämlich darin, daß die Erzbiſchöfe, Biſchöfe und Aebte,*) welche nach der Erſtern von den Mitgliedern der

---

*) Es iſt das fünfte vom Latran (im Latran gehaltene). In Frankreich wird es nicht als allgemeines Concilium anerkannt. Bossuet Désense. d. l. Déclarat. d. Clérge d. Frnnce tom. I. p. 105, 106.

*) Den vollſtändigen Text deſſelben findet man unter andern in Hardouin Collect. Concil. edit. Paris. tom. XI. p. 1867. Es iſt, nach Verſchiedenheit der Gegenſtände, in Titel getheilt.

---

*) Franz der Erſte fühlte bei dem Abſchluß des Concordats ſelbſt ſehr wohl, daß es dem Volk unangenehm ſeyn würde. Die Einleitung zu demſelben (tit. I.) iſt eine wahre Entſchuldigung des Königs: „Nos animo reputantes quanta olim ante illius pragmaticae sanctionis promulgationem indignitas rerum ac deformitas in regno nostro patriaque Delphinali grassaretur: cum videlicet res nummaria (quibus veluti nervis res publica subnixa est) ea maxime ac praecipue ratione exhauriretur, cum praesulibus ct antistibus sacerdotiorum conferendorum libertas facultasque adimeretur . . . . . cum diplomatibus Apostolicis quas exspectativas nuncupubant, generatim sigillatimque superstitum hominum spirantiumque sacerdotia electiva mixta ac collativa in diem mortis eorum conferrentur qui eis fungebantur: id quod cum bonis moribus non convenit: tum vero alieni fati votum habet adjunctum. Postremo cum sacerdotiorum controversiae litesquae sacrae in curia Romana disceptarentur ingenti nostrorum hominum dispendio et incommodo: ex quo sequi plerumque necesse erat, ut qui vel sumptibus suppeditare vel labori sufficere nequirent, hi aut jure suo cedere aut causas deserere ac pro derelictis habere cogerentur etc. . . . . . Cum igitur summopere nobis videndum esse existimaremus,

---

ne hujusmodi indignitas in regno nostro reexoriretur, id quod futurum intelligebamus; *tempori utique inserviendum esse duximus; ac rebus nostris periclitantibus pro re nata consulendum, imminentiaque detrimenta minore ac leviore dispendio redimenda etc.*“

*) Auch die Aebte und Abtiſſinnen, ſo wie die Vorſteher der Klöſter (die Prioren) wurden nach dem Concordat (tit. de monasteriis pure electivis) vom König ernannt, und erhielten vom Papſt ihre Einſetzung. Die königliche Ernennung mußte indeſſen innerhalb einer beſtimmten Friſt geſchehn, und eben ſo mußte die ernannte Perſon eine geeignete ſeyn. Die Zeit ſowohl als die nothwendigen Eigenſchaften des Ernannten ſind in dem angeführten tit. angegeben. Einige Klöſter und Abteien erhielten ſich indeſſen bis zu den letzten Zeiten in dem Beſitze des Rechts, ihre Vorſteher (Aebte und Prioren) zu wählen. Hierhin gehörten beſonders die Abteien, welche die erſten ihres Ordens (chefs-d'ordre) waren, oder welche mehrere Filial-Klöſter unter ſich hatten, die oft nur von Einem Obern regiert wurden, wie die Abtei Cluny, Citeaux und einige andere (M. ſ. Ordon. d. Blois d. 1679 art. 3). Das Concordat ſpricht von denſelben „tit. d. singulorum privilegiis, et quod in scriptis tantum probari debent — Zu den erforderlichen Eigenſchaften, um als Vorſteher eines Kloſters oder einer Abtei ernannt werden zu können, gehörte, daß der Ernannte ein Ordensgeiſtlicher, und zwar deſſelben Ordens, wozu das Kloſter gehörte, ſeyn mußte (Concord. tit. d. monaster. pure electiv.) In Frankreich hatte ſich aber ſchon ſehr früh der Miß-

Cathedralkirchen und Abteien gewählt wurden, nach dem zweiten von dem König ernannt werden- und von dem Papſt die canoniſche Einſetzung erhalten ſollten. Nur wenn eine Stelle an dem römiſchen Hof erledigt ward (si vacabat in curia S. 729), gehörte die Beſetzung derſelben dem Papſte. Durch das Concordat ward der König, in Hinſicht der Verleihung der Bisthümer und der Conſiſtorial-Pfründen überhaupt, gegen den Papſt in daſſelbe Verhältniß geſetzt, worin mehrere weltliche Kirchenpatrone gegen die Biſchöfe ſtanden. Dieſen Letztern kam nämlich auch in der Regel das Recht zu, die in ihrer Dioceſe erfallenden Pfründen zu verleihen. An vielen Orten hatten indeſſen die Kirchenpatrone das Recht, bei Erledigung einer zu der Kirche, worüber ſie das Patronat hatten, gehörigen

---

brauch eingeſchlichen, daß die Abteien und Klöſter gewiſſen Perſonen zur Verwaltung oder vielmehr zur Benutzung (en commende) gegeben wurden. In den erſten Zeiten der fränkiſchen Monarchie hatten viele durchaus weltliche Herren eine Abtei in Beſitz, und nannten ſich auch Aebte derſelben. Die Könige Philip der Erſte und Ludwig der Sechſte und ſpäterhin die Herzoge von Orleans hießen Aebte des Kloſters St. Agean von Orleans. Dieſe Unordnung hörte indeſſen ſchon unter den erſten Königen des dritten Geſchlechts auf, jedoch nur um einer andern Platz zu machen. Nämlich die Abteien wurden ſpäterhin zwar nicht an Weltliche, wohl aber an Weltgeiſtliche (Biſchöfe u. dgl.) vergeben. Man nannte dieſelben „abbés commendataires oder en commende.“ Sie bekümmerten ſich um die Regierung des Kloſters gar nicht, ſondern bezogen nur einen Theil der Einkünfte deſſelben. Es erſchienen zwar hin und wieder viele Verordnungen zur Einſchränkung dieſes Mißbrauchs, die aber ohne ſonderlichen Erfolg blieben. Nur der Papſt hatte das Recht, eine Abtei u. dgl. einem Weltgeiſtlichen zur Benutzung (en commende) zu geben. Wenn er aber mehrmals nach einander zugegeben hatte, daß eine Pfründe auf dieſelbe Weiſe war vergeben worden, ſo konnte er es nach dem in Frankreich beſtehenden Gerichtsgebrauch nicht mehr abſchlagen. Auf dieſe Weiſe waren in der letzten Zeit vor der Revolution faſt alle Abteien in „abbayes en commende“ verwandelt worden. M. ſ. hierüber Hericourt Loix Eccles. F, F. I. und II. auch die Encycloped. art. Abbaye und Abbé.

Pfründe Ein Subject vorzuſchlagen (de présenter), welchem der Biſchof, wenn kein canoniſches Hinderniß entgegen ſtand, verbunden war, die Pfründe zu verleihen (de conférer). Nach dem Concordat war der König verpflichtet, innerhalb ſechs Monaten nach der Erledigung eines biſchöflichen Stuhls u. ſ. f. dem Papſt einen Candidaten (welcher die vorgeſchriebenen Eigenſchaften haben mußte), vorzuſchlagen.*) Verſäumte er dieſes, ſo beſetzte der Papſt die Stelle. Schlug der König einen ungeeigneten Candidaten vor, ſo mußte er innerhalb drei Monaten von dem Tag angerechnet, wo dem Vorgeſchlagenen die Weigerung des päpſtlichen Stuhls, ihn als qualificirt anzuerkennen, mitgetheilt worden war, einen andern geeigneten vorſchlagen, ſonſt fiel (id. tit.) das Recht zu ernennen ebenfalls dem Papſt anheim. Verweigerte dieſer dem Ernannten ohne gehörige Gründe die Bulle ſeiner Einſetzung, ſo konnte derſelbe ſich an die weltlichen Richter wenden. Dieſe beauftragten alsdann einen Biſchof oder Erzbiſchof, dem Ernannten die Einſetzungsurkunde auszufertigen, welche in dieſem Fall die nämliche Kraft, wie die päpſtliche Bulle hatte.*) Die weltlichen

---

*) M. ſ. in dem Concordat den tit: „De regia nominatione ad praelaturas facienda.“ Der zum Biſchof Vorgeſchlagene mußte wenigſtens 27 Jahre alt ſeyn. Der Papſt diſpenſirte indeſſen zuweilen. In Hinſicht der übrigen Eigenſchaften wird verlangt: „Occurrente vacatione (ecclesiarum cathedralium et metropolitanarum) rex Franciae pro tempore existens unum gravem magistrum seu licentiatum in theologia, aut in utroqne seu altero jurium doctorem aut licentiatum in universitate famosa, et cum rigore examinis . . . . . nobis et successoribus nostris Romanis pontificibus, seu sedi praedictae, nominare . . . . . teneatur . . . . . consanguineis tamen praefati regis ac personis sublimibus, ex causa rationabili et legitima, in nominatione et litteris apostolicis exprimenda, nec non religiosis mendicantibus reformatis eminentis scientiae et excellentis doctrinae, qui juxta sui ordinis regularia instituta ad gradus hujusmodi assumi non possunt, sub prohibitione praemissa minime comprehensis etc.“ (tit. cit. §. de eorundem).

**) Zu der Zeit, wo die Capitel die Biſchöfe wählten, war die Ausfertigung des Patents, wodurch der Biſchof ſeine

Richter erließen auch wohl einen Beſchluß, wodurch der Ernannte in den Genuß der weltlichen Güter des erledigten Bis-

---

Stelle erhielt, ſehr einfach. Man nahm ein Protocoll über die Wahl auf, welches, wenn es mit der Beſtätigung des geiſtlichen Obern verſehn war, dem Gewählten als Patent diente. Deſto größer waren aber die Formalitäten, unter welchen nach dem Concordat den von dem König ernannten die päpſtliche Bulle ertheilt ward. (M. ſ. Hericourt F. XVII.). Das Patent, welches der König demſelben ausfertigen ließ, enthielt, daß er ihm dieſes oder jenes Bisthum, dieſe oder jene Abtei verleihe. Dieſes Actenſtück ward auf Pergament geſchrieben und von einem Staatsſecretair unterzeichnet. Der König ſchrieb darauf zur Empfehlung des von ihm Ernannten drei Briefe; einen an den Papſt, worin er denſelben bat, dem genannten Candidat die Einſetzungs-Bulle zu ertheilen, einen zweiten an den Cardinal, welcher Beſchützer von Frankreich war (au Cardinal protecteur des affaires de France), um denſelben zu bewegen, ſich für die Ausfertigung der Bulle zu verwenden, und endlich einen dritten an ſeinen Geſandten zu Rom, worin er dieſem die nöthigen Weiſungen ertheilte. Der neuernannte Candidat mußte nun, ehe er ſich wegen Ertheilung der Bulle nach Rom wandte, dafür ſorgen, daß eine Unterſuchung über ſeine Sitten und ſeinen Lebenswandel, ſo wie über den Zuſtand ſeiner Pfründe angeſtellt würde. Die Verordnung von Blois (gegeb. i. J. 1579) übertrug art. 1 dieſe Unterſuchung dem Biſchof der Dioceſe, die der Ernannte während der letzten fünf Jahre bewohnt hatte, ſo wie auch den Capiteln der erledigten Kirchen und Klöſter. Dieſes ward auch durch ein arrêt de réglement des Parlaments von Paris vom 12ten December 1639 beſtätigt, worin indeſſen nur von einer Unterſuchung durch die Biſchöfe und nicht durch die Capitel Erwähnung geſchieht. Den neuerwählten Candidaten ward durch dieſes arrêt unter Verluſt der ihnen ertheilten Stelle verboten, ſich wegen Unterſuchung ihrer Sitten an einen andern zu wenden. Gleichwohl hatte man in den letzten Zeiten zugegeben, daß die Legaten, obwohl ihnen in Frankreich keine Gerichtsbarkeit zuſtand, das Glaubensbekenntniß der Neuernannten, und eben ſo die Zeugniſſe über ihren Lebenswandel abnahmen. Nach Beendigung der Unterſuchung über den Lebenswandel des Candidaten, überreichte der von ihm beſtellte Geſchäftsführer (le solliciteur commis par le nommé) die drei thums eingeſetzt, und ihm zugleich die Berechtigung ertheilt ward, alle fälligen Pfründen zu verleihen. Der Ernannte war

---

Briefe des Königs dem franzöſiſchen Geſandten zu Rom, welcher ſein expediatur darauf ſetzte, das er nebſt ſeinem Secretair unterzeichnete. Der Geſandte beſorgte dann ſowohl an den Papſt als an den Cardinal protector den für jeden derſelben beſtimmten Brief des Königs. Darauf wurden die Acten in Beziehung auf den Lebenswandel des Neuernannten und den Zuſtand der erledigten Pfründe dem Auditor des Cardinal protector übergeben. Letzterer ſetzte auf dieſe Acten ſeine Genehmigung und ließ ſie von den Cardinälen, die Chefs ihrer Rangordnung (ordre) waren (d. h. von dem erſten Cardinal unter den Biſchöfen, Prieſtern und Subdiaconen) unterſchreiben. Nach Erfüllung dieſer Formalitäten erklärte der Cardinal protector dem Papſt im verſammelten Conſiſtorium, daß er in der folgenden Verſammlung zu dieſem oder jenem Bisthum einen von dem König von Frankreich dazu ernannten vorſchlagen würde. Nun wurden Auszüge aus den Urterſuchungen über den Lebenswandel des Candidaten angefertigt und unter die Mitglieder des H. Collegiums vertheilt. Der Geſchäftsträger des Candidaten ließ nun noch zwei Schriften abfaſſen, worin er ſich verpflichtete, 1) die Sporteln des Cardinal-Protector und 2) die Gebühren des H. Collegium und der Secretaire (clercs) der apoſtoliſchen Kammer zu bezahlen. Der Cardinal-Protector machte, wenn dieſes geſchehn, in dem vorher beſtimmten Conſiſtorium ſeinen Vorſchlag, worauf der Papſt ſagte: fiat in nomine Patris et Filii et Spiritus Sancti; durch welche Worte er ſeine Einwilligung ausdrückte. Das Decret darüber ward ſogleich von dem Vizekanzler unter den Conſiſtorialſachen einregiſtrirt. Nach Beendigung des Conſiſtoriums überſandte der Cardinal-Protector dem Vizekanzler ein Schreiben (cedule), worin er die von dem Papſt ertheilte Gnade, ſo wie die Bedingungen und Clauſeln der Ernennung auseinander ſetzte. Der Vizekanzler entwarf nach demſelben eine gleichlautende Schrift, (contre-cedule), die er mit ſeinem Siegel beſiegelte und von ſeinem Secretair unterſchreiben ließ. Nach der letztern Schrift fertigte der Abreviator (l'abréviateur) des großen Parquets, der an der Reihe war, die Urſchrift der Bulle aus, welche von dem Tag des Conſiſtoriums, worin der Papſt die Gnade bewilligt hatte, datirt ward. Von da erhielt ſie ein anderer Abreviator, um ſie nachzuſehn, worauf der Schreiber die übrigens verpflichtet, ſich innerhalb neun Monaten von dem Tage ſeines Patents angerechnet, die Einſetzungsbulle zu verſchaffen, oder nachzuweiſen, daß er, um dieſelbe zu erhalten, ſich gehörig verwendet habe. Im entgegengeſetzten Fall war er ſeines Anſpruchs von Rechtswegen verluſtig (Ordon. d. Blois. art. 5).*) — Aus dem bisher Geſagten erhellt, daß der König durch das Concordat bei der Ernennung der Biſchöfe größere Rechte erhielt, als früherhin (gemäß der pragmatiſchen Sanction) den Stiftern zugeſtanden hatten. Wenn nämlich Jemand mit der von den letztern getroffenen Wahl unzufrieden war, ſo

---

Ausfertigung beſorgte. Sie ging von da noch durch die Hände vieler Kanzelleibeamten, welche alle ihre Gebühren davon nahmen, und kam endlich in die Hände des Notars der Kammer, welcher unterſuchte, ob alle Gebühren berichtigt wären, und dann die Bullen dem Geſchäftsführer des neuen Candidaten zuſtellte. Es wurden nämlich mehrere Abſchriften (grosses) der Bulle ausgefertigt. Eine war an den König, eine zweite an den Erzbiſchof, unter welchem der neu gewählte Biſchof ſtand, eine dritte an das Domcapitel, noch eine an denjenigen, welcher den neuen Biſchof weihen ſollte, adreſſirt u. ſ. f. — Als Geſchäftsführer (solliciteur) bei dem Geſuch um eine Pfründe durfte man nicht jeden, den man wollte, gebrauchen, ſondern dazu waren in Frankreich und beſonders in Paris beſondere Bankiers unter dem Titel: banquiers-expéditionnaires, die ihre Correſpondenten in Rom hatten, beſtellt. Die Partheien durften zwar in Perſon nach Rom gehen, oder auch ihr Geſuch durch einen außerordentlichen Kourier dahin befördern. Allein ſelbſt dann mußten die genannten Bankiers davon benachrichtigt werden, und es mußte in ihren Regiſtern davon Erwähnung geſchehn. Alle Reſcripte, Gnadenbewilligungen u. ſ. f., die von Rom anders als durch die genannten Bankiers erhalten wurden, waren nach dem Edict vom März 1673 null und nichtig. M. ſ. Hericourt F. XVII. p. 301—303, wo man mehrere intereſſante Details über die genannten Bankiers, ſo wie über die Form der nach Rom beſtimmten Bittſchriften findet. Das Nähere ſehe man in: La practique de la cour de Rome par Castel.

*) M. ſ. hieruber Hericourt loix ecclésiast. d. France. Part. II. Chap. IV. (F. IV.)

konnte er den Gewählten bei dem Papſt als unwürdig anklagen, worauf dann die Sache nach Rom abberufen und von den päpſtlichen Gerichten entſchieden ward. Auch das Volk und die Religion ſelbſt verloren nicht dabei. Bei den Wahlen, ſo lange ſie beſtanden, fielen, ungeachtet aller Vorſichtsmaßregeln des Conciliums von Baſel, Umtriebe*) aller Art und ſelbſt Beſtechungen vor. Die ſogenannten preces benignae, welche die pragmatiſche Sanction den Fürſten für gewiſſe Candidaten einzulegen erlaubt hatte (S. 735), wirkten ſo ſtark als die entſchiedendſten Befehle,**) ſo daß ſelbſt Männer, welche für die Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche noch ſo eifrig bemüht waren (wie der Erzbiſchof von Paris Pet. de Marca), eingeſtehn mußten, daß die durch das Concordat eingeführte Art die biſchöflichen Stühle zu beſetzen, der frühern (gemäß der pragmatiſchen Sanction) vorzuziehn ſey.***)

In Hinſicht der Beſetzung der übrigen (gewöhnlichen) Pfründen wurden die Beſtimmungen der pragmatiſchen Sanction in dem Concordat faſt ganz unverändert beibehalten. Die Reſervationen wurden (tit. VIII. †) abgeſchafft, die Mandate††) (tit. XXII. de dat. Apostol.) auf eine ſehr geringe Zahl beſchränkt; das Preventionsrecht ward aber (eod. tit.), ſowie in der pragmatiſchen Sanction, beibehalten. Eine Laſt ward dem Land durch das Concordat von Neuem aufgebürdet: die Annaten wurden (tit. 43) wieder hergeſtellt.*)

---

*) Dieſelben werden, wie man ſich leicht vorſtellen wird, in dem Concordat (tit. IV.) ſehr ſtark hervorgehoben. „Cum ex electionibus . . . . . grandia animarum pericula provenirent, cum pleraque per abusum saecularis potestatis: nonnulla vero praecedentibus illicitis et simoniacis pactionibus, aliae particulari amoris et sanguinis affectione et non sine parjurii reatu procederent etc.“

**) „Et quod est potentissimum imperandi genus, rogabat, qui jubere poterat.“ Ausonius.

***) Petr. d. Marca d. Concord. S. et I. lib. VI. Cap. 9. N° 11, 13.

†) Die Ordnungszahlen der Titel ſcheinen nicht in allen Ausgaben des Concordats die nämlichen zu ſeyn. Ich habe den Text vor mir, welcher in: Hardouin Collect. Concil. tom. IX. enthalten iſt.

††) Das Concilium von Trient ſchaffte ſie ganz ab.

Das Concordat enthält endlich noch mehrere Beſtimmungen über die geiſtliche Gerichtsbarkeit, namentlich über den Inſtanzenzug und die Appellation an den Papſt, welche mit den in der pragmatiſchen Sanction über dieſen Gegenſtand enthaltenen und wovon unten noch näher gehandelt wird, faſt durchaus übereinſtimmen. Aus dieſer kurzen Ueberſicht wird es jedem offenbar werden, daß die Abweichung des Concordats von der pragmatiſchen Sanction viel geringer**) war, als man bei der großen Widerſetzlichkeit des Parlaments gegen das erſtere glauben ſollte.

Das Volk indeſſen und eben ſo die Cleriſei hiengen ſtets außerordentlich an der pragmatiſchen Sanction.***) Die i. J. 1560 verfaßte Verordnung von Orleans enthält ſogar in ihrem erſten Artikel, daß die Erzbiſchöfe und Biſchöfe von den Biſchöfen und Mitgliedern der Stifter mit Zuziehung mehrerer weltlichen, theils adelichen theils unadelichen Wähler wieder, wie früher, gewählt werden ſollten. Der König (Carl der Neunte) ſchickte auch deßhalb den Präſident Ferrier nach Rom, welcher dem Papſt ſehr bündige Vorſtellungen machte, ohne das Mindeſte auszurichten. So blieb denn die pragmatiſche Sanction auf immer begraben. Auf der andern Seite kam das Parlament von ſeiner erſten Abneigung gegen das Concordat ſpäterhin merklich zurück, und urtheilte nach den Vorſchriften deſſelben in mehreren Puncten, wo es der pragmatiſchen Sanction widerſprach.

---

*) Die Laſt war indeß doch nicht ſo groß, als man gewöhnlich glaubt. Necker ſchlägt das ſämmtliche Geld, welches aus was immer für Urſachen (für Diſpenſationen u. ſ. f.) jährlich aus Frankreich nach Rom ging, zu 500,000 Livres an. Hiervon machten nach de Pradt (les quatre Concordats tom. I. chap. XV. p. 313, 314) die Annaten, die bekanntlich nur von den höhern Pfründen (benefices consistoriaux) erhoben wurden, nur 70,000 Livres aus.

**) Nicht ganz mit Unrecht ſagt daher Franz der Erſte in der Einleitung zu dem Concordat tit. I. „ita confecta temperataque sunt ea conventa ut pleraque pragmaticae sanctionis capita firma nobis posthac rataque futura sint.“

***) Sogar im Anfang der Revolution ertheilten mehrere Amtmannſchaften (bailliages) ihren Deputirten den Auftrag, auf die Wiedereinführung der pragmatiſchen Sanction anzutragen.

Außer den Verordnungen der Könige, den in Frankreich angenommenen Conſtitutionen der Concilien und Päpſte und den Urtheilen der Parlamente, hatten aber auch ohne allen Zweifel die alten Sitten, Gebräuche und Gewohnheiten in geiſtlichen Sachen geſetzliche Kraft. Hierhin gehörten vorzüglich diejenigen, welche man die Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche (libertés de l'église gallicane) nannte, und worauf dieſe von den früheſten Zeiten her, ſo ſtolz geweſen iſt. Obſchon in den älteſten Verordnungen der Könige des dritten Geſchlechts ſehr häufig theils von dieſen Freiheiten im Allgemeinen, theils auch von einigen beſonderen die Rede iſt, ſo gibt es doch durchaus kein Geſetzbuch, welches den Inbegriff derſelben enthielte. Die päpſtlichen Theologen behaupteten, daß, wenn die gallicaniſche Kirche beſondere Freiheiten hätte, dieſe ſich nur auf beſondere, ihr von dem römiſchen Stuhl bewilligte Privilegien gründen könnten, und da es dieſer Privilegien keine, oder nur ſehr wenige*) gäbe, ſo erklärten ſie dieſe angemaßten Freiheiten für völlig gehaltlos. Die franzöſiſchen Canoniſten ſtellten dagegen den Grundſatz auf, dieſe Freiheiten beſtehen nur in den durch die erſten Concilien und beim Urſprung des Chriſtenthums eingeführten Vorſchriften und Gebräuchen, vorzüglich in Beziehung auf das Verhältniß des römiſchen Stuhls zu der weltlichen Macht und den übrigen Biſchöfen, ſo wie der Kirche überhaupt, welche Gebräuche indeſſen die Gallicaniſche Kirche reiner und

---

*) Der den Gliedern des Parlaments bewilligte Indult (S. 76*) gehört hierhin. Libert. de l'Egl. Gallican. art. 69. „Je compteray plustost entre les privileges les indults d'aucunes cours souveraines, encore qu'ils soient plus anciens qu'aucuns ne pensent, et qu'ils s'en trouvent quelques remarques des le temps du Pape Sixte IV., voire et sous le Regne de Philippes-le-Bel.“

ſorgfältiger beibehalten und beobachtet habe, als dieſes in den übrigen Ländern des chriſtlichen Europa geſchehn ſey.*) Dieſe Freiheiten fanden beſonders in ſpäteren Zeiten in dem täglich ſteigenden Anſehn der Parlamente die kräftigſte Stütze, durch deren Regiſter das Andenken an dieſelben allezeit friſch erhalten ward. Im Jahre 1594 machte endlich Peter Pithou eine Sammlung dieſer Freiheiten durch den Druck bekannt, und widmete ſie dem König Heinrich dem Vierten. Dieſe Schrift von Pithou (Pithoeus), die Frucht eines unermeßlichen Studiums, war kaum erſchienen, als alle Gerichtshöfe ſie gleichſam wie ein Geſetzbuch aufnahmen, welches Anſehn ihnen auch bis auf die letzten Zeiten verblieben iſt.*) Im Jahr 1631 gab Peter Dupuy einen Commentar über die Schrift von Pithou, nebſt Beifügung der Beweiſe (2 tom. 4°) heraus.**)

---

*) Hericourt loix ecclesiast. d. Franc. Part. I. chap. 17 (E. XVII.) „Entre nn grand nombre d'auteurs, qui ont parlé des libertés de l'église Gallicane, il y en a plusieurs qui n'en ont point donné d'idées claires et distinctes. Les canonistes ultramontains prétendent qu'on ne pouvoit les autoriser qu'en les regardant comme des privileges et concessions particuliéres des papes qui auroient bien voulu mettre des bornes à leur puissance absolue en faveur de l'église de France: Et comme on ne trouve nulle part un privilege de cette nature, accordé aux Français, ils en concluent que ces libertés ne sont que des chimeres. D'autres par un excès, dont ils ne considérent point toutes les conséquences, font consister nos libertés dans une indépendance entiére du saint-siége, laissant au pape un vain titre de chef de l'église sans aucune juridiction. Ceux qui ont appris dans les ouvrages des plus illustres prélats de l'église de France, des docteurs les plus celebres, des canouistes les plus habiles, en quoi consistent les libertés dont notre église à été de tout temps si jalouse, raisonnent bien différement. Ils savent que nos libertés ne consistent que dans l'observation de plusieurs anciens canons qui ont été suivis pendant plusieurs siecles par toute l'église, et dans le droit dans lequel elle s'est maintenue, de ne point s'assujettir à plusieurs servitudes dont les papes ont chargé d'autres églises, depuis que certains docteurs ont cru pouvoir leur attribuer une autorité sans bornes . . . . Les libertés de l'église Gallicane ne sont donc que l'ancienne liberté de l'église universelle, c'est à dire l'ancien droit commun, conservé en France sur un plus grand nombre d'articles, et avec plus de soin qui chez toutes les autres nations de l'église latine etc."

Die wichtigſte Maxime, welche dieſe Freiheiten enthalten, und die alle übrigen in ſich begreift, iſt, daß dem Papſt in den unter dem Gehorſam des Königs ſtehenden Provinzen durchaus keine Macht und kein Anſehn in weltlichen Dingen zuſteht, ſo daß Befehlen, die er in Beziehung auf dieſelbe erläßt, keiner, er ſey ein Geiſtlicher oder Weltlicher, zu gehorchen verpflichtet iſt (Libert. d. l'églis. Gallic. art. IV.). Um hierin jedem Mißbrauch zuvorzukommen, durfte (art. LXXVII.) keine Bulle***)

---

*) l'Encyclopéd. art. Libertés de l'églis. Gallic. „Quoique cet opuscule (de Pithou) ne contienne que huit ou dix pages d'impression, il à acquis parmi nous une telle autorité, qu'on à distingué les à linea qui sônt au nombre de 83, comme autant d'articles et de maximes; et on les cite avec la même vénération comme si c'étoient des loix.“ — Ganz hiermit übereinſtimmend ſagt Hericourt Loix Ecclesiast. (E. p. 92) „Nous n'avons pas de loix qui fixent les libertès de l'Eglise Gallicane. Elles ne consistent, comme l'ont remarqué les meilleurs canonistes François que dans l'observation d'un grand nombre de points de l'ancienne discipline ecclésiastique que l'Eglise Gallicane à toujours suivie . . . . . Mr. Pithou à recucilli, dans son traité des libertés de l'Eglise Gallicane les principaux articles . . . . Chacun de ces articles est si solidement établi par les preuves qui en ont été recueillies en deux Volumes in folio, qu'on peut sans rien craindre se les proposer pour régles de décision.“

**) Eine noch bedeutend vermehrte iſt die des Abtes Lenglet du Fresnoy v. J. 1731 (4 Volum. fol.). Die Beweiſe nehmen zwei Bände ein.

***) Unter Bulle verſteht man ein feierliches Schreiben des Papſtes. Es wird in gothiſchen Lettern auf Pergament ausgefertigt, dem ein bleiernes Siegel, worauf ſich die Bildniſſe der Apoſtel Petrus und Paulus befinden, angedes Papſtes und eben ſo keine ſonſtige Ausfertigung eines Actenſtücks, das vom römiſchen Hof kam, in Frankreich verkündigt werden, ohne vorher von den weltlichen Gerichtshöfen unterſucht und genehmigt worden zu ſeyn. Auch hat man auf die Befolgung dieſer Regel bis zu den letzten Zeiten (vor der Revolution) ſtreng gehalten. Es gibt eine Menge von Beſchlüſſen der Parlamente (Merlin Répert. art. bulle), wodurch den Biſchöfen und Erzbiſchöfen verboten ward, Bullen und ſonſtige von dem römiſchen Hof ausgegangene Actenſtücke in ihren Dioceſen verkündigen oder drucken zu laſſen, ehe dieſelben durch ein offenes und bei den Gerichtshöfen einregiſtrirtes königliches Schreiben genehmigt wären. Daſſelbe galt ohne alle Rückſicht auf den Inhalt der Bulle, des Breve oder ſonſtigen Schreibens; es mogte ſich auf einen allgemeinen Gegenſtand beziehn, oder Juſtiz- und Gnadenſachen betreffen; ja ſogar die ſogenannten dogmatiſchen Bullen, d. h. ſolche, welche irgend einen Punct in Glaubensſachen entſchieden, waren dieſer Beſtimmung unterworfen.*)

---

hängt iſt. Die Bullen betreffen theils Juſtiz- theils Gnadenſachen. Im erſtern Falle hängt das Blei an hanfnen- im letztern an ſeidnen Schnüren. — Ein minder feierliches Schreiben des Papſtes iſt das ſogenannte Breve. Es iſt mit gewöhnlichen Lettern geſchrieben, und mit rothem Wachs unter dem Fiſcherring verſiegelt. Man ſchrieb die Breves ehemals auf Papier, jetzt aber meiſtens auch auf Pergament, wie die Bullen. Die letztern ſchreibt man indeſſen immer auf die glatte, und die Breves auf die rauhe Seite deſſelben; ein Umſtand, wodurch, wie Pinſon bemerkt, ſchon manche Verfälſchung entdeckt worden. Die Bullen ſind offene, die Breves hingegen verſchloſſene Schreiben. Uebrigens ſcheint es keine beſtimmte Regel zu geben, in welchen Fällen die Bulle und in welchen das Breve gebraucht wird. M. ſ. Merlin Répert. art. Bulle und Bref.

*) Wenn das königliche Schreiben über die Verkündigung der Bulle ausgefertigt ward, ehe dieſelbe die Genehmigung der franzöſiſchen Geiſtlichkeit erhalten hatte, ſo war die Erlaubniß oder der Befehl, die Bulle zu verkündigen, nur bedingt, d. h. die Verkündigung ward nur erlaubt, falls die Geiſtlichkeit ſie vorher unterſucht und den Inhalt mit

In einigen Provinzen von Frankreich (in Artois, Flandern, in der Franche-Comté und Provence) durfte man auch von einer geiſtlichen Pfründe, die von Rom aus verliehen war, nur auf einen Brief des Königs, der, weil er dem päpſtlichen Schreiben beigefügt ward, „lettres d'attache“ *) hieß, Beſitz nehmen. Nur die von der ſogenannten Pönitenziarie ausgegangenen Schreiben, welche das Gewiſſen der Privaten (forum internum) betrafen, waren von der Regel, daß alles, was von Rom ausging, vor der Vollſtreckung dem König und den Parlamenten vorgelegt, und mit deren Erlaubniß verſehn werden mußte, von jeher ausgenommen. **) Den letzten Zuſtand der Geſetzgebung über dieſen Punct (vor der Revolution begründete die königliche Erklärung vom 8ten März 1772, deren Text man bei Merlin (Répert. art. bulle) findet. Der Inhalt derſelben iſt mit dem ſo eben Geſagten faſt genau übereinſtimmend. Verleihungen von Pfründen, die von Rom ausgiengen und andere Ausfertigungen, welche Privaten betrafen, bedurften, um vollſtreckt zu werden, keiner andern Formalität, als daß ſie von den Parlamenten eingeſehn und unterſucht wurden. Bullen und ſonſtige Actenſtücke, deren Inhalt Gewiſſensſachen betraf, eben ſo Ehe-Dispenſationen ſollten ſelbſt ohne dieſe Formalität in Vollzug geſetzt werden, jedoch vorbehaltlich der appel comme d'abus, die man gegen ſie einlegen konnte. Alle übrigen Bullen, Mandate u. ſ. f. ſollten aber nur vermöge eines offenen,

---

der Lehre der katholiſchen Kirche übereinſtimmend gefunden hätte. Ward das königliche Schreiben, nachdem die Geiſtlichkeit dieſelbe ſchon angenommen hatte, erlaſſen, ſo war der Befehl, die Bulle zu verkündigen und zu vollſtrecken ganz abſolut.

*) In einigen Provinzen wurden dieſe „lettres d'attache“ auf unmittelbaren Befehl der Parlamente ausgefertigt. In der Provence ward dieſes Recht des dortigen Parlaments „droit d'annexe“ genannt.

**) Dieſelben hatten aber auch durchaus keine äußere Wirkung, ſo daß man ſich derſelben vor den Gerichten, den geiſtlichen ſo wie den weltlichen, gar nicht bedienen konnte. Hericourt loix ecclésiast. d. France. D. XIII. 13.

bei den Parlamenten einregiſtrirten königlichen Schreibens verkündigt und vollſtreckt werden.*)

Dieſe Regel, daß in Frankreich die Befehle der Päpſte, nur in ſo fern ſie von der Gallicaniſchen Kirche angenommen waren, geſetzliche Kraft hätten, war uralt**), obſchon die genaue Form, unter welcher dieſe Annahme geſchehn mußte, vielleicht erſt ſpäter beſtimmt worden. Der König und das Parlament hatten ſich ebenfalls ſeit uralter Zeit in dem Recht behauptet, die Verkündigung und Vollſtreckung von Bullen u. dgl., die den Rechten des Königs und den Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche entgegen waren, zu verbieten,***) und die Vollſtreckung

---

*) Der König erließ zu dem Ende ein offenes Schreiben an das Parlament, wodurch er ihm befahl, die unter dem Gegenſiegel der großen Kanzellei beigefügte Bulle u. dgl. wenn ſie nichts gegen die heiligen Decrete, canoniſchen Inſtitutionen u. ſ. f. enthielte, vollſtrecken zu laſſen. Das Parlament trug dieſes königliche Schreiben in ſeine Regiſter ein. Es berathſchlagte darauf über den Inhalt der Bulle, und trug ſie, wenn es darin nichts gegen die heiligen Decrete u. ſ. f. fand, um vollſtreckt zu werden (pour être exécutée selon sa forme et teneur) ebenfalls in ſeine Regiſter ein. Zuweilen fügte es auch einige Beſchränkungen hinzu. Ein Beiſpiel findet man bei Hericourt. p. 241.

**) Der Papſt Nicolaus der erſte ſchrieb i. J. 865 an die Biſchöfe von Gallien „Quamquam quidam vestrum scripserint, haud illa decretalia priscorum pontificum in toto canonum codicis corpore contineri descripta: cum ipsi, ubi haec suae intentioni suffragari conspiciunt illis indifferenter utantur.“ Hericourt l. ecclesiast. d. France E. XV. 9. — Flodoard ſagt im dritten Buch ſeiner Geſchichte von Rheims von dem Erzbiſchof Hincmar „scripsit et apologeticum contra obtrectatores suos, qui calumniabantur eum apud papam Joannem, quod, nollet autoritatem recipere decretorum pontificum sedis Romanae: atque et nunc in synodo Tricassina, et postea in hoc apologetico respondit, se decretalia pontificum Romanorum a *sanctis conciliis recepta, et approbata* recipere, et sequi discrete prout sunt sequenda.“ Heric. ibid.

***) In dem erſten Band der preuves des libert. d. l'église Gallicane findet ſich ein Brief des Herzogs Eudes von derſelben zu verhindern. Der römiſche Hof war indeſſen weit entfernt, der weltlichen Macht ein ſolches Vorrecht zuzugeſtehn. Von den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts (wovon ſogleich noch ein näheres) einſtweilen nicht zu reden, ſo erließ der Papſt Julius der Zweite (den 1ten März 1511) die berühmte Bulle, welche, weil ſie jedes Jahr am grünen Donnerſtag in Gegenwart des Papſtes vorgeleſen wird, „in coena Domini“ genannt wird.*) Dieſelbe ſpricht (§. 10) über alle, welche bewirken, daß man den Ausſprüchen des Papſtes und der von ihm ernannten Richter nicht gehorcht, oder die Vollſtreckung**)

---

Burgund an den König von Frankreich, worin er ihm den Rath gibt, nicht zuzulaſſen, daß die neuen Decretalien von Bonifacius dem 8ten verkündigt, oder in Frankreich Regeln der Disciplin eingeführt würden, welche den ehmals unter ſeinen Vorgängern befolgten entgegen wären. Hericourt. ibid.

*) Gegen den eingeführten Gebrauch, demgemäß die Bullen nach den Anfangsworten genannt werden. Dieſer Bulle, die man in dem großen römiſchen Bullarium von Cherubini (tom. I. p. 507) findet, iſt am Schluß der Befehl an alle Primaten, Erzbiſchöfe, Biſchöfe u. ſ. f. beigefügt, dieſelbe, jedes Jahr wenigſtens einmal, in ihren Kirchen vorleſen zu laſſen. Nach Julius dem Zweiten haben ſpäterhin viele Päpſte, unter andern Gregor der 13te i. J. 1583 (Bullar. tom. II. p. 497) und zuletzt Paul der 5te i. J. 1610 (Bullar. tom. III. p. 281) dieſer Bulle eine etwas andere Geſtalt gegeben, ſo daß ſie in ihrer nunmehrigen Form als das Werk mehrerer Päpſte (eigentlich aller folgenden: denn jeder beſtimmt bei ſeiner Thronbeſteigung die Form derſelben) anzuſehn iſt. Die erſte Bulle der Art rührt eigentlich ſchon von Pius dem 2ten her (dat. Mantuae A$^o$ incarnationis Dominicae 1459. XV. Kalend. Febr. Pontificat. nostri A$^o$ 2do. Bullarium tom. I. p. 369). Der Papſt ſprach darin gegen alle, die von den Ausſprüchen des römiſchen Stuhls an ein künftiges Concilium appelliren, den Bannfluch aus, deſſen ſich alle, welchen Standes u. ſ. f. ſie ſeyn- und welche Privilegien ſie vorſchützen mögen, „ipso facto“ ſchuldig machen.

**) In Frankreich pflegte man, aus Ehrfurcht vor dem Papſt, die Appellation wegen des Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt (l'appel comme d'abus) nicht gegen eine Bulle ſelbſt, ſondern gegen die Vollſtreckung derſelben einzulegen.

derſelben verhindern, den Bannfluch aus, und zwar (§. 13) ungeachtet aller allgemeinen und beſondern Privilegien, die Jemand in dieſer Hinſicht erhalten haben könnte.*) In Frankreich hat man indeſſen von jeher dieſe Bulle nicht angenommen und die Verkündigung derſelben verboten. Das Parlament von Paris faßte i. J. 1580 auf den Antrag ſeines General-Procurators einen Beſchluß, wodurch allen Amtmännern und Seneſchallen ſeines Bezirks aufgetragen ward, die Verkündigung dieſer Bulle nicht zu geſtatten. Derſelbe ward im Jahr 1641, als der Bulle „in coena Domini“ durch eine andere neue Kraft gegeben werden ſollte, durch einen zweiten Beſchluß vom 18ten September d. J. beſtätigt. Allen Biſchöfen ward, und zwar unter Strafe als Rebellen angeſehn zu werden, verboten, dieſe Bulle zu verkündigen. Auch die Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche enthalten einen eignen Artikel,**) wodurch dieſelbe in Beziehung auf Frankreich für unwirkſam erklärt wird. In den letzten Jahrhunderten war überhaupt die weltliche Macht befeſtigt genug, um jeden Eingriff der Geiſtlichen in die gehörigen Schranken zu weiſen: ſelbſt wenn ſie je eine unzeitige Nachgiebigkeit zeigte, ſo geſchah es mehr aus beſondern Abſichten, um einer Gegenparthei zu ſchaden u. dgl., als aus eigentlicher Ohnmacht. Allein deſto ärgere Scandale ſah man in den erſten Zeiten beſonders des dritten Geſchlechts. Beiſpiele, daß die Päpſte die Unterthanen von allen Pflichten des Gehorſams gegen den Landesherrn entbanden, waren gar nichts Unerhörtes. Sehr berühmt und berüchtigt ſind in dieſer Hinſicht auch die Streitigkeiten zwiſchen Philip dem Schönen (reg. 1285—1314) und dem Papſt Bonifacius dem 8ten.*) Zwiſchen Beiden hatten ſchon ſeit einiger Zeit aus mancherlei Gründen (vorzüglich wegen Forderungen von Geld, die der König an die franzöſiſche Geiſtlichkeit ohne Erlaubniß des Papſtes machte) Mißhelligkeiten, die aber wieder beigelegt ſchienen, beſtanden, als i. J. 1301 bei Gelegenheit des gegen Bernard Saiſſet, Biſchof von Pamiers eingeleiteten Prozeſſes der Streit wieder von neuem und weit heftiger ausbrach. Dieſer Biſchof hatte ſich ſchon einmal als päpſtlicher Legat in einer Unterredung mit dem König auf eine empörende Weiſe gegen denſelben betragen, ihn mit der Excommunication und ſein Königreich mit dem Interdict bedroht, wenn er ſich nicht dem Willen des Papſtes fügen und einen Kreuzzug unternehmen wollte u. ſ. f. Der König, mit Recht entrüſtet, jagte ihn aus ſeinem Pallaſt. Bald nachher wurden ihm mehrere Anzeigen mitgetheilt, welche den Biſchof des Hochverraths verdächtig machten. Der König ernannte i. J. 1301 zwei Commiſſarien, die über beſtimmte, dieſe Sache betreffende, Puncte Zeugen vernehmen ſollten. Als durch die Ausſagen derſelben das Verbrechen des Biſchofs zur Gewißheit ward, berief der König die Großen ſeines Reichs nach Senlis, und fügte denſelben mehrere Doctoren ſowohl geiſtliche als weltliche bei. Auf den Beſchluß dieſer Verſammlung ward der Biſchof von Pamiers, welcher ebenfalls dabei gegenwärtig war, in Verhaft genommen, und dem Erzbiſchof Ascelin von Narbonne übergeben; damit dieſer, der ſein Metropolitan war, ihm, bis zu ſeiner Entſetzung einſchließlich, den Prozeß machte, und der König ihn nachher nach Verhältniß ſeines Verbrechens ſtrafen könnte. Man beſchloß zugleich, den Papſt von allem dieſem in Kenntniß zu ſetzen, und ihn zu bitten, den Schuldigen ſeiner Orden und ſeiner geiſtlichen Vorrechte zu entſetzen. Allein, als derſelbe die Verhaftung des Biſchofs von Pamiers vernahm, ſchrieb er (den 5ten December 1301) einen Brief an den König, worin er deſſen Betragen gegen den Biſchof bitter tadelte. Nach göttlichem und menſchlichem Rechte, ſagt er in dieſem Schreiben, müſſen die Prälaten und geiſtlichen Perſonen,*) worüber den Weltlichen gar keine Macht gegeben worden, eine ausgedehnte Freiheit genießen. So ſey es unter den Vorfahren des Königs gehalten worden, und es ſchmerze den Papſt um ſo mehr, daß gerade er (der König) ihr Beiſpiel nicht nachahme, als Gott ſein Reich ſo ſehr vermehrt habe. Der König ſolle wiſſen, daß er ſich der canoniſchen Strafen [der Excommunication] ſchuldig gemacht, indem er ſeine verwegene Hand an jenen Biſchof gelegt. Der Papſt bitte ihn daher und befehle ihm, dem Biſchof von Pamiers ſogleich die Freiheit zu geben, ihn in ſeine Würden und Güter wieder eizuſetzen, und demſelben zugleich zu erlauben, ſich frei nach Rom in die Gegenwart des Papſtes zu verfügen. Der Papſt benachrichtigte zugleich den König, daß er dem Erzbiſchof

---

*) Die Könige von Frankreich insbeſondere behaupteten das Privilegium zu beſitzen, daß kein Bannfluch ſie treffe, wenn ſie in dem päpſtlichen Schreiben nicht namentlich genannt wären. Um dieſes zu umgehen, heißt es in der Bulle von Julius dem 2ten §. 13: „Non obstantibus quibuscunque privilegiis et indulgentiis . . . . . eis, vel aliorum alicui vel aliquibus cujuscunque ordinis, status, gradus . . . . . vel dignitatis . . . . . a praedicta sede sub quavis forma vel tenore concessis, quod excommunicari vel anathematizari non possint per literas Apostolicas non facientes plenam et expressam ac de verbo ad verbum de indulto hujusmodi, ac ordinibus, locis, nominibus propriis, cognominibus et dignitate eorum mentionem etc.“

**) art. XVII. „Les clauses inserées en la bulle de coena domini et notamment celles du temps du pape Jules II. et depuis n'ont lieu en France, pour ce qui concerne les libertez et priviléges de l'Eglise Gallicane, et droicts du Roy ou du Royaume.“

---

*) (zum Papſt gewählt 1294 — ſtirbt 1303). Ueber die Geſchichte dieſes Streits iſt i. J. 1655 zu Paris ein eigenes Werk erſchienen, worin man dieſelbe ausführlich und mit Beifügung aller Urkunden erzählt findet. Die franzöſiſchen Schriftſteller, Fleury (in ſeiner Kirchengeſchichte), der Jeſuit Daniel (in ſeiner Geſchichte von Frankreich, in welcher letztern dieſer Streit ſehr freiſinnig erzählt wird), berufen ſich oft auf jenes Werk (historia dissidii inter Bonifacium 8vum et Philip. pulcrum) ohne jedoch auch nur den Titel deſſelben vollſtändig anzuführen. Ich habe daſſelbe nicht zur Einſicht erhalten können. Man findet übrigens dieſe Geſchichte nebſt den meiſten Urkunden auch in Raynaldi Annal. Ecclesiast. cum not. Mansi (Lucae 1749) tom. IV. Dieſes letztere Werk habe ich benutzt. Die meiſten hier angeführten Schreiben des Papſtes ſind demſelben entnommen.

---

*) Apud Raynald. tom. IV. p. 314 „secundum divina, canonica et humana jura ecclesiarum praelati et personae ecclesiasticae tam regulares quam saeculares *in quibus laicis nulla est attributa potestas*, multa debent libertate et immunitate gaudere etc.“

von Narbonne ebenfalls den Befehl habe zukommen laſſen, den Biſchof von Pamiers ſogleich in Freiheit zu ſetzen, und ihn frei nach Rom reiſen zu laſſen. Unter demſelben Datum (d. 5ten December 1301) richtete der Papſt an den König die berüchtigte Bulle „ausculta fili,“ *) worin er ſich noch weit ſtärker hinſichtlich der Vorrechte der geiſtlichen Macht über die weltliche ausdrückt. »Gott hat Uns geſetzt, um in ſeinem Namen und durch ſeine Lehre auszurotten, zu zerſtören und zu zerſtreuen, zu bauen und zu pflanzen (ad evellendum, destruendum, disperdendum, dissipandum, aedificandum atque plantandum). Laß dich daher nicht überreden, daß du keine Obern habeſt und daß du dem Oberhaupt der geiſtlichen Hierarchie nicht unterworfen ſeyeſt. Wer ſo denkt, iſt ein Unſinniger, und wer es hartnäckig behauptet, ein Ungläubiger, abgeſchieden von der Heerde des guten Hirten. — Der Papſt macht überdem dem König die bitterſten Vorwürfe über ſein Betragen ſowohl gegen ſeine geiſtlichen als weltlichen Unterthanen. Er ſchleppe die Prälaten und andere Geiſtliche vor ſeine Tribunale, ſowohl bei perſönlichen als dinglichen Klagen und wegen Gegenſtänden, die ſie nicht von ihm zu Lehen empfangen hätten; er fordere Zehnten und andere Abgaben von denſelben, obſchon die Weltlichen keine Macht über die Geiſtlichen hätten u. ſ. f. Der Papſt wolle einſtweilen von der Verringerung der Münzen (M. ſ. S. 496, 500) und von andern Klagen, die ihm täglich hinterbracht würden, nicht reden u. ſ. f. Er benachrichtigte indeſſen den König, daß er durch ein anderes Schreiben die Aebte von Ciſteaux, von Cluni, von Premontré, von St. Denis und von Marmoutier,

---

*) Apud Raynald. tom. IV. p. 317: „Ausculta fili charissime, praecepta patris, et ad doctrinam magistri, qui gerit illius vices in terris, qui solus est magister et dominus, aurem tui cordis inclina etc.“ Der dort angeführte Text ſtimmt mit dem, den ich hier nach Fleury (Hist. Ecclés. liv. 90. p. 14) gegeben habe nicht völlig überein. Dieſes iſt indeſſen nicht zu bewundern, indem in dem Manuſcript des von Raynaldi mitgetheilten nach deſſen eigener Angabe ſehr viele Stellen (wahrſcheinlich auf Befehl des Papſtes Clemens d. 5ten) ausgetilgt waren.

ſo wie alle Doctoren der Theologie, des canoniſchen und weltlichen Rechts aus Frankreich, ſo wie mehrere Geiſtliche auf den 1ten November vor ſich nach Rom beſchieden habe, um mit dieſen, die dem König unmöglich verdächtig ſeyn könnten, das Nöthige zu berathen u. ſ. f. Als der König dieſe Bulle erhielt — ſie ward ihm von Jacob Normans, Erzdiacon der Kirche von Lyon und Nuntius des Papſtes übergeben — ward er, eben ſo wie alle Großen, die ſich bei ihm befanden, auf das heftigſte bewegt. Er ließ bald darauf die Bulle verbrennen, und unter Trompetenſchall verkündigen, daß dieſes geſchehn ſey. Was indeſſen noch weit wichtiger war, er veranſtaltete wegen dieſer Sache eine Verſammlung der Prälaten, Adelichen und Gemeinden. Dieſe Verſammlung, welche das erſte Beiſpiel unter dem dritten Geſchlecht iſt, daß die drei Stände um Rath gefragt wurden, fand den 10ten April 1302 in der Kirche Notre-Dame zu Paris Statt. Der König ließ beſonders durch Peter Flotte ſeine Beſchwerden gegen den Papſt vortragen. »Dieſer behaupte in ſeiner letzten Bulle, der König ſey ihm auch in Beziehung auf die weltliche Macht über ſein Königreich unterworfen, und habe dieſelbe nur von ihm; obſchon der König, eben ſo wie alle ſeine Vorgänger, ſie nur von Gott erhalten zu haben erkannt hätten u. ſ. f.« Der König forderte dem gemäß die Verſammlung auf, ihm in dieſer wichtigen Sache Rath und Beiſtand zu leihen. Die Barone und die Syndiken der Städte, nachdem ſie ſich eine kurze Zeit, um zu berathen, zurückgezogen hatten, fielen dem König völlig bei. Sie betheuerten, daß ſie bereit ſeyen, Gut und Blut zu opfern, und lieber Alles erdulden, als ſich den Anmaßungen des Papſtes unterwerfen wollten. Die Barone erließen noch denſelben Tag ein Schreiben, nicht an den Papſt, ſondern an die Cardinäle, und zwar in franzöſiſcher Sprache. Sie erinnern darin an die Einigkeit, die von jeher zwiſchen der römiſchen Kirche und dem Königreich beſtanden habe; es würde ſie auf das Tiefſte betrüben, dieſe Einigkeit durch den böſen Willen desjenigen, der gegenwärtig den römiſchen Stuhl einnähme, zerſtören zu ſehn. Derſelbe behaupte, der König ſey auch in Hinſicht der weltlichen Macht ſein Unterthan, wogegen der König und alle Franzoſen von jeher behauptet hätten, das Königreich erkenne in Hinſicht des weltlichen nur Gott als ſeinen Lehensherrn. Sie bitten daher die Cardinäle, dieſen böſen Folgen zuvorzukommen, und ſie (die Barone) zu benachrichtigen, was ſie ſelbſt in dieſer Hinſicht zu thun beſchlöſſen.

Die Cardinäle ſuchten in ihrer Antwort den Papſt und ſich ſelbſt zu entſchuldigen. Es ſey nie die Meinung des erſten geweſen, daß der König ſeine weltliche Macht von ihm habe; der Nuntius Jacob von Normans verſichere, dem König nie etwas der Art geſagt zu haben u. ſ. f. — Auch die Prälaten erließen nach der Pariſer Verſammlung für ſich ein beſonderes Schreiben an den Papſt ſelbſt; zu welchem Schritt ſie ſich indeſſen nur nothgedrungen und ungern entſchloſſen. Sie verſuchten in der Verſammlung zu beweiſen, daß der Papſt durchaus nicht Willens ſey, gegen die Freiheit des Reichs oder gegen die königliche Würde anzugehn. Um die Sache in die Länge zu ziehn, baten ſie ſich Bedenkzeit aus. Allein man bedeutete ihnen, daß ſie auf der Stelle antworten müßten, und daß jeder, der einer andern Meinung als die Barone und die Syndike der Gemeinen wäre, als Feind des Königs und des Reichs angeſehn werden ſollte. Sie verſprachen hierauf dem König, zur Erhaltung ſeiner Perſon und ſeiner Würde mit ihrem Rath und mit allen ihren Mitteln beizuſtehn, wozu Einige unter ihnen ſchon als ſeine Vaſallen, andere durch ihren Eid verpflichtet wären; baten aber, daß man ihnen erlauben mögte, ſich den Befehlen des Papſtes gemäß, in Perſon zn demſelben zu verfügen; welches indeſſen der König und die Barone auf keine Weiſe zulaſſen zu wollen erklärten. In dieſer Noth erließen die Prälaten ein demüthiges Schreiben an den Papſt, worin ſie ihm die mißliche Lage der Gallicaniſchen Kirche vorſtellten. »Die Laien, ſagen ſie, vermeiden gänzlich unſern Umgang, als ob wir Verrath gegen ſie beabſichtigten; ſie verachten die geiſtlichen Cenſuren, und bereiten ſich vor, ſie unwirkſam zu machen.« Die Prälaten endigen damit, den Papſt mit Thränen in den Augen zu bitten, daß er für die Erhaltung der Einigkeit zwiſchen Kirche und Staat, und eben ſo für die Sicherheit ihrer Perſonen ſorgen wolle; indem er den Befehl, wodurch ſie nach Rom beſchieden wären, zurücknähme. — Der Papſt beantwortete dieſes

Schreiben in einem harten, verweiſenden Tone. Er nennt*) die Gallicaniſche Kirche eine unſinnige Tochter, deren unbeſcheidne Reden die römiſche Kirche als eine zärtliche Mutter mit Mitleiden ertrage. Die Prälaten, ſagt der Papſt, hätten ſich demjenigen, was Peter Flotte, einäugig von Körper und blind von Geiſt**), in der Pariſer Verſammlung behauptet habe, widerſetzen ſollen. Allein ſie hätten ſich von Menſchenfurcht hinreiſſen laſſen. Heißt es nicht zwei Principien (Grundgewalten) annehmen, wenn man ſagt, daß die weltlichen Dinge den geiſtlichen nicht untergeordnet ſeyen? Am Schluß ſagt der Papſt: ſeyd verſichert, daß wir diejenigen, welche gehorchen, mit Wohlgefallen ſehn, und die Ungehorſamen zu ſtrafen wiſſen werden.***) Es begaben ſich indeſſen nur ſehr wenige Prälaten nach Rom. Demungeachtet eröffnete der Papſt den 30ten October 1302 zu Rom ein Concilium, wo er in heftige Drohungen gegen den König von Frankreich ausbrach, ohne jedoch zur Ausführung zu ſchreiten. Als ein Werk dieſes Conciliums ſieht man die berüchtigte Bulle „unam sanctam" an, welche auch in das canoniſche Recht (Extravagant. Commun. unam sanctam) aufgenommen worden. Der Papſt drückt ſich in derſelben über die Unterordnung der weltlichen Macht unter die geiſtliche noch viel ſtärker aus. »Der Glaube verpflichtet uns, eine einzige katholiſche und apoſtoliſche Kirche anzunehmen . . . . In derſelben iſt nur ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. Zur Zeit der Sündfluth gab es nämlich nur eine Arche Noe's, welche Eine Kirche vorſtellte . . . . Dieſes iſt jener Leibrock des Herrn ohne Nath, welcher nicht zerſchnitten, ſondern durch das Loos verkauft ward.*) Dieſe eine und alleinige Kirche hat nur einen Leib und nur ein- nicht zwei Häupter, wie eine Mißgeburt (quasi monstrum); nämlich Chriſtus, und Petrus den Stellvertreter von Chriſtus, und den Nachfolger von Petrus. Dieſem und in deſſen Gewalt ſind zwei Schwerter gegeben, ein geiſtliches und ein weltliches . . . . Allein dieſes wird für die Kirche, jenes von der Kirche gehandhabt . . . . Ein Schwert muß dem andern und die weltliche Macht der geiſtlichen untergeordnet ſeyn . . . . Die geiſtliche Macht ſteht eben ſo hoch über der weltlichen, als geiſtliche Dinge über die irdiſchen hervorragen . . . . Nach dem Zeugniß der Wahrheit muß die geiſtliche Macht die weltliche einſetzen und beurtheilen, ob ſie nicht gut iſt . . . . Wenn alſo die weltliche Macht irrt, ſo wird ſie von der geiſtlichen gerichtet. Irrt die untere geiſtliche Macht, ſo iſt die höhere Macht ihr Richter. Wenn aber die höchſte geiſtliche Macht irrt, ſo iſt nur Gott und kein Menſch ihr Richter.*) Die Bulle trägt das Datum des 18ten November 1302. Denſelben Tag ließ der Papſt noch eine

---

*) Die Antwort des Papſtes findet ſich ap. Raynald. tom. IV. p. 327. „Verba delirantis filiae, quantumcunque desideriis maternis infesta, quantavis enormitate foedata nequeunt puritatem inficere piae matris, et affectum in filiationis odium provocare maternum, cum in ipsa miseratione amor inveniatur maternalis . . . . . Sane conturbata sunt universa ecclesiae pia praecordia in auditu verborum, quae sub fictae consolationis pallio, recitando quodammodo composita sunt ut credimus, nomine praedilectae filiae Ecclesiae Gallicanae in matris immaculatae opprobrium grande malum etc."

**) ibid. „Belial Petrus Flote semividens, et mente totaliter excoecatus."

***) ibid. „Pro firmo scientes, quod obedientes gratiose videbimus, et contumaces pro qualitate criminis puniemus."

---

*) „Haec est tunica illa Domini inconsutilis, quae scissa non fuit sed sorte provenit.“ M. vgl. S. 265 Zeile 12 und Not. ***

**) Boſſuet (in ſeiner defense d. l. déclarat. du Clérgé d. Fr. d. 1682) und nach ihm der Kirchengeſchichtſchreiber Fleury bemerkt (Hist. ecclés. liv. 90. tom. XIX. p. 37. édit. d. Paris. 4°) zu dieſer Bulle, man müſſe in derſelben die Auseinanderſetzung (l'exposé) von dem Schluß (décision) wohl unterſcheiden. Die erſtere ziele ganz dahin zu beweiſen, daß der Papſt das Recht habe, die Souveraine einzuſetzen, zu beſtrafen und abzuſetzen; allein Bonifacius habe dennoch nicht gewagt dieſen Schluß, der übrigens ganz natürlich aus den von ihm aufgeſtellten Principien folge, zu ziehn, oder vielmehr, Gott habe nicht zugelaſſen, daß er dieſen Schluß gezogen!

andere Bulle*) verkündigen, die den Bann über Alle ausſprach, welche diejenigen, die ſich nach dem H. Stuhl (nach Rom) begäben oder von dort zurückkämen, in Haft nähmen, beraubten, ſie zurückhielten, oder verhinderten dahin zu reiſen; und zwar ungeachtet jeden Ranges, jeder Würde und aller Privilegien der Excommunication nicht unterworfen zu ſeyn. Obſchon dieſer Bannfluch ganz allgemein ausgeſprochen- und der alten Sitte gemäß war, ſo begriff doch jeder, daß er ſich vorzugsweiſe auf den König Philip von Frankreich bezog. Kurze Zeit nachher ſchickte der Papſt den Cardinal Le Moine als ſeinen Legaten an den König, mit dem Auftrag, denſelben, wenn er es verlangte, von der Excommunication zu abſolviren. Die Inſtruction des Cardinals lautete überdem, dem König zwölf Puncte vorzuhalten und ihn zu der Annahme derſelben aufzufordern. Zwei der wichtigſten waren, daß er das an die Biſchöfe erlaſſene Verbot, ſich nach Rom zu dem Papſt zu begeben, zurücknehmen- und anerkennen ſollte, daß der Papſt das Recht habe, ohne von irgend Jemand eine Bewilligung oder Erlaubniß nachzuſuchen, in jedes Land und nach jedem Ort einen Geſandten oder Nuntius zu ſenden. Der König antwortete ſchriftlich auf dieſe Vorſtellungen, und zwar Artikel für Artikel. Was das an die Biſchöfe ſeines Reichs erlaſſene Verbot nach Rom zu gehn, betrifft, ſo entſchuldigte er ſich mit dem Flammändiſchen Krieg, welcher ihn genöthigt habe, den Biſchöfen zu befehlen, in dieſen gefährlichen Zeiten ihr Vaterland nicht zu verlaſſen. In Hinſicht des andern Punctes wolle er keinem Nuntius oder Legaten, wenn er nicht beſondere Verdachtsgründe gegen denſelben habe, den Eintritt in ſein Königreich verbieten. Was die übrigen Beſchwerden, die zum Theil ſich auf die eignen Handlungen des Königs bezogen, betrifft, ſo läugnete er in Hinſicht der meiſten die Wahrheit der Thatſache, und verſprach, wenn ſeine Beamten ſich Mißbräuche zu Schulden hätten kommen laſſen, dieſelben zu verbeſſern. Der Papſt war indeſſen mit dieſer Antwort nicht zufrieden. Als ſich der Streit immer mehr erhitzte, hielt der König i. J. 1303 vor Oſtern in ſeinem Pallaſt des Louvre eine Verſammlung mehrerer Biſchöfe und Barone. In derſelben trat Wilhelm von Nogaret, Ritter und Lehrer der Rechte, als Ankläger gegen den Papſt auf. Er überreichte eine Bittſchrift, die er auch mündlich vortrug, worin er den Papſt der Verbrechen der Ketzerei und Simonie u. ſ. f. bezüchtigte. Er bat daher den König und alle Anweſenden, dahin zu wirken, daß recht bald ein allgemeines Concilium zuſammenberufen würde, wo er ſeine Anklage durchzuführen bereit ſey. Nachdem darauf der Papſt ebenfalls noch verſchiedene Schritte gegen den König gethan, veranſtaltete dieſer den 13ten Junius 1303 in dem Louvre eine neue Verſammlung von mehreren Baronen und Prälaten, worin Ludwig Graf von Evreux, Bruder des Königs, und Wilhelm von Pleſſis mit mehrern andern als Parthei gegen den Papſt auftraten. Den Tag darauf trug Wilhelm von Pleſſis in Gegenwart des Königs, der Prälaten und Barone einen Anklageact in 29 Artikeln (wovon einige freilich jetzt *lächerlich* erſcheinen) gegen den Papſt vor. Er appellirte indeſſen, um ſich gegen die Verfolgungen deſſelben zu ſchützen, an das künftige Concilium und an den H. Stuhl,*) indem er der

---

*) ap. Raynald. tom. IV. p. 329.

---

*) „ad sacrum convocandum generale concilium et ad sanctam sedem Apostolicam illum et illos ad quem et ad quos de jure melius potest et debet: jure honore et statu Sanctae sedis Apostolicae semper salvis.“ Die Appellation des Königs ſelbſt ward gerichtet: „ad praedictum generale concilium, et ad verum legitimum futurum summum pontificem, vel alios ad quem vel ad quos fuerit appellandum.“ Petr. d. Marca (d. concord. sacerdot. et imper. lib. IV. cap. 17) bemerkt, daß man hierbei Privatſachen von allgemeinen unterſcheiden müſſe. In Privatſachen fände allerdings kein Appellation von dem Ausſpruch des Papſtes an ein allgemeines Concilium Statt. Hierauf bezögen ſich die Worte des Papſtes Gelaſius: „Ipsi sunt canones, qui appellationes totius ecclesiae ad hujus sanctae sedis examen deferri voluerunt, ab ipsa vero nunquam appellari debere sanxerunt“ (Decr. Gratian. c. Cuncta. c. ipsi sunt 9. qu. 3). In allgemeinen, die geſammte Kirche oder ganze Reiche betreffenden Angelegenheiten habe aber allerdings allezeit eine ſolche Appellation an das künftige allgemeine Concilium Statt gefunden. Was die Formel

Appellation von Wilhelm Nogaret beitrat. Darauf appellirte der König ebenfalls an das künftige Concilium, welches er auf alle Arten zu befördern und in Perſon ſich darauf einzufinden verſprach. An das Concilium appellirten auch alle anweſenden Prälaten, ſieben und dreißig an der Zahl, worunter fünf Erzbiſchöfe, und unter andern die Aebte von Cluny, von Premontré und von Ciſteaux. Dieſelben ſetzten indeſſen hinzu, daß ſie es durch eine Art von Noth gedrungen thäten, und nicht als Parthei auftreten wollten. Zwei und dreißig Prälaten verſprachen den folgenden Tag noch durch einen beſondern Act, daß, wenn der Papſt gegen den König und diejenigen, welche der Appellation beigetreten wären, durch Excommunication, Abſetzung, oder Entbindung von dem geleiſteten Eid der Treue verfahren ſollte, ſie davon keinen Vortheil ziehn, ſondern deſſen ungeachtet fortfahren würden, den König und ſeine Anhänger mit ihrer ganzen Macht zu vertheidigen. Der König ließ hierauf den 24ten Juni d. J. ſeinen Appellationsact in dem Garten ſeines Pallaſtes öffentlich verleſen, und zugleich alle Kirchen

---

der Appellation betrifft, ſo hat man ſich (nach Petr. d. Marca ibid. N° VII.) derſelben in der Streitigkeit zwiſchen Philip dem Schönen und Bonifacius dem 8ten zuerſt bedient. Man habe, ſagt er, disjunctive an das allgemeine Concilium oder an den künftigen rechtmäßigen Papſt appellirt, weil es damals ſtreitig geweſen, ob der Papſt über dem Concilium ſey oder umgekehrt. Damit nun nicht, wenn man zufällig an den untern Richter appellirt hätte, die eingelegte Appellation (L. 1. §. siquis ff. d. appellat.) unwirkſam wäre, habe man an beide appellirt. Man pflegte früher auch wohl von den Ausſprüchen des Papſtes an ihn ſelbſt (ad sanctam sedem apostolicam), oder „a papa male informato ad papam melius informandum" zu appelliren. Dieſes ging bei Entſcheidung von Privatangelegenheiten auch an. Es war indeſſen offenbar mehr eine Supplication, oder ein Geſuch um Reviſion, als eine eigentliche Appellation (M. ſ. über dieſes noch insbeſondere Bossuet Defens. d. l. Declarat. d. Cler. d. F. liv. III. chap. 23, 24, 25 et liv. X. chap. 23, welcher indeſſen mit Pet. d. Marca nicht ganz übereinſtimmt). — Die römiſchen Päpſte waren übrigens dieſer Appellation an ein künftiges Concilium überaus abhold.

und alle geiſtlichen und weltlichen Corporationen auffordern, demſelben beizutreten. Die Univerſität und das Capitel von Paris hatten ſchon den 21ten Junius ihre Beiſtimmung gegeben. Ueberhaupt herrſchte über dieſen Gegenſtand unter allen Ständen eine ſolche Einigkeit, daß der König im Auguſt und September nach und nach 700 ähnliche Acte von Biſchöfen, von Dom- und Collegiat-Kirchen, von Aebten und Vorſtehern der geiſtlichen Orden, ſowie von Univerſitäten, Baronen und ſtädtiſchen Gemeinen erhielt, welche die Zuſammenberufung eines allgemeinen Conciliums verlangten und an daſſelbe appellirten.

Der Papſt, nachdem er von dem Vorgefallenen benachrichtigt war, erließ an einem und demſelben Tag (den 15ten Auguſt 1303) eine Menge Bullen gegen den König. Er hatte ſich mit den Cardinälen und ſeinem ganzen Hof nach Anagni, ſeiner Vaterſtadt, wo er ſicherer als ſonſt irgendwo zu ſeyn glaubte, zurückgezogen. Er verfaßte dort eine Bulle, worin er unter andern die Unterthanen und Vaſallen des Königs von dem geleiſteten Eid der Treue entband, und ihnen unter Strafe des Bannfluchs verbot, demſelben zu gehorchen und irgend einen Dienſt zu leiſten. Er befahl, dieſe Bulle an der Hauptkirche zu Anagni anzuheften, damit Niemand die Unwiſſenheit vorſchützen könnte.

Dieſe Bulle ſollte den 8ten September (1303) an dem Feſt von Mariä Geburt bekannt gemacht werden. Allein den Tag vorher ward der Papſt von Wilhelm Nogaret gefangen genommen. Dieſer hatte ſich aus Auftrag des Königs von Frankreich ſchon längere Zeit in Toscana aufgehalten. Er ſchützte vor, er ſey beauftragt, die obſchwebenden Streitigkeiten auszugleichen. Allein ſeine wahre Abſicht war, ſich Anhänger und Freunde zu verſchaffen und den günſtigen Augenblick abzuwarten. So überfiel er den 7ten September 1303*) Morgens in aller Frühe mit dreihundert Reitern die Stadt Anagni.

---

*) Der König ſoll indeſſen von dem Gewaltſtreich, den Nogaret vorhatte, nichts gewußt, und gar keinen Befehl dazu gegeben haben.

Da die Einwohner derſelben alsbald gemeinſchaftliche Sache mit ihm machten, ſo war es ihm ein Leichtes, die Leute des Papſtes zu überwältigen, und zu ſeinen Gefangenen zu machen. Die Einwohner bereuten zwar den folgenden Tag, was ſie gethan, und ſchlugen die Franzoſen wieder aus Anagni heraus. Der Papſt indeſſen reiſte alsbald nach Rom ab. Der ausgeſtandene Schrecken hatte ihn ſo erſchüttert, daß er ſchon im folgenden Monat (den 11ten October 1303) ſtarb.

Ich habe dieſe traurige Geſchichte etwas umſtändlicher erzählt, weil zur Ehre des Chriſtenthums überhaupt und des katholiſchen insbeſondere, dadurch unwiderlegbar hervorgeht, daß ſelbſt in den finſterſten Zeiten — wozu diejenige, wovon hier die Rede iſt, ſicher gezählt werden muß*) — alle Stände, die niedern wie die hohen, den Unterſchied und die Gränzen zwiſchen der geiſtlichen und weltlichen Macht deutlich eingeſehn, und ſich nie ſo weit von Vorurtheilen haben blenden laſſen, daß ſie geglaubt hätten, die Biſchöfe oder auch die Päpſte erhielten durch ihre geiſtlichen Würden ein unmittelbares Recht, etwas über weltliche Dinge zu beſtimmen, oder gar Kaiſer und Könige ihrer Throne für verluſtig zu erklären.**) Die Päpſte, welche auf Bonifacius folgten, erkannten auch ſehr wohl, daß derſelbe zu weit gegangen, und ſuchten die Sache, doch ſo glimpflich als möglich, wieder ins Geleiſe zu bringen. Der unmittelbare Nachfolger deſſelben, Benedict der eilfte***) ſprach den König von den canoniſchen Cenſuren frei, obſchon derſelbe dieſe Losſprechung nicht begehrt, ſondern nur ſeinen Geſandten beauftragt hatte, dieſe Abſolution anzunehmen, welches der Papſt bei ihm als eine ganz ausgezeichnete Gnade geltend machte. Der Papſt verzieh durch eine beſondere Bulle den Prälaten ihren Ungehorſam (daß ſie nämlich ſich nicht den

---

*) In derſelben galt noch der gerichtliche Zweikampf. M. ſ. die Beilage zu dieſem zweiten Theil Lit. B.

**) M. ſ. Bossuet Defens. d. l. declarat. d, Clerg. d. F. tom. I. p. 238, 518 suiv.

***) Er nahm den päpſtlichen Stuhl nicht länger als 8 Monate und 16 Tage ein (gewählt den 22ten October 1303, geſtorben den 6ten oder 7ten Juli 1304).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Befehlen ſeines Vorgängers gefügt und ſich nach Rom begeben hätten). Durch noch eine andere Bulle gab er dem König und ſeinen Beamten alle ihnen früher bewilligten Privilegien, die Bonifacius ihnen genommen hatte, wieder. Der folgende Papſt Clemens der Fünfte (gew. den 5ten Juni 1305,*) geſtorb. den 20ten April 1314), war vorzüglich durch den Einfluß von Philip dem Schönen auf den päpſtlichen Thron geſtiegen, und mußte ſich alſo demſelben ſchon willfährig zeigen. Er erließ den 1ten Februar 1306 zu Lyon zwei Bullen, welche beide in das canoniſche Recht aufgenommen worden. Durch die erſte**) erklärte er, das Königreich Frankreich ſey durch die Bulle „unam sanctam“ in keine größere Abhängigkeit von der römiſchen Kirche verſetzt worden, als es früher geweſen. Durch die andere***) ward die erſte Urſache alles Streites, die Bulle „Clericis laicos“ wegen der vielen dadurch erzeugten Aergerniſſe und Uebelſtände zurückgenommen und verordnet, daß man ſich an dem halten ſollte, was das Concilium vom Lateran und die übrigen allgemeinen Concilien über diejenigen, welche ſich Erpreſſungen gegen die Kirchen zu Schulden kommen ließen, beſtimmt hätten. Derſelbe Papſt verordnete überdem, daß mehrere von Bonifacius in dieſer Sache verkündigte Bullen ganz oder zum Theil in den römiſchen Regiſtern ausgetilgt würden,†) welches ohne Zweifel die Urſache iſt, daß man die

---

*) Clements der 5te und viele andere Päpſte zählten die Jahre ihres Pontificats nicht von dem Tag ihrer Wahl, ſondern von dem ihrer Krönung an. In der Folge pflegten die Päpſte Bullen, die ſie vor ihrer Krönung erließen, „a die suscepti a nobis apostolatus officii“ zu datiren (M. ſ. l'art. d. vérif. les dat. Clement V.)

**) Cap. 2. meruit. tit. de privileg. int. Extravag.

***) in Clementin. C. quoniam tit. de immunitate ecclesiarum.

†) Raynald. Annal. tom. IV. p. 317. Hier wird der Act eines apoſtoliſchen Notars (Oddo de Sennineto) mitgetheilt, welcher ſich in dem päpſtlichen Archiv befindet, und wodurch er erklärt, in den Regiſtern mehrere Stellen, die er alle genau bezeichnet, auf Befehl des Papſtes, der ihm durch den Vicekanzler und den Biſchof Berengar über-

Bullen von Bonifacius dem 8ten, die ſich auf dieſen Streit beziehen, in dem großen Bullar. Roman. von Cherubini nicht findet. — Etwa ein halbes Jahrhundert ſpäter, i. J. 1378 fing das berüchtigte Schisma*) an, welches die chriſtliche

---

bracht worden, in Gegenwart von zwei genannten Magiſtern ausgelöſcht zu haben.

*) Nachdem die Päpſte v. J. 1309 an, wo der durch den Einfluß Philips des Schönen gewählte Clemens der Fünfte (Bertrand de Got) ein geborner Franzoſe, Avignon zu ſeinem Sitz beſtimmt, ungefähr 70 Jahre in der letztern Stadt reſidirt hatten, kehrte Gregor der 11te den 17ten Januar 1377 nach Rom zurück, wo er zwar nicht zu bleiben dachte, allein ſchon i. J. 1378 ſtarb. Die Cardinäle waren damals faſt alle Franzoſen, ſo daß das römiſche Volk fürchtete, ſie mögten einen Franzoſen zum Papſt wählen, welcher ſeinen Sitz wieder zu Avignon nähme. Es überließ ſich daher allerlei Ausſchweifungen, und bedrohte die Cardinäle mit dem Tode, wenn ſie nicht einen römiſchen Bürger wählten. Sie ließen ſich dadurch bewegen (den 9ten April 1378) einen Papſt außerhalb ihrer Mitte zu wählen. Ihre Wahl fiel auf Bartholom. Prignano, Erzbiſchof von Bary, der zwar kein römiſcher Bürger, aber doch ein geborner Italiener war, und den Namen: Urban der Sechſte annahm. Einige Monate ſpäter, als er den Thron beſtiegen und von der ganzen Welt anerkannt war, zogen die Cardinäle ſich nach Anagni zurück, und wählten (den 21ten September 1378 unter dem Vorwand, daß ſie zu ihrer erſten Wahl gezwungen worden (zu Fondi in Campanien) Robert von Genf zum Papſt, der ſich den Namen: Clemens d. 7te beilegte. Dieſes war die Veranlaſſung und der Anfang der traurigen Spaltung (Schisma), welche ſo verderbliche Folgen hervorgebracht hat. Die ganze Chriſtenheit theilte ſich ſogleich zwiſchen beiden Päpſten. Urban d. 6te behielt ſeine Reſidenz zu Rom; Clemens d. 7te ſchlug die ſeinige zu Avignon auf, wo jeder der beiden Päpſte ſeinen Hof, ſeine Cardinäle u. ſ. f. hatte. Hierdurch folgten auf Urban d. 6ten der Ordnung nach Bonifacius d. 9te, Innocenz d. 7te und Gregor d. 12te, ſo wie auf Clemens den 7ten der Papſt Benedict der 13te. Sehr viele Fürſten und auch andere Perſonen von hohem Rang und ausgezeichneter Frömmigkeit und Gelehrſamkeit thaten alles Mögliche, um eine Ausſöhnung zwiſchen den beiden Partheien, worin die

Kirche 51 Jahre (bis z. J. 1429) betrübte, aber auch den Anmaßungen des römiſchen Stuhls auf immer einen tödtlichen

---

Chriſtenheit ſich getheilt hatte (Obedienzen, wie man ſie damals nannte) zu Stande zu bringen. Das einfachſte Mittel ſchien zu ſeyn, wenn beide Päpſte ihrer Würde freiwillig entſagten, und die Cardinäle dann zu der Wahl eines neuen Papſtes ſchritten. Die beiden letzten Päpſte, Gregor d. 12te (Aug. Corrario, ein Venetianer) und Benedict d. 13te (Petrus de Luna, ein Spanier) hatten vor ihrer Wahl dieſes mehrmals verſprochen. Allein nachdem ſie gewählt waren, ſuchten ſie ihren frühern Verpflichtung allezeit dadurch auszuweichen, daß ſie verlangten, ihr Gegner ſollte zuerſt entſagen. Vorzüglich zeigte ſich Petrus de Luna dabei von einem hochmüthigen und unnachgiebigen Geiſt. Nachdem alle Mittel zur Ausgleichung vergeblich verſucht worden, vereinigten ſich endlich die Cardinäle beider Obedienzen, und beriefen ein allgemeines Concilium nach Piſa, auf welchem ſich 22 Cardinäle, und 12 Erzbiſchöfe in Perſon, und mehrere andere durch Procuratoren, 80 Biſchöfe in Perſon, und die Stellvertreter von 102 andern, nebſt einer großen Menge von Aebten, Deputirten der Capitel, Doctoren der Theologie und die Geſandten mehrerer Könige einfanden. Das Concilium ward den 25ten März 1409 eröffnet. Man hatte auch die beiden Päpſte gebeten und nachher förmlich vorgeladen ſich dabei einzufinden. Als keiner derſelben, weder perſönlich noch durch einen Bevollmächtigten erſchien, ward in der 4ten Sitzung (v. 15ten April) die Contumaz gegen ſie ausgeſprochen. In der 15ten Sitzung (vom 5ten Junius) erfolgte endlich das definitive Urtheil, wodurch ſie für Schismatiker, Ketzer, Wortbrüchige und aller ihrer Würden entſetzt erklärt wurden, und zugleich den Gläubigen unter Excommunicationsſtrafe verboten ward ſie anzuerkennen, zu begünſtigen u. ſ. f. Nach der 17ten Sitzung gingen 24 Cardinäle (den 15ten Junius) in das Conclave und wählten (den 26ten deſſelben Monats) den Cardinal Pet. Philargos (aus Kandia gebürtig) zum Papſt, welcher den Namen: Alexander der 5te annahm. Dieſer beſtätigte Alles, was die Cardinäle und das Concilium von Piſa gethan. Er verabſchiedete das letztere (den 7ten Auguſt) und ſagte für das Jahr 1412 ein neues Concilium an, wo die Reformation der Kirche in Haupt und Gliedern berathen werden ſollte. Alexander der 5te ſtarb ſchon den

Stoß verſetzte. Durch die ärgerlichen Auftritte, daß mehrere Päpſte ſich um das Recht, die Kirche Chriſti zu regieren, ſtritten,

---

3ten Mai 1410 zu Bologna, wo er ſeinen Sitz genommen hatte. Nach ſeinem Tode ward Balthaſar Coſſa, ein Neapolitaner (Johan d. 23te) von 16 zu Bologna verſammelten Cardinälen zum Papſt gewählt. Er kündigte die Eröffnung des verſprochenen Conciliums auf den 1ten November 1414 an, in welchem Jahre es auch (den 5ten November) eröffnet ward. In der 2ten Sitzung (d. 2ten März 1415) erklärte Johan der 23te feierlich, daß er, wenn das Concilium es für das Wohl der Kirche zuträglich hielte, auf jeden Fall die päpſtliche Würde niederlegen würde, wenn auch Gregor der 12te und Benedict der 13te nicht ein Gleiches thäten. Allein er entfloh den 23ten März und zog ſich in die Schweiz (nach Schafhauſen) zurück. Nachdem das Concilium ihn vergebens aufgefordert und vorgeladen, zurückzukommen, ſprach es den 29ten deſſelben Monats ſeine Abſetzung aus. Er entſagte hierauf wenige Tage ſpäter ſelbſt. Auch Gregor der 12te reichte den 4ten Juli durch einen Stellvertreter ſeine Entſagung ein. Benedict der 13te fuhr indeſſen fort, ſeine Rechte auf die päpſtliche Würde zu behaupten. Allein das Concilium entſetzte ihn den 26ten Juli 1417. In der 41ten Sitzung (vom 11ten November 1417) ward endlich Otho Colonna, welcher den Namen Martin der 5te annahm, zum Papſt erwählt. Gregor der 12te ſtarb im nämlichen Jahr den 18ten October zu Recanati in dem hohen Alter von 92 Jahren. Benedict der 13te, welcher von Spanien unterſtützt ward, lebte noch bis zum Jahr 1424. Er erhielt ſogar einen Nachfolger in der Perſon von Gilles von Mugnos, Canonicus zu Barcellona, der i. J. 1424 durch das Betreiben des Königs Alphons gewählt ward und den Namen: Clemens der 8te annahm. Nachdem indeſſen dieſer König ſich mit Martin dem 5ten ausgeſöhnt hatte, legte auch Clemens der 8te den 26ten Juli 1429 das Pontificat nieder, wodurch das Schisma gänzlich und auf immer aufhörte. Daſſelbe hatte vom 21ten September 1378 (der Wahl Clemens des 7ten) an bis zu der Entſagung von Mugnos faſt 51 Jahre gedauert. Man kann indeſſen das Ende des Schisma auch ſchon von der Wahl Alexander des 5ten (26ten Juni 1409) oder wenigſtens von der Martin des 5ten (11ten November 1417) an rechnen, ſo daß die Dauer etwa nur 30 oder 38 Jahre wäre. Ueber das Schisma und ſich einander wechſelweiſe die Bannſtrahlen zuſchleuderten, mußten dieſe Letzteren in den Augen der Menge lächerlich und verächtlich werden. Auch die bald darauf zu Conſtanz (v. J 1414—1418) und zu Baſel (v. J. 1431—1443) verſammelten Concilien trugen ſehr viel dazu bei, die päpſtliche Gewalt in die gehörigen Schranken zurückzuweiſen. Allein in dem folgenden Jahrhundert erhielt die päpſtliche Macht eine neue Stütze von einer Seite her, von welcher man es nicht hätte erwarten ſollen. Als im Anfange des ſechszehnten Jahrhunderts die Lehren Luthers und Calvins ſich mit ſo unglaublicher Schnelligkeit verbreiteten, da ſahn die Gläubigen in einem engen Anſchließen an das Oberhaupt der Kirche das einzige Mittel, dieſelbe gegen den Einbruch der neuen Irrthümer zu verwahren. Die Vertheidiger und Schmeichler des römiſchen Hofes wurden hierdurch ermuthigt, nicht allein in geiſtlichen Dingen ſein Anſehn über die billigen Gränzen, über das der geſammten Kirche zu erhöhen, ſondern auch die alten Anmaßungen und Anſprüche deſſelben auf die Herrſchaft über weltliche Dinge wieder vorzubringen. In Frankreich insbeſondere, wo man lange Zeit beſorgt war, die Regierung des Landes mögte in die Hände eines proteſtantiſchen Fürſten übergehn, ward von Vielen der Satz vertheidigt, daß, wenn ein Fürſt zu der Ketzerei überging, oder wenigſtens, wenn er ſeine Unterthanen wegen ihrer Religion verfolgen und zu der Ketzerei überzugehen zwingen wollte, der Papſt das Recht habe, den Fürſten abzuſetzen, und ſeine Unterthanen von dem geleiſteten Eid der Treue zu entbinden. Das Parlament widerſetzte ſich zwar allezeit dieſen Grundſätzen mit Standhaftigkeit, und beſtrafte die Urheber derſelben. Auch der beſſere Theil des Volks ſah die Abſurdität derſelben ein. Allein die Geiſtlichkeit, deren Argwohn durch die neue Lehre zu ſehr aufgeregt war, zeigte ſich wenigſtens zum Theil für die Anmaßungen des römiſchen Stuhls günſtig geſtimmt. Es wäre zu weitläufig, hier die einzelnen, theils geheimen, theils öffentlichen Schritte anzuführen, welche die Geiſtlichkeit ſich erlaubte,

---

ſehe man unter andern: **Bossuet défense d. l. déclarat. d. Clergé d. France liv. V. chap. VII. suiv.**

um der Meinung von der Suprematie des Papſtes über die Concilien, ſo wie von ſeiner Macht in weltlichen Dingen den Sieg zu verſchaffen. Wir bemerken hier nur, daß die dadurch erregten Unruhen während der Regierung mehrerer Fürſten von der Heinrich des 3ten an*) bis zu der Ludwig des 14ten**) einſchließlich fortdauerten.***) Dieſer letztere Fürſt, der ſo eiferſüchtig auf ſein Anſehn war, zeigte ſich, je nachdem er ſich mit dem römiſchen Hof in beſſern oder ſchlimmern Verhältniſſen befand, auch der einen oder andern Meinung mehr geneigt. Im Jahr 1663, wo er wegen einer Beleidigung, welche ſein Geſandter Crequi den 20ten Auguſt 1662 von der päpſtlichen Garde erlitten hatte, und wofür man die Genugthuung verweigerte, gegen den päpſtlichen Hof aufgebracht war, forderte er den Syndicus und ſieben alte Doctoren der Sorbonne vor ſich, um ihm die Meinung der theologiſchen Facultät über die ſo oft beſprochene Meinung von der Suprematie des Papſtes, über die Concilien u. ſ. f. zu überbringen; welche Meinung, wie ſich leicht vorherſehn ließ, ganz gegen die Ultramontaner ausfiel. Etwa zwanzig Jahre ſpäter, wo der König wieder mit dem damaligen Papſt (Innocenz d. 11ten) wegen der

---

*) reg. 1574 — 1589.

**) reg. 1643 — 1715.

***) Ich kann dem Leſer auch über dieſen wichtigen Gegenſtand ein zwar kleines, aber mit großer und gründlicher Gelehrſamkeit und vielem Scharfſinn geſchriebenes Buch empfehlen: „Exposition de la doctrine de l'Eglise Gallicane par rapport aux prétentions de la cour de Rome, par Du Marsais. Libertés de l'Eglise Gallicane par P. Pithou, avec un Discors préliminaire. A Paris 1817 chez Duponcet libr. et Delaunay libr.“ Die Schrift beſteht vorzüglich aus dem im Titel angeführten, ſchon im Jahr 1757 erſchienenen Werk von Du Marſais. Als neuen Herausgeber nennt ſich in der Zueignungsſchrift (an die Pairskammer) E. Clavier ancien conseiller au chatelet de Paris, membre de l'institut etc. Dieſer hat auch den discours préliminaire beigefügt, worin man die Geſchichte der angeführten Streitigkeiten umſtändlich auseinander geſetzt findet.

Regale in Mißhelligkeiten gerathen war, that er einen viel wichtigeren und entſcheidenderen Schritt. Der König hatte durch eine Erklärung vom 10ten Februar 1673 (Cod. Neron. tom. II. p. 116) das geiſtliche Hoheitsrecht (la regale) auf alle Erzbisthümer, Bisthümer u. ſ. f., die nicht die Befreiung davon unter läſtigem Titel erworben hatten, ausgedehnt. Ein paar Biſchöfe wagten ſich zu widerſetzen. Der Biſchof von Pamiers ſuchte den Schutz des Papſtes nach, der ihm auch zugeſagt ward. Der König berief darauf die Geiſtlichkeit ſeines Reichs zuſammen, um ihre Meinung über die obſchwebenden Streitigkeiten zu vernehmen. Die Verſammlung derſelben ward den 9ten November 1681 eröffnet. Den 3ten Februar des folgenden Jahres 1682 gab dieſelbe ihre Beiſtimmung zu der Ausdehnung des Hoheitsrechts. Allein am 13ten April erklärte ein Breve des Papſtes Alles, was die Geiſtlichkeit in Beziehung auf das genannte Hoheitsrecht gethan, für nichtig. Darauf glaubte die franzöſiſche Geiſtlichkeit es angemeſſen, ihre Meinung über die Macht und die Rechte des Papſtes öffentlich auszuſprechen. Sie drückte dieſelbe in einem Act vom 19ten März 1682 aus, der unter dem Namen: declaratio Cleri Gallicani weltberühmt geworden iſt. Die Verſammlung beſtand aus 34 Biſchöfen, und überdem aus 35 andern Mitgliedern der Cleriſei. Unter den erſtern befand ſich der größte Theolog, deſſen ſich die katholiſche Kirche rühmt, Jacob Benign. Boſſuet, Biſchof von Meaux, welcher auch der Urheber und Verfaſſer dieſes merkwürdigen Actenſtücks*) war, und ſpäterhin der Vertheidiger deſſelben werden mußte. Sie enthält außer einer kurzen Einleitung vier Puncte. 1) Daß dem h. Petrus, deſſen Nachfolgern und ſelbſt der ganzen Kirche über bürgerliche und zeitliche Dinge durchaus keine Macht von Gott verliehen worden; daß daher die Könige und Fürſten in weltlichen Dingen durchaus keiner geiſtlichen Macht unterworfen ſeyen, und insbeſondere vermöge der Schlüſſelgewalt (potestate clavium) weder direct noch indirect abgeſetzt, noch auch ihre Unterthanen von dem Eid der Treue entbunden werden können. 2) und 3) Daß die apoſtoliſche Macht [die des römiſchen Stuhls] nach den von dem h. Geiſt verfaßten und von der ganzen Welt mit Ehrfurcht aufgenommenen Regeln (canones) gemäßigt werden, ſo wie daß auch die von dem Reich und der Kirche von Gallien angenommenen Sitten, Gebräuche und Einrichtungen aufrecht erhalten werden müßten. 4) Daß die Entſcheidung in Glaubensſachen zwar vorzüglich dem Papſt gehöre, und daß ſeine Decrete ſich auf alle Kirchen insgeſammt und jede insbeſondere beziehn; daß indeſſen ſein Urtheil nicht durchaus unveränderlich ſey, wenn nicht die Uebereinſtimmung der ganzen Kirche hinzukäme. —

---

*) Man findet den Text dieſer merkwürdigen Erklärung u. a. in dem Cod. Neron. tom. II. p. 173; auch iſt er der von Boſſuet verfaßten „Defensio declarationis conventus Cleri Gallicani A$^{o}$ 1682“ (p. XXIII.) vorgeſetzt.

Diejenigen, welche dieſe Erklärung abgefaßt hatten, ließen ſie durch ein Schreiben *) vom 19ten März 1682 an alle Erzbiſchöfe und Biſchöfe von Frankreich mit der Bitte gelangen, derſelben beizutreten und nicht zu dulden, daß in den ihrer Obſorge anvertrauten Kirchen, Univerſitäten u. ſ. f. das Gegentheil gelehrt werde. —

Der König, erfreut über dieſe Erklärung, erließ im März deſſelben Jahrs ein Edict,*) nach welchem 1) dieſelbe bei allen

---

*) Dieſes Schreiben iſt dem in voriger Note angeführten Werk von Boſſuet p. XXVII.) ebenfalls vorgedruckt. Die Verfaſſer deſſelben nennen ſich: „Archiepiscopi et Episcopi caeterique Ecclesiastici viri a Clero Gallicano deputati mandato Regio Parisiis congregati etc.“

**) Einregiſtrirt beim Parlament von Paris den 23ten März 1682. Der Text deſſelben findet ſich Cod. Neron. tom. II, p. 172; auch bei Boſſuet l. c. p. XXX. — In der Einleitung ſagt der König: „Bien que l'indépendance de notre Couronne de toute autre puissance que de dieu soit une vérité certaine et incontestable, et établie sur les propres paroles de Jesus-Christ, nous n'avons pas laissé de recevoir avec plaisir la Déclaration que les Députés du Clergé de France assemblés par notre permission en notre bonne ville de Paris nous ont présentée, contenant leurs sentimens touchant la puissance Ecclésiastique; et nous avons d'autant plus volon-

Parlamenten, Amtmannſchaften, Senechauſſeen, Univerſitäten und Facultäten, ſowohl der Theologie als des canoniſchen Rechts, einregiſtrirt werden, und 2) alle Lehrer der Theologie, ſie mogten geiſtlich oder weltlich ſeyn, vor dem Antritt ihres Lehramts dieſelbe unterſchreiben und auf den Univerſitäten eigne Lehrer, um die genannte Erklärung vorzutragen, beſtellt werden ſollten u. ſ. f. — Allein dieſe Vorſchrift blieb nicht lange in Wirkſamkeit. Die Erklärung der Gallicaniſchen Geiſtlichkeit war kaum erſchienen, als von allen Seiten eine Menge von Schriftſtellern (meiſtentheils Ausländer) gegen ſie auftrat, und ſie als ketzeriſch u. ſ. f. verleumdete. Ludwig der 14te gab darum Boſſuet den Auftrag, eine Vertheidigung derſelben abzufaſſen. Durch dieſe Aufforderung bewogen, ſchrieb dieſer große Gelehrte ſein ſchon oben angeführtes Werk „Défense de la Déclaration du Clergé de France," welches aber erſt nach ſeinem i. J. 1704 erfolgten Tod herauskam.*) Der König indeſſen ließ ſich ſpäter durch die Vorſtellungen des römiſchen Hofes bewegen, ſein früheres Edict vom März 1682 zwar nicht zurückzunehmen, aber doch fallen zu laſſen. Schon i. J.

---

tiers écouté la supplication que lesdits Députés nous ont faite de faire publier cette Déclaration dans nôtre Royaume qu'étant faite par une assemblée composée de tant de personnes également recommandables par leur vertu et leur doctrine . . . . . la sagesse et la modération avec laquelle ils ont expliqué les sentimens que l'on doit avoir sur ce sujet, peut beaucoup contribuer à confirmer nos sujets dans le respect qu'ils sont tenus comme nous à rendre a l'autorité que Dieu à donné à l'Eglise, et à ôter en même tems aux Ministres de la religion *prétendue Reformée* [anders wird in den ältern franzöſiſchen Geſetzen die Reformirte Religion nie genannt] le prétexte qu'ils prennent des livres de quelques auteurs, pour rendre odieuse la puissanne légitime du chef visible de l'Eglise etc."

*) Es macht den 19ten und 20ten Band der vollſtändigen Ausgabe der Werke von Boſſuet, die zu Paris in 4° erſchien, aus. Es gibt auch eine lateiniſche Ueberſetzung (S. 775*) davon, die unter den Augen des Verfaſſers gemacht ward, und als ein beſonderes Werk erſchien.

1693 (alſo noch vor dem Erſcheinen des Werks von Boſſuet) überſandte Ludwig der 14te dem damaligen Papſt Innocentius dem 12ten ein Schreiben,*) worin er ihm anzeigte, daß er die nöthigen Befehle gegeben habe, damit der Inhalt ſeines Edicts vom 2ten März 1682 in Beziehung auf die Erklärung der franzöſiſchen Cleriſei nicht weiter beobachtet würde. **) Das Volk aber, und beſonders das Parlament blieben dieſer Erklärung immer zugethan. Unter Ludwig dem 15ten (den 24ten Mai 1766) erließ der Staatsrath in einer Sitzung, welcher der König ſelbſt beiwohnte, einen ſehr ausführlichen Beſchluß über dieſen ſehr wichtigen Gegenſtand. Durch denſelben ward die Vollſtreckung der Edicte vom März 1682 und vom April 1695 aufs neue befohlen, und Allen unterſagt, gegen die vier von der Verſammlung der Cleriſei i. J. 1682 aufgeſtellten Sätze etwas zu ſchreiben, oder zu lehren. (Man findet den vollſtändigen Text dieſes mit Ausführung aller Gründe begleiteten Beſchluſſes, worin der König ſich die Eigenſchaft „d'un evêque du dehors et du vengeur des regles anciennes" beilegt, bei Hericourt als Anhang von E. XXV. p. 203. Nach der Revolution endlich und dem Abſchluß des neuen Concordats ward durch das Geſetz vom 18ten Germin. J. 10 (8ten April 1802) **) und zwar durch die organiſchen Artikel (tit. II. sect. 3. art. 24) ***) dem Edict vom März 1682 wieder neue geſetzliche Kraft gegeben. — Das Bisherige wird hinreichen, um über die Quellen des geiſtlichen Rechts in Frankreich eine hinreichende Ueberſicht zu erhalten. Wir wollen nun von der Ausübung dieſer Gerichts-

---

*) M. ſ. die S. 774 *** angeführte neue Ausgabe des Werks von Du Marſais. Disc. prélim. p. XLVIII.

**( Desen. tom. X. p. 438.

***) ibid. p. 440, 442. art. 24. „Ceux qui seront choisis pour l'enseignement dans les seminaires, souscriront la déclaration faite par le clergé de France en 1682, et publieé par un édit de la même année; ils se soumettront à y enseigner la doctrine qni y est contenue, et les évêques adresseront une expédition en forme, de cette soumission au conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes."

barkeit ſelbſt, und zwar zuerſt von den Behörden und Perſonen, welchen ſie übertragen war, handeln. Wir werden, da die Geſetze und der Gerichtsgebrauch bei dieſem Gegenſtand noch mehr als bei irgend einem andern nach Verſchiedenheit der Zeiten gewechſelt haben, denſelben Weg wie Th. I. bei Darſtellung der gewöhnlichen Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit, befolgen, d. h. wir wollen in vollem Zuſammenhang nur die Form, welche die geiſtliche Gerichtsbarkeit in den letzten Zeiten (ſeit Ludwig dem 14ten) hatte, darſtellen, und die frühere Form ſo wie die damit vorgegangenen Veränderungen gelegenheitlich bemerken.

Die ordentliche geiſtliche Gerichtsbarkeit — und zwar ſowohl in Civil- als Criminalſachen — ſtand in erſter Inſtanz dem Biſchof der Dioceſe zu.*) Wir haben ſchon oben (S. 684 folg.) bemerkt, durch welche Umſtände — zuerſt durch freiwillige Uebereinkunft der Gläubigen, ſpäterhin durch die Verordnungen der römiſchen Kaiſer und fränkiſchen Könige — die Biſchöfe zu dem Beſitz dieſes Rechts gelangt ſind. In den erſten Zeiten ſprachen dieſelben indeſſen nur mit Zuziehung der ihnen untergeordneten Geiſtlichkeit (des Presbyteriums) Recht.**) Allein ſpäterhin, wo das Anſehn und die Macht der Biſchöfe immer höher ſtieg, und ihr Rang faſt dem fürſtlichen gleich kam***),

---

*) Während der Erledigung eines biſchöflichen Stuhls und bis zur Wiederbeſetzung deſſelben ging ſie an das Domcapitel über.

**) Grat. 15. q. 7. Cap. Episcopus nullius (In Concil. Carthaginens. IV. A° 398. can. 23): „Episcopus nullius causam audiat absque praesentia suorum Clericorum: alioquin irrita erit sententia episcopi, nisi Clericorum sententiâ confirmetur.“

***) Neben der biſchöflichen Macht hob ſich im Lauf der Zeiten eine andere bei weitem gefährlichere, die der Mönche. Sie ſtanden am Anfang ganz unter ihrem Biſchof und deſſen Gerichtsbarkeit. „Monasteria vel monachorum disciplina ad eum pertineat episcopum in cujus sunt territorio constituta“ (Grat. caus. 18. q. 2. Can. monasteria). Allein es gelang vielen derſelben, von den Päpſten Befreiungen von der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu erhalten, verlor ſich dieſes je länger deſto mehr, ſo daß zuletzt die ordentliche Gerichtsbarkeit ganz allein bei dem Biſchof beruhte. Im erſten Anfange übten die Biſchöfe, ſo wie alle geiſtlichen Verrichtungen, ſo auch die Gerichtsbarkeit in eigner Perſon aus. Als ſich indeſſen die Zahl der Gläubigen und mit derſelben die Geſchäfte der Biſchöfe täglich mehrten, ſo fingen dieſe an, Mitarbeiter oder Gehülfen anzunehmen, welchen ſie einen Theil der Arbeit übertrugen. Man findet ſchon ziemlich früh, ſicher ſeit dem vierten Jahrhundert, Beiſpiele dieſer Einrichtung. So verließ der h. Gregor von Nazianz i. J. 360 ſeine Einöde um die Mühe ſeines Vaters in der Verwaltung ſeiner Kirche zu theilen. Im Jahr 395 ward der h. Auguſtin Mitarbeiter des Biſchofs Valerius von Hippo (in Africa); wozu man ihn faſt mit Gewalt nöthigen mußte.*) Das vierte allgemeine Concilium vom Latran (geh. unter Innocenz dem 3ten i. J. 1215) verordnete (Canon. X.), daß, da die Biſchöfe wegen vielen Beſchäftigungen, körperlichen Schwächen, feindlichen Einfällen,

---

ſo daß nur ihre Obern befugt waren, ſie zu ſtrafen, und unter andern auch die canoniſchen Cenſuren über ſie auszuſprechen. Von den Ausſprüchen dieſer Obern ging die Appellation an den General des Ordens und endlich an den Papſt. Die Ausdehnung ihrer Privilegien in dieſer Beziehung war aber nach Verſchiedenheit der Zeiten, der Orden und ſelbſt der einzelnen Klöſter ſehr verſchieden, In Frankreich war man dieſer Befreiung der Ordensgeiſtlichen von der ordentlichen Gerichtsbarkeit von jeher ſehr ungünſtig. Die bloße Verjährung reichte nicht hin, um ſie zu begründen, ſondern es bedurfte dazu einer beſondern Urkunde. (Innocent. III. cap. cum non de praescriptionibus). Auch war die Einwilligung des Königs erforderlich (Libert. de l'Eglis. Gallican. art. 71.). Die Verordnung vom Jahr 1695 ſchränkte auch die Wirkung dieſer Befreiungen näher ein. Beſtimmter und weitläufiger in dieſen ſchwierigen Gegenſtand einzugehn iſt hier nicht möglich. Alle nöthige Belehrung findet man bei Hericourt E. X — XI. p. 124 — 135.

*) Epist. 148. „Vis mihi facta est, ut secundus locus gubernaculorum mihi traderetur.“

auch wohl Mangel an Kenntniſſen*) hin und wieder nicht im Stande wären, alle ihre Verrichtungen allein zu verſehn, dieſelben ohne Ausnahme**) fähige Männer auswählen und annehmen ſollten, um in Allem ihre Stelle zu vertreten. Zu den Zeiten des Papſtes Bonifacius des Achten (gegen das Ende des 13ten Jahrhunderts) ſcheinen auch alle Biſchöfe ſich wenigſtens einen ſolchen Stellvertreter zugeſellt zu haben, wie es aus dem Titel: de officio vicarii in sexto deutlich erhellt.***) Dieſe Stellvertreter führten den Titel: officialis oder vicarius generalis, welche Namen in dem angeführten Titel des sext. cap. „cum in generali“ durcheinander gebraucht werden. In Frankreich indeſſen und auch in mehrern andern Ländern waren die Functionen dieſer beiden Beamten durchaus verſchieden, indem der Generalvicar (vicaire-général, grand-vicaire) die freiwillige Gerichtsbarkeit- und der zweite, der Official, die Gerichtsbarkeit in Streitſachen ausübte: doch konnten beide Stellen auch der nämlichen Perſon übertragen werden. Nicht allein jeder Biſchof, ſondern auch jeder Erzbiſchof war verpflichtet, einen ſolchen Official zu haben. Die Ernennung deſſelben hieng durchaus von dem Biſchof oder Erzbiſchof, deſſen Stelle er vertreten ſollte, ab, doch mußte, wie ſich von ſelbſt verſteht, der zu Wählende gewiſſe Qualificationen haben (d. h. er mußte Prieſter, Licentiat des canoniſchen Rechts und ein geborner Franzoſe ſeyn). Auch durfte der Biſchof aus der Verleihung dieſer Stelle keinen Gewinn ziehn. Jeder Biſchof oder Erzbiſchof konnte ſeinen Official auch wieder entlaſſen, auch ſelbſt dann, wenn er ſeine Stelle unter einem läſtigen Titel erworben hatte.*) In der Regel ſollte in jeder Dioceſe nur ein Official ſeyn. Wenn indeſſen dieſelbe Dioceſe unter die Gerichtsbezirke mehrerer Parlamente zerſtreut war, ſo mußte für den Theil, der unter ein anderes Parlament, als der biſchöfliche Sitz gehörte, ein beſonderer Official beſtellt werden.**) Dieſer, welcher auswärtiger Official (official forain) genannt ward, mußte in dem Landestheil, wofür er beſtimmt war, ſeine Wohnung nehmen. Er ward eben ſo ernannt und konnte auch auf dieſelbe Art entlaſſen werden, wie wir es eben von dem gewöhnlichen Official bemerkt haben. Bei der Entſtehung der Stellen der Officiale waren dieſe letztern eben ſo wie die General-Vicare nur die Gehülfen und Mitarbeiter des Biſchofs, welche ſich mit ihm in die Mühe der geiſtlichen Verrichtungen theilten. Zwar konnte man von dem Ausſpruch dieſer beiden Beamten an den Biſchof nicht appelliren;*) allein wenigſtens bis zu den Zeiten Bonifacius des 8ten ſcheint es den Biſchöfen freigeſtanden zu haben, die Gerichtsbarkeit in Streitſachen, ſo oft und wo es ihnen gutdünkte, auch in eigner Perſon auszuüben, wie cap. Cum Episcopus in sext. De offic. ordinarii ausdrücklich feſtgeſetzt iſt. Dieſer Verordnung ungeachtet war es in Frankreich ſchon ſeit vielen Jahrhunderten vor der Revolution eingeführt, daß die Biſchöfe in Perſon durchaus nicht Recht ſprachen, ſondern dieſes ihrem Official überlaſſen mußten; ſo daß man gegen ein von dem Biſchof erlaſſenes Urtheil Appell wegen des Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt (appel comme d'abus) einlegen konnte. Dieſer Gebrauch (daß nämlich der Biſchof die Gerichtsbarkeit in Streitſachen nur durch ſeinen Official ausüben durfte)***) reicht in Frankreich ſo weit hinauf, daß man ihren Urſprung gar nicht angeben kann.†) Eben ſo wie die Grundherren theils aus

---

*) Concil. Lateran. IV. Can. X. . . . . . (ne dicamus defectum scientiae, quod in eis est reprobandum omnino, nec de caetero tolerandum)."

**) l. c. id. Can. „ . . . . . unde praecipimus tam in cathedralibus quam in aliis conventualibus ecclesiis viros idoneos ordinari, quos Episcopi possint coadjutores et cooperarios habere . . . . . Siquis autem hoc neglexerit adimplere, districtae subjaceat ultioni."

***) Aus dem hier angeführten ſchließen ſehr viele Schriftſteller, daß die Einſetzung der Officiale nicht vor dem Ende des 13ten Jahrhunderts geſchehn ſey. In Frankreich iſt ſie aber wohl ſicher noch viel älter. Es gibt ein Schreiben von Peter von Blois, der zu den Zeiten Alexander des 3ten (gewählt 1159, geſt. 1181) lebte, und Erzdiacon zu Bath war, an den Official des Biſchofs von Chartres (in Frankreich). Er ſpricht darin von Exceſſen der Officiale in ſehr ſtarken Ausdrücken, und es iſt nicht zu glauben, daß ſie, gleich nach ihrer Einſetzung ſo ſehr ausgeartet geweſen ſeyen. Der 7te Canon des i. J. 1163 zu Tours gehaltenen Concilium macht den Biſchöfen, welche von ihren Officialitäten jährliche Einkünfte zogen, ſehr ernſte Vorwürfe. M. ſ. Merlin Repert. art. official.

---

*) Dieſes Recht ihren Official zu entlaſſen, welches die Biſchöfe von jeher hatten, ward ihnen durch die königliche Erklärung vom 17ten Auguſt 1700 von neuem und zwar mit dem Zuſatz beſtätigt, daß ihnen dieſes ſelbſt dann verſtattet wäre, wenn der Official ſeine Stelle tit. oneroso beſäße. Auch hatte der entlaſſene Official keinen Anſpruch auf Entſchädigung. Der Biſchof brauchte keine Urſache der Entlaſſung des Officials anzugeben. Wenn er indeſſen eine angab, die für den Official beleidigend war, ſo mußte er, wenn er eine unwahre angegeben, eine angemeſſene Entſchädigung leiſten. Man ſehe über dieſen Gegenſtand, deſſen Auseinanderſetzung uns hier zu weit führen würde, Hericourt loix Ecclésiast. d. France E. II.

**) Der Zweck dieſer Verordnung war, daß es den Parlamenten um ſo leichter würde, die für die Vollſtreckung der Urtheile der Officiale nothwendigen Maßregeln zu treffen.

---

*) Bonifac. VIII. Cap. non putamus in sext. de consuetudine „Non putamus illam consuetudinem, quantocumque tempore de facto servatam, consonam rationi, quod ab officiali Episcopi ad eundem Episcopum valeat appellari: ne ab eodem ad seipsum (cum sit eidem adjutorium utriusque) appellatio interposita videatur."

**) „Cum Episcopus in sua tota Dioecesi jurisdictionem ordinariam noscatur habere: Dubium non existit, quin quolibet loco ipsius dioecesis non exempto per se vel per alium possit pro tribunali sedere: Causas ad Ecclesiasticum forum spectantes audire: personas ecclesiasticas, cum earum excessus exegerint, capere ac carceri deputare: nec non caetera quae ad ipsius spectant officium, libere exercere."

***) Während der Erledigung eines biſchöflichen Stuhls mußte auch das Capitel (S. 779*) einen Officjal ernennen, der im Namen deſſelben die Gerichtsbarkeit ausübte. Es konnte auch den vom Biſchof ernannten beſtätigen.

†) Merlin. Répert. art. Official. Es mögte daher noch wohl zweifelhaft ſeyn, ob die in der vorigen Note angeführte Geſetzesſtelle auch von Frankreich zu verſtehen ſey.

Stolz, theils aus Unkunde der Geſetze ſich ſchon ſehr frühe der Ausübung der Gerichtsbarkeit entlaſteten, und ſie ihren Beamten, den Amtmännern u. ſ. f. überließen, ſo ſcheinen es auch die Biſchöfe gemacht zu haben; ſo daß ihnen endlich, ſelbſt wenn ſie in Perſon richten wollten, das Recht dazu ſtreitig gemacht ward. Beſtimmte Verordnungen, wodurch dieſes verboten würde, ſind wohl keine vorhanden. (Ich habe wenigſtens weder in den Ordon. de Louv. noch ſonſt in einem Werk den Text einer ſolchen Verordnung, noch auch ſonſt irgend etwas finden können, was die Exiſtenz derſelben vermuthen ließe). Es ſcheint faſt, daß dieſes durch die obere Aufſicht, welche das Parlament von jeher über die Verwaltung der Juſtiz ausübte (durch arrêts de reglement) nach und nach eingeführt worden. Nachdem die Grundherren und eben ſo die Biſchöfe ſich einmal eine längere Zeit der Ausübung der Gerichtsbarkeit enthalten hatten; ſo war, wenn ſie dieſelbe in einem einzelnen Fall wieder an ſich ziehn wollten, meiſtens ſowohl ihre Partheilichkeit als auch ihre Unkenntniß der Rechtswiſſenſchaft, ſo offenbar, daß die Parlamente, welche immer die Macht der Grundherren niederzudrücken ſuchten, einen ſehr erwünſchten Vorwand hatten, den altherkömmlichen Gebrauch durch ihre Beſchlüſſe in eine allgemeine geſetzliche Norm umzuwandeln. Indeſſen hatten doch einige Biſchöfe, die der Provence, ſo wie auch der Erzbiſchof von Cambrai ſich bis zu den letzten Zeiten in dem Beſitz des Rechts, ſo oft ſie wollten, in Perſon Recht ſprechen zu dürfen, erhalten; welches theils in der ſpäteren Vereinigung mit dem Hauptlande, theils in beſondern Verhältniſſen ſeinen Grund hatte. Die übrigen Biſchöfe ſaßen nur einmal während ihres Amts, nämlich bei dem Antritt deſſelben zu Gericht. Allein dieſes geſchah nur zum Schein. Der Proceß und die Partheien waren dabei nur erdichtet, ſo daß das Urtheil ohne wahren Inhalt und Wirkung war (Merlin Repert. art. Official.).

Der Official war alſo der ordentliche, geiſtliche Richter, in deſſen Namen auch alle Urtheile ausgeſprochen wurden. Nur wenn eine Sache den Biſchof ſelbſt betraf, konnte der von ihm eingeſetzte Official nicht urtheilen, ſondern die Sache ward vor den Official des Metropolitans gebracht. Wenn der Official des Metropolitans gebracht. Wenn der Offlcial wegen ſonſtiger Hinderniſſe, weil er verbeten (recusé) war, in einer Sache nicht urtheilen konnte, ſo ernannte der Biſchof für die Entſcheidung derſelben einen beſondern Richter, welcher official ad litem genannt ward. — Die geiſtlichen Gerichte waren meiſtens nur mit einem Richter, dem Official ſelbſt, beſetzt; doch hatte er häufig einen Stellvertreter, der vice-gerent hieß, und eben ſo ernannt ward und auch eben ſo wieder entlaſſen werden konnte, wie der Official ſelbſt. An einigen Gerichten waren dem Official weltliche Richter beibegeben, ſo wie denn auch in allen Fällen, wo bei dem Urtheil die Mitwirkung mehrerer Richter erforderlich war, (wie z. B. bei der Entſcheidung über die Recuſationen der Richter) einige der bei dem Gerichte angeſtellten Advokaten zugezogen werden mußten. (Hericourt Loix Ecclesiast. E. XX N° 104). Bei den geiſtlichen Gerichten befand ſich auch unter dem Titel „promoteur“ ein beſonderer Beamter, der die Stelle des Staatsprokurators (des öffentlichen Miniſterium's) verſah. *Demſelben* war auch meiſtens ein Stellvertreter unter dem Titel „vice-promoteur“ beigegeben. Dieſe Beamten, deren Ernennung und Entlaſſung ebenfalls vom Biſchof abhing, und wozu man durchaus nur Geiſtliche und zwar Prieſter nahm, obſchon letzteres durch kein Geſetz als nothwendig geboten war, beſtanden ſeit uralten Zeiten bei den geiſtlichen Gerichten von Frankreich. Dieſelben ſind höchſt wahrſcheinlich mit den Beamten der Staatsbehörde bei den weltlichen Gerichten zugleich oder kurz nach dieſen entſtanden. (M. ſ. Th. I. S. 193, 194 folg.) In einigen Gegenden hießen ſogar die Staatsprocuratoren bei den Grundherrlichen Gerichten „promoteurs d'office“. Dieſelben ließen ſich hin und wieder ſehr große Anmaßungen zu Schulden kommen. Zu den Zeiten Carls des ſechſten beklagte ſich der Erzdiakon von Bayeur, Clemengis ſehr bitter über dieſelben; „dici non potest, drückt er ſich aus, quantum mala faciunt scelerati isti exploratores criminum, quos promotores vocant.“ Ganz insbeſondere griffen ſie auch in die Rechte des Königs und ſeiner Richter ein, ſo daß man, um ihren Anmaßungen Schranken zu ſetzen, es nöthig fand, bei den geiſtlichen Gerichten auch noch für den König einen beſondern Procurator zu beſtellen, der die Rechte deſſelben wahrnähme, und

„procureur du roi en cour ecclésiastique“ genannt ward. Durch die große Verordnung, welche Franz der erſte im Octbr. d. J. 1535 zu Yz-sur-Tille über die Juſtizverwaltung in der Provence erließ,*) ward Chap. XII. art. 27) den Staatsprocuratoren bei den gewöhnlichen Gerichten aufgegeben, den öffentlichen Sitzungen und Vorträgen (plaidoyers) der geiſtlichen Gerichte beizuwohnen, oder, wenn ihre Geſchäfte dieſes nicht zulaſſen ſollten, einmal in der Woche Einſicht von den Papieren und Archiven der geiſtlichen Gerichte zu nehmen, welche man ihnen unweigerlich vorzeigen mußte. Dagegen hatte auch, nach Angabe der Encycloped.**) der Official das Recht, den Sitzungen der Amtmannſchaften und Präſidial-Gerichte beizuwohnen. Dieſes Alles war indeſſen ſpäter (ſeit d. J. 1573) ganz außer Gebrauch gekommen, ſo daß es zuletzt bei den geiſtlichen Gerichten außer dem promoteur und ſeinem Stellvertreter (vicemoteur) keinen andern Beamten des öffentlichen Miniſteriums gab. Dieſelben hatten, wie ſich von ſelbſt verſteht, einen beſondern Gerichtsſchreiber; auch waren eigene Procuratoren (Anwälte) (M. ſ. ſogleich unten) dabei angeſtellt. Als zu den geiſtlichen Gerichten gehörig konnte man gewiſſer Maßen auch die Apoſtoliſchen Notarien (notaires apostoliques) anſehen. Dieſe wurden ehemals zum Theil vom Papſt, zum Theil von den Biſchöfen ernannt. Da indeſſen die Menge derſelben zu groß ward, und ſie ſich überhaupt allerlei Eingriffe erlaubten, ſo erließ ſchon Heinrich der zweite im Septemb. 1547 eine Verordnung, um ihre Zahl zu beſchränken. Als aber weder dieſe noch auch mehrere ſpätere Verordnungen den erwünſchten Erfolg hervorbrachten, erließ Ludwig der 14te im December 1691 eine umſtändliche Verordnung über dieſe apoſtoliſchen Notarien (Cod. Neron. tom. II. pag. 233), worin er die künftige Art der Ernennung derſelben, ſo wie ihre Befugniſſe feſtſetzte. Sie erhielten dadurch (art. I.) den Titel notaires royaux et apostoliques, und wurden wie die andern Königl. Beamten (art. 17) ernannt. Sie legten (art. 14) ihren Dienſteid in die Hände der Königl. Richter ab, worauf ſie den Erzbiſchöfen, Biſchöfen, General-Vicarien und Officialen ihren Beſtallungsbrief vorlegen und bei denſelben ebenfalls ſchwören mußten, ihr Amt treu verwalten zu wollen. Sie durften, unter Strafe, als Verfälſcher angeſehen zu werden, keinen Act außerhalb der Dioceſe, wofür ſie angeſtellt waren, aufnehmen. Allein ſie hatten (art. 16) das ausſchließliche Recht, bei den geiſtlichen Gerichten als Prokuratoren (Anwälte) zu fungiren. Durch ein ſpäteres Edict v. J. 1693 wurden für die Dioceſe von Paris die Stellen der Apoſtoliſchen Notarien mit denjenigen der Notarien des Chatelet vereinigt. Es gab gewiſſe Acte, welche nur die Apoſtoliſchen Notarien aufnehmen konnten; andere hingegen konnten ſowohl von den gewöhnlichen als apoſtoliſchen Notarien aufgenommen werden, wie es in dem angeführten Edict (art. 1, 5, 6, 8) näher beſtimmt iſt. Zu der erſten Gattung gehörten alle Acte, welche die Verleihung, Abtretung einer Pfründe u. ſ. f. betrafen, ſo wie auch faſt alle Unterhandlungen über geiſtliche Sachen. Zu der zweiten Gattung gehörten Acte über Stiftungen von Pfründen, Klöſtern, Todten-Meſſen, die Aufnahme der Teſtamente der Geiſtlichen u. ſ. f. Art. 11 des Edicts v. 1691 legt den Acten der Apoſtoliſchen Notarien, wenn ſie mit den gehörigen Förmlichkeiten verſehen ſind, eben ſo wie den übrigen notariellen Acten die Kraft eine geſetzliche Hypothek zu begründen bei, welche die Acte der früheren (von dem Papſt und den Biſchöfen) beſtellten Notarien nicht hatten.

---

*) Sie findet ſich Cod. Neron. tom. I. p. 93 folg.

**) Encycloped. art. promoteur. Nach dem, was dort geſagt wird, gab es damals bei den geiſtlichen Gerichten zwei Staatsprocuratoren, nämlich einen geiſtlichen (den promoteur) und einen weltlichen. Der eben angeführten Verordnung Franz des erſten gemäß ſcheint es aber, als ob nur der Procurator bei dem gewöhnlichen weltlichen Gericht auch zugleich die Functionen deſſelben bei dem geiſtlichen Gericht wahrgenommen habe. An der angeführten Stelle (art. 27) heißt es nämlich: „ . . . . . Nous enjoignons à nos Procureurs, chacun en leur détroit, *qui en ce tiendront l' office de notre Procureur en Cour d' Eglise,* qu' ils aillent etc.

Der Biſchof, oder vielmehr ſein Official urtheilte nur in erſter Inſtanz. In Hinſicht der Appellation muß man bemerken, daß bei den geiſtlichen Gerichten keine Entſcheidung als rechtskräftig und ferner unangreifbar angeſehen ward, bevor bei definitiven Urtheilen drei- und bei interlocutoriſchen zwei übereinſtimmende Ausſprüche erfolgt waren.*) Die Zahl der Inſtanzen war alſo unbeſtimmt und gewiſſermaßen unendlich. Die erſte Appellation ging von dem Gericht des Biſchofs an das des Erzbiſchofs,**) und von dieſem an das des Primas, wenn es nämlich für das Gebiet des Erzbisthums, wo der Prozeß anhängig war, einen ſolchen Primas gab. Indeſſen war der Erzbiſchof von Lyon der einzige in Frankreich, dem in Hinſicht der Gerichtsbarkeit die Rechte eines Primas und zwar nur über die Erzbisthümer Sens, Tours und Paris, und die von dem letztern abhängigen Bisthümer zukam,***) obſchon noch einige andere auch den Titel: Primas führten. In denjenigen Provinzen, wo es keinen ſolchen Primas gab, ging die Appellation von dem Gericht des Erzbiſchofs an den Papſt. Daſſelbe galt auch, der ſo eben über die Appellationen angeführten Regel gemäß, ſelbſt in denjenigen Provinzen, die einem Primas untergeordnet waren, wenn die Ausſprüche der Officiale des Biſchofs, Erzbiſchofs und Primas nicht übereinſtimmend waren.

Die Appellation an den Papſt ward, wie es ſcheint, zuerſt durch das Concil. Sardicens., geh. i. J. 347, und zwar bei

---

*) Concord. Tit. d. secund. interlocut. et tertia definitiv. „Ab interlocutoriis autem secundo, a definitivis vero tertio provocare non licere decernimus; sed volumus secundam sententiam interlocutoriam *conformem*, et tertiam diffinitivam etiam conformem, omni mora cessante, executioni debite demandari debere, quacumque appellatione interposita non obstante. M. vergl. Can. Ut calumniis in Clement.

**) Wenn der Erzbiſchof auch zugleich Biſchof in der Dioceſe, worin er wohnte, war, ſo hatte er für dieſen letztern einen beſondern Official, der alle in derſelben entſtehenden Prozeſſe, die zu der Competenz der geiſtlichen Gerichte gehörten, in erſter Inſtanz entſchied. Von dem Ausſpruch dieſes Officials appellirte man an den für den erzbiſchöflichen Sprengel, übrigens von demſelben Biſchof angeſtellten.

***) Hericourt Loix Eccles. E. V. N⁰ (16—21).

Anklagen gegen die Biſchöfe eingeführt.*) Solche Anklagen mußten den alten Gewohnheiten und Regeln gemäß, welche auch in die Capitularien**) aufgenommen wurden, vor der Verſammlung aller Biſchöfe der Provinz angebracht und von denſelben entſchieden werden. Die Kirchen einiger Provinzen (beſonders die von Afrika und Gallien) wollten ſich auch dieſes Recht nicht nehmen laſſen.*) Allein obſchon das angeführte Concil. Sardic. nicht einmal von Allen als ein allgemeines angeſehen wird, ſo drang doch die angeführte Beſtimmung deſſelben nach und nach in die Geſetzgebung aller Länder ein, und ward ganz insbeſondere auch in die Capitularien aufgenommen. Bei der ſteigenden Macht der Päpſte ward beſonders durch Hülfe der falſchen Decretale dieſe Regel weit über den urſprünglichen Sinn ausgedehnt. Dieſem letztern gemäß ſollte ſie nur ein letztes Schutzmittel für einen Biſchof ſeyn, den man ſeiner Stelle entſetzt hatte. Allein die Päpſte wandten ſie auf die geringfügigſten Sachen, ſelbſt der Privaten, an. Dabei ward der regelmäßige Inſtanzenzug durchaus nicht beobachtet, ſondern die Sache oft mit Uebergehung aller Zwiſchengrade (omisso medio) nach Rom gezogen; welches den Partheien unendliche Schwierigkeiten und Koſten verurſachte. Das Concilium von Baſel (Sess. XXXI. §. 1) und nach dieſem die pragmatiſche Sanction**) ſchildern dieſe Mißbräuche mit den grellſten Farben, ſetzten aber auch, was das wichtigſte iſt, die geeigneten Maßregeln feſt, um denſelben für die Zukunft zuvorzukommen. Nach dem angeführten §. der pragmatiſchen Sanction ſollen mit Ausnahme der Sachen von höherm Intereſſe, und der über die Wahlen entſtehenden Streitigkeiten (M. ſ. S. 734 **) alle Rechtsſachen, wenn die Partheien weiter als 4 Tagreiſen (ultra quatuor dietas) von Rom entfernt ſind, vor das Gericht des Orts gebracht, und von demſelben entſchieden werden. Nur von einem definitiven Urtheil iſt Appellation verſtattet, es ſey denn, daß der durch einen Zwiſchenſpruch veranlaßte Schaden in dem definitiven Urtheil nicht wieder gut gemacht werden könnte. Auf jeden Fall darf bei der Appellation keine Inſtanz übergangen, ſondern dieſelbe muß bei dem unmittelbar höhern Richter angebracht werden. Iſt dieſer der Papſt ſelbſt, ſo muß er durch ein Reſcript in dem Gebiete, wo der Prozeß ſchwebt (in partibus), Richter zur definitiven Entſcheidung der Sache ernennen. Nur bei Rechtsverweigerung, oder wenn eine gerechte Furcht vorhanden iſt, daß auch in der Umgegend keine geeigneten Richter zu finden ſind, welches aber durch eine beſtimmte Urkunde, die in dem Reſcript ausdrücklich angeführt werden muß, zu erweiſen iſt, darf die Entſcheidung einer Sache zu Rom zurückbehalten werden.

---

*) Concil. Sardicens. Can. V. (die Ordnungszahl dieſes Can. wird in den verſchiedenen Ausgaben verſchiedentlich angegeben). „Osius Episcopus dixit et hoc placuit, ut si Episcopus accusatus fuerit, et omnes judicaverint congregati Episcopi regionis ipsius et de gradu eum dejecerint, si appellaverit qui dejectus videtur et confugerit ad beatissimum Romanae Ecclesiae Episcopum, et voluerit se audiri; si justum putaverit ut renovetur examen, scribere his Episcopis dignetur Episcopus Romanus, qui in finitima et propinqua altera provincia sunt, ut ipsi diligenter omnia requirant, et juxta fidem veritatis definiant. Quodsi is qui rogat causam suam iterum audiri, deprecatione sua moverit Episcopum Romanum, ut de latere suo Presbyteros mittat, erit in potestate quid velit, et quid aestimet. Si decreverit mittendos esse, qui cum Episcopis praesentes judicent, ut habeant etiam autoritatem illius personae, a qua destinati sunt, erit in ejus arbitrio. Si vero crediderit sufficere, ut Episcopi comprovinciales negotio terminum imponant, faciet quod sapientissimo concilio suo judicaverit.“

**) Capitular. lib. 7, Cap. 102. „Canones Africanae provinciae, vel etiam decreta Nicaena inferioris gradus Clericos sive ipsos Episcopos Metropolitanis suis apertissime commiserunt. Prudentissime enim justissimeque definierunt quaecunque negotia in suis locis, ubi orta sunt, finienda; maxime quia unicuique concessum est, si judicio offensus fuerit cognitorum, ad Concilia suae Provinciae vel etiam universale provocare.“ Ibid. Cap. 106. Ut nullus Metropolitanus absque caeterorum omnium comprovincialium coepiscoporum instantia aliquorum audiat causas eorum, clamante canonum tuba: Metropolitanus praeter omnium conscientiam non faciat aliquid (subauditur comprovincialium coepiscoporum) nisi quantum ad propriam pertinet parochiam.“ Eine der letztern völlig gleiche Beſtimmung (jedoch salvo Romanae ecclesiae privilegio) findet ſich Gratian. caus. IX. quaes. 3 cap. salvo.

---

*) Capitular. lib. 7. cap. 103, auch addit. 4ta ad Capitular. cap. 27. „Placuit ut si Episcopus accusatus appellaverit Romanum pontificem, id statuendum quod ipse censuerit (ap. Baluz. tom. II. pag. 1198) — Cap. 28. (ibid.) „Ut accusato vel judicato Episcopo liceat iterare judicium, et si necesse fuerit aut ipse voluerit, absque ulla detentione aut impeditione Romanum adire Pontificem.“ Ganz daſſelbe iſt verordnet Gratian. Caus. III. Quaest. 6. Cap. 5.

**) § Acceptat Decretum de causis (Ordon. tom. XIII. p. 280). Der § iſt zu weitläufig, um ihn hier anzuführen.

Die Beſtimmungen des Concordats hierüber ſind mit den eben angeführten faſt ganz gleichlautend*). Es dehnt ſogar die Befugniſſe der Franzöſ. Gerichte noch weiter aus; indem, mit einziger Ausnahme der Sachen von höherm Intereſſe (causae *majores*), alle übrigen von Richtern, die der Papſt an Ort und

---

*) M. ſ. in d. Concordat die nacheinander folgenden Tit. de causis, de frivolis appellationibus, de exemtorum appellationibus. Darunter ſagt Tit. (de causis): „statuimus quoque . . . . . quod . . . . . omnes et singulae causae, exceptis majoribus quibusdam in jure expresse denominatis, apud illos judices in partibus, qui de jure aut consuetudine praescripta vel privilegio illarum cognitionem habent, terminari et finiri debeant.“ Von den Wahlſachen, welche nach der pragmat. Sanction ebenfalls zu den ausgenommenen gehörten, iſt, an dieſer Stelle des Concordats, wegen gänzlicher Veränderung der Wahlen, keine Rede. In dem dritten der angeführten Titel heißt es: „Siquis vero immediate subjectus Sedi Apostolicae ad eamdem sedem duxerit appellandum, causa committatur in partibus per rescriptum usque ad finem litis, videlicet usque ad tertiam sententiam conformem inclusive, si ab illis appellari contigerit; nisi propter defectum denegatae justitiae aut justum metum; et tunc committi debent in partibus convicinis, et cum causarum expressione, quae etiam de illis legitime alias quam per juramentum coram judicibus a Sede Apostolica deputandis, constare debent.

Stelle oder im Nothfall in der Umgegend ernennt, entſchieden werden ſollen. Die Richter, welche der Papſt ernannte, hießen Commiſſariſche, oder beſonders beauftragte Richter (juges delegués). Nach dem in Frankreich beſtehenden Gerichtsgebrauch durfte der Wohnort dieſer Commiſſarien nicht weiter als zwei Tagreiſen von den äußerſten Grenzen der Dioceſe, wo die Sache zuerſt anhängig gemacht worden, entfernt ſeyn.*) Auch mußten dieſelben in dem Gerichtsbezirk des Parlaments, wo die Sache zuerſt entſchieden worden war, ihren Aufenthaltsort haben. Der Papſt durfte den Auftrag keinem Fremden, (ſeinem eigenen Nuntius nicht) ertheilen, ſondern die Beauftragten mußten geborne oder naturaliſirte Franzoſen ſeyn. Gewöhnlich ernannte er drei Biſchöfe oder deren Officiale zugleich, wovon demjenigen, der den erſten Vorladungsbefehl erließ, die Entſcheidung der Sache zufiel.**) Man konnte von dem Ausſpruch dieſer vom Papſt beauftragten Richter, ſo lange nicht drei gleichlautende Urtheile ergangen waren, ebenfalls appelliren. Dieſe Appellation ging nach Rom, wo denn der Papſt neue Richter, jedoch in Frankreich, ernannte. — Vollſtändigere Belehrung über dieſe Commiſſariſchen Richter findet man bei Héricourt Loix Eccles. E. IX. p. 122, wo ganz insbeſondere davon gehandelt wird.

Außer den Päpſten ſelbſt maßten ſich, beſonders in der Finſterniß des Mittelalters, auch die päpſtlichen Legaten, als Stellvertreter desjenigen, der ſie geſandt hatte, in geiſtlichen Dingen, eine faſt unumſchränkte Macht an. Obſchon auch Frankreich von dem allgemeinen Schickſal, welches ganz Europa dieſem geiſtlichen Joch unterwarf, nicht frei blieb, ſo hat man ſich doch von jeher in keinem Lande den Anmaßungen dieſer Legaten mit größerer Standhaftigkeit, und mit größerm Erfolg widerſetzt, als eben in Frankreich. Der Papſt durfte 1tens keinen ſeiner

---

*) Dieſes ward ſchon von Innocenz d. 3ten in d. allgemeinen Concil. v. J. 1215 ſo beſtimmt, (Cap. nonnulli extra. de rescriptis) und ging in den franzöſiſchen Gerichtsgebrauch über.

**) Zuweilen ernannte der Papſt auch mehrere Richter, welche zuſammen über die Sache entſcheiden ſollten.

Legaten nach Frankreich ſchicken als auf Anfordern oder wenigſtens mit Bewilligung des Königs. Der 11te Artik. der Freiheiten der Gallican. Kirche ſpricht dieſes ausdrücklich aus.*) In den Beweiſen dieſer Freiheiten findet man (Cap. 23) die Erlaubnißbriefe angeführt, welche die Könige ſeit Philip dem Schönen, in Beziehung auf die Sendung dieſer Legaten ertheilt haben.**) 2tens. Bei der Ankunft des Legaten in Frankreich übergab derſelbe (libertés d. l' egl. Gallic. art. 11) dem König die Bulle über ſeine Sendung, worin ſeine ganze Vollmacht; und alle ſeine Befugniſſe enthalten ſeyn mußten. Der König erließ dann ein offenes Schreiben (lettres patentes) in Beziehung auf dieſe Bulle. Beide Acte wurden darauf dem Parlement zur Eintragung in die Regiſter zugeſendet, welches alle, zur Erhaltung der Rechte des Königs nöthigen Modificationen hinzufügte. Man pflegte, aus Ehrfurcht gegen den Papſt, dieſe Modificationen nicht auf den Umſchlag der Bulle zu ſetzen, ſondern dieſelben dem Legat durch einen beſondern Act mitzutheilen. Allein er durfte ſeine Amtsverrichtungen nur unter dieſen Modificationen ausüben, und bei der Schlichtung aller Streitigkeiten darüber dienten dieſelben zur Richtſchnur (libert. art. 11). Die Bulle mußte überdem nicht allein dem Parlement von Paris ſondern allen denjenigen zugeſchickt werden, auf deren Amtsbezirk ſich die Sendung des Legaten erſtreckte. Allen dieſen

---

*) Die Conſtitut. Johannes des 22ten, nach welcher der Papſt nach Gutdünken in alle katholiſchen Länder Legaten ſchicken darf, war in Frankreich nicht angenommen.

**) Bei den Mißhelligkeiten zwiſchen dem Papſt Bonifacius und Philip dem Schönen ſchrieb Letzterer dem Erſten: „Quod (Rex) non impedivit nec impedire intendit, legatos, nuncios, vel alias quascumque personas, quominus ingredi valeant regnum suum, nisi sibi et regno sint legitime suspecti, vel alias habeant justam causam.“ — Die Franzöſiſchen Publiciſten beriefen ſich auch noch auf das Belſpiel Gregorius d. H., welcher i. J. 598 die Königin Brunehild bat zu geſtatten, daß er zur Verbeſſerung mehrerer in der Disciplin eingeſchlichenen Mißbräuche einen Legat in ihr Reich ſchicke, „ut personam si praecipitis, cum vestrae autoritatis assensu mittamus.“

Parlamenten ſtand auch das Recht zu, bei Eintragung der Bulle in ihre Regiſter die nöthigen Beſchränkungen hinzuzufügen. Sobald der Legat die nöthige Ausfertigung über die Einregiſtrirung ſeiner Bulle erhalten hatte, mußte er dem König ſchriftlich und unter Privat-Unterſchrift (sous seing privé) ſchwören, daß er ſeine Functionen als Legat, nur ſo lange es dem König gut dünken*) würde, ausüben, gegen die Gerichtsbarkeit und das Anſehen des Königs und eben ſo gegen die Privilegien und Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche Nichts unternehmen, und bei ſeiner Abreiſe die Regiſter über alle während ſeiner Sendung in Beziehung auf Frankreich ertheilten Expeditionen in den Händen desjenigen, den der König beſtimmen wollte, zurücklaſſen würde (libert. art. 11). — Durch alle dieſe Maßregeln ſcheinen nun zwar den Anmaßungen dieſer Legaten die gehörigen Schranken geſetzt zu ſeyn. Sie hatten ſich indeſſen bis zu den letzten Zeiten in dem Beſitz einer großen Menge von Rechten, beſonders in Beziehung auf die Verleihung von Pfründen erhalten; welches aber wohl daher kam, daß demjenigen, deſſen Stelle ſie vertraten, dieſelben Rechte entweder von jeher zugeſtanden hatten, oder durch das Konkordat wieder zugefallen waren. In Beziehung auf die geiſtliche Gerichtsbarkeit waren aber (dem Grundſatz gemäß, daß dem Geſandten keine größere Macht zuſtehen könne, als demjenigen, der ihn geſandt) die Befugniſſe dieſer Legaten in Frankreich faſt gänzlich Null und beſchränkten ſich darauf, daß ſie in den Fällen, wo die Appellation an den Papſt ging, die Commiſſariſchen Richter ernannten, welche in Frankreich entſcheiden ſollten. (M. ſ. Hericourt Loix Eccles. E. VII.)

---

*) Folgendes iſt das Schreiben, welches der Kardinal Moroſini, der i. J. 1576 Legat in Frankreich war, an den König richtete. Sanctae Romanae Ecclesiae presbyter, Cardinalis Maurocenus nuncupatus, ad Henricum, Francorum Regem Christianissimum, et universum illius regnum, dominia, ducatus, civitates et loca ei subjecta sanctae sedis Apostolicae de latere legatus, juro et promitto in verba cardinalis, per sacros ordines meos, manibus ad pectus positis, christianissimo regi, me legati munere non functurum, nec facultatibus mihi a sancta sede concessis usurum, nisi quando in regno ero, et suae majestati christianissimae placuerit; adeo ut certior factus de illius voluntate, illi convenienter legati nomen et jus continuo sim depositurus, simulque omnium quae gerentur a me, legatione finita, codicillos relicturum in manibus ejus quem voluerit sua christianissima majestas: item leges et statuta et consuetudines regni servaturum: nec ullo modo autoritati et jurisdictioni regiae, juribus, libertatibus et privilegiis Ecclesiae Gallicanae et universitatum derogaturum. In quorum testimonium has praesentes manu mea subscripsi, ac praeterea sigillo meo muniendas curavi. I. F. Cardinalis Maurocenus. (bei Hericourt E. VII. N° 11 p. 117).

Nachdem wir nun von den Perſonen der Richter in geiſtlichen Sachen hinreichend gehandelt, wollen wir die Befugniſſe dieſer Gerichte und das Verfahren vor denſelben I) in Civil- und II) in Criminalſachen kurz erklären.

I. Während der Finſterniß des Mittelalters, unter der Regierung der erſten Könige des dritten Geſchlechts, waren die Befugniſſe der geiſtlichen Gerichte faſt unbeſchränkt, wovon wir am Schluß noch einige nähere Beweiſe anführen werden. Vorzüglich behauptete die Geiſtlichkeit, daß die Frage über den Meineid und die Beſtrafung deſſelben vor ihre Gerichte gehöre; ja ſie dehnte dieſes ſogar auf alle Fälle, wo es ſich von einer Sünde handelte, aus. Unter dieſem Vorwand maßte ſie ſich in allen Fällen, wo die Partheien ſich einander Etwas eidlich verſprochen hatten, die Entſcheidung an*), und mit einigen künſtlichen Wendungen und Erklärungen war es leicht, faſt Alles unter dieſe Cathegorie zu bringen. Ungeachtet der vielen Klagen und Beſchwerden, die ſowohl die Privaten als die Grundherren (letztere wegen Schmälerung ihrer Gerichtsbarkeit) darüber erhoben, wagten doch die Könige kaum, dagegen einzuſchreiten. Carl der ſechste erließ indeſſen i. J. 1371 eine Verordnung, wodurch er den geiſtlichen Gerichten verbot über dingliche und poſſeſſoriſche Klagen und eben ſo über diejenigen wegen Grundzinſen und Renten, die auf dem Grundeigenthum hafteten, ſelbſt zwiſchen geiſtlichen Partheien zu entſcheiden. Die weltlichen Gerichte wurden dadurch ermuthigt, ihre Rechte auch in Beziehung auf andere Gegenſtände aufmerkſamer wahrzunehmen. Allein nicht eher als unter Franz dem erſten i. J. 1539 ward (durch die Verordnung v. Villers-Cotterets) dieſe Sache auf den Standpunkt gebracht, wo ſie bis zur Revolution blieb.

---

*) M. ſ. darüber Art. 1 der Vereinbarung, welche unter Philip Auguſt zwiſchen dieſem König, der Geiſtlichkeit und den Baronen getroffen ward, welche wir Beilage Lit. F. mitgetheilt haben.

Nach Art. 1 dieſer Verord. beſtimmte ſich bei allen perſönlichen Klagen das Gericht, vor welches ſie gebracht werden mußten, nach der Perſon des Verklagten. War dieſer geiſtlich, ſo gehörte die Sache vor die geiſtlichen⸗, ſonſt vor die gewöhnlichen Gerichte*). Auch wenn ein Geiſtlicher Handel oder ſonſtige Geſchäfte trieb, ſo gehörte (Art. 4) die Entſcheidung aller ſich darauf beziehenden Rechtsſtreitigkeiten vor die weltlichen Gerichte. Die Geiſtlichkeit hatte, um ihre Gerichtsbarkeit auszudehnen, die Marime eingeführt, daß alle, welche auch nur die erſte Weihe (die Tonſur) erhalten hätten, als Geiſtliche anzuſehn⸗ folglich wegen perſönlicher Klagen gegen ſie nur den geiſtlichen Gerichten unterworfen ſeyn. Wegen dieſes Vortheils ließen ſich ſehr viele Menſchen, welche ſich ſpäter verheiratheten, und überhaupt durchaus weltliche Geſchäfte trieben, die erſte Weihe geben. Allein die Verordnung von Rouſſillon (v. J. 1563) Art. 21, und die von Moulins (v. J. 1566) Art. 40 *) beſtimmten, um dieſen Mißbrauch zu verhüten, daß Einer, um auf das Privilegium des geiſtlichen Standes (privilége de cléricature) Anſpruch zu machen, wenigſtens Subdiaconus ſeyn, oder wegen Pfründen oder ſonſtiger Aemter, die er von der Kirche hatte, wirkliche Kirchendienſte in einer Kirche verrichten müßte*)

---

*) Dieſes war dem älteſten Recht, ſelbſt unter dem dritten Geſchlecht, gemäß. In einem Brief v. J. 1274, worin Philip d. 3te (Kühne) mehrere ihm vorgelegte Rechtszweifel entſcheidet (Ordon tom. I. pag. 301) heißt es Art 3: „Est etiam contra jura scripta, si clericus agat contra laicum, quod relinqui non debeat laicus foro suo. Daſſelbe folgt aus einem Schreiben Philips des Schönen v. J. 1290 (Ordon tom. I. pag. 318): „Art. 15. Quod Ecclesiasticae personae non compellantur in foro saeculari super actionibus mere personalibus litigare, quamquam per nostras aut ministrorum literas fuerint obligatae.“ Noch deutlicher drückt ſich derſelbe König in einem Schreiben, das er den 3ten Mai 1302 zum Vortheil der Kirchen von Languedoc erließ (Ordon tom. I. p. 340, 342) aus „art. 11. Pro factis personalibus, Clericos clericaliter viventes, et etiam personas ecclesiasticas coram vobis (Seneschallis) litigare non compellatis licet coram vobis super ipsis factis se obligaverint, nec permittatis compelli, nec pro debitis ab ipsis commissis condemnationes, vel executiones aliquas faciatis.)

Wenn Geiſtliche irgend einen Dienſt des Königs in der Verwaltung oder den Gerichten annahmen, ſo ſtanden ſie in Allem, was ſich auf dieſen Dienſt bezog, unter den Königlichen Gerichten **). (libert. d. l'églis. Gallic. art. 38). Der Gerichtsbarkeit der Attributions-Gerichte (Steuer-Forſtgerichte u. ſ. f.) waren ebenfalls Alle, ſowohl Geiſtliche als Weltliche unterworfen. Auch dingliche ***), gemiſchte und eben ſo poſſeſſo-

---

*) Ordon de Moulins art. 40. „Ordonnons que nnl de nos sujets soi-disant clerc, ne pourra jouir dudit privilege, soit pour delaissement au juge d'Eglise ou pour autre cause, s'il n'est constitué es ordres sacrés, et pour le moins sous-diacre ou clerc actuellement residant et servant aux offices, ministeres et benefices, qu'il tient en l'église." M. vergl. Concil. Trident. Sess. 23 de reformat. 6. — Wer ſich verheirathete, ward angeſehen, als habe er auf das Privilegium des geiſtlichen Standes verzichtet. (Héricourt E. XIX. N° 9.)

**) Da in früheren Zeiten die Geiſtlichen wegen ihrer Vergehen durchaus nur unter den geiſtlichen Gerichten ſtanden, ſo befahl Philip der Schöne durch ſeine Verordnung v. J. 1287 (Ordon tom. I. p. 316) allen geiſtlichen und weltlichen Gerichtsherren, durchaus keine Geiſtlichen zu ihren Beamten zu nehmen, „ut si ibi delinquant, superiores sui possint animadvertere in eos."

***) Dieſes war ebenfalls dem uralten Recht gemäß. In einer Verordnung Philips des Schönen v. J. 1290 (Ordon tom. I. p. 318, 319) heißt es Art. 8.: „Quod non impediantur dicti praelati de testamentis, legatis vel fideiriſche und hypothekariſche Klagen gehörten ohne alle Rückſicht auf den Stand der Partheien vor die weltlichen Gerichte.

Den geiſtlichen Gerichten ſtand dagegen, und zwar ebenfalls ohne alle Rückſicht auf den Stand der Partheien, in allen Prozeſſen, die über geiſtliche Zehnten*) und eben ſo über Pfründen entſtanden**), das Erkenntniß zu, doch nur in der Hauptſache. Poſſeſſoriſche Klagen darüber gehörten vor die weltlichen Gerichte und zwar (nach Art. 13 des Ordon d. Cremieu d. 1536) ſchon in erſter Inſtanz vor die Amtmänner. Nach Art. 49 der Verordnung von Villers-Cotterets mußte dieſer Prozeß über den Beſitz von den weltlichen Gerichten völlig entſchieden,

---

commissis, dotibus aut dotalitiis cognoscere. Verumtamen in quantum testamentum, legatum vel fideicommissum realem tangat actionem, vel hereditatis petitionem, vel si dos aut dotalitium ad personale servitium teneatur, cognitio hujus ad saecularem dominum pertineat.“ — Daſſelbe folgt aus Ordon. d. Villers-Cotterets art. 49.

*) Streitigkeiten über weltliche, ſogenannte zu Lehn gegebene Zehnten (dixmes inféodées), gehörten vor die weltlichen Gerichte. — Eben ſo konnte, wenn das Zehnt-Recht unbeſtritten, und etwa der Zehntpflichtige nur ſaumſelig in der Entrichtung des Zehnten war, der weltliche Richter entſcheiden. Auch wenn die Frage war, ob von einer gewiſſen Gattung von Früchten (von Gemüſe, Heu) der Zehnte gegeben werden müſſe oder nicht, gehörte die Entſcheidung durchaus vor die weltlichen Gerichte. Nach einer Verordnung von Philip Auguſt (Beilage F. art. 3) durften nämlich die Geiſtlichen keinen ungewöhnlichen Zehnten erheben, und die Entſcheidung, ob ein Zehnte ein ungewöhnlicher ſey, war an die weltlichen Richter verwieſen. (M. ſ. Lange nouveau Pratic. Franc. tom. I. Chap. 1. p. 15.)

**) d. h. über die gewöhnlichen, geringen Pfründen. Streitigkeiten über die höhern Pfründen (benefices consistoriaux), wozu, nach d. Konkordat, der König ernannte, und der Papſt die Canoniſche Einſetzung ertheilte, gehörten vor den großen Staatsrath (le grand conseil). Alle Prozeſſe endlich über Pfründen, die der König, bei Erledigung eines biſchöflichen Stuhls, vermöge des Hoheits-Rechts in geiſtlichen Sachen (régale) verlieh, gehörten vor das Parlament von Paris.

und alle Entſchädigungen vorher berichtigt ſeyn, ehe man ſich wegen der Hauptſache an die geiſtlichen Gerichte wenden durfte. In den letzten Zeiten hatten aber die weltlichen Richter ihre Befugniſſe noch weiter ausgedehnt. Durch mehrere Beſchlüſſe der Parlamente war nämlich der Gerichtsgebrauch eingeführt, daß Klagen, die wegen des Beſitzes von Pfründen und Zehnten vor den weltlichen Gerichten entſchieden wären, in der Hauptſache (in petitorio) nicht mehr vor die geiſtlichen Gerichte gebracht werden durften. Der Grund oder vielmehr der Vorwand dazu war, daß, nach Art. 46 der Verordn. v. Villers-Cotterets, bei Anſtellung ſolcher Beſitz-Klagen über Pfründen die Partheien vorher ihre Titel übergeben müßten, alſo nach Aburtheilung der Beſitzklage dem geiſtlichen Richter nichts mehr zu entſcheiden übrig bliebe.

Ganz insbeſondere ſtand den geiſtlichen Gerichten und zwar denſelben ausſchließlich, und zwiſchen Perſonen jeden Standes (Ordon. d. 1539 art. 4) die Entſcheidung über alle eigentlich *geiſtlichen Sachen*, d. h. über ſolche, die den Glauben, die Sakramente, den Gottesdienſt, die Kirchenzucht, die Ordensgelübde, das Verbrechen der Ketzerei und Simonie betrafen, zu [*]).

Da die Ehe ein Sakrament iſt, ſo war dieſes der Geiſtlichkeit ein nur zu willkommener Vorwand, um die Entſcheidung über alle bei Gelegenheit der Ehe eingegangenen Verbindlichkeiten und durch dieſelbe erworbenen Güter, das Heirathsgut u. d.

---

*) Edit (d. Louis 14.) du mois d'Avril 1695. „art. 30. La connoissance et le jugement de la doctrine concernant la religion appartiendra aux archevêques et evêques; enjoignons à nos cours de parlemens, et à tous nos autres juges, de la renvoyer aux dits prélats, de leur donner l'aide dont ils auront besoin, pour l'exécution des censures qu'ils pourront en faire, et de procéder à la punition des coupables sans préjudice à nosdits cours et juges de pourvoir par les autres voies qu'ils estimeront convenables à la reparation du scandale, et trouble de l'ordre et tranquillité publique, et contravention aux ordonnançes que la publication de ladite doctrine aura pu causer."

an ſich zu ziehen*). In den letzten Zeiten entſchieden indeſſen die geiſtlichen Gerichte nur über die Gültigkeit oder Ungültigkeit und Nichtigkeit der Ehe und der Eheverſprechen, und zwar nur zwiſchen den Contrahirenden ſelbſt. Fragen, die über die Gültigkeit der Ehe nach dem Tode Eins der Contrahirenden oder über Eheverſprechen, welche die Eltern hinſichtlich ihrer

---

*) M. ſ. die S. 797 * angeführte Verordnung Philips des Schönen. — Welche Quälereien ſich die Geiſtlichen bei der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit in Eheſachen oft erlaubten, darüber mag es genug ſeyn, Ein Beiſpiel anzuführen. Odon. tom. II. p. 117 findet ſich ein Schreiben Philips von Valois (datum Parisius in Parlamento nostro die decima Julii A° millesimo trigesimo sexto), worin der König dem Amtmann von Amiens aufträgt, dem Biſchof von Amiens und ſeinem Official zu verbieten, die Leute vor ſein Gericht zu laden, und in eine Geldſtrafe zu verurtheilen „quod ipsi faeminas aliasque desponsatas carnaliter cognoverint). Er ſoll den Biſchof „per captionem temporalitatis suae“ zwingen, davon abzuſtehen. Ebendaſ. wird p. 118 in der Note ein Parlamentsbeſchluß v. 19ten März 1409 angeführt, worin es heißt: „Il fut dit par arrest de la cour, que les defenses faites à la requeste du Procureur général et les Maires et les Echevins d'Abbeville en Ponthieu par vertu de certaines lettres royaux à l'Evesque d'Amiens, et aux Curez de la dite ville: c'est à savoir audit Evesque, qu'il ne print ne exigeât des nouveaux mariez, pour leur donner congé de coucher avec leur femmes la premiere deux- et troisieme nuit de leur nopces et autres contenues audit arrest avoient été bonnes et valables, et que l'opposition dudit Evesque avoit esté donnée sans excepte, au regard des exceptions générales, au regard desquelles il fut dit, les defenses avoir été faites sans cause. Et fut dit que chacun des dits habitans pourroit coucher cum uxoribus suis la premiére nuit de leurs nopces etc.“ Der Befehl des Biſchofs war übrigens den Canoniſchen Geſetzen völlig gemäß. Decret. Grat. Caus. XXX. Quaest. V. Cap. 5. „Sponsus et sponsa cum benedicendi sunt a sacerdote, a parentibus suis vel paranymphis (Brautführern) offerantur, qui cum acceperunt benedictionem, eadem nocte pro reverentia ipsius benedictionis in virginitate permaneant.“

Kinder eingegangen waren, entſtanden, gehörten nebſt allen Streitigkeiten über die Folgen daraus, und die deshalb zu leiſtenden Entſchädigungen vor die weltlichen Gerichte. Eheſcheidungsklagen konnten zwar an und für ſich ſowohl bei den geiſtlichen als weltlichen Gerichten angebracht werden. Da indeſſen den geiſtlichen Gerichten über alle deshalb zu leiſtenden Entſchädigungen, Theilung der Güter u. ſ. f. keine Entſcheidung zuſtand, ſo wurden dieſe Klagen faſt ohne Ausnahme bei den weltlichen Gerichten angebracht. (Héricourt Loix Eccles. G. VI. N° 29.

Was das Verfahren vor den geiſtlichen Gerichten in Civilſachen betrifft, ſo enthält bekanntlich das canoniſche Recht darüber ſehr beſtimmte und ausführliche Vorſchriften. Da daſſelbe aber als Geſetzbuch in Frankreich nie angenommen war, ſo hatte die Geiſtlichkeit davon nur ſo viel, als ihr gut und nützlich ſchien, bei ihren Gerichten eingeführt. Späterhin folgte man bei den geiſtlichen Gerichten mehr den Gebräuchen, die bei den weltlichen beſtanden. Ludwig der 14te befahl endlich Tit. I. Art. 1*) der von ihm i. J. 1667 gegebenen Verordnung über das Verfahren in Civilſachen; daß dieſelbe bei allen Gerichten ohne Ausnahme und insbeſondere auch bei den geiſtlichen Tribunalen befolgt werden ſollte. Da wir nun ſchon im erſten Theil (Abſchn. III. § III. S. 255—436) umſtändlich davon gehandelt haben, ſo können wir uns hier auf einige Bemerkungen beſchränken **). Die Vorladung vor die geiſtlichen Gerichte, welche „citation“ hieß, geſchah auf die gewöhnliche Weiſe durch einen Huiſſier, vermöge eines mündlichen oder ſchriftlichen Befehls

---

*) „Voulons que la présente Ordonnance, et celles que nous ferons ci-apres ensemble les Edits et Déclarations que nous pourrons faire à l'avenir, soient gardées et observées par toutes nos Cours de Parlemens, Grand Conseil, Chambres des Comptes, Cours des Aides, et autres nos Cours, Juges, Magistrats, Officiers tant de Nous que des Seigneurs, et par tous nos autres Sujets, même dans les *Officialitez.*“

**) M. ſ. u. Héricourt Loix Eccles. E. XX. und XXV. wo umſtändlich davon gehandelt wird.

des Richters*). — Wenn bei Gelegenheit eines ſchwebenden Civil-Prozeſſes ein Actenſtück als verfälſcht angegriffen ward, ſo urtheilte zwar der geiſtliche Richter über dieſe Fälſchungsklage (faux incident); er konnte aber gegen einen Weltlichen, der die Fälſchung begangen, keine Strafe erkennen, und ſelbſt gegen einen Geiſtlichen, wenn er der ſchuldige war, nur gemeinſchaftlich mit dem weltlichen Richter verfahren, wie ſogleich unten näher erklärt wird. — Man konnte die geiſtlichen Richter eben ſo und aus den nämlichen Gründen verbitten (récuser), wie die weltlichen. Das Verfahren war ebenfalls daſſelbe. Bei der Enſcheidung mußten wenigſtens drei Richter mitwirken, wozu man, wenn es nöthig war, die Advokaten und Practiker des Gerichts, nach der Ordnungsfolge, wie ſie in der Liſte eingetragen waren (suivant l'ordre du tableau), nahm. Wenn der geiſtliche Richter verſäumte, über eine ſpruchreife Sache (une affaire en état) zu entſcheiden; ſo konnte man ihn eben ſo wie den weltlichen Richter nach den gehörigen Aufforderungen der Rechtsverweigerung (deni de justice) anklagen. Dieſe Klage gehörte, nach der Meinung Einiger, vor den geiſtlichen Richter der unmittelbar höhern Inſtanz. Allein nach dem Gerichtsgebrauch der Parlamente mußte die Parthei in dieſem Fall die Klage wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt (appel comme d'abus) anſtellen, welche ausſchließlich vor die Parlamente gehörte. Die geiſtlichen Gerichte durften in den letzten Zeiten Niemand durch die Excommunikation zur Bezahlung einer gewiſſen Summe zwingen. Alle Parlamente hatten dergleichen Urtheile für Mißbrauch der geiſtlichen Gewalt erklärt. Gegen Solche, welche die H. Weihen empfangen hatten, konnte auch zur Bezahlung einer Civilſchuld keine perſönliche Verhaftung ausgeſprochen werden. Ehemals wurden die Urtheile der geiſtlichen Gerichte

---

*) Letzteres ward vor der ordon. d. 1667 ganz ſicher erfordert. Ob es auch ſpäter nöthig war, mögte zweifelhaft ſcheinen. Héricourt behauptet das Gegentheil. Nach Ferriere Dict. d. D. art. citation war aber ein ſolcher Auftrag des Richters bei Vorladungen vor die geiſtlichen Gerichte durchaus nöthig. Vielleicht war es durch den Gerichtsgebrauch beibehalten. M. v. Th. I. S. 258 *.

auf einen Befehl (pareatis) der weltlichen Richter vollſtreckt. Allein nach Art. 44 des Edikts v. April 1695[*] ſollte es unmittelbar, und ohne ſolche vorläufige Erlaubniß geſchehn.

Man konnte vermöge eines Urtheils der geiſtlichen Gerichte auch die unbeweglichen Güter eines Geiſtlichen mit Beſchlag belegen. Aber das ganze Verfahren dabei, die Erlaſſung der Decrete zum Verkauf derſelben u. ſ. f. mußte von den weltlichen Gerichten ausgehn, indem den Geiſtlichen durchaus kein Erkenntniß über dingliche oder gemiſchte Klagen zuſtand. Die Appellation gegen das Urtheil eines geiſtlichen Gerichts ward ebenfalls nach den Vorſchriften der ordon. d. 1667 eingelegt und fortgeführt[*]. Die geiſtlichen Gerichte durften ſich auch in der Appellations-Inſtanz der Ausdrücke „mettre l'appel au néant, mettre l'appellation ou ce dont est appel, au néant" welche einzig den Parlamenten und höchſten Gerichtshöfen vorbehalten waren, nicht bedienen, ſondern ſprachen einzig: „par bien ou mal jugé." — Die ſogenannte requête civile fand bei den geiſtlichen Gerichten eben ſowohl als bei den weltlichen Statt. — Es gab kein beſtimmtes Tribunal, bei welchem man gegen die in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile der geiſtlichen Gerichte Caſſation einlegen konnte.. Allein, wenn gegen die Königl. Verordnungen, die Gewohnheiten der Provinzen u. ſ. f. geurtheilt worden, ſo konnte man ſich deshalb mit einer Klage wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt an die Parlamente wenden.*) Doch wurden auch ſelbſt die Urtheile der letztern darüber oft vom Staatsrath kaſſirt. — Die Klage wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt konnte man gegen jedes Urtheil, welches von den geiſtlichen Gerichten, in was immer für einer Inſtanz und Sache, ſelbſt in einer rein geiſtlichen ausgegangen war, einlegen. Von der eigenthümlichen Natur dieſer Klage (appel comme d'abus) iſt ſchon oben (Abſchn. IV. S. 36 — 47) näher gehandelt worden, wohin wir die Leſer verweiſen. Nach den organiſchen Artikeln, welche dem Konkordat v. J. 1801 beigefügt ſind (Desen. tom. X. p. 440) ſollte man ſich in allen Fällen, wo die geiſtlichen Obern oder andere geiſtliche Perſonen ihre Macht mißbrauchten, an den Staatsrath wenden können. Dieſes Rechtsmittel ſtand jedem, der bei der Sache intereſſirt war, zu, und, wenn kein Privater als Kläger aufſtand, ſo ſollte der Präfekt dafür von Amtswegen einſchreiten. Um die Klage anzuſtellen mußte man ſich (Art. 8) ſchriftlich an das mit dem Cultus beauftragte Mitglied des Staatsraths wenden, auf deſſen Bericht der geſammte Staatsrath auf dem Verwaltungsweg entſchied, und nöthigenfalls die Sache an die competenten Gerichte verwies. Durch das Dekret, welches der Kaiſer den 25ten März über die Vollſtreckung des Konkordats von Fontainebleau erließ (Desen. tom. X. p. 533) ward dieſes wieder geändert, und (Art. 5) die Entſcheidung aller Klagen über den Mißbrauch der geiſtlichen Gewalt ſo wie über die

---

[*] „Les sentences et jugemens sujets à exécution, et les decrets décernés par les juges d'Eglise, seront exécutés en vertu de notre présente ordonnance, sans qu'il soit besoin de prendre, pour cet effet, aucun pareatis de nos juges, ni de ceux des Seigneurs ayant justice, Leur enjoignons de donner main forte, et toute aide et secours dont ils seront requis, sans prendre aucune connoissance desdits jugements." — Einige behaupteten indeſſen, daß dieſer Artikel ſich nur auf Urtheile in eigentlich geiſtlichen Sachen beziehe. Héricourt E. XX. N° 126.

[**] Nach dem canoniſchen Recht mußte der Appellant den Richter von deſſen Ausſpruch er appellirte, bitten, ihm einen ſogenannten Entlaſſungsbrief (apôtres, apostoli) zu geben, wodurch die Sache an den höhern Richter verwieſen ward (Cap. quamvis. Clement.). Dieſes war ſogar früher auch in die Praxis der weltlichen Gerichte übergegangen, und ward erſt durch die Verordnung von Villers-Cotterets v. J. 1539 abgeſchafft (Th. I. S. 336 *). In den letzten Zeiten war es aber in Frankreich weder bei den weltlichen noch geiſtlichen Gerichten mehr üblich.

---

*) Hericourt, welcher E. XXV. N° 52 ſagt, daß es kein ordentliches Tribunal gebe, wobei man Caſſation gegen die Urtheile der geiſtlichen Gerichte nachſuchen könne, führt ſelbſt E. XXV. N° 34 ein Urtheil des Staatsraths v. 12ten Mai 1700 an; wodurch ein über eine Klage wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt erlaſſenes Urtheil des Parlaments von Dijon caſſirt ward.

Nicht-Vollſtreckung der Konkordate an die Gerichtshöfe verwieſen. Der Großrichter ſollte (Art. 6) ein Geſetz über das dabei zu beobachtende Verfahren und die zu erkennenden Strafen vorlegen. Allein dieſes ſcheint nicht zur Ausführung gekommen und das Erkenntniß über dieſe Klagen (auch nach Wiedereinſetzung der ältern Bourboniſchen Linie) bei dem Staatsrath verblieben zu ſeyn. Wenigſtens beklagt Henrion de Panſey, deſſen Werk: De l'autorité judiciaire en France erſt nach der Reſtauration, i. J. 1818 herauskam, pag. 505, 506, ſich bitter über die dem Staatsrath in dieſer Hinſicht beigelegten Attributionen, welche er als Eingriffe in die Rechte der Tribunale anſieht. Noch vor ganz kurzer Zeit (im März dieſes Jahrs 1837) hat der Staatsrath (dieſes Recht in einem merkwürdigen Falle ausgeübt. Der erzbiſöfliche Pallaſt zu Paris war im Auguſt 1830 während der Unordnungen und Unruhen, die bei dem Sturz der Bourbonen Statt fanden, geplündert und verwüſtet worden. Nach einer Königl. Verordnung v. 13ten Aug. 1831 ſollte derſelbe, als Staatseigenthum, unter der Verpflichtung, ihn niederzureißen, zum Verkauf ausgeſetzt werden, wogegen dem Erzbiſchof ein anderer Pallaſt zur Wohnung beſtimmt ward. Derſelbe nahm dagegen dieſen Pallaſt als Kirchen-Eigenthum in Anſpruch, und proteſtirte in einer in ſehr ungemeſſenen Ausdrücken abgefaßten Erklärung gegen das Verfahren der Regierung. Dieſelbe war (vielleicht als Nachahmung der Appellation von Philip d. Schönen S. 765 *), gerichtet „a tous ceux qui ont ou qui auroient à l'avenir droit d'en connoître". Der Erzbiſchof ließ dieſelbe drucken und allen Pfarreien, ſo wie insbeſondere auch dem Domcapitel von Paris mittheilen. Dieſes letztere gab, nach förmlich gehaltener Berathung, derſelben ſeinen Beifall, und ließ ſie in ſeine Regiſter eintragen. Die Regierung legte hierauf gegen dieſelbe beim Staatsrath die Appellation wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Macht ein, wovon der Erzbiſchof (Hyacinthe-Louis de Quelen) amtlich in Kenntniß geſetzt ward. Hierauf erfolgte den 21ten März 1837 eine Entſcheidung des Staatsraths, wodurch das Verfahren des Biſchofs für mißbräuchlich und die Eintragung in die Regiſter des Domcapitels für nichtig und nicht geſchehn erklärt ward. Das Nähere ſehe man im Moniteur v. 23ten März d. J. 1837.

Was die Competenz der geiſtlichen Gerichte in Criminalſachen betrifft, ſo kam es vor Allem darauf an, ob der Angeſchuldigte ein Geiſtlicher war. Wir haben ſchon oben in der Einleitung zu dieſer Nummer bemerkt, wie es unter den Römiſchen Kaiſern in den erſten Zeiten, nachdem ſie zum Chriſtenthum übergegangen waren, in Beziehung auf die Beſtrafung von Verbrechen oder Vergehn der Geiſtlichen gehalten ward. Hatten dieſelben nur gegen die Kirchenzucht oder die guten Sitten gefehlt, ſo war ihre Beurtheilung und Beſtrafung den Biſchöfen anheim geſtellt. Bei eigentlichen Verbrechen aber ward den Geiſtlichen, wie den Weltlichen, der Prozeß nach derſelben Form und denſelben Geſetzen von den ordentlichen (weltlichen) Gerichten gemacht. Es iſt indeſſen ebenfalls ſchon angeführt worden, daß dieſe Privilegien der Geiſtlichen, ſchon unter den Römiſchen Kaiſern, nach und nach dahin ausgedehnt worden, daß Geiſtliche in allen gegen ſie gerichteten Kriminal-Klagen nur von den geiſtlichen Gerichten beurtheilt werden dürften. So lange das Römiſche Reich beſtand, ſah man dieſes indeſſen nicht als ein der Geiſtlichkeit, der Natur der Sache nach zukommendes, oder durch die H. Schriften beigelegtes Recht, ſondern vielmehr als einen Beweis der Achtung, welche die Kaiſer für die Geiſtlichkeit hegten, und als eine beſondere Begünſtigung derſelben an, welche der Fürſt, wenn er es für gut fände, zurücknehmen könnte. Nach dem Sturz des römiſchen Reichs ging dieſe Begünſtigung in ein eigentliches Recht, woran auch die Könige nur mit großer Vorſicht rühren durften, über. Die canoniſchen Rechte, welchen ſich die ganze chriſtliche Welt unterworfen glaubte, ſtellten, beſonders nach Verbreitung der falſchen Decretale, die übertriebenſten Anmaßungen der Geiſtlichen als wahre Rechte auf. Hierhin gehörte denn auch insbeſondere das ſchon angeführte Privilegium, daß kein Geiſtlicher vor einem weltlichen Richter angeklagt werden dürfe*). Die Fränkiſchen Könige, obſchon ſie das canoniſche Recht nicht unbedingt annahmen, ſtellten durch ihre eigenen Verordnungen faſt dieſelben Grundſätze auf, wie aus den beiden von Philip Auguſt (reg. v. 1180—1223) erlaſſenen Verordnungen, die wir Beil. F., G. mitgetheilt haben, deutlich erhellt. (Nach G. art. 1) durften die weltlichen Richter einen Geiſtlichen nur wegen ſehr großer Verbrechen (multri, raptus, incendii, adulterii, sanguinis effusi per baculum vel per arma molata, vel per hujusmodi criminis magni) und überdem nur, wenn er auf friſcher That ertappt war, verhaften laſſen. Selbſt dann ſollten ſie (art. 2) ihn den geiſtlichen Gerichten, um über ihn das geeignete zu beſtimmen (ad faciendum de eo quod secundum quantitatem foris facti fuerit faciendum) ausliefern. Die Geiſtlichen behaupteten, daß ſie einen ſolchen Verbrecher, nachdem ſie ihn ſeiner Weihen entſetzt, gänzlich frei laſſen könnten. Allein (nach Beil. F. art. 2) ſollten ſie zwar nicht verpflichtet ſeyn, denſelben den weltlichen Gerichten auszuliefern*), ihn jedoch auch nicht an eine Freiſtätte, in ein ſogenanntes Aſyl, ſondern nur an olche Orte bringen dürfen, wo die weltlichen Richter ihn ergreifen und dann nach Umſtänden zur Strafe ziehen könnten, ohne daß ſie deshalb irgend einer Verantwortlichkeit unterworfen wären. Ueberhaupt wagten, auch während der Finſterniß des Mittelalters, die weltlichen Richter hierin Mehr oder Weniger nach der größern oder geringern Feſtigkeit der Königl. Macht, ſo wie nach der mehr oder minder günſtigen Stimmung des Königs gegen die Geiſtlichkeit, welche ſelbſt ſich meiſtens danach richtete, in wiefern er des Beiſtandes der Geiſtlichkeit bedurfte oder nicht. — Ein Verbrechen insbeſondere, nämlich das des Hochverraths blieb aber, faſt von den erſten Zeiten der Monarchie an, vorbehalten, ſo daß die weltlichen Gerichte dabei ſogleich unmittelbar einſchritten, ungeachtet der Angeklagte ein Geiſtlicher und ſelbſt ein Biſchof*) war. Philip der Schöne entſchuldigte dadurch ſein Verfahren gegen den Biſchof von Pamiers in einem Brief, den er i. J. 1301 an den Papſt Bonifacius den achten ſchrieb: „Cum tantus reatus omne privilegium, omnem dignitatem excludat.“

---

*) M. ſ. Decret. Grat. Can. 1, 2, 3, 4, 5, 6 Caus. 11. — Can. 1 ſagt: „Nemo unquam Episcopum apud judicem secularem, aut alios Clericos accusare praesumat.“

---

*) Die Königl. Verordnungen aus dieſer Zeit ſtimmen in Beziehung auf dieſen Gegenſtand nicht durchaus überein; wie dieſes auch wegen Verſchiedenheit der Provinzial-Rechte wohl nicht anders ſeyn konnte. In der Oberrechenkammer fand ſich eine Verordnung, welche derſelbe König (Philip Auguſt) nach einer i. J. 1205 angeordneten Unterſuchung über die Rechte, die dem König von England in der Normandie zuſtanden, erlaſſen hatte (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 132 Not.). Nach derſelben ſollte ein geiſtlicher Verbrecher ebenfalls den geiſtlichen Gerichten ausgeliefert werden „et se il est convaincu de larrechin ou de murdre, il doit estre degradé, ou l'en le doit faire forjurer la terre“ (d. h. er mußte ſchwören das Land verlaſſen und nicht wiederkehren zu wollen. Kam er wieder, ſo war er den weltlichen Gerichten verfallen). „nostre Sire le Roy fera justice del Clerc autresi comme d'un lay.“ — Im Jahr 1274 beſtimmte Philip der dritte (Vater Philips des Schönen) in einem Brief, worin er mehrere ihm vorgelegte Fragen beantwortete (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 301) „art. 3. „Ex quo Clerici interficientes homines in jurisdictione nostra, cui committi debeant, nobis videlicet an episcopis, recurri voluimus ad jus scriptum, nisi quid agi debeat consuetudo declaret.“ — Philip der Schöne ſchrieb den 25ten Aug. 1302 an alle Amtmänner

Den einzigen Fall des Hochverraths abgerechnet, kamen aber die Geiſtlichen ſelbſt bei den größten Verbrechen faſt un-

---

der Normandie (Ordon. tom. I. p. 348) „Nulz Clers ne nulle personne de ste. Eglise ne doit estre prise et arrestée, si elle n'est prise en presente meſfaict, ou s'il n'est seivi à harou (durch das Haro-Geſchrei verfolgt wird) et lors doit il estre rendu à Ste eglise, si elle le requiert, et s'il reconnoist en la Court de Ste eglise le mesfait donc, il est seivi, et il en est atteint, il doit estre déposé de tous ordres et chassé hors du pays comme exilez, pourtant que le mesfaict soit tel que homme en dût perdre vie ou membres. Icelles personnes (ne) sont quittes de plaider en Cour laye, en tant comme il appartient au fié lay.“

*) In dem 18ten Jahrhundert und ſelbſt in den allerletzten Zeiten vor der Revolution hatten ſich indeſſen in den Fällen, wo der Angeklagte ein Biſchof oder Cardinal war, darüber Schwierigkeiten erhoben, wovon unten noch näher die Rede ſeyn wird.

geſtraft davon, indem die geiſtlichen Richter, auch abgeſehen von der natürlichen Partheilichkeit, welche ſie für ihre Standesgenoſſen hatten, keine Leib- oder Lebensſtrafe *), ſondern nur die ſogenannten canoniſchen Strafen, oder eigentlicher zu reden, Bußen auferlegen durften. Endlich indeſſen, da mit der Zahl der Geiſtlichen, worunter man früher alle, welche nur die Tonſur **), erhalten hatten, verſtand, ſich die Zahl der Verbrecher unter denſelben ebenfalls ſehr vermehrte, und überhaupt die unbegränzte Achtung für die Geiſtlichkeit durch die unerhörten Anmaßungen und Mißgriffe derſelben täglich abnahm, fing man an auf den Nachtheil und die Schändlichkeit jener Befreiungen, wodurch tauſende von Verbrechern unter dem Schein der Heiligkeit der wohlverdienten Strafe entzogen wurden, aufmerkſam zu werden. So kam man denn wieder zu den Anſichten der erſten römiſchen Kaiſer zurück. Man unterſchied nämlich diejenigen Vergehn und Fehltritte der Geiſtlichen, wodurch nur die Moralität oder die Würde ihres Standes verletzt ward, von eigentlichen Verbrechen, worauf die gewöhnlichen bürgerlichen Geſetze eine entehrende oder peinliche Strafe geſetzt hatten. Nur bei Vergehen der erſtern Art blieb den Geiſtlichen das Privilegium, von den geiſtlichen Gerichten gerichtet und einzig mit den canoniſchen Strafen belegt zu werden. Begingen ſie aber eigentliche Verbrechen, ſo gehörte das Erkenntniß darüber den weltlichen Richtern, welche die gewöhnlichen, geſetzlichen

---

*) Nach dem Grundſatz „Ecclesia horret sanguinem.“

**) M. ſ. oben S. 796. Noch zu den Zeiten Bouteillers wurden auch Verheirathete, wenn ſie nur die Tonſur erhalten hatten, als Geiſtliche angeſehen. Som. Rur. liv. II. tit. 7. „Des Clercs mariez peux et dois entendre que selon la decretale se clerc marié veut jouir du privilege de Clergie, il convient qu'il soit en habit et tonsure ensemble, ou autrement s'il estoit prins pour aucun meffait sans les deux, il ne doit jouir de privilege, mais comme lay faict à punir . . . . . . C'est a scavoir d'un Clerc marié une fois à une non corrompu. Geiſtliche Ritter brauchten, wie Bout. hinzuſetzt, par honneur de chevalerie“ weder ein geiſtliches Kleid noch die Tonſur zu haben.

Strafen ausſprachen. Durch eine ganz ſonderbare Namenverwechslung erhielten aber die erſtern (leichtern) Vergehn den Namen: gewöhnliche Fälle oder Verbrechen (cas, delits communs); wogegen die eigentlichen, groben Verbrechen privilegirte Fälle oder Verbrechen (cas, délits privilègies) genannt wurden. So wie man nämlich im Anfang (unter den Römiſchen Kaiſern) das Recht der Geiſtlichen wegen leichterer Vergehn nur vor den geiſtlichen Gerichten Rede ſtehn zu müſſen, als ein beſonderes den Geiſtlichen bewilligtes Privilegium anſah, ſo galt ſpäterhin, als die Macht der Geiſtlichkeit den höchſten Gipfel erreicht hatte, die Befugniß, die Geiſtlichen ſelbſt wegen grober Verbrechen beſtrafen zu dürfen, für ein beſonderes Privilegium der weltlichen Gerichte. Wie es aber auch immer mit der Entſtehung dieſer beiden Benennungen ſeyn mag, ſo iſt gewiß, daß dieſelben ſchon vor dem 15ten Jahrundert bekannt waren; (indem Faber und Benedicti, zwei Schriftſteller dieſes Jahrhunderts, davon als von einer bekannten Sache*) ſprechen). Dieſe beiden Benennungen, und eben ſo die Verſchiedenheiten in der Beurtheilung der dadurch bezeichneten Fälle erhielten ſich bis zur Revolution. Allein nicht gleich im Anfang nahm das gerichtliche Verfahren, welches man in beiden Fällen befolgte, eine feſte und unveränderte Form an, ſondern erſt nach vielen Aenderungen und Schwankungen kam man endlich zu derjenigen, welche die Verordnung von Melun (erlaſſen i. Febr. 1580 unter Heinrich d. 3ten) einführte, und die erſt von der Revolution verdrängt ward. Das Weſentliche dieſes Verfahrens beſtand darin, daß bei den gewöhnlichen (den leichtern) Vergehn das Erkenntniß den geiſtlichen Gerichten allein zuſtand; daß aber bei privilegirten Verbrechen dem Angeklagten von den geiſtlichen und weltlichen Gerichten zugleich der Prozeß**) gemacht ward; daß dabei jede dieſer Behörden

---

*) M. ſ. D'Aguesseau Memoire sur la jurisdiction Royale Oeuv. tom. V. N° XXI. p. 147. Johannes Faber zählt insbeſondere das Tragen von Waffen als einen privilegirten Fall auf, worüber das Erkenntniß dem Königl. Richter ſeit ſo langer Zeit (a tanto tempore) zuſtände, „cujus initii memoria non exstat“.

**) Edit. d. Melun art. XXII. „L'instruction des procés criminels contre les personnes Ecclésiastiqes, pour les für ſich ein von dem der andern unabhängiges Urtheil erließ, und zwar ſo, daß die geiſtliche die canoniſchen- und die weltliche die gewöhnlichen Strafen ausſprach. Das Verfahren war, beſonders in Fällen, wo Weltliche mit verwickelt waren, und eben ſo bei der Appellation, die zum Theil an die höhere geiſtliche Behörde, zum Theil an die Parlamente ging, wozu noch zuweilen als außerordentliches Mittel die appel comme d'abus kam, äußerſt weitläufig und zuſammengeſetzt. Die wichtigſten geſetzlichen Beſtimmungen darüber ſind in dem Edict Ludwigs des 14ten v. Febr. 1678, und in den Erklärungen deſſelben Königs v. Juli 1684 und v. 4. Febr. 1711 enthalten, welche ſich alle drei in dem Code Neron finden. Ueberdem galt aber auch als Hauptnorm des Verfahrens ſowohl vor den geiſtlichen als weltlichen Gerichten die Criminal-Ordnung v. J. 1670. Alles, was dieſelbe ſowohl über die Inſtruction als Entſcheidung des Prozeſſes, über die Anklage, die Vernehmung des Angeklagten, die erſte und zweite Abhörung (recolement) der Zeugen, die Confrontation u. ſ. f. vorſchreibt, und wovon im erſten Theil umſtändlich gehandelt worden, ward auch bei den geiſtlichen Gerichten beobachtet. Sowohl den geiſtlichen als weltlichen Gerichten ſtand es frei, unabhängig von einander einen Geiſtlichen wegen eines Verbrechens zu verfolgen. War daſſelbe nur ein gewöhnliches, ſo mußte das weltliche Gericht den Angeklagten auf deſſen Verlangen, auch auf das des Procurators des geiſtlichen Gerichts an dieſes letztere zurückſchicken, welches alsdann erkannte. Wenn aber ein weltliches Gericht gegen einen Geiſtlichen wegen eines privilegirten Verbrechens eine Unter-

---

cas privilegiez, sera faite conjointement, tant par les juges desdits Ecclesiastiques, que par nos juges: et en ce cas seront ceux de nosdits juges, qui seront commis pour cet effet, tenus aller au siege de la jurisdiction Ecclésiastique.“ — Ganz daſſelbe beſtimmt Art. 38 der Verordnung v. J. 1695. — Nach Art. 39 der i. J. 1566 unter Carl d. 9ten erlaſſenen Verordnung von Moulins ſollten die Königl. Richter vorher über das privilegirte Verbrechen entſcheiden, und dann erſt die Beurtheilung des gewöhnlichen den geiſtlichen Gerichten überlaſſen.

ſuchung anſtellte, ſo mußte es dieſes dem Offizial anzeigen, und es ihm überlaſſen, ob er zur gemeinſchaftlichen Fortſetzung der Unterſuchung ſich in das Gefängniß des gewöhnlichen Gerichts begeben wollte, oder verlangte, daß der Angeklagte in das Gefängniß der Officialität gebracht werde. Der weltliche Richter mußte ſich alsdann zur Führung der Unterſuchung unweigerlich zu der Officialität verfügen; ſelbſt wenn ſie außer ſeinem Gerichtsbezirk lag. Auf der andern Seite war aber auch der Official, wenn er zuerſt den Prozeß wegen eines gewöhnlichen Verbrechens eingeleitet hatte und fand, daß daſſelbe ein privilegirtes ſey, unter Strafe des Schaden-Erſatzes und der Rückerſtattung aller aufgegangenen Koſten verpflichtet, den Generalprocurator oder deſſen Subſtitut davon ſogleich zu benachrichtigen. Von dem Augenblick an, wo der geiſtliche Official ſich überzeugt hatte, daß mit dem gewöhnlichen Verbrechen ein privilegirtes verbunden ſey, mußte die fernere Unterſuchung, und zwar unter Strafe der Nichtigkeit durchaus von beiden Richtern (dem geiſtlichen und weltlichen) gemeinſchaftlich geführt werden. Der geiſtliche Richter hatte aber bei der Unterſuchung das Wort, d. h. er vernahm den Angeklagten, ſtellte die Fragen an die Zeugen u. ſ. f.; doch hatte der weltliche Richter die Befugniß, den Official zu bitten, gewiſſe Fragen zu ſtellen. Weigerte derſelbe ſich deſſen, ſo konnte der weltliche Richter ſie ſelbſt ſtellen. Beide Richter (der geiſtliche und weltliche) hatten ihren eigenen Gerichtsſecretair, welche über den Gang der Unterſuchung, das Verhör des Angeklagten u. ſ. f. ein von dem des andern abgeſondertes Protokoll führte. Nach geſchloſſener Unterſuchung erließ jeder Richter auf den Grund des Protokolls ſeines Gerichtsſecretairs ein beſonderes Urtheil, und zwar machte der Official ſein Urtheil zuerſt. Das ſo eben Geſagte gilt nicht allein von dem definitiven Urtheil, ſondern auch von jedem präparatoriſchen und proviſoriſchen, z. B. ob die Sache ſich eigne, um eigentliche Criminal-Verfahren zu erkennen (pour regler le

---

*) Der weltliche Richter durfte dagegen die Unterſuchung, wenn er ſie allein angefangen hatte, dieſelbe auch allein durchführen, und ſogar definitiv urtheilen, wenn er nicht gehörig aufgefordert ward, mit dem geiſtlichen Richter gemeinſchaftlich zu verfahren.

procès à l'extraordinaire) oder wohl ferner auf dem Civil-Weg zu betreiben ſey (s'il pourroit être civilisé) (M. vergl. Th. I. S. 469, 471). Das Urtheil des Officials ward in dem Local des geiſtlichen Gerichts, das des weltlichen Richters in der Rathskammer der Amtmannſchaft*) oder Landvogtei (sénéchaussée) ausgeſprochen. Der Angeklagte mußte (Th. I. S. 474) ehe ihm ſein definitives Urtheil geſprochen ward, vorher vor dem ganzen Richter-Collegium nochmals verhört werden, und zwar war dieſes Verfahren ſowohl bei den geiſtlichen- als weltlichen Gerichten vorgeſchrieben. Eben darum pflegte man, nachdem das geiſtliche Gericht ſein definitives Urtheil erlaſſen hatte, den Angeklagten gefangen nach dem Sitz der Amtmannſchaft zu bringen, und dort ebenfalls ſein Urtheil zu ſprechen. In dem letzten Verhör vor dem weltlichen Gericht ſaß derſelbe auf dem Verbrecherſtuhl (sur la sellette); vor dem geiſtlichen Gericht ſtand er aber hinter den Schranken (derriere le barreau) der Rathskammer, (Héricourt E. XXI. N° 32). Das weltliche Gericht war übrigens durch das Urtheil des geiſtlichen gar nicht gebunden, ja wenn das geiſtliche Gericht den Angeklagten freigeſprochen, oder etwa eine nähere Unterſuchung (un plus amplement informé“ Th. I. S. 475) erkannt hatte, ſo konnte der weltliche Richter noch jede ihm geeignet ſcheinende Strafe erkennen. Auch die Regel, daß die Inſtruktion von dem geiſtlichen und weltlichen Richter gemeinſchaftlich geleitet werden müſſe, hörte, nachdem der geiſtliche Richter ſein definitives Urtheil geſprochen hatte, auf. Der weltliche Richter konnte alsdann, wenn er es zur Aufklärung der Wahrheit für nöthig hielt, allein jede Unterſuchung vornehmen.

Der geiſtliche Richter konnte, wie ſchon oben bemerkt worden, nur die ſogenannten canoniſchen Strafen ausſprechen. Dieſe beſtanden, nach Verſchiedenheit der Schwere des Verbrechens, in Beten, Faſten, Erlegung einer Geldſumme, die zu Almoſen verwendet ward, mäßiger körperlicher Züchtigung, in der Excommunication, dem Verluſt der Pfründe und des Amtes

---

*) Man muß ſich aus Th. I. S. 456 erinnern, daß in Criminalſachen die Geiſtlichen ſchon in erſter Inſtanz nur unter den Amtmännern, und nicht unter den Königl. Vögten und grundherrlichen Richtern ſtanden.

(entweder auf eine Zeit oder auf immer), ſo wie auch Entſetzung von der Prieſterwürde, welche letztere bald mit größerer bald mit minderer Feierlichkeit geſchah *). Ehemals erkannten die geiſtlichen Gerichte auch wohl die ſogenannte ſchimpfliche Abbitte („amende honorable“ (Th. I. S. 441), welche indeſſen nur in dem Local des geiſtlichen Gerichts geſchehn durfte. In den letzten Zeiten würde man es aber einem geiſtlichen Richter ſehr übel gedeutet haben, wenn er die härtere Strafe dieſer Art („amende honorable in figuris“ Th. I. S. 442) ausgeſprochen hätte. — Eben ſo war es ehemals zweifelhaft, ob die geiſtlichen Gerichte auch die Folter erkennen könnten (indem man nämlich die Folter nicht als eine Strafe, ſondern als ein Mittel die Wahrheit zu erforſchen anſah). In den letzten Zeiten war aber von der Anwendung der Folter bei den geiſtlichen Gerichten gar keine Rede mehr.

Die weltlichen Gerichte ſprachen gegen die Geiſtlichen, wie gegen die weltlichen, die von den gewöhnlichen Geſetzen verhängten Strafen aus. In den erſten Zeiten, als die Beurtheilung der privilegirten Fälle wieder in die Hände der weltlichen Gerichte kam, pflegten dieſe, ehe die Todes-Strafe an einem Geiſtlichen vollzogen ward, den Biſchof zu bitten, daß er den Verurtheilten vorher ſeiner Prieſter-Weihe entſetze. Wenn dieſes geſchehn, ward der ſeiner geiſtlichen Würden beraubte **) den

---

*) Die meiſten der hier angeführten Strafen ſind faſt alle ohne Ausnahme auch von den gewöhnlichen canoniſchen Rechten angenommen. Innocent. III. A° 1215 Cap. novimus § pro illo. X. de verbor. significat. „Pro illo vero falsario scelerato, quem ad mandatum nostrum capi fecisti, hoc tibi duximus consulendum, ut in perpetuum carcerem ad agendam poenitentiam ipsum includas, pane doloris et aqua angustiae sustentandum ut commissa defleat, et flenda ulterius non committat.“ Innocent III. A° 1213 cap. ut famae, X. de sentent. excommunicat. „Praelati . . . . . non solum possunt, sed debent etiam clericos, postquam fuerint de crimine canonice damnati, sub arcta custodia detinere: ne cum sint incorrigibiles, nec monasteriis valeant coerceri, ad similia vel pejora facile laberentur.

**) Héricourt E. XXII. N° 85, 86. Dieſe Entſetzung (dégradation) geſchah unter großen Feierlichkeiten. Der Verweltlichen Gerichten (dem weltlichen Arm, au bras séculier) mit der Bitte übergeben, daß man ihm das Leben laſſe, um ihm Zeit zu gönnen, ſeine Sünden abzubüßen. Da indeſſen die Biſchöfe, ehe ſie dieſe Entſetzung vornahmen, ſich meiſtens ein vorläufiges Erkenntniß über das ausgeſprochene Urtheil anmaßen wollten, ſo unterblieb dieſe vorhergehende Entſetzung von der prieſterlichen Würde ſpäterhin gänzlich, und die Strafe ward ohne Weiteres vollſtreckt.

Man konnte ſowohl von dem Urtheil des geiſtlichen- als weltlichen Gerichts und zwar von jedem beſonders appelliren. Die Appellation gegen das erſtere Urtheil ging, wie ſchon oben erinnert worden, von dem Official des Biſchofs an den des Erzbiſchofs u. ſ. f. Von dem Urtheil des weltlichen Gerichts (der Amtmannſchaft) ging die Appellation an das Parlament. Beide Appellationen wurden gleichzeitig und unabhängig von einander betrieben. Wenn indeſſen von dem Urtheil des Officials wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt appellirt worden, ſo ward die Entſcheidung dieſer Appellation abgewartet, ehe man die andere näher betrieb.

Bei der Leitung der gemeinſchaftlichen Unterſuchung gegen einen Geiſtlichen führte, wie wir ebenfalls ſchon bemerkt haben, der Offizial gleichſam den Vorſitz. Der weltliche Richter mußte ſich in das Local des geiſtlichen Gerichts begeben, wo der Official das Wort hatte u. ſ. f. Da indeſſen, wenn eine ſolche gemeinſchaftliche Unterſuchung Einer Seits dem Parlament angehörte, dieſe Unterordnung des letztern unter die geiſtlichen Gerichte nicht ſchicklich geweſen wäre, ſo mußte der Biſchof auf Erſuchen aus den bei dem Parlament angeſtellten geiſtlichen Räthen Einen als Stellvertreter ernennen, welcher mit einem andern weltlichen Parlaments-Rath gemeinſchaftlich die Unterſuchung vornahm.

---

urtheilte ward mit allen Zeichen ſeiner geiſtlichen Würde bekleidet öffentlich vor den Biſchof und eine Verſammlung der Geiſtlichkeit geführt. Der Biſchof nahm ihm nun eins dieſer Merkmale nach dem andern ab, und zwar fing er mit dem an, welches er bei der Weihung zuerſt erhalten hatte u. ſ. f. Zuletzt ließ er ihm das Haupt ſcheren, um jedes Merkmal der erhaltenen Tonſur zu verwiſchen.

Der große Staatsrath, der Steuerhof und Münzhof und faſt alle Attributions-Gerichte, wenigſtens diejenigen, welche allezeit in letzter Inſtanz urtheilten (les cours souveraines), machten auf die nämliche Auszeichnung Anſpruch. Da ſich bei denſelben nicht immer oder wenigſtens nicht nothwendig geiſtliche Mitglieder befanden, ſo nahmen ſie die Unterſuchung gegen einen Geiſtlichen allein, und ohne den geiſtlichen Richter zuzuziehen, vor.

Den geiſtlichen Gerichten ſtand gegen Laien in Criminalſachen keine Gerichtsbarkeit zu. Selbſt, wenn in einem Criminalprozeß gegen einen Geiſtlichen ein Laie ein Mitangeklagter war, ſo ward, wenn es nicht zur Aufklärung der Anklage gegen den Geiſtlichen nöthig war, die Unterſuchung gegen den Laien abgeſondert, und einzig von dem weltlichen Richter geführt. — Es gab indeſſen einige, im ſtrengen Sinne geiſtliche Verbrechen, worüber den Geiſtlichen auch ein Erkenntniß gegen Weltliche zuſtand. Sie durften indeſſen auch in dieſen Fällen nur die canoniſchen Strafen ausſprechen, und mußten wegen Vollſtreckung der härtern Strafen die Angeklagten an die weltlichen Richter verweiſen. Zu dieſen Verbrechen gehörte ganz insbeſondere das der Ketzerei. Die geiſtlichen Gerichte*) erkannten indeſſen, von den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts an, nur ob der Angeklagte wirklich ein Ketzer ſey, worauf dann die weltlichen Richter ihn ſtraften. Nach den Geſetzen Ludwigs des H. ſtand auf der Ketzerei der Feuertod.**)

---

*) Zu den geiſtlichen Gerichten, welche über die Ketzerei entſchieden, gehörten durchaus keine andere, als die (gewöhnlichen) der Biſchöfe und Erzbiſchöfe. Die eigentliche Inquiſition, obſchon ſie im J. 1204 zuerſt in Frankreich, und zwar im ſüdlichen Theil deſſelben, zur Unterdrückung der Albigenſiſchen Ketzerei eingeführt ward, hat ſich doch gar nicht lange in dieſem Lande erhalten; indem theils die Biſchöfe ihre Rechte ſtandhaft vertheidigten, theils auch die Großen und das Volk jenes ſonderbare Inſtitut nicht wollten.

**) Etablissem. Liv. I. Chap. 85. „Se aucuns est soupeconneux (suspect) de bouguerie (bouguerie war die Ketzerei der Albigenſer (Albigeois), die man bald Bugari, bald Bulgari nannte), la justice laie le doit prendre et

Dieſes ſchreckliche Geſetz erhielt ſich in Frankreich ſehr lange. Nur zu viele Blätter ſeiner Geſchichte ſind mit Beiſpielen von Hinrichtungen der Ketzer angefüllt. Im Anfang der Reformation, unter Franz dem erſten, wurden mehrere wegen Ketzerei zum Tode verurtheilt. Im Jahr 1559 unter Franz dem zweiten beſtieg ein Mitglied des Parlaments von Paris, Anne Dubourg, daſelbſt das Blutgerüſt. Dieſes grauſame Urtheil ward, wie die meiſten der Art von dem Parlament ausgeſprochen. Der Kardinal von Lothringen hatte zur Beurtheilung des Verbrechens der Ketzerei eine eigene Kammer niedergeſetzt, die man wegen der Leichtigkeit, womit ſie die Ketzer verbrennen ließ, die Feuerkammer (chambre ardente) nannte. Als indeſſen (nach der Reformation) die Zahl und Macht der Ketzer immer zunahm, änderte ſich das Verfahren gegen dieſelben merklich. Die Könige (Carl der 9te, Heinrich der 3te) erließen ſogenannte Pacifications-Edicte, wodurch (wenigſtens den proteſtantiſchen) Ketzern größere oder geringere Vortheile eingeräumt wurden. Das Edict von Nantes (gegeb. v. Heinrich d. 4ten im April 1598) räumte ihnen faſt völlig gleiche Rechte mit den Katholiken ein. Daſſelbe ward zwar unter Ludwig d. 14ten durch die Erklärung vom 22ten Octbr. 1685 widerrufen. Allein ſelbſt darin iſt doch nur von Entziehung gewiſſer Vortheile und nicht von eigentlichen Hinrichtungen die Rede. (Doch mußten Artik. 4 die proteſtantiſchen Geiſtlichen das Land räumen.) Ueberhaupt aber ſtraften in den letzten Zeiten die weltlichen Richter das Verbrechen der Ketzerei vorzüglich nur wegen des Aufruhrs und der Störung der öffentlichen Ordnung, die meiſtens damit verbunden war *).

---

et envoyer à l'Evesque, et se il en estoit prouvé, l'en le doit ardoir (verbrennen), et tout le mueble sont au Baron et an tele maniere doit-on ouvrer d'home herite (heretique) puisqu'il en soit prouvé, et tuit si mueble sont au Prince ou au Baron, selon Droit escrit en Decretales el titre des significations des paroles el chap. super quibusdam, et coustume si accorde."

*) Schon in dem Edict, welches Franz der zweite im Mai 1560 erließ, heißt es Art. 1: „avons par notre édit

Ungefähr eben ſo wie mit der Ketzerei verhielt es ſich mit der Störung des öffentlichen Gottesdienſtes. Wenn Jemand etwas zur Verachtung des öffentlichen Gottesdienſtes gethan oder die Ausübung deſſelben gehindert hatte, ſo gehörte das Erkenntniß darüber dem Official, wobei den weltlichen Richtern unbenommen blieb, wenn etwa Unruhe, Aufruhr u. dgl. entſtanden war, ganz unabhängig von dem Official die geeigneten Strafen zu erkennen. — Das Erkenntniß über Flüche und Gotteslästerungen, worüber der Natur der Sache nach die geiſtlichen Gerichte hätten urtheilen ſollen, war durch Art. 24 der Verordn. von Orleans und Art. 35 der Verordn. von Blois den Königl. Richtern übertragen, (indem man dieſe Verbrechen [sit venia verbo] zu den dem König vorbehaltenen Fällen (cas royaux) zählte. Ein Verbrechen, worüber in den ältern Zeiten den geiſtlichen Richtern das Erkenntniß, auch gegen Weltliche, zuſtand, war der Wucher (crime d'usure). Das Geſetzbuch Ludwigs der H.*), ſo wie mehrere Verordnungen der folgenden Kö-

---

irrevocable délaissé et délaissons l'entiére connoissance de tout crime d'hérésie aux prélats de notre Royaume comme naturels juges d'icelui crime, et ainsi, qu'ils l'avoient été anciennement. Héricourt E. VIII. N° 5. Der zweite Artikel deſſelben Edicts ſagt: Et neànmoins parce qu'il est advenu .... qu'aucuns de nos sujets sous prétexte de religion, ont pris les armes et se sont soulevés pour troubler l'état . . . . Nous, pour obvier que telle ou semblable chose n'arrive ci-aprés . . . . defendons toutes assemblées illicites et forces publiques; déclarant ceux qui auront fait ou qui se trouveront en telles assemblées, nos ennemis et rebelles, et sujets aux peines qui sont ètablies contre les criminels de leze-majesté; enjoignons à tous nos lieutenants généraux . . . . . et autres nos juges, chacun en droit soi, d'entendre et veiller soigneusement à ce que telles assemblées ne se fassent; et oû ils seroient avertis d'icelles, se transporter sur les lieux, prendre les delinquans, reformer ou instruire le procés contre eux.“ Faſt genau eben ſo ſpricht ſich Art. 30 d. Verordn. v. 1695 aus.

*) Etablissem. liv. I. chap. 86 (Ordon. tom. I. p. 176) „Quand en la terre au Baron à aucun usurier ou en

nige *) legen ihnen daſſelbe ausdrücklich bei. Die Könige ließen indeſſen dieſes Verbrechen, wenn es Oberhand genommen hatte, auch wohl durch ihre Beamten ſtrafen. Zuweilen ernannten ſie beſondere Commiſſarien dazu. Das Betragen derſelben gab indeſſen, wie das aller ſolcher beſonderen Comiſſarien, oft zu Klagen Veranlaſſung; weshalb Philip von Valois durch ſeine Verordnung v. 15ten Februar 1345 Art. 13 (Ordon d. Louv tom. II. p. 238, 241) alle für die Unterſuchung des Wuchers und der Münzvergehn ernannten Commiſſarien wieder abſchaffte. Zu den Zeiten Boutillers, der am Schluß des 14ten und im Anfang des 15ten Jahrhunderts lebte, ward der Wucher ſchon als ein dem König vorbehaltener Fall angeſehen, worüber das Erkenntniß den Königl. Commiſſarien ſowohl als den Biſchöfen, doch ſonſt keinem andern zuſtand **).

---

quelque terre que ce soit, et il en prouvez, li muebles si doivent estre au baron, et puis si doivent estre pugnis par sainte église pour le peché, car il appertient à ste Eglise de chastier chacun pecheur de son pechié, selon Droit escrit en Decretales el titre des jugemens, ou chapit. Novit. ou il est escrit du Roy de France et du Roy d'Angleterre."

*) Ludwig der zehnte ſagt in der Verordn. v. December 1315, worin er den Kirchen von Languedoc ihre alten Privilegien beſtätigt, (Ordon. tom. I. p. 613, 615) art. 10: „Inhibemus districte omnibus Seneschallis, Baillivis et Praepositis et aliis officiariis ac ministris . . . . . quod dictos Praelatos, personas ecclesiasticas et jurisdictionem ecclesiasticam non impediant nec perturbent directe vel indirecte, quominus contra quascumque personas *Ecclesiasticas vel saeculares* cognoscant libere de crimine usurarum et dictarum usurarum restitutionem fieri faciant ut de antiqua et approbata consuetudine pertinet ad eosdem." — Dieſes ward durch die Verordnung Philips des Langen v. März 1316 Art. 10 (Ordon. tom. I. p. 638, 640) der Dioceſe von Paris ebenfalls bewilligt, wo es noch heißt „et praedictos usurarios puniant."

**) Somm. Rur. Liv. II. tit. II. p. 654. „(Le Roy) y peut mettre et commettre Commissaires et inquisiteurs, et les (les usuriers) condamner à amende pour le fait

Unter Wucher verſtand man übrigens, wie ſchon oben (S. 209 *) angeführt worden, nicht, wie jetzt, übertriebene oder ungeſetzliche Zinſen, ſondern Zinſen*) überhaupt d. h. Alles, was man über die dargeliehene Summe, ſie beſtehe in Geld oder ſonſtigen Dingen, nahm oder ſich verſprechen ließ.

Sowohl das alte als neue Teſtament (Luc. IV. 35) verbieten ausdrücklich (oder ſcheinen wenigſtens zu verbieten) für ein Darlehn Zinſen zu nehmen; welches auch die chriſtliche Kirche gleich bei ihrer Entſtehung als Grundſatz annahm. Die Regeln (canones) der Apoſtel (can. 44), das Concilium von Nicäa und unzählig viele Stellen der canoniſchen Rechte (M. ſ. u. a. caus. XIV. Quaest. III. et IV) verbieten durchaus Zinſen zu nehmen (centesimas exigere), welches Verbot auch in die Geſetze der Fränkiſchen Könige, in die Capitularien**) ſo wie in die Geſetzgebung des dritten Geſchlechts überging, und ſich in Frankreich bis zur Revolution erhielt. Sogar im Handel durften für verkaufte Waaren oder dargeliehenes Geld keine Zinſen genommen werden. Noch das unter Ludwig dem 14ten i. December d. J. 1665 erlaſſene Edict verbietet dieſes ausdrücklich, mit Ausnahme jedoch der Kaufleute, welche die Meſſen von Lyon bezogen, denen es erlaubt ward, für gelieferte

---

de l'usure. Et ainsi le fait il à accoustumé de faire, soit en terre de haut justicier ou autre, soit en ville privilegié, ou en terre de Pair de France ou de Baron car à luy en appartient la cognoisance, et aux Evesques et non a autres quels qu'ils soient."

*) Cap. 4. Caus. XIV. Quaest. III. wird von Zinſen ganz dieſelbe Erklärung gegeben, wie S. 209 * aus den Capitularien angeführt worden.

**) Man findet dieſes Verbot an vielen Stellen der Capitularien. In dem Capitular Carls des Großen (gegeb. zu Achen i. J. 799) heißt es cap. 5: „Item in eodem concilio [Nicen.] in decretis Papae Leonis, necnon et in canonibus qui dicuntur Apostolorum, sicut et lege ipse dominus praecepit, omnino omnibus interdictum est ad usuram aliquid dare." Ferner Capitular. lib. V. cap. 38. „Usuram non solum Clerici, sed nec laici Christiani exigere debent."

Waaren Zinſen zu berechnen. Auch für Geld, welches auf uneigentliche (ſogenannte trockene) Wechſel geliehen ward, durfte man keine Zinſen nehmen. Das Handelsgeſetzbuch Ludwigs d. 14ten v. J. 1673 erlaubt (Tit. VI. Art. 3) dem Ausſteller eines gezogenen Wechſels den Unterſchied des Courſes zwiſchen dem Ort, wo der Wechſel ausgeſtellt, und worauf er gezogen iſt, in Rechnung zu bringen; ſonſt aber (Art. 1) durchaus keine Zinſen, und noch viel weniger (Art. 2) Zinſes-Zinſen zu nehmen. Nur wenn der Wechſel proteſtirt ward, mußten (Art. 7) dem Remittenten von dem Tag des Proteſtes an Zinſen vergütet werden, wenn er ſie auch nicht vor Gericht forderte. Ueberhaupt fanden von der Regel, daß keine Zinſen gefordert oder genommen werden durften, von jeher einige Ausnahmen ſtatt, welche zum Theil von der Art waren, daß ſie die Geſetzgeber wohl ſchon lange auf die Unzweckmäßigkeit des allgemeinen Verbots, Zinſen zu nehmen, hätten aufmerkſam machen müſſen*). Wenn nämlich Jemand dadurch, daß er ſein Geld nicht erhielt, ein Schaden erwuchs, wenn z. B. der Käufer eines unbeweglichen Eigenthums die Kaufſchillinge nicht zur rechten Zeit bezahlte, oder wenn verſprochenes Heirathsgut nicht zur rechten Zeit ausgeliefert ward, mußten wegen des Verzugs Zinſen entrichtet werden, *die aber nur die Stelle der Früchte vertreten ſollten, welche die Sache ſelſt ihrer Natur nach abgeworfen hätte.* Auch wenn der Schuldner das ihm geliehene Geld zur vertragsmäßigen Zeit nicht wiedergab, und deshalb bei Gericht verklagt ward, wurden dem Gläubiger Zinſen, doch nur, wenn er ſie ausdrücklich forderte, und von dem Tag der Klage an, zuerkannt.**)

Das Verbot der Zinſen ſcheint indeſſen nur ſo lange, als der erſte Eifer der Chriſtenheit noch glühte, und man darüber faſt alle bürgerlichen Verhältniſſe vergaß, wirklich und freiwillig befolgt worden zu ſeyn. Späterhin und bei einigem Nachdenken mußte daſſelbe ſowohl den Reichen, welchen es die Gelegenheit, ihr Geld nützlich zu verwenden benahm, als auch den Armen und beſonders den Gewerbtreibenden, denen es eben ſo jede Gelegenheit ſich Geld zu verſchaffen abſchnitt, gleich läſtig werden. Die Franzöſiſchen Könige ließen ſich durch dieſe Gründe bewegen, zu erlauben, daß auf den Meſſen Zinſen, jedoch nur zu einem beſtimmten Satz, genommen würden (S. 209 *). Philip von Valois erließ eine Verordnung, wodurch er zwar nicht gerade zu erlaubte, Zinſen zu nehmen, aber doch feſtſetzte, daß, ſolange die Zinſen nicht über einen von ihm beſtimmten Satz ſtiegen, diejenigen, welche ſie nähmen, nicht geſtraft werden ſollten.*) Dieſe Verordnung ſcheint ſich indeſſen gegen das Anſehn und das ausdrückliche Verbot der Kirche nicht lange erhalten zu haben. In dieſer Verlegenheit fing man an auf allerlei Mittel und Wege zu ſinnen, um das Geſetz ungeſtraft umgehen zu können. Es wurden deren vorzüglich zwei angewendet. Eines beſtand in einem ſcheinbaren Verkauf und Rückkauf derſelben Waaren. Ein Kaufmann z. B. verkaufte

---

*) Der berühmte Rechtsgelehrte Dumoulin (Molinaeus), der in ſehr vielen Dingen heller ſah, als ſeine Zeitgenoſſen, vertheidigte in ſeinem tractat. d. usuris die Rechtmäßigkeit der Zinſen, welche Behauptung § sane tit. d. usuris in Clement. für ketzeriſch erklärt wird.

**) Ferriere Dict. d. D. art. Interêts.

---

*) (Ordon. tom. II. p. 84, 85) „art. 4. . . . . . Combien que nous ne veullons, ne entendons à aucun donner taisiblement ne expressement licence, auctorité ne pouvoir de prester à usure, par chose qui apres s'ensuive ne par autre, toutevois pour exhiver le grand domage de nos diz pueples et subgiez, meuz de pitié voulons, ordenons et establissons, que nul ne preste en notre Royaume à plus de un denier la livre la semaine: Et se aucun par aventure y prestoit deniers comptans sans bailler denrées, quelles que elles soient, à un denier ou au moins de un denier la livre la semaine, de laquelle chose toutevoie nous ne donnons licence, auctorité ne pouvoir, si comme dit est mais nous n'eu leverons et ferons lever amende, quelle que elle soient. Et ces article les Prelaz n'octroient, ne contredient à present, mais nous faisons fors, que il n'en leveront nulles amendes. Et tous ceuls, qui feront le contraire, tous leurs biens nous seront acquis, et sera le corps puni comme de cas criminel.“

Jemand für 1000 Livres Waaren, nach einem Jahr zahlbar, und ließ ſich darüber einen Schein ausſtellen. Er kaufte nun entweder ſelbſt oder durch eine dritte untergeſchobene Perſon dieſelben Waaren zu einem bedeutend geringern Preis z. B. zu 400 Livres wieder an ſich, und erlegte dieſen letztern Preis baar. Dieſes lief offenbar auf ein Darlehn von 400 Livres hinaus, wofür der Gläubiger nach einem Jahr 1000 Livres erhielt. Dieſes Geſchäft oder dieſer Vertrag, den man „Mohatra“*), oder „vente à perte de finance“ nannte, war ſowohl durch die älteſten als ſpätern Geſetze (durch die Verordnung Philips v. Valois v. 24. Aug. 1338**), ſo wie durch Art. 141 der Verordn- v. Orleans***) und durch Art. 202 der Verordn. v. Blois (v. J. 1579) verboten. Er blieb indeſſen, nach Ferriere, bis zu den letzten Zeiten in täglichem Gebrauch.

Die zweite Art die Zinſen verſteckt zu nehmen, welche auch die Geſetze ſelbſt, die bürgerlichen ſowohl als canoniſchen, billigten oder wenigſtens erlaubten, war der ſogenannte Rentenkauf, oder die Beſtellung, Gründung von (jährlichen) Renten (constitution de rentes). Bei dieſem Geſchäft trat der Darleiher dem Schuldner das geliehene Geld auf immer als Eigenthum ab, behielt ſich indeſſen dafür ein jährliches Einkommen, eine beſtimmte Rente in Geld oder Früchten u. d. g.*) vor, welche der Schuldner und deſſen Erben ihm (dem Gläubiger) und ſeinen Erben jährlich entrichten mußten. Dieſe jährliche Rente, welche offenbar die Stelle der Zinſen des von dem Gläubiger hergegebenen Capitals vertrat, nannte man indeſſen nicht Zinſen oder Intereſſen, ſondern Rückſtände (arrérages)**).

---

*) M. ſ. Du-Cange Glossar. ad voc. Mohatra; auch Ferriere Dict. d. D. art. Mohatra und vente a perte de finance.

**) Ordon. tom. II. p. 130. Dieſelbe iſt überſchrieben: „Philippus etc. Deputatis a nobis seu ab aliis in Seneschallia Bellicadri ad recognoscendum de usuris et transgressionibus ordinationum regiarum etc. — art. 1) Volumus et vobis mandamus inhibentes expresse quathenus contra mercatores licitas mercaturas exercentes nullatenus procedatis, sed dumtaxat contra manifestos usurarios, scilicet mutuantes pecuniam pro pecunia ad usuram, aut merces de se venditas reementes, seu reemi facientes sub velamine usurarum, aut de praedictis contractibus usurariis per famam publicam diffamatos.“

***) (V. Carl d. 9ten i. J. 1560) „Defendons aussi à tous marchans et autres de quelque qualité qu'ils soyent, de supposer aucun prest de marchandise, appellé perte de finance, laquelle se fait par revente de la mesme marchandise à personnes supposées. Et ce à peine contre ceux qui en useront en quelque sorte qu'elle soit desguisée, de punition corporelle et confiscation de biens, sans que nos juges puissent moderer la peine.“

---

*) Nach der ältern Geſetzgebung konnte die Rente, worin man immer wollte, beſtehn. Nach dem Edict v. J. 1565 ſollte ſie nur in Geld feſtgeſetzt, und alle andern, früher beſtellten Renten, ſollten in Geld verwandelt werden. Der Cod. civ. kehrte aber art. 1905, 1909 zu der ältern Geſetzgebung zurück. Merlin Répert. art. vente constituée § II. art. 2.

**) Man ſah nämlich die Sache ſo an, als ob, ſo wie der Eigenthümer eines Grundſtücks Tag für Tag die Früchte davon zieht, auch die Rente Tag für Tag fällig ſey, obſchon ſie nur am Ende eines jeden Jahrs gefordert werden konnte. Hierdurch war das verhaßte Wort Zinſen vermieden. (M. ſ. Pothier Traité de Constit. de rente Chap. V. N° 168, cod. civ. art. 586.) Uebrigens war durch die Geſetze ein gewiſſer Zinsfuß für dieſe Rentenkäufe beſtimmt, der freilich mit den Zeiten wechſelte. Nach den alten Gewohnheiten von Orleans, die i. J. 1509 verfaßt wurden ſollte das hergeliehene Kapital wenigſtens das zehnfache der Rente betragen. Dieſes ward unter Carl dem 9ten bis zum zwölffachen- unter Heinrich dem vierten bis zum 16fachen- und unter Ludwig dem 14ten bis zum zwanzigfachen Betrag der Rente erhöht. Unter Ludwig dem 15ten ſchwankte es [nach Verſchiedenheit der zu verſchiedenen Zeiten erlaſſenen Edicte dieſes Königs] zwiſchen dem Zwanzigfachen und Fünfundzwanzigfachen, ſetzte ſich indeſſen bis zur Revolution auf das Zwanzigfache feſt. Dieſelben Beſtimmungen galten auch für die Zinſen von dargeliehenem Geld, in den Fällen, wo ſie geſetzlich erlaubt waren. Nach der Revolution ward es nicht allein überhaupt verſtattet, Zinſen zu nehmen, ſondern das Geſetz v. 3ten October 1790 überließ die Beſtimmung des Zinsfußes

Durch die Wendung, die man dem Geſchäfte gegeben, hatte daſſelbe auch wirklich nicht allein die äußere Form, ſondern auch das Weſen eines Darlehns — und gerade für dieſes beſtand das Verbot Zinſen zu nehmen — faſt gänzlich verloren. In dieſen Vertrag, wenn er anders gültig ſeyn, und nicht als wucheriſch angeſehn werden ſollte, mußte nämlich die nothwendige Bedingung aufgenommen werden, daß der Gläubiger ſich auf immer des Rechts begäbe*), das hergeliehne Geld zurück zu fordern. Eine andere gewöhnliche, jedoch zur Gültigkeit des Vertrags nicht ganz ſo unerläßliche Bedingung war, daß es dem Gläubiger zu jeder Zeit frei ſtehe, durch Rückerſtattung der erhaltenen Summe ſich von jeder Verbindlichkeit gegen den Gläubiger zu befreien **). Der Schuldner wies bei dieſem Geſchäft

---

(der Procente) gänzlich der Uebereinkunft der Contrahirenden. Das Geſetz vom 6ten Floreal d. J. erklärte das gemünzte Geld für Waare. Das Napoleonſche Geſetzbuch theilt (Art. 1907) die Zinſen in ſolche, die durch das Geſetz- und ſolche, die durch die Uebereinkunft der Partheien feſtgeſetzt werden. Die letzteren können in allen Fällen, wo das Geſetz es nicht verbietet, auch höher als die geſetzlichen beſtimmt werden. Es ſpricht ſich indeſſen über den Betrag der geſetzlichen nicht aus; doch konnte wohl kein anderer als der vor der Revolution gewöhnliche (von 5 Procent) gemeint ſeyn. Das Geſetz vom 3ten December 1807, deſſen Text man auch bei Merlin Répert. art. interêt § VI. N° 5 findet, beſtimmte endlich den geſetzlichen Zinsfuß in bürgerlichen Geſchäften auf 5- und im Handel auf 6 Procent, über welchen Betrag er auch durch die Uebereinkunft der Partheien nicht erhöht werden darf.

*) Nur in einigen beſtimmten Fällen, wo immer eine gewiſſe Schuld auf Seite des Schuldners war, fand eine Ausnahme Statt. (Ferrier. Dict. d. D. art. „rachat en fait de rentes constituées"). M. v. Cod. civ. N° 1912, 1913.

**) Die zweite hier angeführte Bedingung war eigentlich eben ſo nöthig als die erſtere, ſo daß Ferriere mit Recht bemerkt, daß ſelbſt die Partheien die Unablösbarkeit der Rente nicht unter ſich feſtſetzen könnten. Nur durch eine falſche Anſicht, (wovon ſogleich) daß nämlich das zur Hypothek geſtellte Grundſtück das Eigenthum des Darleihers allezeit ein unbewegliches Gut als Hypothek für die erhaltene Summe an; welche er indeſſen durch Rückzahlung dieſer Summe zu jeder Zeit löſchen und ſein Gut wieder frei machen konnte. Die Rente haftete übrigens auf der Perſon des Schuldners, ſo daß er, wenn er das zur Hypothek geſtellte Gut verkaufte, oder auch, wenn es ſeinen Werth verlor oder zerſtört ward, noch immer perſönlich für die Entrichtung der Rente verpflichtet- dem Gläubiger aber immer das Recht blieb*), ſich an dem Gut, in ſo fern er konnte, zu erholen.

Gegen die Rechtmäßigkeit dieſer Renten wurden indeſſen theils von den Rechtslehrern, und wahrſcheinlich noch mehr von den Rentſchuldnern zuweilen Zweifel erhoben. Dieſe letztern verweigerten hin und wieder die Zahlung der Rente unter dem Vorwand, dem ganzen Geſchäft liege unerlaubter Wucher zum Grunde. Sie ſtützten ſich hierbei noch auf das Römiſche Recht (L. 27 § 1. Cod. d. usuris) nach welchem die Zinſen nie mehr als das doppelte Kapital betragen durften, und zwar ſo, daß, wie die 121te Novelle näher erklärt, die ganze Schuldforderung getilgt ſeyn ſollte, ſobald die bezahlten Zinſen den doppelten Werth des Kapitals erreichten. Die Frage gelangte endlich an den Papſt Martin den fünften. Eine große Menge Bewohner und Körperſchaften der Stadt und Dioceſe von Breslau berichteten demſelben, daß dieſe Rentenkäufe bei ihnen ſicher ſchon ſeit hundert Jahren und eigentlich ſeit unvordenklichen Zeiten beſtänden, und daß deren noch täglich vorfielen, daß

---

geworden, und wodurch man die rente constituée mit der rente foncière (wovon ebenfalls weiter unten) verwechſelte, fing man an die erſtere in der Regel als unablösbar anzuſehn, und dieſe Unablösbarkeit ſogar in den Rentenverträgen zu ſtipuliren. Der berühmte Rechtsgelehrte Dumoulin zeigte indeſſen den wichtigen Unterſchied zwiſchen beiden, und ſeit dieſer Zeit galten die rentes constituées ihrer Natur nach durchaus für ablösbar. (Merlin art. rentes constituées § I. N° IV.; auch Pothier traité du contrat d. constit. d. rente chap. II. art. IV.)

*) Auch über dieſen Punkt ſtand die Jurisprudenz in den letzten Zeiten durchaus feſt, obſchon ehmals, wie Lauriere (Dissertat. sur le tenement de cinq ans) bewieſen hat, die Rente einzig auf dem Gut haftete.

dieſelben von den weltlichen Grundherrn gebilligt, und auch durch viele Urtheile der geiſtlichen Gerichte für gültig und rechtmäßig anerkannt worden, daß dabei das Vermögen einer ſehr großen Menge geiſtlicher und frommer Stiftungen in ſolchen Renten beſtände, daß aber demungeachtet in den neueſten Zeiten einige ſich weigerten, dieſelben zu entrichten. Der Papſt erklärte darauf i. J. 1420 durch die merkwürdige Extravagante: regimini*) dieſe Rentenkäufe für rechtmäßig und die Schuldner für verpflichtet, die Rente zu bezahlen. Allein ſelbſt hierdurch ſcheinen die Gemüther noch nicht ganz beruhigt worden zu ſeyn. Einige Rechtslehrer nahmen, um die Rentenkäufe zu rechtfertigen, zu einer neuen fictio juris ihre Zuflucht. Sie ſahen nämlich die Sache ſo an, als ob das zur Hypothek geſtellte Gut entweder ganz oder zum Theil (bis zu dem Betrag der dargeliehenen Summe) Eigenthum des Darleihers oder Rentenkäufers geworden ſey, daß die Rente nur die Stelle der Früchte oder des Nutzens verträte, welche der Eigenthümer (der Rentenkäufer) von dem Gut oder einem Theil deſſelben ziehen könnte und zu ziehn berechtigt wäre.**)

---

*) Regimini extra d. Emption. et vendit. Die Leſer werden wohl thun den Text derſelben nachzuſehen. Er iſt zu weitläufig, um ihn hierhin zu ſetzen. Insbeſondere erſieht man daraus, daß man in dieſer Sache in Schleſien dieſelben Anſichten und Grundſätze hatte, wie in Frankreich.

**) So unbegreiflich es uns jetzt vorkommt, warum, da es zu allen Zeiten erlaubt war, für den Gebrauch eines Hauſes eines Grundſtücks u. d. g. Vortheil zu ziehn, ſich dafür Miethe oder Pacht auszubedingen, dieſes für den Gebrauch des Geldes nicht erlaubt ſeyn ſollte; ſo konnten doch die Gemüther, nachdem die falſchen Anſichten ſich einmal darin feſtgeſetzt, ſich durchaus mit dem Gedanken nicht ausſöhnen, daß Geld anderes Geld hervorbringen ſollte. In dem fünften Concilium v. Latran (Sess. 10) ſagt der Papſt Leo der Zehnte in der Bulle „Inter multiplices“ (die man in dem Bullar. v. Cherubini und auch Hardouin Collect. Concil. tom. IX. p. 1773 findet) „Ea enim est propria usurarum interpretatio, quando videlicet ex usu rei quae non germinat, nullo labore, nullo sumptu, nullove periculo lucrum fetusque conquiri studetur.“ — In

Wirklich ward es auch gebräuchlich, den Verträgen über dieſe Rentenkäufe eine beſondere Clauſel (constitut. oder clausula constituti possessorii genannt) beizufügen, wodurch der Rentſchuldner (derjenige, welcher das dargeliehene Geld erhielt) bekannte, daß er ſich des Eigenthums des Grundſtücks (worauf das Geld hergeſchoſſen ward) ganz oder zum Theil begebe, und es nur unter der beſchränkenden Bedingung jenes Vertrags (à titre de constitut et de précaire) beſitze.*) Die oben erwähnten Zweifel über die Rechtmäßigkeit der Rentenkäufe fanden indeſſen zu Rom auch ſpäter wieder neuen Eingang. Der Papſt Pius der fünfte erließ den 19ten Januar 1569 und den 10ten Junius 1570 Bullen über dieſen Gegenſtand. In der erſten beſtimmte er Art. 1. daß eine jährliche Rente nur auf ein unbewegliches oder für unbeweglich geltendes Gut, welches dabei ſeiner Natur nach fruchtbringend ſey, angewieſen werden könne.**) Er verbot überdem (Art. 12) alle Verträge der Art, worin feſtgeſetzt ward, daß der Schuldner auch wider Willen zur Rückzahlung der erhaltenen Summe angehalten werden könnte. — Dieſer Rentenkäufe fielen in Frankreich bis zur Revolution ſehr viele vor. Nach dieſer, wo es erlaubt ward, Zinſen zu

---

derſelben Bulle nimmt der Papſt die Leihhäuſer (montes pietatis) von dem allgemeinen Verbot Zinſen zu nehmen aus. Sollte man nicht glauben, er hätte, wenn er ſich anders conſequent bleiben wollte, einſehen müſſen, daß die Entſcheidung über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Zinſen aus Rückſichten auf den allgemeinen Nutzen und nicht aus metaphyſiſchen Speculationen über die Natur des Geldes herzuleiten ſey?

*) Die Beifügung dieſer Clauſel blieb bis zur Revolution üblich; ſie bewirkte aber Nichts als eine Hypothek. Merlin Répert. art. vente constituee § IV. art. 2.

**) § 1. „. . . . . statuimus censum seu annuum reditum creari constituive nullo modo posse, nisi in re immobili habeatur, de sui natura fructifera, et quae nominatim certis finibus designata sit.“ § 12. „Pacta etiam continentia pretium census extra casum praedictum [wenn nämlich der Rentenverkäufer erklärt hatte, er wolle die Rente ablöſen] ab invito, aut ob poenam aut ob aliam causam repeti posse, omnino prohibemus.“

nehmen, wurden ſie natürlich ſeltener *). Doch beſtehn von alten Zeiten her noch viele ſolche Renten, und auch noch jetzt werden deren zuweilen beſtellt. Ehmals wurden ſie nach den Gewohnheiten der verſchiedenen Provinzen bald als bewegliches, bald als unbewegliches Eigenthum angeſehen, welches ſich, wenn der Rentſchuldner ein Privatmann war, nach dem Wohnort des Rentenkäufers (desjenigen, der ſie bezog) richtete. Dieſes ging ſo weit, daß wenn der letztere aus einer der erſten Provinzen in eine der andern zog, oder auch ſein Eigenthum an derſelben auf einen in einer der andern Provinzen wohnenden übertrug, die Rente ihre Natur änderte. Wenn indeſſen die Rente vor dieſer Uebertragung mit einer Hypothek belaſtet war, (welches nur in den Provinzen, wo die Renten als unbewegliches Eigenthum angeſehn wurden, geſchehen konnte) ſo blieb dieſe Hypothek zum Vortheil der vorigen Gläubiger auf jeden

---

*) Mit den hier betrachteten Renten (rentes constituées) *nicht* zu verwechſeln iſt die ſogenannte Grundrente (rente foncière). Dieſe letztere wird bei dem Verkauf eines unbeweglichen Guts ſtatt der Kaufſchillinge zum Vortheil des Verkäufers ausbedungen und vertritt daher die Stelle des Preiſes. Dieſe Grundrente iſt keine perſönliche Schuld des Ankäufers, ſondern ſie haftet einzig auf dem verkauften Gut, ſo daß, wenn er es wieder verkäuft, er für ſeine Perſon ganz frei iſt, und die Verbindlichkeit, die Grundrente zu entrichten, ganz auf den neuen Eigenthümer übergeht. Die Grundrente vertrat in Beziehung auf den Verkäufer des Grundſtücks das letztere in dem Maße, daß man die Rente als von ihm ererbtes oder erworbenes Vermögen anſah, nachdem das verkaufte Gut ſelbſt es war. Die Grundrente war ehmals in der Regel nicht ablösbar; doch konnte dieſes durch den Vertrag der Partheien feſtgeſetzt werden. Da man ferner bemerkte, daß die Häuſer, worauf dieſe Grundrenten hafteten, ſchlecht unterhalten würden, ſo beſtimmte Carl der 7te durch ein Edict v. J. 1441, daß alle auf Häuſern der Stadt und der Vorſtädte von Paris haftenden Grundrenten für den zwölffachen Betrag (au denier douze) ablösbar ſeyn ſollten. Dieſes Privilegium iſt nachher auf die meiſten Städte ausgedehnt worden. — Jetzt ſind alle Grundrenten ablösbar. Merlin art. rente foncière § II. art. I. Das wichtigſte Geſetz über dieſe Ablöſung iſt das der Conſtituirenden v. 18ten December 1790.

Fall beſtehn. Von der Regel, daß die Natur der Renten ſich nach dem Wohnort der Rentenkäufer richtete, machten auch diejenigen eine Ausnahme, welche der König dem Rathhaus von Paris entrichten mußte, und die eben ſo wie alle Renten nach dem Gewohnheitsrecht von Paris als unbeweglich angeſehn wurden. Ueberhaupt richteten ſich die Renten, für deren Ausbezahlung ein eigenes Königl. Bureau beſtellt war, nach den Gewohnheits-Rechten des Orts, wo dieſes Bureau lag. (Näheres ſehe man bei Pothier trait. d. l. constit. d. rente. chap. V. N° 112—119; Merlin art. Rentes constitueés § VI.; Ferriere Diction. d. D. art. rente constituée, welcher letztere aber von den beiden eben angeführten Schriftſtellern in etwa abweicht. Noch bemerke man, daß die Regel, daß die Renten unbewegliches Eigenthum ſeyn, in dem größten Theil von Frankreich galt, und gleichſam das gemeine Recht ausmachte, wie es auch von dem canoniſchen Recht (C. exivit. tit. d. verbor. significat. in Clement.) angenommen wird. Allein nach der neuen Geſetzgebung ſind die Renten durchaus bewegliches Eigenthum. (M. ſ. indeſſen Merlin. Repert. art. Rentes constituées § VI.) doch hat das Geſetzbuch über das bürgerliche Verfahren ganz beſondere Regeln für die Beſchlagnahme derſelben vorgeſchrieben, indem es ſie nämlich (ungefähr ſo wie die Schiffe) als ein Mittelding zwiſchem beweglichem und unbeweglichem Eigenthum anſieht. M. ſ. Merlin Repert. art. saisie des rentes constituées. Sie ſind jetzt auch ihrer Natur nach durchaus ablösbar, und das Gegentheil kann ſelbſt durch den Vertrag zwiſchen den Partheien nur auf zehn Jahre feſtgeſetzt werden. (cod. civ. N° 1911).

Wir haben geglaubt, es werde unſern Leſern, beſonders denjenigen, die keine Rechtsgelehrten *) ſind, und wofür dieſe Schrift vorzüglich beſtimmt iſt, nicht unangenehm ſeyn, in

---

*) Rechtsgelehrte werden wahrſcheinlich über Alles, was hier nur kurz angedeutet werden konnte, in: Traitê du contrat de constitution de Rente. Traité du Bail à Rente, par l'auteur du Traité des obligations (Pothier)", welches Werk im Jahr 1806 zu Paris in einer neuen Ausgabe, von Hutteau, der auch die Napoleonſche Geſetzgebung berückſichtigte, erſchienen iſt, hinreichende Belehrung finden.

derſelben einige Erläuterungen über das Franzöſ. Zinſenweſen im Mittelalter und vor der Revolution zu finden. Daher wir uns denn dieſe Einſchaltung, die vielleicht an einem andern Ort ſchicklicher geweſen wäre, erlaubt haben.*) Wir bemerken hier nur noch zum Schluß, daß in Folge des ehmaligen Verbots Zinſen zu nehmen, die Franzöſiſche Geiſtlichkeit gar keine eigentliche Kapitalien ausſtehen hatte, ſondern nur Renten beſaß. Das berühmte Edikt Ludwig des 15ten v. Auguſt 1749 wodurch die Geiſtlichkeit unfähig erklärt ward, ferner auf irgend eine Weiſe unbewegliche Güter oder Rechte zu erwerben (S. 709**) dehnte Art. 14 dieſes auf die Grundrenten und eben ſo auf die gewöhnlichen Renten, wenn die Rentſchuldner Privaten wären, aus, und zwar (Art. 15) ohne Rückſicht, ob nach den Gewohnheiten der Provinzen dieſe Renten als bewegliches oder unbewegliches Eigenthum angeſehn wurden. Nur ſolche Renten, wo die Rentſchuldner entweder der König, oder die Geiſtlichkeit, oder eine Dioceſe, die Provinzial-Stände (pays d'états), oder Städte und ſonſtige Gemeinden waren, durfte ſie (Art. 18) auch ohne beſondere Königl. Erlaubniß ferner erwerben. — Die Revolution nahm bekanntlich der Geiſtlichkeit ihr ganzes Vermögen. Um dieſes einigermaßen wieder gut zu machen, ſollte nach Art. 15 des Concordats v. J. 1801 zwiſchen Pius dem 7ten und dem erſten Conſul (wovon ſogleich unten) Art. 15 die Franzöſ. Regierung Maßregeln nehmen, daß die Katholiken zu Gunſten der Kirchen Stiftungen machen könnten. Die Organiſchen Artikel zu dieſem Concordat (wovon ebenfalls weiter unten) erläuterten dieſes (Art. 73, 74) dahin, daß dieſe Stiftungen nur in Renten auf den Staat (en rentes constituées sur l'état, d. h. in Staatspapieren) beſtehn, und, mit Ausnahme der für die Geiſtlichen beſtimmten Wohnungen ſo wie der daran ſtoßenden Gärten, ſonſt keine unbeweglichen Güter zur Unterhaltung der Geiſtlichen und Kirchen beſtimmt oder von denſelben beſeſſen werden dürften. Dieſes war allerdings, wenn auch kein kräftiges, doch ein ſehr gut erdachtes Mittel den damals noch nicht ganz befeſtigten Staatskredit zu heben: indem es theils zu dem Ankauf von Staaspapieren mehrere neue Kapitalien herbeizog, und zugleich die Geiſtlichkeit an der Erhaltung des Staatskredits betheiligte. Wir nehmen nun den (S. 820) abgebrochenen Faden wieder auf. — In den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts ſcheinen, wie ſchon angeführt worden, die geiſtlichen Gerichte über das Verbrechen des Wuchers ausſchließlich, auch wenn die Angeklagten weltliche waren, erkannt zu haben. Späterhin kam indeſſen das Erkenntniß gegen Weltliche, den geiſtlichen und weltlichen Gerichten zugleich zu, und in den letzten Jahrhunderten hatten die letztern Gerichte es gegen weltliche Angeklagte allein und mit Ausſchluß der geiſtlichen Gerichte.

---

*) Der Druck dieſer Schrift war, als ich die geſagte Lücke bemerkte, zu weit fortgeſchritten, als daß es an der gehörigen Stelle hätte nachgeholt werden können.

Noch gab es eine höhere Klaſſe von Geiſtlichen, nämlich die Biſchöfe, welche behaupteten, daß ſie in Criminalſachen und ſelbſt wegen des Majeſtäts-Verbrechens, durchaus weder unter den weltlichen noch gewöhnlichen geiſtlichen Gerichten ſtänden, ſondern nur von einem Provinzial-Concilium der Biſchöfe gerichtet werden könnten. Hericourt (Loix Ecclésiast. d. France E. XIX. N^o^ 28) gibt dieſes auch als eine in Frankreich durchaus feſtſtehende und von je her unverbrüchlich beobachtete Regel an. Er fügt hinzu, daß, wenn ein Biſchof Unruhe oder Störung im Staat anrichte, es den Parlamenten frei ſtehe, durch Einziehung ſeiner Güter und Einkünfte (par la saisie du temporel) oder durch andere Wege, auch vor dem Ausſpruch des Provinzial-Conciliums, dem Unfug ein Ende zu machen. Hericourt ſtützt ſeine Meinung noch auf eine Königl. Erklärung v. 26ten April 1657, wodurch Ludwig der 14te, der früher dem Parlament aufgetragen hatte, dem Cardinal v. Retz, Erzbiſchof von Paris, der des Hochverraths angeklagt war, den Prozeß zu machen, dieſen Auftrag wieder zurücknimmt, und feſtſetzt, daß gegen die Cardinäle und Erzbiſchöfe, auch im Fall des Hochverraths, von den geiſtlichen Richtern nach den von je her für dieſe Fälle beobachteten Formen verfahren werden ſolle.*)

---

*) Der Text der Königlichen Erklärung findet ſich bei Hericourt a. a. O.

Allein dieſe Meinung war durchaus nicht allgemein angenommen. Der Kanzler d'Agueſſeau zeigte in einer ſehr ausführlichen Denkſchrift über die Königliche Gerichtsbarkeit, die er bei einer ähnlichen Gelegenheit *) verfaßte, durch ſehr viele, von dem Anfang der Monarchie an bis zu den letzten Zeiten hergeleitete Beiſpiele, daß die Biſchöfe ſehr häufig von den weltlichen Gerichten beurtheilt worden ſeyn, und daß, wenn das Gegentheil ſtatt gefunden hätte, dieſes immer nur als eine beſondere Begünſtigung angeſehn und unter Vorbehalt des dem König zukommenden Rechts geſchehn ſey. Er erklärt die entgegengeſetzte Meinung als ehrenrührig gegen das Anſehn des Königs, und allen Maximen des Königreichs zuwider. Was die Erklärung Ludwigs des 14ten v. 26. April 1657 betrifft, ſo behauptet er, dieſelbe ſey dem Parlament gar nicht zugeſendet worden. — In der Ausübung ward es bald ſo, bald anders gehalten; ſo wie denn überhaupt in abſoluten Monarchien die Beſtimmung über ſolche den Thron ſo nahe berührende Sachen und Perſonen von den Anſichten und faſt von den Launen des Augenblicks abhängt. So ward z. B. kurz vor der Revolution der in die berüchtigte Halsband-Geſchichte verwickelte Cardinal von Rohan von dem Parlament gerichtet.

Dieſes war ungefähr der letzte Zuſtand der geiſtlichen Gerichtsbarkeit unmittelbar vor der Revolution. Daß dieſelbe in den früheren Zeiten eine weit größere Ausdehnung hatte, iſt ſchon in der Einleitung zu dieſer Abtheilung im Allgemeinen erinnert worden. Wir glauben indeſſen dem Leſer keine deutlichere Ueberſicht, von welcher Art früherhin die Anmaßungen der Geiſtlichkeit geweſen ſind, geben zu können, als wenn wir die Klagen, welche unter Philip von Valois der Ritter Peter Cugnieres gegen die Geiſtlichkeit vorbrachte, nebſt den Antworten der letztern hier mittheilen. Der König hatte, um die Vorwürfe, welche ſich die Beamten des Königs und der Prälaten wechſelſeitig über Eingriffe in ihre Gerichtsbarkeit machten, zu unterſuchen und den Beſchwerden abzuhelfen, die Prälaten beſchieden, i. J. 1329 acht Tage nach dem Andreas-Feſt vor

---

*) Oeuv. de D'Aguesseau tom. V. p. 199.

ihm zu erſcheinen. An dem feſtgeſetzten Tag ſprach Peter Cugnieres, der Rath des Königs war, öffentlich für den König, wobei er zum Text wählte: Gebt dem Kaiſer, was des Kaiſers iſt, und Gott, was Gottes iſt. In dieſer Rede beſtand er auf dem Unterſchied zwiſchen den geiſtlichen und den zeitlichen Dingen, und behauptete, die Macht in den erſtern gehöre den Prälaten, allein die in den letztern gehöre dem König und den Baronen. Am Schluß ſagte er, der König ſey Willens, ſeine Macht über die zeitlichen Dinge wieder herzuſtellen, und übergab den Prälaten zugleich ſechs und ſechzig Klagepunkte, um ſich darüber zu berathen und dem König als treue Unterthanen ihre Meinung mitzutheilen. Den folgenden 15ten December ſprach Peter Roger, Erzbiſchof von Sens, vor dem König für die Prälaten. Er fing ſeine Rede mit der Betheuerung an, daß er nur um das Gewiſſen des Königs aufzuklären und nicht um ſich einem Urtheisſpruch zu unterwerfen ſpräche. In die einzelnen Klagepunkte ging er nicht ein, ſondern bemerkte nur, daß man mehrere Artikel vorgebracht, welche die ganze geiſtliche Gerichtsbarkeit zerſtörten, und die ſie daher bis auf den Tod bekämpfen würden, daß ſie dagegen Sorge tragen wollten, den von ihren Beamten begangenen Mißbräuchen, wenn ſie wirklich deren begangen hätten, abzuhelfen. Schon den folgenden 22ten December fand in dem Pallaſt zu Paris eine neue Verſammlung der Prälaten ſtatt, wo Peter Bertrandi, Biſchof von Autun, für die Geiſtlichkeit das Wort nahm, und die von Peter Cugnieres vorgebrachten Klagen, Punkt für Punkt, beantwortete. Die vorzüglichſten derſelben nebſt den Antworten waren wie folgt*) Cugnieres: dingliche Klagen über Eigenthum und Beſitz gehören, dem gemeinen Rechte nach, zu der Erkenntniß der weltlichen Gerichte, und dennoch ziehn die Officiale der Prälaten ſie an ſich. — Antw. v. Bertrandi: Derſelbe beruft ſich, um dieſes zu rechtfertigen, auf einige Texte von Gratian 63 Distinct. Can. valent;

---

*) Ich entnehme dieſes, da es mir nicht gelungen iſt, das Original dieſer Geſchichte zu erhalten, aus Fleury Hist. Ecclesiast. liv. 94.

Caus. 11, quaest. 1. quaecunque. — Cugnieres: Wenn ein Weltlicher, der in ſeinem Beſitz von einem Geiſtlichen geſtört wird, dieſen vor das weltliche Gericht laden läßt, ſo befiehlt der Official dem Richter und der Parthei unter Androhung der Excommunication und einer Geldſtrafe nicht weiter fortzufahren. — Bertrandi: In dieſem Fall iſt der Geiſtliche der Verklagte (dêfendeur), und der Kläger muß ſich an den Richter des Verklagten wenden. — Cugnieres: Die Officiale laſſen, wenn die Parthei es verlangt, Laien auch wegen perſönlicher Klagen vor ihr Gericht laden. — Bertrandi: Dieſes geſchieht wegen der Sünde*), die jeder begeht, der dasjenige nicht zurückerſtattet, was er ungerechter Weiſe beſitzt. — Cugn.: Zuweilen werden Laien, auf das Geſuch von Geiſtlichen, die behaupten, von den erſtern in dem Beſitz ihrer Patrimonial-Güter geſtört worden zu ſeyn, vor die Officiale geladen. — Bertrand.: Handlungen der Art von Seiten der Laien ſind als Kirchenraub anzuſehn, worüber die geiſtlichen Gerichte allein erkennen. — Cugn.: Die Officiale maßen ſich das Erkenntniß über Contracte an, die vor den weltlichen Gerichten geſchloſſen ſind, und beſtellen ſelbſt in dem Gebiet der Weltlichen apoſtoliſche Notarien, welche auch

---

*) C. Novit. ille X. de judiciis (lib. II. tit. I.). Der Papſt Innocenz der dritte, welcher ſich die Entſcheidung der zwiſchen den Königen v. Frankreich und England obſchwebenden Streitigkeiten anmaßte, ſagt: „Cum dominus dicat in Evangelio: si peccaverit in te frater tuus, vade et corripe eum inter te et ipsum solum: si te audierit, lucratus eris fratrem tuum: si te non audierit, adhibe tecum unum vel duos . . . . . quodsi non audierit, dic Ecclesiae: si autem Ecclesiam non audierit, sit tibi sicut ethnicus et publicanus. Et rex Angliae sit paratus sufficienter ostendere, quod rex Francorum peccat in ipsum, et circa eum in correptione processit secundum regulam Evangelicam et tandem quia nullo modo profecit, dixit Ecclesiae: quomodo nos qui sumus ad regimen universalis Ecclesiae superna dispositione vocati, mandatum divinum possumus non exaudire, ut non procedamus secundum formam ipsius? . . . . . Non enim intendimus judicare de feudo cujus ad ipsum spectat judicium . . . . . sed decernere de peccato, cujus ad nos pertinet sine dubitatione censura etc.“

Contracte über weltliche Gegenſtände aufnehmen. — **Bertr.**: Die Kirche hat das Recht, über Contracte, die vor den weltlichen Gerichten geſchloſſen ſind, zu erkennen, beſonders, wenn dabei die Verletzung eines Eidſchwurs zur Sprache kommt, und die geiſtlichen Notarien thun kein Unrecht, wenn ſie die Contracte derjenigen aufnehmen, die ſich lieber vor dem geiſtlichen als weltlichen Richter verpflichten. — **Cugnieres**: Wenn derjenige, der wegen Schulden excommunicirt iſt, den Betrag, wozu er verurtheilt iſt, nicht bezahlt, ſo legt der Official dem weltlichen Richter unter Strafe der Excommunication auf, den Schuldner durch Beſchlagnahme ſeiner Güter zur Abtragung der Schuld zu zwingen. Gehorcht der weltliche Richter nicht, ſo wird die Strafe der Excommunication gegen ihn ausgeſprochen, wovon man ihn nicht anders, als wenn er ſelbſt die Schulden bezahlt, losſpricht. — **Bertr.**: Wenn die Kirche vermittelſt des geiſtlichen Arms gethan hat, was ſie vermag, ſo muß ſie nach göttlichen und menſchlichen Rechten den weltlichen Arm anrufen. Gehorcht dieſer nicht, ſo daß der Gläubiger ſein Guthaben verliert, ſo iſt kein Uebelſtand dabei, wenn gegen den weltlichen Herrn verfahren wird, beſonders wenn die Excommunication länger als ein Jahr gedauert hat. — **Cugnieres**: Die Prälaten laſſen, um ihre Gerichtsbarkeit auszudehnen, einer großen Menge von Perſonen, unerwachſenen Kindern aus dem Stande der Leibeigenen oder außer der Ehe erzeugt, vielen verheiratheten oder ganz unwiſſenden Perſonen, welche aus Furcht geſtraft oder eingekerkert zu werden, ihre Zuflucht zu ihnen nehmen, die Tonſur geben. — **Bertrandi**: Je mehr es Perſonen gibt, welche ſich dem Dienſt Gottes weihen, deſto beſſer wird ihm gedient, und die Prälaten werden ſich mit Hülfe Gottes wohl hüten, unwürdige zu dieſem Dienſt anzunehmen; obſchon ſie in dieſer Hinſicht oft durch die Bitten der weltlichen Herrn beläſtigt werden. — **Cugn.**: Wenn der weltliche Richter einen Dieb ergreift, und ihm befiehlt das geſtohlne Gut demjenigen, der ſein Eigenthum daran beweiſt, wieder zu geben, ſo läßt der Prälat, wenn er ſagt, der Angeklagte ſey ein Geiſtlicher, ſich das geſtohlne Gut von dem weltlichen Richter wieder herausgeben. — **Bertr.**: Dieſes iſt eine Folge des Grundſatzes „**accessorium sequitur principale**“ u. ſ. f. — Die ganze Sache hatte aber unmittelbar weiter keinen Erfolg. Die Prälaten kamen noch einigemale zuſammen, und ſchafften, wie es ſcheint, einige Mißbräuche ab. Der König ließ ſie verſichern, daß es ſeine Abſicht ſey, ſie in ihren Rechten zu ſchützen. Seine Antwort war indeſſen ein wenig ausweichend, worüber die Prälaten ſich beſchwerten. Doch Alles blieb beim Alten. — Gegen dieſe ſchrecklichen Anmaßungen und Irthümer kämpfte die Vernunft Jahrhunderte hindurch an. Obſchon es ihr gelang, dieſelben nach und nach einzuſchränken und minder ſchädlich zu machen, ſo war es doch der Revolution vorbehalten, wie in ſo vielen Punkten alſo auch in dieſem dem Recht und der Wahrheit den vollen Triumph zu verſchaffen, und die Hierarchie in die Gränzen, aus welchen ſie nie hätte heraustreten ſollen, zurückzuweiſen. Die geiſtlichen Gerichte wurden durch das ſchon oft erwähnte Geſetz v. 6ten und 7ten September 1790 (Art. 13) gänzlich aufgehoben. Das Decret der Conſtituirenden v. 2ten November 1789 (Desen. tom. X. p. 360) ſtellte (Art. 1) alle Güter der Geiſtlichkeit zur Verfügung der Nation, jedoch unter Verpflichtung, für den Unterhalt der Diener der Religion*), für die Unterſtützung der Armen, und für die zum Gottesdienſt nöthigen Koſten zu ſorgen. Durch das Decret v. 13ten Februar 1790 (Desen. ibid. p. 361) wurden alle Orden und Vereine, worin man die Kloſter-Gelübde (voeux monastiques) ablegte, aufgehoben, und den Mitgliedern derſelben, ſowohl männlichen als weiblichen Geſchlechts, erlaubt, ihre Klöſter zu verlaſſen. Für ihren Unterhalt ſollte durch ein beſonderes Geſetz geſorgt werden, welches ſchon den 19ten und 20ten Febr. deſſelben Jahrs erſchien. Für diejenigen Geiſtlichen, welche von dieſer Erlaubniß keinen Gebrauch machen wollten, ſollten unverzüglich Häuſer angewieſen werden, wohin ſie ſich zurückziehn müßten. Das Decret v. 20ten Febr. 1790 (Desen ibid. p. 362) erklärte die Geiſtlichen, die aus den Klöſtern gingen, für unfähig zu ſuccediren. Selbſt durch Geſchenke unter Lebenden und teſtamentariſche Verfügungen konnte man ihnen nur Penſionen und Renten auf Lebenszeit verleihen. Wenn ſie ſich indeſſen bei einer Erbfolge nur mit dem Fiscus in Concurrenz befanden, ſo erbten ſie (Art. 2) vorzugsweiſe vor dieſem. Den 12ten Juli*) 1790 erſchien ferner das vielbeſprochene Decret über den bürgerlichen Zuſtand der Geiſtlichkeit (constitution civile du clergé)**), wodurch ihr Loos und ihre Verhältniſſe zum Staat in allen Punkten definitiv geregelt wurden. Daſſelbe iſt zu weitläufig und es beſtand auch nur zu kurze Zeit, als daß es möglich oder nöthig wäre, ſeinen Inhalt hier umſtändlicher mitzutheilen. Nach dem erſten Titel (Art. 2) ward Frankreich in zehn erzbiſchöfliche Bezirke (arrondissemens metropolitains)***) getheilt. Die Zahl der Bisthümer ward nach der Zahl der Departements zu 83 feſtgeſetzt, ſo daß jedes Bisthum (Art. 1) die nämliche Größe und Ausdehnung wie das Departement hatte. Alle Bisthümer ſollten Tit. II. Art. (1—3) durch Wahl beſetzt werden. Dieſe geſchah nach abſoluter Stimmenmehrheit und zwar von denſelben Wählern und nach denſelben Formen, die das Dekret vom 22. December 1789 für die Wahl der Mitglieder der Departements-Verwaltungen vorgeſchrieben hatte. (M. ſ. den 6ten Abſchnitt faſt am Schluß.) Der neu Gewählte ward von dem Präſident der Verſammlung ſogleich proklamirt, und dem König das Protokoll über die geſchehene Wahl zugeſendet. Der Gewählte mußte ſich (Tit. II. Art. 16) ſpäteſtens innerhalb eines Monats bei ſeinem Erzbiſchof, oder wenn er zu einem Erzbisthum ernannt war, bei dem älteſten Biſchof der Dioceſe melden, und bei ihm um die canoniſche Beſtätigung anhalten. An den Papſt durfte er ſich deshalb nicht wenden, ſondern an denſelben nur als ſichtbares Oberhaupt der Kirche zum Beweis der Einheit des Glaubens ein Schreiben richten*). Der Erzbiſchof oder Biſchof, von dem er die Beſtätigung verlangte, durfte zwar über ſeine Lehre und ſeine Sitten eine Unterſuchung anſtellen, aber keinen andern Eid von ihm fordern, als daß er ſich zur römiſch-katholiſchen, Apoſtoliſchen Kirche bekenne. Weigerte ſich der Erzbiſchof oder Biſchof ihm die Beſtätigung zu ertheilen, ſo mußte er ſich nach und nach an alle Biſchöfe des Erzbisthums, und zwar nach dem Dienſtalter derſelben, wenden, und endlich die Appellation wegen des Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt bei dem Diſtrikts-Gericht einlegen. Das Verfahren dabei ward durch ein ſpäteres Geſetz vom 14ten und 15ten November 1790**) näher beſtimmt. Die Weihung (consecration) des Biſchofs geſchah durch den Erzbiſchof oder in deſſen Ermangelung durch den älteſten Biſchof des erzbiſchöflichen Bezirks in Beiſtand von zwei Biſchöfen der angränzenden Dioceſen***). Vor der Weihung mußte der Biſchof in die Hände der Munizipalbeamten ſchwören, ſorgfältig für die Gläubigen wachen zu wollen, der Nation, dem Geſetz und dem König treu zu ſeyn, und die Aufrechthaltung der von der National-Verſammlung decretirten und von dem König angenommenen Conſtitution mit ſeiner ganzen Kraft (de tout son pouvoir) zu unterſtützen. Die Pfarrer wurden ebenfalls (Tit. II. Art. 25—28) durch Wahl ernannt, und zwar von denſelben Wählern und nach denſelben Formen, wie die Mitglieder der Diſtrikts-Verwaltungen. Die Wahl für alle erledigten Pfarreien eines Diſtriktes geſchah (Art. 26) einmal im Jahre und zwar zur nämlichen Zeit; doch ward für jede Pfarrei beſonders gewählt. Die Pfarrer erhielten (Art. 35—37) die canoniſche Einſetzung von ihrem Biſchof, welcher über ihre Lehre und Wandel die nämliche Unterſuchung anſtellen und die nämliche Sicherheit von ihnen fordern durfte, wie ſo eben für die Biſchöfe geſagt worden. Die Pfarrer mußten auch (Art. 38) an einem Sonntag in ihrer Kirche vor der Hochmeſſe, in Gegenwart der Munizipal-Beamten, der Geiſtlichkeit und des Volks den nämlichen Eid leiſten, wie die Biſchöfe. Ehe die Pfarrer und Biſchöfe dieſen Eid geleiſtet hatten, wurden (Tit. II. Art. 40) ihre Stellen für erledigt angeſehen. Die Biſchöfe und Pfarrer (Art. 22, 43) ernannten ihre Vicarien ſelbſt: die Erſtern konnten aber die einmal gewählten (Art. 22)*), nur nach einer förmlichen Unterſuchung, und in Folge eines von ihrem Rath nach Stimmenmehrheit gefaßten Beſchluſſes wieder entlaſſen.**) Das Geſetz vom 22ten November 1790***) legte nochmals allen Geiſtlichen, welche in Function geblieben waren, auf, innerhalb einer beſtimmten Friſt den vorgeſchriebenen Eid zu leiſten, unter Strafe, daß ſie angeſehn werden ſollten, auf ihre Stellen verzichtet zu haben. Alle Geiſtlichen ohne Ausnahme, welche ſich weigerten, den Eid zu leiſten, ſollten, wenn ſie noch öffentliche geiſtliche Verrichtungen vornähmen, als öffentliche Ruheſtörer verfolgt werden. Die Vorſchrift dieſes Prieſter-Eides brachte bei der Geiſtlichkeit und ihren Freunden ſehr großes Mißvergnügen hervor und fand ſehr großen Widerſtand. Viele weigerten ſich durchaus,

---

*) ibid. p. 361. Nach Art. 2 des Geſetzes v. 2ten November ſollte die Dotation keiner Pfarre weniger als 1200 Livres jährlich, die Wohnung und den dabei befindlichen Garten nicht mitgerechnet, betragen. Nach dem Geſetz v. 19ten Februar erhielt (Art. 2) jeder Kloſtergeiſtliche, der nicht zu den Bettelorden gehörte, bis zum Alter von 50 Jahren 900 Livres, bis zum Alter von 70 Jahren 1000- und nach 70 Jahren 1200 Livres jährlich. Für die Bettelorden war die Summe 700- 800- und 1000 Livres. Dieſe Summen wurden durch das Geſetz v. 24ten Juli 1790 (Desen. tom. X. p. 373) Art. 14 in Beziehung auf die Vorſteher der Klöſter merklich (nach Verhältniß der Einkünfte der Kloſters) erhöht. Nach dem letztern Geſetz wurden ferner den Weltgeiſtlichen, welche Präbenden hatten, Penſionen bewilligt, die nach dem Betrag der Präbenden abgemeſſen wurden, doch nicht leicht über 6000 Livres ſtiegen.

---

*) Vom König beſtät. d. 24ten Aug. deſſelb. J.

**) Desen. tom. X. p. 363.

***) Rouen, Rheims, Beſançon, Rennes, Paris, Bourges, Bordeaux, Toulouſe, Aix, Lyon.

---

*) Damit er nicht irgend einen Vorwand fände, die Beſtätigung der canoniſchen Einſetzung zu verweigern.

**) Desen. tom. X. p. 393.

***) M. vergl. jedoch Art. 10, 11 des Geſetzes v. 14ten und 15ten November 1799. (Desen. tom. X. p. 391).

---

*) Dieſer Artikel ward ſpäter durch das Geſetz vom 10ten März 1791 (Desen. tom. X. p. 406) noch etwas anders abgefaßt.

**) Die Pfarrer mußten Tit. II. Art. 44 ihre Klage bei dem Biſchof vorbringen.

***) Desen. tom. X. p. 393. Wegen der Vollſtreckung dieſes Geſetzes vergl. man das Geſetz vom 21ten Januar 1791. (Desen. l. c. p. 404).

denſelben zu leiſten*), andere wollten ihn nur unter gewiſſen Bedingungen und beſondern Einleitungen und Clauſeln leiſten. Das Geſetz vom 4ten Januar 1791 (Desen. tom. X. p. 399) befahl den Eid einfach und geradezu (purement et simplement) zu ſchwören. Die Beunruhigung der Gemüther nahm indeſſen ſo zu, daß die National-Verſammlung es nöthig fand (den 21ten Januar 1791) eine beſondere Erklärung in Beziehung auf dieſen Gegenſtand zu erlaſſen**). Sie dehnte zugleich die Friſt, bis zu welcher der Eid geleiſtet werden mußte, durch das Decret v. 18ten Januar 1791***) weiter aus, und zwar ſo, daß diejenigen, deren Stellen noch nicht durch eine neue Wahl beſetzt wären, die ihrigen behalten ſollten, vorausgeſetzt jedoch, daß ſie den Eid leiſteten. Es war bekannt, daß der Monarch ſelbſt nur ungern und nach langem Zögern ſeine Zuſtimmung zu den Decreten, welche die Geiſtlichkeit betrafen, gegeben hatte. Dieſes reizte die letztere zu dem unbedingteſten Widerſtand†). In Verbindung mit dem Thron und geſtützt auf dieſen hoffte ſie zuverſichtlich den Sturm beſchwören zu können. Allein dieſer ſtärker als der Thron und die Geiſtlichkeit riß nach kurzer Zeit beide in einem Umſturz dahin. Nach dem Fall des Throns am 10ten Auguſt 1792 nahm die Revolution einen wilden, blutdürſtigen Charakter an. Die Geiſtlichkeit hatte freilich die Erhaltung der Religion mit der Erhaltung ihrer Güter und weltlichen Vortheile verwechſelt. Allein nun ging der Haß gegen dieſe Anmaßungen und Mißbräuche in eine Wuth wider die erſtere nnd die Religion ſelbſt über. Nur wenige Tage nach der Verhaftung des Königs erſchien (den 26ten Auguſt 1792, Desen. tom. X. p. 415) ein Decret, welches allen Prieſtern, die den Eid zu leiſten verpflichtet waren, und ihn nicht geleiſtet hatten, auflegte das Gebiet des Königreichs in 14 Tagen zu verlaſſen. Die zuwider handelnden ſollten nach Guiana deportirt werden. Das Decret des National-Convents vom 21ten und 23ten April 1793 (Desen. tom. X. p. 418) dehnte das vorige (v. 26ten Aug. 1792) auf alle Geiſtlichen ohne Ausnahme, welche nicht ſchören wollten, die Freiheit und Gleichheit zu erhalten, aus. Welche Verfolgungen, Bedrückungen und Grauſamkeiten man ſich in Folge dieſer Geſetze gegen die Geiſtlichkeit erlaubt hat, iſt bekannt. Die Geſetze (auch die des National-Convents) ſprachen ſich zwar noch immer für die Freiheit der Gottes-Verehrung aus. Allein ſie griffen doch in den Gottesdienſt und die kirchliche Verfaſſung der Katholiken ſehr ſtörend ein. Viele katholiſche Prieſter benutzten nicht allein die ihnen geſtattete Freiheit zu heirathen, ſondern ſie ſetzten, obwohl verheirathet, ihre geiſtlichen Funktionen fort, und forderten ihre Beſoldung; eine Anmaßung, worin ſie von der damaligen Regierung unterſtützt wurden*). — Den 3ten Ventoſe Jahr 3 (21ten Febr. 1795) und den 7ten Vendemiaire J. 4 (29ten September 1795**) erließ der National-Convent zwei wichtige Decrete über den Cultus. Der Staat, um ſeine volle Unpartheilichkeit gegen alle Religions-Partheien zu beweiſen, ſorgte (Art. 2) für die Deckung der Koſten von keiner derſelben. Keine gottesdienſtliche Ceremonie durfte außerhalb des Umfangs der dazu beſtimmten Gebäude ſtatt haben. Eben ſo durfte kein Zeichen, welches an den Gottesdienſt einer beſondern Parthei erinnerte, öffentlich oder außerhalb der zum Gottesdienſt beſtimmten Gebäude aufgeſtellt werden; keine Aufſchrift durfte die Beſtimmung eines ſolchen Gebäudes anzeigen, kein öffentlicher Aufruf die Bürger einladen, ſich zum Gottesdienſt zu verſammeln. In Folge dieſes letztern Artikels ward der Gebrauch der Glocken, um die Gläubigen zur Kirche zu rufen, durch das Geſetz vom 22ten Germinal J. 4 (11ten April 1796) unter ſchwerer Strafe verboten (Desen. tom. X. p. 442). Keinem Geiſtlichen war es erlaubt, öffentlich in Kleidern oder mit äußern Zeichen, die an kirchliche Ceremonien erinnerten, zu erſcheinen u. ſ. f. Alle dieſe Ausſchweifungen und Thorheiten dauerten indeſſen nur kurze Zeit und gingen mit der Schreckens-Regierung oder bald nach derſelben zu Grunde. Das Geſetz vom 7ten Fructid. J. 5 (24ten Auguſt 1797) nahm die Strafe der Deportation, welche die frühern Geſetze gegen die Prieſter, die den Eid*) nicht geleiſtet hatten, ausſprachen, zurück (Desen. tom. X. p. 435). Die Wiedereröffnung der Tempel und die Wiederherſtellung des Gottesdienſtes war eine der erſten Wohlthaten der Conſular-Regierung. Der Beſchluß der Conſuln v. 7ten Nivoſe J. 8 (28ten December 1799, Desen. tom. X. p. 437) erklärte die Beſchlüſſe einiger Verwaltungen, die den Sinn der frühern Geſetze gewaltſam ſo ausgelegt hatten, als ob die für den Gottesdienſt beſtimmten Gebäude nur an den Decade-Tagen geöffnet werden ſollten, für nichtig.

---

*) Die Geiſtlichkeit trennte ſich dadurch in zwei Theile oder vielmehr in zwei Partheien, in prêtres sermentés und insermentés (assermentés und non assermentés).

**) Man findet ſie Desen. tom. X. p. 401.

***) Desen. tom. X. p. 406.

†) Auch der Papſt (Pius der ſechſte) fulminirte eine Menge von Breven, apoſtoliſchen Schreiben u. d. g. gegen dieſe Decrete. Beſonders ſtreng äußerte er ſich gegen diejenigen, welche die neugewählten Biſchöfe geweiht hatten, unter andern auch gegen den Cardinal Lomenie-Brienne (ehemaligen Miniſter und damals Erzbiſchof von Sens).

---

*) M. ſ. die Decrete v. 19ten Juli 1793, v. 12ten Auguſt, 17ten September 1793. Desen. tom. X. p. 419, 420.

**) Desen. tom. X. p. 424, 427.

Den 26ten Meſſidor J. 9 (15ten Juli 1801) ward endlich das Konkordat zwiſchen dem damaligen Papſt, Pius dem 7ten, und der franzöſiſchen Regierung, oder eigentlicher zu reden zwiſchen dem Papſt und dem erſten Conſul abgeſchloſſen, wodurch die Religions-Angelegenheiten in Frankreich definitiv geordnet wurden. Die Bevollmächtigten waren dabei von Seiten Frankreichs Joſeph Buonaparte, Bruder des erſten Conſuls, Staatsrath; Cretet, Staatsrath, und Bernier, Doctor der Theologie und Pfarrer von Saint-Laud d'Angers; von Seiten des Papſtes der Cardinal Hercules Conſalvi, päpſtlicher Staatsſecretair; Joſeph Spina, Erzbiſchof von Corinth und Haus-Prälat ſeiner Heiligkeit, und der Geiſtliche Caſelli, conſultirender Theolog des Papſtes. Die Ratification dieſer wichtigen Uebereinkunft ward zwiſchen den oben genannten Bevollmächtigten den 23ten Fructid. J. 9 (10ten September 1801) zu Paris ausgewechſelt, und die Bekanntmachung derſelben als Geſetz des Staats durch das Geſetz vom 18ten Germinal J. 10 (8ten April 1802) verordnet. Daſſelbe Geſetz befahl auch die Bekanntmachung und Befolgung der ſogenannten organiſchen

---

*) Die Form dieſes Eides hatte mannigfaltig gewechſelt. Die meiſten Formen findet man Desen. tom. II. p. 83 suiv.

Artikel des Konkordats, ſo wie derjenigen, welche den proteſtantiſchen Cultus betreffen*). Ueber dieſe organiſchen Artikel (weder des einen noch andern Cultus) war aber mit dem Römiſchen Hof durchaus keine Uebereinkunft getroffen, ſondern es war ein von der Franzöſiſchen Regierung auf die gewöhnliche Weiſe ausgegangenes Geſetz. Der Papſt, den man vielleicht überraſcht hatte, äußerte ſogar oft ſein Mißvergnügen darüber. Der Text des Konkordats ſelbſt iſt kurz und beſteht nur aus 17 Artikeln, welche im weſentlichen Folgendes enthalten. Die katholiſche Religion und deren Cultus darf frei und öffentlich in Frankreich ausgeübt werden. Der Staat verpflichtet ſich den Dienern derſelben einen anſtändigen Unterhalt zu ſichern. Die Franzöſiſche Regierung verpflichtet ſich ferner, Maßregeln zu treffen, daß die Katholiken zu Gunſten der Kirchen Stiftungen machen können. Alle nicht veräußerten Kirchen ſollen, in ſo fern ſie zum Cultus nöthig ſind, zur Verfügung der Biſchöfe geſtellt werden. Der erſte Conſul hat das Recht, die Biſchöfe zu ernennen. Sie erhalten aber die canoniſche Einſetzung von dem Papſt nach den Formen, die unter der vormaligen Regierung üblich waren. Dieſelben ſchwören, ehe ſie in Function treten, in die Hände des erſten Conſuls den vor der Regierungs-Veränderung üblichen Eid der Treue, (deſſen Formel Art. 6 angegeben**) iſt). Die Pfarrer werden (Art. 10) von den Biſchöfen ernannt, doch dürfen letztere nur ſolche Perſonen wählen, die der Regierung genehm ſind. Der Papſt erkennt zwar in dem Koncordat den Verkauf der geiſtlichen Güter nicht förmlich an — dieſes wäre der Römiſchen Conſequenz entgegen geweſen — ſondern wählt einen Mittelweg. Er verſpricht (Art. 13) in ſeinem und ſeiner Nachfolger Namen die Erwerber dieſer Güter auf keine Weiſe beunruhigen zu wollen. Von dem heiligen Stuhl ſoll im Einverſtändniß mit der Regierung eine neue Beſtimmung und Eintheilung der Dioceſen- und eben ſo von den Biſchöfen eine neue Eintheilung der Pfarreien angeordnet werden. Seine Heiligkeit erkennt in dem erſten Conſul alle Rechte und Privilegien, welche die ehemalige Regierung bei Ihr genoß. — Die organiſchen Artikel enthalten außer einer Menge von Maßregeln zur Ausführung des Konkordats eine Wiederholung der alten Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche, daß (Art. 1) keine Bulle, kein Breve, Reſcript u. ſ. f. des Papſtes oder der Römiſchen Curie*), eben ſo kein

---

*) Der Text des Konkordats ſo wie auch der dieſer organiſchen Artikel findet ſich Desen. tom. X. p. 438.

**) Der Biſchof verſpricht dadurch unter andern, daß, wenn er gewahr wird, daß in ſeiner Dioceſe oder ſonſt irgend etwas dem Staat nachtheiliges im Werke iſt, er die Regierung davon benachrichtigen wolle.

---

*) Der erſte organiſche Artikel, der hiervon ſpricht, nimmt ſelbſt die Reſcripte der Pönitentiarie nicht aus, wie dieſes unter der alten Regierung der Fall war. Die Geiſtlichkeit nahm indeſſen an, daß dieſes in der Eile übergangen worden und ſich von ſelbſt verſtehe. Die geiſtliche Commiſſion, welche i. d. J. 1809, 1810 bei Gelegenheit der Streitigkeiten von Napoleon mit dem Papſt verſammelt ward, hob dieſen Punkt beſonders hervor. (M. ſ. Les quatre Concordats par M. De Pradt tom. III. p. 369). Der Kaiſer gab auch dieſen Vorſtellungen Gehör, und erließ den 28ten Februar 1810 ein Decret (Desen. tom. X. p. 526), wodurch, dem alten Gebrauch gemäß, die von der Pönitentiarie ausgehenden Schreiben und Actenſtücke, welche das forum internum (for interieur) beträfen, von der Vorſchrift des Art. 1 ausgenommen wurden. — Wir bemerken hier noch nachträglich zu dem S. 751, 752 Geſagten, daß auch nach der alten Geſetzgebung die Beſchlüſſe der allgemeinen Concilien in Frankreich nicht anders als mit obrigkeitlicher Erlaubniß verkündigt werden durften. Dieſe Beſchlüſſe konnten nämlich außer den Dogmen, über deren Beſtimmung die Regierung ſich durchaus kein Recht anmaßte noch anmaßen konnte, auch noch Geſetze und Regeln, die ſich auf die Disciplin bezogen, enthalten. Unter dieſen letztern, auf welche ſich bekanntlich die Unfehlbarkeit der Kirche nicht erſtreckt, konnte es Einige geben, welche die Rechte des Königs und der Gallicaniſchen Kirche beeinträchtigten. Darum war ganz insbeſondere, ungeachtet der wiederholten Bemühungen vieler Mächtigen, das Concilium von Trident in Frankreich nie verkündigt worden. Die Franzöſiſche Kirche unterwarf ſich zwar den Beſtimmungen deſſelben, welche das Dogma betreffen: Allein ſie nahm mehrere Disciplinar-Beſtimmungen nicht an. M. ſ. Bossuet defense d. l. declarat. d. Clergé d. France tom. I. p. 54, 565, 566.

Beſchluß einer Synode oder eines allgemeinen Conciliums ohne Autoriſation der Regierung verkündigt werden, und daß (Art. 2) ohne dieſe Autoriſation kein Legat ſeine Functionen antreten darf; daß (Art. 24) diejenigen, welche beſtimmt werden um in den Seminarien zu unterrichten, ſich verpflichten müſſen, die vier von der Verſammlung der Franzöſiſchen Geiſtlichkeit v. J. 1682 aufgeſtellten Sätze (M. ſ. S. 775) zu lehren; daß (Art. 6) im Fall des Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt der Recurs an den Staatsrath ſtatt finde u. ſ. f. — Das Konkordat ſpricht mit keiner Silbe weder von der Gerichtsbarkeit der Biſchöfe, noch von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit überhaupt, welche auch mit den Grundſätzen des neuen Staatsrechts der Republik durchaus unvereinbar gewesen wäre. Nach dem 15ten organiſchen Artikel ſollen indeſſen die Erzbiſchöfe über die Klagen gegen das Betragen und die Entſcheidungen der Biſchöfe erkennen. — Der 56te und 57te organ. Art. beſtimmt noch, daß auch in allen geiſtlichen Acten der damals noch beſtehende republikaniſche Calender (calendrier d'équinoxe) beibehalten, den Tagen (Wochentagen) jedoch ihr alter Name gegeben und der Sonntag für alle öffentlichen Beamten der Ruhetag ſeyn ſoll. Um Alles, was die Religion in Frankreich betraf, vollends in Reine zu bringen, ernannte der Papſt (im Auguſt 1801) den Kardinal Joh. Baptiſt Caprara*) zu ſeinem Legaten bei dem erſten Conſul, welcher auch bald verſchiedene Bullen über die Beſtätigung des Koncordats*), über die Beſtimmung und Begränzung der Dioceſen**) und einen ſogenannten Indult über die Verminderung der Feſttage***) verkündigen ließ.

---

*) Desen. tom. X. p. 454.

**) Desen. ibid. p. 467. Frankreich ward durch das Konkordat in zehn Erzbisthümer und 50 Bisthümer getheilt. Die Erzbisthümer waren 1) Paris; 2) Mecheln (Malines) 3) Beſançon; 4) Lyon; 5) Aix; 6) Toulouſe; 7) Bordeaux; 8) Bourges; 9) Tours; 10) Rouen.

***) Desen. tom. X. p. 490. Sie wurden außer den Sonntagen auf vier (Chriſttag, Chriſti Himmelfahrt, Mariä Himmelfahrt und das Feſt aller Heiligen) beſchränkt. — Das Feſt Mariä Himmelfahrt (l'assomption de la Ste vierge) fällt auf den 15ten Auguſt. Es wird auch notre-

So war denn fürs erſte Ruhe und Ordnung in der Gallicaniſchen Kirche wieder hergeſtellt. Als nun gar einige Jahre ſpäter (i. J. 1804) der Papſt zur Krönung Napoleons nach Paris ging, ſo glaubte man die Vereinigung zwiſchen dem Oberhaupt der Kirche und der Franzöſiſchen Regierung auf immer befeſtigt. Allein nur zu bald zeigte ſich, daß der Haß

---

dame d'août genannt. Durch ein Kaiſerliches Decret v. 19ten Februar 1806 ward die Feier des Napoleonsfeſtes ſo wie die der Wiederherſtellung des katholiſchen Cultus in Frankreich auf denſelben Tag verlegt (Desen. tom. X. p. 499). Dieſer Tag iſt berüchtigt in den Annalen der Franzöſiſchen Geſchichte. Nämlich die Schutzpatronin der Stadt Paris iſt die H. Genovefa, und eben darum ward ſie früher auch meiſtens als die Schutzpatronin von ganz Frankreich angeſehn. Allein i. J. 1638 ſtellte Ludwig der 13te das Land unter den Schutz der H. Jungfrau. Dieſe Anordnung, von welcher man glauben ſollte, ſie hätte — sit venia verbo — höchſtens im Himmel einen Rangſtreit veranlaſſen können, brachte auf der Erde einen der ſcandalöſeſten hervor, der je darauf ſtatt gefunden hat. Zur Feier der Wahl der neuen Schutzpatronin ward unter andern den 15ten Auguſt eine Prozeſſion angeordnet, welcher alle Behörden beiwohnten. Der Zug ging von der St. Genovefa-Kirche nach der nôtre-dame (der Hauptkirche von Paris). Der erſte Präſident des Parlaments ging voran. Der Präſident der Oberrechenkammer wollte ſich ihm unmittelbar anſchließen; allein die Präſidenten mit der Mörſerhaube wollten dieſes nicht zugeben. Der erſtere, ein feſt gebauter Mann, faßte einen Präſident mit der Mörſerhaube mitten um den Leib und warf ihn zu Boden. Hierdurch war das Signal zur Schlacht gegeben. Die Präſidenten wurden mit den Präſidenten, die Räthe mit den Räthen handgemein und ſchlugen ſich mit Fäuſten. Der Herzog von Montbazon zog den Degen und wollte mit ſeinen Garden der Unordnung ſteuern, vermehrte ſie aber noch. — Der König erließ eine Verordnung, daß künftig das Parlament durch die große- und die Oberrechenkammer durch die kleine Thüre der nôtre-dame herausgehn ſollten. Voltaire Hist. du Parlem. d. Paris chap. 53. — Auch die Einſetzung und Wiederabſetzung des Napoleonsfeſtes (durch die Königl. Verordnung v. 16ten Juli 1814 Desen. tom. X. p. 543) erregt widrige Empfindungen.

zwiſchen zwei von Natur feindſeligen Prinzipien zwar auf einige Zeit beſchwichtigt, aber nicht gründlich geheilt werden kann. Der Papſt hatte ſich, wie es ſcheint, von ſeiner Gefälligkeit gegen Napoleon ſehr große Vortheile für die römiſchen Staaten verſprochen, welche nicht in Erfüllung gingen. Hierdurch fing ſchon i. J. 1805 eine Spannung zwiſchen dem Römiſchen und Franzöſiſchen Hof an ſichtbar zu werden. Dieſe vermehrte ſich bei allen folgenden Kriegen und Eroberungen Napoleons, beſonders denjenigen, die er in Italien machte. Der Papſt, welcher ſich in ſeinen Staaten je länger deſto mehr beengt fühlte, zeigte ſich den Gegnern Napoleons immer geneigter als ihm, ſo daß Rom endlich in Italien der Sammelplatz aller gegen Frankreich feindlich geſtimmten Perſonen ward. Dieſes veranlaßte einen ſehr weitläufigen Notenwechſel zwiſchen beiden Höfen, der damit endigte, daß im Anfang des Jahrs 1808 Franzöſiſche Truppen in Rom einrückten, daß ferner durch ein Kaiſerliches Decret vom 2ten April 1808 die drei Legationen der Mark Ankona dem Königreich Italien einverleibt und durch ein ſpäteres Decret v. 17ten Mai 1809 ſämmtliche Staaten des Papſtes mit Frankreich vereinigt wurden. Der Papſt machte in dieſer Noth Gebrauch von der einzigen obſchon ſchwachen Waffe, die ihm übrig blieb; er bedrohte Napoleon in einem an dieſen ſelbſt gerichteten Schreiben (Breve) v. 27ten März 1808, wenn er von ſeinen Attentaten gegen die Kirche nicht abſtände, mit der Excommunikation. Durch ein ſpäteres apoſtoliſches, in Form eines Breve verfaßtes Schreiben v. 10ten Junius 1809 ſprach der Papſt wirklich gegen Alle, welche nach Beſetzung der Stadt Rom und des Kirchenſtaats gegen die kirchlichen Freiheiten und die geiſtlichen Rechte des H. Stuhls gehandelt hätten, ſo wie gegen alle, die zu dieſen Handlungen beigetragen oder gerathen, ſie begünſtigt, befohlen u. ſ. f., die Excommunication (excommunicatio major) aus.*) Allein Napoleon war nicht der Mann, der ſich durch ſolche Schreckmittel von ſeinem

---

*) Der Text dieſes Schreibens findet ſich unter andern in: Les quatre Concordats par M. de Pradt ancien archevêque de Malines Paris. III. tomes (tom. II. p. 330).

Entſchluß abbringen ließ. Der Papſt ward bald darauf von Rom weg nach Savona gebracht. Um den Kaiſer noch mehr ſeinen Unwillen empfinden zu laſſen, machte er allerlei Schwierigkeiten hinſichtlich der Bullen, wodurch die von demſelben ernannten Biſchöfe die canoniſche Einſetzung erhalten ſollten. Er verweigerte ſie zwar nicht förmlich, (wie früher einige Päpſte ungeachtet des mit Franz dem 1ſten abgeſchloſſenen Konkordats gethan hatten): allein er that darin des Namens des Kaiſers und der von ihm geſchehenen Ernennung keine Erwähnung, ſo daß die Franzöſiſchen Behörden ſie nicht annehmen und die ernannten Biſchöfe keinen Gebrauch davon machen konnten; wodurch viele Kirchen verwaiſt blieben. Um dieſem Uebelſtand abzuhelfen, richtete der ehemalige Legat des Papſtes Caprara (damals Biſchof von Mailand), ohne Zweifel auf Befehl des Kaiſers, den 19ten Auguſt 1809 ein Schreiben an den Papſt, worin er ihm anzeigte, der Kaiſer wolle nachgeben, daß in den Bullen ſeines Namens und der von ihm geſchehenen Ernennung keine Erwähnung geſchehe, wenn der Papſt ſich nur des Ausdrucks „motu proprio“ oder jedes gleichbedeutenden in dieſen Bullen ebenfalls enthalten wollte. Der Papſt brauche überdem, wenn er auf dieſen Vorſchlag einginge, die Bulle nicht dem Kaiſer, ſondern auf die Bitte des Staatsraths oder Kultus-Miniſters zu bewilligen. Allein der Papſt verwarf in ſeinem Antwortſchreiben an den genannten Kardinal (vom 26ten Auguſt 1809) dieſen Vorſchlag gänzlich *); indem er nach Allem, was vorgegangen, ohne ſich ſelbſt zu widerſprechen oder den Gläubigen Aergerniß zu geben und ſich durch die erlittenen Kränkungen gebeugt und erſchrocken zu zeigen, auf keinen ſolchen Vergleich eingehen könne. Auch ſey es gegen die Gebräuche der apoſtoliſchen Kanzellei dergleichen Geſuche von Seiten der Laien anzunehmen. Der Kaiſer rief in dieſer Noth i. J. 1809 eine geiſtliche Commiſſion **) zuſammen, welcher er eine große Menge Fragen vorlegen ließ, wie dem gegenwärtigen Uebel der Kirche abzuhelfen ſey *). Die Commiſſion beantwortete dieſelben alle ſehr ausführlich. Auf die wichtigſte Frage, was zu thun ſey, wenn der Papſt fortführe, den vom Kaiſer ernannten Biſchöfen die canoniſche Einſetzung zu verweigern, erklärte die Commiſſion, daß ſie ſich nicht hinreichend bevollmächtigt halte, um in einer ſo ſchwierigen und wichtigen Sache die geeigneten Maßregeln vorzuſchlagen. Sie glaube daher, daß ſeine Majeſtät keinen weiſern und den alten Kirchenregeln gemäßern Entſchluß faſſen könnte, als die Sache einem National-Concilium vorzulegen.

---

*) Dieſes Antwortſchreiben des Papſtes an Caprara findet ſich ebenfalls bei De Pradt tom. II. p. 354.

**) Sie beſtand aus den Cardinälen Feſch und Maury, dem Erzbiſchof von Tours, den Biſchöfen von Nantes, Trier, Verceil, Evreux, dem Abbé Emery und dem Pater Fontana. Der Cardinal Feſch war Präſident.

Im Jahr 1811 ward noch eine andere ähnliche Commiſſion zuſammengeſetzt **), welcher eine Reihe ähnlicher Fragen wie der erſten vorgelegt ward, die ſie ebenfalls umſtändlich beantwortete ***). Auch ſie gab ihre Stimme für die Zuſammenberufung eines National-Conciliums, und ging am Ende des März 1811 auseinander. Nach dem Schluß derſelben wurden mehrere ihrer Mitglieder von dem Kaiſer nach Savona geſchickt, um dem Papſt die Beſchlüſſe des Kaiſers mitzutheilen und mit ihm zu unterhandeln. Nach wenigen Tagen (den 19ten Mai 1811) ward in dem Kabinet des Papſtes eine Note abgefaßt,††) und von ihm beſtätigt, worin er faſt in Alles willigte. Allein dieſer Note fehlte die Unterſchrift, auf welchen Umſtand in dem bald darauf eröffneten Concilium von Einigen großer Werth gelegt ward. Die Eröffnung dieſes Conciliums fand wirklich den 11ten Junius 1811 ſtatt, wobei ſich hundert Prälaten aus Frankreich und Italien einfanden. Der Hauptgegenſtand der Berathung machte die Ernennung und Einſetzung der Biſchöfe aus. In dem Concilium entwickelte ſich anfangs ein ſehr feindſeliger Geiſt gegen den Kaiſer. Es löſte ſich auch bald auf, trat aber nach einigen Tagen wieder zuſammen und erließ den 5ten Auguſt ein Decret in fünf Artikeln *), welche zwar im Ganzen dem Willen des Kaiſers gemäß waren; allein der 5te Artikel enthielt, daß das Decret dem Papſt zur Genehmigung vorgelegt und der Kaiſer gebeten werden ſollte, einer Deputation von ſechs Biſchöfen zu erlauben, ſich zu dem Papſt zu verfügen und deſſen Beſtätigung einzuholen. Um Alles leichter und regelmäßiger zu machen, wurden dem Papſt, der ſich früher beklagt hatte, daß man ihm alle ſeine Räthe genommen und, er ohne die Meinung derſelben vernommen zu haben, keinen Beſchluß faſſen könne, fünf Kardinäle als Räthe zugeſchickt. Die Conferenzen mit der Deputation des Conciliums fingen den 1ſten September 1811 an, und den 20ten deſſelben Monats waren alle Schwierigkeiten beſeitigt. An dieſem letztern Tage erließ der Papſt ein Breve **), wodurch er alle Artikel des Dekrets des Conciliums beſtätigte und nur eine Kleinigkeit, die ſich von ſelbſt verſteht, hinzufügte. Bei Allem blieb die Sache noch eine Zeit lang liegen, und die gehoffte Vereinbarung kam nicht zu Stande. Napoleon beantwortete den Brief nicht, den der Papſt ihm bei dieſer Gelegenheit ſchrieb. Letzterer ward bald darauf, da ſich eine Engliſche Flotte in den Gewäſſern von Savona zeigte, nach Fontainebleau gebracht. Hier ward nun endlich den 25ten Januar 1813 zwiſchen dem Papſt und dem Kaiſer perſönlich ein neues Konkordat ***) abgeſchloſſen und den 13ten Febr. als Reichsgeſetz verkündigt. In Hinſicht des wichtigſten Streitpunkts, nämlich der Ernennung der Biſchöfe beſtimmt daſſelbe, daß die Unterſuchung über den Wandel und die Lehre der von dem Kaiſer ernannten Biſchöfe dem Erzbiſchof gehöre, daß ferner, wenn der Papſt in den erſten ſechs Monaten, nachdem ihm die Kaiſerliche Ernennung mitgetheilt worden, die canoniſche Einſetzung noch nicht ertheilt habe, der Erzbiſchof, oder wenn die Ernennung einen Erzbiſchof betraf, der älteſte Biſchof dieſelbe ertheilen ſollte. Was die Vorrechte des Papſtes betrifft, ſo ſollte derſelbe fortfahren, das Pontificat in Frankreich und dem Königreich Italien wie früherhin auszuüben. Auch behielt er das Recht, Geſandte zu ſchicken und anzunehmen; Auch ſollten die Propagande (congregatio de propaganda fide), die Pönitentiarie und die Archive nach dem Aufenthalts-Ort des Papſtes gebracht werden. Zur Vollſtreckung dieſes Geſetzes erfolgte, wie gewöhnlich, bald (den 25ten März 1813) ein Kaiſerl. Decret (Desen. tom. X. p. 533). Daſſelbe enthält (Art. 5) noch die wichtige Beſtimmung, daß die Klage wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt, ſo wie alle Sachen, die ſich auf die Nichtvollſtreckung der Konkordate beziehen, vor die Kaiſerlichen Gerichtshöfe (cours impériales) gebracht, und von dieſen entſchieden werden ſollen; worüber wir ſchon oben S. 804, 805 geſprochen haben. — Das Konkordat v. Fontainebleau hatte ein Leben von nur wenigen Monaten. Durch die Siege der Alliirten ward es bald unter den Trümmern der Kaiſerlichen Macht begraben. Allein Eine Parthei ging ſiegreich aus dieſen Trümmern wieder hervor: der Papſt kehrte in ſeine Staaten und auf den Stuhl des H. Petrus zurück, wohin ihn damals die Verehrung und die Wünſche aller Fürſten und Völker zurückriefen.

---

*) Man findet dieſe wichtigen Fragen und deren Beantwortungen, die gewiß jeder Freund der Geſchichte und des canoniſchen Rechts mit Intereſſe leſen wird, die indeſſen hier mitzutheilen zu weitläufig wäre, in der ſchon angeführten Schrift von D. Pradt (les quatre concordats) am Schluß (tom. III. p. 358) beigefügt.

**) Aus den Cardinälen Feſch, Maury, Caſelli, den Erzbiſchöfen von Tours und Mecheln, den Biſchöfen von Nantes, Trier, Evreux und dem Abbé Emery.

***) Dieſe Fragen finden ſich ebenfalls bei de Pradt (tom. III. p. 407 suiv.)

†) M. ſ. die Inſtruction derſelben bei de Pradt (tom. II. p. 466).

††) M. ſ. die Note bei de Pradt tom. II. p 470.

---

*) De Pradt tom. II. p. 501.

**) M. ſ. den Text bei de Pradt tom. II. p. 507.

***) M. ſ. den Text Deſen. tom. X. p. 531.

XIII. Die Kriegs-Gerichte (conseils de guerre). — Wir ſprechen hier vorzüglich nur von der Competenz dieſer Gerichte, beſonders in Beziehung auf die Conflicte mit den ordentlichen oder bürgerlichen Gerichten. Die Geſetzgebung des ehmaligen Frankreichs war in dieſer Hinſicht nach mildern und richtigern Grundſätzen geregelt als die jetzige. Auch mögte dieſes wohl der einzige Punkt ſeyn, wovon ſich das ſagen läßt. Die wichtigſte Verordnung über dieſen Gegenſtand (aus der ältern Geſetzgebung) iſt die vom 25ten Juli 1665. Nach den

Beſtimmungen derſelben gehören nur ſolche Verbrechen, welche entweder ein Soldat gegen einen andern begeht, oder die ſich auf die Disciplin beziehn, und wobei kein Bürger betheiligt iſt, zu der Competenz der Militair-Gerichte. Selbſt hiervon waren nach verſchiedenen ſpätern Verordnungen noch mehrere einzelne Verbrechen, die Duelle, die dem König vorbehaltenen- und die Prevotal-Fälle ausgenommen, worüber, ſelbſt wenn ſie von einem Soldat gegen den andern begangen wurden, das Erkenntniß den bürgerlichen Gerichten zuſtand. Die letztern waren (nach einer Verordnung v. 4ten November 1651) in ſolchen Fällen nur verpflichtet, den Juſtitiar des Regiments oder Korps (le prevôt du regiment ou des bandes), oder in deſſen Ermangelung einen Officier ſowohl bei der Inſtruction als auch bei dem Urtheil zuzuziehen. Die bürgerlichen Richter hatten (nach Art. 43 der ordon. d. 1665) auch die Befugniß, einen Soldaten verhaften zu laſſen; und die Militair-Vorgeſetzten waren *nicht* befugt, ihn unter dem Vorwand, daß ſie ſelbſt ihn beſtrafen wollten, aus dem Gefängniß zu nehmen; ſondern ſie mußten ſich deshalb an die ordentlichen Richter- und im Weigerungs-Fall an den König wenden. — Ganz dieſen Grundſätzen gemäß waren, wie man leicht erwarten wird, die Verfügungen der Conſtituirenden über dieſen Gegenſtand. Schon den 22ten September 1790*), eben ſo den 30ten Septbr. 1791**)

---

*) Desen. C. g. tom. XVI. p. 10.

**) Ibid. p. 136. Das erſte Decret v. 22ten September 1790 unterſcheidet unter den Uebertretungen der Militair-Geſetze Fehler (fautes) und Vergehn (délits). Erſtere ſollen nach den Disciplinar-Geſetzen geſtraft werden (art. 5). Zur Beurtheilung und Beſtrafung der letztern wurden unter dem Titel (cours martiales) eigene Militair-Gerichte angeordnet, deren es für jeden großen Militair-Bezirk Eines geben ſollte (art. 6, 7). Die Form des Verfahrens bei dieſen Gerichten war der bei den gewöhnlichen ſehr ähnlich. Es gab bei denſelben (art. 21, 23) eine Anklage- und Urtheils-Jury, die aus Militair-Perſonen aller Grade zuſammengeſetzt ward. Präſident dieſes Gerichts war der Ober-Kriegs-Commiſſair (commissaire ordonnateur) unter dem Titel: Großrichter (grand-juge militaire). Die erſchienen ausführliche Geſetze darüber. Nach Art. 1 des Erſtern ſollte kein Soldat (aucun homme de guerre) zu einer körperlichen oder entehrenden Strafe anders verurtheilt werden können, als durch den Ausſpruch eines Civil- oder Militair-Gerichts (nach Beſchaffenheit des Vergehns). Die Competenz der Militair-Gerichte, die den Namen cours martiales erhielten, erſtreckte ſich einzig auf die militairiſchen Vergehen, d. h. nach Art. 4 auf die Uebertretungen des militairiſchen Geſetzes, welches dieſelben näher beſtimmt. Waren bei einem militairiſchen Vergehn Militair- und Civil-Perſonen zugleich als Thäter betheiligt, ſo urtheilte (art. 82, 83) das Militair-Gericht zwar über alle, doch ward die Jury (art. 84—83) zu gleichen Theilen aus Bürgerlichen und Militair-Perſonen zuſammengeſetzt. In allen übrigen, durch die allgemeine Geſetzgebung verbotenen Handlungen urtheilten (nach Art. 2) die gewöhnlichen Richter, der Urheber der Handlung mogte eine Militair-Perſon oder ein bürgerlicher ſeyn. Nur im Fall eines Kriegs, wenn die Armee außer Landes iſt, würden nach Art. 3 diejenigen, welche zu derſelben gehören, eben ſo die, welche dem Dienſte derſelben beigegeben ſind, (qui sont attachés à son service) oder ihr folgen, von den Militair-Gerichten gerichtet, jedoch bei gemeinen Vergehn nach den bürgerlichen Geſetzen geſtraft. — Das zweite der eben angeführten Geſetze (v. 30ten September 1791) beſtätigte Alles dieſes und erläuterte es noch näher. Nach Titel 1 Art. 2 ſoll keine Handlung für ein Militair-Verbrechen angeſehn werden, wenn das Geſetz ſie nicht ausdrücklich dafür erklärt. Dazu iſt (nach Tit. I. Art. 3) durchaus erforderlich, daß es von Einem begangen worden, der zur Armee gehört. Alle Verbrechen, wobei Civil- und Militair-Perſonen zugleich betheiligt ſind, gehören (art. 5) vor die bürgerlichen Gerichte. Dahin gehören auch die von der Gendarmerie begangenen Verbrechen (art. 31), wenn nicht das bürgerliche Gericht entſcheidet, daß das Verbrechen ein militairiſches ſey, und deshalb die Beſchuldigten an die Miltair-Gerichte veweiſt.

---

gewöhnlichen Kriegs-Commiſſaire verſahen ungefähr die Stelle des Inſtructions-Richters, oder richtiger zu reden, des Directors der Jury.

Die Beſtimmung des Decrets vom 22ten September 1790, daß während des Kriegs auch alle nicht militairiſchen Verbrechen, welche Perſonen, die zur Armee gezählt wurden oder derſelben folgten, begingen, zu der Competenz der Kriegs-Gerichte gehörten, ward (Tit. I. Art. 15) beibehalten. Dieſelbe Regel galt (Tit. I. Art. 14) auch in Friedenszeiten, für alle Truppen, die entweder in einem wirklichen Lager oder in Cantonnirungen lagen, um ein Lager zu bilden (troupes campées ou cantonnées pour former un camp). Alle Befehle, welche der kommandirende General während des Kriegs gab, galten (Tit. I. Art. 11, 12) während ſeines Commandos als Geſetze. Die Art des Verfahrens vor dieſen Gerichten blieb, ſo wie das vorige Decret vom 22ten September 1790 es geordnet hatte,*) doch ſollte (Tit. I. Art. 9) gegen Urtheile der Kriegs-Gerichte Caſſation eingelegt werden können.**)

Den 12ten Mai 1793 erließ der National-Convent ein ſehr umſtändliches Decret über die Militair-Gerichtsbarkeit.***) Daſſelbe bezog ſich indeſſen nicht auf die Competenz, ſondern nur auf die Zuſammenſetzung der Militair-Gerichte und das Verfahren vor denſelben, welche eine gänzliche Umformung erlitten. Sie ſollten nicht mehr Kriegs-Gerichte (cours martiales), ſondern Militair-Tribunale (tribunaux militaires) heißen. Die Vorſchriften, welche das Decret über die Organiſation derſelben enthält, ſind indeſſen zu weitläufig, als daß ſie hier angeführt werden könnten.

Das Decret des National-Convents vom 3ten Pluvioſe J. 2 (22ten Januar 1794) (Desen. tom. XVI. p. 355) machte hierin wieder mehrere Abänderungen. Die Militair-Gerichtsbarkeit ward Gerichten von dreierlei Graden anvertraut, die unter dem Namen „tribunaux militaires“ an die Stelle der durch das Geſetz vom 22ten September 1790 angeordneten Kriegs-Gerichte (cours martiales) traten. Sie ſelbſt wurden nach dem Grade der Vergehn, worüber ſie urtheilten, entweder Disciplinar-Räthe (conseils de discipline) oder Correctionelle- oder Criminal-Gerichte genannt. Nach Tit. I. Art. 3, 4 gehörten alle während des Kriegs bei der Armee oder in dem Lager oder in den Cantonnirungen derſelben begangenen Verbrechen zu der Competenz der Militair-Gerichte und zwar nicht allein, wenn die Urheber alle zu der Armee gehörten oder bei ihr angeſtellt waren, ſondern wenn andere Bürgerliche als Mitſchuldige der Militair-Perſonen dabei mitgewirkt hatten, ſo wurden ſie alle von den Militair-Gerichten beurtheilt. Die commandirenden Generale ſtanden (Art. 8) wegen aller von ihnen begangenen Verbrechen unter dem Revolutions-Tribunal, vor welches ſie übrigens (Art. 9) nur durch ein Decret des National-Convents oder auf einen Befehl des Wohlfahrts-Ausſchuſſes oder desjenigen der allgemeinen Sicherheit geſtellt werden konnten. Vor daſſelbe Gericht gehörten auch alle der Unredlichkeit beſchuldigten Lieferanten wegen ihrer an die Armee gemachten Lieferungen.

---

*) M. ſ. die vorige Note und das Decret ſelbſt (Desen. tom. XVI. p. 131.

**) Dieſes war eine Abänderung des vorigen Decrets vom 22ten September 1790 (Desen. tom. XVI. p. 10); denn dieſes enthält Art. 76 „Dans tous les cas ou l'effet d'un jugement de la cour martiale n'est pas suspendu par la disposition précise de quelque loi, son exécution ne pourra être empêchée ni retardée sous aucun prétexte et aura lieu *le jour même s'il y a peine de mort.*“

***) Desen. tom. XVI. p. 278.

Das Geſetz vom 2ten Ergänzungstag (jour complémentaire) d. J. 3 hob die Militair-Tribunale, welche das Geſetz vom 3ten Pluv. J. 2 geſchaffen hatte, wieder auf und ſetzte an deren Stelle beſondere Commiſſionen unter dem Namen: Kriegsräthe, Kriegs-Gerichte (conseils militaires, conseils de guerre)**). An die Stelle der letztern ſetzte das Geſetz vom

---

*) Ueber das Verfahren vor dieſen Gerichten enthält das Decret ebenfalls ſehr umſtändliche Beſtimmungen, die aber hier mitzutheilen ebenfalls zu weitläufig wäre. Wir müſſen daher den Leſer auf das Decret ſelbſt verweiſen.

**) Desen. C. g. tom. XVI, p. 437. Bei denſelben befand ſich kein einziger beſtändiger oder Civil-Beamter, ſondern es ward nur aus Militair-Perſonen und zwar für Einen Fall zuſammengeſetzt. Eine beſondere Jury fand bei denſelben nicht ſtatt, ſondern die nämlichen Richter urtheilten über die Thatſache und beſtimmten die Strafe.

13ten Brum. J. 5 (3ten November 1796 Desen. tom. XVI. p. 453) die beſtändigen Kriegsgerichte (conseils de guerre permanens), welche ebenfalls nur aus Militair-Perſonen, jedoch nicht für einen einzelnen Fall, ſondern für alle, die bis zum Frieden vorkamen, ernannt wurden. Denſelben ward (Art. 1) die Beurtheilung aller Militair-Vergehn überwieſen; doch gehörten nur Militair-Perſonen und ſolche, die der Armee folgten (attachés à l'armée) unter ihre Gerichtsbarkeit. In die Conſtitution vom 22ten Frimaire J. 8 (13ten Decemb. 1799), wodurch die Conſular-Regierung entſtand, ward endlich ein eigener Articel (85) aufgenommen, welcher enthält »die Verbrechen der Militairs werden von beſondern Tribunalen und nach beſondern gerichtlichen Formen beurtheilt.« (Les délits des militaires sont soumis à des tribunaux spéciaux et à des formes particuliéres de jugement). Der Artikel ſpricht, wie man ſieht, nicht von Militair-Verbrechen, d. h. von Handlungen gegen die Militair-Geſetze, ſondern von ſolchen Verbrechen, welche von Militair-Perſonen begangen werden. Den Worten dieſer Beſtimmung gemäß konnte alſo ein Bürgerlicher, der von einer Militair-Perſon beleidigt oder mißhandelt ward, dieſe vor den gewöhnlichen Gerichten auf keinen Fall belangen, ſondern mußte ſeine Genugthuung vor dem Kriegsgericht ſuchen.

Durch ein Gutachten des Staatsraths, welches der Kaiſer den 7ten Fructid. J. 12 (25ten Auguſt 1804)*) genehmigte, ward dieſes indeſſen einigermaßen gemildert, und mit Rückſicht auf alle frühern Geſetze beſtimmt, daß unter den Worten: Verbrechen von Militair-Perſonen (delits militaires)**) nur diejenigen verſtanden werden ſollen, welche dieſelben zu der Zeit, wo ſie ſich unter den Fahnen oder bei ihrem Corps befinden, entweder gegen ihre beſondern oder auch gegen die allgemeinen Geſetze begehn, und daß von Militair-Perſonen zu einer Zeit, wo ſie auf Urlaub ſind, oder ſich nicht bei ihrem Corps befinden, begangene Verbrechen zur Competenz der gewöhnlichen Gerichte gehören.

---

*) Desen. tom. IV. p. 357. M. vergl. noch d. Gutachten d. Staatsraths vom 11ten Januar (beſtätigt den 12ten Jan.) 1811 (ibid. p. 520).

**) Man ſetzte nämlich voraus, daß Art. 85 der Couſtitut. v. 22ten Frim. J. 8 durch den Ausdruck „delits des militaires" nur im Allgemeinen einen Grundſatz aufgeſtellt, und die nähere Ausführung und Anwendung beſondern Geſetzen überlaſſen habe. M. ſ. Merlin Répert. art. délit militaire.

Noch viel wichtiger als die eben genannte Beſchränkung der Militair-Gerichtsbarkeit iſt diejenige, welche ſich auf die Gendarmerie bezieht. Dieſe wichtige Gattung von Truppen, welche ſeit der Revolution an die Stelle der ehemaligen Maréchauſſée (Sicherheits- und Polizei-Soldaten) geſetzt worden, erhielt ihre Exiſtenz und ihren Namen durch das Decret der Conſtituirenden v. 16ten Januar 1791, welches auch ihre Einrichtung und Funktionen beſtimmte. Späterhin erſchienen mehrere Geſetze darüber, welche alle das wichtige Geſetz v. 28ten Germinal J. 6 (17ten März 1798) in ein Ganzes zuſammenfaßte. Nach den Beſtimmungen des letztern, welche noch jetzt in Kraft ſind, ſtehn (Tit. VIII. Art. 97) die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Gendarmerie wegen aller Verbrechen, welche ſie in Beziehung auf ihren Dienſt bei der allgemeinen und gerichtlichen Polizei begehn, unter den ordentlichen Criminal-Gerichten; und die Competenz der Kriegsgerichte hinſichtlich derſelben beſchränkt ſich auf Verbrechen, die ſie in Beziehung gegen die Kriegszucht und den Militairdienſt begehn. Wenn die Anklage gegen dieſelben ſowohl wegen Verbrechen der einen als andern Art zugleich angeſtellt wird, ſo gehört (Art. 98) das Erkenntniß über beide den gewöhnlichen Criminal-Gerichten, welche indeſſen die durch das Militair-Geſetz für das Militair-Verbrechen verhängte Strafe ausſprechen müſſen, wenn dieſe härter iſt, als die für das andere Verbrechen*) feſtgeſetzte.

---

*) Art. 98 ſagt: „quand pour raison du délit militaire les officiers . . . . . et gendarmes auront encouru une peine plus forte que celle résultant du délit relatif au service de la police générale, *ou de tout autre délit qui ne seroit point militaire par sa nature.*“ Aus den letzten Worten hat man geſchloſſen, daß die Gendarmen, mit einziger Ausnahme der rein militairiſchen Verbrechen, wegen aller andern von ihnen begangenen unter den ordentlichen Gerichten ſtehn. Merlin Répert. art. Gendarmerie.

Allein auch ungeachtet dieſer Ausnahmen und Beſchränkungen iſt die ausgedehnte Competenz der Militair-Gerichte noch immer ſehr läſtig, und man mögte wohl ſagen herabwürdigend für die andern Klaſſen der Nation. Man hätte hoffen dürfen, durch die Charte von 1814, welche Art. 62 verordnet, daß Keiner ſeinem natürlichen Richter entzogen werden könne, ſey jener Artikel (85) der Conſtitution v. 1799, welcher das gehäſſigſte aller Ausnahme-Tribunale gründete, von ſelbſt aufgehoben geweſen. Allein man mußte damals die Armee ſchonen, und ſo ward Art. 62 der Charte nicht ſo ausgelegt, wie man hätte erwarten ſollen. Napoleon indeſſen, des Vertrauens der Armee gewiß, wagte es, ihren Vorurtheilen zu trotzen. Die Conſtitution, die er den 22ten April 1815 nach ſeiner Rückkehr von Elba gab *), enthält Art. 54: »Nur die Militair-Verbrechen gehören zur Competenz der Militair-Gerichte,« wozu (Art. 55) ſogleich hinzugefügt wird: »Alle übrigen auch von Militair-Perſonen begangenen Verbrechen gehören vor die bürgerlichen Gerichte.« Die neue Charte vom J. 1830 enthält hierüber Nichts. Allein es ſind ſchon mehrere Klagen laut geworden, und bei der allgemeinen Aufmerkſamkeit, die jetzt alle beſſern Talente der Geſetzgebung widmen, darf man mit Recht hoffen, dieſen Flecken aus der Geſetzgebung bald verſchwinden zu ſehen. — Wir bemerken hier nur noch, daß zur Beſtrafung der in den Seehäfen und Arſenalen begangenen Verbrechen ebenfalls beſondere Tribunale beſtehn, die mit den Kriegs-Gerichten ſehr viele Aehnlichkeit haben. Schon unter der Conſtituirenden waren durch das Decret v. 20ten September 1791 **) in den Häfen von Breſt, Toulon, Rochefort und Lorient zu dieſem Zweck beſondere Tribunale unter dem Titel: Militair-Gerichtshöfe der Marine (cours martiales maritimes) eingeſetzt worden, deren Competenz ſich aber nur auf die Kriegs-Marine und die in den Arſenalen und Häfen angeſtellten Beamten erſtreckte. Das Kaiſerl. Decret v. 12ten November 1806*) hob ſie wieder auf, und ſetzte an ihre Stelle (Art. 1) in denſelben Häfen See-Tribunale (tribunaux maritimes) ein. Ein ſolches Gericht beſteht 1) aus einem Präſident, wozu der Vice-Admiral des Hafens oder in deſſen Ermangelung der dem Range nach höchſte Seeoffizier genommen wird; 2) aus ſieben Richtern, wovon fünf zum Theil Seeoffiziere, zum Theil Angeſtellte der Marine, und zwei Richter bei dem erſten Inſtanz-Tribunal des Arrondiſſements ſind; 3) aus einem Berichterſtatter (commissaire rapporteur); 4) aus einem Gerichtsſecretair. Die beiden letztern Stellen ſind beſtändig. Die Competenz dieſer Gerichte iſt ſehr ausgedehnt. Sie erkennen über alle in den Häfen und Arſenalen von was immer für Perſonen begangenen Vergehn, welche ſich auf die Polizei oder die Sicherheit des Hafens u. ſ. f. beziehn. Das Verfahren vor denſelben iſt eigenthümlich. Sie entſcheiden ohne Geſchworne nach abſoluter Stimmen-Mehrheit (Art. 40). Gegen ihre Urtheile findet keine Caſſation, wohl aber aus denſelben Gründen wie dieſe, (nach Tit. 6) eine Reviſion ſtatt. Die Sitzungen des Gerichts ſind öffentlich, doch darf die Zahl der Zuſchauer nicht die dreifache Zahl der Richter überſteigen (Art. 25). Das Verfahren iſt ſonſt dem gewöhnlichen Criminal-Verfahren faſt gleich. Das Nähere in dieſer Beziehung findet man in dem ſchon angeführten Kaiſerlichen Decret ſelbſt.

---

*) Desen. tom. XVIII. p. 586.

**) Desen. Cod. gén. franc. tom. 18 p. 54. Das Verfahren vor dieſen Marine-Gerichten ſtimmte mit denjenigen welches die Conſtituirende für die Kriegs-Gerichte vorgeſchrieben hatte, faſt gänzlich überein; nur daß bei denſelben die Anklage-Jury wegfiel.

XIV. Das Gericht des Kronfeldherrn (la connétablie et maréchaussée de France), auch das Militair-Gericht (justice militaire) genannt. —

Schon an dem Hofe der Griechiſch-Römiſchen Kaiſer gab es unter den höhern Hausbeamten einen, welcher comes stabuli hieß, und, wie dieſer Name hinreichend beweiſt, mit der Aufſicht über die Kaiſerlichen Ställe beauftragt, alſo ſoviel, wie unſere jetzigen Oberſtallmeiſter, war. Aus dem Wort comes stabuli entſtand durch Zuſammenziehung constabularius, woraus ſich dann das Franzöſiſche connestable, connétable bildete. Die Fränkiſchen Könige, welche ſehr eiferſüchtig darauf waren, es den Römiſchen Kaiſern in Allem gleich zu thun, hatten auch ſchon ſehr früh, in den Zeiten des erſten Geſchlechts*), einen ſolchen constabularius unter ihren Hausbeamten. Unter den Urkunden der Könige des dritten Geſchlechts gibt es eine große Menge, welche von dem jedesmaligen constabularius mitunterzeichnet ſind.**) Dem Rang nach kam derſelbe unmittelbar nach dem Seneſchall; und als ſpäter die Würde des Seneſchalls einging, trat der Connetable an deſſen Stelle, und ward der erſte Beamte des Reichs. Wie damals alle Hausbeamten und Freunde des Königs demſelben in den Krieg folgten, ſo galt dieſes für den connétable ganz insbeſondere; ſo daß er zuletzt, als der erſte Feldherr des Reichs, als der Kronfeldherr, dem im Krieg Alle, ſelbſt die Prinzen vom Königl. Geblüt, gehorchen mußten, angeſehn ward. Die Macht dieſes Beamten ward nach und nach ſo groß, daß die Könige endlich argwöhniſch auf dieſelben zu werden anfingen; daher denn auch Ludwig d. 13te dieſe Stelle (nach dem Tode des Connetable v. Lesduiguieres) durch ein Edict v. Januar 1607 für immer aufhob. Der zweite Offizier nach dem Kronfeldherrn war der Marſchall, Mareschallus oder Mareschalcus, welches der Etymologie nach ebenfalls einen Pferde-Wärter oder Pferdeknecht***) bedeutet. Die Stelle deſſelben iſt ebenfalls uralt in den Franzöſiſchen Armeen.

---

*) Desen. tom. XVIII. p. 405.

---

*) Schon bei Gregor v. Tours kommt ſeine Stelle lib. 5 histor. cap. 48 unter dem Titel „comitatus stabulorum" vor.

**) In einem Schreiben Ludwigs des 6ten v. J. 1118 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 3) kommt die Unterſchrift des Constabularius (Hugo) unmittelbar nach der des dapifer (Willelmus) vor. Dieſes iſt indeſſen nicht in allen Urkunden das Nämliche. M. ſ. das Schreiben deſſelben Königs v. J. 1155 (Ordon. tom. I. p. 11, 12) wo der constabular. erſt nach dem dapifer, Buticularius und Camerarius unterſchrieben hat.

***) Von den deutſchen Worten Schalk und Mare, wovon das erſte einen Knecht und das zweite ein Pferd (Mähre) bedeutet.

Schon in einem Gedicht*), das unter Philip Auguſt (reg. v. 1180 — 1223) verfaßt ward, findet man:

Cujus erat primum gestare in proelia pilum.
Quippe *mareschalli* claro fulgebat honore.

Der Marſchall pflegte nämlich den Vortrab anzuführen. Nach Aufhebung der Stelle des Kronfeldherrn ward die des Marſchalls die erſte in der Armee**), welches ſie bis jetzt geblieben iſt.

Dem Kronfeldherrn ſtand von je her auch eine Gerichtsbarkeit über alle zur Armee gehörigen Perſonen, und in allen den Kriegsdienſt betreffenden Sachen zu***). Der Sitz ſeines

---

*) Bouquet Recueil des historiens d. France tom. XVII. p. 215.

**) Auch dieſe Stelle war ſo bedeutend, daß der Marſchall eidlich verſprechen mußte, ſeine Stelle nicht als erblich in Anſpruch nehmen zu wollen. Ein Beiſpiel eines ſolchen Verſprechens ſchon v. J. 1223 findet man bei Du-Cange Glossar. art. mareschallus.

***) Er dehnte, wie es ſcheint, ſeine Gerichtsbarkeit auch wohl über dieſe Grenzen aus. In einer Verordn. Carls des fünften v. 28ten December 1355, die in Folge der Verſammlung der drei Stände der Languedoil erlaſſen ward (Ordon. tom. III. p. 19. 30) heißt es: „Voulons et ordenons que toutes jurisdictions soient laissées aux juges ordinaires, senz ce que nos subgiez soient desormais traiz, adjournez ou travaillez pardevant Maistres d Ostel, Maistres de requêtes d'Ostel, Lieux-tenanz, Connestable, Mareschaulz, Admiraulx, Maistres d'Arbalesstriers . . . . . . Et aussi demourra à nostre Connestable la cognoissance des sergenz d'armes en deffendant seulement, et en actions personnelles, esquelles il n'aura Garde [Sauve-garde] enfrainte: Et aussi pourront cognoistre nostredit Connestable et noz Mareschaulz, ou leurs Lieux-tenans, quant aux actions personelles et entre ceuls qui presentement seront en la guerre et *en deffendant tant seulement*, senz ce toutesvoyes, que ceuls qui seront en la guerre, puissent *en demandant* faire adjourner ou convenir en action personnelle ou reelle, ceuls qui ne seront pas en la guerre etc."

Gerichts war, wie für die großen Hofämter überhaupt, die Marmortafel in dem großen Saal des Juſtiz-Pallaſtes von Paris. Es iſt zwar kein Edict bekannt. wodurch dieſes Gericht eingeſetzt worden wäre. Allein nach einer Denkſchrift, welche irgend ein Mitglied deſſelben i. J. 1655 verfaßt hat, hätte daſſelbe ſchon i. J. 1255 beſtanden. Das älteſte Document, welches ſich in den Archiven des Gerichts über daſſelbe vorfand, war ein Urtheil v. 9ten Februar 1316, von welchem man an das Parlament appellirt hatte, ſo wie ein Urtheil (arrêt) dieſes letzten Gerichtshofs v. 22ten Jan. 1361, worin das Urtheil, wovon appellirt war, „sentence de l'audience de la cour des maréchaux“ genannt wird. Nach Aufhebung der Stelle des Kronfeldherrn ging die Gerichtsbarkeit deſſelben auf die Marſchälle (auf das Corps derſelben) über, ſo daß der älteſte unter ihnen als der Präſident des Gerichts angeſehn ward. Die Marſchälle ſaßen indeſſen nur ſelten ſelbſt zu Gericht, ſondern ſie überließen dieſes meiſtens ihren Stellvertretern. Dieſe letztern waren früherhin nur Beauftragte (Commiſſarien) der Marſchälle. Nämlich in den erſten Zeiten war der Connetable und eben ſo waren ſpäter die Marſchälle mit ihrer Gerichtsbarkeit vom König förmlich belehnt, ſo daß ſie eben ſo wie der Admiral die Beamten, die in ihrem Namen Recht ſprachen, ernannten. Allein ſeit d. J. 1655 war dieſe Gerichtsbarkeit Königlich geworden, und die Beamten des Militair-Gerichts hießen Königl. Räthe. Daſſelbe beſtand in den letzten Zeiten eigentlich nur aus zwei Mitgliedern, nämlich dem allgemeinen und beſondern Stellvertreter (lieutenant général et particulier). Bei Criminal-Urtheilen, wobei mehrere Richter mitwirken mußten, wurden noch andere Rechtsgelehrte zugezogen, welche man aus den Advokaten des Parlaments zu nehmen pflegte. Auch bei Civil-Urtheilen zog man zuweilen, nach Erforderniß der Sachen, andere Beamten, Mitglieder des Rechnungshofs, Kriegs-Kommiſſarien u. ſ. f. zu. Insbeſondere hatte auch der Vogt (prévôt) der Connetablie in allen Sachen Sitz und Stimme, und zwar unmittelbar nach dem beſondern Stellvertreter. Die Marſchälle von Frankreich konnten überdem auch, wenn ſie wollten, den Sitzungen beiwohnen und hatten Sitz und Stimme darin. Gewöhnlich verfügten ſie ſich alle zuſammen (en corps), in der Kleidung der Herzoge und Pairs, den älteſten Marſchall an der Spitze, dahin. Dieſer war von den Wachen der Connetablie begleitet. Zwei Trompeter blieſen vor ihm her bis an die Thüre des Sitzungsſaals. Bei der Abſtimmung wurden natürlich die Marſchälle zuerſt, und zwar von dem General-Stellvertreter gefragt, welcher letztere auch das Urtheil ausſprach. — Uebrigens war das Verfahren vor dieſem Gericht dem gewöhnlichen gleich, und um noch beſtimmter zu reden, ſo wie das bei den requêtes de l'hôtel. Es war auch ein Staatsprocurator dabei angeſtellt, und die Anwälte beim Parlament fungirten bei demſelben ebenfalls. Das Gericht hatte ein beſonderes Siegel, worin ſich das Wappen des Kronfeldherrn, und unter dieſem das des älteſten Marſchalls befand. Das erſtere blieb immer ungeändert, allein das zweite wechſelte mit dem älteſten Marſchall. Dieſes Siegel war durch das ganze Königreich ohne visa oder pareatis executoriſch. — Das Gericht erkannte in allen Sachen, deren Werth nicht über 100 Livres ſtieg, in letzter Inſtanz. Bei den andern fand Appellation an das Parlament Statt.

Die Competenz deſſelben beſchränkte ſich zwar größtentheils auf Militair-Perſonen, und ſolche, die mit der Armee zuſammenhingen, oder Geſchäfte mit derſelben machten: allein in Hinſicht der Gegenſtände war ſie ſehr ausgedehnt. Das Gericht erkannte nämlich

1) über alle Verbrechen, welche die Soldaten entweder im Lager oder in ihrer Garniſon, ſo wie auf dem Marſch aus- oder nach der Garniſon oder dem Lager begangen hatten;

2) über alle Unterſchleife und Veruntreuungen der Officiere, Kriegszahlmeiſter und deren Secretarien;

3) über alle Streitigkeiten, die wegen Auszahlung des Soldes der Truppen oder wegen der Vertheilung der Beute, des Löſegeldes u. ſ. f. entſtanden;

4) über alle perſönliche Klagen, welche Militair-Perſonen in Folge von Contracten, die ſie unter ſich in Beziehung auf den Krieg oder wegen deſſelben geſchloſſen hatten, gegen einander anſtellen konnten;

5) über alle Streitigkeiten, welche zwiſchen den Officieren der Armee und den Waffenſchmieden wegen ihres Geſchäfts entſtanden;

6) über alle Contracte, die in Beziehung auf die Stellen der Marſchalls-Vögte (prévôts des maréchaux) geſchloſſen wurden, ſo wie über den gerichtlichen Verkauf dieſer Stellen.

7) über den gerichtlichen Verkauf der Güter derjenigen, die durch einen Ausſpruch des Marſchalls-Vogts (par jugement prevôtal) verurtheilt waren.

Die Gerichtsbarkeit dieſes Tribunals erſtreckte ſich durch ganz Frankreich. Auch durften die bei demſelben angeſtellten Gerichtsdiener*) ihre Functionen durch das ganze Reich ausüben. Da es indeſſen den Beamten des Gerichts unmöglich war, über alle in dem Gebiet von Frankreich vorfallende Fälle ſelbſt zu entſcheiden, ſo hatten ſie in den verſchiedenen Provinzen in Criminalſachen ihre Stellvertreter, die Marſchalls-Vögte**), worüber ſchon im erſten Theil geſprochen worden. Die letztern ſelbſt mußten ſich beim Antritt ihres Amts bei dem Gericht des Kronfeldherrn aufnehmen laſſen, unter welchem ſie auch in Beziehung auf alle ihre Dienſtvergehn ſtanden.

Die Marſchälle von Frankreich bildeten überdem noch ein eigenes Ehrengericht, an welches alle Adeliche, die von Andern ihres Standes in ihrer Ehre angegriffen wurden, ſich wenden konnten, um die ihnen gebührende Genugthuung zu erhalten. Der Zweck bei Einſetzung dieſes Gerichts war, den Zweikämpfen, die oft wegen unbedeutender Worte zwiſchen Edelleuten vorfielen, ein Ziel zu ſetzen. Die barbariſche Sitte, nicht allein Ehrenſachen, ſondern auch alle Arten von Klagen und Anſprüchen durch den Zweikampf zu entſcheiden, iſt ſo alt als die Fränkiſche Nation ſelbſt. Als nach und nach der Charakter derſelben ſich milderte, verſuchten, wie ſchon im erſten Theil näher erklärt worden, viele Könige, dem Gebrauch deſſelben Schranken zu ſetzen, ohne daß ſie doch gewagt hätten, ihn gänzlich zu verbieten. Heinrich der dritte war der erſte König, welcher gemäß einer Entſcheidung des Concil. v. Trient ihn durchaus unterſagte. Auch die nachfolgenden Könige, Heinrich der Vierte (i. J. 1609), Ludwig der 13te erließen mehrere Verordnungen, wodurch der Zweikampf durchaus und unter ſchweren Strafen verboten ward. Vor Allen aber zeigte ſich Ludwig der 14te bemüht, den Zweikampf gänzlich auszurotten. Schon im erſten Jahr ſeiner Regierung (i. J. 1643) erſchien eine ſehr umſtändliche Königl. Verordnung über den Zweikampf (Cod. Neron. tom. II. p. 1). Dieſelbe ſetzte ſehr ſchwere Strafen darauf, und was noch wichtiger war, ſie übertrug die Entſcheidung aller Ehrenſtreitigkeiten den Marſchällen. Dieſelben ſollten, wenn ſie Nachricht erhielten, daß irgend ein Zweikampf vorbereitet werde, dieſes den Partheien ſogleich verbieten, und dieſelben vor ſich laden laſſen, damit ihre Zwiſtigkeiten durch richterlichen Spruch entſchieden würden. Der Inhalt dieſer Verordnung ward durch eine andere v. Auguſt 1679 (Cod. Neron. tom. II. p. 143) näher beſtätigt und erweitert. Sie gab nämlich den Marſchällen die Befugniß, in jeder Amtmannſchaft einen Edelmann als ihren Stellvertreter zu ernennen, der bei allen zwiſchen Edelleuten und Officieren entſtehenden Streitigkeiten die Partheien vor ſich beſcheiden und ſie entweder verſöhnen, oder die Sache zur fernern Entſcheidung an die Marſchälle ſenden ſollte. Auf dieſe Verordnung folgten noch mehrere andere, die alle in demſelben Sinne abgefaßt waren, allein, wie nur zu bekannt, ihren Zweck gar nicht erreichten.

---

*) Drei dieſer Gerichtsdiener verſahn den Dienſt in den Sitzungen (huissiers - audienciers). Die übrigen, welche durch ganz Frankreich zerſtreut waren, wurden huissiers-archers, archers - huissiers, archers - gardes, huissiers - sergens royaux et d'armes genannt.

**) Ganz die nämlichen Verrichtungen und Befugniſſe, wie dieſe Marſchallsvögte, hatten die unter den Namen Vice-baillis, Vice-sénéchaux, Lieutenans criminels de robe courte, chevaliers du guet bekannten Beamten.

Ueber das Gericht des Kronfeldherrn ſehe man noch: L'histoire des connétables et maréchaux de France par le Feron; Recueil de connétablie et marechaussée par Pinson de la Martinière, Diction. d. l. maréchaussée par Beauclas.

XV. Der große Staatsrath (le grand conseil). Von dieſem, welches das letzte der im Eingang dieſes Abſchnitts (S. 161, 162 erwähnten Ausnahme-Gerichte iſt, wird im folgenden Abſchnitt (S. 873 — 878) näher die Rede ſeyn.

# Sechſter Abſchnitt.

## Von den Mitteln gegen die Ausſprüche der oberſten Gerichtshöfe (cours souveraines) anzugehen. Der ehemalige Staatsrath. Der Caſſationshof. Der jetzige Staatsrath. Streitigkeiten in Verwaltungsſachen (contentieux administratif).

Die Könige von Frankreich hatten, ſo wie die Fürſten aller Länder, von den früheſten Zeiten an, einen Staatsrath, d. h. ein Collegium von Männern, die ſie mit einem beſondern perſönlichen Zutrauen beehrten, und mit welchen ſie über alle wichtigen Sachen ſowohl der innern Verwaltung als der äußern Politik Rath pflegten. Unter den Königen des dritten Geſchlechts gab es auch ſchon ſehr früh zwei Collegien der Art, von welchen Eines der kleine (enge)⸗ das andere der große Staatsrath (conseil grand et étroit)*) genannt ward. Der enge Staatsrath oder geheime Rath insbeſondere beſtand aus nähern Freunden und Vertrauten des Königs, die in alle Staatsgeheimniſſe eingeweiht waren. Die Zahl der Mitglieder dieſes Raths war allezeit nur ſehr klein**). Der große Staatsrath, der eine weit

---

*) M. ſ. Abſchn. IV. S. 51 * und **; auch Henrion de Pansey De l'autorité judic. en France Introduct. § VIII. — Der große Staatsrath wird in den Urkunden der damaligen Zeit „consilium plenius, grande consilium plenius“ genannt. Henrion d. Pansey l. c. p. 78.

*) In den Ordon. d. Louv. tom. III. p. 330 wird aus dem Regiſter C. der Oberrechenkammer angeführt, daß der

größere Menge von Mitgliedern zählte, die überdem oft nur zu einem beſondern Zweck hinzugerufen wurden, berieth über Gegenſtände, wozu gründlichere Kenntniſſe gewiſſer Zweige der Verwaltung oder der Verhältniſſe der einzelnen Provinzen u. ſ. f. erforderlich waren. Weder das eine noch das andere Collegium hatte indeſſen, urſprünglich und dem Zweck ſeiner Einſetzung nach, mit der Verwaltung der Juſtiz etwas zu thun. Allein, ſo wie jede Parthei, die ihren Prozeß verliert, entweder die Partheilichkeit oder Fähigkeit des Richters anklagt, und eine noch höhere Inſtanz verlangt, ſo ward auch in Frankreich der König oder vielmehr ſein Staatsrath von den früheſten Zeiten an mit Klagen über die Urtheile des Parlaments und mit Geſuchen um Abhülfe dagegen behelligt. Philip von Valois ſagt in der Verordnung, die er den 12ten Januar 1330 über den Wucher erließ, daß, obſchon Menſchen aus allen Ständen und allen Gegenden der Welt nach dem Juſtiz-Pallaſt von Paris (dem Sitz des Parlaments) kämen, um ſich zu unterrichten, wie die Gerechtigkeit verwaltet werden müſſe, dennoch verſchiedene Partheien ſich bei den dort gefällten Urtheilen nicht beruhigten, ſondern die Sachen vor den Staatsrath ſchleppten*). Die Könige waren zwar, wie ſchon im erſten Theil S. 324, 325) bemerkt worden, im Ganzen gegen die Zuläſſigkeit ſolcher Klagen. Schon Philip der Schöne, unter dem das Parlament zuerſt ſeinen feſten Sitz zu Paris erhielt, befahl in ſeiner Verordnung v. 23ten März 1302 Art. 12**), daß die Urtheile, welche von ſeinem Gerichtshof oder Staatsrath (de nostra curia seu nostro communi consilio) ausgingen, ohne alle

---

Staatsrath im Jahr 1350 außer dem Kanzler Wilhelm Flotte, Herrn von Reval, aus nur Vier Mitgliedern beſtand. Jedes hatte 1000 Livres Beſoldung.

*) Ordon. tom. II. p. 59, 60. „Laquelle ordonnance fut faite et publicé en notre palais à Paris, la ou toutes manières de gens et de toutes les parties du monde viennent, les uns pour aprendre et demander droit, les autres pour veoir l'estat de gouverner justice, dont plusieurs diverses parties ne demourent guaires sans se traisre devers nostre conseil."

**) Ordon. tom. I. p. 354.

Appellation vollſtreckt werden ſollten, und wenn ſich in den Urtheilen ſelbſt einige Dunkelheit und Zweideutigkeit fände, die Verbeſſerung, Abänderung oder Erklärung von dem König oder ſeinem gewöhnlichen Staatsrath oder der Mehrzahl deſſelben ausgehn ſollte*). Allein die Könige und noch mehr ihre Höflinge und Räthe zeigten doch in vielen Fällen einen nur zu großen Hang, ſich in die Rechtsſtreitigkeiten der Privaten zu miſchen, wie es auch bis zur Revolution ſehr häufig zum Verdruß und Aerger aller beſſern Publiciſten und Rechtsgelehrten geſchehn iſt. Um indeſſen gegen die Urtheile des Parlaments angehn zu können, bedurfte es einer beſondern ſchriftlichen Erlaubniß des Königs. Dieſe Schreiben hießen unter Philip dem Langen und wahrſcheinlich ſchon früher „lettres de grace de dire contre les arrestz". Unter dieſem Namen kommen ſie in einer Verordnung des genannten Königs v. J. 1320, überſchrieben „touchant les poursuivans le roi" zum erſtenmal vor (Ordon. tom. I. p. 732, 733 art. 3) „Et pour ce que moust de requestes ont souvent esté faites à nos predecesseurs et à nous qui passées ont esté fraudeusement, sous l'ombre d'aucune couleur de raison, lesquelles se discutées eussent esté devant ceux qui sont instruiz et ont cognoissance des besoignes n'eussent pas esté passées, comme de moult de gens qui requerrent recompensacion de services, restitucions de demmages, *grace de dire contre les arrestz donnez en nostre Parlement* . . . . de toutes icelles Requestes nous doivent les poursuivans qui avec nous seront à aviser affin qu'elles ne passent et qu'elles soient renvoyées chacune en droit soy, aux lieus la on il appartiendra chacun en droit soy." Etwas ſpäter, unter Philip von Valois (reg. v. Jahr 1328 — 1350), erhielten dieſe Briefe den Namen „literae ad proponendum errores (lettres de proposition d'erreur)." Philip von Valois erließ (im December 1344) über die Art, dieſe Briefe zu erhalten, ſo wie über das fernere Verfahren dabei eine ziemlich vollſtändige Verordnung, die wir hier in der Note mittheilen.*) Man erſieht aus derſelben, welche Mißbräuche ſich ſchon damals, dem eigentlichen Sinn und Zweck derſelben

---

*) „Ad nos, vel nostrum commune consilium spectare videatur vel ad majorem partem consilii nostri."

---

*) Ordon. d. Philip. d. Valois à Paris au mois de Decembre l'an 1344 Ordon. d. L. tom. II. p. 210. Art. 9. Cum jam dudum per nos in nostro magno consilio sit et fuerit ordinatum, ut nulli liceat contra arresta curiae nostrae aliquid proponere vel dicere, nisi a nobis impetraverit gratiam errores contra hujusmodi arresta proponendi, quo etiam casu cautionem, antequam reciperetur ad aliquid proponendum dare debet, et tenetur de solvendo nobis duplicem emendam, in casu quo non invenirentur errores in arresto, ac etiam de solvendo expensas, atque dampna illi, qui pro se reportaverat. Dicta tamen ordinatione non obstante plures nituntur, etiam, de facto per eorum importunitatem, a nobis impetrare literas, absque eo quod asserant errores intervenisse in arresto ut contra arrestum, et intellectum ejus, et arresto non obstante, quod etiam per nostras literas annullamus, audiantur. Et quod est gravius parti, quae arrestum pro se reportavit et habuit, ut arresti executio usque ad certum tempus etiam suspendatur, vel quod partes super hiis, super quibus arrestum fuit latum, coram aliis, quam coram gentibus Parlamenti nostri, et non in ipso parlamento adjornatae audiantur. Cum tamen prout per praedecessores nostros Franciae reges, semper fuit et propter auctoritatem Parlamenti inviolabiliter observatum, ne arresta curiae nostrae aliquatenus nisi per ipsas gentes Parlamenti nostri, in nostra praesentia, *cum hoc praecipimus*, vel nobis absentibus per ipsas quae personam nostram immediate representant, vel per ipsas et aliquot alios consiliares nostros, quando ad hoc cum ipsis mittimus, aliquo modo corrigantur, vel alias mutentur. Nos igitur mores antiquos et facta praedecessorum nostrorum laudabilia, in quantum possumus, tenere et observare cupientes, volumus ac etiam statuimus, ut de cetero nulli liceat contra arresta parlamenti nostri directe vel per obliqum . . . . . contra ire, vel literas impetrare, per quas arrestorum executio retardetur vel impediatur . . . . . Quod si fecerint in emendam sexaginta librarum Parisiensium nobis applicandam incidant . . . . . nisi a nobis literas habuerint, de gratia speciali et ex certa nostra scientia ut ad proponendum errores contra arresta juxta ordinationes nostras praedictas audian-

ganz entgegen, dabei eingeſchlichen hatten. Es war nämlich Vielen gelungen, ſolche Briefe zu erhalten, ohne daß ſie in ihrem Geſuch die angeblich in dem Urtheil begangenen Irrthümer angeführt hatten. Philip von Valois verordnete daher, daß diejenigen, welche ſolche Briefe zu erhalten wünſchten, ihr Geſuch und zwar mit Anführung des angeblich begangenen Irrthums den Requetenmeiſtern übergeben, und dieſe darüber berichten ſollten. Die Bittſteller mußten überdem Bürgſchaft leiſten, die doppelte Brüchte zu entrichten, wenn die angeblichen Irrthümer ſich in dem angegriffenen Urtheil nicht fanden. Auch ſollte, ſo wie es von je her üblich geweſen, ein Urtheil des Parlaments nur von dem Parlament ſelbſt in Gegenwart

---

tur. Quae quidem literae impetrabuntur per hunc modum videlicet, ut ille qui asserere intendit intervenisse errores in arresto, ipsos errores in scriptis, gentibus requestarum hospitii nostri, vel aliis gentibus nostris, per quas talia impetrare intendit, tradat, ut ipsae gentes nostrae deliberare habeant et possint, si, ut a prima facie apparere potest, gratiam proponendi errores concedere debemus. Qui quidem errores sic in scriptis traditi, ne pars quae forsitan ad cautelam errores ipsos immutaret, post gratiam impetratam, sub signis illorum mediantibus quibus gratia fiet, seu transibit, et sub contra-sigillo nostro gentibus parlamenti nostri, cum literis super gratia concessis, transmittantur. Quibus sic in scriptis traditis, et parte vocata, dictaque solita cautione praestita . . . . . Errores per Parlamentum nostrum, non alibi neque per alias ut praedictum est, vel nisi solum in praesentia nostra, si hoc ordinaverimus fieri, ipsis etiam praesentibus, corrigantur. Volumus insuper quod nulli concedatur de cetero gratia, ut arresti executio suspendatur . . . . . Et si forsitan contingat verisimiliter dubitari, quod pars, quae pro se arrestum impetravit, sit vel efficiatur sic, quod fructus percipiendos virtute arresti, in casu quo in arresto erratum fuisset, reddendi seu restituendi facultatem non haberet, ipsa curia nostra supra ordinare valeat, prout videbitur faciendum. Statuimus etiam quod de cetero nulli concedatur gratia proponendi errores contra arrestum interlocutorium, quod si secus factum fuerit, nullum esse decernimus ac etiam non valere.

des Königs oder in ſeiner Abweſenheit von dem, der unmittelbar ſeine Perſon vorſtellte, abgeändert werden können. Dabei ward das frühere Urtheil vorläufig in Vollziehung geſetzt. Ueberdem ſollten gar keine Briefe um interlocutoriſche Urtheile des Irrthums anzuklagen, bewilligt werden. Der gerügte Irrthum mußte endlich, wie wir ebenfalls ſchon im erſten Theil (S. 367) erinnert haben*), ein faktiſcher ſeyn: denn Niemand durfte ein Urtheil des Parlaments in Hinſicht des Rechts eines Irrthums zeihen. Zuweilen indeſſen gelang es auch den Partheien zu bewirken, daß eine an dem Parlament ſchon anhängige Sache von demſelben an den König abberufen und von ihm oder ſeinen Staatsräthen entſchieden ward. Beſonders ward hiermit zur Zeit der Schwachſinnigkeit Carls des ſechſten großer Mißbrauch getrieben. Die verſchiedenen Partheien, welche ſich am Hof um die Macht des Königs ſtritten, und ſie in ſeinem Namen ausübten, zogen um ihre Anhänger zu belohnen, viele wichtige Prozeſſe an ſich, und entſchieden ſie nach Gutdünken. Während der kurzen Dauer der engliſchen Regierung, unter der Verwaltung des Herzogs von Bedford, ward das Unheil noch ärger, ſo daß insbeſondere eine große Menge von Confiscationen vorfielen. Nachdem es Carl dem ſiebenten gelungen, den Thron ſeiner Väter wieder zu beſteigen, verlangten ſehr viele Familien, die dadurch unter der engliſchen Regierung ihr Vermögen verloren hatten, wieder in daſſelbe eingeſetzt zu werden. Carl der ſiebente, welcher — und auch wohl mit Recht — glaubte, daß dergleichen Streitigkeiten nach den politiſchen und nicht nach den bürgerlichen Geſetzen entſchieden werden müßten, übertrug die Entſcheidung ſeinem Staatsrath. Dieſer ward aber dadurch mit einer ſolchen Unzahl von Prozeſſen überladen, daß er von ſeinem eigentlichen Zweck ganz abgewendet ward. Eine nothwendige Folge davon war, daß die Zahl der Staatsräthe bedeutend vermehrt werden mußte. Sehr viele derſelben wurden oft nur gelegentlich hinzugerufen oder drängten ſich auch wohl auf Anſtiften einer der Partheien hinzu, um bei der Entſcheidung eines beſondern Prozeſſes mitzuwirken. Daſſelbe Unweſen dauerte nicht allein bis zum Tode Carls d. 7ten i. J. 1461, ſondern auch unter der Regierung ſeines Sohns Ludwig des eilften (reg. v. 1461 — 1483) fort. Allein kurz nach der Thronbeſteigung des Sohnes dieſes letztern, Carls des achten (reg. v. 1483 — 1491) machten die (i. J. 1484) zu Tours verſammelten Generalſtaaten ſehr ernſte Vorſtellungen über dieſe Mißbräuche*). Ihre Bitte ging indeſſen nicht ſo ſehr dahin, daß alle Prozeßſachen vom Hofe verwieſen, als vielmehr daß zu deren Entſcheidung würdige und fähige Perſonen ernannt werden ſollten. Sie ſchlugen daher dem König vor, bei ſeiner Perſon ein eigenes Juſtiz-Collegium zuſammenzuſetzen, welches über alle Gegenſtände, die man ihm nach und nach zutheilen werde, entſcheiden ſollte. Carl der achte ging erſt 13 Jahre ſpäter**) auf dieſen Vorſchlag ein, indem er durch ſein Edict, gegeben zu Donjan (en Bourbonnois) d. 2ten Auguſt 1497, den ſogenannten großen Staatsrath (le grand conseil) einſetzte, der bis zur Revolution beſtand. Dieſe wichtige Urkunde iſt indeſſen jetzt nicht mehr zu finden*). Fontanon theilt dafür in ſeiner bekannten Sammlung die Beſtätigung derſelben durch Ludwig d. 12ten v. 13ten Juli 1498 mit. Allein auch das letztere Edict ſpricht ſich nur ziemlich unbeſtimmt aus. Als Grund der Einſetzung wird die Wichtigkeit der in dem großen Staatsrath verhandelten Sachen**) und dabei der Mangel an ordentlichen und beſoldeten Räthen („tellement qu'il estoit souvent fois advenu que les chanceliers à faute de ce s'estoient trouvez petitement accompagnez de gens de conseil") angeführt. Es beſtätigt übrigens nur das frühere Edict Carls des achten im allgemeinen, befiehlt die Zahl der Räthe, welche 17 war, um einen ausgezeichneten Prälaten (d'un notable Prélat) und um noch zwei andere Räthe zu vermehren, enthält aber gar nichts beſtimmteres über die Competenz des neuen Collegiums, welche auch wirklich erſt in dem Fortgang der Zeit nach und nach geregelt worden zu ſeyn ſcheint. Der Geſchäftskreis des großen Staatsraths, den wir als das 15te unter den Ausnahme-Gerichten aufgeführt haben, erſtreckte ſich über das ganze Reich. Daher auch ſeine Deviſe „unico-universus" war. Einer der wichtigſten Theile ſeiner Beſchäftigungen beſtand von je her in der Entſcheidung über die Widerſprüche zwiſchen den Urtheilen verſchiedener***) Gerichtshöfe, Schlichtung der Conflicte zwiſchen

---

*) In dem alten Stil des Parlaments von Rouen, den Terrien uns aufbewahrt hat, findet ſich die nämliche Beſtimmung. Derſelbe Verfaſſer erklärt auch das Verfahren bei der Anbringung dieſer proposition d'erreur, welche mit der in der Verordnung v. J. 1344 vorgeſchriebenen faſt ganz übereinſtimmt. Henrion d. Pansey de l'aut. judic. p. 388, 389.

---

*) Man findet dieſe Vorſtellung bei Isambert Collect, des anciennes loix Francaises tom. XI. p. 35. „Art. 6. Item et pour ce que avec les choses dessusdites est necessaire au roy nostre sire avoir avec lui son grand conseil de la justice, auquel sont souvent traitées des grandes matières, tant de droictures du roy, comme des procés des grandes personnages et autres de tous estats: semble aux estats qu'il sera necessaire de mettre avec monseigneur le Chancelier certain nombre de notables personnes de divers estats et contrees de ce royaulme bien renommez et expers en administration de justice sçachant les usages et coustumes des pays, pour ce que continuellement plusieurs baillifs, conseillers et officiers royaux et autres sans ordre et sans nombre entrent audit conseil, et souvent aux pourchats des parties afin de conclure es proces et matières esquelles ils n'ont pas esté présens à les demener . . . . Lesquels conseillers feront les sermens à ce appartenans, seront raisonnablement stipendiez et nuls autres n'y seront receus."

**) Er war indeſſen bei ſeiner Thronbeſteigung auch nur 13 Jahre alt. Seine Schweſter (Anne de France, dame de Beaujeu) regierte anfangs für ihn.

---

*) So wird (Isamb. Collect. d. anciennes loix tom. XI. p. 296 Not.) bemerkt. Ob die Herausgeber der großen Ordonnanzenſammlung (Ordon. du Louv.), welche noch nicht ganz bis zu dieſem Zeitpunkt (1497) fortgerückt iſt, hierin glücklicher ſeyn werden, muß ſich bald zeigen.

**) „Qu'en son grand conseil qui souventes fois estoit ambulatoire avoient esté et estoient selon les cas occurrens introduites les plus grandes matières et affaires de son Royaume tant hereditaires, beneficiales qu'autres etc."

***) „Demandes en contrariètés d'arrêts" Th. I. S. 362, 363. Hiervon waren jedoch einige Fälle ausgenommen, wo die mehrern Gerichtshöfen und Beamten, z. B. zwiſchen den Präſidialen und dem Parlament, wozu ſie gehörten[*], zwiſchen den ordentlichen K. Richtern (die unter den Parlamenten ſtanden) und den Steuer-Richtern (les élus), die von den Steuerhöfen (cours des aides) abhängig waren u. ſ. f. Ueberhaupt hat man ſich deſſelben von je her bedient, um über gewiſſe Gegenſtände (Wucher, Bankerotte, Verheimlichung der Leichen verſtorbener Pfründner u. ſ. f.) eine gleichförmige Jurisprudenz im ganzen Königreich zu verbreiten. Aus demſelben Grund waren auch die Prozeſſe vieler großen Orden vermöge einer allgemeinen Abberufung (évocation générale) an den großen Staatsrath gewieſen. Die Secretaire des Königs und die Schatzmeiſter von Frankreich genoſſen daſſelbe Vorrecht. Derſelbe erkannte auch über alle Prozeſſe, die über die Verleihung der Bisthümer und Abteien (benefices consistoriaux), wozu der König ernannte[**], entſtanden; eine Befugniß, die ihm (M. ſ. S. 141) wegen des Widerſtandes des Parlaments gegen die Einführung des Konkordats zugetheilt ward. Auch das Erkenntniß über Streitigkeiten wegen der Geſchenke und Patente des Königs, wegen der Frei-Lehen und neuen Erwerbungen, welche in die todte Hand geriethen, (francs-fiefs et nouveaux acquets) ſtand dem großen Staatsrath zu. Er erkannte ferner in Sachen, welche die Polizei der Mineralwaſſer, die Patente die Arzneien zu verkaufen, die Ausübung der Wundarzneikunſt und Barbierkunſt betrafen.

Ueberdem ward eine große Menge von Privatſachen entweder auf das Geſuch der Partheien oder auch auf Befehl des Königs an den großen Staatsrath verwieſen. Auf dieſe Art (durch Ueberweiſung) kamen oft auch Criminalſachen an denſelben, ſo wie ihm überhaupt das Erkenntniß in allen Criminal-

---

Entſcheidung dem eigentlichen Staatsrath gehörte, und welche ſogleich unten näher angeführt werden. — M. vergl. auch Th. I. S. 239 N° 3.

[*] M. vergl. jedoch Th. I. S. 239 N° 3.

[**] Diejenigen abgerechnet, wozu er vermöge des geiſtlichen Hoheits-Rechts (régale) ernannte; worüber das Erkenntniß ausſchließlich dem Parlament von Paris gehörte.

ſachen zuſtand, welche als Incidentpunkte der bei ihm anhängigen Prozeſſe vorkamen*). Endlich ging die Appellation von der Vogtei des Pallaſtes in Civilſachen ebenfalls an den großen Staatsrath. Der Geſchäftsgang bei demſelben war dem bei dem Parlament faſt durchaus gleich; nur war der Gebrauch des commiſſariſchen Prozeſſes bei dem großen Staatsrath häufiger. Derſelbe hatte eben ſo wie das Parlament ſeine öffentlichen und ſeine geheimen Sitzungen, auch beſondere Sitzungen für die Inſtruktion der Sachen u. ſ. f. Der eigentliche Chef deſſelben war der Kanzler von Frankreich, allein in den letzten Zeiten wohnte dieſer nur äußerſt ſelten den Sitzungen bei, und überließ ſeine desfallſigen Verrichtungen faſt gänzlich dem erſten Präſident. Außer dem Kanzler und erſten Präſident beſtand der große Staatsrath in den letzten Zeiten noch aus acht Präſidenten, einer großen Menge (etwa 54)**) Räthe, wozu noch einige Ehrenräthe (conseillers d'honneur) und Titular-Räthe***) (conseillers honoraires) kamen (M. ſ. S. 3 *). Zwei von den Räthen waren zugleich Großberichterſtatter (grand rapporteurs) bei der großen Kanzlei, wo ſie über die auszufertigenden Kanzlei-Briefe berichteten, und den Rang nach den Requetenmeiſtern hatten. Der große Staatsrath hatte überdem einen General-Prokurator nebſt mehreren Subſtituten, zwei General-Advokaten, einen Obergerichtſchreiber (greffier-en-chef) nebſt mehreren Gerichtſchreibern und Königl. Sekretarien, mehrere Huiſſiers, Advocaten, Anwälte u. ſ. f.

Bei dem großen Staatsrath fand dieſelbe Sonderbarkeit wie bei mehreren andern Collegien Statt, daß nämlich, den erſten Präſident, den General-Prokurator nebſt ſeinen Subſtituten und den Obergerichtſchreiber abgerechnet, faſt alle übrigen Beamten (die Präſidenten, General-Advokaten und Räthe) nur ſemeſterweiſe dienten, welches von der erſten Entſtehung dieſes Collegiums herrührt*). Nur bei der Aufnahme eines Beamten, oder wenn über irgend einen Disciplinarpunkt, der das ganze Collegium betraf, verhandelt werden ſollte, verſammelten ſich beide Semeſter.

---

*) Es gab ſogar in Paris einen eigenen Platz (Place de la croix-du-Traboir), wo die von dem großen Staatsrath ausgeſprochenen Criminal-Urtheile vollſtreckt wurden.

**) Die Zahl der Beamten (Präſidenten, Räthe u. ſ. f.) bei dem großen Staatsrath und ſelbſt die Competenz deſſelben hat mehrfach gewechſelt.

***) Alters-Räthe.

Der große Staatsrath hielt ſeine Sitzungen nicht im Juſtiz-Pallaſt, ſondern der Ort ſeiner Verſammlungen hat oft gewechſelt und war i. J. 1787 und (wahrſcheinlich bis zur Revolution) im Louvre. Derſelbe pflegte ſich bei den öffentlichen Ceremonien nie im Ganzen (en corps) einzufinden, doch ſendete er bei Gelegenheit eine zahlreiche Deputation, um dem König, der Königin, den Prinzen und Prinzeſſinnen, ſowie der Königl. Familie ſeine Ehrfurcht zu bezeigen, Weihwaſſer auf die Leichen der Verſtorbenen zu ſprengen u. ſ. w.

Seit der erſten Errichtung dieſes Collegiums beſtand eine gewiſſe Eiferſucht zwiſchen demſelben und dem Parlament. Schon den 16ten Februar 1497 machte der damalige Präſident des Parlaments Vorſtellungen gegen die Errichtung des großen Staatsraths, welche indeſſen fruchtlos blieben. Den 13ten Junius 1499 erſchien endlich, um das Parlament zu beſchwichtigen, eine Königl. Erklärung, nach welcher dem Parlament der Rang vor dem großen Staatsrath ertheilt ward, und zugleich ſeine Mitglieder in demſelben Sitz nehmen durften. Die Eiferſucht**) zwiſchen beiden Corporationen erhielt ſich indeſſen bis zur Revolution, wo beide durch daſſelbe

---

*) In der Urkunde v. J. 1497, wodurch Ludwig der 12te die Errichtung des großen Staatsraths beſtätigte, wird als Grund dieſes halbjährlich abwechſelnden Dienſtes angeführt. „Afin qu'aprés avoir servi six mois en ambassade ou autres commissions à eux [aux conseillers] données par le Roy ils retournassent servir au grand-conseil.“

**) Nirgends ſpricht dieſelbe ſich ſtärker aus als in folgender Schrift, die gewiß irgend ein Parlaments-Mitglied zum Verfaſſer hat. „La jurisprudence du Grand-Conseil examinée dans les Maximes du Royaume. Ouvrage precieux. 2 tom. 8°. Avignon 1775.“ Es iſt unmöglich hier einen Auszug daraus mitzutheilen.

Decret der Conſtituirenden vom 6ten und 7ten September 1790 ihre Exiſtenz verloren.

Nach Einſetzung des großen Staatsraths ſetzte Carl der achte ſeinen eigentlichen Staatsrath von neuem, und zwar der alten Sitte gemäß, aus einer kleinen Anzahl von Perſonen zuſammen. Ludwig der eilfte hatte denſelben in zwei Abtheilungen oder Sitzungen (séances) getheilt, welche Franz der Erſte i. J. 1526 wieder zu einem Staatsrath vereinigte. Heinrich der Zweite trennte ihn wieder in zwei Abtheilungen, und unter Ludwig dem 13ten gab es dieſer Abtheilungen fünf, ſo wie in den letzten Zeiten. Alle dieſe Abtheilungen machten indeſſen nur Einen Staatsrath unter dem Vorſitz des Königs aus. Der König berief nach Gutdünken jedes Mitglied zu den Sitzungen der einen oder andern Abtheilung, ſo wie auch die Mitglieder aller Abtheilungen ihren Rang durch einander nach dem Tag ihrer Eidesleiſtung hatten. Man unterſchied die Staatsräthe in geiſtliche (conseillers d'eglise), adeliche und gelehrte (de robe)*). Die geiſtlichen und adelichen waren das ganze Jahr hindurch im Dienſt. Von den gelehrten Räthen diente aber nur ein Theil das ganze Jahr hindurch, und die andern nur Semeſterweiſe. Die erſtern wurden ordentliche Staatsräthe (conseillers ordinaires) genannt. Die fünf Abtheilungen (oder Räthe, conseils wie man ſie nannte), woraus der Staatsrath in den letzten Zeiten beſtand, waren

I. Der eigentliche Staatsrath oder der Rath für die auswärtigen Angelegenheiten (conseil des affaires étrangeres), auch conseil d'en haut genannt. Dieſer Name ſchon bezeichnet hinreichend den Wirkungskreis dieſer Abtheilung, worin der König allezeit ſelbſt den Vorſitz führte. Ein Staatsſecretair, welcher das Departement hatte, erſtattete darin dem König Bericht über den Zuſtand der Angelegenheiten. Nur wenige ſehr ausgezeichnete Perſonen genoſſen die Ehre, dieſen Sitzungen beizuwohnen. Der König ließ diejenigen, deren Rath er in dieſer Hinſicht zu vernehmen wünſchte, benachrichtigen, daß ſie ſich bei der Sitzung des Staatsraths über die auswärtigen Angelegenheiten einfinden ſollten; durch welche Benachrichtigung die bezeichnete Perſon auf Lebenszeit den Titel eines Staatsminiſters (ministre d'état) erhielt, wenn ſie auch aufhörte den Sitzungen ferner beizuwohnen.

---

*) In dem Almanach Royal wurden die einen unter dem Titel: conseillers ordinaires, und die andern unter dem: conseillers semestres aufgeführt.

II. Die Abtheilung für die Depeſchen (conseil des depêches) war diejenige, worin alle auf die innere Verwaltung bezüglichen Gegenſtände berathen und entſchieden wurden. Der Name ſcheint daher gekommen zu ſeyn, weil alle Entſcheidungen, die von dieſer Abtheilung ausgingen, in Form von Depeſchen durch Briefe, welche einer der Staatsſecretaire unterzeichnete, gegeben wurden. Auch in dieſer Abtheilung führte der König unmittelbar den Vorſitz. Mitglieder derſelben waren der Kanzler, die Staatsſecretaire und der General-Controlleur der Finanzen. Auch die Staats-Miniſter hatten Sitz in dieſer Abtheilung, eben ſo wie die Staatsräthe, die der König beſtimmte, um den Sitzungen derſelben beizuwohnen.

III. Die Abtheilung für die Finanzen (conseil royal des finances). Alles, was auf die Verwaltung der Finanzen, die Einkünfte der Krone, die Königl. Pachtungen u. ſ. f. Bezug hatte, ward in dieſer Abtheilung*), und zwar unter dem Vorſitz des Königs berathen und entſchieden. Auch über die Streitigkeiten der Königl. Pächter ward in derſelben beſtimmt. Mitglieder dieſer Abtheilung waren der Kanzler, der General-Controleur der Finanzen, die Staatsminiſter und diejenigen Staatsräthe, welche der König näher beſtimmte. Der General-Controleur der Finanzen hatte den Vortrag in allen Sachen dieſer Abtheilung.

IV. Die Abtheilung für den Handel (conseil royal de commerce). Zu derſelben gehörte Alles, was auf den innern und äußern Handel des Reichs Beziehung hatte. Mitglieder dieſer Abtheilung waren der Kanzler, der Staatsſecretair, zu deſſen Departement der Handel gehörte, ein Staatsrath, welcher die Sachen unterſuchte, ehe ſie der Abtheilung vorgelegt wurden, und alle übrigen Mitglieder des Staatsraths, die der König für gut fand hinzuzurufen.

V. Die Abtheilung für Partheiſachen (conseil des parties), auch der geheime Rath (conseil privé) genannt. Das

---

*) Auch die Appellation von den Ausſprüchen des Priſon-Gerichts ging dahin (S. 583).

Geſchäft dieſer Abtheilung beſtand in dem Erkenntniß über alle zwiſchen zwei Partheien ſtreitigen Sachen, die entweder ihrer Natur nach, oder wenigſtens den beſtehenden Geſetzen und Gebräuchen nach, nur von dem Souverain entſchieden werden können, oder worüber derſelbe ſich auch mißbräuchlich die Entſcheidung angemaßt hatte oder anmaßte. Aus dieſer kurzen Andeutung erſieht man, daß die Attributionen dieſer Abtheilung mit dem Gegenſtand dieſer Schrift in dem innigſten Zuſammenhang ſtehn, ſo daß wir bei der Erklärung der Zuſammenſetzung und des Geſchäftsgangs derſelben Etwas umſtändlicher ſeyn müſſen.

Der König pflegte in dieſer Abtheilung ſeines Staatsraths (wenigſtens in den letzten Zeiten) nicht ſelbſt den Vorſitz zu führen, ſondern er ließ ſich durch den Kanzler vertreten. Bei Allem dem wurden die Entſcheidungen auch dieſer Abtheilung, eben ſo wie alle des Staatsraths, als vom König unmittelbar ausgegangen angeſehn. In dem Sitzungs-Saal befand ſich ein beſonderer Lehnſtuhl für den König, und Alles war ſo eingerichtet, als ob derſelbe gegenwärtig wäre. Die Sitzung fand auch nahe bei ſeinem Kabinet Statt, ſo daß er, wenn es ihm beliebte, ſogleich in dieſelbe eintreten konnte.

Die Zahl der Mitglieder dieſer Abtheilung war größer als die der übrigen. Außer dem Kanzler, welcher als Präſident derſelben anzuſehn war, hatten die Staatsſecretaire, der General-Controleur und die Intendanten der Finanzen, ſo wie ſämmtliche Staatsräthe Sitz und Stimme darin. Daſſelbe gilt von den Requetenmeiſtern, denen zuletzt ohne Ausnahme eine entſcheidende Stimme (voix délibérative) zuſtand. Ihr Hauptgeſchäft beſtand indeſſen darin, die Sachen zu inſtruiren und den Bericht darüber abzuſtatten. Wegen der großen Achtung, welche in Frankreich die Kleriſei von jeher genoß, durften die beiden Agenten derſelben ebenfalls den Sitzungen des geheimen Raths beiwohnen. Sie konnten ſogar verlangen, daß Sachen, wobei die Intereſſen ihres Corps gefährdet werden könnten, ehe ſie dem geheimen Rath vorgetragen wurden, ihnen zur Einſicht und Aeußerung mitgetheilt würden. Sie wohnten indeſſen den Sitzungen des Staatsraths nur bis nach Abſtattung des Berichts über die Thatſache und über die Gründe der Partheien bei, worüber ſie ihre Bemerkungen machen konnten. Allein ehe ſowohl der Berichterſtatter als die übrigen Mitglieder ihre Stimmen abgaben, mußten ſich die Agenten der Cleriſei zurückziehn.

Ueber den Geſchäftsgang, welcher bei dem Staatsrath überhaupt und bei der Abtheilung für die Partheiſachen ganz insbeſondere beobachtet werden ſollte, gab es ſchon von den ältern Zeiten her (von d. J. 1595, 3ten Jan. 1673, 23ten Octbr. 1674, 10ten Mai 1697) eine Menge Königlicher Edicte, Dienſtordnungen des Staatsraths (réglemens du conseil) genannt. Die wichtigſte, und mit der größten Einſicht und Kenntniß verfaßte iſt die unter Ludwig dem 15ten (den 28ten Juni 1738) erſchienene; ein Werk des berühmten Kanzler D'Agueſſeau, welche den allgemeinen Beifall in einem ſo hohen Grade erhalten hat, daß ſie nicht allein im Anfang der Revolution bei Einſetzung des Caſſationsgerichts zur Norm des Verfahrens bei demſelben erklärt, ſondern ſogar in den wilden Stürmen der Revolution von dem National-Convent durch das Decret v. 2ten Brum. J. 4 in dieſem Anſehn beſtätigt ward; ſo wie ſie denn noch jetzt (i. J. 1837) ſowohl in den beim Caſſationshof als Staatsrath anhängigen Streitſachen größtentheils befolgt wird *). Sie bezieht ſich unmittelbar nur auf die Geſchäfte derjenigen Abtheilung des Staatsraths, welche man die für die Partheiſachen (conseil des parties) nannte; allein man befolgte ſie auch bei allen andern Abtheilungen des ehemaligen Staatsraths, ſobald Streitſachen zu entſcheiden vorkamen, wobei die Partheien gegen einander gehört wurden. Sie beſteht aus zwei Theilen. Der erſte (10 Titel enthaltend) handelt von den verſchiedenen Arten eine Klage bei dem Staatsrath einzuleiten, (welche nach Verſchiedenheit der Sachen auch verſchieden ſind), ſo wie überhaupt von den beſondern für die einzelnen Sachen geeigneten Regeln. Der zweite Theil, welcher aus 17 Titeln beſteht, handelt von der Inſtruction der bei dem Staatsrath anhängigen Prozeſſe,

---

*) Et ce (ſagt Dupin in ſeinem Manuel des étudians en droit, et des jeunes avocats p. 139 not. 2) malgré l'ordonnance des 85 articles promulguée à la date du 15. Janvier 1826 sous le contre-seing de Mr. le garde-des-sceaux.

wo die Vorſchriften faſt für alle Sachen gemeinſchaftlich ſind. Als ergänzende Theile derſelben muß man noch anſehen 1) die ſchon im Auguſt 1737 verkündigte Verordnung über die Evocationen, und die Schlichtung der Conflicte; 2) die Verordnung über das Verfahren, welches bei den beſondern aus dem Staatsrath gewählten Commiſſionen befolgt werden ſoll; welche letztere mit der Dienſtordnung des Staatsraths ſelbſt unter dem nämlichen Datum (den 28ten Juni 1738) erſchienen iſt *).

---

*) Alle dieſe Verordnungen zuſammen ſind, mit einem beſtändigen Commentar verſehn, in einem eigenen Werk erſchienen: „Réglement du Conseil précédé de l'explication des différens articles compris dans chacun des chapitres; avec les formules des procédures qu'on y suit, et celles des Arrêts ou jugemens qui s'y rendent. à Paris 1786. 4to“ Auf dem Titel iſt der Name des Verfaſſers nicht angegeben. Allein in der Zueignungsſchrift an den Siegelbewahrer Miromesnil nennt ſich Tolozan (Staatsrath) als Verfaſſer oder vielmehr Herausgeber. In der Vorrede ſagt derſelbe, daß der Kanzler D'Agueſſeau ſeinen ältern Bruder und ſeinen zweiten Sohn H. v. Fresnes, welche das réglement du conseil ſelbſt unter ſeiner Leitung verfaßt hatten, auch mit der Ausarbeitung dieſes Werks beauftragt habe. Ihnen geſellte ſich noch ein anderer Staatsrath Gilbert de Voiſin, und ſpäter noch der Herausgeber Tolozan bei, wozu noch Turpin (Advokat bei dem Staatsrath) kam. Nachdem das Werk noch mehrmals nachgeſehn und verbeſſert worden, gab es endlich nach dem Tode des Kanzlers D'Agueſſeau der Staatsrath Tolozan heraus. Dieſe Schrift, welche unſern Rheiniſchen Rechtsgelehrten minder bekannt zu ſeyn ſcheint, enthält ungemein viel Lehrreiches, zwar beſonders in Beziehung auf die ältere- aber auch auf die neuere Gerichtsverfaſſung. Henrion de Panſey (De l'autorité judic. en France Chap. XXIV. Sect. X. p. 419) nennt ſie „ouvrage commencé sous les yeux de M. le Chancelier D'Aguesseau, continué par une reunion de magistrats tres éclairés et terminé par M. de Tolozan, conseiller d'état infiniment recommandable par ses lumières et son expérience.“ Wir werden in der Folge dieſe Schrift, auf die wir uns ſehr häufig berufen, mit: C. s. l. R. (Commentaire sur le Réglement [du conseil]) anführen.

Die Befugniſſe des geheimen Raths erſtreckten ſich, wenn man die Ernennung der gerichtlichen Beamten abrechnet, auf die geſammte Verwaltung der Juſtiz, *in ſo fern dieſelbe nämlich von dem Souverain unmittelbar ausgeht, oder ausgehen muß.* Insbeſondere entſchied derſelbe über alle Geſuche um Abberufung einer Sache von einem Gerichtshof wegen zu naher Verwandtſchaft der Richter, eben ſo über die Schlichtung der Conflicte zwiſchen zwei Gerichtshöfen, oder auch zwiſchen zwei Gerichten, wenn dieſe nicht unter dem nämlichen Gerichtshof ſtanden, über alle Einſprüche, welche gegen die Verſiegelung der Beſtallungsbriefe (au sceau des provisions d'un office)*) erhoben wurden, über alle Caſſations-geſuche ſowohl in Civil- als Criminalſachen, über die Geſuche um Reviſion der Criminal-Prozeſſe, über die Geſuche, daß zwei von zwei verſchiedenen Gerichtshöfen in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile als widerſprechend erklärt würden (demandes en contraiété); eben ſo über alle Syndicats-Klagen gegen die Mitglieder der höchſten Gerichtshöfe (cours souveraines). Auch die Appellationen gegen die Urtheile, welche die Intendanten oder die Königl. Jagd-Kapitaine erließen, gehörten vor den geheimen Rath. In den hier zuletzt genannten Fällen vertrat derſelbe die Stelle eines gewöhnlichen Appellations-Gerichts. Er entſchied die Hauptſache, d. h. die eigentlich zwiſchen den Partheien obſchwebende Streitfrage in letzter Inſtanz. Dieſelbe Befugniß ſtand ihm zwar ſtreng genommen in allen eben genannten Sachen zu, die aus irgend einer Urſache oder Veranlaſſung bei ihm anhängig gemacht wurden. Allein in der Regel machte er von dieſer Befugniß keinen Gebrauch, ſondern begnügte ſich, die Sache an einen andern geeigneten Richter zu verweiſen. — Unter allen Gegenſtänden, worüber der Staatsrath zu entſcheiden hatte, waren Caſſations-Geſuche*) die wichtigſten, und die auch für die jetzige Geſetzgebung noch das meiſte Intereſſe darbieten. Wir wollen daher die Grundſätze welche bei dem Staatsrath darüber angenommen waren**), kurz erklären; wobei wir, um keinen Zweifel an der Richtigkeit unſerer Behauptungen übrig zu laſſen, theils dem Text der Geſetze ſelbſt, theils einem ganz unverwerflichen Gewährsmann nämlich dem Kanzler D'Agueſſeau***) folgen werden. — Nach-

---

*) Schon (Th. I. S. 620 folg.) iſt von der Art, wie in Frankreich die richterlichen Stellen beſetzt wurden, und insbeſondere von der zuletzt ganz allgemein eingeführten Verkäuflichkeit derſelben geredet worden. S. 632 iſt noch näher bemerkt, daß bei dem Verkauf einer jeden Stelle zwei Acte gemacht wurden, wovon der eine „contrat de vente", der andere „procuratio ad resignandum" hieß. Der Ankäufer der Stelle erhielt indeſſen den Beſitz derſelben, (das Recht, ſie auszuüben und die Emolumente zu beziehn) nur durch das Königl. Patent, welches von dem Siegelamt ausgefertigt ward. Diejenigen, welche ein Recht an die Stelle- oder irgend ein Intereſſe dabei zu haben glaubten, daß demjenigen, der dieſelbe nachſuchte, das Patent nicht ausgefertigt würde, legte deshalb bei dem geheimen Rath Einſpruch ein. Zuweilen hatte dieſer Einſpruch zum Zweck, daß dem Bittſteller das Patent gar nicht- oder wenigſtens nicht in der Form, wie er es verlangte, ausgefertigt würde. Zuweilen machte aber derjenige, der den Einſpruch einlegte, nur ſeine Rechte auf die aus dem Verkauf der Stelle eingehende Summe geltend. Der erſte Einſpruch hieß opposition au titre, der zweite opposition pour deniers oder au sceau. Bei dem Zweiten ward zuweilen das Patent, jedoch nur unter gewiſſen Beſchränkungen ausgefertigt. Ueber das ganze Geſchäft fand vor dem Staatsrath ein förmliches Verfahren ſtatt, wovon der zweite Titel des erſten Theils des réglement du conseil v. J. 1738 [De l'opposition au titre] näher handelt. Sehr häufig hing die Gültigkeit dieſes Einſpruchs von den Rechten und Hypotheken ab, die auf der Stelle lagen u. ſ. f. Der Staatsrath verwies alsdann die Partheien

---

zur Schlichtung dieſer Streitigkeiten an die gewöhnlichen Richter. Nachdem dieſe geſchlichtet waren, entſchied er dann über den Einſpruch gegen die Ausfertigung des Beſtallungsbriefs (opposition au titre), worüber kein anderes Gericht zu erkennen befugt war.

*) Den größten Theil der Beſchäftigungen des geheimen Raths machten Entſcheidungen über Evokations-Geſuche und über die Conflicte aus C. s. l. R. pag. 33.

**) Der vierte Titel des erſten Theils d. R. d. C. handelt ganz insbeſondere von der Caſſation.

***) In dem oben (S. 882 *) angeführten Commentar s. l. R. C.

dem durch die Königl. Verordnungen die Vorbringung der proposition d'erreur ſo ſehr erſchwert worden, fing die Chicane an auf andere Mittel, oder um richtiger zu reden, auf andere Namen zur Ausübung ihrer Künſte zu ſinnen. Statt der Erlaubniß die proposition d'erreur antreten zu dürfen, ſuchte man ein Schreiben nach „pour être reçu à alléguer nullités, griefs et contrarietés“ (wo man unter nullités die Verſtöße gegen das Verfahren, unter griefs die Unrichtigkeiten in dem Urtheil ſelbſt und unter contrarietés die Widerſprüche in den Beſtimmungen des Urtheils) verſtand. Da die Verorduungen über die proposition d'erreur ſich auf letztere Briefe nicht bezogen, ſo erhielt man dieſe faſt ohne alle Formalitäten, und was das ſchlimmſte war, man ſchickte ſie nicht an die Gerichtshöfe, die das angefochtene Urtheil erlaſſen hatten, ſondern an den großen Staatsrath. Der Kanzler Olivier, eines der großen Lichter der Franzöſiſchen Magiſtratur, der die verderblichen Folgen dieſes Mißbrauchs erkannte, kam denſelben auf immer durch ein auf ſeinen Vorſchlag erlaſſenes Edict v. J. 1545 zuvor, welches die Mittel gegen ein in letzter Inſtanz erlaſſenes Urtheil anzugehen wieder auf die proposition d'erreur *) beſchränkte, und zugleich befahl, daß alle in Folge von Briefen (pour être reçu à alléguer nullités etc.) bei dem großen Staatsrath anhängigen Sachen an den Gerichtshof, welcher das Urtheil erlaſſen hatte, zurückgeſchickt werden ſollten. Die folgenden Verordnungen, welche bis zum J. 1667 erſchienen, ließen die Sache ungefähr in dieſem Zuſtand, nur daß ſie neben der proposition d'erreur auch häufig die requête civile als ein beſonderes Rechtsmittel anführten **), welche indeſſen zuweilen unter der erſtern mitbegriffen ward (Henr. d. Pans. l. c. p. 394.).

Die Verordnung Ludwigs des 14ten v. J. 1667 über das bürgerliche Verfahren machte hierin eine ſehr wichtige Veränderung. Sie ſchaffte (Tit. 35 Art. 52) die „proposition d'erreur“ ab, und ließ nur die requête civile beſtehen, über welche letztere ſie ſehr genaue und beſtimmte Vorſchriften ertheilte. Außer dieſem Rechtsmittel ſcheint indeſſen der Staatsrath faſt von je her das der Caſſation zugelaſſen zu haben *). Die Verordnung v. J. 1667 ſpricht zwar nicht beſtimmt von derſelben. Allein tit. I. art. 8 heißt es: „Déclarons tous arréts et jugements qui seront donnés contre la disposition de nos ordonnances, édits et déclarations nuls et de nul effet et valeur, et les juges qui les auront rendus responsables des dommages et interêts des parties, *ainsi qu'il sera pas nous avisé.*“ Der König hält hierdurch offenbar das Urtheil, ob wirklich gegen den Sinn der Ordonnanzen geſprochen worden, ſeiner eignen Perſon oder ſeinem Staatsrath, der immer für das unmittelbare Organ, wodurch der König ſeinen Willen kund that, galt, bevor: wie es auch dem alten Gerichtsgebrauch gemäß war. Auch die Anſichten D'Agueſſeau's ſtimmen hiermit völlig überein. Der Staatsrath, ſagt er*), iſt beſtellt, um die Vollſtreckung der Geſetze und die geſetzliche Ordnung der Grade der Gerichtsbarkeit zu handhaben. Es iſt alſo Recht, daß er die Klagen derjenigen anhöre, welche behaupten, daß die Richter gegen die Geſetze des Königreichs geſprochen, oder die Ordnung der Inſtanzen umgekehrt haben. Allein er muß dabei mit ſehr großer Behutſamkeit verfahren, indem man nicht leicht vorausſetzen kann und darf, daß die Gerichtshöfe den klaren Sinn der Geſetze verkannt und gegen denſelben geurtheilt haben. Ein bloßer Irrthum von Seiten derſelben reicht nicht

---

*) Declarons qu' à l'avenir nul ne sera recu à contrevenir aux arrêts de nos cours souveraines par voie de nullité et contrarietés d'arrêts ains se pourvoiront par proposition d'erreur avec les solennités et dans les délais prescrits par nos ordonnances.“

**) M. ſ. Art. 92 der Verordn. von Blois (erlaſſ. i. J. 1579) Th. I. S. 368 *.

---

*) In der Dienſtordnung des Staatsraths v. J. 1595 heißt es in dem „Réglement pour le conseil d'état et privé“, überſchriebenen Kapitel: „Les arrêts donnés par les cours souveraines ne pourront être *cassés* ni sursis, sinon par les voies de droit“. Das folgende Kapitel (Réglement pour le conseil d'état et financec) ſagt: „Qu'il connoitra des contraventions qui seront faites aux ordonnances, en ce qui concernera l'état et repos public.“ (Henr. d. Pans. p. 398, 388).

**) C. s. l. R. pag. 252.

hin, um ein mit den gehörigen Formalitäten verſehenes und ausgeſprochenes Urtheil zu caſſiren, ſondern es iſt dazu erforderlich, daß das Urtheil mit einem noch beſtehenden und in dem Bezirk des Gerichts, wovon es ausgegangen iſt, gehörig verkündigten Geſetz im geraden Widerſpruch ſtehe, und daß endlich in den beſondern Umſtänden des beurtheilten Falles Nichts liege, was dieſen Widerſpruch verſchwinden machen kann.«

»Die eben genannten Bedingungen *) ſind indeſſen doch nicht von einer ſo abſoluten Nothwendigkeit, daß ohne dieſelben die Caſſation in keinem Fall Statt finden könnte. Es gibt nämlich gewiſſe allgemeine Grundſätze der natürlichen Gerechtigkeit und Billigkeit, deren Beobachtung für das Wohl des Staates und die Sicherheit der Unterthanen des Königs nicht minder weſentlich iſt, als die Aufrechthaltung der Königl. Verordnungen. Wenn die Richter dieſe verletzen, ſo entſteht dadurch allezeit eine Gefahr für das öffentliche Wohl, ſo wie eine Unterdrückung einer der Partheien: ſo daß der König in ſeiner Gerechtigkeit verpflichtet iſt, dieſem Zuſtand durch Vernichtung des Urtheils ein Ende zu machen, wenn daſſelbe auch gerade Nichts Beſtimmtes gegen die Königlichen Verordnungen enthält. Dieſes Rechtsmittel pflegt man in den Caſſations-Geſuchen gewöhnlich unter dem Namen von offenbarer Ungerechtigkeit und Unbilligkeit (sous le nom d'iniquité ou d'injustice évidente) vorzubringen; allein nur ſehr ſelten mit einigem Erfolg. Damit daſſelbe gelinge, iſt es nicht genug, daß die Richter offenbar unrichtig geurtheilt haben; ſondern das Unrecht muß von einer ſolchen Art ſeyn, daß man es keinem Irrthum, ſondern nur einer vorgefaßten Meinung für- oder gegen eine Parthei, oder gar noch gehäſſigern Beweggründen zuſchreiben kann: kurz, die Ungerechtigkeit muß mehr in der Perſon des Richters, als in ſeinem Urtheil liegen; ſo daß derjenige, welcher die Caſſation nachſucht, wenn man es ihm geſtattete, den Richter als partheiiſch anklagen könnte. Es läßt ſich aber nicht leicht vorausſetzen, oder es geſchieht wirklich nur ſehr ſelten, daß Richter, beſonders die höhern, bis dahin dasjenige, was ſie ihrer Pflicht und ſich

---

*) C. s. l. R. pag. 261, 262.

ſelbſt ſchuldig ſind, vergeſſen. In den ſeltenen Fällen indeſſen, wo es dennoch eintrifft, pflegt der Staatsrath es bei der bloßen Caſſation des Urtheils nicht bewenden zu laſſen, ſondern er gibt den Richtern noch beſondere Weiſungen, oder bittet den Kanzler, denſelben ſein Mißvergnügen zu bezeugen. Ja in einigen ſehr ſchweren Fällen beſiehlt der König den Richtern vor dem Staatsrath zu erſcheinen, um Rechenſchaft von ihrem Betragen abzulegen.«

Allein ſo wie jeder Privatmann einen Anſpruch auf eine unpartheiiſche Gerechtigkeits-Pflege hat, ſo haben die Richter auch einen auf die Erhaltung ihrer Ehre. Maßregeln der Art, und ſelbſt die dabei vorläufig nöthigen Unterſuchungen waren daher dem Staatsrath immer ſehr verhaßt. Daſſelbe gilt zum Theil auch von der Caſſation überhaupt. Es ſtand bei demſelben durchaus feſt, daß die Caſſation nur ein letztes Hülfsmittel einer Parthei ſey, welcher ſonſt keines mehr übrig blieb, ſo daß man in der Regel die Caſſation nur nachſuchen durfte, wenn man die übrigen Hülfsmittel, den Einſpruch (opposition) und die requête civile vergebens verſucht hatte, oder nicht anwenden konnte. Zuweilen indeſſen verſuchte eine Parthei den Weg der Caſſation als den kürzeſten und einfachſten (C. s. l. R. p. 258) *). Sie lief indeſſen dadurch Gefahr, daß die Friſten zur Einlegung des Einſpruchs oder zur Anſtellung der requête civile für ſie (während der Entſcheidung über die Caſſation) abliefen. Waren die Umſtände für die Parthei ſehr günſtig, ſo pflegte der Staatsrath, ſelbſt indem er die Caſſation verwarf, ihr die übrigen Rechtsmittel, namentlich die requête civile (ibid.) offen zu halten, und die Friſten zu ihrem Vortheil auszudehnen, oder auch, wenn dieſelben ſchon abgelaufen waren,

---

*) Th. I. S. 370 iſt nach Pigeau Procéd. civ. tom. I. pag. 664 angeführt worden, daß es bei dem ehemaligen Staatsrath (conseil des parties) durchaus feſtgeſtanden habe, daß man die Caſſation nur nachſuchen dürfe, wenn vorher alle andern Rechtsmittel, unter andern die requête civile erſchöpft waren. Nach dem Comment. s. l. R. p. 258 galt dieſes indeſſen zwar als gewöhnliche Regel, die indeſſen doch nicht ohne Ausnahme war.

ſie in den vorigen Stand zu ſetzen (la relever du laps de temps). — Das Caſſations-Geſuch ſelbſt mußte in einer beſtimmten Friſt (von dem Tag der Inſinuation des Urtheils angerechnet) eingereicht werden. Die Dauer dieſer Friſt war in der Regel für diejenigen, die in dem Königreich wohnten, ein halbes Jahr, für die in den franzöſiſchen Colonien wohnenden war ſie länger. Caſſations-Geſuche in Domainenſachen, welche die Domainen-Inſpectoren oder General-Prokuratoren einreichten, waren an gar keine Friſt gebunden. Daſſelbe galt, wenn die General-Prokuratoren in Sachen, worin ſie Parthei geweſen waren, oder wegen des öffentlichen Intereſſe Caſſation nachſuchten. Das Caſſations-Geſuch mußte ſchriftlich eingereicht, und nicht allein von einem bei dem Staatsrath angeſtellten Advokaten, ſondern noch überdem von zwei der Syndiken oder zwei unter den dreißig älteſten Advokaten unterſchrieben ſeyn. Auch mußte derjenige, welcher ein Caſſations-Geſuch anſtellte, ſchon vorläufig eine gewiſſe Summe hinterlegen. Dieſe betrug, wenn das Urtheil, wogegen er anging, ein contradictoriſches war, 150- war es aber nur ein Contumacial- oder Präkluſiv-Urtheil *),

---

*) Ein Präkluſiv-Urtheil (jugement par forclusion) iſt von ſtrengerer Art, als ein Contumacial-Urtheil. Gegen letzteres kam man durch Einſpruch (par opposition), gegen das erſtere aber, nach dem Rang des Gerichts, wovon es ausgegangen, nur durch Appellation, durch die requête civile oder durch Caſſation angehn (Cod. d. procéd. art. 113). Auch gegen die von dem ehemaligen Staatsrath erlaſſenen Präkluſiv-Urtheile ſtand (R. d. C. 2. part. tit. V. art. 5) nur der Weg der Caſſation offen. Um ein ſolches Präkluſiv-Urtheil erlaſſen zu können, mußte die Nachläſſigkeit, welche die Parthei ſich hatte zu Schulden kommen laſſen, von gröberer Art ſeyn, als bei einem Contumacial-Urtheil (wenn ſie ſich z. B. bei irgend einem Prozeß wirklich eingelaſſen, einen Anwalt beſtellt hatte, und dennoch ihre Beweiſe und Actenſtücke in der geſetzmäßigen Friſt nicht einreichte) (Cod. d. procéd. art. 113). Die Strafe dieſer Nachläſſigkeit beſtand und beſteht auch jetzt nicht nothwendig in dem Verluſt des Prozeſſes, ſondern darin, daß derſelbe nur nach den Aktenſtücken des Gegners oder den wirklich eingereichten entſchieden wird, ſo daß die Parthei keine nachliefern darf. Dieſes nennt man „juger

75 Livres**). In Criminalſachen mußte überdem derjenige, welcher die Caſſation nachſuchte, ſich im Gefängniß befinden oder als Gefangener geſtellt haben. Der Antrag desjenigen, der die Caſſation nachſuchte, ging dahin, daß es dem König gefallen möge, das Urtheil zu caſſiren und die Sache an einen andern ihm geeignet ſcheinenden Gerichtshof zu verweiſen (C. s. l. R. pag. 211). Wirklich ernannte der Staatsrath auch gewöhnlich durch das nämliche Urtheil, wodurch er das angegriffene caſſirte, zugleich den neuen Gerichtshof, vor welchen die Sache gebracht werden ſollte. In Hinſicht der Wahl deſſelben beſtand keine beſtimmte Vorſchrift**), ſondern der Staatsrath überließ es gewöhnlich dem Ermeſſen des Kanzlers. In einigen, jedoch ſeltenen Fällen zog auch der Staatsrath die Beurtheilung der Hauptſache an ſich. Er verordnete alsdann, daß die Acten von dem Gerichtshof, der das frühere Urtheil erlaſſen, abberufen werden, und die Partheien den Prozeß nach dem bei dem Staatsrath üblichen Verfahren vor demſelben verhandeln ſollten. Bei der Entſcheidung über ein Caſſations-Geſuch konnten dreierlei Fälle eintreten. Das Urtheil erfolgte nämlich entweder 1ſtens auf das Geſuch nur einer Parthei, ohne

---

un proces par forclusion. Zuweilen indeſſen, z. B. bei der Vertheilung des beweglichen Vermögens eines Schuldners unter ſeine Gläubiger (c. d. p. art. 660) oder bei der Claſſification der Hypothekar-Gläubiger (art. 759) iſt der Gläubiger, welcher verſäumt, ſeinen Titel einzureichen, ſeines Rechts oder wenigſtens ſeines Vorrechts verluſtig.

*) Caſſations-Geſuche, die gleichſam von Amtswegen oder im Intereſſe des Königl. Schatzes angeſtellt wurden, waren von der Verbindlichkeit der Hinterlegung des Strafgelds und der, die Unterſchrift von zwei Advokaten beizubringen, befreit. Von der Hinterlegung des Strafgelds befreite der Kanzler auch wohl die Bedürftigen. Ward aber das Geſuch abgewieſen, ſo mußten ſie die Strafe bezahlen.

**) In den Fällen, wo die Abberufung wegen zu naher Verwandtſchaft mit den Richtern geſchah, hatte die Verordnung v. J. 1737 (sur les évocations) in Hinſicht der Ordnung der Gerichte, an welche die Sache verwieſen ward, ſowohl für die Parlamente als Ober-Steuerhöfe (tit. I. art. 33, 35) eine beſtimmte Vorſchrift gegeben. (M. ſ. Th. I. S. 318, 319).

daß die Gegenparthei *) von dem ganzen Verfahren in Kenntniß geſetzt ward, (wenn nämlich der Staatsrath ſich durch das Geſuch ſelbſt und durch die demſelben angeſchloſſenen Beweisſtücke für vollkommen aufgeklärt hielt). Derſelbe konnte auch in dieſem Fall die Caſſation ſowohl verwerfen als annehmen. Zuweilen hielt aber auch 2tens der Staatsrath es für geeignet, ehe er ſelbſt urtheilte, von den Richtern, von welchen das angegriffene Urtheil ausgegangen, nähere Aufklärungen darüber zu fordern. Er verordnete alsdann durch ein Urtheil (par arrêt), daß die Beweggründe des angegriffenen Urtheils **) verſiegelt an das Secretariat des Staatsraths geſchickt werden ſollten; wo ſie dem in der Sache ernannten Berichterſtatter mitgetheilt wurden. Derjenige, welcher die Caſſation nachgeſucht hatte, ließ alsdann dieſes Urtheil des Staatsraths dem General-Procurator oder Gerichtsſecretair des Gerichts, welches das angegriffene Urtheil erlaſſen, inſinuiren, welche dann das Nöthige innerhalb der geſetzlichen Friſt beſorgten, oder von dem Kanzler dazu angehalten wurden (C. s. l. R. pag. 279). In den meiſten Fällen indeſſen ward 3tens über das Caſſations-Geſuch erſt nach Vernehmung der Gegenparthei entſchieden. Der Staatsrath erließ zu dem Ende ein Urtheil ***), daß das Caſſations-Geſuch der Parthei, welche das angegriffene Urtheil für ſich erhalten hatte, mitgetheilt werden, und ſie zugleich gehalten ſeyn ſollte, ihre Antwort und Gegengründe innerhalb der geſetzlichen Friſt einzureichen. Durch Mittheilung dieſes Urtheils an die Gegenparthei war dann das contradictoriſche Verfahren beim Staatsrath eingeleitet, welches nach den in der Dienſtordnung für denſelben (réglement du conseil) vorgeſchriebenen Formen (wovon ſogleich ein Näheres) fortgeſetzt und durchgeführt ward. Ward das Caſſations-Geſuch verworfen, ſey es ohne oder nach

---

*) Dieſelbe konnte aber in dieſem Fall Einſpruch dagegen einlegen. Das Urtheil ward indeſſen doch, allein auf die Gefahr der Parthei, die es erwirkt hatte, vollſtreckt. R. d. C. 1ère part. tit. X. art. 1, 2.

**) In Criminalſachen ward auch wohl verordnet, daß alle Belaſtungsgründe, Zeugenverhöre u. ſ. f. dem Staatsrath überſchickt werden ſollten.

***) Ein ſogenanntes „soit communiqué.“

Anhörung der Gegenparthei, ſo durfte (id. tit. art. 39) die Parthei, die es angeſtellt hatte, (unter Nichtigkeitsſtrafe) kein neues Geſuch um Caſſation einreichen, ſelbſt wenn ſie auch neue Gründe vorbrachte. Uebrigens konnte man auch gegen die Urtheile des Staatsraths ſelbſt Caſſation einlegen (C. s. l. R. pag. 263): auch durch die Gründe, aus welchen man die requête civile anſtellen konnte, war es erlaubt dagegen anzugehn. Man mußte ſie indeſſen nicht in der Form der letztern, ſondern derjenigen der Caſſation vorbringen **).

Was noch die hinterlegte Brüchte (amende) (S. 889) betrifft, ſo hing das Schickſal derſelben nicht allein von der Annahme oder Verwerfung der Caſſation, ſondern in dem letzten Fall auch von der Art des Urtheils ab, wodurch ſie verworfen ward. Erfolgte dieſes, ohne daß die Gegenparthei gehört worden, ſo war (id. tit. art. 25) die hinterlegte Brüchte (v. 150 oder 75 Livres) dem König dem vollen Recht nach (art. 37) verfallen. Ward aber das Caſſationsgeſuch durch ein contradictoriſches Urtheil verworfen, ſo mußte (id. tit. art. 35) die unterliegende Parthei dem König das doppelte der hinterlegten Summe ***) und noch überdem den einfachen Betrag derſelben †) der Gegenparthei bezahlen, wobei indeſſen die hinterlegte Summe ſelbſt als ein Theil angerechnet ward. Die Brüchte konnte überdem (art. 35) nach Umſtänden auch noch erhöht werden ††).

---

*) Ueberhaupt durfte man [(Régl. d. C. 1ère part. lit. X. art. 5) wenn einmal über ein Geſuch durch ein Urtheil des Staatsraths entſchieden war, daſſelbe Geſuch unter Nichtigkeits-Strafe nicht noch einmal vorbringen.

**) Id. tit. art. 24. „En procédant au jugement des demandes en cassation formées contre des arrêts du conseil, on aura regard aux moyens de reqnête civile. s'il y echet; lesquels audit cas seulement, pourront être proposés pour moyen de cassation, sans que les parties puissent prendre la voie de la requête civile contre lesdits arrêts.“

***) 300 oder 150 Livres.

†) 150 oder 75 Livres.

††) Die ältere Geſetzgebung (vor der Revolut.) in Beziehung auf dieſe Brüchte hat vielfach gewechſelt. M. ſ. Merlin Répert. art. cassation § V.

In den Fällen endlich, wo der Staatsrath das angegriffene Urtheil caſſirte, ward (art. 38) die hinterlegte Summe unverzüglich zurückgegeben.

Nächſt den Caſſationsgeſuchen boten diejenigen, daß zwei von verſchiedenen Gerichten in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile als widerſprechend erklärt würden, die größte Merkwürdigkeit dar. Das Erkenntniß darüber gehörte (S. 874***) zwar in der Regel dem großen Staatsrath (grand conseil) an. Wenn indeſſen eines*) der beiden angegriffenen Urtheile von dieſer letztern Behörde ſelbſt ausgegangen war, oder wenn es ſich von Urtheilen handelte, welche der Staatsrath (conseil des parties) oder eine Commiſſion des Staatsraths oder die requêtes de l'hôtel erlaſſen hatte, ſo gehörte die Entſcheidung über den angeblichen Widerſpruch zwiſchen den beiden Urtheilen dem Staatsrath an, worüber ein eigener Titel (der ſechſte des erſten Theils der Dienſtordnung für den Staatsrath (R. d. C.) handelt. Für's erſte muß man ſich nun merken, daß hier unter Widerſpruch zwiſchen zwei Urtheilen nicht die Fälle verſtanden werden, wo überhaupt irgend eine Rechtsfrage von zwei Tribunalen auf entgegengeſetzte Art entſchieden worden; ſondern der Widerſpruch muß zwiſchen zwei Urtheilen, die ſich auf die nämliche Streitſache unter den nämlichen Partheien oder denjenigen, die in ihre Rechte eingetreten und die nämlichen Gründe vorbringen, beſtehn; kurz es muß, wie die Commentatoren zu zu dem R. d. C. pag. 327 ſagen, der nämlichen Parthei unmöglich ſeyn die Vorſchriften beider Urtheile zugleich zu erfüllen**).

---

*) Waren beide Urtheile von dem großen Staatsrath ausgegangen, ſo gehörte nach der allgemeinen Regel, daß in Fällen eines Widerſpruchs zwiſchen zwei von dem nämlichen Gericht erlaſſenen Urtheilen, dieſes letztere ſelbſt über die deshalb angeſtellten Klagen erkannte, das Erkenntniß natürlich dem großen Staatsrath an.

**) Ganz hiermit übereinſtimmend ſind die Anſichten, welche der Staatsrath Zangiacomi (i. J. 13) in ſeinem Bericht an den Caſſationshof hierüber entwickelt hat (Merlin Répert. art. Contradiction). — Es iſt vielleicht nicht unnöthig, die Möglichkeit eines ſolchen Falls, als wovon hier die Rede iſt, durch ein Beiſpiel zu zeigen. Paul ſchenkt an Peter, Dieſem Grundſatz gemäß würde ein Widerſpruch zwiſchen den Beweggründen von zwei Urtheilen nicht hinreichend ſeyn, um dieſelben für widerſprechend zu erklären. Ueberhaupt darf man den Widerſpruch zwiſchen zwei Urtheilen nicht leicht vorausſetzen. Man muß vielmehr auf das ſorgfältigſte unterſuchen, ob der ſcheinbare Widerſpruch ſich nicht auf irgend eine Weiſe heben oder ausgleichen läßt, oder ob die Urtheile nur verſchieden und nicht eigentlich widerſprechend ſind. So iſt z. B. ein Urtheil, welches erlaubt eine Thatſache durch Urkunden zu beweiſen von einem andern, welches über dieſelbe Thatſache die Zeugen-Vernehmung zuläßt, zwar verſchieden, aber es widerſpricht demſelben nicht.

Die Entſcheidung über die Klagen, wovon hier die Rede iſt, erfolgte, gerade ſo wie bei den Caſſations-Geſuchen, entweder auf die einſeitige Vorſtellung einer Parthei, (wenn nämlich der Staatsrath ſich durch die von derſelben beigebrachten Gründe für hinreichend aufgeklärt hielt), oder es ward vorher durch ein vorläufiges Urtheil verordnet, daß die Gegenparthei aufgefordert werden ſollte, innerhalb der geſetzlichen Friſt ihre Einreden

---

der zu Paris wohnhaft iſt, ein zu Rouen gelegenes Gut. Nach dem Tode des erſtern läßt deſſen Erbe Johan den Geſchenknehmer (Donatar) Peter vor das Civil-Gericht zu Paris laden, und trägt darauf an, dieſe Schenkung für nichtig zu erklären, indem Peter nur eine untergeſchobene Perſon ſey, um das Geſchenk in die Hände einer verbotenen Perſon zu bringen. Es erfolgt hierauf endlich ein Urtheil des Appellhofs von Paris, wodurch die Schenkung für nichtig erklärt wird. Unterdeſſen hatte der Donatar (Peter) 100 Morgen von dem ihm geſchenkten (zu Rouen gelegenen) Gut an einen dritten (Joſeph) verkauft. Gegen dieſen ſtellt Johan (der Erbe von Peter) bei den Gerichten zu Rouen die Vindicationsklage an und verlangt die 100 Morgen zurück. Der Ankäufer Joſeph läßt den Verkäufer beiladen, welcher auch deſſen Rechte vertritt, indem er behauptet, als Donatar das Recht zum Verkauf gehabt zu haben. Johan wendet ein, daß die Schenkung nichtig ſey. Endlich erfolgt ein Urtheil des Appellhofs zu Rouen, welches, indem es die Schenkung für gültig erklärt, den Kauf aufrecht hält.

und Gegengründe vorzubringen, worauf dann das Endurtheil erlaſſen ward. Ward durch dieſes der Widerſpruch zwiſchen den beiden Urtheilen als wirklich beſtehend ausgeſprochen, ſo ward (R. d. C. part. I. tit. VI. art. 6) immer das zuletzt erlaſſene caſſirt und die Vollſtreckung des erſten verordnet. Gegen dieſes konnte man indeſſen, wenn es ſonſtige Fehler hatte, durch die Caſſation angehn. Im allgemeinen ſah man aber dieſe letztern Klagen (wegen des Widerſpruchs zwiſchen zwei Urtheilen) mit einem günſtigern Auge an, als die Caſſations-Geſuche. Der Kläger war daher an die Friſten nicht gebunden, auch brauchte er weder die Unterſchrift von zwei Advokaten beizubringen, noch irgend eine Summe zu hinterlegen. Doch konnte ihn der Staatsrath nach Umſtänden und Ermeſſen zum Schadens-Erſatz und eben ſo zu einer geeigneten Brüchte verurtheilen.

Was nun noch näher das Verfahren bei der Einleitung, Verhandlung und Beurtheilung ſowohl der beiden Klagen, wovon wir bis hierhin insbeſondere geredet, als aller bei dem Staatsrath angebrachten betrifft, ſo konnte der Kläger entweder 1) durch eine eigentliche Vorladung (par assignation), oder 2) vermöge eines Kanzelleibriefs oder 3) kraft eines förmlichen Urtheils die Gegenparthei nöthigen, ſich vor dem Staatsrath einzulaſſen. Der erſtere Weg war nur in ſehr wenigen Fällen zuläſſig (C. s. l. R. pag. 413). Meiſtens mußte man den dritten wählen, welches ganz insbeſondere ſowohl bei Geſuchen um Caſſation, als bei Klagen wegen des Widerſpruchs zwiſchen zwei Urtheilen galt. Zwar erlangte der Kläger dabei zuweilen ſeinen Zweck, ohne daß der Gegner von der Klage auch nur in Kenntniß geſetzt ward. Allein derſelbe konnte nie als in Folge eines förmlichen Urtheils gezwungen werden, ſich vor dem Staatsrath zu verantworten. Das Geſuch des Klägers mußte ſchriftlich eingereicht werden und überdem noch in einer beſondern Form abgefaßt ſeyn. Es mußte der Ordnung nach die ſogenannten Qualitäten, die Gründe zur Caſſation, und ein ſummariſches Verzeichniß der Actenſtücke, deren der Bittſteller ſich zu bedienen gedachte, nebſt ſeinem Antrag enthalten. Derſelbe mußte überdem das Urtheil (oder die Urtheile), wogegen er angehn wollte, und zugleich die Quittung über die Hinterlegung der vorgeſchriebenen Brüchte beilegen *). Ueberdem war es Sitte, die Bittſchriften an den Staatsrath „au Roi et à Nosseigneurs de son Conseil“ zu überſchreiben und den König darin unmittelbar anzureden („Sire . . . . . plaise à Votre Majesté etc.“). Durch Einreichung einer ſolchen Bittſchrift war nun der Prozeß bei dem Staatsrath eingeleitet. Für das fernere Verfahren, die Inſtruktion u. ſ. f. ertheilt die Dienſtordnung des Staatsraths ſehr beſtimmte und umſtändliche Vorſchriften, welche mit dem bei dem gewöhnlichen Civil-Verfahren große Aehnlichkeit haben. Wir wollen uns daher, um nicht zu weitläufig zu werden, darauf beſchränken, einige Punkte, worin das Verfahren vor dem Staatsrath ſich von dem vor den gewöhnlichen Gerichten unterſcheidet, hier näher hervorzuheben.

Ehmals wurden beim Staatsrath, eben ſo wie bei den übrigen Gerichtshöfen, Civilſachen ſehr häufig mündlich verhandelt. Man ließ die Partheien in der Sitzung erſcheinen, um ihre Gründe und Gegengründe vorzubringen, wo denn auch das Urtheil meiſtens ſogleich erfolgte. In den letzten Zeiten fand dieſes aber nicht mehr ſtatt, ſondern Alles ward ſchriftlich durch die beim Staatsrath angeſtellten Advokaten **) verhandelt.

---

*) Da die ſogenannten vus der Urtheile (M. ſ. weiter unten auch Th. I. S. 390) in derſelben Form abgefaßt werden mußten, ſo wird eine ſolche Bittſchrift auch „Requête en vu d'arrêt“ oder „Requête en forme de vu d'arrêt“ genannt.

**) Früher gab es gar keine beſondere bei dem Staatsrath angeſtellte Advokaten. Die Partheien überreichten ſelbſt ihre Bittſchriften, und die Entſcheidung erfolgte auf mündliche Vernehmung derſelben. Späterhin befaßten ſich alle Advokaten ohne Ausnahme und überdem noch eine Menge ganz unberufener unwiſſender Geſchäftsführer mit den vor den Staatsrath gebrachten Sachen. Um dieſem Mißbrauch zu ſteuern ward feſtgeſetzt, daß nur diejenigen Advocaten, welchen der Kanzler es erlaubte, und die den Eid in ſeine Hände geſchworen hatten, ſich mit den bei dem Staatsrath anhängigen Sachen befaſſen durften. Es fielen hierbei noch mannigfaltige Veränderungen vor, die alle hier anzuführen zu weitläufig wäre, bis endlich i. J. 1738 die Zahl

(C. s. l. R. pag. 411). Jede Parthei durfte nur zwei Schriften einreichen; von welcher Regel man nur im Fall von Auf-

---

der Advokaten beim Staatsrath auf 70 feſtgeſetzt ward, wozu ſpäter noch drei kamen, bei welcher letztern Zahl (73) es bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution blieb. Die Ernennung derſelben hing eigentlich vom Kanzler ab: doch konnte er ſie nur aus den beim Parlament angeſtellten Advokaten nehmen. Bei dieſer Ernennung von Seiten des Kanzlers ward auch faſt genau eben ſo verfahren wie bei der des Königs zu den andern Richterſtellen. Die Stellen dieſer Advokaten waren verkäuflich und die Ernennung des Kanzlers beſtand nur darin, daß er einwilligte, daß die Stelle an dieſe oder jene beſtimmte Perſon verkauft würde. Der Kanzler bezog dabei den Betrag der Paulette dieſer Stellen. Der Ernannte mußte überdem eine Prüfung beſtehn und in das Kollegium der Advokaten beim Staatsrath förmlich aufgenommen werden; wobei man faſt genau ſo, wie bei der Prüfung und Aufnahme der Richter (S. 93, 95) verfuhr. Der letzte Titel des R. d. C. d. 1738, womit man den Commentar von D'Agueſſeau verbinden muß, handelt eigends von dieſen Advokaten. Sie hatten das ausſchließliche Recht, alle bei dem Staatsrath und zwar bei allen Abtheilungen deſſelben eingereichten Bittſchriften zu unterzeichnen, und das dabei nöthige Verfahren zu leiten. Daſſelbe ausſchließliche Recht kam ihnen in Hinſicht aller Sachen zu, welche bei dem Staatsrath anhängig waren, und von dieſem an die requêtes de l'hôtel, um in letzter Inſtanz darüber zu entſcheiden, verwieſen waren. Ueber die Beobachtung dieſer Regel ward ſehr ſtreng gehalten. Um die ſogenannten Winkel-Conſulenten vom Staatsrath ganz entfernt zu halten, durfte kein bei demſelben angeſtellter Advokat irgend einem Andern, auch keinem ſeiner Kollegen ſeinen Namen leihen, d. h. für denſelben unterzeichnen. Selbſt eine gemeinſchaftliche Geſchäftsführung durfte bei den Advokaten des Staatsraths nur zwiſchen Vater und Sohn ſtatt finden, und ſelbſt dann mußte es in die Regiſter des Advokatenſtandes eingetragen werden. Die Advokaten beim Staatsrath verſahn, da ſie das ganze Verfahren leiteten, zugleich die Stellen der Anwälte, welcher letztern es beim Staatsrath keine gab. Man hatte indeſſen von je her darauf Bedacht genommen, (C. s. l. R. p. 766) daß die Stellen der erſtern mit denen der Anwälte, die tief unter Ihnen ſtanden, nicht verwechſelt würden. Die Advokaten beim Staatsrath waren daher findung neuer Beweisſtücke eine Ausnahme zu machen pflegte. Für alle bei dem Staatsrath verhandelten Sachen ward ein

---

nicht, wie die Anwälte, verpflichtet, Regiſter zu führen oder ſie offen zu legen. Sie hatten das Vorrecht committimus mit dem großen Siegel (Th. I. S. 306, 312). Wirklich wurden auch um die Stelle eines Advokaten beim Staatsrath gehörig auszufüllen nicht gemeine Talente und ſehr ausgebreitete Kenntniſſe beſonders des öffentlichen Rechts und der geſammten Verwaltung erfordert. Um die Ehre und Würde der Geſammtheit derſelben noch mehr zu erhalten, waren ſie zu einem Kollegium vereinigt, welches als Vorſteher einen Dechant, vier Syndiken und einen Gerichtsſecretair hatte. Der Dechant ward auf Lebenszeit, die übrigen Beamten nur auf zwei Jahre ernannt. Das Kollegium ſelbſt ſchlug zu jeder dieſer Stellen drei Kandidaten vor, aus welchen der Kanzler einen wählte. Alle Klagen, welche ein Advokat gegen den andern wegen unanſtändiger Behandlung hatte, alle Forderungen, daß ein Advokat die zur Einſicht erhaltenen Actenſtücke zurückgebe, alle Vorſchläge zur Erhaltung und Verbeſſerung der Disciplin wurden vor die Verſammlung der Advokaten gebracht und von dieſen entſchieden. Gegen dieſe Entſcheidung der Verſammlung, welche bis zu einer Brüchte von 100 Livres erkennen konnte, fand keine Art von Appellation oder irgend ein Weg Rechtens, als einzig der Recurs an den Kanzler Statt. Bei dieſer Verſammlung führte der Dechant nebſt den Syndiken den Vorſitz. Der erſtere ſprach aber nur das Reſultat der Berathung aus. Die Einſammlung der Stimmen, die Darſtellung der eingegangenen und dem Gerichtsſecretair eingelieferten Klagen gehörten den Syndiken. Jede Woche fand regelmäßig eine ſolche Verſammlung der Advokaten beim Staatsrath ſtatt. Damit darüber nicht zuviel Zeit für ſie verloren ging, waren ſie in ſechs Abtheilungen (colonnes) getheilt, und zwar ſo, daß die älteſten Advokaten unter alle dieſe Abtheilungen vertheilt waren. Jede derſelben fungirte einen Monat, worauf die folgende an die Reihe kam u. ſ. f. Zuweilen fanden aber auch bei beſondern Gelegenheiten General-Verſammlungen ſtatt, welche von den Syndiken zuſammenberufen wurden. Man pflegte dabei unter die Advokaten eine Art Münzen oder Spielpfennige (jetons, jetons de présence) zu vertheilen. Auf denſelben war ein Adler, der nach der Sonne ſtrebte, abgebildet, und ſie trugen die Deviſe „solis fas cernere solem", wodurch man auf die Nähe, in welcher die Advokaten des Staatsraths bei der Königl. Majeſtät ſtanden, hindeutete.

Referent (rapporteur) ernannt, auf deſſen Bericht der Staatsrath ſo, wie wir unten näher erklären werden, entſchied. Dieſer Referent leitete und regelte auch alle Proceduren, die zu der Inſtruction der Sache gehörten. In den beim Staatsrath anhängigen Sachen wurden z. B. zuweilen Zeugen vernommen, oder die Partheien ließen ſich gegenſeitig abfragen u. dgl. Alles dieſes that der Referent*), welcher die Friſten und Alles Nöthige durch Decrete (ordonnances) ordnete. Von dieſen letztern konnte man indeſſen an die requêtes de l'hôtel appelliren, welche in letzter Inſtanz darüber entſchieden (Réglm. du Cons. 2ième part. tit. XII.). Auch die Fälſchungsklage konnte in den beim Staatsrath anhängigen Prozeſſen angeſtellt werden. Dazu war indeſſen ein vorläufiges, auf den Bericht des Referenten erlaſſenes Urtheil des Staatsraths erforderlich, wodurch der Kläger zur Anſtellung der Klage ermächtigt ward. Die Entſcheidung über dieſelbe ging indeſſen nicht vom Staatsrath aus, indem dieſer ſich überhaupt nicht gern mit factiſchen Unterſuchungen beſchäftigte, auch bei demſelben ſich kein Beamter der Staatsbehörde befand, welcher, wenn die Sache criminell ward, das Verbrechen gehörig hätte verfolgen können. Aus dieſen Gründen ward die Entſcheidung über die Fälſchungsklage in der Regel an die requêtes de l'hôtel verwieſen, welche auch hierin in letzter Inſtanz entſchieden*). Nach dieſer Ent-

---

*) Réglem. d. cons. 2ième part. tit. VII. art. 27. „En cas que pendant le cours d'une instance, il ait été ordonné qu'il sera procédé à des enquêtes, ou qu'une partie sera tenue de donner caution ou de faire une affirmation, comme aussi lorsqu'une partie voudra en faire interroger une autre sur faits et articles, ou faire procéder à la vérification ou collation de pièces, ou à d'autres actes de procédure de pareille nature et qualité, l'Avocat qui poursuivra, prendra une ordonnance du sieur Rapporteur, à l'effêt de faire assigner les parties intéressées, au domicile de leur avocat, pour comparoitre devant ledit sieur Rapporteur, dans le delai qui sera par lui préscrit, et être procédé aux fins de ladite ordonnance.',

**) Auch der jetzige Caſſationshof iſt competent um die Anſtellung der Fälſchungsklage gegen die bei ihm vorgebrachſcheidung kam die Hauptſache wieder an den Staatsrath zurück. (Das Nähere ſehe man R. d. C. 2ième part. tit. X.; C. s. l. R. pag. 639).

Alle Partheiſachen, wobei nur Privaten betheiligt waren, gehörten vor die Abtheilung des Staatsraths, die unter dem Namen conseil des parties bekannt war. Standen dieſelben aber auch mit dem Intereſſe der öffentlichen Caſſa, der Domainen, Steuern u. ſ. f. in einiger Verbindung, ſo gehörte die Entſcheidung darüber vor zwei beſondere Kollegien, welche man die große- und kleine Finanz-Direction naunte, und die als ein Ausfluß (eine Unterabtheilung) des conseil des parties anzuſehn waren. Die große Direction, die gewöhnlich alle 14 Tage Sitzung hatte, worin der Kanzler den Vorſitz führte, beſtand aus dem Chef der Finanz-Abtheilung des Staatsraths (S. 879 III.), dem General-Controleur der Finanzen, zwei Staatsräthen, die in der Finanz-Abtheilung dienten dem Intendanten der Finanzen, und denjenigen Staatsräthen, welche Mitglieder des Finanz- und Domainen-Bureaus (wovon ſogleich) waren.

---

ten Actenſtücke für zuläſſig- oder nicht zuläſſig zu erklären. Aber über die Frage, ob wirklich eine Fälſchung ſtatt gehabt, ſteht ihm kein Urtheil zu, ſondern er muß die ganze Inſtruktion und Entſcheidung an ein anderes Tribunal, welches mit demjenigen, wovon das angegriffeue Urtheil ausgegangen iſt, gleichen Rang hat, verweiſen. (Merlin Répert. art. inscript. de faux § VII. N° II.) Man leitet dieſes aus dem Réglem. d. Conseil (2ième part. tit. X. art. 4) her. „Si le dèfendeur déclare qu'il veut se servir de ladite pièce, il sera rendu arrêt sur sa requête ou sur celle du demandeur, portant que les parties se pouvoiront aux Requêtes de l'Hôtel, pour y être ladite pièce, arguée de faux, deposée au greffe dans les vingt-quatre heures, à compter du jour de la signification dudit arrêt, et être, au surplus l'inscription de faux formée, et ledit incident instruit et jugé dans la forme prescrite par ladite Ordonnance du mois de Juillet 1737, aprés quoi, et le jugement dudit incident rapporté, il sera passé outre au conseil, au jugement de l'instance principale."

Die Sitzungen der kleinen Finanzdirection wurden in den Gemächern des Chefs der für die Finanzen beſtimmten Abtheilung des Staatsraths gehalten. Denſelben wohnten nur der General-Controleur der Finanzen und die Intendanten der Finanzen nebſt den Staatsräthen, die zu der Finanz-Abtheilung des Staatsraths gehörten, und den beiden älteſten Staatsräthen des Domainen- und Finanzbureaus bei. — Dieſe kleine Finanzdirection hatte keinen andern Zweck als den die Arbeit der großen zu erleichtern. Man brachte vor dieſelbe meiſtens nur Sachen von geringerm Belange. Gewöhnlich hing die Beſtimmung, ob eine Sache vor die große- oder kleine Finanzdirection gebracht werden ſollte, von dem Bureau ab, wo ſie vorläufig unterſucht ward. Es war nämlich eine allgemeine Regel für alle ſowohl bei dem conseil des parties ſelbſt, als bei der großen und kleinen Finanz-Direction anhängige Sachen, daß ſie vorläufig einer beſondern Commiſſion zur genauern Unterſuchung (Einſicht der Acten u. dgl.) überwieſen wurden. Die Requetenmeiſter, welche gerade beim Staatsrath im Dienſt waren*), bildeten von Rechtswegen dieſe Commiſſion. Sie hatten, um dieſe Unterſuchung vorzunehmen, am erſten oder zweiten Tag vor der Verſammlung des Staatsraths eine beſondere Sitzung*). Allein da viele Sachen eine umſtändlichere und längere Unterſuchung erforderten, ſo war es ſeit unvordenklichen Zeiten im Staatsrath gebräuchlich, daß dieſelben, wenn die Partheien es verlangten, noch einer beſondern aus dem Staatsrath gewählten Commiſſion, einem ſogenannten Bureau, übergeben wurden **). Einige Sachen von beſonderer Wichtigkeit, wovon ſogleich, wurden ſogar nothwendig, auch ohne das Anfordern der Partheien vor ein ſolches Bureau gebracht. Es gab dieſer Bureaus, welche der Kanzler am Anfang jedes Jahrs von neuem zuſammenſetzte, ſieben. Eines derſelben war für die Caſſationsgeſuche, ſowohl in Civil- als Crimialſachen, wenn dieſelben weder die Kirche, noch die Domainen oder Finanzen betrafen, beſtimmt. Vor daſſelbe Bureau gehörten auch die Geſuche um Reviſion der Criminal-Urtheile, um Caſſation der in den Prevotal-Fällen über die Competenz der Richter erlaſſenen Entſcheidungen (m. ſ. Th. I. S. 490), die um Ausgleichung der Widerſprüche zwiſchen zwei in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile, ſo wie Geſuche um Ausdehnung der Friſt zur Einlegung der Caſſation. Ferner gab es ein eigenes Bureau zur Unterſuchung von Sachen, worin die Kirche betheiligt war, und überdem noch drei Bureaus, wo die Geſuche um Einleitung der Prozeſſe, oder über die Inſtruction derſelben vorkamen. Insbeſondere gab es ein Bureau, wohin alle Sachen, welche die Domainen *), und ein zweites, wohin alle diejenigen, welche die Finanzen **) betrafen, gebracht wurden (C. s. l. R. pag. (20 — 23). Alle Geſuche um Caſſation, Reviſion und Ausgleichung der Widerſprüche zwiſchen zwei Urtheilen gingen von Rechtswegen an das gehörige Bureau, und zwar nach der Natur der Sachen entweder an das gewöhnliche Caſſations-, oder an das geiſtliche Domainen- oder Finanzbureau (R. s. l. R. pag. 473, 474). Die genannten Sachen wurden vor dieſe Bureaus gebracht, auch ohne daß die Partheien es verlangten. Für die übrigen geſchah aber die nähere Unterſuchung in den Bureaus, nur auf Verlangen der Partheien, wo dann der Kanzler das Bureau, welches ihm geeignet ſchien, damit beauftragte (s. l. R. p. 22, 458, 459). Ungeachtet dieſer Unterſuchung in den Bureaus wurden die Sachen, ehe in dem Staatsrath oder in einer der beiden Finanzdirectionen der Bericht darüber abgeſtattet ward, auch noch vor die requêtes de l'hôtel gebracht, ſo daß eine zweifache Unterſuchung derſelben der definitiven Entſcheidung vorherging (C. s. l. R. pag. 23, 459). In den eben erwähnten Bureaus ward nicht eigentlich abgeſtimmt. Wenn es ſich einzig davon handelte, eine Sache beim Staatsrath anhängig zu machen, eine Inſtruction anzufangen oder fortzuſetzen, ſo pflegten die Commiſſarien, wenn ſie und der ernannte Referent derſelben Meinung waren, das Urtheil abzufaſſen, und es dem Kanzler vorzulegen, der es entweder unterzeichnete, oder auch nach Gutdünken die Commiſſion ſich noch einmal verſammeln oder die Sache im Staatsrath berathen und entſcheiden ließ. Fanden einige Commiſſarien bei einer Sache Schwierigkeit, ſo mußten ſie dieſes dem Kanzler mittheilen, der dann nach Gutdünken, ſo wie eben geſagt worden, verfuhr (C. s. l. R. pag. 22, 23). Bei Caſſations-Geſuchen ſtand es (R. d. C. 1ière part. tit. IV. art. 3) den Commiſſarien frei, die beiden Advokaten, welche (S. 889) das Geſuch unterſchrieben hatten, kommen zu laſſen, und ſie um die Gründe ihrer Meinung zu befragen, ſo daß dieſe Unterſchrift keine bloße Formalität war. Ueber alle dieſe Geſuche (um Caſſation) mußte durchaus im Staatsrath ſelbſt berathen und entſchieden werden. Wenn die Caſſation gegen ein Urtheil des Staatsraths ſelbſt, oder der Commiſſarien, die aus ſeiner *Mitte* gewählt waren, oder der requêtes de l'hôtel nachgeſucht ward, ſo mußte (R. d. C. 1ière part. tit. IV. art. 23) der ernannte Referent das Geſuch in den beiden erſten Fällen dem Referent auf deſſen Vortrag das angegriffene Urtheil erlaſſen worden, und in dem letzten Fall (wenn das Urtheil von den requêtes de l'hôtel ausgegangen), demjenigen, welcher bei Erlaſſung des Urtheils den Vorſitz geführt hatte, mittheilen, um von demſelben die nöthigen Aufklärungen zu erhalten (R. d. C. 1ère part. tit. IV. art. 23). Wenn Caſſation gegen ein Urtheil eines der Pariſer Gerichtshöfe eingelegt ward, ſo pflegte der im Staatsrath ernannte Referent das Caſſations-Geſuch auch vorher dem bei dieſem Gerichtshof in dem fraglichen Prozeß ernannten Referent oder einem Richter, der bei der Aburtheilung des Prozeſſes gegenwärtig geweſen war, mitzutheilen. Dieſes, obſchon gerade nicht durch die Dienſtordnung des Staatsraths vorgeſchrieben, ward in der Ausübung unverbrüchlich beobachtet (C. s. l. R. pag. 276). Was die Entſcheidung und Abſtimmung über die dem Staatsrath (conseil des parties) vorgelegten Sachen betrifft, ſo gab (C. s. l. R. pag. 15, 16) der Kanzler, wenn der Staatsrath verſammelt war, einem der Referenten das Wort, wobei er der Dienſtordnung des Staatsraths gemäß (1ière part. tit. IV. art. 23) diejenigen, welche über Caſſations-Geſuche zu berichten hatten, zuerſt wählte. Der Referent (welches allezeit ein Requetenmeiſter war) ſtattete ſeinen Bericht ſtehend und mit entblößtem Haupte an der Seite des für den König beſtimmten Lehnſtuhls und in der Nähe des Kanzlers ab. Nach Abſtattung des Berichts ward nur ſelten (wenn der Kanzler es verlangte) ein Actenſtück verleſen; indem die Commiſſarien, welche in dem Bureau die Sache unterſucht hatten, in dem Staatsrath gegenwärtig waren und alle nöthige Auskunft geben konnten. Nachdem der Bericht abgeſtattet war, fragte der Kanzler vor Allen den Referent um ſeine Meinung, worauf er dann zuerſt die Requetenmeiſter oder Staatsräthe, welche als Commiſſarien bei der Unterſuchung der Sache (in dem Bureau) gegenwärtig geweſen waren, und dann die übrigen Requetenmeiſter und Staatsräthe abſtimmen ließ, wo er bei dem jüngſten anfing und mit dem Dechant des Staatsraths endigte. Das Urtheil ward nach Stimmenmehrheit gefällt und zwar ſo, daß die Mehrheit einer Stimme genügte. In dem Fall von Simmengleichheit war die Stimme des Kanzlers entſcheidend, ſo daß der Fall von Stimmengleichheit beim Staatsrath eigentlich nicht vorkommen konnte. Bei demſelben war auch keine Zahl von Richtern, die bei einem Urtheil mitwirken mußten, vorgeſchrieben; auch befolgte man die den Gerichtshöfen übliche Regel nicht, daß nämlich die Stimmen von Richtern, die bis zu einem gewiſſen Grade verwandt waren, in dem Fall ſie übereinſtimmten, nur für Eine gezählt wurden. Sobald das Urtheil geſprochen war, trug der Gerichtsſecretair es ganz kurz in das Sitzungs-Protokoll (sur le plumitif) ein. Gleich darauf ward es von dem Referent förmlich abgefaßt, welcher dann die Urſchrift (la minute) deſſelben aufſetzen ließ. Schon (Th. I. S, 389) iſt bemerkt worden, daß nach dem ältern Franzöſiſchen Gerichtsgebrauch jedes Urtheil zwei- und in ſchriftlich verhandelten Sachen drei Theile (nämlich die ſogenannten Qualitäten, die vus und die eigentliche Entſcheidung (le dispositif) enthielt. Da alle bei dem Staatsrath anhängigen Sachen ſchriftlich verhandelt wurden, ſo pflegte man bei den Urtheilen (arrêts) des Staatsraths die beiden erſten Theile nur für Einen zu rechnen, welcher vu genannt ward, und die

---

*) C. s. l. R. pag. 20, 21.

**) Ibid p. 21, 458.

---

*) C. s. l. R. pag. 23 heißt es: „affaires qui interessent le Domaine, les aides et les octrois."

**) Ibid. pag. 23. „affaires qui interessent les fermes, les tailles, et les autres matières de finances." An andern Stellen des C. s. l. R. wird der Unterſchied zwiſchen dieſen Bureaus etwas anders angegeben.

Qualitäten und vus zugleich begriff (R. d. C. 2ième part. tit. XIII. art. 3, auch C. s. l. R. pag. 671). Derſelbe fing mit den Namen und Qualitäten der Partheien an*), welche aus den Acten ſelbſt genommen und dem Referent von ſeinem Secretair**) zugeſtellt werden mußten. Unmittelbar darauf folgten die Anträge (conclusions, das eigentliche Geſuch) der Partheien. Den Schluß des erſten Theils machte ein ſummariſcher Auszug aus allen von den Partheien eingereichten Actenſtücken nach der Folge der Daten, an welchen ſie übergeben waren, welchen Auszug der Referent ebenfalls von ſeinem Secretair erhielt. Der zweite und letzte Theil des Urtheils beſtand aus der eigentlichen Entſcheidung. Dieſelbe mußte ganz von der Hand des Referenten geſchrieben***) und bei Sachen, die in den Bureaus unterſucht worden, den Commiſſarien, die bei der Entſcheidung im Staatsrath zugegen geweſen waren, zum Durchſehn mitgetheilt werden†). Dann ward die Urſchrift des Urtheils noch unterſchrieben. Der Referent unterſchrieb zuerſt, und zwar linker Hand unmittelbar nach der letzten Zeile, worauf die eben genannten Commiſſarien ihre Unterſchrift unter die erſtere ſetzten. Endlich ward ſie dem Kanzler vorgelegt, der ganz allein an der rechten Seite unterſchrieb. Das Urtheil ward darauf von dem Referent dem Gerichtsſecretair übergeben, und von dem letztern zu den Urſchriften des Staatsraths gelegt. Derſelbe durfte dieſe Urſchrift auf keine Weiſe und unter keinem Vorwand irgend einem andern mittheilen. Die Partheien konnten indeſſen auf Anfordern Ausfertigungen davon erhalten††). Die Urtheile des Staatsraths wurden eben ſo wie die der Parlamente und aller obern (unbeſchränkten) Gerichtshöfe (cours souveraines) Endurtheile, Beſchlüſſe (arrêts) genannt. Hinſichtlich der Form der Ausfertigung waren indeſſen die von dem Staatsrath erlaſſenen Urtheile von denjenigen der andern Gerichtshöfe verſchieden. In den erſtern ſprach der König nicht, wie in den letztern und den Kanzelleibriefen, im directen Stil (Louis par la grace de Dieu etc.), ſondern er bediente ſich der indirecten Rede (le Roi en son conseil à ordonné et ordonnne etc. *). Um ein Urtheil des Staatsraths gegen eine Parthei vollſtrecken zu dürfen, mußte es (R. d. C. 2de part. tit. XIII. art. 9) dem Advokat derſelben inſinuirt werden, auch dann, wenn es der Parthei ſchon inſinuirt war. Nur wenn der Advokat vor der Vollſtreckung des Urtheils ſtarb, begründete (art. 10) die Inſinuation an die Parthei ſelbſt ein Recht zur Vollſtreckung des Urtheils. Was die Streitfragen, die über die Vollſtreckung der Urtheile des Staatsraths entſtanden, betrifft, ſo gehörte (den einzigen Fall abgerechnet, wo es ſich von einer

---

*) C. s. l. R. pag. 671.

**) R. d. C. 2de part. tit. XIII. art. 3. Er durfte ſich dieſelben nicht von den Partheien ſelbſt oder deren Advokaten zuſtellen laſſen. Auch die von ſeinem Secretair ihm zugeſtellte mußte er genau nachſehn. id. art.

***) Ibid. art. 4.

†) Id. tit. art. 5.

††) Id. tit. art. 6.

---

*) In dem ſchon oft angeführten C. s. l. R. (S. 882 *) findet man ſehr viele Formulare von Urtheilen des Staatsraths. Als Beiſpiel führen wir hier ein ganz kurzes Urtheil an, wodurch auf das einſeitige Geſuch einer Parthei die Caſſation angenommen, und die Entſcheidung der Hauptſache an ein anderes Gericht verwieſen ward. „Sur la requête présenté au Roi en son Conseil par A , . . . . (Hier folgt der Inhalt der requête) Le Roi en son Conseil, ayant égard à ladite requête à cassé et casse ledit Arrêt et tout ce qui s'en est ensuivi; ce faisant a évoqué lesdits demandes et contestations sur lesquelles ledit arrêt est intervenu, et icelles circonstances et dépendances; a renvoyé et renvoie au Parlement de . . . , pour être fait droit aux Parties, ainsi qu'il appartiendra, lui attribuant, Sa Majesté, toute Cour, Jurisdiction et connoissance et icelle interdisant à toutes ses autres Cours et juges. Ordonne Sa Majesté, que l'amende consignéepar ledit A . . . . . lui sera rendue; à ce faire le Receveur des amendes contraint comme dépositaire de justice; quoi faisant dechargé. Fait au Conseil d'Etat des Parties, tenu à . . . . le . . . . — Die Beſchlüſſe derjenigen Abtheilungen des Staatsraths, worin der König ſelbſt den Vorſitz führte, endigten: „fait au Conseil d'état du Roi, sa Majesté y étant."

Erklärung [interprétation] des Urtheils handelte) die Entſcheidung derſelben nicht dem Staatsrath, ſondern den requêtes de l'hôtel. Dieſes letztere Gericht, wobei alle Geſuche wegen der Vollſtreckung der Urtheile des Staatsraths angebracht- oder wohin ſie von dem Staatsrath zurückgeſchickt werden mußten, entſchied über dieſe Vollſtreckung in letzter Inſtanz. Doch mußten bei den requêtes de l'hôtel wenigſtens ſieben Richter mitwirken (M. ſ. S. 682, auch C. s. l. R. pag. 377, 378). Daſſelbe Gericht verordnete und leitete auch alle Beſchlagnahmen, Verkäufe u. dgl., die zur Vollſtreckung der genannten Urtheile vorgenommen wurden, und womit der Staatsrath ſelbſt ſich nicht wohl befaſſen konnte. Doch gab es einige Stellen (die der Beamten, die bei dem Staatsrath oder bei dem Siegelamt u. dgl. fungirten), deren Verkauf nur von dem Staatsrath ſelbſt geleitet werden konnte. Der König ernannte indeſſen dazu meiſtens eine beſondere Commiſſion aus der Mitte des Staatsraths, wovon ſogleich unten ein Mehreres (C. s. l. R. pag. 827).

Sonſt ward bei mehrern zu der Competenz des Staatsraths gehörigen Sachen, wenn Etwas praktiſch durchgeführt, inſtruirt oder unterſucht werden mußte, die Mitwirkung der requêtes de l'hôtel benutzt, bei welchen eine Staatsbehörde beſtellt, und überhaupt Alles mehr nach Art der ordentlichen Gerichte eingerichtet war. Ganz insbeſondere war dieſes auch bei der ſogenannten Reviſion der Criminal-Prozeſſe der Fall. Gegen ein in letzter Inſtanz erlaſſenes Criminal-Urtheil konnte zwar eben ſo wie gegen ein ſolches Urtheil in Civilſachen Caſſation eingelegt werden. Wenn indeſſen der Verurtheilte dieſen Weg wählte, ſo war er dabei an dieſelben ſtrengen Formen, welche für die Caſſation in Civilſachen vorgeſchrieben ſind, (an die Beobachtung der Friſten, die Hinterlegung der Geldbuße u. ſ. f.) gebunden. Auch konnte die Caſſation nur aus denſelben Gründen, wie in Civilſachen, wegen offenbarer Verletzung des Geſetzes, oder der von demſelben für die Inſtruction vorgeſchriebenen Formen ausgeſprochen werden. Eben darum war, wegen der ſchrecklichen Folgen, die ein bei einem Criminal-Urtheil begangener Irrthum nach ſich zieht, den Verurtheilten noch ein anderer Weg, nämlich das Geſuch um Reviſion offen gelaſſen, welches mit der ehmals in Civilſachen gebräuchlichen proposition d'erreur*) große Aehnlichkeit hatte. Bei der Entſcheidung darüber ſahn die Richter nicht allein darauf, ob alle von dem Geſetz vorgeſchriebenen Formen befolgt, ſondern ob überhaupt bei dem ganzen Verfahren Etwas durch Unterlaſſung, oder durch Zufall, Mangel an gehörigen Beweiſen u. dgl. vorgekommen ſey, welches die Richter zu einem irrthümlichen Urtheil hätte verleiten können**). Das Geſuch um Reviſion war faſt von allen Formalitäten befreit. Es mußte in der Form eines vu d'arrêt abgefaßt, und von einem bei dem Staatsrath angeſtellten Advokaten unterſchrieben ſeyn. Auch mußte demſelben die Ausfertigung oder eine Abſchrift des Urtheils, wogegen die Reviſion nachgeſucht ward, beiliegen. Uebrigens war die Friſt, in welcher die Reviſion nachgeſucht werden mußte, gar nicht beſtimmt, ſo daß dieſes nach jeder noch ſo langen Zeit geſchehen konnte. Das Verfahren bei Entſcheidung über dieſes Geſuch war, in ſo fern es von dem Staatsrath ausging, ganz daſſelbe wie bei dem Caſſations-Geſuch in Civilſachen. Vor allem ward ein Referent ernannt, welcher die Sache, ehe er an den Staatsrath berichtete, einem Bureau zur nähern Unterſuchung mittheilte u. ſ. f. Auf jeden Fall indeſſen, und wenn auch alle Mitglieder des Bureaus einig waren, mußte die Sache dem Staatsrath vorgetragen werden. Fand dieſer das Geſuch nicht gehörig begründet, ſo wies er den Bittſteller gänzlich ab. Fand er die Gründe zuläſſig (les moyens admissibles), ſo nahm er darum das Geſuch um Reviſion doch noch nicht beſtimmt an, ſondern er verordnete durch ein Urtheil, welches ebenfalls gleich unter die Bittſchrift geſetzt ward, daß alle Prozeß-Acten an das Gerichtsſecretariat der requêtes de l'hôtel geſendet werden ſollten. Dieſes Gericht, welches nun ſchon mit genauerer Kenntniß über die Sache urtheilen konnte, ging auch genauer in dieſelbe ein und theilte auf den Bericht des ſchon beim Staatsrath zum Referent ernannten Requetenmeiſters und unter Mitwirkung von wenigſtens ſieben ſeiner Mitglieder als Richter ſeine Meinung über die Zuläſſigkeit des Reviſions-Geſuchs dem Staatsrath mit. Bei dieſer Unterſuchung der Sache fanden ſich oft Gründe zur Reviſion, welche der Bittſteller ſelbſt nicht geltend gemacht hatte, die indeſſen doch berückſichtigt wurden.

---

*) Bei dieſer Reviſion der Criminal-Urtheile durfte man ſich nicht nur auf einen erreur de fait, ſondern auch auf einen erreur de droit berufen, welches letztere in Civilſachen von den Geſetzen zwar verboten war, aber in der Ausübung doch wohl geſchah.

**) Ueber die Reviſion ſehe man R. d. C. part. 1ière tit. VII. und beſonders den Commentar dazu in d. C. s. l. R. — Nur der Verurtheilte, nicht die Familie deſſelben, auch nicht der Ankläger, (die Civil-Parthei) konnte die Reviſion und zwar nur gegen ein definitives Urtheil nachſuchen. Doch machte man eine Ausnahme hinſichtlich der Urtheile, wodurch die Folter erkannt ward. Obſchon man dieſe eigentlich zur Inſtruction gehörig anſah, ſo konnte doch Reviſion gegen dieſelben nachgeſucht werden (R. d. C. p. D. pag. 349, 350.

Das Gutachten der requêtes de l'hôtel ward nun dem Referent zugeſtellt, welcher, jedoch ohne eine vorläufige Mittheilung an ein Bureau, unmittelbar an den Staatsrath berichtete, und die Gründe des Gutachtens entwickelte. Der Staatsrath erließ nun ein Urtheil, wodurch er entweder das Geſuch des Bittſtellers definitiv verwarf, oder, wenn er daſſelbe für zuläſſig hielt, das Gericht beſtimmte, welches die Reviſion des Prozeſſes vornehmen und in der Hauptſache definitiv erkennen ſollte. Der Bittſteller erhielt, um den neuen Prozeß einleiten zu können, in Folge dieſes Urtheils einen Reviſionsbrief mit dem großen Siegel, dem das Gutachten der requêtes de l hôtel unter dem Gegenſiegel beigefügt war.

Wenn auch die Reviſion verworfen ward, ſo blieb der Weg der Caſſation noch offen. Ueberhaupt konnte man ſich dieſer beiden Rechtsmittel entweder gleichzeitig, oder auch des einen nach dem andern bedienen, und ſogar das Geſuch um die Zuläſſigkeit des einen und andern in einer Bittſchrift vereinigen (C. s. l. R. pag. 351).

Die Dienſtordnung des Staatsraths (Réglem. d. Cons.) v. 28ten Juni 1738 enthält noch für die Inſtruktion und Entſcheidung ſehr vieler anderer Sachen eben ſo genaue und beſtimmte Vorſchriften, als man deren in der Verordnung v. J. 1667 und ſelbſt in dem jetzigen Cod. d. procéd. civ. für das

Verfahren in bürgerlichen Sachen findet. Allein die Gränzen, die wir dieſer Schrift geſetzt, und faſt ſchon überſchritten haben, nöthigen uns abzubrechen. Wir bemerken nur noch, daß zuweilen um ſehr verwickelte und ſchwierige Sachen ſchneller zu beendigen, die Inſtruction und Entſcheidung derſelben einer beſondern Commiſſion, die aus Mitgliedern des Staatsraths beſtand, übertragen ward. In Frankreich hatte der Hof von je her eine große Vorliebe für ſolche Commiſſionen, die indeſſen meiſtens nur auf das Geſuch der Partheien angeordnet wurden. Zuweilen ward eine beſondere Kammer eines Parlaments oder Gerichts, zuweilen mehrere aus verſchiedenen Gerichten gewählte Mitglieder, ja zuweilen mehrere angeſehene Männer ohne allen öffentlichen Charakter von dem König beauftragt, eine Sache zu inſtruiren und in erſter und letzter Inſtanz zu entſcheiden. Indeſſen iſt hier von dieſen einzelnen und beſondern Fällen nicht ſo ſehr die Rede, als von denjenigen, wo, ſey es auf den Antrag der Partheien oder aus eigenem Antrieb des Königs (de propre mouvement) eine beſondere aus der Mitte des Staatsraths genommene Commiſſion zuſammengeſetzt ward. Dieſes konnte für Sachen von ſehr verſchiedener Art geſchehn. Sie konnten ſich ſchon von ſelbſt ihrer Natur nach zur Entſcheidung durch den Staatsrath eignen, oder auch vor denſelben gezogen worden ſeyn. Beſonders wurden oft Prozeſſe gegen die Königl. Rechnungsbeamten, an welche die Königl. Kaſſe Forderungen machte, durch ſolche Commiſſionen entſchieden. In den Fällen, wo die Commiſſarien entweder aus einem andern Gericht genommen, oder auch aus Privat-Perſonen gewählt waren, befolgten ſie bei der Inſtruction und Entſcheidung des Prozeſſes das Verfahren, welches bei dem Gericht, wozu ſie gehörten, galt; oder ſie wählten nach eigenem Gutdünken dasjenige, was ſie für das zweckmäßigſte hielten. Auf dieſelbe Art verfuhr man auch früher bei den Commiſſionen des Staatsraths. Als aber die Erfahrung eine Menge dadurch veranlaßter Mißbräuche (wohin insbeſondere eine außerordentliche Vervielfachung der Proceduren gehörte) kennen gelehrt, fand man es angemeſſen, auch dieſen Prozeßgang durch eine beſondere Königl. Verordnung zu beſtimmen, welche mit der Dienſtordnung des Staatsraths (Réglem. d. Cons.) vom nämlichen Datum (v. 28ten Juni 1738) iſt, und gleichſam einen Anhang davon ausmacht.

Nach derſelben ſoll bei dieſen Commiſſionen im Ganzen das nämliche Verfahren, wie es für den Staatsrath ſelbſt vorgeſchrieben iſt, befolgt werden. Ihre einzelnen Beſtimmungen beziehn ſich nur auf die wenigen Ausnahmen, die davon ſtatt finden, ſo daß ſie ſehr kurz iſt. Einer der wichtigſten Gegenſtände, worüber ſie ſpricht, iſt das Verfahren, welches bei der Beſchlagnahme und dem Verkaufe von unbeweglichen Gütern, in ſo fern ſie von dieſen Commiſſionen ausgehn, befolgt werden ſoll. Daſſelbe galt, nach dem Gerichtsgebrauch auch für die freilich wenigen Fälle, wo der Staatsrath ſelbſt einen ſolchen Verkauf verordnete und leitete.

Außer dieſen aus dem Staatsrath gewählten Commiſſionen, die man meiſtens noch als ordentliche Gerichte anſah, verordnete der König noch zuweilen (C. s. l. R. pag. 808), daß über irgend eine Sache ihm unmittelbar Bericht erſtattet werde, auf welchen er dann in eigener Perſon entſchied. Für das Verfahren in dieſen Fällen gab es gar keine Regel, ſondern daſſelbe hing ganz von dem Ermeſſen des Königs und der vortragenden Staatsräthe ab.

Darf man ſich wundern, wenn unter ſolchen Umſtänden, ungeachtet der Genauigkeit und Vortrefflichkeit, mit welcher das Verfahren vor dem Staatsrath geregelt war, bei dem Volk doch immer ein Mißtrauen gegen die Entſcheidungen deſſelben übrig blieb? Nicht allein fiel das Schutzmittel, welches die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen bei den übrigen Gerichten gewährte, bei dem Staatsrath ganz weg, ſondern die Entſcheidung war Richtern übergeben, zu welchen eine gewöhnliche Parthei keinen Zutritt hatte: wogegen eine mächtigere durch den ganzen Einfluß ihrer Freunde und Verbindungen auf dieſelben einwirkte. Beſonders zitterte jede minder mächtige Parthei, wenn der König aus eigenem Antrieb (de propre mouvement), welches wohl ſo viel war als auf das Geſuch und Betreiben der Gegenparthei, eine Sache an den Staatsrath abberief, oder dieſer letztere, nachdem er ein Urtheil caſſirt hatte, die Entſcheidung in der Hauptſache an ſich hielt. Die Klagen darüber waren, wie wir ſchon im erſten Theil angeführt haben, in Frankreich ſehr alt. Die Könige ſahn auch die Richtigkeit derſelben im ganzen wohl ein, und gaben einzelne Verordnungen um denſelben abzuhelfen. Allein das Uebel kehrte immer zurück, und widerſtand allen Mitteln. Auch zu den Ohren Ludwigs des 15ten waren arge Beſchwerden über den Mißbrauch, der mit den Abberufungen der Prozeſſe an den Staatsrath getrieben wurden, gedrungen. Dieſer König beauftragte zwei ſeiner talentvollſten Staatsräthe (Joly de Fleury und Gilbert de Voiſins) ihm eine Denkſchrift über dieſen Gegenſtand zu überreichen, die man in dem oft angeführten Werk von Henrion de Panſey (De l'autorit. judic. chap. XXIV. Sect. 10. pag. 414, 415 suiv.) im Auszug *) findet. Allein ſo wenig ſich auch gegen das Verfahren vor dem Staatsrath, ſo wie ſie es darſtellen, ſagen läßt, ſo wenig gab es für die Partheien irgend eine Gewährleiſtung, daß die von ihnen aufgeſtellten Grundſätze auch wirklich befolgt würden. So blieb denn dieſer Gegenſtand einer der großen Klagepunkte, welche die Revolution vor den Richterſtuhl der öffentlichen Meinung brachte. Die conſtituirende Verſammlung verſtand dieſelbe ſehr wohl und machte allen dieſen vermeintlichen oder

---

*) Wegen der Denkſchrift von Gilbert de Voiſins (wohl ohne Zweifel derſelbe, den wir ſchon oben S. 882 *) als Mitarbeiter d. C. s. l. R. angeführt haben), müſſen wir, da ſie zu weitläuftig iſt, um ſie hier mitzutheilen, auf das Werk v. Henrion de Panſey verweiſen. Joly de Fleuri ſagt unter andern: „Dans l'examen des requêtes en cassation tout s'interprète contre le demandeur. On n'écoute que les moyens qui sont fondés sur une contravention claire et précise aux ordonnances; encore faut-il qu'il soit question d'une disposition importante; *car c'est l'interêt public et le respect de la loi, plus que l'interêt de la partie, que l'on consulte. On a toujours tenu pour principe au conseil, que la cassation a été introduit plutôt pour le maintien des ordonnances que pour l'interêt des justiciables.* Si la contravention n'est pas claire et litterale, si l'on peut croire que les circonstances du fait ont influé sur le jugement, on rejette la demande en cassation, parceque l'on peut croire que le juge n'a pas méprisé la loi, mais qu'il a pensé que ce n'étoit pas le cas d'en faire l'application.“

wahren Beſorgniſſen durch Einſetzung des Caſſations-Tribunals auf immer ein Ende. Schon den 11ten und 26ten Mai 1790 verordnete dieſelbe bei Beantwortung der Fragen, die ſie ſich ſelbſt den 31ten März deſſelben Jahrs in Beziehung auf die Juſtiz-Organiſation geſtellt hatte: 1) »Die in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile können durch das Mittel der Caſſation angegriffen werden.« 2) »Die Richter, welche über die Caſſation entſcheiden, ſollen beſtändig an demſelben Ort verbleiben (seront sedentaires) *).« Hierauf erſchien d. 27ten Nov. deſſelben Jahrs das wichtige Decret, wodurch das Caſſations-Tribunal ſeine Exiſtenz erhielt, und zugleich der amtliche Wirkungskreis ſo wie die Befugniſſe **) deſſelben größtentheils feſtgeſetzt wurden. Dieſes Decret, welches zugleich (art. 30) diejenige Abtheilung des Staatsraths, welche bis dahin unter dem Titel: conseil des parties beſtand, und insbeſondere (art. 31) die Stelle des Kanzlers von Frankreich, welcher Präſident dieſer Abtheilung war, aufhob, ward ſeinem weſentlichen Inhalt nach und zum größten Theil wörtlich in die erſte Conſtitution ***)

---

*) Desen. tom. III. p. 183, 184 Damit ſie nämlich nicht, wie das ehemalige conseil des parties genöthigt wären, dem Hof zu folgen, wodurch dieſer leicht einen Einfluß auf ſie gewinnen konnte.

**) Ibid. p. 117.

***) Alle Conſtitutionen, die beiden nach der Reſtauration gegebenen, ſo wie die von Napoleon nach ſeiner Wiederkunft von Elba bewilligte abgerechnet, erwähnen ausdrücklich des Caſſations-Tribunals. „Il y aura pour tout le royaume un seul tribunal de cassation, établi auprès du corps législatif. Il aura pour fonctions de prononcer sur les demandes en cassation contre les jugemens en dernier ressort par les tribunaux, sur les demandes en renvoi d'un tribunal à un autre, pour cause de suspicion légitime, sur les réglemens des juges et les prises à partie contre un tribunal entier. En matière de cassation le tribunal de cassation ne pourra jamais connoître du fond des affaires; mais après avoir cassé le jugement qui aura été rendu sur une procédure dans laquelle les formes ont été violés, ou qui contiendra une contravention expresse à la loi il renverra vom J. 1791 (tit. III. chap. V. art. (19 — 21) aufgenommen, und macht ungeachtet einiger Abänderungen und Zuſätze noch jetzt die Grundlage dieſes wichtigen Theils der Geſetzgebung aus. Durch Errichtung dieſes Tribunals beabſichtigte man zwei Zwecke zu erreichen, nämlich 1ſtens der Geſetzgebung durch das ganze Reich eine Gleichförmigkeit zu geben, und der verſchiedenen Auslegung derſelben vorzubeugen, und 2tens die Richter in den Schranken ihrer Befugniſſe zu halten, ohne ſie jedoch der Willkühr des Hofs und der Verwaltungs-Beamten zu unterwerfen. Dieſen Anſichten gemäß ward (Art. 2 und 3) dem Caſſations-Tribunal das Erkenntniß über alle Conflicte und Verweiſungen an ein anderes Gericht wegen gegründeten Verdachts, das über Syndicats-Klagen gegen ein ganzes Tribunal, ſo wie über die Caſſations-Geſuche gegen die in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile beigelegt. In Beziehung auf die Caſſation ging man von dem Grundſatz aus, zu dem man ſich auch ſchon vor der Revolution bekannte, ohne ihn jedoch ſtreng zu befol-

---

le fond du procés au tribunal qui doit en connoître (Constit. de 1791 tit. III. chap. V. art. 19, 20). Die Conſtitution v. J. 3 (1795) hat (art. 254, 255) faſt dieſelben Worte, nur iſt nach „suspicion legitime" noch hinzugefügt „ou de sureté publique". In der wilden Conſtitution des J. 2 (1793) geſchieht art. 99, der von dem Caſſations-Tribunal handelt, von der Befugniß deſſelben über die renvois und réglemens des juges zu erkennen, keine Erwähnung, ſondern es heißt einzig „Ce tribunal ne connoit point du fond des affaires. Il prononce sur la violation des formes, et sur les contraventions expresses à la loi." In der Conſtitution vom 22ten Frim. J. 8 (13ten December 1799) Art. 65, 66 wird der Art. 254, 255 der Conſtit. v. J. 1795 wörtlich wiederholt, mit Ausnahme von „sur les réglemens des juges." In der Conſtit. v. J. 1802 wird der richterlichen Functionen des Caſſations-Gerichts zwar nicht erwähnt, aber Art. 81, 82 ward ihm das Recht der Oberaufſicht über alle andern Tribunale beigelegt. Die Conſtitution v. J. 1804 erwähnt des Caſſations-Gerichts weiter nicht, als daß ſie Art. 136 demſelben den Titel: Caſſationshof beilegt. Ueber das Nähere ſehe man den Text der Conſtitutionen ſelbſt bei Desenne tom. I. p. 36, 55, 95, 130, 145, 164.

gen, daß nämlich die Caſſation nur zum Nutzen der Gerechtigkeitspflege im Allgemeinen und nicht zum Vortheil der Partheien eingeführt worden ſey (M. ſ. S. 912 *). Dem gemäß ſind Irrthümer, die ſich auf die Thatſache beziehn, durchaus von den Gründen zur Nachſuchung der Caſſation ausgeſchloſſen. Nach Art. 3 des angeführten Geſetzes (v. 27ten November 1790), womit die ſpätern Geſetze übereinſtimmen, findet dieſelbe 1) wegen Verletzung von Formen, welche das Geſetz unter Strafe der Nichtigkeit vorſchreibt, und 2) wegen ausdrücklicher Verletzung der klaren Vorſchrift des Geſetzes (contravention expresse au texte de la loi) ſtatt. Aus dieſen Gründen kann man, mit Ausnahme *) der Urtheile der Friedens-Richter (art. 4)

---

*) Nach Art. 4 des angeführten Geſetzes der Conſtituirenden gilt dieſes unbedingt von allen Urtheilen, welche die Friedens-Richter in letzter Inſtanz erlaſſen. Allein es konnte ſich nach der damaligen Einrichtung nur auf Civil-Urtheile beziehn. Das Erkenntniß in Polizei-Sachen gehörte nämlich damals nicht (Th. I. S. 632, 633) den Friedens-Richtern, ſondern den Munizipal-Beamten, von deren Urtheilen überdem an das Diſtricts-Gericht appellirt werden konnte (Decr. de 16. aout 1790 tit. XI. art. 1, 6. Desen. tom. III. p. 234, 236). Die correctionnellen Tribunale waren (Th. I. S. 632, 633) (Decr. de 19. Juill. 1791 tit. II. art. 43, Desen. ibid. p. 321) meiſtens aus mehrern Friedens-Richtern zuſammengeſetzt. Allein ſie ſprachen nicht in letzter Inſtanz, ſondern von denſelben fand (tit. II. art. 61) die Appellation an die Diſtricts-Gerichte ſtatt. Der code des délits et des peines vom 3ten Brumaire J. 4 (Desen. tom. IV. p. 7) gab art. 151 das Erkenntniß in Polizeiſachen den Friedensrichtern und deren Beiſitzern (Th. I. S. 660). Dieſelben urtheilten (art. 153) zwar in letzter Inſtanz. Allein es fand (art. 163) Caſſation gegen ihre Urtheile ſtatt. Nach der Napoleon'ſchen Geſetzgebung kann man gegen die von den Friedens-Richtern in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile nur aus einem Grund, nämlich wegen Incompetenz, oder Ueberſchreitung der Amtsgewalt (excès de pouvoir) Caſſation einlegen. (Loi d. 27. Vent. l'an 8 art. 77, Desen. tom. IV. p. 259). Daſſelbe gilt von den Militair-Gerichten; und zwar kann ſie bei den letztern nur von Perſonen, die nicht zum Militair gehören, eingelegt werden (même art.).

(und nach der Napoleon'ſchen Geſetzgebung derjenigen der Prevotal- und Specialhöfe ſo wie der Militair-Gerichte) gegen alle von den Gerichten in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheile, aber auch nur gegen ſolche, durch die Caſſation angehn. Um den zu häufigen Gebrauch dieſes Rechtsmittels auf alle Arten zu verhindern, war (art. 16) feſtgeſetzt, daß in Civilſachen die Vollſtreckung des Urtheils durch Einlegung der Caſſation nicht aufgehalten*); ſo wie (Art. 1) daß um dieſelbe in Civilſachen anſtellen zu dürfen, ein vorläufiges Urtheil, wodurch ſie für zuläſſig erkannt wird, erforderlich ſeyn ſollte. Nach Art. 6 ernennt das Caſſations-Tribunal alle halbe Jahre eine Commiſſion von 20 ſeiner Mitglieder, welche unter dem Titel: bureau des requêtes vorläufig über die Zuläſſigkeit der Caſſations-Geſuche und Syndikats-Klagen entſcheiden. Bei dieſer Commiſſion war zu einem definitiven Beſchluß die Mitwirkung von wenigſtens 12 Richtern (art. 6) und die Uebeinſtimmung von wenigſtens drei Viertheilen derſelben erforderlich (art. 7). Fand eine ſolche Mehrheit nicht ſtatt, ſo urtheilte das geſammte Caſſations-Tribunal über die Zuläſſigkeit oder Nichtzuläſſigkeit der Caſſation, und zwar nach einfacher Simmenmehrheit (art. 8)**). Erſt nachdem die Caſſation zugelaſſen war, durfte derjenige, welcher ſie nachſuchte, die Gegenparthei vor das

---

Die Prevotal- und Specialhöfe, für die faſt daſſelbe galt, beſtehn nicht mehr. Gegen die ſchiedsrichterlichen Urtheile findet in der Regel auch Caſſation ſtatt. Man ſehe art. 1028 des cod. d. procéd. civ.

*) Nach der jetzigen Geſetzgebung ſind ein Paar Fälle in Eheſcheidungsſachen ausgenommen. M. ſ. Cod. Nap. art. 263 und die Commentatoren. — Sonſt muß Einer, der zur Bezahlung einer gewiſſen Summe verurtheilt iſt, dieſelbe ungeachtet der Einlegung der Caſſation bezahlen, und zwar ohne Caution fordern zu dürfen. Einzig die öffentlichen Kaſſen haben das Recht, nur nach geleiſteter Sicherheit zu bezahlen.

**) Jetzt entſcheidet die section des requêtes nach abſoluter Stimmenmehrheit über dieſe Zuläſſigkeit.

Caſſations-Tribunal laden laſſen (art. 5)*). Ueber die Caſſation ſelbſt entſchieden nur diejenigen Richter, welche nicht zu dem bureau des requêtes gehörten, und zwar wenigſtens in der Zahl von 15 nach einfacher Stimmenmehrheit (art. 10). Wir haben S. 884 ſchon angeführt, daß nach der alten Geſetzgebung, wenn ein Urtheil caſſirt ward, häufig dieſelben Richter, welche die Caſſation ausgeſprochen hatten, auch in der Hauptſache entſchieden, d. h. ein neues Endurtheil an die Stelle des für nichtig erklärten ſetzten. Bei Einführung der neuen Geſetzgebung bedachte man indeſſen, daß, ſo viele Tribunale auch immer nach einander über eine Sache entſcheiden mögten, am Ende doch nur Menſchen geurtheilt hätten. Um daher wenigſtens zu verhindern, daß die höhern Richter nicht aus einem unzeitigen Hang die andern zu meiſtern und ihre eigene Meinung an die Stelle der früher ausgeſprochenen zu ſetzen, das Urtheil des Unterrichters abänderten, gab das Geſetz vom 27ten November 1790 (art. 3) dem Caſſations-Tribunal nur die Befugniß, die Urtheile der andern Gerichte für nichtig zu erklären, allein in keinem Fall und unter keinem Vorwand (sous aucun prétexte, et en aucun cas) durfte daſſelbe (art. 3), nachdem es das Urtheil caſſirt hatte, in der Hauptſache ſelbſt entſcheiden, ſondern es mußte die Sache zu dem Ende an ein anderes Gericht verweiſen. Was die Beſtimmung**) dieſes

---

*) Um die Streitſucht der Partheien noch mehr zu beſchränken, ward auch die nach der alten Geſetzgebung bei Caſſations-Geſuchen vorgeſchriebene Hinterlegung einer gewiſſen Summe (M. ſ. weiter unten S. 923) beibehalten.

**) Man muß ſich aus dem dritten Abſchnitt (Th. I. S. 647) erinnern, daß es damals (unter der Conſtituirenden) keine Appellations-Gerichte gab, ſondern daß man von einem Diſtricts-Gericht an das andere appellirte, und daß die Partheien zum Theil die Wahl hatten, an welches Diſtricts-Gericht ſie appelliren wollten. Ganz auf dieſelbe Weiſe ſollte (art. 19) auch das Diſtricts-Gericht beſtimmt werden, vor welches nach der Caſſation des Urtheils die Sache gebracht ward. Nach der Napoleon'ſchen Geſetzgebung beſtimmt indeſſen der Caſſationshof dieſes zweite Tribunal. M. ſ. weiter unten.

Gerichts betrifft, ſo hatten die Partheien hierin die Wahl gerade wie bei der Appellation, und zwar ſo, daß derjenige, welcher die Caſſation erwirkt hatte, als Appellant angeſehn ward (art. 19). — Ward das Urtheil wegen Mängel des Verfahrens für nichtig erklärt, ſo mußte letzteres, von dem erſten für nichtig erklärten Act an, vor dem zweiten Gericht wiederholt werden. Die Advokaten trugen alsdann die ganze Sache nochmals vor, und ſo erfolgte das Urtheil (art. 20). Ward das Urtheil aber ſeines Inhalts wegen für nichtig erklärt, ſo ward einzig über den Rechtspunkt, auf den es ankam, vor dem zweiten Gericht verhandelt, und zwar ohne daß irgend ein Verfahren, eine Inſtruction des Prozeſſes vorherging (art. 21). *) Gegen dieſes zweite Urtheil konnte in jedem Fall wieder Caſſation eingelegt werden (art. 20, 21). Wenn indeſſen, nachdem eine Sache zweimal caſſirt war, das Urtheil des dritten Gerichts mit den beiden erſten übereinſtimmte, ſo mußte, ehe die Sache nochmals vor das Caſſations-Gericht gebracht werden konnte, letzteres ſich an die geſetzgebende Verſammlung wenden. Dieſe gab dann eine Erklärung des Geſetzes, nach der, wenn ſie von dem König beſtätigt war, das Caſſations-Tribunal ſich richten mußte (art. 21) **).

---

*) In dem Abdruck des Geſetzes über die Errichtung des Caſſationshofs war art. 21 ein ſehr weſentlicher Druckfehler eingeſchlichen, welcher durch ein ſpäteres Decret der Conſtituirenden vom 14ten April 1791 verbeſſert ward. Nach den Worten dieſes Artikels, die ſo lauteten: „Dans le cas ou le jugement aura été cassé, l'affaire sera portée à l'audience, hatte man irrthümlich folgenden Zuſatz aufgenommen „dans le tribunal ordinaire, qui avait d'abord connu en dernier ressort“, welches offenbar dem Sinn des Geſetzes widerſpricht. Das Decret vom 14ten April 1791, welches dieſes verbeſſerte, war den Gerichten nicht zugeſendet worden, welches das Directorium nachholte. Desen. tom. III. p. 155.

**) Später ward dieſes in Etwa geändert, wie wir ſogleich bemerken werden. Nach der Inſtruction vom 29ten Sept. 1791, wodurch die Conſtituirende die von ihr geſchaffene Einrichtung der Criminal-Procedur erläuterte, mußte das Caſſations-Tribunal ſchon vor der zweiten Caſſation eines

In dem Geſetz vom 27ten November 1790 geſchieht von dem Recht auch in Criminal-, Correctionellen- und Polizeiſachen Caſſation nachſuchen zu dürfen, unmittelbar keine Erwähnung. Allein die Conſtituirende ſelbſt ergänzte dieſes in Beziehung auf Criminalſachen durch ihr Geſetz über die Criminal-Juſtiz vom 16ten September 1791 tit. VIII. art. (15—25)*), welches durch viele ſpätere Geſetze (insbeſondere durch das der geſetzgebenden Verſammlung v. 7ten und 10ten April 1792 (Desen. tom. III. p. 128) und durch das des National-Convents v. 2ten Brum. J. 4 art. 4) (Desen. tom. III. p. 142) näher erläutert und auch auf Urtheile in Polizei- und Correctionellen Sachen ausgedehnt ward. Die Conſtituirende hatte für das Verfahren bei Entſcheidung der letztern Nichts beſonderes, wodurch es ſich von dem bei Civilſachen unterſchied, feſtgeſetzt. Jetzt aber findet (Cod. d. instr. crim. art. 426, 425) der wichtige Unterſchied ſtatt, daß es bei Entſcheidung dieſer Sachen keines vorläufigen Urtheils über die Zuläſſigkeit der Caſſation bedarf **), ſondern gleich definitiv über das Caſſations-Geſuch erkannt (d. h. das angegriffene Urtheil caſſirt, oder die Caſſation verworfen) wird.

Was die Friſt betrifft, innerhalb welcher die Caſſation eingelegt werden mußte, ſo gab das Geſetz der Conſtituirenden v. 16ten September 1791 (tit. VIII. art. 15) den Criminal-Verurtheilten drei Tage Zeit, um ihr Caſſations-Geſuch dem Gerichtsſecretair zu überreichen. Dieſer letztere theilte es dem

---

Criminal-Urtheils, wenn ſie wegen unrichtiger Anwendung des Geſetzes und zwar aus denſelben Gründen, wie die erſte nachgeſucht ward, ſich an das Geſetzgebungs-Korps wenden. Das Caſſations-Tribunal ſprach indeſſen auch in dieſem Fall nicht in der Hauptſache, ſondern mußte dieſe, wenn es das vorige Urtheil caſſirte, an ein drittes Tribunal verweiſen, deſſen Beſtimmung ihm überlaſſen blieb. Desen. cod. génér. tom. III. p. 423.

*) Desen. tom. III. p. 341. Hiermit verbinde man die ſo eben angeführte Inſtruction tom. III. p. 422, 423.

**) Dieſes ward in Beziehung auf Criminalſachen durch Art. 5 des Geſetzes vom 10ten April 1792 zuerſt beſtimmt.

Königl. Commiſſair mit, welcher es an den Juſtizminiſter beförderte. Durch denſelben kam es an den Caſſationshof, welcher nicht eher als einen Monat, nachdem das Geſuch für zuläſſig erkannt worden, entſcheiden durfte *).

In Civilſachen hatte ſchon das Geſetz vom 27ten November 1790 Art. 14 die Caſſationsfriſt für alle in Frankreich wohnende auf drei Monate, von dem Tag der Inſinuation des Urtheils angerechnet, feſtgeſetzt, und zwar ohne daß unter irgend einem Vorwand eine Verlängerung dieſer Friſt (lettres de

---

*) Nach der Erläuterung, welche die Conſtituirende durch ihre Inſtruction vom 29ten September 1791 hierüber gab, (Desen tom. III. p. 422) war dieſes ſo zu verſtehn, daß der Verurtheilte innerhalb dieſer drei Tage erklären mußte, er beabſichtige Caſſation nachzuſuchen. Hierauf hatte er noch eine Friſt von 14 Tagen, wozu, wenn der Verurtheilte ſich nicht an dem Ort, wo das Caſſations-Gericht ſeinen Sitz hatte, befand, für jede zehn Meilen (lieues), ſowohl für das hin- als hergehn ein Tag zugelegt ward. Innerhalb dieſer Friſt nun mußte der Verurtheilte ſeine Beweiſe ſammeln, und ſie nebſt ſeinem Caſſations-Geſuch dem Gerichtsſecretair zukommen laſſen. Dieſer überſendete ſie dem Königl. Commiſſar (Procurator), und letzterer beförderte ſie an den Juſtiz-Miniſter u. ſ. f. Dieſe Friſtbeſtimmung veranlaßte zufällig Schwierigkeiten und ward mehrfach gewechſelt. Die geſetzgebende Verſammlung ſetzte durch ihr Decret vom 7ten und 10ten April 1792 art. 2 (Desen. tom. III. p. 128) eine Friſt von 8 Tagen an die Stelle jener 14 Tage (quinzaine), nämlich um das Caſſations-Geſuch einzureichen. Der Natioal-Convent beſtimmte ſtatt deſſen durch das Geſetz v. 14ten Thermid. J. 3 (1ten Auguſt 1795) art. 2, daß der Anordnung der Conſtituirenden gemäß, der Verurtheilte ſich innerhalb drei Tagen nach ſeiner Verurtheilung erklären müſſe, Caſſation nachſuchen zu wollen; daß indeſſen dieſe Erklärung hinreiche, um die Sache bei dem Caſſations-Tribunal anhängig zu machen (Desen. tom. III. p. 140). Der cod. de délits et des peines v. 3ten Brum. J. 4 beſtätigt dieſes art. 440, 447, 448 und art. 205. In Zeit von zehn Tagen nach der Erklärung des Angeklagten, daß er die Caſſation nachſuchen wolle, mußte die Staatsbehörde die Acten an den Juſtiz-Miniſter überſenden art. 450. Dieſes iſt jetzt noch ſo cod. d. instruct. crim. art. 373, 422, 423.

relief de laps de tems) bewilligt werden könnte. Der Staatsbehörde ward (art. 25) frei geſtellt*), auch nach dieſer Friſt Caſſation nachzuſuchen; ja ſie darf ſogar dieſes Geſuch nicht eher als bis die Friſt für die Partheien abgelaufen iſt, anſtellen. Allein der Erfolg dieſer Caſſation bringt keine Veränderung in die Verhältniſſe der Partheien (für welche ein Urtheil, wogegen ſie nicht zur rechten Zeit angehn (art. 25) als Vertrag angeſehn wird), ſondern es geſchieht, wie man ſagt, nur im Intereſſe des Geſetzes. Das zuletzt Geſagte gilt indeſſen nur für Urtheile in Civilſachen, wovon das Geſetz vom 27ten November 1790 auch einzig ſpricht. Bei Strafurtheilen war und iſt es aber, den Fall abgerechnet, daß Einer von den Geſchwornen für nicht überführt erklärt wird, anders. (M. ſ. Merlin Répert. art. cassation. § IV. N⁰ 1.) Der Angeklagte mußte und muß ſich, wenn das angefochtene Urtheil caſſirt wird, einem neuen unterwerfen. Indeſſen iſt die Staatsbehörde, wenn ſie die Caſſation mit Erfolg betreiben will, gehalten, dieſelbe innerhalb der vorgeſchriebenen Friſt einzulegen. (Cod. d. instr. crim. art. 177, 216, 373, 374). Das Geſetz vom 27ten November 1790 legte, wie wir ſchon bemerkt haben, dem Caſſations-Tribunal außer den ſchon angeführten Befugniſſen (art. 2) auch noch die über die Conflicte zwiſchen den verſchiedenen Gerichten, über die Geſuche um Verweiſung an ein ande-

---

*) Das Geſetz des National-Convents vom 1ten Frim. J. erläuterte dieſes in Beziehung auf Civilſachen dahin, daß in dieſer Friſt von drei Monaten der Tag der Inſinuation und der Verfalltag, eben ſo wie die damals beſtehenden Ergänzungs-Tage (jours complémentaires, sans-culottides) nicht mitgezählt werden ſollten. Die erſtere Beſtimmung war der für die Vorladungen in Civilſachen von je her geltenden Regel (M. ſ. Th. I. S. 267 **) gemäß. Wir bemerken, um Mißverſtändniſſe zu verhüten, hier noch nachträglich, daß ſie zwar für die Friſten der Vorladungen, Aufforderungen zu erſcheinen u. dgl. (Cod. de procéd. art. 1033), nicht aber für die Fälle gültig iſt, wo durch ein Urtheil die Bezahlung einer Summe in einer gewiſſen Friſt verordnet wird. M. ſ. Cod. d. procéd. art. 123, auch Merlin Répert. art. Délai.

res Gericht und eben ſo über die Syndikatsklagen (prises à partie), wenn ſie gegen ein ganzes Tribunal gerichtet wurden, zu entſcheiden. Bei den Syndikats-Klagen mußte, wie bei der Caſſation in Civilſachen ein vorläufiges Urtheil des bureau des requêtes über die Zuläſſigkeit der Klage vorhergehn; wobei ganz dieſelben Formen wie in Civilſachen beobachtet wurden (art. 8). Ueber die Verweiſung an ein anderes Gericht (welche nur wegen rechtmäßigen Verdachts nachgeſucht werden konnte), und eben ſo über die Conflicte entſchied das bureau des requêtes, und zwar gleich in der Hauptſache und ohne ein vorläufiges Urtheil über die Zuläſſigkeit der Klage (art. 9). Die Entſcheidung ward ohne alle mündliche Verhandlungen, auf einfache Denkſchriften (sur simples mémoires) auf dem Verwaltungsweg (par forme d'administration) nach einfacher Stimmenmehrheit erlaſſen (art. 9). — Jedes Urtheil des Caſſations-Tribunals ward gedruckt*) und in die Regiſter des Gerichts, deſſen Urtheil caſſirt war, eingetragen (art. 22). Ueberdem ſendete das Caſſations-Tribunal jedes Jahr eine Deputation von acht ſeiner Mitglieder vor die Schranken (à la barre) der geſetzgebenden Verſammlung, um dieſer den Etat der von ihm ausgeſprochenen Urtheile, wo bei jedem nebſt einer kurzen Darſtellung der Sache der Text des angewendeten

---

*) Ueber den Druck dieſer Urtheile gibt es zwei Decrete des Directoriums vom 28ten Vendem. J. 5 (16ten Octbr. 1796) und vom 2ten Ergänzungs-Tag J. 6 (17ten Sept. 1798) (Desenne tom. III. p. 101, 158). Durch das erſte ward verordnet die Urtheile, die bis dahin in Form von Anſchlagezettel (placards) gedruckt und blos zu Paris öffentlich angeheftet wurden, in derſelben Form wie das Geſetz-Bulletin zu drucken, um ſeine Verſendung an die einzelnen Tribunale zu erleichtern. Das zweite verordnete, daß jedem Urtheil eine kurze Erläuterung der Streitfrage vorangeſchickt, das dispositif mit Uebergehung der vu des pièces und der requêtes vollſtändig eingerückt, auch die wichtigern Urtheile, wodurch entweder die Zuläſſigkeit der Caſſation abgeſchlagen, oder Conflicte geregelt würden, u. ſ. f. nach dem Ermeſſen des Juſtiz-Miniſters ebenfalls durch den Druck mitgetheilt werden ſollten.

Geſetzes angeführt war, zu überreichen (art. 24)*). — Nach dem Decret vom 27ten November 1790 ſollte (art. 28) in allen Punkten, worüber es nicht anders verfügt hatte, die Dienſtordnung des Staatsraths v. 28ten Juni 1738 (S. 881) einſtweilen als Norm des Verfahrens befolgt werden. Dieſem gemäß blieb auch insbeſondere die Verpflichtung, bei Caſſations-Geſuchen vorher eine gewiſſe Summe als Theil des eventuellen Strafgelds zu erlegen, für die Zukunft beſtehn, worüber auch, nach Verſchiedenheit des Erfolgs, den das Geſuch hatte, genau ſo entſchieden ward (und noch wird), wie es (S. 889, 892) nach der alten Geſetzgebung geſchah. Die Verpflichtung, dieſe Summe zu hinterlegen, ward durch das Geſetz v. 2ten Brum. J. 4 Art. 17, das vom 14ten Brum. J. 5 Art. 1 auch auf Caſſationsgeſuche in Polizei- und Correctionellen Sachen ausgedehnt. Doch ſind nach dem Geſetz vom 8ten Juli 1793 Art. 1 und nach dem v. 14ten Brum. J. 5 Art. 2 Arme davon ausgenommen (Desen. tom. III. p. 144, 152, 132. M. ſ. noch Merlin Répert. art. Certificat. d'indigence). Das Caſſations-Tribunal ward den 20ten April 1791 in ſeinen amtlichen Wirkungskreis eingeſetzt (Desen. tom. III. p. 126). Die Conſtituirende hatte durch das Decret vom 13ten März 1791 ihr die ehemalige große Kammer des Parlaments von Paris nebſt den dazu gehörigen Gemächern (accessoires, Desen. ibid.) zum Ort ſeiner Sitzungen angewieſen; eine Wahl, die obſchon ſehr natürlich, doch ſehr zweckmäßig und glücklich genannt werden muß. Sie trug nämlich das Andenken an den Glanz und die Würde des alten Pairshofs auf das neue Tribunal über, und bewahrte es zugleich vor einer zu großen Annäherung an den Hof. Während der Ausſchweifungen und Tollheiten der Anarchie ward das Caſſations-Gericht zwar (S. 116 *) von dem Revolutions-Tribunal aus ſeinem Sitz verdrängt; allein kaum hatten ſich die wildeſten Stürme in Etwa gelegt, ſo gab der National-Convent ſelbſt (durch das Decret vom 6ten Meſſid. J. 3 dem Caſſations-Gericht ſeinen erſten Sitz auf immer wieder.

---

*) Dieſe Beſtimmung iſt auch in die Conſtitutionen von 1791, (chap. V. art. 22) ſo wie in die v. J. 3 (1795) art. 250 aufgenommen worden.

Dieſes iſt im Weſentlichen*) die Geſtalt, in welcher das Caſſations-Tribunal aus den Händen der Conſtituirenden hervorging. Spätere Geſetze haben, wie ſchon bemerkt worden, Einiges daran geändert. Zu den Gründen, aus welchen ein Urtheil caſſirt werden kann, fügte das Geſetzbuch über das bürgerliche Verfahren (cod. d. procéd. art. 507) auch noch den Widerſpruch zwiſchen zwei von verſchiedenen Tribunalen in letzter Inſtanz erlaſſenen Urtheilen hinzu; wie es dem Gerichtsgebrauch von je her gemäß war. Auch die Incompetenz, worüber ſich das Geſetz vom 27ten November 1790 nicht ganz deutlich ausſpricht, wird durchaus als ein Grund zur Caſſation angeſehn (Pigeau Procéd. civ. liv. II. part. IV. tit. I. chap. I. sect. V. N° 5). Nach dem Geſetz vom 2ten Brum. J. 4 kann (Art. 14) gegen vorbereitende Urtheile (Th. I. S. 344) und ſolche, welche ſich auf die Inſtruction beziehn, die Caſſation erſt nach dem definitiven Urtheil eingelegt werden. Hiervon ſind indeſſen (nach cod. d. instr. crim. art. 399, 429) die Urtheile der Appellhöfe, wodurch ein Angeſchuldigter in Anklageſtand geſetzt und vor den Aſſiſenhof verwieſen wird, ausgenommen. Die Veränderung, welche das Geſetz v. 27ten Ventoſ. J. 8 in der Wahl des Gerichts, an welches das caſſirte Urtheil verwieſen wird, machte, iſt (S. 917 **) ſchon angeführt worden. Nach Art. 3 des Geſetzes v. 27ten November 1790 war nur die Verletzung der unter Strafe der Nichtigket vorgeſchriebenen Formen ein Grund zur Caſſation, (wenn dieſelbe nämlich wegen Verletzung der Formen ausgeſprochen werden ſollte). Spätere unter dem National-Convent und dem Directorium erſchienene Geſetze hatten dieſes aber auf eine große Menge anderer Formen**) und Umſtände ausgedehnt. Nach dem Geſetz vom 4ten Germinal J. 2 ſollte (Art. 2) die Verletzung aller Formen, welche die Geſetzgeber ſeit 1789 für das Civilverfahren vorgeſchrieben hatten, die Caſſation***) begründen, und der Zuſatz: daß dieſelben unter Strafe der Nichtigkeit angeordnet ſeyn müßten, ward auf die früher beſtehenden Formen beſchränkt. In der Conſtitution von 1793 (Art. 99), eben ſo in der v. J. 1795 (Art. 255) und ſelbſt in der v. J. 1799 (Art. 66) wird auch nur der Verletzung der Formen überhaupt als Grund der Caſſation erwähnt. Die unter Napoleon über das Civil- und Criminal-Verfahren erſchienenen Geſetzbücher beſchränkten dieſes indeſſen wieder*). Vor der Einführung des Geſetzbuchs über das bürgerliche Verfahren ſcheinen wirklich die Caſſations-Geſuche wegen Verletzung oder Unterlaſſung der gerichtlichen Formen von zu häufigem und nachtheiligem Gebrauch geweſen zu ſeyn. Henrion de Panſey, ſelbſt Präſident einer Section des Caſſationshofs**), klagt darüber, daß von

---

*) Ueber die Art der Ernennung der Mitglieder des Caſſations-Tribunals wird unten noch näher gehandelt werden.

**) Man ſehe die Geſetze vom 1ten Brum. J. 2, vom 28ten Vent. J. 2, vom 4ten Germin. J. 2, vom 7ten Nivoſ. J. 5 (Desen. tom. III. p. 135, 138, 154.

***) Jedoch unter gewiſſen Bedingungen Art. 3, 4. M. ſ. noch ſogleich S. 927, 928 *.

---

*) Cod. d. procéd. civ. art. 1041

**) De l'autorité judiciaire en France. Chap. XXIV. Sect. X. p. 410. „La loi (du 27. Novembre 1790) autorise comme l'on sait le recours en cassation toutes les fois, que les formes de procédure préscrites à peine de nullité ont été violées. L'ordonnance de 1667 en ordonnoit autrement: Elle placoit dans le nombre des ouvertures de requêtes civiles les cas ou les procédures préscrites par les ordonnances n'auroient pas été suivies et celui ou le ministére public n'auroit pas été entendu dans les affaires où la loi exigeoit son intervention. Cette disposition était fort sage. Comme les procédures proprement dites sont toujours le fait des officiers ministeriels, et jamais celui du juge, et qu'il est naturel d'attribuer l'absence du ministére public, à quelque réticence ou du moins à l'inadvertance des défenseurs des parties, on partageoit en deux classes les lois relatives aux formalités judiciaires et l'on distinguoit celles qui commandent aux juges de celles qui s'adressent aux officiers ministèriels, et reglent la forme des actes. La violation de ces dernières donnoit ouverture a la requête civile; et le recours en cassation avoit lieu toutes les fois que le juge n'avoit pas rempli les obligations que la loi lui imposoit. [Ich habe weder in dem Text der ältern Geſetze, noch in dem C. s. l. R. das Mindeſte gefunden, worauf ſich dieſe Anſicht von Henrion de Panſey gründet.] Cette distinction sortoit de la nature des choses. Ne donner aux lois régulatrices des formes que les juges doivent observer d'autres vengeurs que les juges eux-

1790 bis 1807, wo der cod. d. procéd. ausübende Kraft erhielt, die Partheien ſich oft wegen Verletzung geringfügiger Formen genöthigt geſehn hätten, ihr Recht bei dem Caſſationshof zu ſuchen. Henrion de Panſey glaubt, wie man aus der Note erſieht, daß nach den eben angeführten geſetzlichen Beſtimmungen die Verletzung der unter Nichtigkeit vorgeſchriebenen Formen nur dann einen Grund zur Caſſation abgebe, wenn dieſe

---

mêmes, ce seroit en quelque sorte conférer aux tribunaux la puissance législative. Mais aucun motif raisonnable ne s'oppose à ce que la loi confie aux juges le pouvoir de rétracter les jugemens rendus sur des procédures irreguliéres, et dont les vices, habilement dissimulés, auroient echappé á leur sagacité. Cependant l'ordre des choses établi par la loi du 1iér Decembre (27. Novembre) 1790 a subsisté pendant seize ans; et pendant ce long espace de temps, combien n'a-t-on pas vu de citoyens traduits, des extrêmités du plus vaste Empire de l'Europe, à la cour de cassation pour quelques vices de procédure, ou seulement sur le motif que l'arrêt qu'ils avoient obtenu n'avoit pas été rendu sur les conclusions du ministère public! Enfin le ièr Janvier 1807, fut mis à exécution le code de procédure civile, dont l'article 480, conforme à la saine doctrine, et à la jurisprudence suivie jusqu'en 1790 a fait rentrer dans la classe des ouvertures de requêtes civiles le défaut de conclusions du ministére public, et les irrégularités que les officiers ministériels peuvent commettre dans les actes de la procédure, pourvu (ce sont les termes du code), „pourvu que la nullité n'ait pas été couverte par les parties.“ Cet article ne dit pas explicitement que c'est à la cassation, et non à la requête civile qu'il faut recourir toutes les fois que le juge à violé les formes dont l'observation lui étoit directement commandée par la loi. Mais cette omission est reparée par la loi du 20. Avril 1810 qui porte article 7. „Les arrêts, qui ne sont pas rendus par le nombre des juges préscrits, ou qui ont été rendus par des juges qui n'ont pas assisté à toutes les audiences de la cause, ou qui n'ont pas été rendus publiquement, ou qui ne contiennent pas les motifs, sont déclarés nuls.“ . . . „La justice est rendue souverainement par les cours impériales; leurs arrêts quand ils sont revêtus des formes prescrites à peine de nullité, ne peuvent être cassés que pour une contravention expresse à la loi.“

Verletzung von den Richtern ſelbſt ausgegangen iſt, daß man aber in allen übrigen Fällen den Weg der requête civile einſchlagen müſſe. Allein es mögte, wie wir ſchon (Th. I. S. 370) bemerkt haben, ſehr ſchwer ſeyn, dieſes aus dem Text der Geſetze ſelbſt herzuleiten. Aus dieſen ſcheint vielmehr nur zu folgen, daß, die Fälle abgerechnet, in welchen ein Urtheil ſelbſt nicht mit den gehörigen Formen verſehn iſt, daſſelbe nur wegen ſeines Inhalts caſſirt werden kann. Allein dieſer Inhalt kann ſich allerdings auch auf die Formen des Verfahrens beziehn. Iſt z. B. irgend eine, ſelbſt unter Strafe der Richtigkeit vorgeſchriebene Form nicht beobachtet werden, ſo gibt dieſes nur dann einen Caſſations-Grund ab, wenn es von einer der Partheien vor dem Gericht, welches das angegriffene Urtheil erlaſſen hat, gerügt worden, und die Richter auf dieſe Rüge nicht geachtet oder die Beobachtung der Form für unnöthig erklärt haben *). In dieſem Fall gehört aber die Vernachläſſigung der Form entweder direct oder indirect zu dem Inhalt des Urtheils. Hiermit ganz übereinſtimmend iſt auch die bei dem Caſſationshof angenommene Maxime (Th. I. S. 370, 370 **); daß, wenn irgend ein Umſtand nach dem Geſetz ſowohl die Caſſation- als die requête civile begründet, man denſelben nur dann als Caſſations-Grund anwenden darf, wenn er bei den Richtern, wovon das angegriffene Urtheil ausgegangen, ſchon als Grund der requête civile vorgebracht und nicht beachtet oder verworfen worden iſt.

Man ſieht hieraus noch überhaupt, daß die Verletzung der Formen lange kein ſo fruchtbares Mittel, um erlaſſene Urtheile umzuſtoßen an die Hand gibt, als man auf den erſten Anblick glauben ſollte. Wenn die nicht beachtete Form auch unter Richtigkeitsſtrafe vorgeſchrieben iſt, ſo gibt die Unterlaſſung derſelben keinen Caſſations-Grund ab, wenn ſie durch die Partheien beſeitigt (couverte) iſt, d. h. wenn die Partheien entweder offenbar oder ſtillſchweigend in die Nichtbeachtung derſelben eingewilligt haben. Iſt z. B. in einer Vorladung eine der weſentlichen Formen übergangen, und der Vorgeladene erſcheint dennoch auf dieſe Vorladung und läßt ſich ein, ohne vor Allem die Nichtigkeit der Vorladung zu rügen;

---

*) Geſ. vom 4ten Germin. J. 2 Art. 4.

ſo kann er ſpäter wegen Nichtigkeit derſelben keine Caſſation nachſuchen *). Wenn ferner die Beobachtung einer Form zu Gunſten einer Parthei (eines Minderjährigen u. ſ. f) vorgeſchrieben iſt, ſo kann die andere gegen ein Urtheil wegen Unterlaſſung dieſer Form nicht durch die Caſſation angehn.

Henrion de Panſey, ein eifriger Lobredner der ältern Verfaſſung, iſt auch mit dem Gebrauch, den man von der Caſſation wegen ausdrücklicher Verletzung des Geſetzes gemacht hat, nicht zufrieden. Nach ſeiner Behauptung hat man denſelben weit über den urſprünglichen Zweck ausgedehnt, und ſo jede Erklärung eines Geſetzes, die dem Caſſationshof die minder richtige ſchien, als eine ausdrückliche Verletzung deſſelben angeſehn. Der Gerichtsgebrauch hat ſogar einen eigenen Namen für die Caſſations-Geſuche dieſer Art, nämlich ſolche wegen falſcher Auslegungen (pourvois de fausses interprétations) erfunden **). Nun mag es wohl wahr ſeyn, daß, ſo wie jede Macht, nach Montesquieu's richtiger Bemerkung, ein Beſtreben hat, ſich auszudehnen, auch der Caſſationshof hierin weiter gegangen iſt, als er nach der urſprünglichen Idee, welche der Conſtituirenden zur Zeit der Abfaſſung des Geſetzes vom 27ten Nov. 1790 vorſchwebte, gehn ſollte. Allein theils würde, wenn man ſich zu ängſtlich an die Worte: „contravention expresse à la loi“ gehalten hätte, die Einförmigkeit der Geſetzgebung durch den Caſſationshof nicht erreicht worden ſeyn, theils aber hat auch dadurch, daß für Fälle, wo mehrere Gerichtshöfe nach einander die Sache anders als das Caſſations-Tribunal anſehn, beſtimmte Regeln vorgeſchrieben ſind, das Geſetz ſelbſt dem

---

*) Das Geſetz v. 7ten Niv. J. 5 erklärte jedoch dieſe Regel (daß nämlich eine Nichtigkeit um als Caſſationsgrund angeführt zu werden, nothwendig vorher von den Partheien gerügt ſeyn müſſe) näher dahin, daß dieſelbe nur auf die Formen des Verfahrens und nicht auf die Acte anwendbar ſey, welche den Hauptgrund der Klage bilden. So kann z. B. ein nicht mit den geſetzlich vorgeſchriebenen Formen verſehenes Teſtament bei der Caſſation allezeit als nichtig angegriffen werden, wenn dieſe Nichtigkeit auch bei den erſten Gerichten nicht gerügt worden.

**) De l'autor. judic. p. 424, 426, 427 folg.

Caſſations-Tribunal einen Wink gegeben, daß es den Ausdruck „contravention *expresse*“ nicht gar zu buchſtäblich nehmen ſollte *). — Die Beſtimmung der Conſtituirenden, wie bei wiederholtem Caſſations-Geſuch in derſelben Sache verfahren werden ſollte, erlitt noch einige Veränderungen. Nach der Conſtitution v. J. 3 (1795) art. 256 ſollte, wenn nach einmaliger Caſſation eines Urtheils das zweite Gericht eben ſo wie das erſte ſprach, und dieſes letztere Urtheil vor dem Caſſationshof von neuem durch die nämlichen Gründe, wie das erſte angegriffen ward, die Sache dem geſetzgebenden Körper vorgelegt und von dieſem ein Geſetz gegeben werden, wonach das Caſſations-Tribunal ſich richten mußte. Das Geſetz vom 27ten Ventoſe J. 8 (18ten März 1800) Desen. tom. IV. p. 250 verordnete (art. 78), in ſolchen Fällen die Sache vor die verſammelten Sectionen des Caſſations-Tribunals zu bringen **).

---

*) Henrion de Panſey beruft ſich wegen der Erklärung des Ausdrucks „contravention expresse à la loi“ p. 413 auf folgende Stelle des römiſchen Rechts: contra constitutiones autem judicatur, cum de jure constitutionis, non de jure litigatoris pronunciatur. Nam si judex volenti se ex curâ muneris, vel tutelae, beneficio liberorum, vel aetatis aut privilegii excusare, dixerit: Neque filios, neque aetatem, aut ullum privilegium ad muneris vel tutelae excusationem prodesse: de jure constituto pronuntiasse intelligitur. Quodsi de jure suo probantem admiserit, sed idcirco contra eum sententiam dixerit, quod negaverit eum de aetate sua aut de numero liberorum probasse, de jure litigatoris pronuntiasse intelligitur. L. I. § 2 ff. Quae sententiae sine appellatione rescinduntur. — Allein es ſcheint unmöglich, daß die jetzige Geſetzgebung unter „contravention expresse à la loi“ ein Urtheil wie das hier zuerſt angeführte, verſtanden habe. Ein Richter, der ſo urtheilte, hätte nicht gegen ſondern über das Geſetz geurtheilt; er hätte die geſetzgebende Gewalt uſurpirt, und ſich einer ſehr ſtrafwürdigen Ueberſchreitung ſeiner Amtsbefugniſſe (excés de pouvoir) ſchuldig gemacht.

**) Da nach der damaligen Conſtitution (v. 1799) das geſetzgebende Korps nur vier Monate v. 1ten Frimaire angerechnet (art. 33) verſammelt blieb, ſo hätte es großen Zeitverluſt verurſacht, in dieſen Fällen von den Geſetzgebern ſelbſt eine authentiſche Erklärung zu fordern.

Wie es gehalten werden ſollte, wenn gegen daſſelbe Urtheil zum drittenmal Caſſation nachgeſucht würde, darüber erklärt ſich das Geſetz v. 27ten Vent. J. 8 nicht. Allein das Geſetz v. 16ten September 1807 (Desen. tom. III. p. 165), wodurch überhaupt der letzte Zuſtand der Geſetzgebung über dieſen Punkt beſtimmt ward, füllte dieſe Lücke aus. Es ließ die Beſtimmung des Geſetzes vom 27ten Vent. J. 8 beſtehn, überließ es aber dem Gutdünken des Caſſationshofs, ehe über das zweite Caſſations-Geſuch entſchieden ward, eine Erklärung des Geſetzes zu verlangen (art. 1, 3, 4). Ward endlich die Caſſation gegen ein in derſelben Sache erlaſſenes Urtheil und zwar aus denſelben Gründen zum drittenmal nachgeſucht, ſo war der Caſſationshof verpflichtet, ſich eine Erklärung des Geſetzes zu erbitten. Dieſe ward in derſelben Form, wie die die öffentliche Verwaltung betreffenden Verordnungen (dans la forme des réglemens d'administration publique), gegeben (art. 2). Nach der Reſtauration faßte die Deputirten-Kammer (i. November 1804) einen Beſchluß (resolution), daß in den ſo eben genannten Fällen die Erklärung des Geſetzes nach den conſtitutionellen Formen gegeben werden ſollte. Die Pairs traten auch dieſem Beſchluß bei, allein, als er dem König vorgelegt ward, verweigerte dieſer ſeine Beſtätigung *).

Ueberhaupt ſind über die Zuſammenſetzung, die Befugniſſe und den Geſchäftsgang des Caſſationshofs ſpäterhin noch viele Geſetze erſchienen. Die wichtigſten derſelben ſind 1) die Decrete des National-Convents v. 22ten Aug., 29ten September 1793, 4ten Germinal J. 2; das Geſetz über die Organiſation des Caſſations-Gerichts v. 2ten Brum. J. 4 (24ten October 1795), das v. 7ten Nivoſ. J. 5, die Verordnung über die Regulirung dieſes Tribunals v. 4ten Prairial J. 8, das Geſetz über die Organiſation der Gerichte v. 27ten Ventoſe J. 8; wozu noch die in den Napoleon'ſchen Geſetzbüchern über dieſes Gericht enthaltenen Beſtimmungen, und die Königl. Verordnung vom 15ten Febr. 1815 **) kommen. Durch dieſelbe erlitt auch insbeſondere die Competenz des Caſſations-Gerichts mancherlei Beſchränkungen. Zur Zeit der erſten Einſetzung des Caſſations-Gerichts waren, mit Ausnahme dieſes letztern, alle Tribunale (die Diſtrikts-Gerichte) einander an Rang und Anſehn gleich; ſo daß alle Conflicte zwiſchen zwei Gerichten, alle Geſuche um Verweiſung an ein anderes Tribunal und dergleichen faſt nothwendig der Entſcheidung des Caſſationshofs anheim fielen. Nach Einführung beſonderer Appellations-Gerichte ward es, und zwar zum großen Vortheil der Partheien möglich, dieſen Gerichten einen Theil der Functionen des Caſſationshofs zu übertragen. So ſteht 1ſtens dem Caſſationshof über Syndikatsklagen, wenn ſie als Hauptklagen angeſtellt werden*), in der Regel kein Erkenntniß mehr zu. Wird nämlich eine ſolche Klage gegen einen ganzen Aſſiſen- oder Appelhof oder eine Abtheilung des letztern angeſtellt, ſo gehört die Entſcheidung Cod. de procéd. art. 559 vor den hohen Gerichtshof. In allen andern Fällen entſcheidet der Appellationshof, unter dem der Angeklagte ſteht. Nur wenn dieſer Appelhof aus einer einzigen Abtheilung beſteht**), verweiſt (C. d. p. art. 515) der Caſſationshof die Sache an den nächſten Appellationshof***).

---

*) Le roi repondit, qu'il en délibéreroit, welches die gewöhnliche Verweigerungs-Formel iſt.

**) Desen. tom. III. p. 134, 142, 154, 160, 166 und tom. IV. p. 258.

2tens. Die Entſcheidung der Conflicte zwiſchen zwei Gerichten gehört (Cod. d. procéd. art. 363, Cod. d. instr. crim. art. 526, 540) dem unterſten unter allen Tribunalen, unter welchen beide Gerichte, wozwiſchen der Conflict obwaltet, zugleich ſtehn. Dieſes kann allerdings der Caſſationshof ſelbſt ſeyn, welchem dann auch die Entſcheidung zukommt. Der letztere entſcheidet auch noch die Conflicte zwiſchen den Attributions- und ordentlichen Gerichten (Cod. d'instr. crim. art. 527).

---

*) Merlin. Répertoire art. Prise à partie § II., und forfaiture.

**) Der Grund davon erhellt aus art. 511, 514, 515 des C. d. p. c.

***) Schon der Cod. d. Brum. d. l'an 4 hatte art. 565, 566, 569 dem Caſſations-Gericht das Erkenntniß über Syndikats-Klagen zum Theil genommen.

3tens. Was die Verweiſung an ein anderes Gericht betrifft, ſo kann dieſelbe in Civilſachen nur in einem einzigen Fall von dem Caſſationshof ausgehn; wenn ſie nämlich aus andern Gründen, als wegen zu naher Verwandtſchaft der Richter nachgeſucht wird, und wo, nach dem Gerichtsgebrauch, eben ſo wie über die Schlichtung der Conflicte erkannt wird. (Man ſehe Th. I. S. 316, 317, 318.) In Criminal-Correctionellen und Polizeiſachen kann ferner die Verweiſung an ein anderes Gericht nur von dem Caſſationshof verordnet werden, und zwar kann dieſes ſowohl von dem Hof unmittelbar, auf den Antrag ſeines General-Prokurators, als auch, unter gewiſſen Bedingungen und Modificationen, auf das Geſuch des Staats-Prokurators des Gerichtshofs, wo die Sache anhängig iſt, oder auch der Partheien geſchehn; worüber cod. d'instr. crim. art. 542 — 552) die nähern Beſtimmungen enthält. Der Geſetzgeber ward bei allen dieſen Anordnungen offenbar von dem Grundſatz geleitet, theils den Partheien die Beſchwerniß des für ſie immer läſtigen Verfahrens vor dem Caſſationshof zu erſparen, theils aber auch dieſem in keiner Sache eine definitive Entſcheidung zu laſſen.

Das Geſetz v. 27ten Nov. 1790, welches dem Caſſations-Gericht ſeine Exiſtenz gab, war noch in Hinſicht eines andern ſehr weſentlichen Punktes mangelhaft geblieben. Es enthält nämlich über das Verfahren, welches bei Amts-Vergehungen und Gewalts-Ueberſchreitungen der Richter befolgt werden ſoll, faſt gar keine Beſtimmungen. Ein Richter, ſagt Henr. de Panſey in ſeinem ſchon oft angeführten Werk (p. 433) kann auf eine doppelte Art ſeine Gewalt überſchreiten, nämlich entweder durch Urtheile oder durch Acte (par des jugemens ou par des actes). Ein Richter, der die Gränzen ſeiner Competenz überſchreitet, der in letzter Inſtanz ſpricht, wo er nur in erſter zu ſprechen befugt iſt, der über Verwaltungsſachen urtheilt, überſchreitet ſeine Gewalt auf die erſte Art durch Urtheile. Ein Richter hingegen, der allgemeine Verordnungen für die Zukunft machte, der die Erhebung öffentlicher Abgaben verordnete, die Ausführung eines Geſetzes verböte u. ſ. f., würde ſeine Amtsgewalt auf die zweite Art: durch Acte, überſchreiten. Obgleich dieſe Urtheile und Acte beide in gleichem Maße nichtig *) ſind, ſo findet doch in Beziehung auf den Richter ſelbſt ein großer Unterſchied zwiſchen denſelben Statt. Bei den erſten trifft der Tadel des Geſetzes blos das Urtheil, ohne daß in den meiſten Fällen dadurch irgend ein Verdacht auf die Perſon des Richters fiele. Ganz anders verhält es ſich indeſſen, wenn der Richter ſeine Gewalt auf die zweite Art überſchreitet. Hier ſchließt die Nichtigkeit

---

*) Wenn der Caſſationshof ein Urtheil caſſirt, ſo bedient er ſich des Ausdrucks: „La cour . . . . . casse et annulle.“ Henrion de Panſey macht in ſeinem Werk De l'autor. judic. en France Chap. XXIV. sect. IX. p. 408 hierzu folgende Bemerkung: „Si (le jugement) offense la majesté des lois par une violation ouverte de leurs dispositions, il doit être cassé ou déclaré nul. Nous disons „cassé“ ou „déclaré nul“; ces deux formules ne sont en effet rien moins qu'identiques. Toutes les fois que le juge se renferme dans le cercle de ses attributions, et qu'il statue sur une difficulté dont la loi lui attribue la connoissance, sa décision est un jugement, et ce jugement, quelqu'injuste qu'il soit, n'en est pas moins un véritable jugement: „Praetor quoque jus reddere dicitur, etiam cum inique decernit“ L. 11 ff. de justitia et jure. — Au contraire lorsque le juge a franchi les bornes de sa jurisdiction, qu'il a prononcé sur un point dont la loi lui interdisoit la connoisance, en un mot lorsqu'il a commis ce qu'on appelle un excés de pouvoir, dans ce cas, la loi ne peut voir en lui qu'un homme sans caractère public, et dans ses décisions, quelque en soit la qualification et la forme, que des actes privés, qu'elle frappe d'une nullité radicale. Mais puisque ces actes ne sont pas des jugemens, puisqu'ils n'ont aucune existence légale, il est clair que l'autorité supérieure ne peut les frapper que par une simple dêclaration de nullité, c'est à dire, en déclarant qu'ils n'ont jamais eu le caractère et l'autorité d'un jugement. Les casser cela seroit leur supposer une consistance qu'ils n'ont pas; car pour qu'il y ait lieu à casser un jugement, il faut qu'il existe un jugement. La formule de la cassation proprement dite ne peut donc rigureusement s'appliquer qu'aux décisions intervenues sur les difficultés que la loi soumettait à la décision du tribunal qui a rendu le jugement.“

des Acts faſt nothwendig die Schuld und Strafbarkeit des Richters in ſich. Gegen die Gewalts-Ueberſchreitungen der erſten Art gewähren die Caſſation und die requête civile eine hinreichende Sicherheit. Allein gegen die der zweiten Art hatte das Geſetz vom 27ten November 1790 keine Sicherungs-Maßregeln angegeben. Doch ſchon die Conſtitut. vom J. 1791 (tit. III. chap. V. art. 27) ergänzte dieſes*). Die Beſtimmungen derſelben gingen mit ſehr geringen Veränderungen in die Conſtitution von 1795 (art. 262, 263) über. »Das Directorium zeigt durch ſeinem Commiſſar (Staats-Procurator) und ohne Nachtheil der Rechte der Partheien dem Caſſations-Tribunal**) die Acte an, wodurch die Richter ihre Gewalt überſchritten haben. Das Tribunal vernichtet dieſe Acte, und wenn dabei eine Amtsverletzung Statt gefunden hat, ſo wird die Thatſache dem geſetzgebenden Körper angezeigt, welcher, nachdem er die Beſchuldigten verhört oder vor ſich beſchieden hat, das Anklage-Decret erläßt.« Hierbei blieb es, wie es ſcheint, unbeſtimmt, vor welches Gericht die Sache zur definitiven Entſcheidung gebracht werden ſollte. Das bald darauf erſchienene Strafgeſetzbuch vom 3ten Brum. J. 4 (25ten October 1795) erläuterte dieſes näher. »Das Anklagedecret« heißt es art. 563, »welches gegen einen Richter wegen Amtsverletzung (forfaiture) erlaſſen wird, verweiſt denſelben, um beurtheilt zu werden, vor das Criminal-Gericht von einem der Departements, die dem Ort, wo er in Function iſt, am nächſten liegen, und läßt ihm die Wahl zwiſchen beiden.« Uebrigens wird (art. 561, 562) wiederholt, daß das Anklage-Decret nur von dem geſetzgebenden Corps auf eine Anzeige des Caſſations-Gerichts erlaſſen werden könne. Die Beſtimmungen von art. 262, 263 der Conſtitution von 1795 ſind faſt wörtlich***) in Art. 80 des

---

*) Nach der Conſtitution von 1791 wurden die Richter, wenn eine Amtsverletzung vorgefallen war, vor den hohen National-Gerichtshof verwieſen.

**) Nach Art. 561 des cod. d. 3. brum. a. 4 konnten auch die betheiligten Partheien dem Caſſationshof dieſe Anzeige machen.

***) Schon die Conſtitution vom 22ten Frim. J. 8 (13ten December 1799) enthält (art. 74) die Grundlage dazu.

Geſetzes vom 27ten Vent. J. 8 (über die Organiſation der Gerichte) übergegangen. Denſelben gemäß gehört das Recht, ſolche Acte dem Caſſations-Tribunal anzuzeigen, der Regierung an, und der Commiſſar derſelben darf es nur aus ihrem Auftrag thun. Dieſer macht (jedoch ohne Nachtheil des Rechts der intereſſirten Partheien) die Anzeige unmittelbar an die Abtheilung für die Geſuche (section des requêtes)*), welche die Acte, wenn es nöthig iſt, vernichtet, und die Sache an die Civil-Abtheilung verweiſt. Dieſe letztere vertritt die Stelle der Anklage-Jury und der Präſident derſelben die des Beamten der gerichtlichen Polizei und des Directors der Jury. Auch die Civil- und Criminal-Abtheilungen des Caſſations-Gerichts ſind (art. 82), wenn ſie bei der Unterſuchung irgend einer Caſſations-Sache Amts-Verletzungen (forfaitures), oder ſonſtige Verbrechen der Richter, die auf ihre Dienſtverrichtungen Bezug haben, entdecken, verpflichtet es der Abtheilung für die Geſuche anzuzeigen, die alsdann ebenfalls die Stelle der Anklage-Jury und ihr Präſident die des Directors der Jury u. ſ. f. verſieht. In allen Fällen hat alſo, wie man ſieht, die Abtheilung, welche das Verbrechen zuerſt wahrnimmt oder die erſte Kunde davon erhält, nur das Recht eine vorläufige Unterſuchung anzuſtellen, muß aber die Sache an eine andere Abtheilung verweiſen, um nach Umſtänden gegen den Angeſchuldigten die förmliche Anklage zu erkennen. Durch das Urtheil, welches dieſelbe erkennt, wird (art. 81), ganz den Beſtimmungen des cod. du 2. brum. a. 4 gemäß die Sache zur definitiven Beurtheilung vor ein gewöhnliches Geſchwornen-Gericht verwieſen; welches jedoch ſpäter durch die Conſtitution v. J. 1804 art. 101 N° 7 dahin beſchränkt ward, daß ein ganzer Appel- oder Criminalhof und eben ſo einzelne Mitglieder des Caſſationshofs **) nur von dem

---

„Les juges civils et criminels sont, pour les délits relatifs à leurs fonctions, poursuivis devant les tribunaux auxqels celui de cassation les renvoie après avoir annullé leurs actes.“

*) Von den verſchiedenen Abtheilungen des Caſſationshofs wird ſogleich näher geredet werden.

**) Sowohl wegen Dienſt-Verbrechen (forfaiture) als bei einer gegen ſie angeſtellten Syndikats-Klage.

hohen kaiſerlichen Gerichtshof beurtheilt werden konnten. Dieſe letztere Beſtimmung ward auch durch die ſpäter bekannt gemachten Geſetzbücher (cod. d. procéd. civ. art. 509, cod. d'instruct. crim. art. (479 — 503) beibehalten. Außer den ſo eben genannten Fällen, wo der Caſſationshof unmittelbar die erſte Spur des Verbrechens wahrnimmt, oder die erſte Kunde davon durch ſeinen General-Procurator erhält, gibt es nun auch noch einige, wo die Klage entweder durch die Anzeige anderer Gerichte oder auch von Privat-Perſonen*) bei demſelben angebracht wird. Der cod. d. instr. crim. Liv. II. tit. 4 chap. 3 enthält darüber ſehr ausführliche Beſtimmungen. Das Verfahren, welches er vorſchreibt, iſt verſchieden, theils nach der Natur des Verbrechens (ob daſſelbe ſich nämlich auf die Dienſt-Verrichtungen des Angeſchuldigten bezieht oder nicht) theils aber auch nach dem Standpunkt, den derſelbe in der gerichtlichen Hierarchie einnimmt. In Hinſicht des Näheren verweiſen wir auf das Geſetzbuch ſelbſt. Wir bemerken nur, daß bei Verbrechen, die mit den Amtsverrichtungen keine Gemeinſchaft haben, der Caſſationshof auch nicht einmal die Anklage erkennen, ſondern die Sache deshalb an einen andern Gerichtshof verweiſen muß (cod. d'instr. crim. art. 482). Bei eigentlichen Dienſtvergehn der höhern Beamten wird aber die Anklage von dem Caſſationshof ſelbſt erkannt, wobei faſt ſo, wie eben erklärt worden, verfahren wird.

Noch bemerken wir ſchließlich, daß die Conſtitution vom 14ten Thermid. J. 10 (2ten Aug. 1802) dem Senat (art. 54 N° 4) die Befugniß beilegte, die Urtheile der Gerichte, wenn ſie für die Sicherheit des Staats gefährlich (attentatoires) waren, durch ein organiſches**) Senatus-Conſult zu vernichten***).

---

*) Nach dem Cod. d'instruct. crim. art. 486 können auch Privat-Perſonen, welche ſich für verletzt halten, die Dienſtverbrechen der Richter bei dem Caſſationshof anzeigen, doch nur, wenn ſie die Syndikatsklage anheben wollen, oder die Anzeige ein Incidentpunkt eines bei dem Caſſationshof anhängigen Prozeſſes iſt.

**) Ein ſolches konnte nur mit einer Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen der Anweſenden erlaſſen werden (Constit. de 1802 art. 56).

***) Art. 264 der Conſtitution v. J. 1795 beſtimmte dagegen: „Le corps législatif ne peut annuller les jugemens de

Die Conſtitut. v. J. 1802, wodurch Napoleon die Conſul-Würde auf Lebenszeit erhielt, regelte (tit. IX.) die gerichtliche Hierarchie auch in Beziehung auf Disciplinarfälle. Der Juſtiz-Miniſter, welchem (art. 78) auch der Titel: Groß-Richter beigelegt ward, erhielt (art. 81) über alle Tribunale, Friedens-Gerichte und deren Mitglieder das Recht der Oberaufſicht, ſo wie das, denſelben einen Verweis zu geben (droit de les surveiller et de les reprendre). Er konnte, jedoch nur wenn die Regierung es angemeſſen fand, (art. 80) in dem Caſſations-Tribunal*) und in allen Appel-Gerichten den Vorſitz führen. Unter ſeinem Vorſitz hatte (art. 82) der Caſſationshof auch das Recht der Disciplin über alle Appel- und Criminal-Gerichte, ſo wie das ihnen durch ein Urtheil einen Verweis zu geben (droit de censure et de discipline). Er konnte wegen wichtiger Urſachen die Richter von ihrem Amt ſuspendiren, ſie vor den Großrichter laden, um Rechenſchaft von ihrem Betragen abzulegen, von welchem Recht er auch mehrmals Gebrauch gemacht hat (Merlin. Répert. art. censure). Den Appel-Gerichten ward ebenfalls (art. 83) das Recht der Oberaufſicht (droit de surveillance) über die Civil-Tribunale ihres Gerichtsbezirks, und eben ſo dieſen die Oberaufſicht über die Friedens-Richter des Bezirks beigelegt**).

Der Caſſationshof, welcher zur Zeit ſeiner Entſtehung abwechſelnd aus 41 und 42 Richtern beſtand, zählte unter der Conſular- und Kaiſerlichen Regierung, und zählt auch noch

---

la cour de cassation, sauf à poursuivre personnellement les juges qui auroient encouru la forfaiture.“

*) Das Caſſations-Gericht und eben ſo die Appell-Gerichte wurden damals (1802) noch nicht Höfe (cours) genannt, welcher Titel ihnen erſt durch art. 136 der Conſtitution v. J. 1804 beigelegt ward. In Beziehung auf die Appellhöfe ward er durch das Geſetz v. 20ten April 1810 (art. 1) nochmals in den: Kaiſerliche Gerichtshöfe (cours impériales) umgeändert.

**) Ausführlichere Beſtimmungen über die Ausübung dieſer Aufſicht und Disciplin findet man in dem Geſetz über die Juſtiz-Organiſation vom 20ten April 1810 Tit. VII. Desen. cod. génér. tom. IV. p. 466.

jetzt (i. J. 1833) *) deren 45. Er hatte überdem unter der erſtern Regierung bis zum J. 1811 drei Präſidenten für die einzelnen Abtheilungen, von denen zugleich einer der erſte Präſident des ganzen Hofes war. Durch das Kaiſerliche Decret v. 28ten Januar 1811 (Desen. tom. III. p. 165) erhielt er einen beſondern erſten Präſident außer den drei andern, welche den einzelnen Abtheilungen vorſtanden. Dieſe Einrichtung beſteht auch noch gegenwärtig. Er hatte ferner und hat auch noch einen General-Procurator, ſechs General-Advocaten, einen Ober-Gerichtsſecretair (greffier en chef), vier Gerichtsſecretaire (commis greffiers), einen Parquets-Secretair (commis de parquet), und acht Huiſſiers **). Ueberdem ſind jetzt ſechzig Advokaten bei demſelben angeſtellt ***). Der Caſſationshof zerfällt in drei Abtheilungen (sections), in die der Geſuche (section des requêtes), in die Civil- und Criminal-Abtheilung. Dieſe Eintheilung ward, wie wir geſehn haben, durch das Geſetz v. 27ten November 1790 †) ſchon einigermaßen vorbereitet; durch das v. 2ten Brum. J. 4 (art. 1, 4) (Desenne tom. III. p. 142) beſtimmt eingeführt, und durch das vom 27ten Vent. J. 8 (art. 60) von neuem beſtätigt. Nach letzterm, einem der wichtigſten für die Einrichtung des Caſſationshofs, erkennt die erſte Abtheilung (section des requêtes) vorläufig über die Zuläſſigkeit der Caſſations-Geſuche in Civilſachen, ſo wie der Syndikats-Klagen. Sie entſcheidet definitiv über alle Conflicte

---

*) Nach dem Almanach royal v. J. 1833, womit man einen Almanach impérial vergleichen kann.

**) Loi de 27. Vent. art. 58, 62, 65, 67, 68, 69, 70. Art. 58 des Geſetzes vom 27ten Vent. J. 8 ſpricht zwar von 48 Caſſations-Richtern. Allein darunter ſind die drei Präſidenten mitbegriffen.

***) Im Jahr 1808 waren deren nur 50. Eigentlich waren ſie nur Anwälte. (M. v. S. 896 **). Allein durch das Kaiſerl. Decret v. 25ten Juni 1806 erhielten alle Anwälte beim Caſſationshof den Titel Advocaten (Desen. tom. IV. p. 327.)

†) Nach dieſem Geſetz (art. 6, 10, 27) hatte der Caſſationshof nur zwei Abtheilungen, bureau des requêtes und section de cassation.

(in ſo fern ſie zu der Competenz des Caſſationshofs gehören art. 76), ſo wie über die Verweiſung einer Sache von einem Gericht an ein anderes (art. 60). Sie vernichtet, wie wir ſchon gehört haben, auf die Anforderung der Regierung und auf den Antrag des General-Prokurators, die Acte, wodurch die Richter ihre Gewalt überſchritten haben, und verweiſt die Angeſchuldigten nöthigenfalls an die zweite Abtheilung, um die Anklage gegen dieſelbe zu erkennen.

Die zweite oder Civil-Abtheilung entſcheidet beſtimmt über alle Caſſationsſachen, ſo wie über alle Syndikats-Klagen, die von der erſten Abtheilung als zuläſſig erkannt worden ſind (art. 60). Auch in denjenigen Civilſachen, wo der Staatsprocurator im Intereſſe des Geſetzes Caſſation einlegt, gehört*) die Entſcheidung dieſer Abtheilung. Sie vertritt zugleich bei allen Dienſt-Vergehn der Richter, welche von der Regierung der erſten Abtheilung angezeigt worden, die Stelle der Anklage-Jury (jetzt des Anklageſenats) und verweiſt, wenn ſie die Klage erkannt hat, die Angeſchuldigten an einen Aſſiſenhof (art. 80).

Die dritte oder Criminal-Abtheilung entſcheidet beſtimmt, und ohne daß es eines vorläufigen Erkenntniſſes über die Zuläſſigkeit bedarf, alle Caſſations-Geſuche in Criminal-correctionellen und Polizeiſachen (art. 60). Bei jedem Urtheil des Caſſationshofs müſſen wenigſtens 11 Richter mitwirken (art. 63)**). Wenn in einer Sache die Stimmen gleich getheilt ſind, ſo***) werden noch 5 Richter hinzugezogen (art. 64). Dieſe werden, wenn von derſelben Section keine mehr übrig ſind, aus den beiden andern Sectionen genommen und durch das Loos beſtimmt (art. 64). Es findet (art. 66) ein beſtändiger Wechſel unter den Mitgliedern der verſchiedenen Sectionen Statt. Alle Jahre treten aus jeder Section vier Mitglieder aus, und werden durch das Loos unter die andern Sectionen vertheilt.

---

*) Das Geſetz ſagt, ſo viel ich weiß, dieſes zwar nirgends ausdrücklich. Allein es folgt aus der Natur der Sache und iſt dem Gerichts-Gebrauch gemäß. Merlin Répert. art. Cour de cassation IV.

**) Nach dem Geſetz vom 2ten Brum. J. 4 art. 22 (Desen. tom. III. p. 42 war die Zahl von neun Richtern hinreichend.

***) Nach d. Geſetz v. 2ten Brum. J. 4 ward bei Stimmen-Gleichheit die Sache vor die vereinigten Kammern gebracht.

Dieſes ſind die Beſtimmungen des Geſetzes vom 27ten Ventoſe J. 4 (18ten März 1800), wodurch unter der Conſular-Regierung die Gerichte ihre Organiſation erhielten. Die Napoleon'ſchen Geſetzbücher haben auch hierin Einiges geändert, und beſonders die Competenz der erſten Abtheilung (section des requêtes) merklich beſchränkt. Nämlich Syndikats-Klagen *) gehören, wie ſchon erinnert worden, gar nicht mehr- und Geſuche um Verweiſung an ein anderes Gericht gehören in Civilſachen nur in einem einzigen Fall zu der Competenz des Caſſationshofes. In Criminal-, correctionellen und Polizeiſachen müſſen zwar Conflict-Streitigkeiten (jedoch unter denſelben Beſchränkungen wie in Civilſachen) (cod. d'instr. crim. art. 526, 539, 540), und alle Geſuche um Verweiſung an ein anderes Gericht (cod. d'instr. crim. art. 542) vor den Caſſationshof gebracht werden, allein die Entſcheidung darüber gehört zu den Attributionen der Criminal-Abtheilung (cod. d'instr. crim. art. 528, 545). — Von den übrigen Amts-Befugniſſen des Caſſationshofs, insbeſondere daß bei einem wiederholten Caſſations-Geſuch in derſelben Sache alle Abtheilungen zuſammentreten, iſt ſchon (S. 929, 930) geredet worden. Letzteres iſt auch der Fall, wenn die Kammer von ihrem Recht der Cenſur über einzelne Richter oder Gerichte (unter dem Vorſitz des Groß-Richters) Gebrauch macht. Das Geſetz ſagt dieſes zwar nicht ausdrücklich. Allein es iſt dem Gerichtsgebrauch **) ſo wie dem Sinn des Geſetzes gemäß, indem Artik. 82 des Senatus-Conſults v. 16ten Thermid. J. 10 (4ten Aug. 1802), wodurch dem Caſſations-Tribunal jenes Recht beigelegt ward, nur von dem Tribunal ſpricht, ohne einer Abtheilung deſſelben zu erwähnen.

Was noch näher den bei dem Caſſationshof üblichen Geſchäftsgang betrifft, ſo ſind die Sitzungen einer jeden Abtheilung öffentlich, wie ſchon Artik. 11 des Geſetzes vom 27ten November 1790, wodurch das Caſſations-Gericht ſeinen Urſprung erhielt, verordnete*). Hiervon ſind jedoch die Fälle ausgenommen, wo eine Abtheilung die Stelle des Anklage-Senats vertritt (cod. d'instruction criminal. art. 499). Die Einleitung eines Caſſationsgeſuchs in Civilſachen geſchieht durch eine von einem Advokat beim Caſſationshof unterſchriebene Denkſchrift, welche der Kläger bei dem Secretariat des Hofs einreicht**). Derſelben muß eine Ausfertigung oder die inſinuirte Copie des Urtheils, wogegen angegangen wird, und die Quittung über die Hinterlegung des Strafgelds (in Fällen, wo dieſes vorgeſchrieben iſt), nebſt den ſonſtigen Acten, wovon die Parthei Gebrauch zu machen denkt, beigefügt ſeyn. Zur nähern Unterſuchung derſelben wird alsdann ein Berichterſtatter (Referent) ernannt. Dieſes geſchieht jetzt von Amtswegen durch den, der die Geſchäfte des Hofs vertheilt, und es bedarf zu dieſer Ernennung nicht wie ehmals eines beſondern Geſuchs der Parthei. Nachdem der Referent die Acten durchgeſehn, ſo werden ſie nebſt einem von demſelben angefertigten Auszug dem öffentlichen Miniſterium mitgetheilt, welches letztere in allen Sachen gehört werden muß (Loi d. 27. Vent. a. 8 art. 89)***). Darauf wird nun in der öffentlichen Sitzung über das Caſſations-Geſuch entſchieden, und zwar zuerſt nur über die Zuläſſigkeit der Klage. Der Referent trägt, den Acten gemäß die Lage der Sache und die angeführten Gründe öffentlich vor, ohne jedoch ſeine Meinung auszuſprechen. Dann ſteht es dem Advokat der Parthei, welche die Caſſation nachgeſucht hat, frei ſeine Bemerkungen vorzutragen (proposer des observations). Den Schluß der öffentlichen Verhandlungen macht der Antrag des öffentlichen Miniſteriums, welchem mit Ausnahme der Sachen, worin es ſelbſt Parthei iſt, allezeit das letzte Wort gebührt. Nun urtheilen die Richter über die Zuläſſigkeit des Caſſations-Geſuchs, und zwar nach abſoluter Stimmenmehrheit, in der gewöhnlichen Form. Wird das Geſuch verworfen, ſo bleibt das angegriffene Urtheil in ſeiner vollen Kraft, und kann nun weiter keine Caſſation dagegen eingelegt werden. Wird das Geſuch zugelaſſen, ſo muß dieſes Urtheil der Gegen-Parthei in der für die Caſſationsgeſuche ſelbſt beſtimmten Friſt mitgetheilt werden. Sie iſt dadurch ſchon ſtillſchweigend vorgeladen um innerhalb der geſetzlichen Friſt vor dem Caſſationshof zu erſcheinen. Dieſelbe darf zu ihrer Vertheidigung eine Denkſchrift einreichen, die der Gegenparthei inſinuirt werden muß. Dieſer ſteht es frei, dieſelbe durch eine Gegenſchrift zu beantworten, worauf die andere Parthei noch eine Schrift einreichen kann; ſo daß zwiſchen jeder der Partheien im Ganzen nur zwei Schriften hin und her gewechſelt werden dürfen *). Der weitere Gang des Verfahrens iſt dem bei dem erſten Geſuch um die Zuläſſigkeit der Caſſation ganz gleich; nur daß der für dieſe ernannte Referent bei der definitiven Entſcheidung über die Caſſation nicht auch Referent ſeyn kann. Wird die Caſſation ausgeſprochen, ſo wird, wenn das caſſirte Urtheil von einem Gericht erſter Inſtanz ausgegangen, die Sache an das nächſtgelegene Gericht erſter Inſtanz- und wenn ein Appellhof oder Aſſiſenhof daſſelbe geſprochen, an das nächſtgelegene Gericht derſelben Art verweiſen (Loi d. 27. Vent. an 8 art. 87.) Der Caſſationshof verordnet zugleich, das Caſſations-Urtheil in die Regiſter des Gerichts, welches das

---

*) D. h. als demandes principales.

**) Merlin Répert. art. cour de cassation § VI. N° 2.

---

*) Dieſelbe Beſtimmung enthält Artik. 19 des Geſetzes vom 2ten Brum. J. 4 über die Organiſation des Caſſations-Tribunals.

**) Ich bitte die Leſer, die ſich näher unterrichten wollen, außer den beſtimmt angeführten Artikeln das Dienſt-Reglement des Caſſations-Gerichts vom 24ten Mai 1800, ſo wie das Geſetz über die Organiſation dieſes Tribunals v. 2ten Brum. J. 4 (24ten October 1795) nachzuſehen. Desen. tom. III. p. 142, 160.

***) Die Verweiſung einer Sache an ein anderes Gericht wegen rechtmäßigen Verdachts oder wegen der öffentlichen Sicherheit kann ſogar nur auf den Antrag des öffentlichen Miniſteriums ausgeſprochen werden (L. de 27. Vent. a. 8 art. 79. Man ſehe jedoch Cod. d'instruct. crim. art. 542, 544.

---

*) Loi de 18. brum. a. 4 (eines der wichtigern über die Organiſation des Caſſations-Tribunals) ſagt art. 18: „Il ne pourra en matière civile, y avoir plus de deux mémoires de la part de chaque partie, compris en ce nombre la requête introductive.“

caſſirte Urtheil erlaſſen, einzutragen (Loi de 27. Vent. a. 8 art. 85). Die Parthei, welche die Caſſation nachgeſucht hat, läßt nun das Urtheil des Caſſationshofs auslöſen, es der Gegenparthei inſinuiren, und dieſelbe zugleich vor das beſtimmte Gericht laden. Wie vor dieſem verfahren wird, nachdem nämlich entweder der Inhalt des erſten Urtheils oder nur das frühere Verfahren für nichtig erklärt worden, iſt ſchon oben (S. 918) näher angeführt. — Ueber die Caſſation und das Verfahren dabei ſehe man noch beſonders Pigeau Procéd. civ. liv. II. part. IV. tit. I. chap. I. sect. V. (tom. I. p. 662 — 685). Man bemerke hier nur noch, daß die ſogenannte „peremption d'instance“ (Th. I. S. 340—343) bei dem Caſſationshof nicht Statt findet.

Die Mitglieder des Caſſations-Tribunals wurden nach dem Geſetz vom 27ten November 1790*) von dem Volk (den Wählern der Departements) und zwar auf eine kürzere Zeit als die übrigen Richter, nämlich nur auf vier Jahre gewählt; doch konnten ſie wieder gewählt werden. Bedingungen der Wählbarkeit waren für die drei erſten Wahlen ein Alter von 30 Jahren, und eine 10jährige Dienſtzeit in der Eigenſchaft als Richter oder Advokat bei einem höhern Gerichtshof oder bei einem Präſidial-Gericht, einer Amtei (bailliage) oder Landvogtei (sénéchaussée). Für die folgenden Wahlen ſollten die Bedingungen der Wählbarkeit noch näher beſtimmt werden. Die Zahl der Departements war damals 83. Von denſelben ſollten abwechſelnd 42 und 41, jedes einen Richter und einen Stellvertreter wählen. Die 42 Departements, die zuerſt das Wahlrecht hatten, wurden durch das Loos beſtimmt. Dann folgten nach Verlauf von 4 Jahren die 41 andern, und ſo abwechſelnd. Die Conſtituirende muß es eher gewünſcht, als gefürchtet haben**), daß alle Richter auf einmal aus dem Caſſa-

---

*) Die Vorſchriften über die Wahl der Mitglieder des Caſſations-Tribunals ſind dem Geſetz v. 27ten Nov. 1790 als Anhang beigefügt. Sie finden ſich bei Desen. tom. III. p. 123, 124.

**) Die Anordnung, daß den Richtern ihre Stellen auf Lebens-Zeit geſichert ſind, gehört ohne Zweifel zu den Vorzügen, tions-Tribunal ausſchieden. Der Stellvertreter nämlich, wenn er durch den Tod oder ſonſtigen Austritt eines Mitglieds wirklich in Function kam, blieb nur bis zu dem Zeitpunkt, bis zu welchem derjenige, für den er eintrat, geblieben wäre. Wenn alſo nicht einige Richter von neuem gewählt wurden, ſo fand alle vier Jahre eine gänzliche Erneuerung des Caſſations-Tribunals Statt. Der Staatsprocurator (Königl. Commiſſair), zu welcher Stelle die nämlichen Eigenſchaften wie auch zu der eines Richters erforderlich waren (Decr. d. 29. Octob. 1791. Desen. tom. III. p. 128) ward nebſt ſeinen Subſtituten vom König auf Lebenszeit ernannt.

Nach der wilden Conſtitution v. 24ten Junius 1793 Art. 100 wurden die Mitglieder des Caſſations-Gerichts (wie die übrigen Richter) alle Jahre von den Wahlverſammlungen von neuem ernannt. Schon das Decret vom 23ten September 1792 *) hatte dieſes auch auf die Staats-Procuratoren (damals

---

welche die Monarchiſche Verfaſſung vor der eigentlich Republikaniſchen voraus hat. In der letztern kann dieſes nicht ſeyn; denn wie wäre es möglich, da, wo ſelbſt die höchſten Stellen nur auf eine beſtimmte Zeit vergeben werden, den Richtern die ihrigen auf Lebenszeit zu laſſen? Sie würden ſich dadurch bald über alle andern Magiſtrate erheben und ſich die höchſte Gewalt zueignen. Auf der andern Seite iſt aber auch wieder Nichts mißlicher, als der beſtändige Wechſel der Richter. Da nach dem gegenwärtigen Zuſtand der Dinge die Richter ſich durch ein langjähriges Studium auf ihren Stand vorbereiten müſſen, ſo verlangen ſie mit Recht, daß ihr Amt ihnen etwas einträgt. Sie wollen davon leben. In welcher Beſorgniß muß alſo ein Mann bei dem Gedanken ſeyn, daß er vielleicht in wenigen Jahren ſeine ganze Exiſtenz verlieren kann. Er wird alsdann gewiß weniger daran denken, ſein Amt gut zu verſehn, als ſich Freunde zu ſammeln, damit er ſicher ſey, wieder gewählt zu werden. Sollen die Richter wirkich wechſeln, ſo muß dieſes ſehr oft faſt für jeden Fall geſchehn; d. h. man muß Schiedsrichter und keine eigentlichen Richter wählen; die Function der Richter muß wie die der Geſchwornen als eine Pflicht oder Laſt und nicht als eine Belohnung oder Auszeichnung erſcheinen.

*) Desen. tom. II. p. 256.

National-Commiſſaire, commissaires nationaux) ausgedehnt. Nach den Decreten vom 22ten September und 19ten October 1792 *) fielen überdem alle Bedingungen, um gewählt werden zu können, weg, und das Volk erhielt freie Wahl, zu ſeinen Richtern zu nehmen, welche es wollte. Nach der Conſtitut. vom J. 1795 (Art. 259) wurden die Mitglieder des Caſſations-Tribunals ebenfalls von dem Volk gewählt. Das Tribunal ward jedes Jahr zum fünften Theil erneuert, wo die verſchiedenen Departements für die ausſcheidenden Richter neue ernannten (id. art.). Doch konnte jeder ausſcheidende auch wieder gewählt werden (id. art.). Der Staatsprocurator bei dem Caſſations-Tribunal nebſt ſeinen Subſtituten ward von dem ausübenden Directorium ernannt, welches ſie auch wieder entlaſſen konnte (art. 261). Die Conſtitution v. J. 1799, wodurch das Conſulat geſchaffen ward, übertrug (art. 20) die Wahl der Mitglieder des Caſſations-Gerichts dem Senat, der ſie aber nur aus der National-Liſte (aus der der National-Notablen) nehmen konnte. Ihre Ernennung war, wie damals die aller Richter, auf Lebenszeit. Die Ernennung der Staats-Procuratoren gehörte (art. 41) zu den Attributionen des erſten Conſuls, der ſie auch wieder entlaſſen konnte. Nach der Conſtitut. v. 16ten Thermid. J. 10 (4ten Aug. 1802) präſentirte der erſte Conſul für jede Stelle eines Mitglieds des Caſſations-Gerichts drei Kandidaten, woraus der Senat einen wählte. Hierbei blieb es bis zur Reſtauration, wo die Charte dem König das Recht beilegte alle Richter ohne Ausnahme, jedoch auf Lebenszeit, zu ernennen. Er machte hiervon insbeſondere in Beziehung auf den Caſſationshof in ſeiner Verordnung vom 15ten Februar 1815 **) Gebrauch, wo er alle Mitglieder deſſelben, die Präſidenten und Richter auf Lebenszeit, die Beamten des öffentlichen Miniſteriums auf unbeſtimmte Zeit ernannte. Bis zu der Conſtitution v. J. 1804 ernannte das Caſſationsgericht ſelbſt ſeine Präſidenten. Nach dem Geſetz vom 2ten Brum. J. 4 (art. 5) wählte ***) jede Abtheilung den ihrigen. Der älteſte war zugleich Präſident der verſammelten Abtheilungen. Jeder behielt ſeine Stelle bis zur Erneuerung der Abtheilung. Nach dem Geſetz vom 27ten Ventoſe J. 8 wählten alle drei Abtheilungen vereinigt (art. 63) auf die Dauer von drei Jahren den Präſident des ganzen Gerichts und zugleich wählte (art. 65) jede einzelne Abtheilung auf eben ſo lange Zeit einen Präſident der Abtheilung. Der Präſident des Gerichts war es zugleich für die Abtheilung, wozu er gehörte. Endlich legte die Conſtitution v. J. 1804 (Art. 135) dem Kaiſer das Recht bei, die Präſidenten des Caſſationshofs auf Lebenszeit, jedoch aus dem Hof ſelbſt zu ernennen, welches Vorrecht auch bis jetzt dem Souverain geblieben iſt. Der Caſſationshof gehört dem Rang nach zu den höchſten Autoritäten des Reichs*), und nimmt in dieſer Hinſicht faſt dieſelbe Stelle wie das ehemalige Parlament von Paris ein. An der Geſetzgebung hat er zwar unmittelbar keinen Antheil, allein nach Art. 86 des Geſetzes v. 27ten Ventoſ. J. 8, welcher noch beobachtet wird, ſendet er alle Jahre eine Deputation an die Regierung ab, um dieſe auf die Punkte in der Geſetzgebung aufmerkſam zu machen, welche die Erfahrung ihm als fehlerhaft oder ungenügend kennen gelehrt hat. Der Caſſationshof iſt ganz gewiß eines der merkwürdigſten und wichtigſten Inſtitute, welche die Revolution vom J. 1789 gründete. Auch hat dieſer große Gerichtshof ſeit ſeiner Entſtehung die Ehrfurcht und Achtung der Nation in einem ſolchen Grad erworben, daß weder die Wuth des National-Convents noch der Despotismus des Kaiſerreichs ſich an ihm zu vergreifen wagte. Nur dadurch, daß ein Gerichtshof beſtellt ward, der ſelbſt die Aufſicht über alle Richter ausübt, der ihre Irrthümer unſchädlich macht, ohne ſeine eigenen an deren Stelle zu ſetzen, war es möglich der Verwaltung jeden Vorwand zu benehmen, ſich in die Juſtiz zu miſchen, und ſo, was längſt der Wunſch aller Aufgeklärten geweſen war, die letztere von der erſtern gänzlich zu trennen. Seit Einſetzung des Caſſationshofs haben jene ärgerlichen Abberufungen der Prozeſſe an den Hof (évocations), wodurch jeder ſein Vermögen und ſeine Ehre den Ränken der Höflinge Preis gegeben glaubte, gänzlich aufgehört. Auch der Staat, wenn er blos als wirklicher oder angeblicher Eigenthümer, zur Vertheidigung oder Wiedererlangung eines nützlichen Beſitzthums, auftritt, iſt eben ſo wie der geringſte Bürger der Entſcheidung der Juſtiz unterworfen. So beruhigend dieſes nun auch für jedes nicht zu ängſtliche Gemüth ſeyn muß, ſo ſind dadurch doch alle Schwierigkeiten noch lange nicht gehoben. Es gibt nämlich gewiſſe Fälle, wo der Staat nützliche Rechte nicht in der Eigenſchaft als Eigenthümer ſondern vermöge ſeines Rechtes zu regieren und zu verwalten in Anſpruch nimmt, (wenn er z. B. Abgaben vertheilt, oder die Abtretung eines Grund-Eigenthums zum allgemeinen Nutzen, zum Weg- oder Uferbau u. dgl. verlangt). Wer ſoll nun über alle ſolche Fragen, welche man mit einem allgemienen Namen Streitigkeiten in Verwaltungsſachen (contentieux administratif) nennt, entſcheiden? Wer endlich ſchlichtet den Streit (conflit) zwiſchen den Behörden ſelbſt, wenn nämlich eine Juſtiz- und Verwaltungs-Behörde dieſelbe Sache als zu ihrer Competenz gehörig in Anſpruch nehmen? — Was das letztere betrifft, ſo kann offenbar nur der ausübenden Gewalt, (allenfalls in Verbindung mit der geſetzgebenden) alſo in rein monarchiſchen Staaten nur dem Fürſten die Entſcheidung zukommen: denn er allein ſteht unabhängig von der Juſtiz wie von der Verwaltung und über beiden da. Auch in Beziehung auf die erſtere Frage iſt die allgemeine Antwort leicht, und iſt größtentheils ſchon in dem Geſagten enthalten. Nämlich in allen Fällen, wo der Staat etwas vermöge ſeines Rechts zu regieren und zu verwalten verlangt, gehört die Enſcheidung der darüber entſtehenden Streitigkeiten der Verwaltung. Sobald es ſich aber von einem Eigenthum als ſolchem handelt, ſo gehört die Entſcheidung darüber den Gerichten an. Hat der Staat ein Haus zu einem Feſtungsbau nöthig, ſo muß der Eigenthümer ſeine Vorſtellungen, daß es ohne Nachtheil ſtehn bleiben könne u. dgl., bei der Verwaltung einreichen. Nehmen aber die Domainen ein Eigenthum als ihnen zugehörig in Anſpruch, ſo gehört die Entſcheidung der Juſtiz an. Der letztern ſollte eigentlich in den Fällen, wo Jemand ein Eigenthum zum Nutzen des Staats abzutreten gezwungen wird, auch die Entſcheidung der Frage gehören, ob- und welche Entſchädigung dem Eigenthümer gebührt. Allein um die Weitläufigkeiten des gerichtlichen Verfahrens zu vermeiden, wird dieſes ebenfalls auf dem Verwaltungsweg, doch nach einer beſtimmten Regel und contradictoriſch zwiſchen den Verwaltungsbeamten und dem Eigenthümer feſtgeſetzt *). Ueberhaupt iſt die Anwendung des eben angeführten Grundſatzes auf die einzelnen Fälle nicht ſo leicht als es ſcheint. Die poſitive Geſetzgebung hat alſo hier nachhelfen und das Einzelne genauer beſtimmen müſſen. Die Verordnungen über dieſen Gegenſtand geben ſogar einen ſicheren Maßſtab über den größern oder geringern Grad der Freiſinnigkeit einer Regierung an die Hand. Je mehr dieſelbe zur Gewaltthätigkeit und zum Despotismus hinneigt, eine um ſo größere Menge von Gegenſtänden wird ſie in den Wirkungskreis der Verwaltungs-Behörden zu ziehn ſuchen, und umgekehrt. Man muß indeſſen nicht vergeſſen, daß einige Gegenſtände ihrer Natur nach durchaus der Entſcheidung der Verwaltungs-Behörden angehören; ſo daß auch ein gewiſſes Maß von Despotismus heilſam oder vielmehr nothwendig iſt. Eine Beſchränkung indeſſen ſcheint die Verwaltung ſich nothwendig auflegen zu müſſen, wenn ſie nicht in Willkühr und Tyrannei ausarten ſoll; nämlich das Strafrecht muß ganz und ohne Ausnahme in den Händen der Juſtiz bleiben, ſo daß nur von dieſer die Strafen wegen Uebertretung der von der Verwaltung gegebenen Verordnungen ausgehn können; welcher Grundſatz auch, wie wir gleich näher hören werden, in der jetzigen Franzöſiſchen Geſetzgebung ſtreng befolgt wird. Unter der ehmaligen Verfaſſung mußten Streitigkeiten, ob die

---

*) Desen tom. II. p. 255, 256.

**) Desen. tom. III. p. 166.

***) Ibid. p. 142.

---

*) Der Caſſationshof hatte vor der Reſtauration keine Ferien. Nach den Königl. Verordnungen v. 24ten Aug. 1825 und v. 15ten Januar 1826 haben aber die beiden erſten Abtheilungen Ferien gerade ſo wie die übrigen Tribunale, vom 1ten September bis zum 31ten October einſchließlich. Die Criminal-Abtheilung ſetzt während dieſer Zeit ihre Sitzungen fort und verſieht zugleich die Stelle der Ferienkammer in Civilſachen.

---

*) Dieſe Entſchädigung muß nach Artik. 10 der Charte v. J. 1814 (Artik. 9 der Charte von 1830) ſchon vor der Wegnahme des Grund-Eigenthums feſtgeſetzt und geleiſtet ſeyn.

Entſcheidung einer Sache der Juſtiz oder Verwaltung angehöre, viel ſeltener ſeyn als jetzt. Es waren damals für eine ſehr große Menge*) von Gegenſtänden beſondere Behörden beſtellt, welche zum Theil mit der Verwaltung derſelben beauftragt waren, aber auch überdem die Gerichtsbarkeit in allen darauf ſich beziehenden Streitigkeiten hatten.

---

*) Im vorigen Abſchnitt iſt von den meiſten dieſer Behörden umſtändlicher gehandelt worden. Wir können das dort Geſagte mit den Worten von Henrion de Panſey kurz ins Gedächtniß zurückrufen. „Comme, jusque vers la fin du quatorziéme siècle on avoit généralement confondu les pouvoirs administratif et judiciaire il restoit presque par-tout des traces de cette aberration. Indépendamment à leur coopération à l'exercice de la puissance législative, les parlemens avoient cette haute police qui pourvoit à la sûreté de l'état, en prévenant les désordres qui pourroient la compromettre, et qui est un des attributs du pouvoir exécutif. Plusieurs bailliages, reunissant la police administrative et la police judiciaire, faisoient les rêglemens locaux, et jugeoient les infracteurs. Les élections et les cours des aides, instituées pour juger du fait des tailles, et, par suite, des exemptions prétendues par les privilégiés, statuoient incidemment sur des questions d'état de la plus haute importance. Il en étoit de même des chambres des comptes: chargrées de la réception des aveux et dénombrements des fiefs mouvant de la couronne, elles prononçoient sur les questions de proprieté auxquelles la vérification de ces actes pouvoit donner lieu. Les intendants, que l'on nommoit intendants de justice, police et finances, étoient juges des difficultés qui s'élevoient à l'occasion du vingtième, impot direct, et des controles, impôts indirects. La petite voierie étoit laissée aux justices locales. La grande voierie, tant pour la partie réglementaire que pour la partie contentieuse étoit partagée entre les états, dans les pays d'état; les bureaux des finances dans quelques généralites; et les intendants des provinces, dans les autres. Les intendants et les bureaux des finances connoissoient encore des difficultés qui pouvoient s'élever entre l'administration et les entrepreneurs des travaux publics, et du réglement des indemnités dues aux propriétaires, à raison des terrains pris ou fouillés pour la confection des chemins, des canaux navigables, et autres ouvrages de cette espéce. Enfin les officiers des eaux et forêts faisoient, comme administrateurs, les aménagements et les adjudications des bois, et, comme juges, régloient

Außer den im 5ten Abſchn. angeführten Behörden, welche alle Kollegien von mehrern Mitgliedern waren, und nach Stimmenmehrheit entſchieden, gab es nun noch in jeder Generalität oder jedem Departement einen einzelnen Beamten, unter dem Titel: Intendant, welcher der Chef der ganzen Verwaltung war, und nach Umſtänden oder aus einem beſondern Auftrag auch richterliche Functionen ausübte. Es gab dieſer Intendanten in Frankreich zuletzt 31. Nämlich, die Generalitäten von Montpellier und Toulouſe abgerechnet, die unter Einem Intendant, dem von Languedoc, ſtanden, hatte jede der 25 Generalitäten ihren beſondern Intendant. Ueberdem gab es noch ſieben Intendanten, nämlich für Flandern, Hennegau, Elſaß, das Land um Metz (le pays de Messin), Lothringen, die Franche-Comté und Rouſſillon *). Die Stellen dieſer Intendanten entſtanden aus der uralten Sitte, daß die Könige zu regelmäßigen Zeiten Sendboten (missi dominici) in die Provinzen ſchickten, um über den Gang der Verwaltung die gehörige Auskunft zu

---

les cantonnements entre les propriétaires et les usagers, et connoissoient de tous les délits de chasse et de pêche, et de toutes les infractons aux lois forestières." De l'autor. judic. en France p. 473.

*) Frankreich war vor der Revolut. v. J. 1789 in die ſogenannten pays d'élections, in die pays d'états und in die pays conquis getheilt. Pays d'élections waren diejenigen, wo die Steuervertheilung durch die im fünften Abſchnitt näher beſchriebenen Königlichen Steuergerichte (élections) geſchah. In den pays d'état, welche eine Art ſtändiſcher Verfaſſung hatten, geſchah dieſes durch die Stände. Eigentliche pays d'état waren nur Provence, Languedoc, Bourgogne und Bretagne; doch gehörten gewiſſermaßen auch Navarra, Bearn und einige kleinere Landſtriche im ſüdlichen Frankreich an der Spaniſchen Gränze dazu. Unter pays conquis verſtand man, wie der Name ſchon andeutet, die zuletzt an Frankreich gekommenen Länder. Die 7 oben zuletzt genannten Länderſtriche Flandern, Hennegau u. ſ. f. gehörten alle dazu.

erhalten. Bei der ſteigenden Macht der Lehns-Barone wollten dieſe die Königlichen Sendboten nicht mehr annehmen. Als aber durch den Lauf der Begebenheiten die Königl. Macht wieder die Oberhand über die der Lehnsbarone erhielt, ſchickten die Könige von Zeit zu Zeit wieder Commiſſarien in die Provinzen, theils um ihre Befehle zu vollſtrecken, theils um über den Zuſtand des Landes und der Unterthanen zu berichten. Vorzüglich wurden die Requeten-Meiſter (maitres des reqêtes) zu dieſen Aufträgen gebraucht. Heinrich der zweite ſetzte endlich i. J. 1551 die Intendanten als beſtändige Beamten unter dem Titel: commissaires départis ein. Ludwig der 13te gab ihnen i. J. 1635 den Titel: Intendants du militaire, justice, police et finance, welchen ſie bis zu den letzten Zeiten beibehalten haben. Die Macht dieſer Beamten war, wie dieſer Titel beweiſt, ſehr ausgedehnt. Sie erhielten beim Antritt ihres Amts einen unter dem großen Siegel ausgefertigten Auftrag, wodurch ihre Amtsbefugniſſe beſtimmt wurden. Sie hatten die Oberaufſicht bei Aushebung und Vertheilung der Truppen, ſie beſtimmten alle Ankäufe für die Königlichen Magazine, ſo wie die Vertheilung und das Maß der Frohndienſte zur Unterhaltung der Wege. Die Entſcheidung der Streitigkeiten, die über die Contracte der Lieferanten und Unternehmer entſtanden, gehörte ebenfalls zu ihrer Competenz. Ehmals ging in dieſen Sachen die Appellation von ihren Entſcheidungen an die Parlamente, in den letzten Zeiten aber meiſtens an den Königl. Staatsrath*). Vorzüglich waren es die pays d'élections, wo die Intendanten ihre Macht in der vollſten Ausdehnung ausübten, denn in den pays d'états war ſie durch die Einwirkung der Stände mehr oder minder beſchränkt. Man ſieht indeſſen leicht ein, daß bei einer ſo ausgedehnten Gewalt eines einzelnen Beamten eine freie Verfaſſung nicht beſtehen konnte. Die Conſtitution v. J. 1791 ſetzte daher (tit. III. chap. IV. sect. 2) an die Stelle dieſer Intendanten für jedes Departement*) eine ſogenannte Departements-Verwaltung (administration de departement), welcher, für jeden einzelnen Diſtrict, eine beſondere Behörde, Diſtricts-Verwaltung, untergeordnet ward**). Jede der erſtern beſtand aus ſechs und dreißig, und jede der letztern aus zwölf Mitgliedern, welche von der Nation, die erſtern von den Wählern des Departements, die letztern von denjenigen des Diſtrikts auf vier Jahre gewählt wurden. Bei jeder dieſer Behörden war ein auf dieſelbe Art gewählter Beamter angeſtellt, der für dieſelben ungefähr das Nämliche, wie die Beamten des öffentlichen Miniſteriums für die Gerichte ſeyn ſollten, und welcher bei den Departements-Verwaltungen den Titel: General-Procurator-Syndicus (procureur-général-syndic) und bei den Diſtricts-Verwaltungen den: Procurator-Syndicus führte*). Jede dieſer Behörden zerfiel in zwei Abtheilungen, nämlch eine blos berathende und eine ausübende. Die erſtere ward Rath (conseil), die zweite Directorium (directoire) genannt. Die Mitglieder beider wählten ſelbſt aus ihrer Mitte diejenigen, welche das Directorium bilden ſollten †). Letzteres beſtand bei den Departements-Verwaltungen aus acht- und bei den Diſtricts-Verwaltungen aus vier Mitgliedern, die alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert wurden. Der berathende Theil beider Behörden hielt jedes Jahr nur eine Sitzung, welche bei der Departements-Verwaltung höchſtens einen Monat und bei den Diſtricts-Verwaltungen höchſtens vierzehn Tage dauern durfte. Der berathende Theil der Verſammlung fing damit an, die Rechnungen des Directoriums abzunehmen. War dieſes geſchehn, ſo vereinigten ſich der Rath und das Directorium zu einer Verſammlung, um über alle, das ganze Departement betreffenden Angelegenheiten zu berathen und die gehörigen Maßregeln feſtzuſetzen. Die Diſtricts-Verwaltungen waren dabei den Departements-Verwaltungen unmittelbar untergeordnet, ſo daß ſie allgemeine Maßregeln nur mit Bewilligung der Departements-Verwaltung vollſtrecken durften. Die Departements-Verwaltungen ſelbſt endlich ſtanden theils unter dem König, theils unter dem geſetzgebenden Corps. Erſterer konnte ihre Handlungen und Verordnungen für nichtig erklären, und die Beamten ſelbſt nach Umſtänden ſuspendiren. Zu allen neuen Unternehmungen und Arbeiten, welche die Departements-Verwaltungen beſchloſſen, war die Bewilligung des geſetzgebenden Korps erforderlich. Dieſe Departements-Verwaltungen nun, und unter ihrer Aufſicht die Diſtricts-Verwaltungen waren faſt mit der ganzen Maſſe der Geſchäfte der ehmaligen Intendanten, Domainen-Kammern u. ſ. f., die eigentlich gerichtlichen abgerechnet, beauftragt**). Insbeſondere gehörte auch die Entſcheidung der Streitigkeiten in Verwaltungsſachen zu ihrer Competenz. Das Geſetz vom 6ten und 7ten September 1790 (Desenne tom. III. p. 247) verwies (art. 1) alle Klagen Einzelner über zu hohe Belaſtung bei directen*) Abgaben in erſter Inſtanz vor die Diſtrikts-Verwaltung, welche auf den Antrag der Municipalität, von welcher die Vertheilung ausgegangen war, entſchied**). Ueber dieſe Entſcheidung konnte man ſich

---

*) Die Dienſtordnung für den Staatsrath (Réglem. d. Conseil) vom Jahr 1738 enthält in ihrem erſten Theil einen eigenen Titel über die Appellationen von den Verordnungen und Urtheilen der Intendanten an den Staatsrath.

---

*) Nach Tit. II. Art. 1 der Conſtit. v. J. 1791 ward ganz Frankreich in 83 Departements, jedes Departement in Diſtricte, und jeder der letztern in Cantons getheilt.

**) Ueber die Amtsbefugniſſe dieſer Departements- ſo wie auch der Diſtricts-Verwaltungen, wovon ſogleich die Rede ſeyn wird, ſehe man außer dem angeführten Cap. IV. Abtheil. 2 der Conſtitut. v. 1791 das Decret der Conſtituirenden vom 22ten Decemb. 1789 (Desenne tom. I. p. 458), ferner die Inſtruktion für die Verwaltungs-Behörden vom 12ten Aug. 1790, ſo wie das Decret vom 3ten, 4ten und 15ten März 1791 (Desenne tom. II. p. 190, p. 235).

***) Decr. d. 22. Dec. 1789 sect. II. art. 14. Ueber die Wahl der Mitglieder dieſer Verwaltungen, wenn die Stellen derſelben zufällig vacant wurden, erſchienen unter dem Directorium zwei Geſetze vom 30ten Meſſid. J. 5, und vom 13ten Vendem. J. 6 (Desen. tom. 1. p. 117 und tom. II. p. 303).

†) Decr. de 22. Dec. 1789 sect. II. art, 20, 25, 23, 27.

---

*) Decr. de 22. Dec. 1789 sect. II. art. 31.

**) Nach Art. 1 des Decrets der National-Verſammlung vom 3ten — 15ten März 1791 (Desen. tom. II. p. 235) ſollten die von den Departements- und Diſtrikts-Verwaltungen ausgehenden Acte den Titel: arrêtés führen. Dieſes ward während der Revolution von allen Verwaltungs-Behörden angenommen. Die von dem Directorium, und ſpäter von den Conſuln ausgehenden Acte hießen auch arrêtés. Erſt unter dem Kaiſerreich kam der Name Decret dafür auf. Die Beſchlüſſe und Verordnungen der Miniſter und Präfecte werden noch jetzt arrêtés genannt. Vor der Revolution führten die von den Gerichten erlaſſenen Urtheile, ehe ſie bekannt gemacht waren, den Namen arrêtés.

---

*) Der Unterſchied zwiſchen directen und indirecten Abgaben ſteht noch immer nicht recht feſt. In der Inſtruction der Conſtituirenden vom 8ten Januar 1790 (Desen. tom. II. p. 465) § 2 heißt es: „La contribution directe . . . . s'entend de toute imposition foncière ou personnelle, c'est-à-dire, assise directement sur les fonds de terre, ou assise directement sur les personnes, qui se léve par *la voie du cadastre ou des rôles de cotisation et qui passe immediatement du contribuable cotisê au percepteur chargé d'en recevoir le montant.* Les vingtièmes, la taille, la capitation et l'imposition en rachat de corvée, telle qu'elle a lieu maintenant, sont des contributions directes. Les contributions indirectes, au contraire, sont tous les impôts assis sur la fabrication, la vente, le transport et l'introduction de plusieurs objets de commerce et de consommation; impôt dont le produit *avancé par le fabricant, le marchand ou le voiturier, est supporté et indirectemeut payé par le consommateur.*" Merlin in ſeinem Répert. art. contributions publiques § I. bemerkt zu dieſer intereſſanten Erklärung, daß nach derſelben die Einregiſtrements-Gebühren zu den directen Abgaben gehörten, welches indeſſen dem Gebrauch widerſpreche. Dieſem letztern mögte man wohl am nächſten kommen, wenn man directe Abgaben diejenigen nennt, welche in Beziehung auf den bleibenden und dauernden Zuſtand eines Menſchen- und diejenigen indirecte nennt, welche in Beziehung auf die mehr vorübergehenden Handlungen und Gelüſte deſſelben genommen werden. Die Praktiker ſagen daher auch, daß ſich von den directen Abgaben im Voraus Rollen und Liſten anfertigen laſſen.

*) Noch umſtändlichere Beſtimmungen hierüber, insbeſondere auch in Beziehung auf die Fälle, wo ganze Gemeinden oder Diſtrikte ſich über zu hohe Belaſtung beklagen, enthält tit. IV. des Geſetzes über die Grundſteuer (v. 20ten 22ten und 23ten Nov. 1790, Desen. tom. XI. p. 104).

bei der Departements-Verwaltung beklagen, welche die Sache in letzter Inſtanz, und zwar auf bloße Denkſchriften ohne irgend ein prozeſſualiſches Verfahren (sur simples mémoires et sans forme de procédure) entſchied. Alle Civilklagen, wozu die Beitreibung der indirecten Abgaben Veranlaſſung gab, gehörten, und zwar in letzter Inſtanz (art. 2) vor die Diſtrikts-Gerichte. Streitigkeiten über die Contracte der Unternehmer öffentlicher Arbeiten wurden auf demſelben Wege (art. 4), wie die über die directen Abgaben abgemacht. Die Verwaltung bei dem Bau der Landſtraßen (la grande voirie) ward (art. 6) ebenfalls den genannten Verwaltungs-Behörden; die Polizei ihrer Unterhaltung aber den Diſtrikts-Richtern zugewieſen. In Domainenſachen gehörten alle Streitigkeiten über das Eigenthum oder über Rechte auf Einkünfte, Renten u. dgl. vor die Gerichte *). Waren die Domainen Kläger, ſo ward die Klage im Namen des General-Procurator-Syndicus des Diſtrikts, worin die Domainen gelegen waren, angeſtellt. Wer gegen

---

Das Geſetz vom 13ten Januar 1791 enthält tit. IV. in Beziehung auf die Mobilarſteuer dieſelben Beſtimmungen (Desenne tom. XI. p. 158).

*) Während des Fortgangs der Revolution war der Verkauf der Domainen zu einer politiſchen Streitſache geworden. Es iſt daher nicht zu bewundern, daß die Regierung zuweilen mit Gewaltſtreichen dazwiſchen trat. Der National-Convent beſtimmte durch das Geſetz vom 1ten Fructid. J. 3 (18ten Auguſt 1795) (Desen. tom. XIV. p. 23), daß alle Fragen über die Gültigkeit oder Ungültigkeit des Verkaufs der Domainen von dem Finanz-Comité (Abtheilung der Domainen) entſchieden werden ſollten. Ueber die Frage, wem in dem Fall, daß Güter, die als Domainen verkauft wären, nach dem Verkauf als Privat-Eigenthum zurückgefordert würden, die Entſcheidung zukomme, ob den Gerichten oder den Verwaltungs-Behörden hatte ſich i. J. 6 (1797) zwiſchen dem Juſtiz- und Finanz-Miniſter eine ernſtliche Streitigkeit erhoben. Das Directorium entſchied aber durch ſein Arreté v. 2ten Nivoſ. d. J. 6 (22ten Decemb. 1797) auf den Bericht des Juſtiz-Miniſters, daß die Entſcheidung den Verwaltungs-Behörden zukomme. Man findet dieſen in mancher Hinſicht merkwürdigen Bericht des Juſtiz-Miniſters bei Desenne tom. XIV. p. 41.

die Domainen klagte, mußte die Klage ebenfalls gegen den General-Procurator-Syndicus anſtellen. Dieſer konnte indeſſen nur Kraft eines von dem Directorium des Departements auf das Gutachten des Directoriums des Diſtrikts gefaßten Beſchluſſes eine Klage antreten; wovon indeſſen Klagen, die ſich nur auf die Beitreibung von Einkünften bezogen, ausgenommen waren. Eben ſo mußte man aber auch, unter Nichtigkeitsſtrafe, ehe man gegen den General-Procurator-Syndicus klagte, vorher dem Directorium des Diſtrikts, und nach dem von dieſem erhaltenen Beſcheid, dem Directorium des Departements eine Denkſchrift einreichen, und ſein Recht auf gütlichem Weg zu erhalten verſuchen. Die Ueberreichung und Einregiſtrirung dieſer Denkſchrift unterbrach die Verjährung. Erhielt man in Friſt eines Monats keine Antwort, ſo durfte man ſich an die Gerichte wenden *). Unter dem National-Convent und dem Directorium blieb dieſes faſt eben ſo. Die Conſtitution von 1795, wodurch letzterem die ausübende Gewalt übertragen ward, ſetzte (art. 174) für jedes Departement **) eine Central-Verwaltung, und für jeden Canton wenigſtens eine Munizipal-Verwaltung ein, welche an die Stelle der Departements- und Diſtricts-Directorien traten, und auch in dem nämlichen Subordinations-Verhältniß gegen einander und gegen die ausübende Gewalt ſtanden. In Beziehung auf die letztere wurden die Departements-Verwaltungen (art. 193) unmittelbar den Miniſtern untergeordnet, welche ihre Acte vorläufig vernichten, und eben ſo die Mitglieder derſelben (art. 194) entlaſſen konnten. (Man ſehe noch art. 195 —198). An die Stelle des Procurator-Syndicus ward bei jeder dieſer Behörden (art. 191) ein Commiſſair des Directoriums beſtellt, welcher auch von dem letztern ernannt ward. Nach dem Geſetz vom 19ten Niv. J. 4 (9ten Januar 1796) ſollten alle Prozeſſe der Verwaltungs-Behörden im Namen der Republik von dem Commiſſair der Central-Verwaltung auf Betreiben des ausübenden Directoriums der Munizipal-Verwaltung angehoben werden (Desen. tom. II. p. 296); ſo daß, was deshalb bei dem Departements-Tribunal*) zu thun war, der genannte Commiſſair leitete und beſorgte. Den 10ten Thermid. J. 4 (28ten Juli 1796) faßte das Directorium einen Beſchluß, (wovon ſchon oben S. 108, 158 geredet worden) und der für das gerichtliche Verfahren in Domainenſachen ſehr wichtig geblieben iſt**). Bis dahin waren nämlich bei einigen Tribunalen für die Domainen Anwälte (Vertheidiger) aufgetreten, bei andern hingegen hatte, ſo wie es ehmals unter den Königen geſetzlich war, der Staatsprocurator die Vertheidigung der Domainen übernommen. Das Directorium verordnete, daß letzteres künftig wieder immer beobachtet werden ſollte***). Der

---

*) Man findet alle dieſe Beſtimmungen am deutlichſten und ausführlichſten in dem Geſetz vom 23ten und 28ten Octbr. 1790 tit. III. art. 13 — 15 (Desenne tom. XIII. p. 464, 465), ſo wie auch in dem Geſetz über die Einrichtung der Verwaltungs-Behörden vom 3ten, 4ten .... 16ten, 14ten und 15ten März 1791, art. 13, 14, Desenne tom. II. p. 236, 237. Das letzte Geſetz enthält (art. 13) noch, daß das Directorium des Diſtrikts auch als Vertheidiger anders nicht, als mit Erlaubniß des Directoriums des Departements auftreten darf.

**) Nach der Conſtitution vom Jahr 1793 Art. 3 ward das ganze Land in Departements, Diſtricte und Munizipalitäten- nach der vom 22ten Auguſt 1795 Art. 3—5 in Departements, Cantons und Gemeinden (communes)- nach der vom 13ten December 1799 Art. 1 in Departements und Arrondiſſements (arrondissements communaux) getheilt. Jedes Arrondiſſement zerfiel in Gemeinden. Der Bezirk eines Friedens-Gerichts erhielt den Namen Canton. Man ſehe das Geſetz vom 8ten Pluv. J. 9. und den Beſchluß der Conſuln vom 9ten Fructid. J. 9 (Desen. tom. II. p. 395).

---

*) Es gab nach der Conſtitution von 1795 (art. 216) für jedes Departement nur ein Civil-Tribunal.

**) Desenne tom. IV. p. 155, 156.

***) Man ſah die bei den ehmaligen Gerichten feſtſtehende Regel „le roi ne plaide que par procureur, et nul autre que lui peut plaider de cette manière“ als einen Vorzug der Königl. Würde an. Das Directorium glaubte, die Republik müſſe den nämlichen Vorzug genießen. Daher heißt es auch in der Einleitung: „quil est contraire à la dignité de la république, qu'elle ne soit représentée

Commiſſair der Central-Verwaltung ſollte dem Staatsprocurator (Commiſſair bei dem Tribunal) eine Denkſchrift überreichen, welche letzterer entweder in der öffentlichen Sitzung vorleſen oder auf jede mögliche Art bei der Vertheidigung der Domainen benutzen konnte. Dieſes ward auch bei allen Klagen, die ſich entweder auf das Eigenthum oder auf das Recht zu einem Einkommen, einer Rente u. ſ. f. bezogen, allezeit beibehalten. Handelte es ſich indeſſen nur um Beitreibung von Einkünften oder indirecten Steuern, ſo trat die Verwaltung (régie) dieſer Einkünfte für den Staat auf *). Schon das Geſetz der Conſtituirenden vom 5ten December 1790 **), wodurch das Enregiſtrement eingeführt ward, verordnete, daß bei allen Prozeſſen über die Erhebung der Enregiſtrements-Gebühren nur ſchriftliches Verfahren durch überreichte Denkſchriften Statt finden ſollte. Daſſelbe ward durch das Geſetz vom 29ten September 1791 art. 17 auf die Beitreibung aller Einkünfte, deren Verwaltung mit der des Enregiſtements verbunden war, ausgedehnt ***). Nun hatte aber das Geſetz v. 16ten und 18ten Mai 1791 †) (tit. I. art. 1) der Enregiſtrements-Verwaltung zugleich die der Hypotheken, des Stempels und der Domainen übertragen; daher gilt daſſelbe gerichtliche Verfahren für alle ſich daraus ergebenden Gefälle, insbeſondere auch für alle Domanial-Einkünfte. Die Regel gilt überhaupt für alle Streitigkeiten über Beitreibung von Einkünften oder indirecten Steuern, in ſo fern die Gerichte darüber zu entſcheiden

---

devant les ttibunaux que par des simples particuliers tandis qu'il existe auprés de ces tribunaux mêmes des fonctionnaires publics chargés de tipuler ses interêts et de défendre ses droits."

*) Man ſehe die Schrift des Präſidenten Daniels über die Form des gerichtlichen Verfahrens in Domanial-Sachen und andern den Staat betreffenden Angelegenheiten (S. 7 — 10).

**) Desenne tom. XIV. p. 225.

***) Desenne tom. XIV. p. 254, 256.

†) Desenne tom. XIV. p. 246.

haben*). In Beziehung auf die indirecten Steuern war dieſes durch das Geſetz der Conſtituirenden vom 6ten und 7ten September 1790 Art. 2 (Desen. tom. III. p. 247) mit dem merkwürdigen Zuſatz beſtimmt, daß die Diſtrikts-Gerichte nach Anhörung des Königl. Commiſſairs (Staatsprocurators) in erſter und letzter Inſtanz entſcheiden ſollten. Wenn Jemand mit Abtragung ſeiner Steuern oder der dem Staat gebührenden Gefälle in Rückſtand bleibt, ſo haben die Verwaltungsbehörden faſt ohne Ausnahme die Befugniß einen Zwangsbefehl zur Zahlung (contrainte) gegen den Saumſeligen zu erlaſſen. Nach Verſchiedenheit der Abgaben und Renten wirken bei Vollſtreckung dieſer Zwangsbefehle die Gerichte mit oder nicht. Bei Beitreibung von directen Abgaben ſind die Liſten ſchon von der höhern Verwaltungs-Behörde als vollſtreckbar erklärt. Daher kann der Empfänger derſelben ohne alle Mitwirkung**) der Gerichte zum Verkauf der beweglichen Güter der Saumſeligen, ſogar der Früchte auf dem Halm ſchreiten laſſen. Nur wenn bei dieſem Verkauf Unordnungen, Gewaltthätigkeiten u. dgl. vorgefallen ſind, kann man ſich bei den Gerichten beſchweren. Bei indirecten Abgaben, ſo wie bei Renten und Domanial-Einkünften muß aber ein ſolcher Zwangsbefehl vorher von dem Gericht viſirt und für vollſtreckbar erklärt werden. Bei rückſtändigen Domanial-Gefällen z. B. erläßt der Direktor der Verwaltung gegen den ſaumſeligen Schuldner einen Zwangsbefehl zur Zahlung, der von dem Präſident***) des Tribunals

---

*) Daniels S. 56—78.

**) Loi de 17. Brum. an 5 art. 3 (Desenne tom. 12. pag. 189; l'arreté d. 16. Thermid. an 8 art. 51, 52 (Desen. tom 12 p. 403 etc,), auch loi de 1er Brum. an 7 (sur les patentes) art. 7 (ibid. pag. 632).

***) Loi de 19. août 1791 art. 4 (Desenne tom. XIII. pag. 538) „Tous les revenus des domaines nationaux de même que le prix du rachat des droits incorporels, qui ne seront point rentrés à l'epoque du présent décret, ne pourront être payés qu'entre les mains des préposés de la régie; ils seront tenus de poursuivre le payement de tous les revenus et droits echus ainsi que des Diſtrikts auf Vorzeigen eines Auszugs der Urkunde, worauf die Schuld ſich gründet, viſirt- und ohne weitere Formamalität vollſtreckt wird. Dieſelbe Regel, nämlich daß der Zwangsbefehl (contrainte) der Verwaltung von einem Richter viſirt ſeyn müſſe*), gilt, wie ſchon ſo eben bemerkt worden, für alle indirecten Abgaben. Ja auch nach dieſer visa iſt dem Abgabepflichtigen noch nicht jeder Recurs dagegen abgeſchnitten. Nach dem Grundſatz, daß Niemand ungehört verurtheilt werden darf, kann er in beſtimmter Zeit Einſpruch (opposition) dagegen einlegen, wobei er die Verwaltung auf einen beſtimmten Tag vor die Gerichte laden laſſen muß. Nach Einlegung dieſes Einſpruchs iſt der Zwangsbefehl nicht einmal in allen Fällen auch nur proviſoriſch vollſtreckbar**). Höchſt ungerecht und dem Grundſatz, daß den Gerichten ganz allein das Straf-Recht zukomme, würde dieſes insbeſondere ſeyn, wenn unter

---

du prix des adjudications des bois . . . . . En cas de rétard de la part des debiteurs ou adjudicataires le directeur de la régie décernera des contraintes, qui seront visées par le président du tribunal dn district de la situation des biens sur la réprésentation d'un extrait du titre obligatoire du débiteur et mises à exécution sans autre formalité.“

*) Daniels über das Verfahren in Domanialſachen S. 44, 45. Der Caſſationshof entſchied am 8ten Mai 1809: „Qu'aucune loi ne dispense la régie, quand elle agit par voie de contrainte, de la formalité du visa du juge qui seul peut lui donner l'authenticité et le caractère nécessaire pour procéder par voie exécutoire, et que sans cette forme, la contrainte est un acte purement privé des préposés d'une administation vis-à-vis des redevables.“

**) Es gilt hierin in Beziehung auf die verſchiedenen Abgaben nicht dieſelbe Regel. Näheres findet man bei Daniels S. 46—50. Nach der Reſtauration beſtimmte jedoch das Finanz-Geſetz v. 28ten April 1816 Art. 239 in Beziehung auf indirecte Steuern: A défaut de payement des droits, il sera décerné contre les redevables des contraintes, qui seront exécutoires *non-obstant opposition et sans y préjudicier.*“

demjenigen, was die Verwaltung fordert, auch eine Geldbuße wegen Uebertretung der Vorſchriften enthalten iſt. Dieſes gilt insbeſondere, wenn der Betrag dieſer Geldbuße nicht durch das Geſetz feſt beſtimmt, ſondern nur ein maximum und minimum*) angegeben, und dabei dem Gutdünken der Richter überlaſſen iſt, den Grad der Strafe innerhalb dieſer Gränzen nach den Umſtänden zu erhöhen und zu ermäßigen. Die Verwaltung muß in ſolchen Fällen, wenn der Abgabepflichtige ſich nicht freiwillig dem Zahlungsbefehl unterwirft, die Verfolgung ihrer Rechte mit einer gewöhnlichen Vorladung anfangen **). In allen Fällen aber — die Sache mag unmittelbar oder nach Erlaſſung eines Zwangsbefehls vor die Gerichte gebracht werden — findet bei Klagen über Domanial-Einkünfte oder indirecte Steuern nur ſchriftliches Verfahren auf einfache gewechſelte Denkſchrif-

---

*) Daniels S. 36. — So war z. B. in dem Geſetz v. 9ten Vendem. J. 6 (Desen. tom. XII. p. 216) Art. 72 gegen die Unternehmer von Fuhrwerken, die entweder keine oder eine falſche Erklärung abgaben, außer der Confiscation von Wagen und Geſchirr noch eine Geldſtrafe verhängt, deren maximum zu 1000 und das minimum zu 100 Frs. feſtgeſetzt war. Der Caſſationsof entſchied am 22ten Meſſid. J. 11 in Beziehung auf eine darüber entſtandene Streitigkeit. „Qu'on ne peut confondre un droit dont la perception est simplement attribuée à la régie de l'enrégistrement tel que celui sur les messageries avec les droits d'enrégistrement réglés par la loi du 22. Frim. an 7; que ceux-ci déterminés en général d'une manière certaine, peuvent être poursuivies par voie de contrainte, aux termes de cette loi; mais qu'il s'agit au cas de l'art. 72 de la loi du 9. Vendem. an 6 d'une amende, dont la quotitê incertaine peut être plus ou moins élevée (de 100 à 1000) et d'une confiscation, qui ne doit être acquise que lorsque le fait est constaté et jugé; que cela sort des termes mêmes de la loi, qui se sert des expressious, tout entrepreneur *convaincu* sera *condamné*, ce qui indique assez, que ces droits doivent être poursuivis plutôt par action précédée d'un procés verbal que par acte exécutoire etc.

**) Daniels S. 36.

ten Statt*); wobei man ſich keines Anwalts zu bedienen braucht. Schon das Geſetz vom 5ten December 1790 (Des.

---

*) Daniels S. 69 beſchreibt das Verfahren umſtändlicher. Wir wollen aus dem Geſetz vom 22ten Frim. J. 7 (12ten Decemb. 1798) über die Einregiſtrirung (Desen. tom. XIV. p. 281) das für die Prozeſſe über die Einregiſtrirungs-Gebühren vorgeſchriebene hier anführen, mit welchem das in den übrigen Fällen gebräuchliche faſt ganz übereinſtimmt. Es heißt tit. IX. art. 63: „La solution des difficultés qui pourront s'élever relativement à la perception des droits d'enrégistrement avant l'introduction des instances, appartient à la régie. Art. 64. Le premier acte de poursuite pour le recouvrement des droits d'enrégistrement, et le paiement des peines et amendes prononcées par la présente, sera une contrainte, elle sera décernée par le receveur ou préposé de la régie; elle sera visée et declarée exécutoire par le juge de paix du canton ou le bureau est établie, et elle sera signifiée. L'exécution de la contrainte ne pourra être interrompue que par une opposition formée par le redevable et motivée avec assignation, à jour fixe, devant le tribunal civil du departement. Dans ce cas l'opposant sera tenu d'élire domicile dans la commune ou siège le tribunal. Art. 65. L'introduction de l'instruction des instances aura lieu devant les tribunaux civils de département: la connoissance et la décision en sont interdits à toutes autres autorités constituées ou administratives, l'instruction se fera par simples mémoires respectivement signifiés, Il n'y aura d'autres frais à supporter pour la partie qui succombera, que ceux du papier timbré, des significations, et du droit d'enrégistrement des jugemens. Les tribunaux accorderont, soit aux parties, soit aux préposès de la régie qui suivront les instances, le délai qu'ils leur demanderont pour produire leurs défenses, il ne pourra nêanmoins être de plus de trois décades. Les jugemens seront rendus dans les trois mois, au plus tard, à compter de l'instruction des instances, sur le rapport d'un juge, fait en audience publique, et sur les couclusions de commissaire du directoire exécutif: ils seront sans appel, et ne pourront être attaquès que par voie de cassation. — Dieſe Geſetze über das Verfahren bei Streitigkeiten mit den Verwaltungs-Behörden galten auch unter dem Kaiſerreich. Man könnte ſie durch Art. 1041 des cod

tom. XIV. p. 228) hatte Art. 25 bei Prozeſſen der Enregiſtrements-Verwaltung die Partheien von dieſem Zwang befreit. Nach dem Geſetz vom 3ten Brum. J. 2 (24ten October 1793) (Desen. tom. III. p. 507) hörte dieſes auf ein Vorzug zu ſeyn, indem es (Art. 12) die Stellen der Anwälte gänzlich und für alle Sachen abſchaffte. Allein obſchon nach Einführung der Conſular-Regierung das Geſetz vom 27ten Ventoſe J. 8 *) die Anwälte wieder herſtellte, und (Art. 93, 94) ihnen allein das Recht, bei den Gerichten Anträge zu machen überließ, ſo ſtellte doch das Geſetz vom 27ten Ventoſe J. 9 (Art. 17) **) die vorige Regel wieder her; (nämlich daß in Sachen, wo die Enregiſtrements-Verwaltung vor Gericht auftritt, die Partheien nicht nöthig haben, ſich eines Anwalts zu bedienen). Uebrigens ward dieſes als ein den Partheien und der Verwaltung insbeſondere, bewilligter Vorzug, worauf ſie Verzicht leiſten konnten, angeſehn. Daher letztere auch bei wichtigern Sachen, namentlich bei Beſchlagnahme der unbeweglichen Güter ***) derjenigen, die dem öffentlichen Schatz verſchuldeten, ſich allezeit eines Anwalts bediente, wie ſchon im fünften Abſchnitt erinnert worden.

Bald nach Einführung der Conſular-Regierung ward durch das Geſetz v. 28ten Pluv. J. 8 (17ten Febr. 1800) auch eine ganz veränderte Organiſation der Verwaltungs-Behörden eingeführt †). Die Departemental- und Cantonal-Verwaltungen wurden aufgehoben. Die Eintheilung des Landes in Departements ward beibehalten, überdem aber jedes Departement in

---

d. procéd. für abgeſchafft anſehn. Allein nach einem von dem Kaiſer den 1ten Juni 1807 genehmigten Gutachten des Staatsraths vom 12ten Mai 1807 iſt dieſer Artikel nur als allgemeine Regel für die gewöhnlichen Prozeſſe anzuſehn, und findet auf Sachen, wobei die Regierung als ſolche intereſſirt iſt, keine Anwendung. (Desen. tom. IV. p. 431).

*) 18ten März 1800 (Desen. tom. IV. p. 250).

**) 18ten März 1801 (Desen. tom. XIV. p. 317).

***) Daniels S. 65, 66, 67, 73, 74.

†) Desen. tom. II. p. 311.

Bezirke (Arrondiſſements) und jeder der letztern in Mairien eingetheilt. Jedem Departement ward (art. 2) als erſter Verwaltungs-Beamter ein Präfect vorgeſetzt, neben dem für gewiſſe Geſchäfte zwei Kollegien, der Präfectur-Rath (conseil de préfecture), und der Departements-Rath (conseil général de département) beſtellt wurden. Nach dieſem Muſter erhielt ferner (art. 8) jeder Bezirk einen Unter-Präfect (sous-préfet) und einen Bezirks-Rath (conseil d'arrondissement). Alle Präfecte und Unter-Präfecte, ſo wie alle Mitglieder der eben genannten Kollegien wurden vom erſten Konſul, und zwar die Mitglieder des Departements- und Arrondiſſements-Raths nur auf drei Jahre ernannt. Sowohl der eine als andere trat nur einmal im Jahr zuſammen (art. 6, 10). Sie vertheilten die Abgaben, der erſtere unter die einzelnen Arrondiſſements, und der zweite unter die einzelnen Mairien. Der erſtere entſchied über die wegen dieſer Vertheilung von den Arrondiſſements-Räthen, Städten und Dörfern erhobenen Beſchwerden, und zwar in Beziehung auf die Städte und Dörfer auf den Antrag des Arrondiſſements-Raths (art. 6, 10). Die Verwaltung des Departements ward ganz in die Hände des Präfecten gelegt, der ſie nach den Vorſchriften und unter Oberaufſicht der Miniſter leitete (art. 3). Derſelbe war zugleich Präſident des Präfectur-Raths. Das Haupt-Geſchäft des letztern war die Entſcheidung von Streitigkeiten über Verwaltungsſachen (contentieux administratif) in den vom Geſetz beſtimmten Fällen und in erſter Inſtanz *). Klagen Einzelner (art. 4) über zu hohe Steuer-Anſchläge, Streitigkeiten zwiſchen den Verwaltungs-Beamten und den Unternehmern der öffentlichen Arbeiten in Beziehung auf den Sinn und die Ausführung ihrer Contracte, eben ſo Beſchwerden Einzelner über den von dieſen Unternehmern (nicht von der Verwaltung) ihnen zugefügten Schaden, Geſuche und Klagen über die Beſtimmung der Entſchädigung wegen der

---

*) Dieſer letztere Zuſatz »in erſter Inſtanz« ſteht zwar nicht ausdrücklich in dem Geſetz vom 28ten Pluvioſe Jahr 8. Allein man hat es aus demſelben gefolgert. Auch iſt es in einzelnen Fällen geſetzlich beſtätigt worden, und wird in der Ausübung durchaus ſo gehalten.

zum öffentlichen Beſten abgetretenen Grundſtücke, Beſchwerden und Streitfragen, die ſich auf die Beſchädigungen der Heerſtraßen bezogen *), die Geſuche der Gemeinden, einen Prozeß anfangen zu dürfen (über welches letztere bis dahin die Departements-Verwaltungen entſchieden hatten) (Des. tom. VII. p. 88), endlich die Streitfragen über die Domainen (le contentieux des domaines nationaux) gehörten (art. 4) zu der Competenz des Präfectur-Raths. Das hier angeführte Geſetz v. 28ten Pluv. J. 8 iſt die letzte Beſtimmung über dieſen Gegenſtand, die auch unter dem Kaiſerreich in Wirkſamkeit blieb. Man glaubte, dem Geiſt dieſes Geſetzes gemäß, annehmen zu müſſen, daß in allen nicht ausgenommenen Fällen der Präfect an die Stelle der ehmaligen

---

*) „Sur les difficultés qui pourront s'élever en matière de grande voierie." Dieſes iſt näher erläutert durch das Geſetz vom 29ten Flor. J. 10 (19ten Mai 1802) (Desen. tom. IX. p. 238). — Art 1. Les contraventions en matiére de grande voirie, telles qu'anticipations, depôts de fumiers ou d'autres objets, et toutes espèces de détériorations commises sur les grades routes, sur les arbres qui les bordent, sur les fossés, ouvrages d'art et matériaux destinés à leur entretien, sur les canaux . . . . . . seront constatées, reprimées et poursuivies par voie administrative.

Art. 2. Les contraventions seront constatées concurremment par les maires ou adjoints, les ingénieurs des ponts et chaussées, leurs conducteurs, les agens de navigations, les commissaires de police et par la gendarmerie: á cet effet, ceux des fonctionaires publics ci-dessus dèsignes, qui n'ont pas prêté serment en justice, le prêteront devant le préfet.

Art. 3. Les procés-verbaux sur les contraventions seront adressés au sous-préfet, qui ordonnera par provision, et sans le recours au préfet, ce que de droit, pour faire cesser les dommages.

Art. 4. Il sera statué définitivement en conseil de préfecture: les arrêtes seront exécutés sans visa ni mandement des tribunaux, non obstant et sauf tout recours, au conseil d'état et les individus condamnés seront contraints par l'envoi de garnissaires et saisie de meubles, en vertu desdits arretés, qui seront exécutoires et emporteront hypothèque.

Departements- und Diſtrikts- oder Munizipal-Verwaltungen und deren Procuratoren getreten ſey, welches ſich auch bald bei allen Verwaltungs- und gerichtlichen Behörden als praktiſche Maxime feſtſetzte, und auch durch alle ſpätern Geſetze eine nähere Beſtätigung erhielt, wie denn insbeſondere nach Art. 69 des cod. d. procéd. civ. der Präfect in allen Prozeſſen über Domainen und deren Rechte als Parthei erſcheint. — Das Geſetz v. 28ten Pluv. J. 8 hatte, wie ſo eben bemerkt worden, (art. 4) dem Präfectur-Rath die Entſcheidung über Streitigkeiten in Domainenſachen übertragen. Dieſes veranlaßte im Anfang eine Menge Zweifel*) und Bedenklichkeiten. Eine Folgerung zog man daraus, die zwar nicht in den Worten des Geſetzes liegt, die ſich aber in der Ausübung erhalten hat, nämlich daß der Präfect nicht anders als auf Ermächtigung des Präfectur-Raths einen Rechtsſtreit in Domainenſachen anfangen dürfe. Allein dadurch war dasjenige noch lange nicht erſchöpft, was in den Worten des Geſetzes zu liegen ſchien. Dieſe deuteten faſt beſtimmt an, daß in allen Domainen-Prozeſſen die Entſcheidung den Gerichten genommen und den Präfectur-Räthen übertragen werden ſollte, ſo daß dadurch letztere an die Stelle der ehmaligen trésoriers de France getreten wären. So war es indeſſen doch nicht gemeint. Der Beſchluß (l'arrêté) der Conſuln vom 5ten Fructid. J. 9**) erklärte es beſtimmt dahin,

---

*) Henr. de Panſey p. 484 — 490 glaubt, die damalige Regierung habe abſichtlich mehrere Artikel des Geſetzes vom 28ten Pluv. J. 8 dunkel und unbeſtimmt gelaſſen, um den Geiſt des Volks zu prüfen, und ſpäter den Umſtänden gemäß weiter zu gehn, und die gehörige Erklärung beizufügen. M. ſ. noch Merlin Répert. art. conseil de préfecture. Ueber die Art, wie in den Präfectur-Räthen geſtimmt wird, ſehe man noch das Arreté der Conſuln vom 16ten Fruktid. J. 9 (Desenne tom. II. p. 350).

**) Desen. cod. gén. tom. IV. p. 610. In demſelben heißt es unter andern: „Considérant . . . . qu'ainsi des acquéreurs de domaines nationaux ne peuvent regulièrement recourir aux tribunaux pour les (les actes administratifs) faire expliquer sur ce qui a été vendu par l'autorité administrative, et sur l'individu auquel la daß bei Domainen-Verkäufen die Verwaltung-Behörden nur über den Sinn der Verkaufsbedingungen und die Perſon des Ankäufers zu entſcheiden hätten. Dieſes hatte auch einen wenigſtens ſehr ſcheinbaren Grund in den Geſetzen ſelbſt, indem alle ohne Ausnahme, von den Zeiten der conſtituirenden Verſammlung an, den Gerichten verbieten über die Acte der Verwaltungs-Behörden zu urtheilen. Dieſen Anſichten gemäß müſſen, wenn Rechnungsbeamte wegen Dienſtvergehen und dergleichen vor Gericht verklagt werden, die Gerichte den Betrag der Rechnungen ſo annehmen, wie er von der Verwaltung feſtgeſetzt worden *). Ja wenn in irgend einem Prozeß ein von den Verwaltungsbehörden ausgegangenes Actenſtück vorgebracht wird, ſo muß bei einem Zweifel über den Sinn deſſelben vor Entſcheidung der Sache die Erklärung der Verwaltungs-Behörde eingeholt werden **). Wir haben ſchon angeführt, daß das Geſetz vom 28ten Pluv. J. 8 Art. 4 den Präfectur-Räthen auch ferner die Entſcheidung aller Streitigkeiten, die zwiſchen der Verwaltung und den Unternehmern der öffentlichen Arbeiten über den Sinn und die Ausführung ihrer Contracte entſtanden, beilegt. Man hat hieraus geſchloſſen, daß dieſelben überhaupt in allen Streitigkeiten über die Bezahlung derjenigen, die Etwas auf Rechnung der Regierung liefern oder unter-

---

vente a été faite; que ces questions qui frappent essentiellement sur la substance des actes faits par l'autorité administrative ne peuvent être mieux resolues que par cette autorité; . . . . qu'enfin il importe bien de fixer les principes en cette matière, et d'y faire jouir les acquéreurs de biens nationaux de toute la protection des lois, sans les laisser exposés, pour le fait même de leur acquisition à des discussions judiciaires, souvent longues et ruineuses etc.

*) Man ſehe das motivirte Gutachten des Staatsraths vom 9ten Ventoſe J. 10 über eine hierhin gehörige Frage bei Desen. tom. IV. p. 306; ſo wie auch ferner die Gutachten vom 24ten März 1812, vom 16ten Thermid. J. 12, vom 12ten November 1811 (Desen. tom. II. p. 377, 378).

**) Henrion d. Pansey De l'autorit. judic. en France chap. XXIX. p. 487, 488.

nehmen, zu entſcheiden hätten. Allein durch den Beſchluß der Conſuln vom 9ten Thermid. J. 9 (Desen. tom. II. pag. 350) ward die Entſcheidung über die letztern Streitigkeiten dem Präfect ſelbſt übertragen. Ueberhaupt ward und wird ein Beſchluß des Präfectur-Raths nur auf eine ausdrückliche Verordnung des Präfect in Vollziehung geſetzt. Der letztere darf indeſſen dieſen Beſchluß nicht aufheben oder abändern, ſondern muß ihn auf der Stelle mit ſeinen Gegenbemerkungen dem Staatsrath zur definitiven Beſtimmung einſenden*). Die Präfectur-Räthe entſcheiden nur in erſter Inſtanz. Die Appellation von ihren Ausſprüchen geht an den Staatsrath (conseil d'état). Ueber die Entſtehung, Zuſammenſetzung und die Befugniſſe dieſes letztern wollen wir einige Erklärungen hier beifügen. Wie der Staatsrath im ehmaligen Frankreich zuſammengeſetzt war, und welche Gegenſtände der amtliche Wirkungskreis deſſelben umfaßte, iſt ſchon im Anfang dieſes Abſchnitts hinreichend erklärt worden. Diejenige Abtheilung, die unter dem Namen „conseil des parties" bekannt war, ward ſchon durch Art. 30 des Geſetzes vom 27ten November 1790, welches den Caſſationshof ſchuf, aufgehoben (Desen. tom. III. p. 117). Im folgenden Jahre 1791 hob das Geſetz vom 27ten April Art. 35 die Stellen der Staats-Räthe und Requetenmeiſter gänzlich auf. Daſſelbe ſetzte zwar (Art. 15) einen Staatsrath ein, welcher aber nur das war, was man jetzt den Miniſter-Rath (conseil des ministres) nennt. Er beſtand nämlich (Art. 15) nur aus dem König und ſeinen Miniſtern. In demſelben wurden die wichtigſten Angelegenheiten des Staats, ſowohl in Beziehung auf die äußere Politik als die innere Verwaltung erwogen und feſtgeſetzt**). Eine ſolche Verſammlung konnte ſich unmöglich mit Unterſuchung von Prozeſſen und Reclamationen befaſſen. Auch hatte wirklich das Geſetz v. 7ten September 1790 (Desen. tom. III. p. 247), wie ſchon bemerkt worden, die Entſcheidung der meiſten Streitigkeiten in Verwaltungsſachen und zwar in letzter Inſtanz theils den Departements-Directorien, theils den Diſtrikts-Gerichten überlaſſen. Er war alſo in Beziehung auf dieſen Geſchäftszweig von geringem Einfluß, als im folgenden Jahr 1792 dieſer Staatsrath mit dem Thron zugleich unterging*). Unter dem National-Convent und dem Directorium war von dem Staatsrath keine Rede. Erſt mit der Conſular-Regierung den 12ten Frim. J. 8 (13ten December 1799) ward auch der Staatsrath und zwar in einer ähnlichen Form, wie vor der Revolution ins Leben zurückgerufen. Die Conſtitution v. 22ten Frim. J. 8 ſpricht von demſelben zwar nicht unmittelbar, ſondern nur beiläufig**) und als ob ſie ſeine Exiſtenz voraus-

---

*) Merlin Répert. art. Préfet. N° X.

**) Desen. tom. II, p. 30. Das Geſetz beſtimmt umſtändlich die Amtsbefugniſſe eines jeden einzelnen Miniſters ſowohl, als auch des Miniſter-Raths.

---

*) In Beziehung auf Civil-Streitigkeiten über indirecte Abgaben, deren Entſcheidung das Geſetz vom 7ten September 1790 den Gerichten überläßt, iſt in dem Geſetz vom 27ten April 1791 (über den amtlichen Wirkungskreis der Miniſter und des Staatsraths) Art. 20 ausdrücklich feſtgeſetzt, daß ſie nie vor den Staatsrath, ſondern in den geeigneten Fällen vor das Caſſationsgericht gebracht werden ſollen. Was indeſſen die Entſcheidung derjenigen Streitigkeiten betrifft, die nach dem Geſetz vom 7ten September 1790 den Verwaltungs-Behörden überlaſſen war, ſo hatte nach der Conſtitution von 1791 (tit. III. chap. IV, sect. II. art. 5) der König das Recht, die Acte der Verwaltungs-Behörden, wenn ſie den Geſetzen oder den ihnen ertheilten Befehlen zuwider waren, für nichtig zu erklären. Die Beweggründe dazu ſollten nach dem Geſetz vom 27ten April 1791 art. 17 im Staatsrath erörtert werden. Man könnte daher vermuthen, daß auch bei Klagen über zu hohe Anſchläge bei directen Steuern u. dgl. gegen die Entſcheidung der Departements-Directorien noch ein Recurs an den Staatsrath Statt gefunden habe. Allein nach den Worten des Geſetzes v. 27ten April 1791 hätte dieſes nur dann Statt finden können, wenn ein Directorium bei ſeiner Entſcheidung nicht regelmäßig verfahren, oder ſonſt ſeine Gewalt überſchritten hätte. Es heißt nämlich art. 17: „seront aussi au nombre des fonctions du conseil d'état . . . 2) la discussion des motifs qui peuvent necessiter l'annulation des actes *irréguliers* des corps adminisratifs etc.“

**) Die beiden folgenden Conſtitutionen v. J. 1802 u. 1804 enthalten indeſſen einen beſondern Titel, der von dem Staatsrath handelt.

ſetzte. »Der erſte Conſul« heißt es Art. 41 »ernennt zu den Sellen der Staatsräthe und nimmt dieſe Ernennung nach Gutdünken zurück.« Der Staatsrath« ſagt ferner Art. 52 »iſt beauftragt unter der obern Leitung der Conſuln die Vorſchläge zu den Geſetzen zu entwerfen, und die Bedenklichkeiten zu löſen, (resoudre les difficultés), die ſich in Beziehung auf Verwaltungs-Gegenſtände ergeben.« — »Aus den Mitgliedern des Staatsraths werden (Art. 53) die Redner gewählt, die im Namen der Regierung vor dem geſetzgebenden Körper das Wort nehmen.« — »Die Miniſter abgerechnet kann kein Beamter*) (agent) der Regierung wegen ſeiner Dienſtverrichtungen verklagt werden, als in Folge einer Entſcheidung des Staatsraths. Die Anklage findet alsdann vor den gewöhnlichen Tribunalen Statt. (Art. 75).« — Nur wenige Tage nach Einführung dieſer Conſtitution, 5ten Nivoſe J. 8 (26ten December 1799) erſchien ſogar eine Verordnung der Conſuln über die Organiſation des Staatsraths**). Derſelbe ſollte (art. 1) aus dreißig bis vierzig Mitgliedern beſtehn, welche (art. 3) in fünf Abtheilungen (sections), die der Finanzen, der Civil- und Criminal-Geſetzgebung, des Kriegs, der Marine und des Innern vertheilt wurden. Jede Abtheilung hatte einen vom erſten Conſul ernannten Staatsrath zum Präſident (art 6). Mit der Leitung der Inſtruktion der einzelnen Gegenſtände waren (art. 7) ebenfalls fünf Staatsräthe beauftragt. Jede Abtheilung bearbeitete und erwog die Sachen, welche von der Regierung an ſie verwieſen wurden, für ſich allein und berichtete nachher an den geſammten Staatsrath, der ſich indeſſen nur auf Befehl der Conſuln (art. 3) verſammeln durfte. Durch den Conſular-Beſchluß vom 7ten Fructid J. 8 (24ten Auguſt 1800 Desen. tom. II. p. 9) ward (art. 1) der Dienſt der Staatsräthe in den ordentlichen und außerordentlichen unterſchieden. Zu dem letztern gehörten theils beſtändige- theils vorübergehende Aufträge und Sendungen. Nur die Staatsräthe im ordentlichen Dienſt hatten das Recht allen Sitzungen des Staatsraths beizuwohnen. Die Liſte derſelben ward (art. 5) jedes Vierteljahr vom erſten Conſul von neuem feſtgeſetzt. Nach art. 2 ſollte die Zahl derſelben nicht über 40 gehn. Dieſes ward durch das Kaiſerliche Decret vom 11ten Juni 1806 (art. 1, 2, 3) von neuem und zwar mit dem Zuſatz beſtätigt, daß auch die Staatsräthe im ordentlichen Dienſt eingetheilt werden ſollten, in ſolche, die einer der eben angeführten Sectionen zugetheilt waren, und in ſolche, die zu keiner derſelben gehörten (Desen. tom. II. p. 7). Außer den Attributionen, welche ſchon die Conſtitution vom 22ten Frim. J. 8 dem Staatsrath ertheilt hatte, ward ihm (durch den angeführten Beſchluß vom 5ten Nivoſe J. 8 Art. 11) auch 1) die Entſcheidung aller Conflicte zwiſchen der Verwaltung und den Tribunalen; 2) die über alle Streitigkeiten, worüber ſonſt die Miniſter entſchieden hatten, übertragen. — Ein Kollegium, das dem Regierungs-Oberhaupt ſo nahe ſtand, und auf die Geſetzgebung einen ſo wichtigen Einfluß hatte, zögerte natürlicher Weiſe nicht ſeine Macht auszudehnen. Die Conſtitution vom 22ten Frim. J. 8 hatte (Art. 75) dem Staatsrath die Löſung aller Schwierigkeiten, die ſich in Beziehung auf Verwaltungs-Gegenſtände ergeben könnten, übertragen. Es iſt (ſo bemerkt Henrion de Panſey *) in der

---

*) „Les agents du gouvernement autres que les ministres" Der Ausdruck agens du gouvernement iſt hier wahrſcheinlich gewählt, um die Verwaltungs-Beamten von den Richtern, wofür Art. 24 eine andere Beſtimmung enthält, zu unterſcheiden. Nämlich aus der Ueberſchrift des Tit. IV.: De la responsibilité des fonctionnaires publics und aus vielen Decreten geht deutlich hervor, daß hier unter „agens du gouvernement" alle Verwaltugs-Beamten, die Richter abgerechnet, verſtanden wurden. Es gibt mehrere Kaiſerliche Decrete, wodurch die Beſtimmung des Art. 75 der Conſtitut. aufgehoben und verordnet wird, daß gewiſſe untere Agenten der Regierung blos auf den Vorſchlag der Direction der Verwaltung vor Gericht geſtellt werden können. Um nur ein Beiſpiel anzuführen, ſo galt dieſes nach einem von dem Kaiſer beſtätigten Gutachten des Staatsraths von den auf Befehl des Kaiſers abgeſetzten Rechnungs-Beamten (Desen. tom. II. pag. 160). Man ſehe auch tom. IV. p. 303, 306, 373 u. ſ. f.

**) Desen. cod. génér. tom. II. p. 3.

---

*) De l'autor. judic. p. 483.

Conſtitution nicht angegeben, was unter den Schwierigkeiten, die ſich auf Verwaltungs-Gegenſtände beziehn, verſtanden werden ſollte. Indeſſen folgerte man aus dieſem Art., daß das frühere Geſetz, welches über ſolche Gegenſtände die Entſcheidung in letzter Inſtanz den Verwaltungs-Behörden des zweiten Ranges überließ, abgeſchafft und die Appellation von deren Urtheilen an den Staatsrath*) verwieſen ſey. Das Kaiſerl. Decret v. 11ten Juni 1806 (Desen. tom. II. p. 7) legte (Art. 14) dem Staatsrath das Erkenntniß über alle mit den Miniſtern für den öffentlichen Dienſt abgeſchloſſenen Verträge, ſo wie über alle Gegenſtände der hohen Verwaltungs-Polizei (de haute-police administrative), die der Kaiſer an ihn verwies, bei. Unter letzterer war (Tit. III.) das Erkenntniß über das Betragen von Beamten verſtanden, welches der Kaiſer der Unterſuchung des Staatsraths zu unterwerfen für gut fand. Derſelbe konnte einen Verweis, ſtrengen Tadel, die Suspenſion und ſelbſt die Abſetzung des Beamten erkennen (art. 22); doch bedurfte ſein Ausſpruch der Kaiſerl. Beſtätigung (art. 23). Durch denſelben Artikel 14 ward er als obere Inſtanz über alle Entſcheidungen beſtellt, die von dem Priſen-Gericht oder von den zur Unterſuchung der Rechnungen beſtellten Behörden ausgingen (des décisions de la comptabilité nationale). Der Rechnungshof (cour des comptes) beſtand damals noch nicht. Das Geſetz vom 16ten September 1807, wodurch derſelbe eingeſetzt ward, übertrug (Art. 17) in Beziehung auf deſſen Beſchlüſſe dem Staatsrath die Verrichtungen des Caſſationshofs (Desen. tom. XV. p. 337). M. ſ. noch das Decret v. 27ten März 1809 Desen. tom. II. p. 16). An denſelben waren ſchon durch das Geſetz vom 18ten Germinal J. 10 (8ten April 1802) alle Beſchwerden wegen**) Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt) die ſogenannten appels comme d'abus) und wegen Störung des Gottesdienſtes gewieſen. — Was den Geſchäftsgang bei dem Staatsrath betrifft, ſo ward dieſer durch das Decret v. 11ten Juni 1806 und in Beziehung auf Streitſachen noch näher durch das vom 22ten Juli 1806 geregelt (Desen. tom. II. p. 7, 10). Bei der erſten Organiſation des Staatsraths (durch den Conſular-Beſchluß vom 5ten Nivoſ. J. 8) war für die Streitſachen (affaires contentieuses) keine beſondere Abtheilung des Staatsraths beſtellt worden*). Das Decret v. 11ten Juni 1806 füllte dieſe Lücke aus. Es theilte (Art. 4) dem Staatsrath eine gewiſſe Zahl von Requetenmeiſtern bei, welchen in allen Streitſachen, mit Ausnahme derjenigen, welche ſich auf die öffentliche Schuld und die Domainen bezogen (Art. 7), der Bericht an den Staatsrath aufgetragen ward. Dieſe Requetenmeiſter hatten (Art. 6) Sitz im Staatsrath, und konnten (Art. 3) an allen

---

*) Dieſes Geſetz der Conſtituirenden war, wie mir ſcheint, ſchon durch Art. 193 der Conſtit. v. J. 1795, welcher durch Art. 59 der Conſtit. v. J. 1799 beſtätigt ward, abgeſchafft, indem nach den Beſtimmungen derſelben alle Local-Behörden den Miniſtern durchaus untergeordnet wurden.

**) Durch die ſogenannten Organiſchen Artikel, welche einen Zuſatz zu dem Concordat bildeten (Desen. tom. X. p.

---

438—449). Art. 6. Il y aura recours au conseil d'état dans tous les cas d'abus de la part des supérieurs et autres personnes ecclésiastiques. Les cas d'abus sont, l'usurpation ou l'excès de pouvoir, la contravention aux lois et réglemens de la république, l'infraction des règles consacrés par les canons reçus en France, l'attentat aux libertés, franchises et coutumes de l'église gallicane, et toute entreprise ou tout procédé, qui, dans l'exercice du culte peut compromettre l'honneur des citoyens, troubler arbitrairement leur conscience, dégénérer contre eux en oppression, ou en injure, ou en scandale public. Art. 7. Il y aura pareillement recours au conseil d'état, s'il est porté atteinte à l'exercice public du culte, et à la liberté que les lois et les réglemens garantissent à ses ministres. Art. 8. Le recours compétera à toute personne interessée. A défaut de plaintes particuliéres, il sera exercé d'office par les préfets. Le fonctionnaire public, l'ecclesiastique, ou la personne qui voudra exercer ce recours, adressera un mémoire détaillé et signé au conseiller d'état chargé de toutes les affaires concernant les cultes, lequel sera tenu de prendre, dans le plus court délai, tous les renseignements convenables ; et ,sur son rapport, l'affaire sera suivie et définitivement terminée dans la forme administrative, ou renvoyée, selon l'exigence des cas, aux autorités compétentes."

Berathſchlagungen deſſelben Theil nehmen. Bei ſtreitigen Sachen hatten ſie (Art. 8) eine entſcheidende Stimme. Das Decret ordnete (Tit. IV.) eine beſtändige Commiſſion an, die unter dem Vorſitz des Großrichters aus ſechs Requetenmeiſtern und ſechs Auditeurs *) beim Staatsrath zuſammengeſetzt war, und in allen Streitſachen, ſie mochten auf den Bericht eines Miniſters oder auf das Geſuch der intereſſirten Partheien an den Staatsrath gelangt ſeyn (Art. 25), die Inſtruktion leiten und den Bericht vorbereiten ſollte. Zur unmittelbaren Führung der Inſtruktion ward in jeder Sache ein Auditeur von dem Großrichter beauftragt (Art. 28), welcher letztere, ebenfalls auf den Vortrag des Auditeurs in den Fällen, wo es nöthig war, die Mittheilung der Actenſtücke an die intereſſirten Partheien, um innerhalb der beſtimmten Friſt ihre Antwort und Vertheidigung einzureichen verordnete (Art. 29). Der Auditeur berichtete dann an die Commiſſion, welche nach Stimmenmehrheit einen Beſchluß faßte, wobei die Requetenmeiſter eine entſcheidende Stimme hatten (Art. 30). Der Kaiſer bezeichnete nun einen der Requetenmeiſter, um dem Staatsrath über die Sache (Art. 31) Bericht abzuſtatten. Er konnte demſelben indeſſen keine andere Meinung, als die der Commiſſion vortragen (Art. 32). Der General-Secretair des Staatsraths gab allen, die ein Recht dazu hatten, Ausfertigungen der Entſcheidungen und Gutachten des Staatsraths, welche die Genehmigung des Kaiſers erhalten hatten. Dieſe Ausfertigungen waren executoriſch (Art. 35). Endlich wurden auch, wie bei dem ehmaligen Staatsrath vor der Revolution, eben ſo bei dem neuen (Art. 33) eigene Advokaten **) angeſtellt, welchen das ausſchließliche Recht ertheilt ward, die Denkſchriften und Geſuche der Partheien in Streitſachen, die vor den Staatsrath gebracht wurden, zu unterzeichnen- und die Sachen nach dem geſetzlichen Verfahren zu betreiben. Die beſtimmteſten Vorſchriften über das Verfahren in dieſen Streitſachen enthält das Kaiſerl. Decret vom 22ten Juli 1806*). Daſſelbe iſt dem bei den Gerichten üblichen nachgebildet, nur daß es durchaus ſchriftlich iſt. Wir verweiſen den Leſer, der ſich näher unterrichten will, auf das Decret ſelbſt, und heben nur einige Punkte näher hervor. Der Recurs an den Staatsrath gegen den Ausſpruch einer Behörde, für die er die obere Inſtaaz bildet, muß (Art. 11) in einer Friſt von drei Monaten von dem Zeitpunkt an, wo der Parthei die Entſcheidung mitgetheilt worden iſt, genommen werden. Dieſer Recurs hält die Vollſtreckung nicht auf, es ſey denn, daß der Staatsrath ein Anderes verordnet (Art. 3). Die Einleitung des ganzen Verfahrens geſchieht von Seiten einer Parthei dadurch (Art. 1, 2), daß ſie ihr Geſuch, von einem bei dem Staatsrath angeſtellten Advokaten unterzeichnet, nebſt den Beweisſtücken an das Secretariat des Staatsraths einſendet. Wird eine Sache auf den Bericht eines Miniſters bei dem Staatsrath anhängig gemacht, ſo wird die intereſſirte Parthei auf dem gewöhnlichen Verwaltungs-Weg ſowohl davon, als auch von allen übergebenen Actenſtücken und Denkſchriften in Kenntniß geſetzt, von welchen allen, den Bericht des Miniſters abgerechnet, ſie auf dem Secretariat Einſicht nehmen laſſen kann (Art· 16). Mittheilungen von einem Advokat zum andern oder an Partheien, die zu Paris wohnen, geſchehn durch die Huiſſiers (Art. 51), deren bei dem Staatsrath ebenfalls angeſtellt ſind. Jede Parthei darf höchſtens zwei Denkſchriften einreichen (Art. 6). Ein näherer Recurs gegen eine Entſcheidung des Staatsraths, die nach Anhörung beider Theile erlaſſen worden, iſt nur in zwei Fällen (Art. 32) erlaubt, 1) wenn ſie auf falſche Actenſtücke- 2) wenn ſie wegen Mangel der Offenlegung eines Actenſtücks das die Gegenparthei zurückhielt, erlaſſen worden. Wird ein vorgelegtes Actenſtück als falſch angegriffen, ſo wird, wenn der Staatsrath auf den Vortrag der Commiſſion das angegriffene Actenſtück für wichtig in der Sache erklärt, die Entſcheidung über dieſen Punkt (Art. 20) an die ordentlichen Gerichte verwieſen. Die Entſcheidungen des Staatsraths müſſen, ehe man ſie gegen eine Parthei in Vollſtreckung bringt (Art. 28), vorher ihrem Advokaten mitgetheilt werden.

---

*) Die Stellen der Auditeurs beim Staatsrath wurden durch den Beſchluß der Regierung vom 19ten Germin. J. 11 (9ten April 1803) geſchaffen. Desen. tom. II. p. 6.

**) Man vergl. das Kaiſerl. Decret vom 22ten Juli 1806 art. 44. Nach den Beſtimmungen deſſelben iſt die Dazwiſchenkunft der Advokaten nur bei Streitſachen, die bei der commission du contentieux des Staatsraths verhandelt werden, durchaus nöthig. — Nach der Königl. Verordnung v. 19ten September 1817 fungiren die Advokaten beim Caſſationshof auch zugleich beim Staatsrath.

---

*) Desenne tom. II. p. 10.

Zu den Amtsbefugniſſen des Staatsraths gehört auch, wie ſchon bemerkt worden, die Entſcheidung der Conflicte zwiſchen den Verwaltungs-Behörden und Gerichten. Dieſe Entſcheidung kann der Natur der Sache nach nur von der ausübenden Gewalt ausgehn, indem dieſe von allen beſtehenden Gewalten die einzige in der Sache nicht betheiligte iſt, und der Recurs an die geſetzgebende Gewalt theils zu umſtändlich, theils in den meiſten Fällen ungeeignet ſeyn würde. Auch haben wirklich alle ſeit 1789 erſchienenen Conſtitutionen die Entſcheidung dieſer Streitigkeiten der ausübenden Gewalt übertragen. Das Geſetz der Conſtituirenden vom 22ten December 1789*) hatte (sect. III. art. 7) feſtgeſetzt, daß die Verwaltungs-Behörden durch keinen Act der richterlichen Gewält in ihren Functionen geſtört werden könnten. Mit Beziehung auf dieſen Grundſatz verordnete das Geſetz v. 7ten Oct. 1790**) (Art. 3), daß Streitfragen über die Incompetenz der Verwaltungs-Behörden nicht vor die Gerichte gehörten, ſondern vor den König, als Chef der allgemeinen Verwaltung gebracht werden ſollten. Glaubt man indeſſen (ſo fügt das Geſetz aus einem damals leider allgemeinen Mißtrauen gegen die ausübende Gewalt hinzu), daß die Miniſter Seiner Majeſtät wider die Geſetze entſchieden haben, ſo kann man ſeine Klage bei der geſetzgebenden Verſammlung vorbringen. Unter der Regierung des Directoriums ward faſt dieſelbe Regel beibehalten. Das Geſetz***) über die Einrichtung der Verwaltungs-Behörden vom 21ten Fructid. J. 3 (7ten September 1795) verordnet in dieſer Hinſicht Art. 27: »Im Fall eines Conflicts zwiſchen den Verwaltungs- und gerichtlichen Behörden ſoll Einhalt geſchehn, bis der Miniſter entſchieden hat und ſeine Entſcheidung von dem ausübenden Directorium beſtätigt iſt, welches erforderlichen Falls an das geſetzgebende Corps berichtet. Das Directorium iſt in dieſem Fall verpflichtet, innerhalb eines Monats zu entſcheiden.“

---

*) Desenne tom. I. p. 458, 465.

**) Desenne tom. II. p. 227.

***) Ibid. p. 281.

Da die Conſtitution vom 22ten Frim. J. 8 die ausübende Gewalt ganz in die Hände der Conſuln legte, ſo folgte daraus von ſelbſt, daß ihnen auch die Entſcheidung aller Conflicte zwiſchen den Gerichten und der Verwaltung *) überlaſſen ſey. Bei Ausübung ihrer Gewalt ſtand es ihnen frei, wen ſie immer wollten, zu Rath zu ziehn, und dieſen Rath zu befolgen oder nicht. Es bedurfte daher keines beſondern Geſetzes, ſondern nur eines Beſchluſſes der Conſuln, um die Entſcheidung der genannten Conflicte dem Staatsrath, den die Conſuln zu ihrer Berathung gewählt hatten, und der ſeine Functionen unter ihrer Leitung ausübte, zu übertragen. Ueberhaupt waren und ſind alle Entſcheidungen des Staatsraths über dieſe Conflicte anzuſehn, als ob ſie von dem Oberhaupt der Regierung unmittelbar ausgegangen ſeyn, indem ſie alle der Genehmigung des Staats-Oberhaupts bedürfen, ſo wie ſie auch als unmittelbare Befehle deſſelben (als Conſular-Beſchlüſſe, Kaiſerl. Decrete u. ſ. f.) verkündigt wurden **) Schließlich bemerken wir noch, daß zu dem Weſen eines Conflicts das Beſtehen eines Streits zwiſchen der Verwaltung und den Gerichten, welche ſich beide das Recht zu entſcheiden beilegen, oder auch beide die Entſcheidung von ſich ablehnen, nothwendig erforderlich iſt. Im erſten Fall beſteht ein poſitiver- im zweiten ein negativer Conflict ***).

---

*) Die Entſcheidung der Conflicte zwiſchen den Gerichten ſelbſt war nämlich durch alle vorhergehenden Conſtitutionen und Geſetze dem Caſſationshof, einem Kollegium, welches die höchſte Achtung der Nation beſaß, übertragen.

**) Man ſehe die verſchiedenen Conſular-Beſchlüſſe (arrêtés) und Kaiſerl. Decrete, wodurch Conflicte entſchieden werden, bei Desenne tom. IV. p. (602 — 662).

***) Merlin Répert. art. conflit, d'attributions. „C'est une contestation entre une autorité administrative et un tribunal, sur le point de savoir, si c'est à l'une ou à

Sollte aber blos eine Parthei vor Gericht behaupten, daß die Entſcheidung der Sache vor die Verwaltungs-Beamten gehöre, ohne daß dieſe letztern darauf eingehn, ſo iſt dieſes kein eigentlicher Conflict, ſondern eine bloße Einwendung der Unbefugtheit des Richters (declinatoire), worüber auf gerichtlichem Wege entſchieden werden muß *). Die von der conſtituirenden Verſammlung und unter dem Directorium über die Conflicte gegebenen Geſetze hatten ſich nicht darüber ausgeſprochen, wem es

---

l'autre qu'appartient la connoissance de l'affaire qui y a donné lieu.“

*) Dieſes iſt durch ein Gutachten des Staatsraths vom 5ten November 1811, welches den 12ten November 1811 die Kaiſerliche Beſtätigung erhalten, und in das Geſetz-Bülletin eingerückt worden iſt, beſtimmt entſchieden (Desen. tom. IV. p. 644). In den Beweggründen heißt es unter andern: „Considérant que si par les dispositions de l'art. 3 de la loi du 7. Octobre 1790, de l'art. 27 de la loi du 21. Fructid. an 3, et de l'art. 11 du 5. Nivose an 8, c'est au gouvernement qu'il appartient de prononcer sur la compétence des tribunaux ou des corps administratifs, cette règle n'est applicable néanmoins qu'aux seuls cas où il existe un conflit positif résultant de la revendication faite par l'autorité administrative, ou un confit négatif résultant de la déclaration faite par les autorités judiciaires et administratives que l'affaire n'est pas dans leurs attributions respectives . . . . . que dans l'affaire de la commune de Brest contre les héretiers Lemayer il n'existoit aucun conflit ni positif ni negatif, mais seulement la commune avoit proposé contre l'arrêt de la cour d'appel de Rennes des moyens d'incompêtence sur lesquels la cour de cassation est autorisée à prononcer, en statuant sur l'admission ou sur le rejet du pourvoi etc.“ Vor dem Erſcheinen dieſes Gutachtens war man in Frankreich faſt allgemein der entgegengeſetzten Meinung, wozu die Worte von Art. 3 des Geſetzes vom 7ten October 1790 „Les réclamations d'incompétence à l'égard des corps administratifs ne sont en aucun cas du ressort des tribunaux; elles seront portées au roi etc.“ eine ſcheinbare Veranlaſſung gaben. Man ſehe hierüber Henrion d. Pansey chap. XXXII., wo man ſehr wichtige Bemerkungen findet.

eigentlich zuſtehe, die Verweiſung einer Sache von den Gerichten an die Verwaltungs-Behörden zu fordern, oder, wie man ſagt, den Conflict zu erheben (élever le conflit), und eben ſo wenig, in welcher Friſt derſelbe erhoben werden müßte. Was das erſte betrifft, ſo verſtand es ſich gleichſam von ſelbſt, daß die Verwaltungs-Behörden, denen es oblag, die Intereſſen der Regierung zu vertreten, und die alſo ſtatt derſelben vor Gericht geladen wurden, auch die Einwendung, daß die Entſcheidung der Sache vor die Verwaltung und nicht vor die Gerichte gehöre, vorbringen mußten. Dagegen ließ ſich um ſo weniger einwenden, als nach den damaligen Geſetzen (dem vom 7ten October 1790 ſowohl als dem vom 21ten Fructid. J. 3) nicht diejenigen Verwaltungs-Behörden, welche vor Gericht auftraten, (die Departements-Directorien u. ſ. f.) ſondern die Miniſter über die Conflicte entſchieden. Dieſem gemäß fiel nach dem Geſetz vom 28ten Pluv. J. 8 das Recht die Conflicte zu erheben den Präfecten anheim, welche an die Stelle der Departemental-Behörden getreten waren. Durch den Beſchluß der Conſuln vom 13ten Brum. J. 10*) ward dieſes noch beſtimmter feſtgeſetzt. Nach Art. 1 deſſelben iſt der Staatsprocurator, ſobald er erfährt, daß eine Sache, die vor die Verwaltungs-Behörden gehört, vor das Tribunal, wobei er in Function iſt, gebracht worden, verpflichtet, auf die Verweiſung derſelben an die Verwaltungs-Behörden anzutragen. Verweigert das Tribunal dieſe Verweiſung, ſo muß er (Art. 2) auf der Stelle den Präfect des Departements davon in Kenntniß ſetzen. Letzterer muß (Art. 3) innerhalb 24 Stunden den Conflict erheben, worauf dann die Sache bis zur höhern Entſcheidung ausgeſetzt bleibt. Der Präfect hat dieſelbe Befugniß (Art. 4), ſo oft er anderswoher erfährt, daß bei einem Tribunal eine Sache anhängig iſt, die ihrer Natur nach vor die Verwaltungs-Behörden gehört. Für dieſen letztern Fall iſt die Zeit, innerhalb welcher der Präfect den Conflict erheben muß, nicht beſtimmt, welches große Uebelſtände herbeiführen kann**). — Dasjenige,

---

*) Desen. tom. IV. p. 612.

**) Henrion de Pansey p. 519. Einige behaupten ſogar, der Präfect könne, ſelbſt nachdem die Sache in letzter Inſtanz was bis hierhin geſagt worden, wird hinreichen, um Jedem einen Begriff der Verhältniſſe, worin in Frankreich die richterliche zu der vollziehenden Gewalt ſteht, zu geben*). Es hat beſonders zu den Zeiten des Kaiſerlichen Despotismus nicht an Klagen über die zu große Ausdehnung der letztern gefehlt. Beſonders erregte das beſtändige um ſich greifen des Staatsraths den Argwohn vieler, welche in der demſelben beigelegten Gerichtsbarkeit nur eine Wiederkehr der ehmals ſo verhaßten Evocationen erblickten. Bei dem Umſturz des Kaiſerreichs hofften alle dieſe, auch der Staatsrath werde mit demſelben untergehen. Wirklich erwähnt auch die Charte v. J. 1814 des Staatsraths mit keiner Silbe**). Man konnte denſelben daher als unter den Trümmern des Kaiſerreichs begraben anſehn. Allein die alte Dynaſtie hatte kaum wieder feſten Fuß gefaßt, als die Königliche Verordnung v. 29ten Juni 1814***) den Staatsrath ins Leben zurückrief. Die Organiſation, welche ſie dieſem Kollegium gab, iſt noch noch mehr im Sinn der abſoluten Gewalt als die frühere (unter dem Kaiſerreich). Die Verordnung unterſcheidet (Art. 5) den eigentlichen geheimen Rath des Königs (conseil d'en-haut) von dem Staatsrath. Dieſer letztere behielt im Ganzen dieſelben Befugniſſe wie früherhin. In demſelben wurden fünf Comité's, 1) der Geſetzgebung, 2) der ſtreitigen Sachen, 3) des Innern, 4) der Finanzen, 5) des Handels niedergeſetzt, welche dem Kanzler und den Miniſtern, zu deren

---

entſchieden worden, noch den Conflict erheben. Doch dieſes ſind Erzeugniſſe oder Ueberbleibſel des Despotismus, zu welchem unter dem Kaiſerreich Alles hinneigte.

*) Ueber den Kaiſerlichen Staatsrath und deſſen amtlichen Wirkungskreis ſehe man beſonders: Du conseil de l'état, de sa composition, de ses attributions, de son organisation intêrieure, de sa marche, et du carâctere de ses actes, publié par M. Locré. Paris 1810. Man muß ſich hüten den Staatsrath mit dem geheimen Rath (conseil privé) zu verwechſeln, welchen der Kaiſer zuweilen entweder wegen politiſcher Urſachen oder wegen Begnadigungsſachen verſammelte.

**) Auch die gegenwärtige (vom J. 1830) nicht.

***) Desen. cod. génér. franc. tom. II. p. 25.

Fach ſie gehörten, beigegeben wurden [*]. Dieſe Comité's bereiteten wie früherhin die ihnen mitgetheilten Sachen vor, worauf die Sache dem geſammten Staatsrath vorgetragen ward. Allein in Hinſicht der Streitigkeiten in Verwaltungsſachen beſtimmt Art. 7, daß der König alle, die ein allgemeines Intereſſe haben, an ſeinen geheimen Rath abberufen könne. Hierdurch waren alſo die alten Evocationen in Verwaltungs-Streitigkeiten förmlich wieder hergeſtellt. Napoleon änderte nach ſeiner Zurückkunft von der Inſel Elba dieſes ſogleich ab, und ſtellte durch das Decret v. 31ten März 1815 [**] die früher von ihm eingeführte Ordnung faſt wieder her. Jetzt (unter dem König Ludwig Philip) wird in allen Streitigkeiten über Verwaltungsſachen, nachdem dieſelben von der betreffenden Abtheilung (comité) unterſucht ſind, der Bericht an den Staatsrath, wie beim Caſſationshof in öffentlicher Sitzung erſtattet. Die Advokaten können nach Abſtattung deſſelben mündlich ihre Bemerkungen mittheilen. Die Requetenmeiſter und Auditeurs verſehn die Stelle des Staatsprocurators. Solche Sitzungen des Staatsraths heißen gerichtliche (séances judiciaires). Der Tag derſelben wird durch den Moniteur vorher angezeigt.

---

[*] Jetzt (1833) beſteht der Staatsrath nur aus vier Comité's, 1) dem der Geſetzgebung und der Juſtiz in Verwaltungsſachen (justice administrative), 2) dem des Kriegs und der Marine, 3) dem des Innern und des Handels, 4) dem der Finanzen.

[**] Desen. tom. XVIII. p. 585.

# Anhang,

welcher die Beilagen (von Lit. A — Lit. I), nebſt
dem Regiſter zum erſten und zweiten
Theil enthält.

# Beilage Lit. A.

(Zu Theil I. S. 136.)

## Auszug aus den „assises de Jérusalem.“

### Chapit. II.

*Ci dit comment le duc Godefroy establi deux cours seculiers, l'une ci est la haute court de qu'il fu governor ét Justicier, et l'autre ci est la cour des Borges, laquelle est apéllée la court dou visconte.*

Le duc Godefroy de Buillon establi deus cours, l'une ci est la haute court de que il fu governor et justicier, et l'autre ci est la court des Borgés en laquele il establi un homme en son leuc a estre governor et Justicier, lequel est appellé visconte et establi à estre juges de la haute court ses homes chevaliers qui lui estoient tenus de foi par l'omage qu'il lui avoient faite et de sa court de la Borgésie Borgois de la dite cité des plus loyaux et des plus sages que en la dite cité fussent, et lor fit jurer de serement que les jures de la court de la Borgesi jurent, lequel est devisé au livre des assises de la court des Borges, et establi que lui et ses homes et lor fiés et les chevaliers fussent menes par la haute court et que toutes Borgesies fussent menees et determinees par la court de la Borgesie, car les plais des Borgesies ne peuvent ne doivent estre plaidies ne jugies qu'en la court de la Borgesie. Es ainsin fu lors establi par comun accort dou seignor et de ses homes et des Borges et enci a de puis esté tenu et maintenu el dit royaume. Et il ne fit mie establir les assises et usages des deux cours semblans en toutes choses pour ce aux les haus homes et ceaux qui sont tenus au seignor de soi, et le seignor ayant lors fiés et chevaliers ne doivent pas estre enci menés com Borgés, ne Borges, et gens de basse main com chevaliers. Et establi qu'en toutes les cités et en tous les leucs dou royaume, où il auroit justice, y eust visconte et jurés et cort de Borgésie pour le peuble gouverner et maintenir, mener et juger et justicier par les assises et les usages que lors furent establis à tenir et à user en la court des Borges, et il et les autres seignors et roys doudit royaume, Baronies, seignories, cours et coins et justice desquels il lor doivent service de lor cors et de une quantité de chevaliers, et les services que il doivent ains*) que la terre fu perdue, e sera devisée à la fin de cestui livre.

Der Herausgeber (Thaumaſſière) bemerkt über dieſe wichtige Urkunde der Vorzeit:

Ces assises furent écrites par l'ordre de Godefroi de Buillon et scellées de son sceau, de ceux du patriarche et du vicomte de Hierusalem. Elles furent appellées les lettres du sépulcre, parcequ'elles etoient gardés en un cofre dans l'église du sepulcre, d'où elles étoient tirées en la présence du roi ou de celui qui ètoit par lui commis, du patriarche ou en son absence du prieur du sepulcre, de deux chanoines et du vicomte, lorqu'il y avoit débat sur quelque article de ces coutumes. Elles avoient été corrigées et augmentées à diverses fois par Godefroi et ses successeurs*); elles furent redigées par écrit et mises en ordre par Jean d'Ibelin comte de Japhe et d'Ascalon seigneur de Baruth et de Pames vers l'an 1250. Il étoit fils de Balian d'Ibelin et d'Eschive de Montbeliard, et il mourut l'an 1266. Elles furent une seconde fois revues le 3. novembre 1369 apres la mort de Pierre de Lusignan roi de Chypre par l'ordonnance de Jean de Lusignan prince d'Antioche Baillistre de Pierre de Lusignan roi de Chypre son neveu, par seize hommes nommés et choisis en l'assemblée des états du royaume et aprës elles furent mises au trésor de l'église de Nicossie, dans un coffre scellé de quatre sceaux. — Les assises de Jérusalem sont appellées assises, parcéqu'elles furent faites en assise ou assemblée des grands du royaume.

---

*) „Ains" c'est avant, dit le glossaire.

**) Cela est dit expressément au Chap. III. des assises.

## Beilage Lit. B.

(Zu Theil 1. S. 85.)

### Philip's des Schönen Verordnung über den gerichtlichen Zweikampf*), gegeben zu Paris i. J. 1306.

### (Ordon. tom. I. p. 435).

Philippe par la grace de dieu roy de France, A tous ceux qui ces présentes lettres verront, salut. Scavoir faisons, que comme ença en arriere pour le commun prouffit de nostre Royaume, nous eussions deffendu généralement à tous nos subjets toutes manières de guerres, et tous gaiges de bataille, dont plusieurs malfaicteurs se sont advancez par la force de leurs corps et faux engins, à faire homicides, trahisons et tous autrés malefices, griefs et excés, pour ce que quand ils les avoient faits couvertement et en repost, ils ne pouvoient estre convaincus par tesmoius, dont par ainsy le malefice demeuroit impuni, et ce que nous en avons faict, est pour le commun prouffit et salut de notre royaume: mais pour oster aux mauvais dessus dits toute cause de malfaire, nous avons nostre dessusdite defense attemperée par ainsi; que la où il aperra évidemment homicide, trahison ou autres griefs violences, ou malefices excepté larrecin, parquoy peine de mort se deust ensuivir, secretement ou en repos, si que celuy qui l'auroit fait ne peust estre convaincus par tesmoins ou autre maniere suffisante. Nous voulons que en déffaut d'autre poinct, celuy ou ceux, qui par indices, ou presomptions semblables a vérité pour avoir ce fait, soient de tels faits suspicionnez, appellez et citez à gaiges de bataille et souffrons quant à ce cas les gaiges de bataille avoir lieu. Et pource que à celle justice tant seulement nous atrempons nostre deffense dessusdite ès lieux et ès termes, esquels les gaiges de bataille n'avoient lieu devant nostredite deffense, et ce n'estoit mie nostre intention, que cette deffense fust rappellée ne attemperée à nuls cas passez, devant, ne aprez la date de nosdites presentes lettres, desquelles les condempnations et absolutions, ou enquestes soient faites, affin que on les peust juger, absoudre ou condamner ainsi que le cas le requiert et evidemment apparoistra. En tesmoins de ce, nous avons ces lettres fait sceller de nostre grand scel. Donné à Paris le mercredy aprés la Trinité, l'an de grace mil trois cens et six.

---

*) Sie findet ſich auch, jedoch mit mehrern bedeutenden Varianten, bei Du-Cange, Glossar. art. Duellum.

### *Formulaire des combats à outrance qui fut fait en consequence de cette ordonnance.*

Les quatre choses appartenant à gaige de bataille, auparavant qu'il puist estre adjugé.

Premierement, nous voulons et ordonnons, qu'il soit chose notoire, certaine et evidente, que le malefice soit advenu. Et ce signifie l'acte, où il aperra évidemment homicide, trahison, ou autre vray-semblable malefice, par evidente suspicion.

Secondement, que les cas soit tel, que mort naturelle en deust ensuivir, excepté cas de larrecin, auquel gaige de bataille ne chiet point. Et ce signifie la clause, parquoi peine de mort s'en deust ensuivir.

Tiercement, qu'ils nul ne puissent estre punis autrement que par voye de gaige. Et ce signifie la clause en trahison reposte, si que celuy qui l'auroit fait ne se pourroit deffendre que par son corps.

Quartement, que celuy que on veut appeller soit diffamé du fait, par indices, ou présumptions semblables à verité. Et ce signifie la clause des indices.

### *Comment le deffendeur se vient presenter, devant le juge sans estre adjourné.*

En gaige de bataille tout homme qui se dit vray, et sans coulpes est tenu de soy rendre sans adjournement s'il sçait, estre accusé, mais on luy doit donner bon delay pour avoir ses amis, et s'il ne vient sans adjournement, ja pour ce son droict n'est amendry, ne son honneur avancié.

Item voulons et ordonnons, selon le texte de nos dites lettres, que jaçoit ce que en larrecin chiet peine de mort toutes voies il n'y chiet point gage de bataille, si comme il est contenu en la cause de larrecin excepté.

Item voulons et ordenons, que quand on propose aucun cas de gaige de bataille, duquel peine de mort s'en deust ensuivir, excepté larrecin comme dit est, il suffit que l'appellant *) die que l'appellé a fait ou fait faire le cas par lui ou par autre, supposé que l'appellant ne nomme point par qui.

Item, si le cas est supposé en génèraux termes, comme de dire, je le dis et veux dire, maintenir et soustenir que tel N. a traistreusement tué, ou fait tüer tel N. Nous voulons et ordonnons, que telle proposition soit non souffisante et indigne d'y repondre, selon le stile de nostre Court de France: mais luy convient dire le lieu ou le malefice a esté fait, le temps et le jour que sera mort la personne, ou que la trahison aura esté faite; toutes voyes en telle condition pourroit estre l'information du malefice, qu'il ne seroit ja besoin de dire l'heure, ne le jour, qui pourroit estre occult de sçavoir.

---

*) Unter Appellant wird hier der Kläger, unter appellé der Verklagte verſtanden. So bedeutete: appellare aliquem de quodam crimine Einen wegen eines Verbrechens anklagen.

Item. Voulons et ordonnons, que si le juge ordonne gaige ou combat, contre les coûtumes contenues en nos dites letres, de tout ce qui sera fait au contraire, pourra estre appellé.

Item. Voulous et ordenons que se l'une des parties se departoit de nostre Court, aprés les gaiges jettez et reçêus, sans nostre congié; iceluy departant ainsi, voulons et ordennons qu'il soit tenu et prononcié convaincu.

Item. Voulons et ordonons, que le demandeur ou appellant doive dire, ou faire dire par un Advocat son propos devant nous, ou son juge competant, contre sa partie adverse, luy present: et se doivent garder de dire chose ou il chée vilennie qui ne serve à sa querelle seulement et doit conclure et requerir que si l'appellé ou deffendant confesse choses par luy proposées estre vrayes, qu'il soit condamné avoir forfait et confisqué corps et biens à nous ou estre puni de telle peine, comme droit coustume et la matiere le requierent, et se ledit appellé ou deffendant le nie, adonc le dit appellant doit dire, qu'il ne pourroit prouver par témoius, ne autrement, que par son corps, contre le sien, ou par son advoué en champ clos, comme gentilhomme et preudhomme doit faire, en ma présence, comme Juge et Prince souverain. Et alors doit jetter son gaige de bataille, et puis faire sa retenue de conseil, d'armes de chevaux, et de toutes autres choses necessaires et convenables à gaige de bataille, et que en tel cas selon la noblesse et condition de lui appartient, avec toutes les protestations, qui s'ensuivent. Lesquelles protestations voulons et ordonnons qu'elles soient registrées pour scavoir, s'il y aura gaige, ou non en disant:

Item. Et premier dira, Tres-excellent et tres-puissant Prince, et nostre souverain Seigneur, ou s'il n'est ou sont du royaume de France, au lieu de dire Souverain Seigneur, diront, nostre juge competant, pour donner plus brieve fin aux choses, que j'ai dites, je proteste et retiens, que par leale exoine de mon corps, je puisse avoir un gentilhomme pour celuy jour mon advoué, qui en ma présence, si je puis, ou en mon absence, à l'aide de dieu et de nostre-dame fera son loyal devoir, à mes perils, cousts et despens comme raison est, toutes fois et qantes fois qu'il vous plaira. Et semblablement de conseil d'armes et de chevaux, comme pour ma propre personne, et ainsi comme en tel cas appartient.

Item voulons et ordonnons, que le defendeur, s'il voudra, sur ses perilz, dire au contraire, et requerir que les injures dites par l'appellant soient amendées, de telle amende et peine, qu'il devroit porter s'il avoit fait les choses dessusdites, et que l'appellant, sauve l'honneur de nostre maistre, ou de son juge competant, a faulsement et mauvaisement menti; et comme faulx et mauvais qu'il est de dire ce qu'il dit et s'en deffendra ledit deffendeur à l'aide de dieu et de nostre-dame, par son corps, ou par son advoué cessant toute leale exoine, s'il est dit et jugé que gaige de bataille y soit au lieu, jour et place que par le Roy comme leur souverain juge sera dit et ordonné. Et lors doit lever et prendre le gaige de terre, et puis faire ses protestations dessusdites, et requerir son advoué en cas de leale exoine, demander et faire retenue de conseil, d'armes et de chevaux et de toutes autres choses necessaires et convenables an gaige de bataille, selon la noblesse et condition de luy, et le surplus ainsi que dit est, lesquelles paroles et deffenses voulons et ordonnons, que soint semblablement escrites et registrées pour sçavoir, s'il y aura gaige ou non, et pour l'amender l'un envers l'autre selon que justice le requerra. Et pour ce chacun d'eux jurera et prometra et se obligera de comparoir aux jours heure et place à iceux assignez, tant à la journée, à sçavoir, se gaige y sera, comme à celle de la bataille, se bataille y chiet, selon l'information et le propos [de leur prouz. Du-Cange] lequel sera bien veu et sainement regardé par nobles et preudhommes, Clers, Chevaliers, et Escuyers, sans faveur de nully, lequel gaige ou non, sera devant eux adjugé au jour et place comme dit est [par nous on par leurs juges ordonné. Du-Cange] sur la peine d'estre reputé comme recreant ou convaincu, celuy a qui la faute sera.

Et outre voulons et ordonnons, qu'ils soient arrestez, se ils ne donnent bons et suffisians gaiges de non partir sans nostre congié, et licence.

[*) *Comment l'une des parties se part sans congé, et est pris de par le Roy.*

Aussy voulons et ordonnons, que se aucune des parties se departoit de nostre cour, aprés les gaiges jettez et receus, sans nostre congié, iceluy partant voulons et ordondonnons qui soit tenu et prononcé pour recreant et convaincu, et faite la justice que le cas requiert retenu nostre volonté.]

Et pource qu'il est de coûtume que l'appellant et le deffendant entrent au champ, portans avec eux toutes les armes desquelles ils entendent offendre l'un l'autre, et eux deffendre, partant de leurs hostils à cheval, eux et leurs chevaux, houssez et teniclez avec paremens de leurs armes, les visieres baissées, les escus au col, les glaives au poing, les espées et dagues chaintes, et en tous estats et manieres qu'ils entendront eux combattre, soit, à pied ou à cheval. Car ce ils faisoient porter leurs dites armes par aucuns autres, et portassent leurs visieres levees sans nostre congié, ou de leur juge, ce leur porteroit telle prejudice, qu'ils seroient contraints de combattre en tel estat qu'ils sernient entrez au champ, selon la coustume de present. et du droit d'armes. Et parce que cette coütume nous semble pour le combateur aucunement ennuyeuse: par nos dites lettres et chapitres, de present voulons et ordonnons, que lesdits combatteurs puissent partir aux heures assignées montez et armez, comme dit est, entrans au champs, les visieres levées, faisant porter devant eux leurs escus, leurs glaives, et toutes les autres armures raisonnables de combattre en tel cas. Et tant plus pour donner à connoissance qu'ils sont Chrestiens, partant de leurs hostels se seigneront de leurs mains droites et porteront le crucifix ou bannieres, ou seront portraits nostre Seigneur, nostre-Dame, ou les Anges, ou Saints et Saintes, ou ils auront leurs devotions, desquelles enseignes ou bannieres se seigneront toûjours, jusques a cè que ils soient descendus dedans leurs pavillons et tentes.

---

*) Die hier in Klammern geſetzte Stelle von Comment bis nostre volonté findet ſich nicht in dem Text der Ordon., ſo wie Lauriere ihn gibt.

Item. Et par les anciennes Coûtumes de nostre Royaume de France, l'appellant se doit presenter au champ premier et devant l'heure de mydi, et le deffendant devant l'heure de none, et quiconque deffaut de l'heure, il est tenu et jugié pour convaincu, se la grace et mercy du juge ne s'y estend, lesquelles constitutions, nous voulons et approuvons qu'elles tiennent et vallent: Neantmoins pour aucunes bonnes raisons à ce nous mouvans lesdites ordonnances atrempons et consentons, que nous ou le juge puissions avanchier, ou tarder le jour ou l'heure, selon la disposition du temps, ainsi qu'à tous juges plaira, et les prendre à nos mains pour les accorder, et ordonner à l'honneur et bien de tous deux qui pourra, ou pour donner autre jour et heure, tant avant la bataille commenchiée, comme en combattant, pour parfaire leur bataille, et en les remettant au mesme et semblable point et party, comme l'on les aura prins, sans ce que nul d'eux se puist jamais excuser, complaindre, deffendre, ne protester contre leurs juges competans.

*S'ensuit le premier de trois cris et les cinq deffenses, que le roy d'armes ou herault doit faire à tous gaiges de bataille.*

Premierement, ledit roy d'armes ou herault doit venir à cheval à la porte des lices, et la doit une fois crier que l'appellé viegne, et quand l'appellant et l'appellé ou deffendant seront entrez et auront fait au juge leurs protestations et seront descendus en leurs pavillons. Et tiercement quand ils seront retournez de faire leurs derniers seremens les Rois et herauts d'armes par la maniere qui s'ensuit crieront à haute voix, or oez; or oez; Seigneurs Chevaliers, Escuyers, et toutes manieres de gens, que nostre Souverain Seigneur par la grace de Dieu Roy de France, vous commande et defende, sur peine de perdre corps et avoir, que nul ne soit armé ne porte espées, ne autres harnois quelconques, se ce ne sont les gardes du champ, et ceux qui de par ledit Roy nostre Sire, [ou le juge] en auront congié.

Ainçois le Roy nostre souverain Seigneur vous defend et commande que nul de quelque condition qu'il soit, durant la bataille, ne soit à cheval, et ce aux gentils hommes sur peine de perdre le cheval, et aux serviteurs et roturieurs de perdre l'oreille: et ceux qui convoyeront les combatans, eux descendus devant la porte du champ, seront tenus de incontinent renvoyer leurs chevaux sur la peine que dit est: Ainçois le Roy nostre Sire, [ou le juge] vous commande et deffend, que nulle personne de quelque condition qu'il soit, ne entre au champ, sinon ceux qui seront deputez, ne ne soient sur les lices sur peine de perdre corps et biens; Ainçois le Roy nostre Sire [ou le juge] vous commande et deffend à toutes personnes de quelconques conditions qu'il soïent, qu'ils se assient sur banc, ou sur terre, afin que chacun puisse voir les parties combatre, et ce sur peine du poing. Ainçois le Roy nostre Sire vous commande et deffend que nul ne parle, ne signe, ne tousse, ne crache, ne crie, ne fasse aucun semblant, quelqu'il soit sur peine de perdre corps et avoir.

### [Autre ordonnance du Roy, comment les deux combatans doivent entrer en lisses.

Encores et jaçoit, que par les anciennes coustumes de nostre Royaume, l'appellant doit estre au champ avant l'heure à dix heures, et le deffendant avant l'heure de midy, et quiconques deffaut de l'heure, il est tenu et jugé pour convaincu, se nostre mercy ou de juge s'y entend, lesquelles coustumes nous vonlons et approuvons, que d'oresnavant se contiennent et vaillent. Neantmoins pour aucunes bonnes raisons à ce nous esmouvoir, lesdites ordonnances attemperons, et consentons, que nous ou leur juge puisse advancer ou tarder de jours et de heures, selon les dispositions du temps, ainsi que à nous et à tous juges plaira, et les prendre en nos mains pour les accorder, et ordonner à l'honneur et bien de tous deux qui pourra, et ou pour donner autre jonr et heure, tant avant la bataille commencee come en combatant pour parfaire leur bataille se le jour ne souffisoit, et en les remettant aux mêmes et semblables poincts, et party comme les avions prins: sans ce que nul ne s'en puisse jamais excuser, complaindre, defendre ne protester contre nos ordonnances, comme nous leurs juges competens.] *)

### *S'ensuivent les requestes et protestations que les deux Champions doivent faire à l'entrée du champ.*

Les protestations que les deux Champious doivent faire à l'entrée du champ sur la porte des lices au Connestable que le Roy y a commis, et aux Marechaux ou Mareschal du champ, qui là se trouvera, ausquels l'appellant dira ou fera dire par son advocat les paroles qui s'ensuivent, qui est pour plusieurs raisons le meilleur; et puis celles qu'il dira, ou fera dire semblablement au juge, quand il sera tout à cheval entré dedans, et premierement celle de l'heure du champ: Nostre tres-honoré Seigneur Monseigneur le Connestable ou le Mareschal du champ, je suis tel N de, ou voicy tel N. lequel, par devant vous comme celuy qui à cy (a) esté ordonné par nostre Sire le Roy, se vient presenter armé et monté comme gentilhomme, qui doit entrer en champ, pour combatre contre tel N., sur telle querelle comme faulx, mauvais, traistre, meurtrier, qu'il est, et de ce il prend nostre Seigneur, nostre Dame et Monsieur Saint George le bon Chevalier à tesmoing à cette journée, à nous par le Roy nostre souverain Seigneur assignée, et pour ce faire et accomplir s'est venu presenter pour faire son vray devoir, et vous requiers, que luy livriez et departiéz sa portion du champ, du vent, et du soleil, et de tout ce qui luy est necessaire, proufitable et convenable en tel cas. Et ce fait il fera son devoir à l'aide de Dieu, de Nostre-Dame, et de Monsieur Saint

---

*) Das Eingeklammerte von „autre ordonnance" bis „juges competens" fehlt in dem Text von Lauriere. Man ſehe indeſſen S. XI. von Zeile 7 an.

George le bon Chevaliar, comme dit est. Et proteste qu'il puisse combattre à cheval et à pied, ainsi comme mieux luy semblera, et de soy armer ou desarmer de ses armes et porter telles qu'il voudra, tant pour offendre, que pour defendre à son plaisir, avant combattre, ou en combattant se Dieu luy donne loisir de ce faire. Item que se tel N. adversaire portoit autres armures en champ, qu'il ne devroit par la Coutume de France, que icelles luy seroient ostés et qui en leur lieu n'en eust nulles autres, ne puist avoir.

Item. Se son ennemy avoit armes par mauvais arts forgées, comme par briefs, charmes, sors, ou invocations des ennemis, parquoy il fust veu et conneu manifestement que son bon droit luy fust empeschié, avant la bataille, ou en combatant, ou aprés que son bon droit, peust estre moindre ains soit le faux et mauvais pugny comme ennemy de Dieu, traître et meurtrier, selon la condition du cas, et doit requerir que sur ce îl doive specialement jurer.

Item doit requerir et protester que se le de plaisir de Dieu ne fust que au Soleil couchant il n'eust deconfit, et oultré son ennemy (laquelle chose il entend à faire se Dieu plaist) neantmoins peult requerir qu'il luy soit donné du jour, autant comme il en seroit passé, en faisant les ceremonies, selon les droits et anciennes Coustumes, ou autrement peut protester, s'il n'a l'espace d'un jour tout du long, lequel nous luy devons consentir et octroyer.

Item. Et que se tel N. son adversaire ne soit venu dedans l'heure dite de par le Roy nostre Sire, qu'il ne soit plus reçû: mais soit tenu pour reprouvé et convaincu, laquelle requeste est et sera à nostre liberté, neantmoings que s'il tardait sans nostre volonté qu'il soit fait comme dit est

Item doit demander, et tres expressement protester, de porter avec luy, pain, vin et autre viande pour mangier et boire l'espace d'un jour, se besoin luy estoit, et toutes autres choses à luy convenables et necessaires en tel cas, tant pour luy que pour son cheval, desquelles protestations et requestes, tant en general qu'en especial, il doit demander acte et instrument, lesquelles protestations et requestes voulons et ordonnons que l'appellant et deffendant puissent egalement et semblablement faire. Et par la forme que dit est, voulons et ordonnons, qu'ils puissent combatre à cheval ou à piéd, armez chacun à sa volonté, de tous bastons et harnois, excepté le mauvais engin, charmes, charrois et invocations d'ennemis, et toutes autres semblables choses deffendues, selon Dieu et Ste Eglise à tous bons Chrestiens.

### *Comment les Eschafaux, et les lices du champ doivent estre le siege de la Croix et du Te igitur, avec les Pavillons des Champions.*

Item voulons et ordonnons que toutes lices de gaige de bataille ayent six vingt pas de tour, c'est à sçavoir, quarante pas de large, et quatre-vingt de long, lesquelles tous juges seront tenus de faire, et les retenir pour les autres s'il en venoit.

Item voulons et ordonnons, que le siege et pavillon de l'appellant quel qu'il soit, sera à nostre main dextre, ou de son juge, et celuy du deffendant sera à la senestre.

Item, quand chacun aura dit, ou fait dire par son Avocat les choses dessusdites, avant qu'ils entrent ou champ, doivent baisser leurs visieres, et y entrer leurs visieres baissées, faisant le signe de la Croix, tout ainsi que dit est. Et en celuy estat doivent venir devant l'echaffaut, ou leur juge sera, qui leur fera lever leurs visieres. Et se le Roy estoit present ils doivent dire: Tres excellent et tres puissant Prince, et nostre Souverain Seigneur, je suis tel N. qui à votre presence, comme à nostre droiturier juge competant, suis venu à jour et l'heure par vous à moy assignée, pour faire mon devoir contre tel N. à cause du meurtre ou trahison qu'il a fait, et de ce j'en prend Dieu de mon costé, qui me sera aujourd'hui en aide: et quand il aura dit, au plus prés qu'il pourra par ses Conseillers, luy sera baillé un ecrit qui contiendra, les paroles dessusdites, lesquelles de sa propre main il baillera au Marechal du Champ qui les recevra, et de ce fait nous luy donnerons congié d'aller descendre en son pavillon. Et se ainsi estoit que les paroles dessusdites escrites, il ne sceust dire, voulons et ordonnons, qu'elles puissent estre dites par un Advocat.

Item, aprés tout ce le Roy d'armes, ou Heraut doit monter sur la porte des lices et illec doit faire son second cry et les cinq deffenses par la forme et maniere que dit est.

### *S'ensuivent les trois sermens, que doivent faire ceux qui sont tenus combattre au Champ par gaige de bataille.*

Premierement vient l'appellant la visiere hauchée, tout à pied, partant de son pavillon avec ses gardes et conseil, armé de toutes ses armes comme il est dit dessus et quand il sera dessous l'echafaut ou le juge est, il se mettra à genoux devant un siege richement paré, le mieux qu'on pourra, et la fera la figure ou scaura, ou sera la figure de nostre redempteur Jesus Christ en Croix, couchié dessus un *Te igitur*, et à sa dextre sera un Prestre, ou Religieux, qui luy dira par la maniere qui ensuit: Sire Chevalier, Escuyer ou seigneur de tel lieu N. qui estes ici appellant, veez ici la remembrance de nostre Seigneur et Redempteur Jesus-Christ, laquelle est tres vraye, qui voulut livrer son tres precieux corps à mort pour nous sauver. Or luy requerez mercy, et priez le, que à ce jour, vous veuille aider, se bon droit avez; car il est le souverain juge: souviegné vous des sermens que vous ferez, ou autrement vostre ame, vostre honneur, et vous estes en peril. Alors ces paroles finies le Mareschal prend l'appellant par ses deux mains à tout [ostées] les gantelets, et met la droite sur celle Croix, et la Senestre sur le *Te igitur*, et puis luy dit. Vous tel N. dictes comme moy, et il le dit, s'il a bon droit, ou, s'il se veut parjurer. Et lors le Mareschal dit, je tel N. appellant jure sur la remembrance de la Passion de nostre benoist Sauveur et Redempteur Jesus Christ, et sur les Saints Evangiles qui ici sont, et la foy de vray Chrestien. et du Saint Baptesme que je tiens de Dieu, que j'ay certainement juste et bonne querelle, et bon droit d'avoir en ce gaige de bataille appellé tel N. comme faux et mauvais traistre, meurtier, où dire selon le cas qu'il veut soustenir, qu'il est, lequel a tres fausse et mauvaise querelle de soy en deffendre, et ce luy montreray aujourd'huy par mon corps, contre le sien, à l'aide de Dieu, de Nostre-Dame, et de Monsieur Saint George le bon Chevalier, lequel serment fait, ledit appellant livre [leve], et se retourne à son pavillon, avec ceux qui l'ont conduit.

Item, aprés ce, les Gardes vont au pavillon du deffendant, lequel ils menent, pour faire le serment, à la susdite forme, avec les Conseillers, arme de tous les armes, et le surplus comme dit est,

Item. Et quand le Prestre l'a bien admonesté, le Mareschal aprés tout ce, prent ses deux mains à tout les gantelets, et les met ainsi qu'il a fait celles de l'appellant, et puis luy dit, je tel N. en deffendant jure sur cette remembrance de la Passion de Nostre Seigneur Jesus-Christ, et sur les Saints Evangiles qui cy sont, et sur le foy de vray Chrestien, et du saint Baptesme que je tiens de Dieu, que j'ay, et cuide avoir fermement, bonne, juste et sainte querelle, et bon droit de moy deffendre par gaige de bataille contre tel N., qui faulsement, et mauvaisement m'a accusé comme faux et mauvais qu'il est, de moy avoir appellé et de ce luy montreray aujourd'huy par mon corps, contre le sien, à l'aide de Dieu, de Nostre-Dame, et de Monsieur Saint George le bon Chevalier. Ledit serment fait, ledit deffendant se lieve et s'en retourne à son pavillon, comme (a) fait l'appellant.

Item au second serment, viendront les deux parties, l'un aprés l'autre, semblablement comme dessus, et pour abregier, jureront comme dessus il a esté devisé.

Item, au tiers serment les gardes se departiront autant de l'un costé comme de l'autre, et viendront querir aux deux parties, et les meneront accompagnées de leurs Conseillers, ainsi comme dit est, lesquels viendront pas à pas, de part à part, et quand ils seront agenouillez devant la

Croix, et le *Te igitur*, le Mareschal prendra leurs mains droite et leur ostera leurs gantelets lesquels il mettra sur la Croix. Alors doit estre le Prestre present, pour leur ramentevoir la vraye Passion de nostre Seigneur Jesus-Christ, la perdition de celuy qui aura tort, en ame et en corps, aux grands sermens qu'ils ont faits, et seront jugez par la sentence de Dieu, qui est de aider à bon droict; les confortant de se mettre plustost à la mercy du Prince que à la mercy, ou justice de Dieu, et pouvoir de l'ennemy.

Nous ordonnons que ce serment soit le dernier des trois, pour la mortelle haine qui est entre eux, especialment quand ils se entreverront, et se entretiendront par les mains, adonc le Mareschal leur demande, et premier à l'appellant, vous tel N. comme l'appellant, voulez-vous jurer; et s'il se repent, et fait conscience comme Chrestien, nous le recevons à nostre mercy, ou de son juge, avant qu'il ait combatu pour luy donner pénitence, ou autrement ordonner à nostre bon plaisir. Dont se ainsi est, nous ordonnons qu'ils soient menez en leurs pavillons, et de là ne partent jusques à nostre commandement, ou du juge devant qui ils soient venus. Et s'il veut jurer et dire qu'ouy alors le Mareschal demandera semblablement au deffendant, et puis retournera à l'appellant, et dira qu'il die comme luy. Je tel N. appellant, jure sur cette vraye figure de la Passion de nostre vraye Redempteur Jesus Christ, sur cestes Evangiles, qui cy sont, sur la foy de Baptesme comme Chrestien, que je tiens de Dieu, sur les tres souveraines joyes du Paradis, ausquelles je renonce pour les trois angoissantes peines d'enfer, sur mon ame, sur ma vie, et sur mon honneur, que j'ay bonne, sainte et juste querelle a combattre celuy faux et mauvais, traistre, meurtrier, parjeure, et menteur tel N. que je vois cy present devant moy, et de ce j'en appelle Dieu mon vray juge, nostre-Dame, et Monsieur Saint George le bon Chevalier a tesmoins, et pour ce leaument faire par les sermens qne j'ay faits, je n'ay, ne entends porter sur moy ne sur mon cheval, paroles, pierres, herbes, charmes, charrois *), conjuremens, ne invocations d'ennemis, ne nulles autres choses, ou j'aye esperance d'avoir aide, ne à luy nuire, ne ay recours, fors que en Dieu, en mon bon droit, par mon corps, et mon cheval, et par mes armes; et sur ce je baise cette vraye Croix, et les Saints Evangiles et me taiz. Après les sermens faits ledit Mareschal se trait vers le deffendant, et pour abregier, l'un et l'autre, dient ainsi, comme dit est. Et quand le deffendant a sur ses perils baise la Croix, et le *Te igitur* pour plus clarifier droit à celuy qui l'a, le Mareschal les prend par les mains droites, et les fait entretenir. Lors il dit à l'appellant qu'il die après luy, en parlant à son ennemy. O! tu tel N. que je tiens par la main droite, par les sermens que j'ay faits, la cause, pourquoy je t'appelle est vraye, et ay bonne cause de toy appeller, et à ce jour t'en combattray, tu as mauvaise cause, et nulles raisons de toy en combatre et deffendre contre moy; et tu le sçays, [bien] dont j'en appelle Dieu, nostre-Dame, et Monsieur Saint George le bon Chevalier à tesmoin, comme faux, traistre, meurtrier, et foi mentie. Après ce le Mareschal dit au deffendeur qu'il die comme luy en parlant à l'appellant: O! tu tel N. que tiens par la main droite, par les sermens, que j'ay faits, à cause que tu m'appellé faux et mauvais **) parquoy j'ay bonne et legale cause de m'en deffendre, et combattre contre moy, comme tu le sçais ***) dont de ce j'en appelle Dieu, et Monsieur saint George le bon Chevalier à tesmoins, comme faux et manvais que tu es. Et après tous les sermens faits et paroles dites, ils doivent rebaiser le Crucifix, et puis chacun ensemble per à per se lever, et leur retourner en leurs pavillons pour faire leur devoir: et le prestre prend alors sa Croix, son *Te igitur*, et le siege surquoy ils estoient et boute hors, et s'en va.

---

*) Charrois (*lat.* caraula, carauda, v. coraula, vid. Du-Cange) espece de sortilege, billet ecrit en caracteres magiques.

**) „La cause. pourquoy tu m'as appellé, est fausse et mauvaise.“ Du-Cange.

***) „Et tu le sçais bien.“ id.

### *Le dernier des trois cris, que le Roy d'armes ou heraut, doit crier à haute voix au milieu des lices.*

Or après ce que le Roy d'armes aura crié, et que chascun sera assis, et ordonné sans dire mot, et que les parties seront toutes prestes, et en point de faire leur devoir. Alors par le commandement du Mareschal viendra le Roy d'armes ou herault au milieu de lices, par trois fois crier, faites vos devoirs, faites vos devoirs, faites vos devoirs; Et apres cès paroles les deux champions souldront de leurs pavillons sur les escabaux, qui seront là tous prests, et leurs bâtons à l'entour de eux, de quoy ils se doivent ayder, environnez de leurs Conseillers. Adonc subitement leurs pavillons seront par dessus les lices jettez hors.

Et quand tout sera en point lors, le Mareschal partant, en criant par trois fois, laissez-les aller, laissez-les aller, laissez-les aller, et ces paroles dites, jette le gand, et alors qui veut se monte prestement à cheval et qui ne veut en gaige de querelle*), soit à son bon plaisir. Alors les Conseillers sans plus attendre s'en partent, et laissent la à chacun sa bouteillette pleine de vin et un pain, lié en une toüaillette, et fasse chacun le mieux qu'il pourra.

### *Par quantes manieres le gaige de bataille est dit oultre.*

Item. Voulons et ordonnons que gaige de bataille ne soit point oultré, fors par deux manieres, c'est à sçavoir, quand l'une des parties confesse sa coulpe, et est rendn: et l'autre qui est la seconde, quand l'un met l'autre hors des lices vief ou mort, dont mort ou vif comme sera le corps, il sera du juge, livré au Mareschal, pour de luy faire justice, tout à nostre bon plaisir.

Et lors s'il est vif, ordonnons qu'il soit en estant levé, et par les Roys d'armes et herauts desarmé, et les esquillettes couppées, et tout son harnois, ça et là par les lices jettez, et puis à terre couchié, et s'il est mort soit ainsi desarmé, et laissé jusques à nostre ordonnance, qui sera de pardonner, ou d'en faire justice, tout ainsi que bon nous semblera : mais les pleiges seront arrestez jusques à la satisfaction de partie, et le surplus de ses biens à son Prince confisquez.

---

*) Wahrſcheinlich ſoll es heißen „engage la querelle [à pied].“

Item. Voulons et ordonnons, que le vainqueur se parte des lices honorablement à cheval, par la forme qu'il y est entré, s'il n'a essoine de son corps, portant le baston duquel il aura deconfict son adversaire en sa dextre main et lui seront ses pleiges et hostaiges délivrez. Et que de cette querelle pour quelque information du contraire, il ne soit tenu d'y respondre ne nuls juges ne l'en puissent plus contraindre, s'il ne veult. Quia transivit in rem judicatam et judicatum inviolabiliter observari debet etc.

Item. Voulons et ordonnons, que le cheval, comme dit est, du vaincu, et generalement toutes (les) autres choses que le vaincu aura apporté au champ, soient et appartiennent de droit au Connestable, Mareschaux ou Mareschal du champ, qni pour ce jour en auront eû la charge ou la garde.

## *Conclusion.*

Or faisons à Dieu priere qu'il garde le droit à qui l'ha, et que chacun bon Chrestien se garde d'encherir en tel peril, car entre tous les perils qui sont, c'est celuy que l'on doit plus craindre et redouter. dont maint noble, s'en est trouvé deçeu ayant bon droit, ou non, par trop se confier en leurs engins, et en leurs forces ou aveuglez par ire et outrecuidance: et aucunes fois pour la honte du monde, donnent, ou refusent paix, ou convenables partis, dont maintes fois ont depuis porté de vieux pechez nouvelles penitences, en meprisant et non chalant le jugement de Dieu. Mais qui se plaint, et jusice ne trouve, la doit-il de Dieu requerir: Que si pour interest sans orgueil et mal-talent pour son bon droit, il requierre bataille, ja ne doit redouter engin, ne force. Car Dieu nostre Seigneur Jesus-Christ, le vray juge sera pour luy.

# Beilage Lit. C.

(Zu Theil II. S. 598 ***)

## Ueber die Behandlung der Lombarden in Frankreich.

Die Lombarden (Lombardi, Ytalici, ultramontani, Lombards, Ytaliens, oultremontains), welche im Mittelalter ſich mit den Juden in den ganzen innern- oder Landhandel theilten, hatten mit ihnen auch daſſelbe Schickſal, von den Fürſten abwechſelnd angezogen, geplündert, vertrieben, und (meiſtens gegen Geld) wieder zurückgerufen zu werden. Der Grund oder Vorwand, womit man dieſe harten Maßregeln entſchuldigte, war der entſetzliche Wucher, den ſie ſich erlaubten. Schon Ludwig der H. erließ im Januar 1268 (Ordon. tom. I. p. 96) an alle Amtmänner einen von ſeinem Sohn Philip d. Kühnen i. J. 1274 (ibid. p. 298, 299) wiederholten Befehl, daß alle Longobarden und aus Cahors gebürtige, welche Wucher trieben, in drei Monaten das Land räumen ſollten (Lombardi et Caorcini ac etiam quam plures alii alienigene usurarii in regno nostro publice super pignoribus mutuatis ad usuram, habentes ad hoc domos et mansiones specialiter deputatas. Einige glauben, unter Caorcini werde eine beſondere Familie verſtanden). Wer ihnen das geliehene Kapital wiedergäbe, ſollte von den Zinſen frei ſeyn. Diejenigen Kaufleute aus der Lombardei hingegen, welche ſich nicht mit Wucher befaßten, ſollten frei und ruhig handeln dürfen. Im Jahr 1295 hatte Philip der Schöne zwei dieſer Lombarden zu Banquiers. Sein Schreiben (gegeb. am Feſt aller Heil. 1295, Ordon. tom. I. p. 326), worin von denſelben (Bichio et Moncheto Guidy fratribus dilectis, valletis et receptoribus nostris) Erwähnung geſchieht, erlaubt den Kaufleuten aus der Lombardei in allen Städten und Orten, die in ihrem Bürgerbrief angegeben waren, (in villis et locis in literis suarum burgesiarum contentis) frei von allen Steuern und Laſten zu handeln, wogegen ſie dem König für jeden Livre, den ſie umſchlugen, eine gewiſſe Abgabe (denarium, obolam et pogesiam sive pictam bezahlten, wie dieſes auch die Kaufleute auf den Meſſen der Champagne zu thun pflegten.

Nach Art. 9 der Verordnung, welche Carl der Vierte im Mai 1327 über die Meſſen von Champagne und Brie erließ, (Ordon. tom. I. p. 800) ſollte jeder Italiäner, Ultramontaner und Ausländer, welcher Geld auslieh (presteurs ou casenier), an dem Meßort wohnen oder innerhalb drei Monaten nach Verkündigung dieſer Verordnung das Land räumen. Philip von Valois griff die Sache noch gründlicher an. Durch ſeine Verordnung vom 28ten December 1347, die ſein Sohn Johan der Zweite im April 1350 beſtätigte (Ordon. tom. II. p. 418, 419), beſtimmte er, daß um dem übertriebenen Wucher der Lombarden und Italiäner ein Ende zu machen, jeder Schuldner derſelben durch Abtragung des Kapitals von den Zinſen völlig frei ſeyn; daß dieſes Kapital aber nicht an die Gläubiger, ſondern an den Königlichen Schatz bezahlt, und daß endlich über den Betrag der Schuld dem Eid des Schuldners Glauben beigemeſſen werden ſollte. Dieſe Verordnung ſollte allenthalben verkündigt, und jedem verboten werden, ſich mit ſeinem Gläubiger abzufinden, ſondern jeder ſollte der Obrigkeit den Betrag ſeiner Schulden angeben· Schon im Jahr 1340 hatte derſelbe König einen ähnlichen Befehl, doch nur in Beziehung auf die außerhalb Frankreichs an der Gränze wohnenden Italiäner und Juden, welche gegen die Königlichen Befehle mit den franzöſiſchen Prälaten wucheriſche Contracte abſchloſſen, erlaſſen. Um die Schulden kennen zu lernen, war darin eine entſetzliche Maßregeln vorgeſchrieben. Dem Amtmann von Beaucaire wird darin befohlen: Faites aussi crier, que tous tabellions et autres, qui obligations, lettres ou instrumens en auront reçus (Ordon. tom. II. p. 143), vous baillent, par ecrit en substance tels contraux, et que il ne le baillent ne rendent ausdit credeteurs, et les contraignes à vous montrer leurs protocolles par voies deües etc.“ In der Sammlung der Ordonnanzen finden ſich mehrere Quittungen, welche die Königl. Empfänger über das von den Schuldnern der Lombarden ihnen bezahlte Geld ausgeſtellt haben, ſo wie auch Urtheile, wodurch dieſe Schuldner von allen weitern Anſprüchen, welche die Lombarden an ſie machen könnten, frei erklärt werden (Ordon. tom. II. p. 419, 441). Die Lombarden mögen es allerdings arg gemacht haben. (L. c. p. 419) wird in einem Urtheil angeführt, daß ein Ritter (Wilh. v. Rabeurre) an zwei Lombarden (Couraust und Senos) eine Summe v. 750 Florin verſchrieben hätte, der auf die Evangelien geſchworen hätte, denſelben nur ſechzig Florin (florins à l'escu) ſchuldig zu ſeyn. Beſonders waren vier Geſellſchaften (societates Scaramporum, Angoissolorum ac Faletorum, et Thomas le Bourguignon) berüchtigt, die man zuweilen (Ordon. tom. III. p. 224 art. 7) auch nur die quatre compagnies nannte. Philip von Valois (Ordon. tom. II. p. 523) hatte dieſelben nebſt allen Italiänern (ac omnes alios forenses, tam societates quam singulares personas Lombardorum, Ytalicorum, Ultramontanorum et aliorum quorumcunque usurariorum) bei dem Parlament verklagen laſſen, nachdem er vorher alle ihre beweglichen und unbeweglichen Güter nebſt ihren Forderungen und den bei ihnen niedergelegten Pfändern mit Beſchlag zu belegen befohlen hatte. Das Parlament erklärte ſie auch durch ein Urtheil vom 6ten December 1347 für Wucherer, und alle ihre Güter als dem König verfallen. Selbſt das Vermögen derjenigen, deren Prozeſſe noch ſchwebten, ſollte dieſem Urtheil gemäß bis zur Entſcheidung derſelben im Sequeſter bleiben. Nun drängte ſich bald eine Claſſe von Menſchen, noch ſchändlicher als jene Wucherer heran, welche entweder durch Königliche Schenkungen oder auf andere Weiſe Anſprüche auf dieſe eingezogenen Güter zu haben behaupteten, und ſie auch hin und wieder ausgeliefert erhielten; ſo daß der König Johan ſich genöthigt ſah, gegen dieſes Unweſen i. J. 1316 (Ordon. tom. III p. 523) eine beſondere Verordnung zu erlaſſen. Noch ein anderer, für die Schuldner dieſer Lombarden äußerſt drückender Unterſchleif entſtand durch folgenden Umſtand. Alle activen Forderungen der Lombarden, wovon die Kapitalſumme, ſo wie ſo eben erinnert worden, an den Königl. Schatz bezahlt werden mußte, waren (Ordon. tom. III. p. 30 art. 17) der Königin Blanca, Gemahlin Philips von Valois geſchenkt worden. Dieſe ließ nun alle ſolche Forderungen, mit Gewalt eintreiben. Es waren zur Schlichtung der Streitigkeiten zwiſchen den Wu cherern und ihren Schuldnern beſondere Commiſſarien ernannt worden. Dieſe, welche eigentlich zum Schutz der Schuldner beſtellt waren, übten ſpäter die ärgſten Quälereien gegen ſie aus, beſchieden ſie an entfernte Orte, um ſich dort zu verantworten u. dgl. König Johann hob endlich durch eine Verordnung v. 20ten und 21ten October 1363 Art. 2 (Ordon. tom. III. p 641, 642) dieſe Commiſſaire auf, und beſtimmte, daß die Schuldner der Lombarden auf immer von allen Forderungen, die von irgend Jemand an ſie gemacht werden könnten, frei ſeyn ſollten.

Die ſo ſehr gedrückten und mißhandelten Lombarden behaupteten ſich dennoch, und wußten wenigſtens ſich bald den Rückweg ins Reich zu öffnen. Dieſes beweiſt eine Verordnung, die Carl der fünfte den 10ten Juni 1368 (Ordon. tom. VII. p. 709) über die ſogenannte Lombarden-Büchſe (boête aux Lombards, Pisseda Lombardorum) erließ. Dieſes war eine Abgabe, welche die Lombarden entrichten mußten. Nach Art. 2 ſollten, wenn einige Lombarden behaupteten, von dieſer Abgabe frei zu ſeyn, die Urkunden uud Titel, welche ſie darüber hätten, in der Oberrechenkammer unterſucht werden. Man findet überdem in der Sammlung der Ordon. du Louv. eine Menge Königl. Schreiben, welche von einem ſpätern Datum als die eben angeführten Ausplünderung derſelben ſind, und wodurch einzelnen Lombardiſchen Familien erlaubt wird, in einzelnen namentlich aufgeführten Sädten eine Menge von Jahren gegen eine an den König bezahlte Summe Geldes nicht allein zu wohnen, ſondern auch auf Pfänder zu leihen.

So hatten unter andern drei Lombarden (Oste, Berthelemi et Pierre Garet) von dem König Carl dem 5ten die Erlaubniß erhalten, einige Zeit in Paris zu wohnen. Einer derſelben (Oste Garet) hatte davon einen ſo ſchlechten Gebrauch gemacht, daß er auf das Geſuch des Königl. Procurators bei der Schatzkammer in eine Geldbuße v. 2000 Liv. Tourn. verurtheilt worden war, die er auch bezahlt hatte. Ungeachtet deſſen gab Carl der ſechſte durch ſein Schreiben vom Mai 1382 (Ordon. tom. VI. p. 653), worin die ſo eben genannten Umſtände angeführt werden, dieſen Lombarden eine neue Erlaubniß in Paris zu wohnen, und überdem viele Privilegien, nachdem er (zum Schein) die alten für nichtig erklärt hatte. Als Grund dieſer beſondern Gnade wird angeführt: „eu regart à la simplesse, impertinacité, et au regret et desir que disoient avoir les diz Oste, Berthelemi Garés en l'abitacion de nostre Royaume.“ Allein der wahre Grund war, weil dieſelben (Art. 25) jedes Jahr an den Schatz 200 Liv. Tournois bezahlten. Sie erhielten dafür auch ſehr ſchöne Privilegien. Sie durften jede Art von Handel treiben und auf Pfänder (doch nicht zu höhern Zinſen als zu 2 Den. Paris. für 16 Sol. Paris. die Woche) leihen. Sie brauchten die Pfänder, nur nachdem ſie für ihr Kapital und Zinſen befriedigt waren, herauszugeben, und durften dieſelben nach Jahr und Tag durch das Gericht verkaufen laſſen. Sie waren dabei von allen Abgaben frei u. ſ. f. Der Inhalt der Verordnung iſt überhaupt wichtig, nur wäre es viel zu weitläufig, ihn hier umſtändlich anzuführen. Die von den ſpätern Königen an andere Lombarden ertheilten Freibriefe und Privilegien ſind faſt von demſelben Inhalt. M. ſ. beſonders den von Carl dem ſiebenten den 13ten September 1429 den Lombarden Laurentz Tabutz u. ſ. f. ertheilten Freibrief (Ordon. tom, XV. p. 248 folg). — Noch weit ärgere Bedrückungen und Grauſamkeiten als gegen die Lombarden wurden gegen die Juden verübt. Nicht genug, daß ſie von den älteſten Zeiten (von Philip Auguſt i. J. 1182) an abwechſelnd geplündert, verwieſen und gegen Geld wieder eingelaſſen wurden, beſchimpfte und erniedrigte man ſie auf alle nur erſinnliche Weiſe. Ludwig d. H. befahl i. J. 1254 (Ordon. tom. I. p. 75 art. 32) ihren Talmud zu verbrennen. Nach einer Verordnung, welche derſelbe König i. J. 1269 auf die Bitte eines Mönchs aus dem Prediger-Orden (dilecti nobis in Christo fratris Pauli Christiny de ordine fratrum praedicatorum) erließ (Ordon. tom. I. p. 294), mußten alle Juden beiderlei Geſchlechts ſowohl auf der Bruſt als auf dem Rücken ein rothes Rad auf dem Oberkleid angenäht haben (unam rotam de feutro, seu panno croceo, in superiore veste consutam ante pectus et retro . . , . . cujus rotae latitudo sit in circumferentia quatuor digitorum, concavitas autem contineat unam palmam). Wenn ein Jude dieſes Zeichen nicht hatte, konnte derjenige, der ihn ſo traf, verlangen, daß er ihm ſein Oberkleid abträte, wobei derſelbe noch überdem mit 10 Liv.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Geldbuße beſtraft ward. Dieſe Vorſchrift ward von mehrern der folgenden Könige, Philip dem Kühnen und Ludwig dem 10ten beſtätigt. Die Verordnung des letztern vom 28ten Juli 1315 (Ordon. tom. I. p. 595) enthält darüber Art. 3: „Il porteront le signet la où il l'avoient accoustumé à porter, et sera large d'un blanc tournois d'argent au plus, et sera d'autre couleur que la robbe, pourtrait de fil ou de soie grossement, pour estre mieus et plus clerement apparent.“ In der Verordnung des Königs Johann vom 26ten October 1363 (Ordon tom. III. p. 641. 642) wird es Art. 1 ſo beſtimmt: „:grant rouelle bien notable, de la grandeur de nostre grant seel partie de rouge et de blanc. M. ſ. Du-Cange ad voc. Rota Judaeorum. — Ja ſollte man es glauben, daß man die Grauſamkeit gegen dieſe Unglücklichen ſo weit trieb, daß man ſie aller Güter beraubte, wenn ſie zum chriſtlichen Glauben übergingen; eine Gewohnheit, die erſt Carl der ſechſte durch ſeine Verordnung vom 4ten April 1392 abſchaffte (Ordon. tom. VII. p. 557).

## Beilage Lit. D.

(Zu Theil II. S. 707.)

### Ordonnance de Philippe III. (le hardi) touchant les amortissements, au Parlement de la Toussaint ou de Noel en 1275 (Ordon du Louv. tom. I. p, 304.*)

**R***emarque de Lauriere.* Voici la premiere Ordonnance qui ait mis en regle les amortissememens, c'est à dire les extinctions et les abregemens de fiefs, en taxant les eglises et non nobles pour leurs acquisitions à une certaine finance.

On sera sans doute surpris que le Roy dise qu'il ait fait une telle disposition pour l'utilité des eglises et pour

---

*) M. ſ. die Vorrede des Grafen Paſtoret zu Ordon. tom. XV.

le repos de ses sujets. Cependant cela est très veritable. Il faut donc se souvenir de ce qui a déja été remarqué cidessus, que par l'ancien usage de la France nul Seigneur de fief ne pouvoit l'abreger, le diminuer, ou en éteindre, ou amortir la moindre partie, sans le consentement de son Seigneur suzerain, et que la peine de l'abregement, ou de l'amortissement etoit que la partie amortie, ou abregée étoit devolue au Seigneur superieur, au même état qu'elle etoit avant l'amortissement, ou l'abregement. Lorsqu'un Seigneur permettoit à des gens de main morte de posseder des terres dans son fief, il le diminuoit et l'abregeoit, ou il en éteignoit ou amortissoit une partie, parce que les gens de main-morte ne mourant et n'alienant pas, il se privoit à l'avenir des lods et ventes qui lui seroient echus, si ces heritages ainsi tombez en main-morte, avoient été possedez par des laiques et des seculiers. Et lorsqu'un Seigneur permettoit à un non noble de posseder un fief mouvant de luy, il abregeoit encore son fief, et en éteignoit une partie, parce que le non noble ne desservoit pas ordinairement son fief, qu'ainsi les services en etoient perdus. De sorte que dans l'un et l'autre cas, les heritages et le fief étoient devolus au Seigneur superieur*) immediat au même état qu'ils étoient avant l'amortissement, ou l'abregement. Et comme le Seigneur superieur immediat diminuoit aussi son fief, quand il approuvoit ce qui avoit été fait par son vassal, ce fief et ces heritages étoient devolus à l'autre Seigner superieur, et ainsi de Seigneur superieur en Seigneur superieur jusques au Roy. Ainsi pour obtenir un amortissement parfait, il falloit payer finance au Seigneur immediat, et à tous les Seigneurs mediats de degré en degré jusques au Roy *).

---

*) Etablissem. d. St. Louis liv. I. chap. 125. „Se aucuns avoit donné à aucune religion, ou à aucune Abaïe, une piece de terre, li Sires en qui fié ce seroit ne le soufferroit pas par droit, se il ne voloit, ains le porroit bien prendre en sa main. Mais cil à qui l'aumosne aura este donnée, si doit vênir au Seigneur, et li doit dire en tele maniere: Sire, ce nous a esté donné en aumosne, se il vous plest nous le tenions, et se il vous plest nous l'osterons de nostre main dedans terme avenant; si leur doit li Sires esgarder, qu'ils la doivent oster dedans l'an et li jour de leur main, et se il ne l'ostoient li Sires la porroit prendre comme en son demaine, et si ne l'en respondroit ja par droit."

Philippe III, abolit cet ancien droit pour l'utilité de l'eglise et le repos de ses sujets, en les affranchissant de la vexation des Seigneurs mediats, dont le nombre fut reduit à trois, ainsi qu'il est expliqué cy à après. Voyez ma dissertation sur l'origine du droit d'amortissement p. 89, 90 etc.

„Ecclesiarnm utilitati, et subjectorum quiéti providere volentes, deliberatione providâ precedente. In forma quae sequitur duximus ordinandum:

1) Videlicet quod Seneschalli, Baillivi, Prepositi, Vicecomites et alii justitiarii nostri cessent, et abstineant molestare Ecclesias super acquisitionibus, quas hactenus fecerunt in terris Baronum nostrorum, qui et quorum praedecessores, nostris, et predecessorum nostrorum temporibus, per longam patientiam usi fuisse noscuntur publice, et patienter dare et eleemosynare Ecclesiis, et concedere quod Ecclesiae licité acquisita tenerent, consensu nostro minime requisito, absque nllâ reclamatione per nos vel predecessores nostros facta, dictis Baronibus, vel predecessoribus eorumdem.

2) Insuper precipimus quod ubi Eccsesiae acquisierint possessiones, quas habent amortisatas a tribus dominis, non

---

*) Der hier angegebene Grund gilt eigentlich nur für die Erwerbung ſolcher Güter, die irgend einer Lehnspflichtigkeit unterworfen waren. Allein in Frankreich war die unbedingte Erwerbung unbeweglicher Güter und Rechte, wenn ſie auch freie Allodien waren, der todten Hand von jeher verboten. Der Grund dieſes Verbots iſt ſchon oben S. 707 * nach Bacquet (Traité des Droits d. Dom., 3ième partie de nouv. acquests chap. 25) angeführt.

computatâ personâ que in ecclesiam transtulit possessiones easdem, nulla eis per jutsitiarios nostros molestia conferatur.

3) Rursum pro rebus et possessionibus aliis quas acquisierunt Ecclesiae in terris, feodis vel retrofeodis nostris, sine nostro vel predecessorum nostrorum assensu a 29*) annis citra, hanc gratiam fieri volumus ecclesiis, videlicet quod res et possessiones taliter acquisitas extra manum suam pro nobis, aut nomine nostro, ponere non cogantur, dummodo pro possessionibus eleemosynatis eisdem, nobis prestent in pecuniâ, quantum valere possent fructus duorum annorum rerum, sic acquisitarum, legitime estimati.

4) Ad alias vero possessiones per quemcumque contractum non gratuitum acquisitas ab Ecclesiis, ad ponendum extra manus, volumus illas Ecclesias non compelli pro nobis aut nostro nomine, quae nobis solvere voluerint in pecunia, quantum valere possent fructus trium annorum legitime estimati.

5) Quod si Ecclesie acquisiverint in allodiis, in terris, feodis et retrofeodis nostris, volumus quod in eleemosynatis, vel donatis fructuum unius anni nobis prestetur estimatio. In acquisitis non gratuito titulo fructuum duorum aunorum nobis estimatio persolvatnr, si res taliter acquisitas retinere maluerint, quam ponere extra manum.

6) Preterea in personis innobilibus, que res feodales acquisierint et tenent per homagium ad servitium competens, precipimus justitiariis nostris quod hujusmodi personas innobiles non molestent, sed eis in pace dimittant res taliter acquisitas.

7) Quod si personae innobiles acquisierint in feodis vel retrofeodis nostris, extra terras predictorum Baronum nostrorum et ita sit quod inter nos et personam que alienavit res ipsas non sint**) tres, vel plures intermedii

---

*) Dans quelques manuscrits il y a „a triginta annis.“

**) Dieſer Verordnung ſind (Ordon. tom. I. p. 305, 306) in der Note noch zwei Inſtructionen beigefügt, welche mehrere wichtige Erklärungen und Zuſätze enthalten. Sie ſind in-

Domini, precipimus quod si teneant ad servitium minus competens, vel aliter appareat feodi facta deterior conditio

---

deſſen zu weitläufig, um ſie hier vollſtändig mitzutheilen. Die erſte iſt aus dem Regiſter Croix feuil. 54 der Oberrechenkammer genommen. Nach derſelben ſtand es einigen mächtigern Baronen völlig frei, einen Theil ihrer Güter in die todte Hand zu geben. Es heißt dort ſo:

Pares Franciae

Belvacum, Noviodunum, Cathalanum sunt Comitatus,
Remi, Laudunum, Lingones, atque duces
Flandria, Tholosa, Campania sunt Comitatus,
Est dux Normannus, Burgundus sic Aquitanus.

Comites majores post Pares.

Britannus . . . . . . Andegavensis (Anjou)
Nivernensis (Nevers) . . Marchie (Marche)
Attrebatensis (Artois).

De hiis prout ex declarationibus aliàs super financiis habitis est compertum, potest intelligi, quod tam sue titulo dignitatis, quam eorum usu longissimo, amortizare, et eleemosynare valeant, pecuniam, seu quodvis emolumentum proinde non recipiendo, ita tamen quod pro eleemosynis seu admortisationibus hujusmodi, eorum tenute non emembrentur, seu etiam deformentur.

Nun werden noch einige Grafen und Herren (Comites et Domini) genannt, welche ſich zwar im Beſitz deſſelben Vorrechts behauptet hatten, welches aber als ein Mißbrauch (abusus qui in distractionem feudorum, retrofeudorum et regni totius redundabat) nicht ferner geduldet werden ſollte. Verum quia, heißt es ferner, tales aliquâ debent prerogativâ gaudere, de patientia toleramus, quod aliquas eleemosynas pro suarum animarum salute, facere valeant anniversaria, constituere Capellanias, et similia beneficia fundare, dum tamen eorum tenute propter hoc nullatenus emembreutur seu etiam deformentur. Volumus tamen quod insinuare nobis talia teneantur. Praeterea Archiepiscopi, Episcopi, vel alii dignitates aut beneficia obtinentes, quae in regalia nostra venerunt, quidquam admortizare, vel alienare non possunt, quod si jam fecerint, financie possunt levari et exigi, cum hoc uon possint facere sine nostro praejudicio et regni detrimento. Si vero Ecclesia in aliam similis conditionis Ecclesiam possessiones transferat, vel tenutas cogantur tales possessores rem feodalem ponere extra manum, nisi maluerint prestare nobis estimationem fructuum duorum annorum rerum taliter acquisitarum.

8) Et si res feodalis facta fuerit censualis, praestabitur nobis quatuor annorum fructuum estimatio vel fiat per justitiarios nostros, quod res in statum pristinum reducatur.

9) Hanc autem ordinationem facimus pro casibus illis, qui temporibus preteritis precesserunt, provisionem ipsam nolentes extendi ad casus qui provenient in futurum, immo in his qui de novo emerserint, novo provisionis remedio consulatur, nolentes insuper eamdem ordinationem ad alienationes extendi, de quibus sine dilatione sciri poterit manifeste ipsas nobis adeo esse damnosas et graves, quod merité non debeant aliquatenus tolerari. Praemissa ordinatio facta Parisiis in Parlamento omnium Sanctorum post nativitatem Domini anno milesimo ducentesimo septuagesimo quinto.

---

ad quas extra manum suam ponendas non poterat coherceri, ex translationé hujusmodi financia non debetur . . . . . . De eleemosynis modicis factis Ecclesiis sicut de cereâ, lampade uno, duobusve torticiis in elevatione Dominici corporis accendentes financia non debetur. Circa alias eleemosynas constitutionis forma servetur, nisi super hoc gratiam faciamus specialem . . . . . De allodiis liberis in emphyteosim vel acapitum datis, seu aliis translatis non debetur financia, dum tamen non sit allodium magne rei, cum jurisdictione et districtu, cujus alienationem de nobili in innobilem fieri nolumus, nisi de nostrâ licentiâ vel gratia speciali. Die zweite Inſtruction, die ſich im Regiſter Noster feuil. 30 vers. findet, iſt mit dem Namen des Königs (Philippus etc.) überſchrieben und an die Königl. Commiſſarien von Languedoc gerichtet. Es heißt darin unter andern: „Quibusdam consultationibus vestris in nostrâ Curiâ propositis respondemus, quod cum per ordinationem nostram quam fecimus super exigendis pro nobis financiis, de rebus ab ecclesiis et religiosis in feodis et retrofeodis acquisitis à triginta annis citra, et de rebus feodalibus in personas innobiles translatis, non ab ipsis nobilibus, sed ab ipsarum rerum possessoribus financiones exigantur.

Da die hier angeführte Verordnung (v, J. 1275) nach Art. 9 ſich nur auf die Vergangenheit erſtreckte, und die Geiſtlichkeit zu erwerben fortfuhr, ſo fanden viele der nachfolgenden Könige, Philip der Schöne i. J. 1291 (Ordon. tom. I. p. 323), Philip der Lange im März 1320 (ibid. p. 745), Carl der Vierte i. J. 1324 (ibid. p. 786) und i. J. 1326 (ibid. p 797), Philip v. Valois i. J. 1328 (Ordon. tom. II. p, 23) und mehrere andere ſich genöthigt, nähere Verordnungen darüber zu erlaſſen, welche indeſſen ihrem Hauptinhalt nach faſt übereinſtimmen. Die Geiſtlichkeit ward, obſchon ſie die Erwerbung ohne Bewilligung des Königs gemacht hatte, gegen Leiſtung einer Entſchädigung, deren Betrag freilich durch die folgenden Verordnungen meiſtens erhöht ward in ihrem Beſitz geſchützt. Doch enthält die unter Carl dem Vierten i. J. 1324 erlaſſene Inſtruktion (Ordon. tom. l. p. 786) Art. 8: „Chacun baillif fera crier publiquement et solemnellement en ce que les eglises ou personnes non nobles acquerreront dores-en-avant en nos fiefs ou arriere-fiefs, si comme dessus est dit, sans nostre assentement. Se il les tiennent par an et par jour sans finer en à nous, ou à nos genz, à ce establis de par nous, l'an et le jour passé, il sera du tout acquis et confisquè à nous.“ Schon die Verordnung Philips des Langen v. J. 1320 hatte Art. 2 feſtgeſetzt: „Pro acquisitis vero [a sexaginta annis citra] in feodis et censivis nostris emptionis, vel excambii, aut alio quocumque titulo non gratuito, estimationem precii, quod pro eis in venditione perpetuâ semel posset haberi, vel aliud precium, si majus fuerit, pro quo res ipso titulo quo predicitur acquisitae fuerant [nobis prestent].“ Art. 7 heißt es ferner: „Praeterea quoniam in partibus lingue occitane, possessiones sunt cariores quam in partibus Gallicanis, volumus et praecipimus quod Ecclesie et Ecclesiastice persone dictarum partium et locorum circumvicinorum in quibus denarius annui redditus pretio viginti denariorum, vel plurium, vel circa communiter hereditarie vendi potest, pro rebus et possessionibus in feodis et censivis nostris, titulo non gratuito, acquisierint, estimationem precii, quod proinde legitimâ venditione posset haberi, saltem estimato denario ad viginti, vel aliud precium si majus fuerit, pro quo res ipso titulo quo predicitur acquisite fuerunt [ecclesiae] nobis solvant. Pro acquisitis per ipsas Ecclesias et Ecclesiasticas personas in partibus supradictis, in quibusvis aliis membris, et articulis ante dictis, ultra quam in partibus Gallicanis duplum volumus exigi et levari.“

Eine Erklärung Carls des Vierten v. J. 1326 (Ordon. tom. I. p. 797 Not.) enthält noch Art. 2: „Si Ecclesia, vel Ecslesiastica, vel religiosa, seu innobilis persona finare de suis acquisitis compellatur, non debebit apponi manus regia, nisi dumtaxat in rebus acquisitis, nisi demum facta financia, qua facta pro ipsius solutione sunt financiis bona omnia obligata, et per ipsorum explectationem poterit ad solvendum compelli.“ Art. 6. „Et si persone que finaverant quecumque sint, sine magno et evidenti gravamine solvere non possunt financias quas fecerunt, dilationes competentes, earum tenuitate facultatum considerata, de solvendo dictam financiam, concedentur.“

Der in den Königl. Verordnungen feſtgeſetzte Betrag der Entſchädigung war nur als ein minimum anzuſehn, welches die Geiſtlichkeit u. ſ. f., wenn ſie in ihrem Beſitz erhalten werden wollte, leiſten mußte*). Die Königl. Beamten, welche mit der Eintreibung dieſer Entſchädigung beauftragt waren, unterhandelten daher und verglichen ſich über den Betrag derſelben. Dieſes nannte man finare**). Ein Beiſpiel einer ſolchen Unterhandlung unter Philip von Valois i. J. 1328, welches ein treues Bild der damaligen Zeit darſtellt, findet man (Ordon. d. Louv. tom. II. p. 24, 25, 26 Not.).

---

*) In der oben angeführten Verordnung Philips d. Schönen v. J. 1291 (Ordon. tom. I. p. 322, 324) heißt es Art. 9: „Volumus autem, quod missi a nobis pro financiis faciendis meliores financias faciant pro nobis quam supra dictum est, si possit, deteriores autem non recipiant ullo modo.“

**) In dieſer Bedeutung kommt das angeführte Wort in den ſo eben über die Amortiſation angeführten Verordnungen ſehr oft vor. M. ſ. noch Du-Cange ad voc. finare. und financia.

Die Geiſtlichkeit fuhr ungeachtet aller Königl. Verordnungen immer fort, neue Güter zu erwerben. Oft ſetzte ſie, wie aus einem Befehl (mandement) Carls des ſechſten vom 11ten Februar 1385*) erhellt, der Vollſtreckung der Verordnung die Einrede der Verjährung entgegen. Durch dieſen Befehl indeſſen ward der Geiſtlichkeit aufgegeben, Alles, was ſie ſeit vierzig Jahren ohne königl. Bewilligung erworben, in welchem Gebiet, wo und wie und von welcher Art es immer ſeyn mogte**), innerhalb eines Jahrs aus ihrer Hand zu geben (mettre hors de leur main), nach welcher Friſt es, wenn ſie ſich deſſelben nicht entäußert hätte, zu den Königl. Domainen gezogen werden ſollte. Einzelne Abteien, Klöſter und Stifter erhielten indeſſen von Zeit zu Zeit eine Befreiung von dieſen Verpflichtungen. Schon Philip d. Schöne bewilligte durch eine Verordnung v. Februar 1303 Art. 5 der Geiſtlichkeit der Provinz Narbonne eine ſolche Befreiung für alle ihre ſchon erworbenen Güter***). Die Geiſtlchkeit der Dioceſe von Amiens hatte von demſelben König ſchon durch ſeinen Brief v. 15ten Auguſt 1303†) dieſelbe Befreiung für alle ihre in den königlichen Lehn, Afterlehn und

---

*) Ordon. tom. VII. p. 143. Der König gibt als einen Theil des Zwecks dieſes Befehls an: „pour . . . . . . oster et interrompre toute matiere de prescription dont d'en se vouldroit *efforcier* de appliquer ou entreprendre contre nous par tolerance ou laps de temps, comme par autres plusieurs causes.

**) „Rentes, revenues et autres possessions . . . . . [même aux cas où] les usufruiz aus donneurs ou autres [étoient] reservez à temps ou à vie, ou par condition de les racheter dedans certain temps."

***) (Ordon. du Louv. tom. I. p. 402, 403) art. 5. „Item. De gratiâ speciali concedimus ipsis Praelatis, ac ecclesiis suis, Collegiis ac personis Ecclesiasticis supradictis, quod de acquisitis suis factis nomine Ecclesiarum temporibus retroactis, praestare financias vel extra manum suam dicta acquisita ponere nullatenùs compellantur, sed ea possint licite retinere."

†) (Ordon. tom. I. p. 382). Der Auguſt kam in dieſem Jahr früher als der Februar. M. ſ. die Vorrede.

Allodien bis zum Tag dieſes Schreibens ſchon erworbenen Güter erhalten, jedoch unter der Verpflichtung, dem König einmal den zehnten Theil ihrer Einkünfte zu bezahlen. Das Recht, einen ſolchen Befreiungsbrief (lettres d'amortissement) zu ertheilen, kam ſeit unvordenklichen Zeiten dem König allein zu*). Zwar hatten in ältern Zeiten die Barone ſich ebenfalls daſſelbe anzumaßen geſucht. Es gab ſogar bis zu den letzten Zeiten Briefe der Art, welche von den Herzogen von Anjou, von Berry, von Burgund, den Grafen von Champagne u. ſ. f. ausgeſtellt waren**). Allein die Königl. Beamten nahmen keine Rückſicht darauf, und forderten dem ungeachtet die dem König gebührenden Rechte ein. In den Regiſtern Olim findet ſich ein Urtheil des Parlaments v. J. 1272, wodurch gegen den Biſchof von Laon dieſes Recht als ein dem König ausſchließlich zukommendes erkannt worden iſt***). Auch der König gewährte ſolche Befreiungsbriefe ſelten ohne alle Vergütung. Carl der ſechſte, um dem ſtets wachſenden Reichthum der Geiſtlichkeit ein Ziel zu ſetzen, beſtimmte durch ſein Schreiben vom October 1402 (Ordon. tom. VIII. p. 546, 547), daß ehe ſolche Befreiungsbriefe (lettres d'amortissement) für ächt und gültig erkannt würden (avant la vérification et l'enterinement), diejenigen, welche ſie erwirkt', gehalten ſeyn ſollten, den dritten Theil des Werths der Güter an die königlichen Domainen abzutreten *). Indeſſen wurden doch auch von den nachfolgenden Königen ſolche Amortiſationsbriefe ohne Vorbehalt oder eigentlich mit Ausſchließung jeder Entſchädigung ertheilt. Dieſes mußte indeſſen in dem Brief beſtimmt ausgeſprochen ſeyn **). Derſelbe mußte überdem, um gültig zu ſeyn, wenn er ſeit der Regierung Philips v. Valois ertheilt war, in die Regiſter der Oberrechenkammer- und wenn er von einem ſpätern Datum, als das Edict Carls des Neunten über die Domainen v. J. 1666 war, ſowohl in die Regiſter des Parlaments als der

---

*) Bacquet vrait d. Dr. d. Dom. 4iême part. du Droit d'Amortissem. chap. 61.

**) Ibid.

***) M. ſ. noch Ferrier Dict. d. D. art. Amortissem. Derſelbe zieht aus dem grand Coutumier (Th. I. S. 137) folgende Stelle aus: „Au Roy nostre Sire, seul et pour le tout appartient faire amortissement par tout son Royaume, et ne peut en icelui quelque terre etre amortie, jusqu'à ce que le Roi l'ait amortie: et se il advenoit que les Pairs, Barons et autres Seigneurs sujets amortissent aucune chose tenue d'eux, pour ce n'est pas absolument amortie, que le Roi ne puisse contraindre le posédant à la délaisser, et icelle appliquer à son domaine, s'ils ne le mettent hors de leurs mains, après la signification que dedans l'an etc. — Auch bei Bouteiller in ſeiner Somme Rur. findet man dieſelbe Meinung.

---

*) „. . . . . avons ordonné et ordonnons . , . . . que doresenavant toutes personnes de quelque estat ou condition qu'elles soient, qui vouldront empétrer et obtenir, empétreront et obtenront de Nous Lettres d'Amortissement d'aucunes Rentes, Terres ou possessions, seront tenues de Nous baillir et bailleront reálment et de fait avant la vérification et entérinement de leurs dites lettres au prouffit et acroissement de nostre Domaine, la tierce partie d'autant comme vauldront et monteront les Terres, Rentes ou possessions que nous leur aurons admorties ou admortirons, comme dit est, laquelle tierce partie en Terres, Rentes ou Possessions assises soubz Nous et en nostre Terre et justice sanz moyen, sera appliquée et ajoutée à nostredit Domaine, sanz ce que Nous en faisons don, quittance ne remission quelconques: lequel, ou cas que par enadvertance ou autrement Nous ferions, Nous voulons estre nul et de nul effect, et n'y voulons aucunement estre obtempéré, et des maintenant pour lors le révoquons et mettons du tout au nèant par la teneur de ces Présentes etc."

**) Bacquet du dr. d'Amortissem. chap. 46 und 52. Ehmals hielt man, um den König zu entſchädigen, ſtreng an der Verordnung Carls des ſechſten v. October 1402, daß nämlich der dritte Theil der erworbenen Grundſtücke in natura an die Domainen abgetreten werden mußte. Schon zu den Zeiten Bacquet's, der unter Heinrich dem dritten lebte, ward ſie (chap. 46) nicht mehr befolgt, ſondern die Entſchädigung in Geld geleiſtet.

Oberrechenkammer eingetragen ſeyn*). Endlich mußten noch alle dieſe Briefe das große Königl. Siegel tragen. Man unterſchied drei Gattungen dieſer Briefe (Bacquet ibid. chap. 42), nämlich allgemeine, beſondere und gemiſchte (générales, particulières et mixtes). Die erſtern wurden allen in einer Provinz wohnenden Unterthanen oder der Geiſtlichkeit einer ganzen Diöceſe oder auch von ganz Frankreich in Beziehung auf alle ihre Güter, die ſie von dem Datum des Briefs an beſaßen, ertheilt, ohne daß dieſe Güter näher angegeben waren. Durch Briefe der zweiten Art erhielt eine einzelne Gemeinde in Beziehung auf irgend ein beſtimmt angegebenes Beſitzthum (heritages declarez par le menu et au vray par tenans et aboutissans), das Recht, es zu erwerben oder zu behalten. Briefe der dritten Art endlich waren ſolche, die zwar auch einer einzelnen Gemeinde, Abtei u. ſ. f. allein in Beziehung auf alle ihre Güter gegeben wurden. Amortiſationsbriefe der erſten Art waren durch die alten Verordnungen verboten**). Indeſſen wurden dieſelben doch von einigen Königen ertheilt. So ertheilte Franz der Erſte im März 1522 der geſammten Geiſtlichkeit von Frankreich gegen Erlegung einer auf einmal bezahlten Summe einen allgemeinen Amortiſationsbrief über Alles, was ſie bis zu dieſem Zeitpunkt erworben hatte*). Der Brief enthält die Clauſel: „Non obstant quelconques usages, droicts, styles, coustumes, ordonnances à ce contraires; esquelles et chacunes d'icelles quant à ce avons derogé et derogeons par ledit advis de nostre Conseil, quant à l'effect et contenu de cesdites presentes: , . . . . Et mesmement qu'elles pourroient contenir generaux amortissemens estre prohibez et deffendus. Et qu'il faut que ce que l'on a amorti, soit specifiquement et par le menu déclaré, et que la valeur par an et prix pour une fois, ne soit cy exprimée etc.“ Solche allgemeine Amortiſationsbriefe wurden von den Behörden, die mit der Eintreibung der Amortiſations-Gelder beauftragt waren, entweder gar nicht, oder höchſtens nur zu Lebzeiten des Königs, der ſie ausgeſtellt hatte, beachtet. Die Oberrechenkammer weigerte ſich meiſtens, ſie in ihre Regiſter einzutragen, und ſelbſt wenn dieſes geſchehen war, ſuchte man ſpäter irgend einen Mangel in der Form u. dgl. hervor. So mußte die Cleriſei, ungeachtet der allgemeine Amortiſationsbrief von Franz dem erſten bei der Oberrechenkammer einregiſtrirt war, unter ſeinem Sohn Heinrich dem Zweiten ſich nochmals mit dem König vergleichen, wie man bei Bacquet chap. 43 umſtändlich angeführt findet. Die Amortiſationsbriefe bezogen ſich überdem faſt ohne Ausnahme nur auf die Vergangenheit. In einigen ward doch noch hinzugefügt, daß es denjenigen, zu deren Gunſten der Brief gegeben war, erlaubt ſeyn ſollte, auch noch ferner, jedoch bis zu einer gewiſſen Summe zu erwerben. Ludwig der eilfte, welcher zu der Mutter Gottes von Cleri eine beſondere Andacht hatte, ertheilte indeſſen den 21ten December 1464 der Kirche und dem Kapitel daſelbſt einen ganz allgemeinen Amortiſationsbrief**) für Alles, was ſie ſchon erworben hätten, und in der Zukunft auf was immer für eine Art erwerben würden.

---

*) Bacquet du Dr. d'Amortissem. chap. 74. In der Verordnung, die Philip v. Valois den 8ten Aprel 1342 erließ (Ordon tom. II. p. 173, 175), beſtimmte derſelbe Art. 8, daß, da viele falſche Briefe über Adelsverleihungen, amortissemens u. ſ. f. gemacht worden, den Amtmännern, Seneſchallen u. ſ. f. aufgegeben würde, alle diejenigen, die ſolche Briefe vorzeigten, an die Oberrechenkammer oder an die von dem König dazu ernannten Commiſſarien zu verweiſen, und den Vorzeigern den Genuß des Privilegiums nicht eher zu geſtatten, bis die Echtheit des Briefs bekundet wäre. Bei Briefen, die von einem frühern Datum, als dieſe Verordnung Philips von Valois waren, ſah man nicht auf die Erfüllung dieſer Formalität.

**) Bacquet du Dr. d'Amortissem. chap. 47. Bacquet führt indeſſen keine einzige beſtimmte Verordnung an, welche dieſelben verboten hätte. Sie waren es indeſſen ganz gewiß, wenn auch nicht durch königliche Verordnungen, doch ſicher durch Parlamentsbeſchlüſſe, oder durch den Gerichtsgebrauch, wie durch das aus der Verordnung Franz des Erſten vom März 1522 angeführte deutlich erhellt.

---

*) Bei Bacquet chap. 43 findet man den vollſtändigen Text dieſes Briefs. Chap. 44, 45, 52 theilt er noch mehrere ſolcher Amortiſationsbriefe vollſtändig mit.

**) Man findet den vollſtändigen Text dieſes Briefs Ordon. tom. XVII. p. 48.

Die Amortiſationsbriefe gewährten dem Inhaber nur gegen den König oder deſſen Beamte völligen Schutz. Wenn das erworbene Gut nicht unter der unmittelbaren Lehnsherrlichkeit des Königs, ſondern eines andern Grundherrn ſtand, ſo konnte dieſer es zwar nicht einziehn, oder den Erwerber zwingen, es aus ſeiner Hand zu geben (zu verkaufen u. ſ. f.). Allein der Erwerber war verpflichtet, den Lehnsherrn, ſowohl den unmittelbaren als alle mittelbaren zu entſchädigen*). Darum enthielten die Amortiſationsbriefe immer die Formel „sauf en autres choses nostre droit, et l'autruy en toutes“ oder „sauf l'interêt d'autrui et des seigneurs.“ Selbſt wenn dieſe Clauſel nicht beigefügt war, ward ſie als beigefügt angeſehn (Ferriere Dict. d. Dr. art. amortissement). Ueber den Betrag der Entſchädigung mußten die Erwerber ſich mit dem Lehnsherrn vergleichen, oder ſie ward von den Gerichten beſtimmt. Bacquet glaubt, daß der Billigkeit gemäß, der Erwerber nie über den dritten Theil des Werths zur Entſchädigung ſowohl des Königs als aller Lehnsherren zuſammen zu geben gezwungen werden könne. Außer der Entſchädigung in Geld lag dem Erwerber noch eine beſondere Verpflichtung auf, welche man „bailler homme vivant mourant“ nannte. Da nämlich bei jedem Wechſel des Beſitzers eines Lehns durch Sterbfälle u. ſ. f. dem Lehnsherrn eine gewiſſe Abgabe entrichtet werden mußte, die ihm, wenn ein Gut in die todte Hand kam, auf immer entging, ſo konnte er verlangen, daß der Erwerber einen andern an ſeine Stelle ſetzte, ſo daß letzterer die Huldigung leiſten nnd und bei dem Abſterben dieſes Stellvertreters dem Lehnsherrn die ſonſt gebräuchliche Abgabe entrichtet werden mußte. Die Abteien, Klöſter u. ſ. f. pflegten hierzu meiſtens Einen aus ihrer Mitte zu nehmen. Nach einigen Gewohnheiten waren die

---

*) Gerade ſo, wie es geſchehn mußte, wenn irgend ein Landes-Antheil zur Pairie erhoben ward, worüber man die (Th. I. S. 186 folg.) mitgetheilte umſtändliche Note ** nachſehn kann.

Erwerber ſogar verpflichtet, „bailler homme vivant mourant et confisquant.“ Hierdurch war der Lehnsherr berechtigt, das erworbene Gut wieder einzuziehn, wenn der Stellvertreter ein Verbrechen beging, wodurch gewöhnlich das Gut dem Lehnsherrn verfallen war. (M. ſ. Bacquet chap. 5). — Ueber die Amortiſation erſchienen auch ſpäterhin noch eine Menge Edicte und Verordnungen, die man größtentheils dem Werk von Hericourt (édit. de 1774) beigefügt findet. Beſonders wichtig für die Ausübung war der Beſchluß des Staatsraths vom 21ten Jan. 1738, welcher allen Intendanten der Provinzen mitgetheilt ward. (Héricourt H. III. N° 34).

Die Amortiſations-Rechte (les droits d'amortissement) wurden endlich ſogleich im Anfang der Revolution und ganz insbeſondere durch Art. 1 des Geſetzes vom 5ten December 1790*) über das Enregiſtrement gänzlich abgeſchafft. — Aus Allem, was wir über die Amortiſation geſagt haben, erhellt, daß man unter derſelben in Frankreich etwas anders als in Deutſchland verſtand. In unſerm Vaterland bezeichnet man meiſtens mit dieſem Wort das Recht der Fürſten, der Geiſtlichkeit den Ankauf neuer Güter zu verbieten, oder auch das Recht, die von derſelben wider dieſes Verbot erworbenen Güter wieder einzuziehn; wogegen man in Frankreich darunter die von den Fürſten der Geiſtlichkeit (meiſtens gegen eine gewiſſe Vergütung) gegebene Erlaubniß neue Güter zu erwerben, ſo wie auch das Recht, dieſes zu erlauben, und endlich die dafür entrichtete Abgabe oder Vergütung ſelbſt verſtand. In Deutſchland beabſichtigte man durch die Amortiſation ganz direct die Anhäufung der Güter in der todten Hand zu verhindern oder ſie rückgängig zu machen. In Frankreich war dieſes, beſonders in den frühern Zeiten, nur Nebenzweck, welcher überdem durchaus nicht erreicht ward. Als indeſſen die Anſichten über die Staats-Oeconomie ſich mehr aufklärten, und man einſah, daß es durchaus nöthig ſey, dem Fortſchreiten jenes großen Uebels (der Anhäufung des Reichthums, beſonders des Grund-Eigenthums) in den Händen der Geiſtlichkeit ein Ziel zu ſetzen, erließ endlich Ludwig der 15te das wichtige Edict (gegeb. zu Verſailles im Auguſt 1749), wovon ſchon oben (S. 709 **, 831) geredet worden, und wodurch der Geiſtlichkeit die Erwerbung neuer Güter, unter welchem Titel es immer ſeyn mögte, durchaus verboten ward. Das Edict, welches man dem Werk von Hericourt (édit. d. 1774) ebenfalls angehängt findet, iſt ſehr ausführlich, und enthält eine Menge von Vorſchriften und Strafen, um die Umgehung des Verbots zu verhindern. Die Geiſtlichkeit ſollte auch keine andern Renten, als auf den Königl. Schatz, die Cleriſei, Gemeinden u. ſ. f. erwerben können. Das Edict, obſchon eines der merkwürdigſten, iſt indeſſen zu weitläufig, um es hier mitzutheilen.

---

*) Desenne tom. XIV. p. 228.

## Beilage Lit. E.

(Zu Theil II. S. 711 *.)

### Ueber den Urſprung der Zehnten.

Wir wollen, um keinen Zweifel übrig zu laſſen, daß wirklich die weltlichen Fürſten den Zehnten, und zwar als eine Abgabe zum Vortheil und zur Unterhaltung der Geiſtlichkeit eingeführt haben, hier einige der wichtigſten darüber erlaſſenen Geſetze zuſammenſtellen.

In den erſten Zeiten des Chriſtenthums beſtand gar keine Verpflichtung, den Zehnten zu entrichten, wie deutlich genug daraus erhellt, daß in keiner der Schriften des neuen Teſtaments, und eben ſo in keinem der älteſten Denkmale des Chriſtenthums, wie z. B. in den Regeln der Apoſtel (canon. Apost.)*) davon irgend eine Erwähnung geſchieht. Die Diener der Kirche lebten damals entweder von ihrem eigenen Vermögen oder von freiwilligen Gaben (Opfer oder oblationes genannt) *), welche die Gläubigen ihnen darbrachten. Zu den Zeiten der heidniſchen Kaiſer wäre es auch nicht wohl möglich geweſen, ein Gebot, welches die Gläubigen verpflichtete den Prieſtern den Zehnten zu bezahlen, mit einigem Erfolg in Ausübung zu bringen. Allein ſelbſt noch eine geraume Zeit nachher, als die Kaiſer zum Chriſtenthum übergegangen waren, beſtand kein, weder weltliches noch auch geiſtliches Zwangs-Gebot für die Entrichtung des Zehntens. Der h. Auguſtinus, der unter dem Kaiſer Conſtantin lebte, ermahnte ſeine Gläubigen, einen Theil ihres Vermögens den Dienern des Altars zu geben. Obſchon ihr, ſagte er, nicht gerade durch ein beſtimmtes Geſetz verpflichtet ſeyd, den Zehnten zu entrichten, ſo ſollt ihr doch Abraham nachahmen, der ihn ſchon vor dem Geſetz aus Frömmigkeit bezahlte. Die Geiſtlichkeit zeigte indeſſen, beſonders ſeitdem durch den Uebertritt der Kaiſer zur chriſtlichen Religion ihre äußere Macht eine ſo ſtarke Stütze erhalten, eine große Neigung, die dem jüdiſchen Volk auferlegte Verpflichtung, den Leviten den Zehnten zu bezahlen, für ein allgemein bindendes Geſetz geltend zu machen **). Bei allem dem gelang dieſes doch nur allmählig, und in den verſchiedenen Ländern zu verſchiedenen Zeiten. Der Kirchen-Geſchichtſchreiber Fleury, welcher natürlich vorzugsweiſe Frankreich im Auge hatte, ſagt (hist. ecclésiast. Liv. 34. N° 50), die älteſte geſetzliche Beſtimmung, die er gefunden, wodurch die Entrichtung des Zehnten als ſtrenges Gebot vorgeſchrieben werde, ſey der fünfte Canon des Concilium von Maçon, welches am Schluß des ſechſten Jahrhunderts gehalten ward. Derſelbe enthält wirklich: „Nunc autem paulatim praevaricatores legum pene Christiani omnes ostenduntur, dum ea quae divinitus sancita sunt, adimplere negligunt. . . . . . Unde statuimus et decernimus, ut mos antiqus a fidelibus reparetur; et decimas ecclesiasticis famulantibus caeremoniis populus omnis inferat, quas sacerdotes in usum pauperum, aut in captivorum redemptionem praerogantes, suis orationibus pacem populo ac salutem impetrent. Siquis autem contumax nostris statutis saluberrimis fuerit, a membris Ecclesiae omni tempore separetur."

---

*) M. ſ. Canon. 3, 4, 39, 40, 41.

---

*) Sie beſtanden zum Theil in den Erſtlingen der Früchte (Canon 3, 4). Unter Opfern (oblationes, offrandes) verſtand man eigentlich die Gaben, welche die Gläubigen während des Gottesdienſtes darbrachten, . . . . welche Gewohnheit noch fortdauert.

**) Van Espen jus ecclesiast. Part. II. sect. IV. tit. II. (Edit. Lovan. fol. tom. II. p. 29, 30).

Vorzüglich indeſſen waren es die Fränkiſchen Könige des zweiten Geſchlechts, welche die Verpflichtung, den Geiſtlichen den Zehnten zu entrichten, als allgemein bindendes Geſetz einführten, und die Widerſpenſtigen durch Zwangsmittel dazu anzuhalten befahlen. Wir ſetzen einige der wichtigſten ihrer Verordnungen hierhin.

1) Constitut. Pipin. Reg. dat. A$^0$ 764 ad Lucul. Episc. (Baluz tom. I. p. 186). „Et sic praevidere faciatis et ordinare de verbo nostro ut unusquisque homo aut vellet aut nollet, suam dec.mam donet. Valete."

2) Concil. Mogunt. a. 813, Cap. 38, auch Capitular. lib. V. cap. 154 (Baluz tom. I. p. 854). „Admonemus atque praecipimus ut decima deo omnino dari non negligatur, quam deus ipse sibi dari constituit: quia timendum est ut quisquis deo suum debitum abstrahit, ne forte deus per peccatum suum auferat ei necessaria sua, et qui decimam deo dare neglexerit, novem partes auferantur ab eo.

3) Capitular. de Partib. Saxon. a. 789 N$^0$ 17 (Baluz tom. I. p. 25). „Similiter *secundum dei mandatum* praecipimus, ut omnes decimam partem substantiae et laboris sui ecclesiis et sacerdotibus donent, tam nobiles quam ingenui, similiter et liti, juxta quod deus dederit unicuique christiano, partem deo reddant."

4) Carls des Großen Verordnung (praeceptum) über die Errichtung der ſächſiſchen Bisthümer v. J. 739 (Baluz. tom. I. p. 246) ſagt: „Noverint omnes Christi fideles quod Saxones, quos a progenitoribus nostris ob suae pertinaciam perfidiae semper indomabiles, ipsique Deo et nobis tamdiu rebelles, quousque illius, non nostrâ virtute ipsos et bellis vicimus et ad baptismi gratiam, Deo annuante perduximus,

pristinae libertati donatos, et omni nobis debito censu solutos, pro amore illius qui nobis victoriam contulit, ipsi tributarios et subjugales devote addiximus; videlicet ut qui nostrae potestatis jugum hactenus ferre detrectaverunt, victi jam, Deo gratias, et armis et fide Domino et Salvatori nostro Jesu Christo et Sacerdotibus ejus, omnium suorum jumentorum et fructuum, totiusque culturae decimas ac nutriturae, divites ac pauperes legaliter constricti persolvant.

5) Capitular. Carol. M. de villis cap. 6 (Baluz. tom. I. p. 332). „Volumus ut judices decimam ex omni conlaboratu pleniter donent ad ecclesias, quae sunt in nostris fiscis, et ad alterius ecclesiam nostra decima data non fiat, nisi ubi antiquitus institutum fuit. Et non alii Clerici habeant ipsas ecclesias, nisi nostri, aut de familia aut de capella nostra.“

6) Capitular. sextum Ludovic. Pii, anni 819 (Baluz tom. I. p. 620) N⁰ 9, „De decimis, ut unusquisque suam decimam ad ecclesiam offerat, sicut mos vel sacra consuetudo esse dinoscitur.“

7) Capitular. Wormat. a. 839, auch Capitular. lib. V. Cap. 101. „De decimis quas populus dare non vult, nisi quolibet modo ab eo redimantur, ab episcopis prohibendum est ne fiat. Et siquis contemtor inventus fuerit, et nec episcopum nec comitem audire voluerit, si noster homo fuerit, ad praesentiam nostram venire compellatur. Caeteri vero distringantur ut ecclesiae inviti restituant quod voluntarie dare neglexerunt.

8) Capitular. lib. II. cap. 36 (Baluz tom. I. p. 748) „Ecclesiae antiquitus constitutae nec decimis nec aliis possessionibus priventur, ita ut novis oratoriis tribuantur.“

9) Ordon. tom. I. p. 303. Lettres d. Philippe le hardi d. 1274, art. 2. „Nec displicet nobis quod decimae praestentur quae lege divina praestantur seu debentur, vel per loci consuetudinem approbatam, cum usus longissimus per quem non praestantibus acquiri potest jus, in talibus observetur“

Nachdem nun einmal die weltlichen Fürſten ſelbſt ihren Unterthanen die Laſt der Zehntpflichtigkeit auferlegt hatten, ſo ſäumten die Geiſtlichen und vorzüglich die Päpſte nicht, dieſe Verpflichtung durch ihr geiſtliches Anſehn noch mehr zu beſtärken, und ſie als ein von Gott ſelbſt vorgeſchriebenes Gebot einzuſchärfen. Im Jahr 1216 entſchied Innocenz der dritte Can. cum non sit X. d. Decim.: „ . . . . . Cum autem in signum universalis dominii, quasi quodam titulo speciali, sibi Dominus decimas reservaverit: nos . . . . . statuimus, ut in praerogativam dominii generalis exactionem tributorum et censuum praecedat solutio decimarum etc." Man vergleiche überhaupt mit den ſo eben angeführten Geſetzen der Fränkiſchen Könige, deren Zahl ſich leicht noch vermehren ließe, den Titel de Decim, (Lib. III. decretal. tit. XXX), und man wird nicht zweifeln können, daß der Urſprung der Zehnten ſo ſey, wie es oben angeführt worden, und der Meinung der berühmteſten Canoniſten (Van Espen, Héricourt u. ſ. f.) gemäß iſt.

In Folge dieſer Geſetze ward nun auch der Zehnte bis zu den letzten Zeiten faſt von allen Grundſtücken ohne Ausnahme erhoben. Selbſt die fürſtlichen Beſitzungen waren, wie aus dem 4ten der ſo eben angeführten Capitularien (Carol. M. d. villis) erhellt, der Zehntpflichtigkeit unterworfen. Die Unterthanen zeigten aber von je her eine große Abneigung, ſich dieſer Laſt zu unterwerfen. In den erſten Zeiten wollten ſie, wie es ſcheint, (M. ſ. N° 7 der eben angeführten Geſetze) den Zehnten nicht entrichten, wenn ihnen nicht eine gewiſſe Vergütung dafür würde (nisi quolibet modo ab eo [a populo] redimatur). Allein ſo lange die königl. Macht feſt ſtand, und vorzüglich ſo lange Carl der Große lebte, blieb dieſe Widerſetzlichkeit ohne Erfolg. Aber gegen das Ende der Carolinger, und beſonders in den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts, ging mit der Erhebung des Zehnten hin und wieder eine weſentliche Veränderung vor, die indeſſen den Zehntpflichtigen nicht im mindeſten zu Gute kam. In dieſer für immer unheilvollen Periode bemächtigten ſich die großen Vaſallen oder Grundherrn ſo wie eines großen Theils der königl. Macht alſo auch der Zehnten. Zuweilen traten die Geiſtlichen ihr Zehnt-Recht einem mächtigen Grundherrn unter der Bedingung ab, ihnen Schutz gegen die

Angriffe der Barbaren und ihrer ſonſtigen Feinde zu gewähren. Arnold von Lübeck, ein Schriftſteller des 13ten Jahrhunderts, läßt (lib. III. cap. 18) den Kaiſer Friedrich den erſten in einer im Rath der Fürſten gehaltenen Rede ſich ſo ausdrücken: „scimus autem decimas et oblationes a deo sacerdotibus et levitis primitus deputatas; sed cum tempore Christianitatis ab adversariis infestarentur ecclesiae, easdem decimas praepotentes et nobiles viri ab ecclesiis in beneficio stabili acceperunt, ut ipsi defensores ecclesiarum fierent, quae per se obtinere non valerent.“ Nach den Sitten der damaligen Zeit ließen ſich die weltlichen Herren von den Geiſtlichen mit dem Beſitz der Zehnten förmlich belehnen. Daher denn auch dieſe Zehnten decimae infeodatae (dîmes inféodées) genannt wurden, welches ſich auch dem Namen und der Sache nach bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution erhalten hat. Dieſe Belehnungen geſchahn indeſſen, wie ſchon der Ausdruck „praepotentes et nobiles viri“ hinreichend beweiſt, nicht ſo freiwillig, als es ſcheinen mögte. Sie waren oft mehr ein Löſegeld pro redimenda vexa als eine Vergeltung für geleiſteten Schutz. In der Wirklichkeit ging das Eigenthum der Zehnten an die Weltlichen ſelbſt nicht einmal unter einem auch nur ſcheinbar rechtmäßigen Titel über. Viele Schriftſteller des 11ten, 12ten und 13ten Jahrhunderts klagen über die dabei vorfallenden Mißbräuche und Gewaltthätigkeiten. Odericus Vitalis lib. 5. historiar. ſchreibt: „Avidi quippe possessores terrenorum caducis inhiant . . . . . decimas, quas Dominus ab Israelitis per Moysen sibi ad usum Sanctuarii et Levitarum exegit, nostrates Laici retentant vel ministris ecclesiae, nisi magno redimantur pretio, reddere negant.“ *) Die Biſchöfe ſelbſt gaben oft aus niedrigen Beweggründen, um ſich den Vornehmen gefällig zu zeigen, oder gar ihre Verwandten zu bereichern, die

---

*) Ordon d. St. Louis d'Avril 1222 (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 50, 52 art. 8). „Decimae sane quibus fuit Ecclesia longo tempore per malitiam inhabitantium defraudata, statuimus et ordinamus, quod restituantur ecclesiis, et amplius laici non detineant decimas, sed eas ecclesiis libere habere permittant.“

Zehnten an dieſe, welches der Papſt Gregor der 7te (Decret. Grat. Caus. XVI. quaest. 7 can. 3) ſehr ſtrenge rügt, und verbietet. Die Biſchöfe waren nämlich nach den älteſten canoniſchen Regeln die Aufſeher und Verwalter aller Einkünfte der Kirche, welche ſie nach Gutdünken, theils zu ihrem eigenen Unterhalt, theils zu dem ihrer Geiſtlichkeit, theils auch zur Unterſtützung der Armen und zur Unterhaltung und Ausſchmückung der Kirchen verwandten. (Capitular. Carol. M. 3tium incert. an. cap. 3. ap. Baluz. tom. I. p. 527; caus. XVI. quaest. 7. cap. 1). Sie waren urſprünglich hierbei an keine feſten Regeln gebunden; doch durften ſie das Kirchenvermögen nicht veräußern. Späterhin*) ſollten die Biſchöfe aus allen ihrer Verwaltung anvertrauten Einkünften (Zehnten, Opfern u. ſ. f.) vier Theile machen, wovon einer zu ihrem eignen Unterhalt, der zweite zu dem ihrer Geiſtlichkeit, der dritte zur Unterſtützung der Armen und der vierte für den Bau der Kirchen beſtimmt war. Hierbei blieb indeſſen die ganze Verwaltung noch immer den Biſchöfen überlaſſen, die auch den Antheil eines jeden, wenn es ihnen gut dünkte, ändern durften. Späterhin indeſſen wurden theils einzelnen Geiſtlichen beſtimmte Einkünfte auf Lebenszeit angewieſen, theils wurden deren auch mit gewiſſen Stellen auf immer verbunden; wobei dann auch die Verwaltung und Benutzung der Güter, woraus dieſe Einkünfte hergenommen werden ſollten, an die Beſitzer dieſer Stellen überging. Bei dieſer Vertheilung war es nun in Beziehung auf die Zehnten ſchon ſehr früh**) als Regel angenommen, daß ſie den Pfarrern des Orts, wo ſie eingeſammelt wurden, gebührten. Allein die Biſchöfe hatten einen großen Theil ſich ſelbſt, den Cathedral- und Collegiatkirchen, ſo wie den Abteien und Klöſtern vorbehalten. Die Kirche erklärte dieſes zwar im Ganzen als Mißbrauch, den ſie indeſſen doch zu dulden für gut fand*). In dem 12ten und den folgenden Jahrhunderten ſchenkten ſogar die Päpſte ſelbſt den Abteien und Klöſtern ſehr viele Zehnten**). Um dieſes einiger Maßen zu rechtfertigen, fing man an***), einen Unterſchied zwiſchen der Kirche und dem Altar zu machen, ſo daß man jedes weltliche Beſitzthum zu der erſten, und nur die geiſtlichen Verrichtungen zu dem zweiten rechnete, ein Mißbrauch, wogegen zwar auch alle Verſtändigen eiferten, der ſich aber dennoch erhielt. Um denſelben minder drückend zu machen, übernahmen diejenigen Klöſter u. ſ. f., welche in den Beſitz der Zehnten gekommen waren, meiſtens die Verpflichtung, zur Bedienung der Kirche einen eigenen Geiſtlichen anzuſtellen und zu beſolden. Allein die ſo angeſtellten waren meiſtens nur elende Söldlinge, ganz ungeeignet, das Volk durch ihr Wort zu belehren und durch ihr Beiſpiel zu erbauen. Die Zehntherrn behielten ſich das Recht vor, ſie nach Willkühr wieder zu entlaſſen, woher ſie denn auch vicarii amovibiles genannt wurden. Dabei waren ihnen die Subſiſtenzmittel nur ſehr karg zugemeſſen. Die eigentlichen Zehntherrn überließen ihnen dazu meiſtens einen geringen Antheil an dem Zehnten welcher ihre Competenz (portio congrua, portion congrue)†) genannt ward.

---

*) Dieſes ward ſchon i. J. 494 verordnet. Decr. Grat. Caus. XII. quaest. 7. Can. 17 (quatuor). Daſſelbe wird in den Capitularien wiederholt. Addit. 3tia ad Capitular. cap. 58 (ap. Baluz. tom. II. p. 1205) „quod in unaquaque ecclesia, cui episcopus praeest, quatuor tam de reditibus quam de oblationibus fidelium fieri debeant partiones; ut una sit Episcopi, altera clericorum, tertia pauperum, et quarta fabricis ecclesiasticis applicetur."

**) Can. Cum contingat (28) X. de Decimis. Van Espen jus Ecclesiast. Part. II. Sect. IV. tit. 2 cap. 3.

---

*) Gratian. Caus. XVI. q. 7. Can. 2, Innocent. III. Cap. 7 X. de his quae fiunt a praelato sine capituli consensu.

**) Beſonders ward Grat. Caus. 16. q. 1. Can. 68 die Veranlaſſung, daß eine Menge Zehnten an die Klöſter gegeben wurden. Allein dieſer Canon iſt höchſt wahrſcheinlich unächt, indem er erlaubt, den Klöſtern Zehnten zu geben, zu einer Zeit (der des H. Hyeronimus), wo die Zehnten geſetzlich noch nicht beſtanden. Van Espen jus eccl. Part. II. sect. IV. tit. II. cap. 5.

***) van Espen jus eccl. Part. II. sect. IV. tit. III. cap. I.

†) In den canoniſchen Rechten (§. 2. Cap. 2. de Decim. in 6; cap. 4 de Regularibus in 6) wird ſie bald sustentatio ocmpetens, bald portio congrua genannt. Ueber den

Die Kirche und auch die weltlichen Fürſten erließen mehrere Verordnungen, nach welchen die von den Klöſtern und Abteien zur Bedienung der Pfarren gewählten Geiſtlichen durchaus auf Lebenszeit ernannt werden ſollten. Hierdurch entſtanden diejenigen Pfarrer, die man bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution „vicaires perpétuels“ nannte. Allein nicht allenthalben hatten die Befehle der Kirche und der Fürſten hierin den erwünſchten Erfolg. Kräftiger durchgreifend waren dieſe Verordnungen in Beziehung auf den Betrag der Subſiſtenzmittel, welche dieſen Vikarien gereicht werden mußten. In Frankreich hatten mehrere Könige hierüber Verordnungen erlaſſen. Unter Carl dem 9ten ward dieſelbe zu 120 Liv., unter Ludwig dem 14ten*) für die beſtändigen Vikarien zu 300 Liv., und für die eigentlichen Vikarien zu 150 Liv. jährlich, von allen Laſten frei, feſtgeſetzt, wobei ſie noch die Opfer und ſonſtigen zufälligen Rechte bezogen. Die Vikarien hatten dabei die Wahl, ſich entweder dieſe Summe auszahlen zu laſſen, oder ſich mit dem ihnen angewieſenen Theil des Zehntens zu begnügen. Die umſtändlichſte und wichtigſte Verordnung über den Betrag und die Entrichtung dieſer portion congrue iſt die von Ludwig dem 15ten im Mai 1768 erlaſſene, deren vollſtändigen Text man unter den Urkunden, die Hericourt ſeinem Werk angefügt hat, findet. Nach derſelben behielten die Pfarrer und Vikarien das Recht, entweder die ihnen bis dahin angewieſenen Grundſtücke, Zehnten u. ſ. f., wie hoch die Einkünfte derſelben auch ſeyn mochten, zu behalten, oder ſie den Zehntherrn abzutreten, und ſich dafür von denſelben ihre jährliche Competenz, die für die Pfarrer und lebenslänglichen Vikarien auf den Geldwerth von 25 Scheffel Weizen und für die Vikarien auf den Werth von 7 Scheffel Weizen (Pariſ. Maß) feſtgeſetzt ward, reichen zu laſſen. Dieſer Geldwerth ſelbſt ward mit Rückſicht auf die damaligen Fruchtpreiſe für die Erſtern zu 500- und für die Zweiten

---

Urſprung der vicarii perpetui und vicarii amovibiles, ſo wie der portio congrua ſehe man beſonders van Espen jus ecclesiast. Part. II. Sect. IV. tit. III.

*) Durch die Erklärung vom 29ten Jan. 1686 (Cod. Neron. tom. II. pag. 201).

zu 200 Liv. beſtimmt. — Auf dieſe geringen Hülfsmittel waren in Frankreich faſt alle Pfarrer auf dem Lande, d. h. der wichtigſte und nützlichſte Theil der Geiſtlichkeit beſchränkt. Den ganzen übrigen Ertrag der Zehnten nahmen die ſogenannten großen Zehntherrn (les gros décimateurs) *), welches größtentheils Cathedralkirchen, Collegiatſtifter, Abteien und Klöſter, hin und wieder auch Laien waren, weg. Was dieſe letztern betrifft, ſo konnten ſie ſich unmöglich ein Gewiſſen daraus machen, ſich der Zehnten zu bemächtigen, da ſie das unverantwortliche Betragen der höhern Geiſtlichkeit in dieſer Hinſicht vor Augen hatten. Die Kirche und beſonders die Päpſte hatten indeſſen mit der höhern Geiſtlichkeit ſehr große Nachſicht; aber deſto mehr eiferten ſie gegen den Beſitz der Zehnten durch die Laien. Ein Canon, den Gratian als in dem (im Jahr 1078 unter Gregor dem 7ten gehaltenen) Concil. vom Lateran erlaſſen, in ſein Decret aufgenommen hat **), gebot den Laien unter Strafe der ewigen Verdammniß, alle Zehnten, welche ſie beſäßen, da ſie zum Genuß der Frömmigkeit beſtimmt wären, wieder herauszugeben. Dieſe Entſcheidung eines Conciliums, welches nicht zu den allgemeinen gehört, ſcheint indeſſen nur wenig Gehorſam gefunden zu haben. Die Laien verweigerten mit Hartnäckigkeit die Herausgabe der Zehnten, welches hin und wieder Unruhen und Aufruhr veranlaßte. Der Papſt Gregor ſelbſt empfahl (Epist. 5. lib. 9) ſeinem Legaten in England, welcher über einige Ritter, die ſich im Beſitz der Zehnten behaupteten, den Bannfluch ausgeſprochen hatte, in dieſer Sache mit großer Schonung und Mäßigung zu verfahren (quaedam parcendo, nonnulla dissimulando . . . ., ut non ex severitate judicii deteriorandi occasionem sumant: sed suspenso nunc judicio spatium recognoscendi aequitatem habentes, postmodum facilius acquiescant). In dieſem Zuſtand ſchleppten ſich die Sachen hin bis zu dem dritten Concilium vom Lateran, dem 11ten unter den allgemeinen, welches i. J. 1179 unter Alexander dem dritten gehalten ward, und in dieſer Sache Epoche macht. Der 14te Canon deſſelben ſagt: „Prohibemus ne Laici decimam cum animarum suarum periculo detinentes in alios Laicos possint aliquo modo transferre: siquis vero receperit et non reddiderit, christiana sepultura privetur.“ Cap. 19, X. de Decim.) Die Auslegung dieſes Canon hat ein ſonderbares Schickſal gehabt. Da derſelbe nur die fernere Uebertragung der Zehnten an andere Laien verbietet, ſo ſchloſſen Einige hieraus, das Concilium habe alle Laien, welche ſchon damals den Zehnten auf eine rechtmäßige Art erworben hatten, in ihrem Beſitz beſtätigt. Andere hingegen ſchloſſen aus den Worten: „cum animarum suarum periculo detinentes“, daß es den Laien überhaupt den Beſitz der Zehnten verboten habe. Die erſtere Meinung, obſchon dem Text des Canon minder entſprechend, gewann indeſſen allmählig die Oberhand *), ſo daß auch die folgenden Päpſte ſelbſt ſie, beſonders in Beziehung auf die Zehnten, welche die Laien durch Belehnung erhalten hatten, gebilligt zu haben ſchienen. So ſchreibt der Papſt Innocenz der dritte (Cap. 25 de Decim.): „Nec occasione decimationis antiquae (licet in feudum decimae sint concessae) sunt decimae novalium usurpandae, cum in talibus non sit exten-

---

*) So hießen ſie, weil ſie die ſogenannten grosses dîmes (decimae grossae) d. h. die Zehnten von den Hauptfrüchten, wozu man das eigentliche Getreide (Korn und Waizen, nicht allenthalben Gerſte, Hafer und Heu), und beſonders auch Wein rechnete, bezogen. Die Zehnten von Gemüſen, Bohnen, an einigen Orten auch von Gerſte u. dgl. wurden kleine Zehnten (menues dîmes, decimae minutae), auch wohl grüne Zehnten (vertes dîmes) genannt. Dieſe letzten Zehnten, eben ſo die von Neubruch, gehörten dem Pfarrer. Ueber die Bedeutung des Wortes Neubruch (novale) und überhaupt über dieſe Materie ſ. m. van Espen jus eccles. Part. II. Sect. IV. tit. II. cap. 6.

**) Cap. I. Caus. XVI. quaest. 7. „Decimas, quas in usum pietatis concessas canonica autoritas demonstrat, a Laicis possideri apostolica autoritate prohibemus. Sive enim ab Episcopis, vel Regibus, vel quibuslibet personis eas acceperint, nisi Ecclesiae reddiderint sciant se sacrilegii crimen committere et aeternae damnationis periculum incurrere etc.“

---

*) Van Espen jus ecclesiast. Part. II. sect. IV. tit. II. cap. 4, N° 28—36.

denda licentia, sed potius restringenda.“ Alexander der Vierte, welcher (Cap. 2 § sane, de Decim. in 6) i. J. 1258 den Geiſtlichen erlaubte, die Zehnten mit Genehmigung der Biſchöfe aus den Händen der Weltlichen anzunehmen, oder von dieſen zu erwerben, ſetzt hinzu: „Illas autem decimas intelligimus posse taliter a Religiosis de manibus Laicorum recipi vel acquiri, quae ante Lateranense Concilium ipsis Laicis in feudum perpetuo fuere concessae.“ Nach der allgemeinen Meinung aller Canoniſten ward hier unter dem Concilium v. Lateran das dritte v. J. 1179 verſtanden, ſo daß man durchaus annahm, die Laien dürfen alle Zehnten, welche ſie ſchon vor dieſem Concilium rechtmäßig, beſonders durch Belehnung erworben hätten, für ſich behalten; und ſie ſeyen nur verpflichtet, die ſpäter erworbenen und übertragenen der Kirche wiederzugeben; welches auch in die Ausübung überging. Was den Beweis über das Alter dieſer Belehnungen betrifft, ſo verlangte man anfangs die Auflegung der Belehnungs-Urkunden. In den ſpätern Jahrhunderten aber, wo dieſes unmöglich war, wurden alle Zehnten, wofür die Laien einen hundertjährigen oder auch einen unvordenklichen Beſitz nachweiſen konnten, angeſehn, als ſeyen ſie ſchon vor dem dritten Concilium v. Lateran in weltliche Hände übergegangen. Einige verlangten jedoch zwar nicht die Auflegung der urſprünglichen Belehnungs-Urkunde, doch einer ſolchen, die auf die erſtere hinwieſe (des actes sinon constitutifs au moins énonciatifs) *). — Das hier Vorgetragene enthält die Anſichten faſt aller Canoniſten ſowohl in- als außerhalb Fraukreichs über dieſen Gegenſtand. Heri-

---

*) Van Espen jus ecclesiast, Part. II. sect. IV. tit. I. cap. 4 N° 37. Du-Cange Glossar. art. Decim. M. ſ. auch die Note von Lauriere zu Ordonnanc. tom. I. p. 103, 104. Derſelbe bemerkt, daß dieſe Belehnungsurkunden ehmals faſt alle in dem Archiv der Oberrechenkammer aufbewahrt worden ſeyn, daß aber ein in der Oberrechenkammer in einem Jahr, das er nicht angibt, ausgebrochener Brand ſie faſt alle verzehrt habe. M. ſ. f. die intereſſante Inſtruction, welche die National-Verſammlung i. J. 1790 über die Regulirung der Entſchädigung wegen der dixmes inféodées erließ, Art. II. (Desen. tom. XIII. p. 526, 528).

court (Lois eccles H. l. in der Einl. zu chap. IX.) leitet jedoch die Rechtmäßigkeit des Zehntenbeſitzes durch die Laien aus einem andern Titel her. Er behauptet, ohne jedoch beſondere Gründe dafür vorzubringen*), der 14te Canon des dritten Concil. v. Lateran (v. J. 1179) ſey in Frankreich nicht angenommen. Gewiß iſt es indeſſen, daß die Parlamente, auch ſelbſt diejenigen Zehnten, welche erſt nach dem dritten Concil. v. Lateran aus den Händen der Geiſtlichen in die der Laien übergegangen waren, als rechtmäßig erworben ſchützten, wenn nur der Kaufſchilling oder die dafür erſtattete Vergütung zum Vortheil der Kirche verwendet worden war (Hericourt H. II. N° 47). Ueberhaupt wurden dieſe den Laien gehörigen Zehnten, die man zuletzt, ohne nur an die Art, wie und unter welchem Titel ſie erworben waren, zu denken, ohne Unterſchied „dixmes inféodées" nannte, als gewöhnliches freies weltliches Eigenthum angeſehn. Sie wurden nicht allein durch Belehnung übertragen, ſondern vererbt, verkauft, verſchenkt u. ſ. f. Ja es gab viele Provinzen von Frankreich, wohin die ſüdlichen überhaupt, und insbeſondere die längs der ſpaniſchen Gränze (Soule, Navarra u. ſ. w.) gehörten, wo alle Güter Allodien waren, und man das Lehnsweſen faſt gar nicht kannte. Allein gerade dort gab es die meiſten Zehnten, die ſich in weltlichen Händen befanden. Alle dieſe von Weltlichen beſeſſenen Zehnten wurden in dem Grade als weltliches Eigenthum angeſehn, daß die Entſcheidung aller darüber entſtehehenden Streitigkeiten zur Competenz der weltlichen Gerichte gehörte. Nur wenn dieſe Zehnten ganz unbedingt und ohne alle Liſt wieder in geiſtliche Hände kamen, nahmen ſie ihre vorige geiſtliche Natur wieder an, ſo daß Streitigkeiten darüber wieder zu der Competenz der geiſtlichen Gerichte gehörten. Wenn indeſſen dieſe Rückkehr entweder unter der Bedingung einer Lehnspflichtigkeit oder in Verbindung mit einem andern Gut, dem das Zehntrecht zuſtand, geſchah, ſo blieb der zurückgekehrte Zehnte auch in den Händen der Geiſtlichkeit durchaus weltlich. Dennoch trugen alle unter dem Namen der „dixmes inféodées“ begriffenen und den Weltlichen zugehörigen Zehnten noch Merkmale genug an ſich, woraus man ihre urſprünglich geiſtliche Natur erkannte. In Frankreich war mit dem Beſitz derſelben faſt ohne Außnahme die Verpflichtung verbunden, die Competenz (portion congrue) des Pfarrers entweder ganz oder theilweiſe oder wenigſtens ſubſidiariſch abzutragen. In den ſüdlichen Provinzen längs der Gränze von Spanien wurden die Beſitzer dieſer Zehnten ſogar Aebte (abbés), und die Häuſer, womit das Zehnt-Recht verbunden war, Abteien genannt*). Gleichwohl haben, beſonders in den neueſten Zeiten Einige aus dieſen dixmes inféodées den Beweis herleiten wollen, daß die Zehnten eigentlich nicht geiſtlichen Urſprungs ſeyen. — Die Befehle der Kirche und vorzüglich das Concilium v. Lateran hatte Schrecken unter die Laien, welche ſich der Zehnten bemächtigt hatten, verbreitet. Man ſah gleich darauf eine Menge von Grundherrn die Zehnten der Kirche wiedergeben**); welches indeſſen meiſtens nicht an die Pfarreien, denen ſie urſprünglich zugehörten, ſondern an Abteien und Klöſter, die man vorzugsweiſe als die Sitze der Frömmigkeit anſah, geſchah; woher denn auch in den letzten Zeiten ſich vorzüglich Klöſter u. dgl. im Beſitz der Zehnten befanden. Nirgends ſcheint dieſes häufiger geſchehn zu ſeyn, als in Flandern. Man findet, ſagt Warnkönig (M. ſ. den erſten Band ſeiner Flandriſchen Staats- und Rechtsgeſchichte. Tübing. 1835 p. 443) eine Menge Diplome ſchon aus dem zehnten Jahrhundert, vorzüglich aber aus dem 13ten und ſpäter, worin in Flandern Zehnten verſchenkt, verkauft, vertauſcht, zu Lehen gegeben werden u. ſ. f. Die Veräußerer derſelben ſind (einige Infeodations-Acte abgerechnet) ſtets weltliche Grundherrn und zwar meiſtens der Graf oder deſſen Vaſallen mit ſeiner feierlichen Zuſtimmung . . . . . Die Erwerber ſind faſt immer Klöſter, Abteien . . . . Hospitäler u. ſ. w., hier und da Pfarrkirchen, ſeltener Laien. Man bemerkt, daß nach dem bekannten Lateraniſchen Concilium v. J. 1179 die Veräußerungen der Zehnten von Seiten ihrer weltlichen Herrn ſich zu tauſenden vermehren . . . . . Wenn die Zehnten geiſtlichen Urſprungs ſind, wie kam es, daß ſie ſammt und ſonders bereits im zehnten Jahrhundert ſich im Beſitze weltlicher Herrn befanden? u. ſ. f. Aus dieſem hier ſo ſehr hervorgehobenen Umſtand, wenn er ſich auch für Flandern vollſtändig erweiſen ließe, folgt indeſſen weiter Nichts, als daß die Anmaßungen der Laien gegen den Beſitz der Zehnten dort weit zahlreicher geweſen ſind, als ſonſt irgendwo. Nur wenn man Diplome darüber vorbrächte, daß dieſe den Weltlichen zugehörigen Zehnten ſchon vor Einführung der geiſtlichen Zehnten in den Händen der erſtern geweſen, oder woraus die Zeit und Gelegenheit, wann und wie ſie von den Grundherrn den Unterthanen als beſondere Laſten auferlegt worden, hervorgingen; würde daraus etwas gegen die allgemein angenommene Meinung von dem geiſtlichen Urſprung der Zehnten folgen. Allein die Grundherrn waren ſo wenig die urſprünglichen Erfinder der Zehnten, daß vielmehr ihre eigenen Grundſtücke ebenfalls (der Geiſtlichkeit) zehntpflichtig waren*). Es gab ſogar, in Frankreich wenigſtens, (M. ſ. weiter unten) Ländereien, die eine Abgabe an den Grundherrn und den der Geiſtlichkeit gebührenden Zehnten zugleich entrichten mußten. Nur die den dîmes infeodées unterworfenen waren von der Entrichtung des Zehnten an die Geiſtlichkeit meiſtens frei*) woraus offenbar folgt, daß dieſe dîxmes infeodées nichts als die gewöhnlichen geiſtlichen Zehnten, welche die Laien erworben hatten, waren. — Daß der Geiſtlichkeit von den Fränkiſchen Königen das allgemeine Zehntrecht verliehn worden, iſt eine welthiſtoriſch bekannte Thatſache. Daß den weltlichen Grundherrn ein ſolches verliehn worden ſey, oder daß ſie ſelbſt die Zehnten als eine ihnen allgemein von Grund und Boden zuſtehende Abgabe zu erheben ſich beigelegt, oder auch bei der Abtretung beſtimmter Grundſtücke vorbehalten haben, davon iſt (wenige einzelne Fälle abgerechnet) nichts bekannt. Aber ſehr bekannt iſt es, daß ſie ſich beim Steigen ihrer Macht der geiſtlichen Zehnten bemächtigt haben, ſo wie daß die Kirche allezeit gegen dieſe Eingriffe, als gegen Kirchenraub, auf das heftigſte geeifert und die Rückerſtattung der Zehnten an die Kirche befohlen hat. Warnkönig bemerkt ſelbſt a. a. O., daß die Abtretungen der Zehnten an die Kirchen ſich nach dem Concilium vom Lateran außerordentlich vermehren. Wie kann man alſo zweifeln, daß dieſe Uebergänge der Zehnten an die Kirchen eigentlich Rückerſtattungen ſind, welche die Grundherrn, um ihrem Gewiſſen zu genügen, machten, oder vielleicht um den äußern Schein zu retten, unter einem Verkauf für einen ſehr geringen Preis u. dgl. verſteckten. Man beruft ſich zwar (Warnkönig a. a. O. S. 448) auf eine Urkunde v. J. 961, worin der Graf Arnulph dem Stift von St. Doras in Brügge alle Zehnten von Flandern ſchenkt, welche ſeine Vorfahren von den römiſchen Päpſten für die Bekämpfung der Vandalen!! zu Lehn erhalten hätten. Es iſt nicht einmal nöthig, auf die Gründe aufmerkſam zu machen, welche dieſe Urkunde der Verfälſchung mehr als verdächtig machen, deren Gewicht Warnkönig

---

*) Art. 74 des libert. d. l'Eglise Gallican. wird die Befugniß des Zehntenbeſitzes durch Laien unter die beſondern Privilegien der Franzöſ. Kirche gezählt. „J'oseray encore mettre entre les privileges, mais non ecclésiastiques, le droit de tenir dixmes en fief par gens purs laies. Ce qu'on ne peut rien avoir prins son origine d'une licence, et abus commencé sous Charles Martel maire du palais, et continué principalement sous les roys de sa race, et néantmoiens toleré pour aucunes considerations etc.

---

*) M. ſ. Du-Cange Glossar. ad voc. Abbates milites und Abbates laici.

**) Auch mehrere fromme Fürſten unterſtützten dieſes gottgefällige Werk. Die Verordnung Ludwigs d. H. vom Juli 1269 (Ordon. tom. p. 102) enthält: „Notum facimus quod nos divini amoris intuitu et pro remedio animae nostrae ac animarum inclite recordationis Regis Ludovici, genitoris nostri, et reginae Blanchae, genitricis nostrae, et aliorum praedecessorum nostrorum, quantum in nobis est, volumus et concedimus, quod omnes personae laicales decimas percipientes ab aliis in terra nostra et in feodis nostris moventibus mediate vel immediate, quas ecclesiae perciperent, si eas laici non haberent, possint eas relinquere, dare et alio quocumque justo et licito modo ecclesiis concedere tenendas in perpetuum, nostro vel successorum nostrorum assensu minime requisito etc.

---

*) Hericourt Loix Eccles. H. I. N° 11, van Espen jus Ecclesiast. Part. II. Sect. IV. tit. II. Cap. 7 N° 5—7.

---

*) Hericourt Loix Ecclesiast. (édit. d. 1774) H. l. Introduct. a. chap. IX. p. 104 not. 1); wo noch auf Lacombe jurisprud. canoniq. au mot dixme, sect. 15 N° 11 verwieſen wird.

ſelbſt anerkennt. Auf jeden Fall indeſſen enthält dieſelbe keinen acte constitutif, ſondern nur einen acte énonciatif. Die Päpſte haben zwar häufig den weltlichen Fürſten in ihren Nöthen, vorzüglich zur Bekämpfung der Ungläubigen, erlaubt, für einige Jahre einen Theil der Einkünfte der Geiſtlichen, namentlich der Zehnten, zu verwenden. Daß ſie aber geiſtliche Zehnten für immer an Weltliche verſchenkt hätten, davon möchte es vielleicht gar kein oder nur höchſt ſeltene*) Beiſpiele geben. Allein wenn wir auch wirklich der Urkunde des Grafen Arnulph gemäß annehmen wollten, die Päpſte hätten die Zehnten Flanderns ſeinen Vorfahren geſchenkt, unter welchem Titel und mit welchem Recht hätten die erſtern dieſes thun dürfen, wenn ſie nicht die Zehnten ohne Ausnahme als geiſtliches Eigenthum, und ſich für die unbeſchränkten Verwalter und Vertheiler deſſelben angeſehn hätten? — Es gab indeſſen allerdings einige Zehnten — allein von dieſen iſt hier nicht die Rede — welche ſich der Grundherr für die Abtretung oder Benutzung eines Grundſtücks als Lehnzins, Rente oder Erbpacht ausbedungen hatte. Dieſe Zehnten, welche man auch durch einen beſondern Namen, decimae dominicae, indominicatae, salicae, von den gewöhnlichen unterſchied, laſſen ſich indeſſen um ſo weniger mit dieſen letztern verwechſeln, als von Grundſtücken, welche den Zehnten der erſten Art unterworfen waren, die zweiten noch obendrein bezahlt werden mußten. Man ſagte von dieſen Grundſtücken, auch ſie müſſen den Zehnten oder Neunten bezahlen. Nachdem nämlich zuerſt von dem ganzen Ertrag des Grundſtücks der zehnte Theil weggenommen worden, nahm man von dem Reſt noch den neunten, welches alſo nochmals den zehnten Theil des Ganzen ausmachte. Auch die Kirchen hatten, und zwar ſchon ſehr früh, ihre Grundſtücke (oft auf Befehl der Fürſten) unter dieſer Bedingung abgetreten. Das i. J. 756 zu Metz (unter Pipin) verfaßte Capitular enthält N° 4. (Baluz. tom. I. p. 178 „ut illi homines qui res ecclesiasticas *per verbum Domini*

---

*) Die Könige von Spanien hatten von den Päpſten ein immerwährendes Recht auf den dritten Theil der Zehnten. Van Espen jus Ecclesiast. Part. II. sect. IV. tit. II. cap. 4. N° 12, 13.

*Regis* tenent, sic ordinatum est, ut illas domos Episcopi vel monasterii, cujus esse noscuntur, juxta quod de ipsis rebus tenent, emendare debeant, ut illos census vel illas *decimas ac nonas* ibidem dare pleniter debeant sicut ad Vernum ordinavimus*). In Frankreich gab es bis zu den letzten Zeiten (vor der Revolut.) viele Grundſtücke, welche auf dieſe Weiſe mit einem doppelten Zehnten, dem geiſtlichen, der faſt immer zuerſt genommen war, und dem grundherrlichen, welcher auf immer gerade den zehnten Theil ausmachte, belaſtet waren**). Man machte indeſſen von jeher einen ſo großen Unterſchied zwiſchen dieſen beiden Arten von Zehnten, daß der eigentlich grundherrliche auch jetzt, nachdem der geiſtliche Zehnten längſt aufgehoben worden, zum Theil noch beſteht. — Die Conſtituirende hob durch Art. 5 der Geſetze vom 4ten, 6ten, 7ten und 11ten Aug. 1789 [Desen. tom. I. p. 2) alle den geiſtlichen und zur todten Hand gerechneten Corporationen und Perſonen, ſo wie die den geiſtlichen und militairiſchen Ritterorden gehörigen Zehnten und eben ſo alle Abgaben, welche die Stelle dieſer Zehnten vertraten (ohne alle Entſchädigung) ***) auf, und erklärte alle übrigen Zehnten für ablösbar. Das Decret über die Feudal-Rechte vom 15ten März 1790 rechnete Tit. III. Art. 1, 2 N° 1 (Desenne tom. V. p. 343, 351) dahin namentlich alle diejenigen dîmes infeodées, welche als Vergütung für die Abtretung des Grundſtücks entrichtet würden (que sont le prix et la condition primitive de fonds). Dieſes letztere ſollte dabei (Art. 1) bis zur Lieferung dis Gegenbeweiſes vorausgeſetzt werden. Das Decret ſpricht ſich gar nicht darüber aus, wem eigentlich im Fall der Ablöſung die Verpflichtung den Zehntherrn zu entſchädigen zur Laſt fallen ſolle. Allein es verſtand ſich gleichſam von ſelbſt, und geht auch aus dem Sinn und den Worten des Decrets genügend hervor, daß diejenigen, welche bei der Ablöſung gewonnen, oder die Zehntpflichtigen, auch gehalten ſeyn ſollten, dieſe Entſchädigung zu leiſten. Späterhin bedachte man indeſſen näher, daß dieſe dimes infeodées zum größten Theil urſprünglich geiſtliche Zehnten ſeyn, daß alſo, wie man die letztern ohne irgend eine Entſchädigungs-Verpflichtung aufgehoben, ſo daß dieſe Aufhebung ein reines Geſchenk für die Zehntpflichtigen ſey, dieſelbe Regel auch für die dimes infeodées gelten müſſe. Dieſen Anſichten gemäß wurden die dîmes infeodées durch ein anderes Decret der Conſtituirenden (vom 14ten und 20ten April 1790 Art. 3 Desen. tom. XI. p. 34) vom Januar 1791 an gänzlich aufgehoben, doch ſo, daß die Beſitzer aus der Staats-Kaſſe entſchädigt werden ſollten. Unter dieſe letztere Cathegorie ſetzte das Dekret v. 23ten und 28ten October 1790 über den Verkauf und die Verwaltung der National-Güter u. ſ. f. (tit V. art. 14 Desen. tom. XIII. p. 455, 469) alle diejenigen Zehnten, welche die Laien nicht allein durch Belehnung, ſondern unter einem läſtigen Titel, von den Geiſtlichen erworben hätten; wenn zugleich die dafür geleiſtete Vergütung (der Kaufpreis u. dgl.) zum Vortheil der Kirche verwendet worden wäre. Daſſelbe Decret nahm indeſſen (id tit. art. 14) von dieſer Regel diejenigen dixmes infeodées aus, von welchen ſich urkundlich (par titre) erweiſen ließe, daß ſie die Stelle des Preiſes der Abtretung eines Grundſtücks verträten. Dieſe letztern Zehnten blieben alle beſtehn und wurden nicht von dem öffentlichen Schatz abgelöſt, ſondern die Zehntpflichtigen mußten dieſes (art. 14), wenn ſie es anders wollten, unter den durch das Geſetz vom 3ten Mai 1790 (Desen. tom. V. p. 353) für die Ablösbarkeit des champart feſtgeſetzten Bedingungen ſelbſt thun. Nachdem alle dieſe Decrete erlaſſen waren, bemerkte man, daß der Ausdruck „dîmes inféodées“ doch noch einen etwas zweideutigen Sinn darbiete, ſo daß die Conſtituirende es für zweckmäßig hielt, denſelben näher zu erläutern. Dieſes geſchah durch die Inſtruction, die ſie den 30ten Juli 1791 (Desen. tom. XIII. p. 525—538) den Diſtrikts- und Departements-Verwaltungen in Beziehung auf die Feſtſetzung der Entſchädigung für die aufgehobenen Zehnten zukommen ließ, und welche Manches hiſtoriſch merkwürdige über das Zehntweſen in Frankreich enthielt. — Qu'est-ce donc, heißt es (art. 1. p. 521) que l'assemblé a entendu par la dénomination de dîmes inféodées? Elle a entendu les dîmes possédées par les laïes, et que des idées vraies ou fausses mais généralement répandues faisoient regarder comme ayant été ecclésiastiques dans leur origine . . . . . Elle a ordonné à plus forte raison, le remboursement de dîmes *certainement* ecclésiastiques, qui ont passé dans les mains des laïes, non pas a titre de fief, mais seulement à titre onéreux . . . . Die Inſtruction ſchreibt daher (ert. 1, 2) vor, daß man nicht ſoſehr auf die Belehnungs-Acte, als vielmehr darauf ſehn ſolle, ob die in den Händen der Laien befindlichen Zehnten urſprünglich geiſtlich geweſen ſeyen, zu deſſen Ermittelung ſie mehrere Maßregeln vorſchreibt. Wir müſſen indeſſen wegen des Nähern auf den Text der Inſtruction verweiſen. — Doch durch alle dieſe Decrete war die Zehnten-Geſetzgebung in Frankreich noch nicht vollendet. Das in einer wildern Zeit (nach dem Sturz des Thrones) erlaſſene Geſetz vom 25ten Auguſt 1790 (Desen. tom. V. p. 425, 426, 427), welches die Vertilgung des letzten Reſtes des Lehnweſens bezweckte, erklärte Art. 5 alle durch das Geſetz vom 15ten März 1790 beibehaltenen Rechte, namentlich auch die dixmes inféodées, in ſofern ſie die Natur einer Lehnspflichtigkeit oder eines Lehnzinſes an ſich trugen, für gänzlich und ohne Entſchädigung aufgehoben, wenn nicht aus der Rechts-Urkunde (acte primordial d'inféodation, d'accensement ou de bail) die im Original beigebracht werden mußte, deutlich erhellte, daß ſie der Preis für die Abtretung eines Grundſtücks wären. Endlich wurden durch das Decret des National-Convents vom

---

*) Viele ließen die mit dieſen doppelten Zehnten (decimis et nonis) belaſteten Grundſtücke unbebaut liegen, und nahmen fremde Aecker in Bau; welches Ludwig der Fromme (Capitular. a. 829 Cap. 10 ap. Baluz. tom. I. p. 666) unter Strafe, daß die Zuwiderhandelnden den 9ten und 10ten für drei Jahre cum sua lege bezahlen ſollten, verbot.

**) Hericourt Loix Ecclésiastic. H. I. introduct. au Chap. IX. p. 103, 104.

***) Zu dieſen Zehnten rechnete ſie noch mêm. art.: „celles qui auroient été abandonnées à des laies en remplacement et pour option de portion congrue." Um dieſes richtig zu verſtehn, muß man ſich aus dem eben geſagten erinnern, daß, wenn die Pfarrer ſich ihre Competenz in Geld bezahlen ließen, ſie ihren Antheil am Zehnten den gros decimateurs abtreten mußten. Dieſer letztere Theil des Zehnten ward, da der Staat die Beſoldung der Geiſtlichen übernahm, alſo auch mit Recht zu den ohne Entſchädigung aufgehobenen gerechnet.

17ten Juli 1793 Art. 1, 6 (Desen. tom. V. p. 437) auch ſelbſt die durch das vorige Geſetz vom 25ten Auguſt 1790 beibehaltenen Rechte, in ſo fern ſie die Spur irgend einer Lehnspflichtigkeit an ſich trügen, ohne Entſchädigung abgeſchafft. Hierbei blieben (Art. 2) dennoch diejenigen Zehnten beſtehn, für deren Entrichtung irgend ein Grundſtück ohne alle Lehnspflichtigkeit oder Unterthänigkeit abgetreten war, welches indeſſen der Zehntherr zu beweiſen hatte. Dieſes iſt der letzte Zuſtand der Geſetzgebung über dieſen Gegenſtand in Frankreich, wonach auch der Caſſationshof zu urtheilen pflegte. M. ſ. Merlin Repert. art. dixmes, und Rentes foncieres § VI. N° 1, beſonders Questions d. droit V° dixme § 2. In derſelben Form ward ſie auch gleich Anfangs in den von Deutſchland an Frankreich abgetretenen Theilen des linken Rheinufers eingeführt. In Beziehung auf die Aufhebung des Zehnten ſehe man auch noch die in der National-Verſammlung darüber gehaltenen Reden (Choix de rapports, opinions et discours prononcés à la tribune nationale tom. I. p. 77—88). Dieſe Aufhebung fand zufällig Widerſpruch von Seiten eines Mannes, von welchem man ihn nicht erwartet hatte. Der Abbé Sieyes ſprach zwar nicht für die Beibehaltung der Zehnten, allein er erklärte ſich doch dagegen, daß ſie ohne Entſchädigung abgeſchafft würden. Er glaubte, dieſes wäre ein Geſchenk, welches den Grundeigenthümern*), d. h. den Reichen, auf Koſten der Nation gemacht würde. Allein die Conſtituirende beabſichtigte dadurch nur die Entfeſſelung und den freien Gebrauch des Eigenthums zu bewirken, und es blieb ihr vorbehalten, die Grundeigenthümer zu den Staatslaſten auf andere

---

*) Dieſe Aufhebung kam doch nicht in allen Fällen dem Herrn des Bodens allein zu gut. Von den Feldern, worauf der Zehnte und zugleich ein champart laſtete, ſollte nach Art. 2 des Decr. vom 7ten Junius 1791 (Desen. tom. XIII. p. 510), wenn der Zehnte vor dem champart erhoben ward, von nun an der letztere von allen auf dem fraglichen Feld erzeugten Früchten (den Zehnten mitgerechnet) genommen werden. Nur wenn der champart vor dem Zehnten genommen ward, kam (Art. 1) der letztere ganz dem Herrn des Bodens zu Gut. M. v. n. Decr. vom 7ten—12ten Junius 1791 (Desen. ibid.).

Weiſe gehörig heranzuziehen. Auch konnte es nicht ausbleiben, daß in einem Augenblick, wo eine ſo große Maſſe von Grundeigenthum (alle geiſtlichen Güter) in die Hände der Nation übergehen ſollte, die Entfeſſelung deſſelben vorzüglich zum Vortheil derjenigen ausſchlüge, die es zu bebauen und zu benutzen verſtanden, wie es auch die Erfahrung über alle Erwartung beſtätigt hat.

## Beilage Lit. F.

(Zu Theil II. S. 721 *)

### Establissement*) fait entre les Clercs, le Roy [Philippe Auguste] et les Barons [sans date] Ordon. du Louv. tom. I. p. 39.

1) Primum Capitulum est, quod Clerici trahunt causam feodorum in Curiam Christianitatis, propter hoc quod dicunt, quod fiducie, vel juramentum fuerunt inter eos, inter quos causa vertitur, et propter hanc occasionem, perdunt Domini justitiam feodorum suorum.

*Responsio.*

In hoc concordati sunt Rex et Barones, quod bene volunt, quod ipsi cognoscant de perjurio et transgressione fidei, sed nolunt, quod cognoscant de feodo; et si convictus

---

*) (Not. de Lauriere) „(Stabilimentum). Ce mot dans ces temps-là signifioit une ordonnance, et Joinville l'emploie toujours ainsi, comme il paroist par ce qui suit de la page 122 de son histoire.“ Cy-après verrez comment St. Louis corriger ses Baillifs, juges et autres Officiers, et les beaux establissemens nouveaux qu'il fut, et ordonna estre gardez par tout son Royaume de France etc. — On dira peut-être que ce n'est ici qu'une convention, qui fût faite sous le regne de Philippe Auguste, entre les Cleres et les Barons, mais il faut observer que le Roy étoit à la tête des Barons, qui donnoit à cette convention force de loi etc.“

fuerit de perjurio, vel transgressione fidei, injungant eis penitentiam, sed propter hoc Dominus non amittat justitiam feodi, nec propter hoc se capiant ad feodum.

Praeterea volunt Rex et Barones, quod vidua possit conqueri regi, vel Ecclesie de dotalitio suo, et si conquesta fuerit Ecclesia, et ille a quo petit dotalitium, dicat quod respondebit coram Domino de quo feodum movet, Ecclesia potest cogere ipsum ad respondendum et decidere causam inter eos de jure.

2) Secundum Capitulum, quod quando Clericus capitur pro aliquo forifacto, unde aliquis debet vitam vel membrum perdere, et traditur Clerico ad degradandum, Clerici volunt illum degradatum omnino liberare, ad quod respondetur.

Quod Clerici non debent eum degradatum reddere Curie, sed non debent illum liberare, neque ponere in tali loco ubi non possit capi, sed justitiarii possunt illum capere extra ecclesiam vel caemeterium et facere justitiam de eo, nec inde possunt trahi in causam.

3) De decimis ita statutum est quod decime reddantur, sicut hactenus reddite fuerunt*) et sic debent reddi.

4) Quartum quod nullus Burgensis, vel villanus, potest filio suo clerico medietatem terre sue vel plusquam medietatem donare, si habuerit filium vel filios, et si dederit ei partem citra medietatem, ipse clericus debet reddere tale servitium et auxilium quale terra debebat dominîs quibus debebatur. Sed non poterit tellari, nisi fuerit usurarius, vel mercator, et potest decessum suum, terra redibit ad proximiores parentes. Et nullus Clericus potest emere terram, quin reddat domino terre tale servitium, quale terra debet.

---

*) Ainsi en Normandie on ne payoit point la dixme des foins, des genets, et des bois à moiens qu'ils n'eussent esté premièrement aumônez, comme le porte l'enqueste des droitures des Roys d'Angleterre en Normandie envers la cour de Ste. Eglise, que Rhilippe Auguste fit faire, et qui se trouve au feüillet 9 du Regist. St. Just de la Chambre des Comptes. (Remarque de Laurière.)

5) Quintum capitulum est, quod Episcopi vel Archiepiscopi non debent requirere a Burgensibus, vel ab aliis tale juramentum, quod nunquam prestaverit ad usuram, neque prestabunt.

6) Si Clericus deprehensus fuerit in raptu, tradetur ecclesiae ad degradandum, et post degradationem potest eum capere Rex, vel justiciarius, extra Ecclesiam vel atrium et facere de eo justitiam et non poterit in causam (scil trahi).

7) Si Clericus aliquem qui non sit Clericus, traxerit in causam, super aliqua possessione, de qua nunquam fuit tenens, non debet eum trahere in Curiam Christianitatis, sed in curia Domini, ad quem spectat justitia, nisi ratione fundi terre ad christianitatem spectat justitia.

8) Item Clerici non debent excommunicare illos qui vendunt blada, vel alias mercedes diebus dominicis, neque illos qui vendunt Judeis, vel emunt ab illis, vel qui opera eorum faciunt. Sed bene volunt quod nutrices Judeorum excommunicentur.

9) Item super eo quod quando aliquis de voluntate sua se mittit in carcerem Regis, vel alterius, ubi Rex vel alius habet capitale, sive vitam, aut membrum perdere, ut redimatur, vel quando Rex, vel aliquis alius capit aliquem, pro redimendo suam vitam, vel membrum perdere et evadit de carcere, et fugit ad Ecclesiam, Ecclesia vult eum liberare et auferre domino redemptionem, respondent.

Quod ex quo aliquis de voluntate sua se mittit in carcerem alicujus ut redimatur, vel quando aliquis capitur pro catallo suam vitam vel membrum perdere, Ecclesia non debet Domino auferre catallum, vel redemptionem suam, neque illum liberare, si fugerit ad ecclesiam, sed potest custodiri extra ecclesiam, et extra atrium, nec custodes ex hoc poterunt causari de jure.

10) Item Clerici non possunt de jure excommunicare aliquem propter forifactum servientis sui, neque interdicere terram ejus priusquam Dominus fuerit super hoc requisitus, vel Baillivus ejus si Dominus fuerit foris paiscatus [hors du pays].

11) Item si aliquis scienter vel ignoranter forifecerit Ecclesiae non debet excommunicari vel ejus terra interdici, donec super hoc requisitus fuerit, vel Baillivus ejus si Dominus fuerit extra patriam.

12) Item quando aliquis citatur coram ecclesiastico judice, et ipsi judices compellunt eum in prima citatione jurare quod stabit mandato eorum, quamvis non defecerit de jure faciundo vel quamvis non sit excommunicatus. Respondetur quod hoc non debet fieri.

13) Item super eo quod Clerici aliquem trahunt in causam de servitute, et ille dicit se esse servum alterius, volunt quod ille respondeat in curia illorum, quamvis dicat se esse servum alterius, et cogunt ipsum ad respondendum coram ipsis per excommunicationem, vel illos excommunicant, qui ipsos manutenent: ad quod respondent quod ille debet respondere in curia illius cujus servum se esse profitetur.

## Beilage Lit. G.

(Zu Theil II. S. 721 *.)

### Lettres du Roy (Philippe Auguste) touchant le privilege des Clercs en matiere criminelle.

(Ordon, tom. I. p. 43 [sans date].)

1) Majori*) Senonensi et aliis majoribus et communiis. Mandantes vobis praecipimus et inhibemus, ne aliquem Clericum, de quo manifestum sit, quod sit Clericus, capiatis

---

*) Laurière remarque sur ce passage: Ce mandement est adressé aux Maires et aux Communes, parce que dans ces temps-là les Communes et les Maires exerçoient la justice temporelle dans les villes et les banlieues. En voicy une preuve tirée de la Charte de la Commune de Roye. Siquis forifactum de quo clamor in

vel arrestetis, neque incarceretis, nisi inventus fuerit ad presens forisfactum multri, raptus, incendii, adulterii, sanguinis effusi per baculum vel per arma molata, vel per hujusmodi criminis magni.

2) Si autem captus fuerit ad hujusmodi presens forisfactum, eum reddatis judici ecclesiastico ad quem pertinebit justitia ad faciendum de eo quod secundum quantitatem forisfacti fuerit faciendum, nisi sit nox.

3) Quos autem sic captos propter noctem detinebitis non cum latronibus vel aliis malefactoribus eos in carcerem tradatis, sed ipsi in custodia eos honeste custodiatis et in crastino judici reddantur ecclesiastico.

4) Si vero aliquis captus fuerit qui non sit cognitus Clericus, quando constiterit ipsum esse Clericum, et requiretur ab Ecclesia, Ecclesiae reddatur.

5) Hoc idem praecipimus de viris religiosis.

---

presentia Majoris et juratorum fuerit; Major recto judicio juratorum super hoc emendationem accipiat talem, quod domus forisfactoris diruetur, si Major voluerit. Et si Major redemptionem accipiet de domibus diruendis, hujus redemptionis medietas erit nostra, et alia Burgensium . . . . . Forifactor autem si domum non habuerit, quae dirui debeat recto judicio juratorum, pro forifacto comprobato, a Villa bannietur ..... Siquis alium intra villam interfecerit, ubicumque malefactor inventus fuerit, de ipso vindicta accipiatur .... Si Major et jurati quempiam bannierint, qui post bannum in villa redierit de eo vindicta, sine emendatione nobis exhibenda, capiatur etc.

## Beilage Lit. H.

(Zu Theil II. S. 721 *.)

### Edit ou Ordonnance [du Boy St. Louis] touchant les Elections, les promotions, les Collations des Prelatures. (C'est ce qu'on appelle communement la Pragmatique de St. Louis) Ordon. tom. I. p. 97.

Ludovicus Dei gratiâ Francorum Rex, ad perpetuam rei memoriam. Pro salubri et tranquillo statu Ecclesiae regni nostri, nec non pro divini cultus augmento, et Christi fidelium animarum salute, utque gratiam et auxilium omnipotentis Dei, cujus soli ditioni, atque protectioni regnum nostrum semper subjectum extitit, et nunc esse volumus, consequi valeamus: quae sequuntur, hoc edicto consultissimo in perpetuum valeturo statuimus et ordinamus.

1) Ut Ecclesiarum regni nostri Praelati, Patroni, et beneficiorum Collatores ordinarii, jus suum plenarium habeant, et unicuique jurisdictio debite servetur.

2) Item Ecclesiae cathedrales, et aliae regni nostri liberas electiones*), et earum effectum integraliter habeant.

---

*) Le Roy Philippe Auguste ordonna la même chose par son testament (d. l'an 1190) articles 9 et 10 (Ordon. tom. I. p. 18, 20). „Art. 9. Si forte contigerit sedem episcopalem, vel aliquam abbatiam regalem vacare, volumus, ut Canonici Ecclesiae, vel monachi monasterii vacantis veniant ad Reginam et Archiepiscopum [Die Königin Mutter und den Erzbiſchof von Rheims hatte der König während ſeiner Abweſenheit im H. Land zu Verweſern ſeines Reichs ernannt], sicut ante nos venirent, et liberam electionem ab eis petant, et nos volumus quod sine contradictione eis concedant.“ — „Art. 10. Nos vero tam Canonicos quam monachos monemus, ut talem pastorem eligant, qui Deo placeat et utilis sit regno.“

3) Item simoniae crimen pestiferum Ecclesiam labefactans, a regno nostro penitus eliminandum volumus et jubemus.

4) Item promotiones, collationes, provisiones et dispositiones praelaturarum, dignitatum vel aliorum quorumcumque beneficiorum, et officiorum ecclesiasticorum regni nostri, secundum dispositionem, ordinationem, determinationem juris communis, sacrorum conciliorum Ecclesiae Dei, atque institutorum antiquorum sanctorum Patrum, fieri volumus pariter et ordinamus.

5) Item Exactiones et onera gravissima pecuniarum, per curiam Romanae Ecclesiae regni nostri impositas, vel imposita quibus regnum nostrum miserabiliter depauperatum extitit, sive etiam imponendas, aut imponenda levari, aut colligi nullatenus volumus, nisi dumtaxat pro rationabili, piâ et argentissima causa, inevitabili necessitate, et de spontaneo et expresso consensu nostro, et ipsius Ecclesiae regni nostri.

6) Libertates, franchisias, immunitates, praerogativas, jura et privilegia per inclitae recordationis Francorum Reges praedecessores nostros et successive per nos Ecclesiis, monasteriis atque locis piis, religiosis, nec non personis ecclesiasticis regni nostri concessas et concessa innovamus, laudamus, approbamus et confirmamus per praesentes.

Harum tenore, universis justitiariis, officiariis et subditis nostris, ac loca tenentibus, praesentibus et futuris, et eorum cuilibet, prout ad eam pertinuerit, districte praecipiendo mandamus, quatenus omnia et singula praedicta, diligenter et attente servent, teneant et custodiant, atque servari et teneri, et custodiri inviolabiliter faciant; nec aliquid in contrarium quovis modo faciant, vel attentent, seu fieri, vel attentari permittant, transgressores, aut contrafacientes, juxta casus exigentiam tali poena plectendo, quod ceteris deinceps cedat in exemplum. In quorum omnium et singulorum testimonium, presentes literas, sigilli nostri appensione muniri fecimus. Datum Parisiis, anno Domini MCCLXVIII. Mense Martio.

# Beilage Lit. I.

(Zu beiden Theilen.)

## Ueber die Abſchaffung der Sklaverei.

## Lettres de Louis X. (Hutin) du 3. Juillet 1315 portant que les serfs du Domaine du Roy seront affranchis moyennant finance. (Ordon. d. Louv. tom. I. p. 583)*).

Louys par la grace de Dieu Roy de France et de Navarre à nos amez et feaux Mestre Sence de Chaumont, et Maitre Nicolle de Braye, salut et dilection.

Comme selon le droit de nature chacun doit maistre franc. Et par aucuns usages ou Coustumes qui de grant ancienneté ont esté entroduites et gardées jusques cy en nostre Royaume, et par avanture pour le meffet de leurs predecesseurs, moult de personnes de nostre commun peuple, soient encheües en lien de servitudes et de diverses conditions, qui moult nous desplait. Nous considerants que nostre Royaume est dit, et nommé le Royaume des Francs, et voullant que la chose en verité soit accordant au nom, et que la condition des gents amende de nous en la venuë de nostre nouvel gouvernement. Par deliberation de nostre grant Conseil avons ordené et ordenons, que generaument par tout nostre Royaume, de tant comme il peut appartenir à nous, et à nos successeurs, telles servitudes soient ramenées à franchises, et à tous ceus qui de ourine (origine), ou ancienneté, ou de nouvel par mariage, ou par residence de lieus de serve condition, sont encheües, ou pourroient eschoir ou lien de servitudes, franchise soit donnée à bonnes et convenables conditions. Et pour ce, et specialement que nostre commun peuple qui par les Collecteurs, Sergens et autres officiaux, qui ou temps passé ont esté deputez seur le fait des main-mortes et formariages, ne soient plus gravez, ne domagiez pour ces choses, si comme il ont esté jusques icy, laquelle chose nous desplaist, et pour ce que les autres Seigneurs qui ont hommes de corps, preignent exemple à nous, de eux ramener à franchise, Nous qui de vostre leauté, et approuvée discretion nous fions tout à plain: Vous commettons et mandons par la teneur de ces lettres, que vous aliez dans la Baillie de Senlis, et és ressorts d'icelle, et à tous les lieus, Villes et Communautez, et personnes singuliéres qui ladite franchise vous requerront, traitez et accordez avecq eux de certaines compositions, par lesquelles soffisant recompensation nous soit faite des emoluments, qui desdites servitudes povient venir à nous et à nos successeurs, et à eus donnez *de tant comme il peut toucher nous*, et nos successeurs general et perpetuel franchises, en la maniere que dessus est dite, et selon ce que plus plainement le vous avons dit, declaré et commis de bouche. Et nous permettons en bonne foy, que nous pour nous et nos successeurs ratefierons, et approuverons, tendrons et ferons tenir et garder tout ce que vous ferez et accorderez sur les choses dessusdites, et les lettres que vous donnez sur nos traitiez, compositions et accords de franchisee à Villes, Communautez, ou personnes singulieres, nous les agreons des-orsendroit, et leur en dourons les nostres sur ce, toute fois que nous en serons requis. Et donnons en mandement à tous nos Justiciers et subgiets, que en ces choses ils obeissent à vous et entendent diligemmant. Donné à Paris le tiers jour de Juilliet, l'an de grace mil trois cent quinze.

---

*) Philipp der Lange erließ den 23ten Januar 1318 eine Verordnung die mit der hier abgedruckten faſt wörtlich übereinſtimmt. (Ordon. du Louv. tom. I. p. 653).

en pourroient eschoir ou lien de servitudes, franchise soit donnée à bonnes et convenables conditions. Et pour ce, et especialement que nostre commun peuple qui par les Collecteurs, Sergens et autres officiaux, qui ou temps passé ont esté deputez seur le fait des main-mortes et formariages, ne soient plus grevez, ne domagiez pour ces choses, si comme il ont esté jusques icy, laquelle chose nous desplaist, et pour ce que les autres Seigneurs qui ont hommes de corps, preignent exemple à nous, de eus ramener à franchise: Nous qui de vostre leauté, et approuvée discretion nous fions tout à plain, Vous commettons et mandons par la teneur de ces lettres, que vous alez dans la Baillie de Senlis, et ès ressorts d'icelle, et à tous les lieux, Villes et Communautez, et personnes singulieres qui ladite franchise vous requerront, traitiez et accordez avecq eus de certaines compositions, par lesquelles soffisant recompensation nous soit faite des emolumens, qui desdites servitudes povient venir à nous et à nos successeurs, et à eus donnez, *de fait comme il peut toucher nous*, et nos successeurs general et perpetuel franchises, en la maniere que dessus est dite, et selon ce que plus plainement le vous avons dit, declaré et commis de bouche. Et nous permettons en bonne foy, que nous pour nous et nos successeurs ratefierons, et approuverons, tendrons et ferons tenir et garder tout ce que vous ferez et accorderez sur les choses dessusdites, et les lettres que vous donnerez sur nos traitiez, compositions et accords de franchise à Villes, Communautez, ou personnes singulieres, nous les agreons dès-ora-endroit, et leur en donrons les nostres sur ce, toutes fois que nous en serons requis. Et commandons et mandons à tous nos Justiciers et subgiez, que en ces choses ils obeissent à vous et entendent diligemment. Donné à Paris le tiers jour de Juillet, l'an de grace mil trois cent quinze.

---

[illegible]

# Register

zum

## erſten Theil.

Anmerk. für den Leſer. Zur Bequemlichkeit des Leſers iſt jeder Seitenzahl des Regiſters zum erſten Theil ein *a*, und jeder zum zweiten Theil ein *b* beigefügt worden.

# Regiſter zum erſten Theil.

## A.

Abberufung an ein anderes Gericht (évocation, jetzt renvoi), was ſie war 313, 314 *
geſchah entweder von Rechtswegen oder aus Königl. Gnaden-Bewilligung (évocations de justice ou de grâce) 313.
Fälle, worin ſie Statt fand und Vorſchriften darüber 313—325.
findet ſowohl in Civil- als Criminalſachen Statt 316, 317,
hatte keine Anwendung bei den Ausnahme-Gerichten 317.
Abberufung à cause de suspicion légitime 316.
Wie die Abberufung nachgeſucht wird
nach der neuern Geſetzgebung 316, 317,
„ „ ältern „ 318, 319.
Welches Gericht entſcheidet, wenn die Abberufung zugelaſſen iſt,
nach der neuern Geſetzgebung 317, 318,
„ „ ältern „ 318, 319.
Abberufung aus Königl. Gnaden-Bewilligung (évocations de grâce) ſollten nie Statt finden 324, 325,
erhielten ſich aber bis zur Revolution 325, 326.
Abbitte (ſchimpfliche). M. ſ. amende honorable.
Act (notarieller) hat jetzt vollen Glauben 302,
und executoriſche Kraft (exécution parée) 406, 415, 416.
Art, denſelben auszufertigen unter den Römern 406.
Wann er unter den Römern vollen Glauben hatte 408.
Wann unter Ludwig dem H. 410, 411,
muß controlirt (einregiſtrirt) ſeyn 415.
Von den notariellen Acten brauchte früherhin keine Urſchrift (minute) aufbewahrt zu werden und warum 413.
Philipp der Schöne führte dieſes erſt ein 413,
und die folgenden Könige beſtätigten es 413, 414.
gegen einen notariellen Act findet kein Aufſchub Statt 431.
Acten (Prozeß-Acten),
Wie und wann ſie mitgetheilt werden müſſen 267 *, 275, 276, 279, 282, 283.
Verzeichniß (Inventarium) derſelben 276, 283.
ehmaliger Gebrauch 292.
Adel, Urſprung deſſelben XII., XIII., 45.

Adjoints der Commissaires-enquêteurs 291.
Admonition. M. ſ. Strafen (entehrende).
Advokaten unter den beiden erſten Geſchlechtern 5.
Liſte (tableau) der Advokaten 247, 248, 253.
Verhältniß der Advokaten zu den Anwälten oder Procuratoren 249.
Studien und Probezeit derſelben 252, 253.
Disciplinar-Rath für die Advokaten 253, 254.
Stabträger (batonier, doyen) der Advokaten 247, 254.
Advocat d'office 218, 219.
General-Advokat 194 **. (M. ſ. Staatsbehörde).
Ajourner 258, 261.
Allodium, alodis, alaudis, alaudum;
Bedeutung und Entſtehung XV.
Verſchwindet faſt gänzlich 43.
Amende honorable 441.
" simple ou seche 442.
" in figuris ibid.
Amtmänner 174, 211.
Wie ſie ernannt wurden 212, 214, 622, 623.
mußten adelich ſeyn 220.
Eid derſelben 214.
Erhalten Stellvertreter 222, 223, 225,
amtlicher Wirkungskreis 211, 217, 228, 231—234,
ſprachen in den früheſten Zeiten nicht ſelbſt das Urtheil 214—216.
Behalten zuletzt blos Ehrenrechte 222, 223.
Zuſammenſetzung eines Amtei-Gerichts 226.
Die Amtei-Gerichte werden mit den Päſidial-Gerichten vereinigt 239.
Anklage-Act 520, 582, 583, 617.
Die an die Geſchwornen geſtellten Fragen dürfen ſich auf kein Verbrechen beziehen, das nicht im Anklage-Act enthalten iſt 598, IV.
Anklage-Kammer, Verfahren vor derſelben 518 folg.
Ankläger, öffentlicher 584, 611.
Anticipation 338.
Anträge (conclusions) der Anwälte 267, 271, 271 *,
müſſen der Gegenparthei mitgetheilt, und in der Sitzung übergeben werden 271.
Die Richter ſprechen nur über die letztern 271, 274.
Antrag des Staatsprocurators in Civilſachen 273,
in Criminalſachen 526, 528, 532.
Antrustio XIII. *.
Anwälte (avoués), Urſprung des Namens 251. M. ſ. Procurator;
werden durch den National-Convent aufgehoben 251, 252,
werden wieder hergeſtellt 252.

Apostres (lettres dimissoires) 336 *.
Appellation, (M. ſ. Gerichtsbarkeit und Inſtanz);
  mündliche, ſchriftliche 332, 333,
  an den Oberlehnsherrn 68, 69,
  an den König 8, 9, 10, 12,
  kommt außer Gebrauch 49, 63,
  wird wieder hergeſtellt 69, 70, 71, 83.
  Form derſelben unter Ludwig d. H. 91,
  einzig noch übrige Spur davon 330.
  Vorladung der Unterrichter bei derſelben 94, 95, 96.
Appellation von den grundherrlichen Gerichten 207,
  ,, unmittelbar an das Parlament (omisso medio) 202, 480, 485.
Appellations-Friſt, in ältern Zeiten 97, 98, 330, 331, 332–336,
  ,, ,, in neuern Zeiten 339, 340.
  Art die Appellation einzulegen 333, 334, 339,
  Unterſchied zwiſchen der Einlegung und der Antretung der Appel (interjeter et relever son appel) 336, 337,
  acht Tage Bedenkzeit, um ſie anzutreten 337,
  wie der Appellat den Appellanten dazu zwingen konnte 338,
  der Appellat mußte bei Einlegung der Appel zuweilen auch gegen das Urtheil proteſtiren 338, 339,
  ehmals konnte man von allen Urtheilen auf der Stelle appelliren 343,
  jetzt nicht mehr 343, 344,
  ob man in der Appellations-Inſtanz neue Gründe nnd Forderungen vorbringen darf 97, 345, 346.
Appellation während der Revolution 647, 659, 691.
  ,, omisso medio, konnte bei allen Criminal-Urtheilen, die eine peinliche oder entehrende Strafe ausſprachen, eingelegt werden 480, 485.
Appellation a minima 480, 481.
Appointement, was es war 278.
  ,, en droit à produire et écrire 279, 280,
  ,, à mettre 278, 279.
Aquitanien, Königreich VIII., IX.,
  Herzogthum IX.,
  erhält den Namen Guyenne IX.,
  kommt an England X., XI.,
  kommt wieder an Frankreich VIII., IX.
Arrêt 392.
Aſyl-Recht der Kirchen 9.
Aſſiſen 211, 519, 521 folg., 523 *,
  grandes assises, M. ſ. grands-jours,
  jetziges Verfahren vor den Aſſiſenhöfen 525 folg.,
  Vernehmung der Zeugen vor denſelben 527.

Stellung der Fragen vor dem Aſſiſenhofe 528, 584, 603, 606.
Zahl der Stimmen, die nöthig iſt, um den Angeklagten für ſchuldig zu erklären 529 folg., 584, 608.
Unterſchied zwiſchen überführt und ſchuldig 606, 607.
Rechtsmittel gegen den Ausſpruch eines Aſſiſenhofs 533.
Assises de Jérusalem 48, 135, 136.
Assurement 103.
Aufſchub. Ob die Richter dem Schuldner einen Aufſchub bewilligen dürfen 431, 432.
Gegen notarielle Acte findet kein Aufſchub Statt ibid.
Aufſchubbriefe. M. ſ. lettres de repit und lettres d'état.
Ausfertigung eines Urtheils in executoriſcher Form 404, 405;
In der Regel darf nur eine gegeben werden 403, 404,
äußere Form derſelben 399.
Ausnahme-Gerichte. M. ſ. Gerichte.
Ausrüfe (criées) bei dem gerichtlichen Verkauf unbeweglicher Güter, Verfahren dabei 420—423;
Edict Heinrichs des Zweiten darüber 419,
dauern während der Revolution fort 423 *,
Abſchaffung derſelben 423.

## B.

Barone. Was man darunter verſteht 49 Not.,
Unabhängigkeit derſelben 49.
Baſtille 495 folg. M. ſ. n. Staatsgefängniſſe.
Bauern, gänzliche Unterdrückung derſelben 50.
Beamten, adeliche 220, 221, M. ſ. Amtmänner, Vögte u. ſ. f.
Beaumanoir, Philippe (Philippus Bellomanerius) 48, 135.
Begnadigung. Das Recht dazu ſtand von je her dem König zu 505,
mißbräuchlich maßten es ſich ſogar einige Beamten an 509 folg.
Das Strafgeſetzbuch der Conſtituirenden nahm dem König das Begnadigungs-Recht 510.
Die Conſtitut. vom 16ten Thermid. J. 10 übertrug es dem erſten Conſul 510.
Nach der Reſtauration erhielt es der König 510, 511.
Beiſitzer 217, 218, 226.
Beneficium XV.
Berichterſtatter (rapporteur) und Bericht (in ſchrifttich verhandelten Sachen). M. ſ. Verfahren.
Beſchlagnahme.
Beſchlagnahme und Verkauf beweglicher Güter (saisie-exécution) Verfahren dabei 417—418.

Beſchlagnahme und Verkauf unbeweglicher Güter. Verfahren dabei zu den Zeiten Ludwigs des H. 419,
  in ſpätern Zeiten 420—423.
Beſchluß (résolution) des Raths der Fünfhundert 155.
— — der Conſuln. M. ſ. arrêté.
  Senats=Beſchluß. M. ſ. Senat.
Beweis (in Civilſachen),
  durch Urkunden (in den älteſten Zeiten) 36,
  „ „ jetzt und nach der ordon. d. 1667 302,
  durch Zeugen 288,
  wird von Gericht erkannt 288,
  iſt nicht immer zuläſſig 295, 296,
  Art, die Zeugen abzuhören. M. ſ. Zeugen.
Beweis durch Abfragen einer Parthei (interrogatoire sur faits et articles) 296,
  durch Unterſuchung an Ort und Stelle (descente sur les lieux) 297, 297 ***, 298,
  durch Antragung oder Auferlegung des Eides,
  Welches Gewicht die Richter den Beweiſen beilegen müſſen 301,
  welche Beweiſe die Richter als vollgültig anerkennen müſſen 301, 302.
Beweis über das Beſtehen einer Gewohnheit (coutume)
  a. durch enquestes par turbes 128, 299,
  b. durch Notorietäts=Acte 301.
Beweis in Criminalſachen. M. ſ. Rechtfertigung, blasme. M. ſ. Strafen, entehrende.
Bretagne, von Chlodwig erobert XI.;
  wird zur Pairie von Frankreich erhoben ibid.,
  wird mit Frankreich vereinigt XI.
Breviarium Alaricianum 124.
Burgen, dürfen nicht angelegt werden 43.
Bürgerſchafts=Recht 79.
  Verſchiedene Arten, es zu erwerben ibid.
Burgund, jenſeits des Jura VI.,
— — Herzogthum VI., VII.
Burgunder V., Geſetze derſelben V., VI.
Burgundiſches Reich, Entſtehung V.,
  „ „ Untergang VI.

C.

Capetinger kommen auf den Thron IV.
  Nebenzweige des Capetingiſchen Stammes IV.
Capitularien 140—143.
Caribert wird König von Aquitanien VIII.

- Carl der dritte (der Einfältige) tritt Neuſtrien an die Normannen ab IX.
- Carolinger kommen auf den Thron III.
- Carl der Große III.
- Carl der VII. vertreibt die Engländer aus Frankreich IX.
- Cas royaux. M. ſ. Königliche Fälle.
- Caſſation;
  - gegen welche Urtheile und aus welchen Gründen man ſie einlegen kann 348, 349. M. ſ. noch requête civile.
- Caſſation in Criminalſachen gegen den Ausſpruch eines Aſſiſenhofs 533.
- Caſſation im Intereſſe des Geſetzes 533.
- Caſſation gegen die Ausſprüche der Specialhöfe fand nicht Statt 551, 552.
- Centenarius 1, 2, 5 *, 7.
- Charta audientialis 12.
- Childerich der dritte, der letzte Merovinger III.
- Chlodwig, Stifter der Fränkiſchen Monarchie III.,
  - läßt ſich taufen III.
- Chlodwigs Siege III., VII.
- Citation 258.
- Civil-Parthei, Entſtehung derſelben 458 *.
- Civil-Parthei 528, 533, 616, 464, 465.
- Code. M. ſ. Geſetzbücher.
- Code civil von Ludwig dem 14ten (ordonnance d. 1667), Entſtehung derſelben 149, 150.
- Code Leopold 152.
- Code Marillac 152.
- Code Napoleon, Geſchichte deſſelben 168—170.
- Commandement (Aufforderung zur Zahlung) 417.
- Commensal du Roy 310, 311 *.
- Commissaires-enquêteurs 291.
- Commis-greffier 242.
- Commitimus 306—312. M. ſ. privilegirter Gerichtsſtand.
  - Iſt zweierlei au grand et au petit sceau 306, 312.
  - Entſtehung und Alter deſſelben 310, 311,
  - Perſonen, denen das Recht committimus zuſtand 309,
  - Provinzen, worin es nicht galt 312.
  - Es galt überhaupt nicht bei den Ausnahme-Gerichten 308.
- Competenz der verſchiedenen Gerichte in Civilſachen, ehmals 326, 327,
  - " " " " " " jetzt 327, 329,
  - " " " " in Criminalſachen, ehmals 452—456.
- Conferenzen über die ordon. d. 1667 und 1670.
  - Protokolle darüber.
- Confiſcation des Vermögens 439, 440, 463.
- Conflict, was man darunter verſteht und wie er geſchlichtet ward 323, 324.

Congé 350 .
Contestatio litis. Was man darunter verſtand 307 *, 355 *.
Contrainte par corps. M. ſ. Verhaftung.
Contrariétés des arrêts. Wie dabei zu verfahren 362, 363 *. M. ſ. Widerſpruch.
Contumacial-Urtheil. M. ſ. défaut und congé.
Conviva Regis XIV.
Correctionelle Tribunale (jetzt) 537 folg., 539, 540,
  „ „ unter der Conſtituirenden 632, 633.
  „ „ nach dem code vom 3ten Brum. J. 4 660.
Corps législatif. Einſetzung und Befugniſſe deſſelben 156, 157.
Cour 391, 392.
  Wann die höhern Gerichte dieſen Namen, den ſie in der Revolution verloren, wieder erhielten 666.
Coutumes. M. ſ. Gewohnheits-Rechte.
Cubicularis 13.
Criminal-Prozeß, ward ehmals in der Regel von dem judex delicti commissi eingeleitet und entſchieden 452 folg.
Criminal-Prozeß. Auf welche Veranlaſſung er angehoben ward 458.
  „ „ Womit er gewöhnlich eingeleitet ward 459, 460.
  „ „ Vorladungsbefehle dabei, ehmals 460, 461, 462, 463, jetzt 515—517.

## D.

Datum. Frühere Unordnung bei dieſem Gegenſtand. M. ſ. die Vorrede zum erſten und zweiten Theil.
Datum bei den Geſetzen, Königl. Verordnungen und Kaiſerl. Decreten 144, 145, 165.
Datum, an welchem die Geſetze executoriſche Kraft erhielten 161, 162, 163, 165, 671.
Datum eines Urtheils 387, 388. (M. ſ. Geſetze).
Déclinatoire 319, 320.
Decrete (Kaiſerl.), was ſie waren 164.
  Art ſie zu verkündigen 165.
Decret d'assigné pour ëtre oui, — decret d'ajournement personel, — decret de prise de corps 461.
Défaut, was man darunter verſteht 350 *;
  Verſchiedene Arten von défauts (défaut faute de comparoir, faut de defendre etc.) 350 *.
Défaut avec profit (avec tout le profit) 353,
  älteres und jetziges Verfahren bei den défauts 350—360,
  Verfahren zu Zeiten Boutelliers 351 *,

Verfahren nach der Verordnung von Villers-Cotterets 353—357,
„ „ „ „ von 1667 357,
„ jetziges dabei 358, 359 *.
Rechtsmittel gegen die défauts. M. ſ. Einſpruch.
De-Fontaines, (Petrus Fontanus, oder a Fontanis) 48, 175.
Désertion d'appel 338.
Dictum ou dicton 387.
Director der Jury 611, 612, 613, 615, 582. (M. ſ. Inſtructions-Richter.)
Diſciplinar-Strafen. M. ſ. Strafen.
Dispositif. Was es iſt 389.
Droit écrit. M. ſ. Römiſches Recht.

## E.

Echequier zu Rouen 199, 234.
Eid, angetragener, gibt einen vollen Beweis 302, 303.
Eideshelfer. M. ſ. Geſchworne.
Einrede der Incompetenz (déclinatoire) 319, 320;
muß vor allen andern Einreden vorgebracht werden ibid.
Einſpruch (opposition) gegen ein Contumacial-Urtheil 351, 359,
Findet gegen mehrere Urtheile nicht Statt 351 *, 359, 360,
Friſt, dieſelbe einzulegen 359, 360,
kann nur einmal angewendet werden 360.
Einſpruch eines Dritten (tierce opposition) 360.
Enquêtes par turbes (inquestae per turbam). Was ſie waren 128,
Wie ſie ausgeführt wurden 128, 129, 298—301,
Abſchaffung derſelben 130.
Enregistrement bei den Parlamenten. Was man darunter verſtand 180***.
Erbeseinſetzung nach dem Saliſchen Geſetz 37, 38.
Erzkaplan (archicapellanus) 10, 11.
Etablissement 143. M. ſ. Geſetze.
Etablissemens de St Louis 48, 80 Not. **, 144.
Evangeliste. Was man darunter verſtand 286.
Examen à futur. Was es war 130 **.

## F.

Fausser la cour ou le jugement (falsare Curiam) 63, 91.
Fausser sans vilain cas 84, 91.
Fehde;
Fehdepfand 54, 55.
Festuca 38, 38 *.

- Feudum hieß früher beneficium XV. M. ſ. Lehn.
- Folter (question préalable und prèparatoire) 479,
  - mußte durch ein förmliches Urtheil erkannt werden 478, 479.
  - Abſchaffung derſelben 479, 480, 581.
- Forclusion 282; Th. II. 889 *.
- Freies Geleit (sauf conduit) 508 *.
- Fragen. Stellung der Fragen vor den Aſſiſenhöfen. S. assises.
- Friedens-Richter;
  - Einführung derſelben 646 folg.
  - Competenz derſelben in Civilſachen 328, 329, 646.
  - Ueber die Competenz derſelben in Criminalſachen ſ. m. den Art. Verfahren (jetziges) in Criminalſachen und Art. Verbrechen (welche Beamten die erſten Spuren derſelben verfolgen.)
- Friedensrichter, Ernennung derſelben, ſ. Richter.

## G.

- Gallien wird Römiſche Provinz I.,
  - Die Burgunder in Gallien V.,
  - die Weſtgothen in Gallien VII.,
  - Chlodwig erobert es III.,
  - älteſte Verfaſſung Galliens II.
- Garde-Gardienne 305, 306.
- Gaſtfreund des Königs XIV.
- Gegenklage. M. ſ. réconvention.
- Gefängniſſe ſind jetzt nach dem Grad des Verbrechens verſchieden 540.
- Geleit (freies) sauf conduit 508 *.
- Gemeinden. Entſtehung derſelben unter Carl dem Dicken und ſeinen Nachfolgern 73 folg.
- General-Advokat. M. ſ. Staatsbehörde.
- General-Procurator. M. ſ. Staatsbehörde.
- Gens de main morte 213.
- Gerichte. M. ſ. Richter.
  - Ausnahme-Gerichte (tribunaux d'attribution) nach der Revolution 549. 550, 643 **,
  - Spezialhöfe und Verfahren vor denſelben 550, 554, 555,
  - Der hohe National-Gerichtshof 555 folg.,
  - Der hohe Kaiſerliche Gerichtshof 565 folg.,
  - Das Kaiſerliche Familien-Gericht 569 folg.,
  - Einrichtung der Civil-Gerichte nach der Revolution 327 folg.
  - Einrichtung der Criminal-Gerichte nach der Revolution 521 folg.,
  - Einrichtung der Polizey- und Correctionellen Gerichte 537, 539.
  - Hierarchie der Gerichte unter einander 665, 666.

Letzte Einrichtung der Gerichte unter dem Kaiſerreich 667, 669,
Wiedereröffnung der Gerichte nach den Ferien, geſchieht mit großer Feierlichkeit 668.

Gerichtsbarkeit unter den beiden erſten Königs-Geſchlechtern 1—12.
„ Königl. und grundherrliche 201.
„ grundherrliche nach ihren Abſtufungen (justice haute, moyenne et basse) 201—204, 231—234,
Alter der grundherrlichen Gerichtsbarkeit 203 *,
wird im Namen des Grundherrn aber von Beamten ausgeübt 208,
Einwirkung des Königs bei derſelben 208,
Aufhebung derſelben 208,
Ausdehnung der Gerichtsbarkeit à cause de connexité 320,
„ durch Anſtellung einer Gegenklage (réconvention) 321,
Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit. M. ſ. Richter.
Unter welcher Gerichtsbarkeit die fremden Geſandten ſtehn 569 *.

Gerichtsdiener (huissiers, sergens) 242, 243,
laden die Partheien ohne richterlichen Befehl vor Gericht 260,
amtliche Pflichten und Befugniſſe derſelben 243—246,
ob ſie außer ihrem Bezirk inſtrumentiren dürfen 244—246,
Disciplinar-Kammer für dieſelben 246.

Gerichtshof. M. ſ. cour und Appellations-Gericht.

Gerichtsſtand (privilegirter),
in Civilſachen,
es gibt deren jetzt keinen 303,
vor der Revolution 304, 312, 313,
beſondere Privilegien in Hinſicht des Gerichtsſtandes, M. ſ. committimus, garde-gardienne, privilèges de l'université, privilèges de scholarité, scel attributif de jurisdiction, évocation 304,
jetziger privilegirter Gerichtsſtand in correctionellen Sachen 549 **.

Gerichts-Verfaſſung, kurze Geſchichte der Veränderungen, welche ſeit der Revolution in derſelben eingeführt worden 642—670.

Gerichtsſecretair. M. ſ. greffier,
Jeder Graf ſollte Einen haben 5, 240.

Gerichtsſecretaire wurden früher aus den Hausbedienten der Richter genommen 240,
erhalten Schreiber oder Stellvertreter 241, 242,
amtlicher Wirkungskreis derſelben 241—242,
Wahl der Gerichtsſekretaire nach der Organiſation der Conſtituirenden 656.

Gerichtsſitzungen,
Ort und Zeit derſelben unter den beiden erſten Geſchlechtern 15. M. ſ. Grafen.
Oeffentlichkeit derſelben 272, 273,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

fand ehemals in Criminalſachen nicht Statt,
kann auch jetzt aus wichtigen Gründen aufgehoben werden 272 *,
Erhaltung der Ordnung in den Gerichtsſitzungen 272 *,
Protokoll über die Gerichtsſitzungen (feuille d'audience) 386.

Geſandter, unter welcher Gerichtsbarkeit die fremden Geſandten ſtehn 569 *.

Geſchworne, Eideshelfer, (juratores sacramentales) 27, 28,
waren keine Zeugen 27,
nöthige Zahl derſelben 28,
Unterſchied zwiſchen denſelben, advocati, electi 29, 30.

Geſchworne bei den Aſſiſenhöfen 524,
Erſte Einführung derſelben in Frankreich 577 folg., 581 folg.
Anklage=Geſchworne und Urtheils=Geſchworne 582,
Abſchaffung der erſtern 594 folg.,
die Urtheils=Geſchwornen erkennen über die Thatſache 524, 596, III.,
ihnen ſind keine beſtimmten Beweiſe vorgeſchrieben 529,
Art, ſie zu wählen ibid., a. ſ. jedoch 596 III.
Wie ſie abſtimmen (jetzt) 529 folg.,
nach der Geſetzgebung der Conſtituirenden 584 folg., 586 *, 600,
nach dem code vom 3ten Brum. 590 folg.,
nach dem Directorium 591, 592.
In welchen Fällen gegen den Ausſpruch derſelben angegangen werden kann 531.
Ein von denſelben Freigeſprochener kann wegen derſelben Sache nie wieder belangt werden 531,
Vorzüge der Geſchwornen=Anſtalt 571 folg.,
proviſoriſche Suspenſion der Geſchwornen=Anſtalt 593, 594.

Geſetze. Verſchiedene Namen derſelben in verſchiedenen Zeiten (Geſetze, Capitularien, Edicte, Verordnungen ꝛc.) 138, 140, 143, 144, 146, 154, 155, 164, 173.

Geſetze, organiſche 153 Not.
„ wie ſie gegeben wurden,
unter den beiden erſten Geſchlechtern 115, 116,
unter den erſten Königen des dritten Geſchlechts 117,
in den letzten Zeiten bis zur Revolution 118,
im Anfang der Revolution 152, 153,
unter dem Convent 154,
unter dem Directorium 154, 155,
unter der Conſular=Regierung 156, 157, 158,
unter der Kaiſerl. Regierung 158, 159,
ſeit der Reſtauration 172;
Formeln, um die Geſetze zu verkündigen 144, 145, 159, 160, 164, 165, 172, 173. M. ſ. Promulgation.

Die Geſetze führen das Datum des Tags, an dem ſie decretirt ſind, 159, 160 Not.
  Von welchem Tag an ſie ausübende Gewalt erhalten 162, 163, 165,
  welche Geſetze in den verſchiedenen Provinzen galten 118. M. ſ. Recht und pays de droit écrit.
Geſetzbücher; Sammlnngen von Geſetzen,
Geſetze der Barbaren 138, 139,
  Capitularien 140, 141, 142.
Geſetze der Könige des dritten Geſchlechts 146—152.
  „ die von der Conſtituirenden und während der Republik erlaſſen wurden 166, 167, 168.
  Kaiſerl. Geſetzbücher 168—171.
Geſetz-Bülletin 167.
Gewohnheits-Rechte (Coutumes);
  große Menge und Verſchiedenheit derſelben 128,
  waren urſprünglich nicht ſchriftlich aufgezeichnet ibid.
  Beweis, daß eine Gewohnheit beſtehe (enquête par turbe) ibid.
  Verſuche, ſie ſchriftlich aufzuzeichnen 132, 133,
  galten zuletzt nur, wenn ſie ſchriftlich aufgezeichnet waren 130,
  die Königl. Verordnungen (ordonnances) gingen denſelben vor 137,
  Sammlungen derſelben 134—137.
Geſetzgebendes Corps. M. ſ. corps législatif.
Gleichheit der Stimmen (partage). Art dieſelbe aufzuheben (départager) bei den Parlamenten 381 ****,
  jetzt 381, 382.
Gondebaud, König der Burgunder V.
Gottes-Gerichte, verſchiedene Arten derſelben 30, 31, 32, 33,
  wodurch man dieſelben vermied 33,
Grafen 1, 3 Not., 7, 9, 10,
  Saumſeligkeit derſelben wird geſtraft 6,
  Zeit ihrer Gerichtsbarkeit 7,
  Gränzen derſelben 3, 8,
  Ernennung der Grafen 7,
  Gerichtsſitzungen derſelben, allgemeine und beſondere 15,
  Zeit und Ort, wo ſie gehalten wurden 15, 16,
  Oeffentlichkeit derſelben 18, 19,
  die Grafen mußten nüchtern darin erſcheinen 19.
Grand et petit criminel 447.
Grands-jours 231—234,
  werden auch von den Grundherrn gehalten 234,
  kommen außer Gebrauch 234.
Gränzen, Art ſie zu beſtimmen in den älteſten Zeiten 39, 40.
Greffier. Ableitung des Worts 241 Not. M. ſ. Gerichtsſekretair.

- Greffier en chef 242,
  - commis-greffier 242.
- Großmeiſter des Pallaſtes,
  - ziehn alle Macht an ſich III.
- Grosse 398, 399,
  - Form der grosse eines Urtheils 404, 405, 406.
- Großrichter, Befugniſſe deſſelben 665,
  - Mitwirkung deſſelben bei Begnadigungen 510,
  - 〃 〃 bei Verhaftungen auf Kaiſerl. Befehl 548.

H.

- Hand- und Spanndienſte XIV.
- Haro (Haro-Geſchrei) 401–403.
- Hausbeamte des Königs 13, 14.
- Heinrich der II. (geborner Graf von Anjou), König von England X.
- Homo ligius 47.
- Hors de cour, was es war 384, 385.
- Huissier (hostiarius). Urſprung des Worts 242. M. ſ. Gerichtsdiener.
- Huissier audiencier 243,
  - vollſtrecken die Urtheile 416.
- Huldigung, homagium, hominium, was ſie war 45,
  - Art und Formen derſelben 45, 46, 47.
- Hypotheken;
  - Löſchung der Hypotheken durch gerichtlichen Verkauf 423, 424,
  - 〃 durch freiwilligen (verſtellten) gerichtlichen Verkauf (decret volontaire) 424,
  - Löſchung bei einem außergerichtlichen Verkauf 424.

J.

- Indiculus commonitorius 12.
- Inſtanz. Zahl der Inſtanzen in Civilſachen,
  - ehmals 326; jetzt 327;
  - Gerichte, woran die Appellation ging,
  - ehmals 326,
  - jetzt 327, 645,
  - Jetzige Inſtanzen in Criminalſachen 535, 537, 539.
- Inſtructions-Richter wird an die Stelle des Auditors der Jury geſetzt 513. (M. ſ. Verfahren (jetziges) in Criminalſachen.)
- Intendit. Was man darunter verſtand 279 **.
- Interlocut. M. ſ. Urtheil.

Welches Gericht, nachdem von einem Interlocut appellirt worden, über die Hauptſache entſcheidet 344, 345.

Jugement par forclusion 282, Th. II. 889 *.

Juratores. M. ſ. Geſchworne.

## K.

Kammer. M. ſ. Anklagekammer, Rathskammer.

Klagen, Civilklagen;
  vor welchem Gericht ſie angehoben werden müſſen 257.

Klage in Polizei- und correctionellen Sachen 539, 540, 447.

Klagen gegen fremde Geſandten 569 * (ſ. Verbrechen).

König; entſcheidet in den Zeiten der beiden erſten Geſchlechter über die Sache der Mächtigern 8,
  Appellation an denſelben 9, 10, 11, 12.
  Formular eines Königl. Urtheils 13.

Königl. Fälle (cas royaux) 93, 457, 458,
  Wer darüber entſchied 456.

Königl. Hausbeamten 13, 14.

Königl. Sitzung (im Parlament) fand unter viel mildern Formen Statt, als die Throngerichte (lits de justice) 180, 181, 182.

Kreisgerichte (tribunaux d'arrondissement) 327, 329,
  hießen früher Diſtrictsgerichte 647,
  Zuſamenſetzung derſelben 647.
  Competenz derſelben 329.

## L.

Lehen. Entſtehung derſelben XV.,
  Ausbreitung des Lehnſyſtems 43, 44, 45, 46,
  Lehen werden auf Lebenszeit vergeben XV.,
  werden erblich XVI.,
  verſchiedene Arten derſelben XV. *.

Lettres d'état, (lettres de surséance), Zweck, Wirkung und Urſprung derſelben, welche Perſonen darauf Anſpruch machen konnten, wie man ſie erhielt 427—428.

Lettres closes ou de cachet 145 *, 493—495.

Lettres en forme de requête civile 363.

Lettres de grace. Verſchiedene Arten derſelben 505 folg. M. ſ. Begnadigung.

Lettres patentes 145 *,
  Große Mißbräuche bei denſelben 495—496.

Lettres de ratification 424.

Lettres de repit 428—431.

Lit de justice 180, 181.
Lothringen kommt an Frankreich XII.
Lothringiſches Geſetzbuch 152.
Ludwig der Fromme iſt der erſte, welcher die Lehn erblich vergibt XVI., wird König von Aquitanien IX.

## M.

Magistrat de sureté 615, 616.
Main mortables. M. ſ. gens de main morte.
Major domus, maire du palais. M. ſ. Großmeiſter des Pallaſtes.
Mallare, admallare, mannire 16, 258.
Marſchallsvögte (prevots de maréchaux) 486.
Meroveus II., III,
Merovinger kommen auf den Thron III.,
  werden entſetzt III.
Minute und grosse 398, 399.
Monitoire (des Official zur Entdeckung eines Verbrechens) 466, 467.

## N.

Néant (mettre l'appel au néant) 392, 393, 394.
Nichtigkeit (nullité);
  Folgen derſelben bei Vernehmung der Zeugen 290, 291.
  Die Unterlaſſung jeder vorgeſchriebenen Formalität zieht nicht immer eine Nichtigkeit nach ſich 435, 436.
Normandie wird an die Normannen abgetreten IX.,
  Kommt an Frankreich zurück X., XI., IX.
Normannen dringen in Frankreich ein IX.
Notaires-tabellions-gardenotes 414.
Notarien. (M. ſ. Act, Urſchrift und Urkunde).
  waren unter den Römern Schnellſchreiber 406.
Notarien unter den Carolingern;
  jeder Graf ſollte einen haben 15,
  fertigten auch Verträge aus ibid.
  Die gehörig ausgefertigten hatten vollen Glauben 6.
Notarien unter den Römern 406, 407,
  " " Ludwig dem H. 410, 411.
  Geſchichte des Notariats bis zu den letzten Zeiten 406, 416,
  das Notariat ſeit der Revolution 415, 416.
  Die Notarien werden in einigen Gewohnheits-Rechten als Richter angeſehn 406 *,

  ſie brauchten anfangs den Entwurf (die Urſchrift, minute) der Contracte nicht aufzubewahren 413.
Nullität. M. ſ. Nichtigkeit.

O.

Oberamtmann (grand-bailli) 223.
Opposition. M. ſ. Einſpruch.
Ordalium, ordela. M. ſ. Gottes-Gericht.
Ordonnances. M. ſ. Geſetze. Die wichtigſten für die Gerichts-Verfaſſung 146—152,
Ordonnance de prise de corps 517 *, 518, 520.

P.

Pairs (pares), was man darunter verſtand 51, 52,
  judicium parium 51, 52,
  die Pairs waren die eigentlichen Richter 215, 216,
Pairs von Frankreich in den ältern Zeiten 70, 184.
Pairs der neuern Zeiten 186,
  Namen der alten Pairs 184—186,
  Gerichtshof der Pairs von Frankreich 187.
  Außer den Pairs wurden auch die Königl. Hausbeamten dazu gezogen 189, 190,
  man konnte auch Stellvertreter ſchicken 190.
  Der Pairshof wird mit dem Parlament von Paris vereinigt 191.
Pareatis. Was es war und Form deſſelben 400, 401.
Parlament. Entſtehung deſſelben 176, 177,
  verwandelt ſich in einen Juſtizhof 177,
  urſprüngliche Zuſammenſetzung deſſelben 177, 178, 183,
  die Geſetze müſſen in die Regiſter des Parlaments eingetragen werden 179,
  Anſprüche der Parlamente auf Mitwirkung bei der Geſetzgebung 179, 180,
  beſtimmte Zeitpunkte für die Verſammlung deſſelben in den älteſten Zeiten 177,
  erhält ſeinen feſten Sitz zu Paris 182,
  das Parlament von Paris wird Pairshof v. Frankreich genannt 191,
  richtet über die Perſonen der Pairs und ihre Pairien 192,
  Namen der übrigen Parlamente 199,
  Amtsbefugniſſe derſelben 200.
Paulette 629, 630.

- Pays coutumiers et pays de droit écrit 118, 120,
  - Namen derſelben 119, 120,
  - Urſache ihrer Verſchiedenheit 120—127.
- Pays hors l'obeissance le Roy 47.
- Peremtion, Geſchichte derſelben und Regeln darüber 340—343.
- Pfalzgraf (comes palatinus), deſſen Befugniſſe 10, 11, 13.
- Pipin der Kleine, Stifter des Carolingiſchen Geſchlechts III.,
  - vertreibt die Saracenen aus Frankreich VIII.
- Plaids de la porte 175, 176.
- Polizeigerichte 536 folg., 539, 540.
  - „ unter der Conſtituirenden 652, 653.
- Polizei-Vergehn 535.
- Präcluſiv-Urtheil 282, 889 *.
- Präſident bei einem Civil-Tribunal (Diſtricts-Gericht). Wahl deſſelben nach der Organiſation der Conſtituirenden 647 *,
  - nach der Conſtitution vom 5ten Fructid J. 3 658, 659,
  - nach dem Geſetz vom 27ten Ventoſe J. 8 664,
  - unter dem Kaiſerreich 667.
- Präſident bei einem Criminal-Gericht, Wahl deſſelben nach der Organiſation der Conſtituirenden 655,
  - nach der Conſtitution vom 5ten Fructid J. 3 659.
  - unter dem Conſulat 664.
- Präſident bei den jetzigen Aſſiſenhöfen 523.
- Präſidial-Gerichte (présidiaux),
  - Bedeutung dieſes Worts vor Errichtung der eigentlichen Präſidial-Gerichte 237 **,
  - Einſetzung der Letztern 235,
  - Edicte über ihre Amtsbefugniſſe von Heinrich dem Zweiten 235,
  - „ „ „ „ von Ludwig dem 16ten 236,
  - Amtsbefugniſſe und Zuſammenſetzung derſelben 235—239,
  - jugement au premier et au second chef de l'édit des présidianx 237.
  - Die Präſidial-Gerichte werden mit den Amteien vereinigt 239.
- Prevotal-Gerichte 486—492,
  - Mißbräuche bei denſelben 491 Not.
- Prévots des maréchaux 486.
- Prise a partie. Beſtimmungen der ältern Geſetzgebung darüber 371—376,
  - Beſtimmungen der neuern Geſetzgebung 376—378.
- Privatkriege, Verderblichkeit derſelben 99.
  - Welche das Recht hatten, deren anzufangen 100,
  - Bemühungen, dieſelben auszurotten 100 102, 106, 107,
  - Mittel, ſich dagegen zu ſichern (assurement) 193,
  - Verordnungen Carls des 5ten darüber v. J. 1380 190

Prozeß;
  Civil-Prozeß. Anfang deſſelben. M. ſ. Vorladung.
  Nothwendigkeit der vues et montrées dabei (ehmals) 297 ***,
  Verfahren zwiſchen den Anwälten, ehe die Sache vor Gericht kommt 267—270,
  Verfahren vor den Gerichten ſelbſt 270—287,
  mündliches, ſchriftliches, déliberés, réferés ibid.
Procurator (procurator ad lites, procureur postulant) M. ſ. Anwalt,
  Entſtehung derſelben 248,
  amtlicher Wirkungskreis 248—253.
  In den früheſten Zeiten durfte ſich nicht jeder durch einen Procurator vertreten laſſen 250.
Procureur (du Roy) impérial M. ſ. Staatsbehörde.
Procureur fiscal M. ſ. Staatsbehörde.
Procureur d'offiee 217, 219, 220.
Procureur général 194 **. M. ſ. Staatsbehörde.
Production 276.
Promulgation der Geſetze iſt von der Publication verſchieden 161, 671. M. ſ. Geſetze.
Proposition d'erreur. Was man darunter verſtand 366, 367, 368,
  durfte ſich nur auf die Thatſachen, nicht auf das Recht beziehn 367.
  Welches Gericht darüber entſchied 368, Th. II. 969—872, 885, 886.
Protocoll. M. ſ. Conferenz und Gerichtsſitzung.
Protokoll bei den notariellen Acten (ehmals) 408.
Provinzen, worin das geſchriebene und worin das Gewohnheits-Recht galt. M. ſ. pays coutumiers et pays de droit écrit.
Prozeß. M. ſ. Urtheil. Auf welche Veranlaſſung ehmals ein Criminal-Prozeß eingeleitet ward 458.
Prozeß. Verwandlung eines Criminal-Prozeſſes in einen Civil-Prozeß 468, 460, 471.
  Die Form der Criminal-Prozeſſe war ſchon lange Zeit vor der ordon. d. 1670 beſtimmt vorgeſchrieben 481 folg.
Prozeßkoſten. Wem ſie zur Laſt fallen
  in Civilſachen 432, 433, 434, 618,
  in Criminal-, Correctionellen und Polizeiſachen 413, 618,
  wie und wodurch ſie feſtgeſetzt werden 434.
Prüfung der Richter, ehe ſie ihre Stelle antreten 628, Th. II. 93, 95.

Q.

Qualitäten (eines Urtheils) 390.
Quidam, Criminal-Unterſuchung gegen einen quidam 462 *.
Quinzaine, quinze jours 268 **.

## R.

Rachinburgii 3.
Rath;
  Rath der Alten 154, 155.
  „ der Fünfhundert 154, 155.
Rathskammer 277, 517.
Recht. M. ſ. Römiſches Recht und Gewohnheitsrechte.
Rechts-Verweigerung (deni de justice) 372—374.
Rechtfertigung. Thatſachen zur Rechtfertigung des Angeklagten durften ehmals erſt nach geſchloſſener Inſtruktion vorgebracht und unterſucht werden 467, 468.
Récidive bei Verbrechen. M. ſ. Rückfall.
Reconvention (Gegenklage), was ſie iſt, und Regeln darüber 321—323, fand in den früheſten Zeiten nicht Statt und warum 321, 322.
Référé. Was es iſt, und wie dabei verfahren wird 286—288.
  Es findet kein Einſpruch (opposition) dagegen Statt 287, 288.
Referendarius 13.
Réglement du conseil 151.
Réglement de juges 323. (M. ſ. Conflict.
Relief d'illico 330, 331.
Renvoi 314 *. (M. ſ. Abberufung).
Requête civile, was ſie iſt 361,
  Entſtehung und Alter derſelben 361 *, 365—368,
  durch Annahme derſelben wird die restitutio in integrum herbeigeführt 361,
  Friſt ſie anzuſtellen 364, 365,
  darf nur einmal angeſtellt werden 364.
Rescindant und Recisoire 364 **,
  Verfahren dabei, Fälle, wo ſie Statt findet, und Gerichte, welche darüber entſcheiden 360—369.
  Verſchiedene Veränderungen, welche die Revolution hierin machte 369,
  in welchen Fallen die Caſſation, und in welchen die requête civile Statt findet 362, 363 *, 369—371.
Requêtes du Palais (eine Abtheilung des Parlements),
  entſcheidet über Sachen, wo von dem Vorrecht „committimus“ Gebrauch gemacht wird 306.
Requêtes de l'hôtel urtheilen in Sachen, wo von dem Vorrecht „committimus“ Gebrauch gemacht wird 306.
Rescindant 364 **. M. ſ. requête civile.
Rescisoire 364 **.
Reſumé des Aſſiſen-Präſident 609.

**Retinere in mente Curiae** 461 ***.
Reviſion eines Criminal-Prozeſſes, ehmals 508, jetzt 534.
Richter, Königl. und grundherrliche,
Namen derſelben 174 204–207, 211,
Berufung von den grundherrlichen an die Königl. 174.
Richter in Civilſachen 209, 225,
„ in Criminalſachen 201, 209, 225, 486 folg.
„ in Polizeiſachen 225.
Außerordentliche Commiſſarien als Richter in Criminalſachen 504, 505.
Richter dürfen jetzt unter dem Vorwand der Dunkelheit des Geſetzes ſich nicht weigern, Recht zu ſprechen 374,
wie es vor der Revolut. damit gehalten ward 374,
Ernennung der Richter, ehmals, ſ. Vogt, Amtmann.
Ernennung der Mitglieder des Parlaments 625.
Unter Franz dem Erſten werden die Richterſtellen allgemein ververkäuflich 627, 633 *.
Prüfung der Richter 628, Th. II. 93, 95.
Unter Heinrich dem Vierten werden die Richterſtellen ſogar erblich 628, 629.
Edicte Ludwigs des 14ten über die Verkäuflichkeit der Richterſtellen 630, 631 folg.
Beſoldung der Richter 637 folg.
Aufhebung der Verkäuflichkeit der Richterſtellen durch die Conſtituirende 634.
Ernennung der Richter während der Revolution 655 folg.,
unter dem Conſulat 661, 663, 665.
Ob die Richter ehmals unabſetzbar (inamovibiles) waren 634 folg.
Wichtiges Edict Ludwigs des eilften über die Unabſetzbarkeit der Beamten 635 ****.
Unabſetzbarkeit der Richter unter dem Conſulat und Kaiſerreich 662, 667,
nach der Reſtauration 670.
Ritter, milites, Entſtehung derſelben 45.
Rolle 279 **,
beſondere Wirkung der Eintragung in die Rolle 351.
Rollo, Heerführer der Normannen IX.
Römiſches Recht erhält ſich in den ſüdlichen Provinzen und warum II., 120, 127,
Anwendbarkeit deſſelben in den übrigen Provinzen 127 folg.
Wird raison écrite (ratio scripta) genannt 127,
Sammlungen der Römiſchen Geſetze, von den Burgundiſchen und Weſtgothiſchen Königen veranſtaltet 123, 124.

Roulement des juges 667.

Rückfall, Wiederholungsfall (récidive) bei Verbrechen. Was man darunter verſteht Th. II. 337 *.

S.

Sagibarones 14 Not.

Scabini. S. Scheffen.

Scel attributif de jurisdiction 312.

Scheffen 3.

Schiedsrichter (gezwungene) 657 *.

Schuldner. Mittel dieſelben zur Zahlung zu zwingen
  unter Ludwig dem H. 419, 420
  nach der Verordnung von Moulins 425,
  jetzt 425, 426.
  Mittel für den Schuldner, um eine Friſt zur Zahlung zu erhalten. M. ſ. Aufſchub.

Sellette, was ſie war, Abſchaffung derſelben 581.

Senat. Einſetzung und Befugniſſe deſſelben 164, 159, 594, 665.

Senats-Beſchlüſſe (Senatus-consultes) 164 *.

Sendboten 1, 5.
  Geſchäfte derſelben 5, 6, 14, 15.
  Zeit ihrer Gerichtsbarkeit 7,
  Beſchränkung derſelben 8.

Seneſchal 13, 14, 174, 223, 224, 228—232. M. ſ. Amtmann.

Sergent. Urſprung des Worts 243. M. ſ. Gerichtsdiener.

Servi, villani, socmanni 44.

Siegel. M. ſ. Verſiegler.

Siegel mit Competenz-Begründung (scel attributif de jurisdiction) 312, 411 *.

Siegel, ſtrenges (scel rigoureux) 425 **,
  Die Beifügung des Siegels gibt den notariellen Acten executoriſche Kraft 411.

Sklaven. Entſtehung derſelben unter den Merovingern und Carolingern XIV., XV.

Sklaven der Geiſtlichen haben große Vorzüge vor den übrigen 441.

Specialhöfe. Einſetzung derſelben 553.
  „ Verfahren vor denſelben 550. S. Gerichte.

Sporteln 638 folg.

Sprache, welcher man ſich bei gerichtlichen Verhandlungen und Urtheilen bedienen darf 395, 396.

Stipula. M. ſ. festuca.

Staatsbehörde (ministére public).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

  Vermuthungen über die Entſtehung derſelben 193, 194, 217—220,
  entwickelt gleich anfangs einen großartigen Charakter 195,
  amtlicher Wirkungskreis derſelben 193, 196—198,
  hat allezeit das letzte Wort, nur nicht in Domainenſachen Th. II. 288.
  verſchiedene Beamten der Staatsbehörde 196, 197,

Staatsbehörde bei den grundherrlichen Gerichten 207,
  Hierarchie der Beamten der Staatsbehörde nach dem Decret vom 6ten Juli 1810 669.

Staatsgefängniſſe unter der alten Verfaſſung 495—504,
  Behandlung der Gefangenen in denſelben 496 folg.

Staatsgefängniſſe unter dem Kaiſerreich (Decr. v. 3ten März 1810) 547.

Stellvertreter (lieutenans) der Amtmänner 223—227. M. ſ. Amtmann und Seneſchall.

Stimmen. Art abzuſtimmen 378 folg.

Stimmengleichheit (partage). M. ſ. Gleichheit.

Strafen. Eintheilung und verſchiedene Arten derſelben 439—445.
  " disciplinare 245.
  " entehrende (admonition, blasme, amende honorable) 440, 441, dégradation civique, Brandmark, 443.

Strafen, peinliche (peines afflictives) waren ehmals ſehr hart und grauſam 444,
  wurden durch die neuere Geſetzgebung ſehr gemildert 444, 445.

Strafen waren in Frankreich ehmals meiſtens willkührlich (arbitraires) 437, 438,
  die Gerichtshöfe konnten ſie mildern 438.

Strafen wurden im alten Frankreich zuweilen auch an der Leiche des Verbrechers, oder an einem Bilde deſſelben vollzogen 445.

Strafen unter den beiden erſten Geſchlechtern 26, 27.

Subſtitute des Staatsprocurators. M. ſ. Staatsbehörde.

Sühnegeld 20,
  wird von der Obrigkeit beſtimmt 20,
  durch Abtragung deſſelben hörte jede Feindſchaft auf 22, 23,
  Erſetzung deſſelben durch andere Strafen 26, 27.

Sühneverſuch nach den Decreten der Conſtituirenden 651.

T.

Tabellionen, was ſie waren;
  unter den Römern fertigten ſie die Urkunden aus, welche die Notarien entwarfen 407,
  ihre Stellen wurden in Frankreich abwechſelnd mit denen der Notarien vereinigt und wieder davon getrennt 411—413.

Tabellionen, was man unmittelbar vor der Revolution darunter verſtand 413.

Tenir vérité, (ehmals ein beſonderes Mittel zur Entdeckung der Verbrechen) 467 *. M. ſ. Verbrechen.
Tribunat. Einſetzung und Befugniſſe deſſelben 156, 157,
  Beſchränkung und Aufhebung deſſelben 158.
Tributpflichtiger (tributarius) XIV.

## U.

Urſchrift (minute) eines Urtheils, Contracts u. ſ. f. 399.
Urtheil in Civilſachen. (M. ſ. a. Vollſtreckung der Urtheile).
  ging in den früheſten Zeiten nicht von den Richtern ſondern von den Lehnsleuten aus 215, 216,
  wird auf die Anträge der Partheien erlaſſen 382,
  darf denſelben nicht mehr zuerkennen als ſie fordern 384,
  nur das, was bei Gericht vorgekommen iſt, darf dabei berückſichtigt werden 384,
  Art der Abſtimmung bei demſelben 378—382,
  dazu nöthige Zahl der Richter 238, 385,
  ob über die Thatſachen und Rechtsgründe beſonders geſtimmt wird 382, 383, 577 *,
  das Urtheil ward im Geheimen feſtgeſetzt, aber jetzt öffentlich und mündlich ausgeſprochen 272,
  Ausnahme davon 273 *,
  wie es ehmals damit gehalten ward 286, 287,
  wie zur Zeit der Revolution 379 ***, 658, 659,
  welche Richter dabei gegenwärtig ſeyn müſſen 277,
  wann ein Urtheil als feſtſtehend angeſehen wird 387, 388,
  die Richter dürfen ihr Urtheil nicht ändern 349, 388, 389 *,
  Fälle, in welchen dieſes erlaubt iſt 349, 350,
  die Richter dürfen nur nach Anhörung beider Theile urtheilen 349,
  Ausnahmen davon 350, 360, 361, 366, 367.
  Verſchiedene Arten der Urtheile (definitive, interlocutoriſche, präparatoriſche, proviſoriſche, proviſoriſch vollſtreckbare) 343, 344, 646, 348. M. ſ. u. Interlocut.
  Unterſchied zwiſchen proviſoriſchen und proviſoriſch vollſtreckbaren 346 **,
  welche Urtheile proviſoriſch vollſtreckbar ſind,
    ehmals 346, 347,
    jetzt 287, 347, 348,
  ob gegen die vorläufige Vollſtreckbarkeit Appellation Statt findet 347, 348,
  die vorläufige Vollſtreckbarkeit dehnt ſich nicht auf die Gerichtskoſten aus 348,

- Abfaſſung der Urtheile, doppelte Form dafür 398,
- Theile, woraus jedes Urtheil beſteht 389, 390,
- Sprache, worin es abgefaßt ſeyn muß 395, 396,
- verſchiedene Namen der Urtheile nach Verſchiedenheit der Gerichte, wovon ſie ausgehn 391, 392,
- wer ehmals die Urtheile ausſprach 222, 223,
- beſondere Ausdrücke, deren ſich die verſchiedenen Gerichte in ihren Urtheilen bedienen (mettre au néant etc.) 392—394,
- ſchriftliche Abfaſſung des Urtheils geſchieht in doppelter Form. Urſchrift und Ausfertigung des Urtheils (minute et grosse) 398 399, 400. M. ſ. Ausfertigung eines Urtheils und Urſchrift.
- Mittel gegen ein Urtheil anzugehn 63. M. ſ. Appellation, Caſſation, Einſpruch (opposition), und prise à partie.

Urtheil in Criminalſachen,
- Abſtimmung bei denſelben, ehmals 474, 475; jetzt 529 folg.,
- konnte ehmals mit wenigen Ausnahmen nicht vollſtreckt werden, wenn es nicht von einem Gerichtshof beſtätigt war 480,
- nöthige Zahl der Stimmen bei Criminal Urtheilen, ehmals 475, jetzt 529 folg.,
- Mittel, gegen ein Criminal-Urtheil anzugehn. M. ſ. Urtheil in Civilſachen und Reviſion.

## V.

Vadium duelli. M. ſ. Fehdepfand.

Vaſall XVII., 6.

Veraltung (surannation) eines Urtheils 403,

Verpflichtung der adelichen Vaſallen 45, 46, 47.

Verbittung des Richters (recusation) 313.

Verbittung der Geſchwornen 524, 584.

Verdacht. Ob auch auf Verdacht geſtraft wird 477, 478. S. Beweis.

Verdächtig, Geſetz über die Verdächtigen (loi des suspects) 542.

Verbrechen, drei Grade von Verbrechen nach der jetzigen Geſetzgebung 535 folg.
- grand et petit criminel 447,
- welche Beamten die erſten Spuren der Verbrechen verfolgen,
  - nach der alten Geſetzgebung 455, 456,
  - nach der neuen „ 511, 514 folg., 610 folg., 613, 615. M ſ. Klage.
- einige beſondere Arten. die Verbrechen zu entdecken nach der alten Verfaſſung, ſ. monitoire und tenir vérité.

Verbrechen der Miniſter und der andern höhern Staatsbeamten 556, 565, 568, 661.

Verbrechen der Richter 661.
„ der fremden Geſandten 569 *. S. Klage.
„ gegen den Staat 544, 556, 564. 568, 575 No. 6.
Verbrecheriſche Abſicht, ob ohne eine ſolche ein Verbrechen gedenkbar iſt 605.
Verfahren. M. ſ. Gerichtsſitzungen und Prozeß,
iſt jetzt in der Regel in allen Civil-, Polizei-, correctionellen und Criminalſachen öffentlich 273.
ehmals war es in allen eigentlichen Criminalſachen ſchriftlich und geheim 447, 448,
ob es dieſes erſt durch die Verordnung von Villers-Cotterets geworden iſt 448, 449.
Verfahren in Civilſachen 255 folg.
„ ſchriftliches in Civilſachen. Wann und wie es erkannt wird 275, 277, 278, 279,
Art der Ausführung des ſchriftlichen Verfahrens 275, 276—286,
Ernennung eines Berichterſtatters 275,
wie der Bericht abgeſtattet wird, jetzt 276, 277,
Zahl der Schriften, die jede Parthei einreichen darf 275, 279, 283, 284, 285,
ehmalige Namen dieſer Schriften 283, 284,
Ecrits par memoire, par intendits et par faits contraires 279 **.
Verfahren. Verſchiedenheiten zwiſchen dem ehmaligen und jetzigen ſchriftlichen Verfahren 282.
Verfahren vor den Appelhöfen und Gerichten der erſten Inſtanz iſt ſich faſt gleich 378.
Verfahren in Criminalſachen, ehmaliges 436 folg.
„ wichtigſte Verordnungen darüber (ehmals) 437,
„ den Angeklagten ward ſelten ein Vertheidiger geſtattet 448, 449.
„ außerordentliches in Criminalſachen (ehmals) 469, 470,
„ erſte Abänderung deſſelben durch die Conſtituirende 578.
„ jetziges in Criminalſachen 511 folg.
Verhaftung in Civilſachen wegen Schulden u. ſ. f., contrainte par corps.
Ehmals konnte man ſich zu Allem unter Strafe perſönlicher Verhaftung verbinden 214, 425.
Beſchränkung dieſer Befugniß durch die Verordnung v. J. 1667 425.
Einige Gerichte behielten indeſſen das Recht der perſönlichen Verhaftung 425 *.
Ob zur Vollſtreckung eines Urtheils in Civilſachen perſönliche Verhaftung Statt findet 425, 426.
Verhaftung in Criminalſachen. Wem die Befugniß einen Verhaftungsbefehl zu erlaſſen zuſteht 517.
Verhaftungen auf einen unmittekbaren Königl. Befehl 493.

  - Ob ſie geſetzlich waren 494 **.
  - Waren indeſſen ſeit uralten Zeiten üblich 493, 494. M. ſ. lettres de cachet 145, 146,
  - neuere Maßregeln gegen willkührliche Verhaftungen 541, 544,
  - große Mißbräuche, die hierin während der Revolution Statt fanden 542 folg.,
  - Geſetz über die Verdächtigen 542,
  - Geſetz über die Geißel (loi des ôtages) 545, 546, 547.
  - Verhaftungen auf Befehl des Kaiſers 547, 549,
  - nach der Reſtauration 549.
- Verhör des Angeklagten. Von wem, in welcher Friſt es vorgenommen werden mußte, ehmals 463, 464,
  - der Angeklagte mußte vor dem Verhör ſchwören, die Wahrheit zu ſagen 464.
- Vérité. M. ſ. tenir vérité.
- Verkauf, gerichtlicher (vente par decret). M. ſ. Beſchlagnahme und Hypotheken.
- Verkauf, freiwilliger 424. M. ſ. Hypothek.
- Verſiegler 411, 414,
  - werden aufgehoben und ihre Attributionen an die Notarien übertragen 411.
- Villani, villains. Was ſie ſind 44.
  - Zweikampf derſelben 53.
- Vogt (prevôt) 209,
  - Befugniſſe deſſelben 211, 226, 228–231,
  - Einrichtung einer Vogtei 226, 227 Not.,
  - wie die Vögte ernannt wurden 210, 211, 620, 621,
- Vogt von Paris 211 *.
- Vogt von Paris, von Ludwig dem H. beſtellt 620 **.
- Vollſtreckung eines Urtheils. M. ſ. Urtheil.
  - Kann nur nach vorläufiger Inſinuation geſchehn 397, 398,
  - Zeit, von welcher an ein Urtheil vollſtreckt werden kann 398,
  - welchem Gericht die Vollſtreckung gehört 396, 397.
  - Die Vollſtreckung geſchieht vermöge einer in executoriſcher Form verfaßten Ausfertigung des Urtheils 398, 399, 403,
  - ehmals vermöge eines beſondern Kanzelleiſchreibens, pareatis genannt, oder der visa eines Richters 400, 401,
  - ehmals fand die Vollſtreckung eines Urtheils gegen die Erben nicht Statt 402, 403.
- Vorfechter, campio, champion, 33, 60,
  - wer einen ſtellen durfte 59, 60,
  - Strafe, wenn er überwunden ward 34, 61,
  - Geworbene (campiones conductitii) 60, 61.

Vorladung (verſchiedene Namen) 16, 17, 258 *.
„ nach dem Saliſchen Geſetz 16, 17,
Strafgeld, wenn einer nicht erſchien (mannina) 17,
Friſt der Vorladung in den älteſten Zeiten 17, 18, 267,
„ „ „ nach der jetzigen Geſetzgebung 267,
in dieſer Friſt ward der Tag der Inſinuation, der Vorladung und der Verfalltag nicht mitgezählt, 267 **.
geſchah in verſchiedenen Zeiten bald ohne, bald auf richterlichen Befehl 260 ***, 261—263.
die Erlaubniß dazu konnte vor der Revolution auch durch eine Bittſchrift (requête) an den Richter nachgeſucht werden 263,
Abſchaffung dieſer Bittſchriften ſeit der Revolution 263.
Vorladung vor die Parlamente und cours souveraines 261, 262, 263 *,
Formalitäten der Vorladungen 263, 266.
Vorladung bei einem référé 287.
„ einfache und geſchärfte (ajournement sans intimation et avec intimation) 353, 354.
Vorladungsbefehle in Criminalſachen nach der alten Geſetzgebung, 460, 461. (M. ſ. n. retinere in mente curiae).
Vorladungsbefehl in Criminalſachen nach der neuern Geſetzgebung 515, 517 *, 518, 520.
Vu (bei einem Urtheil) 390.
Vues et montrées 297 ***,
ſind durch die ordon. d. 1667 abgeſchafft ibid.

W.

Wehrgeld, Weregeldum, Widrigildum 21, 22. S. Sühnegeld.
Weſtgothen ſetzen ſich in Frankreich feſt VII.,
Geſetze derſelben VII.
Weſtgothiſches Reich. Ausdehnung deſſelben VII.,
Entſtehung deſſelben VII.,
Untergang „ VII.,
erhält ſich im Süden VIII.
Wiederholungsfall (bei Verbrechen). M. ſ. Rückfall.
Widerſpruch zwiſchen den Urtheilen deſſelben, oder mehrerer Gerichtshöfe 362, 363 *.
Wilhelm der Eroberer. Durch ihn entſteht die erſte Verbindung von Frankreich mit England X.
Wohnort, ſelbſt gewählter (domicile élu) 258.

## Z.

Zauberei, Beſtrafung derſelben 446.
Zeugen in Civilſachen. (M. ſ. juratores) 288–296, 466 *. M. ſ. Beweis,
  in Criminalſachen (M. ſ. juratores) 465. 466.
  Art der Vernehmung derſelben vor den Aſſiſen 527,
  Schutzzeugen 468.
Zweikampf zwiſchen denſelben. M. ſ. Zweikampf.
  Zahl derſelben in den älteſten Zeiten 36, 37,
  jetzt (in Civilſachen) 289, 290,
  testis per aurem tractus 37,
  Beweis durch Zeugen in Civilſachen. M. ſ. Beweis,
  Art, dieſelben abzuhören in den ältern Zeiten 281–293,
  jetzt und nach der ordon. de 1667 288–291,
  in ſummariſchen Sachen werden ſie in der öffentlichen Sitzung abgehört 289,
  eben ſo in Handelsſachen,
  in gewöhnlichen Sachen geſchieht die Vernehmung vor einem beſonders dazu beauftragten Richter 291.
  vor der Revolution waren dazu beſondere Beamten (commissaires-enquêteurs) beſtellt 291,
  dieſen waren früher noch adjoints zugegeben 291,
  Nichtigkeiten bei dieſer Vernehmung und Folgen derſelben 290, 291.
Zweikampf, M. ſ. Vorfechter; verdrängt alle Gottesgerichte 33,
  entſcheidet die Sache gänzlich 62,
  Waffen dabei 33, 53, 54,
  wer denſelben eingehen mußte 33,
  mußte von dem Gericht anerkannt werden 52, 53, 54,
  Urſprung deſſelben 34, 35,
  ſoll vor dem Meineid der Geſchwornen ſichern 34,
  Zeit und Ort, wo er ausgeführt werden mußte 55, 56,
  Art der Ausführung 57, 58, 59.
Zweikampf zwiſchen den Partheien und Zeugen 62.
  " " den Partheien und Richtern 62, 84,
  wann derſelbe unnöthig war 71,
  wird von Ludwig d. H. auf d. Königl. Domainen verboten 80,
  dauert aber fort in d. Landestheilen, die den Baronen gehören 82, 83,
  derſelbe ward ſpäterhin abwechſelnd erlaubt und wieder verboten 84, 85,
  er ward ſpäterhin von den Gerichten förmlich erkannt 85 folg.
  Letztes Beiſpiel eines gerichtl. Zweikampfs in Frankreich 91.

# Regiſter

zum

zweiten Theil.

Reg

gaben, dire
– Die
ingeführten
Die Erhe
ſten Z
Abgaben.
Zollgerich
Jetzige
eine
kun
Klagen
Bei Kl
Statt
Wie bei
Abtretung d
Welche
dabei
Das E
Gläu
Beſchä
Ver
Aus
ſitzen
Abtrittsfeger
Acquit à cau
Acquits de c
bei 397, 39
Acte de Fran
Adel. Wie
d. H. 76
Adel, „ut patr
– der ſich
missible au

# Regiſter zum zweiten Theil.

## A.

Abgaben, directe und indirecte. Unterſchied zwiſchen beiden 954 *.

— Die Fränkiſchen Könige ließen die meiſten von den Römern eingeführten Abgaben beſtehn 587.

Die Erhebung der meiſten Abgaben war in Frankreich von den älteſten Zeiten her verpachtet 344, 615 **.

Abgaben. Beitreibung derſelben ehmals. M. ſ. Steuern, Steuergerichte, Zollgerichte.

Jetzige Art ſie (zwangsweiſe einzutreiben) geſchieht meiſtens durch einen ſogenannten Zwangsbefehl (contrainte). Form und Wirkung deſſelben 959, 960, 961, 962, 963.

Klagen über zu hohen Anſchlag bei den Abgaben 954, 955, 964.

Bei Klagen über Abgaben findet vor Gericht ſchriftliches Verfahren Statt 958, 959.

Wie bei dieſen Klagen vor Gericht verfahren wird 960, 961, 962.

Abtretung des Vermögens (cession de biens) 190, 191.

Welche dazu zugelaſſen wurden. Wirkung deſſelben und Verfahren dabei 190, 191, 193. M. ſ. Verhaftung (perſönliche).

Das Eigenthum der abgetretenen Güter geht dadurch nicht an die Gläubiger über 193.

Beſchämungen, denen ſich ehmals die Schuldner bei Abtretung des Vermögens unterwerfen mußten, grüne Mütze (bonnet verd), Ausſtellen am Schandpfahl, mit nacktem Hintern auf einem Stein ſitzen 192, 193.

Abtrittsfeger (maitres fifi) 227 *.

Acquit à caution. M. ſ. Begleitſchein.

Acquits de comptant (öffentlich. Rechnungsweſ.), große Mißbräuche dabei 397, 397 *.

Acte de Francisation 571.

Adel. Wie derſelbe erworben ward nach den etablissem. Ludwigs d. H. 76 **.

Adel, „ut patre et avo“ ibid.

— der ſich ſchon in der erſten Generation vererbte, noblesse transmissible au premier degré ibid.

Admiral. Ableitung des Worts 541, 542.
War eine der erſten Stellen des Reichs 543.
Name des erſten Admirals unter Ludwig d. H. 542.
Die Rechte und Einkünfte deſſelben waren ſehr groß 537, 541—544.
Die Stelle deſſelben ward i. J. 1627 aufgehoben, ſpäter aber wieder hergeſtellt 543, 543 *.
Früher gab es auch beſondere Admirale für gewiſſe Küſten 542.
Admiralitäten. M. ſ. Seegerichte.
Advokaten. M. ſ. die einzelnen Gerichte, Parlament, Chatelet u. ſ. f.
„ beim Caſſationshof 938, 938 ***, 941, 974, 974 *.
„ beim ehemaligen Staatsrath. Befugniſſe derſelben und Einrichtung ihres Kollegiums 896 **.
„ Deviſe derſelben: solis fas cernere solem ibid.
„ beim jetzigen Staatsrath 974, 974 *.
Agents du gouvernement 970, 970 *.
Agenten der Kleriſei 880, 881.
„ wohnten unter gewiſſen Beſchränkungen den Sitzungen des geheimen Raths (conseil des parties) bei 880.
Amortiſation. (M. ſ. Beilage Lit. D). Was ſie war 707.
Grund derſelben 706, 707.
Die Geiſtlichkeit konnte unter dem dritten Geſchlecht keine Güter beſitzen, die nicht amortiſirt waren 707, 708.
Unter dem erſten und zweiten Geſchlecht war es anders 708, 709.
Amtmänner hatten ehmals Sitz und Stimme im Parlament 112 *.
— mußten ehmals im Parlament erſcheinen, um ihre Urtheile zu rechtfertigen 9.
Anathema. M. ſ. Excommunikation.
Annaten. Was ſie ſind 730 **.
Beſchränkung und Aufhebung derſelben durch die pragmat. Sanction Carls des 7ten 735.
Wiederherſtellung derſelben durch das Concordat mit Leo d. Zehnten 747, 748.
Gänzliche Aufhebung derſelben in der Revolution.
Jährlicher Betrag der Gelder, die in den letzten Zeiten dadurch nach Rom gingen 748 *.
Apanagen 264.
Gingen anfangs als volles Eigenthum nebſt den Souverainetäts-Rechten auf die jüngern Sohne über 264,
ſpäter fielen ſie in Ermangelung männlicher Erben an die Krone zurück 254, 265, 273.
Sollten nach dem Decret der Conſtituirenden vom 13ten Aug. 1790 nicht mehr in Grundeigenthum, ſondern in Renten auf den Königl. Schatz beſtehn 279.

Wie es unter der Kaiſerl. Regierung (nach dem Senatus-Conſult vom 30ten Januar 1810) hiermit gehalten ward 283;
Wie nach der Reſtauration 283, 284.
Mehrere Provinzen, Städte u. ſ. f. hatten das beſondere Vorrecht erworben, daß ſie nie als Apanage weggegeben werden ſollten 273***.

Apoſtoliſche Notarien. Entſtehung, Ernennung und Befugniſſe derſelben 786, 787.

Appel comme d'abus 36–47.
Neuere Beſtimmungen darüber 804, 805, 972, 973.
Merkwürdiges Beiſpiel der Anwendung derſelben aus der neueſten Zeit 805.

Appellation von dem Papſt an ein künftiges Concilium. War nicht ungewöhnlich 765, 704;
Formel, deren ſich Philip der Schöne dabei bediente 765, 765*, 766;
wird von Pius dem Zweiten durch die Bulle execérabilis verboten 737***.

Appellation bei den geiſtlichen Gerichten. So lange nicht drei übereinſtimmende definitive Ausſprüche erſchienen waren, konnte man immer noch appelliren 787, 788.
Bei interlocutoriſchen Urtheilen waren zwei ſolcher Ausſprüche hinreichend 788.
Die Appellation ging von dem Official des Biſchofs an den des Erzbiſchofs, von dieſem an den des Primas (wo es einen gab) und zuletzt an den Papſt;
Wann und wodurch die Appellation an den Papſt eingeführt ward 788, 789.
Große Mißbräuche, die bei dieſer Appellation an den Papſt Statt fanden 790.
Nach der pragmat. Sanction und dem Konkordat mußte der Papſt die Appellations-Richter in Frankreich ernennen 790, 792,
Verfahren dabei ibid.
Wohin die Appellation ging, wenn ein Geiſtlicher eines privilegirten Verbrechens (M. ſ. Verbrechen der Geiſtlichen) angeklagt war 815, 813 *.

Arrêts, arrêts de réglement, arrêtés 43, 905, 953 **.

Ausnahme-Tribunale (tribunaux d'attribution). Eintheilung und Namen derſelben 161, 162.
Kurze Ueberſicht ihrer Befugniſſe 949 *.
Verſuch, von dem Hof i. J. 1787 ausgegangen, alle Ausnahme-Tribunale aufzuheben 138–140.

Ausrüfe (criées) beim Verkauf eines Seeſchiffs 561.

Ausſteuer der Krone unter dem Kaiſerreich,
Was dazu gehörte 280–281,

  Die dazu gehörigen Güter konnten nicht verjährt oder entfremdet werden 281,
  Der Tauſch derſelben gegen andere konnte nur vermöge eines Senatus-Conſults geſchehn 281, 282.

## B.

**Bailli du Palais** 114 *.
Bannfluch. M. ſ. Excommunication.
Bankerott. Was er iſt 194. (M. ſ. Falliment).
  Einfacher und betrügeriſcher 194,
  ob dieſer Unterſchied in der alten Geſetzgebung bekannt war 194 **, 194 ***,
  Wer denſelben verfolgt 195, 201,
  welche Gerichte darüber entſchieden 194,
  Strafen deſſelben nach der alten und neuern Geſetzgeb. 201.
Bankerottirer. Beſchämungen derſelben in frühern Zeiten, tragen eine grüne Mütze u. ſ. f. 192, 193.
Basoche (Corporation der Clercs) 153 *.
Beamten. Unter welchen Bedingungen ſie vor Gericht geſtellt werden können 970, 970 *.
Begleitſcheine (acquits à caution) 622,
  dieſelben waren in Frankreich ſehr früh üblich 600, 601.
  Die Begleitſcheine nach der Zoll-Ordnung Ludwigs des 14ten (ordonnance de cinq grosses fermes) 622, 623.
Begleitſcheine nach der neuern Geſetzgebung 657, 658, 658, 660, 661.
Beiſteuern (aides, subsides). Wurden urſprünglich von den Ständen nur auf eine Zeit bewilligt, gingen aber ſpäter in dauernde Abgaben über 372, 372 *, 377.
  Der Ertrag derſelben war meiſtens verpachtet 372, 373.
  Wichtiger Unterſchied zwiſchen dieſen Beiſteuern und der taille 372 *.
Belege (pièces justificatives). Dreierlei Arten derſelben 396, 397.
  Welche die Oberrechenkammer erhielt ehmals 397, jetzt 414, 415, 416, 417, 418.
Beneficium vacans in curia 729.
Beſchlagnahme des gefrevelten Holzes durch die Forſtwächter 308, 325, 326. M. ſ. Forſtwächter,
  durch die Zollbeamten. Sie durften alle gegen die Zollgeſetze eingeführten Waaren mit Beſchlag belegen 627.
Beſchlagnahme von Waaren, die aus einer Provinz in die andere verführt wurden 631, 625.
  Verfahren bei dieſer Beſchlagnahme, ehmals 627, 628, nach d. neuern Geſetzgebung 661, 662, 663 *.

- Aufnahme eines Protokolls darüber 631, 632; nach der neuern Geſetzgebung 662,
- Formalitäten dieſer Protokolle 632, 633, 635—637, nach der neuern Geſetzgebung 662, 663.
- Dieſelben hatten, wenn ſie in gehöriger Form waren, in Beziehung auf das Civil-Intereſſe vollen Glauben, 634, 637; nach der neuern Geſetzgebung 663;
- doch konnte die Fälſchungsklage dagegen angehoben werden 634, 663 *.
- In Criminalſachen ward auf dieſe Protokolle kein unbedingter Werth gelegt 637.
- Verfahren bei Widerſetzlichkeiten gegen die Zollbeamten 633, 634.
- Die in Beſchlag genommenen Waaren durften von den Zollrichtern nicht proviſoriſch, d. h. nicht vor dem definitiven Urtheil frei gegeben werden 642, 643, nach der neuern Geſetzgebung gilt das nämliche 663.
- Wie man verfuhr bei Waaren, die der Fuhrmann im Stiche ließ 643, nach der neuern Geſetzgebung 662.
- Der National-Convent überträgt die Entſcheidung über die Beſchlagnahme den Friedensrichtern, welchen ſie noch zukommt 672, 673.
- Welcher Friedensrichter dazu competent iſt 674 *.

Biſchöfe;
- Gerichtsbarkeit derſelben. Wie ſie dieſe unter den griechiſchen Kaiſern erwarben 684—686, 779.
- Sie übten dieſelbe anfangs in Perſon, doch nur mit Zuziehnng ihres Presbyteriums aus 779, 783.
- In Frankreich ging indeſſen ſchon ſehr früh dieſe Gerichtsbarkeit an den Stellvertreter des Biſchofs über 788; (M. ſ. Official.)
- Nur wenige Biſchöfe von Frankreich hatten ſich in dem Recht, ſelbſt urtheilen zu dürfen, erhalten 784.
- Wodurch die übrigen dieſes Recht verloren 783, 784.
- Wahl derſelben hing in den erſten Zeiten nach Verbreitung des Chriſteuthums von dem Volk und der Kleriſei ab 723, 724.
- Die Fürſten wirkten mächtig dabei ein. ibid.
- Ludwig der Fromme gibt ſie der Geiſtlichkeit und dem Volk wieder 724.
- Das Wahlrecht geht unter den erſten Königen des dritten Geſchlechts an die Stifter oder Domkirchen über 725.
- Verſchiedene Arten von Wahlen 734 **.
- Die Päpſte reißen das Recht, die Biſchöfe zu ernennen, an ſich 729, 730.
- Die pragmatiſche Sanction gibt den Domcapiteln das Wahlrecht wieder 734, 734 *, 741, 742.
- Wie bei der Wahl derſelben verfahren ward 734 **.
- Wem die Beſtätigung des Gewählten zuſtand ibid.
- Das Concordat v. J. 1516 gibt das Recht, die Biſchöfe zu ernennen dem König, und die Canoniſche Einſetzung derſelben dem Papſt 741,

  - Was bei dieſer Ernennung beobachtet werden mußte 743, 743 *, 746.
  - Formalitäten, um die Einſetzungs-Bulle zu Rom nachzuſuchen 743 **.
  - Wie, wenn der Papſt die Einſetzungsbulle verweigerte? 743—745,
    - nach dem Decret der Conſtituirenden über den bürgerlichen Zuſtand der Geiſtlichkeit 838, 839,
    - nach dem Concordat v. J. 1801 zwiſchen Pius dem 7ten und der Franz. Republik 844.
  - Welchen Einfluß die ſpätern Streitigkeiten zwiſchen Napoleon und Pius dem 7ten auf die Ernennung der Biſchöfe hatten 849—851
  - Ausgleichung dieſer Streitigkeiten durch das Concordat von Fontainebleau 851, 852.

- Biſchöfe. Weihung und Beſtätigung der Biſchöfe vor der Revolut. 723, 724, 734, 734 **.
  - Nach dem Decret der Conſtituirenden über den bürgerlichen Zuſtand der Geiſtlichkeit 838, 839.
- Biſchöfe behaupteten, wegen aller Verbrechen nur von einem Provinzial-Concilium der Biſchöfe gerichtet werden zu können 832.
  - Ob das Verbrechen des Hochverraths davon ausgenommen war 808, 837, 833.
- Bisthum. Zahl der Bisthümer. M. ſ. Erzbisthum.
- Bonifacius der achte (Papſt). Geſchichte der Streitigkeiten zwiſchen ihm und Philip dem Schönen 757—768.
  - Die meiſten von ihm in dieſer Sache ausgegangenen Acte werden von ſeinen Nachfolgern zurückgenommen 768—770;
  - mildert die Strenge der Interdicte 696 **.
- Bonnet verd (biretum viride), Strafe der Bankerottirer 192.
- Breve. Was man darunter verſteht 751 ***. M. ſ. Bulle.
- Brüchte, welche bei dem Caſſations-Geſuch hinterlegt werden mußte, ehmals 889, 892.
- Bulle. Was man darunter verſteht 751 ***.
  - In Frankreich durfte keine Bulle, kein Breve und kein ſonſtiges Schreiben des Römiſchen Hofs ohne obrigkeitliche Bewilligung verkündigt werden 751, 752.
  - Einzige Ausnahme davon 753.
  - In coena domini 755, 756, 755 *.
  - War in Frankreich nicht angenommen 756.
  - Execrabilis 737 ***.
  - Aus Ehrfurcht vor dem Papſt ward die appel comme d'abus nicht gegen eine Bulle ſelbſt, ſondern gegen die Vollſtreckung derſelben eingelegt 755 **.
- Bureaus bei dem conseil des parties (M. ſ. Staatsrath), wo die Sachen vorläufig unterſucht wurden 901-903.
- Bureau (Zollbureau). M. ſ. Zoll.

## C.

Canones Apostolorum. M. ſ. geiſtliches Recht.
Canoniſches Recht. (M. ſ. geiſtliches Recht.)
Gewöhnliches (corpus juris canonici) hatte in Frankreich keine Geſetzeskraft 720, 720 *.
Verſchiedene ältere Sammlungen der Canoniſchen Regeln theils für die griechiſche, theils für die lateiniſche und gallicaniſche Kirche. M. ſ. geiſtliches Recht.
Capitoul (Scheffen von Toulouſe) 221 *.
Carat 459, 459 *.
Caſſation iſt ein altes Rechtsmittel 886.
Bedingungen, unter welchen man ſie einlegen konnte, nach den Grundſätzen des ehmaligen Staatsraths 886—889,
nach den ſeit der Revolution geltenden Grundſätzen 914, 915, 915 *, 924, 925, 925 *, 926, 927, 928, 928 *, 929 *.
Contravention expresse à la loi. Was darunter zu verſtehn iſt 928, 929, 929 *.
Friſt um die Caſſation einzulegen, ehmals 889, 907, jetzt in Civilſachen 920, 921, 921 *, in Criminal- und correctionellen Sachen 919, 920, 929 *. 921.
Brüchte, die dabei hinterlegt werden mußte, ehmals 889, 892, 893, jetzt 923.
Verfahren bei der Caſſation, ehmals 889—893,
Verfahren dabei jetzt 916—918, 919, 923,
Welches Gericht, wenn die Caſſation angenommen wird entſchied 917, 917 **, 918, 942.
Unterſchied zwiſchen dem Verfahren bei der Caſſation in Civil- und Criminalſachen 919.
Verfahren, wenn ein Urtheil mehrmals nacheinander caſſirt wird 918, 918 **, 929, 930, 930 *.
Gegen welche Urtheile keine Caſſation Statt findet 915, 915 *, 924, Th I. S. 567.
Hält in der Regel die Vollſtreckung des Urtheils in Civilſachen nicht auf 916, 916 *.
Caſſation der Urtheile des Staatsraths ehmals 892.
" der Ausſprüche des Rechnungshofs jetzt 421.
Caſſations-Tribunal (Caſſationshof). Einſetzung deſſelben durch das Geſetz vom 27ten November 1790 S. 913, 923.
Was man dadurch bezweckte 914.
Wichtigſte Geſetze, die darüber erlaſſen worden 930.
Die Dienſtordnung des Staatsraths v. J. 1738 dient bei demſelben zum Theil noch als Norm des Verfahrens 923, 881, 882.

Die Urtheile deſſelben ſollen gedruckt und der geſetzgebenden Verſammlung jährlich übergeben werden 923, 923 *.

Competenz deſſelben 914, 915, 916, 917, 918, 919, 922, 924, 899, 899 **, 930, 831, 932, 934, 933, 936–940, 946.

Hat das Recht der Oberaufſicht und der Cenſur über alle Gerichte, welches aber nur die verſammelten Kammern ausüben 937, 940.

Der Senat kann durch ein organiſches Senatus-Conſult die Urtheile der Gerichte, wenn ſie für die Sicherheit des Staates gefährlich ſind, vernichten 936.

Verfahren vor dem Caſſationshof 916, 917, 918, 919, 920, 920 *, 921, 922, 923, 899, 899 **, 940–943.

Die Sitzungen deſſelben ſind öffentlich 940, 941.

In allen Sachen wird ein Referent ernannt 941, 942.

In allen Sachen wird die Staatsbehörde gehört 941.

Das Urtheil des Caſſationshofs wird, wenn ein Urtheil caſſirt worden, in die Regiſter des Gerichts, welches das caſſirte Urtheil erlaſſen hat, eingetragen 942; 943.

Die peremption d'instance findet bei dem Caſſationshof nicht Statt 943.

Caſſations-Tribunal. Art der Sitzungen deſſelben 923, 924.

Ferien deſſelben 946 *.

Wann es den Titel: Caſſationshof erhielt 937 *.

Abtheilungen (Sectionen) deſſelben und deren Befugniſſe 938–940.

Einzelne Mitglieder deſſelben 937, 938.

Präſidenten beim Caſſationshof 938.

Ernennung der Mitglieder des Caſſationshofs in den verſchiedenen Zeiten 943–946.

Geſchah im Anfang nur auf kurze Zeit 943, 643 *, 944, 943.

Caſſiren (ein Urtheil). Was der Ausdruck bedeutet 934 *.

Central-Verwaltung; Verwaltungsbehörde unter dem Directorium 956, 957.

Champart (terrage, agrier) hatte große Aehnlikeit mit dem Zehnten 254 **.

Chatelet war das ordentliche Civil-, Criminal- und Polizeigericht von Paris 149. M. ſ. jedoch Scheffengericht.

Urſprung deſſelben 149, 150.

Amtsbefugniſſe deſſelben 149, 151.

Gerichtsbarkeiten, die es zuletzt in ſich vereinigte 151, 152.

Chatelet. Kammern, worin es getheilt war 152, 153.

Gerichtsverfahren bei dem Chatelet 152, 155.

Chef deſſelben war der Vogt von Paris 150, 151, 156, 157.

Beamten, die bei demſelben angeſtellt waren 157, 158.

Beamten der Staatsbehörde 157.

Advokaten. Die Parlaments-Advokaten traten auch beim Chatelet auf 158.

Anwälte 157. Notarien 157, 158. M. ſ. n. Apoſtoliſche Notarien.
Privilegien des Chatelet 155, 156.
Rang deſſelben 158.
Die Regierung verſuchte zuweilen, wenn das Parlament ein Edict nicht einregiſtriren wollte, dieſes beim Chatelet zu bewirken 158, 159.
Civilliſte (zur Unterhaltung des Königs und ſeiner Hofhaltung). M. ſ. Ausſteuer der Krone.
Ward durch die Conſtituirende zuerſt eingeführt 279, 279 **.
Außer derſelben erhielt der König eine Menge Palläſte, Waldungen, Parke u. ſ. f. zu ſeiner Wohnung und Beluſtigung angewieſen 279.
Alles, was der König aus dem Ertrag derſelben erwarb, war ſein volles Eigenthum, worüber er bei Lebzeiten frei verfügen konnte 279, 280.
Civilliſte bei Errichtuug des Kaiſerreichs 280.
Ueber Forderungen an dieſelbe entſchied der Staatsrath 283.
Civil-Park (beim Chatelet) 152, 155.
Claſſenchef (marin.) 576, 576 *.
Clausula constituti possessorii (bei Rentenkäufen). Was ſie war und bewirkte 828.
Clerc. Was man darunter verſtand 153 *.
Corporation der Clercs (Basoche) ibid.
Codex Hadriani s. Codex Canonum, den der Papſt Hadrian i. J. 774 Karl d. Großen ſchenkte 719. (M. ſ. geiſtliches Recht).
Commissaires — enquêteurs — examinateurs (beim Chatelet v. Paris) 157.
Commiſſariſcher Prozeß (großer und kleiner) 37.
Commiſſionen (geiſtliche) unter Napoleon zur Ausgleichung der Streitigkeiten mit dem Papſt 849, 850.
Commiſſionen des Staatsraths ehmals 910—912.
Concierge du Palais 114 *.
Concilien. Die Decrete der in Frankreich gehaltenen Concilien hatten Geſetzeskraft 721.
Kein Beſchluß eines National-, und ſelbſt eines allgemeinen Conciliums darf und durfte ohne obrigkeitliche Erlaubniß verkündigt werden 845 *.
Concilium von Baſel 732, 733. M. ſ. pragmatiſche Sanction.
" von Conſtanz; macht dem Schisma ein Ende 732. M. ſ. Schisma.
" nationales unter Napoleon 850, 851.
Confiscation;
" der gegen die Zahlgeſetze eingeführten Waare kann nur durch richterlichen Ausſpruch erkannt werden 666.
Confiscation nach der Zollordnung des National-Convents 672.
Conflicte zwiſchen zwei Gerichten. Ehmals wurden einige durch die Staatsbehörde des Parlaments entſchieden 110, 111.

Wer jetzt entſcheidet 931. M. ſ. Caſſationshof, Competenz deſſelben.

Conflicte zwiſchen einer gerichtlichen und einer Verwaltungsbehörde waren ehemals viel ſeltener als jetzt 947—950.

Conflicte zwiſchen einer gerichtlichen und Verwaltungsbehörde. Wer jetzt darüber entſcheidet 971, 976, 977.

Conflict, poſitiver und negativer 977.

Unterſchied zwiſchen dem Conflict und declinatoire 978.

Wer den Conflict erheben darf und muß, und wie 978, 979.

Innerhalb welcher Zeit er erhoben werden muß 979, 979 *.

Connétable. M. ſ. Kronfeldherr.

Connetablie. M. ſ. Kronfeldherr.

Conservation de Lyon. M. ſ. Meßgerichte. Ausgedehnte Befugniſſe dieſes Gerichts 216—219.

Conſiſtorial-Pfründen. Was ſie ſind 730 **.

Consolato del mare. M. ſ. Seehandel.

Constitutiones Apostolicae. M. ſ. geiſtliches Recht.

Conſular-Gerichte. M. ſ. Handelsgerichte.

Conseil des affaires étrangeres, conseil d'en haut 878, 879. M. ſ. Staatsrath.

Conseil des dépêches 879.

Conseil royal de commerce 879.

Conseil royal des finances ibid.

Conseil des parties, conseil privé 879, 880. M. ſ. Staatsrath. Abtheilungen deſſelben.

Contrainte par corps. M. ſ. Verhaftung.

Contrebande. Was darunter zu verſtehn iſt 646 *.

Corpus juris Canonici. M. ſ. geiſtliches Recht.

Criminalkammer des Parlaments. M. ſ. Parlament, Abtheilungen deſſelben.

Cour plenière (allgemeiner Gerichtshof) ſollte nach der i. J. 1787 projectirten Reformation des Gerichtsweſens das Parlament von Paris (den Pairshof) erſetzen 142, 143.

Zuſammenſetzung und Befugniſſe dieſes Gerichtshofs 142—145.

Die Cour plenière kommt nicht zu Stande 146, 147, 158, 159.

Cour supérieure ward i. J. 1771 an die Stelle des Parlaments v. Paris geſetzt 122.

Crue (Aufgeld) 458 *.

Custodes finium et passagiorum regni 595.

D.

Déclinatoire. Verſchiedenheit zwiſchen demſelben und einem Conflict 978.

Wer darüber entſcheidet 978, 978 *.

Denarius (M. ſ. Denier), Münzen, waren von Silber. Werth derſelben 472, 473.

- Denier (denarius). Bedeutung dieſes Wortes 453, 459, 459 *, 464, 464 *.
- Denombrement (Lehnweſen) 405, 405 *.
- Departement, Amtsbezirk eines Oberforſtmeiſters 301.
  - Zahl dieſer Departements vor der Revolut. 301 *.
  - Eintheilung von Frankreich in Departements nach der Revolution 952 *, 956 **, 963.
- Departements-Verwaltung (Verwaltungsbehörde nach der Revolut.) 952.
  - Zuſammenſetzung, Ernennung und Befugniſſe derſelben 952—956.
- Dienſtordnung für den Staatsrath. M. ſ. reglement du conseil.
- Dionyſius der Kleine. Ueberſetzung des griechiſchen Codex Canonum durch denſelben. M. ſ. geiſtliches Recht.
- Diſtricts-Verwaltung (Verwaltungsbehörde nach der Revolut. 951, 952.
  - Zuſammenſetzung (Rath und Directorium) und Ernennung derſelben 952, 953.
  - Amtsbefugniſſe derſelben 952, 953, 954, 955.
- Domainen. Was man darunter verſtand 242, 242 *, 243, 253, 254, 256 *. M. ſ. Kroneigenthum.
  - Die eigentliche Verwaltung derſelben hatten in den letzten Zeiten vor der Revolution die General-Pächter 256 *.
  - Betrag der jährlichen Einkünfte der Domainen in den letzten Zeiten vor der Revolution 256 *.
  - Die Conſtituirende übertrug die Verwaltung ſämmtlicher Domainen der Regie des Enregiſtrements 321 *.
  - Unter der Conſular-Regierung ward die Verwaltung der Forſten wieder davon getrennt, und fünf Adminiſtratoren übertragen 321 *. M. ſ. Forſtverwaltung.
  - Gerichtliche Klagen, welche die Domainen betreffen, nach der Revolution. Von wem ſie angehoben und wie ſie geführt werden 955, 955 *—959, 957 ***.
  - Bei Klagen über Domanial-Einkünfte findet ſchriftliches Verfahren Statt 958.
- Domaine d'Occident. Was es war 649 *.
- Douane. Urſprung des Wortes 625 *.
  - Nur wenige Zollbureaus führten dieſen Namen 625.
- Douanen-Gerichte (Zollgerichte erſter Inſtanz). M. ſ. Zollgerichte.
  - Einſetzung und Befugniſſe derſelben 678—681.
- Duelle. Von wem und wie darüber erkannt ward 865, 866.

## E.

- Eaux et forêts. Was man darunter verſtand 288, 289.
- Ehrenräthe (conseillers d'honneur) nicht zu verwechſeln mit conseillers honoraires 3 *.

Einfuhr und Ausfuhr der Waaren. (M. ſ. Begteitſchein, Beſchlagnahme, Erklärung, Unterſuchung, Zoll;
  War unter Ludwig d. H. durchaus unbeſchränkt 594.
Einfuhr und Ausfuhr war nur an gewiſſen Orten erlaubt 601, 627.
  Auch nach der neuern Geſetzgebung 661.
  Verpflichtung der Fuhrleute bei Einfuhr und Ausfuhr der Waaren, ehmals 619, 620, 621, 623.
  Nach der neuern Geſetzgebung 651.
  Innerhalb der von den Zollbureaus eingeſchloſſenen Gränzen war der Handel in der Regel ganz frei 623.
  Formalitäten, die bei Verführung der Waaren innerhalb dieſer Gränzen erforderlich waren 623, 624.
  Formalitäten bei Einführung von Waaren in das der Domainen-Polizei unterworfene Gebiet, nach der neuern Geſetzgeb. 658, 659.
Einregiſtrirung (Eintragung in die Regiſter des Parlaments). Was man darunter verſtand 61. M. ſ. Regiſter.
  Ob die Eintragung in die Regiſter nothwendig war, um einer Königl. Verordnung Geſetzeskraft zu geben. M. ſ. Regiſter.
  Formalitäten bei dieſer Eintragung, wenn ſie durch eine freie Berathung geſchah 61—65.
Einregiſtrirung auf Königlichen Befehl, und in einem Throngericht 65, 66.
Eintheilung von Frankreich in Departements (ehmals) nach den Amts-Bezirken der Oberforſtmeiſter 301 *.
  In Departements nach der Revolut. 952 *, 956 **.
  In Generalitäten 252 *.
  Nach Verſchiedenheit des Rechts (provinces de droit écrit, pays coutum.) Th. I. 118, 119, 119 ***.
  In pays d'élection, pays d'état und pays conqnis 850 *.
  Nach Verſchiedenheit der Erhebung des Zolls (provinces des cinq grosses fermes etc.) 599, 600.
Entrepôt. M. ſ. Lager.
Entrepôt réel et fictif 676. Verordnungen darüber 675, 676.
Erklärung der Franzöſ. Geiſtlichkeit v. J. 1682 über die Gränzen der geiſtlichen und weltlichen Macht 775, 776.
  Vertheidigung derſelben durch Boſſuet 777.
  Befehl Ludwigs des 14ten, den Inhalt derſelben auf allen Univerſitäten u. ſ. f. zu lehren 776, 777.
  Wird von demſelben König wieder zurückgenommen 777, 778.
  Unter Ludwig dem 15ten und i. J. 1766 wieder hergeſtellt 778.
  Noch beſtimmter geſchah dieſes nach dem Abſchluß des Concordats v. J. 1802 durch die organiſchen Artieel 778.
Erklärung der Waaren bei Einfuhr und Ausfuhr derſelben, ehmals 619, 620; nach der neuern Geſetzgebung 651, 652.

  Formalitäten dabei; ehmals 620 *, nach der neuern Geſetzgeb. 652.
  Eine ſolche Erklärung durfte nicht geändert werden 620 *, auch jetzt nicht 652.
  Strafe bei falſchen Erklärungen; ehmals 622, jetzt 652, 653,
  Welche Perſonen dafür verantwortlich waren 619 **.
  Wie der Werth der Waaren ermittelt ward 606–609, 620 **.
Erlaubniß, Waffen tragen zu dürfen iſt nothwendig, um die Jagd auszuüben 318, 319.
  Welches Gericht über die dawider Handelnden erkennt 331.
Erzbiſchöfe haben zum auszeichnenden Merkmal das Pallium 724, 725, 735,
  Wahl und Weihung derſelben. M. ſ. Biſchöfe.
Erzbisthum. Zahl derſelben vor der Revolut.
  Nach den Decreten der Conſtituirenden 838 ***.
  Nach dem Concordat vom J. 1810 846 **.
Etat au roy, état au vrai (Rechnungsweſen) 392, 400.
Excommunication. Verſchiedene Arten derſelben (major und minor, latae und ferendae sententiae) 693 *.
  Wer ſie ausſprechen konnte ibid.
  Formalitäten bei derſelben ibid.
  War im Anfang nur von ſparſamer Anwendung. ibid.
  Durfte gegen die Königl. Richter wegen ihrer Amtsverrichtungen nicht ausgeſprochen werden 700, 700 *.
  Wie gegen die Könige in dieſer Hinſicht verfahren ward 694, 695, 696, 697.
  War ein Mittel, um die kleinen Grundherrn in Schranken zu halten, und auch um die Vollſtreckung der Urtheile der geiſtlichen Gerichte zu erzwingen 693 *, 698–700.
  Ward auch gegen die, welche ſich die Güter der Kirche aneigneten, ausgeſprochen 693 *.
  Zuweilen unterwarfen ſich die Partheien derſelben freiwillig, wenn ſie ihr Wort nicht halten würden 700, 700 *
  Gegen den Kaiſer Napoleon ausgeſprochen 848.
  Veranlaſſung und Folgen derſelben 847, 848 folg.

F.

Falliment. Was es iſt 149.
  Unterſchied zwiſchen demſelben und dem Bankerott ibid. (M. ſ. Bankerott.
  Welche Gerichte darüber urtheilen 194.
  Wer ein Falliment machen kann 196 **.
  Wovon und aus welchen Gründen jemand als Fallit erklärt werden kann 195, 196.

Das Urtheil darüber wird öffentlich angeheftet 199, 199 *.
Von welchem Tag an es anfängt 196, 196 *.
Unmittelbare Folge der Falliments-Erklärung 196, 197.
Ernennung eines Commiſſars und mehrerer Agenten 197. Ernennung von Syndiken.
Ob der Fallit verhaftet wird 196, 197, 199, 201.
Ferneres Verfahren bis zur Entſcheidung der Sache 196—204.
Wiedereinſetzung des Falliten in den vorigen Stand 201, 202.
Unordnungen, die ſonſt bei den Falliments vorfielen 198, 198 ***.
Falſchmünzer. M. ſ. Münzvergehn.
Fälſchungsklage. M. ſ. faux.
Konnte unter gewiſſen Beſchränkungen auch bei dem ehemal. Staatsrath und kann auch eben ſo noch bei dem Caſſationshof angeſtellt werden 899, 899 **.
Verfahren, wenn ein bei dem jetzigen Staatsrath vorgebrachtes Actenſtück als verfälſcht angegriffen wird 975, 976.
Faux, incident et principal. Was es iſt 634 *.
Feingehalt von Gold und Silber. Wie er (in deniers, grains et carats) angegeben wird 459, 460. M. ſ. Königsſilber.
Ferien des Parlaments 32 *.
Die Wiedereröffnung der Sitzungen geſchah mit großer Feierlichkeit 44 folg.
Ferienkammer 32, 33, 44.
Feſttage, Beſchränkung derſelben 846, 846 ***.
Feſt von Mariä Himmelfahrt (Napoleonsfeſt) iſt merkwürdig in der Franz. Geſchichte 846 ***.
Finanzbureaus. M. ſ. Domainen. Entſtehung derſelben 253.
Aufhebung derſelben in der Revolut. 287:
Waren Collegien zur Verwaltung der Domainen und zur Entſcheidung der darüber entſtehenden Streitigkeiten 253.
Waren in zwei Kammern getheilt 253.
Nähere Aufzählung ihrer Befugniſſe in adminiſtrativen Sachen 253, 254, 257.
In Juſtizſachen 257.
Forſt- nnd Steuerſachen waren davon ausgenommen 257, 258.
Hatten die Vertheilung der Steuern im Großen 256,
Auch die Aufſicht über die großen Heerſtraßen (la grande voirie). M. ſ. Wegebau.
Verfahren vor den Finanzbureaus in Juſtizſachen 258.
Der Staatsprocurator trat allezeit als Vertheidiger der Domainen und zwar als Parthei auf 258, 258 *.
Woran die Appellation von ihren Urtheilen und Verordnungen ging 258, 258 **.

Finanzdirection (große und kleine). Unterabtheilungen des geheimen Raths (Staatsraths) 900, 901.
Forêt. Etymologie des Worts 288.
Forſten. Nach der alten Geſetzgebung durften auch die Privaten ihre Forſten nur unter Aufſicht und Anleitung der Königlichen Forſtbeamten benutzen 321.
  Nach dem Decret der Conſtituirenden vom 15ten September 1791 war den Privaten die Benutzung ihrer Forſten völlig anheim geſtellt 321.
  Spätere Geſetze haben hierin kleine Abänderungen gemacht 321, 322,
  Die Regierung hat ſich vorbehalten, einen Theil des Holzes in den Privatforſten gegen Bezahlung für ſich zu kaufen 322—324.
  Ob man Vieh in die Forſten treiben darf 323, 334.
  Jährlicher Ertrag †) der Königl. Forſten vor der Revolut. 256 *.
Forſten. Wichtigſte Verordnungen über dieſelben 290, 291.
  Die wichtigſte aller Verordnungen darüber iſt die Ludwigs des 14ten v. J. 1669 (ordonnance des eaux et forêts) 291, 292.
  Kurzer Inhalt derſelben 292.
  Erhält ſich größtentheils bis zur Reſtauration 339, 340.
Forſten. Decret der Conſtituirenden vom 15ten September 1791 über die Forſtverwaltung (wichtigſtes aller ſeit der Revolution erſchienenen) 320.
  Geſetzbuch der Conſtituirenden über die Felder-Polizei (code rural) 339.
Forſtgeſetzbuch nach der Reſtauration 340.
Forſtbeamten (forestarii). M. ſ. Forſtgerichte, Forſtmeiſter, Oberforſtmeiſter, Forſtwärter. Es gab deren ſchon unter Carl dem Großen, wo ſie auch ſchon zugleich die Aufſicht über die Fiſcherei hatten 289, 289 *.
  Wurden unter Philip dem Schönen mit Berathung des Staatsraths ernannt 289.
  Hatten auch ſchon ſehr früh das Erkenntniß in Forſtſachen 290.
  Haben ſich von Zeit zu Zeit arger Bedrückungen ſchuldig gemacht 308*.
Forſt-Adminiſtratoren (nach der Revolut.) 321 *.
Forſt-Conſervatoren (nach der Revolut.) ibid.
Forſtdirector (nach der Revolut.) ibid.
Forſtinſpector 321 *. M. ſ. dieſen Artik.
Forſtwächter ibid. M. ſ. dieſen Artik.
Forſtgerichte. M. ſ. Forſtrichter. Denſelben kam außer dem richterlichen Erkenntniß in Forſtſachen auch die Verwaltung der Forſten zu 292, 297, 308—311. M. ſ. noch Holz-Verſteigerung.

---

†) Durch einen Druckfehler iſt S. 256 * der jährliche Ertrag der Domainen zu 15,000,000 Livres, welches nur 1,500,000 Liv. ſeyn ſollte, angegeben.

Es gab deren von drei Graden 1) grueries, 2) Forſtmeiſter-Aemter (maîtrises des eaux et forêts) 3) Marmortafeln 994, 295, 297—300.
Competenz derſelben hinſichtlich der Gegenſtände 292—294.
Ihre Gerichtsbarkeit war ſowohl Civil als Criminal, und erſtreckte ſich insbeſondere auch auf die Jagd ibid.
Competenz derſelben in Hinſicht des Territoriums 305.
Verfahren vor den Forſtgerichten ehmals 305.
Der wichtigſte Unterſchied zwiſchen dieſem und dem gewöhnlichen Verfahren beſtand in der Dazwiſchenkunft der Forſtwärter 305, 306.
Werden gleich im Anfang der Revolution aufgehoben 324 **.
Die Entſcheidung aller Klagen über Forſtvergehn ward den Diſtricts-Gerichten übertragen 324.
Für die Verwaltung der Forſten wurden beſondere Beamten geſetzt. M. ſ. Forſtverwaltung.
Wem jetzt das Urtheil über Forſtvergehn zuſteht 327, 378, 329.
Forſtinſpector 325 **, 325, 328.
Forſtmeiſter 297.
Die Stellen derſelben waren anfangs nur Commiſſionen 297.
Hielten zweimal im Jahre eine große Sitzung, um alle eingeſchlichenen Mißbräuche zu rügen 310, 311.
Forſtmeiſter-Amt (maîtrise particulière des eaux et forêts). Zuſammenſetzung und Befugniſſe eines ſolchen Gerichts 295—297. (M. ſ. Forſtgerichte, Forſtwärter).
Die Appellation von den Ausſprüchen deſſelben ging an das Gericht der Marmortafel 297, 298.
Forſtvergehn wurden ſeit den früheſten Zeiten und nach der ordon. des eaux et forêts d. 1669 außer dem Schadens-Erſatz und der Confiscation des Viehs, Geſchirrs und der Werkzeuge, wodurch das Vergehn begangen worden, meiſtens nur mit einer Geldbuße geſtraft 331, 333, 334.
Der Betrag dieſer Geldbuße richtete ſich nach verſchiedenen Umſtänden 331, 332, 332 *.
Ob die Rückerſtattung des gefrevelten Holzes auch zum Schadens-Erſatz gehört 332.
Diejenigen, die ein Geſchäft daraus machten, in den Waldungen Schaden anzurichten, wurden von den Forſtgerichten für Taugenichſe (inutiles) erklärt 333.
Wie man mit denſelben verfuhr 333, 334.
Beſtimmungen der neuern Geſetzgebung über die Beſtrafung der Forſtvergehn 339, 340.
Forſtverwaltung gehörte ehmals dem Oberforſtmeiſter und dem Forſtgerichte 292, 297, 308—311. (M. ſ. noch Holzverſteigerung).

Ward von der Conſtituirenden einer Centralbehörde von 5 Mitgliedern (conservation générale des forêts) übertragen 321 *.
Geſchäftsgang bei derſelben ibid.
Namen und Befugniſſe der davon abhängigen Unterbeamten ibid.
Dieſes Decret ward erſt unter der Conſular-Regierung ausgeführt, wo die Verwaltung der Forſten von der Regie des Enregiſtrements getrennt und erſtere fünf Adminiſtratoren übertragen ward 321 *.
Unterbeamten bei der Forſtverwaltung und deren Bezirke ibid.
Unter der Kaiſerlichen Regierung ward ein General-Forſtdirector ernannt. Deſſen Befugniſſe ibid.

Forſtwächter. Vor der Revolution. Es gab derſelben von zwei Graden (gardes généraux et gardes particuliers) 305, 306.
Befugniſſe derſelben 306—308.
Hatten ein Regiſter, worin ſie alle Forſtfrevel, die ſie entdeckten, eintragen mußten 306, 397.
Die Berichte derſelben, wenn ſie in der gehörigen Form waren, galten als volle Beweiſe 307.
Dieſe ſo eben angeführte Regel iſt uralt 307 *.
Sie verfolgten die Spur des gefrevelten Holzes, und durften es mit Beſchlag belegen, durften aber in die Wohnung des Verdächtigen ohne Beiſtand des Richters nicht eindringen 308.

Forſtwächter nach der Revolution und jetzt. Es gibt derſelben ebenfalls von zwei Graden 325, 325 **.
Die Pflichten und Befugniſſe derſelben ſind denen der ehmaligen Forſtwächter faſt ganz gleich 325—326, 326 *;
Dürfen die Forſtfrevler vorladen 328.

Fouage, focagium, relevatio monetae 492 *.

Franc wird während der Revolution als Münze eingeführt 532.
War ſchon früher von Zeit zu Zeit eine ausgeprägte Münze 487, 489.
Gehalt und Gewicht eines jetzigen Francs 533.

Franc-fief 259 *.

Freiheiten der Gallicaniſchen Kirche 749;
Was ſie waren, nach den Franz. Canoniſten 749, 750 *,
nach den päpſtlich geſinnten Canoniſten 749.
Waren nicht in einem beſondern Geſetzbuch geſammelt 749, 751 *.
Erſte Sammlung derſelben durch Pithou 750, 751.
Dieſe Sammlung erhält gleich faſt das Anſehn eines Geſetzbuchs 751, 751 *.
Wichtigſte Maxime, die ſie enthalten 751, 752, 753. M. ſ. Bulle.

## G.

Gabelle. Was man darunter verſtand 342. M. ſ. Salzauflage.

Garde des decrets et immatricules et ita est (beim Chatelet von Paris) 158.

Geiſtliche. Welche man als Geiſtliche anſah 796, 797, 809 **. M. ſ. Geiſtlichkeit, geiſtliche Gerichte und Gerichtsbarkeit.
  Unter welchen Richtern die Geiſtlichen wegen Verbrechen ſtanden; unter den griechiſchen Kaiſern 686, 687, 688.
  Zur Zeit des erſten und zweiten Geſchlechts 688. 688, 690.
  Gegen einen Geiſtlichen konnte zur Zahlung einer Civilſchuld keine perſönliche Verhaftung erkannt werden 802.
  Aufhebung der geiſtlichen Orden und Vereine im Anfang der Revolution 837, 838.
  Wie für den Unterhalt der Mitglieder derſelben geſorgt ward 337, 837 *, 838.

Geiſtliche Gerichte;
  Hatten urſprünglich keine vollſtreckende Gewalt 684, 685.
  Ausdehnung ihrer Macht in dieſer Hinſicht unter den griechiſchen Kaiſern 685, unter den Fränkiſchen Königen 698.
  Konnten urſprünglich nur, wenn beide Partheien es wünſchten, urtheilen 685.
    Ausnahmen hiervon und Ausdehnung ihrer Macht unter den griechiſchen Kaiſern 685, 686;
  Unter den Carolingern 630, 691.
  Zuſammenſetzung derſelben. Beſtanden aus dem Official, einem Staatsprocurator (promoteur) u. ſ. f. 795, 786.
  Competenz derſelben in Civilſachen 795—801.
  Ueber dingliche und poſſeſſoriſche Klagen ſtand ihnen gar kein Erkenntniß zu 797, 798;
  mit Ausnahme der geiſtlichen Zehnten 798, 798 *, 799; und der geringern Pfründen 798, 798 **.
  Ueber perſönliche Klagen erkannten ſie nur, wenn der Verklagte ein Geiſtlicher war 796, 797. M. ſ. Geiſtlich.
  Ueberhaupt erkannten ſie zwiſchen allen Perſonen über alle eigentlich geiſtliche Sachen, die den Glauben, die Kirchenzucht u. ſ. f. betrafen 799.
  In Eheſachen erkannten ſie nur über die Gültigkeit der Ehe, und zwar nur zwiſchen den Contrahirenden ſelbſt 799, 800.
  Ehemalige Anmaßungen derſelben in Beziehung auf Eheſachen 800*.
  Eheſcheidungsklagen wurden zuletzt faſt nur vor die weltlichen Gerichte gebracht 801.

Competenz derſelben in Criminalſachen 816, 819. M. ſ. Verbrechen der Geiſtlichen.
Durften nur die ſogenannten canoniſchen Strafen ausſprechen. Welche dieſes waren 813, 814.
Gegen Laien ſtand denſelben in Criminalſachen gar keine Gerichtsbarkeit zu, eigentlich geiſtliche Verbrechen, insbeſondere das der Ketzerei und früher auch des Wuchers abgerechnet 816, 817.
Verfahren vor denſelben in Civilſachen 801—804. Daſſelbe war zuletzt dem vor den weltlichen Gerichten gleich 801, 802. M. ſ. Urtheile der geiſtlichen Gerichte.
Einige Bemerkungen über dieſes Verfahren 801—804.
Verfahren derſelben in Criminalſachen. War ebenfalls in der Hauptſache dem bei den weltlichen Gerichten gleich 811. Wegen der Abweichungen ſ. m. Verbrechen der Geiſtlichen.
Werden im Anfang der Revolution aufgehoben 837.
Geiſtlichkeit war vor der Revolut. der erſte Stand d. Staates 692, 692 *.
Beſondere Mittel, deren ſich die Geiſtlichkeit bediente, ihre Macht zu erweitern 693, 694.
Geiſtlichkeit hatte hin und wieder auch die weltliche Gerichtsbarkeit, welche ſie durch weltliche Beamten verſehn laſſen mußte 713 ***.
Reichthümer derſelben 700, 701.
Wodurch ſie dieſelben erhielt 701, 702, 703, 704, 705.
Durch Schenkungen 701, 702, 708,
Beſonders durch Vermächtniſſe ibid.
Mittel, welche dabei angewendet wurden ibid.
Man verbreitet das Gerücht von dem nahen Untergang der Welt 702.
Verweigerung des Begräbniſſes an diejenigen, welche der Kirche nichts hinterlaſſen 404, 405.
Das Parlament verbietet dieſes 705, 706, 705 ***.
Intestatus mori ward als inconfessus mori angeſehn 703, 704.
Testamentum loco defuncti 705.
Durch das Parlament verboten 705 ***.
Maßregeln, um die Zunahme der Reichthümer der Geiſtlichkeit zu beſchränken 706. M. ſ. Amortiſation.
Verbot an die Geiſtlichkeit v. J 1749 ferner unbewegliche Güter zu erwerben 709 **, 831.
Geiſtlichkeit. Aufhebung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit und geiſtlichen Orden im Anfang der Revolut. 837, 839.
Alle Güter derſelben werden zur Verfügung der Nation geſtellt 837.
Bürgerlicher Zuſtand derſelben nach dem Decr. d. Conſtituirenden 838,
Dieſelbe wird verpflichtet, den Conſtitutionellen Eid (Bürger-Eid) zu leiſten 839, 840, 842.

Verfolgungen derſelben während der Revolution 842–843.
Wiederherſtellung der Ruhe und Ordnung durch das Konkordat vom 15ten Juli 1801 S. 843 folg.

Geiſtliche Gerichtsbarkeit. Urſprung derſelben 183, 684.
Ward zuletzt von dem Official ausgeübt 781, 782. M. ſ. Biſchof und Official.
War in den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts viel ausgedehnter als in den letzten Zeiten 795, 796.
Merkwürdige Disputation unter Philip von Valois zwiſchen Peter Cugnieres und mehrern Prälaten über die Gränzen der geiſtlichen Gerichtsbarkeit 833.
Wird im Anfang der Revolut. aufgehoben 837.

Geiſtliches Recht: Geſetzbücher und Quellen deſſelben, beſonders in Frankreich:

1. Canones der Apoſtel 714, 714 *;
2. Constitutiones apostolicae ibid.;
3. Aelteſte Sammlung der Canones für die Griechiſche Kirche 716;
4. Ueberſetzung derſelben für die Römiſche Kirche 716;
5. Verbeſſerte Ueberſetzung durch Dionyſius den Kleinen 717;
   Wird von der Römiſchen Kirche bald als allgemeine Norm angenommen 717, 717 †.
   Dieſes war nicht für alle Kirchen des Occidents der Fall 717, 718.
6. Die Gallicaniſche Kirche hatte ihre beſondern Sammlungen, die meiſtens von einander abwichen, und nur in einzelnen Dioceſen galten 718, 718 *.
7. Canoniſcher Codex, den der Papſt Hadrian i. J. 774 Karl dem Großen ſchenkte 719;
   - Bildete die Grundlage des geiſtlichen Rechts in Frankreich 720.
   - Ausgaben deſſelben durch Wendelſtein i. J. 1525 und durch Pithou 719 *.
8. Gewöhnliche Sammlung der geiſtlichen Rechte (Corp. jur. Can.);
   Welches Anſehn daſſelbe in Frankreich hatte 720, 720 *.
   Galt nur als ratio scripta ibid.
9. Decrete der in Frankreich geltenden Concilien 721;
10. Verordnungen der Könige 721, 722;
11. Zwei Verordnungen von Philip Auguſt 721;
12. Pragmatiſche Sanction Ludwigs d. H. 821;
13. Pragmat. Sanction Carls d. 7ten 722. M. ſ. dieſen Artikel.
14. Concordat Leo d. 10ten 722, 723. M. ſ. den Art. Concordat.
15. Erklärung der Franzöſ. Kleriſei v. J. 1682 775.
16. Edict Ludwigs des 14ten v. J. 1695 722.
17. Concordat v. J. 1801 zwiſchen Pius d. 7ten. und der Franzöſ. Republik 843.
18. Concordat von Fontainebleau v. J. 1813 S. 851, 852.

Geleit (freies) bei Falliments 199, 201.

Gendarmerie wird an die Stelle der maréchaussée geſetzt 858.

Wichtigſte Geſetze über ihre Organiſation ibid.

Steht wegen der meiſten Verbrechen unter den bürgerlichen Gerichten 858, 854.

General-Advokat 105. M. ſ. Staatsbehörde.

Alter und Urſprung des Namens 105 *.

Der älteſte General-Advokat hatte ehmals den Rang vor dem General-Procurator 105, 105 *.

Die General-Advokaten erneuerten jedes Jahr ihren Dienſteid 112.

Sie machten mit dem General-Procurator ein Kollegium aus 110, 111.

Ort der General-Advokaten in den öffentlichen Sitzungen 112.

General-Director des Zolls 670, 671. M. ſ. Zoll.

General-Empfänger der Steuern. Es gab für jede Generalität zwei derſelb.

Aenderung, welche Necker in den Dienſt derſelben einführte 394 *.

General-Pächter 344, 341, 347, 371.

Ernannten alle ihre Unterbeamten, die mit der Einnahme d. Steuern beauftragt waren 373.

Geſetzliche Vorrechte dieſer General-Pächter und ihrer Beamten 373, 374.

Dieſelben konnten gegen ihre Beamten, wenn dieſelben in Rückſtand blieben, einen Zwangsbefehl erlaſſen, worauf perſönliche Verhaftung Statt fand 374.

General-Polizei-Lieutenant von Paris 152.

General-Procurator beim Parlament. (M. ſ. Staatsbehörde). Er war dem amtlichen Wirkungskreis nach (nicht dem Rang nach) der erſte Beamte der Staatsbehörde 105.

Er verfolgte die Verbrecher, wachte für die Erhaltung der Disciplin u. ſ. f. 107, 108.

An ihn waren alle offene Schreiben des Königs adreſſirt. Er konnte jeden Augenblick in die Sitzung des Parlaments treten, um die Königl. Schreiben demſelben mitzutheilen 110

Er führte die von dem König an das Parlament geſandten Beamten ein 110.

Er leiſtete ſeinen Eid nur beim Antritt ſeines Amts 112. (M. v. General-Advokat).

General-Procurator bei der Oberrechenkammer. Seine Befugniſſe ehmals 405, 403, 404;

jetzt 420, 421.

General-Procurator-Syndikus bei den Departements-Verwaltungen (nach der Revolut.) 952, 957.

Generalitäten. Entſtehung derſelben 252.

Zahl und Namen derſelben 252.

  Waren die Theile, worin das Land in Beziehung auf die Verwaltung der Domainen und Finanzen getheilt war 252.
  Jeder ſtand ein Intendant vor 950.

General-Schatzmeiſter (tresoriers généraux) ehmals.
  Es gab deren bei jedem Miniſter zwei, die abwechſelnd ein Jahr ums andere in Function waren 393, 394.
  Art, wie dieſelben Rechnung führten und ablegten 393—397.

Gerichtsbarkeit (geiſtliche). M. ſ. geiſtliche Gerichtsbarkeit.

Gerichtsſecretariat des Parlaments 98.
  Perſonen deſſelben 98, 99, 100.
  Ihre Ceremonien, Kleidung und Stelle bei öffentlichen Aufzügen u. dgl. 101.

Gerichtsverfaſſung. Reformen, die man in den Jahren 1753 und 1771 und vorzüglich i. J. 1787 damit vorzunehmen beabſichtigte 120, 122, 139—145.

Gold und Silber;
  Die Ausfuhr deſſelben war ſchon durch die älteſten Geſetze der Könige des dritten Geſchlechts im Allgemeinen verboten, und nur vornehmen Perſonen, welche wegen ihres Standes goldene und ſilberne Gefäße haben mußten, die Ausfuhr derſelben erlaubt 429, 429 **, 505; fand aber dennoch Statt 505.
  Der Handel damit war ehmals ſehr beſchränkt und faſt nur der Königl. Münzſtätte vorbehalten. Harte Geſetze darüber 439, 440.
  Dieſe Geſetze werden unter Ludwig dem 15ten gemildert 440 *.

Gold und Silber, deſſen Feinheit unter 10 Deniers war, durfte nur mit obrigkeitlicher Erlaubniß und in der Königl. Münzſtätte noch feiner gebrannt werden 436.
  Niemand durfte Gold und Silber theurer einkaufen, als die Königl. Münzſtätte 439.
  Wie der Feingehalt von Gold und Silber angegeben wird. M. ſ. Feingehalt und Königsſilber.
  Der Werth, den eine Münzſtätte für Gold und Silber feſtgeſetzt hat, bezieht ſich nur auf feines Gold und Silber 465—467.
  Der Werth des feinen Goldes und Silbers iſt auch verhältnißmäßig höher, als der des minder feinen 465—467.
  Verhältniß des Gold- und Silberwerths in den verſchiedenen Zeiten 472 ***, 477, 484 *, 485, 496, 496 *; nach der neueſten Geſetzgebung 534.
  Maßregeln, um goldene und ſilberne Waaren vor Verfälſchung zu ſichern, ehmals 233—235; jetzt 235—239.

Goldſchmiede. M. ſ. Handwerker und Sicherheitsbureau (bureau de garantie).

Gottesdienſt; Aufhebung deſſelben für eine gewiſſe Zeit. M. ſ. Interdict.

Verpfändung des Gottesdienſtes 736 **, wird verboten ibid.

Grand' salle (beim Parlament von Paris) 102. M. ſ. Juſtizpallaſt.

Greffier. M. ſ Gerichtsſecretariat.

Greffier en chef des affirmations 4.

Greffier en chef civil 98, 99, 100.

Greffier en chef criminel 98, 99, 100.

Greffier en chef des présentations 4, 99.

Großer Staatsrath (grand conseil) 866.

Veranlaſſung und Geſchichte der Einſetzung deſſelben 872, 873, 873.

Zuſammenſetzung deſſelben 876, 877.

Competenz deſſelben 874—875.

Seine Deviſe war unico-universus 874.

Verfahren vor demſelben war dem beim Parlament faſt gleich 876.

Von je her beſtand eine gewiſſe Eiferſucht zwiſchen dem großen Staatsrath und dem Parlament 877.

Gros tournois. War eine wirklich ausgeprägte, im Mittelalter ſehr gangbare Münze 482—484.

Grosse aventure 548 †.

Gruerie (gruyer, verdier) Forſtgericht, Forſtrichter des unterſten Grades 294.

Pflichten und Befugniſſe derſelben 294—296.

Grundrente (rente foncière). Was ſie iſt 829 *.

Eigenthümlichkeiten dieſer Rente ibid.

H.

Hammerbewahrer (garde-marteau) 296, 297.

Handelsgerichte. (M. ſ. n. Falliment, Handwerksgerichte, Meßgerichte).

Entſtehung derſelben unter Carl dem 9ten 162, 163

Hießen vor der Revolution Conſular-Gerichte 162.

Zahl derſelben kurz vor der Revolution 163.

Geſetze für das Verfahren vor denſelben von Carl dem 9ten und Ludwig dem 14ten S. 163.

Art, wie die Mitglieder der Handelsgerichte gewählt werden, ſowohl nach der alten als neuern Geſetzgebung 164, 168.

Bei deſelben iſt kein Beamter der Staatsbehörde angeſtellt 168, 198.

Competenz derſelben erſtreckte ſich eigentlich nur auf Kaufleute und zwar in Beziehung auf Handelsgeſchäfte 168, 169, 170.

  Dieſe Regel hatte durch die Verordnung von 1673 verſchiedene Ausdehnungen erhalten, und die Anwendung derſelben war und iſt nicht ohne Schwierigkeit; Erläuterungen darüber 168—173.
  Nach dem Gerichtsgebrauch (auch vor der Revolut.) gehörten Streitigkeiten über alle Handelsgeſchäfte, beſonders über Wechſelgeſchdfte, zu der Competenz der Handelsgerichte 169, 270, 193—203.
  Nach dem Handelsgeſetzbuch Napol. gehören alle Streitigkeiten über Handelsoperationen (M. ſ. Handelsoperationen) vor die Handelsgerichte 170.
  Wenn ein Geſchäft nur für einen der Contrahirenden eine Handelsoperation iſt, und für den andern nicht, ſo kann nur der erſte bei dem Handelsgericht belangt werden 171.
  Hat er ſich vor dem Civiltribunal eingelaſſen, ſo kann er ſeine Verweiſung an das Handelsgericht nicht mehr fordern 171 *.
  Wenn in Beziehung auf Einen von mehrern ſolidariſch Verpflichteten das Handelsgericht competent iſt, ſo iſt es dieſes auf alle 173, 173 *.
  Einige Geſchäfte werden von Rechtswegen in Beziehung auf beide Intereſſenten als Handelsgeſchäfte angeſehn 171.
Handels-Gerichte entſcheiden nicht in Streitigkeiten zwiſchen Handelsgeſellſchaften, ſondern dieſes geſchieht durch Schiedsrichter 173, 174.
  Competenz der Handelsgerichte über Seegeſchäfte (ehmals und jetzt) 172, 173, 575.
  Die Competenz der Handelsgerichte erſtreckte ſich auch ſelbſt auf Handelsſachen nur als ſolche. Die Entſcheidung von andern Rechtsfragen gehört vor die gewöhnlichen Gerichte 174.
  Competenz der Handelsgerichte in Beziehung auf den Werth des ſtreitigen Gegenſtandes 175, 175.
  Competenz der Handelsgerichte in Beziehung auf die Ausdehnung des Territoriums 176, 177.
  Welches Handelsgericht in einer beſtimmten Sache competent iſt 177, 178.
  Wie die Handelsgerichte verfahren, wenn ihre Competenz beſtritten wird 175, 176.
  Die Handelsgerichte erkennen nicht über die Vollſtreckung ihrer Urtheile 174, 175, 176.
  Wichtige Folge davon in Beziehung auf die perſönliche Verhaftung 186.
  Verfahren vor den Handelsgerichten 178—184.
  Zeugen ſind über Gegenſtände von noch ſo hohem Werth zuläſſig 179.
  Beſondere Beweismittel durch Handlungsbücher. Regeln darüber 179, 181.
  Die Urtheile der Handlungsgerichte ſind proviſoriſch vollſtreckbar 182, 183, 195 *.

  - Zur Vollſtreckung derſelben kann meiſtens die perſönliche Verhaftung angewendet werden 183—187. M. ſ. Verhaftung.
  - Um die Verhaftung zu vollziehen, gab und gibt es zu Paris eigene Beamte (gardes du commerce) 188, 189 *.
  - Mittel, der perſönlichen Verhaftung zu entgehen; Aufſchubbriefe (lettres de rep.), Abtretung des Vermögens, früherhin allerlei Beſchämungen, denen man ſich unterwerfen mußte (bonnet verd) u. ſ. f. 189—193.
  - Appellation von d. Urtheilen der Handelsgerichte. Woran ſie geht 176.
  - Wie dabei verfahren wird 183.
- Handelsgeſellſchaften. Wer über die Streitigkeiten derſelben entſcheidet 173, 174.
- Handelsgeſetzbuch Lugwigs des 14ten von 1673 (code marchand) 163.
  - Blieb die Haupt-Richtſchnur ſowohl für das Verfahren vor den Handelsgerichten, als für das Handelsrecht 163.
- Handelsgeſetzbuch Napoleons (code de commerce) 163.
- Handelsoperationen. Was man darunter verſteht 170, 171, 172.
  - Einige Geſchäfte ſind nur in Beziehung auf Einen der Contrahirenden als Handelsoperationen anzuſehen 171.
  - Wichtige Folge davon 171.
  - Gewiſſe Operationen (Verträge über Wechſel und Seegeſchäfte) ſind in Beziehung auf beide Contrahirende Handelsoperationen 171, 172.
- Handlungsbücher;
  - Was für Bücher ein Kaufmann führen muß 179, 180.
  - Welche Beweiskraft ſie haben und gegen wen 180, 181.
  - Wann ſie offen gelegt werden müſſen ibid.
- Handwerke. M. ſ. Zünfte.
  - Die meiſten Handwerke wählten ſich ſelbſt Vorſteher (Geſchworne), deren Amt nur eine beſtimmte Zeit dauerte 228, 229.
  - Dieſe wachten über die Erhaltung der Handwerks-Privilegien, ſo wie über die Güte der Arbeit u dgl. 229, 230.
  - Denſelben ſtand zwar das Recht in den Werkſtätten und Läden eine Unterſuchung anzuſtellen, aber in der Regel keine eigentliche Gerichtsbarkeit zu 227.
  - Im Mittelalter hatten indeſſen in vielen Städten, und für viele Handwerke (die Tuchfabrikation, Bäckerei) die Handwerks-Geſchworne Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit 225—227.
  - Verordnungen (ältere, merkwürdige) über die Handwerke und Kaufleute (über die Bäcker 227, Goldſchmiede 233, 228 ** (M. ſ. Goldſchmiede), Tuchfabrikanten 226 *, Gewürzkrämer 228 **).
  - Große Verordnung Johanns des 2ten vom Febr. 1350 über die Polizei der Hauptſtadt und des ganzen Königreichs (aller Gewerbe und Handwerke) 227, 227 **.

- Handwerksgerichte (conseils de prud'hommes) 219.
  - Im Mittelalter 225, 228 (M. ſ. Handwerke),
  - unmittelbar vor der Revolut. 228—130 (M. ſ. Goldſchmiede),
  - unter der Kaiſerlichen Regierung 240.
  - Sollen die Streitigkeiten zwiſchen Fabrikherrn und Fabrikmeiſtern, ſo wie die zwiſchen dieſen und ihren Arbeitern und Lehrlingen beilegen oder entſcheiden 240.
  - Fernere Befugniſſe derſelben, Unterſuchung, und (nach Umſtänden) Beſtrafung der Unordnungen in den Werkſtätten, in einigen Fällen das Erkenntniß über nachgemachte Waaren u. ſ. f. 240-242.
  - Zuſammenſetzung derſelben. Sie beſtehn aus zwei Bureaus 241.
- Herzog von Orleans. Alle Rechtsſtreitigkeiten deſſelben wurden von der großen Kammer des Parlaments entſchieden 67.
- Hochverrath. Welche Gerichte darüber erkannten 8, 688, 808, 838. M. ſ. Biſchöfe und Verbrechen der Geiſtlichen.
- Hoheits-Recht in geiſtlichen Sachen (régale). Was und wievielerlei es war 7 *.
  - Alter, Urſprung und kurze Geſchichte deſſelben 726—729.
  - Streitigkeiten darüber 728, 729, 774, 775.
- Holzverſteigerung in den fürſtlichen Forſten. Wie dabei verfahren ward.
  - Verſchiedenheit des Verfahrens dabei in Frankreich und Deutſchland 309 *.
  - Die Anſteigerer des Holzes waren für die in der Nähe ihrer Schläge begangenen Frevel verantwortlich 307 **.
- Huiſſiers beim Parlament 101, 102.
  - Erſter Huiſſier des Parlaments. Stellung und Dienſtverrichtungen deſſelben 102, 103, 104.
  - Kleidung deſſelben 103.

## J.

- Indult 76 *.
- Inquiſition entſtand zwar zuerſt im ſüdlichen Frankreich (i. J. 1204), konnte ſich aber in dieſem Land nicht lange erhalten 816 *.
- Intendanten. Urſprung, Zahl und Befugniſſe dieſer Beamten 949—951.
  - In den Sachen, worin ſie urtheilten, ging die Appellation von ihren Urtheilen an den Staatsrath 951, 951 *. M. ſ. conseil des parties. Competenz deſſelben.
  - Ihre Stellen werden meiſtens durch die Requetenmeiſter beſetzt 951.
- Interdict. Was es war 636 *.
  - Ueber ganz Frankreich unter dem König Robert 696.
  - Die Strenge d. Interdicte wird v. Bonifacius d. 8ten gemildert 696 **.
- Intereſſen. M. ſ. Zinſen.

Intestatus mori war ſoviel als ohne Beicht ſterben 703, 704.
Inutiles (Vagabunden, Taugenichſe in Forſtſachen). Was man darunter verſtand, und wie man gegen ſie verfuhr 333, 334.
Jagd. M. ſ. Jagdgeſetze, Jagd-Capitains.
  War ſeit den älteſten Zeiten in den Königl. Forſten verboten 312.
  War in den frühern Zeiten ſonſt allgemein erlaubt ibid.
  Carl der ſechſte verbot ſie allen Unadelichen mit wenigen Ausnahmen 312–314.
  Dieſes galt bis zu d. letzten Zeiten vor d. Revolut. 316, 316 **, 317.
  In den letzten Zeiten ward der König als Oberlehnsherr zugleich als Eigenthümer des Jagdrechts im ganzen Reich angeſehn 314.
  Nur den Lehnträgern und denjenigen, welche die hohe Gerichtsbarkeit hatten, ſtand das Jagdrecht zu 316.
  Doch fanden bei d. Ausübung einige Beſchränkungen Statt 315, 316.
  Insbeſondere war der Gebrauch des Hühnerhunds verboten 315 *.
  Adeliche durften nach der Verordnung v. J. 1669 jedoch ebenfalls unter gewiſſen Beſchränkungen auch auf dem Königlichen Gebiet jagen 315.
  Dieſes ward durch einen Beſchluß des Staatsraths v. J. 1761 aufgehoben 316, 317.
  Wie man ſchon in d. finſterſten Zeiten über das Jagdrecht dachte 335 *.
  Das ausſchließliche Jagdrecht ward durch das Decret vom 4ten Aug 1789 aufgehoben, und jedem das Recht ertheilt, auf ſeinem Eigenthum, jedoch unter Beobachtung gewiſſer Polizeigeſetze, zu jagen 317, 318. M. ſ. Jagdgeſetze.
  Nähere Beſtimmung dieſer Polizeigeſetze durch das Decret vom 22ten April 1790 S. 318.
  Selbſt auf ſeinem Eigenthum durfte Niemand zu der Zeit jagen, wo es der Erndte Nachtheil bringen konnte 318.
  Unter der Kaiſerl. Regierung mußte man, um die Jagd ausüben zu dürfen, mit einer Erlaubniß verſehen ſeyn, Waffen tragen zu dürfen 318, 319.
  In den dem Staat und den Gemeinden gehörigen Waldungen iſt die Jagd allen Privaten verboten 319, 320.
  Die Maires haben das Recht, die Jagd in den ihren Gemeinden gehörigen Waldungen an Privaten zu verpachten 320.
  Die Oberaufſicht über die Jagd in den Kaiſerlichen Forſten ward dem Oberjägermeiſter übertragen 320.
Jagd-Capitains. Befugniſſe derſelben 311.
  Werden gleich im Anfang der Revolution aufgehoben 317.
Jagd-Frevel. M. ſ. Jagdvergehn.
Jagd-Geſetze. (M. ſ. Jagd-Gerechtigkeit).
  Wichtigſte in Frankreich vor der Revolution 312, 314–315.

Waren äußerſt hart 311, 312.

Decret der Conſtituirenden vom 22ten April 1790, das wichtigſte, was ſeit der Revolution über die Jagd erſchienen iſt 318.

Jagd-Vergehn. Das Erkenntniß darüber ſtand ehmals den Forſtgerichten und zum Theil den Jagd-Capitains zu. M. ſ. Forſtgerichte und Jagd-Capitains.

Die Conſtituirende legte es in erſter Inſtanz den Municipalitäten vorbehaltlich der Appellation an die Diſtricts-Gerichte bei 329.

Jetzt kommt es den correctionellen Tribunalen zu 330, 331.

Verfahren in Jagd-Sachen, wie die Conſtituirende es geordnet 429—330.

In den älteſten Zeiten ſtanden ungeheure Strafen auf Jagdfrevel 334, 334 *.

Dieſes dauerte bis zur Revolution fort. Nur die Todesſtrafe ſollte nach der Verordnung v. J. 1669 wegen Jagdfrevel nicht mehr erkannt werden 334, 337.

Selbſt die Geiſtlichen wurden wegen Jagdfrevel ſehr hart beſtraft 337, 338.

Die Conſtituirende ſetzte auf Jagdvergehn nur Geldſtrafen 330.

Nur wenn dieſelben nicht bezahlt wurden, fand perſönliche Verhaftung Statt. ibid.

Die Beſtimmungen der ordonnance des eaux et forêts d. 1669 ſind zwar im allgemeinen beibehalten, doch ſieht man alle durch dieſelbe beſtimmten peinlichen Strafen als abgeſchafft an 338, 349.

Juden. Bedrückungen derſelben im Mittelalter 598 ***. M. ſ. beſonders Beilage C.

Jurat (Scheffen von Bordeaux) 221 *.

Juſtiz-Miniſter.

Erhält die meiſten Attributionen des Kanzlers 87.

Juſtiz-Pallaſt (palais de justice), Ort, wo das Parlament und viele Gerichte ihre Sitzungen hielten, und wo die Archive bewahrt wurden 114, 116.

War ehmals der Pallaſt der Könige 114.

Beſchreibung einiger Theile deſſelb., grand' salle, grand' chambre 115.

In der grand' chambre hielt das Revolutions-Tribunal ſeine Sitzungen 115, 116.

Später ward ſie dem Caſſationshof eingeräumt.

Unter den Gewölben des Juſtiz-Pallaſtes ſind die Gefängniſſe der Conciergerie 116.

Die Gerichtsbarkeit im Juſtizpallaſt und in der Umgebung deſſelben ſtand ehmals dem Concierge du Palais (bailli du Palais) zu 114 *.

## K.

Kammer (große) 64. M. ſ. Parlament, Abtheilungen deſſelben.

Attributionen der großen Kammer 66 folg.

Sitzungen der großen Kammer 611 folg.

Fingen Morgens ſehr früh an 612 folg.

Ordnung, nach welcher die Sachen in derſelben vorgenommen wurden 9 folg.

Kammer für den Fiſchhandel (chambre de la marée) 29.

Kammer der Geſuche (chambre des requêtes du palais) 64, 19 folg. 25. M. ſ. Parlament, Abtheilungen deſſelben.

Kammer des geſchriebenen Rechts (chambre de droit écrit) 32.

Kammer, Königliche (chambre royale) wird i. J. 1753 an die Stelle des Parlaments geſetzt 120

Kanzlei von Frankreich 83.

Kanzleien, beſondere ibid. Kanzlei des Parlaments ibid. *.

Aufhebung der Kanzleien durch die Conſtituirende 86.

Kanzlei-Briefe. Verſchiedene Arten derſelben, Befugniſſe, welche man durch dieſelben erhielt. Dauer ihrer Gültigkeit ꝛc. 83—85.

Kanzlei-Regeln (des Papſtes) 730 *, 729.

Kanzler. Die Stelle deſſelben iſt uralt 78—80.

Sie war meiſtens mit der des Siegelbewahrers von Frankreich verbunden 81.

Der Kanzler brauchte nicht nothwendig adelich zu ſeyn 81.

Attributionen des Kanzlers 79—87.

Aufhebung dieſer Stelle im Anfang dek Revolutibn 87, 913. (M. ſ. Reichs-Erzkanzler und Juſtizminiſter.)

Kanzler, was man jetzt darunter verſteht 81.

Kanzler (für die Meſſen). Verſiegelte die Contracte 207.

Kaufmann. Was man darunter verſteht 169 **.

Kaper, Kaperſchiff 567, 577.

Kein Privatmann darf einen Kaper ohne beſondere Erlaubniß der Regierung (Kaperbrief) ausrüſten 578, 579.

Beſtrafung der Zuwiderhandelnden 539.

Verpflichtung des Capitains eines Kapers, der eine Priſe gemacht 580, 581.

Ueber das Loskaufen (rançon) der gekaperten Schiffe 580 *.

In welche Häfen ein Kaper ſeine Priſe bringen darf 581 *.

Vertheilung der gekaperten Schiffe und der darauf befindlichen Waaren unter die Schiffsmannſchaft des Kapers 585, 586.

Kaperbriefe (lettres de marque). Von wem ſie ausgeſtellt werden und Formalitäten dabei 579, 580.

Beſondere Art von Kaperbriefen (Lettres de repressailles) 578 *.

Ketzerei. Wem das Erkenntniß über dieſes Verbrechen zuſtand 816–818.
  Harte Beſtrafung deſſelben ibid.

Konkordat v. J. 1516 zwiſchen Leo d. zehnten und Franz d. erſten 114 *.
  Wichtigſte Veränderungen, die dadurch eingeführt werden 748–749.
  M. ſ. Biſchöfe und pragmatiſche Sanction.

Konkordat v. J. 1801 zwiſchen Pius dem 7ten und der Franz. Republik (dem erſten Conſul) 843.
  Wahl der Biſchöfe gemäß demſelben. M. ſ. Biſchöfe.
  Wichtigſte Beſtimmungen deſſelben 844, 846.
  Organiſche Artikel zu demſelben 844, 845, 846.
  Beſchränkung der Feſttage 846, 846 ***. M. ſ. Feſttage.

Konkordat von Fontainebleau v. J. 1813 S. 851, 852.

Königliche Sitzung (séance royale). Was man darunter verſtand Th. I. S. 180, 181.
  Merkwürdige v. 19ten November 1787 S. 124–129.

Königsſilber (argent le Roy). Was man darunter verſtand 461, 468, 469.
  Die Goldſchmiede durften kein geringhaltigeres verarbeiten 468, 468 *.
  Aus demſelben beſtanden ehmals die meiſten Franz. Silbermünzen, und aus welchem Grund 461.
  Daſſelbe ward, um den Feingehalt zu beſtimmen, eben ſo eingetheilt, wie das ganz feine 462, 463. 464.

Kopfſteuer (capitation) ward i. J. 1695 eingeführt 370.
  Sollte nach dem Krieg aufhören, dauerte aber fort bis zur Revolution 370.
  Stand aber in naher Verbindung mit der Steuer, taille genannt, 370.
  Ward auf alle der taille unterworfenen nach Verhältniß von dieſer vertheilt, traf aber auch alle übrigen Steuerfreien, die Geiſtlichkeit ausgenommen, nach Verhältniß ihres Einkommens 370.
  Eintheilung der Bewohner von Frankreich in dieſer Hinſicht 370, 371.
  Jährlicher Betrag der Kopfſteuer 371.

Kriegs-Gerichte (conseils de guerre) 852.
  Ihre Competenz war ehmals (vor der Revolut.) nach mildern Grundſätzen beſtimmt, als jetzt 852.
  Ihre Competenz erſtreckte ſich ehmals nur auf Verbrechen gegen das Militair-Geſetz, oder die ein Soldat gegen den andern beging.
  Hiermit ſehr nahe übereinſtimmend iſt die Geſetzgebung der Conſtituirenden 853, 854.
  Competenz und Verfahren vor denſelben, wie die Conſtituirende es durch die Geſetze vom 22ten September 1790, 30ten September 1791 beſtimmmte. Anklage- und Urtheils-Jury bei denſelben 853, 854, 855.
  Wichtige Aenderungen in dieſen Beſtimmungen durch den National-Convent. Die Militair-Gerichtsbarkeit erhält dreierlei Grade 855, 856.

- Kriegs-Gerichte als beſondere Commiſſionen für einzelne Fälle zuſammengeſetzt durch das Geſetz vom 2ten Ergänzungstag J. 3 S. 856.
  - Beſtändige (conseils de guerre permanens) 858, 859.
  - Wichtige Beſtimmung der Conſtitution vom 22ten Frim. J. 8., daß über die Verbrechen der Militairperſonen von beſondern Gerichten und nach beſondern Formen geurtheilt werden ſoll 857.
  - Die Gendarmerie wird von dieſer Regel meiſtens ausgenommen 858.
  - Die von Napoleon nach ſeiner Rückkunft von Elba gegebene Conſtitution unterwirft die Militairperſonen mit Ausnahme der Militairiſchen Verbrechen in Beziehung auf alle andern den gewöhnlichen Gerichten 859.
  - Jetziger Zuſtand der Geſetzgebung in dieſer Hinſicht 859.
- Kriegs-Gerichte der Marine (cours martiales maritimes). Competenz und Verfahren vor denſelben 859, 860.
- Kroneigenthum. M. ſ. Domainen. Was man darunter verſtand 242, 262
  - Eintheilung deſſelben in altes und neues, großes und kleines, veränderliches und unveränderliches u. ſ. f. 259, 259 *, 260, 261, 262.
  - Wichtigkeit dieſer Eintheilung 260, 261, 275.
  - Außerordentliches, unter dem Kaiſerreich 283.
  - Vereinigung mit dem Kroneigenthum, wodurch ſie geſchah 261, 262, 264, 265.
  - Bei der Thronbeſteigung eines Königs ward ehmals ſein Privat-Eigenthum als mit dem Kron-Eigenthum vereinigt angeſehn. M. ſ. Privat-Eigenthum des Königs und Civilliſte.
  - Galt von jeher für unveräußerlich 265.
  - Viele Könige hatten es indeſſen doch veräußert und entfremdet 265, 266, 275.
  - Die nachfolgenden Könige hielten ſich indeſſen dadurch nicht für gebunden, und zogen das entfremdete Kroneigenthum wieder ein 266, 270, 271, 272, 273.
  - Aelteſte Verordnung (Philips des Langen) über dieſe Wiedereinziehung 266 *.
  - Gründe, wodurch die Könige dieſe Wiedereinziehung rechtfertigten 269, 270, 271, 272.
  - Beſonderer Kunſtgriff, deſſen ſich die Günſtlinge und Intriguanten bedienten, um in den Beſitz des Kroneigenthums zu kommen (rentes par assiette de terre) 268, 269.
  - Wichtigſte Verordnungen vor der Revolution über das Kroneigenthum, beſonders über die Veräußerung deſſelben. Die Carls des 9ten v. J. 1566 nebſt einigen Ludwigs des 14ten S. 273.
  - Die Verordnung v. J. 1566 hat auch auf die Beſtimmungen der National-Verſammlung über dieſen Gegenſtand Einfluß gehabt 273, 277.

Nur in zwei Fällen konnte nach der Verordnung v. J. 1566 das Kroneigenthum entfremdet werden, nämlich zur Ausſteuer der nachgebornen Prinzen (M. ſ. Apanage) und zur Deckung der Kriegskoſten 273.
Im letzten Fall geſchah die Entfremdung nur vorbehaltlich des Wiedereinlöſungs-Rechts 273, 274.
Veräußerung des Kroneigenthums durch Tauſch war von je her verſtattet 277, 278.
Merkwürdiges Beiſpiel davon 278 *.
Verordnung Lugwigs des 16ten über das veräußerte Kroneigenthum (unmittelbar vor der Revolut.) 275.
Wichtiges Geſetz der National-Verſammlung über dieſen Gegenſtand 276—278.
Es beſtätigt im Ganzen die Grundſätze der Verordnung v. J. 1566 ibid.
Es erklärt das Kroneigenthum für volles Eigenthum der Nation ibid.
Es verordnet, daß alles Kroneigenthum, mit Ausnahme der großen Waldungen verkauft werden ſöll 277.
Kroneigenthum. Vorrechte deſſelben (ehmalige) bei dem gerichtlichen Verfahren 284—287.
Beſtehn jetzt meiſtens nicht mehr ibid.
Doch muß noch jetzt die Staatsbehörde es vertheidigen 288.
Die Staatsbehörde hat aber in dieſem Fall nicht das letzte Wort ibid.
Welchen Gerichten ehmals die Entſcheidung in Sachen des Kroneigenthums zukam. (M. ſ. Finanzbureaus).
Welchen Gerichten jetzt die Entſcheidung zuſteht 287, 288.
Kronfeldherr (connétable). (M. ſ. Marſchall.) Urſprung und Wichtigkeit dieſer Stelle 869, 861.
Aufhebung derſelben 861.
Hatte von je her eine Gerichtsbarkeit und welche 862, 863.
Seine Gerichtsbarkeit ging nach Aufhebung ſeiner Stelle auf die Marſchälle über, welche ſie auch meiſtens durch Stellvertreter ausübten.
Gericht deſſelben (connétablie). Seine Zuſammenſetzung und Competenz, ſo wie das Verfahren vor demſelben 862, 863, 864, 865.

L.

Lager (entrepôt). Was man darunter verſtand, ehmals 624.
Nach der neuern Geſetzgeb. 657, 657 *.
Innerhalb einer gewiſſen Entfernung von den Gränzen durfte ehmals kein Lager von Waaren angelegt werden 624.
Beſtimmung der neuen Geſetzgebung 656, 657.

- Legat (päpſtlicher);
  - Die Macht der Legaten war in Frankreich mehr beſchränkt, als ſonſt irgendwo 792.
  - Welche Maßregeln man deshalb ergriffen 792—795.
- Lehnzins (cens). Was er war 254 *.
  - Verſchiedenheit deſſelben von den Renten 254 *.
  - Ein damit beſchwertes Gut ward als unadelich (roturier) angeſehn.
- Lit de justice (Throngericht) ward in der großen Kammer gehalten 5. M. v. Königl. Sitzung.
  - Woher der Name kommt 68.
  - Formalitäten dabei 69—71.
  - Merkwürdiges Throngericht, gehalten zu Verſailles den 8ten Mai 1787, worin der König eine gänzliche Umgeſtaltung der Juſtiz ankündigte 139—146.
- Livre bedeutet ein Pfund (M. ſ. Pfund), aber auch die bis zur Revolut. gebräuchliche Münzeinheit zu 20 sols, nach welcher man rechnete 473—474.
  - Entſtehung dieſer Art zu rechnen ibid.
  - War nur ſelten eine wirklich ausgeprägte Münze 487, 489.
- Lombarden. Bedrückungen derſelben im Mittelalter 598 ***. M. ſ. beſonders Beilage Lit. C.
- Lots et ventes 255.

## M.

- Magazin. M. ſ. Lager.
- Magistri Portuum et Passagiorum 606.
- Maistre et garde des Ports et Passages 604.
- Maistres et visiteurs généraux des Ports et Passages 605.
- Mandate (des Papſtes) 729 *.
  - Beſchränkung und Abſchaffung derſelben 747, 747 ††.
- Marmortafel (table de marbre) beim Parlament von Paris 102 **, 298. M. ſ. Juſtizpallaſt.
  - In den letzten Zeiten vor der Revolut. wurden die Oberforſtgerichte Marmortafeln genannt 299. M. ſ. Oberforſtgericht.
  - Marſchall war die erſte Militairſtelle nach dem Kronfeldherrn, (Connétable) 861, 862.
  - Den Marſchällen gehörte zuletzt die Gerichtsbarkeit des Kronfeldherrn zu 862. M. ſ. Kronfeldherr.
  - Dieſelben hatten die Gerichtsbarkeit in Duellſachen 865, 866.
- Meile. Wie groß ſie in Zollſachen gerechnet ward 647, 647 *, 655.
- Mercuriale 46 folg.
  - Urſprung derſelben 47.
  - Sind jetzt nicht mehr gebräuchlich 47.

- Meſſen. Es gab deren ſchon unter den Carolingern 203.
  - „ der Champagne waren beſonders berühmt ibid.
  - „ von Lyon, Entſtehung derſelben 216, 217.
  - Wichtigſte Verordnung der Könige (Carls des Schönen und Philips von Valois) über dieſe Meſſen 204, 205.
  - Alle Contracte auf den Meſſen mußten unter dem Meßſiegel geſchloſſen werden 207. M. ſ. Meßſiegel.
  - Auf denſelben durften Zinſen genommen werden und welche 209, 209 *.
  - Alle aus der Fremde eingeführten Waaren mußten auf die Meſſen gebracht werden 209, 210, 211.
  - Alle auf dieſelben gebrachten Waaren konnten frei wieder ausgehn 216.
  - In den Contracten über Meßgeſchäfte durfte der Cours des Geldes beſtimmt werden 211, 211 *. M. ſ. Meßwechsler.
- Meß-Gerichte (Meßrichter) beſtanden ſeit uralten Zeiten 204.
  - Attributionen derſelben 205, 208.
  - Verfahren vor denſelben 205, 206.
  - Appellation von denſelben 206.
  - Das von Lyon (conservation de Lyon) erhält ſich bis zur Revolution 216.
  - Zuſammenſetzung und ausgedehnte Befugniſſe des Meßgerichts von Lyon 216—219.
- Meßſiegel. Wer es beiſetzte 207;
  - War ein Siegel mit Competenz-Begründung 207, 208.
  - Zur Erfüllung aller unter dem Meßſiegel geſchloſſenen Contracte ward man durch perſonliche Verhaftung gezwungen 208, 208 **.
  - Es fanden dafür keine Königl. Gnadenbriefe Statt 208.
- Meßwechsler (M. ſ. Wechſel und Wechsler) 211, 212, 213.
  - Wo ſie ſich aufhielten 214, 214 *.
  - Durch ſie entſtand wahrſcheinlich der Gebrauch der Wechſelbriefe, und wie. 212, 214, 215.
- Millésime wird unter Heinrich d. zweiten auf den Münzen bemerkt 488.
- Mittel, gegen die Urtheile der oberſten Gerichtshöfe anzugehen. Sollten ſehr beſchränkt ſeyn, wurden aber doch von je her angewendet 868.
  - Dieſe Mittel wurden unter verſchiedenen Formen angewendet:
    - 1) Lettres de grace de dire contre les arrêts 869;
    - 2) Proposition d'erreur unter Philip v. Valois 869, 870, 871, 872, 870 *.
  - Fand gegen interlocutoriſche Urtheile nicht Statt 872.
  - Lettres pour être reçu á alleguer nullités, griefs et contrariétés 885.
  - Dieſe letzten Briefe werden von dem Kanzler Olivier abgeſchafft und Alles auf die Proposition d'erreur beſchränkt 885.

Auch die proposition d'erreur wird unter Ludwig dem 14ten abgeſchafft, und nur die requête civile nebſt der Caſſation beibehalten (M. ſ. Caſſation) 886.
Reviſion in Criminal-Prozeſſen 907, 908.
Unterſchied zwiſchen der Caſſation und Reviſion 907, 908, 909.
Art, wie darüber entſchieden ward 902, 907—909.

Monnoye première, deuxième etc. Bedeutung dieſer Ausdrücke 461, 461 **.

Münzarbeiter (operarii monetae) hatten ſchon in den erſten Zeiten des dritten Geſchlechts beſondere Privilegien 424, 425.
Standen, einige ganz ſchwere Verbrechen abgerechnet, nur unter der Gerichtsbarkeit der Münzdirection 428, 428 **.
Machten eine eigene Zunft aus, in welcher nur Verwandte aufgenommen wurden 447 **.
Waren von Auflagen und vom Kriegsdienſt frei 447.
Dieſe Privilegien wurden ihnen von vielen der folgenden Könige beſtätigt und ſogar zum Theil von der Conſtituirenden erhalten 447, 448 **.
Mißbräuche bei Ausübung dieſer Privilegien werden unter Ludwig dem 11ten beſchränkt 447 **.
Es gab zwei Gattungen derſelben ouvries du serment de Frence et ouvriers de l'empire 447 **.

Münze. M. ſ. Münz-Einheit, Münz-Syſtem, Münz-Verwaltung.
Wodurch der Werth einer Münze beſtimmt wird 452, 461, 463. M. ſ. Feingehalt von Gold und Silber.
Korn und Schrot derſelben 459
Wie der innere Gehalt einer Münze angegeben wird; 1) durch den Münzfuß 460; 2) durch einen beſondern Ausdruck (monnoye première, troisième u. ſ. f.) 461, 463—465.
Was man im Mittelalter unter dem Werth (prix, valeur, value) einer Münze zuweilen verſtand 567 *, 519 *, 521, 522.
Merkwürdigſte Münzen in Frankreich, und zwar
a) ſilberne: gros tournois unter Ludwig d. H. 382, 483.
Dieſe bleiben in Gebrauch bis zu Ludwig dem 12ten 484.
Der Gehalt wechſelte indeſſen mannigfaltig 484.
Deniers (tournois und parisis) unter Ludwig d. H. 484.
Sol Parisis unter Phil. v. Valois 488.
Denier, Parisis. double Parisis ibid.
Franc d'argent unter Heinrich d. 3ten 489.
Festons unter Ludwig dem 12ten 488, 449.
Louis d'argent unter Ludwig d. 13ten 489.
Erhielten ſich bis zur Revolution (Laubthaler) 489, 490.

b. Goldene: agnels, mutones auri unter Ludwig d. H. dauerten faſt unverändert bis zu Carl dem 7ten 481, 482.
Escus à la couronne unter Carl dem 6ten 485.
Escus d'or au soleil unter Ludwig dem 11ten 485.
Louis d'or unter Ludwig dem 13ten 485.
Francs d'or 487.

Münze. Niemand durfte fremde oder verrufene ausländiſche Münzen ausgeben, einſchmelzen, oder auch nur beſitzen 439, 440 *.
Der Umlauf fremder Münzen war eigentlich von je her verboten, ward aber doch zuweilen aus Noth geſtattet 504—506.

Münze, Königliche. Privilegien derſelben. M. ſ. Münzrecht.
" Grundherrliche. M. ſ. Münzrecht.

Münze. Rechnungsmünze, ausgeprägte. Unrichtige Meinung mehrerer Franzöſiſchen Schriftſteller über den Werth der ausgeprägten Münzen 521—523.
Der Werth der ausgeprägten Münzen iſt gegen den der Rechnungsmünze beſtändig geſtiegen. Urſache davon 525-527.
Vorſchlag, den der Münzhof i. J. 1576 machte, um dieſes zu hemmen 527, 528.
Wird zum Theil ausgeführt, hat aber keinen Erfolg 530.
Wichtige Verbeſſerung, welche das Ausprägen der Münzen unter Heinrich dem zweiten erhielt 488, 488 *.

Münzdirectoren, Münzmeiſter, allgemeine und beſondere (maitres des monnoies généraux et particuliers).
Es gab deren in den erſten Zeiten des zweiten und dritten Geſchlechts 424, 425.
Erſte beſtimmte Erwähnung, die ſich in den ordon. von den allgemeinen Münzmeiſtern (maitres généraux) findet 425, 426.
Die beſondern Münzmeiſter waren techniſche Beamte 426, 423 ***.
Allgemeine oder Ober-Münzdirectoren. Ob das Collegium derſelben mit der Oberrechenkammer und Domainenkammer früher nur Ein Collegium ausgemacht? 427, 428.
An ſie wurden alle Königl. Schreiben gerichtet, welche das Allgemeine des Münzweſens betrafen 426.
Das Collegium der Münzdirectoren war von je her eine gerichtliche Behörde 428, 429.
Hatten die Oberaufſicht über die Münzarbeiter, Wechsler und Goldſchmiede 428, 429, 430, 431. M ſ. Wechsler, Goldſchmiede.
Erhielten unter Ludwig dem 11ten die volle Strafgerichtsbarkeit in Münzſachen, die ſie auch ſchon vorher ausgeübt hatten 435.
Dieſes wird von Franz dem erſten mit einigen Zuſätzen beſtätigt 435-437.

- Münzdirectoren. Es gab deren auch für einzelne Provinzen 437.
  - Die Verpflichtungen und Befugniſſe derſelben werden von Franz dem erſten näher beſtimmt 435—437.
  - Das Collegium derſelben wird i. J. 1551 unter Heinrich dem 2ten zu einem ſouverainen Gerichtshof erhoben 437. M. ſ. Münzhof.
  - Widerſpruch des Parlaments gegen dieſes Edict 436.
- Münz-Einheit. M. ſ. Livre, Franc, Münzſyſtem.
- Münzgerichte. M. ſ. Münzhof, Münzvogtei.
  - Es gab deren in vielen Städten, die über dieſelben Sachen, jedoch nur in erſter Inſtanz, erkannten, über welche der Münzhof in letzter Inſtanz ſprach 444.
  - Zuſammenſetzung derſelben 444.
  - Die Präſidenten derſelben hießen auch Provinzial-Obermünzdirectoren, und hatten außer ihren Befugniſſen als Präſidenten noch andere 444, 445.
  - Dieſelben entſtanden aus den Beamten, die zur Beaufſichtigung der Münzen der Grundherrn in die Provinzen geſchickt wurden 445.
  - Hatten ſogar das Recht, mit Zuziehung einiger Richter über Falſchmünzer in letzter Inſtanz zu entſcheiden 445.
  - Dieſes wird ihnen von Ludwig dem 16ten genommen 445.
  - Aufhebung derſelben in der Revolut. 446.
- Münzgeſetze (wichtigſte).
  - Edict Pistens. unter Carl dem Kahlen 476, 477.
  - Bekanntmachung (publication) Philips des Schönen v. J. 1313 S. 429, 429 **.
  - Verordnung Philips des Schönen v. J. 1302, in welcher Münze alle Schulden und Guthaben bezahlt werden müſſen 518.
  - Verordnung Philips von Valois über denſelben Gegenſtand 519.
  - Verordnung Carls des ſechſten (wichtigſte) v. J. 1401 über denſelben Gegenſtand 519, 520.
  - Erläuterung dieſer Verordnungen 517 *.
- Münzhof, oberſter, gerichtliche und Verwaltungsbehörde in Münzſachen.
  - Entſtehung deſſelben i. J. 1551 aus der Münzkammer, dem Collegium der Münzdirectoren 437.
  - Vergebliche Widerſetzlichkeit des Parlaments gegen die Errichtung dieſes Hofs 438.
  - Es gab in den letzten Zeiten vor der Revolution nur einen Münzhof für das ganze Reich, den zu Paris 443.
  - Zuſammenſetzung deſſelben 438.
  - Competenz deſſelben 438.
  - Erkannte in letzter Inſtanz über alle Münzbeamten, Münzmeiſter, Probirer, Geldwechsler, Goldſchmiede, Juwelirer u. ſ. w. 438, 439.

Derſelbe erkannte (par concurrence et prevention) mit den Amtmännern über das Verbrechen der Münzverfälſchung 440.

Regiſter deſſelben 486.

Aufhebung deſſelben in der Revolution 446. M. ſ. Münze und Münzverwaltung.

Münzrecht kam außer dem König zu den Zeiten Ludwigs d. H. noch achtzig Grundherren zu 507.

Die Grundherren durften daſſelbe nur unter der Beaufſichtigung von Königl. Beamten ausüben 509, 510, 511.

Die Grundherren durften ohne ein ganz beſonderes Königl. Privilegium nur ſchwarze Münze (Kupfermünze) ſchlagen, welches indeſſen nicht immer ſtreng befolgt ward 507, 508.

Die grundherrlichen Münzen hatten nur in dem Gebiet desjenigen, der ſie hatte ſchlagen laſſen, geſetzlichen Cours, wogegen die Königl. im ganzen Reich galten 508, 509.

Die Grundherrn verlieren nach und nach das Münzrecht, ſo daß zu Zeiten Franz des erſten es keiner mehr hatte 511, 512.

Münzſtätte war meiſtens bei dem Hofe 424.

Schon unter Carl dem Kahlen gab es deren acht 424, 424 ***.

Alle ausländiſche und verſchriene inländiſche Münzen mußten früherhin an die Königliche Münzſtätte geliefert werden, die ſie zu einem beſtimmten Preis kaufte 439. M. ſ. Gold und Silber.

Harte Maßregeln zur Handhabung dieſes Geſetzes 436, 439, 440.

Wurden unter Ludwig dem 15ten gemildert 440 *.

Welchen Preis die Münze d. Wechslern bezahlte u. wie 467, 467 *, 468.

Großer Gewinn, den ſie ehmals an dem Gold- und Silberpreis machte 467, 468, 463, 465.

Münz-Syſtem. M. ſ. Münz-Verringerung. Ludwig d. H. bringt zuerſt eine feſte Ordnung in das Franz. Münz-Syſtem 180, 181.

Als Münzeinheit galt von den Zeiten Carls Großen der livre zu 20 sols 473, 474.

Unter Johann dem Zweiten ward der Livre in Gold, unter Heinrich dem dritten in Silber ausgeprägt 487, 489.

Philip der Schöne verbietet, Käufe in Goldmünze abzuſchließen, welches böſe Folgen hatte 497.

Im Jahr 1576 macht der Münzhof den Vorſchlag den ausgeprägten Goldthaler zur Münz-Einheit anzunehmen 527.

Gründe, die der Münzhof zur Rechtfertigung ſeines Vorſchlags vorbrachte 528.

Heinrich der Vierte kehrt i. J. 1602 zu der alten Rechnung nach liv. und sols zurück 530.

Unter Johann d. 2ten tritt eine gänzliche Münzverwirrung ein 501, 502.

- Die meiſten Contracte mit den Pächtern der Abgaben wurden in Liv. und Sous, einige in Mark Silber oder beſtimmten Münzen geſchloſſen 515, 516. M. ſ. Münz-Verringerung.
- In den Contracten ward meiſtens bemerkt, ob zu der Zeit, wo ſie geſchloſſen wurden, gute oder ſchlechte Münze umlief ibid.
- In welcher Münze frühere Schulden und Guthaben bezahlt werden mußten. Geſetzliche Beſtimmungen darüber während des Mittelalters 516—521.
  - Man unterſchied zwiſchen Capitalſchulden und Nutznießungen, die von Zeit zu Zeit wiederkehrten, Renten, Hausmiethe u. ſ. f. ibid.
  - Zweck dieſer Beſtimmungen 521.
  - Praxis der Gerichte hierin in dem 16ten Jahrhundert und ſpäter 518, 521.
  - Sonderbare Meinung von Dumoulin hierüber 521—523.
  - Beſtimmungen der Napoleon'ſchen Geſetzgebung darüber 523—524.
  - Sie ſcheinen zwar ungerecht, laſſen ſich aber doch rechtfertigen 524.

Münzſyſtem, neueſtes nach der Revolut. gründet ſich auf das neue Maß- und Gewichtsſyſtem 531, 532.
- Kurze Geſchichte der Einführung dieſes Syſtems nebſt ſeinen wichtigſten Beſtimmungen 532—534.

Münzverringerung. Die Könige ſahn die Befugniß, die Münzen zu verringern, als ein ihnen ausſchließlich zukommendes Recht an 490—493.
- Die Normandie bezahlte eine beſondere Abgabe, damit der König immer gutes vollwichtiges Geld ſchlüge 492 **.
- Philip der Schöne war der erſte, der die Münze verringerte 496.
- Viele der nachfolgenden Könige bis zu Ludwig dem 11ten folgten ſeinem Beiſpiel 500, 504.
- Art, wie man bei dieſer Verringerung verfuhr 493—495.

Münzvergehn. Die Beurtheilung und Beſtrafung derſelben, wenn ſie in dem Gebiet des Königs vorfielen, gehörte in den früheſten Zeiten den Amtmännern und bis zu den letzten Zeiten dieſen und den Münzgerichten zugleich zu 431, 432, 440. M. ſ. Münzdirectoren, Münzgerichte, Münzhof.
- Zuweilen ward die Beſtrafung der Münzvergehn beſondern Commiſſarien übertragen 433, 434.
- Die Ernennung dieſer Commiſſarien war zuweilen den Münzdirectoren überlaſſen 434.
- Befugniſſe und Verpflichtungen dieſer Commiſſarien 434, 435, 436, 437.
- Ueber Münzvergehn, die auf dem Gebiet der Grundherrn vorfielen, erkannten früherhin, doch mit mancherlei Ausnahmen und Beſchränkungen die Beamten der Grundherrn 512—515.

Münzverfälſchung. Wer darüber erkannte 440.

  - Beſtrafung der Münzverfälſchung. Diejenigen, welche die Königl. Münzen nachmachten, wurden ehmals lebendig geſotten 440, 441.
  - Wie man in den letzten Zeiten vor der Revolution verfuhr 442
  - Beſtimmungen der Napoleonſchen Geſetzgebung über Münzverfälſchung und Falſchmünzerei 442, 443
- Münzverwaltung. M. ſ. Münzhof. Im Anfang der Revolution wird, nach Aufhebung der Münzgerichte, die Aufſicht der Münzfabrikation und die Leitung derſelben einer eigenen Commiſſion übergeben 446.
  - Befugniſſe dieſer Commiſſion, Unterbeamte derſelben und Verfahren bei der Münzfabrikation 446–450.
  - Kleine Veränderungen, welche durch ſpätere Geſetze hierin eingeführt wurden 450–452.
- Münzvogtei. Die Beamten derſelben waren Hülfsbeamte des Münzhofs 445, 446.
  - Befugniſſe derſelben ibid.

## N.

- Napoleons-Feſt. M ſ. Feſttage.
- Notarien (Apoſtoliſche). M. ſ. Apoſtoliſche Notarien.
- Notarien des Chatelet 157, 158.
- Notarien und Secretarien des Königs beim Parlament (notaires, secretaires du roy) 101.

## O.

- Oberforſtgerichte (Marmortafeln) wurden aufgehoben und wiederhergeſtellt 299.
  - Zuſammenſetzung derſelben und Verfahren vor denſelben 303.
  - Competenz derſelben 303, 304, 305.
- Oberforſtmeiſter (grand maitre des eaux et forêts). M. ſ. Oberjägermeiſter.
  - In den erſten Zeiten gab es nur einen für das ganze Reich, welches indeſſen mehrmals wechſelte 299–301.
  - Der Geſchäftsbezirk eines Oberforſtmeiſters hieß Departement 301.
  - Zahl und Namen dieſer Departements vor der Revolut. 301.
- Oberforſtmeiſter war der erſte Verwaltungsbeamte in Forſtſachen 301.
  - War der Präſident der Marmortafel.
  - Befugniſſe, die derſelbe ſowohl als richterlicher, wie als Verwaltungsbeamter hatte 302, 303.
- Oberjägermeiſter (grand véneur) war in den früheſten Zeiten zugleich Oberforſtmeiſter 299.

Derſelbe hatte unter der Kaiſerl. Regierung die Aufſicht über die Jagd in den Kaiſerlichen Waldungen 320.
Oberrechenkammer von Paris war nach dem Parlament das erſte Kollegium des Reichs 388, 389, 390.
In den letzten Zeiten gab es mehrere Oberrechenkammern. Aufzählung derſelben 290, 391.
Die Archive der Oberrechenkammer von Paris waren die vorzüglichſten des ganzen Reichs 391, 392.
Sie hatte ſowohl eine Civil- als Criminal-Gerichtsbarkeit 391.
Befugniſſe und Competenz derſelben 391, 392, 397, 398, 404.
War in zwei Bureaus, das große und kleine, getheilt 399.
Aus welchen Beamten ſie zuſammengeſetzt war 398, 399.
Der Geſchäftsgang bei derſelben war faſt ſo wie bei den Gerichten 398, 399.
Nähere Beſchreibung dieſes Geſchäftsgangs 399–404.
Aufhebung derſelben durch die Conſtituirende 406.
Welche Behörden während der Revolution an die Stelle derſelben geſetzt wurden. Befugniſſe dieſer Behörden und Verfahren vor denſelben 406 413.
Oberrechenkammer. Wiederherſtellung derſelben unter dem Kaiſerreich mit dem Titel Rechnungshof (cour des comptes) 413.
Ihre Befugniſſe ſind mit Ausſchluß der Criminal-Gerichtsbarkeit faſt dieſelben wie ehmals 413–416, 420.
Ueber die Miniſter ſtand ihr unter dem Kaiſerreich keine Controle zu 414, 415, 416.
Wie es jetzt damit ſteht 417–419.
Zuſammenſetzung derſelben 419, 420.
Geſchäfts-Eintheilung und Geſchäftsgang bei derſelben 420–424.
Gegen ihre Beſchlüſſe kann man Caſſation einlegen, welche an den Staatsrath geht 421.
Rang derſelben 121, 422.
Oberſteuerhöfe (cours des aides) urtheilten in Steuerſachen in zweiter und letzter Inſtanz 375.
Oberſteuerhöfe außer dem v. Paris, welcher der älteſte und erſte war 385.
Oberſteuerhöfe. Nähere Beſtimmung der Competenz derſelben, beſonders des Oberſteuerhofs von Paris 384, 385, 386.
Insbeſondere gehörten Streitfragen über das Adelsrecht zu ihrer Competenz und warum? 384.
Entſtehung derſelben aus den Deputirten, welche die Stände unter dem König Johann d. Zweiten zur Vertheilung der Steuern wählten 375, 376. M. ſ. Steuer-Deputirte.
Definitive Einſetzung unter Franz dem erſten 383, 384.

Zuſammenſetzung des Oberſteuerhofs von Paris und Verfahren vor demſelben 386 – 388.

Offizial war der Gehülfe des Biſchofs 780, 781.

Nach dem vierten Concil. v. Latran v. J. 1213 ſollte jeder Biſchof ſich einen wählen 780.

Die Stelle deſſelben war in Frankreich wahrſcheinlich noch viel älter. 781 ***.

Auch jeder Erzbiſchof hatte einen Official 781, 782.

Official, auswärtiger. Was man darunter verſtand 782.

Unterſchied zwiſchen dem Official und General-Vikar 781.

Wer ihn ernannte und wieder entließ 782, 783 ***.

War der ordentliche geiſtliche Richter ſowohl in Civil- als Criminalſachen 784.

Gehülfe deſſelben (vice-gerent) 785.

„ des Erzbiſchofs und Primas 788, 788 *. M. ſ. Appellation bei den geiſtlichen Gerichten.

Olim. M. ſ. Regiſter.

Opposition au titre 883 *.

## P.

Pairs. Dieſelben waren vermöge ihrer Würde Mitglieder des Parlaments 95.

Sie mußten jedoch, um von ihrem Recht Gebrauch machen zu können, auch förmlich darin aufgenommen ſeyn 96.

Formalitäten bei dieſer Aufnahme eines Pairs zum Mitglied des Parlaments 96.

Wie die Pairs ihre Stimmen abgaben 98.

Pairs. Die Sachen, welche die Pairien betrafen, gehörten vor die große Kammer 7, 96.

Criminalklagen gegen die Pairs wurden von den verſammelten Kammern entſchieden 8, 97.

Bei einem ſolchen Prozeß mußten alle Pairs eingeladen werden, den Sitzungen des Parlaments beizuwohnen 96.

Wie die angeklagten Pairs vorgeladen wurden 97, 102, 103.

Form des Urtheils 97, 98.

Pallium. Erzbiſchöfe müſſen das Pallium haben 724, 725.

Parisis und Tournois. Bedeutung dieſer Ausdrücke 458, 479, 480.

Parlament. Aufhebung aller Parlamente im Anfang der Revolution 1, 147, 148.

Parlament von Air, beſondere Privilegien deſſelben 6, 1 *.

Parlament von Paris, Urſprung deſſelben 62.

Wichtigſte ältere Verordnungen über das Parlam. v. Paris 62 *.

Das Parlament von Paris war an Rang und Anſehn das erſte von Frankreich 61.

Gerichtsbezirk des Parlaments von Paris 62 **.

Mitglieder des Parlaments von Paris 63, 64.

Die Prinzen vom Geblüt und die Pairs waren ſchon vermöge ihrer Würde Mitglieder des Parlaments 95. M. ſ. Pair.

Die übrigen Mitglieder wurden ehmals nur für eine beſtimmte Zeit (für Ein Parlament) von dem König gewählt 53.

Später wurden ſie auf Lebenszeit ernannt, und endlich wurden die Stellen derſelben verkäuflich 92.

Prüfung und Unterſuchung, die der Anſtellung eines neuen Parlaments-Mitgliedes vorherging 93, 95.

Vorrechte der Mitglieder d. Parlaments v. Paris 8 75, 76, 77, 78

Wann ſie den Titel Parlaments-Räthe erhalten haben 92.

Abtheilungen oder Kammern des Parlaments von Paris 64 folg.

Alter dieſer Abtheilungen 64 *.

Attributionen der einzelnen Abtheilungen 6 folg., 29, 30, 31, 32, 41.

Verſammlung aller Kammern geſchah in der großen Kammer 65.

Attributionen der verſammelten Kammern 68, 43.

Dem Parlament ſtand die Oberaufſicht über die Untergerichte nebſt dem Recht zu, die Geſetze zu erklären und nach Umſtänden ihre Strenge zu mildern 43.

Geſchäftsgang bei dem Parlament 34 folg.

Ehmals wurden die Geſetze häufig, doch nicht allezeit, in dem Parlament berathen 50, 51.

Mitwirkung des Parlaments bei der Geſetzgebung. M. ſ. Einregiſtrirung, Regiſter und arrêts de réglement.

Streitigkeiten, vorzüglichſte, welche zwiſchen dem Hof und dem Parlament im Lauf des 18ten Jahrhunderts vorfielen.

Wegen der Janſeniſten 119—120.

Erſetzung des Parlaments durch eine beſondere Kammer 120.

Verweiſung und Zurückberufung des Parlaments 120.

Streitigkeiten beim Ausbruch des ſiebenjährigen Kriegs 120.

Alle Parlamente des Reichs vereinigen ſich 120, 121.

Streitigkeiten i. J. 1770 S. 121.

Mittel, welche der Hof gegen die einzelnen Parlaments-Mitglieder anwandte 121, 122.

Er ſetzt neue Gerichte ein und verweiſt das Parlament 122.

Zurückberufung des Parlaments beim Regierungs-Antritt Ludwigs des 16ten 122.

Das Parlament verweigert i. J. 1787 die Einregiſtrirung der neuen Auflage (des Stempels und der Grundſteuer) 122.

Verfahren des Hofs dabei 122, 123, 124.

Verbannung des Parlaments nach Troyes und Zurückberufung deſſelben 123, 124.
Merkwürdige Königliche Sitzung v. 19ten November 1787 S. 124—129.
Proteſtation des Herzogs von Orleans nach dem Schluß der Sitzung 129.
Sitzung des Parlaments v. 3ten Mai, worin es die alten Grundſätze der Monarchie ins Gedächtniß zurückruft 132, 133.
Maßregeln des Hofs 130—132.
Umſtändlichere Nachricht über die merkwürdige Sitzung des Parlaments vom 5ten Mai 1787, worin zwei Mitglieder des Parlaments verhaftet werden 133 - 138.
Throngericht vom 8ten Mai 138—139.
Große Reformation des geſammten Juſtizweſens, die der Hof beabſichtigte 139—146.
Einſetzung eines allgemeinen Gerichtshofs (cour plenière) für das ganze Reich.
Ueberſicht (kurze) der Vortheile und Nachtheile, welche das Parlament der Nation gebracht 116—119.
Parquet (Stelle, wo die Richter im Parlament ſaßen) 614.
Passavants (Paſſirzetttel) ſind geringern Formalitäten unterworfen, als die Begleitſcheine (aquits à caution) 658, 659.
Paſſirzettel. M. ſ. Passavant.
Pays d'élection 950 *.
,, d'etat ibid.
,, conquis ibid.
Pfründe. Wem das Erkenntniß über die ſich darauf beziehenden Streitigkeiten zuſtand 798, 798 **.
Pfund. M. ſ. Maß- und Gewichtsſyſtem.
Unter den beiden erſten Geſchlechtern der Fränkiſchen Könige bediente man ſich des Römiſchen Pfundes 452.
Größe u. Eintheilung d. Römiſchen Pfunds 452, 453, 454, 472 **. 474, 475.
Unter dem dritten Königs-Geſchlecht (unter Philip d. erſten) kam das Markgewicht in Gebrauch 453, 454, 455.
Eintheilung und Größe des Markgewichts 453.
Auf die Aufbewahrung des richtigen Pfundes ward von je her große Sorgfalt verwendet 455, 456, 457.
Es gab in Frankreich mehrere Pfunde. Beſonders wichtig iſt das Pfund der Städte Troyes und Tours (livre tournoise und Troyes) 457, 458.
Das Pfund der Stadt Troyes wird von den Königen zu dem ihrigen (zu dem der Stadt Paris) gewählt 457, 458, 479, 480.

Das Muſtergewicht des Pfundes der Stadt Troyes ward in der ſogenannten pile de Charle-Magne aufbewahrt 455—457.
Pfund. Verhältniß des Pariſer Pfundes zu dem der Stadt Tours 458.
,, leichtes(livre soutive, libra subtilis) wird von Philip d. Schönen verboten 457 *.
Philip der Schöne. Geſchichte der Streitigkeiteu deſſelben mit Bonifacius dem 8ten. M. ſ. Bonifacius d. 8te.
Appellirt an ein künftiges Concilium. M. ſ. Appellation.
Pile de Charle-Magne. (Gewicht.) Entſtehung und Beſchreibung derſelben 455—458.
Place de la Croix-du-Traboir 876.
Port d'armes. Um die Jagd auszuüben muß man die Erlaubniß haben, Waffen tragen zu dürfen 318, 319.
Präkluſiv-Urtheil. Was es iſt, und worin es ſich von einem Contumacial-Urtheil unterſcheidet 389 *,
Präfect. M. ſ. Unterpräfect, Einſetzung dieſer Beamten durch das Geſetz vom 28ten Pluv. J. 8. S. 964.
Befugniſſe dieſes Beamten 964, 965, 967, 968.
Iſt Präſident des Präfectur-Raths 964.
Tritt in den Domainen-Prozeſſen als Parthei auf 298, 966.
Doch nur mit Ermächtigung des Präfectur-Raths 966.
Präfectur-Rath. Einſetzung dieſer Collegien 964.
Befugniſſe derſelben. Entſcheidung der Reklamationen über zu hohe Abgaben, der Streitigkeiten in Verwaltungsſachen, die Polizei der großen Heerſtraßen ꝛc. 964, 865, 966, 968.
Dieſelben entſcheiden nur in erſter Inſtanz. Die Appellation geht an den Staatsrath 968.
Was erfordert wird, um einen Beſchluß des Präfectur-Raths in Vollziehung ſetzen zu dürfen 968.
Pragmatica sanctio. Was man zur Zeit der Römiſchen Kaiſer darunter verſtand 733 *.
Pragmatiſche Sanction Ludwigs d. H. 721.
Sichert den Kirchen und Abteien die freie Wahl des Biſchofs und Abts 721.
Verbietet die Entrichtung von Abgaben an den Röm. Hof 721, 722.
Pragmatiſche Sanction Carls d. 7ten. Entſtehung derſelb. 732, 733, 734.
Gibt den Abteien u. Cathedralkirchen das Wahlrecht wieder 734, 735.
Regulirt den Inſtanzenzug und die Appellation an den Papſt 734.
Macht in der Vergebung der Pfründen ſehr wichtige Veränderungen 734—736.
Bezweckt eine Reformation der Kirche „in capite et membris“ und ſchafft viele Mißbräuche ab 736—737, 736 *.

  - Nimmt den Grundſatz an, daß die Concilien über dem Papſt ſtehn 737, 737 *.
  - Verſuche der Päpſte gegen dieſelbe 737—739.
  - Das Parlament erklärt ſich dafür 738, 738 *, 740.
  - Auch die Cleriſei und das Volk zeigten bis zu den letzten Zeiten vor der Revolution eine Vorliebe für dieſelbe 748, 749.
  - Wird durch das Concordat v. J. 1516 abgeſchafft 739.
  - Proteſtation des Parlaments, d. Geiſtlichkeit u. Univerſität 739, 740.
  - Der König nimmt dem Parlament einen Theil ſeiner Gerichtsbarkeit und überträgt ſie dem großen Staatsrath 741.
  - Der Unterſchied zwiſchen derſelben und dem Concordat iſt nicht ſo groß, als es ſcheint 747, 748. M. ſ. Concordat, Biſchöfe.
  - Die Beſtimmungen des Concordats über die Ernennung der Biſchöfe ſind denen der Pragmat. Sanction vorzuziehn 746, 747.
- Präſident (erſter des Parlaments) 88.
  - Geſchichte dieſer Stelle und ihrer Vorrechte 88—91.
- Präſidenten mit der Mörſerhaube (Parlam.) (présidents à mortier) 3, 91, 92.
- Präſidenten der Unterſuchungskammern (Parlam.) 16, 91.
- Präſidenten des Caſſationshofs. M. ſ. Caſſations-Tribunal.
- Präſidenten bei der Oberrechenkammer (ehmals) 398; jetzt, (M. ſ. Oberrechenkammer.
- Präſident, erſter bei der Oberrechenkammer 398, 404, 405.
- Präventions-Recht des Papſtes bei Verleihung der Pfründen 736 *.
  - Ward durch die pragmatiſche Sanction beibehalten 736; auch durch das Concordat 747.
- Prévot des marchands. M. ſ. Vogt der Kaufleute 219.
- Prevotalhöfe (oberſte Zollgerichte). Einſetzung derſelben unter dem Kaiſerreich i. J. 1810 S. 678.
  - Befugniſſe derſelben 678—680.
  - Aufhebung derſelben 680, 681.
- Prévoté de l'hotel. Einrichtung und Befugniſſe dieſes Gerichts.
- Prinzen von Geblüt waren alle geborne Pairs und Mitglieder des Parlaments 3. M. ſ Pairs.
  - Lächerliches Vorrecht derſelben, wenn ſie ſich auf ihre Sitze begaben.
- Priſe oder Prinse (droit de) Requiſitionsrecht. Eine der drückendſten Laſten der Unterthanen 491 **.
- Priſe, Prise (marine). Was man darunter verſteht 576. M. ſ. Kaper.
  - Wichtigſtes Geſetz über die Priſen nach der Revolut. 584
- Priſen-Gericht. Das Erkenntniß über die Gültigkeit einer gemachten Priſe gehörte ehmals dem Admiral 581, 582.
  - Wie es hierin unmittelbar nach Aufhebung der Stelle des Admirals gehalten ward 583.

  - Einſetzung des eigentlichen Priſengerichts i. J. 1695 S. 582.
  - Competenz dieſes Gerichts und Verfahren vor demſelben 582, 583.
  - Die Seegerichte hatten die Inſtruction in Beziehung auf die Priſen 583.
  - In der Revolut. gab das Geſetz v. 14ten Febr. 1793 die Erkenntniß über die Priſen in erſter Inſtanz den Handelsgerichten, und die Inſtruction den Friedensrichtern, welches indeſſen mehrmals wechſelte 583, 584.
- Priſengericht, welches durch den Beſchluß der Conſuln vom 6ten Germin. J. 7 eingeſetzt ward.
  - Zuſammenſetzung und Competenz dieſes Gerichts. Verfahren vor demſelben 584, 585, 586.
  - Das Erkenntniß über die Priſen erhält i. J. 1806 der Juſtiz- und nach der Reſtauration der Seeminiſter 586, 587.
- Privat-Vermögen der Fürſten.
  - In den erſten Zeiten ward das ganze Reich als Privat-Eigenthum des Fürſten angeſehn und behandelt 263, 265.
  - Ward in den letzten Jahrhunderten (vor der Revolut.) bei d. Thronbeſteigung eines Königs als mit dem Kroneigenthum vereinigt angeſehn 261, 261 **, 284.
- Privat-Vermögen der Fürſten unter dem Kaiſerreich. Was man darunter verſtand, und wichtigſte Beſtimmungen darüber 282, 283.
- Privat-Vermögen der Fürſten nach der Reſtauration 283, 284.
- Procurator-Syndicus bei den Diſtrikts-Verwaltungen (nach d. Revolut.) 952, 957.
- Promoteur (bei den geiſtlichen Gerichten) 785, 786.
- Provinzen. (M. ſ. Eintheilung von Frankreich.) Verſchiedenheit derſelben bei Entrichtung des Zolls 599, 600, 615–617. M. ſ. Zoll.
  - Urſache dieſer Verſchiedenheit 599.
  - Verſuche ſie zu vereinigen 611, 614, 615.
  - Aufhebung dieſer Verſchiedenheit und aller innern Zölle durch die Revolution 648, 649.
- Pulveraticum 588.

Q.

- Quint et requint 253 **.
- Quirat, quiratairs (marine) 558.
- Quittus 404.

R.

- Rachat (ou relief) 254 **.
- Rechnung. Schon Ludwig d. H. verordnete, daß die Maires u. Deputirte der Städte alle Jahre einmal zu Paris Rechnung ablegen ſollten 388, 389, 389 *.

- Rechnung nach gewöhnlichen und nach Dienſtjahren (années d'exercice) 395, 396.
- Rechnungs-Bureau 406 folg.
- Rechnungs-Reviſoren 403.
- Rechnungs-Weſen (öffentliches). M. ſ. General-Schatzmeiſter u. Belege.
  - Wie ehmals die Miniſter Rechnung ablegten, l'état au roy, l'état au vrai 392.
    - Große Mißbräuche dabei 397.
    - Wie die General-Schatzmeiſter der Miniſter Rechnung ablegten 397 - 397.
    - Sie rechneten nicht durch Offenlegung ihrer Bücher, ſondern durch Beifügung von Belegen 396.
    - Wie die Miniſter unter dem Kaiſerreich Rechnung ablegten 414, 415, 416.
    - Kurze Geſchichte des öffentlichen Rechnungsweſens nach der Revolution 406—413.
    - Nach Einſetzung des Rechnungshofs i. J. 1807, (M. ſ. Ober-Rechenkammer).
    - Veränderungen, welche die Einführung der Charte in das Rechnungsweſen brachte 416, 417.
- Rechnungspflichtige. (M. ſ. quittus, Rechnungs-Bureau.)
  - Mittel, ſie zur Deckung der Rückſtände anzuhalten 422 - 424.
  - Ueber den Betrag der Rückſtände ſteht den Gerichten kein Urtheil zu 423.
  - Der Verkauf d. Güter derſelben geſchieht durch d. Gerichte 423, 424.
  - Verfahren, wenn ſich in einer Rechnung Spuren von Verfälſchung oder Erpreſſung finden 412, 413.
  - Die Gerichte müſſen den Betrag der Rechnungen der Rechnungspflichtigen ſo annehmen, wie er von den Verwaltungsbehörden feſtgeſetzt worden 967.
- **Récolement** (Schlagbeſichtigung) 309, 310, 309 **.
- **Réformation.** Dieſer Ausdruck ward vorzüglich in Forſtſachen gebraucht 299, 399 *.
- **Régale.** M. ſ. Hoheitsrecht in geiſtlichen Sachen.
- Regiſter des Münzhofs. M. ſ. Münzhof.
- Regiſter des Parlaments, was ſie waren und wie ſie ſich von den Urſchriften (minutes) unterſchieden 60, 61.
  - Erſter Urheber derſelben war Johan von Montluc 72.
  - Civil- und Criminal-Regiſter 71.
  - Aelteſte Regiſter, olim genannt, 72.
  - Kurze Geſchichte der Regiſter des Parlaments 71—75.
  - Aelteſtes Beiſpiel, daß einer Königl. Verordnung ein Befehl, ſie in die Regiſter des Parlaments einzutragen, beigefügt iſt 53.

Seit den Zeiten Carls des ſechſten fing das Parlament an zu behaupten, daß die Königl. Verordnungen nur durch die Eintragung in ſeine Regiſter Geſetzeskraft erhielten 55.
Dieſes ward ſeit dem Ende des 15ten Jahrhunders bis zu den letzten Zeiten als allgemeiner Grundſatz angenommen 55, 56.
Die andern ſouverainen Gerichtshöfe (die Oberrechenkammer u. ſ. f ) nahmen für ſich das nämliche Recht in Anſpruch 55.
Die Könige befahlen indeſſen den Parlamenten u. ſ. f. oft, die Verordnungen ohne Weiteres in ihre Regiſter einzutragen.
Verſchiedene Anſichten, Streitigkeiten und Verordnungen hierüber 57—60, 66—68.
Formalitäten bei der Eintragung in die Regiſter, 1) wenn ſie durch eine freie Berathung geſchah 61—65; 2) auf unmittelbaren Königlichen Befehl, oder in einem Throngericht 65—71
**Réglement du conseil.** Es gab deren mehrere. Wichtigſtes v. J. 1738 S. 881, 882
Commentar darüber von d'Agueſſeau 882 *.
Reichs-Erzkanzler unter dem Kaiſerreich 87, 88.
**Relief.** M. ſ. **Rachat.**
Remedium (reméde, tolérance) bei Münzen 469.
Worin ſie beſtehn dürfen 824 *.
War ehemals nicht unbedeutend 469, 470.
Iſt jetzt unbedeutend 470, 471, 533
**Rentes par assiette de terre.** (Kunſtgriff, deſſen ſich die Intriguanten bedienten, um das Kroneigenthum an ſich zu ziehen 268, 269.
Renten (**Rentes constituées**) nicht zu verwechſeln mit Grundrente (rente foncière).
Sind ihrer Natur nach ablösbar 825, 830.
Haften nicht auf dem Gut, ſondern auf der Perſon 826.
Ob ſie zu dem beweglichen oder unbeweglichen Eigenthum zu zählen ſind 829, 830.
Nach dem Edict Ludwigs des 15ten v. J. 1749 durfte die Geiſtlichkeit keine Renten mehr erwerben 831.
Rentenkäufe waren eine Art, die Zinſen eines Kapitals verſteckt zu erhalten 823—824.
Nothwendige Bedingungen zur Gültigkeit eines ſolchen Rentenkaufs (das Kapital durfte nicht wiedergefordert werden können) 825—828.
Zweifel gegen die Rechtmäßigkeit der Rentenkäufe 826, 827.
Der Papſt Martin der 5te erklärt die Rentenkäufe für rechtmäßig 827.
Einige ſpätere Päpſte erlaubten ſie nur unter Modifikationen 828, 928 **.
Beſondere Anſicht einiger Rechtsgelehrten über die Natur der Rentenkäufe 827.

**Clausula constituti possessorii** ward den Rentenkäufen häufig beigefügt 828.
**Requête en vu d'arrêt** 896 *.
Requetenmeiſter (maitres des requêtes).
Alter und Dienſtgeſchäft derſelben 19, 20, 681—683.
**Requêtes de l'hôtel.** Einrichtung und Befugniſſe dieſes Gerichts 681—683.
Wirken bei den Urtheilen des ehemaligen Staatsraths auf mannigfaltige Art mit 899, 901, 902, 906, 907, 908, 909.
Reſervationen (päpſtliche). Beſchränkung und Abſchaffung derſelben 733, 747.
Richter—Auditeur (juge auditeur) beim Chatelet von Paris 153.
**Rodaticum** 588.
Rolle. Rollen bei der großen Kammer des Parlaments 9 folg.
**Rooles d'Oleron.** M. ſ. Schiffahrt.

## S.

Salz-Auflage (gabelle). War in Frankreich ſeit uralten Zeiten bekannt 342.
War von Anfang nicht beſtändig, ſondern ward nur für eine gewiſſe Zeit auferlegt 342, 343.
Sie ward indeſſen ſo oft wiederholt, daß ſie endlich zu den Domainen des Königs gerechnet ward 342, 343.
Philip v. Valois richtete zuerſt durch das Königreich die Salzmagazine ein, und ſetzte denſelben Commiſſarien vor, denen er zugleich eine Gerichtsbarkeit beilegte 343.
Kurze Geſchichte dieſer Auflage in den frühern Zeiten 342—347.
Verſchiedenheit der Provinzen in Beziehung auf die Salz-Auflage 347—348.
Harte Strafen gegen alle Vergehen, die ſich auf die Salz-Auflage bezogen 348 †.
Erhebung der Salzauflage war ſchon ſehr früh und auch in den letzten Zeiten verpachtet 344, 347.
Was die Salzauflage unmittelbar vor der Revolution dem König eintrug 350 ***.
Aufhebung der Salzauflage durch die Conſtituirende im Anfang der Revolution 348, 349, 350.
Wird unter dem Kaiſerreich, jedoch unter viel mildern Formen, wieder eingeführt 350, 351.
Salzdefraudation. M. ſ. Salzauflage 210.
Salzkammern. Zuſammenſetzung derſelben 341.
Competenz derſelben 341, 344.

- Verfahren vor denſelben 841.
- Entſtehung derſelben aus den Commiſſarien, welche unter Philip v. Valois und Johann dem zweiten mit der Aufſicht über die Salz-Abgabe beauftragt wurden 343.
- Carl der ſechſte legt ihnen das Erkenntniß über Alles, was ſich auf die Salzabgabe bezieht, förmlich bei 343, 344.
- Aufhebung derſelben in der Revolut. 350.

Schauſpiele wurden zuweilen in den Kirchen aufgeführt 736 **; wird verboten ibid.

Scheffen. (M. ſ. Vogt der Kaufleute.) Verſchiedene Benennungen derſelben 221 *.

Scheffen waren im Mittelalter in vielen Städten die ordentlichen Civil- und Criminal-Richter 219, 220.
- Dieſes erhält ſich aber nur in den niederländiſchen Städten bis zur Revolution 220.

Scheffen. Die Gerichtsbarkeit derſelben ward ſpäterhin meiſtens ſehr beſchränkt 219, 220, 221, 222.
- Veranlaſſung dieſer Beſchränkung in verſchiedenen Städten 221—224.

Scheffen von Paris. Gerichtsbarkeit derſelben 220, 221, 222.
- Verloren auf einige Zeit ihre Gerichtsbarkeit bei Gelegenheit eines Aufruhrs 223.
- Wahl derſelben 225 *.
- Zuſammenſetzung des Scheffengerichts 220, 221, 225 *.
- Woran die Appellation von den Ausſprüchen des Scheffengerichts ging.

Schein über Entrichtung d. Zolls. Was er enthalten mußte ehmals 620, 621; jetzt 654. M. ſ. Begleitſchein.

Schatzmeiſter von Frankreich (tresoriers de France) 243.
- Es gab deren ſeit den älteſten Zeiten 243.
- Sie hatten nicht den Empfang der eingehenden Gelder, ſondern dieſe hatte der Wechsler des Schatzes (changeur du tresor) 243.
- Ihr Geſchäft beſtand in der Verwaltung der Domainen und in der Schlichtung der darauf bezüglichen Rechtsſtreitigkeiten 143, 245.
- Später wurden die verwaltenden Mitglieder von den richtenden getrennt, welches mehrfach wechſelte 245, 251.
- Letzte Einrichtung des Kollegiums der Schatzmeiſter von Frankreich unter Ludwig dem 14ten S. 250. M. ſ. Finanzbureaus.

Schiff (Seeſchiff, navire), ob es zu dem beweglichen oder unbeweglichen Eigenthum gehört 551, 552.
- Vorrechte der Gläubiger und beſonderer Schulden auf ein Schiff 552—556.
- Das Eigenthum eines Schiffs iſt meiſtens unter 24 Berechtigte vertheilt, deren Antheile quirats heißen 558.

Verkauf (freiwilliger) eines Schiffs. Nothwendige Bedingungen dazu 556–558.
Beſchlagnahme und gerichtlicher Verkauf eines Schiffs. Nothwendige Formalitäten und Bedingungen dabei 558–563.
Schiff, nationales. Die nationalen Schiffe haben Vorzüge vor den fremden 569.
  Bedingungen, unter welchen ein Schiff als ein nationales angeſehn wird 569–571.
  Jedes Schiff wird als zu einem beſondern Hafen des Reichs gehörig angeſehn 564–571.
Schiffbruch. M. ſ. Schiffahrtspolizei.
  Wie es mit den Gütern, die aus einem Schiffbruch gerettet werden, gehalten wird 565–568.
  Rettungsanſtalten dabei. Wer ſie leitete, ehmals 567; jetzt 567 **.
Schiffahrt (Seehandel);
  Es gab früher Geſetze über den Seehandel, als über den Landhandel, und warum 534, 535.
  Bis zu Ludwig d. 13ten und 14ten bekümmerte ſich die Regierung von Frankreich Wenig um den Seehandel 538, 539, 538 *.
  Geſetze (wichtigſte) über den Seehandel und die Schiffahrt, Consolato del mare 535, 536;
  Rooles d'Oleron 536;
  Verordnung Carls d. 6ten über d. Schiffahrt v. J. 1400 S. 536, 537
  Verordnung Franz des erſten, Heinrichs d. dritten, Ludwigs d. 13ten 537, 538, 539;
  Seeordnung Ludwigs des 14ten (ordonnance de la marine d. 1681); wichtigſtes Geſetz darüber 539, 540;
  Decrete der Conſtituirenden darüber 540, 575;
  Handelsgeſetzbuch Napoleons (Zweites Buch) 540;
  Conſular-Beſchluß vom 6ten Germin. J. 7 und vom 2ten Prairial J. 11 über die Priſen und das Kaperweſen 584–587;
Schiffahrts-Polizei. M. ſ. Schiff (nationales). Gehörte ehmals den Seegerichten 569.
  Jedes Schiff gehörte zu einem beſtimmten Hafen 569.
  Alle Schiffe waren in ein beſonderes Regiſter eingekragen 571.
  Kein Schiff durfte und darf ohne Urlaubſchein (congé) in See gehn 571–574.
  Wer dieſes zuerſt eingeführt 571, 572.
  Wer dieſe Urlaubſcheine ausſtellte, ehmals 571, 573; jetzt 575, 576.
  Formalitäten bei dieſen Urlaubſcheinen 573.
  Jeder Capitain iſt verpflichtet, nach ſeiner Ankunft im Hafen Bericht über ſeine Reiſe abzuſtatten 574, 575.
  Verfahren bei Schiffbrüchen, ehmals 567; jetzt 567 **.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schisma. Kurze Geſchichte deſſelben 770 **.
  Verderbliche Wirkungen 730—732.
  Verſetzte den Anmaßungen des Römiſchen Stuhls einen tödtlichen Stoß 770—773.
Schlagbeſichtigung (recolement) 309, 309 **.
Schlagſchatz 477.
  War im Mittelalter ungeheuer groß und faſt willkührlich 493—495, 463—465, 466—467.
  Iſt jetzt ſehr gering 534 *.
Seegerichte (Admiralitäten). M. ſ. Priſengerichte.
  Die Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit in Seeſachen ward früherhin von dem Admiral oder in ſeinem Namen von Beamten, die er ernannte, ausgeübt 541, 545.
  Späterhin erhielten dieſe Beamten vom König ihre Beſtallung.
  Es gab Seegerichte von zwei Graden, siéges généraux und particuliers 545.
  Competenz derſelben und Verfahren vor denſelben (M. ſ. Schiff, Priſen) 545—550e 563, 564, 567, 568.
  Sie hatten das Recht der Vollſtreckung ihrer Urtheile 550, 550 **.
  Zuſammenſetzung derſelben 546.
  Ihre Befugniſſe waren theils richterlicher, theils polizeilicher Natur 546, 569, 571, 574.
  Pflichten und Befugniſſe derſelben bei Schiffbrüchen 567, 569.
  Aufhebung der Seegerichte durch die Conſtituirende 575.
  Die Gerichtsbarkeit in Seeſachen wird mit einigen wenigen Ausnahmen (beſonders der Priſenſachen) den Handelsgerichten übertragen 575.
Seehandel. M. ſ. Schifffahrt.
Seeleute. Eintheilung derſelben in Claſſen 576 *.
Sicherheits-Bureaus (bureaux de garantie). M. ſ. Goldſchmiede.
  Einſetzung derſelben 236.
  Vertreten zum Theil die Stelle der ehmaligen Goldſchmiedezunft 236.
  Zuſammenſetzung, Befugniſſe und Verfahren derſelben 237—239.
Siegel von Frankreich. Verſchiedene Arten deſſelben 81, 82.
  Wie ſie aufbewahrt wurden 82, 83.
Siegel zur Verſiegelung der auf den Meſſen abgeſchloſſenen Contracte. M. ſ. Meßſiegel.
Siegelbewahrer auf den Meſſen 207.
Siegelbewahrer von Frankreich 83 (M. ſ. Kanzler) trug das Siegel ſtets bei ſich 83.
Siegelbewahrer bei den kleinen Kanzleien 86.
Sitze der Mitglieder des Parlaments (hohe und niedre) 12 *.
  Wie die Mitglieder d. Parlaments ſich auf ihre Sitze begaben 14 *.

- **Sol tournois.** War eine Rechnungsmünze, die allezeit 12 deniers tourn. galt 483. 20 sols machten einen Livre 473.
- **Sol Parisis** 488.
- **Solidus** (sol), eine römiſche Geldmünze, die ſich auch unter den Fränkiſchen Königen erhielt 471.
  - Beſchreibung, Gehalt und Gewicht dieſer solidi 471, 472.
  - Werth eines ſolchen solid. in Denarien 472. M. ſ. denarius.
  - Erhielten ſich bis in d. Zeiten d. dritten Königs-Geſchlechts 476, 478.
  - Es gab auch ſilberne solidi. Werth derſelben 472, 473.
  - Unter Carl dem Großen kam die Rechnung nach livres zu 20 sols, den sol zu 12 deniers in Gebrauch 473, 474.
- **Solis fas cernere solem.** Deviſe der Advokaten des ehmaligen Staatsraths 896 **.
- **Staatsbehörde.** Entſtehung derſelben beim Parlament von Paris 104.
  - Verſchiedene Beamten derſelben und deren Attributionen 105—111. M. ſ. General-Advokat, General-Procurator und Subſtitute des General-Procurators.
  - Eid der Beamten der Staatsbehörde 112.
  - Mußten die Domainen vertreten 251, 251 *.
  - Dieſes ward in der Revolution abgeſchafft und nachher wieder eingeführt 258 *, 957, 957 ***.
  - Die Staatsbehörde hat allezeit das letzte Wort, nur nicht in Domainenſachen 288.
  - Ob die Staatsbehörde immer für die Domainen-Verwaltung ſprechen muß 108—120.
  - Vertheilung der Geſchäfte unter d. verſchiedenen Beamten d. Staatsbehörde 107, 108, 110. M. vergl. Th. I. 669.
  - Durch die Beamten der Staatsbehörde fand die Verbindung des Parlaments mit dem König Statt 110, 135.
  - Derſelben wurden alle offene Schreiben, Edicte u. dgl. zugeſandt 110.
  - Schlichtung mehrerer Conflicte durch dieſelbe 110, 111.
  - Platz der Beamten der Staatsbehörde im Parlament, bei feierlichen Aufzügen u. dgl. 111, 112.
- **Staats-Erzkanzler** (unter dem Kaiſerreich) 87.
- **Staats-Miniſter** 878, 879.
- **Staatsrath, ehmaliger.** M. ſ. großer Staatsrath.
  - Schon ſehr früh hatten die Könige einen großen und einen kleinen Staatsrath (grand et étroit conseil) 51, 867, 868.
  - In demſelben wurden von je her ſehr viele Verordnungen berathen und beſchloſſen 51.
  - Philip der Lange verordnet, Alles, was darin beſchloſſen ward, in ein Regiſter einzutragen 51, 52. M. ſ. Dienſtordnung d. Staatsraths, réglement du conseil.

  - Der Staatsrath hatte eigentlich mit der Juſtiz nichts zu thun. Allein ſchon ſehr früh ward die Entſcheidung mehrerer Prozeſſe vor denſelben gebracht 868, 869. M. ſ. Mittel gegen die Urtheile der oberſten Gerichtshöfe anzugehn.
  - Unter Carl dem 7ten und 8ten war der Staatsrath mit Prozeßſachen ſehr überhäuft, welches die Veranlaſſung zur Errichtung des großen Staatsraths ward 872—874.

- Staatsrath. Abtheilungen deſſelben in den letzten Zeiten vor der Revolut. und deren Befugniſſe 878—880, 358, 365.
  - Die Abtheilung, welche conseil des parties hieß, erkannte über Partheiſachen 880.
  - Der König führte in der letztern zwar nicht ſelbſt den Vorſitz, doch ward er als gegenwärtig angeſehn 880.
  - Dieſe Abtheilung war die zahlreichſte von allen 880.
  - Zuſammenſetzung derſelben 880, 881.
  - Auch die Agenten der Kleriſei hatten Zutritt in derſelben 880, 881; doch mit Beſchränkungen.
  - Es gab noch zwei Unterabtheilungen des conseil des parties, die große und kleine Finanzdirection. Beſondere Befugniſſe derſelben 900, 901.
  - Commiſſionen aus dem Staatsrath zuſammengeſetzt.
  - Commission de propre mouvement 910—912.
  - Competenz des conseil des parties war ſehr ausgedehnt 883, 884. M. ſ. Caſſation, Widerſpruch zwiſchen zwei Urtheilen, Reviſion, Mittel wider die Urtheile der oberſten Gerichtshöfe anzugehn.
  - Verfahren vor dem conseil des parties 895—912. M. ſ. Urtheile des ehmaligen Staatsraths.
  - Für jede Sache ward ein Referent ernannt 898, 899.
  - Es beſtanden verſchiedene Bureaus, wo die wichtigern Sachen, ehe ſie dem Staatsrath vorgelegt wurden, vorläufig unterſucht wurden. Namen dieſer Bureaus u. Verfahren vor denſelben 901, 902, 903.
  - Jede Sache ward auch von einer Commiſſion der requêtes de l'hôtel unterſucht 901, 902.
  - In den letzten Zeiten wurden alle Sachen ſchriftlich durch die Advokaten verhandelt 896—898.
  - Verfahren vor den Commiſſionen des conseil des parties 910—912.
- Staatsrath wird im Anfang der Revolution aufgehoben 968.
  - An die Stelle deſſelben ward ein anderer eingeſetzt, beſtehend aus d. König und ſeinen Miniſtern 968.
  - Dieſer ging ſehr bald unter 969.
  - Wiederaufleben des Staatsraths unter der Conſular-Regierung 969, 970.

Befugniſſe und Organiſation deſſelben durch die Verordn. d. Conſuln v. 5ten Nivoſe J. 8, v. 7ten Fructid. J. 8 S. 970, 971, 972, 976.
Mitglieder und Sectionen deſſelben 970, 971, 973.
Eintheilung in den ordentlichen u. außerordentlichen Dienſt 970, 971.
Requetenmeiſter bei dem jetzigen Staatsrath 973, 974.
Auditeurs beim Staatsrath 974.
Entſcheidet über Conflicte zwiſchen den gerichtlichen und Verwaltungs-Behörden 971.
Soll alle Schwierigkeiten löſen, die ſich in Beziehung auf Verwaltungs-Streitigkeiten ergeben 971.
Bildet die Appellations-Inſtanz in Beziehung auf die Beſchlüſſe der Präfectur-Räthe 968.
Entſcheidet über Klagen wegen Mißbrauchs der geiſtlichen Gewalt 972, 973. M. ſ. appel comme d'abus.
Erkennt über alle mit den Miniſtern für den öffentlichen Dienſt abgeſchloſſenen Verträge 972
Hat die hohe Verwaltungs-Polizei 972.
Verfahren vor dem Staatsrath in Streitſachen 973—976.
Nach der Reſtauration 980, 981.

Steuer (taille). M. ſ. Beiſteuern (aides, subsides), Kopfſteuer.
Aelteſte Verordnungen der Könige des dritten Geſchlechts (Ludwigs d. H., Philips d. Schönen) über die Vertheilung dieſer Steuer 361, 352.
Unter Johan dem 2ten wurden von den Ständen Deputirte zur Vertheilung aller Steuern ernannt 352, 353.
Die Steuer (taille) war keine eigentliche Grundſteuer, oder auch nur dingliche Steuer, ſondern ſie war gemiſchter Natur 358, 359, 359 *.
Sie war anfangs nicht beſtändig, ſondern ward nur von Zeit zu Zeit ausgeſchrieben 359.
Ob ſie unter Carl d. 7ten zuerſt beſtändig geworden 360, 361, 360 *.
Adeliche und Geiſtliche, auch einige Städte (villes franches) waren von uralten Zeiten von der Steuer (taille) ganz frei 362.
Große Unterſchleife, die dabei vorfielen 362.
Beſchränkung der Steuerfreiheit der Adelichen durch Heinrich den 4ten und die ſpätern Könige 362, 364.
Verpflichtung, die Steuer (taille) zu bezahlen, haftete in einigen Provinzen nicht auf den Perſonen, ſondern auf dem Gut, ſo daß es darin ſteuerfreie und ſteuerpflichtige Güter gab 364, 364 *.
Art, wie in den letzten Zeiten die Steuer (taille genannt) jährlich im Großen und Kleinen vertheilt ward 256, 257, 365, 366, 367.
Der ganze Betrag der Steuer (taille) ward jedes Jahr im Staatsrath von neuem feſtgeſetzt 358, 365.

  Jährlicher Betrag derſelben kurz vor der Revolution 365 *.
  Wie derſelbe in die Königl. Kaſſe gelangte 361 *.
  Wie und von wem die Steuer (taille) eingetrieben ward 366, 367, 368. M. ſ. Steuerumleger.
  Zwangsmittel gegen diejenigen, die nicht bezahlten 368.
  Wie, wenn ein bedeutender Theil einer Gemeinde nicht bezahlte 368, 369.
  Wie diejenigen, die ſich in der Steuer (taille) zu hoch angeſchlagen glaubten, ſich beklagen konnten 367, 368, 369.
  In der Regel ward jeder in der Steuer (taille) an einem Ort, nämlich an dem, wo er am Tag d. h. Remigius wohnte, angeſchlagen 369.
  Beſondere Vorſchriften bei dem Verziehn aus einer Pfarrei in eine andere 369, 370.
Steuer-Deputirte unter Ludwig d. H. 351.
  Unter Philip dem Schönen 351, 352.
Steuer-Deputirte unter Johan dem zweiten wurden von und aus den drei Ständen gewählt, um die Steuern (Beiſteuern) zu vertheilen und alle darüber entſtehenden Streitigkeiten in letzter Inſtanz zu entſcheiden 375, 376.
  Dieſelben gingen nach und nach in Königliche Beamten über 375, 376, 377.
  Hatten Anfangs ſowohl die Verwaltung als die Gerichtsbarkeit in Steuerſachen 378.
  Später wurden für jeden Zweig beſondere Beamten angeſtellt.
  Dieſes wechſelte mehrmals 378—382.
  Franz d. erſte verband beide wieder, und gründete dadurch den Oberſteuerhof 383.
Steuer-Gerichte erſter Inſtanz (élections) 351. M. ſ. Oberſteuerhof.
  Urſprung derſelben aus den Commiſſarien, welche die von den Ständen ernannten General-Steuerdeputirten für die einzelnen Städte und Oerter ernannten 252, 253.
  Nähere Beſtätigung ihrer Befugniſſe unter Carl dem 6ten und Carl dem 7ten 355, 356.
  Zuſammenſetzung der Steuergerichte in den letzten Zeiten 356.
  Befugniſſe derſelben und Verfahren vor denſelben 351, 356, 357, 358, 371, 365, 367, 368.
  Es gab deren nicht in ganz Frankreich 356, 357.
  Zahl derſelben 356.
  Fungirten hin und wieder auch als Zollgerichte 640, 641.
  Die Vertheilung der Steuern (taille) auf die einzelnen Steuergerichte geſchah durch die Finanzbureaus 256. 257.

Steuer-Umleger (collecteurs ou asséeurs). Ernennung und Befugniſſe derſelben 366, 366 *.

Strand (rivage). Was darunter verſtanden wird 544.

Strandrecht ward im Mittelalter von den kleinen Grundherrn faſt ohne alle Rückſicht ausgeübt 564.

Gräuel, welche dabei vorfielen 567 *.

Kurze Geſchichte deſſelben in Frankreich 564—567.

Franz der erſte und Ludwig der 14te verboten die Ausübung deſſelben und befahlen den geſtrandeten alle Hülfe zu leiſten 565, 567. M. ſ. Schiffahrts-Polizei.

Strafe für die Zuwiderhandelnden 566, 567.

Streitigkeiten in Verwaltungsſachen. Wer darüber entſcheidet 947, 948.

Subſtitute des General-Procurators beim Parlament 105.

Wurden früher von d. General-Procurator angeſtellt 106, 106 *, 107

T.

Teloneum (Zoll). Was man darunter verſtand 587.

Terrage (oder agrier) 255.

Testamentum loco defuncti 705, 705 **. M. ſ. Geiſtlichkeit.

Throngericht. M. ſ. lit de justice.

Tonnengeld, tonnage 554.

Tonnes et balises 544 **.

Tournelle criminelle 4. M. ſ. Parlament, Abtheilungen deſſelben.

Urſprung des Namens 29.

Entſchied anfangs nur über geringe Verbrechen (Vergehn), ſpäter aber einzig über Verbrechen 6, 26 folg.

Die Prozeſſe wurden vor derſelben ſchriftlich verhandelt 29.

Tournelle civile 34.

Traite foraine. Was ſie war 593, 594.

U.

Unterſuchung der Zollbeamten bei Einführung oder Ausführung der Waaren, ehmals 620, 622, 623, 625, 654, 656; jetzt 652. M. ſ. Beſchlagnahme und Erklärung.

Wie der Werth der Waaren ermittelt ward 606—609, 620 **.

Unterſuchung der Häuſer durch die Zollbeamten wegen verheimlichter Waaren, ehmals 626, 624, 628—631; nach der neuern Geſetzgebung 656, 656 *, 657.

Nöthige Vorſichtsmaßregeln dabei ibid.

Unterſuchungskammer (chambre des enquêtes). M. ſ. Parlament, Abtheilungen deſſelben.

Alter derſelben 4 *.
Urſprung des Namens. Unterſuchungskammer 17.
Vorzüglichſte Attributionen der Unterſuchungskammer 15 folg.
Wie die Urtheile derſelben ausgeſprochen wurden 19.
Ehmals gab es zwei Klaſſen von Mitgliedern der Unterſuchungskammer (rapporteurs und jugeurs) 18.
Urſchriften (minutes). M. ſ. Regiſter.
Urtheile, präkluſive 889 *.
Gegen welche Urtheile keine Caſſation Statt findet. M. ſ. Caſſation.
Urtheile d. geiſtlichen Gerichte. Form, in welcher ſie verfaßt wurden 803.
Man konnte vermöge derſelben auch die unbeweglichen Güter eines Geiſtlichen mit Beſchlag belegen. Allein die Decrete zum Verkauf derſelben und die Leitung dieſes Verkaufs gingen von dem weltlichen Richter aus 803.
Wurden zuletzt unmittelbar, d. h. ohne Befehl der weltlichen Richter vollſtreckt 803.
Zur Vollſtreckung derſelben durfte man ſich in den letzten Zeiten der Excommunication nicht bedienen 802. M. ſ. Excommunication.
Ob Caſſation dagegen eingelegt werden konnte 803, 804.
Urtheile des Parlaments. Verſchiedene Namen derſelben 6, 18, 19, 43.
Zahl der Stimmenden, die bei einem Urtheil erforderlich war 34.
Art der Abſtimmung bei denſelben 34.
Verfahren bei Gleichheit der Stimmen 34.
Urtheile des ehmaligen Staatsraths hießen arrêts 905.
Art des Vortrags und Abſtimmung dabei 903, 904.
Abfaſſung derſelben 904, 905.
Theile derſelben 904, 905.
Form ihrer Ausfertigung 905.
Formular eines ſolchen Urtheils 906 *.
Vollſtreckung derſelben. Die darüber ſich ergebenden Streitfragen entſchieden die requêtes de l'hôtel in letzter Inſtanz 907.
Widerſpruch zwiſchen zwei Urtheilen. Was man darunter verſtand 893, 893 **.
Wer über dieſen Widerſpruch erkannte 874 ***, 893, 894.
Wie darüber erkannt ward 894—896, 902.

## V.

Vacans in curia (beneficium) 729.
Verbrechen der Geiſtlichen. Unter d. Römiſchen Kaiſern war Conſtantius der erſte, welcher den Biſchöfen das Recht verlieh, daß ſie wegen Verbrechen nur vor den Biſchöfen angeklagt werden könnten 686, 687.

  - Späterhin ward dieſes auf leichtere Verbrechen, Vergehn wider die Sitten u. dgl. beſchränkt 687.
  - Die Kaiſer Honorius und Theodoſius dehnten es wieder auf alle Verbrechen aus 687.
  - Dieſes war indeſſen mehr eine beſondere Begünſtigung, als ein eigentliches Recht 686, 806.
  - Unter den Fränkiſchen Königen aber ward es faſt ein Recht 686, 806, 807.
  - Späterhin kam man wieder zu den Anſichten der Römiſchen Kaiſer zurück. Man unterſchied die Verbrechen in gewöhnliche und privilegirte 809, 810.
  - Was man unter dieſen Benennungen verſtand. Etymologie derſelben 809, 810.
  - Die Geiſtlichen ſtanden nur wegen der erſtern unter den geiſtlichen Gerichten 810; wegen der privilegirten ward ihnen der Prozeß von den geiſtlichen und weltlichen Richtern zugleich gemacht 810, 811.
  - Verfahren der beiden Gerichte dabei 810—816.
  - Wie die Verbrechen der Geiſtlichen beſtraft wurden 813, 814.
  - Die Biſchöfe behaupteten, wegen aller Verbrechen, ſelbſt wegen Hochverraths nur von einem Provinzial-Concilium der Biſchöfe gerichtet werden zu können 808, 808 *, 832, 833.

Verhaftung, perſönliche in Civilſachen (contrainte par corps). Kurze Aufzählung der Fälle, in welchen ſie Statt findet 185, 208. Verbind. mit Th. I. 426 **.
  - Die Rechnungspflichtigen konnten ſowohl vor als nach der Revolut. ſogar auf dem Verwaltungsweg durch perſönliche Verhaftung zur Ablegung ihrer Rechnung und Abtragung der Rückſtände angehalten werden 422, 423, 374. M ſ. Generalpächter.
  - Die Urtheile der Handelsgerichte wurden und werden in der Regel durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt 583—189.
  - Zweifel, ob dieſes bei allen gelte 187 **.
  - Bei Contracten, die unter dem Meßſiegel geſchloſſen ſind, eben ſo bei Wechſelſchulden und Seeverträgen fand und findet allezeit perſönliche Verhaftung Statt 208, 184, 187.
  - Ob die Richter in den Fällen, wo ſie Statt findet, blos befugt oder auch verpflichtet ſind, ſie zu verordnen 184, 187.
  - Zur Vollſtreckung der Urtheile der ehmaligen Seegerichte fand ebenfalls meiſtens perſönliche Verhaftung Statt 548, 549,
  - Findet auch Statt auf die Urtheile der Zollgerichte, wenn die Bezahlung des Zolls dadurch ausgeſprochen ward 642; nach der neuern Geſetzgebung 664, 665.
  - Wegen nicht entrichteten Zolls, wenn dafür Kredit gegeben worden, ehmals 637, 637 *; nach ner neuern Geſetzgeb. 654.

  - Urtheile, welche die Bezahlung von Abgaben verordneten, wurden allezeit durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt 374.
  - Geſetz (wichtigſtes) darüber nach der Revolut. (v. 15ten. Germin. J. 6) S. 186, 187.
- Verhaftung, perſönliche (contrainte par corps) in Civilſachen (wegen Schulden). Mittel, der perſönlichen Verhaftung zu entgehen. (M. ſ. Abtretung des Vermögens).
  - Verfahren bei Vollſtreckung derſelben 188.
  - In Paris gab und gibt es jetzt wieder eigene Beamten (gardes du commerce) dafür 188.
  - An welchen Orten ſie einzig vollzogen werden darf ibid.
  - Wie lange Jemand wegen Schulden in Haft gehalten werden kann 189, 190, 185 *.
- Verjährungsbriefe (lettres de surannation). Was ſie ſind 84 *
- Verpfändung des Gottesdienſtes 736 **.
- Verwaltungsbehörden 947—968. M. ſ. Departements-Verwaltung, Diſtricts-Verwaltung, Central-Verwaltung, Präfect, Präfectur-Rath, Unterpräfect, Arrondiſſements-Rath.
- Verwaltungs-Behörden. Bei Domainen-Verkäufen entſcheiden die Verwaltungs-Behörden über den Sinn der Verkaufsbedingungen und die Perſon des Käufers 966, 967.
  - Ueber die Acte derſelben ſteht d. Gerichten keine Entſcheid. zu 967.
  - Denſelben ſteht die Erklärung eines jeden von ihnen ausgegangenen Actenſtücks zu, das vor Gericht vorgebracht wird 967.
- Verwaltungsſachen. Streitigkeiten darüber. Wer ſie entſcheidet 953, 654, 955, 956, 957, 964, 967, 968, 869 *.
- Vogt der Kaufleute war zu Paris der Vorſteher der Scheffen, u. zu Lyon der des Handelsgerichts (conservation) 220, 217.
  - Aufhebung dieſer Stelle unter Carl dem 6ten wegen eines Aufruhrs in Paris 223, 224.
  - Wiederherſtellung derſelben 225 *.
  - Ernennung zu dieſer Stelle 225 *.
- Vogt von Paris. M. ſ. Chatelet.
  - Urſprung dieſer Stelle 150, 151, 156.
  - Befugniſſe des Vogts von Paris 150, 151, 156.
  - Seine Stelle gehört zu den ſehr angeſehenen 151, 156.
  - Seine Stelle ward nie als erledigt angeſehn 156.
  - Erſchien jährlich einmal im Parlament von Paris ibid.
- Vogtei des Pallaſtes. M. ſ. prévôté de l'hôtel.
- Vorladung vor die Forſtgerichte, ehmals 308; jetzt 326, 328, 329.
  - Vor die geiſtlichen Gerichte 801, 802.
  - Vor den ehmaligen Staatsrath 895.
  - Vor die Zollgerichte 632, 633.
  - Die gewöhnliche Vorladungsfriſt galt nicht bei d. Zollgerichten 633 *.

## W.

Waaren. Darunter ſind nur bewegliche Gegenſtände zu verſtehn 170 *.
Wechſel, Wechſelbriefe wurden wahrſcheinlich auf den Meſſen eingeführt; und wie 212, 214, 215.
  Aelteſte Königl. Verordnung, worin derſelben Erwähnung geſchieht 215, 215 *.
Wechſelrecht (ſtrenges). Wahrſcheinlicher Urſprung deſſelben 212—215.
Wechſelſchein (billet de change). Was man darunter verſteht 172 *.
Wechsler, Münzwechsler. (M. ſ. Meßwechsler.) Durften nach einer Verordnung von Philip d. Schönen ihr Geſchäft zu Paris nur auf der großen Brücke (pont au change) treiben 429, 430, 436.
  Keiner durfte ſich ohne Erlaubniß der Regierung mit dieſem Geſchäft befaſſen 430, 435.
  Standen unter den Münzdirectoren 429, 436.
  Wie dieſelben gewählt wurden 430, 431, 435.
  Alles geringhaltige Gold und Silber, eben ſo alles verrufene Geld mußte entweder an ſie oder an die nächſte Münzſtätte abgeliefert werden 429.
  Verpflichtungen derſelben (mußten Buch und Regiſter führen) 436.
  Wie ſie von der Münzſtätte bezahlt wurden 467, 468.
Wegebau, voirie (großer und kleiner). Die Aufſicht über die Anlage, ſo wie auch die Polizei über die großen Straßen ſtand ehmals den Finanz-Bureaus zu 257.
  Wie es während der Revolution hierin gehalten ward 955, 952, 953, 956, 957.
  Jetzt ſteht die Polizei darüber dem Präfectur-Rath zu 965, 965 *.
Weltmeer. (M. ſ. Priſe, Kaper.) Ob daſſelbe rechtlich als eine freie Straße anzuſehn iſt 577.
  Ueber den Grundſatz „le pavillon couvre ou confisque la cargaison“ 577, 577 **.
  Daſſelbe war von je her der Schauplatz der ärgſten Gräuel 564, 567 *, 581.
Widerſpruch zwiſchen zwei Urtheilen (contrarieté d'arrêts). M. ſ. Urtheile des ehmaligen Staatsraths.
Widerſetzlichkeit gegen d. Zollbeamten. Wie ſie dabei verfuhren 633, 634.
Widerſpruch zwiſchen zwei Urtheilen. M. ſ. Urtheile.
Wucher (usura) ward von den früheſten Zeiten an mit Zinſen verwechſelt 209, 209 *, 820.
  Wem das Erkenntniß über dieſes Verbrechen zuſtand 818, 819, 832.

## Z.

- Zehnte (geiſtlicher), dixme. M. ſ. Beilage Lit. E.
  - Urſprung deſſelben 709, 710, 711.
  - Von welchen Früchten, und wie er entrichtet ward 711, 712.
  - Wem der Zehnte gebührte 712, 713.
  - Der Zehnte war die erſte aller Grundlaſten 712.
  - Lag in der Regel auf allen Gütern 712.
  - Jährlicher Betrag des geiſtl. Zehnten kurz vor der Revolut. 709 ***.
- Zehnten (weltliche, dixmes inféodées) 713.
  - Urſprung derſelben Beilage Lit. E.
- Zinſen werden mit Wucher verwechſelt 209, 209 *.
  - Waren von den früheſten Zeiten an im Allgemeinen verboten 209 *; und aus welchem Grund 820, 827, 827 **, 828, 828 **.
  - Wenige Ausnahmen davon 820, 821, 827 **.
  - Insbeſondere waren ſie bei Meßgeſchäften von je her erlaubt 209, 209 *, 822.
  - Verſchiedene Mittel, die man anwandte, um das Zinſen-Verbot zu umgehen; mohatra und Rentenkäufe (constitutions de rentes) (M. ſ. dieſe beiden Artik.) 822, 823.
- Zinsfuß. Höhe deſſelben (in den Fällen, wo es erlaubt war, Zinſen zu nehmen) nach Verſchiedenheit der Zeiten 824 **
- Zoll (teloneum, imposition foraine). Was man darunter verſtand 587.
  - Einige mit dem Zoll verwandte Abgaben Reve, haut passage, domaine foraine 610, 611, 612.
  - Ward unter den erſten Fränkiſchen Königen, wie unter den Römern erhoben 587.
  - Allerlei Bedrückungen der Zollbeamten 588.
  - Carls des großen Verordnung darüber 588, 589.
  - Nach d. Geſetzbuch Ludw. d. H. bezahlten Edelleute keinen Zoll 590.
  - Wie man in dieſer Hinſicht mit den Bauern und Kaufleuten verfuhr 590.
  - Unter dem dritten Geſchlecht hatten auch die Grundherrn das Recht, einen Zoll zu erheben 589, 590.
  - Dieſes Recht ward als Domanial angeſehn, ſo daß nach der Meinung der meiſten Rechtsgelehrten die Grundherrn es nur vermöge eines beſondern Privilegiums ausübten 591, 592.
  - Die Grundherrn waren dabei gewiſſen Verpflichtungen unterworfen; ſie mußten die Wege unterhalten, einen Tarif über den Betrag d. Wegegelds aufſchlagen 592.
  - Strafe gegen die hierin Saumſeligen 592 *.
- Zoll beim Gebrauch der Ströme 592, 593

Zoll lag in den frühesten Zeiten und noch ſehr lange nachher nicht auf auf der Einfuhr, ſondern auf der Ausfuhr der Waaren 549, 598, 599, 612.

Weche Abſichten man dabei hatte 594, 594 *.

Verſtändige Anſichten Ludwigs d. H. hierüber 594.

Erſt unter Ludwig d. 13ten erhalten die richtigen Grundſätze d. Handelspolitik die Oberhand 613.

Meinung der Einwohner hierüber 594.

Verzeichniß der Waaren, deren Ausfuhr unter Philip dem Schönen verboten war.

Philips des Langen Verordnung über die Ausfuhr der Waaren 596.

Verordn. Carls d. 4ten u. Philips v. Valois darüber 597, 598.

Wem und unter welchen Bedingungen es verſtattet war, Waaren auszuführen 596, 598, 599, 600.

Diejenigen, welche Waaren einführten, mußten ſie auf die Meſſen u. in Paris auf den öffentlichen Markt bringen 209—211, 598.

Die Einfuhr und Ausfuhr durfte nur an beſtimmten Orten geſchehn 601, 602, 627.

Formalitäten bei der Einfuhr und Ausfuhr der Waaren, und bei Entrichtung des Zolls 619, 620, 621, 622, 623, 623, M. ſ. Erklärung, Begleitſchein (acquit à caution), Schein.

Verſchiedenheit der Provinzen bei Entrichtung der Zollabgaben 599, 600. M. ſ Provinzen.

Aufhebung dieſer Verſchiedenheit durch die Revolution 648, 649.

Provinzen der fünf großen Pachtungen (des cinq grosses fermes), als Ausland angeſehene, (provinces réputées ètrangeres), wirkliches Ausland (étranger éffectiv) 615, 616, 617.

Freihäfen 617.

Beſondere Vorrechte einiger Städte 625, 627.

Beſondere Beſchränkungen anderer Gegenden 626, 627.

Art der Zollerhebung zwiſchen dieſen verſchiedenen Provinzen 618, 620, 622; jetzige Art dieſer Erhebung 651, 653–655.

Wenn für den Betrag des Zolls Kredit gegeben worden, konnte der Zollpächter ihn durch einen Zwangsbefehl (contrainte) einziehn, der durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt ward 637, 638; daſſelbe gilt nach der neuern Geſetzgebung 654.

Zollbureaus. Wo ſie waren und wie ſie hießen 618, 619.

Gewöhnlich lagen mehrere hintereinander 618, 619.

Die Waaren mußten ehmals an alle Zollbureaus, die auf ihren Wegen lagen, gebracht werden 623. Wie es jetzt damit gehalten wird 651, 655.

Beſtimmungen der Conſtituirenden hierüber 651.

Ort u. Zeit d. Entrichtung d. Zolls 601, 609, 619. 620, 622, 623.

  - Jährlicher Betrag des Zolls kurz vor der Revolution 649 *.
  - Innerhalb der von den Zollbureaus eingeſchloſſenen Gränzen war (bis zu einer gewiſſen Entfernung von den letztern) der Handel in der Regel ganz frei (ehmals) 623; jetzt 655, 656.
  - Formalitäten, die bei Verführung der Waaren innerhalb dieſer Gränzen erforderlich waren 623, 624.
- Zolldirector. Erſter unter Philip dem Schönen 596.
  - Erhält das Recht, die geſetzlichen Strafen aufzulegen 602.
  - Erhält das Erkenntniß in Zollſachen 602.
  - Appellation von den Urtheilen deſſelben 603, 605.
- Zolldirector. J. Jahr 1357 gab es nur einen für ganz Frankreich 602.
- Zolldirectionen und Zolldirectoren nach der neuern Geſetzgeb. 667.
- Zollordnung Philips des Schönen 594, 595.
- Zollordnung Carls des ſechſten 604, 609.
- Zollordnung Franz des erſten 606.
- Zollordnung Ludwigs des 14ten. (Ordonnance sur toutes les fermes. Ordonnance sur le fait des cinq grosses fermes.) 614.
- Zollordnung der Conſtituirenden 650.
  - Milde derſelben 676.
- Zollordnung des National-Convents 671, 672, 676, 677.
- Zollordnung des Directoriums 673, 677, 678.
- Zollordnung unter dem Conſulat 674.
- Zollordnung unter dem Kaiſerreich 674, 675.
- Zollbeamten (M. ſ. Beſchlagnahme, Unterſuchung) waren ehmals nur Angeſtellte des Zollpächters 628.
  - Dieſes iſt durch die neuere Geſetzgebung geändert 666, 667.
  - Verſchiedene Namen und Verrichtungen der Zollbeamten, ehmals 628; nach den Beſtimmungen der neuern Geſetzgeb. 667, 667 **.
  - Verfahren bei einer Widerſetzlichkeit gegen dieſelben 633, 634.
  - Das Erkenntniß über die Exceſſe und ſonſtige Dienſt-Vergehn derſelben gehörte den Zollgerichten 645.
  - Gränzen, innerhalb welcher die Zollbeamten ihre Functionen ausüben durften, ehmals 655; jetzt 655, 656.
- Zollgeſetze, wichtigſte ſeit der Revolution erſchienene 674 **.
- Zollgerichte. M. ſ. Zollrichter,
  - Waren hin und wieder mit den Steuergerichten oder Salzkammern vereinigt 641.
  - Zuſammenſetzung der Zollgerichte 641.
  - Appellation von den Ausſprüchen derſelben 645.
  - Befugniſſe der Zollgerichte und Verfahren vor denſelben, ehmals 641—645.
  - Conflicte zwiſchen den ordentlichen Gerichten u. d. Zollgerichten 645.
  - Beſonders beſtellte Commiſſionen in Zollſachen 646, 647.

Die Urtheile der Zollgerichte waren proviſoriſch (ungeachtet der Appellation) vollſtreckbar 642.

Die Urtheile, welche die Bezahlung der Königl. Rechte ausſprachen, wurden durch perſönliche Verhaftung vollſtreckt 642; auch nach der neuern Geſetzgeb. 664, 665.

Aufhebung der Zollgerichte in der Revolution 648.

Die Coſtituirende überträgt die Entſcheidung über die Uebertretung der Zollgeſetze den Bezirksgerichten 663.

Verfahren vor denſelben 662, 663, 664.

Der National-Convent überträgt das Erkenntniß in Zollſachen den Friedensrichtern, vorbehaltlich der Appellation an die Diſtrictsgerichte 672, 673.

Verfahren vor denſelben war ſehr ſtreng 672.

Wird durch den Convent ſelbſt wieder gemildert 672, 673.

Veränderung dieſes Verfahrens unter dem Directorium 673, 674.

Einſetzung beſonderer Zollgerichte von zwei Graden unter dem Kaiſerreich i. J. 1810 S. 678.

Zuſammenſetzung und Befugniſſe dieſer Gerichte 678—680.

Aufhebung derſelben gleich bei der Reſtauration 680.

Zollpächter. Die Einnahme der Zölle war in Frankreich von ſehr alten Zeiten her bis zur Revolution verpachtet 601, 615 **.

Vorzugsrecht des Zollpächters wegen rückſtändigen Zolls 637, 638, 637 *.

Vorzugsrecht, welches in dieſer Hinſicht der neuen Zollverwaltung zuſteht 654, 665.

Vorzugsrecht des Zollpächters in Hinſicht der Miethe einer Wohnung für ſeine Beamten 669.

Durfte ſich wegen der Abgabe mit den Zollpflichtigen vergleichen, nur bei Contrebande nicht 646 *.

Beſtimmung der neuern Geſetzgeb. hierüber 664.

Die Conſtituirende übergibt die ganze Leitung des Zollweſens einem Beamten-Kollegium, einem Verwaltungsrath (régie) 650, 651. M. ſ. Zollverwaltung.

Leitung des Zollweſens unter dem Conſulat u. Kaiſerreich 670, 671.

Zollrichter. Philip der Schöne befiehlt deren an allen Grenzorten des Reichs anzuſtellen 596, 602.

Zollrichter unter Carl dem 6ten 604, 605, 606.

,, unter Franz dem Erſten 611.

,, unter Heinrich dem zweiten 639 *.

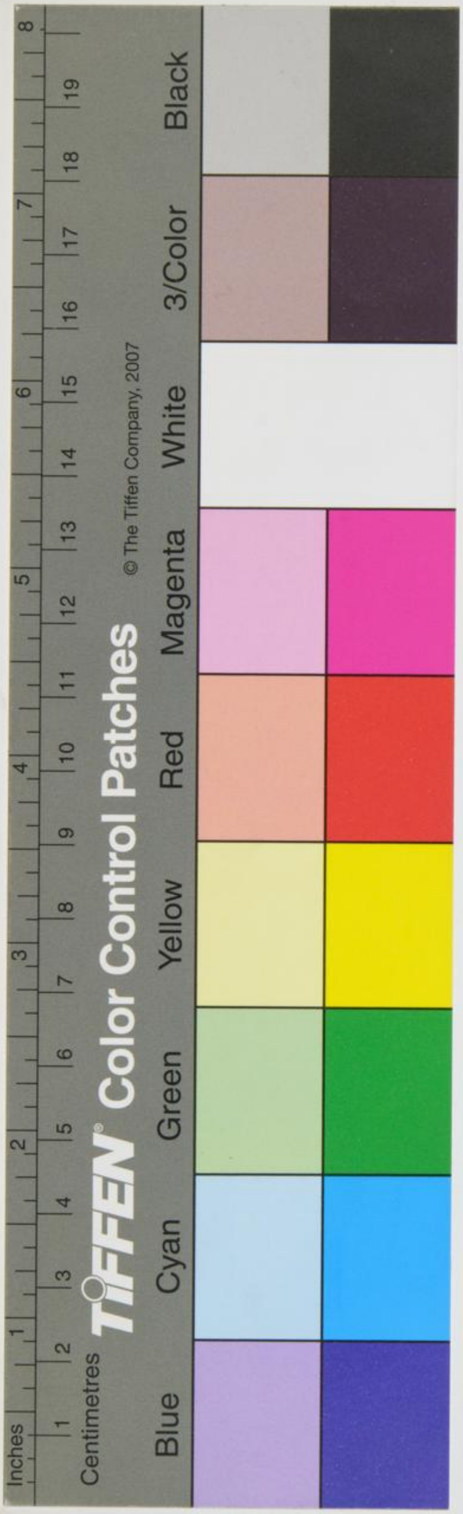
Unter Heinrich dem 4ten wird die Wahl der Zollrichter dem Zollpächter überlaſſen 639 *.

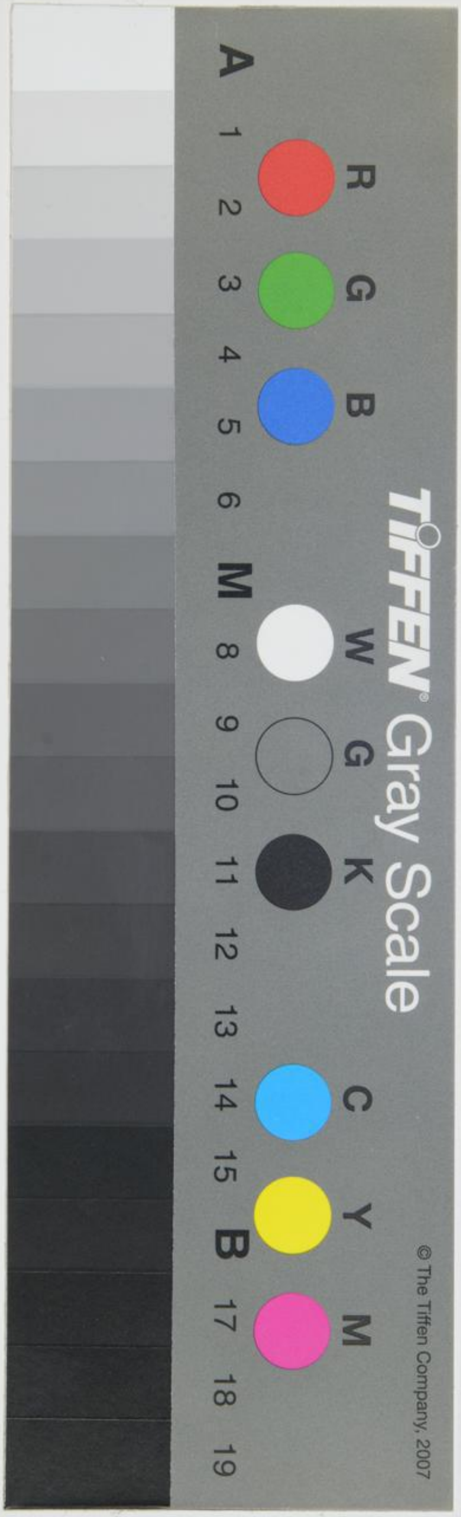
Zollrichter (maitres de ports et passages) unter Ludwig dem 14ten bis Revolution 639, 640.

- Zolltarif (älteſter) in Frankreich 593 **.
- Zolltarif unter Franz dem erſten 607, 608, 609.
- Zolltarif von 1661 und 1667 S. 620 **.
- Zolltarif der Conſtituirenden v. J. 1791 S. 649.
  - Gewöhnlicher Betrag des Zolls in Frankreich in den früheſten Zeiten 606.
  - Beſtimmte ſich gewöhnlich nach dem Werth der Waaren 606.
  - Wie der Werth ermittelt ward 606—609, 620; wie jetzt damit verfahren wird 653, 653 *.
- Zollvergehn. Beſtrafung derſelben unter der Conſtituirenden 676.
  - Unter dem Convent 677.
  - Unter dem Directorium 677, 678.
  - Unter der Conſular-Regierung 678.
  - Unter dem Kaiſerreich 678—681.
- Zollvergehn dürfen nicht wegen Mangel an böſer Abſicht entſchuldigt werden 674.
- Zollverwaltung. (M. ſ. Zollpächter.)
  - Wird durch die Conſtituirende zur Leitung des ganzen Zollweſens eingeſetzt 666, 667.
- Zollverwaltung. Ernennung derſelben 666
  - Vorrechte derſelben bei Eintreibung des Zolls. M. ſ. Zollpächter.
  - Vorrechte in Beziehung deſſen, was ihre Rechnungspflichtigen ihr verſchulden 668
  - Vorrechte der Zollverwaltung hinſichtlich der Miethe der Wohnung für ihre Beamten 669.
  - Eintheilung von Frankreich in zwanzig Directionen in Hinſicht der Zollverwaltung 667.
  - Uebertragung der Zollverwaltung an einen Generaldirector und vier Verwalter unter dem Conſulat 670.
  - Befugniſſe dieſer Beamten 670, 671.
- Zünfte (vor der Revolution) 169 **.
  - Alle Handwerke und Gewerbe waren vor der Revolut. in Zünfte getheilt 228, 229.
  - Aufhebung der Zünfte zu Paris durch das merkwürdige Edict vom Febr. 1776 S. 239.
  - Aufhebung der Zünfte im Anfang der Revolut. 231.
  - Die Gewerbe werden frei gegeben gegen die Verpflichtung ein Patent zu löſen u. ſich den Polizeigeſetzen zu unterwerfen 231, 232.
  - Für gewiſſe Gewerbe wird eine nähere Aufſicht beibehalten 236, 232 *. 233, 236. M. ſ. Goldſchmiede und Sicherheits-Bureau.

# Verbeſſerungen.

Seite 247 Zeile 4 v. o. ſtatt Dechantemente lies Dechantemerle,
— 247 — 6 v. o. — Auberius lies Aubericus,
— 247 — 11 v. u. — Ro d. Dampmartin l. B. d. Dampmartin,
— 254 — 6 v. o. — Lehnhaus lies Lehnzins;
— 256 * — 4 v. u. — 15,000,000 lies 1,500,000;
— 320 ** — 5 v. u. — Hermes lies Hermens,
— 320 *** — 1 v u. — Hermes lies Hermens,
— 395 — 5 v. o. — année exercice lies année d'exercice,
— 542 — 5 v. o. — admiratus lies Ammiratus,
— 542 — 5 v. o. — Varenues lies Varennes.


Inches
Centimetres
TIFFEN Color Control Patches
© The Tiffen Company, 2007
Blue
Cyan
Green
Yellow
Red
Magenta
White
3/Color
Black


TIFFEN Gray Scale
© The Tiffen Company, 2007
A
1
2
3
4
5
6
M
8
9
10
11
12
13
14
15
B
17
18
19
R
G
B
W
G
K
C
Y
M